Department of History and Civilization

Schuld, Sühne und Versöhnung nach den nationalsozialistischen Verbrechen in der BRD, DDR und in Österreich.

Entstehen und Wirken von

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und *Gedenkdienste*

Mag. Anton Legerer

Thesis submitted for assessment with a view to obtaining the degree of
Doctor of History and Civilization of the European University Institute

Florence, 21 September 2007

EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE
Department of History and Civilization

Schuld, Sühne und Versöhnung nach den nationalsozialistischen Verbrechen in der BRD, DDR und in Österreich. Entstehen und Wirken von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* und *Gedenkdienste*

Mag. Anton Legerer

Thesis submitted for assessment with a view to obtaining the degree of
Doctor of History and Civilization of the European University Institute

Examining Board:

Professor Peter Becker (IUE, Johannes Kepler Universität Linz) – Supervisor
Professor Mary Fulbrook (University College London, University of London)
Professor Heinz-Gerhard Haupt (IUE)
Professor Heidemarie Uhl (Universität Graz/Akademie der Wissenschaften Wien)

© 2007, Anton Legerer
No part of this thesis may be copied, reproduced or
transmitted without prior permission of the author

Gesicherte wissenschaftliche Feststellungen sind erst aufgrund der Einsicht in diverse Dokumente zu treffen. Verifizierung oder Falsifizierung bestimmter Aussagen setzen die Analyse mehrerer historisch relevanter Quellen voraus. Bleiben dem Forscher aber Unterlagen verschlossen, schadet dies der Wahrheitsfindung. Und gerade dies muss für die Wissenschaft Anlass genug sein, immer wieder auf die Öffnung sämtlicher Archive zu drängen.[1]

****

Vieles wird sicher legendenhaft fortgesponnen sein. Aber ich frage mich seit langem, ob nicht die alten Mythen, voll von Ursinn mehr Wahrheit enthalten als unsere exakten Geschichtsdokumentationen.[2]

****

Maikäfer flieg! Dein Vater ist im Krieg,
dein' Mutter ist in Pommerland,
Pommerland ist abgebrannt.
Maikäfer flieg![3]

****

Das Unrecht bleibt aber auch als Macht, als unmittelbare geschichtliche Wirksamkeit. Die Wissenschaft vom Menschen zeigt, wie weitgehend er vom Psychischen und Ethischen her gesund oder krank ist. Eine nicht aufgearbeitete geistige Unordnung setzt sich in funktionelle Störungen um, und diese verfestigen sich allmählich zu organischen. Nicht nur das: sie wird zum immer wieder verwirklichten Schema des folgenden Verhaltens. Entsprechendes geschieht im geschichtlichen Leben. Wenn eine Schuld der „res publica" nicht erkannt, verurteilt und in irgendeiner Weise gesühnt wird, dann wird sie zur immer wiederkehrenden Form des Verhaltens und zerstört die politische Existenz.[4]

****

Ich komme aus dem Land, das in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriegen große Schuld auf sich geladen hat. Ich habe erlebt, wie Kriegsschuld, Schuld an Holocaust und Genozid auf einem Volk als ganzem lastet und wie furchtbar sie sich rächt bis in die dritte und vierte Generation.[5]

****

Bitte wir sind keine mittelalterlichen Bußprediger. Etwa in der Weise, dass wir die grauenvolle Hitlerzeit nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Allerdings ist es unsere Überzeugung, dass es heute kein verantwortliches Denken und Tun in Richtung Frieden für uns Deutsche gibt, ohne dass wir uns dessen erinnern, wie viel Unrecht von uns einmal ausgegangen ist.[6]

---

[1] Weber, Hermann (1997). „Asymmetrie" bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen. In *Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 5.
[2] Betrachtungen zum Wochenspruch für den 6. Sonntag nach Trinitatis, dat. 25. Juli 1962, o.A. [Kreyssig] [ASF]
[3] „Überall verbreitetes Volkskinderlied", entnommen aus: Ernst-Lothar von Knorr (Hrsg.) Kinderlieder, Philipp Reclam jun. 1959 Stuttgart, Auflage 1983.
[4] Guardini, Romano (1952). Verantwortung. Gedanken zur jüdischen Frage. Hochland-Bücherei im Kösel Verlag zu München.S. 38
[5] Kurt Scharf: Geschwister dieser einen Erde. Ansprache des 1. Vorsitzenden der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste vor der Sondersitzung der Vereinten Nationen über Abrüstung in New York am 24. Juni 1982. In *Zeichen* 3/1982.
[6] Christian Schmidt, Kurzinformation, Aktion Sühnezeichen, o.D. [1973] [ASF]

Inhaltsverzeichnis

DANK ... **8**

VORWORT ... **9**

EINLEITUNG ... **13**

1 GRUNDLAGEN UND ZIELE DER AKTION SÜHNEZEICHEN ... **23**

1.1 Vorkonzeption und unmittelbares Diskursumfeld ... 25

1.1.1 Der Referent für „Judenfragen“ in der EKD ... 26

1.1.2 Stuttgarter Erklärung (1945) ... 28

1.1.3 Erklärung von Weißensee (1950) ... 31

1.2 Gründungsphase der Aktion Sühnezeichen 1954-1958 ... 33

1.2.1 Aufrufe zur Gründung der Aktion Sühnezeichen ... 35

1.2.2 Rezeption des Aufrufs auf der EKD-Synode 1958 und unmittelbar danach ... 41

1.2.3 Die Unterzeichner des Aufrufs ... 46

1.3 Sühnezeichen-Semantik ... 47

1.3.1 Schuld ... 48

1.3.2 Versöhnung ... 52

Versöhnung als theologisches bzw. religiöses Konzept - Heilung ... 53

1.3.3 Frieden ... 55

1.4 Verortung der Aktion Sühnezeichen ... 57

1.4.1 Dimensionen der Erinnerung in der Skizze an Yorck 1952 ... 59

1.4.2 Sühnezeichen-Dogmatik ... 60

1.4.3 Theologische Verortung ... 63

1.4.4 Gesellschaftspolitische Motivation ... 66

2. OPERATIONALISIERUNG DER AKTION SÜHNEZEICHEN ... **68**

2.1 Lothar Kreyssig ... 69

2.1.1 Zur Person ... 71

2.1.2 Widerstand gegen die nationalsozialistische „Euthanasie“ ... 73

2.1.3 Karriere in der Evangelischen Kirche ... 76

2.1.4 Motivation zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen* ... 79

2.1.5 Einflüsse aus der Internationalen Ökumene-Bewegung ... 82

2.2 Erich Müller-Gangloff ... 85

2.2.1 Zur Person ... 85

2.2.2 Berührungs-/Anknüpfungspunkte mit Widerstandsgruppen ... 87

2.2.3 Vom nationalen Deutschen zum bekennenden Christen ... 88

2.2.4 Nachkriegsexistenz: Evangelische Akademie zu Berlin ... 90

2.2.5 Vom „Canaris-Geheimdienst“ zum CIA? ... 91

2.2.6 Umstrittener Grenzgänger ... 92

2.3 Gotthard Kutzner ... 94

2.3.1 Zur Person ... 95

2.3.2 Kutzner als *Aktion Sühnezeichen*-Aktivist 97
2.3.2.1 Akquirierung von Freiwilligen 99
2.3.2.2 Akquirierung von Finanzmittel 101
2.3.2.3 Presse-/Öffentlichkeitsarbeit 102
2.3.2.4 Kutzners ‚Amtsleitung' 104
2.3.2.5 Verbindung Kutzners zum Religiösen Sozialismus 106
2.3.3 Kirchliche vs. außerkirchliche Bereiche 106
2.4 ‚Widerstandsmilieu' Bekennende Kirche und Kreisauer Kreis 108
2.5 Evangelische Akademien 111
2.6 Sozialpfarrämter und Industriediakonie 113
2.6.1 Amt für Industrie und Sozialarbeit – Evangelische Industriejugend 113
2.6.1.1 Zur Person Franz von Hammerstein 114
2.6.1.2 Gruppenreisen der Evangelische Industriejugend 115
2.6.2 Arche/Industriediakonie, Wolfsburg 118
2.7 Weitere Netzwerke 120
2.7.1 Gesellschaft der Freunde: Quäker 120
2.7.1.1 Kompensatorische Finanzierung von ‚jüdischen' Stellen 122
2.7.1.2 „Kleiner Mann in Berlin": Paul Cates 122
2.7.2 Communauté de Taizé 125
2.8. Organisationsgeschichte der Aktion Sühnezeichen 126
Gremium Aktionsausschuss, Führungs- bzw. Gründerkreis 127
Kuratorium 128
2.9 Namens- und Organisationstransformationen 129
2.9.1 Verein *Versöhnungsdienste* (BRD) 130
2.9.1.1 Aktionsgemeinschaft für die Hungernden/Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt 131
2.9.1.2 Weltfriedensdienst 133
2.9.1.3 Aktion Sühnezeichen (BRD) 1960-1968 134
Gremium Leitungskreis 135
2.9.2 Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (BRD) 1968 - 1991 137
Satzung 138
Gremium Vorstand 138
Gremium Mitgliederversammlung 140
2.9.3. Aktion Sühnezeichen (DDR) 1961-1991 141
Satzung 144
Rundschreiben: Wochen- Monats- Quartalsbriefe 147
2.9.4 Vereinigung der beiden Organisationen ASZ und ASF 148
2.9.5 Aktion Sühnezeichen[/]Friedensdienste (Deutschland) seit 1991 153
3. ARBEITSFELDER UND PROJEKTE DER AKTION SÜHNEZEICHEN (BRD) 158
3.1 Handlungsanleitung: wechselseitiges Schuld-Anerkenntnis 159

3.2 Auslandsprojekte: Sühnezeichen-Mahnmale 163
3.2.1 Arbeitsauftrag: die Errichtung von Denkmälern 164
3.3 Zum Auftakt ein Flop – Aktion Sühnezeichen in den Niederlanden 165
3.3.1 Ökumenisches Zentrum Rotterdam 169
3.4 Bau-Erfolge in Norwegen 172
3.4.1 Paradigmenwechsel: Sozialdienste anstelle von Baueinsätzen 176
3.5. Faszination Israel 179
3.5.1 Das dreikonfessionelle Sühnekloster 180
3.5.2 Auf der Suche nach einem Kibbuz 190
3.5.2.1 Verzögerung seitens des israelischen Außenministeriums 191
3.5.2.2 Durchbruch über eine informelle Initiative 194
3.5.2.3 Paradigmenwechsel: von der Externalisierung zur Internalisierung 198
3.5.3 Haus Pax – Beit [Eliezer] Ben Yehuda [Hemda] 200
3.5.4 Sühnezeichen-Geistlicher für Jerusalem 202
3.5.5 Verklärung und Ambivalenz 203
3.6 Aktion Sühnezeichen in Polen 214
3.6.1 Medikamentenhilfe 217
3.6.2 Qualifizierter „Sühne-Tourismus“: Arbeit in Gedenkstätten 217
3.6.3 Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz 220
3.6.4 Vom falschen ‚Kniefall’ 223
3.7 „Geschichtsklitterung“ und Erinnerungskonkurrenz 226
3.8 Sühnezeichen-Projekte in der BRD 231
4. DER „INNERKIRCHLICHE“ SONDERWEG DER ASZ (DDR) 235
4.1 Sühnezeichen als ökumenische Aufbaulager in der DDR 237
4.1.1 Ökumenische Aufbaulager der Gossner Mission als Vorläufer 239
4.1.2 Sommerlager als – ökumenische – Religionsausübung 241
4.1.3 Die Brücke: Versöhnung überbrückt den Raum 244
4.2 Die Sommerlager der Aktion Sühnezeichen in der DDR 245
4.2.1 Sommerlager-Arbeitsaufträge 247
4.2.2 Sommerlager-Teilnehmerinnen und Teilnehmer 248
4.2.3 Gäste der Aktion Sühnezeichen: Ausländische Teilnehmer 251
4.2.4 Aktion Sühnezeichen als Antipode zur NS-Euthanasie 253
4.2.5 Jüdische Friedhöfe 254
4.2.6 ASZ in DDR-Gedenkstätten 256
4.3 Auslandslager der Aktion Sühnezeichen DDR 259
4.3.1 Aktion Sühnezeichen (DDR) in Polen: Akcja Znaku Pokuty 259
4.3.1.1 Gedenkstätten als Sühnezeichen-Zielorte 264
4.3.1.2 Restriktionen durch die DDR-Regierung ab 1966 266
4.3.1.3 Institutionen-Personen-Netzwerk der Aktion Sühnezeichen (DDR) mit Polen 268

4.3.2 Begegnung mit jüdischen Überlebenden in/aus der ČSSR....272
4.4 "Operation Reconciliation": Das Coventry-Dresden-Projekt....275
4.4.1 Internationales Zentrum in Coventry 1961/62....277
4.4.2 "Operation Reconciliation": Die Coventry-Dresden-Connection 1963-1967....278
4.4.2.1 Coventry im ‚trilateralen' Verhältnis von BRD, DDR und Großbritannien....279
4.4.2.2 Kirchliche und profane Versöhnungsinitiative(n) aus Coventry....282
4.4.2.3 Verhandlungen der Cathedral of Coventry mit DDR-Behörden....283
4.4.3 Einschätzung des Versöhnungsprojekts Coventry-Dresden....286
4.5 Gesellschaftspolitisches Wirken der Aktion Sühnezeichen in der DDR....288
4.5.1 ASZ-Friedensdiskurs....291
4.5.2 INKOTA....296
4.5.3 Vorreiter des christlich-jüdischen Dialogs....296
5. VERORTUNG DER AKTION SÜHNEZEICHEN IN KIRCHE UND STAAT....300
5.1 Aktion Sühnezeichen und die Kirchen....302
5.1.1 Sühnezeichen im Verband mit der EKD und Evangelischen Landeskirchen....302
5.1.1.1 „Friedensdienste" als Schlüssel für EKD-Gelder....303
5.1.1.2 „Mütterchen EKU"....303
5.1.1.3 „Lutherische Opposition" aus den Landeskirchen....306
5.1.2 Opposition durch Diakonisches Werk Innere Mission und Hilfsdienst (BRD)....309
5.1.3 Ökumenisches Institut Rotterdam – „Damoklesschwert" des Konkurses....317
5.1.4 Widerstand aus dem DDR-Klerus....321
5.1.5 Positive Perzeption durch den polnischen Klerus....324
5.1.6 Magdeburg und Niederaltaich als katholische Sühnezeichen-Stützpunkte....327
5.2 Von Unterstützung bis Ausgrenzung: Aktion Sühnezeichen in der BRD....330
5.2.1 Die Hand am Hebel und doch brüderlich: „Parakletos" Hermann Kunst....330
5.2.2 Unter Kommunismusverdacht – BRD-Kritik an ASF....341
5.3 Vom westlichen Imperialismus bis zur Anerkennung: ASZ und DDR....345
5.3.1 Kontrolle und Einflussnahme durch Staatsorgane....349
Überwachung der Jahrestreffen....354
5.3.2 Testfall Niederlande-Projekt....357
5.3.3 Instrumentalisierung kirchlicher Verbände gegen Aktion Sühnezeichen....361
Sühnezeichen-Brief an Willy Brandt....367
5.3.4 MfS-Kollaborateure und Opfer in der Aktion Sühnezeichen (DDR)....371
5.3.5 Die Anerkennung....386
6. GEDENKDIENSTE: NS-BEWÄLTIGUNG IN ÖSTERREICH....391
6.1 Doppelidentität als Opfer....394
6.2 Initiative aus der jungen Evangelischen Kirche Österreichs....401
6.3 Andreas Maislinger: Überzeugungsarbeit gegen den „Opfermythos"....404
6.3.1 Zur Person....404

6.3.2 Maislingers Sühnezeichen-Freiwilligendienst als Modell 406
6.3.3 Aktion Sühnezeichen in Österreich 407
6.3.4 Entstehung des Gedenkdienstes im Rahmen des Zivildienstgesetzes 412
6.3.5 Gedenkdienst als Zivildienst-Ersatz 419
„Gedenkdienstpflicht" – Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen 419
Gesetzliche Rahmenbedingungen – Schwerpunkt Opfergedenken 421
6.4 Privatrechtliche Konstituierung der Gedenkdienst-Organisationen 425
6.4.1 Verein Gedenkdienst 1992 426
6.4.2 Verein „Niemals Vergessen (1994) 432
6.4.3 Verein für Dienste im Ausland nach § 12b Zivildienstgesetz (1998) 433
CONCLUSIO 435
QUELLEN 439
Personen: Gesprächs-/Korrespondenzpartner 439
Archive/Archivbestände 441
Literatur 442
EXKURS I: DIE MFS-UNTERLAGEN 463
EXKURS II: DAS DDR-MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 465
KURZBIOGRAPHIEN 468
ANHANG 481
A.1 Aufrufe zur Gründung der Aktion Versöhnungszeichen 481
A.2 Unterzeichner des Sühnezeichen-Aufrufs 483
A.3 Mitglieder des Aktionsausschusses bzw. Führungs- bzw. Gründerkreises 486
A.4 Bauprojekte der *Aktion Sühnezeichen* im Ausland 488
A.5 Sozialdienste der Aktion Sühnezeichen in Norwegen 489
A.6 Übersicht über die Israel-Projekte 1961-1968 491
A.7 DDR-Sommerlager 492
A.8 Tabelle: Zahl der Teilnehmer an Sommerlagern 1962-1990 499
A.9 Mitglieder der Leitungskreise (BRD) 500
A.10 Liste der Vorstandsmitglieder (BRD) 501
A.11 Mitglieder der Leitung (DDR) 503
A.12 Mitglieder des Kuratoriums (BRD) 1972-2001 506
A.13 Auszeichnungen und Preise 508
A.14 Gedenkdienste-Einsatzorte 509

Dank

An erster Stelle der Vielen, denen ich für das Zustandekommen dieses Buches Dank schulde, möchte ich Architekt Bernhard Schneider (Wien/Traismauer) nennen. Ende Oktober 2000 bat er mich um einen „reflektierten Einblick" in die Entstehung des österreichischen Gedenkdienstes für den Sammelband *Die Lebendigkeit der Geschichte: (Dis-)kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus*.[7] Dieser Buchbeitrag war die Grundlage für das Doktoratskonzept, das durch die Zeithistorikerin Heidemarie Uhl (Graz/Wien) Unterstützung und Bereicherung fand.[8] Ein Zwischenergebnis in Bezug auf den österreichischen Gedenkdienst wurde bei der internationalen interdisziplinären Tagung im Mai 2002[9] und als Buchpublikation in den Erinnerungsdiskurs eingebracht.[10] Das 2001 begonnene Forschungsprojekt wurde über vier Jahre von der Republik Österreich und vom *Europäischen Hochschulinstitut* (IUE) finanziert.

Vielfältige Anregungen verdanke ich dem *Europäischen Hochschulinstitut* in Florenz, schon alleine aufgrund seiner multinationalen Zusammensetzung aber auch aufgrund seines interdisziplinären akademischen Charakters. Namentlich allen voran darf ich aus dem Professorenkollegium dem Betreuer an der Abteilung für *Geschichte und Kulturgeschichte*, dem Historiker Peter Becker (Vorstand des *Instituts für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte* an der *Johannes Kepler Universität Linz)* danken, der in Verbund mit Be- und Anreicherungen durch die Zeithistoriker Bo Stråth, Raffaele Romanelli und Afron Rees wesentlichen Anteil an der Umsetzung des Forschungsvorhabens und damit am Zustandekommen dieses Buches hatte. Der später hinzugestoßene zweite interne Begutachter, Heinz-Gerhard Haupt, ermöglichte im März 2004 eine Präsentation von Forschungsergebnissen im Rahmen des von ihm in Bielefeld geleiteten Forschungsbereichs „Kirche und Staat". Der Historiker Brian Sandberg initiierte die erste Präsentation in der Konferenz „Religion und Gewalt" (IUE, 2003); im gleichen Jahr referierte ich im Rahmen des Institutskolloquiums im Oktober 2003 das Gedächtnistheorem von Maurice Halbwachs. Im Juli 2004 schließlich fand ein aus der Dissertationsrecherche erarbeiteter Vortrag über Lothar Kreyssig Eingang in eine internationale interdisziplinäre Tagung am IUE, die vom Juristen Christian Joerges (*Europäisches Hochschulinstitut)* initiiert wurde. Angela Schenk und Sergio Amadei möchte ich für ihre Unterstützung bei organisatorischen Belangen besonders danken.

Nachdrücklicher Dank gilt allen im Anhang angeführten Interviewpartnern, Hinterbliebenen von Sühnezeichen-Beteiligten, die bereitwillig Nachlässe zur Verfügung stellten, dem Geschäftsführer der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.* (ASF) Christian Staffa, den ASF-Mitarbeitern Romi Romberg und Johannes Zerger, dem Gründer des österreichischen *Gedenkdienst*es Andreas Maislinger, dem Verein *Gedenkdienst* und nicht zuletzt den zahlreichen hilfreichen Archivaren. Für Überlassung eigener Forschungserkenntnisse danke ich Lilach Marom (Jerusalem), Stefan Rahn (Dresden) und Tabea Köbsch (Dresden). Für ihre freundschaftliche Begleitung während meiner Forschungsaufenthalte in Berlin danke ich den Politikwissenschaftern Matthias Hass sowie Angelika Mayer. Fürs Redigieren von einzelnen Kapiteln in der Schlussphase danke ich der Soziologin Margret Mantl (Florenz) und dem Historiker Dieter J. Hecht (Wien).

Meiner Frau, der Kunsthistorikerin Elana Shapira, danke ich für Ihre Anregungen, kontinuierliche Ermutigung und Geduld für meine aufwändigen Forschungen. Sie hat ‚in der Zwischenzeit' nicht nur selbst promoviert sondern zudem unsere drei Söhne Benjamin Eitan (2004), Uri Maximilian und Tomer Immanuel (2006) auf die Welt gebracht.

Anmerkung

Auf die im Deutschen prekäre Anwendung geschlechtsneutraler Substantivformulierungen (Appendix - Innen) wurde zugunsten der Lesbarkeit verzichtet. Grammatikalisch männliche Substantive beziehen sich sinngemäß auf beide Geschlechter.

---

[7] Legerer, Anton. Umgang mit dem österreichischen Anteil am Nationalsozialismus: „Gedenkdienst" als Katalysator der „Dritten Generation" für die Erinnerung an den Völkermord an Juden, Roma und Sinti und an das nationalsozialistische Terrorregime. In Lappin, Eleonore und Schneider, Bernhard, Die Lebendigkeit der Geschichte: (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (2001). St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, S. 373-394.

[8] Das interdisziplinär angelegte Forschungsvorhaben wurde zudem vom Innsbrucker Psychologen Karl Fallend, vom Grazer Zeithistoriker Helmut Konrad und vom damaligen Innsbrucker Politikwissenschafter Anton Pelinka (dort emeritiert, jetzt: Wien und Budapest) unterstützt.

[9] „Vermächtnis Holocaust. Strategien der Nachgeborenen im Umgang mit Nationalsozialismus und Holocaust" (Mai 2002, Salzburg)

[10] Horváth, Martin, Legerer, Anton, Pfeifer, Judith und Roth, Stephan, Jenseits des Schlussstrichs. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit (2002). Wien: Löcker Verlag.

Vorwort

1993/94 arbeitete ich im Rahmen des österreichischen Gedenkdienstes in der Forschungsabteilung des U.S. Holocaust Memorial Museum und erfüllte auf diese Weise meine Zivildienstpflicht.[11] Die einjährige Arbeit im neu eröffneten Museum in der US-Hauptstadt war eine Zwischenetappe in meiner eigenen Auseinandersetzung mit meiner Identität als Wiener und Österreicher. Die in der vorliegenden Arbeit unternommene Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte und Analyse von institutionalisierten ‚Identitätsaneignungs-Modellen' in BRD, DDR und Österreich ist eine weiterführende Annäherung an die Frage nach einer Identität innerhalb des lokalen und nationalen Sozialverbundes, der von Verbrechen ungeheuren und – trotz der historischen Faktizität – unvorstellbaren Ausmaßes und von dauerhaft nachwirkenden humanitären und kulturellen Verlusten belastet ist.
Zunächst strebte ich für diese Forschungsarbeit eine historisch-soziologisch-psychologische Analyse der *Aktion Sühnezeichen,* des *Gedenkdienstes* und ihren Teilnehmern unter einem von neueren Forschungen und Texten zur Generationenfolge der Erinnerung begründeten methodischen Ansatz an, der den Umgang nachfolgender Generationen in beiden deutschen Staaten und in Österreich mit ihrer zeithistorischen, der jeweiligen Kulturgeschichte inhärenten Erfahrung Nationalsozialismus und Holocaust in ihrer jeweiligen Herkunftsgesellschaft hinterfragen sollte. Nach einer ersten Forschungsreise Ende 2001/Anfang 2002 drängte sich die Frage nach den Akteuren der Organisationen, nach Motiven, Zielen, Aktionsmechanismen und Institutionalisierungen in das Zentrum meines Forschunginteresses. Das Resultat – eine umfassende Institutionengeschichte der *Aktion Sühnezeichen* und ihres österreichischen ‚Stiefsohns' *Gedenkdienst* – ist eine Grundlage für die weiterführenden Fragen nach Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Modellen einer Auseinandersetzung mit der Herkunftsgeschichte auf individueller und überindividueller Ebene. Zumindest ein wesentliches Desiderat für künftige Forschungen blieb offen: die Analyse von Motivationen und soziologischen Merkmalen der zahlreichen Teilnehmer und Freiwilligen.[12] Sie fanden in diese Arbeit nur indirekt Berücksichtigung – vor allem über von ihnen publizierte Artikel und Monographien.[13] Zugunsten der historischen Rekonstruktion der beiden Institutionen referiere ich die Erinnerungs- und Gedächtnismodelle aus der älteren und jüngeren Literatur in dieser Arbeit nicht.[14]

Forschungsgegenstand

1958 initiierte der DDR-deutsche evangelische Kirchenführer Lothar Kreyssig nach langjähriger Konzeption auf einer Versammlung des gesamtdeutschen Kirchenparlaments, der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, ein Versöhnungsprogramm: die *Aktion Sühnezeichen*. Über manuelle Arbeit, die Errichtung von Mahnmalen, zielte er auf eine Bewältigung der deutschen Vergangenheit sowohl in den bilateralen Beziehungen Deutschlands bzw. der beiden deutschen Staaten zu ihren vormaligen Kriegsgegnern als auch im innerdeutschen Verhältnis ab. Über einen dieser physischen Arbeit impliziten Dialog zwischen Täter(nachkommen) und Opfer(nachkommen) strebte er

---

[11] Und dabei mit der zu früh verstorbenen Sybil Milton zusammengearbeitet, die als „Senior Historian" meine unmittelbare Vorgesetzte war.
[12] Freiwillige der Aktion Sühnezeichen aus der Perspektive des Friedensdienste unter Verwendung von Fragebogen wurden in zwei soziologischen Studien analysiert: Huhn, Martin, Hungar, Kristian und Schwall, Hermann. (1977) Abstand vom bürgerlichen Leben. Eine empirische Untersuchung über Freiwillige im Friedensdienst am Beispiel der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (unveröff. Forschungsbericht), Petry, Ulrike. (1996) Evaluierung der Langzeit-Friedensdienste im Ausland. Kurzfassung (unveröff. Forschungsarbeit).
[13] In Tagebuchform liegen zwei frühe Erlebnisberichte von Freiwilligen vor: Eckern, Christel, Die Straße nach Jerusalem. Ein Mitglied der „Aktion Sühnezeichen" berichtet über Leben und Arbeit in Israel (1962). Essen: Ludgerus-Verlag Hubert Wingen und Hönig, Klaus, Kreta - ein Abenteuer für die Freundschaft (1964). Wuppertal-Barmen: Johannes Kiefel-Verlag, Pütz, Johanna, In Beziehung zur Geschichte sein: Frauen und Männer der dritten Generation in ihrer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (1999). Frankfurt/Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Wien: Lang, Rabe (1983), Thomas, Merrilyn, Communing with the Enemy. Covert Operations, Christianity and Cold War Politics in Britain and the GDR (2005). Bern: Peter Lang, Antkowiak, Gregor. Geschichte der Aktion Sühnezeichen (ASZ) in der Deutschen Demokratischen Republik. (unveröff.) Jahresarbeit am Norbertuswerk Magdeburg, 1987, Köbsch, Tabea. Aktion Sühnezeichen in der DDR. Eine inhaltliche Analyse der Sommerlagerarbeit der ASZ im Zeitraum 1981-1989. Unveröff. Vordiplomarbeit im Fach Allgemeine Pädagogik an der Universität Dresden, o.D. [2002]). Im Wochenbrief auf den 3. Advent 1965, dat. 6. Dezember 1965, o.A., wird auf S. 2 die Zulassungsarbeit für das Volksschullehrerexamen von Gesine Hefft erwähnt: „Aktion Sühnezeichen – Werden und Wirklichkeit" 1965 [ASF]
[14] Erwähnt sei an dieser Stelle aber meine Affinität zu dem Theorem von Maurice Halbwachs (1877-1945), das die Frage nach den Akteuren evoziert. (Halbwachs, 2006)

mit den vormaligen verfeindeten Völkern ‚äußere' Versöhnung und über einen dem Programm ebenso vorausgehenden wie begleitenden Einstellungswandel auf seiten der deutschen Teilnehmer eine ‚innere Umkehr', letztlich eine ‚Gesundung' („Heilung") der deutschen Gesellschaft an. Das Programm implementierte er sowohl in der BRD wie auch in der DDR. Seit 1992 folgen die österreichischen *Gedenkdienst(*e) diesem Modell.

Hintergrund, Relevanz des Themas

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit ist zwar die europäische Bevölkerung zu mehr als Dreiviertel nach 1945 geboren, und doch ist die Europa- und selbst weltweite Bedeutung des Umgangs mit Nationalsozialismus und dem Holocaust ungebrochen. Nachfolgende Generationen in Österreich und Deutschland sehen sich nicht nur mit ihrer Familiengeschichte konfrontiert, so wie die Nachkommen eines jeden Kulturkreises, sondern darüber hinaus mit einer spezifischen kollektiven Vergangenheit, die nicht nur Relevanz für die individuelle bzw. familiale und lokale Identitätsbildung bzw. für die Gesellschaft[15] und ihr Selbstverständnis[16] hat, sondern auch für die für die Stellung Deutschlands und Österreichs in der internationalen Staaten- und Wertegemeinschaft.[17] Die Geschichte(n) des Nationalsozialismus und des Holocaust bzw. die davon abgeleitete Erinnerungspolitik wurden universelle moralische und handlungsanleitende Bezugspunkte, die nicht nur innerhalb Europas bzw. in Israel, sondern u.a. in den Vereinigten Staaten von Amerika an Bedeutung gewinnen.[18]

Mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus wird Politik gemacht, zum Teil subkutan, zum Teil unverblümt. Ein dramatisches Beispiel für diese Relevanz bot die Ernennung der österreichischen Bundesregierung vom 4. Februar 2000, als zahlreiche Staaten die Regierungsbeteiligung einer rechtspopulistischen Partei aufgrund deren wiederkehrender unkritischer Anknüpfungen an Inhalte des Nationalsozialismus kritisierten und die EU-Partnerstaaten bilaterale Maßnahmen gegen Österreich ergriffen. „Die Österreicher wissen nicht, welches Tabu sie gebrochen haben, und sie verstehen es nicht", sagte der österreichische EU-Kommissar Franz Fischler (Österreichische Volkspartei) in diesem Zusammenhang. Fischler verwies auf ein europäisches Grundverständnis, zu dem neben der Beachtung der Menschenrechte auch ein eindeutiger Umgang mit der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zählte.[19]

In den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches wirkt sich die vermiedene Auseinandersetzung mit der Geschichte, mit der eigenen Familiengeschichte ebenso wie mit der jener der (Herkunfts-)Gesellschaft, unter anderem in der Tradierung des ‚verhinderten moralischen Urteils' aus.[20] Nachkommen jener Generation, die am Nationalsozialismus partizipierte, sei es als Mitläufer, sei es als Täter, tun sich zum Teil bis heute schwer, ein sicheres moralisches Urteil über den Nationalsozialismus und die Täter des Nationalsozialismus zu fällen. *Aktion Sühnezeichen* in Deutschland bzw. bis 1990 in der DDR sowie ab 1992 *Gedenkdienst* in Österreich eröffnen eine Alternative zu Verdrängung und zu Verleugnung. Sie bieten einen Rahmen für die aktive Aneignung der Vergangenheit und für das Aufbrechen tradierter ‚moralischer Leerstellen'.

---

[15] Hauer, Nadine, Die Mitläufer. Oder die Unfähigkeit zu fragen. Auswirkungen des Nationalsozialismus für die Demokratie von heute. (1993). Opladen: Leske + Budrich.

[16] Uhl, Heidemarie. (2002) Das „erste Opfer". Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, In: ÖZP Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 19-34.

[17] Lepsius, Rainer M. Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches", In Haller, Max, Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim und Zapf, Wolfgang, Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, des 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (1989). Frankfurt (Main), New York: Campus. S. 247-264.

[18] Als Beispiel seien die 2000 eingerichtete Internationale Konferenzen in Stockholm genannt, in denen die nationalsozialistischen Geschichte als Anknüpfungspunkt für gegenwärtige rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Phänomene und deren Bekämpfung zwischen Politikern und Wissenschaftern diskutiert wird.

[19] „Österreich beging Tabubruch", In *DER STANDARD*, 23. Februar 2000

[20] Seixas, Peter. Historisches Bewusstsein: Wissensfortschritt in einem post-progressiven Zeitalter, In Straub, Jürgen, Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte (1998). Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 234-265.

Mit *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* und *Gedenkdienst*e verfügen nachfolgende Generationen in Österreich und Deutschland über einen eigenständigen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und dem Holocaust, der sich von den verbreiteten Strategien der ‚Verdrängung' und ‚Verleugnung' unterscheidet und der von der Akzeptanz von – generationsübergreifender – Verantwortung für den Umgang mit einer schuldbeladenen Vergangenheit getragen ist. Die geschaffenen Institutionen stellen jeweils einen Mikrokosmos in der deutschen und österreichischen Gesellschaft dar, mit dem Bestreben nach einer Integration der Vergangenheit in ihre Identität als Nachkommen in einer ‚Tätergesellschaft' und dem bislang nur partiell erreichten Ziel, einen öffentlichen Gegendiskurs mitzutragen. Im Rahmen dieser Zugänge zur NS-Vergangenheit richtet sich die Fragestellung auf die Entwicklung von spezifischen Handlungsformen und Ritualen der ‚Sühne', ihrer Interaktion mit dem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext (Abwehr oder Akzeptanz) und ihrer Funktion im Rahmen eines von Kontroversen und Konflikten bestimmten ‚kollektiven Gedächtnisses'.

Die Modelle *Aktion Sühnezeichen* und *Gedenkdienst* bieten einen gegenüber Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule etc. eigenständigen Zugang – eine Parallel- bzw. Alternativsozialisation. Sie kreieren und tradieren spezifische Handlungsformen, die in Interaktion mit dem jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld treten und eine Funktion innerhalb des jeweiligen gesellschaftlichen Kontextes erfüllen bzw. entsprechend funktionalisiert werden, wobei es zu analysieren gilt, welche gesellschaftliche Relevanz diese Modelle beinhalten. Mit diesen Modellen wurde weiters eine Plattform für einen Dialog mit Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung sowie den Nachkommen von Holocaust-Opfern entwickelt, der sich von anderen Dialogformen unterscheidet. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der politischen Gedenkkultur in Österreich, in der DDR und in der BRD, die M. Rainer Lepsius mit den Termini Externalisierung, Universalisierung bzw. Internalisierung bezeichnet, übten einen entscheidenden Einfluss auf die Programmatik der Organisationen aus.[21]

Stand der Forschung und Skizze der diskutierten Forschungsfragen

Die aktuelle Forschung über die nachfolgenden Generationen (sogenannte ‚zweite' oder ‚dritte' Generation) ist zumeist von einem mehr oder weniger impliziten deterministischen Ansatz geprägt, der sich mit der Befindlichkeit dieser Generationen und den Ursachen, etwa in Familiengeschichten[22], auseinandersetzt, ausgehend von einer Leitdifferenz zwischen den Nachkommen der ‚Täter' und der ‚Opfer' und unter Konstruktion eines hierarchischen Generationenverständnisses.[23] Der individuelle und kollektive ‚Umgang' mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und dem Holocaust wird interdisziplinär von Historikern, Soziologen, Psychologen, (Ethno)psychoanalytikern, Politikwissenschaftern etc. thematisiert, wobei mit zunehmendem zeitlichen Abstand auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung an Dynamik zuzunehmen scheint[24], nicht jedoch mit den im Kontext des Erinnerns gesetzten Handlungen dieser Generationen, die, wenn überhaupt, eher als Essays

---

[21] Lepsius, Rainer M. (1989)

[22] vgl. Bar-On, Dan, Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von Nazi-Tätern (1996). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, Bar-On, Dan und Brendler, Konrad, Da ist etwas kaputt gegangen an den Wurzeln...": Identitätsformation deutscher und israelischer Jugendlicher im Schatten des Holocaust (1997). Frankfurt/Main; NewYork: CampusVerlag, Bar-On, Dan, Furcht und Hoffnung: von den Überlebenden zu den Enkeln. Drei Generationen des Holocaust (1997). Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, Rosenthal, Gabriele, Als der Krieg kam, hatte ich mit Hitler nichts mehr zu tun". Zur Gegenwärtigkeit des Dritten Reiches" in Biographien (1990). Opladen: Leske + Budrich, Rosenthal, Gabriele, Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoa und von Nazi-Tätern (1999). Gießen: Psychosozial Verlag, Welzer, Harald, Moller, Sabine und Tschuggnall, Karoline, „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis (2002). Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch.

[23] Die – soziologische begründete und eingesetzte – Konstruktion von Generationenabfolgen – etwa in Form von Alters- oder Erlebenskohorten – erscheint allerdings wenig sinnvoll, wenn das Generationenkonstrukt auf individuelles psychisches Erleben umgelegt und daraus ein Erkenntnisgewinn oder eine Selbstdefinition abgeleitet wird. Vgl. etwa den Sammelband Pyper, Jens Fabian, „Uns hat keiner gefragt" Positionen der dritten Generation zur Bedeutung des Holocaust (2002). Berlin, Wien: Philo Verlag.

[24] Vgl. Blänsdorf, Agnes. Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, In Bergmann, Werner, Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (1995). Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag. S. 18-45.

denn als analytische Auseinandersetzungen in die wissenschaftliche Literatur einfließen.[25] Eine wissenschaftliche Analyse der beschriebenen Modelle eines aneignenden Umgangs mit der NS-Vergangenheit in Form von Gedenk- und Sühnediensten, ist mit einer Ausnahme aus dem pädagogischen Fachbereich[26] und einem kurzen Abriss über die Entstehungsgeschichte des Gedenkdienstes[27] bisher nicht erfolgt. Angesichts der umfangreichen Diskussion um die Bedeutung der Erinnerungskultur für gegenwärtige politische und moralische Positionen und Entwicklungen[28] und dem erfolgenden bzw. weitgehend erfolgten „Abtritt der Zeitgenossen“[29] ist das ein unerwarteter Befund.

Mit der vorliegenden Doktorarbeit wird eine Rekonstruktion von Gründung, Entstehung und Entwicklung von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* (BRD), *Aktion Sühnezeichen* (DDR) und *Gedenkdiensten* (Österreich) in ihren jeweiligen nationalen und institutionellen Kontexten vorgenommen. Besondere Berücksichtigung der insgesamt sowohl ideengeschichtlich wie institutionengeschichtlich – und damit sowohl thematisch wie chronologisch – aufgebauten Arbeit erhalten die handelnden Akteure. Mit der Erarbeitung eines Narratives bzw. mehrerer narrativer Stränge zur Geschichte der Institutionen werden die Grundlagen für eine Verortung der Modelle im wissenschaftlichen Erinnerungsdiskurs angeboten. Den Primärquellen (Archive und Publikationen der Einrichtungen, Gesetzestexte und Zeitungsartikel, Interviews) kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Die Analyse von Forschungsergebnissen ausgedehnter Recherchen in kirchlichen, privaten, institutionellen und staatlichen Archiven, Sammlungen und Beständen sowie aus zahlreichen Interviews mit Beteiligten erfolgt quellengeleitet.

---

[25] etwa Siebert, Renate. Don’t Forget. Fragments of a Negative Tradition, In Passerini, Luisa, 1992). Memory and Totalitarism. International Yearbook of Oral History and Life Stories. S. 165-177.
[26] Pütz (1999)
[27] Legerer, Anton (2001)
[28] Diner, Dan. Über Schulddiskurse und andere Narrative. Epistemologisches zum Holocaust, In Koch, Gertrud, Bruchlinien. Tendenzen der Holocaustforschung (1999). Köln, Weimar, Wien: Böhlau. S. 61-84, Seixas, Peter. Historisches Bewusstsein: Wissensfortschritt in einem post-progressiven Zeitalter, In Straub, Jürgen, Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte (1998). Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 234-265, Schwan, Gesine. The "Healing" Value of Truth-telling: Chances and Social Conditions in a Secularized World, In 1998). Social Research. S. 725-740, Diner, Dan (1988), Schwan, Gesine, Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens (1997). Frankfurt/Main: Fischer TB.
[29] Frei, Norbert. Farewell to the Era of Contemporaries, In 1997). History & Memory. S. 59-79.

Einleitung

> Neulich lernte ich zwei sympathische deutsche Studenten kennen, ernste junge Leute mit Grundsätzen. Sie waren Germanisten im ersten Semester, ihr Seminarleiter, mit mir befreundet, war mit seinen Leuten zum Hainbunddenkmal spaziert, und ich hatte meine gleich daneben liegende Wohnung zum Hainbundcafé stilisiert und sie alle eingeladen. Die beiden sprachen angeregt miteinander, ich hörte das Wort Auschwitz, aber nicht, wie so oft in Deutschland und auch anderswo, als Kürzel für Massenmord oder als politisches Stichwort, sondern sachlich, als Bezeichnung für einen Ort, den sie zu kennen schienen. Ich horchte auf, fragte, gab aber aus Bequemlichkeit meine eigene Bekanntschaft mit dem Lager nicht preis. Ich erfuhr, sie hätten eben ihren Zivildienst hinter sich gebracht. Ihre Aufgabe war es gewesen, in Auschwitz die Zäune weiß zu streichen. Ja, das sei möglich, Zivildienst als Wiedergutmachung. Ob das sinnvoll sei, fragte ich zweifelnd. Aber das Gelände muss doch erhalten bleiben, erwiderten sie, ihrerseits verdutzt über die Frage. Zwar waren sie nicht besonders gut auf die Touristen zu sprechen (all die Amerikaner!), und auch Schulklassen waren sie eher abhold, und trotzdem: Bewahrung der Stätten. Wozu nur?[30]

In ihrer autobiographischen Erzählung „weiter leben. Eine Jugend“ berichtet Ruth Klüger an insgesamt sieben Stellen über ihre Begegnung mit zwei ehemaligen Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.[31] Sie schreibt den beiden Männern im Gegensatz zu anderen zitierten Gesprächspartnern keine Eigennamen zu, sondern bezeichnet sie durchgängig als „Zaunanstreicher“.[32] Die wiederholte Bezugnahme auf ihre Begegnung mit den beiden jungen Deutschen, deren Identitäten sie mit „Studenten der Germanistik“ und „Zivildiener“ umschreibt, vermeidet den Bezug auf die *Aktion Sühnezeichen*, die diese beiden deutschen Männer zu Renovierungs- und Instandhaltungsarbeiten in das Museum des vormaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz entsandt hatte, wiewohl Klüger diese individuellen Begegnungen in den Kontext von Erinnerungen und Erinnerungskultur rund um ihre Erlebnisse als junges Mädchen in drei Konzentrationslagern, ihr Aufwachsen in Wien davor und ihren Lebenslauf nach der gelungenen Flucht kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges stellt. Im vorangestellten Zitat verweist Klüger mit ihrer Frage nach dem „Wozu“ nicht nur auf den manifesten Widerspruch in den Aussagen ihrer Gesprächspartner, sondern auch auf die Ambivalenz der Erinnerung. Die physische Gestalt und der physischer Erhalt von Gelände und Bauwerken – in Klügers Formulierung zum Fetisch erhobene Essenz der Tätigkeit ihrer beiden Sühnezeichen-Gesprächspartner – erscheinen ihr zumindest fragwürdig.

Etwa zur gleichen Zeit wie Ruth Klüger formulierte James Young 1993[33]:

> Ganze Brigaden junger Deutscher begeben sich erneut pflichtbewusst nach Auschwitz, wo sie heruntergekommene Ausstellungshallen in Stand setzen, sich um die Sträucher rund um die Baracken kümmern und Unkraut im Niemandsland zwischen den ehemals elektrischen Zäunen entfernen. Nicht weniger emsig als ihre Elterngeneration beim Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg oder die Generation ihrer Großeltern beim Aufbau des Dritten Reiches arbeiten deutsche Jugendliche nun an der Errichtung von Mahnmalen.[34]

Ruth Klüger und James Young beobachteten – erstere in literarischer Form, zweiter in einem Standardwerk über Gedenkstätten als Erinnerungstopoi – was Alexander und Margarete Mitscherlich 1967 in ihrem psychoanalytischen Epos „Die Unfähigkeit zu trauern“ mit dem Begriff „Sühnedeutschen“ aufgegriffen haben – „für jene nicht große Gruppe, die sich nicht der Illusion überlässt, Schuld sei historisch durch Verleugnung zu beseitigen.“[35] In den zitierten Repräsentationen der *Aktion Sühnezeichen* besticht die konstruierte Wirkungslatenz. Young, Klüger und ebenso die Mitscherlichs haben mit großer

---

[30] Klüger, Ruth, weiter leben: eine Jugend (1992). Göttingen: Wallstein-Verlag, S. 69.
[31] Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. ist die seit 1994 gültige Bezeichnung der gesamtdeutschen Organisation. Bis 1968 wurde die Bezeichnung Aktion Sühnezeichen verwendet, ab 1968 mit dem Zusatz „/Friedensdienste“. (Vgl. auch Kapitel 2.8)
[32] Ebd., Seiten 69, 71, 78, 84, 172 und 184f.
[33] Young ist Professor für Englisch und Judaistik an der University of Massachusetts und hat in zahlreichen Publikationen eine Verortung von Holocaust-Mahnmalen in ihren jeweiligen geographischen, chronologischen wie gesellschaftlichen Kontexten unternommen.
[34] Young, James E., Formen des Erinnerns. Gedenkstätten des Holocaust (1997). Wien: Passagen Verlag, S. 50.
[35] Young, James (1997); Mitscherlich, Alexander & Mitscherlich, Margarete, Die Unfähigkeit zu trauern (1994). München: R. Piper & Co., S. 41

Wahrscheinlichkeit vom organisatorischen wie spirituellen Rahmen der von ihnen vorgeführten Sühnezeichen-Freiwilligen gewusst, ihn aber ausgeklammert. Die *Aktion Sühnezeichen* selbst fand erst in jüngerer Zeit Eingang in Ausstellungen wie der Dauerausstellung des *Jüdischen Museums Berlin* oder der Sonderausstellung des *Deutschen Historischen Museums* 2002 „Holocaust. Der Nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung“.[36]

Kurzbeschreibung des Forschungsgegenstands

Die *Aktion Sühnezeichen* in der BRD (seit 1958) und in der DDR (1961-1990/1) sowie die österreichischen *Gedenkdienst*en (ab 1992) können als institutionalisierte ‚proaktive' Gedenkkulturen verstanden werden, die eine Auseinandersetzung mit (der Geschichte von bzw. Erinnerung an) Nationalsozialismus und Holocaust sowohl auf intellektueller, emotionaler und ‚handgreiflich-praktischer' (d.h. konkret-anschaulicher) Ebene anbieten und damit eine Alternative zum Verschweigen ebenso wie zur Verleugnung – kurz: einen proaktiven Ansatz – darstellen. In Abstrahierung der Ausgangskonzeption der *Aktion Sühnezeichen* geht es bei den im Ausland zu errichtenden Sühnezeichen, die der Überwindung ‚deutscher Verstockung' bzw. ‚österreichischen Opfermythos' und der Versöhnung mit vormaligen Feinden dienen sollten, letztlich darum, über äußere Tätigkeiten sowohl einen inneren Bewusstseinswandel als auch ‚geordnete' äußere Verhältnisse etwa im bilateralen Verhältnis zu den betroffenen Staaten zu erreichen.

Zentrales Anliegen der *Aktion Sühnezeichen* war von Beginn an ‚Vergangenheitsbewältigung' im Sinne der Definition des Historikers Michael Kohlstruck aus 1997: „Vergangenheitsbewältigung ist die Auseinandersetzung der Deutschen mit einer Geschichte, die zu Schuldzuschreibungen geführt hat. Allgemeiner: Die Schuldfrage ist die latente praktische Herausforderung, die das Thema Nationalsozialismus so brisant macht.“[37] Mit der direkten Adressierung der Betroffenen (vormaligen Opfer) und der Thematisierung der Schuldthematik transformierte die *Aktion Sühnezeichen* die „praktische Herausforderung“ von der latenten Ebene auf eine manifeste Ebene. Die ‚Bewältigung der Vergangenheit' besteht in einer neuen Bewertung und der öffentlichen Anerkennung der geltenden Normen durch einen geänderten Lebenswandel, was in der Folge die Zweifel der früheren Kriegsfeinde und Verfolgten des nationalsozialistischen Dritten Reiches beseitigen sollte.[38] Nicht zuletzt wurde die Wendung „unbewältigte Vergangenheit“ im Umfeld von *Aktion Sühnezeichen* und der *Evangelischen Akademie Berlin* geprägt.[39] Anders als Kohlstrucks Schuldverteilung über die Generationen bzw. generationsspezifisch differenzierte Schuldperzeptionen –

> Die erste Generation im Nationalsozialismus hat zu den Tätern gehört und ist schließlich auch von den kollektiven Schuldzuschreibungen unmittelbar nach dem Ende des Nationalsozialismus am stärksten betroffen gewesen. Für die Zweite Generation ist die NS-Schuld die Schuld der Eltern. Folglich ist die Vergangenheitsbewältigung an das sensible psychosoziale Eltern-Kind-Verhältnis gebunden. Für die Dritte Generation fallen diese beiden Voraussetzungen weg. Die jüngeren Deutschen sind von der Schuldfrage nicht individualbiographisch, sondern kollektiv als Deutsche betroffen.[40] –

stand die *Aktion Sühnezeichen* seit ihrer Gründung 1958 in der Tradition der Frage nach einer spezifischen (kollektiven) deutschen Schuld, die allerdings nicht von einem Täter-Kollektiv sondern – sowohl hinsichtlich ihrer Biographien wie auch ideengeschichtlich – mehrheitlich von Oppositionellen und Oppositionsbewegungen des NS-Regimes als Folge der „Zerstörung der elementaren sittlichen und rechtlichen Ordnung“[41] in Deutschland abgeleitet und in einen religiös/theologischen Bezugsrahmen gestellt

---

[36] Vgl. Kufeke, Kay. Der Umgang mit dem Holocaust in Deutschland nach 1945, In Asmuss, Burkhard, Holocaust. Der Nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung (2002). Berlin: Deutsches Historisches Museum. S. 239-244; S. 244, 277f.
[37] Kohlstruck, Michael, Zwischen Erinnerung und Geschichte. Der Nationalsozialismus und die jungen Deutschen (1997). Berlin: Metropol, S.8f.
[38] Angelehnt an Kohlstrucks Definition des Umgangs mit einer „unmoralischen Vergangenheit“, Ebda., S. 15f.
[39] Der Direktor der Evangelischen Akademie Erich Müller-Gangloff verwendete die Phrase in einer Akademie-Einladung 1955, von Kreyssig findet sich die Phrase in einem Schreiben aus 1959.
[40] Kohlstruck (1997), S. 10
[41] Ebda., S. 22

wurde. In der jüngeren Literatur findet sich die Einschätzung, wonach die *Aktion Sühnezeichen* „die wohl einzige genuin christliche Reaktion auf die Ereignisse der Jahre 1939-1945 im deutschen und polnischen Raum darstellte“.[42]

Als „ein spezifisch deutscher Typ eines ‚Gemeinschaftsdienstes’“ müsse die *Aktion Sühnezeichen* (BRD) „gemäß ihrer Organisationsstruktur“ verstanden werden, fasste das Autorenteam aus einem Theologen und einem Soziologen in einer Studie über die Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen/Sühnezeichen* zusammen.[43] Das ‚spezifisch Deutsche’ an der *Aktion Sühnezeichen* beziehen die Autoren auf die Entstehungsgeschichte im deutschen und im protestantischen Nachkriegskontext. Ideengeschichtlich ist dieser Befund trotz der von Gründer Lothar Kreyssig verwendeten Begrifflichkeit von ‚Volk’ und ‚Völkern’ nicht haltbar. Selbst auf der Handlungsebene könnte die *Aktion Sühnezeichen* ohne Interdependenz mit den betroffenen bzw. adressierten Projektpartnern nicht funktionieren. Das Konzept der *Aktion Sühnezeichen* ließ sich ohne Interaktion mit nicht-deutschen Partnern nicht umsetzen. Vielversprechender erscheint der bereits verwendete, aus dem Englischen abgeleitete Begriff ‚proaktiv’, der Eingang in einen jüngeren Text über die Ost-West-Aktivitäten der *Aktion Sühnezeichen* fand.[44]

In seiner theoretischen Grundlegung des Friedensdienstes „Freiwillige für den Frieden“ (1970) typisiert Wolfgang von Eichborn[45] die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* als Versöhnungsdienst mit vorwiegend langfristigen Einsätzen, als einzige Organisation mit dieser Ausprägung.[46] Als andere inhaltliche Kategorien neben den Versöhnungsdiensten definiert Eichborn: Entwicklungsdienste, Sozialdienste und Verständigungsdienste.[47] Letztere bieten nach Eichborn eine Überschneidungskategorie mit der *Aktion Sühnezeichen*, die in seiner Darstellung somit zwischen Versöhnungsdiensten (etwa gegenüber Israel) und Verständigungsdiensten (etwa gegenüber Polen) zu kategorisieren ist.[48]

Als zeithistorische Phänomene zeigen sich die *Aktion*en *Sühnezeichen* in der BRD und in der DDR und die *Gedenkdienst*e in Österreich in vielfacher Gestalt, in Hunderten medialen Repräsentationen in Zeitungs- und Zeitschriftenartikel in zahlreichen Ländern, vor allem in Europa, in den USA und in Israel, in tausendfacher personaler Repräsentation durch die Freiwilligen bzw. Teilnehmer.[49] Organisiert sind bzw. waren die Institutionen als drei Vereine in Österreich, einer in der BRD und als kirchliches Werk in der DDR. Manifest in ihrer Gestalt sind zum Zeitpunkt ihrer Errichtung auch die von Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* (BRD) errichteten Monumente (gewesen), die allerdings in der Zwischenzeit zum Teil bereits abgerissen wurden, wie das aller erste Projekt in den Niederlanden.[50]

---

[42] Żurek, Robert. (2005). Zwischen Nationalismus und Versöhnung. Die Kirchen und die deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1956. Köln: Böhlau, S. 145, 362.
[43] Huhn, Martin, Hungar, Kristian und Schwall, Hermann. (1977), S. 17
[44] Thomas, Merrilyn. Anglo/GDR Relations and the Role of Christian Idealism in Cold War politics 1961-1965: A Case Study of the Coventry/Dresden Project.(2002a), London: University College London, University of London, S. 66
[45] Wolfgang von Eichborn, Jg.. 1909, stammte aus Breslau; er studierte Volkswirtschaft und Soziologie (1932 Promotion), Vorstandsmitglied *Versöhnungsdienste*, *Arbeitsgemeinschaft Privater Entwicklungsdienste;* Vorsitzender *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (AGDF)
[46] der *Christliche Friedensdienst* scheint auch als Versöhnungsdienst auf, allerdings mit lediglich kurzfristigen Einsätzen
[47] vgl. Eichborn, Wolfgang von, Freiwillige für den Frieden. Aufgaben und Probleme der Friedensdienste (1970). Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: W. Kohlhammer. , S. 127, Tafel 1
[48] Ebda., S. 96
[49] Die Medienrezeptionen werden in der gegenständlichen Arbeit nicht analysiert. Grosso modo kann konstatiert werden, dass bis Ende der 1980er Jahre die innerdeutsche Medienpräsenz in der BRD vor allem von unkritischer Übernahme von Pressetexten der Aktion Sühnezeichen gekennzeichnet ist – mit Ausnahme der öffentlichen Debatte über die Partizipation an der deutschen Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre. Erst mit den 1990er Jahren setzt die kritische Auseinandersetzung mit der Aktion Sühnezeichen ein, die wiederum vor allem die Finanzierungsprobleme und die Stasi-Verwicklung sowie die Zusammenarbeit mit dem antisemitischen Verband der Widerstandskämpfer in Polen zum Inhalt haben. Die in großer Zahl in den jeweiligen Einsatzländern erfolgte Medienberichterstattung hat vor allem das jeweilige Bau- bzw. Sozial- oder Friedensprojekt und die Person des/der Freiwilligen zum Inhalt.
[50] Das in Leivadas auf der griechischen Insel Kreta 1963 errichtete Gebäude, in dem der Gemeindearzt eine Praxis einrichten sollte, diente, wie der ehemalige Freiwillige Klaus Hönig anlässlich seines Besuchs 1980 feststellte, als Gästehaus für Urlauber. Hönig an Möckel, dat. 15. September 1980 [NL Möckel]

Im weiteren Sinn der Phänomene *Aktion*en *Sühnezeichen* und *Gedenkdienst*e zeigt sich die latente Wirkung der Programme durch manifeste Produktionen, die allerdings nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den ursprünglichen institutionalisierten Projekten stehen. So wurde der Co-Autor eines Buches über die Existenz eines Konzentrationslagers in Magdeburg[51], in der Fernsehsendung *Frontal 21* als „Zivildiener in Yad Vashem" vorgestellt, der in der dortigen Datenbank nach seiner Heimatstadt Magdeburg gesucht hätte und mit Hinweisen auf ein Konzentrationslager fündig geworden wäre, was ihn dann nach seiner Rückkehr zu weiterführenden Forschungen und die Herausgabe eines Buches motiviert hätte.[52] Auf entsprechende Nachfrage im an die Sendung anschließenden Online-Chat bestätigte Buchautor Tobias Bütow, dass er als ‚Zivildiener' von der *Aktion Sühnezeichen* entsandt worden war.[53]

Von allen anderen deutschen wie internationalen christlichen Versöhnungs- und Friedensdiensten (wie *American Friends Service*, *Bauorden*, *Christlicher Friedensdienst*, *Diakonisches Jahr*, *EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst*, *Internationaler Diakonischer Jugendeinsatz*, *Kolpingwerk*, *Mennonite Volutary Service*, *Nothelfergemeinschaft der Freunde* (*Quäker*), *Dienste in Übersee*, *Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe* etc.) unterscheidet sich die *Aktion Sühnezeichen* durch die bis in die Gegenwart gültige intrinsische Motivation: Ausgangspunkt und inhaltliches Motto ist die ‚deutsche Schuld' als Konsequenz der deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus, während andere Friedens- oder Versöhnungsdienste von einer extrinsischen Motivation getragen sind und die jeweilige Bedürfnislage oder Konfliktsituation im Empfängerland als Ausgangspunkt für ihre Aktivitäten haben.[54]

Sühnezeichen-Gründer Lothar Kreyssig (1898-1986) hatte nicht nur die Bereinigung innerer wie äußerer Beziehungen des deutschen Volkes und der Deutschen – Versöhnung nach den nationalsozialistischen Verbrechen an diskriminierten Opfergruppen und über die Angriffskriege an anderen Völkern bzw. Nationalstaaten – im Sinn sondern die europäische Einigung und die „Weltgesellschaft". Anlässlich des fünfjährigen Bestehens der *Aktion Sühnezeichen* sah Kreyssig das Gelingen der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland als Voraussetzung für die europäische Integration.[55] Diese könnte vor dem Hintergrund einer von ihm angestrebten Ausweitung der *Aktion Sühnezeichen* auf „drei bis fünf Dienste in jedem der betroffenen Nachbarländer" innerhalb von zehn Jahren von protestantischem Geist getragen werden:

> Das möchte dann ein Sühnezeichen genannt werden können und, wenn nicht alle Ergebnisse eines schweren Anfanges trügen, auch als stellvertretender Dienst für das Volk gelten können. Es wäre außerdem ein der Interdependenz der Völder [!, wohl: Völker] und der Integration Europas angemessener Ansatz zu einer evangelischen Jugendarbeit von ökumenischem Rang. Es wäre eine Frucht von wahrhaft evangelischem Verständnis des Auftrages der christlichen Botschaft und ihres „Sitzes im Leben". Denn es geschieht ein neues, vertieftes Verstehen von Nachbarlichkeit der Völker im Sinne von Nächstenschaft, neighbourhood. Die Botschaft wird mit unzweifelbarer Tat an der Stelle bezeugt und praktiziert, an der wir unter grauenhafter Entstellung des Menschlichen aneinander schuldig geworden sind. Es geschieht Heilung unter dem Kreuz.[56]

Mit seiner Bezugnahme auf die europäische Integration knüpfte Kreyssig an den „kirchlichen und kirchennahen Elitediskurs" über die Einigung Europas unter christlich-ökumenischer Perspektive in den frü-

---

[51] Bütow, Tobias und Bindernagel, Franka, Ein KZ in der Nachbarschaft (2004). Köln: Böhlau.
[52] Sendung *Frontal 21* (ARD) am 16. November 2004
[53] Internet-Chat nach Sendung *frontal 21* am 16.11.2004 um 21.45
Frage an Tobias Bütow: ... im Auftext zur eigentlichen Geschichte [wurde] kurz erwähnt, dass sie Zivildienst in Yad Vashem geleistet und durch eingabe *Magdeburg* in eine der dortigen Datenbankabfragen auf das KZ-Außenlager aufmerksam wurden. Haben sie ihren Zivildienst im Rahmen der Aktion Sühnezeichen geleistet?
Antwort: Ja, im Rahmen der Aktion Sühnezeichen. Das stimmt.
[54] Eine Diskussion über das Spezifische einer deutschen Schuld, die zu den Verbrechen des Nationalsozialismus geführt hat, wird in dieser Arbeit nicht aufgegriffen; für die Gründung und weitere Entwicklung der Aktion Sühnezeichen ist die Annahme einer spezifischen deutsch-christlichen Schuld conditio sine qua non. Zur aktuellen Diskussion vergleiche überblicksmäßig die Buchbesprechung von Browder, George C., Perpetretor Character and Motivation: An Emerging Consensus?, Holocaust and Genocide Studies, V17 N3, Winter 2003: 480-497.
[55] Typoskript Fünf Jahre Aktion Sühnezeichen, dat. 11. Juni 1963, gez. Lothar Kreyssig [EZA 97/45]
[56] Ebd.

hen 1950er Jahren an.[57] Kreyssig vollzog für sich selbst bereits während seiner Tätigkeit als Amtsrichter während des Dritten Reiches die Abkehr von einer positivistischer Rechtsauffassung und Weltsicht. Die Versöhnungsarbeit mit dem Setzen von Sühnezeichen samt Jugendaustausch und zwischenmenschlichen Beziehungen auf individueller Ebene waren für Kreyssig Voraussetzung für die Beziehungen zwischen den Völkern, die nicht nur zu einem Vereinten Europa führen würden.[58]

1963 überlegte Kreyssig, dass in Konsequenz des Erfolgs der Versöhnungsbemühungen ein gemeinsamer Dienst mit den neu gewonnenen Partnern der *Aktion Sühnezeichen* in Entwicklungsländern entstehen könnte.[59] Ansatzweise war dieses Vorhaben bereits im Rahmen des Weltfriedensdienstes 1961/62 im griechisch-mazedonischen Servia umgesetzt worden. In diese Zeit fiel Kreyssigs konkreteste gesellschaftspolitische Definition von Existenz und Wirken der *Aktion Sühnezeichen* als europaweiter Versöhnungsdienst. Nach „wenigstens drei bis fünf Sühnezeichendiensten in jedem der von uns beleidigten und verletzten Nachbarländer könnte in dem besuchten Land ein Familientag von Sühnezeichen, eine Art Synode stattfinden, wo Besucher und Besuchte, ehemalige Teilnehmer und Freunde zusammenkommen". Generalthema dieser Zusammenkunft würde die Beratung über einen „zweiten Abschnitt intensiver, brüderlicher, fruchtbarer Nachbarschaft" sein:

> Weil wir nichts erfunden haben, sondern nur annehmen und aktualisieren, was unser Herr und Meister längst für uns und für alle vollbracht hat, dürfen wir ernstlich glauben, auf diesem Wege etwas Elementares zu dem beizutragen, was man die „Integration Europas" nennt. Weil am weitesten nach vorn trägt, was am tiefsten angesetzt ist, kann man das vielleicht ohne Vermessenheit sagen. Im übrigen ist nicht dies unser Ziel, sondern die einfältige Sache, zu der wir angetreten sind.[60]

Die Konzeption einer ‚Heilung der europäischen Spaltung' kehrt in Kreyssigs Texten und Vorhaben ebenso wie die Heilung gespaltener Konfessionen immer wieder. 1964 diskutierte Kreyssig mit einem Delegierten des *British Council of Churches, International Department*, Noel Salter, den (nicht zustande gekommenen) Bau einer „Kapelle am künftigen Sitz der gemeinsamen Verwaltung der Europäischen Gemeinschaft", ein Projekt, das „zwar in der Regie von Sühnezeichen liegen" würde „aber von Anfang an eine gemeinsame Aufgabe der europäischen Sühnezeichen-Freunde" konzipiert sein müsste.[61]

Jahre später erweiterte Kreyssig die Perspektive zu einer „Weltgesellschaft". In einem 13-seitigen Manuskript mit dem Titel Zionismus 1970 über die Existenz Israels als jüdischer Nationalstaat argumentierte er das Zusammenwachsen der Völker und Erdteile zu einer „Weltgesellschaft", die „unverkennbar und bedeutsam mit der anhebenden Wiedereinwurzelung des Volkes der Juden in dem Lande zusammen[fiele], aus dem sie nach vorübergehenden ähnlichen Verhängnissen ihrer Geschichte vor 1900 Jahren und alle Völker verstreut worden waren." Die von Kreyssig argumentierte Wiederbegründung des jüdischen Staates und die jüdische Existenz in der Diaspora würden Juden zu Vorreitern „eines neuen Weltzeitalters" machen:

> Blieben die Juden somit Staatsbürger in den Gastländern, wie bisher, und zugleich in Israel wieder als Volk in einem eigenen Land vorhanden, so wären sie an der Weltgesellschaft der Völker einmal als Volk wie alle anderen Völker, zum anderen als eingesessene, vollbürtige Glieder der Völker beteiligt, wo sie nach wie vor leben. In dieser doppelten Gestalt leibhaftiger Präsenz würde das lebensnotwendige Miteinander und Füreinander sinnfällig und exemplarisch vorgebildet sein, mit welchem die Menschheit in vorgegebene wirtschaftliche, technische, kommunikatorische Integrationsbedingungen hineinwachsen muss.[62]

---

[57] Vgl. Kuhlemann, Frank-Michael (2001), S. 56ff.
[58] Vgl. Legerer, Anton. Preparing the Ground for Constitutionalisation through Reconciliation Work. German Law Journal. Review of Developments in German, European and International Jurisprudence. [www.germanlawjournal.com] Vol. 6 No. 2, 1 February 2005, 465-471.
[59] Kreyssig an Nevermann, dat. 6. Dezember 1963 [EZA 97/939]
[60] Rundschreiben „an unsere Freunde in Holland, Norwegen, Griechenland, Frankreich, England, Jugoslawien. An unsere aktiven und ehemaligen Teilnehmer, liebe Miteltern, liebe Geschwister in der Sühnezeichenfamilie", dat. Berlin, im August 1961, gez. Lothar Kreyssig [Archiv der Abtei Niederaltaich/Bestand Aktion Sühnezeichen]
[61] Vermerk einer Besprechung mit Noel Salter am 17.10.1964 [EZA 97/939]
[62] Zionismus 1970, o.D. [April 1970], o.A. [Lothar Kreyssig] [EZA 104/620, Eingangsstempel 6. April 1970]

Aus der notwendigen Entwicklung zur Weltgesellschaft und der Vorreiterrolle der Juden ergibt sich für Kreyssig auch eine zwingende Lösung hinsichtlich der Diskussion um das Existenzrecht Israels und die Legitimation der im Land lebenden Araber:

> Den Juden noch und wieder in den Gastvölkern, den Palästinensern im Staate Israel ihre staatsbürgerliche Existenz zu verkürzen oder zu verleiden, Israel seine Existenz als Volk in Palästina zu bestreiten[,] ist gleichermaßen eine unheilvolle Bedrohung des daseinsnotwendigen Bildevorganges einer Weltgesellschaft der Völker, in kritischer Stunde ein Zeichen wider den Geist.[63]

Nichtjuden hätten eine besondere Verpflichtung zur Auseinandersetzung mit dieser Thematik, auch wenn ihnen die Letztgültigkeit eigener unmittelbar gewonnener Erfahrung nicht möglich ist:

> Wenn es zutrifft, dass dies in den Maßstäben und unübersehbar differenten Voraussetzungen einer globalen Meinungsbildung als sachgerechte, zweckmäßige und notwendige konstruktive Lösung vertreten und den Nächstbeteiligten angesonnen werden könnte, so wäre das ein Zeichen, wie hochgradig reif die Aufgabe „Weltgesellschaft" ist. Denn es wird eine Gesinnung, Haltung neuer Mitmenschlichkeit vorausgesetzt, eine Ethik der Duldsamkeit gegenüber einer Grundbefindlichkeit jüdischen Wesens, die eigener Erfahrung nicht zugänglich ist. Antisemitismus einerseits, Zionismus andererseits sind als geschichtliche Ausformungen dieser Besonderheit also für den Nichtjuden Gegenstand und Aufgabe seiner verantwortlichen, gewissenhaften Urteilsbildung, wiewohl sie im Unterschied zu seinen sonstigen natürlichen und geschichtlichen Erfahrungen aus diesen Erfahrungen selbst nicht deutbar sind. Es muss jedem freistehen, die ordnende und befriedende Kraft einer solchen die Weltgesellschaft der Völker ermöglichenden Haltung als autonome Ethik zu erklären, die das unbesiegliche Leben aus dem Selbsterhaltungstrieb des Menschen wachsen lässt, oder darin die mündig und ihrer selbst gewiss gewordene Wirklichkeit einer im Grunde theonomen Ethik zu sehen. Im letzteren Fall wäre sie dem Ursprung mit dem Anruf zu einer neuen, globalen Verwirklichung von Mitmenschlichkeit im Sinne Christi näher, als die in der bisherigen Geschichte von einem christlichen Antisemitismus bis zur Unkenntlichkeit verzerrten Züge derselben Botschaft.[64]

Mit seiner Erkenntnis von zunehmender Integration von Nationalstaaten in eine transnationale, letztlich tatsächlich globale (Wert-)Einheit bzw. von der Notwendigkeit einer solchen Integration und des in und zu diesem Prozess essentiellen Verständnisses über die Bedeutung von Antisemitismus nahm Kreyssig vorweg, was 30 Jahre später zu einem öffentlichen Thema werden sollte: Im Jahr 2000 wurde erstmals die Internationale Holocaust-Konferenz in Stockholm abgehalten, bei der die Geschichte des Nationalsozialismus als Anknüpfungspunkt für gegenwärtige rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Phänomene und Möglichkeiten zu deren Bekämpfung diskutiert wurde. Bei der Konferenz im Jänner 2000 waren Regierungsmitglieder, Wissenschafter und Zeitzeugen aus 47 Staaten anwesend.[65]

Gliederung der Arbeit

Der Aufbau des ersten Kapitels ist an den ersten Quellen zur *Aktion Sühnezeichen* orientiert und versucht die Puzzlesteine vorhandener Quellen zu einem narrativen Strang zu bündeln, der als ideengeschichtliche Vorgeschichte der *Aktion Sühnezeichen* zum formellen Beginn der Organisation Ende April 1958 führte. Nach diesem chronologischen Teil folgt eine hermeneutische Interpretation der Gründungstexte aus 1954 und 1958. Die Analyse dieser Texte durchbricht das Gründungsnarrativ und bietet einen ersten Einblick in die zunächst postulierten Inhalte. Daran schließt eine Analyse der ideengeschichtlichen Verortung der *Aktion Sühnezeichen* in Theologie und Gesellschaftspolitik an. Die explizit wie implizit über die gesamte Existenz der Organisation wiederkehrenden Termini „Schuld", „Versöhnung" und „Friede" werden systematisch interpretiert.

---

[63] Ebd.
[64] Ebd.
[65] Kopeinig, Margaretha und Kotanko, Christoph, Eine europäische Affäre: Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich (2000). Wien: Czernin Verlag, S. 17-19. Teilnehmer waren unter anderen als Gastgeber der schwedische Ministerpräsident Göran Persson, der niederländische Ministerpräsident Wim Kok, der israelische Ministerpräsident Ehud Barak, der US-Friedensnobelpreisträger und Holocaust-Überlebende Elie Wiesel sowie die Regierungschefs aus Frankreich und Deutschland, Lionel Jospin und Gerhard Schröder. Ein sichtbares Ergebnis dieser Zusammenkunft war die kritische Positionierung der EU-Mitgliedsländer gegenüber Österreich, in dem sich zu diesem Zeitpunkt eine rechtskonservative Regierungsgründung unter Beteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) anbahnte.

Im gleichen Kapitel wird eine Kontextualisierung der Entstehungsgeschichte der *Aktion Sühnezeichen* im (inner-)kirchlichen Schuld- und Erinnerungsdiskurs unternommen. Wie lässt sich die Gründung der *Aktion Sühnezeichen* in den historischen Kontext von BRD und DDR verorten, kann ein Gründungsmoment, ein Zusammentreffen von begünstigenden Ereignissen, Personen etc. als solches identifiziert werden? Dabei sind zwei Erkenntnisse von Signifikanz: erstens ist der von Sühnezeichen-Gründer Lothar Kreyssig vorgestellte Text im Wesentlichen autark entstanden, obgleich Kreyssig selbst wenigstens in einem Fall (1950) am innerkirchlichen Schulddiskurs persönlich teilnahm und über seine hochrangigen Kirchenämter in der evangelischen Nomenklatur – innerhalb wie außerhalb der beiden deutschen Staaten – und zudem im Netzwerk der Bruderschaften in Nachfolge der *Bekennenden Kirche* gut verankert war. Eine Interdependenz des Gründungsmoments zu zeitgenössischen, öffentlich thematisierten Vorkommnissen (antisemitische Vorfälle, Kriegsverbrecherprozesse etc.) lässt sich ebenfalls nicht konstruieren, jedoch ein chronologisches Zusammentreffen mit dem Zeitpunkt, zu dem deutsche Kirchengemeinden von Spenden- und Hilfeempfängern zu Spenden- und Hilfeleistenden wurden.[66] Zweitens ergibt sich aus der Analyse der einschlägigen Sühnezeichentexte eine Synthese aus einer christlich fundierten Interpretation theologischer Texte, vor allem aus dem neuen Testament und zeitgenössischen gesellschaftspolitischen Thematiken, vor allem mit Bezug zum deutsch-deutschen Verhältnis bzw. zur Stellung der deutschen Staaten in der internationalen Staatengemeinschaft sowie zu transnationalen Versöhnungsfragen.

Netzwerke aus Personen und Institutionen sowie die Organisationsformen der *Aktion Sühnezeichen* stehen im Zentrum des zweiten Kapitels. In Kurzbiographien werden die tragenden Säulen vorgestellt: Kirchenführer und Sühnezeichen-Gründer Lothar Kreyssig (1898-1986), Gründer und Direktor der *Evangelischen Akademie Berlin* Erich Müller-Gangloff (1907-1980) und der Beamte des Bundesvertriebenenministeriums, Regierungsdirektor Gotthard Kutzner (1904-1980). Die Verbindung zwischen den drei Männern, die fast annähernd gleich alt waren (wobei Kreyssig mit seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg einer anderen Erlebensgeneration angehörte als Müller-Gangloff und Kutzner, die in der Wehrmacht am 2. Weltkrieg teilnahmen), weisen zunächst keine biographischen Berührungspunkte auf. Sie trafen erst im Berlin des ‚Kalten Krieges' aufeinander, jeder in seinem Arbeits-, Motivations- und Interessensbereich an der deutschen Nachkriegsgesellschaft interessiert und entsprechend engagiert. In je unterschiedlicher hierarchischer Position repräsentierten die drei Persönlichkeiten Kirche und Staat. Alle drei Personen verband eine Affinität mit der nationalsozialen Ausrichtung des frühen Nationalsozialismus in der Zwischenkriegszeit und eine Abkehr vor oder noch während der nationalsozialistischen Herrschaft. In den 1950er und 1960er Jahren ist von allen drei eine Affinität zur bzw. Mitgliedschaft (Kutzner) bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dokumentiert. Zwei der drei Proponenten waren in der Evangelischen Kirche verankert (Kreyssig und Müller-Gangloff), Kutzner hatte ein ambivalentes Verhältnis zum deutschen Protestantismus, alle drei wiederum pflegten weitreichende ökumenische Kontakte innerhalb wie außerhalb der beiden deutschen Staaten.

Neben diesen drei Personen wird das Zusammentreffen personeller Verbindungen zu NS-oppositionellen Netzwerken thematisiert. Angehörige und Hinterbliebene aus dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und vormals der Bekennenden Kirche angehörende Kirchenführer formten vor allem in den ersten Jahren der *Aktion Sühnezeichen* informelle Netzwerke, zum Teil in Verbindung mit institutionalisierten Einrichtungen im Rahmen der Evangelischen Kirche wie Sozialpfarrämtern und Evangelischen Akademien. Ein überraschendes Erkenntnis ist neben den manifesten biographischen Verbindungen

[66] Bei dem Endlektorat dieses Textes lief eine Radiosendung des österreichischen Rundfunks Ö1, in der der UNICEF-Beauftragte Rudolf Nagiller, der sich als Sonderbotschafter dieser UN-Einrichtung mit der Hilfe für ‚Aidswaisen' in Afrika befasst, als Motivation für sein Engagement angab, als Kind im Nachkriegsösterreich wahrscheinlich selbst in den Genuss von internationaler UNICEF-Hilfe gekommen zu sein und jetzt in der Lage zu sein, selbst Hilfestellung geben zu können. [Ö1 von Tag zu Tag, ca. 14.30 Uhr, 10. Januar 2006]

das in der *Aktion Sühnezeichen* in Ansätzen manifeste Fortwirken von persönlichen Verbindungen aus der *Bekennenden Kirche* und aus dem Widerstand, vor allem dem *Kreisauer Kreis*. Das Fortwirken von Netzwerken und ideengeschichtlichen Tradierungen aus der Zeit des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus innerhalb der Kirche und innerhalb vorwiegend ostdeutscher und aristokratischer informeller Verbindungen nach 1945 ist ein bislang unerforschtes Thema – im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen* lässt sich in Ansätzen die mögliche Dimension dieses Nach- bzw. Fortwirkens vor allem, aber nicht nur, innerhalb der BRD, nachzeichnen. Dieses Kapitel stützt sich vor allem auf die Rekonstruktion biographischer Abrisse und den in den Quellen vorzufindenden Verbindungen zwischen den Personen und Institutionen.

Die beiden Abschnitte am Ende des zweiten Kapitels über Organisationsformen der *Aktion Sühnezeichen* in den beiden deutschen Staaten und nach der Vereinigung zu Beginn der 1990er Jahre folgen einem strikten wie stringenten institutionsgeschichtlichen Ansatz und geben Einblick in die organisatorische Existenz der über drei Jahrzehnte geteilten Organisation. Die Chronologie der *Aktion Sühnezeichen* als gesamtdeutsche, als geteilte und schließlich als erneut gesamtdeutsche Organisation enthält zudem die Namen der auf Organisationsebene handelnden Personen und berücksichtigt einschneidende Vorkommnisse, die in späteren Kapiteln systematische Vertiefung erfahren.

Das dritte Kapitel konzentriert sich auf die Projekte der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* (bzw. ab 1968 *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*). Mit dem anfangs verfolgten Bauprogramm fügte sich die *Aktion Sühnezeichen* in eine Welle an Mahnmalserrichtungen an originären Gedenkstätten, d.h. ehemaligen Konzentrationslagern, aber auch in die zur gleichen Zeit zu beobachtenden Errichtung von Mahnmalen an ‚sekundären Erinnerungsorten'. Aus der Vielzahl von Einsätzen, deren Gesamtzahl sich aufgrund der dezentralen, oft nur kurzfristig vergebenen Einsatzstellen nicht exakt feststellen lässt, werden exemplarisch die Bauprojekte der ersten Einsätze in den Niederlanden und in Norwegen, die Entwicklung zu Einsätzen ohne Bautätigkeit (Sozial- und Friedensdienste) sowie die Einsätze in Israel und Polen (v.a. Gedenkstättenarbeit) rekonstruiert – letztere lassen in der Gegenüberstellung eine für die *Aktion Sühnezeichen* nicht zu umgehende Zwickmühle erkennen: die in beiden Ländern tradierte unterschiedliche Erinnerungskultur, die jeweils der Verfolgung und dem Leiden des eigenen Volkes bzw. der eigenen Nation während des Nationalsozialismus bzw. während des zweiten Weltkrieges einen besonderen, wenn nicht exklusiven Platz einräumt(e)[67], traf auf das relative Wissensvakuum der Freiwilligen, die die jeweiligen nationalen Erinnerungstraditionen absorbierten und ihrerseits weiter tradierten. Daraus entstand eine ‚Erinnerungskonkurrenz' innerhalb und rund um die *Aktion Sühnezeichen*, die zu heftigen Auseinandersetzung führte. Von besonderem Interesse ist dabei die Beobachtung, wonach in Bezug auf Israel eher auf antisemitische bzw. im Hinblick auf den israelisch-arabischen Konflikt eher auf antiisraelische Positionen zurückgegriffen wurde als in Bezug auf Polen auf anti-polnische oder anti-kommunistische Positionen. Den Abschluss des dritten Kapitels bildet ein kurzer Abriss über die innerhalb der BRD durchgeführten Projekte bzw. meinungsbildenden Aktionen. Ab Mitte der 1960er Jahre engagierte sich die *Aktion Sühnezeichen* beim Ausbau der westdeutschen Gedenkstätte Bergen-Belsen und beim Bau der Sühnekirche in Dachau. Zu Beginn des gleichen Jahres war der *Aktion Sühnezeichen* mit dem *Theodor-Heuss-Preis* die erste große Auszeichnung aus der BRD verliehen worden.

Die Arbeit der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* innerhalb der DDR und im (sozialistischen) Ausland wird im vierten Kapitel der Arbeit hinsichtlich der jeweiligen Entstehung der Arbeitseinsätze und Entwicklung über die fast dreißigjährige eigenständige Existenz der *Aktion Sühnezeichen in der DDR* rekonstruiert. Anders als die Westberliner Schwester sah sich die Ostberliner Organisation weniger mit den Problemen

[67] Noch während des Zeitraums der Recherche zu dieser Arbeit beklagte die stellvertretende Direktorin der Gedenkstätte Museum Auschwitz, Krystina Oleksi, im Rahmen einer Veranstaltung im Centrum Judaicum, Berlin, am 15. Januar 2002 nachdrücklich, dass Auschwitz als Synonym der Judenvernichtung wahrgenommen wird – zulasten des polnischen Märtyrertums.

mangelnder Freiwilligenmeldungen oder mangelnden Angebots an Projekten im Ausland konfrontiert, als vielmehr mit den immanenten Einschränkungen durch das DDR-Regime. Eine Entfaltung der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR konnte bis 1965 nur innerhalb des Landes, und hier im Wesentlichen nur in kirchlichen und diakonischen Räumen und Einrichtungen während der Urlaubszeit in den Sommermonaten – in Form sogenannter ‚Sommerlager' – erfolgen. Nicht zuletzt dieser Einschränkung ist das ökumenische Engagement der *Aktion Sühnezeichen in der DDR* zu verdanken, mussten bzw. konnten doch auch katholische Einsatzstellen akquiriert werden. Auch dank der vielfältigen jahrzehntelangen Kontakte zum polnischen Klerus waren die ökumenischen Begegnungen über die Grenze hinweg kontinuierlicher und reichhaltiger als im Westen, wo der ökumenische Dialog bald nach dem Ausscheiden Kreyssigs aus der Westberliner Führung 1961 an Bedeutung verlor. Jüdische Einrichtungen – Friedhöfe – kamen erst spät als Einsatzstellen hinzu.

Im Gegensatz zur Westberliner *Aktion Sühnezeichen* waren ausländische Teilnehmer aus West- später vor allem aus Osteuropa an den Sommerlagern der Ostberliner Schwesterorganisation beteiligt. Das einzige auf Reziprozität fußende ‚Gegenprojekt' eines früheren Sühnezeichen-Einsatzortes in Deutschland fand 1965 in Dresden statt, als von der Cathedral of Coventry zusammen gestellte Gruppen von Freiwilligen am Wiederaufbau des Dresdner Diakonissenkrankenhauses beteiligt waren. Vor dem Ende des kommunistischen Regimes in der DDR 1989 war die *Aktion Sühnezeichen* bereits in ‚staatliche Obhut' geraten, was ihre inhaltliche Entfaltung nun nicht mehr zwangsweise wie in den 1960er Jahren sondern über Einbestellungen und Vorsprachen, Anregungen, Bitten und Direktiven so kanalisierte, dass ihre über die Teilnehmer eingebrachten Berührungspunkte mit regimekritischen Friedens-, Bausoldaten-, Umwelt- oder Sozialbewegungen oberflächlich blieben und jedenfalls nicht in eine oppositionelle Rolle führten, obwohl zahlreiche Sühnezeichen-Aktivisten entscheidend Anteil an der Demokratisierung der DDR hatten.

Das Verhältnis der Organisationen zu Staat und auch zu den (amts-)kirchlichen Institutionen steht im Zentrum des fünften Kapitels. Die Verortung der *Aktion Sühnezeichen* als kirchliches Werk innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland erscheint ebenso zufällig wie folgerichtig. Neben dem geschickten Strategen Kreyssig waren erneut die Netzwerke aus der bekennenden Kirche und paradoxer Weise auch wiederkehrende kirchliche Opposition gegen die *Aktion Sühnezeichen* verantwortlich für formelle und offizielle Verankerungen in den ab Ende der 1960er Jahren organisatorisch getrennten Institutionen der Evangelischen Kirche in Deutschland. Das Verhältnis der beiden Organisationen zu den jeweiligen deutschen Staaten verhält sich genau spiegelverkehrt zueinander: langjährige Kooperation und Anerkennung durch die Bonner Bundesregierungen, unabhängig von den jeweiligen regierenden Parteien bis in die 1970er Jahre wandeln sich in ein höchst kritisches Verhältnis, das bis zum Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung und Staatsgefährdung durch die CDU (u.a. beteiligt der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl) reichte. In der DDR verhielt es sich genau umgekehrt: anfängliche Abstoßungstendenzen, die Abwehr, Sabotage und Verbote enthielten, und die in den 1970er Jahren in Zerstörungs- und Zersetzungsfantasien durch die Stasi mündeten, wandelten sich in den 1980er Jahren in kontrolliertes Wohlgefallen und staatliche Instrumentalisierung. Die *Aktion Sühnezeichen* war am Ende ihrer drei Jahrzehnte währenden Existenz in der DDR von staatlichen Spitzeln, Kontrolleuren und sogar von einem ‚staatlich beigestellten' Leiter kontrolliert und wurde für Gedenkrituale instrumentalisiert.

Im sechsten Kapitel werden die österreichischen *Gedenkdienst*e analysiert, die nach dem Vorbild der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* in der BRD von einem ehemaligen österreichischen Freiwilligen im Polenreferat 1992 als Zivilersatzdienste gegründet wurden, und seither männliche Zivildienstpflichtige bzw. ab 2001 im Rahmen des *Europäischen Freiwilligendienstes* junge Männer und Frauen aus Österreich im themenspezifischen Rahmen ins Ausland entsenden. Die *Gedenkdienst*e in Österreich stellen die

nachdrücklichste Folgeorganisation der *Aktion Sühnezeichen* dar, die als konzeptionelles wie hinsichtlich des Schuldgehaltes auch als inhaltliches Vorbild diente. Im Vergleich der beiden Konzeptionen ist bemerkenswert, dass dieser Transfer gelungen ist, obwohl wesentliche Charakteristika der *Aktion Sühnezeichen* in den Gedenkdiensten in Österreich nicht zutreffen. Ideengeschichtlich fehlen die theologischen Grundlagen, das Schuld- und Sühneverständnis sowie das explizite Anliegen der Versöhnung, hinsichtlich der institutionellen Entstehung fehlt jeglicher institutioneller Rückhalt in der Gründungsphase, erst bei einer späteren (konkurrierenden) Gründung eines weiteren Vereins tritt – indirekt über Funktionäre – der *Österreichische Gewerkschaftsbund* (*ÖGB*) auf. Im Zentrum des Kommunikationsraumes der Gedenkdienste steht die Schuld von Österreichern an der nationalsozialistischen Vernichtung, wobei Ausgangspunkt die Ablehnung des sogenannten österreichischen Opfermythos ist. Als einzigen positiven Inhalt vermitteln die Gedenkdienste die Annahme dieser Schuld sowie die Möglichkeit der Thematisierung – allerdings nicht mehr. Eine Überwindung dieser österreichischen Schuld, die sich aus einem unbestimmten ‚moralischen' Wertesystem ableitet, etwa im Sinne von Versöhnungsarbeit wird nicht angestrebt. Im Zentrum der Arbeitsaufgaben stehen weniger handwerkliche oder soziale als intellektuelle Arbeiten wie in Archiven und Forschungseinrichtungen. Ab Ende der 1990er Jahre nimmt die Arbeit mit Holocaust-Überlebenden an den jeweiligen Einsatzorten einen wesentlichen Raum neben der Archivarbeit ein.

1 Grundlagen und Ziele der Aktion Sühnezeichen

> ... Gott lässt in der Fürbitte mit sich rechten und handeln: 1. Mos. 18, 22b-33.[68] Er, der Herr der Geschichte, kann auf „das unverschämte Geilen“ hin Raum zur Buße geben, wiewohl die geschichtliche Situation vergangen und die Möglichkeit zur Wiedergutmachung verwirkt ist. Die prophetische Stimme dafür ist neutestamentlich der Gemeinde gegeben ... Es gilt auch, den Raum, der uns für ein geistliches Handeln in der Richtung auf wirkliche Vergebung und Versöhnung gelassen ist, auszufüllen. Ich fühle, dass ein Schritt, wie der vorgeschlagene, die mühselige und schwächliche Abwehr der Propaganda für einen in der antichristlichen Wendung zuinnerst depravierten Frieden durch einen radikalen und legitimen Angriff vom Worte her in einer befreienden Weise ersetzen würde. Ich meine, dass es sich um einen eindeutigen Akt des Glaubens mitten im politischen Bereich handeln würde. Ich erkenne die Legitimität des Aktes u.a. daran, dass er in echter und geschichtsmächtiger Weise bindet und löst, zu einer Entscheidung führt, mag ihn das damit bedachte Volk annehmen oder ablehnen. So kann und will stellvertretendes Handeln der Gemeinde geschichtsmächtig werden. Gleichwohl und in sachgerechter Weise sind die Deutschen schlechthin angeredet, ohne Rücksicht auf den fragwürdigen Begriff der Kollektivschuld, weil die Schandtat eines Menschen seine Familienmitglieder auf eine besondere Weise angeht, wie Romano Guardini[69] ausgesprochen hat. Aber – und dies ist nun der Einwand – es finden sich in Sodom auch nicht zehn Gerechte. So muss Abraham in seinem unverschämten Geilen das Gericht über Sodom besiegeln. Sind wir nicht, nehmt alles nur in allem trotz des Stuttgarter Schuldbekenntnisses in Selbstrechtfertigung und Unbußfertigkeit stecken geblieben? Wo ist im Westen ein wirkliches Danken für Gottes weites und gutes Erbarmen? Wo ist im Osten ein wirkliches Trauen auf Gott und auf ihn allein? Wird ein Schritt wie der Entwurf ihn will, nicht die Verstockung aufdecken, indem sich nur so wenig finden, dass gar nichts Wirksames geschehen kann und die anderen im Lästern und Widerbellen Gottes Zorn neu über sich heraufrufen?[70]

Dieser Brief des hochrangigen evangelischen Kirchenführers in Ostberlin und Magdeburg Lothar Kreyssig[71] an den renommierten westdeutschen evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer[72] aus 1954 enthält die wesentlichen kirchen- wie gesellschaftspolitischen Implikationen der *Aktion Sühnezeichen*: das evangelisch-theologische Wirken in der deutschen Gesellschaft nach 1945, die Stellung der deutschen Nationalstaaten in der Völkergemeinschaft nach der nationalsozialistischen Vergangenheit mit allen ihren, gleichermaßen nach Innen wie nach Außen gerichteten Verbrechen, die nach Kreyssigs (dem Brief an Gollwitzer beigelegten) Gründungsaufruf zur „Aktion Versöhnungszeichen“ zufolge sowohl gegen Menschen wie gegen Gott gerichtet waren. Die christliche – „neutestamentliche“ – Erlösungsdogmatik sollte eine symbolische und mit der öffentlich einbekannten Schuld verbundene praktische Umsetzung erfahren und damit gleichermaßen zur Befreiung der Deutschen von der ‚deutschen Schuld’ führen wie die Stellung der christlichen Kirchen festigen. Der „eindeutige Akt des Glaubens mitten im politischen Bereich“ wurde von Kreyssig nicht als bloße theologische oder religiöse[73] Hilfestellung für eine säkularisierte, der Schuld-Thematik ‚ausgelieferte’ und nachkriegstraumatisierte Volksgemeinschaft konzipiert. Das Ausfüllen des Raumes, „der uns für ein geistliches Handeln in der Richtung auf wirkliche Vergebung und Versöhnung gelassen ist“, war verbunden mit dem theologisch begründeten „radikalen Angriff vom Worte her“, der auf eine Re-Christianisierung der säkulären Gesellschaft bzw. auf ein Besetzen der Thematik durch die christlichen (v.a. evangelischen) Kirchen abzielte.

---

[68] Die Bibelstellen erzählen die Versuche Abrahams, die Bevölkerung von Sodom und Gamorha vor Gottes Zorn zu retten. [http://www.bibelserver.de/; Übersetzung nach Luther (1984)]

[69] Guardini, Romano (1885-1968), dt. kath. Theologe und Religionsphilosoph. [siehe auch http://www.bautz.de/bbkl/g/guardini_r.shtml]. Eine weitere Bezugnahme Kreyssigs auf Romano Guardini ist nicht dokumentiert. Kreyssig griff allerdings wesentliche Elemente einer veröffentlichten Rede Guardinis auf; s.u.

[70] Kreyssig an Gollwitzer, dat. 22. November 1954 [EZA 614/219]

[71] Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses der Evangelischen Kirche der Union und Präses der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

[72] Gollwitzer, Helmut (1908-1993) zählte zu den einflussreichsten Theologen nach 1945; 1954 war er Professor für Systematische Theologie in Bonn. Gollwitzer zählte in der Folge zu den kontinuierlichen Unterstützern der Aktion Sühnezeichen, er unterzeichnete auch den Aufruf 1958. Seine Frau Brigitte, Tochter von Adolf Freudenberg, war in den 1980er Jahren Vorstandsmitglied der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste.

[73] Mit dem Verzicht auf eine Differenzierung zwischen den Begriffen „theologisch“ und „religiös“ folge ich Kreyssigs Verständnis, dessen zahlreichen Texten eine direkte Symbiose zwischen theologischer Interpretation und religiöser Handlungsanleitung durchgängig eigen ist.

Die Dominanz christlicher Dogmatik in Kreyssigs Konzeption findet sich im angeführten stellvertretenden Bußopfer der Sühne(zeichen)-Gemeinde, eine Analogie zur christlichen Erlösungsdogmatik: so wie der stellvertretenden (Sühne-)Tod Jesu Christi Schlüssel zur Erlösung der (christlich getauften) Menschheit ist, sollte ein stellvertretendes Bußopfer in Form eines freiwilligen Einsatzes einzelner Deutscher zur Errichtung von Sühnezeichen Schlüssel für die Versöhnung sowohl mit Gott als auch der Menschen untereinander sein. Wie in späteren Texten deutlich wird, ist die Anerkennung der immanenten christlichen Erlösungsprogrammatik nicht nur für ‚die Deutschen' selbst sondern auch für die adressierten Empfänger eine notwendige Bedingung des Sühnezeichen-Konzepts. Der Verweis auf die im ‚Alten Testament' überlieferte Erzählung, wonach der Mangel an (Einsicht zur) Umkehr zu einem göttlichen Gericht führte, erscheint auf den ersten Blick kurios. Kreyssig führte diese weithin bekannte Überlieferung vordergründig als Gegenargument und mögliches Risiko für sein Konzept an. Er konstruierte mit dieser Metapher eine Analogie des biblisch überlieferten Sittenverfalls einer Gemeinschaft zum Sittenverfall der Deutschen während des Nationalsozialismus. Der Analogie folgend sind Deutsche, die zur Abkehr vom Sündenfall und Hinwendung zu Gott nicht bereit sind, wie die Bewohner von Sodom und Gomorrha vom göttlichen Gericht – und damit der biblischen Überlieferung nach von der physischen Vernichtung – bedroht. Indem er, Kreyssig, wie Abraham als ‚Mediator' die Frage nach dem Umgang mit der Schuld – d.h. nationalsozialistischen Schuld – aufgriffe, würde er im Falle der mangelnden Schuldeinsicht und mangelnden Bereitschaft zur tätigen Umkehr das Schicksal der Vernichtung der Deutschen besiegeln. Kreyssig verstärkte die biblische Metapher für sein Versöhnungsstreben mit der Phrase „So muss Abraham in seinem unverschämten Geilen das Gericht über Sodom besiegeln". Diese angesichts der christologischen Argumentation Kreyssigs unpassend erscheinende Metapher lässt sich durch die implizite Botschaft auflösen, wonach nur die Umkehr und Hinwendung zu Gott sowohl zum – zunächst ‚physischen' – Überleben wie auch zur nachfolgenden neutestamentarischen Erlösung durch Christi Sühnetod – dem ‚psychischen Überleben' – führen kann. Diese beiden Elemente, Schuldeinsicht mit Hinwendung zu Gott und Annahme des stellvertretenden Opfers Christi, das auch für „vergangene geschichtliche Situationen" Handlungsspielraum bzw. eine ‚verspätete' Hinwendung zu Gott, selbst nach einem ungeheuren Verbrechen ermöglichen würde, sind die in sämtlichen Texten Kreyssigs wiederkehrenden zentralen theologischen Ausgangspositionen für die theoretische bzw. theologische Begründung der *Aktion Sühnezeichen*.

Die Bezugnahme Kreyssigs auf die Herleitung von geteilter Verantwortung Rede des katholischen Theologen Romano Guardini an der Universität in Tübingen im Frühjahr 1952 in seinem Brief an Gollwitzer ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.[74] Kreyssig kannte die Rede offenbar gut. So verwendet er Guardinis Phrase von der unbewältigten Vergangenheit.[75] Nicht nur die Ableitung der Verantwortung für die NS-Verbrechen, sondern auch die theologische Begründung „auf die Gnade, die Vergebungs- und Erneuerungsmacht Gottes hin" findet sich in Guardinis Ausführungen.[76] Kreyssig konnte zudem auf Guardinis Ansatz einer Introspektion an Deutschen aufbauen und übernahm bei der Konzeption von Sühnezeichen 1954 und 1958 selbst dessen reziprokes Schuldverständnis.[77]

Eine Antwort Gollwitzers auf Kreyssigs Brief Ende 1954 ist nicht dokumentiert; Gollwitzer erwähnte diese theologische Anfrage Kreyssigs an ihn auch in einem späteren Interview mit Volker von Törne nicht.[78] In einem Schreiben an seine Vertraute im Ökumenischen Institut Bossey, Ilse Friedeberg, vom

---

[74] Kreyssig bezieht sich auf Guardini, Romano (1952). Verantwortung. Gedanken zur jüdischen Frage. Hochland-Bücherei im Kösel Verlag zu München. Die Bezugnahme Kreyssigs auf Guardini lässt sich bei Seite 33 besonders deutlich darstellen.
[75] Guardini spricht von unbewältigten Gewissen der Allgemeinheit vor der Furchtbarkeit des Geschehnen (ebd. S. 30f.) bzw. auf die Aufarbeitung des Unrechts (ebd. S. 34, 37).
[76] Ebd. S. 37
[77] Guardini führt die Zerstörung Dresdens und das Unrecht, das Juden an Deutschen begangen haben, an. (ebd. S. 31)
[78] Typoskript H.Gollwitzer über L.Kreyssig am 18.6.79, dat. 3. Oktober 1979. [614/219] Sämtlicher überlieferter Briefverkehr liegt im Evangelischen Zentralarchiv auf, das die Nachlässe Kreyssigs und Gollwitzers im Bestand hat. Die Durchsicht des Bestandes 614 (Kreyssig) verlief hinsichtlich Gollwitzers Stellungnahme negativ, nach Auskunft des für die während der Recherche im Gang befindliche Katalogisierung

Januar 1955 führte Kreyssig an, dass er bezüglich seiner Konzeptionen für Israel und Russland „aus dem Schriftwechsel mit Gollwitzer im Ganzen Ermutigung erfahren“ hätte, Gollwitzer aber nicht „beschlagnahmen“ könnte, weil Gollwitzer mit seinen Lehrverpflichtungen und konfessionellen Auseinandersetzungen mit der Vereinigung der Lutherischen Kirchen sowie politischen Aktivitäten „so eingesponnen“ wäre.[79] An gleicher Stelle erwähnte Kreyssig seine Kontakte mit Vertretern der katholischen Kirche in Deutschland, und er berichtete von einer Begegnung mit dem der Berliner Bischof, der seine Befürchtung über eine Wiederholung von Sodom und Gomorrha erfolgreich widerlegte:

> Immerhin habe ich aus dem Gespräch mit [dem katholischen Berliner Bischof Wilhelm, Anm.] Weskamm wieder eine Linie gewonnen. Er wies mich sofort auf das historische Beispiel des mittelalterlichen Ordens der Mercerianer hin, die Jahrhunderte lang die Befreiung von Kriegsgefangenen durch eigenes Opfer zum Ordenszweck hatten und sprach das befreiende Wort: Das kann nur tun, wer es tun muss. Damit hat er mir den Komplex abgenommen, dass man über die anderen ein Gericht heraufrufe, die sich dem Ruf entzögen.[80]

Die Assoziation des katholischen Bischofs von Berlin traf auf ein frühes, nicht verwirklichtes Vorhaben Kreyssigs noch unmittelbarer zu als auf die *Aktion Sühnezeichen*: In seinem letzten Rundbrief als Leiter der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* führte Kreyssig als „älteres Geschwister der Aktion Sühnezeichen“ das „seit 1947 geplante Angebot an die Siegermächte“ an, „die nach dem Waffenstillstand noch jahrelang hart arbeitenden deutschen Gefangenen durch Freiwillige ablösen zu lassen“.[81]

Die der *Aktion Sühnezeichen* zugrunde liegenden Axiome, Glaubensannahmen und Thesen bzw. die Weiterentwicklung des Versöhnungskonzepts nach der Gründung 1958 durch Kreyssig und seine Sühnezeichen-Nachfolger lassen sich über Fragmente aus Rundschreiben und Korrespondenzen erschließen. Von Kreyssig selbst liegen drei veröffentlichte Artikel vor, aus denen sich die theologische wie gesellschaftspolitische Verortung der *Aktion Sühnezeichen* ableiten lassen: zwei Texte zur *Aktion Sühnezeichen* in der Akademie-Zeitschrift *Kommunität*[82] sowie in der Evangelischen Zeitschrift *Quatember*[83] und ein Text anlässlich der Gründung des *Weltfriedensdienstes* Ende 1959, ebenfalls in der *Kommunität*.[84]

1.1 Vorkonzeption und unmittelbares Diskursumfeld

Die erste dokumentierte konzeptionelle Beschreibung der späteren *Aktion Sühnezeichen* findet sich in einem Schreiben Kreyssigs an Paul Graf Yorck von Wartenburg (1902-2002) 1952.[85] Kreyssig beschrieb in seinem Brief[86] Überlegungen zu einem Bußdienst mit Laien[87] aus seiner Landeskirche:

> Auf der Sommerrüstzeit unserer Laienmannschaft in der Kirchenprovinz Sachsen gedenke ich zwei andere Fragen aufzugreifen, die mich umtreiben und wo auf dem Wege der Buße in der Gemeinde etwas geschichtlich Beträchtliches noch geschehen könnte. Es wäre einmal die Stellung zu Israel. Ich gedenke anzuregen, dass wir uns dem Ruf „Wir bitten Israel um Frieden“ anschließen und zugleich

---

des Nachlasses Gollwitzers zuständigen Archivars, Dr. Künzel, enthalten die an das EZA ausgefolgten Unterlagen keine Bezüge zur Aktion Sühnezeichen. [mündliche Mitteilung, 19. Juli 2004]

[79] Kreyssig an Friedeberg, 8. Januar 1955 [EZA 614/216]

[80] Ebd.

[81] Rundschreiben Dezember 1969, dat. 30. November 1969, gez. Lothar Kreyssig, S. 1 [ASF]

[82] Kreyssig, Lothar. (1959) Bewältigung und Versöhnung, In *Kommunität*, 3.Jg. Heft 9, S. 3-8.

[83] Kreyssig, Lothar. (1958/59) Rechenschaft über die Vergangenheit, In QUATEMBER Evangelische Jahresbriefe. S. 200-207.

[84] Kreyssig, Lothar. (1960) Weltfriedensdienst im Sühnezeichen. Rechenschaft für gestern - Verantwortung für morgen, *Kommunität*. S. 57-63.

[85] Paul Graf Yorck von Wartenburg war der Bruder des wegen seiner Teilnahme am 20. Juli 1944 vom nationalsozialistischen Regime hingerichteten Peter Graf Yorck von Wartenburg (Mitglied des Kreisauer Kreises); Paul Yorck und Kreyssig kannten einander aus der Bekennenden Kirche [s. Beschreibung bei Lehndorff, Hans Graf von, Die Insterburger Jahre: Mein Weg zur Bekennenden Kirche (1992). München: Beck, S. 65.]

[86] Kreyssigs Schreiben war eine Antwort auf Yorcks Brief an Kreyssig, dat. 4. Juni 1952, in dem Yorck auf die anhaltende Verfolgung der Zeugen Jehovas und die akute Glaubensverfolgung in der DDR hingewiesen und eine kirchliche Stellungnahme angeregt hatte. [EZA 614/45]. Yorck war zu dieser Zeit Referent für Westeuropa in der Flüchtlingsabteilung des Weltrates der Kirchen in Genf [vgl. Munzinger-Archiv/Intern. Biograph. Archiv Eintrag Yorck Y-ME, 2.12.1972 – Lieferung 48/72 – P – 10789]. Nach Auskunft seines Neffen war Paul Yorck für die „Ansiedlung von Ostjuden in der Landwirtschaft in Frankreich (Dépertement Drôme)“ zuständig [Wulf von Moltke, London, 25. Februar 2004].

[87] Die Laienmannschaft in der Kirchenprovinz Sachsen war von Kreyssig 1948 als Laienbesuchsdienst gegründet worden. Im Archiv der Kirchenprovinz liegen Unterlagen über den Laienbesuchsdienst erst ab 1962 auf; die von Kreyssig angekündigte Diskussion konnte deshalb nicht verifiziert und auch nicht rekonstruiert werden. [Felgenträger, dat. 10. März 2005 [AEKKS B6 m/5133-5]]

> die jüdischen Organisationen anfragen, was wir nach ihrer Sicht heute zuerst für die Juden praktisch tun sollten. Zum zweiten erwäge ich, tätige Hilfe in ganz schlichter handwerklicher Form – etwa 1 Jahr ohne Entgelt, d.h. nur für Kost und Unterkunft – beim Wiederaufbau der Kathedrale von Coventry anzubieten. Des letzteren wegen will ich zuerst an Pfarrer Kurtze in England, wegen der Judenfrage an Herrn von Harling in der Kirchenkanzlei in Hannover schreiben, mit dem ich in dieser Sache schon länger in Verbindung bin.[88]

Kreyssig nahm in diesem Schreiben Bezug auf einen „professionellen Medienfeldzug“[89] unter dem Motto „Friedensbitte an Israel“[90], initiiert 1951 vom Sprecher des Hamburger Senats, Erich Lüth[91], und dem vormaligen Chefredakteur der *Zeit*, Rudolf Küstermeier, mit dem Ziel, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um eine Versöhnung mit Israel zu erlangen.[92] Die Initiative erfolgte zwei Jahre nach Eugen Kogons Forderung nach materieller Entschädigung als Voraussetzung für bestmögliche Beziehungen zum jüdischen Volk[93] und ein Jahr nach der Entschließung der EKD-Synode 1950 („Wort zur Schuld an Israel“). Die öffentliche Kampagne war insofern erfolgreich, als die deutsche Bundesregierung unter Konrad Adenauer schließlich Verhandlungen über eine materielle – kollektive – Entschädigung an den Staat Israel einleitete und am 10. September 1952 mit dem sog. Luxemburger Abkommen erste Entschädigungszahlungen vereinbarte.[94]

In der Handlungsanleitung – „heute zuerst für die Juden praktisch tun sollten“ – im Brief an Yorck spiegelt sich Kreyssigs Wissen um praktische Bedürfnisse jüdischer Überlebender und die Bereitschaft wider, deren Lebenssituation „auf dem Wege der Buße in der Gemeinde“ zu verbessern. Nichtsdestotrotz sei darauf hingewiesen, dass in diesem kurzen Briefausschnitt auch der wenig reflektierte und die Diskriminierung fortschreibende NS-belastete Ausdruck „Judenfrage“ enthalten ist, der innerhalb der Evangelischen Kirche allerdings auch nach 1945 als Terminus durchaus geläufig war. Kreyssig und später auch Yorck trafen mit ihren Vorstößen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland auf einen wenig differenzierten Diskurs. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Judentum und der noch jungen Geschichte der Judenvernichtung war innerhalb der EKD zu diesem Zeitpunkt an einen Referenten für „Judenfragen“ delegiert.

1.1.1 Der Referent für „Judenfragen“ in der EKD

Kreyssig kontaktierte den Referenten für „Judenfragen“ in der Kirchenkanzlei der EKD in Hannover Otto von Harling.[95] Harling bestimmte die Haltung der Evangelischen Kirche gegenüber Juden und dem Staat Israel ab seiner Beauftragung 1947. In die Geschichte des evangelischen Verhältnisses zu Juden und zu

---

[88] Kreyssig an Yorck, dat. 10. Juni 1952 [EZA 614/45]

[89] Sandig, Armin. Als Verständigung noch Mut erforderte, In: Gesellschaft für christl-jüd. Zusammenarbeit in Hamburg, Annäherungen. 50 Jahre christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hamburg (2002). Hamburg: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hamburg; S. 45.

[90] siehe Lüth, Erich, Die Friedensbitte an Israel 1951. Eine Hamburger Initiative (1976). Hamburg: Verlag Hans Christians.

[91] Lüth, Erich, 1902-1989: 1946-1953 und 1958-1964 Direktor der Staatlichen Pressestelle Hamburg, Vorsitzender des Deutschen Presseclubs. [Hermle, Siegfried, Evangelische Kirche und Judentum - Stationen nach 1945 (1990). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 407]

[92] Zu den Unterzeichnern zählten der stellvertretende Berliner Bürgermeister Ferdinand Friedensburg, Willy Brandt, Fritz Sänger, Gottfried von Einem, Hermann Hesse; ebd.; siehe auch Lüth, Erich (1976).

[93] Eugen Kogon, Juden und Nichtjuden in Deutschland, In: Frankfurter Hefte, 9/ 1949, S. 729.

[94] Erich Lüths Bedeutung für die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft reicht weit über diese Initiative hinaus. Schon 1950 hatte Lüth eine öffentliche und juristische Auseinandersetzung mit dem Regisseur Veit Harlan (u.a. *Jud Süß*, 1940) und dessen Nachkriegsfilm *Unsterbliche Geliebte* geführt, gegen dessen Aufführung sich Lüth vehement aussprach. Die daraufhin von der Produktionsfirma erfolgreich angestrengte Unterlassungsverfügung gegen Lüth wurde erst mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Januar 1958 aufgehoben, in der – ohne auf die inhaltlichen Argumente selbst einzugehen – Meinungsfreiheit vor wirtschaftliche Interessen gestellt wurde. Vgl. Reichel, Peter, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute (2001). München: Beck, S. 129-138; Benz, Wolfgang. Nachkriegsgesellschaft und Nationalsozialismus. Erinnerung, Amnesie, Abwehr, In Benz, Wolfgang und Distel, Barbara, Erinnern oder Verweigern. Das schwierige Thema (1994). München: Deutscher Taschenbuchverlag. S. 12-24, S. 14ff.

[95] Harling, Otto von, Jg. 1909; Jurist, Oberkirchenrat der EKD 1950-1975, 1953-1971 2. Vorsitzender des Evang.-Luth. Zentralvereins für Mission unter Israel, 1963 Geschäftsführer der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD [Hermle (1990), S. 401] Harling war im Frühjahr 1947 vom Präsidenten der Kirchenkanzlei der EKD, Hans Asmussen (1898-1968), mit der Bearbeitung der „Judenfrage“ betreut worden; er verantwortete in dieser Position über Jahrzehnte hindurch die Belange der EKD hinsichtlich Judentum, Israel und Juden und bestimmte die jeweilige Haltung der EKD maßgeblich mit.[Hermle (1990), S. 197] Harling war darüber hinaus Gründungsmitglied und Schatzmeister des 1948 auf Initiative von Karl Heinrich Rengstorf gegründeten *Deutschen evangelischen Ausschusses für Dienst an Israel.*.

Israel ging er als Verhinderer und Verzögerer weitgehender Schuldeingeständnissen und Annäherungen ein. Harling war in tradierten anti-judaistischen Haltungen verhaftet und vermochte dank seiner Ressortzuständigkeit wiederholt öffentliche Diskussionen und Stellungnahmen zu unterbinden.[96] Harling wollte jüdische Belange aus der EKD in ein Gremium aus Sachverständigen ausgegliedert wissen, wobei er die inhaltliche Kompetenz in den Reihen der Judenmissionsgesellschaften angesiedelt sah.[97] Kreyssig hatte mit Otto von Harling schon zuvor Kontakt aufgenommen, darauf bezog sich Kreyssig 1952.

> ... sowohl im geistlichen wie im politischen Raum ist die Frage nach Israel wieder so entscheidend, symptomatisch, auf verborgene Weise geschichtsmächtig geworden, wie es Römer 11 entspricht. Als es mich vor einem Jahr, wie ich Ihnen damals andeutete, umtrieb, mit meiner Laienmannschaft in der Sache etwas zu säen und zu tun, habe ich doch wohl ein richtiges Empfinden gehabt. Anfang Juli werden wir in der Laienmannschaft der Kirchenprovinz Sachsen unsere Sommerrüste haben. Ich stehe neuerdings vor der Frage, ob wir mitten in der massiven Abwehr einer stumpfen Gleichgültigkeit oder eines sich wieder regenden Antisemitismus uns unter die einreihen sollten, die heute noch von Gott Raum zur Buße erwarten und erbitten. Was mir s[einer] Z[ei]t vor der Seele stand, hat inzwischen in der Entschließung „Wir bitten Israel um Frieden“ eine nach meinem Empfinden ausgezeichnete Formung gefunden. Ich könnte mir denken, dass man mit wenigen bescheidenen erklärenden Sätzen diese Sinnesänderung auch für uns deutlich machen sollte. Angesichts der Stumpfheit und Aufsässigkeit ringsum, würde eine solche Äußerung wohl auch wieder Zeugniskraft haben. Doch ist mir das nicht genug. Zwar habe ich inzwischen hinzugelernt, dass wir noch gar nicht die Freiheit hätten, etwa in Palästina selbst dienend mit Hand anzulegen. So billig bekommen wir es wohl nicht. Es wäre sogar zu fragen, ob wir angesichts unabänderlicher Tatsachen überhaupt noch einen Ansatzpunkt für ein echtes Opfer haben. Darum aber, stelle ich mir vor, sollte man diejenigen fragen, welche es angeht. Ich würde also für möglich halten, dass unsere Bruderschaft an die hierzu legitimierte Vereinigung der Juden in Deutschland die schlichte Frage richtet, was [wir] für für [!] sie zu tun vermögen. Das Einzige, was bisher ohne solche Rückfrage auf uns zukam, war ein verwüsteter Friedhof in der Altmark, dessen sich meine Männer eigenhändig angenommen haben.[98]

Eine schriftliche Antwort seitens Harlings ist nicht überliefert; vermutlich wusste Harling mit Kreyssigs Anregungen aber nicht viel anzufangen. Die Formulierung, wonach Kreyssig „doch wohl ein richtiges Empfinden gehabt“ hätte, lässt darauf schließen, dass Harling ihn schon einmal von einer Aktion abriet. 1958 äußerte sich Harling jedenfalls ablehnend zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen*. Zum einen war es Harling, der einen Brief eines Laiensynodalen, der den Aufruf vor allem wegen des Versöhnungsangebotes an die Sowjetunion ablehnte, an die EKD-Ratsmitglieder als Rundschreiben weiterleitete, zum anderen argumentierte Harling gegen eine *Aktion Sühnezeichen* in Israel.[99] In seinem Schreiben an Kreyssig nach dem Aufruf auf der EKD-Synode 1958 versicherte Harling, dass er mit „dem eigentlichen Anliegen, um das es Ihnen geht, von ganzem Herzen mit Ihnen übereinstimme“, aber er könnte nicht verschweigen, dass „mir diese Aktion große Sorgen bereitet“. Harling kritisierte die nach Außen gerichtete und erstrebte Wirkung der *Aktion Sühnezeichen*: „Was Israel betrifft, so pflegen nach meinen Erfahrungen Juden sehr nüchtern zu denken. Es liegt ihnen gar nichts an aufgerichteten Zeichen und stellvertretender Sühneleistung weniger Christen, sondern an einer gründlichen Sinnesänderung des ganzen deutschen Volkes.“ Aber auch, wenn man diese Bedenken beiseite schöbe, „dann müsste das meines Erachtens zunächst einmal in aller Stille wirklich getan werden“. Mit „der im Verborgenen vollbrachten persönlichen Tat“ wie Christus selbst „ganz allein und sogar von den Jüngern verkannt und verlassen auf Golgatha gestorben“ wäre, „ehe der Welt das Sühneopfer des Gotteslammes verkündet

---

[96] vgl. Loerbroks, Matthias. Lernversuche. Das christlich-jüdische Gespräch nach 1945 in der BRD, In Staffa, Christian, Vom Protestantischen Antijudaismus und seinen Lügen. Versuche einer Standort- und Gehwegbestimmung des christlich-jüdischen Gesprächs (1993). Magdeburg: Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt. S. 109-140.

[97] Hermle (1990), S. 209.

[98] Kreyssig an OKR von Harling, Hannover, dat. 10. Juni 1952 [EZA 614/223] Der Brief an Harling fand sich lediglich als Durchschlag im Nachlass Kreyssigs, nicht jedoch in den überlieferten Archivunterlagen Otto von Harlings.

[99] Rundschreiben der „Aktion Versöhnungszeichen“, adressiert an die Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, des Rates und der Kirchenkonferenz, dat 5. Mai 1958, gez. Lothar Kreyssig [EZA 4/501]; Plates Schreiben als Rundschreiben an die EKD-Ratsmitglieder, dat. 20. Mai 1958, gez. Von Harling [EZA 5/501]; sein eigenes Schreiben an Kreyssig wurde in der Zeitschrift der Evangelischen Akademie Berlin *Kommunität* 3. Jg, Heft 9 (S. 46f) veröffentlicht; Harling an Kreyssig, dat. 19. Mai 1958 [EZA 2/5252]

wurde“. Als ein mögliches Vorbild erwähnte Harling Albert Schweitzer, der „nicht mit einem Aufruf zur Gründung eines Hospitals in Afrika begonnen hat, sondern zunächst selbst dorthin gegangen ist“.[100]

1.1.2 Stuttgarter Erklärung (1945)

In den bisher zitierten Briefen ist die Frage nach der (spezifischen) deutschen Schuld nur implizit enthalten. Kreyssig erachtete eine Explikation gegenüber den beiden Korrespondenzpartnern Yorck und Gollwitzer für nicht notwendig. Ein Anknüpfungspunkt für Kreyssigs Versöhnungskonzeption ist die Erklärung des Rates der (vorläufigen) EKD während der Ratssitzung vom 18./19. Oktober 1945 in Stuttgart zur Frage der schuldhaften Verwicklung der Evangelischen Kirche in die Verbrechen des Nationalsozialismus (*Stuttgarter Schuldbekenntnis*)[101] vor einer Delegation des Genfer Weltrates der Kirchen.[102]

> Wir sind für diesen Besuch um so dankbarer, als wir uns mit unserem Volke nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben....[103]

In der Formulierung der Versöhnungszeichen-Aufrufe 1954/1958 griff Kreyssig auf die zentrale Formulierung der Stuttgarter Erklärung („Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.“) zurück. Die im einleitenden Satz undifferenzierte Aneinanderreihung von (deutschem) Leiden und (deutscher) Schuld erweiterte Kreyssig um die Differenzierung in eine Verursacher- und Schuldhierarchie und um eine in der Stuttgarter Erklärung nicht vorgesehenen Handlungsanleitung, dem Dienst (zur Errichtung von) „Sühnezeichen“.

Kreyssig war in die Formulierung und Verabschiedung dieser Erklärung nicht eingebunden, der Text war ihm aber bald nach der Verlautbarung durch den Rat bekannt geworden. In seinem Schreiben an Helmut Gollwitzer klang Kreyssigs Einschätzung der Unzulänglichkeit des Stuttgarter Schuldbekenntnisses durch („Sind wir nicht, nehmt alles nur in allem trotz des Stuttgarter Schuldbekanntnisses in Selbstrechtfertigung und Unbußfertigkeit stecken geblieben?“).[104] Verweise auf die Stuttgarter Erklärung finden sich in den beiden 1962 und 1983 von Sühnezeichen-Aktivisten publizierten Bänden[105] und in dem Versuch Wolfgang von Eichborns, eine theoretische Konzeption der Friedensdienste vorzunehmen.[106]

Als Mitglied der Vorläufigen Leitung der Kirchenprovinz Sachsen bezog Kreyssig[107] gemeinsam mit dem späteren Magdeburger Bischof Ludolf Müller[108] in einem mehrseitigen Schreiben im Februar 1946 zu

---

[100] Harling an Kreyssig, dat. 19. Mai 1958 [EZA 2/5252]; Berlin *Kommunität* 3. Jg, Heft 9 (S. 46f)

[101] Über die an dieser Stelle nicht weiter ausgeführte Entstehung, Kontext und Bedeutung der Erklärung siehe Besier, Gerhard. Zur Geschichte der Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945, In Besier und Sauter (1985), S. 9-61 sowie Sauter, Gerhard. „Vergib uns unsere Schuld ...“. Eine theologische Besinnung auf das Stuttgarter Schuldbekenntnis. In ebd., S. 63-128; Greschat, Martin, Die Schuld der Kirche: Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945 (1982). München: Chr. Kaiser Verlag und ders., Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit (2002). Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer. Littell, Franklin Hamlin. From Barmen (1934) to Stuttgart (1945): the Path of the Confessing Church in Germany, 1961, In: Church and State. S. 41-52.

[102] Der Delegation gehörten an: Generalsekretär Willem A. Visser’t Hooft WRK, Samuel McCrea Cavert Generalsekretär des Bundes der amerikanischen Kirchen, Sylvester C. Michelfelder, Leiter der amerikanischen Sektion des Lutherischen Weltbundes, Alphons Koechlin Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Pierre Maury, Französischer protestantischer Kirchenbund, Hendrik Kraemer, Niederländische Reformierte Kirche und Bischof George K.A. Bell von Chichester. [vgl. Greschat, Martin (2002), S. 141f.]

[103] Zitiert nach Greschat, Martin, Die Schuld der Kirche: Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945 (1982). München: Chr. Kaiser Verlag, S. 102f.; mit geringer Abweichung einer anderen Primärquelle s. Besier & Sauter, 1985, S. 62.

[104] Kreyssig an Gollwitzer, dat. 22. November 1954 [EZA 614/219]

[105] vgl. Skriver, Ansgar, Aktion Sühnezeichen. Brücken über Blut und Asche (1962). Stuttgart: Kreuz-Verlag, Rabe (1983), jeweils S. 11.

[106] Eichborn (1970), S. 76 u. 89.

[107] Kreyssig war zu dieser Zeit Präsident des Konsistoriums, der Administration der Landeskirche.

[108] Müller war zu diesem Zeitpunkt Präses der Landeskirche. 1947/8 wurde Müller Bischof und Kreyssig Präses.

dieser Erklärung sowie zu einem vom EKD-Rat am 14. Dezember 1945 an den Bischof von Chichester adressierten Brief Stellung. Die von Kreyssig und Müller gezeichnete Stellungnahme bejaht das Schuldbekenntnis im Prinzip, beinhaltet Vorschläge zur Vertiefung dieser Schulderkenntnis innerhalb der Gemeinden und stellt die kritische theologische Frage nach der traditionellen lutherischen Auslegung des Römerbriefes 13 (Annahme und Akzeptanz der weltlichen Obrigkeit)[109] sowohl retrospektiv im Hinblick auf den Nationalsozialismus wie auch für die Gegenwart des kommunistischen und zunehmend kirchenfeindlichen Regimes, mit dem die Leiter der Landeskirche seit 1945 konfrontiert waren.

> ... Wir meinen mit euch, dass ein einfältiges Bekenntnis der eigenen Schuld vor Gott und vor den Brüdern an den Anfang solchen Dienstes gehöre.
> ... Ihr schreibt: Wir suchen die Ursachen dessen, was geschehen ist, nicht nur im Nationalsozialismus, sondern in einer langen Geschichte der Gottentfremdung und des Abfalles von Christus, auch der Verweltlichung unserer Kirche. Das muss nun des näheren untersucht und aufgewiesen werden, damit es zuerst den Bußruf der Kirche gehörig vertiefe und vergegenständliche. Denn die Not einer allgemein noch äußerlichen, selbstgerechten, vor dem Zorne Gottes harmlosen Auffassung von Schuld des deutschen Volkes – selbst unter Christen – scheint uns ebenso groß zu sein, wie die Not einer der deuterischen Kraft des Wortes weithin unmächtige Verkündigung. Es muss in der Bußpredigt der Kirche deutlich werden, dass die seelische Entleerung der Kultur, die Entstellung des Rechtes, der Zerfall sittlicher Ordnung, die Auflösung der natürlichen Gemeinschaftsformen, die Verunstaltung volkstümlichen Wesens, die Entartung wissenschaftlicher Arbeit, die Verflachung und Veräußerlichung des Lebens, die Knechtung durch die Technik, alle wesentlichen inneren Gründe für den drohenden Untergang des Abendlandes, ihre letzte gemeinsame Wurzel in der Abwendung von dem in Jesus Christus offenbaren Gott haben, und dass im Nationalsozialismus nur ein letzter dämonischer und triumphaler Gipfel der Sünde aller Deutschen von heute und der vorausgegangenen Geschlechter erschienen ist. In der Tiefe einer so umfassenden Einkehr müsste jeder Einzelne von seiner wesentlichen und erheblichen Mitschuld wirklich überwunden werden, so dass der Gefahr einer äußerlichen und heuchlerischen „Bußinflation“ gewehrt würde....
> Zum anderen schreibt ihr: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat. Aber wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. Das ist wahr. Wie ausnahmslos ist unser Bekennen der widerchristlichen Obrigkeit gegenüber Stückwerk gewesen und wie sehr hat uns das immer bedrückt! Lag das aber immer nur an mangelndem Bekennermut, trägem Gebet, kleinem Glauben, kärglicher Liebe? Haben wir nicht je und dann gar nicht in Furcht vor Tod oder Gefängnis, sondern in schriftgetreuem Gehorsam die Schranken für den Aufstand der Herzen und Gewissen gegen eine dämonisierte Obrigkeit gefunden? (besonders Römer 13) ...[110]

In dieser Stellungnahme, die dem Duktus nach Kreyssig zugeschrieben werden kann, wird die knapp gehaltene Stuttgarter Erklärung mit konkreten Inhalten vertieft. Zu beachten sind sowohl die Ausführungen zur Kontinuität des Versagens der Amtskirche sowie die Tatsache, dass in der Stellungnahme – ebenso wie in der Stuttgarter Erklärung selbst – eine konkrete Referenz auf die Verbrechen an den europäischen Juden und anderen Opfergruppen fehlt.[111] Die Stellungnahme geht aber über den Nationalsozialismus weit hinaus: „langen Geschichte der Gottentfremdung und des Abfalles von Christus, auch der Verweltlichung unserer Kirche“. Die Bezugnahme auf eine manifest gewordene, aber noch nicht als solche angenommene Schuld des deutschen Volkes kommt ohne die Nennung der Opfer aus.

---

[109] Röm 13. 1-4 lautet 1 Jedermann sei untertan der Obrigkeit1, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet. 2 Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt der Anordnung Gottes; die ihr aber widerstreben, ziehen sich selbst das Urteil zu. 3 Denn vor denen, die Gewalt haben, muss man sich nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes; so wirst du Lob von ihr erhalten. 4 Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst: Sie ist Gottes Dienerin und vollzieht das Strafgericht an dem, der Böses tut. [http://www.bibelserver.de/; Übersetzung nach Luther (1984)]

[110] Schreiben der Vorläufigen Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen an den Rat der EKD, dat. Magdeburg, 9. Februar 1946, gez. Müller, Kreyssig; abgedruckt in Greschat, Martin, Die Schuld der Kirche: Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945 (1982). München: Chr. Kaiser Verlag, S. 238-240.

[111] Zu den Versäumnissen der Stuttgarter Erklärung vgl. Hermle (1990), S. 263-282; eine Überblicksdarstellung zum jüdisch-christlichen Dialog nach 1945, vor allem aus der Perspektive der Evangelischen Kirche findet sich bei Stöhr, Martin. Gespräche nach Abels Ermordung - Die Anfänge des jüdisch-christlichen Dialogs, In Brumlik, Micha, Kiesel, Doron, Kugelmann, Cilly und Schoeps, Julius H., Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945 (1986). Frankfurt/Main: Jüdischer Verlag bei Athenäum. S. 197-229.

Rund um die Perzeption der Stuttgarter Erklärung lässt sich die Polarisierung evangelischer Interpretationen des Nationalsozialismus in eine dämonologische und eine selbstbezügliche, schuldbezogene Deutung ausmachen. Zu den Vertretern einer dämonologischen Deutung zählten Helmut Thielicke und Hans Asmussen, während die Gegenposition von bruderrätlichen Reformern der Bekennenden Kirche um Martin Niemöller gemeinsam mit den Theologen Karl Barth und Hermann Diem bezogen wurde.[112] Auf eine weiterführende Diskussion dieser Auseinandersetzungen unter den Theologen und Kirchenführern der Evangelischen Kirche wird in dieser Arbeit zugunsten der unmittelbaren Bezüge zur *Aktion Sühnezeichen* und vor allem zu ihrem Begründer Lothar Kreyssig, der selbst an den zumeist schriftlich und in Briefkorrespondenzen ausgetragenen Debatte nicht teilgenommen hatte, verzichtet.[113] Die Bruchlinien verliefen, wie die Korrespondenz Kreyssigs mit Hans Asmussen, einem der Apologeten der Schuld-Diskussion, zeigen, keineswegs stringent.

Mit dem Theologen Hans Asmussen (1898-1968), 1945 von Martin Niemöller in das Amt des Präsidenten der EKD-Kirchenkanzlei reklamiert[114] und ein maßgeblicher Autor und Mitunterzeichner der Stuttgarter Erklärung vom Oktober 1945, verband Kreyssig eine langjährige Arbeitsbeziehung. 1946 wollte Kreyssig Asmussen als Bischof in Magdeburg gewinnen.[115] Ende 1956 stimmte sich Kreyssig mit Asmussen beim Verfassen seines Aufrufs zur Gründung der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* ab.[116] Und 1957 wandte sich Kreyssig wegen des ihm von seiner Kirchenleitung gemachten Vorwurfs „romanisierender“ Tendenzen an Asmussen um theologischen Beistand.[117] Hinsichtlich des Schuldverständnisses unterschieden sich Kreyssigs und Asmussens Zugang aber wesentlich. In den Folgediskussionen nach der auch in der Presse breit diskutierten Stuttgarter Erklärung nahm Asmussen gemeinsam mit anderen Kirchenführern die zwiespältige theologische Position ein, die zunächst einbekannte deutsche Schuld mit der Sündhaftigkeit aller Menschen vor Gott zu relativieren und als bloße Antwort auf die Stuttgarter Erklärung Schuldeinbekenntnisse aus der internationalen Ökumene gegenüber den deutschen Kirchen zu erhalten bzw. sogar einzufordern.[118] 1947 monierte Asmussen, die Erklärung von Stuttgart 1945 hätte Vergebung seitens der vormaligen Kriegsgegner und Versöhnung nach sich ziehen sollen, was allerdings nicht erfolgt wäre.[119]

In seinen wiederholten Stellungnahmen in kirchlichen Foren ging Kreyssig auf die skizzierten theologischen Debatten nicht bzw. nur indirekt ein. Im Vordergrund von Kreyssigs Positionen standen Handlungsanleitungen. In einem Schreiben an den Berliner Bischof Otto Dibelius 1946 betonte Kreyssig als Konsistorialpräsident der (vorläufigen Kirchenleitung der) Kirchenprovinz Sachsen, dass „die Entfaltung der Schuldfrage zu einem ordentlichen, nachhaltigen Bußruf der Kirche zweifellos unter diesen Aufgaben eine erste und hauptsächliche war“, und er monierte, dass seitens der Kirchenkanzlei „hierzu mit Meditationen, liturgischer Hilfe (Gebetsentwürfe) und Anleitung zur Konventsarbeit mehr Führung“ hätte genommen werden müssen.[120] Den Erkenntnissen des Theologen Thomas Friebel zufolge waren alle Mitglieder der kirchenpolitisch heterogen zusammengesetzten vorläufigen Kirchenleitung der provinzialsächsischen Landeskirche in einen fruchtbaren Diskussionsprozess, angeregt von der Stuttgarter Erklä-

---

[112] Mensing, Björn, Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (1998). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 214.
[113] Vgl. Fischer, Hans Gerhard, Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945. Ein Beitrag zum Problem der politischen Theologie (1970). Lübeck und Hamburg: Matthiesen; Greschat, Martin (1982); Gailus, Manfred. Von der eigenen Faszination überwältigt. Die Evangelische Kirche und die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter, (2000); Besier (1985, 1991); Sauter (1985); Arndt (1995); Stern, Frank. Evangelische Kirche zwischen Antisemitismus und Philosemitismus, (1992). Geschichte und Gesellschaft; 22-50; Hermle (1990); Buchhaas-Birkholz (1989).
[114] Besier (1985), Anm. 17, S. 45.
[115] Weiß (1998), S. 233.
[116] Asmussen an Kreyssig, dat. 27. November 1956 [EZA 614/104]
[117] Asmussen an Kreyssig, 22. März 1957 [EZA 614/106]
[118] vgl. ausführlicher Besier (1985), S. 33ff.
[119] vgl. Stern (1992), S. 34.
[120] Kreyssig an Dibelius, dat. 10. August 1946, zit. nach Friebel, 1991, S. 103 [siehe auch EZA 614/48, allerdings fehlt hier der Empfängername Dibelius’]

rung, involviert und gaben dem Rat der EKD bzw. der Gesamtkirche „durch die Fragestellungen wesentliche Anregungen".[121] Kreyssig war innerhalb ‚seiner' Landeskirche also kein Einzelgänger, sondern in ein diskussionsbereites Umfeld eingebunden, das sich von anderen evangelischen Landeskirchen deutlich unterschied. Auf der EKD-Synode von Elbingerode im Oktober 1952 vertrat Kreyssig in Fortführung der Stuttgarter Erklärung von 1945 die konkreten Forderungen: „Verzicht von Flüchtlingen auf Vergeltung und gewaltsames Herbeizwingen der Rückkehr in die alte Heimat, den Schutz der Kriegsdienstverweigerer und die Mahnung an ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, sich nicht von Rachegedanken bestimmen zu lassen".[122] Auf der EKD-Synode 1956 in Berlin zog Kreyssig eine Parallele zwischen der deutschen Teilung nach 1945 und der Teilung Polens während des Zweiten Weltkriegs und fragte, „wer damals – gerade auch in der Bekennenden Kirche – an der Not des Nachbarvolkes mitgelitten habe und sah in der ehrlichen Beantwortung dieser Frage die Unterrichtung der Gewissen vornehmlich im Bedenken der eigenen deutschen Schuld".[123]

Die konstatierte Unzulänglichkeit der evangelischen Theologie bei der Bewältigung der Vergangenheit kommt in praktisch allen späteren Texten Kreyssigs im Sühnezeichen-Kontext vor, und die Handlungsanleitung *Aktion Sühnezeichen* kann als Reaktion Kreyssigs auf dieses theologisches Defizit verstanden werden.[124] Das würde im Ansatz auch eine Erklärung dafür bieten, warum sich in Kreyssigs zahllosen Texten, die er im Sühnezeichen-Kontext als Wochen- oder Monatsbriefe, Briefe an die Freiwilligen, internen Rundbriefen etc. verschickte, keine unmittelbaren Bezugnahme auf den innerkirchlichen Schulddiskurs finden, obwohl Kreyssig mit den führenden Vertretern des innerkirchlichen evangelischen Schulddiskurses persönlich bekannt war bzw. ihre Positionen kannte.

1.1.3 Erklärung von Weißensee (1950)

Kreyssigs Teilnahme am Schulddiskurs innerhalb der Evangelischen Kirche ist für die Diskussion um die Schulderklärung auf der EKD-Synode 1950 verbrieft. Die Diskussion ging auf eine Initiative von Adolf Freudenberg bei einer Studientagung des *Deutschen Evangelischen Ausschusses für Dienst an Israel* zurück, bei der Freudenberg anregte, bei einer Erörterung der Frage „Was kann die Kirche für den Frieden tun?" das Verhältnis der Evangelischen Kirche zum Judentum zu bedenken. Die Anregung zu einer entsprechenden Entschließung wurde über den Präses der Synode, (Bundesminister für Inneres und späterer Unterzeichner des Sühnezeichen-Gründungsaufrufs) Gustav Heinemann, an die Synode herangetragen und von den Teilnehmern – vor dem Hintergrund zunehmender antisemitischer Ausschreitungen in der BRD – diskutiert.[125]

Kreyssigs Wortmeldung übertraf in ihrer konsequenten Konkretheit alle anderen.

> „... Denn was vor Gott vielleicht hätte bestehen können, wäre wohl dies gewesen, dass in jedem Zug, der nach Osten fuhr, wo sie [Juden, Anm.] vergast werden sollten, ein Christ in der Nachfolge Jesu Christi mitgefahren wäre, weil es ihm innerlich keine Ruhe gelassen hätte und er von Gott überwunden worden wäre, dies zu tun".[126]

Im Zusammenhang mit einer Stellungnahme im Fall des katholischen Weihbischofs Matthias Defregger in München knapp 20 Jahre danach argumentierte Kreyssig ähnlich. Die Bekennende Kirche hätte es verabsäumt, „zwischen der Gebetsliturgie 1938 und den Beschlüssen der Katakombensynode in Breslau von

---

[121] Ebd., S. 102.
[122] zit. nach ebd., S. 422f.
[123] zit. nach ebd., S. 442.
[124] Kreyssig verfasste zur Schuldproblematik liturgische Entwürfe, die in den Nachlässen Kreyssigs und O. Zuckschwerdts im Evangelischen Zentralarchiv Berlin archiviert sind. (vgl. Friebel, Thomas, 1992, S. 103 Fn 12). Kreyssigs Texte haben allerdings keinen Eingang in die evangelische Schulddebatte gefunden.
[125] Hermle (1990), S. 348 ff.
[126] Ebd., S. 355f.; Loerbroks (1993), S. 122f.

1943 über Kampf und Sorge um das schon halb überfremdete eigene Haus hinaus“ vernehmlichen Protest „gegen die schreienden öffentlichen Sünden von Lüge und Mord“ zu unternehmen.

> Wie konnte sich Martin Niemöller aus dem KZ in Dachau bereit melden für diesen Krieg? Warum sind wir in der BK [bekennenden Kirche, Anm.] nie auf den Gedanken gekommen, nach dem Beispiel des dänischen Königs in wirklicher Solidarität mit den auf den Tod verfolgten Juden uns selbst den Judenstern anzuheften? Warum, so frage ich mich selbst – Ihr wisst es – ist kein Christ freiwillig in Viehwagen mit den älteren Geschwistern ostwärts in den Tod gefahren, geschweige denn, dass 50, 40, 30, 20, 10 solche „Gerechte“ sich in Sodom und Gomorrha gefunden hätten?[127]

Diese Letztgültigkeit im Umgang mit der historischen Schuld der Kirche gegenüber Juden, die Kreyssig aus seinen eigenen Lebens- und Glaubenserfahrungen gewonnen hatte, konnte eine Diskussion im Sinne prozesshaften Erkenntnisgewinnens allerdings nur schwerlich bereichern. Kreyssig hatte aufgrund eigenen Erlebens und daraus resultierender Glaubenserfahrung für sich eine Überzeugung gewonnen, die nicht mehr verhandelbar, nicht mehr diskursfähig war: die von Kreyssig aufgeworfene Frage nach christlichem Verhalten im Nationalsozialismus in Analogie zum biblisch (‚alttestamtentarisch’) dokumentierten Versagen vor Gott ist ein post festum erkanntes moralisches Dilemma, aus dem es, jedenfalls in der Metapher von Sodom und Gomorrha keine Rettung vor der Vernichtung gibt.

Die Entschließung 1950 „Wort zur Schuld an Israel“[128] musste hinter Kreyssigs Wortmeldung weit zurückbleiben. Sie enthielt als zentrale Passagen, die Glaubensbezeugungen, „dass Gottes Verheißung über dem von ihm erwählten Volk Israel auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft geblieben ist“, „dass wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist“ sowie die Warnung, „das, was über uns Deutsche als Gericht Gottes gekommen ist, aufrechnen zu wollen gegen das, was wir an den Juden getan haben; denn im Gericht sucht Gottes Gnade den Bußfertigen“ und die Bitte „an alle Christen, sich von jedem Antisemitismus loszusagen und ihm, wo er sich regt, mit Ernst zu widerstehen und den Juden und Judenchristen in brüderlichem Geist zu begegnen.“[129] Mittels einer martialischen christlich-theologischen und ihrem Gehalt nach antisemitischen Aussage im letzten Abschnitt der Erklärung wurde die gesamte Entschließung entscheidend abgeschwächt: „Wir bitten den Gott der Barmherzigkeit, dass er den Tag der Vollendung heraufführe, an dem wir mit dem geretteten Israel den Sieg Jesu Christi rühmen werden.“[130] Unter den Appellen der Synode an die christlichen Gemeinden befand sich schließlich auch die von Kreyssig aufgegriffene Pflege für jüdische Friedhöfe[131]

Das chronologisch zwischen den beiden EKD-Positionen zur Schuldfrage von 1945 und 1950 verabschiedete sogenannte Darmstädter Wort des Reichsbruderrates von 1947 („Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes“, Darmstadt, 8. August 1947) wurde von Kreyssig nicht rezipiert. Das Wort der kirchlichen Gruppierung, die sich in Nachfolge der Bekennenden Kirche verstand, war als Präzisierung und Weiterführung der gesamtkirchlichen Stuttgarter Erklärung von 1945 im Sinne der Barmer Erklärung von 1934 angelegt. Die thesenhafte Beschreibung u.a. der „Irrwege“ der Protestantischen Kirche während des Nationalsozialismus und implizit während der ersten drei Jahre nach 1945 zielte auf einen tiefgreifenden Kurswechsel der Evangelischen Kirche ab. Die im „Darmstädter Wort“ genannten „Verirrungen“ lassen Parallelen zu Kreyssigs Einschätzungen über die deutsche Schuldhaftigkeit erkennen: „Teilhabe am deutsch-nationalen, imperialen Sendungsbewusstsein, Abneigung gegen durchgreifende Veränderungen von Lebensformen bis hin zur Revolution, mangelnde

---

[127] Monatsbrief November 1969, dat. 12. November 1969, gez. Lothar Kreyssig, S. 3 [ASF]
[128] Reichel, Peter, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute (2001). München: Beck, S. 70; detaillierter mit Abdruck der Entschließung siehe Gerlach, Wolfgang, Als die Zeugen schwiegen: Bekennende Kirche und die Juden (1987). Berlin: Institut Kirche und Judentum, S. 383f.; die Entstehung der Entschließung rekonstruiert Hermle (1990), S. 348-365.
[129] Gerlach 1987, S. 381f., auch Loerbroks (1993), 120ff.
[130] zitiert nach Hermle (1990), S. 355.
[131] Kreyssig an OKR Harling, Hannover, dat. 10. Juni 1952 [EZA 614/223]

Abwehr von politischen, sozialen und weltanschaulichen Frontenbildungen, Missachtung sozialer Not, die zur ‚Sache der Christenheit' hätte werden müssen".[132]

1.2 Gründungsphase der Aktion Sühnezeichen 1954-1958

> Bruder Kreyssig war zugleich auch ein Künstler und Organisator. Er hat Anregungen aufgenommen zum Guten, Anregungen der Opferbereitschaft, wo sie in der Welt sich zeigten bis ins Heidentum hinein. Er hat das Vorbild buddhistischer, hinduistischer Ashrams (Priesterkaste) aufgegriffen und er hat aus der englischen Welt an die Opferaktion von „Miss a meal" angeknüpft. Er hat Sühnezeichen begründet auf einer Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, in Spandau, in unserer Stadt Berlin, fast gegen den Willen der offiziellen Kirche. Die Synode hat die Gründungserklärung von Sühnezeichen während der Synodaltagung, aber nicht in einer öffentlichen Sitzung, in einer offiziellen Sitzung zögernd zur Kenntnis genommen. Der Charismatiker und Prophet Bruder Lothar Kreyssig hat sich aber mit seinem Anliegen durchgesetzt. ...[133]

Das erste Forum, in dem Kreyssig seine Idee erstmals einem größeren Kreis außerhalb seiner Magdeburger Laiengruppe vorstellte, war eine Gruppenleitungssitzung beim Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT)[134] in Leipzig im Juli 1954. Kreyssig, der als Vizepräsident des Kirchentages fungierte und in die gesamte Organisation (und die Auseinandersetzungen mit den DDR-Behörden über Ausmaß und Gestalt der Veranstaltung) eingebunden war, stellte seinen Aufruf zu „Taten des Friedens" im Rahmen der Arbeitsgruppe III zur Diskussion darüber, ob dieser Aufruf am Ende des DEKT als ein Ergebnis veröffentlicht werden sollte.[135] In einer späteren, mit „Geburtswehen" übertitelten Erinnerung aus 1967 rekapitulierte Kreyssig:

> Im Anlauf zum Leipziger Kirchentag schien es soweit. Die Proklamation, wie sie 1958 wörtlich herauskam, war fertig. Sie schien für diesen vom Geist wie kaum vorher oder nachher beflügelten Kirchentag als Schlusswort wie geschaffen, um nach vorn, in die Tat zu weisen, was soeben an Freude, Frieden, Zuversicht alle erfüllt hatte. [...] Die ganze, wie wohl kaum ein anderer Kreis im evangelischen Bereich erfahrenen und weltoffenen Arbeitsgruppe „Politik" lehnte das Vorhaben in vielstündiger Beratung ab. „Zu spät", meinten die Wenigen, die der Schritt reizte, nicht nur erschreckte. In Wahrheit war es auch jetzt noch zu früh. Betäubung erst, dann gierige Sättigung, danach der wachsende, verführerische Gegensatz zwischen den Siegermächten hielten im Äußerlichen, scheinbar Nächstliegenden gefangen, ein dicker Schorf über der im Grunde eitrigen Wunde.[136]

Aus Kreyssigs Ausführungen gegenüber Gollwitzer 1954[137], die nach dem Leipziger Evangelischen Kirchentag und auch nach Kreyssigs Teilnahme an der Weltkirchenkonferenz in Evanston (USA) datiert sind, ist zu entnehmen, dass er die Konzeption von *Aktion Sühnezeichen* im engsten Kreis seines persönlichen wie kirchlichen Umfelds und in der Arbeitsgruppe des Kirchentages diskutiert hatte: „Intensive Beratung" über sein Vorhaben habe er „erst in Arbeitsgruppe III des Kirchentages, dann mit meinem ältesten Sohn [während der Fahrt nach und] in Amerika [zur Weltkirchenkonferenz, Anm.], dann mit den Männern der heimischen Besuchsmannschaft" geführt. Kreyssig erwähnte gegenüber Gollwitzer – wie auch in anderen dokumentierten Texten – seinen Kontakt mit Paul Graf Yorck von Wartenburg aus 1952

---

[132] vgl. Sauter, Gerhard. (1991) Verhängnis der Theologie? Schuldwahrnehmung und Geschichtsanschauung im deutschen Protestantismus unseres Jahrhunderts, In: Kirchliche Zeitgeschichte Intern. Halbjahresschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft. S. 475-492; S. 487f.

[133] Monatsbrief Januar 1979 [ADW DWDDR D162] Grußwort von Kurt Scharf anlässlich des Jahrestreffens 1978, S. 6f; Scharf erwähnte darin, dass er Kreyssig 1935 in der Bekennenden Kirche kennen lernte.

[134] Zur Entstehung bzw. Bedeutung der Evangelischen Kirchentage, die ab 1949 jährlich, ab 1954 alle zwei Jahre stattfinden vgl. Schröder, Otto. Werden und Wachsen des Evangelischen Kirchentages in der DDR, In Schröder, Otto und Peter, Hans-Detlef, Vertrauen wagen. Evangelischer Kirchentag in der DDR (1993). Berlin: verbum Druck- und Verlagsgesellschaft für Kirche und Öffentlichkeit. S. 9-156; Hartmann, Matthias. (1999). Forum und Fest des Protestantismus. Rückblick auf 50 Jahre Deutscher Evangelischer Kirchentag, In Deutschland Archiv. S, 625-632. Am Kirchentag in Leipzig nahmen insgesamt 650.000 Besucher teil; zentrales Thema aller Kirchentage bis Ende der 1950er Jahre war die Vertriebenen- und Flüchtlingsproblematik (Hartmann, 1999, S. 627).

[135] In der Publikation des Kirchentages finden sich im Kapitel über die von Kreyssig wiederholt erwähnte Arbeitsgruppe III (Referent: Präses Dr. Dr. Gustav Heinemann, Essen; 2. Referent: Präsident Hildebrandt, Berlin) keine direkte Bezugnahme auf Kreyssigs Versöhnungsinitiative; in beiden Texten geht es um die Diskussion über staatliches im Gegensatz zum göttlichen Recht [Giesen, Heinrich, Fröhlich in Hoffnung. Der deutsche evangelische Kirchentag 1954 in Leipzig. (o.A. (vermutlich 1954)). Stuttgart: Kreuzverlag, S. 111-117].

[136] Typoskript Lothar Kreyssig, Geburtswehen, gez. 23/1885/kreyssig/so) [EZA 97/46].

[137] Kreyssig an Gollwitzer, dat. 22. November 1954 [EZA 614/219]

nicht.[138] Er erwähnte auch nicht Beratungen, die er mit großer Wahrscheinlichkeit mit dem Direktor der Evangelischen Akademie, Erich Müller-Gangloff, führte.[139] Müller-Gangloff war in die Vorbereitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Leipzig eingebunden und nahm mehrmals an Vorbereitungssitzungen der Arbeitsgruppe 3 teil.[140]

In allen späteren Briefen und Texten Kreyssigs ist seine Rolle als Einzelgänger durchgängiges Narrativ – einzig bei der Verlesung des Aufrufs auf der Synode und bei späteren Erzählungen über eine mehrheitlich zustimmende Rezeption bezog sich Kreyssig selbst wiederholt auf Konsultationen und – fälschlicherweise – auf die mehrheitliche Unterstützung von Synodalen. Das Konstrukt eines Alleingangs Kreyssigs wird ab dem Verlesen des Aufrufs auf der Synode 1958 zum Konstrukt der breiten Zustimmung der EKD-Synode, der ‚legislativen' evangelischen Körperschaft – zu diesem Zeitpunkt noch als Kirchenparlament für Gesamtdeutschland. Beide Narrative sind bis in die Gegenwart fester Bestandteil aller Sühnezeichen-Narrative.[141]

Ende 1958 kontaktierte Kreyssig Hans Heinrich Harms, Vertreter des Weltkirchenrats und Gast der Synode von 1958.[142] Auch gegenüber Harms, der – obwohl selbst nicht Synodaler – Kreyssigs Aufruf ebenfalls unterzeichnet hatte, strich Kreyssig in Replik auf die Sühnezeichen-Gründung seinen Alleingang – nicht ohne Pathos – hervor:

> ... zu der Aktion Sühnezeichen, die schon zum Leipziger Kirchentag 1954 spruchreif war, zu der ich aber erst auf der Synode in Berlin im April aufgerufen habe, bin ich auf eine wahrhaft eruptive Weise hinein befördert worden. Ich habe die Einzelheiten des Ablaufes, die mich des Auftrages gewiss gemacht haben, nur ganz selten erzählt, um nicht von dem Anspruch der Sache mit Recht erschreckte Menschen noch ängstlicher zu machen. Dieser Unbedingtheit zufolge aber war ich selbst oft genug verzagt, nie freilich ohne eine gleichermaßen beträchtliche und unmittelbare Stärkung zu empfangen. Die Beklemmung, mit der ich auf das Stichwort zu meinem Auftrag in der Synode gewartet habe, wünsche ich niemand....[143]

In einem späteren Brief an Gerhard Möckel, zu dieser Zeit Vorsitzender der *Aktion Sühnezeichen* (BRD)[144], erinnerte sich Kreyssig, dass er beim Kirchentag 1954 in Leipzig[145] mit zwei Ausnahmen keine Unterstützer gehabt hätte[146], und er betonte erneut seinen Alleingang bei der Initiation von Sühnezeichen 1958 vor der Synode[147]

Diese späte Erinnerung Kreyssigs gegenüber Möckel aus 1973 – Anlass war ein Konflikt über die Haltung der *Aktion Sühnezeichen* zu Israel während einer Vorstandssitzung, bei dem sich Kreyssig unverstanden fühlte[148] – steht im Widerspruch zu einem zeitgenössischen Brief Kreyssigs an Martin Niemöller. In einem Brief an Niemöller[149] erwähnte er erstmals, dass er sein Versöhnungskonzept mit

---

[138] Kreyssig an Yorck, dat. 10. Juni 1952 [EZA 614/45]. Ob und inwieweit Yorck Stellung zu Kreyssigs Vorhaben nahm, konnte nicht geklärt werden. Nach Auskunft von Nachlassverwalter Wulf von Moltke ist der umfangreiche schriftliche Nachlass seines Onkels nicht aufgearbeitet [Wulf von Moltke, London, dat. 25. Feb. 2004].

[139] Über Müller-Gangloffs Person und Rolle bei der Aktion Sühnezeichen siehe Kapitel 2.2. Erich Müller-Gangloff

[140] So bei der zweiten Begegnung der Arb.Gr.-Leitungen mit den Referenten 16./22. Juni 1954 in Berlin, auch bei der ersten Lesung 7./8. April 1954 [prot. Unterlagen Kreyssigs EZA 614/12]

[141] Vgl. Skriver (1962), Rabe (1983), Weiß (1998), Pütz (1999). Alle Autoren waren Sühnezeichen-Aktivisten.

[142] Bericht über die dritte Tagung der zweiten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 26. - 30. April 1958 (1958). Berlin, S. 464.

[143] Kreyssig an Oberkirchenrat Dr. Hans Heinrich Harms, Oekumenischer Rat, Genf, dat. 4. November 1958 [EZA 97/1069]. Eine Antwort seitens Harms ist weder im Archiv des Weltkirchenrats noch im Archiv von Sühnezeichen dokumentiert.

[144] Siehe Eintrag Gerhard Möckel in den Kurzbiographien im Anhang.

[145] Kreyssig bezog sich in diesem Schreiben irrtümlich einen Berliner Kirchentag.

[146] Die Publikation des Kirchentages gibt keinen Aufschluss über die Mitglieder der Arbeitsgruppe [Hartmann, Matthias. Forum und Fest des Protestantismus. Rückblick auf 50 Jahre Deutscher Evangelischer Kirchentag, In 1999). Deutschland Archiv. 625-632].

[147] Kreyssig an Möckel, dat. 19. Oktober 1973 [EZA 97/940].

[148] Nach Weiß (1998), S. 398, nahm Kreyssig nach diesem Brief an Vorstandssitzungen nicht mehr teil.

[149] Kreyssig an Niemöller, 14. Mai 1958 [EZA 97/128] .... Als einer, der das mühselige und anfechtungsreiche Geschäft der Versöhnung unter uns seit Jahren in hervorragender Weise betreibt, hätten Sie wohl beanspruchen dürfen, früher und stärker an der Vorbereitung beteiligt zu werden. Nun Sie sich ohne Ressentiment einreihen, was ich als Ermutigung mit herzlichem Dank empfand, darf ich den Verlauf wohl mit ein paar Worten noch erklären. Der Schritt war, lediglich in etwas minder entschiedener Zielsetzung, schon zum Leipziger Kirchentag geplant und fertig vorbereitet. Ich bekam damals die Brüder im Präsidium und in Arbeitsgruppe 3 (Recht und Politik), die ich selber leitete, nicht dazu,

„vielen Gesinnungsgenossen“ besprochen und dabei offenbar Kritik erhalten hätte. Der entscheidende Impuls, trotz aller Kritik an einer institutionalisierten Umsetzung den Aufruf zur Gründung der späteren *Aktion Sühnezeichen* zu verlesen, wurde von Kreyssig in diesem Schreiben zwar angesprochen, aber nicht ausgeführt. Am Vorabend zur Plenumsversammlung am 30. April 1958 hätte er demzufolge Gewissheit über das Gründungsmoment gewonnen. Neben der – von ihm auf „das Wort der Schrift“ zurückgeführten – inneren Überzeugung führte Kreyssig „das Wort des Bruders“ als ausschlaggebend an. Offenbar hatte sich ein Kreyssig nahe stehender hochrangiger Kirchenführer zur Unterstützung bei der Institutionalisierung bereit erklärt, der entweder selbst nicht genannt werden wollte, oder den Kreyssig nicht namentlich nennen wollte.[150] Kreyssigs Erinnerung gegenüber Möckel, den Sühnezeichen-Gründungsaufruf „einsam und aus alleinigem Entschluss“ verlesen zu haben, steht dazu im Widerspruch, der sich nur so erklären lässt, dass eine öffentliche Namensnennung sowohl für den Unterstützer selbst wie für die Verankerung der *Aktion Sühnezeichen* schädlich gewesen wäre.[151]

1.2.1 Aufrufe zur Gründung der Aktion Sühnezeichen

Der Aufruf-Text aus 1954, mit dem Kreyssig die Aktion Versöhnungszeichen (bzw. später: *Aktion Sühnezeichen*) als Programm des DEKT institutionalisieren wollte und der vor dem Plenum der gesamtdeutschen EKD-Synode 1958 verlesene Text sind überliefert. Der konstitutive Aufruf auf der Synode ist von einem einleitenden Vortext und einer Nachbemerkung umrahmt. Die beiden Aufrufe sind im Gegensatz zu Kreyssigs Erinnerung im Brief an Gerhard Möckel (1973)[152] nicht wortgleich, sondern unterscheiden sich in Stil und Inhalt.[153]

Die Foren Kreyssigs für die Gründung der Aktion Sühnezeichen 1954 und 1958 waren beide innerhalb der Evangelischen Kirche. 1954 der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT)[154] in Leipzig und 1958 die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berlin.[155] Kreyssig war bis 1958 Vizepräsident des DEKT, und der DEKT sollte nicht nur als Plattform für den Aufruf dienen, sondern auch – innerhalb des deutschen Protestantismus interkonfessionelle – Anlaufstelle für die Organisation des Sühnedienstes sein.[156] Beide Veranstaltungen waren gesamtdeutsch angelegt. Im Aufruf selbst sprach Kreyssig als Empfänger allerdings nicht religiöse Institutionen oder Gläubige sondern Völker, Regierungen und deutsche Bürger als Adressaten für den Freiwilligendienst an.

Leitmotiv ist in beiden Aufrufen die an den Beginn gestellte (deutsche) Schuld (am zweiten Weltkrieg und an der Judenvernichtung). Die zentralen Inhalte der Texte sind:

- Leitmotiv, Begründung des Schuldappells
- Adressat des Textes hinsichtlich des Schuldappells

---

wiewohl jener Kirchentag in jeder Weise als geeigneter Start erschien. Ich habe danach die Sache mit vielen Gesinnungsgenossen, gerade wenn sie kritischer denken als ich, fleißig besprochen. Sie hat mich als eine notwendige, noch immer aufgetragene Sache ununterbrochen weiterbegleitet. Ich wusste wohl, dass sie nicht erledigt und abgetan sei, nicht aber, ob noch einmal eine Stunde dafür ersehen sein würde. Erst am Vorabend der Synode wurde ich, so wie man es nur selten erlebt, gewiss, dass es jetzt geschehen müsse. Es war eine an das Wort der Schrift und an das Wort des Bruders gebundene Gewissheit. Näher will ich das nicht ausführen....

[150] Ebd.

[151] Vermutlich handelte es sich um den Bevollmächtigten des Rates der EKD in Bonn, Militärbischof Hermann Kunst.

[152] Kreyssig an Möckel, dat. 19. Oktober 1973 [EZA 97/940].

[153] Texte im Originalwortlaut siehe Anhang A.1.

[154] Der DEKT wurde 1949 als Veranstaltung engagierter Laien gegründet, seine Themen spiegeln die Anliegen evangelischer Christen in Deutschland und eine „Chronologie bewussten Protestantismus in Deutschland“ wider. Vgl. Hartmann, Matthias. (1999). Forum und Fest des Protestantismus. Rückblick auf 50 Jahre Deutscher Evangelischer Kirchentag, In: Deutschland Archiv. S. 625-632, S. 626f.

[155] Die Synode der EKD als Kirchenversammlung aller deutschen Landeskirchen ist ein Gremium der verfassten (amtlichen) Kirche und hat legislativen amtskirchlichen Charakter. In ihr dominieren Teilnehmer aus kirchlichen Positionen, während Laien in der Minderzahl sind. Die Zusammensetzung erfolgt proportional nach der Größe der Landeskirchen, ein Teil der Synodalen wird vom Rat der EKD berufen.

[156] Mit seinen Präsidiumskollegen, Reinold von Thadden-Trieglaff, Gründungspräsident des DEKT, und Generalsekretär Heinrich Giesen hat Kreyssig seinen Vorstoß vermutlich nicht abgesprochen. Dieser Schluss ergibt sich aus den Erinnerungen Friedebert Lorenz', eines Teilnehmers an der Besprechung (zitiert nach Konrad Weiß). Lorenz soll bei der Besprechung Kreyssig erst zum Gespräch mit Thadden-Trieglaff und Giesen geraten haben [Weiß (1998), S. 297].

- Schuldinhalt: worin liegt die postulierte Schuld?
- Subjekte des Aufrufs, Subjekte des Schuldappells
- Transformation des Schuldappells in eine Handlungsanleitung

Leitmotiv, Begründung. Das Leitmotiv für den Aufruf ist in beiden Versionen gleich und an einer eingangs postulierten Schuld orientiert, die mangels ausreichender Vergebung/Versöhnung als Friedenshindernis wirke. Gemeinsam mit dem Schuld-Argument ist dieser Ansatz nur theologisch oder psychologisch zu erklären. Der Text mahnt nicht einen völkerrechtlichen Friedensschluss oder die juristische Verfolgung von Nazi-Tätern ein, wie eine materialistische oder eine – Kreyssigs beruflicher Herkunft entsprechende – positivistische Interpretation nahe legen würden.

Eine allegorische Beschreibung deutet die zeitgenössische gesellschaftliche Wirklichkeit: „dreizehn Jahre erst in dumpfer Betäubung, dann in neuer angstvoller Selbstbehauptung". Durch die unbestimmte Formulierung dieser Beschreibung eines stagnierenden gesellschaftlichen Zustandes bleibt die Interpretation offen, dass Frieden und mangelnde Vergebung/Versöhnung nicht nur im Außenverhältnis zwischen Deutschen und anderen Völkern sondern auch im deutsch-deutschen Verhältnis und selbst in der Befind-lichkeit eines jeden Einzelnen der angesprochenen Deutschen fehlen könnte.[157]

Im 2. Rundschreiben zur *Aktion Sühnezeichen* Anfang 1959 führte Kreyssig aus, warum neben den anderen Einrichtungen – die ökumenischen Aufbaulager, der Christliche Friedensdienst, der Internationale Zivildienst, Quäker und Mennoniten – ein eigener Dienst einzurichten wäre: „Aber die Frage ist, ob wir Deutsche uns dort in anspruchsvoller Unbefangenheit einreihen können, als ob wir auf dem Weg in eine allen angebotene Zukunft nicht ein eigenes Marschgepäck an deutscher Vergangenheit und Schuld mitbrächten." Bisherige Erfahrungen würden gegen die Teilnahme Deutscher an bereits bestehenden Einrichtungen sprechen.[158] Diese spätere Spezifizierung über die Notwendigkeit eines eigenen deutschen, nach Kreyssigs Verständnis nationalstaatlich-deutschen Dienstes in Abgrenzung von bereits bestehenden internationalen Einrichtungen, erschließt sich aus den Aufruftexten implizit aus der Betonung von deutscher Schuld und dem Appell zur Aktion.

Adressat des Schuldappells: Im Aufruf 1954 wird in erster Linie Gott als Schuldadressat bezeichnet („Vor Gott sind wir schuldig"). Die spätere Fassung enthält zwar ebenfalls einen Bezug auf Fehlverhalten gegenüber Gott, allerdings mit deutlicher Akzentverschiebung in Richtung der Opfer: „Wir Deutschen haben den zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere unmessbares Leiden der Menschheit verschuldet. Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht." In beiden Sätzen des Textes von 1958 sind Täter und Opfer eindeutig benannt. Die angebotene Kausalattribution der Leiden durch den Krieg hebt in der geänderten Formulierung das Täter-Subjekt im Gegensatz zur älteren Fassung nicht auf. Auffällig ist, dass im ersten Satz der Adressat des Schuldeingeständnisses (Menschheit) mit den konkreten Opfern deduktiv in Einklang zu bringen ist, während im zweiten Satz zwar die Opfer als Kollektiv sogar noch konkreter benannt sind, allerdings als Schuldadressat Gott angeführt wird, gegen den sich der „frevlerische" Aufstand gewandt hatte. Die Kreyssigsche Formulierung greift Elemente der Erklärung der Synode von Weißensee 1950 auf, verstärkt allerdings den Aspekt der aktiven deutschen Täterschaft. In der Erklärung von Weißensee lautete das

---

[157] Die weitreichende Interpretation wird durch einen späteren Kontext gestützt: In der Satzung der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR (1966) findet sich der Verweis auf „entzweite Christen und Nachbarn", denen „zur Versöhnung" verholfen würde. Nur der Kontext mit dem Gesamttext der Gründungsaufrufe legt die Interpretation nahe, dass das Außenverhältnis zu anderen Völkern und Nationen im Zentrum steht. Auffallend ist, dass die weltpolitischen Spannungen der 1950er Jahre – der sog. Kalten Krieg im Nachkriegseuropa – die im deutsch-deutschen Verhältnis ihre Kumulation und Spiegelung erfuhren, und die den Rahmen für jegliche gesellschaftliche Entwicklung, wie Kreyssig aus eigener Erfahrung wusste, eng gesetzt haben, und die in Folge auch auf die *Aktion Sühnezeichen* wirken sollten, unerwähnt blieben. Nur die Formulierung „aus West- und Ostdeutschland" sowie die doppelte Büroadresse im Aufruf von 1958 geben einen Hinweis auf die deutsche-deutsche Problematik.

[158] Rundschreiben Nr. 2, dat. 9. Januar 1959 [EZA 609/88]

Schuldbekenntnis, „dass wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist“.[159]

In beiden Aufrufen werden „die Deutschen“ als Subjekte adressiert, als Verursacher der Schuld – zumindest als Initiatoren („zuerst“). Im zweiten Aufruf wird diese Adresse insofern verstärkt, als das Tätersubjekt des kollektiven „Wir“ an den Beginn des ersten Satzes gestellt und um die nationale Identität erweitert wurde. Es heißt nun nicht mehr „Vor Gott sind wir schuldig...“ sondern „Wir Deutschen haben ...“; mit dieser Änderung wurde die Formulierung der Schuld-Urheberschaft von einer passiven Aussage in eine aktive umgewandelt.

Für die konkrete Umsetzung werden in den Aufrufen ‚Russland’ und Israel als Adressaten der Sühnegeste genannt, im zweiten Aufruf zusätzlich und an erster Stelle Polen. Die Auslassung der anderen ehemaligen Kriegsgegner an der Ostfront sowie an allen anderen Fronten – etwa Großbritannien, das Kreyssig in seinem Brief an Yorck von Wartenburg 1952 anführte, oder die Niederlande und Frankreich, die in den ersten Jahren eine große Bedeutung als Einsatzländer für die Aktion Sühnezeichen einnehmen sollten – lässt sich nicht schlüssig erklären. Polen, Israel und die Sowjetunion als präsumtive Einsatzländer waren, vor allem innerhalb der BRD, ‚provokantere’ Einsatzziele als westliche Staaten; mit der Nennung dieser Staaten hat Kreyssig jedenfalls die Prekarität des Vorhabens unterstrichen.

Schuld-Inhalt. Beim Text aus 1954 liegt die Schuld beim Beginnen des Krieges, dem dann grammatikalisch – jedenfalls partiell – „das Leiden, das er über die Menschheit gebracht hat“ zugeschrieben wird. Diese passive Formulierung wird noch weiter zugunsten des eigentlichen Subjekts („Wir“) entschärft, indem eingeschränkt wird auf „zuerst verursacht“. Diese Formulierung lässt die Frage nach den weiteren Akteuren nicht nur offen, sie drängt sie geradezu auf und suggeriert eine Verursacher-Hierarchie; in jedem Fall bedeutet diese Formulierung, dass andere Verursacher vorhanden sind. Im späteren Text ist die Verursacher-Hierarchie in eine Schuld-Hierarchie („Wir Deutschen haben den zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit **mehr als andere** unmessbares Leiden der Menschheit verschuldet.“) transformiert. Auch in dieser Formulierung ist enthalten, dass Deutsche nicht die einzigen Akteure waren, neben den chronologischen ‚Vorsprung’ des deutschen Verschuldens tritt nun ein qualitativer.
Im ersten Aufruf führte Kreyssig explizit nur die Schuld am Beginn des zweiten Weltkriegs an. Dem Verlauf des Krieges, so die implizite Botschaft, bleibt eine Eigendynamik und die Beteiligung weiterer Akteure eigen. Diesen multiplen Faktoren schreibt dieser Text in Folge „das unmessbare Leiden“, das der Weltkrieg „über die Menschheit“ gebracht habe, zu. Erst im Text von 1958 wird die Judenvernichtung ausdrücklich angeführt. Mit der Aneinanderreihung der Schuld aus dem Weltkrieg und jener aus der Vernichtung der Juden, schloss Kreyssig an die inhaltliche Konzeption in seinem Brief an Paul Graf Yorck von Wartenburg vom Juni 1952 an, als er nach Möglichkeiten zur Erinnerungsarbeit in Gedenken an die Judenvernichtung und den Weltkrieg gleichermaßen suchte.[160] Im ersten Aufruf erfolgt diese doppelte Erinnerungsleistung implizit, indem Israel als eines von zwei Einsatzländern als Adressat genannt wird, während im zweiten Aufruf die Ermordung von „Millionen von Juden“ explizit an- und ausgesprochen wird. Kreyssig erweiterte damit die ausschließliche national(staatlich)e Kategorie, die in der Bezugnahme auf „Völker“ und namentlichen Nennung von Staaten als Adressaten ihren Ausdruck fand, um jene der jüdischen Religion bzw. ethnischen Zugehörigkeit. Indem Kreyssig das deutsche Verschulden am zweiten Weltkrieg und jenes der Judenvernichtung nebeneinander stellte, verhindert er die ‚Erinnerungskonkurrenz’ zwischen Weltkrieg und Judenvernichtung und ermöglichte eine ~~‚Erinnerungsparallelität’.~~

[159] zitiert nach Hermle (1990), S. 355; vgl. dort auch die kritische Würdigung der Begriffe „Frevel“ und „Mitschuld“.
[160] Kreyssig an Yorck, dat. 10. Juni 1952 [EZA 614/45].

Der Titel beider Aufrufe *Wir bitten um Frieden* lässt eine Anleihe an die erwähnte Aktion von Erich Lüth vermuten, der 1951 eine öffentliche Kampagne zur Wiedergutmachung unter dem Motto *Wir bitten Israel um Frieden* initiiert hatte.[161] Wie oben erwähnt hatte Kreyssig 1952 überlegt, sich mit seiner Landeskirche diesem Aufruf anzuschließen.[162]

Subjekte des Aufrufs. Kreyssigs Aufruf wendet sich in beiden Versionen an alle Deutsche, auch an jene, die „das nicht gewollt" haben. Damit implizierte Kreyssig, dass vordergründig unbeteiligte ‚Mitläufer' oder ‚Zuschauer', auch wenn sie vielleicht sogar in Opposition zu den schuldhaften Handlungen waren, durch unterlassenes Einschreiten, durch das Zulassen schuldhafter Handlungen zu schuldhaften Subjekten wurden. Kreyssig verwendete in beiden Texten eine annähernd gleiche Formulierung, wobei er im Aufruf von 1958 durch die Verwendung des kollektiven „Wer von uns Überlebenden ..." anstelle von „Wer unter den Lebenden ..." unter Einschluss seiner eigenen Person als handelndes Subjekt einen deutlicheren Akzent setzte als bei der Objekt-Formulierung 1954. Kreyssig formulierte eine Schuld der Überlebenden auf Seiten der Deutschen – auf Seiten der Täter. Wenngleich nicht explizit als solcher ausgeführt, klingt in beiden Texten deutlich der Schuldappell an das Kollektiv der Deutschen durch. Im späteren Text wird der Appell selbstreferentiell ausgedrückt: „Wir bitten heute, Deutsche die Deutschen, ...".

Konkret wenden sich beide Texte zur praktischen Umsetzung an alle Bürger der BRD und der DDR, mit einer Altersgrenze von 17 Jahren, von der anzunehmen ist, dass sie aus Erwägungen der Arbeitsfähigkeit, die in beiden Aufrufen auch ausdrücklich angeführt ist, erfolgte. Im späteren Aufruf werden explizit „arbeitsfähige Männer aller Stände und Konfessionen" angesprochen, aber – im Gegensatz zum Text von 1954 – „auch Frauen zur Mitarbeit" aufgerufen. Im Handlungsappell des älteren Textes wird zudem das anzusprechende Kollektiv deutlich auf eine Auswahl beschränkt, auf insgesamt 13000 „arbeitsfähige Männer aus West- und Ostdeutschland", die drei Jahre lang in „Russland" und Israel unentgeltlich arbeiten sollten. In der Version von 1958 findet sich nicht nur keine zahlenmäßige Beschränkung, sondern der das gesamte Kollektiv einschließende Appell: „Wer es für seine Person nicht vermag, bekenne sich zur Versöhnungstat durch ein Geldopfer ..." Die Arbeitsdauer wird auf individuell ein Jahr – anstelle der kollektiven drei Jahre – festgelegt.

Wie unter dem Punkt *Schuld-Inhalt* ausgeführt, enthält der Gründungstext auch nicht-deutsche Schuldsubjekte. Dem Text von 1954 ist die ‚Verursacher-Hierarchie' implizit, die auf weitere Täter schließen lässt. In beiden Texten ist darüber hinaus eine auch unter Punkt *Transformation des Schuldappells* analysierte Doppelrolle des kollektiv-deutschen „wir" enthalten, die hinsichtlich des Handlungsappells „wirklich vergeben" einen nicht-deutschen Adressaten, den gleichen, von dem auch Vergebung zu erbitten ist, bedingt.

Transformation des Schuldappells. Die Darstellung von unbewältigter (deutscher und nicht-deutscher) Schuld als Ursache der von ihm problematisierten gesellschaftlichen Disposition und des mangelnden Friedens innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft, der von ihm explizit wie implizit dargestellte Schuldappell, mündet in eine Handlungsanleitung zur Überwindung dieser gesellschaftlichen wie staatlichen Stagnation. Die Passage „Dem Hass und der Bitterkeit eine Kraft entgegensetzen", findet sich in beiden Texten, im späteren Text ist ihr die „Selbstrechtfertigung" vorangestellt. Kreyssigs Konzeption sieht eine angreifbare, handfeste Alternative, eine Art ‚Abarbeiten von Schuld' vor. Die *Aktion Sühnezeichen* erhält damit schuldbefreiende und entlastende – kathartische – Funktion.

---

[161] Lüth, Erich, Die Friedensbitte an Israel 1951. Eine Hamburger Initiative (1976). Hamburg: Verlag Hans Christians.
[162] Kreyssig an Yorck, dat. 10. Juni 1952 [EZA 614/45].

Wenngleich in beiden Texten Baupläne beachtlichen Ausmaßes (Dorf, Siedlung, Kirche, Krankenhaus) angeführt sind, war Kreyssig die Unmöglichkeit unmittelbarer Kompensation bewusst, was sich in der Repräsentation als „Zeichen" ausdrückt, 1958 noch expliziter formuliert, „den Dienst ... nicht als irgendwie beträchtliche Hilfe oder Wiedergutmachung, aber als Bitte um Vergebung und Frieden anzunehmen...". Die konkrete Handlungsalternative und Handlungsanleitung wird damit zugleich auf eine symbolhafte und auf eine theologisch-psychologische Ebene gebracht.

Die konzeptionelle Besonderheit beider Texte liegt in der Vorbedingung eigener Vergebung. Deutsche sollten, wie Kreyssig in beiden Texten formulierte, ihren ehemaligen Kriegs- oder Mordopfern „wirklich vergeben", erst danach nannte er „Vergebung erbeten" und „Taten des Friedens tun" (1954) bzw. „diese Gesinnung praktizieren" (1958). Dieser theologisch-psychologische Vergebungsappell impliziert durch die Verknüpfung eigener Vergebung an die von anderen zu erbittende Vergebung einen Zugzwang an das jeweilige Gegenüber. Wird die Vergebungsbitte – in Form des Sühnezeichens – angenommen, so impliziert diese Annahme auch die Vergebung durch Deutsche. Der Adressat muss also die dem Konzept inhärente Logik akzeptieren, dass mit der deutschen Vergebungsbitte eine Vergebungsleistung durch Deutsche einhergeht, auch wenn weder die persönliche noch die sachliche Lage diesem Konzept entspricht.
Diese Konzeption Kreyssigs von der eigenen Vergebung, die aus deutscher Perspektive anderen anzugedeihen wäre, lässt sich mit dem Hintergrund der bis in die 1960er Jahre virulenten Vertriebenen- und Flüchtlingsdiskussion, die seit wenigen Jahren als ‚Erinnerungskonkurrenz' erneut aufgeflammt ist, aber auch vor dem Hintergrund der in den 1950er Jahren noch sichtbaren Kriegsschäden erklären. Kreyssig hatte in seinen kirchlichen Ämtern, wenn auch nur am Rande, auch mit der Flüchtlingsproblematik zu tun.[163] In Kreyssigs Landeskirche, wie auch in der übrigen DDR, befanden sich zahlreiche Kriegsruinen kirchlicher Gebäude (noch 1962 etwa diente der erste Sühnezeichen-Einsatz in der DDR der Enttrümmerung dreier zerbombter Magdeburger Kirchen). In einem frühen Brief an die *Gemeinschaft evangelischer Schlesier* erwähnte er seine Teilnahme an einer Tagung des Konventes der zerstreuten Heimatkirchen wo er „des ungeheuren Ernstes und der Verantwortlichkeit dieses Teils deutscher Gegenwartsaufgabe wieder inne geworden" war.[164] An gleicher Stelle formulierte er eine aus dem Flüchtlingsschicksal abgeleitete theologische Forderung: „Bis zur Stunde ist wohl niemand so sehr wie der Flüchtling danach gefragt, welche ewige Frucht er Gott aus der Heimsuchung schuldig ist. Ich glaube, dass in der Charta, in der die Heimatvertriebenen der Gewalt und der Rache absagen, die stärkste Konkretisierung des Stuttgarter Schuldbekenntnisses und, geistlich gesehen, die stärkste Hoffnung beschlossen ist, dass Gott uns Raum zur Buße gebe. In solch echter Beugung unter ein von Gott verhängtes Leiden die Möglichkeit, die Gott uns lässt oder neu gibt, recht zu erkennen und in der Zucht wahrzunehmen, das wird die einzigartige Aufgabe sein ..."[165] Fünf Jahre nach diesem Schreiben, ein Jahr vor der Gründung der *Aktion Sühnezeichen* wandte sich Kreyssig an den Schriftführer des Konvents der zerstreuten evangelischen Ostkirchen, Friedrich Spiegel-Schmidt: „In der Beteiligung an dem stellvertretendem Leiden der Flüchtlinge ist mir in all den Jahren einiges aufgegangen, was ich auf keine andere Weise empfangen hätte. Das hat mir in mannigfacher Hinsicht zur Gesamtausrichtung geholfen, so sehr, dass ich auf gewisse symptomatische Züge dieses besonderen Geschehens allenthalben immer wieder hinweise."[166]
Die ausdrückliche Berücksichtigung des zu und nach Kriegsende von Deutschen erlittenen Leids ist eine essentielle Bedingung für das Gelingen des Sühnezeichen-Konzepts. Ohne die Integration der

---

[163] Kreyssig wurde Ende 1951 als EKD-Ratsmitglied mit der Verbindung des Rates zu den Hilfskomitees der zerstreuten Heimatkirchen betraut. [EKD Kirchenkanzlei, an Ostkirchenausschuss, Tagebuch-Nr. 14662.VI., datiert 11. November 1951, gez. Dibelius; EZA 17/697; für diesen Hinweis danke ich Frau Dr. Dagmar Pöpping, Berlin].
[164] Kreyssig an Bischof i.R. von Schlesien, D. Zänker, Gemeinschaft evangelischer Schlesier, Hannover, dat. 28. Mai 1952 [EZA 614/101]
[165] Ebd.
[166] Kreyssig an Spiegel-Schmidt, dat. 20. Mai 1957 [EZA 614/101]

Leidenserfahrung von Deutschen wäre das Versöhnungskonzept nicht aufgegangen. Die von Kreyssig fein dosierte Verbindung von erlittenem wie begangenem Unrecht eröffnete eine Möglichkeit zur Differenzierung.[167] Kreyssig hat damit indirekt den ‚Erinnerungskonkurrenten' – die Erinnerung an das eigene Leiden – eingeschlossen. Kreyssigs engster katholischer Partner, Günter Särchen, erinnerte noch 1995 daran, dass Deutsche und Polen nicht nur „ungeheure Grausamkeiten der Jahre zwischen 1939 und 1945" trennen, „aber auch millionenfaches Leid in Form von Flucht und Vertreibung".[168] Das eigene Leidenstrauma sollte der umfassenden Erinnerungsleistung in Deutschland, sowohl auf gesellschaftlicher wie wissenschaftlicher Ebene, bis in die Zeit der sog. Goldhagen- und Walser-Debatten nachwirken. Der Münsteraner Kirchenhistoriker Wolf-Dieter Hauschild stellte noch 2004 fest, dass „die Frage nach der deutschen Schuld" innerhalb der deutschen Gesellschaft „durch die manifeste Schuld der Siegermächte überlagert und verdrängt" wurde, wobei er durch die Formulierung selbst eine Relativierung vornimmt: „die deutsche Schuld" stellte sich demnach als „Frage", jene der Siegermächte zeigte sich jedoch „manifest".[169] „Die kontroversen Positionen" aus Schuldzuweisung auf Deutsche und Alliierte haben Hauschild zufolge „im Grunde bis heute ohne Auseinandersetzung und vor allem ohne Verständigung durchgehalten".[170]

Die Transformation des Schuldappells in eine Handlungsanleitung unter der Prämisse einer gegenseitigen Vergebung stellte eine Hürde für zahlreiche Opponenten der *Aktion Sühnezeichen* innerhalb der Evangelischen Kirche und in der westdeutschen Gesellschaft dar, die etwa eine Vergebung gegenüber der Sowjetunion als nicht akzeptabel erachteten.[171] Die wechselseitige Vergebungsprämisse war aber auch für präsumtive Sühnezeichen-Partner ein Problem und in der Folge ausschlaggebend dafür, dass die ersten Projekte ausschließlich mit christlichen Partnern zustande kamen. Insbesondere hinsichtlich Israel erwies sich die Implikation wechselseitigen Vergebens als problematisch. Selbst in späteren Texten Kreyssigs oder anderer Sühnezeichen-Aktivisten findet sich dazu keine Erläuterung, Ergänzung oder Korrektur. Dass Juden – im theologischen Sinn – Schuld auf sich geladen hätten, ist im protestantischen Diskurs nach 1945 keine außergewöhnliche Perspektive. Der bereits zitierte Referent für „Judenfragen" in der Kirchenkanzlei der EKD, Otto von Harling, konzedierte in einem internen Positionspapier 1947 eine „sehr schwere Schuld", mit der die Kirche „in der Judenfrage" belastet wäre. Harling sah diese Schuld der Kirche zweifach, einerseits eines „spezifischen christlichen Antisemitismus" wegen, der dem späteren Rassenantisemitismus den Weg mit vorbereitet hätte; andererseits hätte die Kirche „den Missionsauftrag gegenüber Israel stark vernachlässigt". Schuld „vor Gott" und „im Sinne seiner eigenen Religion" hätte aber auch das Judentum auf sich geladen – durch „Selbstverherrlichung" und „religiöse Übersteigerung des Nationalismus". Die Schuld der Kirche dürfte aber nach Harling keinesfalls gegen die Schuld Israels aufgerechnet werden. Für die Kirche bedeutete die Konsequenz nach Harling, dass sich auf den Dienst besinnte, „den wir Israel schuldig sind: ... den besonderen Missionsauftrag gegenüber Israel".[172] Kreyssigs Position zu Israel und Juden war vermutlich progressiver als Harlings Position. Die kommentarlose Aneinanderreihung Israels mit anderen Staaten im Kontext gegenseitiger Vergebung könnte eine ungewollte und unreflektierte Fehlleistung gewesen sein – mangels Überlieferung bleibt die Frage nach Begründung einer reziproken Vergebungsleistung Deutschlands bzw. von Deutschen

---

[167] Eine kurze Darstellung zur Schuld- und Kollektivschulddiskussion unmittelbar nach Kriegsende sowie den sie ablösenden (ersetzenden) Diskurs über ‚deutsches Leiden' findet sich bei Greschat, Martin, Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit (2002). Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, S. 132ff., besonders S. 134. Interessanterweise finden sich in den Texten der Aktion Sühnezeichen keine Bezugnahmen auf die bekannten Publikationen von Jaspers und Adorno (Adorno, Theodor W. Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, Adorno, Theodor W., Eingriffe. Neun kritische Modelle (1963). Frankfurt am Main: Suhrkamp. 125-146; Jaspers, Karl, Die Schuldfrage: Von der politischen Haftung Deutschlands (1946). Heidelberg: Lambert Schneider.).

[168] Särchen, Günter. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen. Rückblicke auf Magdeburger, christlich geprägte Bemühungen und Initiativen, Anna-Morawska-Gesellschaft (1995), S. 3

[169] Hauschild, Wolf-Dieter (2004), S. 120

[170] ebd.

[171] Für die DDR-Regierung erschien allein der Schuldappell als solcher nicht akzeptabel, weil er das Selbstverständis der DDR als Antithese zum Faschismus in Frage stellte. Vgl. Abschnitt 5.3

[172] Zitiert nach Hermle (1990), S. 202f.

gegenüber Israel und Juden allerdings offen. An Israel lässt sich diese Problematik besonders deutlich zuspitzen, hat doch der Staat Israel zur Zeit des Nationalsozialismus nicht existiert. Inwieweit gegenüber anderen Nationalstaaten bzw. deren Staatsbürger Vergebungsleistungen seitens Deutschland bzw. durch Deutsche begründet sind, wie etwa bei den ersten faktischen Einsatzländern Niederlande und Norwegen, ist dem Aufruf nicht zu entnehmen.

1.2.2 Rezeption des Aufrufs auf der EKD-Synode 1958 und unmittelbar danach

Dank der Westintegration der BRD waren Entschädigungszahlungen an Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungs- und Kriegshandlungen aus betroffenen Ländern Gegenstand der öffentlichen Debatte: seit den frühen 1950er Jahren mit der Entschädigung an den Staat Israel und die *Conference on Jewish Material Claims Against Germany* (Luxemburger Abkommen 1952) und ab Mitte der 1950er Jahre mit nachfolgenden bilateralen Entschädigungsabkommen mit insgesamt zwölf westlichen Staaten (Frankreich, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Griechenland, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Italien, Schweden, Österreich und die Schweiz). Die Thematik einer zumindest materiellen Einigung mit vormaligen Kriegsgegnern bzw. -geschädigten aus der westlichen Hemisphäre war zum Zeitpunkt der Sühnezeichen-Gründung in der BRD präsent. Bilaterale Abkommen mit den genannten Staaten wurden zwischen 1959 und 1964 abgeschlossen.[173]

Der ‚relative' Durchbruch[174] von Kreyssigs Sühnezeichen-Konzeption 1958 fällt chronologisch mit der letzten Phase des von Frank-Michael Kuhlemann konstatierten Umbruchs („Gärung") des deutschen Protestantismus in Richtung demokratischen Selbstverständnisses zusammen.[175] Zahlreiche Parameter, wie die erhobene Einstellungen der protestantischen BRD-Bürger zu Antisemitismus und der Glorifizierung von Adolf Hitler, nehmen während der 1950er Jahre deutlich und in größerem Ausmaß ab als in den 1960er Jahren und zeigen nach Kuhlemann besonders während der 1950er Jahre Veränderungen in Richtung demokratischer Gesellschaftsform. In der „Übergangszeit" wurde die „problematische Mischung aus nationalkonservativer Stimmungslage, autoritärem Obrigkeitsideal, fehlendem Schuldbewusstsein und psychischer Verdrängung ... vielfältig durchbrochen von gesellschaftlichen Aufbrüchen und kulturellen Neuanfängen".[176] Neben diesen mentalitätsgeschichtlichen Dynamiken gewannen die evangelischen Kirchen ihre materielle Gestaltungskraft wieder: 1957 wurden „das Hilfswerk und die deutschen Kirchen beim Ökumenischen Rat und beim lutherischen Weltbund vom Hilfeempfänger zum Spendengeber".[177]
Konzept und Umsetzung der Aktion Sühnezeichen waren Ende der 1950er Jahre dem innerkirchlichen Diskurs voraus. In einem undatierten und nicht adressierten Text hielt Kreyssig die geringe Zustimmung und fehlende inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Aufruf fest: „Es fanden sich einige wenige Unterzeichner. Das auf die Veröffentlichung folgende monatelange Schweigen wurde zuerst durch eine zustimmende Äußerung von Helmut Gollwitzer unterbrochen."[178] In seinen späten Lebenserinnerungen hielt Kreyssig fest: „87 von über 120 Synodalen erklärten ihr Ja".[179] Ebenso wie die in anderen Quellen am häufigsten genannte Zahl von 79 Unterschriften ist diese Darstellung spontaner Zustimmung der

---

[173] Vgl. Schrafstetter, Susanna. The Diplomacy of *Wiedergutmachung*: Memory, the Cold War, and the Western European Victims of Nazism, 1956-1964. Holocaust and Genocide Studies. V17N3, Winter 2003: 459-479.
[174] Die Akzeptanz der Synodalversammlung der EKD blieb auch zu diesem Zeitpunkt unter 50 %; s.u.
[175] Kuhlemann, Franz-Michael. Nachkriegsprotestantismus in Westdeutschland. Religionssoziologische und mentalitätsgeschichtliche Perspektiven, In Hey, Bernd, Kirche, Staat und Gesellschaft nach 1945. Konfessionelle Prägungen und sozialer Wandel (2001). Bielefeld: Luther-Verlag. S. 23-59, S. 26.
[176] Ebd., S. 27, 31, 33.
[177] Geißel, Ludwig, Unterhändler der Menschlichkeit. Erinnerungen (1991). Stuttgart: Quell Verlag, S. 134.
[178] der undatierte, nicht adressierte Text ist in der Mappe „Korr. mit Ziel" [Ziel, Rudolf, vormaliger Vorgesetzter Kreyssigs am Landesgericht in Chemnitz, der als Präsident 1933 abgesetzt worden war] abgelegt. [EZA 614/279]
[179] Typoskript Lebenserinnerungen Lothar Kreyssig, undat. [1977], [EZA742/448]

Synodenmehrheit nicht zutreffend.[180] In einem über die Kirchenkanzlei der EKD in Berlin verteilten Rundschreiben vom 5. Mai 1958 adressierte Kreyssig die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Synode der EKD, des Rates und der Kirchenkonferenz, um diese – zum Teil erneut (Synodenteilnehmer), zum Teil erstmals (nicht anwesend gewesene Ersatzmitglieder bzw. Stellvertreter) – zur Unterstützung seines Aufrufes aufzufordern.[181] Diesem Schreiben fügte Kreyssig eine Aufstellung der auf der Synode selbst oder unmittelbar danach erfolgten Unterschriften bei. Demnach hatten zu diesem Zeitpunkt 35 Synodenteilnehmer Kreyssigs Appell unterzeichnet. Unter diesen 35 Unterstützern befanden sich allerdings nicht nur Synodale aus dem Gesamtpool von 120 Delegierten, sondern auch Kirchenführer aus dem Rat der EKD und der bischöflichen Kirchenkonferenz, die ex officio und nicht als gewählte Synodale teilnahmen. Unter Einrechnung der Gesamtzahl dieser Adressaten beträgt die Referenzzahl 159, nicht 120. Am Abend des 30. April 1958 hatten demnach lediglich 35 von 159, d.s. rund 22 % der Teilnehmer, den Aufruf unterschrieben.[182]

Den Erinnerungen der langjährigen hochrangigen Mitarbeiterin der Evangelischen Kirche in der DDR, Christa Lewek, zufolge, evozierte der von Kreyssig im Plenum unmittelbar vor dem Abendessen verlesene Gründungsaufruf nicht nur wenig Begeisterung, sondern sogar Hohngelächter.[183] Dass der Aufruf „bei der Synode zunächst keinen Widerhall“ fand, findet sich als Erwähnung in einem Nachruf auf Lothar Kreyssig.[184] Günter Särchen erinnerte Kreyssigs Klage, „dass auch dieser Beschluss im Wesentlichen nur von einigen wenigen innerlich mitgetragen wurde“.[185] In seinem Nachruf auf Kreyssig rekapitulierte Kurt Scharf, Kreyssig hätte zur *Aktion Sühnezeichen* aufgerufen, „ohne dass die Synode sich seinen Aufruf zu eigen gemacht, ihm förmlich zugestimmt, ja, auch nur eine Aussprache über seinen Vorschlag zugelassen hätte. Wir gaben seiner ‚schönen Idee’ samt und sonders keine große Chance.“[186] An anderer Stelle erinnerte sich Scharf:

> Auf eine besondere Erlaubnis des Präsidiums hin durfte Bruder Kreyssig seinen vorher durchgesehenen Aufruf, ohne Stellungnahme zu erbitten, verlesen und ohne dass irgendeine Stellungnahme zu seinem Aufruf zugelassen wurde durch einen der anwesenden Synodalen. In der Sitzung der Synode wurde der Aufruf angehört als ein gut gemeinter wirkloser Akt. Er wurde duldend hingenommen, nicht einmal entgegengenommen nach dem Sprachgebrauch der Synodalordnung, nur angehört.[187]

Der Aufruf „Wir bitten um Frieden“ ist unter Anlegen synodaler Maßstäbe tatsächlich durchgefallen – eine einfache Mehrheit der Stimmberechtigten wurde nicht erreicht. Das könnte eine Erklärung dafür sein, warum Kreyssig nicht einen Antrag auf Abstimmung zur Einrichtung der *Aktion Sühnezeichen* sondern lediglich einen persönlichen, wenngleich durch 20 hochrangige Kirchenführer unterstützten Aufruf verlas. Als Antrag wäre der Aufruf vermutlich ebenfalls in der Minderheit geblieben. Denn auch nach dem Rundschreiben vom 5. Mai 1958[188] haben nur 52 der insgesamt 159 bei der Synode Anwesenden für den Aufruf unterschrieben. Die restlichen 27 Unterschriften stammten von Synodalen, die an der Synode nicht teilgenommen hatten (Ersatzmitglieder, sog. „stellvertretende Synodale“). Unter

---

[180] Vgl. diverse Selbstdarstellungen sowie Publikationen Rabe (1983): „... Mitglieder unterzeichneten am 30. April 1958...“, S. 17; Skriver (1962): „... finden sich spontan bereit ...“, S. 14; Weiß, Konrad, Lothar Kreyssig, Prophet der Versöhnung (1998). Gerlingen: Bleicher. : „Noch am selben Abend unterzeichneten ... insgesamt 79.“, S. 335; Eichborn (1970): „... unterzeichneten ... neunundsiebzig Synodale spontan...“, S. 76; unbestimmter formuliert Irena Ostmeyer den Zeitpunkt der Unterstützungsunterschriften – allerdings gibt sie die Gesamtzahl der Unterschriften mit 83 an.Ostmeyer (2002), S. 228

[181] Rundschreiben der „Aktion Versöhnungszeichen“, Lothar Kreyssig, vom 5. Mai 1958 an die Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, des Rates und der Kirchenkonferenz.

[182] Die Zahl 159 setzt sich zusammen aus ordentlichen Delegierten und ex-officio-Teilnehmern; Gäste und Beobachter bleiben unberücksichtigt.

[183] Interview mit Christa Lewek, 27. August 2003 [EZA 4/501]; Lewek nahm als Beobachterin an der Synode teil.

[184] Nachruf auf Lothar Kreyssig, Internet-Homepage des Klosters Kirchberg des Michaelisorden, „gekürzt aus dem Nachruf von Gerhard Fischer und Helmut Hochstetter“ [www.kgk01.htmkgk01.htm, 20. Juni 2003].

[185] Särchen, Günter. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen. Rückblicke auf Magdeburger, christlich geprägte Bemühungen und Initiativen, Anna-Morawska-Gesellschaft (1995), S. 3.

[186] Scharf, Kurt. Lothar Kreyssig gestorben (1986). Berlin.

[187] Typoskript Festrede anlässlich des 25-jährigen Bestehens von Aktion Sühnezeichen gehalten von Bischof i.R. Dr. Kurt Scharf am 30. April 1983 in Magdeburg, in Monatsbrief Juni 1983, S. 5-7: 6 [CL]

[188] Rundschreiben der „Aktion Versöhnungszeichen“, Lothar Kreyssig, vom 5. Mai 1958 an die Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, des Rates und der Kirchenkonferenz. [EZA 4/501]

den von Kreyssig als gültig angenommenen Unterschriften befinden sich die Unterschriften von 12 Teilnehmern, die nicht als Synodale sondern in anderer – nicht stimmberechtigter – Funktion an der Synode teilgenommen hatten, d.s. Ratsmitglieder wie Kreyssig selbst und Mitglieder der Kirchenkonferenz. Der Gesamtpool, aus dem sich Unterschriften rekrutieren konnten, betrug somit 399.[189]

Unter den Unterzeichnern des Aufrufs[190] befanden sich drei Kirchenführer, die die Stuttgarter Erklärung über die schuldhafte Verwicklung der eigenen Kirche(n) unterfertigt hatten (Gustav Heinemann, Martin Niemöller und Wilhelm Niesel). Zwei weitere anwesende Unterzeichner der Stuttgarter Erklärung haben den Gründungsaufruf Kreyssigs nicht unterschrieben: die Bischöfe Otto Dibelius (1880-1967) aus Berlin und Hanns Lilje (1899-1977) aus Hannover. Kreyssig war sich der Problematik der mangelnden Unterstützung bewusst, wiewohl er eine einseitige Interpretation hinsichtlich der Konfession vornahm:

> ... Unter den lutherischen Brüdern muss doch wohl noch auf der Synode in aller Eile die Parole zur Zurückhaltung ausgegeben worden sein. Von ihnen habe ich nur Laien gewonnen. Der immer offene und brüderlich gesonnene Bischof Dietzfelbinger erklärte sich geneigt, „wollte sich aber noch mit jemand besprechen".[191]

Zwar lässt sich in der deskriptiven Auswertung der Unterzeichner nachweisen, dass Angehörige von Landeskirchen nach dem lutherischen Bekenntnis in größerem Ausmaß ihre Unterstützung verweigerten, Delegierte aus den unierten Landeskirchen den Sühnezeichen-Aufruf aber ebenfalls nicht mehrheitlich unterstützten.

Mit Ausnahme eines schriftlichen und ebenfalls an alle Synodenteilnehmer verschickten Einwands eines in der Literatur unbekannten Laiensynodalen ist keine Kritik aus der Kirche dokumentiert. Trotz der skizzierten relativ geringen Unterstützung innerhalb der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland schien 1958 entweder ein ‚Stillhaltekonsens' wirksam gewesen zu sein – oder der Aufruf zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen* wurde als nicht ausreichend relevant eingeschätzt. Selbst der dreiseitige Brief des Synodalen Plate an Kreyssig, in dem er einer Anerkennung der deutschen Schuld und der Notwendigkeit nach Versöhnung zustimmte, der von Kreyssig vorgeschlagenen Umsetzung aber nichts abgewinnen konnte, war eine schwache Kritik.[192] Plate war nicht der Meinung, „dass man mit dem Maß der eigenen Sühne für eine begangene Schuld mit dem anderen, an welchem man schuldig wurde, ein Rechengeschäft aufmachen könne, ob man vielleicht das Schuldmaß der anderen Seite gegen das eigene aufwiegen könnte."[193] Im nächsten Satz sprach Plate allerdings seine Bedenken gegen ein Sühnezeichen in „Russland" unter Verwendung einer Schuldaufrechnung aus: „weil man mit einigem Erfolg prüfen könnte, ob nicht das russische Volk seit dem Zusammenbruch vielleicht schon ebensoviel oder gar mehr Leid über deutsche Menschen gebracht hat, als wir Deutschen vorher Russland zugefügt haben." Davon ausgehend vertrat Plate den theologischen Ansatz: „Sühne kann gewissermaßen in den leeren Raum hinein allein nur vor Gott getan werden, ohne Bezug auf ein irdisches Objekt. Falls sich die Sühne trotzdem an einen konkreten irdischen Partner wände, dann wäre Voraussetzung, dass man erhoffen könne, diese Sühne würde als Wille zur Versöhnung verstanden werden. Allerdings, „Grade dieses glaube ich aber im Blick auf Russland entschieden als nicht gegeben ansehen zu müssen." Plate verknüpfte seine Skepsis gegenüber dem „bolschewistischen Machtbereich" mit der seit den 1950er Jahren gesellschaftlich wie innerkirchlich geführten Diskussion um die Bewaffnung der BRD. „Aus welchem Grunde es mir

---

[189] 159 tatsächlich Anwesende zuzüglich zwei Mal 120 Ersatzmitglieder, die Kreyssig anschrieb. Von der Zahl 399 sind insofern einige Abstriche zu machen, als zum Stichtag 30. April 1958 nicht für alle Positionen tatsächlich Ersatzmitglieder nominiert waren und einige Synodale Positionen doppelt (als gewählte Synodale und als ex-officio-Teilnehmer) besetzten. Auch unter Berücksichtigung dieser statistischen Artefakte ist die Gesamtzahl der von Kreyssig adressierten viel näher bei 399 als bei den häufig genannten 120.

[190] vgl. Liste im Anhang

[191] Kreyssig an Kunst, dat. 9. Mai 1958 [EZA 102/329].

[192] Von Plate an den Rat der EKD, dat. Altenwisch, 11. Mai 1958 [EZA 4/501].

[193] Plate an Kreyssig, dat. Altenwisch, 10. Mai 1958 [EZA 4/501].

bisher auch unbegreiflich geblieben ist, wie Menschen heute den Status der absoluten Wehrlosigkeit noch als politische Möglichkeit der westdeutschen Staatsführung ansehen können.“ Plate spitzte seine Argumentation weiter zu und schloss seine Ausführungen:

> Im Hinblick auf das atheistische, unmenschliche Methoden als Herrschaftsprinzipien anwendende bolschewistische Russland sehe ich keinen möglichen gedeihlichen Zustand, zu welchem versöhnlich zurückgekehrt werden könnte. Daher ist eine Versöhnungstat an Russland für meine Begriffe unreal. Und darum kann ich Ihrem Aufruf nicht folgen. Ob Sie wohl an ein nationalsozialistisches Regime alter Art, wenn ein solches im europäischen Raum noch irgendwie existent wäre, mit gleicher Unbefangenheit die Bitte um Erlaubnis richten könnten, ihm etwas Gutes tun zu dürfen, also an ein Regime, welches noch genau so Juden mordete, wie heute noch das bolschewistische Russland seine Feinde liquidiert?[194]

Plate setzte die in den 1950er Jahren weit verbreiteten antisowjetischen Ressentiments in Bezug zur Diskussion über die Bewaffnung der BRD. Noch 1950 hatte der Rat der EKD während des Evangelischen Kirchentages in Essen erklärt: „Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir nicht das Wort reden, weder was den Westen noch was den Osten anlangt.“[195] Mit Eugen Gerstenmaier (Mitglied des Kreisauer Kreises, später langjähriger Bundestagspräsident) trat aber bereits eine Position des deutschen Protestantismus zutage, die es für „christlich geboten“ erklärte, zur Aufstellung westdeutscher Soldaten bereit zu sein, um die Freiheit zu verteidigen: „Es geht schließlich [...] um die Erhaltung oder den Untergang des christlichen Abendlandes.“[196] Im Herbst des gleichen Jahres hatte Gustav Heinemann – der als Präses der Synode der EKD amtierte – aus seiner christlichen Überzeugung einen entscheidenden Schritt mit großer Symbolwirkung gegen die – eigenmächtige – Vorentscheidung Konrad Adenauers zur Teilnahme der BRD an internationalen Militäreinsätzen gemacht und war von seinem Amt als Bundesinnenminister zurück getreten. Die sich anhand der Proponenten abzeichnenden Konfliktlinien und Kräfteverhältnisse blieben im Wesentlichen über die folgende Dekade gleich.

Die Aufrüstungs-Diskussion erfuhr Ende der 1950er Jahre durch die Beratungen über die kirchliche Militärseelsorge mit anschließendem Vertragsschluss und die Überlegungen, auf Nato-Basen auf bundesdeutschem Gebiet Atomwaffen zu stationieren eine Zuspitzung. Die kirchlichen Bruderschaften gingen in ‚Opposition’ zur Regierungspolitik, während vor allem Protestanten, die der CDU nahe standen, die Atomrüstung bejahten.[197] Die evangelische Kirche stand vor einer Zerreißprobe. Der Theologe Ulrich Möller stellt die Diskussion um die Stationierung von Atomwaffen auf dem Gebiet der damaligen Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1957 - 1962 in den historischen Kontext der Reformationszeit, des Nationalsozialismus und der Apartheid, die jeweils kirchliches Bekennen erforderten. Er begründet die Bedeutung dieses „Schlüsselthemas ökumenischer Theorie und Praxis“ mit der potenziellen Selbstvernichtung der Menschheit und der realen Möglichkeit irreversibler Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen der Erde.[198]

Die spätere Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen* nach der in Zahlen geringen Unterstützung durch die Mitglieder der Synode steht auch in diesem Kontext des Machtkampfes zwischen den kirchlichen Bruderschaften, die sich auf das Erbe der Bekennenden Kirche beriefen und den pragmatischeren, der Institution der Kirche als staatstragende Säule verpflichteten, enger an der Tradition Luthers orientierten Protestanten. Die Durchsetzung der *Aktion Sühnezeichen* gegen den innerkirchlichen Widerstand – wie er in der Opposition durch das Diakonische Werk konkrete Gestalt gewinnen sollte[199] – ist auch als

---

[194] Ebd..
[195] 2. Rat der EKD 1950: Kirchliches Jahrbuch 1950, S. 166., zitiert nach Koch, Diether. Der Streit über die westdeutsche Rüstung in der evangelischen Kirche, 2001). ? Friedrich Ebert Stiftung. S. 49-70, S. 52f.
[196] E. Gerstenmaier, Reden und Aufsätze, Stuttgart 1956, S. 173., zitiert nach Koch (2001), S. 52f.
[197] vgl. Gollwitzer, Helmut, Die Christen und die Atomwaffen (1957). München: Chr. Kaiser.
[198] Vgl. Möller, Ulrich, Im Prozess des Bekennens. Brennpunkte der kirchlichen Atomwaffendiskussion im deutschen Protestantismus 1957-1962 (1999). Neukirchen-Vluyn: Neukirchener, S. XI, S. 1
[199] siehe Abschnitt 5.1.2 Opposition durch Diakonisches Werk Innere Mission und Hilfsdienst (BRD)

Handlungsalternative zur innerkirchlichen Pattsituation bei einem so zentralen Thema wie der Aufrüstung mit Atomwaffen zu verstehen. Diese Pattsituation war bei der Synode von 1958 durch eine später als „Ohnmachtserklärung" in die Literatur eingegangene Kompromissformel manifest geworden:

> Die Synode der EKD grüßt die Gemeinden in Ost und West. Wir danken Gott, dass wir durch seine Gnade zusammengehalten werden. In dieser Gemeinschaft treten wir für den Frieden ein.
> In Übereinstimmung mit den Beschlüssen, die vom Ökumenischen Rat in New Haven im Sommer 1957 gefasst wurden, verwirft die Synode den mit Massenvernichtungsmitteln geführten Krieg als unvereinbar mit dem Gewissen der Menschheit vor Gott.
> Sie bittet alle verantwortlichen Politiker, alles zu tun, was zu einer allgemeinen Abrüstung, nicht nur der Atomwaffen, sondern auch der so genannten konventionellen Waffen führen kann.
> Sie bittet die Weltmächte, die Atombombenversuche einzustellen und nicht wieder aufzunehmen.
> Sie bittet in unserem gespaltenen Vaterland die beiden Regierungen, alles zu tun, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden.
> Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, dass schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, dass Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann. Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und bemühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.[200]

Gollwitzer, der die Debatte um die Atombewaffnung mit mehreren kritischen Publikationen bereichert hatte[201], argumentierte, dass Kreyssig als brüderlicher Mitstreiter gegen die Atombewaffnung Garantie dafür war, dass es sich nicht um „den Versuch eines Synodalen handelte, eine Auswegschiene anzubieten, auf der der Synode ein gutes Gewissen auf der Linie des geringsten Widerstandes gegeben würde".[202] Gollwitzers Interpretation hängt vermutlich mit seiner – falschen – Erinnerung zusammen, wonach sich die Synode über das von Kreyssig vorgeschlagene „wunderbare Zeichen" einig war.[203]

Eine späte Erinnerung Kreyssigs lässt die Instrumentalisierung der Gründungsinitiative zur *Aktion Sühnezeichen* in einem anderen Licht erscheinen. Im Manuskript seiner in den 1970er Jahren verfassten Lebenserinnerungen nannte Kreyssig als auslösendes Moment für den Aufruf zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen* die während der Synode 1958 anstehende Beschlussfassung über den so genannten Militärseelsorgevertrag der EKD mit der BRD. Kreyssig rollte in seinen Erinnerungen das Dilemma auf, das die aus der Geschichte des Nationalsozialismus begründbare Forderung nach einer entmilitarisierten Zone in den deutschen Staaten und die realpolitische Entscheidung zur Wiederbewaffnung mit sich brachte. Er stellte die Forderung nach entmilitarisierten deutschen Staaten in Beziehung zum globalen Mächteverhältnis, das auf einer abschreckenden Rüstung beruhte. Wenn es denn „in der Gestalt der Bundeswehr wieder ein Heer geben sollte", so Kreyssig, dann „mussten in ihm auch Wortverkündigung und Seelsorge wieder einen Platz bekommen." Mit der *Aktion Sühnezeichen* wollte Kreyssig eine Kompensation für die Gewissensunruhe der Synodalen und für die öffentliche Meinung angesichts der über die Beschlussfassung zur Militärseelsorge implizit erfolgten Anerkennung der Bundeswehr schaffen.

> Wenn man schon ein Stück der heimischen Welt, weil sie zum Zeugnis gegen die Gewalt nicht bereit war, und die Weggenossen darin „Bundeswehr" vom Dienst des Wortes Gottes unmöglich ausnehmen konnte, die Mehrheit der Synode aber, wie zu erwarten war, damit auch der Wiederbewaffnung selbst zuzustimmen schien, wie sollte der Eindruck vermieden werden, dass die Deutschen nichts gelernt und nichts vergessen hätten und wieder dabei seien, die Waffen zu segnen? [...]
> ... Ich vermied es, die Synode als solche in die Verantwortung einer eigenen Sachentscheidung und damit zur öffentlichen Darstellung ihres Zwiespaltes zu rufen, sondern legte eine Unterschriftenliste auf und erbat mir vom Präses die Erlaubnis, einen Aufruf zu verlesen. [...] Selbst wenn das auf so oberster Ebene evangelischer Willensbildung geborene Glaubenszeugnis danach im Vollzug

---

[200] zitiert nach Kirchliches Jahrbuch für die EKD 1958, 85. Jg., 1959, hsg. von Joachim Beckmann, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, S. 66
[201] Vgl. Gollwitzer, Helmut (1957)
[202] Rabe (1983), S. 15
[203] ebd., S. 13

> gescheitert wäre, hätte es offenbar gemacht, dass die große Mehrzahl der Synodalen der Notwendigkeit eines neuen Wehrmachtsseelsorgevertrages mit unruhigem Gewissen zugestimmt hatte.[204]

Der Aufruf zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen* erhält in dieser Erinnerung Kreyssigs die Funktion als taktisches Instrument zur Durchsetzung kirchenstrategischer Entscheidungen vor der Synodalenversammlung. Diese Instrumentalisierungsthese würde erklären, warum der Betreiber des Militärseelsorgevertrages, der Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung und spätere Militärbischof, Prälat Hermann Kunst, während der ersten zehn Jahre des Bestehens der *Aktion Sühnezeichen* diese mit Geld und seiner Reputation maßgeblich unterstützte.

1.2.3 Die Unterzeichner des Aufrufs

Ein Vergleich des Zahlenverhältnisses von Delegierten aus den Landeskirchen zu jenen vom Rat der EKD berufenen Mitgliedern der Synode von 5:1 in der Zusammensetzung des Kirchenparlaments mit der proportionalen Herkunft der Unterschriften im Verhältnis von 2:1 zeigt, dass die vom Rat der EKD bestellten Mitglieder der Synode und die nominierten Stellvertreter den Aufruf überproportional unterstützt haben (mit 21 von insgesamt 60 potenziellen Unterschriften, bei den landeskirchlichen Vertretern sind es 46 von insgesamt 300). Hier zeigt sich eine Diskrepanz zwischen dem Votum der vom Rat der EKD bestellten Experten, wenngleich auch diese nur zu einem Drittel den Aufruf zur *Aktion Sühnezeichen* unterstützten, und jenem der gewählten ‚Basisvertreter' aus den Landeskirchen. Die Schieflage unter den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes deutet darauf hin, dass die in die Synode berufene Elite des deutschen Protestantismus ein größeres Verständnis für das Konzept aufbrachte als das ‚protestantische Fußvolk' der gewählten Delegierten. Unter den vom Rat der EKD berufenen Unterzeichnern des Aufrufs finden sich Namen wie jene der prominenten evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer, Klaus von Bismarck, Martin Fischer, Oskar Hammelsbeck, Ernst Kinder und Heinrich Vogel, Kirchentagspräsident Reinold von Thadden-Trieglaff und Akademieleiter Eberhard Müller, allesamt bedeutende Repräsentanten des deutschen Nachkriegsprotestantismus. Von Interesse ist weiters die Verteilung der Unterstützungsunterschriften nach Landeskirchen: Aus 13 der insgesamt 27 Landeskirchen der EKD fand sich kein einziger Unterzeichner, darunter zwei große Landeskirchen, Bayern und Schleswig-Holstein. Alle 13 Landeskirchen gehören dem evangelisch-lutherischen Bekenntnisverbund an, während aus der *Evangelischen Kirche der Union* aus jeder Landeskirche zumindest eine unterstützende Stimme eintraf.
Von den Synodenteilnehmern aus der BRD haben nur ein Viertel Unterstützungsunterschrift geleistet, von den Teilnehmern aus der DDR waren es anteilsmäßig fast doppelt so viele, knapp 46 %. Nachträglich wurden aus der DDR 16 Unterschriften geleistet, aus der BRD nur 11. Das Gesamtverhältnis der Unterzeichner aus der BRD und aus der DDR betrug in absoluten Zahlen: 36 BRD und 43 DDR, im Gegensatz zur Herkunft der Synodalen mit etwa 3 BRD zu 2 DDR: die Unterstützungsunterschriften aus der DDR haben jene aus der BRD bei weitem überwogen. Neben der konfessionellen Zugehörigkeit ist somit der Wohnsitz ein weiterer Faktor.

Eine Analyse der Synodenzusammensetzung und Unterzeichner des Aufrufs nach der Berufszugehörigkeit zeitigt ein weiteres überraschendes Ergebnis: tendenziell steigt mit Abnahme der kirchenhierarchischen bzw. kirchenamtlichen Funktion sowie mit Abnahme von staatlichen Positionen die Bereitschaft zur Unterzeichnung. Angehörige mittlerer Berufspositionen innerhalb und außerhalb der Kirche sind in höherem Ausmaß als Unterzeichner aufgetreten. So haben Konsistorialbeamte und Kirchenpräsidenten sowie Bischöfe in weitaus geringerem Maß unterschrieben als Theologen und

---

[204] Typoskript Lebenserinnerungen Lothar Kreyssig, undat. [1977], [EZA742/448]

Lehrstuhlinhaber, die unter den Unterzeichnern fast ein Fünftel ausmachen. Eine Zwischenposition nehmen Superintendenten sowie Pfarrer, Pastoren und Pröpste ein, die aufgrund ihrer Position weniger von der zentralen Kirchenhierarchie abhängig sind als Konsistorialbeamte oder Bischöfe. Während bei der Synode selbst die Verteilung von Unterzeichner und Nicht-Unterzeichner unter diesen Gruppen fast genau gleich ist, finden sich bei der Gesamtabrechnung mehr Superintendenten, Pfarrer, Pastoren und Pröpste als Angehörige der höheren Kirchenhierarchie und Konsistorialbeamte. Unter den Unterzeichnern befinden sich insgesamt lediglich vier Bischöfe. Die Interpretation, wonach vor allem die kirchlichen Eliten Aufruf unterschrieben haben, ist um die Dimension hierarchischer Unabhängigkeit zu erweitern. Es reichte nicht aus, zur kirchlichen Elite zu zählen, man musste auch eine unabhängige Position haben, die den Freiraum ermöglichte. Deshalb finden sich weit mehr Kirchenpräsidenten als Bischöfe auf der Unterschriftsliste. Eine alternative Interpretation könnte dahingehend formuliert werden, wonach Bischöfe als ‚Hüter' der kirchenamtlichen theologischen Lehre in ihrer Unterstützung zurückhaltender waren als Laien oder Theologen/Professoren, die ihrerseits weniger von ‚glaubenswahrenden' Überlegungen geleitet wurden.

Zusammenfassend kann nach der deskriptiven statistischen Auswertung der Unterzeichner festgestellt werden, dass Lothar Kreyssigs Aufruf vor allem von Delegierten aus der DDR, von Delegierten aus EKU-Landeskirchen und von jenen, eher der kirchlichen Elite zuzurechnenden Synodalen unterstützt wurde, die vom Rat der EKD bestellt wurden. Der Faktor der Elitenzugehörigkeit gilt nur unter Berücksichtigung der beruflichen Unabhängigkeit bzw. Distanz zur Kirchenhierarchie.

1.3 Sühnezeichen-Semantik

> Wer sich die Gnadengabe aber zueignet, indem er seinerseits um Vergebung bittet, setzt das Kraftfeld der Gnade, das Potenzial der Vergebung frei. Der Mann, der an die Tür des anderen klopft, um zu sagen, es tut mir leid, Bitte vergib, ist ein Sühnezeichen. Er tut es in Aneignung der von Christus für ihn erworbenen Vergebung. Damit ereignet sich die in Christi Opfertod und Auferstehung der Welt (!) erworbene Versöhnung bereits. Ob es dann menschlich zwischen dem Besucher und dem Besuchten zur Versöhnung kommt, hängt davon ab, ob der andere Vergebung gewähren will und kann oder nicht. Um diesen zweiaktigen Vorgang unter Menschen nicht mit unserem Ausgangspunkt, Gottes eigener Tat verwechselt zu sehen, haben wir unseren Dienst Sühnezeichen und nicht Versöhnungszeichen genannt. Wo kommen wir hin, wenn wir uns die Wirklichkeit der Vergebung Gottes, Sein eigentliches Interesse, schon mit dem Vorbehalt zueignen wollen, dass aber das Maß des Glaubens bei unserem Partner über die Realisierung bestimmen müsse?
> Das Gesetz, nach dem wir angetreten, ist der Primat der Tat. Die Wirklichkeit der Vergebung, die immer auch ein zu erläuternder Sachverhalt ist, will zuerst in einem Anlauf zum Gehorsam getan sein. Wenn ich erst einen Propagandafeldzug beenden muss, um genügend Leute zu überzeugen, dass mein Vorhaben richtig und wirksam sein werde, dann kommt wieder Gerede an den Anfang mit der Chance für den alten Adam, sich mit Gründen und Scheingründen zu drücken.[205]

1997 fasste Manfred Karnetzki (evangelischer Pfarrer, Vorstandsvorsitzender der *Aktion Sühnezeichen* 1993-2001) seinen Eindruck zusammen, „dass die Rede von der Sühne in den öffentlichen Äußerungen der *Aktion Sühnezeichen* eigentümlich unausgelegt bleibt".[206] Tatsächlich lässt sich der Begriff von „Sühne" in den einschlägigen Texten der *Aktion Sühnezeichen* nicht explizit abgrenzen. Vor allem das Wortverständnis von Schuld und Versöhnung sind mit einem Begriff von Sühne verwoben, dessen Extraktion einzig in der Namensgebung der Organisation gelungen zu sein scheint. Wie sich vor allem anhand des Sühnezeichen-Verständnisses des Begriffes „Versöhnung" im Folgenden erschließt, ist „Sühne" nach dem prägenden christlichen Verständnis als ‚Übergang' zwischen Schuld(einsicht) und Versöhnung zu verstehen. Den eigentlichen Zustand der Sühne gibt es demnach nicht, sondern lediglich

[205] Kreyssig an Johannes Müller, dat. 28. Mai 1961 [EZA 97/704]
[206] Manfred Karnetzki: Die Aktion Sühnezeichen wird „vierzig", Vortrag gehalten bei der Tagung zum 90. Geburtstag von Erich Müller-Gangloff 4. bis 6. Juli 1997, veranstaltet von der Stiftung Adam von Trott, Imshausen, Typoskript [WH]

die Absichtserklärung zur Sühneleistung, die, sobald sie von einem Adressaten angenommen wird, zur Versöhnung führt. Dieses Verständnis erschließt sich unter der Prämisse des Glaubens an den ‚Sühnetod' von Gottessohn Jesus Christus, der zur (erneuten) Versöhnung der Menschen mit Gott bzw. umgekehrt Gottes mit den Menschen führt.[207]

Noch vor der organisatorischen Konstituierung nannte Kreyssig sein Konzept „Aktion Versöhnungszeichen", eine Bezeichnung, unter der er bis zum Sommer 1958 Korrespondenz führte. Nach einer Anregung durch Erich Müller-Gangloff[208], dem vom Gründerkollegium ernannten Stellvertreter Kreyssigs, wurde das Programm in *Aktion Sühnezeichen* umbenannt. Müller-Gangloff hatte Kreyssig darauf hingewiesen, dass „Versöhnung wesentlich zweiseitig und ohne Zustimmung des Verletzten als Zeichen nicht zu denken" wäre, während „Sühne vom Schuldigen ausgeht".[209] Mit diesem Einwand hatte Müller-Gangloff einen zentralen Aspekt im Aufruf Kreyssigs aufgedeckt und wenigstens hinsichtlich der Organisationsbezeichnung entschärft.

1.3.1 Schuld

> Sich schuldig zu *fühlen*, wenn man absolut nichts getan hat, und es in die Welt zu proklamieren, ist weiter kein Kunststück, erzeugt allenthalben „erhebende Gefühle" und wird gern gesehen. Es gibt sehr wenige Menschen, die imstande sind, wirklich begangenes Unrecht einzusehen – von Reue und Scham ganz zu schweigen. Das ist nicht so einfach. Von allen Seiten und in allen Bereichen ist die deutsche Jugend heute mit Männern konfrontiert, die in Amt und Würden, in maßgeblichen Positionen und öffentlichen Stellungen das Gesicht des Landes bestimmen und in der Tat sich einiges haben zuschulden kommen lassen, ohne sich offenbar schuldig zu *fühlen*. Die normale Reaktion einer Jugend, der es mit der Schuld der Vergangenheit ernst ist, wäre Empörung. Und Empörung wäre zweifellos mit gewissen Risiken verbunden – nicht gerade eine Gefahr für Leib und Leben, doch entschieden ein Handicap für die Karriere. Das ist alles sehr verständlich; aber wenn diese Jugend von Zeit zu Zeit – bei Gelegenheit des Anne-Frank-Rummels oder anlässlich des Eichmann-Prozesses – in eine Hysterie von Schuldgefühlen ausbricht, so nicht, weil sie unter der Last der Vergangenheit, der Schuld der Väter, zusammenbricht, sondern, weil sie sich dem Druck sehr gegenwärtiger und wirklicher Probleme durch Flucht in Gefühle, also durch Sentimentalität entzieht.[210]

Das von Hannah Arendt Anfang der 1960er Jahre im Briefwechsel mit Martin Buber angesprochene potenzielle Dilemma von Schuldgefühlen nachfolgender Generationen, denen sie die Authentizität ab- und anstelle dessen eine Sublimierung aus anderen Quellen zuspricht, berührt die Essenz der *Aktion Sühnezeichen* zentral. Die Einsicht in eine „besondere Schuld" der Deutschen stellt schließlich den Ausgangspunkt der Existenz der *Aktion Sühnezeichen* dar, von dem sich alle Handlungen und Aktivitäten ableiten. Die ‚Schuldverhaftung des ganzen Volkes' sollte mit der juristischen Aburteilung einiger weniger nicht abgetan werden:

> Was die Verbrecher taten, wurde aber vorher öffentlich und unwidersprochen proklamiert und war in Gestalt der Konzentrationslager und Deportationen auch vor aller Augen im Gange. Ob die feige Unterlassung eines Christen, der Gottes Gebote und Seine Verheißungen kannte, geringer wiegt, als der Kadavergehorsam eines vom Ungeist trunkenen Henkers, wird Gott entscheiden.[211]

---

[207] Zum Begriff der Sühne unter verschiedenen methodischen bzw. chronologischen Gesichtspunkten vgl. Eintrag in Evangelisches Lexikon für Theologie und Gemeinde (1994), Verlag Brockhaus, Wuppertal, Zürich, Bd. 3, S. 1935ff.

[208] Müller-Gangloff (1907-1980) zählte mit Kreyssig, Gotthard Kutzner und Franz von Hammerstein zu den vier tragenden Säulen während der ersten Dekade der Aktion Sühnezeichen. Müller-Gangloff war nach Kreyssigs Ausscheiden aus der Führungsposition 1961 Leiter der Aktion Sühnezeichen/West. Müller-Gangloff war im Hauptberuf Leiter der Evangelischen Akademie, Berlin.

[209] Vermerk Besprechung mit Dr. Müller-Gangloff, dat. 7. Juli 1958, paraphiert Kr[eyssig] [EZA 670/365]

[210] Hannah Arendt in einer Entgegnung zu Martin Bubers Bezeichnung der Hinrichtung des verurteilten Adolf Eichmann als „Fehler geschichtlichen Ausmaßes", weil diese dazu führen könne, „dass viele junge Menschen in Deutschland, die sich schuldig fühlen, ihre Schuld nun als gesühnt betrachten". Für Arendt können „diese zur Schau getragenen und reichlich publizierten Schuldgefühle gar nicht echt sein". Arendt, Hannah, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen (1995). München: Piper, S. 298f.

[211] Typoskript Entwurf. Sonderbrief an die Wochenbriefgemeinde, Ostern 1965, S. 3 [NL Kutzner]

Eine vermutlich auf Kreyssig zurückzuführende systematische Analyse der Erklärung von Stuttgart mit 12 Thesen enthält vor allem die Präzisierung der Schuldfrage:

> Angesicht der Vieldeutigkeit der Worte „Schuld“ und „schuldig“ erscheint der Versuch einer wenigstens skizzenhaften Vor-Klärung der verschiedenen Bedeutungen unumgänglich:
> Schuld im strafrechtlichen Sinn
> Schuld im zivilrechtlichen Sinn („Haftung“)
> Schuld im Sinne politischer Verantwortlichkeit und der verpflichtenden Notwendigkeit, politische Folgen zu tragen.
> Schuld im Sinne einer immanenten („bürgerlichen“, „humanitären“, „sozialistischen“) Moral,
> Schuld, die im Angesicht Gottes anerkannt und bekannt wird.
> Es handelt sich hierbei um Unterscheidung von Momenten, die im konkreten Geschehen miteinander verknüpft sein können.[212]

Diese Differenzierung von Schuld folgt der Analyse von Karl Jaspers.[213] Neben einem konkreten Schuldverständnis, das ein Verständnis von Kollektivschuld ausschließt, enthält diese Differenzierung ein Schuldverständnis, das über den positivistischen Definitionsrahmen von rechtlicher Schuld hinausreicht und gleichermaßen ein immanentes und ein transzendentes Schuldverständnis einschließt, wobei in dieser Analyse die Frage um die Anerkennung oder Bestreitung des Begriffs einer „Kollektivschuld“ verworfen ist. Wenngleich die Autorenschaft für diesen Text (aus dem Nachlass Kreyssigs) nicht gesichert ist, lässt die folgende These eine Analogie zur Wirkweise der *Aktion Sühnezeichen* erkennen: „Dadurch, dass die Stuttgarter Erklärung Vertrauen und Gemeinschaft zwischen den Christen der verschiedenen, bisher feindlichen Ländern gestärkt hat, durfte sie indirekt auch ein Dienst am deutschen Volk sein.“[214]

Für Kreyssig stand Schuld in einem größeren historischen Kontext – „seit 150, genauer seit 1000 Jahren“.[215] Die christlich-theologisch begründete Schuld, die sich nach der Vertreibung aus dem Paradies schon allein aus der Existenz des Menschen vor Gott erklärte, war für Kreyssig mit konkreter historischer Schuld angereichert. Kreyssig zählte dazu den christlichen Antisemitismus, die Spaltung der christlichen Religionen, die nationalen Bestrebungen Deutschlands und schließlich die Schuld aus den Verbrechen während des Nationalsozialismus. In seinem Schreiben an die Mitglieder des Diakonischen Rates erweiterte Kreyssig das Schuldverständnis über die deutsche Schuld hinaus und führte „die besondere Schuldbefangenheit des Abendlandes im Blick auf Kolonialismus, Imperialismus, Sklaverei, Inquisition usw.“ an.[216] Die Aufarbeitung der spezifisch deutschen Schuld sah Kreyssig demnach in der *Aktion Sühnezeichen* erfüllt, die unspezifische bzw. „abendländische Schuldbefangenheit“ in der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden*:

> Der von der Aktion „Sühnezeichen“ gesuchte und betriebene Dienst ist, wiederum der besonderen deutschen Schuldverhaftung wegen zuerst den von uns überwältigten Nachbarvölkern zugedacht und angetragen. Von dorther ist die Fortentwicklung zu einem gleichartigen, nur zweckbewussteren Dienst an unterentwickelten Gebieten ein in der Sache selbst gegebener nächster Schritt. Bis er nicht reif ist, sollen die Dienste organisatorisch, finanziell, werbemäßig, sorgfältig auseinandergehalten werden. Aber im Bewusstsein der wesenhaften inneren Verbindung beider Dienste sind wir nicht bereit, sie auf verschiedene Weise zu beheimaten und rechtlich unterzubringen.
> Die Aktionsgemeinschaft „Für die Hungernden“ erfährt im Anblick des darbenden Menschenbruders Hinwendung zu ihm, Wegwendung von falscher Sicherheit und Selbstbehauptung, Sinnesänderung und wird darin der Vergebung und Versöhnung als des Ursprungs neuer, eigentlicher Menschlichkeit inne.
> Die Aktion „Sühnezeichen“ wird der erworbenen Vergebung und Versöhnung inne, indem sie sich beides anzunehmen und zu tun anschickt, sich gleichermaßen von gewalttätiger Selbstbehauptung weg in dienender Gesinnung dem Nächsten zuwendet, sich dabei aber zuerst an den verletzten und beleidigten Nachbarn gewiesen sieht.

---

[212] Thesen zur Stuttgarter Erklärung, o.D., o.A. [EZA 614/48]
[213] Jaspers, Karl, Die Schuldfrage: Von der politischen Haftung Deutschlands (1946). Heidelberg: Lambert Schneider.
[214] Thesen zur Stuttgarter Erklärung, o.D., o.A. [EZA 614/48]
[215] so Kreyssig in einer Tonbandabschrift. Typoskript Antworten auf Fragen nach der Aktion Sühnezeichen von Herrn Präses Dr. Kreyssig (Tonbandabschrift), o.D. [1965, ASF]
[216] Kreyssig Rundschreiben an Mitglieder des Diakonischen Rates der EKD, dat. 1.Juni 1959 [EZA 2/5839]

> Die Aktionsgemeinschaft „Für die Hungernden“ erkennt sich als ein Sühnezeichen der abendländischen Völkerfamilie.
> Die Aktion „Sühnezeichen“ erkennt sich als ökumenische Diakonie, die in der dienst- und opferwilligen Hinwendung zum Nächsten zuerst auf die eigene Schuld und auf den verletzten und beleidigten Nachbarn stößt.[217]

Für Kreyssig bedeutete jedes Schuldelement eine konkrete Schuld für die Überlebenden von 1945, auch wenn sie, so wie er selbst, konkrete Handlungen gesetzt haben, die unter Gefährdung der eigenen Existenz gegen den Nationalsozialismus bzw. Verbrechen des Nationalsozialismus gerichtet waren. Die historischen Schuldanlässe waren für Kreyssig insofern stets mit konkreter Schuld verknüpft, als die jeweiligen Konsequenzen andauerten bzw. im Nationalsozialismus zu einem Zivilisationsbruch[218] kulminierten. Anlässlich seines 70. Geburtstags schilderte Kreyssig sein ‚Versagen vor Gott’ Ende 1942, als er einen getauften Juden aufsuchte, der deportiert und schließlich ermordet wurde.[219] Kreyssig erinnerte die Episode als Versagen vor Gott, weil er den ihm im Rahmen des Hilfsprogramms der Bekennenden Kirche zum Schutz anvertrauten Verfolgten im Stich gelassen und seinem Schicksal überlassen hatte. Im Vortext zu dieser Erinnerung formulierte Kreyssig sein Verständnis von Kollektivschuld als transzendiertes Schuldverständnis.

In Kreyssigs Schuld-Verständnis waren Bezugspunkte enthalten, die den konkreten Schuldanlass ‚Deutsche und Nationalsozialismus’ über die Einbettung in einen christlichen Antisemitismus hinaus mit historischen und zeitgenössischen Schuldanlässen Anderer verwoben und in der Fortführung durch seine Nachfolger eine Verwässerung des konkreten Sühnezeichen-Anlasses mit sich brachten. In Anlehnung an eine Ausführung des frühen Martin Walser anlässlich des Frankfurter Auschwitz-Prozesses[220] 1965 übernahmen Franz von Hammerstein und Volker von Törne dessen Begriff „Kollektiv-Ursache“ und leiteten daraus in die Gegenwart transferierte und damit für gegenwärtige Schuldhaftigkeit verantwortliche „Kollektiv-Ursachen“ an gesellschaftlichen Missständen ab. Diese „Kollektiv-Ursachen“

> leben fort in den ökonomischen und sozialen Strukturen unserer Gesellschaft, in unseren Schulbüchern, in der Presse, im Fernsehen, am häuslichen Mittagstisch und in unseren eigenen Denk- und Sprachgewohnheiten. Innerhalb dieser ererbten Strukturen und Gewohnheiten sind wir – obwohl uns das oft selbst nicht bewusst ist – auch heute verstrickt in Unrecht, Ausbeutung und Gewalt: Schwarze sind nicht nur für viele Weiße in den USA und in Südafrika, sondern auch für uns oft Menschen zweiter Klasse – „Untermenschen“. Wir haben teil am Reichtum der weißen Industrie-Nationen und damit an der Ausbeutung anderer Völker.[221]

In ihren 1974 veröffentlichten Ausführungen gingen Hammerstein und Törne über konkrete Schuld- bzw. Ursachen-Wirkungszusammenhänge weit hinaus und konstruierten ein Verständnis globaler Ursachen, das eine universelle Lehre oder Gültigkeit aus der Geschichte des Nationalsozialismus uminterpretierte in eine universelle Kausalzuschreibung über die Ermöglichung der nationalsozialistischen Verbrechen: In den auszugsweise zitierten inkriminierten „– nicht nur deutschen – Verhaltensmustern leben die gleichen Bewusstseinsstrukturen fort, die in unserem Volk Verbrechen wie Auschwitz, Ordour und Lidice möglich gemacht haben“.[222] Aus heutiger Perspektive wirken diese Konstruktionen verharmlosend und dem Gründungsimpuls der *Aktion Sühnezeichen* widersprechend; sie vermengten die historisch-konkreten nationalsozialistischen Verbrechen mit zeitgenössischen Problemstellungen und schrieben beiden

---

[217] Ebd.
[218] dieser von Dan Diner (1988) viel später etablierte Terminus entspricht in säkularer Sprache Kreyssigs Verständnis Auflehnung gegen Gott.
[219] Vgl. Abschnitt 2.1.4 Motivation zur Gründung der Aktion Sühnezeichen
[220] Walser, Martin (1965), Unser Auschwitz, In Kursbuch I, Frankfurt, S. 197ff.
[221] Hammerstein, Franz von und Törne, Volker von. Jugend zwischen Geschichte und Zukunft, In Hamm-Brücher, Hildegard, Auftrag und Engagement der Mitte - Eckwerte der Demokratie (1974). München, Zürich: Piper; S. 23-37.
[222] Ebd.

universelle Ursachen zu, aus denen sich eine Handlungsanleitung im Sinne der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* ableitete.[223]

Dieser Ansatz ermöglichte die Ausweitung der Sühnezeichenprojekte „von der Frage nach den Schuldzusammenhängen unserer Geschichte zu der Frage nach den größeren weltweiten Schuldzusammenhängen, vom isolierten deutschen Engagement zu wachsender internationaler Zusammenarbeit mit anderen Friedensdiensten, mit der Friedensforschung und der Friedenspolitik".[224] Einige Jahre später formulierte die *Aktion Sühnezeichen* einen integrierenden theologischen Ansatz, der einerseits das Schuldverständnis universalisierte und andererseits eine religiöse bzw. am christlichen Glaubensverständnis orientierte Handlungsanleitung anbot. 1978 ging die *Aktion Sühnezeichen*

> davon aus, dass es möglich ist, „in der Welt vorläufige und fragmentarische, aber verheißungsvolle Vorzeichen der Friedensherrschaft Gottes, die im Kommen ist, aufzurichten." In diesem Sinne kennzeichnet der Begriff „Sühnezeichen" den Versuch, Schuld in Zukunft zu verwandeln. [...] Ihr Friedensdienst ist ein Versuch, durch zeichenhafte Arbeit bis heute fortwirkende geschichtliche Schuldzusammenhänge zu durchbrechen und damit den Weg in eine friedliche Zukunft zu eröffnen.[225]

Ende der 1980er Jahre unternahm der geschäftsführende Pfarrer Wolfgang Raupach (1984-1990) eine theologische Ableitung des Schuldverständnisses der *Aktion Sühnezeichen*, die zum ursprünglichen Schuldanlass zurückführte. Unter Bezugnahme auf die biblisch überlieferten Schuldfälle Adams und Kains führte Raupach anlässlich der 50. Wiederkehr des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen und des Beginns des zweiten Weltkrieges aus:

> Schuldhaftes Handeln schafft eine eigene Wirklichkeit und wirkt fort. So sieht die Bibel den einzelnen in seinem schuldhaften Versagen immer eingebunden in den Zusammenhang der Generationen. Das eigene Leben wird bestimmt von der Schuld der Väter und Mütter, und die eigene Schuld bestimmt in ihren Folgen die Kinder und Kindeskinder. Die Folgen der Schuld sind sozial und geschichtlich. Schuld ist also eine „Realität" und alles andere als ein „Schuldgefühl". Deshalb muss sie gelernt werden; deshalb muss sie einem gesagt werden. [...] Die Wirklichkeit der Schuld lastet über die Generationen hinweg auf allen -wie groß auch immer ihr persönlicher Anteil an der Untat sein mag.[226]

Aus der von Raupach dargelegten Perspektive der *Aktion Sühnezeichen* folgt aus dieser Schulderkenntnis die Aufgabe des Menschen, „der Schuld zu gedenken und in Reue (Weil sie ihm leid tut!) Umkehr und Buße zu beginnen". Daraus eröffne sich sowohl die „Chance, sich auch angesichts erdrückender Schuld weiterhin als Subjekt begreifen zu können" wie auch die Handlungsanleitung, bei der es nicht um Wiedergutmachung sondern um die Übernahme der Schuld gehe.

> Angesichts unserer Vergangenheit heißt das: uns als antwortfähige und mündige Subjekte zu begreifen und die uns zugesprochene Verantwortung wahrzunehmen. Es heißt: Einsicht in die eigenen Ängste und die Befürchtungen zu gewinnen, die einen mitlaufen oder mithandeln ließen, oder die einen für Vorurteile anfällig machen. Heißt: die Frage unerbittlich stellen, wie es zu diesem System kommen konnte, das so viele Menschen gefangengenommen hat; und heißt: sich selbst unbestechlich prüfen und der Fragen nicht ausweichen: Wo hätte ich damals gestanden? Diese Selbstprüfung geschieht nicht, um Schuldgefühle anzuhäufen – die deprimieren! – sondern um zu lernen und umzukehren.[227]

Das Schuldverständnis der *Aktion Sühnezeichen* bezieht sich trotz der Anleihen an konkrete historische Ereignisse auf ein zunächst theologisches Verständnis von konkreter Schuld, die über schuldhaftes Handeln des Einzelnen im engeren, etwa strafrechtlichen, auch moralischen Sinn hinausreicht und eine Schuldkonkretisierung konstruiert, die sich einerseits ohne das christliche Verständnis von Schuld in erster Linie gegenüber Gott nicht erschließen lässt. Andererseits ist das Schuldverständnis hinsichtlich

---

[223] Nach dem evangelischen Theologen Gerhard Sauter sind drei Komponenten des Schuldbegriffs zu unterscheiden: Ursache als Täterschaft, als Verantwortung für etwas Geschehenes; Schuldigkeit als Verpflichtung (Schuldigkeit gegenüber einem Rechtsverhältnis oder einer moralischen Ordnung) und Verfehlung, Versündigung gegen eine Ordnung. Vgl. Sauter, 1991, S. 479.
[224] Hammerstein, Franz von und Törne Volker von (1974)
[225] Flugblatt Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Wer wir sind – Was wir wollen, o.D. [1978, NL Möckel]
[226] Wolfgang Raupach, Schuld ist nicht Schuldgefühl, In *Gemeindebrief zum 1. September 1939* [ASF, 1989]
[227] Ebd.

seiner Handlungsanleitung mit Menschen (bzw. Völkern), die Opfer schuldhaften Handelns wurden, verwoben. Die Handlungsanleitung „Sühne“ und als „Sühnezeichen“ verkörperte Umkehr findet zwar vor dem Verständnis der göttlichen Erlösungsbereitschaft aber doch gegenüber bzw. in Interaktion mit anderen Menschen bzw. Völkern statt, die nun ihrerseits in die – göttliche – Pflicht genommen werden:

> Mit dieser Sicht deckt sich meine eigene Glaubenserfahrung. Wird ein Mensch von Gott überwunden, zu dem anderen zu sagen: es tut mir leid, so eignet er sich die in Christi Sühne ihm erworbene Vergebung zu, indem er sie für seine konkrete Schuld von dem anderen erbittet. Damit soll der Andere sein etwaiges Recht auf Vergeltung infrage stellen und ist selber auf Tod und Leben gefragt, nämlich, ob er selbst der Vergebung Raum geben und im Einbruch der Gerechtigkeit Gottes sein möglicherweise unbezweifelbares menschliches Recht dahingeben will. Dieser Anstoß von außen und oben ist so elementar, dass der Gefragte, wenn er überhaupt dazu bestimmt ist, aufgebrochen wird zur Erkenntnis seiner eigenen Schuldverlorenheit und, wenn es dem geschichtlichen Sachverhalt entspricht, auch seines Anteils an der Schuld, deretwegen er um Vergebung gebeten wird. So kann es zu einer inneren Überwindung des Gefragten kommen, die sich in einem entsprechenden Schuldbekenntnis und gegebenenfalls der Gegenbitte um Vergebung äußert.
> Aber dieser mögliche zweite Akt, der den ganzen Gnadenratschluss Gottes „Versöhnung“ zum geschichtlichen Ereignis macht, ist nicht weniger als der erste Akt, wo ein Mensch überwunden wird, um Vergebung zu bitten, ursprüngliche Zeugung und Geburt aus dem Wirken Gottes.[228]

Gegenüber dem Geschäftsträger der Mission des Staates Israel argumentierte Kreyssig ähnlich, wobei er die theologische Motivation nicht erwähnte und den theologischen Bezug über die Formulierung „israelische Brüder“ nur indirekt einfließen und erkennen ließ:

> Wer Vergebung gewährt, wo er Vergeltung und Wiedergutmachung zu fordern hat, eröffnet dem Schuldigen einen neuen Anfang und darin eine Möglichkeit echter Zukunft. Der Schuldige hat darauf kein Recht. Wird seine Bitte um Vergebung aber angenommen, so wird zwischen den Beteiligten die vorausgegangene Verletzung in der Tiefe der menschlichen Existenz geheilt, was Vergeltung und Wiedergutmachung für sich allein nicht vermögen. Im Blick auf eine tausendjährige Geschichte der Judenverfolgung in Europa und auf einen letzten, über alle Begriffe furchtbaren Ausbruch des Antisemitismus wagen wir es, die israelischen Brüder um die Bereitwilligkeit zu einem neuen Anfang zu bitten.[229]

Gegenüber dem Gruppenleiter und Beauftragten der *Aktion Sühnezeichen* in Israel, Diakon Otto Schenk, betonte Kreyssig in Replik auf dessen Personalisierung der *Aktion Sühnezeichen* durch die Phrase „Wir Sühner“ mit der theologischen Konzeption, die die Vorwegnahme durch das christliche Sühneopfer umfasste, und sprach sich gegen diese Bezeichnung ebenso wie gegen eine Kennzeichnung der Freiwilligen aus:

> Verzeiht bitte, wenn ich darum ein bisschen empfindlich bin gegen den Ausdruck „Sühner“, obwohl er gewiss scherzhaft und selbstironisch gemeint ist. Wir heißen gerade deshalb Sühnezeichen, weil wir ganz und gar in ein fremdes Werk hineingestellt sind, das ein anderer für uns bereits vollbracht hat. Es geht nur um Nachvollzug, um jene Weise, in der die Raupe zum Schmetterling, das Korn zur Ähre wird. Aus diesem Vorgang aber kann man sich selbst keinen Namen noch nicht einmal eine Herkunftsbezeichnung machen, weshalb ich auch immer den Gedanken abgewehrt habe, uns ein Abzeichen zuzulegen.[230]

Die stellvertretende Schuldannahme findet sich auch bei einer Einschätzung des 1925 in Deutschland geborenen, seit 1933 in Frankreich ansässigen Politikwissenschafters Alfred Grosser von Brandts Warschauer Kniefall. In seiner Referenz an den Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am 20. Oktober 1970 in Warschau interpretiert Grosser dessen symbolischen Wert: „Ein wenig so wie Jesus, der, ohne selbst gesündigt zu haben, die Sünden der Welt auf sich nimmt, nimmt der Kanzler mit seiner vom NS

---

[228] Kreyssig an Nevermann, dat. 6. Dezember 1963 [EZA 97/939]. Kreyssigs Verständnis über die theologische Bedeutung der Schulderkenntnis vor Gott und vor seinen Mitmenschen und der nachfolgenden Inpflichtnahme des vormaligen Opfers deckt sich mit den Ausführungen des Theologen Gerhard Sauter. Vgl. ders., 1991, S. 480ff.
[229] Briefentwurf Kreyssig an Mission des Staates Israel, Köln, dat. August 1960. Der Entwurf sollte mit dem Abt von Niederaltaich abgestimmt und als gemeinsamer Text gesandt werden. Da die Abklärung seitens des katholischen Partners längere Zeit in Anspruch nahm, sandte Kreyssig den Entwurf als „Vorinformation“; Kreyssig an Savir, stellv. Geschäftsträger der Mission des Staates Israel, dat. 10. September 1960 [ÖIN]
[230] Kreyssig an Israel-Mannschaft III, dat. 22. Mai 1963. Israel-Gruppenleiter Otto Schenk hatte in seinem Brief an Kreyssig, dat. 13. Mai 1963 die Phrase „Wir Sühner“ verwendet. [EZA 97/912]

weit entfernten Vergangenheit das Erbe an. Und das Akzeptieren der Erinnerung wird drinnen wie draußen zu einem beruhigenden Faktor, einem moralischen Gewinn.“[231]

1.3.2 Versöhnung

> The two German words for reconciliation - Versöhnung und Aussöhnung - are heavy with both emotional and religious overtones, containing in their root the word *Sühne*, meaning expiation, penance, atonement and evoking the image, if not of 'God and sinners reconciled', then at least of two individual human beings falling tearfully into each others' arms. Yet German policymakers also used, in various combinations, and seemingly almost interchangeably, such terms as *Verständigung* (literally 'understanding' or 'coming to an understanding'), *gute Nachbarschaft* (good-neighbourliness), *friedliche Kooperation*, *friedliche Zusammenarbeit* (both meaning peaceful co-operation), *Ausgleich* (which implies a settlement based on the reconciliation might also be defined as the relaxation of historic tensions), *Entspannung* (for reconciliation might also be defined as the relaxation of historic tensions), and *Frieden* or *Friede* (peace), itself a term laden with emotional and religious overtones.[232]

Der britische Historiker Timothy Garton Ash unternahm den seltenen Versuch, den schwammigen Begriff „Versöhnung“, dem eine manifeste Bedeutung, etwa im völkerrechtlichen Sinne oder im bilateralen, zwischenstaatlichen Verhältnis nicht zuzuschreiben ist, als Phänomen zu fassen und in den Kontext von zwischenstaatlichen Versöhnungsbemühungen nach 1945 zu stellen und diese wiederum selbst als historische Phänomene zu berücksichtigen. Im Kontext der Versöhnung erwähnt Garton Ash die *Aktion Sühnezeichen* als Vorläufer der Ostpolitik Willy Brandts: “Many individual writers, historians, young Christians in the so-called *Aktion Sühnezeichen,* young Social Democrats with their pioneering trips to Eastern Europe: all had prepared the way. But with Willy Brandt, those intellectual and moral impulses were taken up into policy of the Federal Government.”[233]

Versöhnung als Antithese zur zeitgenössischen Stellung Deutschlands (bzw. der beiden deutschen Staaten) in der internationalen Staatengemeinschaft stand am Beginn der Kreyssig’schen Konzeption. Nicht nur das langfristige Ziel, auch die Organisation selbst sollte mit diesem Begriff bezeichnet werden.

> Zunächst war von „Versöhnungszeichen“ die Rede gewesen. Aber bald kamen die Gründer zu der Überzeugung, dass der Versöhnung keine Zeichen errichtet werden können, wenn ihr nicht die Bereitschaft zur Sühne vorausgegangen ist. Sühne muss der Versöhnung mit dem verletzten Gegner von gestern, so meinten sie, vorausgehen. Sühnewillen muss bewiesen werden, ehe Versöhnung möglich ist; und zur Versöhnung gehören zwei, Gegner und Gegner, Freund und Freund.
> So wurde nach dem ersten Aufruf zu „Versöhnungszeichen“ bei näherer Überlegung, bei Beginn der praktischen Arbeit „Sühnezeichen“. Dieses Wort ließ sich kaum in die Sprache der Nachbarn übersetzen. Und doch hat es sich als Losung bewährt. Es mussten Umschreibungen gewählt werden. Eine Vielzahl von Deutungen setzte ein. Aber im großen und ganzen ist das Anliegen der Aktion einfach spontan verstanden worden.[234]

Versöhnung als theologisches bzw. religiöses Konzept - Heilung

> Versöhnung ist Auferstehungswirklichkeit, als gnädige Vorkehrung Gottes dem Leben selbst mit der Schöpfung ursprünglich eingestiftet, Element des Sinnes, nämlich der Gerechtigkeit Gottes in der Geschichte.[235]

> Christus Jesus ist uns gemacht von Gott zur Weisheit, zur Gerechtigkeit und zur Heilung und zur Erlösung. 1. Kor. Kap. 1,30[236]

---

[231] Grosser (1993), S. 120
[232] Garton Ash, Timothy, In Europe's Name: Germany and the divided continent (1993). New York: Random House, S. 299 f.
[233] Ebd., S. 299
[234] o.A. Brückenschlag über Gräben der Vergangenheit In Bericht von der Kirche, herausgegeben von Dr. Paul Gerhard Eberlein, Stuttgart, Heft 2, 1967; 2. Vierteljahr, S. 2-5 und 15, hier: 3 [NL Kutzner]
[235] Typoskript Sühnezeichen. Nachdenkliches zu einem Gespräch, o.D., gez. Dr. Lothar Kreyssig [ASF]
[236] von Kreyssig zitiert in seinem Text Israel Projekt, gesehen Ende Mai 1960 [AAN]

Die Bedeutung der Versöhnung im theologischen Verständnis Kreyssigs bzw. seiner Nachfolger ist an die Konzeption des deutsch-amerikanischen evangelischen Theologen Paul Tillich (1886-1965) angelehnt, der Ansätze zu einer Theologie der Heilung formulierte.[237] Noch während des zweiten Weltkrieges erarbeitete Tillich ein „Salvation"-Konzept, das nicht nur die – durchaus therapeutisch zu verstehende – Heilung des Einzelnen, sondern auch Heilung auf sozialer Ebene in Form einer neuen Weltordnung und Einheit der Menschheit beinhaltet. Kreyssig war mit Tillichs Werken, wenigstens zum Teil vertraut und bevorzugte die praktische Handlungsanleitung Tillichs gegenüber den theoretischen Ausführungen des evangelischen Theologen Karl Barth.[238] Anfang 1961 ließ Kreyssig 300 Exemplare von Paul Tillichs 1952 erschienenem Sammelband religiöser Reden (In der Tiefe ist Wahrheit) ankaufen.[239] An seine katholischen Partner verschickte Kreyssig ein Exemplar dieses Buches sowie einen weiteren Tillich-Band (Das neue Sein, 1957).[240] Tillich selbst zeigte kurz vor seinem Tod Interesse an der *Aktion Sühnezeichen.*[241]

Mitte der 1960er Jahre verfasste Kreyssig ein Manuskript für einen Vortrag im Rahmen der „Männerarbeit", in dem er in 12 Punkten „Versöhnung als Geschichtselement" darlegte. Nach der bereits an früherer Stelle skizzierten Prämisse menschlichen Versagens vor Gott postulierte Kreyssig:

> 9. Die allem Geschaffenen eingestiftete heilende Kraft ... ist in Christi Kreuz und Auferstehung zur vollen Geschichtswirksamkeit gekommen, die offenbare Sinnmitte der Geschichte geworden, der ganzen Welt (2. Kor. 5,17-21) als „Versöhnung" zugeeignet und darum jedem überall zugänglich. [...]
> 11. Sie ist und wirkt, ohne dass man von ihr weiß. Aber sie kann als der Sinn des Daseins erkannt, in der Vergebung der einem selbst – aktiv oder passiv – widerfahrenen Sinnverfehlung angeeignet und im Dienst an der Mitgeschöpften zur Ehre des Schöpfers verwirklicht werden. Das ist das Ereignis des Glaubens. Dabei wir die Wahrheit im weltumspannenden Sachverhalt Versöhnung zur Wahrheit in Person: „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben." „Ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende." „Er ist unser Friede."
> 12. Diese Kernexplosion des Sinnes wird uns von der Schrift als Durchbruch zu einer neuen Sein beschrieben, in welchem mit dem Verhängnis der Sinnverfehlung auch der Tod entmächtigt und die Liebe schlechthin als Sinnerfüllung freigesetzt sei. In derselben Dimension „Recht, Schuld, Rechtfertigung", in welcher aus Wissen Gewissen, aus einem hochentwickelten Tier das verantwortliche Wesen „Mensch" geworden ist, schlägt durch Vergebung, Heilung der Sinnverfehlung vergängliches in unvergängliches Wesen um. Diese Verwandlung ist Gegenstand des Glaubens. Aber die Kraft, die dahintersteht, ist Geschichtselement von unvergleichlicher Wirksamkeit. Man kann sie erproben, erfahren, sehen als unbeirrbar liebende, dienende, friedfertige und darin unzerstörbar siegreiche Hingabe. Versöhnung als gelebte Hingabe ist Einübung der Auferstehung. 1. Joh. 3,14[242]

Nach seiner Übersiedlung nach Westberlin verfasste Kreyssig einen komprimierten Text über „Sühnezeichen". Dabei verknüpfte er die christliche Erlösungsdogmatik mit der Aufgabe von Deutschen als Nation. Versöhnung ist demnach „Quellgrund des Friedens, kontrapunktisch zu der drohenden Selbstvernichtung der Menschheit ... hat unter den Deutschen Sinnesänderung im Blick auf ihre Aufgabe als Nation zu wirken begonnen". Ihr „personhafter Ursprung im Heilsereignis von Golgatha, ihr persönlicher Anspruch auf Gehorsam in der Nachfolge, ihre unmittelbare Herkunft aus dem Heilshandeln Gottes wurde und wird immer neu in dem Wort ‚Sühnezeichen' vernehmlich".[243] Dieser Text Kreyssigs enthält unter Verweis auf das neutestamentliche Zitat nach dem 2. Kor. 5 (21) den deutlichsten Bezug zur stellvertretenden Sühneleistung wie in der *Aktion Sühnezeichen* konzipiert: wie der unschuldige Sohn Gottes die Schuld auf sich genommen hat, so die Analogie, nehmen die Sühnezeichen-Freiwilligen und -Teilnehmer die Schuld der Vorfahren auf sich. Die auch an anderer Stelle beschriebene Crux des Konzepts[244] liegt darin, dass neben dieser Schuldannahme und Bereitschaft zur Sühneleistung die

---

[237] vgl. Grau, Karin, „Healing Power" Ansätze zu einer Theologie der Heilung im Werk Paul Tillichs (1999). Münster: Lit Verlag.
[238] so Kreyssig in seinem Schreiben an Hermann Kunst, dat. 30. März 1963 [EZA 742/447]
[239] vgl. von Hase, Hilfswerk der ev. Kirche in Hessen und Nassau, an Kreyssig, dat. 25. Januar 1961 [EZA 614/52]
[240] Brief Kreyssig an Dr. Gertrude Reidick, Dortmund, dat. 22. März 1961 [ÖIN]
[241] Wochenbrief auf den vorletzten Sonntag des Kirchenjahres 1965, dat. 10. November 1965, gez. Lothar Kreyssig, S. 2 [ASF]
[242] Typoskript Versöhnung als Geschichtselement [Beilage zu einem Vermerk, dat. 20. April 1967, gez. Christa Lewek; EZA 104/618]
[243] Typoskript Sühnezeichen, o.D. [1972], gez. Dr. Lothar Kreyssig [ASF]
[244] vgl. Abschnitt 3.1 Handlungsanleitung: wechselseitiges Schuld-Anerkenntnis

Annahme durch die Adressaten Voraussetzung für gelingende Versöhnung ist – ebenfalls in Analogie zur geforderten Annahme des Sühnetodes von Jesus Christus, der erst durch die Annahme durch die Gläubigen eine kathartische Befreiung von Schuld und Versöhnung mit Gott ermöglicht:

> ... das Ansinnen war nur verantwortbar als eine über Schuld und Tod und jedes menschliches Vermögen hinausgreifende Wirklichkeit. Sie aber war, wie die Annahme der Bitte überwältigend zeigte, in den Herzen der Angerufenen vorgegeben, in Kraft der Setzung Gottes des Gerechten: Sühne, die Menschen nur als Versöhnung ergreifen und nachvollziehen können und sollen.[245]

„Der Korinthertext" als „Ausgangspunkt aller unserer Friedensbemühungen"[246] enthält allerdings ein nicht nur in theologischer Hinsicht problematisches, von Kreyssig nicht explizit angeführtes Zitat. Der von Apostel Paulus verfasste Brief an die Korinther enthält neben der Versöhnung mit Gott die Einsetzung der neuen, christlichen Erlösungsbotschaft („Neues Testament") als Ersatz für das „Alte" („Altes Testament"), das „vergangen" ist.[247]

Joop [Johannes] Siezen, evangelischer Pfarrer aus den Niederlanden in Westberlin, der über seine Arbeit in der Evangelischen Industriejugend von Beginn an enge Verbindung mit der *Aktion Sühnezeichen* hatte, dem Leitungskreis in Westberlin angehörte und dank seiner niederländischen Staatsangehörigkeit Kurier- und Verbindungsdienste zwischen West- und Ostberlin leistete, verkörperte eine doppelte Rolle als Sühnezeichen-Intimus und Angehöriger eines Einsatzlandes der *Aktion Sühnezeichen*. Nach Siezens Interpretation ist für Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen* Sühnezeichen niemals ein Zeichen der eigenen Sühneleistung, sondern nur ganz bescheiden ein Hinweis auf die Tat Gottes, auf Christus als Sühne-in-eigener Person (1. Joh. 2,2), die alle menschliche Schuld zudeckt: „Diese jungen Menschen sühnen nicht – sie erbitten die Versöhnung".[248]

Das Versöhnungsverständnis Kreyssigs umfasste einen ‚innerdeutschen' Versöhnungsauftrag gegenüber NS-Kriegsverbrechern, den er über viele Jahre in persönlichen Begegnungen und Korrespondenzen verfolgte, auch innerhalb der *Aktion Sühnezeichen*, für den er aber weitgehend keine positive Resonanz erhielt.[249]

> ... im Einvernehmen mit Prof. [Hermann] Schlingensiepen in Bethel möchte ich die ganze Sühnezeichen-Gemeinde zu einem seelsorgerlichen Dienst an allen aufrufen, die von den etwa 418 NS-Verbrecherprozessen unmittelbar oder mittelbar betroffen sind. Dass der Staat sich der Rechtsaufgabe unterzieht, wiewohl der Gegenstand materiell und prozessual alle Maßstäbe sprengt, ist ja nur die oberste Schicht des Problems. Gottes Interesse an der Sache aber ist, dass jetzt Vergebung in dem heiligen Unmaß geschehe, in welchem zuvor maßlos gesündigt worden ist. Dieses Amt der Versöhnung hat nicht der Staat, sondern das Volk Gottes. Und der Sühnezeichen-Gemeinde ist die Aufgabe auf den Leib geschrieben. ...[250]

1966 brachte Kreyssig den Vorschlag aufs Tapet, wonach die *Aktion Sühnezeichen* in Zusammenarbeit mit evangelischen Gefängnispfarrern„für willige und geeignete Verurteilte oder Untersuchungsgefangene der genannten Kategorie [NS-Straftäter, Anm.] Brief- oder Besuchspatenschaften" vermitteln könnte. Auf der Tagung der evangelischen Strafanstaltspfarrer begrüßten die mit „NS-Gewaltverbrechern" befassten Anstaltspfarrer das Vorhaben. Über seine Verwirklichung liegen allerdings keine Informationen vor.[251]

---

[245] Typoskript Sühnezeichen, o.D. [1972], gez. Dr. Lothar Kreyssig [ASF]
[246] Typoskript Sechs Fragen an Aktion Sühnezeichen, Sechs Antworten der Leitung, o.D. [1972], o.A. [ASF]
[247] Nach Kreyssigs Ausscheiden wurde das Zitat in einen vervielfältigten Text der Aktion Sühnezeichen aufgenommen [vgl. obige Fußnote]
[248] Typoskript Sühnezeichen als Heilung, dat. 10. Mai 1967, gez. Joop Siezen [ASF]
[249] Kreyssig propagierte seine Versöhnungsinitiative sowohl in der evangelischen Gefangenenseelsorge wie auch in zahlreicher Korrespondenzen mit Hermann Schlingensiepen (Bethel), aber auch in Einzelaktionen (Begnadigungsgesuche wie für den verurteilten NS-Arzt Horst Fischer an den DDR-Staatsratsvorsitzenden, dat 20. April 1966) umzusetzen. [AEKKS Rep. B 2 Nr. 250]
[250] Kreyssig an Jänicke, dat. 3. Dezember 1963 [AEKKS Rep. B 2 Nr. 250]
[251] Bericht von Johannes Müller auf der Sitzung des Leitungskreises am 5. Mai 1966, dat. 11. Mai 1966 [Beil. zu Protokoll, dat. 10. Mai 1966, gez. Törne EZA 97/950]

1.3.3 Frieden

> Dass unbewältigte Gegenwart an unbewältigter Vergangenheit krankt, dass am Ende Friede nicht ohne Versöhnung werden kann, das ist weder rechtlich noch programmatisch darzustellen. Aber man kann es einfach tun.[252]

Wiewohl selbst der Gründungaufruf das Wort „Frieden" im Titel („Wir bitten um Frieden") trägt und in Texten der *Aktion Sühnezeichen* immer wieder vorkommt, liegt eine Begriffsklärung seitens der *Aktion Sühnezeichen* nicht vor. Wiederkehrendes Element des Friedensverständnisses in Texten und Briefen ist das Streben nach Frieden durch die Arbeit und das Wirken der *Aktion Sühnezeichen*. Frieden wird als Ziel der Handlungsanleitung Sühnezeichen angesehen. Voraussetzung für die Erlangung ist demnach die Einsicht fehlenden Friedens, die Ursachenzuschreibung (fehlende Versöhnung vor dem Hintergrund historisch schuldhaften Handelns) und folgender Gesinnungswandel, woraus die Forderung nach geändertem Handeln abgeleitet wird. Die bereits an früherer Stelle ausgeführte Ursachenzuschreibung ist der Konzeption Kreyssigs zufolge ebenso vielfältig und historisch weitreichend wie die Handlungsanleitung. So zählte Kreyssig die Einsicht in die Problematik weltweiten Hungers, die Rüstungsausgaben sowie die von ihm aufgestellten Zusammenhänge ebenso wie die konkrete Verweigerung des Kriegsdienstes zum „Tatzeugnis der Versöhnung" und damit zur friedensstiftenden Handlung im Sinne der *Aktion Sühnezeichen*.

> Während die Hilfen der Satten für die hungernden Völker anerkanntermaßen unzureichend sind, werden jährlich über 500 Milliarden DM in der Welt für Rüstung ausgegeben. Dem Krieg unbedingt absagen – statt dieses und jeden Machmissbrauches in der Versöhnung Frieden stiften – und sich den Elenden und Bedürftigen dienend zuwenden, diese drei Merkmale einer wirklichen Sinnesänderung der Christenheit rufen und bedingen einander. Erst wo sie zur Gesamthaltung werden, ist der drohenden Selbstvernichtung des Menschen wirksam begegnet. Wo daher Kriegsdienstverweigerer am Sühnezeichen-Dienst teilnehmen, wollen sie der Absage an die Gewalt das Tatzeugnis der Versöhnung hinzufügen. Zwei uns aus mehreren Lagern wohlvertraute Teilnehmer waren als Bausoldaten auf dem Jahrestreffen und berichteten nüchtern, selbstkritisch, bescheiden und mit einem von Gewissensentscheidung für das Tatzeugnis des Friedens geschärften Blick.[253]

1965 formulierte Kreyssig, es wäre das Anliegen der *Aktion Sühnezeichen*, „zum wirklichen über die unzureichende Koexistenz hinausgreifenden Frieden der Welt einen Beitrag zu leisten, welcher der über alle geschichtlichen Begriffe hinaus gesteigerten Gefährdung und Abhebung dieses Friedens und der besonderen Schuld entspricht, den die Deutschen seit 150 genauer seit 1000 Jahren an diesem Zustand haben".[254] Mit dieser nicht näher spezifizierten Aussage[255] verknüpfte Kreyssig, wie von ihm an anderer Stelle veranschaulicht, die historische und theologische Entwicklung des Christentums mit der deutschen Nationenbildung, die er als Vorgeschichte des Nationalsozialismus verstand.[256]

Der im Frühjahr 1972 gewählte Vorstand sah sich angesichts der Dominanz der Friedensdienste innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* vor die Frage gestellt, „was das Eigentliche, das unverwechselbare Eigene der ‚Aktion Sühnezeichen' ist ... insbesondere aber, was heute mit Recht ‚Friedensdienst' in einer zerspaltenen Welt genannt werden kann und in welcher Weise gerade der christliche Glaube dazu motiviert". Als eine mögliche Antwort wurde auf der Handlungsebene die Arbeit „in den Ländern Osteuropas" genannt, eine theoretische Reflexion blieb allerdings aus.[257]

---

[252] Kreyssig vor dem Plenum der EKD-Synode am 30. April 1958, s.o.
[253] Monatsbrief Januar 1967/Rundbrief I/1967/Wochenbrief auf den letzten Sonntag nach Epiphanias 1967, dat. 11. Januar 1967, S. 4 [ASF]
[254] so Kreyssig in einer Tonbandabschrift. Typoskript Antworten auf Fragen nach der Aktion Sühnezeichen von Herrn Präses Dr. Kreyssig (Tonbandabschrift), o.D. [1965, ASF]. Teile dieser Tonbandabschrift, so der zitierte Teil, wurden von Friedrich Magirius 1982 erneut aufgegriffen. Vgl. Typoskript Verantwortung für die Zukunft, dat. 19. Juli 1982, gez. Friedrich Magirius [ASF]
[255] in seinem Brief „an den Leiter und die Teilnehmer unserer ersten Israel-Mannschaft" führte Kreyssig das erste große Judenpogrom während des ersten Kreuzzuges als „sündhaft und versuchlich" an. vgl. Schreiben Kreyssig, dat. 28. September 1961 [EZA 97/735]
[256] so im „Tonbildwerk Die Brücke. Versöhnungsdienst Magdeburg 1962", vgl. 4.1.3 Die Brücke: Versöhnung überbrückt den Raum
[257] so der neu gewählte Vorsitzender Gerhard Möckel in einem Rundbrief-Entwurf, o.D. [1972], gez. Gerhard Möckel [NL Möckel]

Mit der Rückkehr der ersten Freiwilligengruppen aus Israel „bürgert sich unter den jungen Sz-Teilnehmern immer mehr der israelische Gruß Schalom ein“. Kreyssig griff dieses Phänomen auf und ersuchte Gruppenleiter Hans-Otto Schenk um Abklärung in Israel, ob der Angemessenheit der allmählich auftretenden Verwendung des hebräischen Friedensgrußes. Bei zustimmender „Meinungsäußerung“ hätte er „den Mut, den Weg freizugeben“. Inhaltlich erschien ihm der „Friedensgruß als Ausdruck der Gemeinsamkeit von der Wurzel her von unüberbietbarer Zeichenhaftigkeit“ angesichts „der Entleerung und Entstellung des Friedensbegriffes“, die die Gefahr der Weltlage sichtbar machen würde.[258]

1.4 Verortung der Aktion Sühnezeichen

Die *Aktion Sühnezeichen* wurde und wird im öffentlichen Raum vor allem auf der Handlungsebene perzipiert. Ihre theoretische, vor allem theologische Begründung findet allenfalls mit den Stichwörtern „evangelisch“, „Nationalsozialismus“, „Versöhnung“ und Erwähnung einzelner Sühnezeichen-Projekte Eingang in die Sekundärliteratur. Und dies trotz eines hohen Bekanntheitsgrades in und außerhalb der Evangelischen Kirche und trotz einer reichhaltigen, teilweise veröffentlichten Verschriftlichung.[259]

Kreyssigs Versöhnungskonzeption bzw. die *Aktion Sühnezeichen* erscheinen im Rückblick abgekoppelt vom bestehenden evangelischen Schulddiskurs zum Nationalsozialismus, wie er ab Bonhoeffers Texten (ab Mitte der 1935er Jahre)[260] bis weit in die Nachkriegszeit (etwa die Erklärung zur Lage der Vertriebenen, 1965)[261] ein beachtliches Ausmaß und eine zumindest 30-jährige Kontinuität aufwies.[262] Das Phänomen beruht auf Gegenseitigkeit, und die *Aktion Sühnezeichen* hat in den evangelischen Schulddiskurs ebenso wie in zeithistorischen Arbeiten darüber keinen Eingang gefunden, wenngleich Siegfried Hermle in seiner Aufarbeitung des Verhältnisses zwischen der Evangelischen Kirche und Judentum nach 1945 eine Verbindung zwischen der Erklärung der Synode der EKD von 1950 und der Gründung der *Aktion Sühnezeichen* als „praktische Folge“ neben der Übernahme der Pflege von jüdischen Friedhöfen durch evangelische Kirchengemeinden herstellt: „Mit dieser ‚Aktion Sühnezeichen Friedensdienste’ war im Sinne der Erklärung von 1950 ein wichtiger Schritt zur praktischen Versöhnungsarbeit aufgezeigt, der über die in Abschnitt sechs des Wortes [Lossagen der Christen vom Antisemitismus, Anm.] skizzierte Linie weit hinauswies.“[263] Der gleiche Autor monierte zugleich, dass der kirchliche Diskurs zu diesem Thema insgesamt wenig entwickelt war.[264]

Die Episode um einen späten Text Kreyssigs mit dem Titel *Zionismus 1970* veranschaulicht das Dilemma mangelnder Diskursbereitschaft selbst innerhalb der *Aktion Sühnezeichen*. Den bereits zitierten Text verfasste Kreyssig nach seinem Ausscheiden als Leiter der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen.* Kreyssig

---

[258] Kreyssig an Schenk, dat. 18. Juni 1963 [EZA 97/912]

[259] Das vom Journalisten Ansgar Skriver publizierte erste Buch über die *Aktion Sühnezeichen* geriet allerdings zum verlegerischen Flop. Von der Gesamtauflage von 6.000 Exemplaren zum Ladenpreis von 4,50 DM/Band waren nach vier Jahren noch 2.500 Bände beim Verlag verblieben, die über die *Aktion Sühnezeichen* abverkauft werden sollten (Besprechung Schenk-Skriver, dat. 10. Februar 1966 [EZA 97/950]). Noch 1975 fand sich das Buch im Medienkatalog der ASF zum Preis von 2 DM (*zeichen* 4/75, S. 19).

[260] Dudzus, Otto und Henkys, Jürgen, Dietrich Bonhoeffer: Illegalie Theologenausbildung: Finkelwalde 1935-1937 (1996). Güthersloh: Chr. Kaiser Verlag/Gütersloher Verlagshaus; Schulz, Dirk, Dietrich Bonhoeffer: Illegale Theologenausbildung: Sammelvikariate 1937-1940 (1998). Güthersloh: Chr. Kaiser Verlag/Gütersloher Verlagshaus.

[261] Lesser, Gabriele, Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen im Jahre 1965 (1992). Köln: Treff-Punkt.

[262] Literatur zum Verhältnis Kirche-Nationalsozialismus Gailus (2000); Gerlach (1987) ; Gailus, Manfred, Protestantismus und Nationalsozialismus: Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin (2001). Köln: Böhlau; zum Schulddiskurs vgl. Ostmeyer, Irena, Zwischen Schuld und Sühne. Evangelische Kirche und Juden in SBZ und DDR 1945-1990 (2002). Berlin: Institut Kirche und Judentum; Greschat, Martin, Die Schuld der Kirche: Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945 (1982). München: Chr. Kaiser Verlag; Graf, Friedrich Wilhelm, Martin Dibelius. Selbstbestimmung des Deutschen (1997). Tübingen: Mohr Siebeck; Stern, Frank. Evangelische Kirche zwischen Antisemitismus und Philosemitismus (1992), In: Geschichte und Gesellschaft. S. 22-50; Arndt, Siegfried Theodor. Nach der Shoah. Die Evangelische Kirche in der DDR und ihre Verantwortung angesichts des Antijudaismus. (1995), In: Die Zeichen der Zeit. S. 58-64.

[263] Hermle (1990), S. 364f.

[264] Ebd., S. 370

hätte „ein neues Ei gelegt“, so kommentierte Kreyssig-Nachfolger Schmidt gegenüber Leitungskreismitglied Pfarrer Paul-Friedrich Martins in Neubrandenburg. Martins sollte den Text lesen und in der nächsten Sitzung des Leitungskreises die Gesprächsführung darüber übernehmen, „damit wir mit diesem Papier nicht zu viele Stunden verlieren“.[265] Eine weitere Auseinandersetzung mit dem Text ist nicht erfolgt. Der von Schmidt adressierte Neubrandenburger Pfarrer hielt zwei Jahre später fest, dass die *Aktion Sühnezeichen* „ja die Verbindung von praktischer Arbeit und geistiger und geistlicher Bewältigung der Fragen“ zum Inhalt hat, „während die Arbeitsgemeinschaft *Kirche und Judentum* durch theoretisch-wissenschaftliches Arbeiten Kenntnis und Verständnis des Judentums gewinnen und verbreiten will und dadurch zur für beide Seiten wichtigen Begegnung von Kirche und Synagoge Hilfe geben soll“. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und der Arbeitsgemeinschaft wollte sich Martins deshalb „nur so vorstellen, dass mehr als bisher die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft den Mitarbeitern in der Aktion Sühnezeichen vermittelt werden durch Vermittlung von Literatur oder Referenten o.ä. und durch Einladungen zu den Arbeitstagungen der Arbeitsgemeinschaft“.[266] Der *Aktion Sühnezeichen* sollte also bestenfalls eine passive, untergeordnete Rolle zukommen.

Die der *Aktion Sühnezeichen* zugrunde liegenden und im Rahmen dieser Arbeit zentralen Überlegungen Kreyssigs haben bisher keinen Eingang in die ab den 1960er Jahren als „Theologie nach Auschwitz“ entstehende theologische Diskussion über die Bedeutung der Verbrechen des Nationalsozialismus für die Konfessionen gefunden, wiewohl sich in der Literatur das Postulat findet, „dass es gerade die Sache christlicher Theologie sein muss, in Auschwitz ein Signal für eine Umkehr des Redens von und über Gott zu sehen“[267] Das mag daran liegen, dass sich die Debatte über weite Strecken vor allem um die Theodizeefrage drehte, der Hinterfragung nach der An- wie der Abwesenheit Gottes angesichts bzw. während der im Synonym ‚Auschwitz’ subsummierten Verbrechen, während Kreyssig von einem von Menschen an Menschen begangenen – über ‚Auschwitz’ hinaus gehenden – Sündenfall vor Gott ausging, und die Theodizeefrage nicht stellte.

Eine weitere zentrale Besonderheit in der Kreyssigschen Konzeption der *Aktion Sühnezeichen* liegt in der Integration vormaliger Täter(-) und Opfer(gesellschaften), während die „Theologie nach Auschwitz“ das Opfernarrativ in das Zentrum ihrer Überlegungen stellt.[268] In Kreyssigs Konzeption ist die Opferrolle im Gegensatz zur „Theologie nach Auschwitz“ keinesfalls auf jüdische Opfer beschränkt, wenngleich Juden, Judentum und Israel einen bedeutenden Stellenwert einnehmen. Aufgrund seiner biographischen Erlebnisse nannte Kreyssig neben Juden die Opfer der NS-Euthansie; im Sühnezeichen-Aufruf führte er als Empfängerländer Israel, Polen und die UdSSR an und integrierte die nichtjüdischen Opfer des reichsdeutschen Angriffskrieges.[269] Über die Verkettung ‚Sodom – Erlösungstod – NS-Verbrechen’ stellte Kreyssig letztere in eine biblische oder ‚theologische’ Kontinutität, die nicht die christliche Heilserwartung in Frage stellt, sondern, wie die katholische Theologin Petra Vad unter Infragestellung einer „Theologie nach Auschwitz“ plädiert, innerhalb des christlichen Glaubenskonzepts Handlungen

---

[265] Schmidt an Martins, dat. 2. April 1970 [EZA 97/904]
[266] Martins an Oberkrichenrat Schwerin, dat. 27. September 1972 [EZA 97/904]
[267] So die katholischen Theologen Manfred Görg und Michael Langer im Vorwort des von ihnen herausgegebenen Sammelbandes. Vgl. Görg, Manfred und Langer, Michael (Hg.) (1997) Als Gott weinte. Theologie nach Auschwitz. Regensburg: Friedrich Pustet, S. 9.
[268] vgl. für diese spezifische Diskussion den Beitrag von Pinnock, Sarah K. (2001). Die Theologie der zweiten Generation nach Auschwitz. Eine kritische Analyse. In Kellenbach, Katharina von; Krondorfer, Björn und Reck, Norbert (Hrsg.), Von Gott reden im Land der Täter ..., v.a. S. 106.
[269] In der Handlungsanleitung trifft Kreyssigs Konzeption auf Vorschläge von Vertretern der „Theologie nach Auschwitz“. So führt der Theologe Jürgen Moltmann im Hinblick auf konkretes christliches Handeln bei der Gestaltung der Zukunft angesichts der historischen Verbrechen „drei Aktionen“ an: confessio oris (öffentliches Bekenntnis), attritio cordis (Reue des Herzens, Trauerarbeit) und satisfactio operum (Genugtuung durch gute Werke; als Beispiel nennt Moltmann die „befreienden Aktionen ‚Sühnezeichen’ bei den Völkern, die damals Opfer unseres Volkes wurden“). Vgl. Moltmann, Jürgen (1997). „Die Grube“: - „Wo war Gott?“. Jüdische und christliche Theologie nach Auschwitz. In: Görg, Manfred und Langer, Michael, S. 58.

jedes einzelnen (Gläubigen) einfordert: „Jedem ist es deshalb aufgegeben, sich von Auschwitz berühren und treffen zu lassen, und konkrete Handlungsvorgaben für sich selbst zu gewinnen.“[270]

1.4.1 Dimensionen der Erinnerung in der Skizze an Yorck 1952

Bereits in seinem Brief an Paul Graf Yorck zu Wartenburg vom 10. Juni 1952 nahm Kreyssig über die Verknüpfung von nationalsozialistischer Judenverfolgung und zweiten Weltkriegs eine parallele Thematisierung und Handlungsanleitung für eine Gedächtnis- und Gedenkkultur vor. Er reihte die Friedensbitte an Israel, den Vorschlag, Juden praktisches Tun anzubieten, und den Vorschlag, beim Aufbau der durch die reichsdeutsche Luftwaffe zerstörten Kathedrale von Coventry zu helfen, aneinander. Diese Konzeption einer „praktischen Versöhnungsarbeit“[271] verband den von Deutschland begonnenen Krieg und die damit verbundene Kriegsschuld sowie die nationalsozialistische Judenverfolgung als Grundlage für eine Erinnerungsarbeit und für eine – symbolische – Kompensation, die den Betroffenen des Krieges und der NS-Verfolgung zugute kommen sollte. Dieser sowohl hinsichtlich der berücksichtigten Adressaten wie auch der Vergangenheits-Aufarbeitung holistische Ansatz ist in den 1950er Jahren beispiellos und traf nicht nur in der Amtskirche sondern selbst in Kreyssigs progressivem Umfeld, wie etwa dem Bruderrat, auf Vorbehalte.[272]

Auch in den öffentlichen Debatten findet sich bis in die 1990er Jahre keine Entsprechung: erst 1995 erweiterte das Hamburger Institut für Sozialforschung mit seiner Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ den Vergangenheitsdiskurs um die Frage nach den Kriegsverbrechen durch die Wehrmacht. Der in der DDR ansässige Kreyssig war der öffentlichen Debatte nicht nur in der BRD weit voraus. Er kreierte ein Versöhnungs- und Erinnerungsmodell, das die unterschiedlichen Erinnerungstopoi miteinander in Beziehung brachte, ohne eine konzeptionelle Verschmelzung, etwa im Sinne eines pauschalierenden ‚Gedenkens an alle Opfer’ vorzusehen.

In der BRD war wenige Monate vor Kreyssigs Schreiben an Yorck ein öffentlicher Disput um die Legitimation und Bedeutung des 20. Juli 1944 ausgebrochen. Die öffentliche Debatte der frühen 1950er Jahre wurde von Otto Ernst Remer, vormals Generalmajor der Wehrmacht, der bei der Niederschlagung des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 wesentlich beteiligt war, ausgelöst, als dieser 1951 mit seinem historischen ‚Verdienst’ Wahlpropaganda für die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) machte und die Aktivisten des 20. Juli 1944 als „Landesverräter“ bezeichnete, die sich eines Tages „vor einem deutschen Gericht“ zu verantworten haben würden. Nach einer Privatklage von Bundesinnenminister Robert Lehr (1883-1956, CDU) kam es im März 1952 zu einem in der bundesdeutschen Öffentlichkeit viel beachteten Prozess gegen Remer wegen übler Nachrede und Beschimpfung des Andenkens Verstorbener (§§ 186 und 189 StGB) in Braunschweig. Staatsanwalt Fritz Bauer[273] wies in einem aufwändigen Verfahren die Unrechtmäßigkeit des nationalsozialistischen Regimes und die Rechtmäßigkeit gewaltsamen Widerstands dagegen nach und leitete damit die Diskurswende über den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ein.[274] Bauer begegnete Kreyssig in späteren

---

[270] Vad, Petra (1997). Theologie nach Auschwitz? Gedanken und Beobachtungen bei der Annäherung an das Thema. In: Görg, Manfred und Langer, Michael, S. 69.

[271] Reichel in Bezug auf die Aktion Sühnezeichen; Reichel, Peter, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute (2001). München: Beck, S. 149.

[272] Karl-Heinz Hess, Landeskirchenamt Frankfurt an Kreyssig am 16. Januar 1959, schrieb, dass er sich an eine Sitzung des Bruderrates erinnern könnte, bei der Kreyssig das erste greifbare Konzept für die Aktion Sühnezeichen vorgetragen hatte. Hess: „Noch wesentlich besser als damals begreife ich jetzt Dein Anliegen und ich werde mich dankbar in das angekündigte Material vertiefen.“ [EZA 97/128]

[273] Fritz Bauer (1903-1968), ab 1950 Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht in Braunschweig, ab 1956 hessischer Generalstaatsanwalt in Frankfurt/Main, wo er u.a. 1963-1965 den sog. Auschwitz-Prozess verantwortete.

[274] Überblicksdarstellung siehe Reichel, Peter, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute (2001). München: Beck, S. 97-106. Die im Zuge des Remer-Prozesses und seiner Medienrezeption eingeläutete Rehabilitierung bzw. Wertschätzung zunächst des militärischen Widerstands ist nicht zuletzt deswegen von Bedeutung für die spätere *Aktion Sühnezeichen*, weil zahlreiche am Widerstand Beteiligte bzw. deren Angehörige und Nachkommen, vor allem aus dem sogenannten *Kreisauer Kreis*, am

Prozessen, bei denen Kreyssig als Zeuge auftrat; die Hälfte seines Vermögens vermachte er der *Aktion Sühnezeichen*.[275]

1.4.2 Sühnezeichen-Dogmatik

Grundsatzerklärungen und anlassbezogene Stellungnahmen der *Aktion Sühnezeichen*, vor allem von Lothar Kreyssig, ergeben in ihrer Gesamtheit ein Theorem, eine ‚Sühnezeichen-Dogmatik', die der Handlungsanleitung „Sühnezeichen" zugrunde liegt. Der Begriff ‚Sühnezeichen-Dogmatik' spiegelt dabei die innere Abgeschlossenheit der theoretischen Ableitung der *Aktion Sühnezeichen* wider: Unter Rückgriff auf biblische Überlieferungen und Zitate wurde eine ‚innere religiöse Wahrheit' konstruiert, deren Inhalte sich außerhalb ihrer theologischen Kohärenz theoretisch nicht argumentieren lassen. Das theologische Fundament basierte auf einem Axiom: auf der Schuld vor Gott und auf dem christlichen Versöhnungsmoment, das aus der Versöhnung mit Gott bzw. der Versöhnung Gottes mit den Menschen ein zwischenmenschliches Versöhnungspotenzial ableitet. Das Versöhnungskonzept der *Aktion Sühnezeichen* lässt trotz zahlreicher öffentlicher wie halböffentlicher Stellungnahmen, Überlegungen und Verlautbarungen über zentrale Themen (die Problematik deutscher Schuld, Wiedergutmachung, Sühne, Versöhnung, bilaterale Verhältnisse zu früheren Kriegsgegnern, akademische wie populäre Geschichtsschreibung) eine über das Sühnezeichen-Umfeld hinausgehende Partizipation am gesellschaftlichen Diskurs nicht zu, weil die christlich-theologische Basis ihres Versöhnungskonzepts nicht verhandelbar ist. Diese Conditio sine qua non verstellte letztlich Kreyssigs Bemühen, durch sein Versöhnungskonzept gleichermaßen die evangelische Kirche und die deutsche(n) Gesellschaft(en) zu erneuern. Daran konnten auch zahlreiche Versuche Kreyssig, über zentrale kirchliche und gesellschaftliche Thematiken die ‚Sühnezeichen-Dogmatik' im gesellschaftlichen wie innerkirchlichen Diskurs zu verankern, nicht rütteln. Zu den ‚Ankerthemen' zählten die bereits angeführte Anknüpfung an das ‚deutsches Leid', die europäische und globale Integration sowie die im Folgenden skizzierte Verknüpfung der Sühnezeichen-Dogmatik mit den Themen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und Verankerung der evangelischen Kirche in der deutschen Jugend.

In seiner wiederholten Charakterisierung der deutschen Gesellschaft(en) verwendete Kreyssig Begriffe wie „dumpfe Betäubung", „angstvolle Selbstbehauptung"[276], „unbewältigte Vergangenheit und Verstockung"[277] und „Blockierung"[278]. Fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, so Kreyssig auf der ersten Tagung der *Aktion Sühnezeichen* in der Westberliner Evangelischen Akademie (19.-21. Dezember 1958), würde „die sinnvolle Zukunft blockieren":

> Es ist eine geschichtliche Tatsache, dass die Verleugnung und Verdrängung der Schuld dem Menschen den Zugang zur besseren Einsicht, zum besseren Gehorsam, damit zu sinnvoller Zukunft und damit wiederum zur echten, wesentlichen Gegenwart verlegt. [...] Nur in einer Verachtung des Geistes, die hierin radikaler wäre als jeder Materialismus, könnte einer leugnen, dass eine solche Gesamthaltung zur Vergangenheit einem ganzen Volke die sinnvolle Zukunft blockieren, die Gegenwart wesenhaft verarmen, das Volk geschichtslos machen könne.[279]

Zustandekommen der *Aktion Sühnezeichen* beteiligt waren. Dem ‚Widerstandsmilieu' ist auch Kreyssigs Korrespondenzpartner Paul Yorck zuzurechnen. Dieses mit Teilen der Evangelischen Kirche („Bekennende Kirche") verbundene Milieu diente Kreyssig als Diskussionsforum bei der Entwicklung und als Netzwerk bei der Gründung der Aktion Sühnezeichen. Wiederholte Vorstöße Kreyssigs zur Verankerung seiner Versöhnungskonzeptionen über diesen engeren Rahmen hinaus, sollten sich als ungleich schwieriger erweisen.

[275] Details über die testamentarische Einsetzung der Aktion Sühnezeichen als Begünstigte „eines Teiles seines Vermögens" sind nicht bekannt. Auch im nach Fritz Bauer benannten Studien- und Informationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust in Frankfurt/Main liegen keine weiteren Informationen dazu und zum Kontakt zwischen Kreyssig und Bauer auf. [Schreiben des Fritz Bauer-Institutes, gez. Dr. Irmtrud Wojak, dat. 14. Januar 2004]

[276] jeweils im Aufruf von 1958

[277] Lothar Kreyssig, Bewältigung und Versöhnung, (1959) In: *Kommunität*, 3.Jg. Heft 9, S. 3-8

[278] Kreyssig an Chaim Gordon, Oslo, dat. 5. Juni 1959 [EZA 97/249]

[279] Kreyssigs Vortrag wurde in der Zeitschrift der Evangelischen Akademie veröffentlicht. Im Gegensatz zum Titel in der Programmankündigung („Aktion Sühnezeichen. Die Aufgabe und ihre praktischen Konsequenzen") erschien Kreyssigs Text dort unter dem inhaltlich breiteren Titel „Bewältigung und Versöhnung". Lothar Kreyssig, Bewältigung und Versöhnung, (1959) In: *Kommunität*, 3.Jg. Heft 9, S. 3-8.

Kreyssigs Bestandsaufnahmen finden sich in der sozialpsychologischen Publikation „Die Unfähigkeit zu trauern“ (Erstauflage 1967) von Alexander und Maragete Mitscherlich mit annähernd gleicher Diktion wieder.[280] Die Psychoanalytiker konstatierten,

> dass zwischen in der Bundesrepublik herrschenden politischen und sozialen Immobilismus und Provinzialismus einerseits und der hartnäckig aufrechterhaltenen Abwehr von Erinnerungen, insbesondere Sperrung gegen eine Gefühlsbeteiligung an den jetzt verleugneten Vorgängen der Vergangenheit andererseits ein determinierender Zusammenhang besteht.[281]
>
> Die Abwehr kollektiv zu verantwortender Schuld – sei es die Schuld der Handlung oder die Schuld der Duldung – hat ihre Spuren im Charakter hinterlassen.[282]

Mitscherlichs beklagten „die tiefe Kluft der Entfremdung zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn“[283] und monierten die Einsicht „Wir haben die Sowjetunion mit Krieg überzogen, haben dem Land unendliches Leid gebracht und dann den Krieg verloren.“[284] Kreyssig hielt im ersten Satz des Sühnezeichen-Gründungsaufrufs 1958 fest: „Wir Deutschen haben den zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere unmessbares Leiden der Menschheit verschuldet“. Die Sowjetunion nannte er als eines von drei angestrebten Einsatzländern.

Die Parallelen zwischen Kreyssigs und Mitscherlichs Einschätzungen sind verblüffend groß. Sowohl Kreyssigs theologische wie Mitscherlichs tiefenpsychologische Argumentation verwenden die Metapher einer Wunde in der deutschen Gesellschaft in Folge des Nationalsozialismus, zu deren Heilung eine psychische Aufarbeitung des (individuellen wie kollektiven) Erlebens und Verhaltens während des Nationalsozialismus Voraussetzung ist. Beide Zugänge argumentieren als Voraussetzung die „Kultureignung“[285] bzw. Fähigkeit zur „Rechenschaft“[286] als konstitutive menschliche Eigenschaft und stellen die nationalsozialistische Vergangenheit in einen größeren historischen und globalen Kontext. Sowohl Kreyssig wie Mitscherlichs wiesen auf die Diskrepanz zwischen materiellem Wohlstand und wirtschaftlicher Erstarkung bei gleichzeitiger seelischer Verkümmerung bzw. psychischer Affektarmut als Folge der fehlenden Aufarbeitung und auf die Problematik der Schuld hin, deren bewusste Annahme Teil und Vorbedingung einer Aufarbeitung/Bewältigung der Vergangenheit wäre. Unterschiede zwischen Kreyssig und Mitscherlichs bestehen darin, dass Kreyssig den Abfall von Gott, Mitscherlichs psychische Dispositionen für die Befindlichkeit der deutschen Gesellschaft(en) verantwortlich machen und in der Folge unterschiedliche Modelle zur Heilung (Hinwendung zu Gott und Ich-Stärkung) vorschlagen.

Mitscherlichs formulierten fast synchron zu Kreyssig:

> Obgleich mehr als zwei Jahrzehnte inzwischen verstrichen sind, ist dennoch die Zahl derer verschwindend gering geblieben, die sich auf der Basis der generellen Schuldanerkennung in der politischen Wirklichkeit zu orientieren vermögen. Der Schock eines drohenden Wertverlustes ist noch nicht abgeklungen. Solange wir jedoch nicht die Schuld an den „unbeschreiblich grausam ausgeführten Massenverbrechen endlich zur Kenntnis nehmen“, muss nicht nur unser Geistesleben stagnieren, sondern ist auch keine emotionell getragene Aussöhnung mit unseren ehemaligen Feinden möglich, selbst wenn uns heute politische Bündnisse und blühende Handelsbeziehungen mit ihnen verbinden mögen. Wir stehen vielmehr immer in Gefahr, die uns gegenüber nicht mehr so häufig verbalisierte, aber nach wie vor empfundene Verachtung durch komplicenhafte Bündnisse zu überspielen.[287]

Kreyssig konstatierte „ein verbreitetes Missbehagen im unerwartet rasch wiedergewonnenen Wohlstand“ und ein „in der Begierde nach diesem Wohlstand sich meldende[s] tiefe[s] Ungenügen“, das seiner

---

[280] Mitscherlich, Alexander und Mitscherlich, Margarete, Die Unfähigkeit zu trauern (1994). München: R. Piper & Co.
[281] Ebd., S. 9
[282] Ebd., S. 24
[283] Ebd., S. 16f.
[284] Ebd., S. 15
[285] ebd., S. 86ff.
[286] Kreyssig, Lothar. Rechenschaft über die Vergangenheit, (1958/59). In: QUATEMBER Evangelische Jahresbriefe. 200-207, S. 201
[287] Mitscherlich (1977); S. 58f.

Meinung nach damit zu deuten wäre, „dass wir uns der Vergangenheit noch nicht eigentlich gestellt haben und eben darum eine wirklich im ganzen sinnhafte Wendung nach vorn noch nicht vollzogen haben." Bei Auslassung dieser Bewusstseinsarbeit würde ein aus der wirtschaftlichen Stärke (West-)Deutschlands erwachsendes Bewusstsein zur Überzeugung führen, „dass sich die Sache von 1933 an der Weltlage von 1958 schon als richtig erweise und der Ausgang 1945 nur ein Betriebsunfall war".[288] 1963 formulierte Kreyssig anlässlich des fünfjährigen Bestehens der *Aktion Sühnezeichen*:

> Aber wer denkt darüber nach, dass für einen echten Neuanfang im Abendland und für die Integration Europas am Ende ideologische Solidarität und wirtschaftliche Interessensgemeinschaft keine hinreichenden konstitutiven Elemente sind? Es bedarf in keiner tieferen Dimension, wo die anderen alle, quer durch den Weltgegensatz hindurch, den furor Teutonicus nur vorübergehend gefesselt und entmächtigt sehen und sich fragen, wie sie ihn benutzen und doch anbinden können, eines ganz neuen Anfanges zu hilfsbereiter, versöhnlicher, geduldiger Nachbarlichkeit. Sie muss, um Launen der Geschichte, echte Anfechtungen, krisenhafte Konstellationen zu überstehen, tief genug graben. Darum muss eine Minderheit im stellvertretenden Dienst echte, ernsthafte Vergebung suchen. Heilung von innen ist Not. Die dünne Decke mühseliger Koexistenz über dem Eiterherd der verdrängten und verleugneten Schuld reicht nicht aus.[289]

Im Gegensatz zur pathologisierenden Argumentation der beiden Mitscherlichs verstand Kreyssig die Notwendigkeit einer Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nur als Korrektur fehlgeleiteter oder unterlassener mentaler Auseinsandersetzungen: Ausgehend vom Überleben zum „Nullpunkt 1945" argumentierte Kreyssig die Bedeutung historischen Bewusstseins vor der Frage der eingeforderten bzw. einzufordernden Rechenschaft als Inbegriff des Menschseins in transzendenter wie immanenter Hinsicht. Dieses historische Bewusstsein erschlösse erst den Sinn der Zukunft, der in der Bewältigung der Vergangenheit zu suchen wäre.

In der evangelischen Zeitschrift *Quatember* veröffentlichte Kreyssig 1958/59 den Grundsatztext Rechenschaft über die Vergangenheit, in dem er zentrale Aspekte von „unbewältigter Vergangenheit" und „Wiedergutmachung" diskutierte. Die Bewältigung der Vergangenheit verstand Kreyssig als Gegenstand von Beziehungen und Verhandlungen zwischen den Beteiligten (wobei Kreyssig vermied, von Tätern und Opfern zu sprechen). Individuelle zwischenmenschliche Beziehungen beschrieb er als konstitutiv für die zunächst individuelle Bewältigung von Vergangenheit. Nur implizit ist in diesem Text die kollektive Komponente einer für das deutsche Volk stellvertretenden Sühneleistung zu erschließen, die er seiner *Aktion Sühnezeichen* zugrunde legte. Die folgende Passage aus diesem Text ist durch einen psychologisch-konstruktivistischen Zugang gekennzeichnet:

> „Objektiv" ist ja geradezu ein Kennzeichen der Vergangenheit, dass sie unabänderlich ist. Was hieran richtig ist, muss schon um der Nüchternheit willen festgehalten werden. Es bleibt dann deutlich, dass Wiedergutmachung im strengen Sinne nicht möglich ist. Nicht nur Tote werden nicht wieder lebendig. Nicht nur kein Schmerz kann ungeschehen werden. Jede Wiederherstellung des alten Zustandes ist, will man nicht grob materiell und vordergründig denken, ein Widerspruch in sich selbst.
> Und doch ist das nur die eine und eigentlich minder interessante Seite. Trotz des unlöslichen Widerspruches ist der Begriff der Wiedergutmachung aus dem selben Grunde lebendig und unaufgebbar, wie der Begriff der unbewältigten Vergangenheit auch. [...] Nach der Bewältigung des Sachverhaltes Vergangenheit – etwa durch „gerechte" Wiedergutmachung – kann nicht unter Absehung von den daran beteiligten Menschen gefragt werden. Wohlgemerkt: das Faktische, das Tatsächliche in seiner Unabänderlichkeit wird nicht verkleinert oder übersehen, noch nicht einmal relativiert. Aber es wird immer nur deutbar, sinnvoll in Beziehung zu dem Menschen, den es angeht. Damit ist der Tatbestand der Geschichte gegeben, der Mensch also als geschichtliches Wesen, seine Vergangenheit als Tatsachenzusammenhang auf ihn hin betrachtet.[290]

Als ein Beispiel für unterlassene „gerechte" Wiedergutmachung führte Kreyssig beim ersten Sühnezeichen-Seminar Ende 1958 aus: „Den verjagten jüdischen Mitmenschen zum Beispiel, soweit sie

---

[288] Lothar Kreyssig, Bewältigung und Versöhnung, In *Kommunität*, 3.Jg. (1959), Heft 9, S. 3-8
[289] Typoskript Fünf Jahre Aktion Sühnezeichen, dat. 11. Juni 1963, gez. Kreyssig [EZA 97/45]
[290] ebd., S. 200f.

die Verfolgung überstanden haben, seelisch und praktisch wieder Heimat zu bereiten und anzubieten, sind wir offenbar von beschämender Phantasielosigkeit.“ Da „Wiedergutmachung“ letztlich „nirgends voll möglich“ wäre, leitete Kreyssig eine zweifache Forderung ab: erstens jene nach dem historischen Rückblick, zweitens nach dem Bewusstsein darüber, dass man sich „alten Fragen“ in „neuer geschichtlicher Einkleidung“ stellen müsse. Kreyssig sah in diesem Text „an Stelle der unvergesslichen Gestalt des Sternträgers mit dem Blick des gehetzten Wildes im Auge und mit dem Adel eines übermenschlichen Leidens auf der Stirn den Flüchtling und Heimatlosen“, an Stelle des „überfallenen und zerteilten Nachbarvolkes vielleicht sogar das eigene Volk, zu dessen geschichtlichem Ort der Zertrennung und Heimsuchung wir uns durch die Mauer von Selbstbehauptung, Resignation, Politik und Weltanschauung hinzuarbeiten haben“. Schließlich führte Kreyssig die Analogie an: „So stehen an Stelle von Gefangenen und KZ-Häftlingen vielleicht Millionen Mitmenschen in den Hungergebieten der Erde, die wir aus einer untermenschlichen Gefangenschaft des Elends zu befreien haben.“[291]

Das politische Postulat der angestrebten Wiedervereinigung in der BRD verknüpfte Kreyssig mit der Vorbedingung einer Selbstreflexion auf gesamtgesellschaftlicher Ebene über die kausalen Schuldzusammenhänge: „Wäre nicht vorstellbar, dass die Not der deutschen Zertrennung wie die Aufgabe der Wiedervereinigung uns erst eigentlich zugänglich werden, wenn wir uns der Einsicht unterziehen, dass wir die erste und hauptsächliche Ursache schuldhaft selber gesetzt haben?“ Diese zu gewinnende Einsicht würde „schon an und für sich und ohne Rücksicht auf die Einstellung der Betroffenen“ eine „Grundvoraussetzung für wesentlich gegenwärtiges und damit zukunftsträchtiges Handeln“ sein, die eines Zeichens bedürfte. „Denn die Geschichte trägt uns nicht nur echte neue Möglichkeiten entgegen, sondern trägt uns zugleich weg von der unbewältigten Vergangenheit.“ Die „neue praktische Möglichkeit“ der *Aktion Sühnezeichen* enthielte „an sich die Grenze zwischen Sinnesänderung und Daseinsverfehlung“. Deshalb bräuchten „wir ein Zeichen, um das sich die unter uns sammeln, denen es mit Sinnesänderung voller Ernst ist“. Um den „Zusammenhang zwischen Volk und Volk zu verdeutlichen, um den es hier geht, sollte es ein Werk sein, eine Arbeit, welche zum besten eines der verletzten Völker geschieht. Sie werden wohl, wenn sie uns zur Bewältigung unserer Vergangenheit helfen wollen, selbst am besten wissen, wo sie eine Verletzung am stärksten spüren und ein Zeichen der Einsicht und Reue als heilsam empfinden würden.“[292]

Anfang 1961 präzisierte Kreyssig gegenüber den Mitgliedern der Kirchenkonferenz, der Amtsstellen und der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland seine Konzeption in kompakter Form, wobei er die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als Weg zur Gewinnung der Jugendlichen – vor allem aus der Arbeiterschaft – für die kirchliche Jugendarbeit darstellte.

> Geradezu alarmierend ist nun die Aufgeschlossenheit der jungen Generation selbst. Offensichtlich verlangt eine große Zahl unter ihnen hinter der Maske der Skepzis [!] und Pragmatismus nach einer Aufgabe, für welche Hingabe und ein echtes Opfer gefordert werden. Bieten wir sie ihnen nicht jenseits der falschen Leitbilder von gestern an, so werden sie morgen wieder einem Rattenfänger verfallen. Dabei sind die jungen Leute zu drei Viertel der Zahl Handwerker und Arbeiter, vielfach kirchenfremd, aber willig, sich der geistlichen Zucht in der Mannschaft zu fügen. Nach der Rückkehr sind sie oft verwandelt, fast immer von dem Erlebnis der Gemeinsamkeit im Dienst unter dem Wort zu innerst angerührt. Es zeichnet sich also die viele Jahrzehnte unerschlossene Möglichkeit ab, dass wir Arbeiterjugend gewinnen, wenn wir die Stunde nicht versäumen.[293]

---

[291] Lothar Kreyssig, Bewältigung und Versöhnung, In *Kommunität*, 3.Jg. (1959), Heft 9, S. 3-8
[292] Ebd. Kreyssig vertrat diese Position bereits 1956 auf der EKD-Synode; vgl. Friebel, Thomas (1992), S. 441ff.
[293] Rundschreiben Kreyssigs an die Mitglieder der Kirchenkonferenz, der Amtsstellen, der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, dat. Sexagesimae 1961 (8. Sonntag vor Ostern) [EZA 87/1005]

1.4.3 Theologische Verortung

> Ich war tot. Und siehe, Ich bin lebendig von Ewigkeit zu Ewigkeit und habe die Schlüssel der Hölle und des Todes. (Offb. 1,18)
> ... Ich habe zwar jüngst auf einem Vortrag in Leipzig am Ende den Satz gewagt, Versöhnung sei Einübung der Auferstehung und stehe auch dazu. Dann wäre der Dienst, der uns verbindet, Signal der Auferstehungswirklichkeit heute und – erschreckend zu denken – doch ein Hauch von dem „Siehe, Ich bin lebendig...“ im Wochenspruch. Wer das mitempfindet, versteht, warum wir bisher keinen Mut hatten, den Namen „Sühnezeichen“ zu ändern. Hier wird nicht gewollt und versucht, als was der Welt im Ostergeschehen schon zugeeignet ist.[294]

> Jesus Christus ist die Sühne für unsere Sünden, nicht allein für die unsrigen, sondern auch für die der ganzen Welt. 1. Joh. 2,2.
> Mit dem Glauben an Ihn ist der Dienst der Versöhnung gegeben. 2. Kor, 5,18
> Das Tatzeugnis der Aktion Sühnezeichen ist daher nichts Anderes als was dem Glauben immer und überall anvertraut und anbefohlen ist. Es will nur dazu aufrufen und ermutigen, die in Christi Sühneopfer gewirkte Vergebung und Versöhnung im Blick auf eine konkrete Schuld zu ergreifen und sich zuzueignen.[295]

> Sühnezeichen ist die geschichtliche Aktualisierung, Aneignung und Entfaltung, der uns im Taufbund beigelegten Vergebung und Versöhnung. Die Verwandlung ist so radikal, dass sie uns über alle natürlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten hinaus zur Feindesliebe befähigt, aber auch so anspruchsvoll, dass Gott unsere Gebete nicht hören will, wenn wir nicht das königliche Erstgeburtsrecht der Vergebung ebenso verschwenderisch austeilen wie Er.[296]

Kreyssig war sich bewusst, dass die theologische Begründung der *Aktion Sühnezeichen* als sinnstiftende Handlungsanleitung nicht unumstritten war. Wobei Kreyssig nicht die einsetzende Säkularisierung in Westdeutschland[297] sondern die atheistische Grundhaltung der marxistischen Auslegung des DDR-Kommunismus als Antithese verstand. „Wer von Religionsgeschichte geringschätzig denkt, empfindet und denkt entweder nihilistisch oder perfektionistisch vorbei an einer Kostbarkeit des Menschenwesens: Kindlichkeit.“[298] Der kindliche, auch naive Glaube an Gott war Kreyssigs Glaubensgrundlage. Kreyssigs Axiom lautete: „Der Sinn aller Geschichte ist, dass der Wille Gottes geschieht.“ Der Wille Gottes und zugleich die Essenz der menschlichen Existenz war für Kreyssig Gerechtigkeit. „Nicht schon, dass der Mensch das denkende, urteilsfähige, sprechende Lebewesen ist, machte dann schon seine Menschlichkeit aus, sondern dass er sich und anderen Rechenschaft zu geben vermag, ein verantwortliches Wesen ist.“[299] Damit verknüpfte Kreyssig die christliche Erlösungsdogmatik:

> Die Gerechtigkeit Gottes als Sinn der Geschichte ist ausgerichtet und anschaubar im Kreuz des Jesus von Nazareth auf Golgatha. D a s s e l b s t u n d a l l e i n i s t S ü h n e z e i c h e n . U n s e r e A k t i o n i s t d a s U n t e r n e h m e n d e s G e h o r s a m i n d e r N a c h f o l g e . Also ist die Wahrheit, die wir als Zugang zu einem sinnvollen Dasein erfahren, zuerst und zuletzt gar nicht nur ein beschreiblicher, in Grenzen begreiflicher Sachverhalt, sondern P e r s o n . Also ist diese Wahrheit zuerst kein im eindringlichen Nachdenken sich erschließender Sachverhalt, sondern eine Seinsweise, die sich erschließt, indem man einen Anruf vernimmt und etwas tut. [...] Also erfahren wir als Teilnehmer der „Aktion“ keine andere Wahrheit, als wie sie von Anbeginn in der Heiligen Schrift als Sinnerfüllung bezeugt ist und in der Seinsweise des Glaubens, d.h. der von der Wirklichkeit dieser Sinnerfüllung ergriffenen christlichen Gemeinde erfahren worden ist. Als Wahrheit, die getan sein will und zuletzt nicht nur Sachverhalt sondern Person ist, als Sinn der Geschichte, ist sie aber selbst Geschichte und als eine und selbe Wahrheit von dynamischen Wesen. [...] Diese Wahrheit ist in Person Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene. Als Sachverhalt heißt sie Versöhnung.[300]

---

[294] Rundschreiben an Wochenbriefempfänger, gez. Lothar Kreyssig, dat. Hohen-Ferchesar, 22. März 1967 [ASF]
[295] vervielfältigter 4-seitiger Text Betreff: Aktion Sühnezeichen Aktualisierung katholisch-evangelischer Partnerschaft, handschriftlich datiert 1964, gez. Dr. Lothar Kreyssig [ZAOM NL Särchen]
[296] Typoskript Betrachtung zum Wochenspruch für den 6. Sonntag nach Trinitatis, dat. 25. Juli 1962, o.A. [vermutlich Kreyssig] [ASF]
[297] vgl. die gesammelten Artikel und Beiträge in Lehmann, Hartmut, Protestantisches Christentum: im Prozess der Säkularisierung (2001). Göttingen: Vandehoeck und Ruprecht.
[298] Typoskript Sühnezeichen. Nachdenkliches zu einem Gespräch, o.D., gez. Dr. Lothar Kreyssig [ASF]
[299] Ebd.
[300] Ebd. [Hervorhebung wie im Original]

Die Texte Kreyssigs und seiner Nachfolger in beiden Sühnezeichen-Organisationen verweisen auf Kapitel fünf des zweiten Korintherbriefes, eine Quelle des sogenannten *Neuen Testaments*, als Quelle des Versöhnungsauftrags. Die „Magna Charta unseres Dienstes", so Kreyssig fände sich in 2. Kor. 5,19.[301]

In einer von Friedrich Magirius (Jg. 1930)gezeichneten Broschüre, die vermutlich unter seiner Amtszeit (1974-1982) als hauptamtlicher Leiter der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* entstanden ist, wird die *Aktion Sühnezeichen* als kirchliche Gruppe dargestellt, der es um die Bezeugung des Evangeliums – kurz: Versöhnung – geht. Die christliche Überzeugung, wonach eine Versöhnung Gottes mit den Menschen durch die Menschwerdung und Kreuzigung des Gottessohnes erfolgt wäre, die sowohl Grundlage wie Auftrag zur Versöhnung unter den Menschen ist, stellt dieser Zusammenstellung zufolge die Essenz der *Aktion Sühnezeichen* dar. Mit dem ‚Sühnetod Jesu' wäre die Schuld der Menschen vor Gott ein für allemal gesühnt und eine qualitativ neue Gemeinschaft zwischen Gott und Mensch begründet. In diesem Erklärungsmuster Magirius' steht Sühne für den „kultisch-rechtlichen Bereich des Judentums" aus dem Alten Testament, die auf eine konkrete Umkehr des einzelnen abzielt, und Versöhnung als vom politisch-sozialen Bereich und dem Neuen Testament entstammend, das eine Versöhnung von „oben" bedeutet (Verweis auf Römer 5,10).[302]

> Der Sinn der Aktion Sühnezeichen liegt darin, die Botschaft von der Versöhnung in unsere Umwelt hinein zu konkretisieren, die in Jesus Christus geschehene Versöhnung zwischen Gott und Mensch umzusetzen in ein versöhnungsbereites Zusammenleben der Menschen untereinander.[303]

Im Lagerplan 1981, der ebenfalls unter der Ägide von Magirius erstellt wurde, findet sich eine kompakte Verknüpfung der Sühnezeichen-Programmatik mit dem bereits erwähnten Zitat aus der christlichen Bibel:

> Aktion Sühnezeichen will Brücken bauen
> Das Fundament ist die Versöhnungstat Gottes.
> „Gott versöhnte in Christus die Welt mit ihm selber und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu und hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung." 2. Kor. 5,19
>
> Die Vertikale des Kreuzes symbolisiert: die Verbindung von Gott zu uns Menschen ist hergestellt. Die Brücke zu uns ist gebaut. Unsere Funktion ist: die Versöhnungstat Gottes nicht nur in Anspruch zu nehmen und gelten zu lassen, sondern sie umzusetzen und zu praktizieren.
> „So sind wir nun Botschafter an Christi Statt, denn Gott ermahnt durch uns: so bitten wir nun an Christi Statt: Lasset euch versöhnen mit Gott!" 2. Kor. 5,20
>
> Das Horizontale des Kreuzes symbolisiert: die Verbindung von Mensch zu Mensch, wie sie Jesus Christus uns vorgelebt hat, soll hergestellt werden. Wir wollen Brücken bauen zu den anderen in unserer Nachbarkirche, in unserem Nachbarvolk. [...][304]

Zwei Jahre später formulierte Magirius die Ausgangsposition für die *Aktion Sühnezeichen* noch nachdrücklicher:

> Weil Christus für uns lebte, litt und starb, kann uns nichts mehr trennen von der Liebe Gottes. Die Verbindung zwischen ihm und uns ist ein für allemal wieder hergestellt. Uns trennt keine Schuld mehr, auch nicht die Schuld der Menschen des 20. Jahrhunderts mit all den Auseinandersetzungen, Verbrechen und Kriegen. Über alle leidvolle Vergangenheit hinweg halten wir uns an Gottes Versöhnungstat. Das Wort von der Versöhnung ist die Basis für unseren Dienst.[305]

---

[301] Rundbrief IV/1965, dat. Im Advent 1965, gez. Lothar Kreyssig [AEKKS Rep. B 2 Nr. 250], Die Bibelstelle lautet: „Denn Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selber und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu und hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung" [nach Luther, Fassung 1984, http://www.bibelserver.de/index.php 23. Mai 2007

[302] Die Bibelstelle Römer 5,10 lautet in der Übersetzung nach Luther (1984): „Denn wenn wir mit Gott versöhnt worden sind durch den Tod seines Sohnes, als wir noch Feinde waren, um wie viel mehr werden wir selig werden durch sein Leben, nachdem wir nun versöhnt sind." [http://www.bibelserver.de/index.php, 23. Mai 2007]

[303] Broschüre Aktion Sühnezeichen, o.D. [vermutlich 1981], gez. Friedrich Magirius, ohne Paginierung [ADW GD X/1]

[304] Aktion Sühnezeichen [DDR] Lagerplan 1981, S. 3 [FM]

[305] Rundschreiben o.T. Anrede: Liebe Freunde!, o.D. [1983], gez. Friedrich Magirius [ASF]

Die Verknüpfung theologischer Interpretation mit einem zeitgenössischen gesellschafts- bzw. staatspolitischen Problem lässt sich anhand des Zugangs zur Teilung Deutschlands in zwei Nationalstaaten veranschaulichen: Für Kreyssig stellte zwar die Annahme der Existenz zweier deutscher Staaten – „Beugung unter das Schicksal der Trennung" – eine „Chance für Heilung und Besserung" dar. Doch in seinem theologischen Verständnis, so führte Kreyssig in einem ausführlichen Aktenvermerk aus, fußte Versöhnung auf der Gnade, nicht auf dem Gericht Gottes.

> Das heißt, im Augenblick, wo ich fähig und willig werde, die Teilung Deutschlands als ein Stück verdientes Gericht anzusehen, ist das nur der Durchgangspunkt zu der nächsten Erwägung: [...] Wenn Gott es geschehen lässt, dass in diesem Widereinander der Weltmächte – das ist doch der Sinn der Teilung – die Deutschen auseinanderbrechen und jetzt ein Drittel Deutschlands im Osten unter dieselbe Weltmacht gerät, ganz ohne seinen Willen gerät, gegen die die anderen sich zusammenschließen, dann ist das insofern Gericht Gottes, als wir jetzt nicht nur durch eine normale Grenze getrennt sind, sondern durch jene zerstörerische Macht, die eine ideologische und weltanschauliche Trennung bedeutet. So sieht das vom Gericht her aus. Die Gnade, die darin steckt, ist eine Gnade für uns und für alle anderen, an die wir gewiesen sind. Denn jetzt hat ein wesentlicher Teil Deutschlands teil an jenem Geschehen in der östlichen Hälfte der Welt. [...]
> Nun meine ich allerdings, dass das alles Theorie oder was sonst ist, wenn es nicht Gott selbst schafft und verantwortet. Weil wir es aber mit Ihm zu tun haben, weiß ich, dass in der Versöhnung, die Gott durch Christus gestiftet hat, uns Heilung zugedacht ist. Und zur Heilung gehört Heilung der Spaltung. Wenn wir uns verwegenerweise nicht irgend etwas anderes, sondern Aktion Sühnezeichen, nennen, dann appellieren wir auf das Kreuz und Auferstehung Christi. Das ist der verwegene Glaube, dass diesem Gott alles möglich sei. Das heißt aber, dass wir jetzt nicht nur daran denken, sondern damit rechnen, dass in der Heilung auch die Teilung aufgehoben wird und Deutschland wieder ganz wird.[306]

Theologisch folgte diese Position Dietrich Bonhoeffer, der „das willige Annehmen des Gerichtes Gottes" als Vorbedingung für „Versöhnung mit Gott und unter den Menschen" bezeichnete.[307] In einer Synthese aus theologischer und juristischer Perspektive formulierte Kreyssig 1965:

> Wer die Vergebung annimmt und damit die Gnade ergreift, ist frei, aber nicht nur von dem Bann der Selbstrechtfertigung, sondern auch zu der Erfahrung, dass im Gnadenakt Gottes Seine Gerechtigkeit nicht aufgehoben ist, sondern zur Vollendung kommt. Geschichtliche Folgen der Verfehlung bleiben. Aber sie bedeuten etwas anderes und kommen in einen neuen Zusammenhang des Geschehens, weil der Begnadigte sie anerkennt, sie in dem Stande des Rechtsfriedens und der Strafmündigkeit bejaht.
> Denn wer sich verstockt, die ihm angebotene Vergebung ausschlägt, ist wie ein Strafunmündiger. In der Verachtung der Gnade ist ihm die Zukunft entleert, die Vergangenheit aber verschlossen. Er lebt wie ein Trunkener oder Traumwandler.[308]

1.4.4 Gesellschaftspolitische Motivation

> Wir sollten nicht nur fragen, warum wir geteilt sind. Vielleicht ist es noch wichtiger einzusehen, wozu wir geteilt sind; was für einen Sinn die über uns verhängte Teilung im Blick auf die Zukunft unseres Volkes und der Welt haben kann, wenn wir sie nicht nur als Verhängnis, sondern als Aufgabe aufzufassen bereit sind. Vielleicht ist uns aufgegeben, den Weltkonflikt, der das Unheil in sich birgt, am eigenen Leib zu erleben und der ideologischen Verfeindung, nachdem wir als Deutsche den Deutschen Nachbarn geworden sind, eine duldsame und verständnisbereite, nachbarliche Gesinnung entgegen zu setzen. Dann könnten wir vielleicht den schmerzlichsten Tag unserer jüngsten Geschichte, den 13. August 1961, als ein Anfangsdatum begreifen lernen, das uns von den Illusionen schnellfertiger Lösungen frei macht für Aufgaben, die wirksame Friedensstiftung bedeuten können.[309]
>
> Dass die „Aktion Sühnezeichen" zu einer Zeit, als die Restauration in Staat und Kirche weit vorangeschritten war, mit einem so fundamental evangelischen politischen Denkansatz zum Zuge kommen konnte, war zweifellos das Ergebnis einer glücklichen Konstellation.[310]

---

[306] Dieser Text Kreyssigs fand sich lediglich im Archiv der BStU (Unterlagen des früheren Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR) vgl. Aktenvermerk, dat. 11. März 1968, gez. Kreyssig [BStU MfS HA XX/4/Dok 1721]
[307] Zit. nach Besier, Gerhard. Soll die Schuld im Erfolg vernarben? Über den Schmerz alter und neuer historischer Wunden, In 1991). Kirchliche Zeitgeschichte Internationale Halbjahresschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft. S. 493-511, S. 493.
[308] Typoskript Entwurf. Sonderbrief an die Wochenbriefgemeinde, Ostern 1965, S. 6 [NL Kutzner]
[309] Erklärung anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an die Aktion Sühnezeichen, ohne Titel, dat 31. Januar 1965, gez. Müller-Gangloff und Kreyssig, Beilage zum Rundbrief I/1965, dat. 31. Januar 1965, gez. Kreyssig [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]
[310] Eichborn (1970), S. 91

Im Oktober 1964 thematisierte eine Tagung der Evangelischen Akademie Berlin die Frage der gesellschaftspolitischen Funktion der *Aktion Sühnezeichen*. Erich Müller-Gangloff resümierte: „viele Anzeichen deuten darauf hin, dass in der Tat die Stunde des Bekennens gekommen ist, die es uns nicht mehr erlaubt, uns als ein bloßer Bautrupp zu verstehen“ und noch während an einer prinzipiellen Verlautbarung gearbeitet wurde, „glaubten wir uns durch die tagespolitischen Ereignisse verpflichtet, einen Appell wegen der Verjährungs- und Israelfrage unmittelbar an die Bundesregierung zu richten“.[311] Genau zehn Jahre später resümierte Müller-Gangloff im Anschluss an einen Besuch in Israel: „Sühnezeichen muss politisch, muss noch erheblich politischer als früher werden“.[312]

Der Studienleiter an der Evangelischen Akademie, Eberhard Mucha, legitimierte die *Aktion Sühnezeichen* 1965 als gesellschaftspolitische Kraft und postulierte, „Sühnezeichen ist von seinem Ansatz her ganz zweifellos eine politische Aktion, und es muss neben und zwischen den vielen Freundschaftsdiensten und Verständigungsbemühungen diesen politischen Auftrag vertreten.“ Das bedeute, so Mucha, „immer erneute Rechenschaft ablegen über die geistigen Quellen und die geschichtliche Herkunft einerseits und andererseits und gleichzeitig vorausschauend zu bedenken, wie mit den zu bauenden Versöhnungszeichen auch eine auf Versöhnung und Verständigung zielende Haltung im eigenen Volk bewirkt werden kann“.

> Es könnte sonst sein, dass den kleinen Gruppen und ihren Freunden zwar nicht die materielle und freundschaftliche, aber gerade die entscheidende politische Basis fehlt und dass Sühnezeichen nicht eine Sinnesänderung darstellt oder bewirkt, sondern sie gerade verstellt.
> [...] Sühnezeichen ist nicht nur der eine aktuelle Einsatz in dem einen Land. Es ist nicht die eine Gruppenmeinung, die sich im Gespräch mit den Gastgebern bei dem einzelnen Projekt bildet, in Holland oder in Israel oder in Jugoslawien. ... Wenn Sinnesänderung, wie sie der Gründungsaufruf fordert und die Lebensordnung beschreibt, geschehen soll, muss die Einzelerfahrung in eine gemeinsame und umfassendere Aussage einmünden. Die Gruppe in Holland muss die Fragestellung ihrer Nachbargruppe in Israel, und die Ehemaligen aus Norwegen müssen die Probleme der Zukünftigen von Polen oder der Sowjetunion mitbedenken.[313]

Am 31. Jänner 1965 erhielt die *Aktion Sühnezeichen* den Theodor-Heuss-Preis. Der Preis in Erinnerung an den westdeutschen Bundespräsidenten wurde 1965 erstmals unter der Devise „Vom rechten Gebrauch der Freiheit“ vergeben und war – aufgrund erfolgreichen Lobbyings durch Gotthard Kutzner[314] – zugleich der erste von der *Aktion Sühnezeichen* empfangene Preis.[315] In seiner Argumentation bezog sich Mucha auf die Preisverleihung als von außen an die *Aktion Sühnezeichen* herangetragene gesellschaftspolitische Verpflichtung über deskriptive Tätigkeitsberichte hinaus und postulierte die Verankerung der *Aktion Sühnezeichen* im gesellschaftlichen Auftrag des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus

> ... Zu der „inneren“ Überlegung tritt mit der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises auch der Anspruch von außen: Sühnezeichen ist nicht nur für sich und seine Teilnehmer und Freunde da, sondern es muss sich seinem Auftrag, in die Gesamtheit des Volkes zu wirken und auszustrahlen, in direkterer Weise stellen, als im verhaltenen Bericht über gelungene Projekte und gewonnene Freundschaft. Das Hinausgehen als die bewussten Erben der Überlieferung des deutschen Widerstandes und im immer neu erarbeiteten Wissen um den Irrweg des Volkes, dies ist der eine Auftrag, der durchaus noch nicht zu Ende ist, wenn es auch keine unabsehbare Aufgabe sein soll. Auch die andere Aufgabe des Hinausgehens, die gerade erst möglich wird, die Begegnung mit den Völkern und Menschen Osteuropas und die Auseinandersetzung mit dem Vergebung und Versöhnung von anderen Voraussetzungen her verstehenden Kommunismus ist eine für unser ganzes Volk brennende Sache. Hier zielt der Versöhnungsauftrag mitten zwischen die Gruppierungen des eigenen Volkes und über die Grenze hinweg.[316]

---

[311] Erich Müller-Gangloff, Sühnezeichen – Aktion der Umkehr In *Kommunität* Jg. 9, Heft 34, 1965 [Einlage in Heftmitte] S. I
[312] Erich Müller-Gangloff, Thesen zur Diskussion: Vom Sühne- zum Zukunftszeichen, *zeichen*, Nr. 2/74, S. 21
[313] Eberhard Mucha: Aktion Sühnezeichen – ein politisches Potenzial? Blickrichtung in Vergangenheit und Zukunft. In *Kommunität* 9. Jg. Heft 34, April 1965, S. 41-44.
[314] So Kutzner in seiner Aufstellung Meine Arbeit für die Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, Ausführungen bei der Sitzung des Leitungskreises am 20.3.1965, dat. 20. März 1965 [EZA 97/949]
[315] Neben der Aktion Sühnezeichen erhielt Professor Georg Picht für seinen Beitrag zur Bildungsreform den Theodor-Heuss-Preis. Medaillien gingen an Evangelische Volksschule Berchtesgaden (Schülerbegegnungen); Jugendrotkreuz Roding und Peter Löser-Gutjahr und Heinrich Sievers (Schülerzeitschrift) [http://www.theodor-heuss-stiftung.de/inhalt/archiv/1965.html, erhoben Dezember 2003]

Unter Verweis auf die durch ihr siebenjähriges Bestehen begründete Autorität richtete sich die gemeinsame Stellungnahme der Westberliner und der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* sowohl an die deutsche Öffentlichkeit wie auch an die der Einsatzländer. Sie enthielt ein Plädoyer für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Israel, gegen die Abhaltung von Kameradschaftsbegegnungen ausgerechnet an Jahrestagen des Zweiten Weltkrieges, einen Appell an Polen, das Sühneangebot der *Aktion Sühnezeichen* anzunehmen und schließlich einen Aufruf an alle Freunde der *Aktion Sühnezeichen*, „gegen die Atombewaffnung deutscher Armeen" einzutreten. „Wer aus diesem Grunde an einem der Ostermärsche teilnimmt, hat die volle Unterstützung des Leitungskreises unserer Aktion. Denn Schweigen wäre neue Schuld." Im Hinblick auf die öffentliche Debatte um die Verlängerung der Verjährungsfrist für Mordverbrechen während des Nationalsozialismus zeigte sich der Leitungskreis „betroffen über die formal-juristische Verengung in der Diskussion". Unter Verweis auf die Teilung Deutschlands in zwei Staaten wurde neben der Frage nach dem Warum der Teilung (als Konsequenz der deutschen nationalsozialistischen Vernichtungspolitik) auch jene nach dem Wozu (Gesinnungswandel) aufgeworfen.[316]

> Die Unbußfertigkeit der Deutschen, drüben praktisch, hier prinzipiell, ist der entscheidende Grund für die Zertrennung. Mein Trost ist immer Hesekiel 16 V.59 ff. mit Hes. 36 gewesen, wonach die Sinnesänderung trotz der Verstockung infolge der gerade verwirkten Begnadigung geschieht. So hoffe ich unentwegt, die Deutschen möchten willig werden, Gott im Dank für die ohne alles Verdienst und wider alle Erwartung geschenkte Wiedervereinigung, recht zu geben und darin wieder eins zu werden mit sich und der Geschichte.[317]

Wolfgang von Eichborn argumentierte, dass die *Aktion Sühnezeichen* aufgrund der Einsätze in Osteuropa gezwungen war, ein politisches Konzept zu entwickeln.

> Die ASF war gezwungen, ihren Dienst politisch zu kommentieren und zu interpretieren. Sie musste zu aktuellen politischen Fragen Stellung nehmen, soweit sie die politischen Beziehungen der BRD zu den Ländern, in denen sie tätig wurde, betrafen. Diese Erklärungen, Adressen, Resolutionen und grundsätzlichen Ausführungen in ihren Rundschreiben sind ein wesentlicher Bestandteil ihres Versöhnungsdienstes. Sie griffen die Themen der Problematik moderner militärischer Friedenssicherung, der Abrüstung, der atomaren Bewaffnung und der Kriegsdienstverweigerung auf, sie forderten angesichts der Israelarbeit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Verlängerung der Verjährungsfrist für nationalsozialistische Gewaltverbrechen, und sie formulierten seit 1965 die politischen Voraussetzungen und Konsequenzen einer Versöhnung mit den Völkern Osteuropas einschließlich des „Friedens mit der DDR."[319]

Ende der 1970er Jahre zählte „die Entwicklung eines kritischen Geschichtsbewusstseins in unserer Gesellschaft" zu den „wesentlichen Arbeitszielen", die als „Aufklärung über die politischen und historischen Bedingungen, die das deutsche Volk in die geschichtliche Katastrophe führten" präzisiert wurden. Die „Friedensdienste" der *Aktion Sühnezeichen* im Ausland verstünden sich als „Lernprozess, der zurückführt in die eigene Gesellschaft".[320] Im Zusammenhang mit einer geplanten Sühnezeichen-Ausstellung „Auschwitz und wir" formulierte Ausstellungskoordinator Jürgen Pieplow: „Auschwitz soll uns nicht erstummen lassen, soll uns bedrängen, aber nicht als Trauma, es soll uns handlungsfähig machen."[321]

---

[316] Eberhard Mucha: Aktion Sühnezeichen – ein politisches Potenzial? Blickrichtung in Vergangenheit und Zukunft. In *Kommunität* 9. Jg. Heft 34, April 1965, S. 41-44.
[317] Rundschreiben an alle Freunde der Aktion Sühnezeichen, dat. 31. Januar 1965, gez. Für den Leitungskreis Ost: Dr. Lothar Kreyssig; Der Leitungskreis West: Irmgard Block, Ernst Buczys, Paul Cates, Franz von Hammerstein, Gotthard Kutzner, Johannes Müller, Erich Müller-Gangloff, Hans-Richard Nevermann, Joop Siezen, Volker von Törne, Klaus Wilm.(1965). In *Kommunität* Jg. 9, Heft 34, S II-IV Heftmitte.
[318] Monatsbrief Juli 1967, dat. 10. Juli 1967, gez. Lothar Kreyssig, S. 3 [ASF]
[319] Eichborn (1970), S. 97f.
[320] Flugblatt Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Wer wir sind – Was wir wollen, o.D. [1978, NL Möckel]
[321] Jürgen Pieplow an Franz von Hammerstein und Gerhard Möckel [NL Möckel]

2. Operationalisierung der Aktion Sühnezeichen

Nach dem Aufruf zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen* griff Kreyssig auf ein weit gespanntes persönliches wie institutionelles Netzwerk zurück. Kreyssig hatte seinen Sohn Peter, Generalsekretär der *Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland* in Stuttgart, in die Konzeption eingebunden und ließ sich von ihm bei der Werbung von Teilnehmern innerhalb der evangelischen Studentenschaft, in deren Zeitschrift die erste öffentliche Bekanntmachung erfolgte, beraten.[322] Nach Verlesen des Aufrufs beriet er sich mit seinem Sohn über eine Kontaktaufnahme mit dem Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sitz der Bundesregierung, Militärbischof Hermann Kunst und über die Gestaltung des Sühnezeichen-Logos.[323] Der Präsident der *Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland* war wiederum ein guter Bekannter Lothar Kreyssigs, der Jurist und Kirchenaktivist Reinold von Thadden-Trieglaff, der auch den *Deutschen Evangelischen Kirchentag* (DEK) präsidierte und zu den Unterzeichnern des Sühnezeichen-Aufrufes zählte.

Die Bedeutung der Netzwerke rund um Kreyssig für die Entstehung und Entwicklung der *Aktion Sühnezeichen* lässt sich auf verschiedenen Ebenen festmachen: Auf der strategischen Ebene war für die Operationalisierung vor allem das Netzwerk Kreyssigs aus der Bekennenden Kirche in Verbindung mit dem ‚Linksverbinder' zum nicht-kirchlichen Wirkungsbereich innerhalb der BRD und Westberlin, Gotthard Kutzner (Regierungsdirektor aus dem Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte), von essentieller Bedeutung. Auf der operativ-funktionalen Ebene wurde die konkrete Organisation, die Betreuung der Teilnehmer bzw. Freiwillige vor allem vom Netzwerk rund um das Westberliner Sozialpfarramt (Harald Poelchau) und die ihm angeschlossene Evangelische Industriejugend (Franz von Hammerstein) verantwortet. Im Sozialpfarramt arbeiteten auch sogenannte "fraternal workers" wie Paul Cates (Quäker aus den USA) und der in Berlin ansässige niederländische Pfarrer Joop [Johannes] Siezen, die sowohl inhaltliche Impulse gaben als auch dank ihrer ausländischen Reisepässe als Kuriere und personifizierte Verbindung zwischen Ost- und Westberlin fungierten und Sühnezeichen-Einsätze vermittelten.

Mit der zunehmenden Institutionalisierung entwickelte sich die *Aktion Sühnezeichen* selbst zu einem deutsch-deutschen Netzwerk. Die beiden Organisationen blieben auch nach dem Mauerbau 1961 und der organisatorischen Trennung in einen BRD- und einen DDR- bzw. Westberliner und Ostberliner Zweig in enger Verbindung und pflegten eine grenzüberschreitende Beziehung. Eine zusätzliche Dimension erhielt diese Beziehung dadurch, dass beide Sühnezeichen-Organisationen parallel mit Institutionen in West- und Osteuropa in Verbindung standen (wie der Kathedralgemeinde von Coventry, der Gemeinschaft von Taizé, dem Internationalen Auschwitz-Komitee, Gedenkstätten in Polen und der ČSSR, der niederländischen Gemeinde in Berlin, u.a.). Teilnehmer des westlichen Jahrestreffens und Leitungsfunktionäre aus Westberlin reisten zur Begegnung mit Teilnehmern und der Leitung der Aktion Sühnezeichen (DDR) nach Ostberlin.

Schließlich sind auch jene Netzwerke anzuführen, die die *Aktion Sühnezeichen* selbst gründete, bzw. an deren Gründung sie maßgeblich beteiligt war. Das betrifft in der BRD vor allem die *christlichen Friedensdienste* (*CFD*) und die *Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF)*. In der DDR konnte sich die *Aktion Sühnezeichen* über den Arbeitskreis INKOTA ein institutionalisiertes Netzwerk in Ergänzung zu informellen Verbindungen mit evangelischen, katholischen und jüdischen Gemeinschaften bzw. Gemeinden schaffen. Von der DDR aus wurden im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen* vielfältige

[322] *ansätze*, Ausgabe 14. vgl. Horst Bürkle an Kreyssig, dat 24. Juli 1958 [EZA 97/167]
[323] Lothar Kreyssig an Peter Kreyssig, dat. 22. September 1958; Lothar Kreyssig an Peter Kreyssig, dat. 11. November 1958 [EZA 97/167]

Verbindungen zu katholischen Institutionen und Proponenten in Polen geknüpft. Diese selbstgenerierten Netzwerke dienten der Promotion der Sühnezeichen-Anliegen ebenso wie der Finanzierung. Zu diesen Netzwerken zählten weiters die Kontakte zu den jeweiligen Sühnezeichen-Partnern (im In- und Ausland), die ihrerseits für die Positionierung der *Aktion Sühnezeichen* innerhalb Deutschlands von essentieller Bedeutung waren.

2.1 Lothar Kreyssig

> ... als einer, der nicht mehr ohne und außerhalb von Auschwitz leben kann ...[324]
> ... wie ungemein gläubig dieser Mann diese ganzen Dinge angreift... [325]

> Er war ein lebendiger Zeuge unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi. Gewiss kann man von ihm sagen, er war ein ungewöhnlich mutiger Mann. Er selber würde sagen, ich glaube an Jesus Christus. Er scheute nicht die Radikalität des Evangeliums. Er sagte, was er meinte. Glauben ohne Gestalt wäre für ihn nur die verbale Existenz eines Christenmenschen gewesen. Die Gründung der Aktion Sühnezeichen war nur ein Beispiel dafür, wie er das Evangelium verstand. In seinen hohen, unterschiedlichen Begabungen war er farbig und reich beschenkt. Fast keine Begegnung mit ihm ohne neue Orientierung, klarer Weisung und Ermutigung. Es bleibt mir ein Zeichen der unwandelbaren Treue und Gnade unseres Gottes, dass Er uns nach 1945 in unserer Kirche eine Reihe von Männern gelassen hat, die in ihrem Zeugnis und in ihrer Gestalt und Kraft herausragend waren. Immer werde ich es als eine Freundlichkeit unseres Gottes ansehen, dass ich Ihrem Vater habe begegnen dürfen.[326]

> Lothar Kreyssig ist der Mann, der die große Schau hat und sie in begeisterten und geistentsprungenen Worten sprechen kann. Ein Verkünder viel eher als ein begrifflicher Denker.[327]

Über Kreyssig liegen zwei biographische Monographien von ehemaligen Sühnezeichen-Freiwilligen und Leitungsmitgliedern in der BRD und DDR vor: 1995 erschien eine themenbezogene Biographie des Sühnezeichen-Vorstandmitglieds Susanne Willems, die Kreyssigs Widerstand gegen die Ermordung der ihm als Vormundschaftsrichter anvertrauten Mündel (im Rahmen der sog. NS-Euthanasie) rekonstruiert und sich im Wesentlichen auf Kreyssigs Verhalten während des Nationalsozialismus beschränkt. Dem Buch ist der Appell zur Vergegenwärtigung von Zivilcourage und Widerstand immanent.[328]

Die zweite, viel umfassendere lebensgeschichtliche Erzählung wurde vom Filmregisseur und DDR-Bürgerrechtler Konrad Weiß[329], einer der ersten Sühnezeichen-Teilnehmer in der DDR und Mitglied des Ostberliner Leitungskreises (1988-1990) veröffentlicht.[330] Weiß (re-)konstruierte Kreyssigs Lebensgeschichte auf die Gründung der *Aktion Sühnezeichen* hin als detailreiche chronologische Erzählung, unter Heranziehung zahlreicher Interviews mit Zeitzeugen sowie Texte und Briefe. Dabei klammerte er allerdings wesentliche Aspekte in Kreyssigs Lebenslauf, vor allem dessen Verankerung in der Evangelischen Kirche als mehrfacher Kirchenpräsident mit Ämtern in der *Evangelischen Kirche der Union* (EKU), der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) und der provinzialsächsischen Landeskirche aus bzw. unterließ eine Kontextualisierung Kreyssigs im kirchenpolitischen wie

---

[324] Kreyssig in einem Schreiben an Hermann Schlingensiepen, dat. 13. November 1969 [EZA 97/940]
[325] Thomas Sartory an Gertrude Luckner, dat. 14. Oktober 1960 [ÖIN]
[326] Hermann Kunst in seinem Beileidschreiben an einen Sohn Kreyssigs, vermutlich an Peter Kreyssig, dat. 13. August 1986 [EZA 742/448]
[327] Typoskript H.Gollwitzer über L.Kreyssig am 18.6.79, dat. 3. Oktober 1979. [614/219]
[328] Willems steht selbst in der Tradition der bundesdeutschen linken Protestwelle der späten 1960er und 1970er Jahre. Ihrem Text hat sie ein Zitat von Ulrike Meinhof aus 1968 über die Differenzierung von Protest und Widerstand vorangestellt [Willems (1995), S 2].
[329] Konrad Weiß, Jg. 1942 (Lauban/Schlesien), kath., 1963-1965 Mitarbeiter am Seelsorgeamt Magdeburg (mit Günter Särchen), 1969-1989 Regisseur beim DEFA-Studio für Dokumentarfilme (mehr als 50 Filme, v.a. für Kinder und Jugendliche), Mitglied von Sühnezeichen (DDR) ab 1964, Leiterkreismitglied 1988-1990, 1989 Mitbegründer und Sprecher der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, Teilnehmer des Zentralen Runden Tisches, 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 1990-1994 Mitglied des Deutschen Bundestags (Bündnis 90/die Grünen), 1990 Präsident von AMCHA, 1991 Vizepräsident der Deutsch-israelischen Gesellschaft.
[330] Weiß (1998)

kirchenhistorischen Umfeld.[331] Auch Kreyssigs zonen- und grenzübergreifende gesamtdeutsche Handlungsräume kommen in der Darstellung von Weiß zu kurz.[332]

2.1.1 Zur Person

Kreyssig[333] wurde 1898 als Sohn einer evangelischen Kaufmannsfamilie in der sächsischen Bezirkshauptstadt Flöha geboren. Seine Jugend und seine ersten Erwachsenenjahre waren von deutschnationalen Einstellungen und Handlungen geprägt. Noch vor dem Abschluss des Gymnasiums meldete er sich 1917 zum Kriegseinsatz als Freiwilliger, wurde an der Westfront, an der Ostfront und schließlich am Balkan eingesetzt. Nach Ende des 1. Weltkrieges studierte er in Dresden Rechtswissenschaften und trat der schlagenden Studentenverbindung *Grimensia* bei, was ihm einen Schmiss – eine lebenslang sichtbare Narbe auf der linken Wange – eintrug. 1922 legte Kreyssig in Leipzig die erste Staatsprüfung ab, begann als Referendar zu arbeiten und heiratete Johanna, geb. Lederer, die Tochter eines Geschäftsfreundes seines Vaters. 1923 promovierte Kreyssig an der Juristischen Fakultät in Leipzig über den strafrechtlichen Begriff des Unzüchtigen als Maßstab unsittlicher Kunst.[334] Nach der Großen Staatsprüfung 1924 und Arbeitserfahrungen als Assessor, Rechtsanwalt und Gerichtsassessor wurde Kreyssig 1928 zum Landgerichtsrat am Landgericht Chemnitz bestellt. Das Ende der 1920er und die frühen 1930er Jahre markieren eine Wende in Kreyssigs Vita. Kreyssig, der deutsch-nationaler Gesinnung und selbst dem nationalsozialistischen Zeitgeist der frühen 1930er Jahre zugeneigt war, wandte sich mit verstärktem Interesse der christlichen Religion zu.[335] Biograph Weiß nennt als wesentliche Einflüsse zu dieser Zeit den 1933 von den Nationalsozialisten abgesetzten Präsidenten des Landesgerichts Chemnitz, Rudolf Ziel, die von einem Richterkollegen Kreyssig anempfohlenen Schriften Jakob Lorbers (Paraphrase des Johannes-Evangeliums, 1851) sowie die von Kreyssig besuchten Kurse für biologisch-dynamisches Landwirtschaften nach der anthroposophischen Lehre von Rudolf Steiner. Ein frühes soziales, von Deutsch-Patriotismus und romantischem Idealismus getragenes Engagement war die von Kreyssig 1931 gegründete *Notgemeinschaft* für die Arbeitslosen in Flöha – zugleich ein früher Vorläufer der später global angelegten *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* (1957).[336]
1934 trat Kreyssig der lutherisch-sächsischen Bekenntnisgemeinde Flöha bei. Die *Bekennende Kirche* (BK) war für Kreyssig ein zentrales Netzwerk für seine kirchliche Sozialisation und spätere Karriere.[337]

---

[331] Friedrich Winter teilt die Einschätzung in seiner Arbeit über die EKU in der DDR. Vgl. Winter, Friedrich, Die Evangelische Kirche der Union und die Deutsche Demokratische Republik: Beziehungen und Wirkungen (2001). Bielefeld: Luther-Verlag., S. 33, Fn 53.
[332] Kreyssigs einschlägige Aktivitäten sind eingeflossen in die Arbeit von Friebel, Thomas. Kirche und politische Verantwortung in der sowjetischen Zone und der DDR 1945-1969: eine Untersuchung zum Öffentlichkeitsauftrag der evangelischen Kirche in Deutschland (1992); v.a. S. 396ff., 468; Franz von Hammerstein kritisierte zudem, dass Weiß die „westdeutsche und Westberliner Entwicklung der Aktion Sühnezeichen ... verzerrt und einseitig darstellt". Vgl. Franz von Hammerstein. Prophet der Versöhnung. Buchrezension in *zeichen*, 1998 Nr. 2 [www.asf-ev.de/zeichen/98-2-24.shtml, 3. August 2005]
[333] Falls nicht anders vermerkt, sind die Daten entnommen aus: Weiß (1998) sowie Eintrag Kreyssig in: Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Verlag Traugott Bautz. Band XXIII (2004, in Druck). www.bautz.de/bbkl, verfasst von Konrad Weiß, 20. Dezember 2003 und Willems (1995), S. 188-191; zur Biographie siehe auch – in tabellarischer Form – Eintrag Kreyssig im Biographie-Anhang.
[334] Kreyssig, Lothar. Der strafrechtliche Begriff des Unzüchtigen als Maßstab unsittlicher Kunst, 1923). Leipzig: Juristische Fakultät Leipzig.
[335] Vgl. kritische Interpretation bei Thierse, Wolfgang. Als Wanderer zwischen den Welten. Lothar Kreyssig. Der einstige NS-Sympathisant gründete die 'Aktion Sühnezeichen', (1998). In: Die Neue Gesellschaft (Frankfurter Hefte). S. 1095-1100.
[336] In der *Notgemeinschaft* wurden Mittel zur Verteilung an bedürftige Arbeitslose der Region gesammelt.
[337] Die *Bekennende Kirche* (BK) war ein „Sammelbecken von Menschen durchaus unterschiedlicher politischer, theologischer, kirchlicher, sozialer Herkunft, Zugehörigkeit und Zielsetzung". Wie Hartmut Fritz in Bezug auf die Antipoden Karl Barth und Otto Dibelius formulierte, konnten verschiedene evangelische Theologen oder Laien in der Zeit des Kirchenkampfes sachlich auf der gleichen Seite stehen, aber nicht notwendigerweise Seite an Seite. Vgl. Fritz, Hartmut, Otto Dibelius. Ein Kirchenmann in der Zeit zwischen Monarchie und Diktatur (1998). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 435. Die Opposition der Bekennenden Kirche gegen den Nationalsozialismus ist nicht nur aus moralischer und ‚bekenntnismäßiger Motivation' erklärbar. Wie Peter Steinbach in seinem historiographischen Überblick festhält, wurde in der Nachkriegsgeschichtsschreibung „allmählich bewusst, dass sowohl der Kampf der Bekennenden Kirche als auch die Haltung katholischer Regimegegner vor dem Hintergrund innerkirchlicher Konflikte gedeutet werden müssen" (Steinbach, Peter. Widerstand im Dritten Reich - die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der historischen politischen Bildungsarbeit, in den Medien und in der öffentlichen Meinung nach 1945, In Ueberschär, Gerd R., Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime (1994). Köln: Bund-Verlag. S. 79-100, S. 88). Der Kirchenkampf hatte also zumindest zwei Fronten. Nichtsdestotrotz wurden Pfarrer und exponierte Laien, die zur Bekennenden Kirche zählten, sowohl von der offiziellen Kirche der Deutschen Christen wie auch vom nationalsozialistischen Behördenapparat verfolgt.

Die BK war in Nachfolge des 1933 von Martin Niemöller gegründeten *Pfarrernotbundes* entstanden, der die Ausgrenzung von Christen jüdischer Herkunft aus dem kirchlichen Leben und die Verfälschung biblischer Lehre durch die vom nationalsozialistischen Regime geförderten sogenannten *Deutschen Christen* abwehren wollte.[338] Kreyssig wurde Vorsitzender des Kreisbruderrats Flöha und hielt zahlreiche Vorträge vor sächsischen Bekenntnisgemeinden. Am 28. und 29. Oktober 1935 war Kreyssig Präsident der 1. Sächsischen Bekenntnissynode. Sein Engagement in der evangelischen Untergrundkirche konfligierte zunehmend mit seiner beruflichen Tätigkeit. 1937 erwarb er von Hjalmar Schacht[339] ein 124 Hektar Grund umfassendes landwirtschaftliches Gut[340] in Hohenferchesar. Nach der von ihm beantragten Versetzung war Kreyssig ab 1. August 1937 am Amtsgericht in Brandenburg/Havel mit dem zunächst vordergründig unpolitischen Aufgabenbereich eines Vormundschafts-, Register- und Nachlassrichters tätig. Als er mit der Forderung nach Löschung jüdischer Firmen im Handelsregister konfrontiert wurde, lehnte er diese als ungesetzlich ab.[341] Gegenüber einem in einen derartigen ‚Rechtsfall' involvierten Rechtsanwalt begründete er sein Verhalten mit einer positivistischen Argumentation: „... Grundsätzlich bedeutsam ist mir aber am Ende, dass es sich um eine Ausnahme handelt, welche für jüdische Firmeninhaber vom bestehenden Rechtszustande gemacht werden sollen. Eine solche Ausnahme kann nur der Gesetzgeber bestimmen."[342]

Wie Willems darlegt, war Kreyssigs Amtsbereich schon ab 1934 von der nationalsozialistischen Sterilisations- und Erbgesundheitspolitik durchdrungen. Inwieweit Kreyssig als Vormund in die bürokratische Abwicklung konkreter Sterilisationsverfahren involviert war, ist unbekannt. Willems hält dies prinzipiell für möglich.[343] Von Kreyssig selbst liegen dazu keine Aussagen vor. In einem Manuskript hielt Kreyssig Mitte 1945 vor allem sein Engagement für die Bekennende Kirche fest:

> Vom Frühjahr 1933 an und vor allem 1934 bis 1936 als Präses der sächsischen Bekenntnissynode habe ich ununterbrochen bei der Gestapo selbst und allen Reichsministerien, wo ich einen hohen Beamten erreichen konnte, mündlich und schriftlich gegen die Konzentrationslager und die darin geübte grausame Willkürherrschaft Vorstellungen erhoben. Keine kirchliche Tagung von 1933 bis 1944 ist vergangen, wo ich nicht gebeten und immer wieder neu vorgeschlagen habe, für die Juden und für die Gefangenen in den Lagern öffentlich einzutreten. [...] In das Konzentrationslager Waldheim in Sachsen bin ich 1936 selbst eingedrungen, um bei der Lagerleitung für einen befreundeten Gefangenen [Pfr. Küntzelmann, Anm.] etwas zu erreichen.[344]

Kreyssigs kirchliches Engagement rief die nationalsozialistischen Behörden auf den Plan. Der Landgerichtspräsident adressierte Kreyssig mehrmals schriftlich bezüglich seines Engagements. Im Mai 1938 noch zurückhaltend: „Ich ersuche um Auskunft, ob es zutrifft, dass Sie Sie [!] Flugblätter konfessionellen Inhalts (Bekennende Gemeinde) unterzeichnet und diese an Ihrem Wohnort selbst verteilt haben."[345] Einen Monat später bereits mit unverhohlen bedrohlicher Anklage:

---

[338] Chronist der Bekennenden Kirche war Martins Bruder Wilhelm Niemöller, von dem zahlreiche einschlägige Publikationen vorliegen (z.B.: die Evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes, Bielefeld: 1956; Der Pfarrernotbund, Hamburg: 1973); zur Rolle der Bekennenden Kirche im Nationalsozialismus siehe u.a. die vielbändige Publikationsreihe Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Göttingen: 1958-1975; Koch, Diether. Der Streit über die westdeutsche Rüstung in der evangelischen Kirche, 2001). ? Friedrich Ebert Stiftung. 49-70, Gerlach (1987) , Baranowski, Shelley, The confessing church, conservative elites, and the Nazi state (1986). Lewiston, NY; Queenston, Ontario: Edwin Mellen Press, Littell, Franklin Hamlin. From Barmen (1934) to Stuttgart (1945): the Path of the Confessing Church in Germany, In 1961). Church and State. S. 41-52.

[339] Hjalmar Schacht, 1877-1970; während des Nationalsozialismus Präsident der Reichsbank 1933-1939, Reichswirtschaftsminister 1935-1937 und Generalbevollmächtigter für die Wehrwirtschaft 1935-1937; wegen loser Kontakte zu konservativen Widerstandskreisen nach dem 20. Juli 1944 bis Kriegsende inhaftiert. Vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1946 freigesprochen. (Vgl. Das Urteil von Nürnberg 1946 (1961). München: Deutscher Taschenbuch Verlag dtv, S. 213-218)

[340] Die Größenangabe entstammt Hanna und Lothar Kreyssigs Abschiedsbrief anlässlich ihrer Übersiedlung nach Westberlin 1971, abgedruckt in Monatsbrief August 1986, S. 8f. [ASF]

[341] Typoskript Kreyssigs, dat. 14. März 1968, verfasst im Gefolge seiner Zeugenaussage vom 5. Februar 1968 in Frankfurt/Main [ASF-Büro]

[342] Kreyssig als Richter an Rechtsanwalt Ruccius, dat. 13. August 1938 [EZA 614/163]

[343] Willems (1995), S. 64-77; 91ff.

[344] Manuskript Kreyssigs, dat. 2. Juli 1945, ohne Titel, mit der Einleitung versehen: „Was ich mit meinen Angehörigen und Schutzbefohlenen seit der Besetzung durch die russische Armee erlitten und noch zu gewärtigen habe, nötigt mich, kurz dazutun, was ich 1933-1945 im Kampf gegen den Nationalsozialismus erfahren habe." [EZA 614/42]

[345] Der Landgerichtspräsident, gez. Herold, an Kreyssig, dat. 16. Mai 1938 an Kreyssig [EZA 614/163]

> Nach einem Bericht über den Verlauf der Monatsversammlung der Bekenntnisfront am 13. Oktober 1937 in Brandenburg sollen sich die Teilnehmer, als Pfarrer Tecklenburg begann, die Namen der in Haft befindlichen Pfarrer und sonstigen Bekenntnis-Leute zu verlesen, erhoben haben. Sie haben an dieser Versammlung teilgenommen. Ich ersuche um Äußerung, ob auch Sie sich bei dieser Gelegenheit erhoben und die Verlesung stehend angehört haben.[346]

Nach weiteren zwei Monaten setzte der Landgerichtspräsident in der gleichen Sache erneut nach: „... dieses Verhalten der Versammlungsteilnehmer könnte als eine Demonstration gegen den Staat gedeutet werden, ist auch zum Teil so aufgefasst worden. Dessen dürften Sie sich bewusst gewesen sein. Ich geben Ihnen Gelegenheit, sich zu diesem Tatbestand zu äußern.“[347]

Nach Willems wurde Kreyssig von der Bekennenden Kirche ordiniert.[348] Diese Information ist wahrscheinlich nicht zutreffend. Als Otto Dibelius, der die Kirchenleitung der evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg übernommen hatte, Kreyssig zur Sitzung des Provinzialbruderrates am 13. September 1945 einlud, schrieb er: „Wir wollen dann auch Ihre Ordination beschließen. Diese Ordination würde entweder ich selbst vollziehen oder Bruder Harder - es sei denn, dass Bruder Scharf inzwischen zurück käme und diesen Dienst übernehmen könnte.“[349] Kreyssig wirkte 1938 an der Kanzelabkündigung der Bekenntnissynode der *Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union* gegen die Verschleppung Martin Niemöllers in das Konzentrationslager Sachsenhausen mit. Im Jahr darauf wurde Kreyssig bei einer Konfrontation zwischen dem Deutsche-Christen-Pfarrer und der Bekenntnisgemeinde am 30. April 1939 „unter der Kanzel der Gotthardtkirche“ vorläufig verhaftet, vernommen und wegen Hausfriedensbruchs und Störung des Gottesdienstes angezeigt.[350]

Aus den kirchlichen Engagements waren 1939 zwei strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Kreyssig anhängig, als seine vorgesetzte Behörde, das Reichsjustizministerium, auf Vorschlag des Kammergerichtspräsidenten schließlich am 16. Dezember 1939 ein Dienststrafverfahren gegen Kreyssig einleitete.[351] Die eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen Kreyssig wegen Hausfriedensbruch und Gotteslästerung gemäß §§ 5, 8 Abs. 1 Strafverfahren[352] bzw. „wegen Vergehens gegen § 130a St.G.B. und Vergehens gegen § 2 des Heimtückegesetzes [...] (Beteiligung an der Herausgabe der Kanzelabkündigung der Preussischen Bekenntnissynode vom 12. Juni 1938)“[353] fielen unter den anlässlich des Überfalls auf Polen am 1. September 1939 verfügten Gnadenerlass für Wehrmachtsangehörige und wurden eingestellt.[354] Das Disziplinarverfahren seitens des Reichsjustizministeriums wurde Ende 1940 mit einem Kreyssig entlastenden Schlussbericht abgeschlossen.[355] Zu dieser Zeit war Kreyssig im Rahmen seiner Vormundschaft für hospitalisierte Mündel bereits gegen die Mordaktion im Rahmen des Euthanasieprogramms eingetreten.

2.1.2 Widerstand gegen die nationalsozialistische „Euthanasie“

Mit Schreiben vom 8. Juli 1940 meldete Kreyssig Reichsjustizminister Franz Gürtner seine als Vormundschaftsrichter und über Berichte innerhalb der Bekennenden Kirche gewonnene Erkenntnis,

---

[346] Der Landgerichtspräsident, gez. Herold, an Kreyssig, dat. 18. Juni 1938 an Kreyssig [EZA 614/163]
[347] Der Landgerichtpräsident, gez. Herold, an Kreyssig, dat. 22. August 1938 [EZA 614/163]
[348] Willems (1995), S. 80.
[349] Dibelius an Kreyssig, 19. August 1945; [EZA 614/209] Im Zuge der Recherche konnte Kreyssigs geistlicher Status nicht verifiziert werden.
[350] Willems (1995), S. 81ff., weiters: Aufstellung Kreyssigs über seine BK-Aktivitäten, dat. 2. Juli 1945 [EZA 614/42]
[351] Ebd., S. 84ff.
[352] aus dem Schreiben des Oberstaatsanwalts bei dem Landgericht Potsdam an Kreyssig, dat. 8.Juli 1940, 3Js 553/39 [EZA 614/163]
[353] Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin, 24. September 1940 4P Js 23/39, an Kreyssig [EZA 614/163].
[354] Kreyssig war zum Militärdienst in der Wehrmacht eingezogen, wegen seines Alters und der Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes jedoch bald wieder entlassen worden, konnte aber noch in den Genuss des Gnadenerlasses für die Wehrmacht kommen. [Gnadenerlass vom 1. September 1939, RGB1 I S. 1549] Die Verfahren wurden am 24. September 1940 und am 8. Juli 1940 eingestellt. Kreyssig Wehrmachtsangehörigkeit war kurz und dauerte vom 27. August bis 27. November 1939. Vgl. Willems (1995), S. 86.
[355] Zu diesem Verfahren sind Unterlagen in der Personalakte erhalten, die Bundesarchiv (K 1457) und als Kopie im Münchner Institut für Zeitgeschichte (F 137) aufbewahrt werden. Dort findet sich auch ein Bericht Kreyssigs aus 1969, in dem dieser auch die Begegnung mit Reichsjustizminister Gürtner am 13. November 1940 schildert. [Willems (1995), S. 204f, Fn 37; S. 217, Fn 179]

wonach seit Jahresbeginn 1940 unter Vormundschaft stehende Mündel nach Hartheim bei Linz verbracht würden und bald darauf Todesnachricht einträfe; Kreyssig äußerte den Verdacht der systematischen Tötung und legte dagegen Protest ein. In seinem Schreiben argumentierte er – neben dem Hinweis auf einen vom christlichen Glauben bestimmten Gewissensanstoß – formaljuristisch, dass bei diesen Tötungen rechtsstaatliche Verfahrensweisen nicht eingehalten würden, und damit Betroffenen und Angehörigen Rechtsmittel vorenthalten blieben. Kreyssig stellte darüber hinaus den positivistischen Normal- und Gesundheitsbegriff in Frage. Am Schluss seines mehrere Seiten umfassenden Schreibens[356] wagte Kreyssig eine weitgehende Aussage gegen die Unterordnung des Rechtssystems unter den Nutzen für das Volk und kündigte seinen entschiedenen Widerstand an:

> „Recht ist, was dem Volke nützt. In Namen dieser furchtbaren, von allen Hütern des Rechtes in Deutschland noch immer unwidersprochenen Lehre sind ganze Gebiete des Gemeinschaftslebens vom Rechte ausgenommen, vollkommen z.B. die Konzentrationslager, vollkommen nun auch die Heil- und Pflegeanstalten. Was beides in der Wirkung auf einander bedeutet, wird man abwarten müssen. Denn der Gedanke drängt sich auf, ob es denn gerecht sei, die in ihrem Irrsinn unschuldigen Volksschädlinge zu Tode zu bringen, die hartnäckig boshaften aber mit großen Kosten zu verwahren und zu füttern. Das geltende Recht besagt nichts darüber, dass es der Genehmigung des Vormundschaftsrichters bedürfe, wenn ein unter Vormundschaft oder Pflegschaft und damit unter seiner richterlichen Obhut stehender Geisteskranker ohne Gesetz und Rechtsspruch vom Leben zum Tode gebracht werden solle. Trotzdem glaube ich, dass der ‚Obervormund', wie die volksverbundene Sprechweise den Vormundschaftsrichter nennt, unzweifelhaft die richterliche Pflicht hat, für das Recht einzutreten. Das will ich tun. Mir scheint auch, dass mir das niemand abnehmen kann. Zuvor ist es aber meine Pflicht, mir Aufklärung und Rat bei meiner vorgesetzten Dienstbehörde zu holen. Darum bitte ich."[357]

Nach diesem Schreiben, das nach der Einschätzung des Münchner Zeithistorikers Lothar Gruchmann „von Weitblick und in der damaligen Lage von erheblichen Mut"[358] zeugte, wurde Kreyssig mehrmals in das Reichsjustizministerium zitiert; die ersten beiden Male sprach Staatssekretär Roland Freisler in Vertretung des Ministers mit ihm.[359] Freisler unterstützte Kreyssigs Argument einer fehlenden Rechtsgrundlage des Tötungsprogramms und ermutigte ihn zu einer Anzeige gegen Reichsleiter Philipp Bouhler. Kreyssig erstattete daraufhin am 8. August 1940 beim Generalstaatsanwalt in Potsdam Strafanzeige gegen Bouhler wegen Mordes.[360]

Kreyssigs Schreiben fiel in eine Zeit, in der sich Proteste und Anfragen zu den Anstaltsmorden im Reichjustizministerium und bei anderen Stellen häuften.[361] Selbst der Generalstaatsanwalt in Stuttgart ersuchte das Ministerium in einem Schreiben am 15. Juli 1940 um Weisung, ob die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen der ungeklärten Tötungen einleiten sollte.[362] Wiewohl Kreyssig zu dieser Zeit in das Netzwerk der Bekennenden Kirche eingebunden war, unternahm er seinen beruflichen Widerstand gegen die Ermordung seiner Mündel vermutlich im Alleingang und nicht in Absprache mit seinen kirchlichen

---

[356] Das Schreiben Kreyssigs an den Justizminister vom 8. Juli 1940 ist im vollen Wortlaut bei Weiß (1998) [Anhang, Dokument 4, S. 447-451] abgedruckt. Willems weist darauf hin, dass die Überlieferung dieses Schreibens sowie die Schilderung der Begegnungen mit Staatssekretär Freisler und Minister Gürtner einzig aus der Quelle Kreyssigs stammen, auf die sich alle nachfolgenden Publikationen beziehen. [Willems (1995), S. 24]. Im Nachlass Kreyssig als „originale Durchschrift" des Typoskripts vorhanden. [vgl. Weiß (1998), S. 178, Fn 10]

[357] Schreiben Kreyssig an den Herrn Minister der Justiz, Berlin, dat. Brandenburg/Havel, 8. Juli 1940, Weiß (1998), S. 447-451 (Dokument 4).

[358] Gruchmann, Lothar. Euthanasie und Justiz im Dritten Reich, In 1972). Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. S. 235-279, S. 245.

[359] Kreyssig schilderte diese Begegnung 1968 als Zeuge vor dem Frankfurter Euthanasie-Prozess [Kempner, Robert M. W. Es gab einen Richter in Brandenburg, In Von Hammerstein, Franz und Von Törne, Volker, 10 Jahre Aktion Sühnezeichen (1968). Berlin: Lettner. S. 8-11, S. 9]. Die entsprechende Passage aus Kreyssigs Lebensbericht, auf die sich auch Willems und Weiß stützen, wurde 1993 posthum publiziert [Kreyssig, Lothar. Aus seinem Lebensbericht, In Macke, Peter, Brandenburgisches Oberlandesgericht. Festgabe zur Eröffnung (1993). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 77-83].

[360] Auch diese Information geht auf Kreyssig selbst zurück. Vgl. Weiß (1998), S. 162ff. In einem Schreiben des von Kreyssig mit einem Verlegungsverbot angewiesenen Direktors der Landesanstalt Görden-Brandenburg (Havel), Doz. Dr. Hans Heinze an den Oberdienstleiter Viktor Brack in der Führerkanzlei zitiert dieser Kreyssig mit der Aussage, wonach Kreyssig beim Generalstaatsanwalt „Anzeige gegen Unbekannt" erstattet hätte. Da das Schreiben von Heinze erst fast drei Monate nach Kreyssigs persönlichem Besuch am 20. August 1940 verfasst wurde, ist der Erinnerungsgehalt zumindest fraglich. [Heinze an Brack, dat. 13. November 1940, Personalakte Kreyssig, ASF] Die Anzeige selbst, ihre Bearbeitung und Auswirkungen von Kreyssigs schriftlichen und mündlichen Informationen an das Justizministerium sind nicht dokumentiert.

[361] vgl. Willems (1995), S. 94

[362] Schreiben unterzeichnet in Vertretung von Oberstaatsanwalt Holzhäuer, zit. nach Gruchmann (1972), S. 247

Brüdern.[363] Kreyssig informierte aber Fritz von Bodelschwingh, Leiter der gleichnamigen Heil- und Pflegeanstalten und sandte ihm eine Abschrift seines Schreibens.[364] Seitens kirchlicher Instanzen wurden im Juli 1940 mehrere Schritte gegen die Ermordung von Pflegebedürftigen unternommen: am 16. Juli wurde ein Schreiben der Inneren Mission an die Reichskanzlei gesandt, am 19. Juli ein Schreiben des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm.[365]

Am 27. August 1940 machte Kreyssig den nächsten Schritt, indem er an die Heil- und Pflegeanstalten Brandenburg-Görden, Teupitz, Eberswalde, Sorau, Neuruppin, Göttingen und Landsberg/Warte Weisung erteilte, „Zur Verlegung in eine andere Anstalt ist keiner der meiner Obhut unterstehenden Anstaltsinsassen ohne meine vorherige Zustimmung zu entlassen“.[366] Daraufhin wurde Kreyssig für den 13. November 1940 bei Justizminister Gürtner vorgeladen. Gürtner soll Kreyssig bei dieser Gelegenheit das Euthanasie-Ermächtigungsschreiben Hitlers mit dessen faksimilierter Unterschrift gezeigt haben.[367] Kreyssig beharrte darauf, dass aus diesem Schreiben eine Rechtssituation nicht ableitbar wäre und wurde daraufhin vom Minister dahingehend instruiert, dass er nicht länger Richter bleiben könnte. Kreyssig suchte mit Vermerk vom 2. Dezember 1940 um Versetzung in den Ruhestand an, wurde mit 12. Dezember 1940 vom Dienst beurlaubt und nach einem aufwändigen Dienststrafverfahren, von Gürtner am 9. Dezember 1940 eingeleitet[368], mit Erlass Hitlers vom 4. März 1942 schließlich pensioniert.[369]

In das Dienstrechtsverfahren waren neben dem Justizministerium das Innenministerium und die Reichskanzlei eingebunden. Die eineinviertel Jahre lange Bearbeitungsdauer könnte damit zusammenhängen, dass Kreyssig, der wegen seines widerständigen Verhaltens durchaus mit drastischeren Maßnahmen seitens des nationalsozialistischen Machtapparates zu rechnen hatte, aus dem Grund in Unklarheit und Unsicherheit gehalten wurde, um sein Stillschweigen über die Euthanasiemorde zu gewährleisten. Kreyssigs offenherzige Ausführungen über seine mündliche Auseinandersetzung mit Freisler gegenüber Leitung und Mitarbeitern der von Kreyssig wegen der Deportation seiner Mündel am 20. August 1940 persönlich aufgesuchten Heil- und Pflegeanstalt Brandenburg-Görden waren Auslöser dafür gewesen, dass Freisler sich mit handschriftlichen Vermerk an Franz Gürtner sowohl hinsichtlich der Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Euthanasie-Morde wie auch hinsichtlich der Personalangelegenheit Kreyssig behindert sah.[370] Den Schritt in die Öffentlichkeit, so Willems in ihrer Analyse, „tat Kreyssig außerhalb seiner beruflichen Zuständigkeit nicht“.[371] Willems stellt die Belassung der vollen Ruhebezüge in Zusammenhang mit der Befürchtung des NS-Regimes, Kreyssig könnte sein Wissen um die Mordaktion publik machen, d.h. die Zuerkennung der Pensionszahlung in voller Höhe

---

[363] diese Einschätzung trifft auch Willems. [Willems (1995), S. 117f., 128]; obwohl in Kirchenkreisen, nicht zuletzt dank der diakonischen Pflegeanstalten der Inneren Mission, Kenntnis über die Euthanasie-Morde vorhanden war, wurde auch noch auf der Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union am 12. und 13. Oktober 1940 darüber nicht gesprochen. [Ebd, S. 130.]

[364] Bodelschwingh an Kreyssig, dat. 23.8.1940 [EZA 614/161] Bodelschwingh antwortete: „... Bisher haben die Dinge von Bethel ferngehalten werden können. Auch sonst ist vielleicht eine kleine Hoffnung da, dass das Verfahren im Sinn Ihrer Gedanken revidiert wird. Dabei bin ich mit Ihnen eins in dem Gedanken, dass wir nicht zunächst auf andere schelten, sondern bei uns selbst die Schuld suchen sollen.“

[365] Willems (1995), S. 116ff., S. 130f.

[366] Aus der Abschrift des Schreibens an den Herrn Direktor der Landesanstalt Neuruppin, gez. Dr. Kreyßig, Amtsgerichtrat, Beglaubigt, gez. Schreiber Justizangestellter, dat. 27. August 1940, Faksimile in Willems, 1995, S. 110f.

[367] Ermächtigung Hitlers an Reichsleiter Bouhler und Dr. Brandt vom 1. September 1939, Text vgl. Gruchmann (1972), S. 241.

[368] Einleitungsverfügung Ip 10 K 1457/73, gez. Dr. Gürtner, dat. 9. Dezember 1940 [EZA 614/161] Auf Grund des § 71 DGB leite ich gegen den Amtsgerichtsrat Dr. Lothar Kreyssig in Brandenburg/Havel eine Untersuchung ein. Es bestehen Zweifel, ob der Amtsgerichtsrat Dr. Kreyssig noch die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für den nationalsozialistischen Staat eintreten wird. Diese Zweifel gründen sich auf die Erklärungen, die er in dem gegen ihn anhängig gewesenen staatspolizeilichen und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren und in dem gegen ihn anhängigen Dienststrafverfahren abgegeben hat, und zwar insbesondere über Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates, namentlich auf kirchenpolitischem Gebiete, und seine Stellungnahme zu diesen Maßnahmen, über sein Verhältnis zur Partei und zur Weltanschauung des Nationalsozialismus sowie über seine Pflichten als Beamter im Falle einer Kollision mit seinen Pflichten als Christ. Mit der Führung der Untersuchung beauftrage ich den Amtsgerichtsdirektor Dr. Hartmann in Potsdam.

[369] Weiß (1988), S. 170

[370] handschriftlicher Vermerk Freislers, dat. 3. Dezember 1940, auf einem Brief des Oberdienstleiters in der Reichskanzlei, Viktor Brack, an Freisler, dat. 22. November 1940. [Faksimile und Abschrift siehe Willems, 1995, S. 139ff.] Brack war vom Leiter der von Kreyssig besuchten Anstalt, dem in die Konzeption und Durchführung der Euthanasie reichsweit involvierten Hans Heinze, mit Brief vom 13. November 1940 von Kreyssigs Besuch und dessen Ausführungen über seine Gespräche mit Freisler unterrichtet worden. Damit war Freisler exponiert und zu einem Rückzieher gezwungen. Das Datum des Heise-Briefs ist der Tag, an dem Kreyssig von Minister Gürtner empfangen wurde [Kopie ASF].

[371] Willems (1995), S. 180

könnte auch als ‚Schweigegeld' verstanden werden.[372] Ein Schreiben Kreyssigs an den Amtsdirektor [vermutlich Hartmann] deutet darauf hin, dass es tatsächlich ein ‚Schweigeabkommen' zwischen Kreyssig und dem Justizminister gegeben haben könnte, das das Regime vor einer Veröffentlichung der Euthanasiemorde durch Kreyssig und Kreyssig im Gegenzug vor weiterer Verfolgung bewahrte:

> ... den Sachverhalt, dessentwegen ich selbst um Versetzung in den Ruhestand gebeten habe, in der jetzigen Untersuchung mit erörtert zu sehen, würde dem Herrn Minister sehr unerwünscht sein, weil es sich um höchst geheime Tatsachen handele. So sagte mir Herr Ministerialrat Grussendorf. Der Wunsch verpflichtet mich. Ich sehe deshalb davon ab, diesen Sachverhalt meinerseits zu erwähnen. Meine Erklärung wird sich daher auf die von Ihnen hervorgehobenen Punkte beschränken, übrigens insoweit wahrscheinlich ganz kurz und summarisch sein. Ihrem Wunsch entsprechend beeile ich mich, das mitzuteilen.[373]

Einem Würdigungstext aus 1988 zufolge trat Kreyssig gegen das Euthanasie-Programm auf der letzten Bekenntnissynode der *Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union* am 16. und 17. Oktober 1943 in Breslau auf. Inwieweit Kreyssig mitwirkte oder sogar die Federführung bei der Verfassung der Kanzelabkündigung gegen „Begriffe wie Ausmerzen, Liquidation und unwertes Leben" inne hatte, wie Kramer unter Berufung auf den Publizisten Ernst Klee vorschlägt, ist nicht zu belegen.[374] Die von der Synode verabschiedete Handreichung an die Pfarrer zur Auslegung des fünften Gebots fußte auf einem „Gutachten über die Euthanasie" von Heinrich Vogel[375], das dieser bereits drei Jahre zuvor verfasst hatte.[376] Kreyssig selbst summierte Mitte 1945, dass zwischen 1933 und 1944 keine kirchliche Tagung vergangen wäre, bei der er nicht „nicht gebeten und immer wieder neu vorgeschlagen habe, für die Juden und für die Gefangenen in den Lagern öffentlich einzutreten".[377]

Anlässlich seines 85. Geburtstages 1983 erhielt Kreyssig vom Bonner Bundesminister der Justiz Hans A. Engelhard eine Kopie seiner Personalakte und wurde zum Senatspräsident a.D. befördert.[378] Schon nach seiner Übersiedlung in das westliche Deutschland hatte Kreyssig 1973 eine Wiedergutmachungszahlung zugesprochen erhalten.[379] Kreyssigs Verhalten als Amtsrichter, der in seinem Wirkungsbereich seiner juristischen und moralischen Überzeugung treu blieb und das Ende seiner Berufskarriere einer Mitläufer- und Mittäterschaft vorzog, hat seit den 1980er Jahren Eingang in den Kanon rechtshistorischer Geschichtsschreibung[380], der „Euthanasie"-Geschichtsschreibung[381] und zuletzt auch in ein historisches Überblickswerk[382] gefunden. Kreyssigs Schreiben an den Justizminister vom 8. Juli 1940 wurde ohne sein Wissen[383] bereits 1947 in der Zeitschrift *Innere Mission* des Diakonischen Werkes veröffentlicht.[384]

---

[372] ebd., 179

[373] Kreyssig an Amtsgerichtsdirektor, dat. 11. Januar 1941 [EZA 614/161], eigene Hervorhebung

[374] Kramer, Helmut. Lothar Kreyssig. Richter und Christ im Widerstand, In Kritische Justiz, Streitbare Juristen. Eine andere Tradition. Festschrift für Jürgen Seifert zum 60. Geburtstag (1988). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 342-353, hier: S. 351; Klee, Ernst, „Euthanasie" im NS-Staat (1983). Frankfurt/Main: Fischer, S. 428.

[375] Heinrich Vogel (1902-1989), Mtgl. Bekennende Kirche, 1935-41 Dozent, dann bis 1944 Leiter der Kirchlichen Hochschule in Berlin 1946-72 Professor für Systematische Theologie an der Kirchlichen Hochschule Berlin-West und überlappend 1946-73 Professor für Systematische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin-Ost. Vogel zählte 1958 zu den Unterzeichnern des Sühnezeichen-Aufrufs.

[376] Willems, 1995, S. 123ff.

[377] Manuskript Kreyssigs, dat. 2. Juli 1945, ohne Titel [EZA 614/42]

[378] ebd., S. 177.; im gleichen Jahr hat das Justizministerium eine Kopie von Kreyssigs Akte dem IfZ München (dort unter Signatur F 137) übergeben [Gruchmann, Lothar. Ein unbequemer Amtsrichter im Dritten Reich. Aus den Personalakten des Dr. Lothar Kreyssig, (1984) In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte.S. 463-488, S. 463, Fn 2]. Kreyssig hatte bereits Jahre vorher über eine Kopie seiner Personalakte verfügt, die ihm von Ministerialdirigent [Dr. Hans] Puttfarcken zur Verfügung gestellt worden war. [Typoskript Kreyssigs, dat. 14. März 1968, verfasst im Gefolge seiner Zeugenaussage vom 5. Februar 1968 in Frankfurt/Main stehend; ASF-Büro]

[379] Wiedergutmachungsbescheid für Kreyssig durch BM der Justiz, dat. 10. Januar 1973, R98 - K 170, gez. Dr. Erkel. Darin werden Kreyssig eine Entschädigung für den Zeitraum 1.4.1950 - 31.3.1951 sowie Versorgungsbezüge ab 1.12.1971 zugesprochen. [EZA 614/94]

[380] Vgl. Gruchmann (1984), Kramer (1988), Müller, Ingo, Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz (1989). München: Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf., Kreyssig (1993); von Gruchmann liegt zudem ein früher, den Kontext der juristischen Euthanasiedebatte während des Nationalsozialismus beleuchtender Artikel aus 1972 vor: Gruchmann (1972); ein journalistischer Beitrag über Kreyssig wurde 1968 von Kempner anlässlich einer Zeugenaussage Kreyssigs 1968 veröffentlicht: Kempner (1968).

[381] Vgl.Kaul, Friedrich Karl, Nazimordaktion T4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes (1973). Berlin (DDR): VEB Verlag Volk und Gesundheit, Klee (1983).

[382] Vgl. Burleigh, Michael, The Third Reich. A new History (2001). New York: Hill and Wang, Klee, Ernst, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945 (2003). Frankfurt/Main: Fischer, Eintrag Kreyssig, S. 340.

[383] Kreyssig in seinem Manuskript, dat. 14. März 1968, verfasst in Gefolge seiner Zeugenaussage vom 5. Februar 1968 in Frankfurt/Main. [ASF]

[384] Innere Mission, Heft 5/6, 1947, S. 40ff.

2.1.3 Karriere in der Evangelischen Kirche

Nach Ende seiner richterlichen Karriere ab Ende 1940 bewirtschaftete Kreyssig hauptberuflich sein landwirtschaftliches Gut auf biologisch-dynamisches Weise nach Rudolf Steiner.[385] Seine Tätigkeit für die BK, nunmehr in der Mark Brandenburg, setzte er fort. Konrad Weiß nimmt an, dass Kreyssig am 23. August 1937 erstmals an einer Sitzung des altpreußischen Bruderrates teilnahm.[386] Kreyssig, der seine theologische Qualifikation im Vorwort seiner einzigen, 1949 veröffentlichten Monographie *Gerechtigkeit für David*[387] in der dritten Person offen legte: „Aber ein theologisches Kolleg hat er nie gehört und ein dogmatisches Lehrbuch nie studiert", leitete ab 1938 wöchentliche Exegesen der BK-Gemeinde Brandenburg/Stadt. Ab 1938 war Kreyssig Synodaler und nahm an der sechsten Bekenntnissynode der altpreußischen Union vom 11.-13. Juni 1938 teil.[388] In den folgenden Jahren, vor allem nach seiner Dienstfreistellung/Pensionierung reiste er zu Vorträgen und Versammlungen der BK. Die zitierte Monographie entstand aus der Fortführung der Bibelrunden ab 1947 „in der Hausgemeinde des Konsistoriums zu Magdeburg".[389]

Kreyssigs Auseinandersetzung mit Repräsentanten des Nationalsozialistischen Regimes trug auch skurrile Züge. Zur gleichen Zeit, als Kreyssig sich an das Justizministerium wandte, um auf die illegalen Euthanasiemorde hinzuweisen, erhielt er eine Aufforderung des Kreispersonalamtsleiter der NSDAP Rathenow-Westhavelland, „mir mitzuteilen, aus welchem Grunde Sie es bisher konsequent abgelehnt haben, bei feierlichen Anlässen Ihr Haus zu beflaggen ..."[390] Kreyssigs mit „Heil Hitler!" unterschriebene Antwort fiel ironisch aus:

> Wir haben hierher die Fahne mitgebracht, welche wir in Sachsen hatten. Sie wird an der Giebelseite des Hauses befestigt, welche der Einfahrt zum Hofe gegenüber gelegen ist, was dem Zwecke der Sache am besten zu entsprechen schien. Es ist uns bisher nicht bewusst geworden, dass sie dort der hohen Alleebäume wegen vom Dorfe her nicht oder kaum zu sehen sein wird, ein Umstand, dem wir in – wie sich nun zeigt – fehlerhafter Arglosigkeit kein Gewicht beigemessen haben ...[391]

Hohenfersechar kam 1945 in der sowjetischen Besatzungszone, dem Gebiet der späteren DDR zu liegen, und ein Teil der Ländereien von Kreyssigs Guthof wurden im Zuge der Bodenreform verstaatlicht. Kreyssig behielt aber seinen Gutshof („Bruderhof") als Wohnsitz und konnte ihn auch nach seiner Übersiedelung in die BRD in Familienbesitz halten. Eine Rückkehr in den richterlichen Beruf in der Justiz der sowjetisch besetzten Zone dürfte Kreyssig überlegt haben. Darauf deuten zwei Empfehlungsschreiben von Otto Dibelius:

> Herr Amtsgerichtsrat a.D. Dr. Kreyssig ist der einzige Richter Deutschlands, der es gewagt hat, gegen einen Staatssekretär und engsten Mitarbeiter Adolf Hitlers Strafanzeige wegen Anstiftung zum Morde zu stellen. Wenn überhaupt ein deutscher Richter, so verdient es Herr Dr. Kreyssig, in eine leitende Stelle bei der neuen deutschen Rechtspflege gerufen zu werden.
> Ich kenne Herrn Dr. Kreyssig seit langem und bin zu jeder Auskunft über ihn mit Freuden bereit.[392]

> Herr Dr. Kreyssig ist seinerzeit aus dem Staatsdienst ausgeschieden, weil er einer der charaktervollsten Gegner des faschistischen Systems gewesen ist. Er ist deswegen schweren Bedrängnissen ausgesetzt gewesen. Seine antifaschistische Einstellung ist dabei stets unverändert [illegible] gleichzeitig an dem Kampf der Bekennenden Kirche eine führende Stellung eingenommen.[393]

---

[385] Willems (1995), S. 163
[386] Weiß (1998), S. 134
[387] Kreyssig, Lothar, Gerechtigkeit für David. Gottes Gericht und Gnade über dem Ahnen Jesu Christi. Nach dem 2. Buch Samuelis (1949). Berlin: Evangelische Verlagsanstalt, S. 5.
[388] Weiß (1998), S. 136
[389] Ebd., S. 6
[390] Aufforderung durch den Kreispersonalamtsleiter der NSDAP Rathenow-Westhavelland, dat. 9. Juli 1940 [EZA 614/161]
[391] Antwort Kreyssig am 12. Juli 1940 [EZA 614/161]
[392] Bestätigung von Bischof Dibelius, dat. 29. Juni 1945 [EZA 614/93]
[393] Bestätigung von Bischof Dibelius, dat. 29. Juni 1945 [EZA 614/93]

Der Berliner Bischof Otto Dibelius bot Kreyssig schließlich die Leitung der Kirchenprovinz Sachsen an. Kreyssig sollte als Konsistorialpräsident in Magdeburg die Landeskirche wieder aufbauen. Zu den Aufgaben Kreyssigs zählte neben dem Aufbau der Infrastruktur die inhaltliche Erneuerung der Landeskirche. 1956/57 wurde er gemeinsam mit den Konsistoriumsmitarbeitern Johannes Anz und Ingrid Zippel der mangelnden Abgrenzung zur katholischen Kirche bezichtigt, worauf ein kircheninternes Anhörungsverfahren mit anschließender Abstimmung abgehalten wurde, die zugunsten der Beschuldigten ausging. Diesen Kreyssig in seiner Position bestätigenden Ausgang des Verfahrens wertete er als Erfolg seiner Tätigkeit in Bezug auf die theologische Meinungsbildung und Ausrichtung seiner Landeskirche:

> Die Kirchenprovinz Sachsen hatte, wie uns 1946 sehr massiv entgegengehalten wurde, etwa 20 % Anhänger der Bekennenden Kirche gehabt. „Ich dachte aber, ich arbeitete vergeblich." Es ist tröstlich, dass auch diese Stimme des armen und schwachen Glaubens in der Schrift laut wird. Mich hätte in der Tat kaum einer fragen dürfen, wie viel von den übrigen 80 % nach 10 Jahren wohl noch immer zu denen gehören möchten, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. Aber siehe da, Gott beschämt solchen Kleinglauben. [...] Übrigens hat die Kirchenleitung zuletzt noch beschlossen, dass auch eine Bitte um größere Zurückhaltung an mich nicht gerichtet werden sollte...."[394]

Kreyssig war zu dieser Zeit einer der ranghöchsten Kirchenführer der Evangelischen Kirche in Deutschland. Nach einer kurzen Amtszeit in der administrativen Funktion eines Konsistorialpräsidenten 1946/47 übte er von 1. November 1947 – 29. Februar 1964 das Amt eines hauptamtlichen Präses der Provinzialsynode Sachsen aus.[395] Die *Evangelische Landeskirche der Kirchenprovinz Sachsen* gehörte der *Evangelischen Kirche der Union* (EKU, vormals Altpreußische Union) an und war nach Mitgliedern die sechstgrößte der insgesamt 28 Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in (Gesamt-)Deutschland. Auf dem Territorium der DDR war die *Evangelische Landeskirche der Kirchenprovinz Sachsen* die zweitgrößte.[396] Von 1952 – 1970 war Kreyssig zudem Präses der Generalsynode der *Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union* (APU, ab 1953 *Evangelische Kirche der Union,*(EKU), dem Zusammenschluss der unierten Landeskirchen). Bis 1974 blieb Kreyssig zur Synode der EKU delegiert.

Neben diesen ranghohen Ämtern in der Landeskirche und im Dachverband EKU war Kreyssig von 1949 bis 1961 Mitglied des 12-köpfigen Rates der EKD, des jeweils auf sechs Jahre gewählten Gremiums, dem zwischen den Tagungen der Synoden die exekutive Entscheidungsbefugnis in gesamtkirchlichen Fragen obliegt. Bis 1958 war Kreyssig auch Stellvertreter des *Deutschen Evangelischen Kirchentages* für den Bereich Ost (DDR). Dank dieser Kirchenfunktionen verfügte Kreyssig bis Ende der 1960er Jahre über eine gute kirchenamtliche Infrastruktur mit Büros in Magdeburg (bis 1964), in Ostberlin (bis 1970) und in Westberlin (bis 1961). Neben dem Sekretariatsapparat stand Kreyssig auch ein Dienstwagen samt Chauffeur zur Verfügung.[397]

---

[394] Kreyssig an Hans Asmussen, dat. 2. Februar 1957 [EZA 614/106]

[395] Dem Präses der Synode kommt neben dem jeweiligen Landesbischof und dem Konsistorialpräsidenten als dritte Führungskraft eine Mediator-Funktion und dank des Vorsitzes der regelmäßig stattfindenden landeskirchlichen Synode auch inhärente landeskirchliche Leitungsfunktion zu.

[396] Die zugrunde liegende Statistik wurde entnommen der Broschüre: Brunotte, Heinz (1961) Die Evangelische Kirche in Deutschland, Verlag des Amtsblattes der EKD, Hannover. [pAdAA B 92/645] Nach der Rangreihung der Anzahl der rechtlich selbständigen Kirchengemeinden sowie hinsichtlich der Anzahl der Kirchenkreise, Superintendenturen, Dekanaten und Propsteien innerhalb der jeweiligen Landeskirche nahm die von Kreyssig als Präses geführte Landeskirche jeweils den ersten Rang ein. vgl. Kirchliche Statistik in Kirchliches Jahrbuch für die EKD 1958, 85. Jg., 1959, herausgegeben von Joachim Beckmann, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, S. 378f.

[397] Die kirchlichen Funktionen und sein bekannter Widerstand gegen den Nationalsozialismus brachten Kreyssig kurzfristig als Vermittler im deutsch-deutschen Konflikt ins Spiel: Mitte Januar 1951 traf Kreyssig mit Zustimmung der EKD-Kirchenleitung als Emissär der sowjetischen Militärbehörde in der DDR mit dem westdeutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer zusammen, um den sowjetischen Vorschlag einer Vereinigung Deutschlands unter den Bedingungen Neutralisierung und Verzicht auf Wiederbewaffnung zu vertreten. Vgl. Friebel (1992), S. 398f. Andere Quellen datieren diese politische Mission Kreyssigs auf 1954. Weiß (1998), S. 276f.; Kramer (1988), S. 352; über die Faktizität und die näheren Umstände von Kreyssigs politischer Mission liegen weitere Quellen oder Quellverweise nicht vor.

Nach seinem 65. Geburtstag kamen Kreyssig die Reiseerleichterungen seitens der DDR für Rentner zugute, was er für wiederholte Reisen in die BRD nutzte.[398] Kreyssig war an mindestens einem Prozess gegen vormalige Beteiligte am nationalsozialistischen ‚Euthanasieprogramm' als Zeuge beteiligt, und zwar im Schwurgerichtsprozess gegen die Rechtsanwälte Gerhard Bohne und Dietrich Allers sowie die Kaufmänner Reinhold Vorberg und Adolf Gustav Kaufmann in Frankfurt/Main vom 25. April 1967 – 20. Dezember 1968. DDR-Anwalt Karl Friedrich Kaul, der als Nebenkläger aufgetreten war, hatte Kreyssig als Zeuge laden lassen und Kreyssig in seinem Wagen nach Frankfurt gefahren.[399] Kaul zitierte Kreyssigs Verhalten während seiner Tätigkeit als Vormundschaftsrichter in einer Publikation über die „Nazimordaktion T4".[400] Kaul wiederum war Kreyssig 1971 bei dessen Auswanderung aus der DDR, vor allem beim Arrangement rund um Kreyssigs Bruderhof in Hohenferchesar, der weiterhin im Familienbesitz verblieb behilflich.[401] Kreyssig und seine Ehefrau übersiedelten am 14. Dezember 1971 nach Westberlin und 1977 in ein evangelisches Altersheim in Bergisch-Gladbach (BRD).[402]

2.1.4 Motivation zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen*

> Lothar Kreyssig war in jeder Beziehung ein Außenseiter. [...] Er war Jurist, aber keineswegs ein typischer Jurist. Der Jurist und Künstler (Musiker und Schriftsteller) lagen sich ihm lebenslang in den Haaren. [...]Von Haus aus ein typischer Durchschnittschrist, war er im Jahre 1932 über die Bibel geraten und hat nach eigenem Gedächtnis ein Jahr hindurch nichts anderes gelesen als diese, mit der Intensität, der Tiefenschau, dem Überschwang und der Kombinationsgabe, deren er in ganz besonderem Maße fähig war.[403]

In Kreyssigs Vita lässt sich als zentrale Motivation für seine Widerstandshandlungen und Nachkriegsexistenz das Spannungsfeld aus seiner über die juristische Ausbildung und Karriere gewonnenen positivistischen Weltanschauung mit den persönlichen Erlebnissen des Nationalsozialismus und der etwa zeitgleich einsetzenden Zuwendung zum Christentum ausmachen.

In dem zitierten Schreiben Kreyssigs an Justizminister Gürtner vom 8. Juli 1940, mit dem Kreyssig „Aufklärung und Rat bei meiner vorgesetzten Dienstbehörde" zur Frage der Tötung von Geisteskranken einholen wollte, argumentierte Kreyssig sowohl mit religiösen-theologischen Argumenten („Die Frage nach dem Sinn solchen Lebens rührt an die tiefsten Daseinsfragen überhaupt. Sie führt unmittelbar auf die Frage nach Gott.")[404] als auch mit dem von ihm als solchen wahrgenommenen Mangel an Rechtssicherheit in Konzentrationslagern und Heil- und Pflegeanstalten:

> Im rechtsgeordneten Verfahren würde dabei helfen, wenn der betroffene Angehörige einen begründeten Antrag zugestellt bekäme. Er würde weiter dazu gehört werden. Es müsste ein Gutachten vorliegen, zu dem er Stellung nehmen könnte. Er würde einen Spruch bekommen, aus dessen Gründen ihn das Verantwortungsbewusstsein der Entscheidenden anspräche. Er würde ein Rechtsmittel dagegen haben, um alles vorbringen und durch ein neues Gutachten unterstreichen zu können, was etwa jetzt noch verkannt sein könnte.[405]

---

[398] Während seines ‚Rentnerurlaubs' im Herbst 1966 traf Kreyssig mit Oskar Schindler (1908-1974), der ihm zugeteilte jüdische Arbeiter aus Konzentrationslagern vor der Ermordung retten konnte, zusammen. Vgl. Monatsbrief November 1966/Wochenbrief auf den drittletzten Sonntag des Kirchenjahres 1966, dat. 1. November 1966, Kreyssig, S. 4 [ASF] Kreyssig wollte Schindler als Mitarbeiter in Israel gewinnen.
[399] Weiß (1998), S. 401; vgl. Kreyssig an Kaul, dat. 17. Februar 1971 [EZA 614/161]. Ob die geplante Zeugenaussagen im Prozess gegen Horst Schumann zustande kam, konnte nicht verifiziert werden. Vgl. Kaul an Kreyssig, dat. 12. Februar 1971 [EZA 614/161] Christian Schmidt erwähnt in einem Schreiben an Hammerstein Kreyssigs Zeugenaussage in Frankfurt/Main. Schmidt an Hammerstein, 5. März 1971 [EZA 97/940]
[400] Kaul (1973), S. 137-143 und S. 227f.
[401] Weiß (1998), S. 401
[402] Monatsbrief Dezember 1971, dat. 20. Dezember 1971, gez. Christian Schmidt, S. 2 [ASF]
[403] Johannes Dittrich, Monatsbrief Oktober 1983. Johannes Dittrich war ein Schulfreund Kreyssigs. S. 6f. [BStU BV Suhl XX/ZMA 2360]
[404] Kreyssigs an den Justizminister vom 8. Juli 1940 siehe Weiß (1998) [Anhang, Dokument 4, S. 447-451].
[405] Ebd.

Kreyssigs Verankerung im Bruderrat der Bekennenden Kirche in Brandenburg brachte ihn mit dem Hilfsprogramm für getaufte Juden in Verbindung.[406] Kreyssig wurde im Dezember 1942, unmittelbar vor Weihnachten, von der Sekretärin des Provinzialbruderrates in Berlin, Senta Maria Klatt, um Unterbringung eines von der Deportation bedrohten getauften Juden aus Dresden in seinem Bruderhof in Hohenfersechar gebeten und zu dessen Wohnadresse in Berlin geschickt.[407] Kreyssig kam dieser Aufforderung nach, wurde aber durch einen Kollaborateur, der noch vor dem Aufbruch Kreyssigs und seines Schützlings eintraf, von seinem Vorhaben abgehalten. Kreyssig musste den namentlich von ihm nicht Genannten zurück- und der Deportation zunächst in ein Sammellager in der Großen Hamburger Straße, unweit des späteren Sühnezeichen-Büros überlassen – mit dem Versprechen, den Inhaftierten umgehend aus dem Lager zu befreien. Kreyssig informierte ein führendes Mitglied des Bruderrates über das Vorkommnis sowie über sein Vorhaben zur Befreiung am darauffolgenden Tag. Kreyssigs damaliger Gesprächspartner wird von Weiß als der spätere Berliner Bischof Kurt Scharf[408] identifiziert[409], was insofern unwahrscheinlich erscheint, als Scharf einerseits während dieser Zeit Militärdienst in der Wehrmacht leistete, andererseits Kreyssig in einem Brief aus 1959 einen Bischof als Konsultationspartner erwähnte, Scharf allerdings erst 1966 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg wurde.[410] Kreyssigs Ratgeber könnte der Vorgänger Kurt Scharfs, Otto Dibelius, gewesen sein, der von 1945-1966 Bischof von Berlin war, und der mit der Entsendung Kreyssigs in das Magdeburger Konsistorium dessen Kirchenkarriere nach 1945 einleitete. Kreyssig ließ nach der Beratung mit seinem Bekenntnisbruder von seinem Vorhaben ab und fuhr über Weihnachten 1942 auf seinen Gutshof. Sein Schützling wurde im Januar 1943 deportiert und mit großer Wahrscheinlichkeit ermordet. Kreyssig konnte dieses Erlebnis – in seiner Wahrnehmung: sein Versagen und seine Schuld – zeitlebens nicht überwinden und bezeichnete diesen Vorfall als „die eigentliche Geburtsstunde der Aktion Sühnezeichen“; das ihm überlassene Lichtbild des Deportierten trug er über Jahrzehnte mit sich.[411] Als Kreyssig diese Episode mit 70 Jahren im Quartalsbrief, zugleich Monatsbrief Oktober 1968 rekapitulierte, schloss er:

> Der eine, dem ich alle die schlimmen Jahre hindurch nachzufolgen meinte, hatte mir unübersehbar die Hand gereicht, um den Bannkreis des Frevels und des Todes zu durchschreiten. Und ich hatte die Hand losgelassen. [...] Zum Los des Überlebenden gehörte dann, dass ich in Auschwitz, Majdanek, Groß-Rosen, Theresienstadt das Ende des Weges gesehen habe, auf dessen Beginn ich den Gefährten und die jüdischen Freunde, deren Leidensweg wir noch ein Stück verfolgen konnten, im Stich gelassen hatte. [...] Wenn Sühnezeichen 1958 geboren ist, so ist es kraft der dem Verhängnis vorauseilenden Gnade erzeugt unter dem Gewitter des Zornes in jenen dunklen Stunden des Versagens.[412]

1943 nahm Kreyssig mit Elisabeth Behr[end] und 1944 mit Gertrud Prochownik [Prochavnik] zwei bedrohte Jüdinnen auf seinem Bruderhof auf, neben seiner Familie, seinen Angestellten, Kriegsflüchtlingen und kriegsgefangenen Zwangsarbeitern aus Frankreich und der Ukraine.[413] Mit beiden Frauen blieb Kreyssig nach 1945 in Kontakt.[414] Die versäumte Hilfeleistung für den Deportierten und

---

[406] Einen – auch von Polemik und persönlicher Betroffenheit getragenen – kritischen Einblick über das Verhältnis zwischen Bekennender Kirche und Juden gibt Gerlach (1987). Weiters eine Dissertation über die Hilfsstelle für Protestanten jüdischer Herkunft, dem Büro Grüber in Berlin siehe Ludwig, Hartmut. Die Opfer unter dem Rad verbinden. Vor- und Entstehungsgeschichte, Arbeit und Mitarbeiter des „Büro Pfarrer Grüber“, (1988). unveröff. Dissertation: Humboldt Universität zu Berlin. Zur schuldhaften Verwicklung aus Fremd- und Eigenperspektive siehe Stern, Frank. Evangelische Kirche zwischen Antisemitismus und Philosemitismus, In 1992). Geschichte und Gesellschaft. 22-50, Arndt, Siegfried Theodor. Nach der Shoah. Die Evangelische Kirche in der DDR und ihre Verantwortung angesichts des Antijudaismus. (1995) In: Die Zeichen der Zeit. S. 58-64, Graf, Friedrich Wilhelm, Martin Dibelius. Selbstbestimmung des Deutschen (1997). Tübingen: Mohr Siebeck.

[407] Eine kurze Schilderung des Vorfalls findet sich in einem Rundbrief der Aktion Sühnezeichen. vgl. Rundbrief III/Oktober 1968, gez. Kreyssig [ZAOM Bestand Särchen, Ordner Polenseelsorge ASZ 1963-1979]

[408] Zu Kurt Scharf (1902-1990) siehe Eintrag Scharf unter Kurzbiographien im Anhang. Kurt Scharf sollte bei der Aktion Sühnezeichen eine wesentliche Rolle als Förderer einnehmen und war nach seinem Ausscheiden aus den kirchlichen Ämtern Vereinsvorsitzender, später Ehrenvorsitzender der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste.

[409] Weiß (1998), S. 186

[410] Kreyssig an Chaim Gordon, Oslo, dat. 5. Juni 1959 [EZA 97/249]

[411] Weiß (1998), S. 185f., auch Rundbrief III/Oktober 1968, gez. Kreyssig [ZAOM Bestand Särchen Ordner Polenseelsorge ASZ 1963-1979]

[412] Rundbrief III/Oktober 1968, gez. Kreyssig [ZAOM Bestand Särchen Ordner Polenseelsorge ASZ 1963-1979]

[413] Konrad Weiß, Prophet der Versöhnung. Zum Tod von Lothar Kreyssig, in Monatsbrief August 1986, S. 2-6 [ASF]

[414] Weiß (1998), S. 188ff.; für Behr setzte sich Kreyssig mit Schreiben an Grüber, dat. 15. Mai 1954 wegen Entschädigungsfragen sowie mit einem Brief an das Entschädigungsamt, dat. 17. April 1954, aus dem hervorgeht, dass sie vom März 1943 bis Oktober 1944 an Kreyssigs Hof weilte, ein [EZA 614/44].

Ermordeten wog für Kreyssig allerdings schwerer als die erfolgreiche Hilfe für die beiden ebenfalls von der Ermordung Bedrohten.[415] Tatsächlich finden sich über die Jahre mehrmals direkte und indirekte Bezugnahmen auf diese Begebenheit. Während der Verhandlungen über die „Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Schuld an Israel“ am 27. April 1950 meldete sich Kreyssig mit einer von Siegfried Hermle als „tief beeindruckend“ bezeichneten Äußerung zu Wort: Ihm habe Gott „einmal eine Tür gezeigt, durch die ich nur hätte hindurchzugehen brauchen, um dies tun zu können, mit ihnen nach Osten zu fahren“. Zunächst sei er freudig hindurchgeschritten, aber am anderen Morgen habe er „den Gehorsam verloren“ und er sei „ins Leben zurückgegangen, und der, um den es ging, ist nach Osten gefahren, und heute ist er tot und ich stehe hier“.[416]

In seinem Antwortschreiben an Chaim Gordon aus Oslo, der 1959 einen Artikel über die *Aktion Sühnezeichen* in der norwegischer Zeitung *Aftenposten* zum Anlass für einen Brief an Kreyssig genommen hatte, in dem er ausführte, dass er unversöhnlich wäre und nicht vergessen könnte, Kreyssigs Aufruf ihn jedoch nachdenklich gestimmt hätte, bezog sich Kreyssig ebenfalls auf diesen Vorfall unterlassener Hilfeleistung, wobei er zugleich seine Widerstandsaktivität betonte.[417] Da dieser Brief in relativer zeitlicher Nähe zur Konstitutionalisierung der *Aktion Sühnezeichen* verfasst wurde und in seiner Ausdrücklichkeit beispiellos ist, sei an dieser Stelle ein längerer Auszug zitiert:

> Was ich an der Aktion Sühnezeichen begonnen habe, geht davon aus, dass wir Deutsche gerechtermaßen menschlich jedes Eingehen auf dergleichen verwirkt haben. Ich bin davon wirklich überzeugt, gerade als einer von denen, die von Anfang an und vornehmlich um der Judenverfolgung willen mit dem Einsatz von Leben und Freiheit widerstanden haben. Nach meiner und Vieler Überzeugung kann aber, genau besehen, nur jemand, der dabei wirklich das Leben gelassen hat, meinen, dass er genug getan habe. Ich habe unter unwahrscheinlicher Behütung jüdische Flüchtlinge auf meinem Hof, wo ich als von Hitler abgesetzter Richter lebte, verbergen und zwei von ihnen auch retten können, habe auch sonst vielerlei für die Verfolgten unternommen. Dadurch meine ich selber Vergebung dafür empfangen zu haben, dass, soweit ich sehe, nicht ein einziger Christ im gebotenen Opfer seiner Existenz in einem der Eisenbahnzüge mit nach Osten gefahren ist, wo sie dann umgebracht wurden. Ich sage das nicht theoretisch, sondern aus einer persönlichen Erfahrung. Als ich wenige Tage vor Weihnachten 1943 [1942] in Berlin in die Wohnung eines Verfolgten kam, um ihn mitzunehmen und auf meinem Hof zu verbergen, traten unmittelbar nach mir die Leute ein, die ihn ins Sammellager abzuholen hatten. Alles, was ich versuchte, ihnen den Mann noch zu entreißen, blieb vergebens. Ich habe mit ihm von vormittags 10 bis nachmittags 16 Uhr verbracht, ihm seine Sachen ordnen helfen und habe ihm und seiner Schicksalsgenossin noch das Abendmahl gereicht. Es war mein fester Vorsatz, am anderen Morgen zu dem Sammellager zu gehen und den Mann entweder herauszuholen oder mitzufahren. Ein Bischof, mit dem ich mich noch am Abend beriet, hat es mir ausgeredet. Ich bin wohl mein Lebtag von einem eindeutigen Weg des Gehorsams noch nie so geschlagen abgewichen wie damals. Aber wahrscheinlich habe ich aus der nachfolgenden Erfahrung, dass ich dennoch Vergebung empfangen habe, viele Jahre später den Mut und den Entschluss gefunden, nun auch andere aufzurufen, dass sie die bereit liegende Vergebung wirklich annehmen möchten. Diese vor Menschenaugen abenteuerliche Absicht ist der innerste Sinn der Aktion Sühnezeichen. Etwas in mir sagt mir selber täglich, dass es schwärmerisch und utopisch sei, zu meinen, Vergebung und Versöhnung könnten in dieser Weltstunde noch eine Wirklichkeit gewinnen in der Geschichte der Menschen und Völker. Aber etwas Anderes lässt mich mit Erstaunen ebenso täglich erfahren, dass Gott zu seinem Worte steht und eben das Unwahrscheinliche in einer sich irgendwie selbsttätig fortzeugenden Scheidung der Geister geschieht. ... Selbstverständlich kann das niemals Wiedergutmachung sein. Noch nicht einmal ist es in erster Linie ein Dienst an dem beleidigten und geschädigten Nachbarvolk selbst. Vielmehr ist es zuerst und wesentlich eine Chance, welche uns jenes beleidigte Volk gibt, auf dem Wege der Vergebung einen wirklichen, freien Weg in die Zukunft zu finden. Meine Freunde und ich sind der Meinung, dass unbewältigte Vergangenheit und Verstockung die Blockierung dieses Weges bedeutet und dass wir Deutsche im Begriffe sind, auf diesem Wege verdientermaßen geschichtslos zu werden. Als ich innerlich den Befehl zu dieser Sache empfing, – ich trage sie spruchreif schon seit 1953 mit mir herum – war mein tiefes Erschrecken die

---

[415] Eine Anfrage an die Abteilung der Gerechten in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem, ob ein Verifizierungsverfahren von Kreyssigs Hilfeleistung erfolgt ist, verlieft negativ [persönliche Einschau in die Kartei gemeinsam mit Frau Katya Gusarova am 21. März 2005], ebenfalls negativ verlief die Anfrage nach Zeitzeugenberichten (Oral History) an das Archiv von Yad Vashem [Email Nikolaus Wildner, 10. April 2005]

[416] Hermle (1990), S. 355f.

[417] Chaim Gordon, Oslo, an Kreyssig, dat. 17. April 1959 [EZA 97/249]

> Erkenntnis, dass wir selber dieses verdiente Gericht über uns allen besiegeln und vollenden würden, wenn wir bei den eigenen Landsleuten keinerlei Zugang und Verständnis dafür fänden.[418]

Als Kreyssig von Wilhelm Niemöller, Chronist der Bekennenden Kirche und Bruder des populären Pastors Martin Niemöller, Ende 1957 um Auskunft über die Konsequenzen aus seinem Schreiben an den Reichsjustizminister vom 8. Juli 1940 gegen die nationalsozialistische Euthanasiemorde gebeten wurde, verweigerte Kreyssig eine vollständige Antwort.[419] Erst Ende der 1960er Jahre, nachdem Kreyssig auch als Zeuge in einem Euthanasieprozess vor Gericht ausgesagt hatte,[420] stellte er Unterlagen und Aussagen für einen Mitarbeiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte zusammen.[421] Gegenüber Wilhelm Niemöller verhielt sich Kreyssig jedoch abwehrend.[422] Neben der zeitlichen Nähe zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen* nur vier Monate nach diesem Briefwechsel ist bemerkenswert, dass Kreyssig mehrmals von Beschämung spricht, sowohl auf sich als auch auf andere bezogen.

> Ihre Frage hinterlässt mir einen Stachel. Ich habe bis zur Stunde die Dinge nicht im Zusammenhang dargestellt, weil sie nach meinem Empfinden das völlige Versagen aller überkommenen ethischen und ideellen Kategorien bis auf den Nerv bloßlegt. Bezeichnender Weise trifft das am stärksten auf gewisse redliche und wohlwollende Leute zu, wie denn der Ablauf des Gerichtes an ihnen viel schmerzvoller zu erleben war, als an den schwarzen Gesellen, welche die erklärten und entschlossenen Streithelfer des Bösen von Anfang an waren.
>
> Zu schildern, was ich im einzelnen erlebt habe, ist tief schmachvoll und beschämend. Irgendwie sind wir ja alle mit in der Solidarität derer, die hier gemeint und betroffen waren. Jener Brief, den Sie erwähnen, war seinerzeit ja das Geringste. Als ich ihn schrieb, konnte ich mir keine Illusionen darüber machen, was er wirklich ausrichten würde, während die Liquidationen unentwegt weiter gingen. Ich habe deshalb sofort eine ganz kurze Frist, meines Erinnerns 2 Wochen, genannt, binnen derer ich aus eigener Verantwortung handeln würde, wenn nichts Durchgreifendes geschähe. Während der Roman einer gefesselten Justiz lief und als die 2 Wochen rasch verstrichen waren, habe ich den inzwischen als Initiator ermittelten Reichsleiter Bormann [muss heißen: Bouhler, Anm.] wegen Mordes angezeigt und habe den mir bekannten Anstalten, wo mir befohlene Entmündigte saßen, schriftlich, in Brandenburg auch mündlich untersagt, Anstaltsinsassen der SS auszuliefern. Die Reaktion des Reichsjustizministers aber, nach der Sie fragen, ist wie gesagt, eine lange, beschämende Geschichte.
>
> Ich frage mich angesichts Ihrer Anregung selbst, ob ich sie nicht aufschreiben oder auf Diktierband sprechen sollte, sei es auch nur um sie unter Siegel zu verwahren, bis etwa eine neue Stunde der Versuchung nötigt, das offiziell aufzudecken. Ich habe, wie ich zu verstehen bitte, eine persönliche Scheu, zu berichten. Man handelt in solchen Lagen schlechthin wie einer, der sich selbst entnommen ist und es schwer ertragen mag, was er gesagt und unterlassen hat, hinterher mit sich selbst identifiziert zu sehen. Das war mir immer so gegenwärtig, dass ich es stets abgelehnt habe einer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes oder dergleichen beizutreten. Ich kann nichts, schlechthin gar nichts erkennen, was Menschen, die übrig geblieben sind, berechtigen könnte, sich etwas zu bescheinigen und daraufhin etwas zu beanspruchen.
> Ich glaube daher, dass die Frage, wie Sie die von mir erwünschte Auskunft verwenden wollen, in dieser und anderer Hinsicht eine Sache gemeinsamer Verantwortlichkeit wäre.[423]

2.1.5 Einflüsse aus der Internationalen Ökumene-Bewegung

Ende der 1940 und in den 1950er Jahren war Kreyssig mit der ökumenischen Bewegung, institutionalisiert im *Weltrat der Kirchen* (bzw. *Ökumenischen Rat der Kirchen, ORK*) in Genf, in

---

[418] Kreyssig an Chaim Gordon, Oslo, dat. 5. Juni 1959 [EZA 97/249]
[419] Dabei war der Brief mit einem Abriss der Begebenheit bereits 1947 in einer evangelischen Zeitschrift abgedruckt worden. vgl. Die Innere Mission. Monatsblatt des Central-Ausschusses für die Innere Mission der deutschen Evangelischen Kirche, Jg. 57, 1947, Heft 5/6, S. 40 ff.
[420] siehe Kempner (1968), auch in Freiheit und Recht, Jg. 14, Nr. 4 (April 1968)
[421] vgl. Gruchmann (1972)
[422] In einem undatierten Schreiben an Gerhard Mittelstädt [Kreyssig an Mittelstädt, o.D. EZA 97/903] führt Kreyssig aus: „Aber ich habe gar kein Interesse, diese Dinge jetzt hervorgezogen zu sehen. Es führt zu einer ganz falschen Glorifizierung". Mit dem Brief überließ Kreyssig Mittelstädt seine Niederschrift, die er für die gerichtlichen Voruntersuchungen gegen den nationalsozialistischen Psychiatrieprofessor Werner Heyde angefertigt hatte. Kreyssig sollte, mit Genehmigung des Justizministeriums der DDR, als Zeuge geladen werden, der Untersuchungshäftling Heyde wurde zuvor in seiner Gefängniszelle erhängt aufgefunden. [Scharf, Kurt. Lothar Kreyssig gestorben, Berliner Sonntagsblatt 20. Juli 1986, Lifton, Robert Jay, Ärzte im Dritten Reich (1993). Stuttgart: Klett-Cotta, S. 139]
[423] Kreyssig an Wilhelm Niemöller, dat. 30. Dezember 1957 als Antwort auf Niemöllers Kurzschreiben vom 11. Dezember 1957 [EZA 614/245]

Verbindung. 1948 nahm er als akkreditierter Besucher an der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam (Niederlande), 1952 am nordisch-deutschen Kirchenkonvent in Sigtuna (Schweden) und 1954 (15. bis 31. August) als Delegierter erneut an der Weltkirchenkonferenz in Evanston (USA), der letzten, zu der er eine Ausreiseerlaubnis der DDR-Behörden erhielt, teil.[424] Nach der Konferenz in Evanston wurde Kreyssig vom Zentralausschuss des ÖRK in den Arbeitsausschuss *Evangelisation und missionarische Verkündigung* gewählt. Kreyssig konnte dieser Berufung allerdings, wie er in seiner Antwort an den ÖRK-Generalsekretär, Adolf Visser't Hooft[425], vorausblickend ausführte[426], nicht persönlich nachkommen; schon die nächste Arbeitstagung 1955 in Davos wurde ihm, in diesem Fall von der Passbehörde der Alliierten Hohen Kommission vereitelt, die ihm die Reisebewilligung durch Westberlin trotz Intervention durch den Weltkirchenrat erst am Ende der Tagung erteilen wollte.[427] Seitens der DDR-Regierung wurde Kreyssig ab 1956 von Auslandsreisen abgehalten: 1956 sollte Kreyssig an einer gemeinsamen Konferenz aus Mitgliedern des Leiterkreises der Deutschen Evangelischen Akademien und der Europäischen Laieninstitute in den Niederlanden teilnehmen. Von der Verweigerung der Ausreise, die neben Kreyssig noch zwei weitere Teilnehmer aus der DDR betraf, informierte er den Weltrat der Kirchen in Genf[428] und den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl, bei dem er sich vehement über die Verwehrung internationaler Beziehungen beschwerte.[429] Auch an der Weltkirchenkonferenz in Neu-Dehli 1961, zu der Kreyssig als Delegierter der EKD nominiert worden war[430], konnte er nicht teilnehmen.[431] Der ÖRK-Zentralausschuss wählte Kreyssig trotz der Reise-Behinderungen im Anschluss an die Vollversammlung in Neu-Dehli erneut zum Mitglied des Ausschusses der *Kommission für Weltmission und Evangelisation*.[432] Die internationalen Kontakte Kreyssigs blieben allerdings auf schriftliche Korrespondenzen oder Begegnungen in West-Berlin und in der Bundesrepublik beschränkt.

Ab der Weltkirchenkonferenz in Evanston beschäftigte sich Kreyssig vor allem mit dem globalen Armutsgefälle und kontaktierte Vertreter unterschiedlicher Konfessionen in den USA und Europa, um sein Vorhaben einer globalen ökumenischen Diakonie in die Tat umzusetzen. Nachdem er mit seinen Vorstellungen wie einem gemeinsamen Erntedankopfer katholischer und protestantischer Kirchengemeinden zugunsten der Entwicklungshilfe[433] an den jeweiligen kirchlichen Gremien – auch an der Skepsis des langjährigen Generalsekretärs des Weltrates der Kirchen Visser't Hooft – gescheitert[434] und von direkten internationalen Kontakten großteils abgeschnitten war, initiierte er auf dem Frankfurter Evangelischen Kirchentag 1956 die Zweckbestimmung der Kollekte in Höhe von 84.000 DM zugunsten von Hungernden.[435]
Aufgrund der zeitlichen Nähe kann angenommen werden, dass Kreyssig während der Weltkirchenkonferenz vom 15. bis 31. August 1954 in Evanston mit einzelnen der insgesamt 502 Delegierten aus 161 Mitgliedskirchen[436] über seine Konzeption der *Aktion Sühnezeichen* sprach - nur

---

[424] Weiß (1998), S. 303f.; da Kreyssig DDR-Bürger war, musste er ein Visum für die USA beantragen, was ihm nach Intervention durch den Leiter des Ökumenischen Instituts Bossey Robert C. Mackie erteilt wurde. [Senta Maria Klatt an Ilse Friedenberg, dat. 18. Juni 1954; Mackie an Kreyssig, dat. 25. Juni 1954; Kreyssig an Mackie, dat. 1. Juli 1954, AWK, o.Sign.]
[425] Willem Adolph Visser't Hooft (1900-1985), Begründer und langjähriger Generalsekretär des Weltrates der Kirchen.
[426] Visser't Hooft an Kreyssig, dat. 19. Januar 1955 und 26. Januar 1955; Kreyssigs Antwort vom 22. Januar 1955 liegt nicht vor, lediglich Visser't Hoofts darauffolgende Replik vom 26. Januar [AWK, o. Sign.].
[427] Kreyssig an Robert C. Mackie, dat. 7. Juli 1955. Die Ausreisebewilligung seitens der DDR-Regierung hatte Kreyssig für diese Reise erhalten; vgl. Empfehlungsschreiben Otto Dibelius', dat. 6. Juli 1955 [AWK, o. Sign.].
[428] Schreiben Kreyssig an Weltrat, ohne pers. Adressaten, dat. 14. September 1956, [AWK, o. Sign].
[429] Kreyssig an Vorsitzender des Ministerrates, dat. 12. September 1956, Abschrift [AWK, o.Sign.].
[430] Brief Kreyssig an Pfarrer Herbert Lötz und Pfarrer Karl Herbst, dat. 10. Dezember 1960 [AAN].
[431] Die DDR-Behörden wählten aus 20 nominierten TeilnehmerInnen 8 aus. [Kreyssig an Berthilde Scheiff, dat. 20. Oktober 1961, EZA 614/91]
[432] Oekumenischer Rat der Kirchen, Visser't Hooft an Kreyssig 2. Februar 1962 [EZA 97/896]
[433] Konzeptpapier Kreyssigs, undat. [AWK, o. Sign.]. Einen konkreten Vorstoß machte Kreyssig auf der abschließenden Vollversammlung der Tagung Responsible Society in Arnoldshain am 14. Juli 1956 [Weiß, S.322ff.]
[434] Weiß (1998), S. 319.
[435] Weiß (1998), S. 322.
[436] Krüger, Hanfried. The Life and Acitivities of the World Council of Churches, In Fey, Harold E., The Ecumenical Advance. A History of the Ecumenical Movement Vol. 2 (1970). London: S.P.C.K. Holy Trinity Church, London. S. 27-62, S. 39.

einen Monat zuvor hatte er sein Konzept auf einer Sitzung der Arbeitsgruppenleitung des *Deutschen Evangelischen Kirchentages* im Juli 1954 in Leipzig diskutiert.[437] Eine Abschrift von Kreyssigs Diskussionsvorlage mit dem Hinweis „VERTRAULICH zur persönl. Information" fand sich im ÖRK-Archiv, allerdings ohne Begleitschreiben und ohne weitere Vermerke.[438] Diese Abschrift stammte von Ilse Friedeberg, Dolmetscherin und Lehrbeauftragte für die oekumenische Hochschule in Bossey, zugleich auch Kreyssigs persönliche Verbindung zu Visser't Hooft.[439] An sie hatte Kreyssig den Aufruf aus 1954 gesandt, und Friedeberg leitete ihrerseits eine Abschrift an Kraemer und Visser't Hooft weiter.[440] Friedeberg nahm in zwei Briefen Bezug auf den Aufruf: Mitte Juli bestätigte sie die Weiterleitung an Hendrik Kraemer und Adolf Visser't Hooft und replizierte die – offenbar zuvor von Kreyssig berichtete – Reaktion Heinrich Grübers: „Die Eingebung kam von keinem andern als dem, den wir bitten: Veni, Creator Spiritus!"[441]

Drei Wochen später adressierte Friedeberg Kreyssig erneut in Sachen Aufruf:

> Wenn ich an Deinen Aufruf „wir bitten um Frieden" denke, so ist da auch etwas von der Verwandlung des Leidens in das Ebenbild Christi, durch die Kraft Gottes. Und so ist es mein Gebet für die Vollversammlung, dass das Leiden und die politischen, rassischen und konfessionellen Spannungen und Traditionen der Völker durchsichtig werden mögen für das Bild Christ, das durch ihre Mannifaltigkeit in einem viel größeren Reichtum des Ausdrucks erstrahlen soll in seiner gesamten Schöpfung. Denn wie Brot und Wein im Abendmahl, so sollen auch Menschen und Völker und alles, was Gott ihnen gegeben hat, Christusträger, „Christophori" werden.[442]

Über mögliche Projektvermittlungen, für die das internationale und interkonfessionelle Netzwerk des Weltkirchenrates[443] prädestiniert war, liegen keine schriftlichen Unterlagen vor. Die *Aktion Sühnezeichen* wurde allerdings dank Kreyssigs eigener ökumenischen Verbindungen und dank seiner und seiner Mitstreiter Sensibilität für aktuelle Entwicklungen Teil ökumenischen Agierens und hat durch die Partizipation an zwei symbolträchtigen Bauwerken in Coventry und Taizé Erwähnung in Beiträgen in einem vom Weltkirchenrat herausgegebenen Sammelband gefunden.[444]

Eine Korrespondenz Kreyssigs mit Visser't Hooft in Sachen *Aktion Sühnezeichen* findet sich erst 1961. Eine von Kreyssig während der EKD-Synode vorgeschlagene Entschließung zum Eichmann-Prozess in Israel, in der die Annahme der Schuld durch alle Deutschen und die Auslieferung Eichmanns an Deutschland gefordert werden, wurde am 14. Februar 1961 einstimmig angenommen. Kreyssig übermittelte Visser't Hooft, der den Entschließungsantrag unterstützt hatte, im Nachspann zur Synode das aktuelle Programm der *Aktion Sühnezeichen*.[445] In seiner Antwort bezog sich Visser't Hooft ausschließlich auf „dieses ganz tiefe Wort" zum Eichmann-Prozess.[446] Diesmal hätte „die Kirche gerade früh genug gesprochen, und nicht gewartet bis die weite Welt sie zu einem Wort zwingt". Visser't Hooft kündigte die Veröffentlichung der Entschließung im Pressedienst an und nahm Bezug auf das – wie Besier argumentiert u.a. von Visser't Hooft selbst als Voraussetzung für die Aufnahme der Deutschen

---

[437] siehe auch folgender Abschnitt Aufruf zur Gründung der Aktion Versöhnungszeichen (Sühnezeichen)
[438] Text [Großschreibung und Abkürzung wie im Original] mit Absenderangabe Präses Dr. Kreyssig, Deutscher Evangelischer Kirchentag Leipzig 1954. Überschrift: *Wir bitten um Frieden.* [Archiv WKR, Genf, o.Sign.]
[439] ausgesprochen in Brief Kreyssig an Friedeberg, dat. 28.1.1954 [EZA 614/216]
[440] Friedeberg an Kreyssig, 15. Juli 1954 [EZA 614/216] Eine unmittelbare Reaktion Visser't Hoofts und Kraemers auf Kreyssigs Sühnezeichen-Konzeption fand sich weder im Archiv des Weltkirchenrates, noch im Nachlass Kreyssigs, noch in der Korrespondenz mit Friedeberg.
[441] Ebd.
[442] Friedeberg an Kreyssig, 6. August 1954 [EZA 614/216]
[443] vgl. Beiträge in der Eigenpublikation Weltkirchenrat: Fey, Harold E. Confessional Families and the Ecumenical Movement, In Fey, Harold E., The Ecumenical Advance. A History of the Ecumenical Movement Vol. 2 (1970). London: S.P.C.K. Holy Trinity Church, London. S. 115-142.
[444] Siehe Margull, Hans Jochen. The Ecumenical Movement in the Churches and at the Parish Level, In Fey, Harold E., The Ecumenical Advance. A History of the Ecumenical Movement Vol. 2 (1970). London: S.P.C.K. Holy Trinity Church, London. S. 353-372, S. 358 (wobei der Autor die Aktion Sühnezeichen nicht beim Namen nennt, sondern umschreibt "young Christians from Germany helped to rebuild Coventry Cathedral") und Edwards, David L. Signs of Radicalism in the Ecumenical Movement, In Fey, Harold E., The Ecumenical Advance. A History of the Ecumenical Movement Vol. 2 (1970). London: S.P.C.K. Holy Trinity Church, London. S. 373-409, S. 407 (dieser Autor bezieht sich auf die Sühnezeichen-Publikation von Skriver, 1962).
[445] Kreyssig an Visser't Hooft, dat. 18. Februar 1961 [Archiv, WKR, Genf, o.Sign.]
[446] davon berichtete Kreyssig in seinem Brief an seine katholischen Gesprächspartner Emanuel Heufelder, Gertrude Reidick und Thomas Sartory, dat. 8. März 1961 [ÖIN]

Evangelischen Kirche in den Weltkirchenrat und für humanitäre Hilfe eingeforderte[447] – sog. ‚Stuttgarter Schuldbekenntnis': „Für mich ist auch noch wichtig, dass in dieser Weise bezeugt wird, dass der Geist von Stuttgart 1945 nicht verschwunden ist."[448] Visser't Hooft sollte einige Jahre später, nach seiner Pensionierung und Ernennung zum Ehrenpräsidenten des Weltrates der Kirchen Namensgeber des am 16. November 1968 eröffneten „Dr. W.A. Visser't Hooft Centrum" in Rotterdam – des größten Sühnezeichen-Projekts während der ersten 25 Jahre – werden.

2.2 Erich Müller-Gangloff

> Er hat ein feines Gefühl für das, was aus Not und Chance der Gegenwart in die Zukunft weist.[449]

> ... so bin ich heute dankbar, dass es Sie gibt und dass wir als zwei evangelische Laienbrüder in einer so exemplarischen Weise Weg-genossen sind. Goebbels würde hier der Versuchung erliegen, das „einmalig" zu nennen. Er hätte sogar recht. Aber seit ihm ist die Unbefangenheit dahin.[450]

Erich Müller-Gangloff, Gründungsdirektor der *Evangelischen Akademie zu Berlin*, nahm eine zentrale Rolle für die Operationalisierung der Kreyssigschen Versöhnungskonzeptionen *Aktion Sühnezeichen, Aktiongemeinschaft für die Hungernden* sowie des *Weltfriedensdienstes* ein. „Müller-Gangloff brachte Bodenhaftung für Kreyssig, der immer ein wenig abgehoben war", so Müller-Gangloffs Nachlassverwalterin Waltraut Hopstock, die ab Mitte der 1950er bis Mitte der 1970er Jahre selbst Mitarbeiterin in der *Evangelischen Akademie* in Ostberlin, bis 1961 unter Leitung von Müller-Gangloff war. Der intellektuelle Müller-Gangloff hatte, Hopstocks Erinnerung zufolge, ein ausgeprägtes „Gespür dafür, was heute richtig ist, und dafür, was morgen nötig ist."[451]

Erich Müller-Gangloff war in der evangelischen Nomenklatur nach dem Zweiten Weltkrieg eine ebenso spät berufene wie illustre Persönlichkeit wie Kreyssig selbst. Eine Biographie Müller-Gangloffs liegt nicht vor. Auch bei der heutigen *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* ist er in Vergessenheit geraten. Dabei war Müller-Gangloff Geburtshelfer, letztlich sogar Namensgeber für die *Aktion Sühnezeichen*[452] und über die ersten zehn Jahre Wegbegleiter mit den formaljuristisch bedeutenden Vereinsfunktionen als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender von *Versöhnungsdienste e.V.* ab der Vereinsgründung 1960 bis 1968 (danach noch bis 1976 Vorstandsmitglied).

2.2.1 Zur Person

Müller-Gangloff, Jahrgang 1907, 1936 mit Hildebund, geb. Neye aus Berlin-Spandau verheiratet, verstorben 1980, hatte über seine Großmutter Rosa Levy mütterlicherseits jüdische Wurzeln; viele seiner jüdischen Verwandten konnten vor der nationalsozialistischen Verfolgung in die USA oder in das spätere Israel auswandern.[453] Über mögliche eigene Verfolgungs- und Diskriminierungserlebnisse während des Nationalsozialismus sind keine Informationen verbrieft. Müller-Gangloff stand vielmehr dem Deutsch-Nationalismus nahe. Nach seinem Studium der Geschichte (Mittelalter) und Germanistik in Berlin und Marburg (Promotion 1931) arbeitete er bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme als Bibliothekarsvoluntär in Berlin-Spandau. In einem kurzen von ihm autorisierten biographischen Abriss aus 1970 findet sich die Selbsteinschätzung, wonach er bereits als Student politisch aktiv war. Sein

---

[447] Besier, Gerhard. (1985), S. 25.
[448] Visser't Hooft an Kreyssig, dat. 23. Februar 1961 [Archiv, WKR, Genf, o.Sign.]
[449] So Kurt Scharf in seinem Vorwort und Gruß in *Sonderband Kommunität* Im Spannungsfeld. Fünfzehn Jahre Evangelische Akademie Berlin 1952-1967, 1967, S. 5-6: hier S. 6.
[450] Kreyssig an Müller-Gangloff, dat 9. Februar 1966 Geburtstagsglückwunsch [EZA 97/939]
[451] Gespräch mit Pastorin Waltraut Hopstock, Berlin, 14. Oktober 2004.
[452] Hans-Richard Nevermann,: Ein Zeichen gesetzt In *Kommunität* Berlin-West 1980, S. 6-7
[453] Informationen aus einem Gespräch mit Pastorin Waltraut Hopstock mit dem Autor, Berlin, 14. Oktober 2004.

damaliger politischer Standort war demzufolge „rechts vom Nationalsozialismus in geistiger Zuordnung zu Ernst Jünger (Freischar Schill) und Ernst Niekisch (‚Widerstand')". Über seine Aktivitäten bis zu seinem Einsatz als Flaksoldat (Obergefreiter) der deutschen Luftabwehr[454] in Frankreich liegen nur wenige Informationen vor.

Müller-Gangloff war einer der Chefredakteure der Zeitschrift *Die Kommenden. Großdeutsche Zeitung und Nachrichtenblatt der deutschen Jugendbewegung*, die von Mitte der 1920er Jahre bis 1933 bestand. Um die Zeitung formierte sich nach und nach ein Kreis nationalsozialistischer und nationalrevolutionärer Jugendgruppen, die sich nicht in die entstehende Hitler-Jugend eingliedern wollten. Trotzdem verblieb die Zeitschrift im Dunstkreis der NSDAP. In der Zeitung stellte Ernst Jünger 1929 Hitlers Politik sowohl inhaltlich (Antisemitismus und Antikommunismus) wie auch methodisch (Massenpropaganda) in Frage. Ernst Jünger übernahm 1930 die Herausgeberschaft von *Die Kommenden*.[455]

Müller-Gangloff scheint aber auch als Autor in der von Erich Mühsam, einem der frühen intellektuellen Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft[456], von 1926 bis 1931 herausgegeben Zeitschrift *Fanal* mit dem Beitrag „Ewig in Aufruhr. 15 Porträts deutscher Rebellen" auf.[457] 1933 publizierte er – noch unter seinem Geburtsnamen Erich Müller – das Buch „Nationalbolschewismus". Unter diesem „an sich grotesken Wort" verstand er „die Bestrebungen des deutschen Bürgertums und seines Staates zu einem aus taktischen Gründen gebotenen Zusammengehen mit den völlig fremden und innerlich abgelehnten [kommunistischen, Anm.] Mächten des Ostens". Diese Schicksalsgemeinschaft stellte er in den historischen Kontext der auf den Beginn des 19. Jahrhunderts zurückgehenden „schützenden Rückendeckung im Osten", von der auch Bismarck bei der Etablierung des „preussisch-deutschen Reiches" profitierte, und die „... durch die Zeitenwende, in der wir stehen ... erst in ihrer ganzen Größe und Bedeutung sichtbar werden". Müller-Gangloff plädierte für eine Stärkung dieser „Schicksalsgemeinschaft". Für Deutschland sah er die Perspektive in einem „Reich deutscher Nation", dessen Aufgabe „nicht wie die des alten [Reiches] im Süden oder Westen des Abendlandes, sondern im bäuerlich-chaotischen Osten liegen wird". Müller-Gangloff argumentierte in diesem frühen Werk gegen den bürgerlichen Wirtschaftsstaat und Nationalstaat und befürwortete wie jüngst vom britischen Historiker Niall Ferguson[458] erneut postuliert, Imperien, Reiche, die die Rolle überregionaler Einfluss- und Stabilitätsfaktoren einnehmen sollten. Dass das Reich im Osten kommunistisch regiert war, störte Müller-Gangloff nicht, denn „der Bolschewismus ist nicht das letzte Wort des russischen Volkes".[459]

Religion als Antithese zu Materialismus und Kapitalismus hatte bereits zu dieser Zeit fundamentale Bedeutung für Müller-Gangloff: der „technische Mensch", der Arbeiter, sei zwar ein „gesünderer und sauberer Typus als der kapitalistische Mensch, der Bürger", weil dieser dem „Elementaren" näher sei, was sich schon darin ausdrücke, „dass er anders als der Bürger ein echtes Verhältnis zum Kriegertum hat". Allerdings ist auch der Technik-Glaube „ein Glaube ohne kultische Substanz";

> „Wer wie der Arbeiter den Traktor an die Stelle Gottes setzt, mag sympathischer sein, als der Bürger, dem das Bankkonto Gottes Stelle vertritt, im Grunde ist aber auch er ein hoffnungsloser Mensch. Denn die Technik schafft ja gar nichts Neues, der Schöpfung Ebenbürtiges. Was sie schafft sind nur Surrogate, Ersatzmittel. So ist auch der Menschentyp, den sie prägt, der Arbeiter, ein Ersatzmensch, der keine mythische Substanz, keinen eigenen kultischen Rang besitzt. Auch der Arbeiter Jüngers ist,

---

[454] mit „intern" überschriebene Entgegnung zu dem am 21.1.1971 in der Narodny Vybory erschienenen Artikel über eine angeblich subversive Tätigkeit der Ev. Industriejugend und der AS in der CSSR in den Jahren 1967-1969, dat. 3. März 1971, gez. Jürgen Winkel [EZA 670/366]
[455] Richard Schapke, 2004, „Die Kommenden" – Geschichte einer bündischen Zeitschrift [www.die-kommenden.net/dk/artikel/die_kommenden.htm; 28. Dezember 2004]
[456] Mühsam, Erich 6. April 1878 – 10. Juli 1934 (KZ Oranienburg), anarchistisch-kommunistischer Schriftsteller [Burkhard Asmuss (Hg.), 2002, Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung. Deutsches Historisches Museum: Berlin, S. 75f.
[457] *Fanal* 153, zitiert nach www.twokmi-kimali.de/texte/Fanal1.htm, 28. Dezember 2004.
[458] Ferguson, Niall, Das verleugnete Imperium (2004). Propyläen.
[459] Müller-Gangloff, Erich alias Müller Erich, Nationalbolschewismus (1933). Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 5, 8 u. 42

> wenn man von seiner kriegerischen Funktion absieht, nicht mehr als ein Proletarier, ein Erbeloser, ein ‚letzter Mensch' im Sinne Nietzsches."[460]

Eine positive Erschließung von „kultischer Substanz" findet sich in Müller-Gangloffs Aussagen zu dieser Zeit nicht. Er blieb der funktionalen platonischen Staatsorganisation verhaftet. Für die Reichskonzeption nach Osten sah Müller-Gangloff das östliche Christentum für ein germanisch-slawisches Reich als Weiterentwicklung des germanisch-römischen Reiches der katholischen Christenheit und dem nachfolgenden germanischen Reich des Protestantismus an.[461]

2.2.2 Berührungs-/Anknüpfungspunkte mit Widerstandsgruppen

Über eine Tagebucheintragung aus 1933 ist Müller-Gangloffs Freundschaft mit Fritz [Friedrich] Reck-Malleczewen (1884-1945, ermordet in Dachau), bekannt, der zur Gruppe um Ernst Niekisch (1889-1967) zählte und auf dessen ostpreußischen Landsitz er sich 1933 längere Zeit aufhielt.[462] Aus dieser Zeit stammt seine erste kritische Einschätzung des Nationalsozialismus: Müller-Gangloff verglich Hitler mit der Mittelmäßigkeit eines Robespierre während der Französischen Revolution, die er als historischen Bezugsrahmen für die nationalsozialistische Revolution in Deutschland heranzog. Die Emigration der Aristokraten in Frankreich verglich er mit der Lage der Juden, und er fragte sich, ob die deutschen Septembermorde, „wenn sie kommen", den Juden oder etwa anderen gelten würden.[463]

Vermutlich über Reck-Malleczewen war er zum Autor in der von Karl Ludwig Reichsfreiherr von und zu Guttenberg (1902-1945) herausgegebenen Zeitschrift *Weiße Blätter. Monatsschrift für Geschichte, Tradition und Staat* avanciert.[464] In – weiter unten beschriebenen – Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR findet sich die Vermutung, Müller-Gangloff wäre 1940 SS-Offizier gewesen und 1942 zu einer Geheimmission nach Frankreich geschickt worden. Im Laufe der Zeit wäre er demnach mit Adam von Trott zu Solz und Theodor Steltzer[465], beide Mitglieder der Widerstandsgruppe um Helmuth James Graf von Moltke (*Kreisauer Kreis*)[466] in Kontakt gekommen. Das geheime Netzwerk würde als Vorbild für spätere Untergrundaktivitäten innerhalb der DDR dienen.[467]

Rekonstruieren lässt sich eine vergleichsweise frühe und über Jahrzehnte wiederkehrende Thematisierung des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und seinen Führer Adolf Hitler in Tagungen der Evangelischen Akademie, jeweils zum Jahrestag des gescheiterten Attentates vom 20. Juli 1944, erstmals 1954. Dank der breiten Perzeption dieser Tagungen prägte Müller-Gangloff die Redewendung „Unbewältigte Vergangenheit", die er erstmals 1955 in der Einladung zur Tagung verwendete: „Die Schatten einer unbewältigten Vergangenheit zeigen sich mächtiger denn je".[468] 1956 fand die Tagung

---

[460] Ebd. S. 42
[461] Ebd, S. 44f.
[462] Die in der Folge unregelmäßigen Tagebuchaufzeichnungen Müller-Gangloffs beginnen mit dem Besuch bei Reck-Malleczewen.
[463] Tagebucheintrag 18. Juli 1933, zitiert nach einem Vortrag von Waltraut Hopstock aus den Tagebuchaufzeichnungen, gehalten bei der Tagung „Zukunft aus der Geschichte –Versuch einer Ortsbestimmung" Tagung zum 90. Geburtstag von Erich Müller-Gangloff 4. bis 6. Juli 1997, veranstaltet von der Stiftung Adam von Trott, Imshausen, handschriftliches Manuskript, zur Verfügung gestellt von Frau Hopstock.
[464] Die Zeitschrift trug von ihrer Gründung 1932 bis 1934 den Namen *Die Monarchie. Zeitschrift für deutsche Tradition*. Als Weiße Blätter bestand die Zeitschrift bis 1943; sie war um Propagierung eines konservativen Staats- und Gesellschaftsbildes bemüht. Herausgeber Guttenberg, der Kontakte zum militärischen Widerstand und zum *Kreisauer Kreis* pflegte, wurde noch am 24. April 1945 von einem Sonderkommando des Reichssicherheitshauptamtes ermordet. [Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Eintrag Guttenberg, Band XXII (2003), von Manfred Berger, www.bautz.de/bbkl/g/guttenberg_k_l_h.shtml, 28. Dezember 2004]
[465] Zu Theodor Steltzer vgl. einen jüngeren biographischen Abriss im gegenständlichen Kontext: Klein, Michael (2007) Protestant in engagierter Distanz – Der Widerstandskämpfer und Ministerpräsident Theodor Steltzer (1885-1967), MKiZ, 2007/1, S. 9-26.
[466] Van Roon, Ger, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung (1967). München: Oldenbourg Verlag.
[467] Zitiert nach Thomas (2002a), S. 55f.
[468] Zitiert nach Franz von Hammerstein: Der Widerstand gegen das Nazi-Regime im Denken und Handeln von Erich Müller-Gangloff, Vortrag gehalten bei der Tagung zum 90. Geburtstag von Erich Müller-Gangloff 4. bis 6. Juli 1997, Stiftung Adam von Trott, Imshausen, [WH] die Tagung vom 15. bis 18. Juli 1955 stand unter dem Thema „Verbindlichkeit und Problematik unserer Geschichte", vgl. Kohlstruck (1997b), S. 13.

unter dem Titel „Hitler oder die unbewältigte Vergangenheit“ statt.[469] Das neu errichtete Studentenwohnheim neben dem Tagungshaus der Evangelischen Akademie Am Kleinen Wannsee in Westberlin wurde 1962 nach Adam von Trott zu Solz benannt. Bei der von Müller-Gangloff 1967 maßgeblich betriebenen Gründung des *Comenius-Club e.V. Gesellschaft für deutsch-osteuropäische Beziehungen*, wurde der im selben Jahr verstorbene Theodor Steltzer posthum als Gründungsmitglied geführt.[470] Der Comenius-Club, dem Müller-Gangloff ab 1970 als Ehrenvorsitzender angehörte, verstand sich als Fortführung einerseits der Ideen der Widerstandsgruppe *Kreisauer Kreis* um James Helmuth Graf von Moltke und andererseits der *Aktion Sühnezeichen* mit konkretem Gegenwartsbezug – bis 1972 war der Comenius-Club sogar Untermieter bei der *Aktion Sühnezeichen*. Den Inhalten des *Kreisauer Kreises* und seiner ideengeschichtlichen Genese fühlte sich der *Comenius-Club* nachhaltig verpflichtet. 1969 kam es zu einer gemeinsamen Initiative der *Aktion Sühnezeichen* mit dem Comenius-Club, im seit 1945 polnischen Ort Krzyzowa (Kreisau) eine polnisch/deutsche Begegnungsstätte im ehemaligen Gutshaus der Familie von Moltke einzurichten. Der Comenius-Club, so der Vorschlag, könnte als Träger fungieren, das Know-how sollte vom Comenius-Club und der Ev. Akademie eingebracht werden.[471] 1970 wurde vom Comenius-Club und der Westberliner Evangelischen Akademie eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit dem Bild Polens in bundesdeutschen Schulbüchern kritisch auseinandersetzte.[472] Im Sommer 1977 wurde der Verein aufgelöst.

2.2.3 Vom nationalen Deutschen zum bekennenden Christen

Müller-Gangloffs 1941 unter dem Pseudonym Christoph Obermüller erschienenes, mehr als 650 Seiten umfassendes Buch über „die deutschen Stämme. Stammesgeschichte als Namensgeschichte und Reichsgeschichte“ beschäftigte sich mit dem „Reichsgedanken abendländischer Prägung“. Das Buch erschien in drei Auflagen (1940, 1941 und 1942) und wurde 1990 nachgedruckt.[473] Müller-Gangloffs Anspruch war keinesfalls tiefgestapelt:

> Aus der als Namensgeschichte konzipierten Stammesgeschichte erwächst eine von den Stämmen als den Gliedern eines größeren Ganzen her betrachtete Geschichte unseres gesamten Volkes, und zum umfassendsten Gegenstand der Darstellung wird d i e d e u t s c h e G e s c h i c h t e [!].[474]

Seinen politischen Wandel beschrieb er später als „Überwindung des Nationalsozialismus durch die Erfahrungen der Hitlerzeit“.[475] Als entscheidend für seine Nachkriegsexistenz, die er mit dem Namenszusatz Gangloff, der Bezeichnung des Kirchensprengels seines Geburtsortes[476], als Erich Müller-Gangloff[477] führte, können neben der Auseinandersetzung um die deutsche Identität und den Kriegserfahrungen seine Erlebnisse während der knapp eineinhalbjährigen amerikanischen Kriegsgefangenschaft in den Lagern Mailly-le-Camp und Romilly sur Seine in Frankreich angeführt werden. Die letzten sieben Monate vor seiner Flucht am 6. Juli 1946 war Müller-Gangloff kirchlicher Mitarbeiter und Lagerpresbyter des Lagerpfarramtes des protestantischen Dekanats Pirmasens/Pfalz.[478]

---

[469] Müller-Gangloff, 1980: Evangelische Akademie Berlin – nach fünf Jahren. In *Kommunität* Berlin-West 1980, S. 6-7 [Erstveröffentlichung 1956, erneuter Abdruck in der Gedenkschrift nach Müller-Gangloffs Tod 1980], S. 30-34, hier: S. 34.

[470] Weitere Gründungsmitglieder: Stadtrat Erwin Beck, Christoph Gahl, Franz von Hammerstein, Kurt Leopold, Konrad Lindenhorst, Lothar Pinkall, Sepp Schelz. Aus Comenius-Club e.V. Aufgabenbeschreibung, dat. November 1967 [EZA 670/368]

[471] Brief von ASF, Hammerstein und Comenius-Club, Dr. Eberhard Sommer, dat. 14. Mai 1970 an Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Georg Ferdinand Duckwitz, darin erwähnt die Unterstützung durch den regierenden Bürgermeister von Westberlin, Klaus Schütz in einer Rede vom 1. September 1969 [EZA 670/365]

[472] Vermerk, dat. 24. September 1970, o.A., Beilage zum Schreiben von Albertz an Scharf [LABB 1/1 Generalia, 98]

[473] Zitate beziehen sich sämtlich auf die 2. Auflage: Müller-Gangloff, Erich alias Christoph Obermüller, Die deutschen Stämme. Stammesgeschichte als Namensgeschichte und Reichsgeschichte (1941). Bielefeld und Leipzig: Velhaben und Klasing; Neuauflage bei Dietmar Fölbach, Koblenz (1990).

[474] Ebd., S. 14

[475] Biographischer Abriss in Müller-Gangloff, Erich, Vom gespaltenen zum doppelten Europa. Acht Thesen zur deutschen Ostpolitik, zugleich eine Antwort auf die „deutsche Frage“ (1970). Stuttgart: Radius. S. 125.

[476] Ebd.

[477] Die Geburtskunde lautete auf August Erich Müller, geb. in Roth am 12. Februar 1907. Eltern: August und Sophia, geb. Becker, Müller, wohnhaft in Roth. [EZA 670/337]

[478] Bestätigung ausgestellt vom Prot. Pfarramt Pirmasens-Süd, gez. vom ehem. Lagerpfarrer Dekan Kohlmann [EZA 670/337]

Über seine persönlichen Erlebnisse veröffentlichte er 1948 das Buch „Christen in Kriegsgefangenschaft“.[479] Darin versuchte er eine ‚Sinngebung der Gefangenschaft’:

> Auf ein Jahrzwölft maßloser Überheblichkeit ist für die Deutschen mit jener unheimlichen Folgerichtigkeit, die der Geschichte inne wohnt, eine Zeit der Erniedrigung gefolgt, die nur dann vor der Selbstentwürdigung bewahrt, wenn sie uns zur Einsicht und Einkehr gereicht.[480]

Von persönlichen Erlebnissen ausgehend unternahm Müller-Gangloff eine Bestandsaufnahme sowohl der Umstände der Kriegsgefangenschaft wie auch der eigenen psychischen Befindlichkeit – „innere Ereignisse“. Er postulierte:

> Wahrhaft und ganz positiv sinnerfüllt aber war die Zeit der Gefangenschaft wohl nur für die, die in der Wüste der Not und Einsamkeit zum Glauben fanden, denen, im Gleichnis gesprochen, hinter dem Stacheldraht Christus begegnet ist.[481]

Die unter diesen Umständen neu gewonnene Gläubigkeit verglich Müller-Gangloff mit der „so erstaunlich rasche[n] Ausbreitung der Bekennenden Kirche, deren streitbarste Vertreter zu einem wesentlichen Teil aus den Reihen dieser neu von Christus angerührten Menschen kamen“.[482] Aus den Glaubenserfahrungen unter diesen Umständen leitete er eine „Stacheldraht-Theologie“ ab, in deren Zentrum die Frage nach dem „Sinn allen Geschehens“ stand. Mit der deutschen Katastrophe und dem Zusammenbrechen bisheriger Überzeugungen und Sinnkonstruktionen wuchs „riesengroß die Frage der Schuld empor und hinter ihr, noch größer, noch lastender und bannender, die Sinnfrage schlechthin: die Frage nach der Wahrheit ...“, der anzunähern nur über den biblischen Begriff der Sünde möglich wäre.[483] Die Brücke zum christlichen Verständnis schlug Müller-Gangloff unter Bezugnahme auf Kapitel 1 Genesis („der Mensch sei dem Gott zum Bilde geschaffen“) und der christlichen Lehre von der Menschwerdung Gottes. Müller-Gangloff selbst bezeichnete diesen theologischen Anspruch als so ungeheuerlich, dass er entweder „der größte Wahnsinn“ oder aber „das größte Mirakel, der Mittelpunkt der Weltgeschichte“ wäre.[484] Müller-Gangloff, der selbst nicht ordiniert war, übte als Laienprediger religiöse Dienste in den „Stacheldrahtgemeinden“ aus und hielt Andachten, Vorträge und Bibelstunden.[485] Die „Kirche der Gefangenen“ verstand er als Chance für die Kirche nach dem Nationalsozialismus.[486]

Müller-Gangloffs Einstellung zum Antisemitismus, anlässlich einer Tagungsvorbereitung in seinem Tagebuch als Überlegung festgehalten, fußten auf einem christlich-theologischen Standpunkt und sind jenen Kreyssigs vergleichbar. Beide versuchten, die jahrhundertelange, auch identitätsstiftende Tradition christlich fundierten Antisemitismus auszublenden und die Religion auf ein ursprüngliches christologisches Verständnis zurückzuführen. Müller-Gangloff formulierte 1952

> Wir meinen im Grunde uns selbst, wenn wir die Juden verfolgen, ausplündern, ermorden; denn so wie sie müssten eigentlich wir Christen die von der Welt gehassten sein, stünden wir ganz unter der Botschaft unseres Herrn. Aber die Christen haben es immer nur eben ansatzweise gewagt, das Gottesvolk zu realisieren. [...] Deshalb hilft auch hier der Humanismus der Aufklärung mit dessen Phraseologie üblicherweise die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus bestritten wird, zu keinem Ziel. Dieser Humanismus hat sich selber missverstanden. Er lebte aus den Resten christlicher Seinsformen, ohne geistig mit deren Mitte verbunden zu sein. Wir haben eine typische Spaltung von Sein und Bewusstsein zu verzeichnen, der man nur mit einer radikalen Existenzanalyse zuleibe komme. Das Sein war noch dem biblischen Menschenbild, das Bewusstsein dagegen einem pseudogriechischen, nämlich idealistischen zugewandt. [...] Wir müssen den Menschen wieder als Ebenbild Gottes begreifen lernen, da nur von diesem biblischen Grundbefund her Humanismus möglich ist. Zugleich verliert damit aber auch der Antisemitismus jede geistige Basis, da die Aussage

---

[479] Müller-Gangloff, Erich, Christen in Kriegsgefangenenschaft (1948). Berlin: Verlag Die Schöpfung.
[480] Ebd., S. 8
[481] Ebd., S. 23
[482] Ebd., S. 24
[483] Ebd. S. 26f.
[484] Ebd., S. 30
[485] Ebd., S. 38
[486] Ebd., S. 49

> vom ebenbildlichen Menschen ja eben die der jüdischen Bibel ist, eine ebenso profunde und für die Geistesgeschichte der ganzen Menschheit entscheidende Aussage wie die über den personhaften, im Du des Gebetes ansprechbaren einen Gott.[487]

Ein seiner Diktion nach politisch-zeitgeschichtliches Buch, das nicht auf emotionale Erlebnisse sondern auf kognitive Verarbeitung aufbaute, wurde 1948 unter dem Titel „Vorläufer des Antichrist" veröffentlicht.[488] Müller-Gangloff unternahm darin eine kulturhistorische Verortung des deutschen Nationalsozialismus in der europäischen Geschichte. Den erst durch die Ausweglosigkeit des Zweiten Weltkrieges beendeten Verbrechen – „Totaler Krieg als totale Katastrophe"[489] – versuchte Müller-Gangloff insofern Sinn zuzuschreiben, als durch das Ausagieren des „Antichrist", für Müller-Gangloff ein Sinnbild der Moderne, ein deutsches Knowhow geschaffen wurde, mittels dessen es die Mission Deutscher wäre, „Verkünder des Antichrist als Warner vor ihm zu sein und sein Gesicht zu enträtseln und zu enthüllen, wo immer es sichtbar wird."[490] Die Thematik ließ Müller-Gangloff bis zu seinem Tod nicht los: 1974 vollendete er ein Manuskript mit dem Titel in der Letztfassung „Adolf Hitler oder das Fürchterliche in Person"[491], das ihn – mit verschiedenen Titeln versehen – über Jahrzehnte begleitete und dessen Veröffentlichung von zahlreichen Verlagen trotz anderer erfolgreicher Publikationen und der Bekanntheit Müller-Gangloffs und seines Wirkens abgelehnt wurde.[492]

2.2.4 Nachkriegsexistenz: Evangelische Akademie zu Berlin

Über die Zeit nach seiner Flucht aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft bis zu seinem Engagement als Gründungsdirektor der *Evangelischen Akademie Berlin* ist vor allem sein Engagement im kirchlichen Bereich – hier vor allem innerhalb der Laienbewegung und Ökumene – bekannt: ab 1947 Synodaler des Kirchenkreises Nauen in der Provinzialsynode Berlin-Brandenburg, ab 1949 Mitglied der Evangelischen Michaelsbruderschaft (von 1952 bis 1959 war Müller-Gangloff Schriftleiter der Zeitschrift der Bruderschaft *Quatember*, Jahresbriefe).[493] Nach seiner Mitarbeit beim evangelischen Kirchentag in Berlin 1951 gründete er die *Evangelische Akademie zu Berlin* (1952 in Ostberlin-Weißensee, 1955 in Westberlin Am Kleinen Wannsee) unter dem Motto „Ausbruch aus dem innerkirchlichen Ghetto in betonter Offenheit für alle Fragen, die die Welt von heute bewegen".[494] 1950 konnte er über ein konfessionelles Medienprogramm in die USA reisen, wo er jüdische Verwandte im Exil aufsuchte und mit dem Ausmaß des Holocaust von der Opferseite her vertraut wurde.[495] Über die Frequenz und Intensität des Austausches mit Verwandten in Israel sind keine Unterlagen vorhanden.[496] 1953 wurde er zum Ältesten im Gemeindekirchenrat Melanchthon, Spandau gewählt.[497] Dem von ihm als solches benannten Phänomen

---

[487] Tagebucheintrag vom 14. Oktober 1952; Typoskript, angefertigt und dem Autor zur Verfügung gestellt von Waltraut Hopstock.
[488] Müller-Gangloff, Erich, Vorläufer des Antichrist (1948). Berlin: Wedding.
[489] Ebd., S. 330ff.
[490] Ebd., S. 337
[491] Müller-Gangloff, Erich. Adolf Hitler oder das Fürchterliche in Person, [1976]). [Besitz Hopstock sowie EZA 670/402]
[492] Ablehnungen sind dokumentiert vom Flamberg Verlag, Zürich, dat. 27. Juli 1959; Kiepenheuer & Witsch, Köln, dat. 20. Juni 1961, Jugenddienst-Verlag, Peter Hammer Verlag, dat. 2. Dezember 1974, Kiepenheuer & Witsch, 19. November 1974, Econ Verlagsgruppe, 17. Dezember 1974, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 18. Dezember 1974, John Jahr, Verlagsgruppe Bertelsmann, 19. November 1974, Hoffmann und Campe, 9. November 1974 [EZA 670/403]; selbst der frühere enge Mitarbeiter Kurt Scharfs lehnte die Veröffentlichung als Verleger ab: Hansisches Druck- und Verlagshaus GmbH Hamburg, Sepp Schelz, dat. 25. August 1978 [EZA 670/402]
[493] Gerhard Fischer, 1980: Kommunität als Lebensform. In *Kommunität* Berlin-West 1980, S. 8
[494] Müller Gangloff In *Quatember* 1954/55, S. 32
[495] aus undat. Lebenslauf sowie Antrag auf Besuch in USA vom August bis November 1950: Sponsored by Hicog [U.S. High Commissioner for Germany] Project for the study of National and Local Radio Production in the U.S.A. Referenzen:v.d.Gablenz und Pfarrer Weckerling [EZA 670/337]; Vortrag von Waltraut Hopstock, gehalten bei der Tagung „Zukunft aus der Geschichte –Versuch einer Ortsbestimmung" Tagung zum 90. Geburtstag von Erich Müller-Gangloff 4. bis 6. Juli 1997, veranstaltet von der Stiftung Adam von Trott, Imshausen, handschriftliches Manuskript [WH]
[496] Im Zuge der Versuche der *Aktion Sühnezeichen*, in Israel Fuß zu fassen, erwähnte Müller-Gangloff einen Vetter in einem israelischen Kibbuz. Vgl. Müller-Gangloff an [Johannes] Müller, dat. 16. November 1961: „Ich habe einen besonderen Grund zum Mitdenken gerade bei dem Israel-Projekt, weil ich selber Verwandte in diesem Lande habe, die ich vor zwei Jahren habe besuchen können." [EZA 97/706]
[497] Verständigung des Kirchenrates, dat. 27. April 1953 [EZA 670/337]

der „Stacheldrahtchristen“ begegnete er vor allem in der Michaelsbruderschaft und auf den Tagungen der Akademie – zwei Foren, denen er über Jahrzehnte angehörte.[498]

Am 19. März 1951 nahm er an einer Tagung der Arbeitsgruppe Politik des Berliner Laientages teil, wo er einen Vortrag von Lothar Kreyssig hörte, den er bei dieser Gelegenheit vermutlich erstmals kennen und zugleich schätzen lernte.[499]

> Der Vortrag Kreyssigs war über alle Erwartungen gut ... Dieser Mann ist nicht nur ein prächtiger Christ, sondern zugleich auch eine lebendige Persönlichkeit. Was er sagte, zeigte ganz evident, dass man durch ein Leben in der Ostzone keineswegs dazu verurteilt ist, politisch zu verdummen, sondern dass man gerade hier eine in Deutschland sehr selten gewordene Reife erlangen kann. ...[500]

Mit Kreyssig sollte Müller-Gangloff in den darauffolgenden Monaten und Jahren öfter zusammentreffen; Kreyssig lud Müller-Gangloff nach der Begegnung im März 1951 zur Akademietagung „Vom Sinn der Geschichte“ Ende Juli 1951 in die Evangelische Akademie von Sachsen-Anhalt ein. Mit Müller-Gangloffs Engagement für die Evangelische Akademie in Berlin noch im gleichen Jahr waren beide Mitglieder des Arbeitskreises der Akademieleiter. Kreyssig wurde von Müller-Gangloff in einer Aufstellung tatkräftigster und wichtigster Helfer [für das Zustandekommen der Berliner Evangelischen Akademie] nach Kurt Scharf und vor Wilhelm Krummacher an zweiter Stelle genannt.[501]

In einem Tagebucheintrag vom 13. August 1950 – während seiner Amerika-Reise – hielt Müller-Gangloff fest, was ihn in der Evangelischen Akademie Berlin über seine gesamte Leiterperiode beschäftigen sollte: die ‚unbewältigte NS-Vergangenheit’

> Auch in Jahrhunderten wird die Schande, einen Hitler nicht nur hervorgebracht, sondern als obersten Führer 12 Jahre hindurch ertragen und all seine Schandtaten geduldet zu haben, nicht vom deutschen Volk fortzunehmen sein. Die Deutschen täuschen sich, wenn sie meinen, über die Dinge sei bereits Gras gewachsen. Es wird nie Gras darüber wachsen.[502]

In den USA traf er mit Eugen Rosenstock-Hussey[503] zusammen, den er Ende 1952 zu einer Tagung über Antisemitismus in die Akademie einlud, und dessen Überlegungen über Aufbau- und Friedenslager auch in die Konzeption der *Aktion Sühnezeichen* und des *Weltfriedensdienstes* einflossen.[504] 1954 führte Müller-Gangloff eine Reise zur Bruderschaft von Taizé. Vom Geist und der Umsetzung kommunitären Lebens sollte er in Folge dauerhaft fasziniert bleiben – nicht zuletzt nannte er die ab 1957 erscheinende Vierteljahresschrift der Akademie *Kommunität*.

Mit Kreyssig verband Müller-Gangloff eine vergleichbare religiöse Entwicklung als theologischer Autodidakt, eine genuine Abneigung gegen die amtliche Evangelische Kirche, in der sie allerdings beide in wesentlichen Funktionen tätig waren und in deren verschiedenen Plattformen, wie Leiterkreistagungen oder Kirchentagen sie wiederholt erfolgreich und richtungsweisend tätig waren.[505] Beide lasen täglich in

---

[498] Tagebucheintrag vom 1./2. Juli 1952; Typoskript, angefertigt und dem Autor zur Verfügung gestellt von Waltraut Hopstock.
[499] In seiner handschriftlicher Gratulation zu Müller-Gangloffs 65. Geburtstag spricht Kreyssig von „fast 28 Jahren unserer Weggenossenschaft“; dabei muss es sich aber um einen Rechenfehler handeln, weil sich Müller-Gangloff bis Juli 1946 in Frankreich aufgehalten hatte, zunächst als Kriegsteilnehmer, dann als Kriegsgefangener. Kreyssig an Müller-Gangloff, 16. Feb. 1972 [EZA 670/349]
[500] Tagebucheintrag vom 19. März 1951; Typoskript, angefertigt und dem Autor zur Verfügung gestellt von Waltraut Hopstock.
[501] Tagebucheintrag 9. Dezember 1951; Typoskript, angefertigt und dem Autor zur Verfügung gestellt von Waltraut Hopstock.
[502] Tagebucheintrag 13. August 1950, zitiert nach einem Vortrag von Waltraut Hopstock aus den Tagebuchaufzeichnungen, gehalten bei der Tagung „Zukunft aus der Geschichte –Versuch einer Ortsbestimmung“ Tagung zum 90. Geburtstag von Erich Müller-Gangloff 4. bis 6. Juli 1997, veranstaltet von der Stiftung Adam von Trott, Imshausen, handschriftliches Manuskript, WH.
[503] Eugen Rosenstock-Huessy (1888-1973), 1921 Gründer und erster Leiter der Akademie der Arbeit, 1923-1934 Professor in Breslau, Emigration in die USA, dort Lehrtätigkeit bis 1957
[504] Vortrag von Waltraut Hopstock aus den Tagebuchaufzeichnungen, gehalten bei der Tagung „Zukunft aus der Geschichte –Versuch einer Ortsbestimmung“ Tagung zum 90. Geburtstag von Erich Müller-Gangloff 4. bis 6. Juli 1997, veranstaltet von der Stiftung Adam von Trott, Imshausen, handschriftliches Manuskript, WH.; Tagebucheintrag vom 11. Dezember 1952 [WH].
[505] Müller-Gangloff befasste sich ab Mitte der 1950er Jahre u.a. in Rundfunkvorträgen mit der christlichen Existenz in der Postmoderne und veröffentlichte dazu seine an Rosenstock-Hussey angelehnte Konzeption eines christlichen Gottesvolks: Müller-Gangloff, Erich, Gottes Drittes Volk. Revolution aus dem Evangelium (1961). Stuttgart: Calwer; Ausführlicher: Müller-Gangloff, Erich, Horizonte der Nachmoderne. Mächte und Ideen im 20. Jahrhundert (1964). Geinhausen/Stuttgart: Verlagsgemeinschaft Burckhardthaus- und Kreuz-Verlag.

biblischen Schriften und hielten tägliche Andachten. Politisch waren sich Kreyssig und Müller-Gangloff über die Notwendigkeit des Dialogs über den Eisernen Vorhang des Kalten Krieges und die deutsch-deutsche Trennung hinweg einig. Allerdings verstand Kreyssig die deutsche Trennung als temporäres Phänomen, das nicht zuletzt durch die Annahme der Schuld wie in Form der *Aktion Sühnezeichen* zugunsten eines gesamtdeuschen Staates überwunden werden sollte.

2.2.5 Vom „Canaris-Geheimdienst" zum CIA?

Müller-Gangloff war offen im Umgang mit dem DDR-Regime. Seine langjährigen Kontakte zum hochdekorierten Informanten des Ministeriums für Staatssicherheit Hans-Joachim Seidowsky (IM Gerhard)[506], den er im Juli 1961 sogar zu einer Reise nach Sizilien mitnahm, lassen sich anhand eines umfangreichen Aktenbestandes nachzeichnen.[507] Die britische Historikerin Merrilyn Thomas widmete Müller-Gangloff ein Kapitel in ihrer Doktorarbeit. Darin bekräftigt sie die Vermutung Seidowskys und der von ihm angefertigten Stasi-Berichte wonach Müller-Gangloff ein CIA-Agent gewesen wäre, der über so genannte Hauskreise ein oppositionelles Untergrundnetz gegen das kommunistische Regime in der DDR aufbauen wollte.[508] Thomas' wesentlichstes Indiz für eine CIA-Agentenschaft, die Kriegsgefangenschaft Müller-Gangloffs, erfolgte allerdings nicht, wie behauptet, in den USA, sondern in Frankreich.[509] Eine der wiederkehrenden Formulierung in den Unterlagen des MfS, in diesem Fall aus einer „Analyse der Aktion Sühnezeichen" aus 1964 lautete:

> Müller-Gangloff, der bei der Organisierung von Feindtätigkeit (Untergrundgruppen) in der DDR auffiel, steht in direkter Verbindung mit dem Bonner Außenminister Dr. Gerhard Schröder. Diese Verbindung ist durch den Rechtsanwalt Dr. Edward Wätjen, einem Spitzenagenten des Canaris- und US-Geheimdienstes, zustande gekommen. Dr. Schröder war selbst einst Mitarbeiter im Rechtsanwaltsbüro des Dr. Wätjen ... der sich öfter bei Dr. Müller-Gangloff in Westberlin aufhält. Zum Leitungskreis der Aktion Sühnezeichen gehören als weitere ehemalige V-Männer des Canaris-Gemeindienstes Franz von Hammerstein und Dr. Harald Poelchau ....[510]

Für eine CIA-Tätigkeit Müller-Gangloffs liegen bis heute keine stichhaltigen Be- oder auch nur Hinweise vor. Müller-Gangloffs Nachlassverwalterin hält ihn schlicht für ungeeignet für Geheimdiensttätigkeit, weil er als Person zu eigenständig, „nicht institutionalisierbar" gewesen wäre.[511]

2.2.6 Umstrittener Grenzgänger

Müller-Gangloff war ein Grenzgänger, und das auch im engen Wortsinn. Er unternahm in den 1950er und 1960er Jahren zahlreiche Reisen, wie die bereits angeführten in die USA, nach Frankreich, Israel und Süditalien, aber auch in die Niederlande, die DDR und nach Osteuropa, nach Griechenland, für die *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* sogar nach Indien. Eindrücke und Kontakte, die er auf seinen Reisen sammelte, flossen in die Akademietätigkeit und in seine Publikationen ein. Zentrale Anliegen waren Müller-Gangloff die Verständigung der christlichen Religionen untereinander, mit dem Judentum, die friedliche Koexistenz zwischen Ost und West – auch zwischen der BRD und der DDR. Willy Brandt soll ihn „zu den geistigen Wegbereitern einer Wende in der Ost- und Deutschlandpolitik" gezählt haben.[512]

[506] Seidowsky erhielt 1966, 1969 und 1973 Verdienstauszeichnungen der NVA, zuletzt in Gold [MfS AIM 3654/71 Teil I 1-4 „Gerhard"]
[507] Aus Arbeitsplan für das III. Quartal 1962, Dat. HA V/4, 6.7.1962 [BStU AIM 3654/71 (IM Gerhard)]
[508] Thomas (2002), S. 52-65, hier: 52f.
[509] Thomas (2002), S. 56 Thomas geht fälschlich davon aus, dass Müller-Gangloff in den USA Gefangener war: "He [Müller-Gangloff] remained in America until about 1946". Auf der selben Seite wird diese falsche Behauptung als von Müller-Gangloff stammend und von Seidowsky auf Tonband aufgezeichnet wiederholt: "…he 'skedaddled' home from America and went to live with his mother in the Soviet Zone of Berlin …" Müller-Gangloff war zudem zu diesem Zeitpunkt bereits verheiratet und lebte mit seiner Frau Hildebund. Über das Schicksal seiner Mutter ist in den vorliegenden Archivdokumenten nichts bekannt.
[510] Analyse der Aktion Sühnezeichen, Berlin, den 15. Februar 1964 S. (nach BStU-Zählung:) 66 [BStU MfS HA XX/4 Nr. 301 Zentralarchiv]
[511] Auf Befragen verneinten der Archivar des Nachlasses Müller-Gangloffs im EZA, Dr. Künzel (Gespräch im August 2004), die Referenten im BStU, Brigitte Freudenberg (Gespräch im August 2004) und Nachlassverwalterin Waltraut Hopstock (Gespräch am 14. Oktober 2004) eine entsprechende Agententätigkeit.
[512] Hans-Richard Nevermann, 1980: Ein Zeichen gesetzt (Nachruf auf Müller-Gangloff), In *Kommunität* Berlin-West 1980, S. 6-7

Angesichts der alleine im Rahmen dieser Forschungsarbeit rekonstruierten Schnittpunkte als Akteur im Bereich Kirche - Politik im Westberlin der 1950er und 1960er Jahre und der Beteiligung an zahlreichen institutionalisierten nicht-staatlichen Organisationen und Vereinen sowie an gesellschaftspolitischen Aktionen – bis hin zu einem möglichen Einfluss auf die Versöhnungs- und Ostpolitik Willy Brandts – kann das Fehlen einer biographischen Arbeit über Müller-Gangloff als zeithistorische Forschungslücke bezeichnet werden, die sich auch auf andere Forschungsfelder auswirkt. So fand Müller-Gangloff Eingang in eine populärwissenschaftliche Überblicksarbeit über die Tätigkeit der Stasi in der BRD des vormaligen Studienleiters der Westberliner Evangelischen Akademie und Mitarbeiters der Forschungsabteilung des *Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR* (1992-2000), Hubertus Knabe, in der dieser Müller-Gangloff ohne Kontextualisierung und im Gegensatz zu Thomas eine Affinität zum DDR-Kommunismus unterstellt und diese kritisch beurteilt.[513] Müller-Gangloff bewegte sich Knabe zufolge „wie viele Christen mit hohem politisch-moralischem Anspruch" nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus „in einer Art ‚Schuldfalle', die seinen Missbrauch als Werkzeug der SED möglich machte, ohne dass er Mitarbeiter der Staatssicherheit war".[514] In die Monographie des Politikwissenschafters Jens Hacker floss vor allem Müller-Gangloffs These der Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund der Verbrechen während des Nationalsozialismus ein.[515]

Müller-Gangloff war an zahlreichen gesellschaftspolitischen Diskursen engagiert. Müller-Gangloff war, gemeinsam mit Helmut Gollwitzer, Propst Grüber u.a. Mitglied des Kuratoriums der Berliner Ausstellung Ungesühnte Nazijustiz. Dokumente zur NS-Justiz (1959-1961).[516] Neben den bisher angeführten Engagements sind sein Vorsitz der Bewegung *Kampf dem Atomtod* in Berlin, seine Teilnahme an der *Christlichen Friedenskonferenz* in Prag (1961) und seine Teilnahme an einem von Knabe als „spektakulär" und „propagandistisch" bezeichneten Gespräch mit Nikita Chruschtschow im Januar 1963 in Ostberlin zu nennen.[517] Zeitgenössische Quellen lassen den Schluss zu, dass Müller-Gangloff während seiner aktiven Zeit als Direktor der *Evangelischen Akademie Berlin* sowohl seitens der BRD-Regierungen wie seitens der Evangelischen Amtskirche mit Misstrauen und Ablehnung begegnet wurde. Nach dem Gespräch Müller-Gangloffs mit Chruschtschow im Januar 1963 wandte sich der Berliner Bischof Otto Dibelius mit einem harschen Brief an Müller-Gangloff, um „sehr ernste Bedenken" der Berliner Kirchenleitung „in bezug auf Ihre Teilnahme an dem Gespräch mit Chruschtschow" auszudrücken, wobei Dibelius weniger das Treffen selbst als die ausgebliebene vorherige Information der Kirchenleitung bemängelte: „Es scheint uns unerträglich, dass der Leiter einer ev[angelischen] Akademie in einem krit[ischen] Augenblick mit dem Staatsoberhaupt eines atheistisch festgelegten Staates Gespräche führt, ohne dass die Kirchenleitung davon rechtzeitig Kenntnis erhält." Auch wenn jedem evangelischen Staatsbürger die Freiheit zustünde, „Gespräche zu führen, mit wem er will", führte Dibilius die unverhohlene Drohung an: „Aber die Evangelische Akademie lebt ganz wesentlich von Beiträgen aus Kirchensteuermitteln."[518] Schon im darauffolgenden Monat wurde die Abberufung Müller-Gangloffs als

---

[513] Knabe, Hubertus, Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen (1999). Berlin: Propyläen/Ullstein, v.a. S. 295-300.
[514] Ebd., S. 296
[515] Hacker, Jens, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen (1992). Berlin; Frankfurt/Mail: Ullstein, S. 255, 286f., 334. Die von Polemik gegen zahlreiche vormalige Befürworter einer Anerkennung der deutschen Teilung getragene Publikation ist im Hinblick auf eine Einschätzung Müller-Gangloffs als Akteur im öffentlichen Raum insofern von Belang, als Hacker den Eingang der Müller-Gangloffschen These in einem einschlägigen Sammelband von Theo Sommer (Sommer, Theo (1966), Hrsg. Denken an Deutschland. Zum Problem der Wiedervereinigung – Ansichten und Einsichten.) aufzeigt. Hacker (1992), S. 287.
[516] Kohlstruck, Michael. Das zweite Ende der Nachkriegszeit. Zur Veränderung der politischen Kultur um 1960, In Schaal, Gary S. und Wöll, Andreas, Vergangenheitsbewältigung: Modelle der politischen und sozialen Integration in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte (1997). Baden-Baden: Nomos Verlags-Gesellschaft. S. 113-127, S. 122, Fn 13.
[517] Knabe (1999), S. 295.
[518] Dibelius an Müller-Gangloff, dat. 29. Januar 1963 [LABB 1/1 K 122]

Vorsitzender des Kuratoriums der Evangelischen Akademie betrieben.[519] Vorgegebener Grund für die Ablösebemühungen war die Doppelfunktion Müller-Gangloffs als Leiter der Akademie und zugleich Vorsitzender des übergeordneten Gremiums.[520] Noch Mitte desselben Jahres übermittelte das Auswärtige Amt in Bonn der Botschaft in Den Haag und dem Konsulat in Rotterdam eine Einschätzung Müller-Gangloffs durch die Berliner Dienststelle

> 1. Mueller-Gangloff, der sowohl Leiter der „Evangelischen Akademie Berlin" als auch Berliner Leiter der „Aktion Sühnezeichen" ist, hat wegen seines Eintretens für die Anerkennung der Teilung Deutschlands schon öfters von sich reden gemacht. Er war Sprecher einer Gruppe Westberliner, die im Januar dieses Jahres auf Einladung der SED anstelle Willy Brandts in Ostberlin ein Gespräch mit Chruschtschow führten.
> 2. In politischen Kreisen ist Mueller-Gangloff eindeutig als Ost-West-Brückenbauer abgestempelt, der den Kommunismus „totlieben" möchte und persönlich von großem Geltungsbedürfnis getrieben wird. Sein Aufsatz über Berlin „Hauptstadt des Jahrhunderts" in der Vierteljahreszeitschrift der ev. Akademie Kommunität, von Oktober 1962 wurde vom „Neuen Deutschland" am 9.10.1962 als Forderung nach einer neuen Senatspolitik gedeutet.
> 3. Auch in kirchlichen Kreisen ist man über Mueller-Gangloffs politische Äußerungen nicht glücklich, hält ihn aber für einen menschlich anständigen, wenn auch politisch gefährlichen Tor. Die Absicht, ihn von der Leitung der evangelischen Akademie zu entbinden, wird sich allerdings nicht leicht verwirklichen lassen, da dafür ein Kuratorium zuständig ist, das in personellen Fragen von der Leitung der evangelischen Landeskirche unabhängig ist.[521]

2.3 Gotthard Kutzner

> Ein wichtiger Mensch für Sühnezeichen war auch ein Beamter aus dem Ministerium, ich weiß nicht, war es das gesamtdeutsche Ministerium – Kutzner, der Sohn war einer der ersten Freiwilligen in Russland. Er hat uns eben im Westen die Kontakte zur Gesetzgebung und zu Bonn gemacht. [...] Kutzner war in den ersten 10 Jahren wichtig für uns, weil man ja für die Freiwilligen Versicherungen abschließen musste, und auch die Gesetzgebung war wichtig, Sozialversicherung und solche Sachen, das sind ja auch gesetzgeberische Dinge, die eine Rolle spielen, und vor allem dann später ganz besonders für die Kriegsdienstverweigerer, dass der Zivildienst auch gesetzlich anerkannt wurde.[522]

In seiner Erinnerung beschränkte Franz von Hammerstein Kutzners Rolle auf jene eines ‚Hausjuristen' der *Aktion Sühnezeichen* und blendete die zentrale Bedeutung Kutzners als Vermittler hoher Subventionen, vor allem aus städtischen Budgets, und als Initiator von Empfehlungen seitens der Landesschulbehörden zugunsten der *Aktion Sühnezeichen* völlig aus. Hinsichtlich Kutzners Dienstgeber verwechselte Hammerstein das *Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte* mit dem *Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen*. Für Kreyssig war Kutzner „im Aufmarsch unseres linken Flügels eine strategische Figur von erstem Rang".[523] Schon 1962 regte er an, Kutzner sollte von seinem vorgesetzten Bundesminister auf die Dauer von drei Jahren bei weiter laufender Bezahlung für die *Aktion Sühnezeichen* freigestellt werden.[524]

Während der ersten 15 Jahre der *Aktion Sühnezeichen* (BRD) nahm Gotthard Kutzner (1904-1980), Regierungsdirektor des 1949 eingerichteten *Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte* (BMVFK)[525] eine zentrale Rolle bei der Operationalisierung ein. Kutzner war Mitglied

---

[519] Aus Vermerk K I Nr. 5864/63, o.A. [OKR Rudloff?] nach einer Stellungnahme Müller-Gangloffs vom 26. Februar 1963 zu den Bemerkungen von OKR. Dr. Rudloff], handschriftliche Ergänzung von Konsistorialpräsidenten Ranke. [LABB 1/1 K 122]
[520] Aktenvermerk, dat. 24.9.1963, gez. Ranke [LABB 1/1 K 122]
[521] Auswärtiges Amt an Botschaft in Den Haag und Konsulat in Rotterdam, dat. 23. Juli 1963, gez. Oncken. Der Information an die Vertretungen in den Niederlanden waren Berichte aus Rotterdam und Den Haag vorausgegangen, die von einschlägigen Äußerungen Müller-Gangloffs in den Niederlanden berichteten. [pAdAA B 92/645] Die Berichte der BRD-Vertretungen wurden im Rahmen der Recherche nicht aufgefunden. Es kann vermutet werden, dass Müller-Gangloffs Äußerungen im Zusammenhang mit dem geplanten Projekt der Aktion Sühnezeichen (Ökumenischen Zentrum in Rotterdam) erfolgt waren.
[522] Interview mit Franz von Hammerstein am 19. Januar 2002, Berlin
[523] Kreyssig an Kutzner, dat. 15. März 1963 [NL Kutzner]
[524] Kreyssig (handschriftl.)an Kutzner, dat. 1. Februar 1962 [NL Kutzner].
[525] Zur Geschichte dieses Ministeriums bis 1968 siehe Lothar Wieland (Wieland, Lothar, Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (1968). Frankfurt/Main, Bonn: Athenäum Verlag). Die Bezeichnung des Ministeriums lautete bis 1954

des Leitungskreises und der Exekutive (1960-1968), Mitglied des Vorstands des Vereins *Versöhnungsdienste* (1962-1966) und stellvertretender Vorsitzender des Vereins *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* (1968-1972).[526] Bis 1974 war er Landesreferent für Frankreich. Der eigentliche Beginn seiner Mitwirkung bei der *Aktion Sühnezeichen* ist einer späteren Randbemerkung Kutzners zufolge mit April 1959 anzusetzen.[527] Gotthard Kutzner vertrat in der Sühnezeichen-Führung den „außerkirchlichen Bereich" (1959-1972). Er warb jeweils außerhalb der Evangelischen Kirche um Finanzmittel – im Ausmaß von bis zu einem Viertel des jeweiligen Jahresbudgets – und um Freiwillige, organisierte die strategische Presse- und PR-Arbeit innerhalb der BRD und betreute die Kontakte zu Gewerkschaften, Städte und Länder. Sein persönliches Engagement berichtete er an die amtierenden Minister und Staatssekretäre im Vertriebenenministerium, mit denen auch abgestimmt war, dass er die Ressourcen des Ministeriums und seinen Berufstitel für die *Aktion Sühnezeichen* einsetzen konnte.

Die von Konrad Weiß zitierte Aussage Hammersteins, wonach Kutzner in seiner Ministeriumsposition „nicht viel Arbeit hatte zu dieser Zeit und deshalb sehr intensiv bei der Aktion Sühnezeichen mitmachte" erscheint wenig überzeugend.[528] Die Verwendung seines ministeriellen Amtstitels samt der Anschrift im Berliner Bundeshaus für Korrespondenzen in Sachen *Aktion Sühnezeichen* lassen zumindest die Möglichkeit für eine offizielle Legitimation bzw. Beauftragung seitens seiner Dienststelle offen. Dazu kommen die Subventionen seitens der von Kutzner kontaktierten städtischen Kommunen und des Auswärtigen Amtes. Kutzners Verständnis der *Aktion Sühnezeichen* als jugendbildnerische, nicht als gesellschaftspolitische Institution, und seine Ablehnung öffentlicher politischer Stellungnahmen waren mit den politischen, staatlichen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Erwartungshaltungen kompatibel, ebenso wie die gute Stimmung, die die *Aktion Sühnezeichen* an ihren Einsatzorten für die Bundesrepublik Deutschland verbreitete. Dieser Mehrwert an Goodwill nach Außen und eine zumindest versuchte Steuerung nach Innen wurden ergänzt um den Informationsfluss, der von Kutzner an Regierungsstellen in seinem eigenen Ministerium und im Auswärtigen Amt geleitet wurde.

Unter Ausblendung eines eventuellen „dienstlichen" Auftrags Kutzners, die *Aktion Sühnezeichen* zu fördern und zu kontrollieren, bleibt – neben den essentiellen materiellen Beiträgen Kutzners bei der Akquirierung von Freiwilligen und Budgetmittel – Kutzners Verdienst eines massiven säkularen Gegengewichts zur evangelisch-kirchlichen *Aktion Sühnezeichen*. Damit sorgte er für eine Balance zwischen Kirche und Gesellschaft als Einflussfaktoren, die sowohl die operationale Umsetzung als auch das Wachstum der *Aktion Sühnezeichen* während der ersten Dekade ihres Bestehens entscheidend geprägt, zu einem großen Teil auch getragen haben.

2.3.1 Zur Person

Gotthard Kutzners Biographie war bewegt und spiegelte sein Schicksal als Vertriebener aus Schlesien nach 1945 und sein Engagement für die Evangelische Kirche in Abgrenzung zur katholischen Kirche wider.[529] Kutzner wurde 1904 im schlesischen Ort Kunersdorf geboren und wuchs in kleinbürgerlichen Verhältnissen auf. Er studierte Rechtwissenschaft und legte 1933 das zweite Juristische Staatsexamen ab.

„Bundesministerium für Vertriebene", ab 1954 wurden dem Ministerium die Kompetenzen für die Betreuung der Kriegssachgeschädigten und Evakuierten zugeteilt und die Bezeichnung geändert. Ebd. S. 23; Mit der Bildung des ersten sozialliberalen Kabinetts unter Bundeskanzler Willy Brandt 1969 wurde das Ministerium aufgelöst. [Kempf, Udo und Merz, Hans-Georg, Kanzler und Minister 1949-1998 (2001). Opladen: Westdeutscher Verlag, Eintrag Willy Brandt von Eckhard Jesse, S. 166-180, S. 171]

[526] Unklar ist, wie Kutzner mit der Aktion Sühnezeichen in Verbindung getreten ist. Ein späterer, mit 9. April 1974 datierter Bericht Kutzners (Kurzbericht über die Frankreichreise 25.3. – 4.4.1974; NL Kutzner), enthält die Bemerkung, dass sich sein Engagement bei der Aktion Sühnezeichen bald zum 15. Mal jährte.

[527] Aus Kurzbericht über die Frankreichreise 25.3.-4.4.1974, dat. 9. April 1974 [NL Kutzner]

[528] Weiß (1998), S. 347.

[529] Siehe auch biographischen Abriss im Anhang

Noch im selben Jahr trat Kutzner der NSDAP bei.[530] 1934-1936 arbeitete er in den Finanzämtern Elbing, Königsberg und am Oberfinanzpräsidium Königsberg, danach war er bis zu seiner Einberufung in die Wehrmacht im November 1939 Finanzamtsvorsteher in Rastenburg und Flensburg. In der Wehrmacht wurde Kutzner als Offizier der Reserve und Verwaltungsjurist u.a. zum Aufbau von Fliegerwaffenschulen als Adjutant des Kommandeurs eingesetzt. 1943 erfolgte ein Fronteinsatz als Einheitsführer bzw. Kommandeur in der Luftabwehr an der Atlantikküste und im belgischen Industriegebiet (Lüttich). Von Jahresbeginn bis Herbst 1945 war er in französischer Kriegsgefangenenschaft. Seine Familie, „die nach Besetzung durch die Russen von den Tschechen aus Böhmisch-Leipa ausgewiesen worden war", fand er in Hessen wieder.[531] Ab diesem Zeitpunkt engagierte sich Kutzner für die Vertriebenen- und Flüchtlingshilfe. Kutzner war an der Gründung von Vertriebenenverbänden in Südhessen, speziell der Jugendverbände, an der Einrichtung einer Flüchtlingsgenossenschaft sowie am Aufbauwerk zur Kreditgewährung für Vertriebene beteiligt.

Unmittelbar nach der Gründung des Vertriebenenministeriums 1949 wurde Kutzner unter Minister Hans Lukaschek[532] im Rang eines Regierungsrates als Bundesbeauftragter für das Notaufnahmeverfahren für Uelzen und Friedland mit Sitz in Uelzen berufen. Minister Lukaschek erteilte Kutzner die Weisung, „zu[r] SPD (Albertz) [ein] erträgliches Verhältnis herzustellen".[533] Kutzners eigenen Angaben zufolge war er nach seiner Übersiedelung ins Ministerium in Bonn 1952 – neben seiner amtlichen Zuständigkeit für die Leitung der Notaufnahmeverfahren und speziell Personalfragen für Berlin, Gießen, Uelzen und den Flüchtlings-Jugendlagern – innerhalb des Proporzsystem der frühen Bundesrepublik[534] mit der Beobachtung von Benachteiligungen evangelischer Bewerber bei der Vergabe von Ministeriumsstellen sowie mit der Beobachtung katholischer Missionstätigkeit innerhalb der Flüchtlingsseelsorge beauftragt.[535] Im Rahmen dieser Aktivitäten hatte er auch Kontakt mit dem Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesrepublik Hermann Kunst und dessen späterer Dienststelle „Evangelische Arbeitsgemeinschaft für öffentliche Verantwortung".[536] Über die von Kunst 1949 gegründete Sozialakademie Friedewald hatte Kutzner Zugang zur Thematik „Verhältnis Marxismus-Christentum" bekommen, die ihn auch nach seiner Übersiedlung nach Berlin beschäftigte.[537] Der „konfessionelle Auftrag" Kutzners war von Staatssekretär Ottomar Schreiber (1889-1955) 1951 eingeleitet und 1954 von Minister Oberländer bekräftigt worden.[538] Im Rahmen dieses Auftrags engagierte sich Kutzner in den deutschen evangelischen Kirchentagen für Flüchtlingsbelange. Kutzners Verhältnis zur evangelischen Amtskirche war nicht frei von Friktionen: Ende der 1930er Jahre ist er aus der Kirche aus-, nach 1945 wieder ein- und nach der sogenannten Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirche zur Lage der Vertriebenen 1965 erneut ausgetreten.[539]

---

[530] Kutzners Sohn Klaus führt im Gespräch vom 9. August 2003 aus, dass sein Vater als Mitläufer und nach sozialem Druck anlässlich des bevorstehenden 2. Staatsexamens 1933 Parteimitglied geworden war, aber keine Karriere angestrebt und gemacht hätte.

[531] Zit. aus Lebenslauf o.D. [NL Kutzner]

[532] Hans Lukaschek, CDU, Minister von 1949 bis 1953 (ebd., S. 78). Lukaschek war Mitglied des Kreisauer Kreises, vgl. Van Roon (1967).

[533] NL Kutzner w.o.a.

[534] Kutzner selbst hielt fest: „...seit Herbst [1952, Anm.] Ehlerskreis. Persönlicher Auftrag: laufende Personalaufstellungen für mehrere Ministerien, Beobachtungen über evg. Benachteiligungen, Material über einzelne Persönlichkeiten. Durchgeführt bis jetzt [Lebenslauf endet 1955, Anm.]. Seit Bestehen Mitarbeit an ‚Evg. Verantwortung' unter Decknamen." [undatierter Lebenslauf aus NL Kutzner] Hermann Ehlers (1904-1954), CDU-Mitglied und Präsident des Bundesrates; Ehlers war Mitglied der Bekennenden Kirche, 1945 wurde er Oberkirchenrat in Oldenburg und an der juristischen Gestaltung der EKD maßgeblich beteiligt; mit seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten 1950 sistierte er seine Kirchenämter, behielt aber seine Rolle im Evangelischen Arbeitskreis innerhalb der CDU bei. [Internat. Biograph.Archiv (Munzinger Archiv), ME-EB, 3428, Lieferung 45/64, 7. November 1964].

[535] mehrere Lebensläufe o.D. mit Bezeichnung Lebenslauf, Beruflicher Werdegang, Meine Tätigkeit seit 1948, Aus meiner außerdienstlichen Tätigkeit f. Heimatvertriebene, Flüchtlinge und die Kirche [NL Kutzner]

[536] ebd. Aus einem undatierten Lebenslauf (bis 1955). Kunst distanzierte sich allerdings Mitte der 1950er Jahre von Kutzner und seinem Kampf um evangelische Positionen. Der Konflikt flammte 1959, als Kutzner Kunst im Auftrag von Kreyssig für die Aktion Sühnezeichen kontaktierte, erneut auf. Unterstützung, allerdings ohne entsprechende Machtposition, erhielt Kutzner von Helmut Gollwitzer und Heinrich Grüber. [ebd. Klaus Kutzner bestätigte im Gespräch vom 9. August 2003 diese Konfliktlage.]

[537] Klaus Kutzner erinnert sich, dass über die Interessen seines Vaters die Familie ein besonderes Interesse an der praktischen Umsetzung des Marxismus und an Bewegungen progressiven Christentums wie etwa den Waldensern oder dem Orden in Taize hatte. Klaus Kutzner selbst nahm an Arbeitslagern der Waldenser Laienbruderschaft, der ersten nicht-kirchlichen Studentengruppe in einem israelischen Kibbuz 1960 sowie 1963 an einem internationalen Jugendlager in der UdSSR teil. [Klaus Kutzner, 9. August 2003].

[538] Zit. aus Lebenslauf o.D. [NL Kutzner]

Mitte der 1950er Jahre verdichtete sich der politische Druck auf Kutzner, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Wahrnehmung evangelischer Interessen im BMVFK. Er war, wie Theodor Oberländer[540], der spätere Minister im *Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte*, mit dem er bis Mitte der 1950er Jahre freundschaftlich verbunden war, Mitglied im 1950 gegründeten *Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten* (BHE)[541], einer in der Frühphase der Bundesrepublik gegründeten und über ihre Proponenten zunehmend revanchistischen Partei, die Interessen von „Heimatvertriebenen und Entrechteten" in der BRD vertrat. Oberländer, der wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit selbst unter Beschuss geraten war[542], bedrängte Kutzner, seinem Beispiel zu folgen und zur CDU überzutreten, um seine Karrierechancen zu wahren. Gleichzeitig sah sich Kutzner Repressalien durch den katholischen Staatssekretär Peter Nahm ausgesetzt. Kutzner trat aus dem BHE aus und im Sommer 1956 der SPD bei, sein Engagement für die evangelische Kirche verstärkte er.[543] Kutzner bat Hermann Kunst, in seinem Namen und nicht zuletzt der evangelischen Belange wegen bei Minister Oberländer zu intervenieren, um eine zugesagte Beförderung Kutzners zu realisieren.[544]

Nach seinem Umzug nach Berlin 1957 gründete Kutzner die Arbeitsgemeinschaft „Christentum und Sozialismus" beim Berliner Landesverband der SPD, und fungierte als deren Vorsitzender.[545] Über die progressive, sozialen Fragen ebenso wie jenen des deutsch-deutschen und des Ost-West-Verhältnisses verpflichtete West-Berliner Evangelische Akademie[546] kam Kutzner mit Müller-Gangloff, Lothar Kreyssig und auch Harald Poelchau, dem Leiter des Sozialpfarramtes in West-Berlin, in Kontakt.[547] Der Erinnerung von Klaus Kutzner zufolge nahmen für seinen Vater nach der Übersiedlung nach Westberlin der SPD-Arbeitskreis „Christentum und Sozialismus" und die *Aktion Sühnezeichen* den höchsten Stellenwert ein. Zahlreiche Diskussionen und Sitzungen für diese beiden Initiativen fanden in der Wohnung der Kutzners in Westberlin statt.[548]

---

[539] Klaus Kutzner argumentiert im Gespräch mit dem Autor am 9. August 2003 die kategorische Ablehnung der EKD-Denkschrift durch seinen Vater mit der in der Denkschrift enthaltenen Schuldannahme – die Vertreibung wäre als Folge des Krieges als deutsche Schuld anzunehmen -, weil damit eine Schuldzuweisung an die Vertriebenen erfolgt wäre, die ja am Ausbruch des Krieges keine unmittelbar Schuld hatten und zudem nach 1945 in Deutschland keineswegs offene Türen vorgefunden, sondern im Gegenteil mit Benachteiligungen konfrontiert gewesen wären. [Interview Klaus Kutzner 9. August 2003]; zu seinem Kirchenaustritt in den 1930er Jahren verfasste Kutzner einen Vermerk, den er Minister Oberländer vorlegte; [Vermerk, dat. 29.4.54, NL Kutzner]

[540] Theodor Oberländer (1905-1998), BHE, ab 1956 CDU, Bundesminister von 1953-1960 (Wieland (1968), S. 78).

[541] Ab September 1952: *Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten* (GB/BHE)

[542] Oberländer war ab 1933 NSDAP-Mitglied, Gauamtsleiter der NSDAP in Ostpreußen; ab 1937 forcierte er seine militärische Karriere (Hauptmann der ukrainischen Einheit „Nachtigall" und der deutsch-kaukasischen Sonderverbandes „Bergmann", 1943 Ablöse wegen seiner Kritik an der Besetzungspolitik, als Verbindungsoffizier im Stab der „russischen Befreiungsbewegung" kam er in US-Kriegsgefangenschaft). Oberländer wurde hochrangiger Vertriebenenpolitiker und längst dienender Vertriebenenminister (1953-1960), 1954 Vorsitzender des Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, 1956 Eintritt in die CDU, 1958-1964 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oder-Neiße. 1960 erreichte eine von der DDR (in Absprache mit der UdSSR und der VR Polen) öffentlich geführte Debatte um Oberländers Involvierung in die Erschießung von Juden und Polen in Lemberg als Hauptmann von „Nachtigall" einen Höhepunkt; Oberländer wurde 1960 in einem DDR-Schauprozess in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt; die auch in der BRD einsetzende kritische Berichterstattung führten zu seinem Rücktritt als Minister. 1993 wurde die Verurteilung durch die DDR aufgehoben, ein 1996 erneut eingeleitetes Verfahren durch die Staatsanwaltschaft Köln konnte aufgrund Oberländers Tod 1998 nicht zu Ende geführt werden. [Kempf, Udo und Merz, Hans-Georg, Kanzler und Minister 1949-1998 (2001). Opladen: Westdeutscher Verlag, Eintrag Theodor Oberländer S. 515-521].

[543] Klaus Kutzner bestätigt diese Zusammenhänge [Gespräch mit Autor am 9. August 2003], siehe auch Aufzeichnungen aus dem NL Kutzner.

[544] Kutzner an Kunst, dat. 31. Juli 1956; Kunst an Kutzner, dat. 7. August 1956; Kutzner zeigte sich mit Kunsts Engagement für ihn wenig zufrieden und monierte, dass Kunsts katholisches Pendant sich in höherem Maße für katholische Karrieren einsetzte. [EZA 742/243]

[545] Berliner Stimme, Berliner Seite vom 27. März 1965, Nr. 13/15, S. 11 Gotthard Kutzner (Portrait zum 60. Geburtstag).

[546] Vgl. 15 Jahre Evangelische Akademie Berlin: Brückenschlag zu den osteuropäischen Ländern. *Generalanzeiger* vom 15. Februar 1967, von J. Kersten. [pAdAA B/92/646]

[547] Kutzner formulierte in Zusammenhang mit seinem Umzug nach Berlin und der Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Christentum und Sozialismus" in einem seiner Lebenläufe und Aufstellungen: „Hier ergab sich auch eine Zusammenarbeit mit Dr. Müller-Gangloff, Pf. Dr. Poelchau (Sozialpfarramt) und besonders mit Präses Kreyssig in den Aktionen ‚Helft den Hungernden' [!], ‚Sühnezeichen' und ‚Weltfriedensdienst'".vgl. Manuskript Aus meiner außerdienstlichen Tätigkeit für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und die Kirche, handschriftlich, datiert 29. November 1959. [NL Kutzner]

[548] Klaus Kutzner am 9. August 2003; im NL Kutzners finden sich Korrespondenzen mit Willy Brandt und Johannes Rau, mit denen Kutzner über diesen Arbeitskreis verbunden war.

2.3.2 Kutzner als *Aktion Sühnezeichen*-Aktivist

Gotthard Kutzners zunächst informelle, ab 1960 formelle Involvierung in die *Aktion Sühnezeichen*[549] war mit den jeweiligen Ministern des BMVFK abgestimmt. Die im Nachlass Kutzners überlieferten Korrespondenzen und Vermerke lassen den Schluss zu, dass die Bundesvertriebenenminister im Austausch von Informationen Kutzner als eine Personalsubvention zur Verfügung stellten bzw. sein Engagement in voller Kenntnis der Aktivitäten der *Aktion Sühnezeichen* tolerierten und auch innerhalb Kutzners offizieller Dienstzeit und unter Verwendung ministerieller Ressourcen akzeptierten. Kutzner selbst hielt in einem Vermerk an einen Ministerialrat Graebe, BMVFK im Anschluss an eine ausführliche Beschreibung über die Entstehung und internationale Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* sowie seine eigene Involvierung in einem abschließenden Absatz fest:

> Die Erlaubnis, mich – soweit die dienstlichen Belange es gestatten – auch während der Dienstzeit diesen Aufgaben zu widmen, erhielt ich bereits durch Herrn Bundesminister Dr. Oberländer und seitdem von jedem seiner Herren Nachfolger. Ich erhielt weiter die Erlaubnis, Schreiben – sofern dies kräftebedingt möglich ist – im Dienst diktieren zu dürfen. Die Inanspruchnahme von Frau Schlesinger für diese Arbeit liegt bei etwa 20 %. Portokosten, Briefpapier und Schreibmaterial gehen ausschließlich zu Lasten der AS, ebenso gelegentliche Ferngespräche.[550]

Da allein während der ersten zehn Jahre des Bestehens der *Aktion Sühnezeichen* insgesamt sieben verschiedene Minister dem BMVFK vorstanden[551] und den vorliegenden Dokumenten zufolge die Initiative zu seinem Engagement bei der *Aktion Sühnezeichen* stets von Kutzner selbst ausgegangen war, im Fall der Führung des BMVFK durch Wolfgang Mischnick (FPD, Minister vom 14. November 1961 bis 15. Oktober 1963) sogar eines Schreibens von EKD-Ratsvorsitzenden Kurt Scharf zur Freistellung Kutzners für Reisen in die BRD bedurfte[552], erscheint eine durch seine Dienststelle gesteuerte Involvierung des Ministerialbeamten Kutzner bei der *Aktion Sühnezeichen*, etwa im Sinne von Beeinflussung und Kontrolle, aber auch im Sinne von Unterstützung durch Know-How wenig wahrscheinlich.[553] Andererseits nutzte Kutzner mit offizieller Erlaubnis der Bundesvertriebenenminister die Ressourcen seines Amtes sowohl in der angeführten materieller Weise als auch durch die Verwendung seines offiziellen Amtstitels „Oberregierungsrat“ bzw. „Regierungsdirektor“ bei seinen zahlreichen Unterstützungsschreiben an Banken, Industrie, Politik auf Landes und Städteebene, die er in vielen Fällen mit seiner Dienstanschrift im Berliner Bundeshaus versandte.[554] Seine Amtsautorität setzte Kutzner auch in Verhandlungen mit anderen Ministerien, vor allem dem Auswärtigen Amt ein, das er, wie seine eigenen vorgesetzten Minister über Sühnezeichen-Aktivitäten sowie darüber hinaus gehende Beobachtungen informierte.

Kutzner, dem nach seiner Übersiedelung nach Berlin als Referatsleiter die Betreuung jugendlicher Flüchtlinge aus der DDR („SBZ“) oblag, war im Vertriebenendiskurs der Bonner Nachkriegsjahre eingebunden, im BHE, in Flüchtlingsvereinen und -vereinigungen verankert, aber auch mit Personen wie Hans Graf von Lehndorff befreundet, die sich der Integration der Vertriebenen in der BRD und der

---

[549] Im März 1960 wurde Kutzner vom Gründerkreis in den Leitungskreis berufen. [EZA 97/947; Niederschrift über die Besprechung des Führungskreises der Aktion „Sühnezeichen“, dat 30. März 1960]

[550] Notiz über Aktion Sühnezeichen (AS) für Herrn Min.Rat Graebe, dat. Berlin, 17. Februar 1966. Die „Notiz“ umfasst vier Seiten und steht vermutlich in Zusammenhang mit Kutzners Anfrage beim neu installierten Minister Johann Baptist Gradl (CDU, Minister vom 26.10.1965 bis 1.12.1966, vgl. Weiland (1968), S. 79) um die Genehmigung einer Reise nach Jugoslawien zur „Übergabe der von der Aktion Sühnezeichen erbauten Kindertagesstätte an die Stadtgemeinde Skopje“, dat. Berlin, 26. Januar 1966. [NL Kutzner]

[551] Wieland (1968), S. 78f.

[552] Kutzner entwarf für Scharf einen Brief, in dem die Führungsrolle Kutzners bei der Aktion Sühnezeichen unter Hinweis auf die Versöhnungsarbeit im Ausland hervorgestrichen wurde. Mischnick antwortete Scharf mit Schreiben vom 22. Januar 1962 kurz angebunden: „Es freut mich, dass Herr Regierungsdirektor Kutzner bei Ihrer Aktion mitwirkt und dass sein Mitwirken für Sie von Nutzen ist. Sobald Herr Kutzner den Antrag stellt, wird ihm entsprochen werden.“ [NL Kutzner]

[553] Obwohl einer der kurzzeitigen Minister, Ernst Lemmer, der dem BMVFK vom 18.2.1964-26.10.1965 vorstand, bereits ab 1957 als Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen (1957-1962) mit Kreyssigs Initiativen *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* als Mitunterzeichner und 1958 mit der *Aktion Sühnezeichen* als erster Konsultationspartner Kreyssigs für die Bundesregierung befasst war und sie jeweils unterstützte.

[554] So lief 1965 eine Sponsoring-Aktion an 12 Firmen über die Dienstadresse im Berliner Bundeshaus (die präsumtiven Sponsorfirmen wurden Kutzner vom DGB übermittelt s.u.), auch Korrespondenzen mit der Gewerkschaft wurden zum Teil über die Dienstadresse abgewickelt.

Versöhnung mit den östlichen Nachbarn verschrieben hatten.[555] In einem Zeitungsportrait anlässlich seines 60. Geburtstages gab Kutzner als seine Motivation an: „Nur durch die unmittelbare persönliche Begegnung der Menschen kann der Hass zwischen den Völkern überwunden werden." Für diesen Gedanken zu werben und zu arbeiten hielte er, so das Kurzportrait, für seine vornehmste Aufgabe.[556] Der Beitrag Kutzners für die *Aktion Sühnezeichen* umfasste die als „außerkirchlich" bezeichneten Bereiche.[557] Kutzner beteiligte sich zwar an internen Richtungsdiskussionen, von ihm selbst sind allerdings keine Texte über die Sühnezeichen-Programmatik erhalten. Sein Beitrag während der 13-jährigen Vorstandstätigkeit umfasste:

- Akquirierung von Freiwilligen
- Akquirierung von Finanzmittel
- Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
- Herstellen und Pflegen der ‚Amtsleitung': Kontakt zu Politikern, Ämtern und Behörden auf städtischer, Landes- und Bundesebene, zu Gewerkschaften und Unternehmungen

2.3.2.1 Akquirierung von Freiwilligen

Kutzner stellte den Kontakt zu Sozialpfarrämtern bzw. Einrichtungen der regionalen evangelischen Jugendbetreuung her, die wiederum Zugang zu Jugendlichen gleichermaßen wie Berufsschulen und deren Lehrkörper hatten. Vor allem für die Bauprojekte der ersten Jahre war diese Form der direkten Freiwilligenwerbung besonders erfolgreich. Über Kontakte zu Berufsschulen konnten Berufsschullehrer mit ihren didaktischen und fachlichen Kenntnissen als ideale Gruppenleiter für Sühnezeichenprojekte gewonnen werden.[558]

Über diese Kontakte hinaus vermittelte Kutzner eine über Jahre hindurch tragfähige Beziehung zum *Deutschen Gewerkschaftsbund* (DGB), vor allem zum Landesbezirk Berlin, und zu Verbänden der SPD.[559] Das anfängliche Misstrauen seitens der Gewerkschaft führte Kutzner seitens „der Arbeitnehmerseite" auf mögliche Assoziationen des Sühnezeichen-Freiwilligendienstes mit dem „Freiwilligen Arbeitsdienst", dem späteren „Reichsarbeitsdienst" während des Nationalsozialismus, zurück. Dank Kutzners Verbindungen konnten „alle Bedenken der Gewerkschaft ausgeräumt werden"[560] und Kutzner konnte in der Folge wiederholt Artikel und Aufrufe der *Aktion Sühnezeichen* platzieren, die vor allem in der Zeitung der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden *Grundstein*, in der Jugendzeitschrift des DGB *Solidarität*, im Funktionärsorgan *Quelle* und in der Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes *Welt der Arbeit* abgedruckt wurden.[561] Die Artikel spiegeln zum Teil ein hohes

---

[555] Lehndorff soll sogar 1955/56 eine Operation an Kutzner durchgeführt haben. [Erinnerung seines Sohnes Klaus im Gespräch am 9. August 2003]; Lehndorff, der auch seit den Zeiten der Bekennenden Kirche mit Kreyssig befreundet war und einen Teil seiner Tantiemen an die Aktion Sühnezeichen spendete, wurde vor allem durch seine bis in die Gegenwart verlegten Publikationen bundesweit bekannt [Lehndorff, Hans Graf von, Ein Bericht aus Ost- und Westpreußen 1945-1947 (1959). Bonn: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.]. Zum Ursprung der Kreyssig-Lehndorf'schen Bekanntschaft siehe Lehndorff, Hans Graf von, Die Insterburger Jahre: Mein Weg zur Bekennenden Kirche (1992). München: Beck, S. 74f.

[556] *Berliner Stimme*, Berliner Seite, Nr. 13/15, 27. März 1965, S. 11 Gotthard Kutzner, ohne Autorenangabe.

[557] Kutzner hat sein Engagement für die Aktion Sühnezeichen mehrmals unter der Bezeichnung „außerkirchlich" oder „nichtkirchlich" dokumentiert, so 1965 unter dem Titel Meine Arbeit für die Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, Ausführungen bei der Sitzung des Leitungskreises am 20.3.1965 [EZA 97/949] und Aktion Sühnezeichen und die außerkirchlichen Bereiche, datiert 19. März 1970 [NL Kutzner].

[558] Ein Berufsschullehrer, Ernst Buczys aus Berlin (geb. 1921, Sterbedatum unbekannt), leitete über mehrere Jahre Gruppen in Griechenland, er beteiligte sich ab 1963 auch aktiv im Leitungskreis.

[559] In seinem Rechenschaftsbericht Meine Arbeit für die Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, Ausführungen bei der Sitzung des Leitungskreises am 20.3.1965 erinnerte sich Kutzner an ein frühes Gespräch mit dem Vorsitzenden des Berliner DGB, MdB Scharnowksi am 6. Juli 1959 [EZA 97/949]. In einem Brief an Ernst Wilm präzisierte Kutzner, dass bei diesem Gespräch auch Kreyssig anwesend war. [Kutzner an Wilm, dat. 14. Februar 1966 [NL Kutzner].

[560] Verv. Aufst. Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, dat. 1. November 1965, gez. Kutzner, S. 1 [NL Kutzner].

[561] siehe *Grundstein*: 13. Jg., Nr. 18, 16. September 1962, S. 1 (Aufruf und Artikel auf S. 15); 14. Jg.. Nr. 19, 29. September 1963, S 7 (Bericht über AS-Einsatz von Gotthard Kutzner) 15. Jg., Nr. 4, 23. Februar 1964; S. 4; (Aufruf für Skopje); 16. Jg. Nr. 2, S. 8 Verabschiedung der Gruppe für Skopje mit Foto; 18. Jg., Nr. 8. vom 16. April 1967, S. 16 (Allgemeiner Aufruf); siehe *Welt der Arbeit*: Nr. 30, vom 24. Juli 1962, S. 4 (Aufruf); Nr. 3, Jg. XVI, vom 15.Januar 1965, S. 8; (Artikel von Volker von Törne) Nr. 52 1968. Die Zeitschriften *Solidarität* und *Quelle* nennt Kutzner bei der Leitungskreissitzung am 20. März 1965. S. Meine Arbeit für die Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, [EZA 97/949].

Ausmaß an Identifikation der Gewerkschaft mit dem Anliegen der *Aktion Sühnezeichen* wider. In der bundesweiten Zeitschrift „Welt der Arbeit" schloss ein Artikel nach einem kurzen Abriss über die bisherige Tätigkeit der *Aktion Sühnezeichen* mit: „Die Aktion ‚Sühnezeichen' arbeitet seit 1959. Sie hat Zeichen der Versöhnung überall dort aufgerichtet, wo wir unseren Nachbarvölkern Wunden geschlagen haben."[562] Die Unterstützung durch die DGB-Medien wurde 1963 von DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg[563] nach vorhergehender Beratung im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand bekräftigt.[564] Das Interesse der Gewerkschaft an der Kooperation mit der *Aktion Sühnezeichen* war vor allem auf die Sühnezeichen-Projekte in Israel fokussiert.[565]

Kutzners langjährige Bemühungen um eine Involvierung des DGB führten 1963 zu einer Entsendung von hochrangigen Delegierten des Landesbezirksvorstandes Berlin in den erweiterten Leitungskreis der *Aktion Sühnezeichen.* Entsandt wurden der Vorsitzenden Walter Sickert[566] und das hauptamtliche Vorstandsmitglied Anneliese Holtz.[567] Die DGB-Delegation wurde über Jahre hindurch vom DGB-Kreisvorsitzenden Spandau, Gerhard Dachrodt[568] wahrgenommen.[569] Wenngleich Dachrodt ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Leitungskreises teilnahm und erst 1966 als Mitglied des Leitungskreises geführt wurde[570], schien sein Name schon 1963 als einziger Vertreter einer nicht-kirchlichen Institution auf der Verteilerliste der Protokolle des Exekutivkreises auf.[571] Dachrodt erhielt damit Informationen über sämtliche protokollierten Vorgänge und Beschlüsse der *Aktion Sühnezeichen* (BRD).
Die erfolgreichste Kooperation mit dem DGB erfolgte beim Projekt in der Hauptstadt der jugoslawischen Teilrepublik Makedonien, Skopje, als die *Aktion Sühnezeichen* nach einem Erdbeben katastrophalen Ausmaßes am 26. Juli 1963, das 200.000 Menschen obdachlos machte, einen mehrjährigen Sühnezeichenaufbaudienst einrichtete. Der Einsatz betraf zunächst die Errichtung von Fertigteilhäusern, die aus Großbritannien, Rumänien und der Tschechoslowakei gespendet worden waren, danach, ab 1965, den Aufbau einer Kindertagesstätte. Die Anregung zu diesem ersten Sühnezeichen-Einsatz Skopje war am 29. Juli 1963 vom Geschäftsführer im Präsidium des deutschen Städtetages, Rüdiger Robert Beer, an Kutzner herangetragen worden.[572] Die Freiwilligen wurden auf Veranlassung Kutzners zu einem Teil über die Zeitung der I.G. Bau-Steine-Erden und deren Zeitschrift *Grundstein* geworben. Die Berliner Jugendabteilung der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden versandte im Dezember 1964 einen Aufruf zu einem Freiwilligeneinsatz für die Sühnezeichen-Erdbebenhilfe im jugoslawischen Skopje.[573] Bei

---

[562] *Welt der Arbeit*, Nr. 30, 24. Juli 1962, S. 4
[563] Ludwig Rosenberg (1903-1977) war von 1962 bis 1969 Vorsitzender des DGB [Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden, B.I.-Taschenbuchverlag, Mannheim, Wien, Zürich, 2., neu bearb. Aufl., 1987, Band 18 Pur-Rt, S. 336].
[564] Rosenberg an Kutzner, Adresse Sühnezeichen (BRD), dat. 17. Juli 1963. „Ihr Schreiben war Gegenstand einer Unterhaltung im Geschäftsführenden Bundesvorstand. Wir haben mit großem Interesse von dem Verlauf Ihrer Arbeit Kenntnis genommen und sind gern bereit, Sie bei der Weiterführung zu unterstützen. Wir würden Ihnen daher empfehlen, uns Artikel und Bildmaterial für unsere Gewerkschaftszeitungen zur Verfügung zu stellen, in denen Sie die Jugend zu einer aktiven Mitarbeit auffordern. Wir versprechen uns von einem solchen Aufruf eine wirksame Unterstützung Ihrer Arbeit." Rosenbergs Schreiben bezog sich auf eine schriftliche Anfrage Kutzners vom 27. Mai 1963. [NL Kutzner]
[565] Im Protokoll der Leitungskreissitzung vom 25. März 1963, dat. 26. März 1963, gez. Volker von Törne findet sich der – in weiteren Protokollen allerdings nicht wiederkehrende Vermerk: „Herr Dachrodt wies darauf hin, dass der DGB an Projekten in Israel sehr interessiert sei und sich auch möglicherweise finanziell dort engagieren werde." [EZA 97/947].
[566] Mit Walter Sickert war Kutzner in dessen späterer Funktion als Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin knapp 10 Jahre später erneut in Kontakt, als er Berliner Freiwilligen ein Geschenk durch Sickert vermitteln wollte. [Sickert an Kutzner, dat. 14. November 1972, NL Kutzner]
[567] Schreiben des Vorstandes des DGB Landesbezirk Berlin, dat. 23. Januar 1963, gez. Walter Sickert und Anneliese Holtz [NL Kutzner].
[568] Dachrodt arbeitete beim DGB/Berlin, Abt. Wirtschafts- und Tarifpolitik; Dachrodt war auch Mitglied des Ende 1963 gegründeten Konsistoriums des Amtes für Industrie und Sozialpfarramt, das von Harald Poelchau geleitet wurde (Leitung der Industriejugend: Franz von Hammerstein). Siehe Protokoll zur Kuratoruimssitzung am 21. April 1964; Protokoll dat. 24. April 1964 gez. Hoheusel [LABB 1/1 Generalia, 11, Bd. III 1963-64]
[569] Erstmals ist die Teilnahme Dachrodts im Protokoll der Leitungskreissitzung vom 28. Januar 1963, dat. 29. Januar 1963, gez. Volker von Törne, dokumentiert. [EZA 97/947] Die Teilnahme Dachrodts erfolgte somit nur eine knappe Woche nach der schriftlichen Bestellung durch den DGB/Berlin-Vorstand [NL Kutzner].
[570] Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Leitungskreis und Gründerkreis am 29. November 1966, dat. 30. November 1966, in dem Dachrodt als Mitglied des Leitungskreises geführt wurde [EZA 97/950]. Rundschreiben der AS Dezember 1966 [ADW, Allg. Slg. 907]
[571] Protokoll der Sitzung der Exekutive, 28. September 1964, dat. 21. Oktober 1964, gez. Sigrid Spellerberg [EZA 97/947].
[572] Protokoll einer telefonisch einberufenen außerordentlichen Sitzung des Leitungskreises, 29. Juli 1963, gez. Kutzner [EZA 97/947]. Gegenüber Ernst Wilm erinnerte sich Kutzner, dass ihn das Telefonat „frühmorgens" zuhause erreichte. [Kutzner an Wilm, 14. Februar 1966, NL Kutzner]
[573] Schreiben vom Dezember 1964 I.G. Bau-Steine-Erden, unterzeichnet von Horst Täschner [Kopie NL Kutzner]

einem Gruppenwechsel wurde am 1. April 1965 eine öffentlichkeitswirksame Aufnahme und feierliche Verabschiedung der Freiwilligen der Skopje-Gruppe IV durch den Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden in Frankfurt inszeniert, von der Zeitungen, Rundfunk und das erste und zweite Fernsehen der BRD berichteten. [574] Der DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf unterstützte Kutzner auch beim Aquirieren von Finanzmittel für die *Aktion Sühnezeichen* und stellte Kutzner „Anschriften einiger unserer Kollegen Arbeitsdirektoren" zur Verfügung, die Kutzner dann um Sponsoring anfragte, wobei die Erfolgsquote 1965 ein Drittel der angefragten Firmen betrug und einen – angesichts der Namhaftigkeit der angefragten Unternehmen mäßigen – Spendenerfolg in Höhe von 5.000 DM.[575]

2.3.2.2 Akquirierung von Finanzmittel

Kutzners vermittelte vor allem Subventionen deutscher Städte; einen geringen Anteil hatte das Sponsoring durch Unternehmen sowie die vom Auswärtigen Amt für heimkehrende Freiwillige zur Verfügung gestellten „Wiedereingliederungsbeihilfe" und Projektfinanzierungen.

Gegenüber Kommunen verfolgte Kutzner zwei Strategien. Erstens sollte die Öffentlichkeit auf lokaler Ebene genutzt werden, indem die Freiwilligen von ihren Heimatstädten verabschiedet und von den lokalen Bürgermeistern zu Weihnachten mit Geschenken bedacht wurden. Zweitens vermittelte Kutzner Kontakte zur Knüpfung von Städtepartnerschaften. Auf Verbandsebene erreichte Kutzner über seinen Kontakt zu Willy Brandt[576] eine Empfehlung zur Unterstützung der *Aktion Sühnezeichen* durch den deutschen Städtetag. In seiner Eigenschaft als Präsident des deutschen Städtetages forderte Brandt seine Amtskollegen bei einer kommunalpolitischen Tagung in Mülheim/Ruhr am 23. Juni 1960 zur Unterstützung der von ihm als für die deutsche Jugend beispielhaft bezeichneten *Aktion Sühnezeichen* auf. Vom Berliner Senat wurden 9.000 DM zur Verfügung gestellt.[577] Brandt und Kutzner waren über den SPD-Arbeitskreis „Christentum und Sozialismus" gut bekannt.[578] Willy Brandt erwies sich noch zwei weitere Male als Advokat der *Aktion Sühnezeichen*: Auf einer kommunalpolitischen Tagung in Tel Aviv/Israel machte er 1960 als Referent des Kongresses erstmalig auch in Israel auf die *Aktion Sühnezeichen* aufmerksam.[579] Kurz darauf sprach er am 13. März 1961 vor dem Herzl-Institut in New York über die *Aktion Sühnezeichen*.[580] Die Erwähnung der *Aktion Sühnezeichen* in Brandts öffentlichen Reden stand jeweils im Kontext der positiven Entwicklung in der BRD und der Versöhnungsbemühungen über die finanzielle Gutmachung hinaus. Brandt ist zwar nicht weiter für die *Aktion Sühnezeichen* in Erscheinung getreten, die finanzielle Unterstützung durch den Berliner Senat nahm aber beachtliche Ausmaße an und überdauerte Brandts Amtszeit als Bürgermeister. Die Subventionen durch den Berliner Senat betrugen 1960 9.000 DM[581], 1961 3.000 DM, 1962 20.000 DM, und ab 1963 jährlich 50.000 DM,

---

[574] Ausführungen bei der Sitzung des Leitungskreises am 20.3.1965 „Meine Arbeit für die Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum" [EZA 97/949]. U.a. berichtete *Die Welt* am 3. April 1965, S. 5, „Aufbau in Skopje für zwei Mark Lohn am Tag"; die *Frankfurter Rundschau* am 2. April 1965, S. 5, „Jugend bringt echtes Opfer". Ein anderer Teil der Freiwilligen wurde über Rudolf Dohrmann, Leiter des evangelischen *Pfarramts für Industriediakonie,* aus der Arbeiterschaft des Volkswagenwerkes in Wolfsburg rekrutiert. Zur Arbeit der Aktion Sühnezeichen als Katastrophenhilfe vgl. Dohrmann, Rudolf. Versöhnung will praktiziert sein. Die Aktion Sühnezeichen in Skopje und anderswo, 1965. Hannover: *Die Botschaft*.

[575] Brief DGB Bundesvorstand, Sekretariat Stephan, an Kutzner, dat. 29. Juni 1965, gez. i.A. Kraiß [NL Kutzner]. Über die DGB-Vermittlung spendeten: Salzgitter AG (500 DM), August-Thyssen-Hütte AG (1.000), Niederrheinische Hütte AG (1.000), Hoesch AG (3.000).

[576] Willy Brandt (1913-1992) war von 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, von 1958 bis 1963 Präsident des Deutschen Städtetages, 1965-69 Bundesaußenminister und Vizekanzler und von 1969 bis 1974 Bundeskanzler der BRD sowie von 1964 bis 1987 Parteivorsitzender der SPD. Brandt unterzeichnete auch den von Kreyssigs 1957 veröffentlichten Aufruf zur Gründung der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden.*

[577] Aktion Sühnezeichen und die außerkirchlichen Bereiche, von Gotthard Kutzner, dat. 19. März 1970 [NL Kutzner] sowie Ausführungen bei der Sitzung des Leitungskreises am 20.3.1965 Meine Arbeit für die Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum [EZA 97/949].

[578] Interview mit Klaus Kutzner, 9. August 2003.

[579] Kreyssig an Pastor Heinrich Giesen, dat. 23. November 1960 [EZA 97/167]

[580] Ausführungen Kutzners bei der Sitzung des Leitungskreises am 20. März 1965 Meine Arbeit für die Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum [EZA 97/949]. Vgl. auch Niemand kann die Vergangenheit ungeschehen machen, *Stuttgarter Zeitung* vom 22. März 1961.

[581] Übersicht zur Geschichte der Aktion Sühnezeichen, Stand: 27.11.1997, Anlage 3, ursprünglich Beilage zur Vorstandssitzung der ASF am 20. Oktober 1997, verf. von Heinz Hafemeister, S 7, Eintrag Mai 1960 [ASF-Büro].

1970 wurden 75.000 DM überwiesen.[582] 1961 wurden zudem aus den Mitteln der Berliner Lottogesellschaft 100.000 DM für die *Aktion Sühnezeichen* zur Verfügung gestellt. Über die Senatssubventionen hinaus beteiligten sich sämtliche Bezirksbürgermeister von Westberlin schon 1960/61 mit einer Finanzierung in durchschnittlicher Höhe von je 3.000 DM, die Bezirksabgeordneten von Reinickendorf, Steglitz, Charlottenburg und Wedding überließen sogar ihre persönlichen Sitzungsgelder als Spende.[583] Außerhalb Berlins beteiligten sich die Bürgermeister von Frankfurt/Main, Werner Bockelmann[584], und München, Hans-Jochen Vogel[585], jeweils mit Privatspenden (6.000 DM und 1.000 DM).[586] Wie ein Schreiben aus 1965 dokumentiert, wurden die Städtesubventionen über den Deutschen Städtetag abgestimmt und koordiniert. Der zuständige Referent teilte mit Kutzner seine Einschätzung über zu erwartende Subventionen für das Projekt in Rotterdam und mögliche strategische Vorgangsweisen.[587] Empfehlungen für die Unterstützung der Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* erließen „nach langwieriger und mühsamer Vorarbeit“[588]: das Präsidium des Deutschen Städtetages (1962)[589], der Deutsche Landkreistag (1963), der Hauptvorstand des Deutschen Städtetages (1963) und der Deutsche Gemeindetag (1964).[590] Eingang fand die Tätigkeit der *Aktion Sühnezeichen* in die offiziellen Verlautbarungen des Deutschen Städtetages und des Europäischen Gemeindetages.[591]

In Jahren 1961 und 1962 hob sich der Beitrag der Stadt Köln in Höhe von je 50.000 DM gemeinsam mit dem Berliner Beitrag von den übrigen Zuschüssen ab. Die gesamten städtischen Subventionen betrugen für den Zeitraum 1959 bis 1968 971.887 DM, wobei dank des Engagements des Städtetages beim Sühnezeichen-Projekt in Skopje das Jahr 1963 einen Spitzenwert mit rund 235.000 DM erlangte.[592] Ab 1966 ging das Engagement der Städte signifikant zurück, und der – in absoluten Zahlen gleichbleibende – Berliner Beitrag dominierte ab diesem Jahr mit einem Anteil von rund 2/3.[593] Der Anteil der Subventionen deutscher Städte am Gesamtbudget der *Aktion Sühnezeichen* (BRD) betrug in den Jahren 1960 bis 1963 etwa ein Fünftel und stellte damit neben den kirchlichen Eingängen und den Einzelspenden die dritte wesentliche Einnahmequelle dar. In den darauffolgenden Jahren ging der Anteil der städtischen Zahlungen am Gesamtbudget auf „etwa 1/6“ zurück[594], betrug aber schon 1970 erneut 20 %.[595]

Aus dem Budget des Außenministeriums vermittelte Kutzner für zurückgekehrte Sühnezeichen-Freiwillige eine sogenannte „Wiedereingliederungsbeihilfe“, und für die *Aktion Sühnezeichen* selbst punktuell Projektkostenzuschüsse. Der Höchstsatz dieser Wiedereingliederungsbeihilfe betrug 300 DM pro Freiwilligen; die Projektkosten waren 1965 mit 40.000 DM für die Projekte in Israel und Jugoslawien am höchsten.[596] 1970 adressierte Kutzner das *Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen* erfolgreich mit dem Förderungsantrag der *Aktion Sühnezeichen* in beiden Teilen Berlins. Für die

---

[582] Aktion Sühnezeichen und die außerkirchlichen Bereiche, von Gotthard Kutzner, dat. 19. März 1970 [NL Kutzner], Aufstellung Zuwendungen an die Aktion Sühnezeichen von kommunaler Seite, o.D., vermutlich 1968 erstellt [NL Kutzner].
[583] Aufstellung „Zuwendungen an die Aktion Sühnezeichen von kommunaler Seite“, o.D., wahrscheinlich 1968 erstellt [NL Kutzner].
[584] Bockelmann war nach seiner Tätigkeit als Bürgermeister geschäftsführender Präsident des Deutschen Städtetages, wo er die Aktion Sühnezeichen weiter unterstützte [s. *Bericht von der Kirche*, Aktion Sühnezeichen, Heft 2, 1967, hrsg. Gerhard Eberlein, Gerhard Weber Verlag].
[585] 1960-1972 Oberbürgermeister von München und Nachfolger Brandts als SPD-Vorsitzender. Bis 1966 sind regelmäßige Eingänge aus München vermerkt. (Aufstellung Zuwendungen an die Aktion Sühnezeichen von kommunaler Seite, o.D., [1968] [NL Kutzner])
[586] ebd.
[587] Deutscher Städtetag an Kutzner, dat. 15. März 1965, gez. Beer, Abt. 11/101-17 [EZA 97/458].
[588] Vervielf. Aufstellung Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, dat. 1. November 1965, Kutzner, S. 4 [NL Kutzner].
[589] Veröffentlicht in den *Mitteilungen des Deutschen Städtetages* am 15. Oktober 1962, Folge 19, Nr. 473 unter dem Titel Auslandsbeziehungen 473/63 Aktion Sühnezeichen. [Zahl: 11/101-17 MittDST 15.10.62, NL Kutzner]. In dieser Empfehlung wird die Übernahme von finanziellen Patenschaften für Freiwilligen aus den jeweiligen Städten unter Angabe eines Betrages von 3.000 DM pro Freiwilligen und Jahr angeregt.
[590] Ebd., S. 4
[591] *Der Städtetag*, 5/1966, *Der europäische Gemeindetag, Organ des Rates der Gemeinden Europas*, Heft 2, Juni 1966, zit. nach Protokoll der Exekutivsitzung vom 1. Juni 1966, dat. 3. Juni 1966, gez. v.Törne [EZA 97/950]
[592] Dass sich der Deutsche Städtetag „aus kommunaler Solidarität für Skopje einsetzte“, erwähnte Kutzner in seinem Schreiben an MdB Fritz Erler, dat. 13. Oktober 1964 [NL Kutzner].
[593] Die überproportionale kontinuierliche Förderung durch Berlin war auch dem Präsidenten des West-Berliner Abgeordnetenhauses, Otto Bach, zu verdanken. Aufstellung Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, dat. 1. November 1965, Kutzner, S. 5 [NL Kutzner].
[594] aus Kutzners Notiz über Aktion Sühnezeichen (AS) für Herrn Min.Rat Graebe, dat. 17. Februar 1966 [NL Kutzner].
[595] Finanzübersicht 1970, dat. April 1971, 12/3257Em./ko. [EZA 97/97]
[596] interne Aufzeichnung des AA, Abteil IV (3-80.20), dat. 28. Februar 1968 [pAdAA B92/644].

Ostberliner ersuchte Kutzner um Benzingutscheine in Höhe von 2.640 DM, für einen Zivildiener im ASF-Büro in Westberlin um eine Förderung von 6.000 DM und für Büroeinrichtung in Westberlin 15.000 DM.[597]

2.3.2.3 Presse-/Öffentlichkeitsarbeit

Kutzner verband seine Geldakquisitionen mit der Einbindung der Finanziers in öffentliche Präsentationen der Sühnezeichen-Arbeit, vor allem durch Verabschiedungen und Begrüßungen von Freiwilligen-Gruppen durch die jeweiligen Bürgermeister im Rahmen von Empfängen in den Rathäusern.[598] Die Verknüpfung von Subvention und öffentlicher Veranstaltung begann im März 1960, als Kutzner die erste Spende einer Kommunalgemeinde vom Bezirksrat Berlin-Schöneberg in Höhe von 3000 DM lukrieren konnte, und die *Aktion Sühnezeichen* danach im Rathaus Schöneberg am 6. Mai 1960 zusammen mit dem Bezirksbürgermeister die erste Großveranstaltung im nichtkirchlichen Raum durchführte. Über die städtischen Subventionen und – gegenseitige – Anerkennungsleistung hinaus dienten die regionalen Veranstaltungen gleichermaßen der Akquirierung von Freiwilligen wie Einzelspenden – und das ohne Kosten für die *Aktion Sühnezeichen*, wie Kutzner akribisch vermerkte.[599] Die Anbindung der Kommunen an die *Aktion Sühnezeichen* stärkte Kutzner zusätzlich durch das jährlich wiederkehrende Angebot an die (Ober-)Bürgermeister, den aus ihren Städten stammenden Freiwilligen zu Weihnachten und Neujahr persönliche Grüße und kleine Geschenke zukommen zu lassen. Die Städte erhielten Listen mit den Namen und Zustelladressen der Freiwilligen aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Den Westberliner Bezirksbürgermeistern vermittelte Kutzner 1965, nach einem Besuch in Dänemark und Gesprächen mit der Kultusministerin Bodil Koch und dem Bürgermeister von Kopenhagen, ein Angebot für Partnerschaften mit Kopenhagener Stadtbezirken.[600] Ein bei dieser Gelegenheit diskutiertes Sühnezeichenprojekt in Dänemark kam allerdings nicht zustande, obwohl „das Angebot der Aktion Sühnezeichen, eine freiwillige gesellschaftsnützliche Arbeit in Dänemark auszuführen, in einer Regierungsitzung vorgetragen“ wurde, und die dänische Regierung „dem Gedanken prinzipiell ihre Zustimmung gegeben hatte“.[601]

Kutzner organisierte Pressekonferenzen, verfasste Pressemitteilungen und platzierte auch direkt Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften. Vor der Presse trat Kutzner in seiner Doppelrolle als Regierungsdirektor und Mitglied des Leitungskreises der *Aktion Sühnezeichen* auf.[602] Neben den Pressemedien des Deutschen Gewerkschaftsbundes druckte die Zeitschrift der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas[603] *Der Europäische Gemeindetag* ab 1961 mehrfach Meldungen über die *Aktion Sühnezeichen*, die als „bedeutsamer Beitrag zum Aufbau Europas in Frieden und Freiheit“ herausgestellt wurde.[604] In einer späteren Ausgabe (1975) findet sich sogar ein unmittelbares Bekenntnis zur *Aktion Sühnezeichen*: „Im ‚Europäischen Gemeindetag’ wurde wiederholt auf die Friedensarbeit der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* hingewiesen, da die Tätigkeit dieser Aktion sich zum Teil mit den Bestrebungen des Rates der Gemeinden Europas deckt und darum seitens unserer Mitglieder mit Interesse

---

[597] Brief Kutzner an Ministerialdirigent Kreutzer vom BM für innerdeutsche Beziehungen, dat. 27. Februar 1970; Hammerstein an Dir. Geißler vom Diakonischen Werk, Stuttgart, dat. 14. September 1970 [EZA 97/940]

[598] In der Zeit von Herbst 1961 bis März 1965 fanden Empfänge unter Beteiligung der lokalen und überregionalen Presse in Augsburg, Bayreuth, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Brühl, Darmstadt, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen Frankfurt, Freiburg, Fulda, Hamburg, Hamm, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Ludwigshafen, Lübeck, Mainz, Mannheim, Minden, München, Nürnberg, Oberhausen, Regensburg, Stuttgart, Ulm, Velbert und Wiesbaden statt. [Typoskript Aktion Sühnezeichen und die außerkirchlichen Bereiche, von Gotthard Kutzner, dat. 19. März 1970; NL Kutzner].

[599] Ebd.

[600] Rundbrief Kutzner an die Bezirksbürgermeister, dat. 3. Mai 1965.

[601] Bodil Koch an Kutzer, dat. 2. April 1965; Koch bezog sich darin auf ein Schreiben Kutzners an sie, dat. 20. Oktober 1964 [EZA 97/949].

[602] vgl. etwa dpa-Meldung vom 6. April 1963 [Pressedokumentation der Konrad Adenauer-Stiftung]

[603] Vereinigung der Städte, Gemeinden, Landkreise und Kommunalverbände, Sitz der deutschen Sektion: Mühlheim am Main.

[604] *Der Europäische Gemeindetag*; 1968: Nr. 6, S. 5f. Die Aktion Sühnezeichen wird als Beispiel für von den Gemeinden geförderte internationale Verständigung angeführt. 1969: Nr. 3, S. 131f. Bericht über das Projekt Rotterdam. 1973: Nr. 2, S. 48-50. Artikel über die ASF-Mitarbeit am jüdischen Gedenkfriedhof in La Boisee/Lyon.

verfolgt wird."[605] Kutzner setzte auch die aktuellen und ehemaligen Freiwilligen direkt zur Netzwerkbildung ein und regte sie an, ihre jeweiligen Bürgermeister oder Pfarrer zu kontaktieren und nach ihrer Rückkehr Vorträge anzubieten.[606]

Neben der eigentlichen Pressearbeit verfolgte Kutzner aber auch die Rezeption durch das Auswärtige Amt peinlich genau und machte den ihm bekannten Referenten auf mangelnde Berücksichtigung der erfolgten Einweihung der Sühnezeichen-Kirche in Taizé im französischsprachigen Mitteilungsblatt des Außenministeriums *Bulletin de l'office de presse et d'information du gouvernment fédéral* aufmerksam und reklamierte einen englischensprachigen Bericht anlässlich der Einweihung des Sühnezeichen-Projekts in Coventry.[607]

Die größte öffentliche Veranstaltung der *Aktion Sühnezeichen* der Anfangsjahre fand am 28. April 1961 in der West-Berliner Kongresshalle statt. Neben Sühnezeichen-Repräsentanten traten der DGB-Landesbezirks-Vorsitzende Walter Sickert, die Senatorin für Jugend und Sport Ella Kay und der Theologieprofessor Heinrich Vogel mit Stellungnahmen für die *Aktion Sühnezeichen* auf. Die Veranstaltung wurde nicht nur von Publikationen aus dem Sühnezeichen-Umfeld[608], sondern auch von den Berliner Zeitungen aufgegriffen.[609]

2.3.2.4 Kutzners ‚Amtsleitung'

Kutzners Kontakte zu Politikern, Ämtern und Behörden auf städtischer, Landes- und Bundesebene, zu Gewerkschaften und Unternehmungen dienten nicht nur der Akquirierung von Geldmittel, der Werbung von Freiwilligen oder der Kontakt- und Beziehungspflege wie etwa mit dem Auswärtigen Amt sondern der öffentlichen Anerkennung der *Aktion Sühnezeichen* durch die beteiligten Politiker und Behörden. Mit seiner langjährigen Kontaktpflege beabsichtigte Kutzner, der *Aktion Sühnezeichen* neben der unmittelbaren Unterstützungsleistung auch einen Status als anerkannte Institution im öffentlichen Raum und besonders im Schulwesen zu verschaffen. Diesem Ziel diente die Kontaktpflege mit bundesdeutschen Parlamentariern, die Kutzner 1965 von der Ost-Kompetenz von *Aktion Sühnezeichen* zu überzeugen suchte.[610] Der Kontakt mit Bundestagsabgeordneten spielte auch eine substanzielle Rolle bei wiederholten parlamentarischen Anfragen über die Finanzierung der *Aktion Sühnezeichen* aus dem Bundeshaushalt.[611] Mit Fritz Erler hatte Kutzner den längsten anhaltenden Kontakt. Erler hatte sich nach einem Briefing durch Kutzner gemeinsam mit Johannes Rau schon beim ersten Kirchentag nach der Sühnezeichen-Gründung 1959 in München für *Aktion Sühnezeichen* eingesetzt.[612] Fünf Jahre später konsultierte Kutzner Erler über die geplanten Sühnezeicheneinsätze im sowjetischen Kasachstan und erbat eine Stellungnahme Erlers.[613] Erlers Antwort illustriert die Gradwanderung hinsichtlich Einflussnahme und Beeinflussung. Erler wies in seiner Anwort vor allem auf die Berlin-Frage hin und verlangte eine Positionierung der *Aktion Sühnezeichen* im Sinne der Berlin-Politik der BRD:

---

[605] *Der Europäische Gemeindetag*; 1975: Nr. 2, S. 44 (Friedensarbeit der Aktion Sühnezeichen). In diesem kurzen Beitrag, der mit drei Bildern illustriert ist, dominiert inhaltlich der Friedensaspekt. Die Sühne- und Versöhnungsmotivation wird darin nicht erwähnt.
[606] Rundbrief Kutzners an die Freiwilligen, dat. 23. November 1966, gez. Gotthard Kutzner [NL Kutzner].
[607] Kutzner an Kunisch, dat. 19. September 1962 [pAdAA B 92/644 602-80.20].
[608] vgl. Skriver (1962), S. 26-30; Rabe (1983), S. 43f. für Rabe stellt diese Veranstaltung den „entscheidenden Durchbruch in die Öffentlichkeit" dar. [ebd., S. 43].
[609] Ankündigungen bzw. Presseberichte brachten *Der Tag* (29.04.1961 „Neuer Anfang durch Versöhnung. Kundgebung der ‚Aktion Sühnezeichen' in der Kongresshalle"), die *Berliner Morgenpost* (28.09.1961, Ankündigung für Veranstaltung), *Telegraf* (29.04.1961, „Im gläsernen Schuldkäfig. Kundgebung der ‚Aktion Sühnezeichen' in der Kongresshalle") und das *Spandauer Volksblatt* (28.04.1961, „Falsche Konzessionen"; das über viele Jahre Sühnezeichen-unterstützende Lokalblatt brachte in seinem Bericht erstmals massive Kritik an der Verwendung der Bezeichnung ‚DDR' in den Unterlagen von Aktion Sühnezeichen).
[610] u.a. kontaktierte er Holger Börner, Ludwig Metzger, Karl Mommer und Fritz Sänger [NL Kutzner]
[611] Anfrage an Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt 1965 oder jene 1967 durch MdB Müller (Mühlheim, SPD) über eine Finanzierung der Rentenbeiträge für Freiwillige durch das Auswärtige Amt. Vgl. Aufzeichnung, interner Entwurf der Stellungnahme des AA durch das Ref. IV 3, gez. Dr. Gellbach, o.D. [pAdAA B92/644].
[612] Kutzner an Kreyssig am 19. August 1959 [EZA 97/938].
[613] Dieser Sühnezeichen-Einsatz kam letztlich nicht zustande.

> Lieber Genosse Kutzner, über den Brief vom 13. Oktober habe ich mit einigen unserer Freunde gesprochen. Wir haben keine politischen Bedenken gegen die Absicht, in eine Jugendbegegnung im Rahmen der ‚Aktion Sühnezeichen' die Sowjetunion einzubeziehen. Allerdings sollte darauf geachtet und notwendigenfalls sogar bestanden werden, dass es sich bei einer solchen Arbeitsgruppe dann immer aus gemeinsamen Gruppen von westdeutschen und Berliner Jugendlichen handelt. Hier dürft Ihr euch nicht auseinanderdividieren lassen. Darüber waren wir uns ja aber in unserem kurzen Gespräch schon einig.[614]

Überaus erfolgreich waren Kutzners Bemühungen um Anerkennung durch die jeweiligen Kultusminister und Jugendbehörden auf Landesebene. Den Auftakt machte erneut Berlin: der Berliner Bildungssenator Joachim Tiburtius[615] gab 1960 die erste Empfehlung für die *Aktion Sühnezeichen* und zugleich für den *Weltfriedensdienst* an alle Lehrer und Schüler Berlins heraus.[616] Die Empfehlungen der Schulbehörden beinhalten neben einem kurzen Abriss über die Entstehung und Motivation der *Aktion Sühnezeichen* Aufrufe zur Unterstützung durch Geldspenden, durch Einladung zu Vorträgen sowie durch Betreuung von im Ausland eingesetzten Freiwilligengruppen (Briefkontakt, Päckchen).[617]

Ebenfalls auf Kutzners Betreiben ging der Erlass vom 17. November 1960 zurück, mittels dessen die *Aktion Sühnezeichen* für die Ableistung des Praktikantenjahres der sozialen Berufe durch den Berliner Senat anerkannt wurde, sowie der Erlass vom 19. Februar 1965 durch den Berliner Senator für Jugend und Sport, mit dem die *Aktion Sühnezeichen* auch als Träger des freiwilligen sozialen Jahres für das gesamte Bundesgebiet zugelassen wurde.[618] Am 18. Juni 1962 lud der Berliner Senator für Volksbildung, Joachim Tiburtius seine Amtskollegen aus der BRD, die Kultusminister der Bundesländer bzw. für Bremen und Hamburg die Schul- bzw. Bildungsbehörde zu einer Arbeitstagung in das *Ernst-Reuter-Studentenheim Berlin* mit dem programmatischen Titel „Die Bedeutung der Aktion Sühnezeichen für die politische Erziehung der Jugend". Zu diesem Zeitpunkt hatten erst 200 Freiwillige das Programm der *Aktion Sühnezeichen* (BRD) absolviert. Tiburtius proklamierte: „Diese Arbeit stellt nicht nur die schönste Form der Wiedergutmachung dar, die unser Volk nach 1945 geleistet hat, sie ist auch geeignet, unserer Jugend als vorbildhaft hingestellt zu werden."[619] Neben dem einladenden Tiburtius selbst („Die Generationsfrage – Jugend sühnt die Schuld der Eltern") und Erich Müller-Gangloff („Aufgaben und Zielsetzungen") sowie Hans-Richard Nevermann („Gruppenpädagogische Erfahrungen") als Vertreter der *Aktion Sühnezeichen* kamen ein Jugendbeamter aus Hannover („Beitrag zur Jugendarbeit") und der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Otto Bach („Aktion Sühnezeichen als völkerverbindendes Element") zu Wort.[620] Im Jahr darauf, 1963, führten Vorgespräche Kutzners mit dem zuständigen Bezirksstadtrat von Berlin-Spandau zu einer achtmonatigen Dienstfreistellung des Berufsschullehrers an der Otto-Bartning-Schule, Ernst Buczys, als Gruppenleiter des Sühnezeichen-Einsatzes auf Kreta. Die Freistellung erfolgte unter Fortzahlung von ¾ des Gehalts.[621]

---

[614] Brief Kutzner an Fritz Erler, dat 13. Oktober 1964, Antwort Erlers, dat 9. November 1964 [NL Kutzner].
[615] Joachim Tiburtius 1889-1967, Senator für Volksbildung (Westberlin) 1951-1963, evangelischer Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (1951-1967) [www.gcjz-berlin.de/tiburt.htm, 3. August 2005]
[616] Die Rundverfügung stammte vom 12. Oktober 1960. Im Jahr darauf hat Tiburtius eine neuerliche Rundverfügung erlassen (13. September 1961). Siehe Einladung zur Tagung Die Bedeutung der Aktion Sühnezeichen für die politische Erziehung der Jugend, gez. Prof. Dr. Tiburtius, beglaubigt: Schellenberger, dat. 18. Mai 1962 [pAdAA B92/644]. Dieser folgten die Schulsenatoren von Bremen und Hamburg (beide 1961) und die Kultusminister von Hessen (1962), Niedersachsen (1962), Schleswig-Holstein (1962), Baden-Württemberg (1964), Rheinland-Pfalz (1965), Nordrhein-Westfalen (1965), Bayern (1965) und des Saarlandes (1965). Verv. Aufst. Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, dat. 1. November 1965, gez. Kutzner, S. 2f. [NL Kutzner].
[617] Aus den Empfehlungen der Kultusminister für das Saarland (Amtliches Schulblatt Heft 5-65, S. 96) und Bayerns (Amtsblatt Nr. 3 vom 6. April 1965, S. 59) sowie des Landesschulrates von Hamburg (Rundschreiben an die Leitungen aller Schulen, dat. 4. Oktober 1961, gez. Matthewes) [NL Kutzner].
[618] Verv. Aufst. Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, dat. 1. November 1965, gez. Kutzner, S. 3f. [NL Kutzner].
[619] Siehe Einladung zur Tagung Die Bedeutung der Aktion Sühnezeichen für die politische Erziehung der Jugend, gez. Prof. Dr. Tiburtius, beglaubigt: Schellenberger, dat. 18. Mai 1962 [pAdAA B92/644].
[620] Ebd.
[621] Hammerstein an Stadtrat Steinke, dat. 2. März 1963, 13. März 1963 sowie Schreiben des Bezirksstadtrats Steinke an Buczys, dat. 16. April 1963, GeschZ: Schul I,2, gez. Steinke. Buczys war bereits für den Sühnezeichen-Einsatz in Servia vom April 1960 bis März 1961 freigestellt werden; einer handschriftilchen Notiz Buczys', dat. 8. März 1963. nach zu schließen ebenfalls unter Weiterzahlung der Bezüge; wenngleich durch die Aktenlage nicht belegt, kann angenommen werden, dass Kutzner in diesen Vorgang ebenfalls entscheidend involviert gewesen war. [sämtliche Dokumente: NL Buczys, in Kopien überlassen von seiner Tochter Rahel Buczys, Hillerse, 13. November 203]

Kutzner betrieb die Öffnung der *Aktion Sühnezeichen* auch für sogenannte Kriegsdienstverweigerer (KDV), für jene wehrpflichtigen jungen Männer in der BRD, die den Militärdienst in der Bundeswehr ablehnten und aus diesem Grund im Rahmen des Zivildienstes ersatzdienstpflichtig waren.[622] Ab 1969, noch unter Bundesminister Hans Katzer (CDU) und der großen Bonner Koalition, konnten Kriegsdienstverweigerer anstelle eines Ersatzdienstes innerhalb der BRD einen 18-monatigen Auslandsdienst mit der *Aktion Sühnezeichen* leisten.[623] Kutzner führte die Korrespondenz mit dem zuständigen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (ab Oktober 1969 Walter Arendt, SPD), um eine mögliche Finanzierung abzuklären (diese wurde abgelehnt) und um sicherzustellen, dass Sühnezeichen-Absolventen nicht im Nachhinein zur Zivildienstleistung einberufen würden.[624]

Kutzners ‚Amtsleitung' ist nicht als Einbahn zu verstehen, sondern funktionierte auch in die umgekehrte Richtung. Einerseits waren Kutzners Informationen über die *Aktion Sühnezeichen* Voraussetzung für die eingeforderte Unterstützung und Anerkennung als Institution. Dazu zählen etwa die einmaligen oder laufenden Informationen über Projekte und Vorhaben an Gewerkschaften, Schulbehörden, Städtetag, Bürgermeister, Bundestagsabgeordneten und Firmen. Für die vorgesetzten Beamten und Minister im BMVFK verfasste Kutzner Vermerke und Eingaben (etwa um Urlaubsfreistellungen für die *Aktion Sühnezeichen*). In diesen Texten finden sich rapportähnliche Texte Kutzners an seine Vorgesetzten. Auch für das Außenministerium waren Kutzners Berichte von großem Interesse. Die bei jedem der häufigen Wechsel in der politischen Leitung des BMVFK erneuerte Bewilligung für Kutzners Engagement bei der *Aktion Sühnezeichen* und für die Reisen in das kommunistische Jugoslawien selbst während der Suspensierung der diplomatischen Beziehungen legen den Schluss nahe, dass die Entscheidungsträger von Kutzners Aktivitäten rund um die *Aktion Sühnezeichen* politischen Nutzen erwarteten. Im Fall der Erdbebenhilfe der *Aktion Sühnezeichen* während der ausgesetzten diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und Jugoslawien (1957-1968) waren Kutzners Beobachtungen und Berichte im Rahmen seiner Reisen für die *Aktion Sühnezeichen* ebenso willkommen, wie die Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* selbst, die als nicht-staatliches Vehikel als kommunale Solidarhilfe in die jugoslawische Gesellschaft Zugang und Eingang finden konnte. Schließlich profitierten Beamte des Außenministeriums von Kutzners Berichten und forderten diese wiederholt ein.[625] Kutzners Informationen, zu denen neben Projektaufstellungen, Teilnehmerlisten und Reiseberichten („Vermerke") auch Bücher zählten, zirkulierten unter den Referenten des Bonner Außenamtes.[626]

2.3.2.5 Verbindung Kutzners zum Religiösen Sozialismus

Auf internationaler Ebene waren es vor allem Kutzners Kontakte zu den religiösen Sozialisten[627], die er zugunsten der *Aktion Sühnezeichen* einsetzte. So 1959, bei einer Konferenz des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten im Schweizerischen Boldern, wo Kutzner sowohl im Plenum wie auch in Einzelgesprächen die *Aktion Sühnezeichen* vorstellte und den Weg für Projekte nach Holland und Norwegen „ebnete".[628] Zu den hochrangigen Kontakten, die Kutzner bei dieser Gelegenheit für die *Aktion*

---

[622] Von diesem Vorhaben berichtete Kutzner auch in seiner Notiz über Aktion Sühnezeichen (AS) für Herrn Min.Rat Gaebe, dat. 17. Februar 1966 [NL Kutzner].
[623] Schreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 5. August 1969, unterzeichnet von Dr. Steinwender Zahl IIb 6-7205/7362, an von Hammerstein, Aktion Sühnezeichen. [LABB 1/1 Konsistorium EKiBB Generalia Nr. 488 Aktion Sühnezeichen 1970-1972]
[624] Kutzners Briefe an den BM für Arbeit und Sozialordnung vom 4. Februar 1970 und 28. August 1970, die Antworten, jeweils gezeichnet Harrer, dat. 20. Februar und 9. September 1970 [NL Kutzner].
[625] So etwa der Jugoslawien-Referent im Auswärtigen Amt, Ritter von Wagner, in einem Gespräch mit Kutzner. Besprechungen im AA am 14.d.M., gez. Kutzner, o.D. [Nachlass Kutzner].
[626] Dr. G. Rheker an Kutzner, dat. 12. August 1965; in diesem Fall hatte Kutzner um Weiterleitung gebeten [NL Kutzner].
[627] Religiöse Sozialisten berufen sich auf eine christlich-sozialistische Bewegung, die nach dem 1. Weltkrieg an mehreren Orten entstand und sich 1926 zum Bund der religiösen Sozialisten vereinigte. [www.brsd.de/modules.php?name=News&file=article&sid=20, 9. Mai 2004]
[628] Verv. Aufst. Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, dat. 1. November 1965, gez. Kutzner, S. 5 [NL Kutzner]. Ob Kutzner selbst Mitglied der Religiösen Sozialisten war, konnte nicht verifiziert werden.

Sühnezeichen machte bzw. erneuerte, zählten Dompropst Aake Zetterberg, Stockholm (Präsident der schwedischen Religiösen Sozialisten und Reichstagsabgeordneter), Adriaan von Biemen (Leiter der kirchlichen Volkshochschule Bentveld (NL) und neugewählter Präsident des Internationalen Bundes Religiöser Sozialististen).[629] 1966 berichtete Kutzner vor dem Internationalen Arbeitskreis „Sonnenberg" bei deren Jahrestagung über Vorhaben und Ziele der *Aktion Sühnezeichen*.[630]

2.3.3 Kirchliche vs. außerkirchliche Bereiche

In einem eigenen Papier hielt Kutzner seine Erfolge fest. Ende 1965 wurde diese Zusammenstellung als 6-seitiges A-5 Faltblatt vervielfältigt und an Rundbrief-Empfänger verteilt.[631] In einer Ausführung vor dem Leitungsgremium nannte Kutzner unter anderem Bedenken aus dem nichtkirchlichen Bereich „gegen Großbauten, da diese mehr einer Kapitalbeteiligung gleichkommen und mit den Einzelspenden in keinem Verhältnis stehen, und politische Erklärungen, außer sie sind nur an Mitarbeiter und Freunde gerichtet". Eine stärkere Betonung der „sozialen Dienste" wäre angebracht, zumal seit August 1964 gesetzliche Voraussetzungen für die Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres geschaffen worden wären. Zugleich regte er den Ausbau des „Jugendaustausches in Form langfristiger diakonischer Mitarbeit und Intensivierung der ‚nachgehenden Versöhnungsarbeit' in Form von kurzfristigen Arbeitslagern" an, wofür auch öffentlichen Mittel, wie etwa aus dem deutsch-französischen Jugendabkommen, in Anspruch genommen werden sollten. Die *Aktion Sühnezeichen* sollte besonders mit Jugendverbänden, die eine gleiche oder ähnliche Ausrichtung haben – wie Christlicher Friedensdienst, Eirene, Christlicher Verein Junger Männer (CVJM), aber auch mit internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten, DGB-Jugend, Vertriebenenjugend sowie Bundes- und Landesjugendringen – zusammenarbeiten. Kutzner skizzierte damit eine Entwicklung der *Aktion Sühnezeichen*, die im darauffolgenden Jahrzehnt zum großen Teil umgesetzt wurde: tatsächlich ist die Bautätigkeit mit Ausnahme der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim, die erst 1985 fertig gestellt wurde, relativ früh zum Erliegen gekommen: Ab Mitte der 1960er Jahre wurde kein neues Bauprojekt in Angriff genommen worden.

Seine Abneigung gegen politische Erklärungen begründete Kutzner:

> Im nichtkirchlichen Raum fand unsere Aktion Anerkennung vor allem wegen des schlichten Tatchristentums. Allgemeine Verlautbarungen bringen uns nicht nur in die Gefahr der Politisierung, sondern auch in bedenkliche Nähe von Einrichtungen, die wegen des Wortschwalls und wegen des Auseinanderklaffens von Wort und Tat wenig ernst genommen werden.[632]

Kutzners eindringlich formulierte Meinung zielte auf eine Rückkehr in ein religiöses Umfeld ab. Mit Ausnahme deskriptiver Presseberichte sollten von der *Aktion Sühnezeichen* keine öffentlichen Spuren hinterlassen werden. Kutzners Haltung hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Stellungnahmen der *Aktion Sühnezeichen* trifft sich mit der zeitgleich vom EKD-Bevollmächtigten Hermann Kunst vertretenen Meinung, die dieser mittels finanziellen Drucks durchzusetzen versuchte.

Kutzners Vortrag vor dem Sühnezeichen-Leitungskreis fand am 20. März 1965 statt, nur wenige Wochen später, am 15. April 1965 folgte Kunsts schriftlicher ‚Maulkorb' an Sühnezeichen-Geschäftsführer Klaus Wilm im Hinblick auf ‚Deutschlands doppelte Kriegsschuld'.[633] Kutzner setzte im Juli des gleichen Jahres nach und führt in seinem Bericht von seiner Reise nach Belgrad und Skopje anlässlich der Dachgleiche des Sühnezeichen-Projekts in Skopje Gespräche mit deutschen Kommunalpolitikern an. Dabei wären ihm „wieder einmal die Vorurteile zum Bewusstsein" gekommen, „die wir uns z[um] T[eil]

---

[629] Kutzner an Kreyssig am 19. August 1959 aus Oberstaufen, Allgäu [EZA 97/938]
[630] Protokoll der Exekutiv-Sitzung am 3. Januar 1966, dat. 13. Januar 1966 [EZA 97/950]
[631] Verv. Aufst. Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, dat. 1. November 1965, gez. Kutzner, S. 5 [NL Kutzner].
[632] Typoskript Meine Arbeit für die Aktion Sühnezeichen im nichtkirchlichen Raum, Kutzner, dat. 20. März 1965 [EZA 97/949]
[633] vgl. Abschnitt 5.2.1 Die Hand am Hebel und doch brüderlich: „Parakletos" Hermann Kunst.

selbst zuzuschreiben haben. Sogar ein Wohlwollender sprach von der Notwendigkeit einer Zurückhaltung, da in der Aktion [Sühnezeichen] ‚rote Vikare' die Oberhand hätten."[634]

In den Leitungsgremien war Kutzner noch 1965 offiziell mit dem Ressort „Öffentlichkeitsarbeit, Finanzen und Behördenkontakte" betraut.[635] Später wurde Kutzners Tätigkeitsbereich mit „Außerkirchlicher Bereich" und Finanzkontrolle definiert.[636] Seine darüber hinaus reichenden Aktivitäten, wie das Akquirieren von Projekten, Projekt- und Freiwilligenbetreuung wurden formell nicht als Arbeitsbereich festgelegt. „Anerkennend zur Kenntnis genommen" wurden lediglich „die Frankreicharbeit und die Betreuung der Freiwilligen in Frankreich durch Herrn Kutzner".[637]

2.4 ‚Widerstandsmilieu' Bekennende Kirche und Kreisauer Kreis

> „Seine Kraft ist in den Schwachen mächtig" – dieses Wort aus dem 2. Brief des Paulus an die Korinther hat für die Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen unmittelbare zeitgeschichtliche und politische Aussagekraft ... die Aktion Sühnezeichen versteht sich als Erbe des geistigen und politischen Vermächtnisses des deutschen Widerstandes. Sie knüpft an die Gedanken an, die im Kreisauer Kreis um Moltke, Trott, Yorck und Stauffenberg diskutiert wurden. Diese Männer haben gewusst, dass es einen Neubeginn für Deutschland nur nach der totalen Niederlage geben könnte."[638]

Mit Angehörigen der *Bekennenden Kirche* und Hinterbliebenen des sogenannten *Kreisauer Kreises* bestanden personelle Überschneidungen eines nach 1945 fortwirkenden säkularen wie kirchlich-religiösen ‚Widerstands-Netzwerkes', das sich zum Teil in der Zusammensetzung der Unterstützer (Gründerkreis, Geldgeber) der *Aktion Sühnezeichen* widerspiegelte.[639]

In der *Aktion Sühnezeichen* manifestierte sich das Zusammenwirken der (BK-)Freundschaften (‚Bruderschaften') evangelischer Kirchenführer wie Kurt Scharf (Berlin-Brandenburg, EKU), Ernst Wilm (Westfalen, EKU), Franz-Reinhold Hildebrandt (EKU Berlin), Reimer Mager (Sachsen) und Joachim Beckmann (Rheinland) oder Laien wie Gustav Heinemann, Theologen wie Helmut Gollwitzer sowie Heinrich Grüber und Hermann Kunst, die die Vertretung der EKD gegenüber den beiden deutschen Regierungen wahrnahmen. Das BK-Netzwerk, das in der Evangelischen Kirche nach 1945 bis in die 1970er Jahre wirksam war, kam der *Aktion Sühnezeichen* zugute und egalisierte den Widerstand anderer Vertreter und Entscheidungsträger der Evangelischen Kirchen gegen einzelne Vorhaben bzw. gegen die Existenz der *Aktion Sühnezeichen*. Auch unter den Mitarbeitern der *Aktion Sühnezeichen* befanden sich Angehörige der Bekennenden Kirche. So war mit Johannes Müller ein „ebenso dröger wie verwegener Kumpan aus der B[ekennender] K[irche]-Zeit in Brandenburg"[640] verantwortlich für den ersten Einsatz einer Sühnezeichen-Gruppe 1961 in Israel.

Das Netzwerk der BK-Mitglieder wies personelle Überschneidungen mit Beteiligten bzw. Hinterbliebenen aus Widerstandskreisen, vor allem aus dem sogenannten *Kreisauer Kreis* um Helmut James Graf von Moltke, auf. So waren der Berliner Sozialpfarrer Harald Poelchau, dessen Einrichtung für die Rekrutierung von Freiwilligen und Aktivisten für die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* von zentraler Bedeutung war, und der Theologe Heinrich von der Gablentz (Unterzeichner des Aufrufs, verschwägert

---

[634] Kurzbericht für die Exekutive über die Reise nach Belgrad und Skopje, dat. 5. Juli 1965, gez. Kutzner [EZA 97/949].
[635] Protokoll der Leitungskreissitzung vom 27. Mai 1965, datiert 30.Juni 1965 [EZA 97/949].
[636] Prot. 12/70 VS vom 4. Juni 1970, at. 11. Juni 1970 [EZA 97/949].
[637] Die Verbindung war über eine Tochter Kutzners zustande gekommen, die gemeinsam mit ihrem französischen Ehemann in Caen lebte und durch deren Kontakte mit dem Leiter des städtischen Jugendamtes zusammengetroffen war und eine Vereinbarung für einen Sühnezeichen-Einsatz von Kriegsdienstverweigerern aus Deutschland in einem Jugendwohnheim und in einer Einrichtung für verhaltensgestörte Jugendliche diskutiert hatte. Vermerk für den Vorstand der AS von Kutzner, dat. 5. Januar 1970 [LABB 1/1 Nr. 488, LABB 1/1 Nr. 7 Bd VI]
[638] o.A. Brückenschlag über Gräben der Vergangenheit In: *Bericht von der Kirche*, herausgegeben von Dr. Paul Gerhard Eberlein, Stuttgart, Heft 2, 1967; 2. Vierteljahr, S. 2-5 und 15, hier: S. 2. [NL Kutzner]
[639] eine umfassende Übersicht über Mitglieder und (Nachkriegs-)Konzeptionen des Kreisauer Kreises siehe Van Roon (1967).
[640] Kreyssig an Niemöller, dat. 3. März 1972 [EZA 614/245]

mit Gotthard Kutzner) sowohl in der Bekennenden Kirche wie im Kreisauer Kreis verankert. Andere, wie Paul Graf Yorck von Wartenburg und Hans Graf von Lehndorff waren über ihre Familien mit dem Widerstand verbunden und als Laienchristen mit der Bekennenden Kirche.

Die verwandtschaftlichen und zwischenmenschlichen Beziehungen rund um die ‚Kreisauer Kreis-Familien' spiegeln sich im Engagement für die *Aktion Sühnezeichen* wider:
Freya Gräfin von Moltke, die Witwe des Begründers des *Kreisauer Kreises*[641], wurde Ehrenvorsitzende des 1960 gegründeten Dachvereins *Versöhnungszeichen e.V.*, ihr Lebensgefährte, mit dem sie Anfang der 1960er Jahre in die USA auswanderte, war Eugen Rosenstock-Huessy, auf dessen Konzeption (inter)nationaler Lagergemeinschaften in der Zwischenkriegszeit sich der *Weltfriedensdienst* bei seiner Gründung berief.[642] Rosenstocks Monographie „Der unbezahlbare Mensch" wurde 1955 von Harald Poelchau herausgegeben.[643] Auf den Einfluss von Rosenstock-Huessy waren die von Helmuth James Graf von Moltke, Carl Dietrich von Trotha und Horst von Einsiedel in den späten 1920er Jahren eingerichteten „Löwenberger Arbeitslager" für Arbeiter, Studenten und Bauern zurückgegangen, die die Not der Arbeiter in den Waldenburger Kohlebergwerken thematisierten.[644] Ulrike von Moltke, Freyas vormalige Schwiegertochter, ist die Tochter von Hans-Bernd von Haeften (1905-1944) und war ihrerseits 1963/1964 Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen* in Israel.[645] Eine namentlich nicht benannte Schwester Hans-Bernd von Haeftens [Elisabeth von Haeften] sowie seines ebenfalls im Widerstand aktiv gewesenen Bruders Werner von Haeften (1908-1944) stellte der *Aktion Sühnezeichen* 1959 „einen hohen, aus Wiedergutmachungsmitteln erhaltenen Betrag" zur Verfügung.[646] Die Witwe von Carl Dietrich von Trotha (1907-1952), Margaret[h]e von Trotha war ab 1972 Mitglied des Vorstands der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*, 1976-1978 als stellvertretende Vorsitzende.

Eine weitere Verbindung bestand mit Mitgliedern des „Religiösen Sozialismus": Über personelle Verflechtungen von Mitgliedern des religiösen Sozialismus, der eine Verknüpfung christlicher – evangelischer – Soziallehre mit gesellschafts- und parteipolitischen Bewegungen versucht und mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten an institutionalisierter Bedeutung in Deutschland verloren hatte,[647] lässt sich ein weiteres Netzwerkpotenzial der *Aktion Sühnezeichen* rekonstruieren. Personelle Überschneidungen bestanden mit dem Magdeburger Evangelischen Bischof Johannes Jänicke[648], Unterzeichner des Sühnezeichenaufrufs wie Bundestagsmitglied Ludwig Metzger aus Darmstadt[649], weiters mit den bereits genannten Harald Poelchau[650] und Eugen Rosenstock-Huessy[651]. Mit dem Religiösen Sozialismus nach 1945 war auch Gotthard Kutzner verbunden. Eine institutionelle Klammer waren gemeinsame Seminare des *Internationalen Bundes religiöser Sozialisten* und der Evangelischen

---

[641] Freya Moltke, die zum Zeitpunkt der Recherche in Vermont, USA lebte, veröffentlichte 1997 ihre Erinnerungen. Vgl. Moltke (2003)
[642] eine direkte Verbindung zwischen den von Rosenstock-Huessy mit den ‚Kreisauern' entwickelten freiwilligen Arbeitsgruppen, der von Rosenstock-Huessy nach dem zweiten Weltkrieg vorgenommenen Neukonzipierung als Friedensdienste und dem *Weltfriedensdienst* stellte Hans-Ulrich Smoltzcyk her, der als Leiter des Internationalen Zivildienstes in Berlin in das erste Weltfriedensdienstprojekt im nordgriechischen Servia eingebunden war. [Email, dat. 7. Oktober 2003]
[643] zit. nach Typoskript Rosenstocks Einfluss auf die freiwilligen Friedensdienste nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland (insbesondere Aktion Sühnezeichen), dat. 1988, gez. Franz von Hammerstein [wfd]. In diesem Text argumentiert Hammerstein den Einfluss Rosenstock-Huessys auf das 1961 unter Präsident John F. Kennedy gegründete Entwicklungshilfeprojekt U.S. Peace Corps
[644] vgl. Van Roon (1967), S. 31-34, 95
[645] Telefongespräch mit Freya von Moltke, 11. Februar 2004; Frau Moltke konnte sich bei dieser Gelegenheit an ihre Ehrenvorsitzendenschaft nicht erinnern, meinte aber, dass sie ihren Namen gerne für Sühnezeichen geben würde; Kreyssig hätte sie schon 1946 in der Schweiz kennen gelernt und für eine beeindruckende Persönlichkeit gehalten; zur Aktion Sühnezeichen wäre sie aber eher durch Harald Poelchau und Franz von Hammerstein gekommen.
[646] Rundschreiben Nr. 7, dat. 15. September 1959, S. 2 [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]
[647] Vgl. Peter, Ulrich. Zwischen allen Stühlen: Der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands, In 2001). Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. S. 53-71, Peter, Ulrich, Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin von 1919 bis 1933. Geschichte - Struktur - Theologie und Politik (1995). Frankfurt/Main et al.: Peter Lang.
[648] so Kreyssig im Wochenbrief auf den Sonntag Jubilate 1966, dat. 25. April 1966 [ASF]
[649] Peter (2001)
[650] vgl. Eintrag Harald Poelchau in www.bautz.de/bbkl/p/poelchau_h.shtml (Band VII, (1994), Spalten 769-775, von Peter Noss sowie Ulrich Peter, Pfarrer – Sozialist – Humanist: Harald Poelchau (1903-1972), in Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. CuS Heft 3/1998
[651] so Kreyssig im Wochenbrief auf den Sonntag Jubilate 1966, dat. 25. April 1966 [ASF]

Akademie Berlin.[652] Der religiöse Sozialismus wird zu den „geistigen Quellen des Kreisauer Kreises“ gezählt.[653]

Eine besondere Rolle spielten Vertriebene aus den Ostgebieten, ostpreußische oder schlesische Aristokraten. Zu diesen ‚Vertriebenen’ zählten u.a. Paul Graf Yorck von Wartenburg, der als Diplomat der BRD in Frankreich und Rumänien Projekte für die *Aktion Sühnezeichen* zu akquirieren half bzw. versuchte, Hans Graf von Lehndorff und die schlesische Schriftstellerin Eva von Heydebreck. Eva von Heydebreck hinterließ der *Aktion Sühnezeichen* ihren gesamten Nachlass in Höhe von 500.000 DM.[654] Hans Graf von Lehndorff veröffentlichte in den 1960er Jahren Erinnerungen an seine frühere Heimat und Erlebnisse während des Zweiten Weltkriegs.[655] Lehndorffs Publikationen wurden zu Bestsellern, die bis in die Gegenwart gehandelt werden. Lehndorff spendete die Erlöse aus der ersten und zweiten Auflage seines „Ostpreußischen Tagebuches“ in Gesamthöhe von mehr als 100.000 DM für den Bau der Kirche in Taizé.[656]
In seinen Erinnerungen über „seinen Weg zur Bekennenden Kirche“ beschrieb Lehndorff eine Begegnung mit Kreyssig im Rahmen einer Zusammenkunft von Mitgliedern der Bekennenden Kirche, die er 1944 gemeinsam mit seinem Cousin Heinrich (1909-1944), Mitglied des militärischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, erlebte:

> Kreyßig kam am Sonntag Judica, 26. März 1944 zum Gemeindetag, zu dem auch Cousin Heinrich Graf Lehndorff-Steinort anreiste. Kreyßig hielt die Predigt über den Text aus dem Johannesevangelium Kap. 8, Vers 46-59.
> Kreyßig ergänzte diesen Vortrag. [...] Die Stunden, die wir anschließend noch mit Dr. Kreyßig bis zur Abfahrt seines Zuges verbrachten, haben Bande geknüpft, die über die Jahrzehnte hin immer fester geworden sind. Sie bilden eine lebendige Brücke über die Zonengrenze hinweg, dorthin, wo er heute als Gründer und treibendes Element der „Aktion Sühnezeichen“ mit ungebrochener Phantasie und Aktivität an der Verständigung der Völker arbeitet.[657]

Erstmalig kennengelernt hatten Kreyssig und Lehndorff einander während der BK-Synode Breslau 1943, an der auch Paul Yorck Graf zu Wartenburg teilnahm.[658] Paul Yorcks Bruder Peter (1904-1944) war mit Moltke befreundet und im militärischen Widerstand engagiert. Paul Yorck (1902-2002) selbst war letzter Eigentümer des Yorckschen Familiengutes Klein Oels in Schlesien und „Patronatsherr von 15 im Wesentlichen katholischen Kirchen“. Nach anfänglicher Affinität mit dem Nationalsozialismus und SA-Mitgliedschaft verweigerte er 1934 als Reserveoffizier den Eid. 1939 bis 1942 (Verwundung) war Yorck in der Wehrmacht und nahm an den Überfällen der Wehrmacht auf Polen und die UdSSR teil, zuletzt als Oberleutnant. Yorck war – wie Kreyssig – Laienmitglied im preussischen Bruderrat. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er, obgleich nicht selbst im Widerstand engagiert, im Konzentrationslager Sachsenhausen interniert. Nach Kriegsende war er Leiter des Evangelischen Hilfswerks in Baden Baden, 1951/52 angestellt beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, 1954 bis 1963 Konsul I. Klasse der BRD in Lyon und schließlich 1964 bis 1966 als Leiter der Handelsvertretung der BRD in Bukarest erster diplomatischer Vertreter der BRD in Rumänien.[659] In seiner diplomatischen Funktion in Frankreich

---

[652] Peter (1995), S. 383
[653] Van Roon (1967), S. 35-40
[654] [s. *Bericht von der Kirche*, Aktion Sühnezeichen, Heft 2, 1967, hrsg. von Gerhard Eberlein, Gerhard Weber Verlag.], S. 2; mit Ausnahme der sich aufgrund des Einspruchs von Verwandten über längere Zeit hinziehende Abhandlung der Verlassenschaft in Sitzungen der Sühnezeichen-Leitung liegen über die Verbindung Heydebreck-Sühnezeichen keine Unterlagen vor.
[655] u.a. Lehndorff, Hans Graf von, Die Insterburger Jahre: Mein Weg zur Bekennenden Kirche (1992). München: Beck; Lehndorff, Hans Graf von, Ein Bericht aus Ost- und Westpreußen 1945-1947 (1959). Bonn: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.
[656] Lehndorff an Kreyssig, dat. 7. März 1961, Kreyssig an Lehndorff, dat. 27. März 1961 [EZA 614/237] Dank der Verbreitung seiner Erinnerungen galt Lehndorff als öffentliche Autorität in Vertriebenen-Belangen, die es ihm erlaubte, politische Forderungen der Verbände der Heimatvertriebenen in Frage zu stellen. In einem Brief an Kreyssig deutete Lehndorff eine von ihm als solche wahrgenommene Vermittlerrolle zwischen der Evangelischen Kirche und den Vertriebenenverbänden an. vgl. Hans Graf von Lehndorff, Bad Godesberg, an Kreyssig, dat. 3.6.1968 [EZA 97/940]
[657] Lehndorff, Hans Graf von, Die Insterburger Jahre: Mein Weg zur Bekennenden Kirche (1992). München: Beck, S. 74f.
[658] Lehndorff an Kreyssig 1.9.1962 [EZA 97/901]
[659] diese Informationen verdanke ich Yorcks Neffe Wulf von Moltke. [25. Februar 2004 und 15. April 2004]; vgl. auch Munzinger-Archiv/Intern.Biograph.Archiv 2.12.1972, Lieferung 48/72-P-10789**

vermittelte er die Errichtung einer Synagoge und eines jüdischen Gemeindehauses in Lyon als Sühnezeichen-Projekt (1962-1964).[660]

Die Fragen, inwieweit das Netzwerk aus den vormaligen Widerstandsbewegungen *Kreisauer Kreis* und 20. Juli 1944 nicht nur personell sondern ideengeschichtlich mit der *Aktion Sühnezeichen* verbunden war, und inwieweit die *Aktion Sühnezeichen* das ideengeschichtliche Erbe des Widerstands angetreten hat, lassen sich aus den vorgefundenen Archivbeständen nicht eindeutig beantworten. Kreyssig hat sich selbst nicht auf die Widerstandsbewegung bezogen, seine Widerstandshandlungen während des Nationalsozialismus waren von einer intrinsischen, christlichen Motivation getragen, die vor allem im Rahmen der Bekennenden Kirche ihre soziale Verankerung erfuhr. Von Harald Poelchau, der im Hintergrund wesentlich zur organisatorischen Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen* beigetragen hatte[661], und der dem Kreisauer Kreis am weitesten verbunden war, liegen zwar Texte zu Versöhnung mit Frankreich und den Niederlanden sowie sein Engagement für den Versöhnungsbund und die Quäker, allerdings keine unmittelbaren Bezugnahmen auf die *Aktion Sühnezeichen* vor.[662]

Eine erste ideengeschichtliche Verknüpfung nahm Joop Siezen, niederländischer Pfarrer in Berlin und über das Sozialpfarramt eng mit der *Aktion Sühnezeichen* verbunden, 1964 vor. Der als Rundbrief der *Aktion Sühnezeichen* vom September 1964 veröffentlichte Text Siezens nannte als Bezugsperson Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945, Oberbürgermeister von Leipzig 1930-1937, als Reichskanzler nach einem erfolgreichen Staatsstreich gegen Hitler vorgesehen) und dessen Abschiedsbrief vor seiner Hinrichtung, in dem dieser das Märtyrerschicksal der Widerstandskämpfer als Buße für das deutsche Volk aufgenommen wissen wollte, und die Geschwister Hans (1918-1943) und Sophie Scholl (1921-1943, „Weiße Rose"), aus deren letzten Flugblatt Siezen zitierte.[663] Siezen verstand die *Aktion Sühnezeichen* als „eine Frucht der deutschen Widerstandsbewegung". Siezen leitete daraus ab, dass die *Aktion Sühnezeichen* einerseits „die Opposition bis in die Gegenwart fortführen", andererseits „auch eine klare Konzeption des Deutschlands von morgen haben" müsste. Über den Bezug „auf das Erbe des ‚anderen Deutschlands'" sollte nach Siezen die deutsche Jugend zur Annahme der Geschichte motiviert werden: „Erst von da her begreift sie etwas von der Buße [...]. Erst von da her fängt die Jugend selbst an, zögernd aber ehrlich etwas über Scham und Schuld zu sagen."[664]

Mitte der 1960er Jahre konstruierte ein Text in der *Kommunität* eine ‚geistige Anbindung' der *Aktion Sühnezeichen* an den deutschen Widerstand. Da dieser Text theologische oder religiöse Quellen nicht nennt, liegt die Vermutung nahe, dass mit seiner Veröffentlichung eine säkulare Identifizierungsebene konstruiert werden sollte, die eine gesellschaftspolitische Verortung ohne direkte theologische Bezüge ermöglichen könnte.

> ... Spürt man jedoch dem Geist des Kreisauer Kreises nach, so ließe sich denken, dass auch er Formen gefunden hätte, die denen der „Aktion Sühnezeichen" ähnlich gewesen wären. Moltke, Yorck und anderen waren Aufbauwerke nicht fremd, die Freiwillige aus allen Schichten zusammenführten und in denen sich ein neues Miteinander dokumentieren sollte. [...] Dieser Widerstand konnte nicht die „Aktion Sühnezeichen" voraussehen, die hier und jetzt auf ihn bezogen werden soll. Gleichwohl kann sie auf ihn bezogen werden, wenn sie in dem Geiste handelt, den wir zu verdeutlichen suchten. Zu ihm aber gehört nicht nur, das jedem übersteigerten Nationalismus und jeder Ideologie widersagt wird; zu ihm gehört nicht minder ein Europa, das nicht in die Fronten von heute zerfällt.
> Es hat den Anschein, als trennten im Hinblick auf die Sühne keine Grenzen. Wie der Widerstand, so will die „Aktion Sühnezeichen" Wiedergutmachung und Sühne. Damit erfüllt sie sein Vermächtnis,

---

[660] Kreyssig an Niemöller, dat. 5. Juli 1961[EZA 97/128]; vgl. auch Bericht über Aktion Sühnezeichen in „Leuchtspur" Nr. 31 vom 2. August 1964, Verlag „Junge Gemeinde", Stuttgart. Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Presse. S. 121-124 [EZA 97/946]

[661] vgl. Abschnitt 2.6 Sozialpfarrämter und Industriediakonie

[662] für die Information danke ich Poelchaus Sohn, Harald S. Poelchau, der den Nachlass seines Vaters verwaltet. Email Poelchau. 9. Oktober 2003

[663] „Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet."

[664] Rundbrief der Aktion Sühnezeichen, o.T. September 1964, gez. Joop Siezen [ASF]

> und dies um so mehr, als sie zu beidem mit der Freiwilligkeit entschlossen ist, zu der sich auch ein siegreicher Widerstand bekannt hätte.[665]

2.5 Evangelische Akademien

> Die Evangelischen Akademien anerkennen die Initiative zur Bildung der Aktion Sühnezeichen und sind bereit zu prüfen, wie weit sie die Arbeit unterstützen können. Sie bitten Präses Kreyssig darum, Vorschläge zu machen, wie sie Hilfe leisten können.[666]

Einige der nach dem zweiten Weltkrieg in beiden deutschen Staaten gegründeten Evangelischen Akademien waren bis in die 1980er Jahre eng mit der *Aktion Sühnezeichen* verknüpft. Nicht zuletzt waren Kreyssig und Müller-Gangloff selbst Gründer und Leiter von Evangelischen Akademien und damit in überregionalen Zusammenschlüssen verankert. Kreyssig war 1957 sogar als zweiter Vertreter Deutschlands Mitglied in das Executiv-Komitee des Leiterkreises der Ev. Akademien und Laieninstitute in Europa gewählt worden.[667] Eine Funktion, die er mangels Reisegenehmigungen seitens der DDR nicht wahrnehmen konnte und die er an Müller-Gangloff übertrug.

Vor allem die Evangelische Akademie in Westberlin erfüllte die Funktion eines Think-tanks und einer Plattform für die in Tagungen jeweils konzeptionell erarbeiteten Themen, die die Grundlage für die Arbeit aller drei von Kreyssig gegründeten Organisationen – *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden*, *Aktion Sühnezeichen* und *Weltfriedensdienst* bildeten.[668] In der Bestandaufnahme anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der Akademie bezeichnete Franz von Hammerstein 1967 diese Organisationen als „die drei Kinder der Akademie“.[669] Vor allem die *Aktion Sühnezeichen* verkörperte eine institutionalisierte Repräsentation der außeruniversitären gesellschaftspolitischen, philosophischen und theologischen Impulse, die diese Akademie unter der Leitung von Erich Müller-Gangloff im spezifischen Kontext des geteilten Berlin auszustrahlen versuchte. Studienleiter Eberhard Mucha zeichnete die Entwicklung aus der zum 10. Jahrestag des 20. Juli 1944 einsetzenden „Auseinandersetzung mit unserer jüngsten und von daher auch der ferneren und fernsten Vergangenheit“ nach, die 1956 zur Tagung „Hitler – oder die unbewältigte Vergangenheit“ führte und folgerte: „Die eigentliche Gegenbewegung zu der Entwicklung, die das Schlagwort von der unbewältigten Vegangenheit herausforderte, war die Gründung der Aktion Sühnezeichen ...“.[670]

Zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und der Evangelischen Akademie (West-)Berlin bestanden zudem Personalverflechtungen. Müller-Gangloff war parallel Vorstandsvorsitzender des Dachvereins Versöhnungsdienste und Direktor der Evangelischen Akademie, Irmgard Block (1917-1999) gleichzeitig in den Leitungskreisen von Sühnezeichen und Akademie; andere, wie Gerhard Möckel, Franz von Hammerstein, Günter Berndt oder Manfred Karnetzki übten Vorstands-, Direktors- oder Studienleiterfunktionen bzw. Vorsitzendenfunktionen in Sühnezeichen und Akademie alternierend aus. In Ostberlin war die Mitarbeiterin der nach dem Bau der Berliner Mauer selbständig operierenden Evangelischen Akademie, Waltraut Hopstock, mit der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* im sogenannten „Donnerstagskreis“, der nach der Einsetzung der Satzung Ende 1966 die konzeptionelle Ausrichtung erarbeitete, verbunden

[665] Bodo Scheurig, Handeln jenseits von Ideologie und Taktik. Aktion Sühnezeichen und das Vermächtnis des deutschen Widerstandes. In *Kommunität* 9. Jg. Heft 34, April 1965, S. 45-50.
[666] Der unter Punkt 4. Sonstiges gefasste Beschluss erfolgte einstimmig. Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung des Leiterkreises der Ev. Akademien in Deutschland (Geschäftssitzung in Loccum am 22. und 23. April 1959), dat. 28. April 1959, gez. Scholz, Müller [EZA 614/132]
[667] Kreyssig an Rinderknecht und Birk, Leiterkreis der Ev. Akademien und Laieninstitute in Europa, Bad Boll, dat. 27. Juli 1960 [EZA 614/132]
[668] Im Rahmen einer „Friedenstagung“ vom 4.-6. Februar 1969 wurden in der Evangelischen Akademie Berlin auch die neuen Einzelvereine Weltfriedensdienst und Aktionsgemeinschaft gegründet.
[669] Hammerstein, Franz von. Botschafter der Versöhnung. Die Aktion Sühnezeichen und ihr Weg, In Mucha, Eberhard, Im Spannungsfeld. Fünfzehn Jahre Evangelische Akademie Berlin 1952-1967 (1967). Berlin: Sonderband Kommunität. Vierteljahreshefte der Evangelischen Akademie Berlin. S. 68-72, S. 69.
[670] Eberhard Mucha, Themen, Thesen und Termine. Aus fünfzehn Jahren Akademiearbeit in Berlin, In *Sonderband Kommunität* Im Spannungsfeld. Fünfzehn Jahre Evangelische Akademie Berlin 1952-1967, 1967, S. 73-79: hier S. 75

Mit der Evangelischen Akademie Bad Boll bestanden zunächst über deren Leiter Eberhard Müller, der zugleich Vorsitzender des Leitungskreises der Evangelischen Akademien in Deutschland war, enge Beziehungen. Müller hatte als Teilnehmer an der EKD-Synode von 1958 den Aufruf zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen* unterschrieben und Kreyssig seine volle Unterstützung zugesagt. Als Kreyssig mit seinen ökumenischen Partnern die *Aktion Sühnezeichen Jerusalem* konzipierte, war Müller eingebunden und zeigte sich „sehr begeistert und bereit, diese Unternehmung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen".[671] Über Müller und die Evangelische Akademie Bad Boll erhielt Kreyssig Spenden des Leiterkreises der evangelischen Akademien in Deutschland für seine Projekte in der DDR (zur Finanzierung des Autos, von Büchern, Bürogeräten, Honoraren, Medikamentensendungen etc.).[672]

2.6 Sozialpfarrämter und Industriediakonie

> Sie werden recht haben, dass der Neuansatz 1962 vor allem durch mehr geistliche und geistige Entschiedenheit und Sorgfalt in der Auswahl gekennzeichnet sein muss. ... Von Hammersteins Unbekümmertheit, ein gewisser sehr weiträumiger und liberaler Grundzug der Frankenallee, wird hier ohnehin ein Gegengewicht bleiben. Wir dürfen auch nie vergessen, dass wir ohne diese Unbekümmertheit den Einstieg wahrscheinlich kaum bekommen hätten.[673]

Mit dem Sozialpfarramt in Westberlin bzw. mit der Industriediakonie in Wolfsburg trugen zwei landeskirchliche Einrichtungen durch die Verknüpfung eigener Jugendprogramme mit dem Programm der *Aktion Sühnezeichen* – im Einzelnen die Bereitstellung eigener Kontakte ins Ausland und die Akquirierung von Freiwilligen – wesentlich zur Umsetzung der ersten (Bau-)Projekte bei. Die beiden für die *Aktion Sühnezeichen* bedeutenden Einrichtungen gehen auf Bemühungen innerhalb der Evangelischen Kirche in den 1950er Jahren zurück, Zugang zur Arbeiterschaft und zur Arbeiterjugend (wieder) zu erlangen.[674] In Berlin wurde Harald Poelchau von der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg Ende 1951 zum Sozialpfarrer bestellt.[675] Poelchau baute ein selbständiges Sozialpfarramt auf, in dessen Rahmen ab April 1957 Franz von Hammerstein als Provinzialpfarrer eine Jugendabteilung für die Berufsschuljugend einrichtete. Aus dem *Amt für Industrie- und Sozialarbeit – Evangelische Industriejugend* sollten in der Folge mehrere Mitarbeiter, zu denen auch sogenannte "fraternal workers" zählten, entscheidend beim Zustandekommen von Sühnezeichen-Projekten mitwirken.

Die zweite für die *Aktion Sühnezeichen* bedeutende Einrichtung war das *Pfarramt für Industriediakonie* im Pendlerbezirk des VW-Werkes Wolfsburg der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hannovers unter seinem Gründer und Leiter, Pastor Rudolf Dohrmann. Die unter dem Nationalsozialismus geschaffene Industriestadt war nach 1945 Ziel einer Missionierung, war doch während des Dritten Reiches seelsorgerische Betreuung nicht vorgesehen, und die Industriestadt ohne Kirchen gebaut worden. Für die seelsorgerische Betreuung der Arbeiter des VW-Werkes und die Arbeit in der Gewerbeschule in Wolfsburg gründete Dohrmann „zusammen mit drei theologischen Gesinnungsfreunden" die *Arche/Industriediakonie*.[676]

---

[671] Jugendbildungssekretär Reinhold Weller an Hammerstein, dat. 20. Oktober 1960 [EZA 97/734]
[672] EKD-Berliner Stelle OKR Hammer an Scholz, Leiterkreis, Bad Boll, dat. 24.Mai 1962 [EZA 614/132]
[673] Kreyssig an Nevermann, dat. 21. Februar 1962 [EZA 97/905]
[674] Diese Einrichtungen blieben der wissenschaftlichen Literatur bisher verborgen. Für entsprechende Hinweise über das Wirken der Sozial- und Jugendpfarrämter und die Bestätigung fehlender Literatur danke ich meinem Kollegen vom Europäischen Hochschulinstitut Thomas Fetzer, der im Rahmen seiner Doktorarbeit über gewerkschaftliche Verbindungen auf dieses Phänomen der kirchlichen Sozialarbeit gestoßen ist.
[675] Zur Biographie Harald Poelchaus und zur Geschichte des Sozialpfarramtes aus der Perspektive des Religionsunterrichts an Berufsschulen vgl. Peter, Ulrich. (1997) „Oberstes Ziel der Erziehung ... ist der fromme und sittliche Mensch im Geist des Evangeliums". und Peter, Ulrich. Harald Poelchau, In Asendorf, Manfred und Bockel, Rolf von, „Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus Fünf Jahrhunderten" (1997). Stuttgart/Weimar: Metzler. S. 747. Für die Überlassung der jeweiligen Texte und darüber hinaus reichende Hinweise in mehreren Email-Kontakten und einer persönlichen Begegnung in Berlin (August 2004) danke ich Ulrich Peter.
[676] Vgl. Zeitungsbericht Die Erlebnisse des Pfarrers Dohrmann. Ein politischer Außenseiter bekam es mit der Polizei zu tun – Reisen über die Zonengrenze – Zersetzende Propaganda. Von Kai Hermman In *Die Zeit, Länderspiegel*, 29. März 1963, o.P. [RD]

Beide Einrichtungen sind in enger Verbindung zu ihren jeweiligen Begründern und langjährigen Leitern zu sehen. Franz von Hammerstein in Berlin und Rudolf Dohrmann in Wolfsburg haben Konzeption und die inhaltliche Umsetzung wesentlich verantwortet und die institutionelle Verbindung zur *Aktion Sühnezeichen* auch ad personam getragen. Nach Ausscheiden aus ihren Funktionen, die sie jeweils rund 10 Jahre inne hatten, nahmen die institutionellen Verbindungen ab.

2.6.1 Amt für Industrie und Sozialarbeit – Evangelische Industriejugend

> Nachdem wir nämlich endlich das Angebot einer Aufgabe hatten, fanden wir zuerst keine Freiwilligen. Da trat Dr. von Hammerstein auf den Plan und brachte uns, trocken und selbstverständlich, wie er heute als Generalsekretär auch noch redet, von der Industriejugend in der Frankenallee die ersten Teilnehmer.[677]

Kreyssig wandte sich im Vorfeld des ersten Projektes an Harald Poelchau, um Freiwillige für die *Aktion Sühnezeichen* aus dem Einflussbereich der evangelisch-kirchlichen Jugendarbeit zu akquirieren. Dass Poelchau in die Konzeption der *Aktion Sühnezeichen* einbezogen war, wie eine Biographie über des Journalisten Klaus Harpprecht Poelchau vorschlägt – „Man darf feststellen, dass die Aktion Sühnezeichen aus dem Geist Harald Poelchaus geboren wurde und entscheidende Impulse von seiner Persönlichkeit empfing.“[678] –, konnte nicht verifiziert werden. Eine Begegnung Kreyssigs mit Poelchau vor 1958 ist zwar wahrscheinlich, aber nicht dokumentiert.[679] Anlässlich seines 60. Geburtstages widmete der Berliner Tagesspiegel Poelchau ein Portrait, in dem die *Aktion Sühnezeichen* Erwähnung fand: „Er sieht eine seiner Hauptaufgaben darin, die früher weithin vernachlässigte Begegnung der Kirche mit der Industriegesellschaft zu intensivieren. Als besonderer Zweig hat sich dabei die Industriejugendarbeit entwickelt. Aus ihren Reihen kam bisher der Hauptteil der Facharbeiter für die Aktion Sühnezeichen“.[680]

Ab 1959 waren die Verbindungen auf institutioneller Ebene manifest: Die Evangelische Industriejugend bot nicht nur ein Reservoir an Freiwilligen, sondern eine wesentliche Personalreserve, aus denen Mitarbeiter, Gruppenleiter und Leitungskreismitglieder für die *Aktion Sühnezeichen* rekrutiert wurden. Für die *Aktion Sühnezeichen* engagierten sich Joop [Johannes] Siezen (ab 1959) und Paul Cates (ab 1960), der Sozialsekretär Horst Salzmann, die Mitarbeiter Rudolf Dohrmann (1969/70), Otto Schenk (bis 1966 im Sozialpfarramt, danach als Israel-Beauftragter der *Aktion Sühnezeichen* in Israel), Sozialsekretär Jürgen Winkel (Freiwilliger der *Aktion Sühnezeichen* in Israel 1963/64, ab 1966 im Sozialpfarramt), Industriediakon Horst Czock und Bernd Karl Vogel.

Die Evangelische Industriejugend organisierte die Vorbereitungskurse für die Sühnezeichen-Freiwilligen (Sprachkurse und Informationen über Geschichte, Kultur und Religion des Einsatzlandes).[681] Sie stellte ihre Räumlichkeiten für Tagungen und Seminare zur Verfügung und organisierte Sühnezeichen-Studienreisen in osteuropäische Länder, in die die *Aktion Sühnezeichen* selbst noch nicht offiziell einreisen durfte.

---

[677] Aus Text Geburtswehen von Kreyssig, dat. 10. Mai 1967 [ADW Allg.Slg. 904]
[678] Harpprecht, Klaus, Harald Poelchau: Ein Leben im Widerstand (2004). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 212.
[679] Poelchaus Sohn, Harald S. Poelchau, der von Harpprecht als Quelle im Zusammenhang mit der *Aktion Sühnezeichen* und der Beteiligung von Jugendlichen aus der Industriejugend genannt wird, hat Harpprechts Darstellung nicht bestätigt. Im von ihm verwalteten Nachlass seines Vaters finden sich allerdings Manuskripte aus der Nachkriegszeit – „Versöhnung mit Franzosen“ (1950), „Friedensarbeit in Deutschland“ (1949?) „Reise der Versöhnung“ (Niederlande, 1949?) –, die eine spirituelle Nähe zur Kreyssigs *Aktion Sühnezeichen* erkennen lassen, aber keine Texte zur *Aktion Sühnezeichen*.[Email Harald S. Poelchau, dat. 9. Oktober 2003]
[680] Zum 60. Geb. von Harald Poelchau, *Der Tagesspiegel*, 5. Oktober 1963
[681] vgl. Bericht des Kirchlichen Amtes für Berufsschularbeit/Abteilung Industriejugend für das Jahr 1960, dat. Januar 1961, gez. Franz von Hammerstein, S. 4 [FvH]

2.6.1.1 Zur Person Franz von Hammerstein

Franz von Hammerstein wurde 1921 als Sohn des nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zurückgetretenen Heeresleiters der Reichswehr Kurt Gerhard Philipp Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1943, Heeresleiter von 1930-1934) geboren. Über sein Elternhaus war er vor und während des Nationalsozialismus in Kontakt mit zahlreichen Mitgliedern der späteren Widerstandsbewegungen, vor allem mit Mitgliedern des *Kreisauer Kreises*. Aufgrund der Beteiligung seiner älteren Brüder Kunrat und Ludwig am Attentat gegen Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 und deren Flucht[682] wurde Franz von Hammerstein mit weiteren Familienmitgliedern und mit Familien anderer Widerstandskämpfer vom August 1944 bis zur Befreiung am 1. Mai 1945 in ‚Sippenhaft' genommen (Gestapo-Gefängnis Berlin-Moabit, danach die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau).[683] Nach 1945 studierte Hammerstein Evangelische Theologie; er promovierte 1957 mit einer Dissertation über „Das Messiasproblem bei Martin Buber". Nach Studien- und Lehrjahren in Göttingen, Chicago, Washington, D.C. kehrte er 1957 nach Berlin zurück.

Hammerstein selbst bezeichnete sich wiederholt als Mitgründer der *Aktion Sühnezeichen* (gemeinsam mit Harald Poelchau, Martin Niemöller und Ernst Wilm)[684], was für die konkrete strategisch-operationale Umsetzung, nicht für die Konzeption im Vorfeld zutrifft. Hammerstein schied Ende 1968 aus der Evangelischen Industriejugend aus und war ab Jahresbeginn 1969 bis 1975 hauptamtlicher Generalsekretär der im Mai 1968 als eigener Verein verselbständigten *Aktion Sühnezeichen* (kirchenrechtlich in der Position eines Provinzialpfarrers).[685] 1975 bis 1978 war Hammerstein Mitarbeiter des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, Abteilung „Dialog mit den lebenden Religionen", verantwortlich für „Dialog mit Juden", danach kehrte er nach Berlin zurück, und leitete bis 1986 die Evangelischen Akademie.

2.6.1.2 Gruppenreisen der Evangelische Industriejugend

Hammerstein und sein Team aus Pfarrern und nicht ordinierten Mitarbeitern, so genannten Sozialsekretären, konzipierten und organisierten Gruppenreisen mit Jugendlichen in der BRD und ins Ausland. Die Reisen waren der Erholung (Sommerurlaube, Skiurlaube) wie auch der (Weiter-)Bildung und – im weitesten Sinn – dem Gedenken an die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gewidmet. Die in Gruppen jeweils unter der Leitung eines Angestellten der Evangelischen Industriejugend vorbereiteten und durchgeführten Auslandsreisen hatten eine Reihe west- und osteuropäischer Staaten sowie die USA und Israel zum Ziel. 1966 kam es im Rahmen dieser Aktivitäten sogar zu mehreren Aufenthalten in der DDR, als im Juni und im November Gruppen mit jeweils 40 Jugendlichen die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, das nahe gelegene Weimar und die Stadt Halle besuchten und Vertreter vom „Antifa-Ausschuss" trafen. Im Rahmen der Juni-Fahrt wurde die Gruppe von zwei Vertretern der *Aktion Sühnezeichen in der DDR* begleitet. Im November 1966 kam es zu einer weiteren Reise in die DDR mit einem Besuch der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen.[686]

Die Auslandsreisen führten die Gruppen der Evangelischen Industriejugend nach Frankreich (1960-1969), wo es bereits zu einer Verschränkung mit der Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* und Mitarbeit beim Kir-

---

[682] vgl. Kunrat von Hammerstein, Spähtrupp, Stuttgart 1963; ders., Flucht, Olten 1966.
[683] Aus einer Zusammenstellung von Verena von Hammerstein (2001) sowie dem Vortrag Gestapohäftling in Berlin - Sippenhäftling im KZ Buchenwald - Sonderhäftling im KZ Dachau - Richtung Prag - Richtung Alpenfestung als Geisel, zur Ermordung oder Befreiung? auf der Veranstaltung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Staatsbibliothek zu Berlin am 19. Juli 1999. [Dem Verfasser von Franz von Hammerstein zur Verfügung gestellt.]
[684] Ebd., S 17
[685] Die offizielle Amtseinführung erfolgte am 25. Mai 1969 durch Bischof Kurt Scharf, unter Assistenz der Pfarrer Dr. Poelchau, Pastor Wallmann, Pfarrer Nevermann und des Sozialsekretärs Schiel (Vermerk vom 30. Mai 1969, gez. Scharf), [LABB 1/1 Generalia, 12 EKiBB Konsistorium Generalia, Bd. V]
[686] LABB 1/1 Karton 14 Bd. Studienfahrten u.ä. 1967-1969

chenbau in Taizé kam, nach Italien, in die Sowjetunion (1959 erfolgte eine erste Reise von Pfarrern aus dem Umfeld von Sozialpfarramt und *Aktion Sühnezeichen*, unter Ihnen die niederländische Pfarrerin aus Berlin, Domina Bé Ruys), nach Großbritannien (Coventry), in die Niederlande, in die USA (erstmals 1964), nach Polen (erstmals 1964, die Studienreise beinhaltete einen Besuch samt Führung und Kranzniederlegung im Museum Auschwitz) und in die Tschechoslowakei (1965-1969).[687]

In späteren Jahren beinhalteten die sogenannten Gedenkfahrten mehrtägige Arbeitsaufenthalte an Gedenkstätten. Im Bericht über die Studien- und Gedenkfahrt der Evangelischen Industriejugend mit 34 Teilnehmern nach Moskau und Leningrad 1964 formulierte die Gruppe unter ihrem Leiter Paul Cates:

> Fahrt zugleich Studienfahrt und Gedenkfahrt zu Ehren der Opfer, die im 2. WK durch die deutsche Belagerung Leningrads umgekommen waren. Sie sollte zeigen, dass die deutsche Jugend sich zu dem Unheil bekennt, das von Deutschen in der Welt angerichtet worden ist, und dass diese Jugend den festen Willen hat, es nie wieder dahin kommen zu lassen, dass noch einmal die Ursachen eines Krieges in Deutschland zu finden sind.[688]

Neben Begegnungen mit offiziellen Gesprächspartnern – die Gruppenreisen in die kommunistischen Staaten wurden stets über die jeweiligen staatlichen bzw. staatlich kontrollierten Organe abgewickelt (wie dem Büro für internationale Jugend-Touristik *Sputnik* in der UdSSR, *Juventur* in Polen und dem tschechoslowakischen Jugendbund *CSM*) – in Diskussionsrunden und bei Fabriks- und Berufsschulbesuchen kam es zu informellen Begegnungen. Die Fahrten wurden in den meisten Fällen sowohl vom Westberliner Senator für Jugend und Sport wie von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und teils von Firmen (v.a. Siemens & Halske) finanziell unterstützt.

Seitens der Evangelischen Kirche wurde als Gegenleistung die Pflege kirchlicher Kontakte in den besuchten Ländern erwartet und eingefordert: „Der Vollständigkeit halber und zur näheren Information bitten wir, uns mitzuteilen, ob während dieser Begegnung auch kirchliche Kontakte stattgefunden haben.“[689] In der Tat umfassten die Mehrzahl der Reisen Kontakte mit lokalen Kirchenvertretern. In einer Besprechung des Kuratoriums der Evangelischen Industriejugend Mitte 1967 wurden die jeweiligen kirchlichen Kontakte dokumentiert. Mit Ausnahme der Tschechoslowakei wurden in allen anderen Ländern (Niederlande, Frankreich, Großbritannien und Polen) Kontakte zu evangelischen, katholischen und Gesprächspartnern aus der Ökumene angeführt.[690]

Fahrten ins Ausland waren in den meisten Fällen auf Gegenseitigkeit ausgerichtet. Das Besuchsprogramm mit der Sowjetunion funktionierte nach dem Prinzip der unmittelbaren Reziprozität: unmittelbar nach dem Besuch der deutschen Gruppe in der Sowjetunion kamen Jugendgruppen aus der UdSSR zu einem Besuch nach West und Ost-Berlin. Seitens der Regierung der BRD wurde diese Aktivität beobachtet. Im Archiv des Auswärtigen Amt findet sich ein ausführlicher Zeitungsbericht des Westberliner Tagesspiegel.[691] Auch aus der ČSSR waren bis 1968 Gruppenaustausche möglich, einzig aus Polen ist kein Gegenbesuch dokumentiert. Mit Partnern in Großbritannien und in Frankreich wurde in Kooperation mit dem Westberliner Senator für Arbeit und dem DGB-Landesbezirk Berlin sowie dem Landesverband der Arbeitgeberverbände Berlin der Austausch von Lehrlingen und Ausbildungsleitern vereinbart.[692]

Ende 1969 verlagerte sich der Schwerpunkt der Studien- und Arbeitsfahrten hin zu einer Intensivierung der Bildungsarbeit in Berlin. Kontakte, die mit regelmäßigen Gruppenbesuchen gefestigt wurden, gab es

---

[687] vgl. Broschüre Berlin-West – Charkow 1976-1986, Reise – Begegnungen. Teilnehmer berichten, hg. von Evangelische Industriejugend 1986.
[688] Broschüre Studienfahrt der Ev. Industriejugend nach Moskau und Leningrad 1964, verfasst von den Teilnehmern, o.D. [LABB 1/1, 11 Bd. II]
[689] Konsistorium, Schreiben an Amt für Industrie und Sozialarbeit, Industriejugend, dat. 31. Januar 1969, in Bezug auf Bericht über Bulgarien-Reise. [LABB 1/1 Karton 14]
[690] Prot. der Sitzung des Kuratoriums vom 12.6.1967, o.D., Bracht, Punkt 3. [LABB 1/1, 12, Bd. V 1967-1968]
[691] Evamaria Wehling, Den Reisemarschall stellt die Kirche, *Tagesspiegel* vom 29. Januar 1967 [pAdAA Bestand 92 Band 646]
[692] Prot. der Sitzung des Kuratoriums vom 12.6.1967, o.D., Bracht, Punkt 3. [LABB 1/1, 12, Bd. V 1967-1968]

weiterhin mit dem polnischen Jugendverband (1970-74), der Industrial Mission in Coventry (ab 1970) und mit der ukrainischen Stadt Charkow (ab 1976). Ab Mitte der 1970er Jahre verlagerte sich der Schwerpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzungen auf arbeitsmarktpolitische Themen wie Arbeitslosigkeit, globale gesellschaftspolitische Bereiche (deutsche Wirtschaft und ihr Verhältnis zur Apartheid in Südafrika), ab Mitte der 1980er Jahre wurde Migration, vor allem aus der Türkei, zum dominierenden Thema.[693]

Eine formelle Verschränkung zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und den Studien- und Gedenkfahrten der Evangelischen Industriejugend erfolgte Anfang 1967. Die Exekutive der Sühnezeichen-Leitung beschloss, die Studien- und Gedenkfahrten der Evangelischen Industriejugend in die Tschechoslowakei „zu fördern und mitzutragen".[694] Die Verbindung hatte davor informell bestanden, und war nichtsdestotrotz effektiv sowohl hinsichtlich der noch auszuführenden personellen Verflechtungen wie auch hinsichtlich der Rekrutierung von Freiwilligen.[695]

Die Begegnungen im Rahmen der Studien- oder Gedenkfahren der Evangelischen Industriejugend in kommunistische Länder berührten sowohl das Verhältnis von Kommunismus und westlichem Kapitalismus bzw. totaliären ‚Volksdemokratien' und ‚westlichen' Demokratien als auch unterschiedliche Ausprägungen der Religiösität. 1965 resümierte der Gewerbeoberlehrer Siegfried Helbig nach einer Gruppenreise in die UdSSR:

> Natürlich erkannten die einzelnen Westberliner Jugendlichen sofort wie stark die sowjetischen Gesprächspartner von der kommunistischen Ideologie geprägt und wie einseitig sie informiert waren; und besonders deprimierend wirkte auf die jungen Deutschen die Beziehung der russischen Menschen zu Gott. Eine Erfahrung aber war für alle Reiseteilnehmer erstaunlich, dass die einzelnen Mitglieder der Gruppe bei ihren politischen Gesprächen mit oftmals geschulten Jugendfunktionären die besseren und stärkeren Gegenargumente vorbringen konnten, dass der westliche Lebensstandard, der Rechtsschutz der Arbeiter und das westliche Wirtschaftsgefüge den sowjetischen Verhältnissen von unserem Standpunkt aus überlegen ist. Aber ebenso erstaunlich war für alle Fahrtteilnehmer die Tatsache, dass der russische Mensch trotz schlechterer Lebensverhältnisse und Unfreiheit oftmals zufriedener schien als der Mensch des Westens.[696]

Studienfahrten zu Gedenkstätten in der ČSSR

Gedenk- und Studienfahrten in die ČSSR involvierten die Teilnehmer über die intensive Arbeitserfahrung im Rahmen der Gestaltungs- und Erhaltungsarbeiten an Gedenkstätten. Die unmittelbar vor dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die ČSSR 1968 protokollierten Arbeiten an der Gedenkstätte Theresienstadt (Památník Terezín) lassen die Intensität der Arbeitseinsätze der 45 Teilnehmer im Juli und August 1968 trotz der lapidaren Sprache von Gruppenleiter Jürgen Winkel erahnen:

> Am Erschießungsplatz im Osten der kleinen Festung suchten einige Freiwillige tagelang nach Kugeln. Sie fanden über hundert. An einigen hingen noch Knochenreste der dort erschossenen Menschen. Es waren vor allem Gewehrkugeln, teilweise platt geschlagen, teilweise noch glatt. Die Kugeln wurden ins Museum der Festung gebracht.[697]

Obwohl auch in der Tschechoslowakei vor allem offizielle Ansprechpartner aus dem kommunistischen Widerstandsverband die Ansprechpartner der *Aktion Sühnezeichen* waren[698], kam es, anders als bei der Zusammenarbeit mit dem Verband der Widerstandskämpfer in Polen nicht zu einer „Geschichtsklitte-

---

[693] Broschüre 30 Jahre Evangelische Industriejugend, o.D., o.A. [1988, zur Verfügung gestellt von Ulrich Peter]
[694] Protokoll der Exekutivsitzung vom 13. Januar 1967, dat. 25. Januar 1967, gez. Volker von Törne [LABB 1/1, 11]
[695] So hielt Franz von Hammerstein in seinem Bericht der Polenfahrt vom 1.-7. April 1964 fest: „Einige der Teilnehmer dieser Fahrt meldeten sich für die *Aktion Sühnezeichen* in Osteuropa."; Bericht der Polenfahrt, dat. 15. April 1964, gez. Franz von Hammerstein [LABB 1/1, 11]
[696] Bericht über Studienfahrt in die UdSSR vom 7.-16. Mai 1965, gez. Siegfried Helbig, o.D. [1965] [LABB 1/1, 13, Bd. I 1965 bis 1966 Amt für Industrie und Sozialarbeit, hier: Studienfahrten u.ä.]
[697] Bericht über die Freiwilligendienste in der CSSR 1968 - Theresienstadt/Terezin, dat. September 1969, gez. Jürgen Winkel CSSR 1967-1969 [EZA 97/1628]
[698] Die Einladungen zu den Arbeitseinsätzen in Gedenkstätten wurde über SBP (Organisation der antifaschistischen Widerstandskämpfer Usti) organisiert. Vgl. Broschüre CSSR 1967 Aktion Sühnezeichen und ev. Industriejugend Berlin

rung“ und ‚Erinnerungskonkurrenz’. Jüdischen Opfern wurde seitens der offiziellen Erinnerungspolitik in den tschechoslowakischen Einsatzorten von vornherein Platz eingeräumt, und die Prager Pinkas Synagoge war Ende 1968 als Einsatzort für Arbeits- und Studienaufenthalte vorgesehen.

Nach der gewaltsamen Niederschlagung des *Prager Frühlings* durch Truppen des Warschauer Paktes am 20./21. August 1968 musste sich der Direktor der Gedenkstätte Theresienstadt vor dem Kulturausschuss des Kreisnationalausschusses Ustinad Laben für die Arbeitsdienste der Jugendlichen der Evangelischen Industriejugend und der *Aktion Sühnezeichen* in seiner Einrichtung rechtfertigen.[699]

> Im Jahre 1967 entschloss ich mich, ein Angebot der Westberliner demokratischen und oppositionellen Evangelischen Industriejugend zur Hilfe mit Arbeitsbrigaden zur Ausbesserung von Objekten der Gedenkstätte anzunehmen. Ich ging dabei von der logischen politischen Erwägung aus, dass es in unserem Interesse liegt, diese Tätigkeit zu unterstützen, die sich auf die Ideen der „Wiedergutmachung“ stützt, denn das ist eine Tätigkeit, ausgerichtet auf gegenseitiges Kennenlernen und für unsere Unterstützung möglicher Verbündeter im Westen, unter welchen die Evangelische Industriejugend objektiv eine ist (ich gehe dabei von ihren ideellen, politischen und ethischen Gründen ihrer Tätigkeit aus). [...] Die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Industriejugend und Aktion Sühnezeichen, in deren Rahmen sie arbeiten ebenso wie die Zusammenarbeit mit der evangelischen Akademie, die eine ihrer weiteren Partnerorganisationen ist, brachte auch einige positive Folgen in dem Sinne, dass die Gedenkstätte und der SPB (Verband der Antifaschistischen Widerstandskämpfer) mit ihren Ideen und Propaganda auf Westberlin und die Bundesrepublik wirken können. Deshalb nahmen schon einige Male Vertreter der Gedenkstätte Terezín und des SPB aktiv an verschiedenen Seminaren und Versammlungen in Westberlin teil, wo sie verhältnismäßig vorteilhaft ihre antifaschistischen Vorstellungen geltend machen konnten.[700]

Die Argumentation hielt den neuen Machtverhältnissen in der Tschechoslowakei vorerst stand. Die kurzfristigen Arbeitseinsätze in der Gedenkstätte Terezín im Rahmen der Studienfahrten der Evangelischen Industriejugend wurden noch bis einschließlich 1969 weitergeführt, anders als in anderen tschechoslowakischen Einsatzorten.[701] Ende 1970, Anfang 1971 wurden in den Zeitungen *Prager Volkszeitung* und *Narodny Vybory* massive Angriffe gegen die „angeblich subversive Tätigkeit der Ev. Industriejugend und der *Aktion Sühnezeichen* in der ČSSR in den Jahren 1967-1969“ veröffentlicht, die auf die nachhaltige Desavouierung der Studienfahrten und Arbeitseinsätze aus der BRD abzielten.[702] Die Argumentation war zum Teil an ‚Erkenntnisse’ des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit angelehnt. So wurde von einem namentlich nicht genannten „ehemaligen Offizier des Nachrichtendienstes der nazistischen Abwehr“ als Auftraggeber berichtet. Inhalt und Diktion entsprechen dem Personen- und Institutionenprofil von Erich Müller-Gangloff und der *Aktion Sühnezeichen* durch die DDR-Staatssicherheit.[703] Da zudem der Zeitpunkt für die Stigmatisierung der Gruppenfahrten aus der BRD mit den ‚Maßnahmen’ des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR übereinstimmt, ist davon auszugehen, dass die bis in die 1990er Jahre anhaltenden Ausgrenzung der *Aktion Sühnezeichen* durch das tschechoslowakische Regime mit der DDR-Regierung koordiniert war.

2.6.2 Arche/Industriediakonie, Wolfsburg

Die bis in die Gegenwart existierende Einrichtung[704] wurde während der ersten zehn Jahre ihres Bestehens (1959 bis 1969) von Pastor Rudolf Dohrmann unter der kirchenamtlichen Bezeichnung *Pfarramt für*

---

[699] Übersetzung (Axel Böing) und Abschrift eines Briefes des Direktors der Gedenkstätte Theresienstadt, Miroslav Pavek an den Kulturausschuss des Kreisnationalausschusses Ustinad Laben, dat. 4. Nov. 1969 [LABB 1/1, 488 Aktion Sühnezeichen 1970-1972]
[700] Ebd.
[701] so wurde eine für April 1969 geplante Studien- und Arbeitsreise zur Gedenkstätte Rabstein/Kamenice „aus wirtschaftlichen Gründen“ kurzfristig abgesagt und nach Terezín umgeleitet. Vgl. Bericht über die Studienfahrt der Jugendgruppe von Berufsschülern der Grünthaler Straße in die CSSR Prag, Terezin und Rabstein vom 1.-10.4.1969, dat. 20.4.1969, o.A. [LABB 1/1, 14, Bd. Studienfahrten u.ä. 1967-1969]
[702] *Narodny Vybory* am 21. Januar 1971, Autor Vladimir Stach; Prager Volkszeitung 11. Dezember 1970
[703] vgl. 2.2.5 Vom „Canaris-Geheimdienst“ zum CIA-Agent? und 5.3 Vom westlichen Imperialismus bis zur Anerkennung: ASZ und DDR
[704] ARCHE Industriediakonie Kleiststraße 20, 38440 Wolfsburg

Industriediakonie im Pendlerbezirk des VW Werkes Wolfsburg/Arche geleitet.[705] Dohrmann, Jahrgang 1931, vormaliger Schüler der nationalsozialistischen Elitebildungseinrichtung *Napola*, hatte sich nach Kriegsende während seines Theologiestudiums bereits in einer Selbsthilfegruppe mit Kommilitonen über die frühe Involvierung als Heranwachsender in die nationalsozialistische Kaderschmiede auseinander zu setzen begonnen und war dabei auch von dem Münster Professor für Evangelische Dogmatik und späteren Unterzeichner des Sühnezeichen-Aufrufs, Ernst Kinder, bestärkt worden.[706] Die Befassung mit eigenen biographischen Erlebnissen, mit der kirchlichen Verwicklung in den Nationalsozialismus und mit der als nicht ausreichend eingeschätzten kritischen Würdigung nach 1945 beeinflussten Dohrmann bei seiner späteren Arbeit in der „Arche". Die – durchschnittlich 24 Jahre alten – Schichtarbeiter des VW-Werkes versuchte er aus dem „Kreislauf Schichtarbeit – Freizeit – Konsum" zugunsten einer Bewusstseinsbildung, zu der auch die Beschäftigung mit der jüngeren deutschen Geschichte zählte, zu lösen. Die jungen Arbeiter sollten sich mit deutscher Geschichte befassen und diese auch konkret „anfassen". Um diese Bewusstseinsbildung anzuregen, initiierte Dohrmann gemeinsam mit seinem insgesamt 24-köpfigen Team aus hauptamtlichen und freiwilligen Mitarbeitern regelmäßige Besuche von Kranken und Bedürftigen und Studienreisen (nach Großbritannien, Israel, in die DDR und nach Polen), letztere ab Mitte der 1960er Jahre in Verbindung mit Arbeitsaufenthalten (nach Polen, Arbeitseinsatz in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau). Bei so genannten „Freitagsgesprächen" traten zwischen 1960 und 1964 u.a. zahlreiche mit der *Aktion Sühnezeichen* in Beziehung stehenden Referenten auf, wie Martin Niemöller, Heinrich Grüber, Hans Graf von Lehndorff, Harald Poelchau, Schalom Ben-Chorin, Ziv-Federbusch, Martin Fischer.[707]

Seines Engagements mit den kommunistischen Staaten wegen wurde Dohrmann 1963 Ziel einer Erhebung der Staatsanwaltschaft Lüneburg wegen „Verdachts zersetzender Propaganda (§ 100d StGB, Landesverrat)", die in eine Durchsuchung der Amts- und Privaträume Dohrmanns in einem kirchlichen (Baracken-)Gebäude mündete; unter den 156 beschlagnahmten Gegenständen befanden sich einem Zeitungsartikel zufolge auch liturgische und religiöse Gegenstände.[708] Das Untersuchungsverfahren dauerte insgesamt eineinhalb Jahre, Dohrmann wurde von Gustav Heinemann[709] und seinem Anwaltspartner Diether Posser erfolgreich vertreten.

Dohrmanns Ost-West-Engagement war schon in den frühen 1950er Jahren durch den Mainzer Industriepfarrer Horst Symanowski (Jg. 1911) angeregt worden, der in Mainz die BRD-Stelle der Gossner-Mission[710] aufgebaut hatte und leitete. Über diesen Kontakt war Dohrmann zur Gossner-Mission in Ost und in West-Berlin gestoßen und hatte Kontakte zu DDR-Kommunisten, auch nach Jugoslawien („Urlaubsfreizeiten" 1962 und 1963) und nach Polen geknüpft. Dohrmanns Kontakte reichten aber auch in den Westen und so veranstaltete er eine sogenannte Urlaubsfreizeit in der Schweiz (1961), eine Studienfahrt in die britischen Industriestädte Birmingham und Coventry (1962), nach Israel (1963) und sandte Freiwilligengruppen nach Italien.[711]

---

[705] Über *Die Arche* aus einer partikulären Perspektive vgl. Stephan Hirzel, *Die Arche in Wolfsburg*, In Kunst und Kirche, Jg. XXVII, 1964/2, S. 90-92. [RD, 20. September 2004]

[706] Diese biographischen Ausführungen sowie die Ausführungen über die Arbeit der Arche entstammen, sofern nicht anders angegeben, einem Interview mit Pastor Rudolf Dohrmann [Interview mit Rudolf Dohrmann in Bücken am 20. Juli 2004].

[707] Bericht über die Arbeit der Arche – Pfarramt für Industriediakonie im Pendlerbezirk des VW Werkes Wolfsburg aus 1964/65 an das Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hannover, Typoskript in Durchschrift [RD, 20. September 2004]

[708] Vgl. Zeitungsbericht Die Erlebnisse des Pfarrers Dohrmann. Ein politischer Außenseiter bekam es mit der Polizei zu tun – Reisen über die Zonengrenze – Zersetzende Propaganda. Von Kai Hermman In *Die Zeit*, Länderspiegel, 29. März 1963, o.P. [zur Verfügung gestellt von Pastor Dohrmann, 20. Juli 2004]; vgl. auch DER SPIEGEL 3/1963, Nr. 10, S. 61

[709] Heinemann, Gustav 1899-1976, 1945 Unterzeichner des sog. Schuldbekenntnisses der Evangelischen Kirche in Deutschland, Stuttgart, 1949-1950 Bundesinnenminister, 1958 Unterzeichner des Sühnezeichen-Aufrufs, 1966-69 Bundesjustizminister, danach Bundespräsident.

[710] Zur Bedeutung der Gossner-Mission als Vorbild für die konkrete Umsetzung der Aktion Sühnezeichen in der DDR vgl. Kapitel 4 Der innerkirchliche Sonderweg der Aktion Sühnezeichen (DDR).

[711] Bericht über die Arbeit der Arche – Pfarramt für Industriediakonie im Pendlerbezirk des VW Werkes Wolfsburg aus 1964/65 an das Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hannover, Typoskript in Durchschrift [RD, 20. September 2004]

Verschränkungen mit der *Aktion Sühnezeichen* ergaben sich zunächst punktuell durch die Entsendung von Freiwilligengruppen.[712] Ab 1963 wurde Dohrmann als Mitglied des Leitungskreises geführt und mit der Akquirierung von Projekten in Jugoslawien beauftragt.[713] In seiner Erinnerung beziffert Dohrmann die Zahl der von Wolfsburg an die *Aktion Sühnezeichen* vermittelten Freiwilligen mit 70 – 80, Einsatzorte waren Coventry, Skopje (YU), Israel und Polen. Über Dohrmann kam es 1965 zu einem Einsatz von Sühnezeichengruppen beim Bau des Informationszentrums in der Gedenkstätte Bergen-Belsen.[714]

1967 begleitete Dohrmann als Gruppenleiter die erste Sühnezeichen-Gruppe aus der BRD zum Einsatz nach Polen. Auf Anregung des Redakteurs der offiziellen polnischen Monatszeitschrift *Polen* Jerzy Piórkowski entstand schon zu dieser Zeit das Projektvorhaben, ein Begegnungszentrum für deutsche Touristen und Polen zu errichten, ein Vorhaben, dessen Umsetzung in Gestalt der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz Mitte der 1980er Jahre erfolgte. Dohrmann veröffentlichte Erfahrungen mit der Polenarbeit und eine kritische Rezension der Charta der Vertriebenenverbände von 1950.[715] Nach seinem Ausscheiden aus der Arche in Wolfsburg 1969 arbeitete Dohrmann bis März 1971 als Polen-Referent in der Westberliner *Aktion Sühnezeichen*, wo er vor allem Studienreisen und kurzfristige Arbeitseinsätze in Polen organisierte und auch begleitete. In die eineinhalbjährige Debatte zwischen der Unterzeichnung des *Warschauer Vertrages* am 7. Dezember 1970 im Gefolge des *Moskauer Vertrages* vom 12. August 1970 – beides Kernstücke der sozialliberalen Ost- und Entspannungspolitik der Regierung Brandt – und der Ratifizierung im deutschen Bundestag am 17. Mai 1972 fiel der von Dohrmann maßgeblich organisierte Kongress in der Frankfurter Paulskirche unter dem programmatischen Thema „Friede mit Polen".[716] Die Tagung thematisierte operative Maßnahmen zur langfristigen Verbesserung des bilateralen Verhältnisses zwischen der BRD und der Volksrepublik Polen, wie die Überarbeitung von Schulbüchern und Landkarten (Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze), Ziele und Formen der künftigen Jugendbegegnungen und die Erinnerung an die gemeinsame Geschichte während des Nationalsozialismus.

2.7 Weitere Netzwerke

> Durch ihren Auftrag steht die Aktion Sühnezeichen in solidarischer Gemeinschaft mit anderen Gruppen, die in den gleichen Bereichen arbeiten, auch wenn deren Arbeit auf anderen religiösen, humanistischen oder politischen Ansätzen beruht.[717]

2.7.1 Gesellschaft der Freunde: Quäker

Seit der Gründung der *Aktion Sühnezeichen* besteht ein Freundschafts- und Arbeitsverhältnis mit der religiösen Gemeinschaft *Gesellschaft der Freunde (Quäker)* [718] auf ideengeschichtlicher, institutioneller und persönlicher Ebene.[719] Ein früher Kontakt Kreyssigs ist mit der Berliner Quäkerin Margarethe

---

[712] Interview mit Rudolf Dohrmann in Bücken, 20. Juli 2004.
[713] Bericht über die Arbeit der Arche – Pfarramt für Industriediakonie im Pendlerbezirk des VW Werkes Wolfsburg aus 1964/65 an das Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hannover, Typoskript in Durchschrift [RD, 20. September 2004]
[714] Dohrmann war über das niedersächsische Innenministerium kontaktiert worden und leitete den Kontakt – und die Auflage des Ministeriums, „dass Sühnezeichen keine Bedingungen stellt" – an die Westberliner Zentrale weiter. Aktenvermerk über Telefonanruf von Pfarrer Dohrmann, dat. 3. Dezember 1964, gez. K. Wilm [EZA 97/949]
[715] Dohrmann, Rudolf, Versöhnung hat politische Gestalt. Stimmen zur Begegnung mit Polen (1968). Hamburg: Herbert Reich Evangelischer Verlag.
[716] 27.-28. Februar 1971, Frankfurt; vgl. Dohrmann, Rudolf und Würmell, Klaus, Friede mit Polen. Ein Kongress. Paulskirche Frankfurt/Main (1971). Hamburg: Evangelischer Verlag Herbert Reich. . Dohrmann nahm in seiner Eröffnungsansprache auch Bezug auf das wichtige historische Datum zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung. Ebd., S. 12.
[717] Broschüre Aktion Sühnezeichen, o.D. [vermutlich 1981], gez. Friedrich Magirius, ohne Paginierung [ADW GD X/1]
[718] Die Quäker sind eine christliche Glaubensgemeinschaft, deren Ursprung in das 17. Jahrhundert reicht. Ihre Handlungsfelder sind soziale Gerechtigkeit und Kriegsdienstverweigerung. [nach Jostmeier, Friedhelm, 1998]
[719] Eine Zeitgenossin Margarethe Lachmunds sieht die Verbindungen nur auf persönlicher Ebene [Telefonat mit Lore Horn, dat. 11. August 2003]

Lachmund[720] dokumentiert, die von Kreyssig bereits 1958 als Mitglied des Leitungskreises der *Aktion Sühnezeichen* umworben wurde. Margarethe Lachmund annahm Kreyssigs Einladung zwar nicht an[721], berichtete aber in der Zeitschrift der Quäker mehrmals über Projekte und Beteiligungsaufrufe der *Aktion Sühnezeichen*. Die caritative Einrichtung der Quäker, die *Nothelfergemeinschaft der Freunde*, hatte nach 1945 während der Sommer- und Herbstmonate kurzfristige internationale Hilfslager innerhalb wie außerhalb Deutschlands organisiert. Über internationale Quäkerverbindungen nahmen Teilnehmer aus der BRD bereits 1960 an Hilfsdienstlagern in Israel teil.[722] Berliner Quäker waren unter den ersten Deutschen, die Versöhnungsinitiativen mit Polen und 1961 eine erste Reise nach Polen initiierten. Als die *Aktion Sühnezeichen* Eingang in Polen suchte, versuchte Lachmund während einer ihrer Reisen nach Polen, Kontakt zur Evangelischen Kirche in Polen für die *Aktion Sühnezeichen* herzustellen und wandte sich u.a. an den evangelischen Bischof in Warschau Andrzej Wantula (1905-1975).[723] Lachmund war auch in die Planung und Vorbereitung der Studien- und Gedenkfahrten der Evangelischen Industriejugend involviert.[724] In Polen unterstützten beide Organisationen die Errichtung eines Kinderkrankenhauses.[725]

Lachmund veröffentlichte in der Quäker-Zeitschrift einen vierseitigen Text über die *Aktion Sühnezeichen*, der ihre Affinität mit Kreyssigs Konzeption widerspiegelte: „Was wir unbewältigte Vergangenheit nennen, erweist sich als politisch ungemein real in dem überall neu sich regenden Argwohn.“[726] Lachmunds Appell an die Quäkergemeinde war eindringlich:

> Wer erschrocken ist, was frevlerische, hemmungslose Selbstbehauptung eines Volkes, unseres Volkes, an grauenvoller, systematischer Unmenschlichkeit hat verüben und geschehen lassen –
> Wer verstanden hat, dass man sich selber Rechenschaft geben muss und sich davon auch durch Mitverschulden anderer und ihre etwaige Einsichtslosigkeit nicht abbringen lassen darf –
> Wer eingesehen hat, dass Vergeltung und Aufrechnung von Schuld gegen Schuld eine endlose Kette des Unheils in der Geschichte zur Folge hat, dass einzig Versöhnung, diese aber wirklich die Kraft hat, den endlosen Reigen zu unterbrechen, einen neuen Anfang verantwortlichen Lebens zu setzen, einem Frieden in annehmbarer Gerechtigkeit Raum zu schaffen –
> der trete der Aktion „Sühnezeichen“ bei. Er helfe, wie immer er es vermag, mit einem sichtbaren Zeichen der Tat herauszutreten aus der Zone des verstockten Schweigens oder unverbindlicher Diskussion.[727]

Die Quäker-Zeitschrift berichtete über das Gespräch von Sühnezeichen-Freiwilligen mit dem vormaligen Ministerpräsidenten des Staates Israel David Ben Gurion (1886-1973) Ende 1963 und in dem er die Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* ermutigte, anstelle der zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgenommenen bilateralen Beziehungen die Rolle von Botschaftern einzunehmen, wobei Ben Gurion die Rollen tauschte und den deutschen Jugendlichen der *Aktion Sühnezeichen* eine Rolle als „Botschafter Israels in Deutschland“ zuschrieb.[728] In der März-Ausgabe 1974 von *Der Quäker* finden sich ein Schreiben Franz von Hammersteins an den israelischen Friedensaktivisten Joseph Abileah und dessen Antwort. Hammersteins Brief im Namen der *Aktion Sühnezeichen* enthielt eine Solidaritätserklärung nach dem 4. israelisch-arabischen, dem sogenannten Jom-Kippur-Krieg (6.-22./25. Oktober 1973) mit dem

---

[720] Lachmund (1896-1985, Köln) war in Kontakt mit Mitgliedern des Kreisauer Kreises [vgl. Cartarius, Ulrich, Opposition gegen Hitler (1984). Berlin: Wolf Jobst Siedler, S. 136f.]; 1973 ist die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch das Haverford College dokumentiert. [Margarethe Lachmund, Ansprache an einen Kreis von Freunden, Haverford College, 15. Mai 1973, In *Quäker* Nr. 8, August 1973, 47. Jg., S. 176-181]; Margarethe Lachmund verschrieb sich im Rahmen ihres Engagements für die Quäker (u.a. in der Funktion der geschäftsführenden „Schreiberin“) der internationalen Versöhnung und reiste vielfach in die Oststaaten.

[721] Protokoll einer Tagung des Führungskreises, dat. Berlin, 20.10.1958 [EZA 609/88]

[722] Arbeitslager Sommer 1961, In *Der Quäker. Monatszeitschrift der deutschen Freunde*, Mai 1961, 35. Jahrgang, S. 95.

[723] Typoskript Vertraulich Begegnung mit Kirchenvertretern, handschriftlich datiert Mai 1962 und mit Initialen „M.L.“ versehen [EZA 97/33]

[724] vgl. Bericht der Polenfahrt vom 1. – 7. April 1964, dat. 17. April 1964, gez. Franz von Hammerstein [LABB 1/1 Generalia, 11]

[725] Telefonat mit Lore Horn am 11. August 2003

[726] Margarethe Lachmund, Sühnedienst, *Der Quäker*, Dezember 1959, XXXIII. Jg., S. 186-189: 188.

[727] Ebd., S. 188f.

[728] Gespräch mit Ben Gurion, *Der Quäker*, Januar 1964, XXXVIII Jg. S. 44-45.

Hinweis, dass es nun gälte, „Kräfte für Israel zu mobilisieren“. Abileahs Antwort zielte auf eine Abkehr Israels vom Zionismus zugunsten einer Staatenkonföderation von Israel, Palästina und Jordanien ab.[729]

Im Zuge der international agierenden Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre war das *American Friends Service Committee* neben einem Verband aus Geistlichen und Laien an der Organisation der 17-tägigen US-Europeace Tour 1982 beteiligt. Zehn, zumeist kirchliche Friedensaktivisten aus Europa (Niederlande, Dänemark, Italien, Großbritannien und der BRD) wurden zu einer Vortragsserie in mehrere US-Bundesstaaten eingeladen. Die drei Vertreter aus der BRD waren die Theologin Dorothee Sölle sowie die Sühnezeichen-Aktivisten Volkmar Deile (Jg. 1943) und Andreas Zumach (Jg. 1954). Den europäischen Friedensaktivisten wurde Gelegenheit zur öffentlichen Vermittlung europäischer Widerstände gegen die Aufrüstungswelle auf europäischem Boden (Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen) eingeräumt.[730]

2.7.1.1 Kompensatorische Finanzierung von ‚jüdischen' Stellen

Der 1963 gegründete Verein *Quäkerhilfe* finanziert seit Mitte der 1970er Jahre den Aufwand für Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen* in jüdisch-israelischen Projekten. Die deutsche Quäkerhilfe engagierte sich seit Anfang der 1970er Jahre im Nahen Osten. Pilotprojekt war ein Kindergarten in Ramallah, der den Nachwuchs für zwei bereits bestehende Quäker-Schulen sichern sollte.[731]

Ab 1976 wurde unter dem Motto „Nahost: Auf beiden Seiten helfen“ die Arbeit von drei, später zwei israelisch-jüdischen Einsatzstellen der *Aktion Sühnezeichen* unterstützt (Yad Vashem, der nationalen Gedenkstätte für Opfer des Holocaust; Behinderten- und Altenarbeit mit vormaligen Opfer antisemitischer Verfolgungen und/oder mit Überlebenden von NS Konzentrationslagern; jüdisch-arabischen Verständigung).[732] Mit den Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen*, zum Teil aus dem Umfeld der Quäker stammend, wurde reger Kontakt gepflegt. Berichte vom Sühnezeichen-Einsatz wurden wiederholt im Mitteilungsblatt abgedruckt.[733]

15 Jahre nach Aufnahme dieser ‚beiderseitigen Hilfe' findet sich eine in den Mitteilungen der Quäker-Hilfe veröffentlichte Erklärung über die Motivation: Da in den betreuten Kindergärten nur palästinensische Kinder aus dem Armary-Flüchtlingslager betreut würden, „glaubten wir deutschen Freunde, in Anbetracht der großen Schuld, die sich die Deutschen unter dem Hitler-Regime aufgeladen haben, ein Hilfswerk unterstützen zu müssen, das den Juden zugute kommt.“[734] Die (geringe) finanzielle Unterstützung von zwei Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* hat demnach kompensatorischen Charakter für das eigene Engagement in palästinensischen Projekten.[735]

---

[729] Von Hammerstein an Abileah, dat. 12. Dezember 1973; Abileah an von Hammerstein, dat. 25. Dezember 1973, beide abgedruckt in *Der Quäker*, Nr. 3 vom März 1974, 48 Jg., S. 71f.

[730] Veranstaltungsfolder US-Europeace Tour 1982 [VD]

[731] *Quäker-Hilfe Mitteilungen*, Nr. 18, September 1973, S. 2-7 [die Exzerpte wurden zur Verfügung gestellt von Lutz Caspers von der Quäker-Hilfe in Bad Pyrmont]

[732] Die palästinensischen Projekte waren zu dieser Zeit die Unterstützung von *Friendship's Way* in Jaffa, Israel, einer jüdisch-arabischen Vereinigung für Kind und Familie und von PECEP, Gazastreifen, einer 1973 vom amerikanischen Quäker-Hilfswerk AFSC eingerichteten Flüchtungsarbeit in Flüchtlingslagern und Kindergärten im Rahmen der *Palestinian Early Childhood Education Programme*). Vgl. Jahresbericht der Quäker-Hilfe 2002, Januar 2003; Quäker-Hilfe e.V. Quäkerhaus Bad Pyrmont.

[733] Vgl. Lena Deimling, Israel, In *Quäker-Hilfe Mitteilungen*, Nr. 25, Dezember 1976, S. 10; o.A. Israel, In *Quäker-Hilfe Mitteilungen*, Nr. 26, Juli 1977; Lena Deimling, Jerusalem, *Quäker-Hilfe Mitteilungen*, Nr. 27, Dezember 1977, S. 7; Brief der ASF-Freiwilligen Cornelia Schmitt, abgedruckt in *Quäker-Hilfe Mitteilungen* Nr. 28, Oktober 1978, S. 3; Israel, Quäker-Hilfe Mitteilungen, Nr. 29, Dezember 1978.

[734] Mit Aktion Sühnezeichen in Jerusalem, Quäker-Hilfe Mitteilungen Nr. 33, September 1981, S. 6-9

[735] Die finanzielle Unterstützung seitens der Quäker-Hilfe betrug 2003 EUR 9.000 und war für zwei Sühnezeichen-Freiwillige auf die Dauer eines Jahres gewidmet. *Quäker-Hilfe Mitteilungen*, 116, Juni 2003, „Der kürzeste Weg zu Dir selbst führt um die ganze Welt“, Abdruck des Berichts der ASF-Freiwilligen Jana Borkamp, S. 15f.

2.7.1.2 „Kleiner Mann in Berlin“: Paul Cates

Bereits 1963 erschien ein Artikel von Paul Cates mit dem Titel „Quäkerhilfe im Dienst der Aktion Sühnezeichen“.[736] Cates stellte selbst eine Verkörperung dieses Titels dar. Paul Cates (geb. 1925 in Maine, USA)[737] stammte aus einer Quäker-Familie; er verweigerte den Wehrdienst in den USA und musste aus diesem Grund 1949 eine Haftstrafe verbüßen. Nach Erwerb seines Bakkauloreates vom Haverford College kam er 1951-1953 als ehrenamtlicher Mitarbeiter der amerikanischen Quäkerhilfe (American Friends Service Committee) nach Westdeutschland (Kranichstein bei Darmstadt), für seine Tätigkeit in Deutschland wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen.[738] 1954-1958 unterrichtete er Deutsch an der Quäkerschule in Iowa (USA). Ende 1958 kehrte er zum Studium der deutschen Literatur nach Deutschland zurück. Von November 1960 bis Juni 1966 arbeitete er über Vermittlung von Joop Siezen für die Evangelische Industriejugend, in deren Rahmen er sich vor allem um Kontakte in die Sowjetunion bemühte. Zu seinen Aufgaben zählte die Organisation von Seminaren mit Berufsschülern und Lehrlingen „über die Beziehungen zu unseren osteuropäischen Nachbaren“ und von Studienreisen in die UdSSR, USA, ČSSR und nach Polen sowie die Kontaktpflege des Sozialpfarramtes und der *Aktion Sühnezeichen* zu ihren kirchlichen Partnern in Ostberlin und der DDR.[739] Nach dem Bau der Berliner Mauer wurde er von der *Aktion Sühnezeichen* und der Evangelischen Kirche als Kurier zwischen West- und Ostberlin für kirchliche Belange eingesetzt. Ab 1963 wurde Cates zum Mitglied im Leitungskreis der *Aktion Sühnezeichen* in Westberlin bestellt.

Cates vermittelte den „Sühnezeichen-Kontakt mit St. Louis“, dem ersten Projektvorhaben der *Aktion Sühnezeichen* in den USA.[740] Cates’ Rolle für die *Aktion Sühnezeichen* und darüber hinaus für die Evangelische Kirche in Deutschland hinsichtlich seiner Kuriertätigkeit (Übermittlung von Briefen und Medikamenten)[741] und Vermittlungstätigkeit kann mangels Überlieferung nur grob skizziert werden.[742] Eine mögliche geheimdienstliche Implikation von Cates grenzüberschreitenden Aktivitäten konnte während der Recherchen aufgrund der Gesetzeslage nicht recherchiert werden.[743] Cates gelang die Erweiterung des Aktionsradius von Evangelischer Industriejugend und *Aktion Sühnezeichen* in die USA (zwei Gruppenreisen) und in die UdSSR (sechs Gruppen). Ebenso trug Cates mit Kontakten in die DDR sowie nach Polen und in die ČSSR zur Vergrößerung des Aktionsradius der beiden kirchlichen Einrichtungen bei. Von der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg erhielt er 1966 „in dankbarer Anerkennung seiner mehrjährigen guten Arbeit für unsere Kirche die Luther-Medaille verliehen.“ [744] Die Medaille war mit der Widmung „Dem bewährten Helfer unserer Kirche Paul Cates 1960 - 1966“ versehen.[745]
Paul Cates Erinnerungen zufolge ging sein Interesse an der Besuchstätigkeit mit der Sowjetunion auf eine Anregung während einer Begegnung mit Quäkern in Ann Arbor, Michigan, während einer Studienreise mit einer Gruppe der Evangelischen Industriejugend in die USA im August 1961 zurück.[746] Der konkrete Kontakt zu Vertretern der Sowjetunion soll auf die abenteuerliche Weise entstanden sein, dass Cates und

---

[736] *Kommunität*, 27, Juli 1963, S. 117-120 [MfS - HA XX/4 Nr. 2278 - Anlagen zum Bericht MfS HA XX/4 Nr. 1477]
[737] biographische Angaben, soferne nicht anders angegeben sind einem Lebenslauf Cates entnommen. Lebenslauf, gez. Cates, dat. Berlin, 18. November 1965 [LABB 1/1 Generalia, 13 Bd. 1 1965 bis 1968 Amt für Industrie und Sozialarbeit]
[738] Margarethe Lachmund, Zehn Jahre Hilfs- und Friedensarbeit in Deutschland, *Der Quäker*, Nr. 8, XL. Jg. 1966, S. 182-183.
[739] Vermerk Franz von Hammerstein, dat. 24. Mai 1966 [LABB 1/1 Generalia, 13 Bd. 1 1965 bis 1968 Amt für Industrie und Sozialarbeit]
[740] Ebd.
[741] Paul Cates, Kleiner Mann in Berlin: Erinnerungen von Paul Cates aus dem Berlin der fünfziger und sechziger Jahre, dat. 14. Februar 2000 (Meißen), S. 4 [FvH]
[742] Schreiben an Paul und Elisabeth (geb. Gürtler) Cates blieben unbeantwortet. [an Cates, dat. 8. Oktober und 16. Dezember 2003]
[743] Der oben zitierte Artikel von Paul Cates „Quäkerhilfe im Dienst der Aktion Sühnezeichen“ wurde vom Ministerium für Staatssicherheit für eine Analyse anlässlich des 20. Jahrestages des Bestehens der DDR ausgewertet. *Kommunität*, 27, Juli 1963, S. 117-120 [MfS - HA XX/4 Nr. 2278 - Anlagen zum Bericht MfS HA XX/4 Nr. 1477]
[744] Vermerk vom 12. Mai 1966 über den Beschluss in der Kollegialsitzung im Ev. Konsistorium in Berlin 12 unter Vorsitz von Herrn Konsistorialpräsident [Hansjörg] Ranke [LABB 1/1 Generalia, 13 Bd. 1]
[745] Margarethe Lachmund, Zehn Jahre Hilfs- und Friedensarbeit in Deutschland, *Der Quäker*, Nr. 8, XL. Jg. 1966, S. 183.
[746] Kleiner Mann in Berlin: Erinnerungen von Paul Cates aus dem Berlin der fünfziger und sechziger Jahre, dat. 14.2.2000 (Meißen) [FvH], S. 3.

seine spätere Ehefrau, die Sekretärin bei der *Aktion Sühnezeichen* in Ostberlin, Elisabeth Gürtler[747], nach Aufnahme seiner Kuriertätigkeit im Frühherbst 1962 von DDR-Zivilbehörden verfolgt wurden. Um die Verfolger zu verunsichern und abzuschütteln, fuhr Cates diesem Narrativ zufolge zum Haus für *Deutsch-Sowjetische Freundschaft* in Ostberlin; die beiden betraten das Gebäude und gelangten in Kontakt mit den Mitarbeitern aus der Sowjetunion. Im nachfolgenden Kontakt mit Juri Kutyrjew, Nikolai Gochatschew und Julij A. Kwizinskij (Zweiter Sekretär der Botschaft der UdSSR in Ostberlin), wurde der Vorschlag entwickelt, mit Jugendgruppen die Sowjetunion zu besuchen.[748] Im Oktober 1962 erfolgte die erste Reise einer Gruppe der Evangelischen Industriejugend. Während des 10-tägigen Aufenthalts besuchte die Gruppe eine Berufsschule, ein Moskauer Institut für Energie, ein Uhrenwerk, eine Kugellagerfabrik, eine Kolchose und abends verschiedene Kulturveranstaltungen und führte Gespräche mit sowjetischen Jugendlichen. Letzte wollten die geltend gemachte Motivation der *Aktion Sühnezeichen* nicht akzeptieren. Die „Kräfte der *Aktion Sühnezeichen* sollten gegen neofaschistische Tendenzen in westdeutschen Jugendorganisationen, gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atombomben eingesetzt werden.“[749] Als konkreten Erfolg dieser Studienreise reklamierte Cates die Vereinbarung über die Beteiligung von zwei Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* am Internationalen Arbeitslager in der UdSSR. Die Studienreise der Westberliner Evangelischen Industriejugend wurde schon im darauf folgenden Monat mit dem Besuch einer Gruppe der staatlichen Jugendorganisation erwidert.

1966 formulierte Cates die Motivation für die intensive Besuchstätigkeit mit den osteuropäischen kommunistischen Staaten und deren Bevölkerungen. Die wechselseitigen Besuchsfahrten und Begegnungen mit atheistisch-marxistisch eingestellten Jugendlichen des Gastlandes dienten der Problematisierung säkularen Lebens und einer Reevangelisierung zumindest der deutschen Teilnehmer:

> Wir meinen, dass unser Ost-West-Jugendaustauschprogramm unseren Jugendlichen Gelegenheit gibt, selbst zu erleben, was gelebtes Christentum bedeutet. [...] Das Gebet ist nicht Weltflucht, sondern im tiefsten Sinne ein Einsteigen in die Probleme der Welt. [...] Das Thema „Gespräche zwischen Christen und Atheisten“ hat eine wichtige Stelle in unseren Vorbereitungsprogrammen. Die meisten unserer Jugendlichen wissen, was sie auf eine solche Frage antworten wollen, aber die konkrete Situation ist immer anders als die theoretische Diskussion in Berlin. Plötzlich wird der junge Arbeiter herausgefordert, wirklich zu überlegen, was er glaubt. Bald stellt er fest, dass er auch nicht an den Gott glaubt, den die Atheisten ablehnen. Es wird ihm plötzlich von neuem klar, dass sein Gott kein Weihnachtsmann im Himmel ist. Was ist Er? Das muss er sich selbst klar machen, so klar, dass er es auch dem Nichtglaubenden deutlich machen kann. Aber der junge Mensch, der durch die E[vangelische] I[ndustrie] J[ugend] nach Osteuropa reist, fährt nicht als Missionar, nicht als Mensch, der sicher ist, dass er die letzte Antwort auf weltschauliche (!) Fragen gefunden hat. Er fährt als Suchender, der das Leben und das Denken seines östlichen Nachbarn kennen lernen will. [...][750]

Paul Cates formulierte zeitgenössische Formeln, die vermittels säkularer Sprache die religiöse Grundmotivation der beiden Organisationen für die Teilnehmer übersetzte. Anlässlich des Besuchs der Gedenkstätte auf dem Piskarjewski-Ehrenfriedhof in Leningrad mit den Grabstätten von Opfern der Belagerung durch die deutsche Wehrmacht 1941-1944, deklamierte Cates im Rahmen einer Gedenkzeremonie, bei der auch eine Kranzniederlegungen erfolgte:

> Lidice und Auschwitz wurden schon von Gruppen der evangelischen Industriejugend besucht. Zum ersten Mal war es uns möglich, eine solche Gedenkstätte in der UdSSR aufzusuchen. Leningrad ist keine Stätte der Schandtaten und Kriegsverbrechen, wie wir sie aus den Lagern der KZs kennen, sondern ein Opfer jener „normalen Kriegsmethoden“, die uns schon aus ältester Geschichte bekannt sind: der Mittel einer Belagerung. Wir legen nicht nur ein Bekenntnis gegen die Kriegsverbrechen und Gräueltaten ab, sondern gegen den Krieg als Institution, der so etwas ermöglicht. [...][751]

---

[747] Elisabeth Gürtler wurde nach der Geburt des gemeinsamen Sohnes Martin aus der DDR „ausgelöst“; ebd., S. 7.
[748] Ebd., S. 6.
[749] Paul Cates, Quäkerhilfe im Dienst der Aktion Sühnezeichen, In *Kommunität*, 27, Juli 1963, S. 117-120 [MfS - HA XX/4 Nr. 2278 - Anlagen zum Bericht MfS HA XX/4 Nr. 1477]
[750] Die Bedeutung der Osteuropa-Fahrten Evangelischer Industriejugend, gez. Paul Cates, o.D. [EKBB 1. Dezember 1966] [LABB 1/1, 11 Bd. I]
[751] Paul Cates, Gegen den Krieg als Institution, *Der Quäker*, Mai 1965, XXXIX. Jg., S 109-110.

Paul Cates fand Eingang in die 1993 publizierten Erinnerungen des sowjetischen Diplomaten Julij A. Kwizinskij (an der Ostberliner Botschaft der UdSSR zunächst als Chefdolmetscher, zuletzt als Zweiter Sekretär von 1959-1965 tätig). Kwizinskij berichtet, dass die „guten Verbindungen" der *Aktion Sühnezeichen* „zu den amerikanischen Quäkern" sowohl bekannt als auch Grund für die Befürchtungen seitens der UdSSR waren, „das alles seien Machenschaften gegnerischer Geheimdienste", weil kurz zuvor das US-Peace Corps entsprechend „entlarvt" worden wäre.[752]

2.7.2 Communauté de Taizé

Zur Gemeinschaft von Taizé, die 1949 von Roger Schutz als evangelische – später: ökumenische – Kommunität im französischen Taizé (Saône-et-Loire) gegründet und bis zu seinem gewaltsamen Tod 2005 geleitet wurde, hatten sowohl die Westberliner wie die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* enge Verbindungen. Kreyssig schrieb das Vorwort zur deutschsprachigen Veröffentlichung von Roger Schutz „Das Heute Gottes".[753]

Die Communauté de Taizé war ökumenisches Nachfolgeprojekt und zugleich präkonziliarer ökumenischer Anknüpfungspunkt bzw. Ersatz für das gescheiterte Projekt *Aktion Sühnezeichen Jerusalem*, das von Kreyssig und Müller-Gangloff mit dem *Ökumenischen Institut* der Benediktinerabtei Niederaltaich und als jüdischen Vertreter Raffael Warszawski 1960 als ‚dreikonfessionelles Kloster' betrieben worden war.[754] 1961/62 errichteten Freiwillige der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* ein Kirchengebäude für die Religionsgemeinschaft Taizé. Einer der Sühnezeichen-Freiwilligen trat der Gemeinschaft bei.[755]
Die Gemeinschaft von Taizé selbst und das Projekt der *Aktion Sühnezeichen* wurden vom katholischen Partner, dem Abt der südbayerischen Benediktinerabtei Niederaltaich als ökumenisches Experiment verstanden. Anlässlich der Einweihung der Sühnezeichen-Kirche am 5./6. August 1962 bezeichnete Abt Heufelder die Communauté de Taizé als ein „‚Zeichen' für die Christenheit in unseren Tagen"

> An den Einweihungsfeierlichkeiten der neuen Kirche nahmen neben dem Haupt der Evangelischen Kirche Deutschlands, Präses Scharf, Vertreter des ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, anglikanische Bischöfe und Repräsentanten verschiedener evangelischer Gemeinschaften teil. Ihre Gegenwart bedeutete die Anerkennung der Berechtigung zönobitischen Lebens im Raum der reformatorischen Christenheit und ein Ja zur ökumenischen Ausrichtung der Gemeinschaft von Taizé. [...] Zum erstenmal wohl seit der schmerzlichen Trennung der Christenheit nahmen am Nachmittagsoffizium der Gemeinschaft von Taizé am 5. August mit ausdrücklicher Erlaubnis der römisch-katholischen Kirche teil: Erzbischof Martin von Rouen, der Leiter des französischen Sekretariats für die Einheit der Christen, der Diözesanbischof von Autun, die Benediktineräbte von Pierre-qui-Vire und von Niederaltaich und zwei Zisterzienseräbte. Seit Januar 1962 hatten auch drei Gesellen des deutschen Zweiges des kath. Bauordens beim Kirchenbau mitgearbeitet, wie auch französische Katholiken mannigfache Hilfe geleistet hatten. ....[756]

Mitglieder der Gemeinschaft von Taizé kamen regelmäßig zur *Aktion Sühnezeichen* in Ostberlin und nutzten die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR ab den 1970er Jahren als „entscheidendes Bindeglied" für

---

[752] Kwizinskij, Julij A., Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten (1993). Berlin: Siedler, S. 208. Kwizinskij berichtet auch von einem Vermittlungsversuch Cates „an einem Herbsttag des Jahres 1964" im Auftrag eines nicht genannten „hohen Vertreters der evangelischen Kirche". Merrilyn Thomas nennt unter Bezugnahme auf einen Bericht an Ulbricht (SAPMO-Barch, NL 182/1098) als Gesprächspartner des sowjetischen Botschafters Piotr Abrassimow, den Westberliner Sozialpfarrer Brickert, der im Auftrag Harald Poelchaus tätig gewesen wäre. Während Kwizinskij von einem „Herbsttag" 1964 berichtete, ist der Bericht an Ulrich mit 15. Januar 1964 datiert. Auch kann Brickert nicht als der hochrangige Kirchenvertreter gelten. Vgl. Thomas (2005). Eine sowjetische Intervention sollte die von der DDR-Regierung betriebene Kirchenspaltung unterbinden, wofür als Ausgleich eine Änderung der BRD-Außenpolitik, die Anerkennung der DDR und der Fluss geheimer Informationen über Militärtechnik und Waffen der NATO angeboten wurden. Kwizinskij, S. 209f.
[753] Roger Schutz: Das Heute Gottes, 1961, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn [EZA 614/259]
[754] siehe Abschnitt 3.5.1 Das dreikonfessionelle Sühnekloster
[755] Kreyssig an Bernd Ehmann in Taizé vom 26. August 1966 anlässlich dessen Aufnahme in das Kloster nach Ablauf des Noviziats. [EZA 97/933]
[756] Emmanuel Heufelder, Taizé – ein „Zeichen" in der Christenheit, In: Erbe und Auftrag, Erzabtei Beuron, Heft 5, 38. Jhrg. 1962, 420-424, zitiert nach Una Sancta – Zeitschrift für ökumenische Begegnung, Rubrik BERICHTE, 18. Jahrgang 1963, S. 50-53

die Vorbereitung eines Konzils der Jugend in Taizé.[757] Roger Schutz selbst nahm am 12. Mai 1982 zum Gebet der Versöhnung im Dom zu Magdeburg teil.[758]

2.8. Organisationsgeschichte der Aktion Sühnezeichen

Tabelle Namens- und Organisationstransformationen

1958	*Aktion Versöhnungszeichen*: Aufruf, informelle und gesamtdeutsche Organisationsstruktur rund um Lothar Kreyssig; die Organisation ist auf informelle Weise in bestehende kirchliche Strukturen der Kirchenämter Kreyssigs in West- und Ostberlin eingebunden. Namensänderung in *Aktion Sühnezeichen*.
1959	Operativer Beginn: erste Auslandseinsätze in den Niederlanden und in Norwegen.
1960	BRD: Gründung des Dach-Vereins *Versöhnungsdienste* mit *Aktion Sühnezeichen* als eines von drei Aufgaben- bzw. Geschäftsfeldern; *Aktion Sühnezeichen* als „Marke". Die Konzeption sieht weiter ein gesamtdeutsches Unternehmen vor.
1961	BRD: Nach dem Mauerbau und Verschärfung der Reiserestriktionen sind der in Westberlin registrierte Verein *Versöhnungsdienste* und seine drei Arbeitsfelder *Aktion Sühnezeichen*, *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* und *Weltfriedensdienst* auf das Gebiet der BRD und Westberlins eingeschränkt. Lothar Kreyssig behält seinen Wohnsitz in der DDR und scheidet aus der Leitung der BRD-Organisation aus. In der DDR werden Parallelstrukturen aufgebaut.
1962	DDR: *Aktion Sühnezeichen* beginnt mit der Umsetzung des Gründungsaufrufs in Form von Sommerlagern innerhalb der DDR. Die Leitung wird von Lothar Kreyssig wahrgenommen.
1964	BRD: Abkommen mit dem *Diakonischen Werk Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland* zur Beilegung eines mehrjährigen Konflikts. Vereinbart wird u.a. die wechselseitige Entsendung von Delegierten in Führungsgremien.
1966	DDR: *Aktion Sühnezeichen* wird als Fachverband in das Diakonische Werk *Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in der DDR* aufgenommen. Die Entsendung von Vertretern aus der evangelischen wie katholischen Kirche in das Leitungsgremium wird satzungsgemäß festgelegt. Im Dezember 1967 Übersiedlung von der Bischofstraße 6-8 in die Auguststraße 82.
1968	BRD: Gründung eines eigenen Vereins unter der um den Begriff „Friedendienste" erweiterten Bezeichnung *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.*; „Marke" und Vereinsname stimmen nun überein. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland entsendet einen Vertreter als Vorstandsmitglied.
1991	Zusammenschluss der beiden Organisationen: Sühnezeichen DDR tritt dem westdeutschen Verein bei und übernimmt den Namen und das Logo von *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*; Sitz der Organisation wird in den darauffolgenden Jahren die ehemalige Ostberliner Adresse von ASZ (DDR) in der Berliner Auguststraße. Seither besteht gleichzeitig eine institutionelle Anbindung an die *Evangelische Kirche in Deutschland* und an das diakonische Werk der EKD.
1994	Namensänderung durch Entfall des Schrägstrichs in *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.*

Wenige Tage nach Verlesen des Gründungsaufrufs besprach sich Kreyssig am 11. Mai 1958 in Westberlin mit dem Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen (1957-1962), Ernst Lemmer (1898-1970, CDU), dem Kreyssigs Konzept nicht unbekannt war; vermutlich hatte er am Evangelischen Kirchentag in Leipzig vier Jahre zuvor an den Diskussionen darüber teilgenommen. Lemmer begrüßte die Initiative, die er als „ein echtes Friedenszeichen für stichhaltig" hielt.[759] Ernst Lemmer, der 1957 auch Kreyssigs Aufruf für die *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* unterschrieben hatte, erwartete seitens Polen und Israel Zustimmung, von „Russland" aber eine negative Reaktion. Was die Bereitschaft der Deutschen anlangt, hielt er die Beteiligung von Tausend Freiwilligen pro Einsatzland bereits für einen „vollen Erfolg".[760]

Die Regierungen der angestrebten Einsatzländer Polen, „Russland" und Israel adressierte Kreyssig mit einem deutschsprachigen Brief am 5. Mai 1958; als Beilage fügte er den Aufruf samt Namensliste jener

[757] Typoskript Aktion Sühnezeichen in der DDR: Versuch einer Bestandsaufnahme, o.D. [1970], gez. Christian Schmidt, S 4
[758] Monatsbrief April 1982, S. 5 [ASF]
[759] Kreyssig an Kunst, dat. 11. Mai 1958 [EZA97/940]
[760] Ebd.

35 Synodalen, die den Aufruf unmittelbar bei der Synode unterschrieben hatten, bei.[761] In diesem frühen Stadium der Organisationsgeschichte griff Kreyssig auf seine Bürostrukturen in den kirchlichen Amtsgebäuden der Evangelischen Kirche der Union in West- und Ostberlin zurück. Kreyssig unterzeichnete mit seinem Doktortitel und führte seine Kirchenfunktion „Präses" an.[762] Die Briefe wurden in den ersten Monaten mit dem maschinschriftlich angebrachten Absender „Aktion Versöhnungszeichen" im Briefkopf versandt. Absenderadresse waren die kirchlichen Büroadressen in Ostberlin: Berlin C 2, Friedrichsgracht 53-55 und in Westberlin: Berlin-Charlottenburg, Jebensstraße 3.

Gremium Aktionsausschuss, Führungs- bzw. Gründerkreis

Parallel zu den nach außen gerichteten Bemühungen formierte Kreyssig einen „Aktionsausschuss", dem außer ihm selbst die Unterzeichner des Aufrufs Fritz Führ, Helmut Gollwitzer, Heinrich Grüber, Franz-Reinhold Hildebrandt, Reimer Mager, Kurt Scharf und Ernst Wilm sowie als Nicht-Unterzeichner Erich Müller-Gangloff und Margarethe Lachmund angehörten.[763] Mit Ausnahme der beiden Letztgenannten waren die Teilnehmer der konstituierenden Sitzung des Aktionsausschusses Angehörige der Bekennenden Kirche. Im Laufe des Bestehens dieses Gremiums ist mit Gerhard Jacobi ein weiterer Angehöriger der Bekennenden Kirche dazugestoßen. Zwischen 1960 und 1966 waren von 16 Mitgliedern des Führungskreises zehn frühere Angehörige der Bekennenden Kirche.

Das unter der Bezeichnung „Aktionsausschuss" eingerichtete, bald danach in „Führungskreis", 1966 in „Gründerkreis" umbenannte und 1967 als „Förderer- bzw. Interessentenkreis" bezeichnete Gremium ist mit wenigen Ausnahmen nicht an die Öffentlichkeit getreten. Eine der seltenen Ausnahmen stammt aus dem Jahr 1964: Unter der Bezeichnung „gesamtdeutscher Gründungsausschuss der Aktion Sühnezeichen" wandten sich Joachim Beckmann, Helmut Gollwitzer, Franz von Hammerstein, Franz-Reinhold Hildebrandt, Lothar Kreyssig, Erich Müller-Gangloff, Kurt Scharf und Ernst Wilm am 8. Januar 1964 mit einem offenen Brief an die Vertragspartner des Passierscheinabkommens, das die Grenzüberquerung zwischen Ost- und Westberlin für Verwandtenbesuche erleichterte.[764] Darin begrüßten sie das Passierschein-Protokoll im Sinne der „Begegnung von Millionen von Menschen" und mit dem Ausblick auf einen „engeren Zusammenhalt der Deutschen, unbeschadet widerstreitender politischer Interessen". „Taten konkreter Friedensstiftung" sollten dazu verhelfen, „endlich mit den Schatten einer unseligen Vergangenheit fertig zu werden".[765]

Der Gründerkreis aus den ranghohen Kirchenführern unter Kreyssigs Koordination verstand sich zunächst als Starthilfe zur Institutionalisierung der *Aktion Sühnezeichen*. Kreyssig überließ es diesem Gremium, Mitte 1958, Erich Müller-Gangloff „einmütig" zu seinem Stellvertreter zu ernennen.[766] Trotz der frühen Verbreiterung der Entscheidungsbasis auf das Kollegialorgan „Aktionsausschuss" betrieb Kreyssig die Außenkontakte, vor allem Korrespondenzen mit potenziellen Partnern und Partnerorganisationen in den

---

[761] Abschriften sämtlicher Schreiben sandte Kreyssig an den evangelischen Militärbischof D. Hermann Kunst. Die Schreiben an die Regierungen der UdSSR und Israels an den sowjetischen Botschafter und an den israelischen Geschäftsträger F.E. Shinnar adressiert, das Schreiben an die polnische Regierung ohne persönliche Anschrift. Mit gleicher Post informierte Kreyssig auch die Regierung der DDR. [EZA 87/1004, 742/447] Im Archivbestand *Aktion Sühnezeichen* im Evangelischen Zentralarchiv konnten weder die Anschreiben noch Antworten aufgefunden werden. Von der polnischen Militärmission ist allerdings über den Archivbestand des DDR-Staatssekretariats für Kirchenfragen dokumentiert, dass sie Kreyssigs Schreiben einem Kontaktmann des Ostberliner Außenamtes mit der Bitte um Stellungnahme übergab.(Kreyssig vom 5. Mai 1958, Abschrift 23. Mai 1958, gez. „(9)", Beil. Eggerath an Barth, 23. Mai 1958 [SAPMO DY30/IV 2/14 58 F2].) Antworten sind nicht dokumentiert.

[762] Kreyssig wurde später vorgeworfen, mit der Verwendung seines aus den Kirchenämtern stammenden Titels „Präses" die Involvierung der evangelischen Kirche vorgetäuscht zu haben. Vgl. Abschnitt 5.1.2 Opposition durch Diakonisches Werk Innere Mission und Hilfsdienst (BRD)

[763] Kreyssigs an Hermann Kunst, dat. 16. Mai 1959 [EZA 87/1005]

[764] Adressaten waren: die Bürgermeister von Berlin Willy Brandt (Westberlin) und Friedrich Ebert [jun.] (Ostberlin), Bundeskanzler Ludwig Erhard, Bundespräsident Heinrich Lübke, Ministerpräsident Willi Stoph, Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht und die Vertreter der vier Mächte in Berlin, Botschafter Pjotr Andrejewitsch Abrassimow, Major General J.H. Polk, General Toulouse, General Major David Peel Yates.

[765] EZA 107/421 (B6251/64)

[766] Vermerk Kreyssigs nach einer Besprechung mit Müller-Gangloff, dat. 7. Juli 1958, paraphiert Kr[eyssig]. [EZA 670/365] Kreyssig bezeichnete Müller-Gangloff bald darauf als „Mitvorsitzenden".

präsumtiven Einsatzländern im Alleingang. Kreyssig verstand sich selbst als „Leiter“.[767] Die Einbeziehung hoher Kirchenfunktionäre verlor mit der Vereinsgründung 1960 zunehmend an Bedeutung. Die anfängliche Funktion als Starthilfe und strategisches Lenkungsgremium, dessen Mitglieder durch gemeinsame Besprechungen sowie durch schriftliche Berichte über die aktuelle Lage informiert und mit den Aktivitäten der *Aktion Sühnezeichen* eng verbunden waren[768], wandelte sich sukzessive in eine Schutz- und Vermittlungsfunktion im Verhältnis zwischen *Aktion Sühnezeichen* und Einrichtungen der *Evangelischen Kirche in Deutschland*.[769]

1967 erfuhr das Gremium eine personelle Erneuerung. Von nunmehr 14 Mitgliedern wurde zwölf erstmals erwähnt.[770] 1972 wurde anstelle des Gründerkreises ein Kuratorium eingerichtet, das sich zunächst aus ehemaligen Funktionären der *Aktion Sühnezeichen* rekrutierte und erst in jüngster Vergangenheit erneut eine Öffnung hin zu in der Öffentlichkeit exponierten, auch mit der evangelischen Kirche nicht verbundenen Proponenten erfuhr.[771]

Kuratorium

> Das Kuratorium sollte so etwas sein, wie der Transmissionsriemen der Anliegen und Aktivitäten der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in die Gesellschaft hinein. Aber andererseits auch wieder Transmissionsriemen sein aus den Gremien und Institutionen, aus denen die einzelnen Kuratoren kommen, in die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste hinein, so dass eine Wechselbeziehung zwischen der Institution Sühnezeichen und den gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen besteht, die durch die Kuratoren mit vertreten werden.[772]

Die Gründung eines Kuratoriums als eigenständiges Organ neben Leitungskreis und Exekutive schlug Ernst Wilm, Präses der Westfälischen Landeskirche, bereits 1966 vor. Das Kuratorium sollte über das Budget und kostenintensive Projekte entscheiden, bei inhaltlichen Veränderungen beraten und bei der Wahl von Vorsitzenden und Geschäftsführer mitwirken. Wilm drohte bei Nicht-Zustandekommen eines solchen Gremiums mit dem Entzug von Kirchengeldern aus der *Evangelischen Landeskirche von Westfalen*.[773] Für einen Teilbereich, das Projekt eines Ökumenischen Instituts in Rotterdam, wurde daraufhin ein Kuratorium eingerichtet, nicht jedoch für die *Aktion Sühnezeichen* insgesamt.[774] Erneute Bestrebungen zur Errichtung eines Kuratoriums wurden 1970 von Bernd Karl Vogel aufgenommen, der von der Herausforderung ausging, dass „immer mehr Kriegsdienstverweigerer ihren Friedensdienst bei uns leisten wollen“, sich die Versöhnungsarbeit mit den Völkern Osteuropas gut entwickelt, aber „mit

---

[767] In der ab 1. Oktober 1966 gültigen Satzung der ostdeutschen *Aktion Sühnezeichen* ist diese Position definiert (§ 6 der Satzung). Seine Nachfolger im Westen ab 1961 agierten hingegen als kollektive Führung. In einer außerordentlichen Leitungskreissitzung 1965 monierten sie Kreyssigs hierarchisches Führungsverständnis und beauftragten „Müller-Gangloff, Kreyssig um eine Erklärung zu einer in einem Brief von Kreyssig vom 31.1.1965 an alle Sühnezeichenfreiwillige enthaltenen Formulierung „der Leiterkreis“ und „der Leiter“ der *Aktion Sühnezeichen* zu bitten, da sich der Leitungskreis als eine kollektive Führung verstehe.“ [Protokoll der a.o. Leitungskreissitzung vom 15. Februar 1965, dat. 15. März 1965 EZA 97/949]. Auch in der DDR gab es Dissonanzen wegen des Autoritätsverständnisses in der Leitung (Weiß, 1998, S. 374f.).

[768] So demonstrierte EKU-Präses Hildebrandt bei der Diskussion um einen von Kreyssig vorgeschlagenen Trägerwechsel beim Sühnezeichen-Projekt in der griechischen Marktgemeinde Servia gute Kenntnis der Tagebuchaufzeichnungen der dort eingesetzten Sühnezeichengruppe. Protokoll über die Sitzung des Führungskreises am 15. Dezember 1960. [EZA 97/947]

[769] Die institutionelle Anbindung der *Aktion Sühnezeichen* an die Evangelische Kirche erfolgte in der BRD in zwei Etappen: ab 1964 durch die wechselseitige Entsendung von Delegierten des *Diakonischen Werks*, ab 1968 durch die Entsendung eines vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bestimmten EKD-Vertreters. In der DDR wurde die Aktion Sühnezeichen Ende 1966 Fachverband des Diakonischen Werkes.

[770] Verteilerliste der Protokolle von Leitungs- und Exekutivkreis, dat. 28. November 1967. Dabei handelte es sich um Helmut Gollwitzer und Kurt Scharf. Erstmals scheint auf dieser Liste Edgar Boué auf, einer der Unterzeichner des Aufrufs von 1958. [EZA 2/5841]

[771] Aufstellung von Petra Giese und Heinz Hafermeister für eine – nicht zustande gekommene – Publikation anlässlich des 40. Jahrestages des Aufrufs zur Aktion Sühnezeichen [ASF]. Im Interview mit Geschäftsführer Christian Staffa, 16. Januar 2002 nannte dieser u.a. Kuratoriumsmitglieder mit türkischer Herkunft bzw. Zugehörigkeit zur Volksgruppe der Roma und Sinti.

[772] Ausführungen von Hans-Richard Nevermann, Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 31. Januar bis 1. Februar 1992, dat. 28. Mai 1992, gez. Jo Rodejohann, Regina Mayer, Frank Uhe [ASF]

[773] Ernst Wilm an den Leiterkreis der Aktion Sühnezeichen, dat. 15. September 1966 [NL Kutzner]

[774] Angesichts der Finanzierungsprobleme des Bauprojekts in Rotterdam, der Friktionen innerhalb des Vereins *Versöhnungsdienste* und der Diskussionen um die inhaltliche Ausrichtung und Namensgebung hielten die Mitglieder des Gründerkreises im Sommer 1966 fest, dass der Name von *Aktion Sühnezeichen* nicht „ohne Konsultation des Gründerkreises geändert“ und dass „politische Erklärungen vor einer Veröffentlichung vorgelegt“ werden sollten. Zum anderen überlegten sie eine – letztlich nicht erfolgte – Aktivierung des Gründerkreises als Beirat. Protokoll über die Sitzung des Gründerkreises mit Leitungskreis und Vereins Versöhnungsdienste am 17. August 1966 [EZA 97/950]

zunehmendem Abstand zum Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft“ die ASF „allerdings auch immer stärker gegen Interesselosigkeit und Vergessenwollen nicht nur im eigenen Volk ‚anarbeiten’“ müsste. Um die so begründete Inlandsarbeit sollte sich ein neues Gremium kümmern.[775]

[775] Entwurf für den Vorstand (Bernd Karl Vogel). Schreiben zwecks Gründung eines Kuratoriums, 30.6.1970. [LkA EkvW C20-19 Nr. 1 F. 1/2]

1972 wurde schließlich ein Kuratorium eingerichtet, das aber über die ersten zehn Jahre relativ bedeutungslos blieb. Zu sehr dominierten die Geschäftsführer, die bis Anfang der 1980er Jahre selbst in der Gründungstradition der *Aktion Sühnezeichen* standen. Nach einer Selbstpositionierung des Kuratoriums 1982, die auf einer Neu- bzw. Aufwertung dieses Gremiums beruhte, wurde der Kuratoriumssprecher in den ASF-Vorstand aufgenommen, um laufend über die Arbeit informiert zu sein, weil die Kuratoriumsmitglieder nur einmal pro Jahr zusammentreten und „dann mit einer Fülle von Informationen überschüttet werden". Der Kuratoriumssprecher sollte aber, damit schränkte der Vorstand den Handlungsspielraum umgehend ein, den anderen Kuratoren nicht berichten – „aus Pseudo- und Geheimhaltungsvorschriften", wie Hans-Richard Nevermann Anfang der 1990er Jahre pointiert feststellte.[776]

2.9 Namens- und Organisationstransformationen

Anfang 1960 wurde der Verein *„Versöhnungsdienste"* gegründet und in das Register des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg eingetragen. Bis zu diesem Zeitpunkt agierten sowohl die *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* als auch die *Aktion Sühnezeichen* im rechtsfreien Raum. Schließlich bestand weder ein zivilrechtlicher Rahmen, noch lagen Beschlüsse von Kirchenleitungen für eine Abwicklung innerhalb der Kirche vor. Letztere Organisationsform – *Aktion Sühnezeichen* als „Werk der Kirche" – war im Vorfeld kurz andiskutiert, wegen eingeschätzter Erfolglosigkeit aber sogleich verworfen worden.[777]

Der ‚Organismus' von *Aktion Sühnezeichen* war von der Interaktion zwischen formalen und informellen Strukturen und zwischen der DDR und BRD (bzw. West- und Ostberlin) bestimmt. So stellten informelle Netzwerke des in der DDR ansässigen Lothar Kreyssig die Finanzierungen für Großprojekte der ASF in Westeuropa sicher. Das informelle kirchliche Netzwerk hatte maßgeblichen Einfluss auf die Stellung der *Aktion Sühnezeichen* in der Evangelischen Kirche und beeinflusste mehrmals die formale Organisationsstruktur. Die Organisationen hatten ab 1968 unterschiedliche Bezeichnungen: in der BRD nannte sich die Organisation ab der im Mai 1968 erfolgten ‚Neugründung' als eigener Verein *Aktion Sühnezeichen*/*Friedensdienste* (gebräuchliches Akronym: *ASF*) während in der DDR die ursprüngliche Bezeichnung *Aktion Sühnezeichen* (Akronym: *ASZ*) über den gesamte Zeitraum beibehalten wurde.

Hinsichtlich der Forschungslage ist für die ASZ (DDR) in öffentlich zugänglichen Archiven weniger schriftliches Material überliefert und zugänglich als für ASF (BRD). Umgekehrt verhält es sich bei der Sekundärliteratur: die DDR-Organisation ist in größerem Ausmaß in die Literatur, vor allem in jene über die Evangelische Kirche und ihre Organisationen in der ehemaligen DDR eingeflossen als ASF (BRD).[778] Aktionsfelder der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR blieben bis in die 1980er Jahre die evangelischen und katholischen Kirchen. Während ASF innerhalb der westlichen Hemisphäre im Wesentlichen unbeschränkt agieren konnte, sah sich ASZ sowohl bei der Organisationsform, der Pressearbeit, der internationalen Reise- wie Korrespondenztätigkeit sowie bei der Errichtung von Sühnezeichen engen Grenzen ausgesetzt. Berichterstattung über die *Aktion Sühnezeichen* in außerkirchlichen Medien der DDR wurde erst ab den 1980er Jahren möglich. Diese Restriktionen schränkten den Aktionsradius von ASZ bis zuletzt massiv

---

[776] Ausführungen von Hans-Richard Nevermann, Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 31. Januar bis 1. Februar 1992, dat. 28. Mai 1992, gez. Jo Rodejohann, Regina Mayer, Frank Uhe [ASF]

[777] Protokoll über die Besprechung des Führungskreises am 30. März 1960. „Präses Scharf wirft noch einmal die Frage einer rechtlichen Fundierung der Aktion als Werk der Kirche auf, muss jedoch auf Einwände von Präses Dr. Kreyssig hin zugeben, dass hierfür im Rat der EKiD keine Zustimmung zu erreichen sein wird." [EZA 97/947] Vgl. auch Abschnitt 5.1.2 Opposition durch Diakonisches Werk Innere Mission und Hilfsdienst; im Zuge der Vereinbarungen wurde wiederholt festgehalten, dass die Aktion Sühnezeichen ein „freies Werk" bleiben solle (so etwa im Protokoll der 11. Ratssitzung vom 10./11.Mai 1962 in Berlin Punkt 31. Vorschläge für eine gesamtkirchliche Aktion „Sühnezeichen")

[778] vgl. etwa Kontextualisierung der Aktion Sühnezeichen als kirchliche Einrichtung (Maser, Peter, Die Kirchen in der DDR (2000). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 84-86), bzw. im Kontext christlich-jüdischer Verständigung (Ostmeyer (2002) , S. 227-332).

ein. Der Durchbruch in der Öffentlichkeit gelang erst 1987 mit dem „Olaf-Palme Friedensmarsch“, den die ASZ gemeinsam mit dem Friedensrat der DDR organisierte.[779]

Eine sukzessive Auseinanderentwicklung der beiden Organisationen lässt sich anhand des Logos nachzeichnen. Das vom Berliner Grafiker Rudi H. Wagner Anfang der 1960er Jahre entworfene Logo – die Seitenperspektive einer mit ausgestreckten Händen nach vorn gebeugten Figur, die das Angebot des Sühnezeichens in Demut symbolisierte [‚Sühne(zeichen)männchen’] – wurde im Westen verändert, indem es „auf unzumutbare Weise verkleinert“ und ‚aufgerichtet’ wurde. [780] Die vom Urheber unter Forderung nach Schadensersatz beanstandete Änderung führte zum Weglassen des Symbols durch die ASF ab 1973. Das im Zuge der Werbekampagne für die geplante Internationale Jugendbegegnungsstätte der ASF in Auschwitz 1977 kreierte Symbol, eine Grafik mit einem grünen Ölzweig, „der Palmzweig des Friedens in dem Dreieck, das die Häftlinge in Auschwitz bzw. überhaupt in den Lagern tragen mussten“[781], wurde schließlich als Logo für die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste übernommen.[782] Die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* behielt das ursprüngliche ‚Sühnemännchen’-Logo bis zu ihrer Integration in den Westberliner Verein 1991 bei.

2.9.1 Verein *Versöhnungsdienste* (BRD)

Die *Aktion Sühnezeichen* (BRD) erhielt Rechtspersönlichkeit mit der Eintragung des neu gegründeten Vereins *Versöhnungsdienste* in das Vereinsregister am Amtsgericht Charlottenburg am 18. März 1960.[783] Die Konstituierung als Verein markiert den Beginn der Verselbständigung und zunehmenden Distanzierung der *Aktion Sühnezeichen* von der evangelischen Nomenklatur.[784]

Unter den Mitgliedern des Vereins *Versöhnungsdienste* findet sich mit Ausnahme Kreyssigs kein Unterzeichner des Sühnezeichenaufrufs. Die Zusammensetzung der Gründungsmitglieder repräsentierte nicht die kirchliche Nomenklatur, sondern den kirchlichen und außerkirchlichen deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Unter den Vereinsgründern befanden sich:

Freya Gräfin von Moltke, Witwe des wegen seines Widerstandes gegen das NS-Regime am 23. Januar 1945 hingerichteten Helmuth James Graf von Moltke[785]; sie wurde zur Ehrenvorsitzenden berufen.[786]
Die Witwe des BK-Pastors Klaus Block, Irmgard Block.[787]
Sigrid Fischer aus Berlin-Grunewald.
der Direktor der *Evangelischen Akademie Berlin* Erich Müller-Gangloff
Lothar Kreyssig
Pfarrer Franz von Hammerstein
Hans-Ulrich Smoltczyk[788] (Internationaler Zivildienst) und
Helga Spiess aus Berlin-Spandau.

---

[779] Liedtke, Werner. Die Aktion „Sühnezeichen“ in der DDR. Betrachtungen eines Hauptbeteiligten, In Dähn, Horst und Gotschlich, Helga, „Und führe uns nicht in Versuchung ...“. Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989 (1998). Berlin: Metropol Verlag. S. 283-308, S. 304ff.
[780] so Rudi H. Wagner an Franz von Hammerstein und Gerhard Möckel, dat. 13. November 1972 [NL Möckel]
[781] so Volkmar Deile im Interview mit Lilach Marom, o.D. [2002]
[782] Ebd.
[783] Gründungsversammlung am 22. Januar 1960, eingetragen am 18. März 1960 [(95 VR) 3024 Nz; Amtsgericht Berlin-Charlottenburg].
[784] Der formelle Akt der Gründungsversammlung vom 22. Januar 1960 fand in den Räumen des Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg in der Berliner Jebensstraße 3 statt und wurde von dem für die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg und als Assistent des Ratsvorsitzenden Kurt Scharf tätigen Anwalt und Konsistoriumsmitglied Reymar von Wedel protokolliert.ebd.
[785] Van Roon (1967), S. 56-75.
[786] Im Telefongespräch konnte sich Freya von Moltke nicht mehr an diese Ernennung erinnern. Sie hätte mit Sühnezeichen nichts zu tun gehabt, könne sich aber gut vorstellen, dass sie dem Ehrenvorsitz zur Unterstützung der Aktion Sühnezeichen zugestimmt hätte. Ihre Schwiegertochter Ulrike von Molte wäre aber Freiwillige bei Sühnezeichen in Israel gewesen. [Telefonat mit Freya von Moltke 11. Februar 2004]; Freya von Moltke, emigrierte 1960 nach Vermont, USA, sie war von 1960 bis 1973 die Lebensgefährtin von Eugen Rosenstock Huessy, 1997 hat sie ihre Erinnerungen veröffentlicht (Von Moltke, Freya, Erinnerungen an Kreisau 1930-1945 (2003). München: C.H. Beck.).
[787] Weiß (1998), S. 136
[788] Smoltczyk war als Leiter des Internationalen Zivildienstes zum Verein gestoßen und war vor allem mit dem Weltfriedensdienst in Griechenland befasst [Information Hans-Ulrich Smoltczyk, Email, dat. 7. Oktober 2003]

Der Verein wurde als formal-juristischer Rahmen für die Umsetzung der Kreyssig'schen Initiativen konzipiert.[789] Franz von Hammersteins Einschätzung des Vereins *Versöhnungsdienste* als „Zweckverband, den man als Rechtsträger und für die notwendigen Sammlungsgenehmigungen brauchte"[790] greift aber zu kurz. Denn die Errichtung des Vereins *Versöhnungsdienste* bedeutete die formalrechtliche Verbreitung der Entscheidungs- und Verantwortungsebene über die bisherigen Arbeitsausschüsse (Exekutive und Leitung) hinaus. Das liegt schon in den vereinsgesetzlichen Vorgaben zur Bestellung des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung, Offenlegung der geschäftlichen Aktivitäten und Entlastung des Vorstands durch die Mitgliederversammlung begründet.[791]

Der Verein *Versöhnungsdienste* wurde in seiner Satzung als „eine Organisation für freiwillige Hilfsdienste, die sich mit Aufgaben der Versöhnung in aller Welt beschäftigen"[792] definiert. Der Verein wurde als Dachverein sowie rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmen für drei Initiativen gegründet:

> Sammlung von Mitteln zur Linderung der Not in den Hungergebieten (*Aktionsgemeinschaft für die Hungernden*)
> Durchführung von Aufbaulagern in den durch den Krieg zerstörten Nachbarländern Deutschlands (*Aktion Sühnezeichen*)
> Hilfsdienste in Notstandsgebieten u. Entwicklungsländern (*Arbeitsgemeinschaft Weltfriedensdienst*)[793]

Franz von Hammerstein war ab Mitte der 1960er Jahre Mitglied in allen operativen Gremien der einzelnen Bereiche und verkörperte eine personelle Klammer.[794] Wolfgang von Eichborn amtierte ab Mitte der 1960er Jahre als Geschäftsführer des Vereins, ab April 1972 wechselte er als „vollamtlicher Geschäftsführer" zur von ihm mitgegründeten *Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden* in Römlinghoven, die als Nachfolgerin des Vereins *Versöhnungsdienste* fungierte.[795] Eichborn spielte über dieses institutionelle und sein privates Engagement eine entscheidende Rolle bei der Integration der *Aktion Sühnezeichen* in den Friedensdiskurs und umgekehrt des Friedensdiskurses in die *Aktion Sühnezeichen*.[796] Die ab 1968 einsetzenden Änderungen der formalrechtlichen Organisationsstruktur in der BRD förderten allerdings eine inhaltliche Desintegration von Sühnezeichen in Richtung Friedensdiskurs, was sich vor allem in Hinblick auf die Arbeit in Israel als Konfliktpotenzial erweisen sollte.

2.9.1.1 Aktionsgemeinschaft für die Hungernden/Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt

Zur *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* rief Lothar Kreyssig im August 1957 im Rahmen einer Tagung der *Evangelischen Akademie Berlin* auf.[797] Der Aufruf fand die Unterstützung zahlreicher

---

[789] und nicht als Verein im herkömmlichen Sinn, dass Mitglieder, die Dienste des Vereins in Anspruch nehmen – in diesem Fall also vor allem Freiwillige, die mit einem der Projekte einen Freiwilligendienst im Ausland versehen – nicht nur via Mitgliedsbeiträge zur Finanzierung des Vereinszwecks beitragen, sondern durch ihr Votum bei der Mitgliederversammlung auch an einem Prozess demokratischer Willensbildung partizipieren.

[790] undatierter, vermutlich 1967 verfasster Text von Franz von Hammerstein. [EZA 97/46]

[791] Lothar Kreyssig nahm eine bescheidene Rolle im Verein ein: ab der Mitgliederversammlung vom 30. Juni 1960 bis zur Mitgliederversammlung am 16. Januar 1964 wurde er als weiteres Vorstandsmitglied geführt. Im Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15. Januar 1962 wurde ein Beschluss zur Fortschreibung von Kreyssigs Vorstandszugehörigkeit in Absenz: „Gemäß der Vereinssitzung wählte die Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand für die Dauer von zwei Jahren. Herr Präses Dr. Kreyssig gehörte dem bisherigen Vorstand des Vereins an. Seit dem 13. August 1961 ist ihm die Führung seiner Amtsgeschäfte in Berlin-Charlottenburg durch politische Maßnahmen nicht mehr möglich. Auch unter den gegebenen Umständen ist er dem Verein persönlich verbunden. Die Mitgliederversammlung fasst daher den Beschluss, dass Präses Kreyssig weiter dem Vorstand des Vereins ‚Versöhnungsdienste' angehören wird, auch wenn dies unter den gegebenen Umständen nicht durch eine ordnungsgemäße Wahl möglich ist." [(95 VR) 3024 Nz Vereinsregister am Amtsgericht Charlottenburg]

[792] Satzung des Vereins *Versöhnungsdienste* § 1. [EZA 97/948]

[793] Satzung des Vereins *Versöhnungsdienste* vom 18. März 1960, [EZA 97/948] § 2. Per Beschluss der Mitgliederversammlung vom 21.Dezember 1960 wurde bei b) und c) noch jeweils der Passus „und Sammlung der hierzu erforderlichen Mittel" angefügt und die Gemeinnützigkeit für den laufenden Betrieb sowie im Falle der Auflösung spezifiziert. Diese Änderungen waren erforderlich, um die behördliche Sammlungsgenehmigung zu erlangen. Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg Akte (95 VR) 3024 Nz/.

[794] Personelle Struktur der Versöhnungsdienste e.V. Stand Sommer 1967, dat. 5. Oktober 1967 [ADW Allg.Slg. 904]. Die jeweiligen Leitungsvorsitzenden waren stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Vereins Versöhnungsdienste.

[795] Die Löschung des Vereins Versöhnunsgdienste im Vereinsregister erfolgte aber erst 1983.

[796] Eichborn (1970).

[797] Weiß (1998), S. 323ff

hochrangige Amtsträger verschiedener Religionsgemeinschaften[798] (Heinz Galinski[799], Franz-Reinhold Hildebrandt[800], Kurt Krüger[801], Kurt Scharf[802], Klaus Thomas[803] u.a.), aus Stadt- und Bundespolitik (Willy Brandt[804], Ernst Lemmer[805], Otto Suhr[806], Heinrich Vockel[807] u.a.) sowie aus der Finanzwirtschaft (Friedrich Ernst[808] und Franz Suchan[809]). Trotz dieses prominent besetzten Gründungskomitees barg die Einrichtung dieser Entwicklungshilfeorganisation für Kreyssig eine Enttäuschung, hatte er sich doch vier Jahre lang um die Gründung einer von sämtlichen Glaubensrichtungen getragenen weltweiten ökumenische Diakonie bemüht.[810]

Die *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* konzipierte Kreyssig nach dem Vorbild der *Miss-a-meal-Bewegung* in Großbritannien a1s überkonfessionelle Entwicklungshilfeorganisation, deren Finanzierung von regelmäßig einlangenden Spenden getragen sein sollte – jeweils im Gegenwert einer zugunsten dieser Aktion nicht konsumierten Mahlzeit. Kreyssig argumentierte diese Aktion theologisch – „Das Gericht über die Völker wird nach dem Zeugnis der Schrift (Matth. 25) die Frage des Herrn an jeden von uns sein, was wir für den Nächsten getan haben, dessen Not uns Gott offenbar macht." – und verwies dabei auf die katholische *Caritas Internationalis* als diakonisches Werk für Entwicklungshilfe. Es ginge darum, den „Überfluss der Wenigen in vernünftiger und nachhaltiger Weise für die vielen Hungernden nutzbar zu machen". Kreyssig argumentierte auch unter moralischer Bezugnahme auf die zweimalige Hungersnot in Deutschland nach den beiden Weltkriegen – „Nun hat uns andererseits Gott Freundlichkeit und Erbarmen nach der letzten Katastrophe rascher wieder sattgemacht als wir irgend hätten erwarten können". Zum „geistlichen Charakter" der Spendenaktion zählte ein „gewisser *Verzicht*" zum Zeichen einer „gewissen *Solidarität* mit den unzähligen Menschen, die sich den ganzen Tag über keine gute Mahlzeit leisten können" durch Weglassen einer Mahlzeit pro Woche, „vorschlagsweise Freitag mittags" und die Verwendung der Zeit, die sonst über der Mahlzeit verbracht würde, mit dem Studium der Bibel oder der „Berichte, die sie vom Leben der Bedachten empfangen", und damit auch „der Bedürftigen zu gedenken". Kreyssigs Verständnis zufolge ging es aber nicht um bloße Wohltätigkeit, die „wie ein *Almosen* aus selbstsicherem Überfluss, sondern aus einem demütigen, teilnehmenden Herzen kommt, das *fürbittend*, fürdenkend, gebend den *Menschenbruder* sucht".[811] Dem für die Verteilung der Spenden eingerichteten Ausschuss[812] der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* gehörten neben Kreyssig der Bevollmächtigte der Bundesregierung der BRD Heinrich Vockel in Berlin, Rabbiner Isaak Goldstein, Erich Müller-Gangloff und der Direktor der West-Berliner Stelle des Diakonischen Werkes, Kirchenrat Christian Berg[813] an.
Die *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* wurde nach 1961 in beiden deutschen Staaten geführt. In der DDR wurde die Aktionsgemeinschaft mit Kreyssigs Ausscheiden Ende 1969 in die Organisation der

---

[798] Der Aufruf im Wortlaut samt Erstunterzeichner: Weiß (1998), S. 452ff. (Dokument 5)
[799] Vorsteher der jüdischen Gemeinde Berlin
[800] Präsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union; auch Unterzeichner des Aufrufs zur Gründung Aktion Sühnezeichen
[801] Generalsekretär von Una Sancta, einer katholischen, um interkonfessionelle Verständigung bemühten Organisation.
[802] Präses, später Vorsitzender des Rates der EKD und Bischof von Berlin; Mitunterzeichner des Aufrufs zur Gründung der Aktion Sühnezeichen
[803] Ökumenischer Lukasorden
[804] Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
[805] Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen
[806] Regierender Bürgermeister von Berlin
[807] Heinrich Vockel 1892-1968, ehem. Generalsekretär der Zentrums Partei; nach 1945 CDU-Politiker, Direktor des Hertie-Konzerns, ab 1950 erster Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, kath. Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (1949-1965), kath. Laienvertreter bei der Aktionsgemeinschaft für die Hungernden [www.gcjz-berlin.de/vockel.htm, 3. August 2005].
[808] Bankier
[809] Vizepräsident der Berliner Zentralbank
[810] Für 1956 plante Kreyssig eine weltumspannende ökumenische Aktion: in den USA günstig erworbene Getreideüberschüsse sollten über vergünstigte Schiffstransporte in Hungergebiete geliefert werden. Das Vorhaben scheiterte an der negativen Einschätzung durch das Zentralkomitee des Weltkirchenrats. Vgl. Rundschreiben Dezember 1969, dat. 30. November 1969, gez. Lothar Kreyssig, S. 2 [ASF]; Kreyssig-Biograph Konrad Weiß widmet Kreyssigs ökumenisch-diakonischen Arbeiten ein ausführliches Kapitel. Weiß (1998), S. 302-328.
[811] Broschüre der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden der Erde* „Christliche Verantwortung für die Hungernden der Erde", verfasst von Lothar Kreyssig. Ohne Datum (vermutlich 1960/61), Hervorhebungen wie im Original. [ASF]
[812] Rundschreiben der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* Nr. 8, „Mitte September" 1958. [EZA 2/5839]
[813] Berg, Jg. 1908, ab 6. Oktober 1958 Leiter der ökumen. Abt. des Diakonischen Werkes, 1962-1971 Direktor der Gossnermission in Berlin.

Aktion Sühnezeichen integriert.[814] Konrad Weiß berichtet von „enger organisatorischer und personaler Bindung an die *Aktion Sühnezeichen*“ bis zur Gründung eines eigenen Büros 1981. Bei einer von der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* organisierten Tagung in Halle/Saale 29.-31. Oktober 1971 wurde der INKOTA-Arbeitskreis[815] initiiert.[816] Spenden wurden über das Deutsche Rote Kreuz sowie – nach Weiß zum Teil missbräuchlich (Ankauf von Waffen) – über das Solidaritätskomitee verteilt.[817]
In der BRD blieb die Aktionsgemeinschaft bis zur Neugründung als eigener Verein 1969 im Versöhnungsdienste-Verbund mit der *Aktion Sühnezeichen* und dem *Weltfriedensdienst*. 1974 wurde ihre Bezeichnung in *Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt* geändert. Die personelle Anbindung zur *Aktion Sühnezeichen* wurde über viele Jahre durch die Vorstandsbeteiligung von Franz von Hammerstein (Vorsitzender 1969 bis 1976) und dessen Ehefrau Verena (stellv. Vorsitzende 1986 bis 1989) verkörpert.[818]

2.9.1.2 Weltfriedensdienst

> ... Er ist nichts anderes als, drei Jahre vorausgenommen, der Gedanke Kennedys von der Notwendigkeit eines „Weltfriedenskorps“. Die abendländische Hilfe für die unterentwickelten Gebiete darf sich nicht nur auf wirtschaftliche und technische Maßnahmen beschränken. Im Kerne des Vorganges, der eine erheblich psychologische Komponente hat, muss auch das persönliche Engagement des Europäers in dienender Gestalt mit zum Tragen kommen, der sich den farbigen Völkern bisher als Herrenmensch dargestellt hat. Wir sind dabei, in vorsichtiger Form erstmalig kleinere Gruppen nach Kamerun und Südindien zu schicken. ...[819]

Die Gründung des *Weltfriedensdienstes* erfolgte über zwei Tagungen der *Evangelischen Akademie Berlin* im Juli („Tagung für die Junge Generation. Friedensdienst für die Welt“) [820] und Dezember 1959 („Weltfriedensdienst 1960“)[821]. Bei der ersten Tagung stand die Diskussion um die theoretische Konzeption des Weltfriedensdienstes von Eugen Rosenstock-Hussey[822] im Vordergrund, bei der zweiten Tagung ging es bereits um die konkrete Umsetzung. Gemeinsam mit dem nach dem ersten Weltkrieg in der Schweiz gegründeten *Internationalen Zivildienst*, dem ebenfalls nach dem ersten Weltkrieg gegründeten *Christlichen Friedensdienst* (Bern) und der *Aktion Sühnezeichen* wurde bei dieser Tagung das vom *Christlichen Friedensdienst* vorgeschlagene Gemeinschaftsprojekt in der Griechischen Gemeinde Servia konzipiert. Bei der Tagung in Berlin waren zudem ein Beauftragter des griechischen Innenministeriums, ein Gemeinderat aus Servia, Vertreter des SP-Landesparteivorstandes Berlin und der Jugendorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes anwesend.[823]

Die Entwicklung der ersten Jahre mit Projekten in Griechenland (Servia), Kamerun, Afganistan und Indien wurde zu Jahresbeginn 1965 als „weniger glücklich“ beschrieben.[824] Die Leitung des Weltfriedensdienstes wurde ab diesem Zeitpunkt von Pastor Wilfried Warneck übernommen, der mit evangelischen Studenten in Bonn den *Laurentiuskonvent* gegründet und mit einer Freiwilligengruppe dieses Konvents im Rahmen der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* ein Kinderheim an der

---

[814] Rundschreiben Dezember 1969, dat. 30. November 1969, gez. Lothar Kreyssig, S. 1 [ASF]
[815] INKOTA steht für INformation, KOordination, TAgung. [Interview mit Geschäftsführer Peter Hättig in Berlin am 26. August 2003]
[816] Vervielfältigtes Typoskript Bericht über die Tagung „Aufbruch gegen die Weltarmut“ in Halle vom 29.-31. Oktober 1971, gez. Hans-Detlef Peter, Beilage zum Monatsbrief Dezember 1971, dat. 20. Dezember 1971, S. 3f. [ASF]
[817] Weiß (1998), S. 324f.
[818] (95 VR) 4010 Nz.; Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg.
[819] Kreyssig an Eberhard Müller, Akademie Bad Boll, dat. 21. April 1961 [EZA 614/132]
[820] Jahresinhaltsverzeichnis „Berliner Berichte“ In Kommunität. Vierteljahreshefte der Ev. Akademie Berlin-Brandenburg, 1959, 3. Jg., o.P.
[821] Hartmut Bunke, Arbeit für den Frieden statt Kriegsabenteuer. „Weltfriedensdienst 1960“ beginnt in Griechenland. In *Stimme der Gemeinde. Stimme zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur* 2/1960, S. 57-60.
[822] Rosenstock-Husseys Thesen wurden von Fritz Valmar vorgetragen. Vgl. Fritz Valmar, Ein Weltfriedensdienst. Politische Initiative am Ende der Kriegsgeschichte. In Wissen und Verantwortung. Schriftenreihe des Arbeitskreises für angewandte Antropologie e.V. Göttingen (Nachdruck aus Frankfurter Hefte und Offene Welt). Bericht von Hans-Reimer von Borries, Friedensdienst für die Welt, „Berliner Berichte“ In *Kommunität*. Vierteljahreshefte der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, 1959, 3. Jg., S. 175-177.
[823] Hartmut Bunke, *Arbeit für den Frieden statt Kriegsabenteuer. „Weltfriedensdienst 1960“ beginnt in Griechenland*. In Stimme der Gemeinde. Stimme zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur 2/1960, S. 57-60.
[824] Erika Altgelt, *Fünf Jahre Versöhnungsdienste* In Spandauer Volksblatt, 31. Januar 1965 (zitiert nach Kommunität Jg. 9 Heft 34 April 1965, S. 58f.); Freiwillige deutsche Helfer im Weltfriedensdienst, epd Nr. 227, 2. Oktober 1961.

Elfenbeinküste errichtet hatte. Die Verselbständigung in einem eigenen Verein erfolgte parallel zur *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* 1969 (beide Vereine wurden am gleichen Tag im Tagungshaus der *Evangelischen Akademie Berlin* Am Kleinen Wannsee gegründet). Im Vereinsregister wurde Franz von Hammerstein von 1969 bis 1977 als stellvertretender Vorsitzender geführt.[825] Anfang der 1970er Jahre wurde der *Weltfriedensdienst* vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit als Träger des Entwicklungsdienstes anerkannt.[826]

Wenngleich seit mehreren Jahren ohne institutionelle Anbindung an die Evangelische Kirche in Deutschland, und ohne Finanzmittel aus dem gesamtkirchlichen Budget versteht sich der Weltfriedensdienst als „dem protestantischen Milieu" zugehörig.[827] Seinem Selbstverständnis nach verkörpert der Weltfriedensdienst mit den Elementen Freiwilligenarbeit, die im Sinne der [Völker]Versöhnung erfolgt und die das Ziel der Überwindung der Ungleichheit von Nord und Süd hat, am stärksten von den drei Arbeitsbereichen Kreyssigs Gründungsmotivation. – Allerdings arbeitete der Weltfriedensdienst zwar in arabischen Ländern[828], aber traditionell nicht in Israel, ein Arbeitsgebiet, das für Lothar Kreyssig von immanenter Bedeutung war.[829]

2.9.1.3 Aktion Sühnezeichen (BRD) 1960-1968

Für die *Aktion Sühnezeichen* wurden unter der Vorstandsebene des Vereins *Versöhnungsdienste* zwei Leitungsgremien eingerichtet: der Leitungskreis als strategisch-beschlussfassendes Organ („zuständig für: Richtlinien für die geistige Ausrichtung und die praktische Arbeit der Aktion"), zugleich dem Vereinsvorstand für das „Geschäfts- und Finanzgebaren" verantwortlich, und ein aus Mitgliedern des Leitungskreises gebildeter drei- bis fünfköpfiger Exekutivkreis als ausführendes Organ („für die Durchführung der Beschlüsse des Leitungskreises verantwortlich und diesem zu Bericht und Rechenschaft verpflichtet").[830] Als eine weitere Ebene wurde 1963 die Position des Bevollmächtigten, der ein Mitglied des Exekutivkreises – und damit des Leitungskreises – zu sein hatte, eingerichtet.[831] Die Bezeichnung „Bevollmächtigter" wurde bald in Geschäftsführer geändert, „weil dieses Wort im Ausland durch die NS-Zeit zu belastet ist".[832] Dem Geschäftsführer wurde bei der Umsetzung des Organisationskonzepts ein Stellvertreter zugeordnet. Beide waren für den Bürobetrieb und die Umsetzung der Beschlüsse zuständig und hatten sich gegenüber dem Exekutivkreis, nach der Gründung des Vereins *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* dessen Vorstand, zu verantworten.

Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

Jahr	Geschäftsführende/r Pfarrer/in	„Säkularer" Geschäftsführer
1960	Rudolf Ziesche	
1961	Hans-Richard Nevermann (Nov. 1961 – Okt. 1962)	
1963	Klaus Wilm (1963-1966)	Volker von Törne (1963-1980)

[825] Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg (95)VR4008 Nz.
[826] Die Anerkennung erfolgte mit 8. Januar 1971 [Interview mit dem Geschäftsführer Peter Hättig in Berlin am 26. August 2003]; Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit war seit 22. Oktober 1969 Erhard Eppler (SPD) unter Bundeskanzler Willy Brandt.
[827] ders.
[828] Seit 1969 wird vom Weltfriedensdienst im palästinensischen Ramallah eine Stickerei betrieben. [ders.]
[829] Franz von Hammerstein hielt 1967 fest: „Der Weltfriedensdienst ist mit Sühnezeichen in den Versöhnungsdiensten und arbeitet nicht in Israel sondern in arabischen Ländern. Wir haben eine Arbeitsteilung, weil es sonst Schwierigkeiten geben würde." [Franz von Hammerstein an Jeremias, Oliva, Nahariya/Israel, dat. 7. September 1967. EZA 97/248]
[830] Geschäftsordnung. Protokoll der Sitzung des Leitungskreises am 22. Februar 1964 [EZA 97/948]. Diese Gewaltenteilung war bereits Anfang 1962 zwischen Nevermann, von Hammerstein und Müller-Gangloff vereinbart worden; Aktennotiz über Gespräch Hammerstein-Nevermann-Müller-Gangloff, vom 31. Januar 1962 [EZA 97/947]
[831] Abschrift des Entwurfes vom 12. Dezember 1962, „Ordnung für den Leitungskreis der Aktion Sühnezeichen", Hammerstein [EZA 97/947]
[832] Protokoll der außerordentliche Sitzung des Leitungskreises der Aktion Sühnezeichen am 7. Dezember 1963, Hammerstein [EZA 97/947]

<table>
<tr><th>Jahr</th><th>Geschäftsführende/r Pfarrer/in</th><th>„Säkularer“ Geschäftsführer</th></tr>
<tr><td>1966</td><td>Franz von Hammerstein (1966-1975)
(als „Generalsekretär“ der Versöhnungsdienste)</td><td rowspan="2"></td></tr>
<tr><td>1975</td><td rowspan="3">Volkmar Deile (1975 – 1984)</td></tr>
<tr><td>1980</td><td rowspan="2">Wolfgang Brinkel (1982-1987)</td></tr>
<tr><td>1982</td><td rowspan="2">Wolfgang Raupach (1984-1990)</td></tr>
<tr><td>1984</td><td rowspan="2">Jo[sef] Rodejohann (1987-1993)</td></tr>
<tr><td>1987</td><td rowspan="2">Beatrix Spreng (1990-1992)</td></tr>
<tr><td>1990</td></tr>
<tr><td>1993</td><td colspan="2">Ulrich von Trotha (1993)</td></tr>
<tr><td>1994</td><td colspan="2">Wolf Jung (1994-1999)</td></tr>
<tr><td>1999</td><td colspan="2">Christian Staffa (seit 1999)</td></tr>
</table>

Gremium Leitungskreis

Der Leitungskreis wurde 1961 aus Franz von Hammerstein, Gotthard Kutzner, Müller-Gangloff und Hans-Richard-Nevermann gebildet, 1962 wurden die Pfarrer Joop Siezen und Erwin te Reh dazugewählt. Im November 1963 kam es zu Missstimmigkeiten innerhalb des Leitungskreises. In einem Memorandum an Franz von Hammerstein erwähnte Gotthard Kutzner „Zerstrittenheit in unserem Büro, aber auch die Spannungen im Leitungskreis selbst“ und dass „einige und gerade intelligente junge ‚Sühner’“ von der bevorstehenden traditionellen Weihnachtstagung in der *Evangelischen Akademie Berlin* fern bleiben würden. Kutzner plädierte dafür, die öffentliche Veranstaltung zugunsten einer internen Aussprache mit dem Ziel „der inneren Einheit und Klarheit“ ausfallen zu lassen. „Wir haben uns mit der Thematik der Weihnachtstagungen immer wichtigen Allgemeinproblemen zugewendet, ohne Rücksicht darauf, dass wir im Inneren brüchig sind und oft nur durch den äußeren Erfolg zusammengehalten werden.“[833] Knapp zwei Wochen nach Verfassen dieses Briefes wurde der Leitungskreis um Irmgard Block, Ruth Wendland[834], Ernst Buczys, Paul Cates, Gerhard Möckel, Johannes Müller und Klaus Wilm auf insgesamt 13 Mitglieder erweitert. Wilm wurde zugleich zum Geschäftsführer bestimmt, Volker von Törne als „Büroleiter und Vertreter des Geschäftsführers“.[835] Nach der Abberufung Klaus Wilms als Geschäftsführer – Auslöser war die unzureichende Information des Leitungskreises durch Wilm über das Projekt in Glasgow[836] – übernahmen 1966 Volker von Törne und Franz von Hammerstein dessen Aufgaben. Der Leitungskreis hatte 1967 mit 24 Mitgliedern seine zahlenmäßig größte Ausdehnung, nachdem „auch Mitglieder außerhalb Berlins“ sowie „Vertreter der Erhalterkirchen der Aktion Sühnezeichen“ in den Leitungskreis aufgenommen worden waren.[837] Das tatsächliche Entscheidungsgremium blieb allerdings der Leitungskreis in der Zusammensetzung von 1963 mit 13, großteils in Berlin ansässigen Mitgliedern. Aus dieser Gruppe rekrutierten sich 1968 mit einer Ausnahme[838] die neun Gründer des Vereins *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*. Die Verteilung der Sitzungsprotokolle, die bis dahin nur an einen sehr eingeschränkten Kreis

[833] Gotthard Kutzner an Franz von Hammerstein, dat. 24. November 1963; von diesem Brief ist nur die erste Seite archiviert. [EZA 97/947]
[834] Gemeindepfarrerin in Mühlheim
[835] Abschrift des Entwurfes vom 12. Dezember 1962, „Ordnung für den Leitungskreis der Aktion Sühnezeichen“, Hammerstein; Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Leitungskreises am 7. Dezember 1963 [EZA 97/947]
[836] Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Leitungskreises am 15. Oktober 1966. Wilm wurde als Referent für Rotterdam im Büro der Aktion Sühnezeichen weiterbeschäftigt [EZA 97/950]
[837] Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Leitungs- und Gründerkreis am 29.November 1966. [EZA 97/950]
[838] Wolfgang von Eichborn

von Empfängern verschickt worden waren – an die Mitglieder des Leitungskreises und einige ausgewählte Kooperationspartner[839] – erreichte 1967 die Zahl von 54 Empfängern.[840]

Die aufwändige fünfstufige Organisation des Geschäftsbetriebs der *Aktion Sühnezeichen* bewirkte zahlreiche Überschneidungen. So waren die Mitglieder des Exekutivkreises per definitionem auch Mitglieder des Leitungskreises[841], was der ursprünglichen Einrichtung des Exekutivkreises als „Leitungskreis der Drei“[842] entspricht. Ein Vergleich der Protokolle der vierteljährlich bis zu monatlich gehaltenen Sitzungen des Leitungskreises mit jenen des bis zu wöchentlich tagenden Exekutivkreises zeigt bis zu 100-prozentige Übereinstimmung bei den Teilnehmern der Sitzungen, sodass die Unterschiede zwischen Exekutiv- und Leitungskreis auch hinsichtlich der Teilnehmer zunehmend schwanden. Die angestrebte Trennung in eine strategische und eine operative Ebene ließ sich auf diese Weise nicht verwirklichen. Die Konstruktion einer zunehmend komplexeren und – wie sich im Laufe der Jahre herausstellen sollte – nicht funktionsfähigen Hierarchie ist einerseits in dem beabsichtigten Abkommen mit dem Diakonischen Werk zu sehen, dem die Beschlussfassung über die Geschäftsordnung unmittelbar voranging. Dieses Abkommen sah die gegenseitige Entsendung von Vertretern in die Gremien von *Aktion Sühnezeichen* und des ökumenischen Ausschusses des Diakonischen Werkes vor.[843] Für die Einbindung dieser Vertreter musste ein adäquates Gremium geschaffen werden. Andererseits diente die Schaffung einer mehrstufigen hierarchischen Leitungsebene der Einbindung von Delegierten der Kooperationspartner wie von katholischen Organisationen (Bauorden, vom Ökumenischen Institut bzw. der Una Sancta-Bewegung Niederaltaich), von Gewerkschaften (Gerhard Dachrodt[844]), von anderen christlichen Glaubensgemeinschaften (Quäker) sowie von der evangelischen Kirche selbst (Einbindung von Auslandspfarrern als Projektmittelmänner, temporäre Einbindung von Landeskirchen).

Die Notwendigkeit der Neuorganisation nach dem Rücktritt Lothar Kreyssigs als Konsequenz der Errichtung der Berliner Mauer wurde bei der konstituierenden Sitzung der *Aktionen Sühnezeichen* und *Weltfriedensdienst* im September 1961 mit schwammiger Aufgabenbeschreibung umgesetzt: Erich Müller-Gangloff und Franz von Hammerstein, so das Protokoll, „bilden die neue verantwortliche Spitze, der die Herrn Kutzner und Nevermann mit besonderen Aufgaben zugeordnet sind“. „Herr Kutzner wird wie bisher ein besonderes Augenmerk auf die Finanzen beider Aktionen haben. Herr Nevermann soll sich als hauptamtlicher Vertreter des Vorstandes in den beiden Diensten – mit Schwerpunkt bei Sühnezeichen – verstehen.“[845]

Die Einhaltung formalisierter Entscheidungsstrukturen fiel den Mitgliedern des Leitungskreises in Westberlin zu keinem Zeitpunkt leicht. Schon im Oktober 1962 wurden Defizite in der Handhabung der geschaffenen Strukturen offenkundig. Von der EKD wurde u.a. eingefordert, Protokolle über die Sitzungen des Leitungskreises anzufertigen, auszugsweise Ablage von Beschlüsse in die jeweilige

---

[839] Protokoll der Leitungskreissitzung am 6. November 1961 [EZA 97/947] Als weitere Empfänger wurden genannt Erwin te Reh, Fritzhermann Keienburg und Pf. Bausch sowie vorbehaltlich der „Absprachen über die Zusammenarbeit im rheinischen und hessischen Bereich“ die Empfänger Stephan und Erich Heß. Protokoll der Exekutivsitzung vom 8. Dezember 1965. Zusätzliche Empfänger der Protokolle der Leitungskreissitzungen: Adolf Freudenberg, Wolfgang von Eichborn (Verein Versöhnungsdienste), Thomas Sartory (Ökumenisches Institut Niederaltaich) und Hans Wallmann (Evangelische Akademie zu Berlin) genannt. [EZA 97/949]

[840] Neben den 24 Mitgliedern des Leitungskreises wurden sechs Angestellte und Funktionäre des Vereins Versöhnungsdienste, 14 Mitglieder des Förderer- bzw. Interessentenkreises sowie 10 Mitglieder der 1966 eingerichteten so genannten Regionalgruppen (nach ihrer regionalen Verteilung in der BRD erfolgte Zusammenschlüsse ehemaliger Freiwilliger) mit Protokollen beschickt.

[841] Geschäftsordnung. Protokoll der Sitzung des Leitungskreises am 22. Februar 1964. Die entsprechende Textstelle lautet: „Die Exekutive besteht aus mindestens drei, höchstens fünf Personen, die durch Wahl aus den Mitgliedern des Leitungskreises bestellt werden, einschließlich des Geschäftsführers.“ [EZA 97/948]

[842] Vermerk Hans-Richard Nevermanns über eine Besprechung mit Herrn Techel, EKD-Konsistorium, datiert 19. Oktober 1962 [EZA 97/947]

[843] Vgl. Abschnitt 5.1.2 Opposition durch Diakonisches Werk Innere Mission und Hilfsdienst (BRD)

[844] Gerhard Dachrodt, Kreisvorsitzender Spandau des Landesbezirks Berlin des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wurde als Vertreter für den Vorsitzenden Walter Sickert bestellt. [Schreiben des Vorstands des Landesbezirks Berlin des DGB, dat. 23. Januar 1963; NL Kutzner]

[845] Protokoll einer konstituierenden Sitzung der Aktionen Sühnezeichen und Weltfriedensdienst nach dem Rücktritt von Präses Kreyssig am 8.9.1961, gez. Mucha, o.D. [EZA 97/692]

Suchakte vorzunehmen und die jeweils betroffenen Personen über Beschlüsse zu informieren, die Feststellung der Beschlussfähigkeit bei Sitzungen zu protokollieren sowie einen ausdrücklichen Vermerk in den Protokollen über das Stimmrecht anwesender Nicht-Mitglieder des Leitungskreises anzuführen.[846] Das Verhältnis zu Gründer Lothar Kreyssig, der auch nach dem Ausscheiden aus der Leitung der westlichen *Aktion Sühnezeichen* im August 1961 seine Willenserklärungen in die Verabschiedung bzw. Revidierung von Beschlüssen einfließen ließ und sich in vielen Fällen durchsetzte, war mit Ausnahme von Kreyssigs Funktion im Verein Versöhnungsdienste als Vorstandsmitglied in den Jahren 1960 bis 1964 formalrechtlich überhaupt nicht definiert. Erbetene wie unerbetene Einmischungen durch Lothar Kreyssig durchbrachen die formale Verantwortlichkeit des Leitungskreises und führten im Falle des Projekts „Ökumenisches Zentrum Rotterdam" zur jahrelangen Existenzbedrohung der *Aktion Sühnezeichen* (BRD). Das 1961 von Kreyssig vorgeschlagene Projekt wurde mit Beschluss des Leitungskreises im darauffolgenden Jahr abgesagt, „da es durch seine Monumentalität den Rahmen der *Aktion Sühnezeichen* sprengen würde".[847] Dieser Beschluss wurde von Kreyssig beeinsprucht, worauf sich der Leitungskreis zu einem Projekt im Umfang von einer Million DM verpflichtete.[848] Das Projekt wurde schließlich als Sozialakademie mit doppelt so hohen Kosten verwirklicht. Die existenzielle Bedrohung durch die problematische Finanzierung des Projekts in Rotterdam[849] sollte aber noch bis Jahresende 1968 anhalten und begleitete den neuen Verein nach seiner Ausgliederung aus dem Verein *Versöhnungsdienste* im Frühjahr 1968[850], der die Abhängigkeit von den finanzierenden Landeskirchen als Hypothek zu übernehmen hatte.

2.9.2 Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (BRD) 1968 - 1991

Am 22. Mai 1968 gründeten Irmgard Block, Wolfgang von Eichborn, Franz von Hammerstein, Gotthard Kutzner, Franz-Joseph Loesche (Repräsentant der Freiwilligen und des katholischen Bauordens), Erich Müller-Gangloff, Johannes Müller, Hans-Richard Nevermann und Volker von Törne im Berliner Sozialpfarramt/Haus der Industriejugend[851] den neuen Trägerverein *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.*.[852] Die Kontinuität hinsichtlich der handelnden Personen blieb zur Gänze gewahrt: mit Ausnahme von Franz- Joseph Loesche (Freiwilliger in Israel 1967), Johannes Müller (Gruppenleiter der ersten Sühnezeichen-Gruppe in Israel 1961/62[853]) und Volker von Törne (Mitglied des Leitungs- und des Exekutivkreises ab 1965) waren die Gründungsmitglieder Mitglieder und Vorstandsfunktionäre des Vereins *Versöhnungsdienste*. Obwohl diese personelle Kontinuität den Forderungen nach personellen Konsequenzen für das Finanzdebakel rund um das Projekt Rotterdam und für unwillkommene politische Stellungnahmen widersprach[854], akzeptierte der Rat der EKD die Satzung des neuen Vereins und entsandte einen Vertreter in den Vorstand.

Die Namensgebung erfolgte auf einer außerordentlichen Leitungskreissitzung zwei Wochen vor der Gründungsversammlung. Zur Abstimmung standen vier Namensalternativen:

---

[846] Vermerk Hans-Richard Nevermanns über eine Besprechung mit Herrn Techel, EKD-Konsistorium, datiert 19. Oktober 1962 [EZA 97/947]
[847] Protokoll der Leitungskreissitzung am 19. Juni 1962 [EZA 97/947]
[848] Ebd. Der zwischen den Sitzungen zur Lage-Besprechung nach Rotterdam entsandte ASF-Vertreter, Hans-Richard Nevermann, konnte nur noch von vollendeten Tatsachen berichten: „Es sei auch kaum möglich gewesen, sagte Pastor Nevermann, das Projekt Rotterdam abzusagen, ohne die holländischen Partner der AS zu brüskieren, da die Vorbereitungen für dieses Projekt schon zu weit fortgeschritten seien."
[849] Beschreibung des Projekts in Rotterdam siehe Abschnitt 3.3.1 Ökumenisches Zentrum Rotterdam
[850] Damit erfüllte die *Aktion Sühnezeichen* eine zehnjährige Forderung seitens des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche.
[851] Frankenallee 6, Büroadresse von Harald Poelchau und Franz von Hammerstein.
[852] Niederschrift über die Gründungsversammlung zur Gründung des Vereins *Aktion Sühnezeichen*/Friedensdienste am 22. Mai 1968 eingetragen am 12. Juli 1968. [(95) VR 3946 Nz; Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg]
[853] Rabe (1983), S. 37. Die erste Gruppe in Israel arbeitete ab 3. Oktober 1961 im Kibbuz Urim im nördlichen Teil der Wüste Negev. Siehe auch Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. und Gemeinsam Unterwegs e.V., Aufbrüche mit Johannes und Elisabeth Müller (1994). Neu-Isenburg: Gemeinsam Unterwegs e.V. , S. 19.
[854] Protokoll der Besprechung über Aktion Sühnezeichen unter Leitung von Präses Prof. D.Dr. Beckmann am 19. Dezember 1967 in Düsseldorf. Teilnehmer für die EKD: Joachim Beckmann, Reinhard Freese, Nordmann; für die Aktion Sühnezeichen: Erich Müller-Gangloff, Franz von Hammerstein, Hans-Richard Nevermann, Hans Fischer (Rotterdam). [EZA 2/5841]

- Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. 6 Stimmen
- Aktion Sühnezeichen e.V. 3 Stimmen
- Friedensdienste „Aktion Sühnezeichen e.V." 1 Stimme
- Aktion Sühnezeichen/Dienst für den Frieden keine Stimme[855]

Satzung

Der Zweck des neuen Vereins war allgemein und ohne den in der Satzung des Dachverbandes Versöhnungsdienste noch hergestellten Bezug zum Zweiten Weltkrieg („Durchführung von Aufbaulagern in den durch den Krieg zerstörten Nachbarländern Deutschlands"[856]) formuliert. Die wenig aussagekräftige Formulierung lautete: „Der Verein ist eine Organisation für freiwillige Friedensdienste".[857] Die Umsetzung der Vereinsaufgaben sollte erfolgen durch:

a) Kurzfristige und langfristige Freiwilligendienste, die Versöhnung und Frieden zum Ziel haben;
b) Seminare und andere pädagogische Maßnahmen zur Förderung von Versöhnung und Frieden;
c) Hilfsmaßnahmen für Opfer von Gewaltherrschaft;
d) Förderung der Zusammenarbeit aller, die gleiche Ziele verfolgen.[858]

Diese Umsetzungsstrategien wurden in den 1980er Jahren erweitert um die „Durchführung und Unterstützung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben, die das Thema Frieden und Versöhnung zum Gegenstand haben" und „Information der Öffentlichkeit über die Ziele des Vereins, insbesondere durch einen Medienverlag und einen Mediendienst".[859] Erst in der Satzung vom 28. April 1990 findet sich ein – inhaltlich allerdings nicht weiter ausgeführter – Bezug zum ursprünglichen Gründungsmotiv wieder: „Der Verein ist eine Organisation für freiwillige Friedensdienste im Sinne der Ziele des Gründungsaufrufes von 1958".[860]

Da sich selbst in der ersten Fassung der Vereinssatzung von 1968 bereits eine detaillierte Beschreibung über die Aufgabenverteilung der Vereinsorgane (Mitgliederversammlung, Vorstand und Geschäftsführung) findet, in der Einzelheiten festgehalten wurden, wie jene, Mitgliederversammlungen einmal jährlich, „möglichst zu Beginn des Kalenderjahres" abzuhalten oder die Erstattung von „Reisekosten und sonstige notwendige Aufwendungen" für den ehrenamtlich tätigen Vorstand[861], ist die knapp gehaltene Ausführung über die inhaltlichen Aktivitäten auffällig. Es fehlen Angaben zur Sozial-, Archiv-, Gedenkstättenarbeit ebenso wie zu Kriegsdienstverweigerern, die ab 1969 über einen Freiwilligendienst bei der *Aktion Sühnezeichen* ihre Wehrpflicht ersatzweise ableisten konnten. Die essentielle Umsetzungsstrategie – Freiwilligendienste außerhalb der BRD mit dem Ziel der Versöhnung – ist der Vereinssatzung ebenfalls nicht zu entnehmen.

Gremium Vorstand

Der Vorstand des 1968 gegründeten Vereins übernahm die formal-juristische Verantwortung und Vertretung nach Außen sowie die Funktion des Leitungskreises als strategisch-leitendes Gremium[862], operative Aufgaben wurden vom Exekutivkreis auf die Geschäftsführung übertragen.[863] Die von der

---

[855] Protokoll II/68 der außerordentlichen Leitungskreissitzung vom 7. Mai 1968 in der Evangelischen Akademie am Kleinen Wannsee, dat. 9. Mai 1968, gez. Törne; als anwesend wurden protokolliert: Elsa Bergmann, Irmgard Block, Franz-Joseph Loesche, Franz von Hammerstein, Rudolf Mittermeier, Gerhard Möckel, Johannes Müller, Erich Müller-Gangloff, Hans-Richard Nevermann, Joop Siezen, Günter Schnöring, Volker von Törne, Wolfgang von Eichborn, Peter Sohr [EZA 2/5840]

[856] § 2 (b) der Vereinsatzungen vom 22. Januar 1960 [(95) VR 3024 Nz. Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg]

[857] § 2 der Vereinssatzung vom 22. Mai 1968 [(95) VR 3946 Nz. Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg]

[858] ebd.

[859] § 2 der Satzung, Fassung vom 4. August 1986 [ASF]

[860] § 2 der Satzung, Fassung vom 28. April 1990 [ASF]

[861] §§ 10 und 9 der Vereinssatzung vom 22. Mai 1968; diese beiden Bestimmungen finden sich bis einschließlich der Satzung vom 4. August 1986 [(95) VR 3946 Nz. Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg]

[862] „Der Vorstand gibt die Richtlinien für die Arbeit und beaufsichtigt die Geschäftsführung. Er stellt den Geschäftsführer und das Personal der Geschäftsstelle an." Vgl. § 9 der Vereinssatzung vom 22. Mai 1968, Aufgaben des Vorstandes [(95) VR 3946 Nz. Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg]

[863] § 12 der Vereinssatzung vom 22. Mai 1968, Geschäftsführung [(95) VR 3946 Nz. Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg]

Gründungsversammlung gewählten Vorstandsmitglieder repräsentierten die personelle Kontinuität: zum Vorsitzenden wurde der evangelische Pfarrer Hans-Richard Nevermann (1959/60 Gruppenleiter des ersten Sühnezeichen-Einsatzes in Norwegen, Mitglied des Leitungs- sowie des Exekutivkreises und über zehn Jahre hindurch Vorstandsmitglied bei *Versöhnungsdienste* war) bestellt; zum stellvertretenden Vorsitzenden Gotthard Kutzner. Als Beisitzer fungierten Johannes Müller und Franz-Joseph Loesche, beide waren zuvor bereits Leitungskreismitglieder.[864] Die Vorsitzenden der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* waren mit einer Ausnahme durchwegs Theologen:

Pfarrer Hans-Richard Nevermann	1968 – 1972 und 1976 – 1978
Pfarrer Gerhard Möckel	1972 – 1976
Pfarrer Wolf Jung	1978 – 1980
Bischof i.R. Kurt Scharf	1980 – 1984
Gertrud Gumlich	1984 – 1986
Prof. theol. Dietrich Goldschmidt	1986 – 1990
Pfarrer Klaus Geyer	1990 – 1993
Pfarrer Manfred Karnetzki	1993 – 2001
Pfarrerin Ruth Misselwitz	seit 2001

Bereits in der Gründungssatzung wurde das Mitspracherecht des Dachverbands der evangelischen Amtskirche EKD im Vereinsvorstand durch „eine vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland auf bestimmte oder unbestimmte Zeit bestellte Persönlichkeit“[865] statutarisch festgelegt.[866] Wenngleich die Mehrheitsverhältnisse zu keiner Zeit seit Gründung des Vereins 1968 eine zwingende Durchsetzung des EKD-Vertreters bei Vorstandsagenden erlaubt haben, so kann doch von einer Kontroll- und Informationsfunktion ausgegangen werden.[867] Als ihren ersten Vertreter entsandte der Rat der EKD den Oberkirchenrat im Landeskirchenamt der *Evangelischen Kirche von Westfalen*, Reinhard Freese.[868] Nachfolger wurde 1976 Kirchenrat Fritz Eitel, dem 1988 Martin Henning, im Jahr 2000 Eberhard Pausch folgten.[869]

Die kirchliche Ausrichtung des neuen Vereins wurde durch einen weiteren Passus in den Vereinsstatuten festgeschrieben: „Der Verein unterhält eine Geschäftsstelle, die von einem Geschäftsführer und einem Pfarrer geleitet wird.“[870] Diese Festschreibung ist aus mehreren Gründen erstaunlich. Einerseits zeigt eine Auswertung der Mitglieder des Leitungskreises über das zehnjährige Bestehen der *Aktion Sühnezeichen*, dass eine überwältigende Mehrheit an Theologen, angehenden wie praktizierenden Pastoren und Pfarrer maßgeblich an Zustandekommen und Aufrechterhaltung der *Aktion Sühnezeichen* beteiligt, und auf

---

[864] Gesamtliste aller Vorstandsmitglieder siehe Anhang.

[865] § 8 Bildung des Vorstandes; Vereinssatzung vom 22. Mai 1968 [(95) VR 3946 Nz. Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg]

[866] In der Gründungssatzung bestehend aus Vorsitzendem/r, Stellvertreter, zwei Beisitzer und einem Vertreter der EKD. (§ 8 der Vereinssatzungen vom 22. Mai 1968). Später wurde die Zahl mehrmals geändert: auf sieben Mitglieder bei der Mitgliederversammlung vom 23. Mai 1970, auf sechs in der Fassung vom 4. August 1986 sowie auf acht in der Fassung vom 28. April 1990. Gegenwärtig gehören dem Vorstand neun Personen an, wovon eine als KuratoriumsvertreterIn entsandt wird (Interview mit Geschäftsführer Christian Staffa, 16. Januar 2002).

[867] In einem Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit von ASF lässt sich ein über das statutarische Mitsprache- und Kontrollrecht hinaus bestehendes sehr weitreichendes informelles Mitspracherecht seitens der EKD nachzeichnen. Als 2001 eine Tochter des NS-Chefarchitekten Albert Speer, die Erziehungswissenschafterin Hilde Schramm als Nachfolgerin von Manfred Karnetzki zur Vorsitzenden der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* gewählt werden sollte, meldete der Vertreter der EKD im Vorstand (seit 2000 Eberhard Pausch) Bedenken gegen die Wahl Schramms an. Bei einem nachfolgenden informellen Gespräch zwischen ASF-Geschäftsführer und dem Vizepräsidenten der *Evangelischen Kirche in Deutschland* begründete letzterer die Ablehnung aus der fehlenden Kirchenzugehörigkeit Schramms: „Das geht überhaupt nicht, weil ASF eine Wesenäußerung des deutschen Protestantismus ist“. ASF-Geschäftsführer Staffa berichtete davon, dass der EKD-Vertreter im Vorstand glaubte, „das brennt an“. [Interview mit Geschäftsführer Christian Staffa, 16. Januar 2002]

[868] Der entsprechende Passus im Protokoll der Ratssitzung ist vor dem Hintergrund der jahrelangen Thematisierung der *Aktion Sühnezeichen* bei zahlreichen Ratssitzungen sehr kurz gehalten. Auszug aus der Niederschrift über die 16. Sitzung des Rates der EKD am 1. und 2. August 1968 in Berlin. Unter Punkt „5. Entsendung in den Vorstand des Vereins „*Aktion Sühnezeichen* – Friedendienste e.V.“ wurde im Protokoll der Sitzung festgehalten: „Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass eine neue Satzung erarbeitet wurde. Er ist damit einverstanden, ein vom Rat bestelltes Mitglied in den Vorstand zu entsenden. Entsandt wird Landeskirchenrat Freese, Bielefeld.“ [EZA 4/501] Auch konnte bzw. wollte sich der Rat der EKD im Jahr darauf nicht über einen Vertreter Reinhard Freeses einigen. Auszug aus der Niederschrift über die 29. Sitzung des Rates der Ev. Kirche in Deutschland am 23., 24. und 27. April 1969. Punkt IX. *Aktion Sühnezeichen:* „Der Rat kann sich nicht dazu entschließen, als seinen weiteren Vertreter bei der AS in Berlin einen Vertreter für Landeskirchenrat Dr. Freese zu bestellen.“ [EZA 4/501]

[869] Aufstellung von Petra Giese und Heinz Hafermeister für eine nicht zustande gekommene Publikation zum 40. Jahrestag von ASF [ASF]

[870] § 12 Geschäftsführung; Vereinssatzung vom 22. Mai 1968. [Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg (95) VR 3946 Nz]

absehbare Zeit die Gefahr einer Verdrängung aus der Leitung nicht gegeben war. Zweitens überrascht dieses Bekenntnis zur Involvierung eines Pfarrers vor dem Hintergrund der kirchen- wie religionskritischen 1968er-Bewegung, die vor allem über den Friedensdiskurs und der Dialogbereitschaft mit kommunistischen Ländern Eingang in die *Aktion Sühnezeichen* fand. Die „Klerikalisierung der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" wurde denn auch von den Mitgliedern bei der Mitgliederversammlung vom 10./11. April 1970 zur Diskussion gestellt. Franz von Hammerstein, selbst Theologe und Pfarrer, verteidigte die Involvierung der Kirche, indem er darauf hinwies, „dass die aktivsten Regionalgruppen christliche waren". Die zeitgenössische Diktion ebenso wie die aktuelle Interessenslage aufgreifend wandte Hammerstein einen semantischen Kunstgriff zur Beruhigung der kirchenkritischen Geister an. Man dürfe etwa „die Beauftragten der Interessenswahrnehmung der Kriegsdienstverweigerer zu den Klerikalen rechnen. Die kann man als Partisanen der Kirchen betrachten und muss sie unbedingt beachten."[871]

Gremium Mitgliederversammlung

Hinsichtlich der Gestaltung der Vereinsmitgliedschaft unterschied sich der neue Verein vom Versöhnungsdienste-Verein durch die Aufnahme juristischer Personen, etwa der Evangelischen Industriejugend und der Einführung von Mitgliedsbeiträgen (mind. 5 DM monatlich für natürliche Personen, 10 DM monatlich für juristische und Personenvereinigungen).[872] Eine aktive Mitgliederwerbung erfolgte auch für diesen Verein nicht. Im Gegensatz zum Verein Versöhnungsdienste war der neue Verein allerdings für die Aufnahme neuer Mitglieder offen und bot ehemaligen Freiwilligen die Mitgliedschaft an. Die Zahl der Mitglieder wurde einerseits durch den Anspruch in Grenzen gehalten, dass stimmberechtigte Mitglieder nicht nur die Vereinszwecke fördern sondern auch „aktiv in den Beschlussorganen des Vereins"[873] mitarbeiten sollten, was angesichts wechselnder Versammlungsorte (1968 Westberlin, 1970 Würzburg, 1972 Beienrode, 1973 wieder Westberlin)[874] keine einfach zu erfüllende Bedingung darstellte. Andererseits wurde die Mitgliederversammlung, der die Beschlussfassung über die Vereinssatzung und über das Jahresbudget sowie die Bestellung und Entlastung des mit einer zweijährigen Funktionsperiode bestellten Vorstands oblag[875], in Fortschreibung der Tradition des Vereins Versöhnungsdienste als lediglich formal-rechtlicher Rahmen verstanden. Die inhaltliche Auseinandersetzung sollte in anderen Gremien stattfinden. In diesem Sinne beantworteten Franz von Hammerstein und Volker von Törne im Jahresbericht 1968/69 Vorbehalte von Mitgliedern und Freiwilligen, die Satzung böte keinen ausreichenden demokratischen Rahmen:

> Wir sind der Überzeugung, dass Sühnezeichen trotz des neuen Rechtsstatus eine Bewegung bleiben soll, in der sowohl alle Spender als auch vor allem die Freiwilligen unabhängig von ihrer Vereinszugehörigkeit mitarbeiten können. Die Rechtsform des eingetragenen Vereins ist vor allem wegen der Gemeinnützigkeit, Steuerfreiheit und anderer rechtlicher Sicherungen nötig. Die demokratische Mitarbeit aller Freunde von Sühnezeichen geschieht nur zum kleinsten Teil innerhalb des Vereins. Wir werden unabhängig von der Vereinssatzung Strukturen entwickeln müssen, die die Mitarbeit noch stärker wie bisher ermutigen.[876]

Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder erhöhte sich vor allem in den ersten beiden Jahren rasant: von neun bei der Vereinsgründung im Mai 1968, auf 15 bei der im Oktober des gleichen Jahres abgehaltenen Mitgliederversammlung, auf 28 im Jahr 1969, auf 91 im Mai 1970.[877] Mit der Zunahme der absoluten Mitgliederzahl sank die relative Teilnahme an den Mitgliederversammlungen, bis schließlich bei der

---

[871] Protokoll-Entwurf Nr. I/70 der Mitgliederversammlung der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. am 10./11. April 1970 [EZA 97/942]
[872] Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26. Oktober 1968 [Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg. (95) VR 3946 Nz]
[873] § 4 Mitgliedschaft der Vereinssatzung Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste.
[874] Protokolle der Mitgliederversammlungen. [Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg. (95) VR 3946 Nz]
[875] Satzung des Vereins Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Fassung vom 4. August 1986
[876] Jahresbericht 1968/69, dat. 18. April 1969, insgesamt 11 Seiten, Seiten 1 und 2 fehlen. [EZA 97/942]
[877] Ebd.

Mitgliederversammlung am 15. Mai 1971 bei 30 anwesenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit erstmals nicht gegeben war. Die Mitgliederversammlung musste wiederholt werden, wobei in diesem Fall die Satzung eine unbedingte Beschlussfähigkeit – unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder – vorsah.[878] Die daraufhin am 12. Juni 1971 angesetzte Mitgliederversammlung wurde von noch weniger Mitgliedern besucht (22).[879] Mangelnde Beschlussfähigkeit wurde bis in die 1990er Jahre protokolliert [880] – bis schließlich eine Änderung dieser Bestimmung erfolgte.[881]

Parallel zur Mitgliederversammlung wurden zwischen Weihnachten und Neujahr Jahresversammlungen mit ehemaligen Freiwilligen abgehalten. Ihren Anfang nahm die Tradition der Jahrestreffen mit der die *Aktion Sühnezeichen* konstituierenden Tagung vom 19.- 21. Dezember 1958 in der *Evangelischen Akademie Berlin* unter dem Titel „Sühnezeichen – Sinnesänderung. Für und wider die Aktion Sühnezeichen" sowie mit der im darauffolgenden Jahr den Weltfriedensdienst konstituierenden Tagung. Bei der Sitzung des Führungskreises Mitte Dezember 1960 berichtete Lothar Kreyssig „über die von ehemaligen Teilnehmern ausgegangene Anregung, ein Jahrestreffen zwischen Weihnachten und Neujahr in Berlin abzuhalten, von dem ein Impuls zur Verbreitung der Arbeit und Werbung in Deutschland erwartet wird".[882] Bis Mitte der 1960er Jahre wurden die Jahrestreffen als Tagungen in der *Evangelischen Akademie* abgehalten. Die Themen konzentrierten sich im Westen auf die Ostpolitik der BRD und den Nahostkonflikt. Israel und Juden waren zwar auch Thema im Osten, allerdings zeigten sich bei den Formulierung der Thematik bereits unterschiedliche Zugänge: ein eher materialistischer Zugang im Westen („Problematik des Zionismus, die Frage nach einem jüdischen oder nahöstlichen Staat oder einer Staatenföderation in Palästina, die Notwendigkeit sozialer Reformen in arabischen Ländern, sowie die Abhängigkeit Israels von der westlichen Welt.") stand einem eher spirituellen Zugang im Osten („Jüdische Geschichte seit der Reformation, Probleme des Antisemitismus und Palästina als Land der Begegnung dreier Religionen (Judentum, Christentum, Islam)") gegenüber.[883] Zum Programm der Jahrestreffen zählten religiöse Elemente (Andachten, Gottesdienste, Bibelrunden), Berichte von bestehenden und Planung von künftigen Sühnezeichen-Projekten, bei denen auch Projektpartner aus dem Ausland eingeladen waren. Den Diskussionen und Anregungen auf Jahrestreffen entsprangen jeweils neue Initiativen, Projekte oder Petitionen.[884]

2.9.3. Aktion Sühnezeichen (DDR) 1961-1991

Bei der ersten Tagung in der *Evangelischen Akademie Berlin*-Wannsee im Dezember 1958 überstieg die Zahl der Interessenten aus der DDR (45 Teilnehmer) jene aus der BRD (35 Teilnehmer).[885] Im Februar 1959 wurden deshalb zwei Teilnehmer-Veranstaltungen in Ostberlin bzw. in der DDR organisiert: Am 14. und 15. Februar 1959 in der Christuskirche in Berlin-Oberschöneweide[886], und am darauffolgenden Wochenende vom 20. bis 22. Februar in der Evangelischen Akademie von Sachsen-Anhalt in Wittenberg. Die erste Veranstaltung in Ostberlin wurde von den zu diesem Zeitpunkt noch nicht über die offizielle Haltung der DDR zur *Aktion Sühnezeichen* in Kenntnis gesetzten, nichtsdestotrotz ‚genuin' irritierten Stadtbehörden Berlins als weder „faschistisch" noch als „staatsfeindlich" eingeschätzt, weshalb der

---

[878] Ebd. Akte Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; Satzung des Vereins § 10 Die Mitgliederversammlung
[879] Ebd. Protokolle der Mitgliederversammlungen vom 15. Mai 1971 und 12. Juni 1971.
[880] Protokoll der Mitgliederversammlung vom 7. November 1993; [ASF]
[881] Protokoll der Mitgliederversammlung vom 22. April 1995, Punkt 2; [ASF]
[882] Protokoll der Sitzung des Führungskreises am 15. Dezember 1960 [EZA 97/947]
[883] Bericht über das Jahrestreffen vom 27. bis 30. Dezember 1969, gez. Franz von Hammerstein. [EZA 97/942]
[884] Bspw. Adresse der Aktion Sühnezeichen von ihrem Berliner Jahrestreffen zu Neujahr 1967 an den Deutschen Evangelischen Kirchentag, dat. 24. Januar 1967, mit dem das Generalthema des nächsten DEKTs „Friede" begrüßt und die Sühnezeichen-Position dargelegt wurde. [EZA 97/46]
[885] Anwesenheitsliste der Tagung Sühnezeichen, o.A., vermutlich von der Evangelischen Akademie erstellte Liste, o.D. [1958]; unter den Teilnehmern finden sich 28 Teilnehmer, die in ihrer (kirchen)amtlichen Funktion teilnahmen; die Zahl der tatsächlich als Sühnezeichen-Partizipanten in Frage kommenden Teilnehmer betrug rund 50. [EZA 97/166]. Siehe auch Weiß (1998), S. 340; Skriver (1962) S. 17.
[886] Referenten waren Kreyssig, der Magdeburger Oberkonsistorialrat Erich Andler, der Leiter des Internationalen Zivildienstes Hans-Ulrich Smoltczyk (Westberlin), und „Missionar" Dietrich Gutsch vom ökumenischen Jugenddienst in der DDR. Vl. Einladung zur Teilnehmertagung der Aktion Sühnezeichen am 14./15. Februar 1959 im Evangelischen Gemeindehaus Berlin-Oberschönweide [AEKKS Bestand Rep. B 2/250]

Magistrat von Großberlin keinen legalen Grund zur Verhinderung der Veranstaltung sah. Die Behördenvertreter äußerten allerdings Bedenken wegen der ausständigen Zustimmung seitens der DDR-Regierung und der geplanten Einsatzländer Polen, UdSSR und Israel.[887] Die eine Woche später in Wittenberg abgehaltene Tagung wurde bereits von einem Inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit im Rahmen von „Operativer Vorgang Torpedo“ – unter dieser Bezeichnung observierte die Staats- und Geheimpolizei der DDR im Zeitraum August 1957 bis August 1959 die Evangelische Akademie in Magdeburg – protokolliert.[888]

Trotz der sich von Beginn an wegen der unterschiedlichen gesetzlichen Voraussetzungen abzeichnenden, zwar synchronen aber doch eigenständigen Struktur der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR kann der Bau der Berliner Mauer ab 13. August 1961 als konstitutives Gründungsmoment bezeichnet werden. Bis zu diesem Datum war die *Aktion Sühnezeichen* ein gesamtdeutsches Unternehmen; Deutsche aus beiden Staaten sollten an den Einsätzen der *Aktion Sühnezeichen* in Griechenland, Norwegen und den Niederlanden teilnehmen. Dieses Vorhaben war schon vor 1961 trotz zahlreicher Interventionen von Kirchenführern aus beiden deutschen Staaten von der DDR-Regierung durch die Verweigerung von Ausreisebewilligungen vereitelt worden. Mit der Errichtung der Mauer und der Verschärfung der Reiserestriktionen, die nicht nur für Lothar Kreyssig das Pendeln in den westlichen Teil, sondern auch die Beteiligung von Freiwilligen aus der DDR an Sühnezeichenprogrammen außerhalb der DDR verunmöglichten, wurde die Trennung manifest. Für die Entfaltung der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR bedurfte es deshalb einer inhaltlichen Adaptierung an die gesetzlichen Bedingungen und des Aufbaus einer eigenständigen Organisationsstruktur.

Von 1961 bis zum Herbst 1966 führte Kreyssig die *Aktion Sühnezeichen in der DDR* im Rahmen seiner Kirchenämter autokratisch und ohne eigenes Statut, wenngleich Kreyssig auch für den Bereich in der DDR 1963 einen „Leiterkreis“ gebildet hatte, dem allerdings nicht wie beim Aufbau der Organisation in Westberlin hochrangige Kirchenführer angehörten, sondern vor allem Pfarrer und Pastoren, mit denen Kreyssig sowohl auf der Ebene der Teilnehmer-Rekrutierung wie als Projektträger zusammenarbeitete. Einige der etwa 20 Mitglieder des Leitungskreises waren Mitarbeiter in Kreyssigs Laiendiensten, wie etwa Dr. Käte Zeller oder Hermann Schaffer. Den verhinderten Zugang zur DDR-Öffentlichkeit ersetzte Kreyssig durch ein – kirchliches – Basisnetzwerk. Kreyssig strebte als Leitungsgremium eine „Sühnezeichen-Synode“ an. An dieser sollten neben den ab 1965 acht Mitgliedern aus dem Bereich der „aktiven Teilnehmer“ Delegierte aus allen Landeskirchen teilnehmen.[889] Mit der Berufung von Vertretern der Landeskirchen in den Leitungskreis der *Aktion Sühnezeichen* gelang Kreyssig eine erste informelle Anbindung an die Evangelischen Kirchen in der DDR. Die Teilnehmer an vierteljährlichen Sitzungen des Leiterkreises fungierten so als Multiplikatoren in ihrem jeweiligen eigenen Arbeitsbereich und erhielten bei den Sitzungen Rundschreiben und Anmeldebogen zur Verteilung ausgefolgt.[890]

Im Herbst 1966 wurde die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR formell institutionalisiert und eine Satzung verabschiedet. Auslöser waren sowohl Emanzipationsbestrebungen der Leiterkreismitglieder, die nicht nur als Berater fungieren, sondern gleichberechtigt mitbestimmen wollten, als auch die Sicherung der *Aktion Sühnezeichen* über den Wirkungs- und Aktionsbereich von Lothar Kreyssig hinaus. Kreyssigs Nachfolger Christian Schmidt rekapitulierte:

> Ja, das ist so eine windige Geschichte, zunächst waren wir alle Privatangestellte von Kreyssig. Es gab den Briefkopf, den Stempel und auch Bankkonten auf Sühnezeichen, aber dahinter stand immer bloß Kreyssig, und das hat ja später dann dazu geführt, dass der Leitungskreis gesagt hat, das geht nicht.

---

[887] Vermerk, dat. 13. Februar 1959, o. A. [EZA 97/31]
[888] Weiß (1998), S. 262, S.341 u. 363 (Fußnote 17). Der Bericht stammte von „IM Jäger“.
[889] Kreyssig an OKR Johann Georg Schill, Schwerin, dat. 18. Juni 1965 [EZA 97/912]
[890] Protokoll der Leiterkreistagung am 30. März 1963, o.A., o.D. [EZA 97/936]

> Wenn der alte Mann morgen gegen einen Baum fährt, dann platzt das alles wie eine Seifenblase ... Einer offiziellen Prüfung hätte das sicher nicht standgehalten, auch das mit den Bankkonten nicht.[891]

Die Institutionalisierung des bisherigen ‚Privatunternehmens Kreyssig' allein aus den von Christian Schmidt angeführten Gründen der Bestandssicherung im Falle des plötzlichen Ablebens Kreyssigs war nicht der einzige, zu diesem Zeitpunkt vermutlich auch gar nicht der ausschlaggebende Grund. Kreyssig hatte bereits 1964 Vorgespräche mit dem Kollegium der Evangelischen Kirche der Union (EKU) in der DDR aufgenommen.[892] Anfang November 1965 informierte Kreyssig die Mitglieder im Leitungskreis:

> Es hat sich in Verfolg des Durchbruches, den wir vergangenen Sommer erreicht haben, natürlich Gegenwirkung gesammelt. Das macht uns nicht nervös. Ich habe aber eine Warnung bekommen, die mich nötigt, ohne die sonst selbstverständliche Beratung mit beiden Leiterkreisen Sz. kirchlich unter Dach zu bringen.[893]

Bei der Ratssitzung der EKU am 3. November 1965 legte Kreyssig eine Satzung vor, die eine Anbindung der *Aktion Sühnezeichen* als Werk der *Evangelischen Kirche der Union* vorsah. Die ab 1. Oktober 1966 wirksame Satzung sah nach Einwänden seitens der katholischen Kirche, die Kreyssig als gleichberechtigten Partner involviert wissen wollte, dann aber die rechtliche Stellung von *Aktion Sühnezeichen* (DDR) als „Fachverband" des *Diakonischen Werkes Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in der DDR*[894] vor. Die EKU, der Kreyssig selbst in führender Position angehörte, war als Institution nicht mehr involviert. Dem Diakonischen Werk wurde sowohl Einspruchsrecht im Falle von Satzungsänderungen wie das Recht zur Entsendung eines Mitglieds in den Leitungskreis eingeräumt.[895] Das „Diakonische Werk Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in der DDR und beteiligte Kirchen und Gemeinden" war bei der Berufung von bis zu elf weiteren Mitgliedern durch den Leiter zu konsultieren. Weitere zehn Mitglieder wurden auf dem „Jahrestreffen" gewählt.[896] Den evangelischen Kirchen und der katholischen Kirche wurde das Recht eingeräumt, jeweils ein Mitglied in den Leitungskreis zu entsenden.[897]

Mit der offiziellen Aufnahme der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR als *Fachverband des Diakonischen Werkes Innere Mission und Hilfswerk der EKD* (in Fachgruppe XI Verschiedenes)[898] durch die diakonische Konferenz am 22. September 1966 wurde der Rechtsstatus und damit auch das Weiterbestehen über Kreyssigs Amtszeit als Leiter und Präses der Generalsynode der EKU in der DDR hinaus sicher gestellt.[899] Kreyssigs Nachfolger als Leiter agierten mit einer Generalvollmacht des diakonischen Werkes zur Wahrnehmung „aller rechtlichen Angelegenheiten von *Aktion Sühnezeichen* gerichtlich und außergerichtlich".[900] Als Fachverband des diakonischen Dachverbands musste sich die *Aktion Sühnezeichen* im Gegenzug zur Einhaltung eines Mindestkatalogs verpflichten: satzungsgemäßer Anschluss an das Diakonische Werk, Verpflichtung zur Gemeinnützigkeit und, im Falle der Auflösung, zur Verwendung des Vermögen für diakonisch-missionarische Aufgaben. Weiters wurde die Wahrung

---

[891] Interview mit Christian Schmidt in dessen Berliner Wohnung am 29. August 2004
[892] Niederschrift über die Sitzung des Kollegiums der EKU am 10.2.1964 [EZA 107/421 6843/64]
[893] Kreyssig an die Mitglieder des Leitungskreises, dat. 2. November 1965 [EZA 97/939; Hervorhebung wie Original]
[894] § 2 – Rechtscharakter, Satzung der Aktion Sühnezeichen in der Fassung vom 1. Oktober 1966, [ASF].
[895] Delegiert waren der Leiter der Inneren Mission und Hilfswerk in Berlin-Ost, Kirchenrat Gerhard Laudien (1967-69), der Direktor von Innere Mission und Hilfswerk in der DDR, Kirchenrat Gerhard Bosinski (1969-1976), stellvertretende Delegierte Bruno Hamann (1969-1975) und Wilfried Koltzenburg (1975-1977), Ernst Petzold (1977-1989), und Matthias Heyl (1987-1993). Liste der Leitungskreismitglieder 1966-2000 [ASF]
[896] § 5 – Der Leitungskreis, Satzung der Aktion Sühnezeichen in der Fassung vom 1. Oktober 1966 [ASF]
[897] Langjährige Delegierte des *Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR* war Oberkirchenrätin Christa Lewek, die von 1967 bis zu ihrer Pensionierung 1988 ständige Vertreterin des Bundes bei *Aktion Sühnezeichen* war. [Vermerk über Beschluss des Rates der EKD aus den Gliedkirchen in der DDR, dat. 5.Februar 1970, unterzeichnet [Manfred] Stolpe. Darin: Verlängerung des Vertretungsauftrags. EZA 104/620 4240-432/70; weiters: Liste der Leitungskreismitglieder 1966-2000 ASF]. Entsandte der katholischen Kirche waren Kaplan Winfried Lawetzky (1967- 1976) und Vikar Dieter Tautz (1976-1993).
[898] Aufstellung aller Fachverbände des IM und HW, dat. 6. Juli 1971 [ADW DWDDR D160 ASZ]
[899] Brief Schober an KR Gerhard Laudien, dat. 10. Oktober 1966 [ADW/DW DDR 209]
[900] Generalvollmacht für den Leiter von ASZ, dat. 1. Januar 1979, gez. Hildebrand und Petzold [ADW/DW DDR 209].

des kirchlichen Charakters, die Zugehörigkeit von Vorstandsmitgliedern zur Evangelischen Kirche und die Prüfung der Jahresabrechnung durch Wirtschaftsprüfer des Diakonischen Werkes vorgeschrieben. [901]

Satzung

Die Satzung der *Aktion Sühnezeichen* (DDR) orientierte sich strukturell wie inhaltlich an einer westlichen Vereinssatzung. Sie enthielt neben der Definition der Aufgabenstellung die Beschreibung des Rechtscharakters von Sühnezeichen als Fachverband des diakonischen Werkes mit Sitz in Berlin und die Regelung der Organe „Jahrestreffen" (Versammlung von Lagerteilnehmern, Spendern und Freunden der Aktion, vergleichbar mit der Mitgliederversammlung eines Vereins), Leitungskreis (vergleichbar mit einem Vereinsvorstand) und Leiter (vergleichbar mit Vereinsvorsitzender oder Geschäftsführer). Die Satzung war vor allem im Innenverhältnis der an der Organisation Beteiligten sowie im Verhältnis mit Kooperationspartnern – und besonders mit der Evangelischen Kirche von Bedeutung.[902]

Die Aufgabe der *Aktion Sühnezeichen* wurde in §1 der Satzung festgehalten:

> Aktion Sühnezeichen will durch ein Tatzeugnis des Opfers und der Liebe Israel und die anderen von Deutschen 1933 bis 1945 verletzten und beleidigten Völker um Vergebung bitten und damit unter den entzweiten Christen und Nachbarn zur Versöhnung helfen.
> Ohne Unterschied von Nationalität und Konfession lädt sie Teilnehmer, die das Grundanliegen bejahen, zu Lagern ein, um im Ausland und im eigenen Volk eine friedfertige Gesinnung gemeinsamen Lebens und Dienens zu üben.
> Beiträge werden nicht erhoben. Aber jeder ist aufgerufen, am Tatzeugnis der Aktion durch ein Geldopfer teilzunehmen.[903]

Diese Aufgabenstellung unterschied sich vom Vereinszweck in der zwei Jahre später entstandenen Satzung des westdeutschen Vereins *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* in ihrer gleichermaßen konkreten wie umfassenden Formulierung. Israel als einziger explizit angeführter präsumtiver Einsatzort blieb allerdings die gesamte Zeit über als Einsatzort verwehrt, und eine offizielle Sühnezeichen-Delegation aus der DDR konnte das Land erst 1989 auf Einladung von Kalman Yaron besuchen.[904] Der dem Versöhnungsauftrag beigefügte Konditionalsatz „und damit unter den entzweiten Christen und Nachbarn zur Versöhnung helfen" lässt sich nur durch das an anderer Stelle analysierte Schuldverständnis Kreyssigs erklären, das eine historische Kontinuität zwischen Kirchenspaltungen, Antisemitismus und NS-Verbrechen beinhaltete.

Der Satzungsentwurf enthielt in der Entwurfsfassung den Passus, „dass das Jahrestreffen in Fragen öffentlicher, staatsbürgerlicher Verantwortung namens der Aktion öffentlich das Wort nehmen könnte, sofern zu schweigen Ungehorsam gegen das Gewissen wäre und das Tatzeugnis der Versöhnung dadurch unglaubwürdig würde".[905] Auf Drängen des (zu diesem Zeitpunkt noch gesamtdeutschen) Diakonischen Werkes wurde dieser Satz entfernt.[906] Überlegungen und Motivation des Diakonischen Werkes, die zu

---

[901] Bedingungen für Fachverbände 1966, gez. Laudien [ADW DWDDR D160]

[902] Eine von unmittelbarer staatlicher Einflussnahme und Kontrolle unabhängige Vereinsbildung nach dem westlichen Vorbild der Versöhnungsdienste war in der DDR nicht möglich. Wie Siegfried Theodor Arndt für die Auseinandersetzung christlicher Gruppen über „Juden und Christen" ausführt, war eine Institutionalisierung nur unter dem Dach der – aus Arndts Perspektive: evangelischen – Kirchen möglich. Vgl. Arndt, Siegfried Theodor. Nach der Shoah. Die Evangelische Kirche in der DDR und ihre Verantwortung angesichts des Antijudaismus., In 1995). Die Zeichen der Zeit. S. 58-64, S. 58. Die seit 1969 als Angestellte bei Aktion Sühnezeichen (DDR) beschäftigte Romi Romberg bestätigte diese Einschätzung mit der Ergänzung, dass als Alternative eine „Kulturgruppe" als Organisationsform in der DDR möglich gewesen wäre. Die schließlich gewählte Konstruktion als Fachverband des Diakonischen Werkes bedeutete, dass etwa bei den Beschäftigungsverhältnissen formal die evangelische Kirche bzw. das Diakonische Werk „oberster Dienstherr" für die insgesamt vier Angestellten und „Schutz und Schirm dem Staat gegenüber" für Aktion Sühnezeichen war. [Interview mit Frau Romberg am 17. Januar 2001]

[903] Satzung der Aktion Sühnezeichen (DDR) § 1 – Aufgabe [ASF]

[904] Interview Lilach Marom mit dem letzten Leiter von Aktion Sühnezeichen vor der Vereinigung, Werner Liedtke, 1.2002.

[905] Protokoll der Besprechung über Aktion Sühnezeichen in der Sitzung des Vorstandes der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen am 21.12.1972, dat. 21. Dezember 1972 [ADW DW DDR D 163]

[906] vgl. Kreyssig an Schober, dat. Stuttgart, 17. Oktober 1966 [ADW PB 1097] Über die Gründe liegen keine offiziellen Dokumente vor. Vermutlich hat der (gesellschafts-)politische Charakter dieser Passage das sich selbst unpolitisch verstehene diakonische Werk gestört.

dieser Zensur geführt haben, sind nicht dokumentiert. Vermutlich war dieser Teil der Satzung wegen seines immanenten politischen Gehalts als Risiko für Projekte des in der DDR zumindest vordergründig unpolitisch agierenden Diakonischen Werkes eingeschätzt worden.

Das „Jahrestreffen", bei dem Teilnehmer an den Sühnezeichen-Sommerlagern oder „Opfernde" (Spender) stimmberechtigt waren, konnte den Leiter sowie – geschlechtsparitätisch – sechs Mitglieder des Leitungskreises wählen.[907] Die Jahrestreffen hatten neben der formalen demokratischen Funktion der Wahl der Leiter die Aufgabe, Sühnezeichen-Aktivisten und -Freunde aus der DDR und dem Ausland zu versammeln, und trugen damit wesentlich zum ‚Community-Charakter' der *Aktion Sühnezeichen* bei. Thematisiert wurden Geschichte, Politik und Kirche in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Abrüstung und Friedensthemen.[908]

Der Leitungskreis mit den Vertretern der kirchlichen Einrichtungen war zu drei Zusammenkünften pro Jahr aufgerufen und sollte dabei die Richtlinien für die Arbeit des Leiters vorgeben. 1967 wurde, ohne die Satzung eigens zu ändern, vergleichbar mit dem Exekutivausschuss in der BRD, ein sechsköpfiger „Aktivkreis" (auch als „Donnerstagskreis" bezeichnet) eingerichtet, der sich aus Mitgliedern des Leitungskreises, einem Büromitglied und zwei Aktiven zusammensetzte. Anlässlich Kreyssigs Ausscheiden wurde der Aktivkreis in ein „Team, das regelmäßig zweimal im Monat mit ihm [dem Geschäftsführer, Anm.] berät und dessen geschäftsführender Vorsitzender er [der Geschäftsführer, Anm.] ist", transformiert.[909] Das von Kreyssig „in behutsamer Fortbildung der Satzung" vorgeschlagene Gremium wurde unter der 1970 gewählten Bezeichnung „Leitung" bis 1991 (bzw. 1993/4) beibehalten.[910]

Nach Kreyssigs Ausscheiden trat unter der Bezeichnung „Leiterkreis" ein fünfköpfiges Team an seine Stelle (als Institution erst Ende 1980 in der Satzung verankert). In seiner ersten Zusammensetzung gehörten ihm an: Christian Schmidt als hauptamtlichter Leiter sowie die ehrenamtlichen Leiter Dietrich Erdmann, Gottfried Zollmann, Günter Särchen und Werner Liedtke. Die Führungsspitze der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR zeichnet sich durch ein hohes Maß an Kontinuität aus: über einen Zeitraum von 30 Jahren gab es je vier hauptamtliche Leiter und vier Geschäftsführer.[911]

Tabelle: Leiter bzw. Mitglieder des Leiterkreises der Aktion Sühnezeichen (DDR)

Jahr	hptamtl. Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter
1961	Lothar Kreyssig 1961-1969	Kreyssig als alleiniger Leiter Der bis 1966 bestehende sogenannte Leiterkreis hatte beratende Wirkung. Erst der 1966 konstituierte Leitungskreis mit rund 20 Mitgliedern brachte eine Verbreiterung der Entscheidungsfindung. Aus dem Leitungskreis wurde ein „Aktivkreis" gebildet.				
1962						
1963						
1964						
1965						
1966						
1967		Günter Särchen stv. Leiter/Vorsitzender des Leitungskreises (lt. Satzung nicht vorgesehen)				
1968						
1969						
1970	Christian Schmidt 1970-3.1974	Günter Särchen 1970-1975	Gottfried Zollmann 1970-1978	Dietrich Erdmann 1970-1975	Werner Liedtke 1970-1978	N.N.
1971						
1972						
1973						
1974	Friedrich Magirius					

[907] Satzung der Aktion Sühnezeichen (DDR) in der Fassung vom 1. Oktober 1966. In der Fassung vom 28. Dezember 1980 wurde die Zahl der durch die Jahresversammlung wählbaren Mitglieder des Leitungskreises auf zehn erhöht.
[908] Die Jahrestreffen wurden gelegentlich auch von Ausstellungen umrahmt, so 1968 von der Ausstellung *Polen - unser Nachbar*.
[909] Monatsbrief Dezember 1969, gez. Lothar Kreyssig, 30. November 1969, S. 3. Die von Kreyssig berufenen Mitglieder waren: der katholische Verbindungsmann Günter Särchen, die protestantischen Pfarrer Werner Liedtke und Gottfried Zollmann und der Laie Dietrich Erdmann.
[910] Beschluss der Leitungskreissitzung vom 6.2.1970 [4240-703/70 v. 6.3.1970; Protokoll gez. [Christa] Lewek, dat. 5. März 1970; EZA 104/620]
[911] Geschäftsführer: Rudolf Gotthard (1962-64); Christian Schmidt (1965-1969), Hans-Detlef PETER (1970-80), Michael Standera (1981-1993). Mit einer Ausnahme war die Führungsspitze über den gesamten Zeitraum ausschließlich mit Männern besetzt.

Jahr	hptamtl. Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter
1975	1974-1982					
1976		Ernst-Ulrich Hafa 1976-1982		Stefan Schreiner 1976-1982		
1977						
1978						
1979			Christoph Münchow 1979-1991 (1993)		Maria Lorenz 1979-1991 (1994)	
1980						
1981						
1982						
1983		Joachim Stellmacher 1983-1988		Christian-Matthias Waldmann 1983-1988		Dieter Tautz 1979-1988
1984	Werner Liedtke 1982-1991					
1985						
1986						
1987						
1988						
1989		Gerhard Packenius		Konrad Weiß		
1990						
1991		Berndt Hinzmann		Sebastian Feydt		Ingolf Kschenka 1989-1991 (1994)
1992	Vereinsvorstand ASF; Leitungs-kreisvorsitzende: 1992: Joachim Rasch; 1993: Uta Gerlant	Gerhard Packenius				
1993						
1994		Berndt Hinzmann	Michael Standera			

Ein weiteres, in der Satzung der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR nicht enthaltenes Institut waren die auf dem Jahrestreffen 29. Dezember 1964 - 1. Januar 1965 beschlossenen Zusammenkünfte auf Stadt- und Bezirksebene. Sie wurden als Bezirksgruppen bezeichnet und ermöglichten kontinuierliche Aktivität auch außerhalb der Jahrestreffen und der Sommerlager. Bezirksgruppen wurden eingerichtet in Magdeburg, Karl Marx-Stadt, Görlitz, Jena, Erfurt, Schwerin, Leipzig, Dresden[912], in Halle und Rostock[913] sowie in Cottbus und Stralsund.[914] Als Aufgabe der Bezirksgruppen wurde die Reflexion über die Arbeit des Jahres und Vorbereiten eines Berichts an das Jahrestreffen genannt.[915] Die Bezirksgruppen „sollen zwischen Sommerlagern und Jahrestreffen sich wenigstens einmal im Frühjahr und Herbst versammeln“[916]. Die von engagierten Sommerlager-Teilnehmern organisierten Bezirksgruppen dienten einerseits der freundschaftlichen Wiederbegegnung, andererseits der Vertiefung von Themen, die während des Sommerlagers vermittelt und diskutiert worden waren. Mitglieder von Bezirksgruppen trafen sich zu Arbeitseinsätzen an Wochenenden oder Sonnabenden mit anschließendem inhaltlichen Programm, zu dem Vortragende eingeladen wurden.[917] So organisierte die Bezirksgruppe in Dresden Freiwilligenarbeit in der Diakonissenanstalt, in einer katholischen Kapelle, bei einer Behindertengruppe oder am jüdischen Friedhof, abends stießen der Historiker Helmut Eschwege oder die Autoren Franz Pfühmann und Günter de Bruyn zur Gruppe.[918] Die bis zu 25 Mitglieder einer Bezirksgruppe wurden von bevorstehenden Arbeitseinsätzen oder Treffen schriftlich verständigt, die Zentrale in Ostberlin wurde jeweils informiert; eine weiter gehende Absprache erfolgte nicht, auch Besuche aus der Berliner Zentrale blieben die Ausnahme.[919] Die Bezirksgruppen bildeten einerseits ein kontinuierliches, dezentrales Forum

[912] Monatsbrief November 1966, gez. Lothar Kreyssig, dat. 1. November 1966 [ASF]
[913] An die Leiter der Bezirksgruppen, dat. 23. April 1969, gez. Lothar Kreyssig [EZA 97/904]
[914] Aktion Sühnezeichen in der DDR. Versuch einer Bestandsaufname, o.D. [1970], gez. Christian Schmidt [ASF]
[915] Monatsbrief November 1966, gez. Lothar Kreyssig, dat. 1. November 1966 [ASF]
[916] Monatsbrief Dezember 1969, gez. Lothar Kreyssig, dat. 30. November 1969, S. 3.; in späteren Jahren findet sich der Hinweis, wonach Bezirksgruppen „2-4 mal im Jahr oder wie z.Zt. in Berlin monatlich 1 mal“ Treffen veranstalteten. [Aufstellung „einige Beispiele aus der Sühnezeichenarbeit ...“, o.A., o.D. (nach 1979, ASF]
[917] Aufstellung Einige Beispiele aus der Sühnezeichenarbeit ..., o.A., o.D. [nach 1979], [ASF]
[918] Helmut Eschweges Bedeutung für die Aktion Sühnezeichen bzw. für die TeilnehmerInnen. Vgl. Martin Jander, Eine Fahrt nach Auschwitz, Gespräch mit Konrad Weiß, In *Horch und Guck*. [www.buergerkomitee.org/hug/h44-dateien/weiss.html; 19. Januar 2006]
[919] Interview mit Hildegart und Joachim Stellmacher, Dresden, 26. August 2004.

für die ehemaligen Sommerlagerteilnehmer. Für die Ostberliner Zentrale erfüllten die Bezirksgruppen andererseits die wesentliche Funktion für die Heranbildung des Sühnezeichen-Nachwuchses. Die Stärkung der Bezirksgruppen blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Ostberliner Zentrale: von der Bezirksgruppe Leipzig wurde 1967 Kreyssigs Leitungsposition in Frage gestellt und eine Satzungsänderung zur Einschränkung seines Handlungsspielraums vorgeschlagen. Die Satzungsänderung wurde vom Leitungskreis noch vor dem Jahrestreffen Ende November 1967 abgelehnt, die geforderte Einsetzung des erwähnten Aktivkreises als Mediator zwischen Leitungskreis und Büro sowie die Beschreibung von „Funktion und Befugnissen" des Leiters und die formelle „unbedingte" Bindung des Leiters „an bestimmte Beschlüsse" des Leitungskreises als „Geschäftsordnung" aber mehrheitlich beschlossen. Auch die satzungsgemäß nicht vorgesehene Funktion eines Stellvertreters des Leiters wurde aufgrund des Vorstoßes der Leipziger Bezirksgruppe als „Vorsitzender des Leitungskreises" installiert.[920]

Rundschreiben: Wochen- Monats- Quartalsbriefe

Eine statutarisch nicht festgelegte Institution waren die von Kreyssig verfassten Rundschreiben. Wochenbriefe, Lagerberichte, Dankschreiben an Spender trugen zu einer von Kreyssig intendierten Schaffung einer „Sühnezeichenfamilie" unter Sühnezeichen-Interessierten, Spendern, Teilnehmern sowie Entscheidungsträgern in den Kirchen bei.[921] Die Wochenbriefe (dokumentiert bis März 1967)[922] wurden monatlich zu einem sogenannten Monatsbrief ausgestaltet. Den nächst größeren Rahmen bildeten die vierteljährlichen Rundbriefe (bis einschließlich 1974, ab 1975 mit den Monatsbriefen zusammengelegt).[923] Die von Kreyssig selbst definierte Struktur der Wochenbriefe, an die auch die Monatsbriefe angelehnt waren, beinhalteten „Schriftbetrachtung – Chronik – Fürbittenvorschläge".[924]
Wie Kreyssig anlässlich der Institutionalisierung von Sühnezeichen (DDR) als Fachverband des diakonischen Dachverbands in einer als „Handreichung für Wochenbriefe" betitelten Anleitung für künftige Gastautoren ausführte, sollten die periodischen Rundschreiben „in der im Kirchenjahr vorgegebenen Ordnung des Lebens unter dem Wort die im Dienst (Lager), im Zusammenleben (Lager und Bezirksgruppen) und in der Begegnung (Jahrestreffen, Frühjahrs- und Herbsttreffen) und in der Begegnung (Jahrestreffen, Frühjahrs- und Herbsttreffen) sich verwirklichende Gemeinsamkeit in der Sühnezeichenfamilie ergänzen".[925] Explizit hielt Kreyssig den theologischen Gehalt und seine seelsorgerische Mission fest: der Wochenbrief, so Kreyssig, „sammelt, verbindet, unterrichtet" alle, „welche für ihren und aller Dienst den Zugang zum Wort als dem Quellgrund der Versöhnung in geordneter Weise hoffen halten wollen". Die Ausgangstexte für die von Theologen und Laien im Umfeld der *Aktion Sühnezeichen* (vor allem aus der DDR, aus der BRD und aus Großbritannien) vorgenommenen Exegesen waren etwa Wochensprüche (1965) und Predigttexte (1966), jeweils aber Texte aus dem ‚Alten' wie ‚Neuen' Testament und Psalmen.[926]
Neben den Terminankündigungen für die Sommerlager, Bezirks- und Jahrestreffen enthielten die Monatsbriefe Informationen über die Einsatzorte und -länder, Bibelauslegungen, Gebete, Gedichte, Briefe von Teilnehmern, von Gruppenleitern, Leitungskreismitgliedern, von Sühnezeichen-Empfängern sowie theologische Texte gegen Antisemitismus[927], historische Abrisse über das Novemberpogrom 1938, Juden in Deutschland, jüdische Feste und Riten, Konzentrationslager Theresienstadt, Israel, Zionismus (u.a.

---

[920] Entwurf einer neuen Satzung und Kommentar zur Satzung o.D., Bezirksgruppe Leipzig der Aktion Sühnezeichen [EZA 104/618]; Protokoll über die außerordentliche Leitungskreissitzung am 24./25. November 1967, o.D., gez. Günter Särchen, E[lisatbeth] Kölling [EZA 104/618].
[921] Handreichung für Wochenbriefe 1966 [ASF]
[922] Im März 1967 verlautbarte Kreyssig die Einstellung der Wochenbriefe, die, wie er kryptisch ausführte, als „eine besondere, etwa gar ‚arteigene' Fassung der ewigen Quelle missverstanden" und als überheblich empfunden würden; vgl. Rundschreiben an Wochenbriefempfänger, gez. Lothar Kreyssig, dat. Hohen-Ferchesar, 22. März 1967 [ASF]
[923] Protokoll der Leiterkreissitzung vom 8. Januar 1975 [Protokollbuch Bd. II, ASF]
[924] Handreichung für Wochenbriefe 1966, , o. D., gez. Lothar Kreyssig [ASF]
[925] Ebd.
[926] Wochenbrief auf den 1. Advent 1965, dat. 22. November 1965, gez. Kreyssig [ASF]
[927] vgl. Wochenbrief auf den 10. Sonntag nach Trinitatis/Monatsbrief August/Rundschreiben II/1966, dat. 8. August 1966, gez. Kreyssig [ASF]

Abdruck der Stellungnahmen von DDR-Geistlichen gegen die Anti-Zionismus-Resolution der UNO-Vollversammlung 1975), christlich-jüdischen Dialog, Warschauer Getto und jüdische Friedhöfe[928] sowie Bezüge zu zeitgenössischen globalen Themen. Integraler Bestandteil der Mitteilungen waren zudem Berichte über die Aktivitäten der westdeutschen *Aktion Sühnezeichen*. Die Auflage bewegte sich zwischen 2000 und 4000 Stück[929]; einzelne Ausgaben umfassten bis zu acht Seiten. Das Problem der eingeschränkten Öffentlichkeit thematisierte Kreyssig-Nachfolger Christian Schmidt in einem Brief an den Leiter des Rüstzeitenheims der jungen Gemeinde der ev.-luth. Landeskirche Sachsens, Johannes Menzel im Zusammenhang mit den Sommerlager-Ankündigungen:

> „Ist unser neuer Lagerplan nicht eine Wucht? Schwierig ist allerdings die Verteilung. Da Vater Staat uns schraf [wohl scharf, Anm.] im Auge hat, können wir es uns nicht leisten, die Dinger so unters Volks zu streuen. Natürlich gehören Jugendwarte, Kreisjugendpfarrer zum internen innerkirchlichen Bereich. Sofern Du uns Adressen vermitteln kannst, wäre uns sehr geholfen....“[930]

Alle Rundschreiben mussten ab Herbst 1969 den Zusatz „Nur für den innerkirchlichen Gebrauch tragen“.[931] Vom Herbst 1969 bis Mitte 1972 mussten die Rundbriefe zudem persönlich adressiert werden.[932] Ab der Amtszeit Werner Liedtkes 1984 erschienen die Monatsbriefe zweimonatlich.

2.9.4 Vereinigung der beiden Organisationen ASZ und ASF

Das Ende der deutschen Teilung kam für die *Aktion Sühnezeichen* in Ost und West überraschend. Noch 1990 pries Leiter Werner Liedtke das letzte Jahr der DDR: 1989 konnten mehrere grenzüberschreitende Projekte durchgeführt werden; darunter ein von den beiden Sühnezeichen-Organisationen veranstalteter Gedenkweg von Buchenwald nach Dachau, die Entsendung von ASZ-Vertretern an das Anne Frank-Haus in Amsterdam und zu den Quäkern in Großbritannien, insgesamt sieben Fahrten nach Polen, die Übergabe einer Glockenspende an die polnische Gedenkstätte Majdanek und schließlich ein Besuch in Israel im Oktober 1989. In der DDR regte die *Aktion Sühnezeichen* das Gedenkläuten am 1. September 1989 in Erinnerung an den Überfall auf Polen und Beginn des 2. Weltkrieges an, auch die Organisation der Menschenkette durch die DDR am 1. Advent 1989 reklamierte Liedtke als Sühnezeichen-Projekt.[933]

Mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland per Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 stellte sich für die ostberliner *Aktion Sühnezeichen* die Frage nach der Zukunft der eigenen Existenz. Bei der Leitungskreissitzung der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR ebenfalls am 18. Mai 1990 nahm der Geschäftsführer der westlichen Schwester, Jo Rodejohann, teil. Das Protokoll führt als einzigen die deutsche Einigung betreffenden Besprechungspunkt die ausständige Klärung des Mark-Umtauschsatzes an.[934] Bei der nächsten Leitungskreissitzung ohne westberliner Teilnehmer stand die „Zukunft ASZ/ASF“ an erster Stelle der Tagesordnung, allerdings ohne Explikation. Erst unter dem angesichts der Sachlage invers formulierten Punkt „6. Gespräch mit Rodejohann über Zukunft ASF“ finden sich die knapp gehaltenen Formulierungen, „ob sinnvoll, einen 2. Verein zu gründen“, „Klärung, wie unsere Struktur mit dem Vereinsrecht vereinbar, notwendig“ sowie die Notwendigkeit, eine Vereinsgründung mit dem Fachverband Innere Mission und Hilfswerk zu vereinbaren. Zweimal wurde die Frage aufgeworfen, wie die ehrenamtliche Mitarbeit in den vereinsrechtlichen Leitungsstrukturen möglich wäre, „angesichts der Hauptamtlichen-Struktur von

---

[928] vgl. Liste bei Ostmeyer (2002), S. 230.
[929] In unregelmäßigen Abständen wurden die Empfänger gebeten, ihr weiteres Interesse zu bekunden; jene Empfänger, die das nicht taten, wurden aus der Adressenliste gestrichen. Daraus ergaben sich jeweils Schwankungen in der Auflagenhöhe. [Interview mit Romi Romberg, 17. Januar 2002] Ende der 1970er Jahre betrug die Auflagenhöhe 2500 [Einige Beispiele aus der Sühnezeichenarbeit, o.A., o.D. [nach 1979, ASF]
[930] Schmidt an Menzel, 3. März 1970 [EZA 97/904]
[931] Der erste Rundbrief mit dem Vermerk „Nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ ist mit 16. Oktober 1969 datiert [ASF]
[932] Ebd. Der letzte Rundbrief mit persönlicher Anrede stammt vom Mai 1972 [ASF]
[933] Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 3. Februar 1990, dat. März 1990, gez. Kolakovic Ausführungen Werner Liedtke [ASF], vgl. auch Abschnitt 4.5
[934] Protokoll der Leitungskreissitzung vom 18. Mai 1990, Protokollbuch Leitung ASZ, Bd. 5 Dez. 1989- September 1993 [ASF]

ASF“.[935] Tatsächlich dominierte die Diskussion aber bereits Mitte 1990 vor allem die Möglichkeit der Bewahrung gewachsener Strukturen in einer vereinten Organisation. Ebenfalls diskutiert wurde die Perspektive des Weiterbestehens als selbständige Rechtspersönlichkeit, etwa als eigener Verein.[936]

Eine erste Differenz zwischen den neuen Partnern wurde im Hinblick auf die Haltung gegenüber dem Staat Israel manifest. Im Zuge des sogenannten Golfkriegs, in dessen Verlauf Gebiete in Israel durch Raketenbeschuss aus dem Irak bedroht waren, berief die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* ihre Freiwilligen aus Israel ab. Der mit der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR von Anfang an eng verbundene DDR-Bürgerrechtler Konrad Weiß, 1989 in die Leitung von *Aktion Sühnezeichen* in der DDR gewählt und 1990 – 1994 Mitglied des ersten gesamtdeutschen Bundestags, fuhr hingegen auf eigene Initiative zum Zeitpunkt der Abberufung der westdeutschen Freiwilligen nach Israel. In seinem Gespräch mit dem Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek, so berichtete Weiß anschließend bei einer Leitungssitzung, hätte dieser sein Bedauern über den Abzug der Freiwilligen geäußert. Weiß informierte auch den Westberliner Vorstand, von dessen Vertreter er die Auskunft erhielt, wonach die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* „als Friedensdienst nicht in ein Kriegsgebiet fahren“ würde. Wenngleich diese Haltung auch innerhalb der Westberliner Organisation nicht unumstritten blieb, prägte sie das öffentliche Bild der *Aktion Sühnezeichen* negativ.[937] Auch gegenüber dem präsumtiven Ostberliner Partner. Dessen Leiter Werner Liedtke hatte zuvor mit einigen Leitungsmitgliedern ebenfalls Israel besucht und Kontakte geknüpft. Einigermaßen konsterniert und verärgert wurde deshalb die Abberufung der Sühnezeichen-Freiwilligen von der Leitung der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* diskutiert und überlegt, einen „ad-hoc-Einsatz“ mit Teddy Kollek zu vereinbaren und so die Fehlentscheidung der Westberliner Organisation zu kompensieren.[938]
Bei der Leitungssitzung vom 12. November 1990 fiel die Entscheidung über die Zukunft: Der Geschäftsbetrieb wird als „Bereich Ost“ in den Westberliner Verein *Aktion Sühnezeichen/Friedendienste e.V.* eingebracht. Die lose organisierten Stimmberechtigten der Jahresversammlung sollten individuell in den seit 1968 bestehenden Westberliner Verein als Mitglieder eintreten; bis zur Wahl eines neuen Vorstands wurden drei vom Jahrestreffen bestimmte Vertreter der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* kooptiert, ohne deren Zustimmung keine Vorstandsbeschlüsse über Geschäftsbereiche der ostberliner *Aktion Sühnezeichen* getroffen werden konnten.[939] Die beiden Schwesterorganisationen sollten über einen 20-monatigen Integrationsprozess ab 1. Mai 1991 vereinigt werden. Die Rahmenvereinbarung sah vor:

> die ersten beiden Ziele der Ostberliner Satzung als Präambel für die gemeinsame Arbeit,
> die Kooptierung von drei Vertretern in den Vorstand und deren Einspruchsrecht bei Entscheidungen über den Arbeitsbereich der ehemaligen DDR-Organisation,
> die Beibehaltung von Leitung und Leitungskreis,
> die Pflege gewachsener Verbindungen zu evangelischen Landeskirchen und ökumenischen Partnern sowie
> die Einräumung einer Teilnahme am Mitgliedergespräch und des Gast- und Rederechts auf Mitgliederversammlungen für alle Aktivisten aus dem Bereich der ehemaligen DDR-Organisation, auch wenn diese nicht formal dem Verein als Mitglieder beitreten wollten.[940]

Nach acht Monaten versuchte der Leitungskreis das Erbe der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* zusätzlich abzusichern: der Arbeitsbereich der ASZ sollte auch über den Stichtag der vollständigen Integration von

---

[935] Protokoll der Leitungskreissitzung vom 25. Juni 1990, gez. Münchow, Protokollbuch Leitung ASZ, Bd. 5 Dez. 1989- September 1993 [ASF]
[936] Im Protokoll findet sich dazu der formalistische Hinweis, wonach bei der Registrierung eines eingetragenen Vereins eine „eindeutige Unterscheidbarkeit [vom bestehenden Verein, Anm.] bestehen“ müsste. Protokoll der Leitungskreissitzung vom 12. September 1990, Protokollbuch Leitung ASZ, Bd. 5 Dez. 1989- September 1993 [ASF]
[937] Wulf, Dieter. Das Ende des Kalten Krieges stellt die Friedensbewegung auf die Probe. Strukturprobleme bei Aktion Sühnezeichen erschweren die Arbeit. (...), In Frankfurter Rundschau, 11. August 1992.
[938] Protokoll der Leitungskreissitzung vom 11. Februar 1991, gez. Münchow, Protokollbuch Leitung ASZ, Bd. 5 Dez. 1989- Sept. 1993 [ASF]; Interview Lilach Marom mit Konrad Weiß, o.D. [2002]
[939] Protokoll der Leitungskreissitzung vom 12. November 1990, gez. Münchow, Protokollbuch Leitung ASZ, Bd. 5 Dez. 1989-Sept. 1993 [ASF]
[940] Rahmenvereinbarung über die Arbeit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste nach dem Zusammenschluss von Aktion Sühnezeichen (ASZ) und der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) [ASF]

ASZ in ASF am 31. Dezember 1992 hinaus als eigenständiger Bereich erhalten bleiben. Dazu zählten die Sommerlagerarbeit, die Arbeitskontakte innerhalb der DDR und in Osteuropa, die Jahrestreffen und die Beibehaltung eines – auf dem Jahrestreffen gewählten – Beraterkreises. Als jedoch der neue Vorsitzende des Leitungskreises, Vikar Joachim Rasch, angestellt werden sollte, fehlten dem Verein die nötigen Mittel,[941] obwohl die Ostberliner Organisation bei der Vereinigung 100.000 DM in den Verein eingebracht hatte.[942] Die Planstelle des ehemaligen ASZ-Geschäftsführers Michael Standera für die Organisation der Sommerlager und Kontaktpflege nach Osteuropa, blieb nach dessen Kündigung unbesetzt, weil sie „z[ur] Z[eit] nicht finanzierbar ist".[943] Die Organisation der Sommerlager unter der Ägide des gemeinsamen Vereins brachte 1993 erstmals ein Defizit in Höhe von fast 40.000 DM.[944] Parallel zur zunehmenden Verknappung der finanziellen Ressourcen (Spendenrückgang und gleichzeitige Ausgabenexplosion) und den Personal- und Managementproblemen wurde die *Aktion Sühnezeichen* zunächst von der Öffentlichkeit, später zunehmend intern, mit Aufdeckungen aus den Unterlagen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit konfrontiert.

Begonnen hatte die Auseinandersetzung um die eigene Stasi-Vergangenheit mit einem relativ harmlosen Hinweis auf Stasi-Verwicklungen der Ostberliner Organisation in einer Publikation aus dem Sommer 1990, in der die *Aktion Sühnezeichen* der Kooperation mit staatlichen Interessen auf einem Friedensseminar im Februar 1989 in Greifswald bezichtigt wurde.[945] Wenngleich dieser Vorwurf seitens der *Aktion Sühnezeichen* durch die Richtigstellung, dass bei diesem Friedensseminar kein Vertreter teilgenommen hatte, entkräftet wurde, stellten sich den Aktivisten die Frage: „War die Stasi auch bei uns".[946] Nach einer ersten Akteneinsicht beim Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) wurde die Informantentätigkeit eines Praktikanten im Ostberliner Büro der *Aktion Sühnezeichen* bekannt[947], was zur Absichtserklärung führte, einen umfassenden Forschungsauftrag „Zur Geschichte der Aktion Sühnezeichen in Ost und West" an eine „geeignete, unabhängige Person" zu vergeben.[948] Die frühe Fokussierung auf einen einzelnen ehemaligen Praktikanten als die wesentliche Verbindung zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und dem Ministerium für Staatssicherheit verhinderte über weite Strecken eine gründlichere Auseinandersetzung mit dieser Thematik. Als der Forschungsauftrag nicht zustande kam, wurde 1995 eine Vertrauenskommission eingerichtet, die über mehrere Jahre nicht nur die Recherche im Archivbestand des BStU betreiben sondern in zahlreichen persönlichen Begegnungen mit Betroffenen und Stasi-Informanten eine Mediatorfunktion erfüllen sollte.[949] Als die Vertrauenskommission mit Vertretern aus Ost und West[950] schließlich gebildet wurde, war das ursprüngliche Interesse an einer umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung, wohl auch angesichts der Befürchtung über die Ergebnisse erlahmt, stand doch die delikate „Frage nach einer möglichen Außensteuerung der *Aktion Sühnezeichen*" im Raum.[951] Hemmend wirkte sich vermutlich auch die Vorstandstätigkeit des vormaligen Leiters der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen*, Werner Liedtke, die bis 1998 andauerte, aus, war doch

---

[941] Protokoll der Leitungskreissitzung vom 8. Dezember 1991, in Protokollbuch Leitung ASZ, Bd. 5 Dez. 1989- September 1993 [ASF]
[942] Protokoll der a.o. und der o. Mitgliederversammlung der ASF am 16. Januar 1993 [ASF], Uta Gerlant; Debatte um den neuen ASF-Stellenplan
[943] Protokoll der Leitungskreissitzung am 26./27. November 1993 [ASF]
[944] Gesamtkosten der Sommerlager 1993. Protokoll der Leitungskreissitzung am 26./27. November 1993 [ASF]
[945] „Aber ich liebe euch doch alle" – Befehle und Lageberichte des MfS. Basis-Druck, Berlin, 1990
[946] Standera, Michael. War die Stasi auch bei uns?, 1992). Monatsbrief der Aktion Sühnezeichen: Aktion Sühnezeichen. S. 16-18.
[947] „IM Hermann Schneider" [Frank D. Stolt]. Vgl. Korr. Geyer an BStU, 3. Januar 1992, BStU an Geyer, 20. Mai 1992, gez. Ladwig [ASF]
[948] Standera (1992), S. 17
[949] Jahresbericht der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste 1995 zum Jahrestreffen am 14. Januar 1996, gez. Manfred Karnetzki [ASF]
[950] Mitglieder waren Franz von Hammerstein, Gertrud Gumlich, Hildegart Stellmacher, Michael Gärtner, Hans-Jürgen Fischbeck an. Stellmacher (Dresden) war selbst „nicht nur vom MfS, sondern auch von den ‚polnischen Bruderorganen' jenseits der Grenze beschattet worden [...] sie hat Hausdurchsuchungen und sog. Zuführungen erlebt und ist inhaftiert gewesen". [vgl. Gumlich an ASF-Vorstand, dat. 16. Juni 1998 [ASF]] Kurz vor Ende der Tätigkeit verließ Stellmacher die Vertrauenskommission wegen der Verharmlosung von IM-Aktivitäten, vor allem des letzten Leiters der *Aktion Sühnezeichen* DDR, Werner Liedtke. [Stellmacher trug ihren Vorbehalt in der Mitgliederversammlung vom 26./27. April 1997 vor. Vgl. Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung am 26. und 27. April 1997 im Haus der Kirche in Berlin-Charlottenburg, [ASF]]
[951] Protokoll zur Sitzung des Vorstands am 20. Mai 1996, o.D. gez. Manfred Karnetzki [ASF]

Liedtke ebenfalls der Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit bezichtigt worden.[952] Die geforderte Einbettung der Stasi-Aufarbeitung in die Gesamtgeschichte von *Aktion Sühnezeichen* überforderte den Verein selbst nach Greifen der Sanierung.[953] Noch Mitte der 1990er Jahre stellte der Vorstandsvorsitzende Manfred Karnetzki fest, „dass der Verein dafür gegenwärtig keine Kapazitäten hat".[954] Auch eine 1997 im Zuge der Übergabe der Archive an das Evangelische Zentralarchiv in Berlin von zwei Historikern begonnene Aufarbeitung der Geschichte der *Aktion Sühnezeichen* verlief im Sand. Sämtliche selbst konzipierten oder von außen an die *Aktion Sühnezeichen* herangetragenen Forschungs- und Publikationsprojekte zur eigenen Geschichtsschreibung scheiterten, vorgeblich jeweils an der Finanzierung.[955] Die Recherche in den Unterlagen der BStU mit dem Ziel einer Quellenedition wurde schließlich an Vorstandsmitglied Jörg Lüer übertragen.[956]

Die inhaltliche Arbeit, die für den Bereich der ehemaligen DDR-Organisation in Osteuropa liegen sollte, drohte ins Hintertreffen zu geraten. Das von Günter Särchen 1985 in die *Aktion Sühnezeichen* eingebrachte Anna-Morawska-Seminar, das Seminare über und Studienreisen nach Polen veranstaltete, machte sich 1992 in einer eigens von Särchen und Ludwig Mehlhorn gegründeten Gesellschaft selbständig.[957] Im Berliner Osteuropareferat konnte zwischen dem alteingesessenen Christoph Heubner[958] und dem von der Ostberliner ASZ kommenden Vikar der sächsischen Landeskirche, Joachim Rasch, „von Zusammenarbeit keine Rede sein".[959] Diese Symptome einer tiefergehenden Identitätskrise der vereinigten *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*, die Sorge um den Verlust der Eigenständigkeit[960] sowie das Unbehagen gegenüber dem 1993 etablierten Krisenvorstand unter der Leitung von Susanne Willems und Ulrich von Trotha ließen den Leitungskreis der ehemaligen *Aktion Sühnezeichen* (DDR) Überlegungen zur Trennung und erneuten Verselbständigung anstellen, die allerdings schon aufgrund rechtlicher Probleme nicht zur Verwirklichung gelangten.[961] Der Vereinigungsprozess wurde weitergeführt, allerdings mit verringerter Geschwindigkeit. Noch im Spätsommer 1993 wurde über eine Vereinheitlichung des Briefpapiers und über den Bezug eines gemeinsamen Büros verhandelt.[962] Als sich eine „Abordnung von ca. 5 Personen" aus dem Bereich der ostdeutschen *Aktion Sühnezeichen* im Rahmen der Mitgliederversammlung im November 1993 mit dem Vorstand von ASF treffen wollte, erfolgte die knapp gehaltene schriftliche Terminvereinbarung auf den Briefpapieren der beiden Organisationen mit

---

[952] Das ungeklärte Verhältnis Liedtkes zum MfS führte zu einer heftigen Auseinandersetzung auf der Mitgliederversammlung von 1997 und zur Abwendung vieler ASZ-Mitglieder. Im Jahr darauf legte Konrad Weiß in seiner Biographie über Lothar Kreyssig mit Vorwürfen gegen Liedtke nach. [Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung am 26. und 27. April 1997, ASF]

[953] Die diskursive Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit rund um die Aktion(en) Sühnezeichen scheiterte nicht zuletzt daran, dass ein seelsorgerischer Ansatz auch bei der Beurteilung der eingesehenen Aktenbestände gewählt wurde, der eine kritische Aufarbeitung verhinderte. So erstreckte sich im Abschlussbericht etwa die Interpretation der Formel „Betroffene" der Stasi-Aktivitäten auf alle, „die vom MfS beobachtet und bedrückt wurden, die, die offizielle und inoffizielle Gespräche mit Vertretern des SED-Staates einschließlich des MfS geführt haben, aber auch die, die sich vom MfS instrumentalisieren ließen oder gar Spitzeldienste geleistet haben." Vgl. Abschlussbericht der Vertrauenskommission, vorgetragen auf der Mitgliederversammlung 13./14. Juni 1988 [ASF]

[954] Jahresbericht der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste 1995 zum Jahrestreffen am 14. Januar 1996, gez. Manfred Karnetzki [ASF]

[955] Zuletzt wurde 1998 ein Exposé von Marc-Dietrich Ohse eingereicht, vom Vorstand mangels Finanzierung und weil abweichend von der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung abgelehnt. [Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 20. Oktober 1997, gez. Manfred Karnetzki] Ohse erweiterte sein Forschungskonzept und veröffentlichte seine Doktorarbeit 2003; vgl. Ohse, Marc-Dietrich, Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974). Berlin: Ch. Links. 2003 begann Gabriele Kammerer mit den beauftragten Recherchen zu einer umfassenden Geschichte der Aktion Sühnezeichen, deren Publikation für den 50. Jahrestag der Gründung, 2008 vorgesehen ist.

[956] Interview mit Jörg Lüer, Berlin 23. Januar 2002

[957] Anna-Morawska-Gesellschaft e.V. – Ökumenischer Dialog für deutsch-polnische Verständigung, Gründung am 14. März 1992 in Magdeburg. Unter den Vorstandsmitgliedern finden sich die Sühnezeichen-Aktivisten aus der ehem. DDR, Konrad Weiß und Ludwig Mehlhorn [Särchen, Günter. Magdeburger Deutsch-Polnische Aktivitäten, (1996), S. 56]. Die Bezeichnung der bis 1984 als Polenseminar im Seelsorgeamt Magdeburg geführten Seminare und Studienfahrten und der 1992 gegründeten Trägergesellschaft erfolgte nach der polnischen katholischen Publizistik Anna Morawska (1922-1972). Morawska war langjährige Mitarbeiterin der katholischen polnischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* und der Monatszeitschriften *Znak* und *Więź* sowie aktives Mitglied des *Klubs der katholischen Intelligenz* in Krakau. Übersetzerin von Dietrich Bonhoeffer und Karl Rahner ins Polnische [Mitteilung über die Einrichtung eines Anna-Morawska-Seminars, gez. Werner Liedtke, Stefan Schreiner, dat. Januar 1985, Rundschreiben der Aktion Sühnezeichen; CL]

[958] Heubner, Christoph, Jg. 1949, Schriftsteller, ASF-Osteuropa-Referent 1981-1993, Vize-Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees

[959] Protokoll der Leitungsitzung vom 23. April 1993, in Protokollbuch Leitung ASZ, Bd. 5 Dez. 1989-September 1993 [ASF]

[960] Bei der Klausurtagung 24.-26. Jänner 1992 wurde thematisiert, „dass wir als ASZ große Schwierigkeiten haben, unser eigenes Profil auf Dauer einzubringen"; u.a. war die Arbeit in der ehemaligen DDR „bisher breiter und offener angelegt" gewesen. [Arbeitspapier, ASF]

[961] Protokoll der Leitungssitzung vom 29. März 1993, in Protokollbuch Leitung ASZ, Bd. 5 Dez. 1989- September 1993; Protokoll zur Leitungskreissitzung am 6. März 1993, gez. Uta Gerlant, Joachim Rasch [ASF]

[962] Protokoll der Leitungssitzung vom 10. September 1993, gez. Münchow, in Protokollbuch Leitung ASZ, Bd. 5 Dez. 1989-Sept. 1993 [ASF]

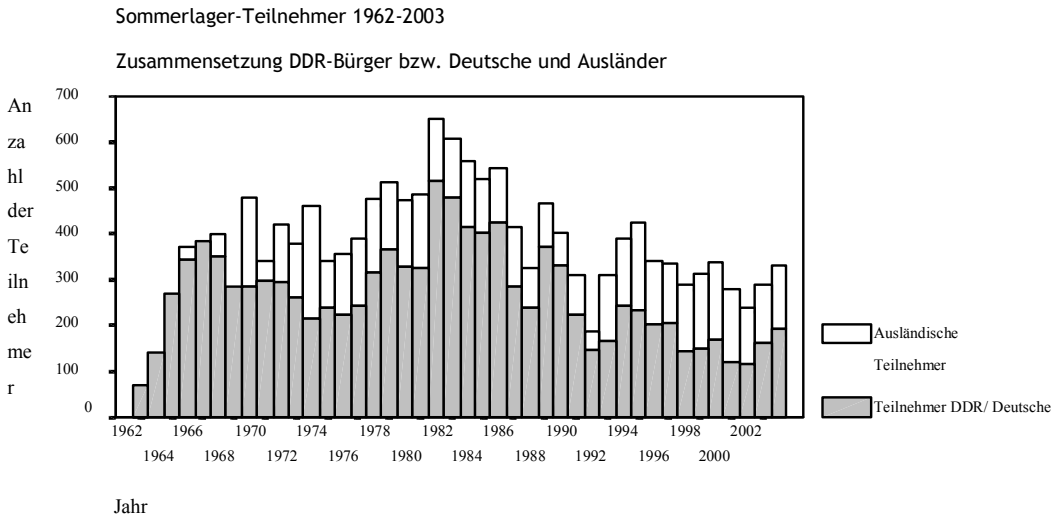
unterschiedlichen Logos.[963] Das drohende Aufgehen der ehemaligen *Aktion Sühnezeichen* in der DDR im Westberliner Verein motivierte den Leitungskreis zur kurzfristigen (und erfolglosen) Mobilisierung des ehemaligen Landesbischofs der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, als Kandidaten für die Funktion des Vorstandsvorsitzenden. Von Forck, der beim Jahrestreffen Anfang 1992 gute Figur gemacht hatte[964], erwartete der Leitungskreis die Wahrung der Ostberliner Interessen.[965]

Die prozessorientierte Vereinigung schuf Loyalitätskonflikte. Der Vertraute des Leitungskreises im Vorstand von ASF Joachim Rasch bat deshalb um Entlassung aus der Verpflichtung zur Teilnahme an Vorstandssitzungen.[966] Rasch hatte kurz zuvor in einem Rundbrief an die Mitglieder im Leitungskreis darauf hingewiesen, dass die *Aktion Sühnezeichen* „an dem inneren Klima und der Art des Umgangs miteinander kaputt gehen" könnte. Für eine Verbesserung fordete er einen ‚Ostberliner Perspektivenwechsel'. Bei der Betonung der [ostdeutschen] Herkunft sollte in Zukunft darauf verzichtet werden, „zugleich eine Abrenzung von West-ASF vorzunehmen". „Wir müssen", so Rasch, „nicht so sehr nach innen, aber nach außen – klarer und hoffentlich auch überzeugend sagen, dass wir das gemeinsame Sühnezeichen wollen und dafür auch eine Perspektive sehen."[967] Auch das Leipziger Leitungsmitglied Sebastian Feydt konstatierte, dass nach zweijährigem Prozess die endgültige Entscheidung über eine vollständige Integration oder eine Loslösung anstünde. In einem Rundschreiben an weitere Mitglieder in der Leitung verwies er darauf, „dass unsere Vorstellungen und Ziele unserer zukünftigen Arbeit nicht in diese [Vereins-] Grenzen passen".[968] Die Einladung zum Klausurwochenende unmittelbar danach richtete sich an „Mitstreiterinnen und Mitstreiter".[969] Während des Jahrestreffens vom 1.-3. Januar 1993 wurden auf breiter Ebene Unzufriedenheit über den Integrationsprozess geäußert und die Frage nach einer Fortführung der ehemaligen Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* außerhalb des Vereins gestellt.[970] Ein zentrales Thema hinsichtlich des ‚Untergehens' von ASZ im gemeinsamen Verein betraf die Frage nach den Ressourcen. Hatte die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR über vier Angestellte und ein weitflächiges Netz an ehrenamtlichen Mitarbeitern in Bezirksgruppen, im Leitungskreis und in der Leitung verfügt, so sollten nach dem ASF-Sanierungskonzept 1992/93 aus Spargründen nur noch zwei Angestellte für den Bereich der ehemaligen ASZ als Planposten erhalten bleiben, während andere – aus der ASF kommende – Bereiche nach der Einschätzung des Leitungskreises weniger Beitrag zur Sanierung zu leisten hatten.[971] Diese ungleiche Behandlung in den Arbeitsstrukturen erfolgte vor dem zusätzlich diskriminierenden Hintergrund eines nur 70 % des westlichen Gehalts erreichenden Einkommens der früheren DDR-Angestellten.[972] Die ehrenamtlichen Mitarbeiter aus der Ostberliner Organisation zogen sich zumeist zurück. Verbliebene Sühnezeichen-Aktivisten flüchteten sich in Ironie. So fügte Leitungskreissprecherin Uta Gerlant ihrem Pamphlet über die Mitgliederversammlung vom 6.-8. November 1992 in Berlin in Abwandlung des von den DDR-Behörden verlangten Zusatzes „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch" den Vermerk „nur zum innerleitungskreislichen Dienstgebrauch" hinzu.[973] Angesichts der auch einschränkenden Funktion des Vermerkes aus der Zeit der DDR – nämlich auf den innerkirchlichen Dienstgebrauch – lässt die, wenngleich wie der Titel des Berichts ironische Anmerkung auf eine zumindest seitens der ASZ-Aktivisten als solche erlebte Beschränkung innerhalb des westdeutschen Vereins und seiner Funktionäre schließen. In dieser Situation vermerkte das Protokoll der Leitungskreisklausurtagung Anfang 1992 geradezu dankbar, dass Franz von Hammerstein am

---

[963] ASZ an ASF, dat. 10. September 1993, gez. Uta Gerlant, Maria Lorenz; ASF an ASZ, dat. 16. September 1993, gez. Manfred Karnetzki [ASF]
[964] Protokoll der Leitungskreisklausurtagung in Großbademeusel 24.-26. Januar 1992, o.D. o.A. [ASF]
[965] ASZ an Gerhard Forck, dat. 30. April 1993, gez. Uta Gerlant; Forcks Antwort fiel eher kühl aus; er hätte erst ab Jahresende Zeit und wollte zudem zuerst die aktuellen Probleme gelöst sehen. (Forck an ASZ, dat. 12. Mai 1993) [ASF]
[966] Ebd.
[967] Joachim Rasch an Leitungskreismitglieder, dat. 6. Mai 1993 [ASF]
[968] Sebastian Feydt an Mitglieder der Leitung, dat. 9. März 1993 [ASF]
[969] Susanne Kschenka, dat. 22. März 1993 [ASF]
[970] Reiner Cimbollek: Klärungsbedarf. Vom Jahrestreffen der Aktion Sühnezeichen. In die kirche, Nr. 2 vom 10. Januar 1993.
[971] Bericht des Leitungskreises vor dem Jahrestreffen am 2. Januar 1993 in Berlin, gez. Uta Gerlant [ASF]
[972] Leitungskreis der Aktion Sühnezeichen: Kommentar und Konsequenzen aus der Sicht des Arbeitsbereiches Ost (ASZ), Oktober 1992 [ASF]
[973] Pamphlet über die Mitgliederversammlung vom 6.-8. November 1992 in Berlin, o.D., gez. Uta Gerlant [ASF]

Jahrestreffen 1992 teilgenommen und die Teilnehmenden ermutigt hatte: „Macht bloß weiter, kämpft drum!“[974]



Die Hauptaktivität der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen*, die Veranstaltung von Sommerlagern erlebte in der Übergangszeit einen dramatischen Einbruch, die Zahl der Teilnehmer und der Lager reduzierte sich auf die Hälfte, wobei die Talsohle 1991 erreicht war. In den darauf folgenden Jahren erlebten die Sommerlager eine Renaissance. Der kurzfristige Freiwilligeneinsatz, der von Beginn an eine multinationale Zusammensetzung der Teilnehmer sowohl innerhalb der DDR wie auch in den wenigen möglichen sozialistischen Staaten (Polen, ČSSR, Ungarn) vorsah, ist bis in die Gegenwart ein wesentlicher Bestandteil der vereinigten Organisationen.

2.9.5 Aktion Sühnezeichen[/]Friedensdienste (Deutschland) seit 1991

> Der Verein befindet sich in einer Finanz-, Identitäts- und Strukturkrise. Dabei haben Strukturprobleme einen nicht unerheblichen Einfluss...[975]

Bei der Westberliner *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* standen zur Zeit des Regimewechsels in der DDR organisatorische Probleme im Vordergrund.[976] In den ursächlichen Arbeitsgebieten, bei der Arbeit in Israel und Polen sah sich die Westberliner Organisation heftigen Disputen ausgesetzt, im ersten Fall wegen des bereits erwähnten Abzugs der Freiwilligen während des Golfkriegs; bei Polen war es die jahrelange Zusammenarbeit mit dem kommunistischen *Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (ZBoWiD)*, der die Verleugnung der jüdischen Opfer und einseitige Ausrichtung der Gedenkstätte Auschwitz als nationale, polnische Gedenkstätte betrieb, was der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* als Kooperationspartner angelastet wurde.[977] Zu inhaltlichen Differenzen kam die Konkurrenzsituation, die die Klenkbreit zu einem Konfliktpunkt werden ließ. Werner Ross, der als DDR-Bürger an den ersten Sühnezeichen-Fahrten nach Polen Mitte der 1960er Jahre teilgenommen hatte, von 1965 bis 1967 Mitglied des Leitungskreises war, Ende 1967 wegen seiner Wehrdienstverweigerung vom DDR-Militärgericht Erfurt verurteilt wurde, und nach seiner Übersiedelung in die Bundesrepublik[978] 1971 mit

---

[974] zitiert nach dem Protokoll der Leitungskreisklausurtagung in Großbademeusel 24.-26. Januar 1992, o.D. o.A. [ASF]
[975] Kirchenamt der EKD an Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., dat. 23. Juli 1993, gez. Heese, Zeichen: 6506/5.131-11 [ASF]
[976] Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 3. Februar 1990, dat. März 1990, gez. Kolakovic [ASF]
[977] vgl. Frysztacki, Marek. Erfahrungen und Reflexionen über die Arbeit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, In Neyer, Harry, Versöhnung zwischen Ost und West Eine Handreichung der Deutschen Kommission Justitia et Pax (1997). S. 84-90, vgl. auch Ausführungen von Helmut Morlok, Architekt der IJBS [Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 31. Januar bis 1. Februar 1992, dat. 28. Mai 1992, gez. Jo Rodejohann, Regina Mayer, Frank Uhe, ASF]
[978] Ross wurde kurz vor Ende seiner Haftzeit aus der DDR ausgewiesen. Kreyssig hatte an der Hauptverhandlung gegen Ross vor dem Militärgericht teilgenommen. Aus Brief Kreyssig an Ross, 29. September 1969 [EZA 97/909]

der Westberliner *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* im Museum Auschwitz-Birkenau Freiwilligendienst geleistet hatte, wies schon im Sommer 1987 darauf hin, dass die Westberliner Organisation bei der Darstellung ihrer Polen-Arbeit die frühe und wegbereitende Arbeit der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* zu Unrecht ausklammerte.[979] Ross bezog sich auf die Darstellung in der ASF-Publikation „Zeichen" aus 1987, die mit der programmatischen und zugleich falschen Überschrift „20 Jahre Aktion Sühnezeichen in der VR Polen" versehen war und die Vorläuferarbeit der DDR-Organisation völlig ausblendete.[980] Ross beklagte in seinem Brief, dass er „seit Jahren die fehlerhafte Berichterstattung von ASF erlebe", und „bisher erfolglos dagegen protestiert habe".[981] Die zum Teil bereits auf jahrzehntelange programmatische Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb der *Aktion Sühnezeichen* fußende Kritik an der Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* traf auf einen Vorstand, der den Herausforderungen nicht gewachsen war.

Zu Jahresbeginn 1992 wurden die Kuratoriumsmitglieder von Vorstandsvorsitzenden Klaus Geyer mit den Versäumnissen konfrontiert: „Für uns alle ist der Umbruch und der Zusammenbruch sehr viel schneller gekommen, als wir noch im letzten Jahr gedacht und vermutet haben. Wir mussten lernen, dass es nicht so einfach ist, sich Erwartungen zu entziehen, dass man nicht ‚ungestraft' Kontakte aufnimmt und ‚ungestraft' *Aktion Sühnezeichen* heißt, sondern behaftet wird bei seiner Tradition."[982] Ende 1992 setzte Geyer schriftlich an die Vereins- und Kuratoriumsmitglieder nach. Die Krise des Vereins sah er bei den Finanzen, bei der Programmatik und den Vereinsstrukturen sowie bei persönlichen Konfliktlinien. In einem dramatischen Hilfsappell ersuchte er um persönliche Bürgschaften (in jeweiliger Mindesthöhe von 10.000 DM) und um Darlehen, rückzahlbar bis Ende 1995, insgesamt müssten bis Ende 1992 500.000 DM an neuen Mittel lukriert werden, um die Zahlungsunfähigkeit des Vereins zu vermeiden.[983] Der von 1990 bis Januar 1993 amtierende Vorstandsvorsitzende Geyer wurde zu einem guten Teil selbst zum Problem.[984] Auf die Kritik von außen wie innen reagierte er harsch.[985] Schließlich, als die Finanzmisere ihren Höhepunkt zusteuerte, trat er nur wenige Tage nach der letzten Mitgliederversammlung am 25. Januar 1993 zurück. In seinem Abschiedsschreiben hielt er „nicht nur meine eigenen Handlungsmöglichkeiten, sondern auch die des Vereins und seiner Gremien, die Arbeit aus der gegenwärtigen Krise zu führen, für erschöpft". Er könnte nicht „Vorsitzender eines Vereins bleiben, dem ich keine Zukunft mehr gebe".[986] Genau ein Jahr vor Geyers dramatischem Abgang als Vorsitzender des Vereins hatte der Leiter der ASZ, Werner Liedtke, vor dem versammelten Leitungskreis von seinen Kontakten zu Vertretern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS, „Stasi") berichtet.[987] Die Leiter der *Aktion Sühnezeichen* aus Ost und West waren desavouiert und fielen für die Bewältigung der anstehenden Probleme des vereinigten Vereins aus. Nach einem knapp halbjährigen Übergangsleitung durch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Susanne Willems[988] und Ulrich von Trotha[989], fand der Verein in

---

[979] Werner Ross an Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, dat. 6. August 1987 [EZA 97/909]
[980] Christoph Heubner: 20 Jahre Aktion Sühnezeichen in der VR Polen, In *Zeichen* 2/1987,.
[981] Werner Ross an Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, dat. 6. August 1987 [EZA 97/909]
[982] Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 31. Januar bis 1. Februar 1992, dat. März 1990, gez. Kolakovic [ASF]
[983] Geyer an Mitglieder und Korator(inn)en der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, dat. 9. Dezember 1992 [ASF]
[984] Geyers labile Persönlichkeit sollte vier Jahre später massiv durchbrechen und ihn sowie die *Aktion Sühnezeichen* in die Medien bringen: als Mörder seiner Ehefrau Veronika Geyer-Iwand. [Ortsbürgermeisterin ermordet, *Der Tagesspiegel*, 30. Juli 1997.]
[985] So vergrämte Geyer Dieter Wulf, der einen kritischen, wenngleich an der Oberfläche lavierenden Artikel über die ASF in der Frankfurter Rundschau publiziert hatte [Dieter Wulf, 1992]; Geyer an Wulf, dat. 7. September 1992, 13. September 1992; ASF]
[986] Klaus Geyer an den Vorstand des Vereins Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., dat. 25. Januar 1993 [ASF]
[987] Zusatzprotokoll der Klausurtagung des Leitungskreises 24.-26. Januar 1992, dat. 4. Februar 1992, gez. Unterschrift unleserlich.
[988] Willems, Susanne, Jg. 1959, Historikerin, ASF-Freiwillige 1980/81, stellv. ASF-Vorsitzende 1992-1995. Ihre – erweiterte – Magisterarbeit erschien als biographische Studie über Lothar Kreyssig [Willems (1995)]
[989] Ulrich von Trotha, Sohn von Margarethe von Trotha (Vorstandsmitglied von 1972-1978)

der Person von Pfarrer Manfred Karnetzki[990] einen Vorstandsvorsitzenden (1993-2001), dem es gelang, die Geschäftsabläufe in geordnete Bahnen zu lenken und die Organisation zu stabilisieren.[991]

Im Zuge der vereinsinternen Umwälzungen wurde der Personalstand annähernd halbiert und betrug in der zweiten Jahreshälfte 1993 nur noch 18 Angestellte.[992] Der Mitarbeiterabbau erfolgte dabei fast ausschließlich über freiwillige Kündigungen, die zum Teil fluchtartigen Absetzbewegungen gleichkamen, und die sowohl mit der ökonomischen Unsicherheit des Vereins als Arbeitgeber als auch mit Spannungen zwischen Mitarbeitern und Geschäftsführung zu erklären sind. „Organisationspläne dieses Büros – soweit vorhanden – sind veraltet und zeigen keine klaren Strukturen".[993] Die Krise war nicht nur „und nicht einmal in erster Linie" eine Finanzkrise, sondern eine „Krise im Geistigen (und Geistlichen), die allerdings in der Zeit des vorhandenen Geldes leichter als heute zu verdrängen war", so der Vorstand in seiner Vorlage an die Mitgliederversammlung. Die konstatierte „gegenwärtige Konzeptlosigkeit hat damit zu tun, dass eine genauere und von einem breiten Konsens getragene Formulierung der Ziele des Vereins immer noch fehlt".[994]

Der finanzielle Engpass bestand in einer dramatischen Ergebnisverschlechterung: von einem Überschuss 1990 in Höhe von 488.000 DM drehte die Geschäftsgebarung 1991 bei gleichbleibendem Umsatz von 4,5 Millionen DM auf einen Verlust von 753.000 DM, der auch im Jahr darauf nicht reduziert werden konnte.[995] Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben ging in beide Richtungen auf: die Einnahmen sanken von 1990 auf 1991 um 16 %, während die Ausgaben um 12 % zunahmen.[996] Die aus Vorjahren angesammelten Reserven des Vereins waren binnen eines Jahres aufgebraucht. Dass der Verein schließlich nicht unmittelbar an einer Überschuldung in seiner Existenz bedroht war, lag darin begründet, dass der operative Abgang im darauffolgenden Jahr 1992 durch die zweckfremde Verwendung von Rücklagen in Höhe von 576.000 DM abgedeckt wurde und damit der Verein zunächst nur „intern" überschuldet war.[997]
Die Strategie des Vorstands, offene Probleme in Mitgliederversammlungen zu diskutieren, führte zu einer Verschärfung der Lage. Die Mitgliederversammlung wurde weit über die satzungsgemäßen Befugnisse hinaus mit Detailfragen befasst und damit einerseits die bestehenden Konfliktlinien über die Weiterführung des Vereins verschärft, andererseits ergaben sich widersprüchliche Anträge und Debatten je nach Zusammensetzung der Mitgliederversammlung, die schon alleine aufgrund der Ost-West-Differenzen unter den Teilnehmern heterogen zusammengesetzt waren und deren Zusammensetzung sich zudem von Mal zu Mal änderte. Nicht nur die Inhalte, auch das Abstimmungsprozedere bewegte sich über die satzungs- oder vereinsrechtlich vorgesehenen Instrumente hinaus. So wurde nachträglich

---

[990] Karnetzki, Manfred, Jg. 1928. Pfarrer, ab 1975 Superintendent des Kirchenkreises Berlin-Zehlendorf, 1986-1993 Direktor des Evangelischen Bildungswerkes in Berlin (West), zu dem auch die Ev. Akademie gehörte. 2004 Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens für sein jahrzehntelanges gesellschaftliches Engagement. Karnetzki war von 1993 bis 2001 Vorstandsvorsitzender

[991] Die zeitgleich virulenten vereinsinternen Probleme, die Stasi-Verwicklungen Liedtkes und die von der EKD kritisierte Finanzgebarung erreichten die Öffentlichkeit, vgl. exempl. Martin Gehlen, Das Unternehmen Hoffnung am Rande des Konkurses, *Der Tagesspiegel*, 5. März 1993, S. 3; Edgar Sebastian Hasse, Die Auflösung wäre ein falsches Signal, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 12. Februar 1993] Zu den wichtigsten Sanierungsaufgaben zählte neben der Bereinigung der existenzbedrohenden Finanzlage auch der räumliche Zusammenschluss von ASF und ASZ. Anstoß für die räumliche Vereinigung war letztlich eine Verdoppelung des monatlichen Mietzinses an der langjährigen Büroadresse in Berlin-Charlottenburg, Jebenstraße 1 von 4.660 DM auf 9.760 DM durch den Eigentümer, das Bundesvermögensamt Berlin. [Vermerk Geschäftsführer an Vorstandsvorsitzenden, dat. 29. Oktober 1992, gez. Jo Rodejohann, ASF] Neue Büroadresse wurde nach einem kurzen Intermezzo in Berlin-Lichtenberg schließlich der Gebäudekomplex der Evangelischen Kirche in der Auguststraße 80 in Berlin-Mitte, unweit der Oranienstraße, wo sich die große Synagoge und das jüdische Zentrum befinden, und wo bereits die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR ihren Sitz hatte (im Nebengebäude Auguststraße 82).

[992] Brief an die Mitglieder o.D. [August/September 1993], gez. Ulrich von Trotha [ASF]

[993] Sanierungskonzept zur Vorlage auf der [außerordentlichen] Mitgliederversammlung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste am 16. Januar 1993 in Berlin auf Grundlage des Gutachtens des Wirtschaftsprüfers Dieter Niethammer [Niethammer, Posewang & Partner], Hamburg, zur finanziellen Situation des Vereins und seiner Sanierung vom 14. Dezember 1992 [ASF]

[994] Ebd.

[995] Der Verlust für 1991 könnte sogar wesentlich höher gewesen sein. Der Prüfbericht des Kirchenamtes der EKD weist für dieses Jahr einen Verlust von knapp 930.000 DM auf, für 1992 sogar knapp 1,070.000 DM. Kirchenamt EKD an ASF, dat. 23. Juli 1993, gez. Heese [ASF]

[996] Die Berechnungen erfolgten anhand der Einnahme- und Ausgabenübersicht 1989-1992 in Sanierungskonzept zur Vorlage auf der [außerordentlichen] Mitgliederversammlung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste am 16. Januar 1993 in Berlin [ASF]

[997] Manfred Karnetzki an EKD-Kirchenamt, Heese, dat. 16. September 1993, Zahl 021/2498/Kar.-mü.[ASF]

protokollarisch festgehalten, „dass sich die Teilnehmer an der MV in zwei Tendenzabstimmungen am 8. November 1992 für eine Beibehaltung der Arbeit in allen Ländern und für die Beibehaltung der Zahl der Mitarbeiter im Freiwilligenbereich ausgesprochen haben“.[998] Die nachträgliche Protokollierung dieses Ergebnisses von „zwei Tendenzabstimmungen“ war notwendig geworden, weil nur zwei Monate später der Vorschlag „Aufgabe der USA zugunsten des stärkeren Ausbaus der Osteuropaarbeit“ zur „Meinungsbildung“ eingebracht worden war.[999] Die Inflation von Mitgliederversammlungen erreichte durch die Einberufung einer außerordentlichen und einer ordentlichen Mitgliederversammlung am gleichen Tag – 16. Januar 1993 – einen Höhepunkt. Im Jahr davor, 1992, waren bereits drei Mitgliederversammlungen – zusätzlich zum Jahrestreffen der ehemaligen ASZ, der Kuratoriumssitzungen sowie Treffen von eingerichteten Kommissionen – einberufen worden. In der Vielzahl der Debatten, die sich zunehmend in Detailfragen verstrickten, ging der ‚große Wurf’ – die inhaltliche Neudefinition der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* nach dem Umbruch in Osteuropa – unter. Die vom späteren Vereinsvorsitzenden Manfred Karnetzki formulierte programmatische Zielsetzung wurde zwar bei einer Mitgliederversammlung vorgestellt und kurz diskutiert. Die daraufhin einberufene Arbeitsgruppe, die eine um zusätzliche Anträge erweiterte Fassung erarbeiten sollte, wurde von den Ereignissen um den Rücktritt des Vorsitzenden und drohendem Finanzkollaps überrollt. Bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung im Juni 1993 wurde zwar eine überarbeitete Version beraten und unter dem Titel „Aufgaben, Ziele und Arbeitsweisen der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ mehrheitlich verabschiedet, allerdings mit dem Zusatz „(Arbeitspapier)“ und dem protokollierten Hinweis, dass es sich dabei „nur um ein Papier der internen Verständigung handeln kann“.[1000] Karnetzkis Text stellte eine richtungsweisende Neufassung des Kreyssig’schen Aufrufs von 1958 dar, ohne auf diesen direkt Bezug zu nehmen:

> Ziel der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist es, durch Zeichen der Versöhnung zum Frieden beizutragen. Dabei lässt sie sich von der Schalom-Botschaft der Bibel leiten, die die Hoffnung auf Frieden mit der Gerechtigkeit für die Armen und der Erneuerung der Schöpfung verbindet. Sühne bedeutet für uns Bitte um Vergebung für die deutsche Schuld aus der NS-Verbrechensgeschichte. Bitte um Versöhnung mit den Völkern, die von Deutschland unterdrückt oder mit Vernichtung bedroht worden sind, und Übernahme der Verantwortung für die Folgen dieser Geschichte. Wenn wir heute politische Verantwortung wahrnehmen wollen, müssen wir lernen, die Last unserer Geschichte anzunehmen. Deshalb nimmt die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste besonders auf Auschwitz Bezug als einem beispiellosen Geschehen von Unmenschlichkeit und einem bleibenden Symbol für staatlich organisiertes und gesellschaftlich legitimiertes Verbrechen. Deshalb will sie auch helfen, die Erinnerung der Opfer und Überlebenden jener NS-Verbrechen für die kommende Generation zu bewahren. Dazu gehören besonders die europäischen Juden, die Sinti und Roma und die slawischen Völker ebenso wie Kranke und Behinderte als Opfer von Eugenik und Euthanasie. Die Aktion will nicht mehr als Zeichen setzen. Sie will durch freiwillige Friedensdienste Zeichen der Sühne setzen und zugleich unseren Widerspruch gegen soziale Ausgrenzungen heute mit einem Ausrufungszeichen versehen, in der Hoffnung, dass sie Vorzeichen des Reiches Gottes werden und der Resignation wehren. Die freiwilligen Friedensdienste sollen helfen, in der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte und im Wahrnehmen der Ursachen und Opfer von Unrecht und Gewalt heute friedensfähiger zu werden. Die Aktion Sühnezeichen ... ist ökumenisch ausgerichtet und sucht die Zusammenarbeit mit allen, die mit ihren Zielen übereinstimmen.[1001]

Nach dem Rücktritt Klaus Geyers als Vorsitzender der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* am 25. Januar 1993 wurde diese Zielformulierung in einer geringfügig überarbeiteten Version auch dem Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Klaus Engelhardt als eine von mehreren Unterlagen übermittelt.[1002] Die EKD sollte abwenden, was Geyer in seinem Abschiedsbrief vorgeschlagen hatte: die

---

[998] Protokoll zur ordentlichen Mitgliederversammlung vom 16. Januar 1993, gez. Susanne Willems, Ulrich von Trotha, Ursula Müller [ASF]
[999] Protokoll zur außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 16. Januar 1993, g. Susanne Willems, Ulrich von Trotha, Ursula Müller [ASF]
[1000] Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste am 26. Juni 1993, o.D., gez. Manfred Karnetzki, Ursula Müller [ASF]
[1001] Antrag zur Zielsetzung und zum Programm der ASF von Manfred Karnetzki im Auftrag des Vorstands als Punkt 6.2 bei der a.o. Mitgliederversammlung der ASF am 16. Januar 1993, Protokoll, o.D., gez. Susanne Willems, Ulrich von Trotha, Ursula Müller [ASF]
[1002] Susanne Willems an Engelhardt, dat. 26. Januar 1993. [ASF]

Auflösung des bestehenden Vereins und völliger Neubeginn.[1003] Die Sanierung verlief mit Hilfe des Kuratoriums erfolgreich und bewirkte einen Aus- und Durchbruch aus der drohenden inhaltlichen Stagnation und finanziellen Konkursgefahr: Rückstände der Buchhaltung wurden aufgearbeitet, die Vertrauensbasis mit den Landeskirchen und der EKD, die ihre Geldflüsse bis zur Klärung der Lage gestoppt hatten, wieder hergestellt und zurückgehaltene Gelder sukzessive wieder freigegeben. Eine Anzeigenaktion in deutschen Printmedien 1993 unter dem Motto „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste muss überleben", an der sich u.a. Ralph Giordano und Johannes Rau als prominente Unterstützer beteiligten, brachte binnen kurzer Zeit knapp 300.000 DM zur freien Verfügung für den Verein.[1004]

Seitens der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde 1993 die existenzielle Krise unter Zurückhaltung einer vereinbarten Rate von 150.000 DM erneut – wie 25 Jahre zuvor im Zuge der drohenden Zahlungsunfähigkeit rund um das Projekt des ökumenischen Zentrums in Rotterdam – dafür herangezogen, finanzielle Unterstützung mit Bedingungen zu verknüpfen und über ihren Vertreter im Vorstand, Martin Hennig, eine Satzungsänderung „zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Vereins" zu verlangen.[1005] Zugleich konnte der Vorstand auf der Mitgliederversammlung Ende 1993 von einem Gespräch mit Mitgliedern des Rates der EKD berichten, „dass die Bemühungen des Vorstands, diese Aufgabe [der finanziellen Sanierung] anzupacken, mit einer Mischung aus Wohlwollen und Skepsis beobachtet werden" und dass die Ratsmitglieder „den Bestand und die Arbeit von ASF für unverzichtbar halten".[1006] Die von der Mitgliederversammlung am 23. April 1994 beschlossene Satzung sah neben der Anpassung der Satzungsstruktur an formaljuristische Standards folgende inhaltliche Änderungen vor:

1. Vereinsname: Auslassung des Schrägstrichs zwischen „Sühnezeichen" und „Friedensdienste", sodass der neue Name lautet „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V."[1007]
2. Vereinszweck: der seit der Gründung nebulös gehaltene Vereinszweck wurde erstmals – wenngleich in knappen, die Syntax der deutschen Sprache strapazierenden Sätzen – formuliert.
„Der Verein ist eine Organisation, die – in Aufnahme und Weiterführung des Gründungsaufrufes von 1958 – die Versöhnung mit den vom nationalsozialistischen Deutschland überfallenen wie von der Vernichtung bedrohten Völkern und Menschengruppen und die Entwicklung der Friedensfähigkeit zum Ziel hat."[1008]
3. Stimmrechtsentzug für Angestellte des Vereins, indem ihre Mitgliedschaft für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses statutarisch ruhend gestellt wird.[1009]
4. Streichung des im Zuge der Sanierung aufgegebenen vereinseigenen Medienverlags und Mediendienstes aus der Satzung.[1010]
5. Die statutarische Ausführung der expliziten geschäftsführenden Funktion eines Pfarrers bzw. einer Pfarrerin wurde gestrichen und findet sich nur implizit wider.[1011] In der Aufgabenbeschreibung der Geschäftsführung findet sich statt dessen die Formulierung einer „inhaltlichen, theologischen und organisatorischen Leitung des Vereins".[1012]
6. Jahrestreffen, Arbeitskreise und Regionalgruppen wurden als Institutionen in der Satzung festgeschrieben, allerdings ohne Funktion als Vereinorgane.[1013] Die Funktion der Jahrestreffen wurde in einer separaten Aufgabenbeschreibung vom Januar 1994 definiert. In die Formulierung wurde ein guter Teil der historischen Identität der Ostberliner Organisation mit verpackt:
Das Jahrestreffen kommt aus der Tradition der Aktion Sühnezeichen der DDR. Hier begegnen sich Teilnehmer der kurzfristigen Einsätze, Spender sowie Freunde der Aktion, um Erfahrungen und Eindrücke der kurzfristigen Einsätze, der Freiwilligendienste, der Regionalgruppen und Arbeitskreise auszutauschen und um Anregungen für die künftigen Einsätze in Osteuropa, in Gedenkstätten, auf jüdischen Friedhöfen und in diakonischen Einrichtungen... Der Auftrag, der ökumenische Charakter

[1003] Geyer an den Vorstand von ASF, dat. 25. Januar 1993 [ASF]
[1004] Brief an die Mitglieder o.D. [August/September 1993], gez. Ulrich von Trotha [ASF]
[1005] Protokoll der Mitgliederversammlung der ASF am 7. November 1993 in Eisenach, o.D., gez. Ursula Müller, Manfred Karnetzki. [ASF]
[1006] Bericht des Vorstandes auf der Mitgliederversammlung der ASF am 7. November 1993 in Eisenach, o.D., o.A. [ASF]
[1007] § 1 der Satzung vom 23. April 1994 [ASF]
[1008] § 2 der Satzung vom 23. April 1994 [ASF]
[1009] § 4, Absatz 2. der Satzung vom 23. April 1994 [ASF]
[1010] § 2 (6.) und § 5 der Satzung vom 23. April 1994 [ASF]
[1011] § 8 (5) der Satzung vom 28. April 1990 [ASF]
[1012] § 13 (1) der Satzung vom 23. April 1994 [ASF]
[1013] § 12 der Satzung vom 23. April 1994 [ASF]

> und zugleich die Offenheit der Aktion finden in der geistlichen Prägung des Jahrestreffens ihren Ausdruck.[1014]

Die Anbindung an die Evangelische Kirche ist in der letztgültigen Satzung aus 2001 nur mehr durch die Entsendung eines Vertreters in den Vorstand durch den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland[1015] und der Begünstigung der EKD im Falle der Vereinsauflösung oder des Wegfalls steuerbegünstigter Zwecke[1016] auch nach außen hin ersichtlich. Die in der Satzung der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR festgehaltene Zugehörigkeit zum Diakonischen Werk findet sich in der heutigen Vereinssatzung nicht wieder, obwohl der Verein seit der Vereinigung in Nachfolge der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR Fachverband des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland ist.

3. Arbeitsfelder und Projekte der Aktion Sühnezeichen (BRD)

> Die Aktion Sühnezeichen folgt den Fußspuren der geschlagenen deutschen Armeen.[1017]

> Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste ist von Anfang an bestimmt von der Notwendigkeit, die Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu überwinden. Die Erfahrungen und Lehren aus dieser Zeit politischer und rassischer Verfolgung sind die Grundlagen für den zukunftsorientierten Friedensdienst der Aktion Sühnezeichen.[1018]

„Völker, die Gewalt von uns erlitten haben" und die Zielländer Polen, Russland und Israel wurden im Gründungsaufruf als potenzielle Sühnezeichen-Empfänger angeführt.[1019] Die Auswahl der angeführten Länder erscheint auf den ersten Blick zufällig und wurde von Kreyssig auch nicht erklärt; bei allen drei namentlich angeführten Ländern lässt sich allerdings als gemeinsames Charakteristikum die fehlende formelle diplomatische Beziehung mit der BRD ausmachen. Dass Kreyssig die Länderbezeichnungen für die kommunistischen Staaten *Volksrepublik Polen* und *Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken* und den Begriff „Völker" wählte, ist darin begründet, dass Kreyssig Volk als theologisch-religiöse Begrifflichkeit verstand. Der Aufruf bezog sich deshalb auf das deutsche Volk als Anbieter der Sühnezeichen, und nicht auf die Nationalstaaten Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik.

> Für Kreyssig hat Gott eine Geschichte nicht nur mit einzelnen Menschen, sondern mit Völkern. Und während wir Theologen da alarmiert werden und fürchten, wir kommen dadurch in Geschichtstheologie, in Geschichtsdeutung hinein, die doch auch schon so verhängnisvolle Früchte gehabt [hat] wie etwa gerade 1933, wo der große Aufbruch des Deutschen Volkes als ein christlicher Aufbruch gedeutet wurde, hat Kreyssig unbefangen immer durchgehalten die uns und vor allem der noch jüngeren Generation nahezu fremd gewordene Kategorie des Volkes als einer irdischen Realität, und darin hat er Recht gehabt. ... Für Kreyssig ist Volk eine lebendige Realität. Deshalb kann er sich auch nicht denken, dass Gott mit Volk nichts zu tun hat. Er hat nicht nur mit uns Einzelnen zu tun, sondern mit der Geschichte dieses deutschen Volkes, das durch Schuld und Gericht geht, in dessen Geschichte Gottes Fluch und Zorn und Gottes Segen geschichtswirkende Mächte sind, und er kann darum – und das wirkte ja bei der Gründung von Sühnezeichen mit – sich nicht abfinden damit, dass die Deutschen über ihre Schuldgeschichte von 1933 und früher bis 1945 so leicht hinweggekommen sind. Er liebt dieses deutsche Volk und hat Angst, was es sich einbrockt, wenn es mit seiner Vergangenheit so fertig wird, dass es die einfach hinter sich lässt ...[1020]

Die Verwirklichung von Sühnezeichen-Einsätzen in den erstgenannten Staaten sollte sich als schwierig erweisen. 1961 konnte erstmals eine Sühnezeichen-Gruppe nach Israel entsandt werden, Mitte der 1960er

---

[1014] Aufgabenbeschreibung für das Jahrestreffen und den Leitungskreis, dat. 25. Januar 1994, o.A. [ASF]
[1015] § 8 (3) der Satzung vom 12./13. Mai 2001 [ASF]
[1016] [§ 14] Auflösung, Satzung vom 12./13. Mai 2001 [ASF]
[1017] *Haagsche Courant*/Niederlande, 28. April 1961; zit. nach vervielf. Typoskript, Die Aktion Sühnezeichen. Junge Menschen setzen einen neuen Anfang, Klaus Wilm, o.D. [1965] [EZA 97/45]
[1018] Flugblatt Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Wer wir sind – Was wir wollen, o.D. [1978, NL Möckel]
[1019] Aufruf „Wir bitten um Frieden", zitiert nach Kreyssig (1958).
[1020] Typoskript H.Gollwitzer über L.Kreyssig am 18.6.79, dat. 3. Oktober 1979. [614/219]

Jahre nach Polen (1965 und 1966 über die Ostberliner, ab 1967 über die Westberliner *Aktion Sühnezeichen*), in der UdSSR erfolgten Sühnezeichen-Einsätze mit zwei Ausnahmen (Beteiligung von zwei Sühnezeichen-Freiwilligen an einem Internationalen Jugendlager 1963 und 1966)[1021] erst nach dem Fall des Kommunismus (in Zusammenarbeit mit der Organisation *Memorial* ab Ende 1990). Wolfgang von Eichborn wies in seiner Analyse der *Aktion Sühnezeichen* darauf hin, dass die im Aufruf enthaltene politische Naivität, ausgerechnet jene Länder als Einsatzorte anstreben zu wollen, mit denen die schlechtesten, bzw. gar keine bilateralen Beziehungen bestanden haben, Bestandteil des ‚revolutionären' Sühnezeichen-Auftrags war:

> Der Verzicht auf Berechnung und taktisches Vorgehen folgte gerade aus der Einführung neuer Kategorien politischen Denkens. Die Überzeugung, die in die Tat umgesetzte Bitte um Vergebung habe als solche friedensstiftende Kraft, gehört dem politischen Begriffssystem an, in dem Frieden eben nicht mehr Stabilisierung von Ordnung und Machtverhältnissen, sondern deren Wandel in der Verwirklichung von Gerechtigkeit und Versöhnung bedeutet.[1022]

Die ersten Sühnezeichen-Einsätze erfolgten aber in den Niederlanden und in Norwegen, jenen Ländern, in denen sich Partnerorganisationen zur Aufnahme der Sühnezeichen-Freiwilligen fanden, und deren Regierungen keine Einwände gegen die Arbeit junger Deutscher erhoben. Vergleichbar mit der Länderwahl erfolgte die Auswahl der Projekte und Einsätze nicht nur aus inhaltlicher Überzeugung sondern nach den sich bietenden Möglichkeiten.[1023]

3.1 Handlungsanleitung: wechselseitiges Schuld-Anerkenntnis

> Wir sind also soweit, an die Regierungen der UdSSR, Polens und Israels noch im Januar 1959 die ihnen Ende April [gemeint: Anfang Mai, Anm.] angekündigte Bitte zu richten, dass sie sich dem Angebot eines Sühnezeichens öffnen und **durch Annahme eines solchen Dienstes zur Versöhnung helfen**.[1024]

1959 deutete Kreyssig an, wie schwierig es von Anfang an in einigen Ländern war, Verständnis für die Logik der *Aktion Sühnezeichen* zu erlangen:

> Die ganzen ersten Monate bis heute waren dem Versuch gewidmet, in Russland, Polen und der Czechoslowakei [!] Verständnis zu finden, weil dort unsere Schuld am größten war. Hier sind wir bis heute auf eine Betonmauer von ideologischer Abwehr gestoßen, ohne dass wir uns dadurch entmutigen ließen.[1025]

Die von Kreyssig angedeutete ideologische Abwehr seitens der kommunistischen Staaten ist im Kontext des Sühnezeichen-Zugangs zu verstehen. Liegt doch der gesellschaftspolitischen Verwirklichung ein theologischer Anspruch zur moralischen Rehabilitierung zugrunde: Unbewältigte eigene Schuld gegenüber Verfolgten des Nationalsozialismus und Kriegsgegnern und unbewältigte fremde Schuld an Deutschen sollten einbekannt und folgend vergeben werden, um Verständigung zwischen ehemaligen Kriegsgegnern, Verfolgern und Verfolgten zu ermöglichen.[1026] Die Krux der Kreyssig'schen Konzeption für die Umsetzung in den präsumtiven Einsatzländern liegt in der Verbindung eigener und fremder Schuld: Indem die errichteten Sühnezeichen mit der eigenen Vergebung am Anderen verknüpft sind, bekennt sich das Gegenüber, der jeweilige Partner durch die Annahme der Sühnezeichen zu seiner

---

[1021] vgl. Monatsbrief Juli 1966, dat. 29. Juni 1966, gez. Lothar Kreyssig, S. 3 [ASF]
[1022] Eichborn (1970), S. 90
[1023] Um mit einem Sühnezeichen-Einsatz in Israel Fuß fassen zu können, beschloss der Sühnezeichen-Führungskreis bei seiner Sitzung Ende 1960 einen Einsatz ohne Bauarbeiten. „Die Chance, zu Mannschaftseinsätzen in Kibbuzim zu kommen, bietet die Möglichkeit, durch eigene Kontakte in Israel dort schneller zu einem [Bau-]Projekt zu kommen ..." Protokoll der Sitzung des Führungskreises vom 15. Dezember 1960, gez. Rudolf Ziesche. [EZA 97/947]
[1024] Rundschreiben Nr. 2, ohne Datum [Januar 1959], meine Hervorhebung, [AEKKS Rep B2 Nr. 250, Eingang 14.1.(1959)]
[1025] Kreyssig an Chaim Gordon, Oslo, dat. 5. Juni 1959 [EZA 97/249]
[1026] Im Aufruf heißt es dazu: „... noch können wir ... der Selbstrechtfertigung, der Bitterkeit und dem Hass eine Kraft entgegensetzen, wenn wir selbst wirklich vergeben, Vergebung erbitten und diese Gesinnung praktizieren."

eigenen Schuld am deutschen Volk, steht doch dem Angebot eines Sühnezeichens die Bedingung voran, dass „wir [Deutsche] selbst wirklich vergeben“. Kreyssigs Metapher von einer Betonmauer ideologischer Abwehr ließ unberücksichtigt, dass sein Konzept zur reziproken Vergebung über das Angebot und die Annahme eines Sühnezeichen-Bauwerks als ein theologisch-religiöser, ein christlich-missionarischer Vorstoß in eine nicht-christliche Umwelt, jedenfalls nicht-christlich dominierte Staatsform verstanden werden konnte. Kreyssig schloss diese Möglichkeit aber ostentativ aus und ortete die Feindseligkeit ausschließlich auf seiten der widerspenstigen Adressaten:

> Ungeachtet der kräftigen Entfaltung und des Dienstes dauert die bittere Feindseligkeit seitens der materialistischen Ideologie gegen den Dienst an, die die Beteiligung an Auslandsdiensten von Osten her bislang konsequent verzögert hat. Andererseits braucht es auch für diese Kreise Zeit, um die Größe unseres Anliegens zu erkennen und als unseren Teil innerhalb der Völkerversöhnung anzuerkennen.[1027]

Gerhard Möckel hielt 1964 die Problematik des christlichen ‚Sühnezeichendogmas’ als anderen aufgezwungene Logik fest und stellte zudem den nationalistischen Zugang Kreyssigs in Frage:

> Das etwas gewalttätige Suchen nach Objekten für ein eigenes Problem (zur Bewältigung der eigenen Vergangenheit) könnte – wenn die Bitte um Versöhnung nicht wirklich ankommt – eventuell neue und schlimmere Verhärtungen herbeiführen. Auf diese Weise sollen sich jedenfalls Deutsche nicht isolieren, nicht so wie sie im Zerstören gewalttätig waren, nun auch im Sühnen einen ähnlichen Charakterzug hervorkehren, dazu nicht unbedingt ‚etwas Besonderes’ sein wollen, sondern sich vielmehr in den Rahmen der ökumenischen Familie einfügen und im Verzicht auf ein eigenes nationales ‚Zeichen’ das Gefühl, eine Ausnahme in Europa zu sein, überwinden.[1028]

Das Sühnezeichen-Angebot an die polnische, sowjetische und israelische Regierung 1958 wurde von diesen nicht angenommen. Weder die Sowjetunion, noch die Volksrepublik Polen noch der Staat Israel konnten oder wollten der dem Angebot immanenten christlichen Logik folgen – anders als die Partner der schließlich über das kirchlich-ökumenische Netzwerk Kreyssigs verwirklichten Projekte.[1029] Franz von Hammerstein nannte in seiner Vorlage für die Mitgliederversammlung 1970 fast durchgängig christliche Organisationen als Partner „hinsichtlich der Erschließung von sinnvollen Aufgaben“.[1030]

Im Zuge der Bemühungen um einen ersten Sühnezeichen-Einsatz in Israel formulierte Kreyssig gegenüber Johannes Müller, Gruppenleiter der ersten Sühnezeichen-Gruppe in Israel, dass das „innere Gewicht“ der Sühnezeichen-Aufgabe „dem natürlichen Menschen auf Anhieb befremdlich ist“, weshalb die Ernsthaftigkeit des Anliegens mit konkreten Taten untermauert werden müsste.[1031] Mit dem „natürlichen Menschen“ meinte Kreyssig offenbar die jüdischen Israelis - ein seltenes Zeugnis einer antisemitischen Entgleisung durch Kreyssig und zugleich Illustration seiner Überzeugung christlicher Überlegenheit. An gleicher Stelle und im gleichen Zusammenhang bekannte Kreyssig, „dass gerade unser geistlicher Ausgangspunkt sich inzwischen als das entscheidende Hindernis herausgestellt hat“. Kreyssig argumentierte, dass Israel zwar als säkularer Staat Interesse daran hätte, das „imponierende Unternehmen einer Staatsgründung der Welt zu zeigen“, weshalb auch junge Freiwillige gerne ins Land gelassen würden. „Aber mit unserer Bitte und unserem Angebot wird alles angerührt, ja aufgerissen, was zwischen uns steht, was seit tausend Jahren die abendländische Christenheit und das Judentum auseinander gebracht hat ...“.[1032]

[1027] vervielfältigter 4-seitiger Text Betreff: Aktion Sühnezeichen Aktualisierung katholisch-evangelischer Partnerschaft, handschriftlich datiert 1964, gez. Dr. Lothar Kreyssig, S 4 [ZAOM NL Särchen]
[1028] Typoskript Bemerkungen zum Wege der Aktion Sühnezeichen, dat. 15. Juni 1964, gez. Möckel [NL Möckel]
[1029] Vor allem beim ersten Projekt in Norwegen, dem Wirtschaftshaus für ein kirchliches Behindertenheim zeigte sich das christliche Verständnis des empfangenden Kooperationspartners deutlich. Vgl. Abschnitt 3.4
[1030] Brethren Service Commission der Church of the Brethren *[USA, Anm.],* Mennonite Central Committee *[USA, Anm.],* United Church of Christ *[USA, Anm.],* Coventry Cathedral in Coventry *[Großbritannien, Anm.],* Iona Community (Schottland), Ville de Caen (Normandie) Service Municipal de la Jeunesse et des Sports, Protestantische Kirche Frankreichs. Vgl. Aufgaben und Probleme des Friedensdienstes zur Vorlage auf der Mitgliederversammlung am 3./4. Oktober 1970, gez. Hammerstein, 28. September 1970 [LABB 1/1 Karton 6 Band V]
[1031] Kreyssig an Johannes Müller, dat. 3. Juli 1961 [EZA 97/734]
[1032] Ebd.

Israels Regierungsbehörden versuchten, die Annahme eines Sühnezeichens zu verzögern, wenn nicht gar zu verhindern.[1033] In Kreyssigs Verständnis verweigerten sich die Israelis damit der Versöhnung, wobei Kreyssig sich nicht nur auf die nationalsozialistische Judenvernichtung als Herausforderung für das deutsch-jüdische Verhältnis sondern auf die religiöse Spaltung zwischen Judentum und Christentum bezog. Diese Kontextualisierung bedeutete einerseits die Einbettung der nationalsozialistischen Vernichtungsprogramme in den größeren Bezugsrahmen des christlich-jüdischen Verhältnisses, wobei er gegenüber Johannes Müller eine neutrale Formulierung verwendete, andererseits vermied Kreyssig durch diese Kontextualisierung eine vorschnelle Aufgabe des Versöhnungsvorhabens in Israel.

Die Erkenntnis wechselseitiger schuldhafter Involvierung in den Zweiten Weltkrieg und Holocaust war, das zeigen die zustanden gekommenen Projekte der ersten Jahre, unter christlichen, vor allem protestantischen Kirchenvertretern um vieles leichter zu vermitteln als gegenüber nicht-konfessionellen oder jüdischen Partnern. Gegenüber seinem katholischen Ansprechpartner erwähnte Kreyssig 1961 im Zusammenhang mit dem Projektvorhaben, in Jerusalem eine Reformsynagoge[1034] zu errichten: „Es sind immer die Gläubigen gewesen, die uns die Tür zu den Nachbarvölkern aufgetan haben“.[1035] Die Tatsache, dass es sich bei den ‚gläubigen Projektpartnern’ stets um christliche, sogar ausschließlich protestantische Netzwerke handelte, ignorierte Kreyssig. Dass mit Ausnahme der Reformgemeinde in Jerusalem auf jüdischer Seite noch kein Verständnis erwachsen war, erklärte er mit der Erfahrung, „wie schwer zugänglich das im orthodoxen Sinne gesetzestreue Judentum nach tausendjähriger Ghettoexistenz den Anforderungen unserer Gemeinsamkeit gegenüber ist.“[1036]

Eine über den Schuldaspekt hinausgehende Dimension des Unverständnisses der *Aktion Sühnezeichen* in kommunistisch regierten Staaten deutete Franz von Hammerstein in einem Text aus 1967 an. Demzufolge spielte die Nichtstaatlichkeit der Organisation eine entscheidende Rolle. Im kommunistischen Staatsverständnis war eine Organisation ohne staatlichen Einfluss nicht vorstellbar:

> Freunde in Osteuropa – UdSSR, CSSR oder Polen – haben uns immer wieder nach der Größe unserer Bewegung gefragt und welchen staatlichen oder gesellschaftlichen Rückhalt wir hätten. Unsere Antwort wurde als Schwäche ausgelegt, man bejah-te [!] unsere Grundsätze und Ziele. Dann ermutigte man uns, erst einmal in der Bundesrepublik die staatliche Anerkennung und Förderung von Sühnezeichen zu erwirken und den dort noch lebendigen Faschismus zu beseitigen. Dann könnten wir nach Osteuropa kommen.[1037]

Dass sich im Laufe der Zeit trotzdem Möglichkeiten in osteuropäischen, kommunistisch regierten Ländern ergaben, ist einerseits auf die Vorstöße der *Aktion Sühnezeichen* über ebenfalls christliche Kontakte – so waren in Polen anfangs Verbindungen zum polnischen römisch-katholischen Klerus ausschlaggebend für das Zustandekommen der ersten Sühnezeichen-Fahrten[1038] – zurückzuführen, andererseits auf die Spezialisierung von Sühnezeichen-Arbeitseinsätzen in den Museen und Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager, denen es an Ressourcen im Allgemeinen und an Arbeitskräften im Besonderen mangelte. Nach den ersten Arbeitserfahrungen in Polen 1965 war man sich innerhalb der Ostberliner Sühnezeichen-Leitung einer spezifischen Problematik bewusst: Aus Rücksicht darauf, dass „die Polen immer in der Besorgnis leben, von der deutschen Unbedingtheit vergewaltigt zu werden“ und weil eine rasche Steigerung der Sühnezeichen-Einsätze „der zynischen Deutung Nahrung geben [könnte], dass es sich um eine nunmehr diakonische Form des germanischen Imperialismus

---

[1033] Vgl. Abschnitt 3.5 Faszination Israel
[1034] Dabei handelte es sich um die Reformgemeinde, der Schalom Ben-Chorin angehörte; Kreyssig und Ben-Chorin hatten das (nicht verwirklichte) Projektvorhaben entwickelt und diskutiert.
[1035] Kreyssig an Gertrude Reidick, Dortmund und Thomas Sartory, Niederaltaich, dat. 21. Juli 1961 [ÖIN]
[1036] Ebd.
[1037] Typoskript Aktion Sühnezeichen: Was gelingt dabei an wem – gemessen woran?, dat. 10. Mai 1967, gez. Dr. Franz von Hammerstein [ADW Allg. Slg. 904]
[1038] Vgl. Abschnitt 4.3.1.3 Institutionen-Personen-Netzwerk der Aktion Sühnezeichen (DDR) mit Polen

handle“, wollte man auf eine Ausweitung der Arbeit in Polen hinsichtlich der Anzahl und der Dauer der Einsätze verzichten.[1039]

Mangelndes Verständnis für den christlichen Ansatz der *Aktion Sühnezeichen* und damit verbundenen Widerstand gegen Sühnezeichen-Projekte gab es aber nicht nur seitens der adressierten Einsatzländer, sondern auch seitens der DDR. Das führte zu einen inhaltlichen Sonderweg der Aktion Sühnezeichen in der DDR: die Freiwilligenarbeit war erstens in nur stark gekürzter Form als „kurzfristige Sommerlager“, während des Werktätigenurlaubs möglich; und zweitens waren die Gruppeneinsätze nur innerhalb der Grenzen der DDR, vor allem in kirchlichen Einrichtungen toleriert. Die ursprünglich angestrebte Errichtung von Sühnezeichen außerhalb Deutschlands war für DDR-Bürger nicht möglich, sondern durch bauliche Hilfs- oder Zuarbeiten, gärtnerische Arbeiten und schließlich auch Sozialarbeit innerhalb der DDR substituiert. Für einzelne Jahrgänge war grenzüberschreitendes Arbeiten in „sozialistischen Bruderländern“, in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn möglich. Als Ersatz für die behördlich beschränkten Auslandslager wurde die umgekehrte Variante, die Partizipation von Teilnehmern aus Polen, der ČSSR und Ungarn, vor allem in den frühen Jahren auch aus westlichen Staaten wie Frankreich, Niederlande und Großbritannien an Sommerlagern der ASZ in der DDR, eingeführt. Nach der Vereinigung der beiden Aktionen Sühnezeichen 1991 wurde das ‚Ersatzkonzept’ beibehalten und in das Programm der gesamtdeutschen Vereinigung als „Arbeitsbereich Ost“ integriert. Bei der Arbeit in Polen und in der damaligen Tschechoslowakei kamen sich die beiden Sühnezeichen-Organisationen in die Quere, wobei die ASF von Anfang an ausschließlich mit den staatlichen Behörden zusammenarbeitete, während die Ostberliner ASZ auf nicht-staatliche, zum Teil oppositionelle Netzwerke, in Polen jenes der katholischen Kirche, zurückgriff. Die Arbeit in Polen war umstritten, weil die *Aktion Sühnezeichen* den unter der kommunistischen Herrschaft brodelnden bzw. geschürten Antisemitismus, der sich auch durch das weitgehende Verschweigen der jüdischen Opfer im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz zugunsten einer polnisch-nationalen Märtyrerstätte manifestierte, nicht in Frage stellte bzw. hinterfragte und auch nicht mit dem den Sühnezeichen-Mitarbeiten eigenen Wissen um die Vernichtung der europäischen Juden entgegnete. Ein kritischer Dialog, der neben der nationalpolnischen und der nationaldeutschen Erinnerungsleistung auch eine jüdische Perspektive integrieren würde, fand nicht statt, was zu einem Teil auf die Kürze der Arbeitseinsätze und Begegnungen zurückgeführt werden kann.
Sühnezeichen-intern richtete sich die Projektwahl zwar zumeist nach dem Angebot seitens der jeweiligen Partnerkirche oder -organisation; manchmal lehnten die Sühnezeichen-Manager ein angebotenes Projekt auch ab, wie im Falle des Folgeprojektes in Griechenland: so wurde Ende 1961 von dem von Bischof Irenäos auf Kreta vorgeschlagenen Projekt Gymasium Abstand genommen, „weil die darin ausgebildeten jungen Kreter keine echte Berufsaussicht haben.“ Man wollte anstelle dessen nach einem anderen Projekt auf Kreta Ausschau halten.[1040] Gegenüber seinem ökumenischen Gesprächspartner formulierte Kreyssig unverblümt: „...will der Bischof nur ein Internat bauen, um nach unausrottbarer Neigung Bauernjungs zu Gelehrten und nach den Lebensumständen, wie sie in Griechenland noch Jahrzehnte sein werden, zu Stehkragenproletarieren zu machen.“[1041] Die krude Begründung, dass man Kindern auf Kreta höhere Bildung nicht ermöglichen müsste, weil sie ohnedies keine Berufsaussichten hätten, wurde allerdings im Jahr darauf nicht mehr angewandt, als es darum ging, ein erstes Projekt in Polen zu lukrieren. Die Leiter adressierten den Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, um – erfolglos – eine Beteiligung der *Aktion Sühnezeichen* am Projekt „1000 Schulen“ anzubieten.[1042]

[1039] Vermerk, Betrifft: Polen 1966, dat. 24. September 1965, o.A. [EZA 97/34]
[1040] Vermerk über zukünftige Sühnezeichenprojekte soweit sie fest verabredet, geplant oder im ersten Verhandlungsstadium sind, dat. 13. November 1961, gez. Rudolf Ziesche [EZA 97/947]
[1041] Kreyssig an Hans Jakob Rinderknecht; Weltrat der Kirchen in Genf, dat. 3. August 1961 [614/134]
[1042] Müller-Gangloff//Hammerstein, Dr. Franz von//Wilm, Klaus an den Ministerpräsidenten der VR Polen, dat. 30. November 1962; [EZA 97/43 nicht eindeutig geklärt werden konnte, ob der Brief tatsächlich abgeschickt wurde; eine Antwort ist nicht dokumentiert]

Im Folgenden werden einzelne Projekte der Westberliner Aktion Sühnezeichen herausgegriffen und ausführlicher diskutiert. Die Auswahl erfolgte nach chronologischen wie nach systematischen Kriterien.

3.2 Auslandsprojekte: Sühnezeichen-Mahnmale

Denkmäler und Mahnmale repräsentieren die Erinnerung einer Gesellschaft oder einer Nation in manifester Form – in vielen Fällen an einen gewonnenen oder einen verlorenen Krieg, an eine berühmte Person oder an ein außergewöhnliches Ereignis. Zum Zeitpunkt ihrer Errichtung manifestieren Denkmäler eher einen statischen Zustand als anhaltende Dynamik. Denkmäler sind darüber hinaus das Resultat von Überlegungen und Diskussionen, die auf ein Ende abzielen, indem sie das zu erinnernde Ereignis (bzw. die zu erinnernde Person) in ein historisches Objekt transformieren, und damit aus der lebendigen diskursiven Erinnerung ablegen.[1043] James E. Young beschreibt die Überlegung zeitgenössischer Künstler bei der Gestaltung von Mahnmalen, wonach diese „befürchten, dass konventionelle Mahnmale die Vergangenheit eher aus dem Bewusstsein drängen, anstatt sie im Bewusstsein verankern...". Nach Young haben kritische Künstler durch die Schaffung von „Gegen-Monumenten" die „Grundsätze künstlerischer Erinnerungsarbeit neu definiert und dabei Monumente geschaffen [...], die sich der grundsätzlichen Möglichkeit ihres Entstehens widersetzen."[1044]

In welchem Ausmaß treffen diese Charakteristiken auf die Bauwerke der *Aktion Sühnezeichen* zu? Die *Aktion Sühnezeichen* errichtete ab 1959 Denkmäler und Mahnmale außerhalb Deutschlands, die nicht das Ende einer Entwicklung markieren sollten, sondern den Wendepunkt und die Erneuerung der Beziehungen zwischen den im Zweiten Weltkrieg geschädigten Nationen und Deutschland. Diese Denkmäler wurden in Gestalt von Kirchen (Großbritannien, Frankreich und Norwegen), einer Synagoge (Frankreich), Heimen für behinderte Kinder (Norwegen, Belgien, Israel), eines Erholungszentrums für Arbeiter (Niederlande) oder einer Wasserversorgung (Griechenland) errichtet. Mit der Verwirklichung dieser Denkmäler in einem spezifischen institutionellen Kontext und der späteren Transformation des ursprünglichen Bau-Konzepts in Sozial- und Friedensprojekte überbrückte die *Aktion Sühnezeichen* die Mahnmalen inne wohnende zeitliche Begrenztheit, wie sie der Historiker Reinhart Koselleck auf Kriegerdenkmäler bezogen konstatierte. Sie hat die von Koselleck vorausgesetzte gesellschaftliche Institution geschaffen, die „eine bewusste Übernahme der Botschaft" zu vermitteln vermag.[1045]

Während der Entstehungsphase der *Aktion Sühnezeichen* 1952-1958 fand eine ‚transnationale Erinnerungsleistung' in Form von Mahnmal-Errichtungen und Gedenkstätten-Konzeptionen statt. Die Entstehungsdaten zahlreicher Museen und Monumenten bedeutender Gedenkstätten in den beiden deutschen Staaten, in Israel, Österreich und Polen fallen in diesen Zeitraum.[1046] Nach der Widmung vormaliger Konzentrationslager zu Gedenkstätten in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine ‚zweite Welle' zu beobachten, die sich nicht nur auf die neu zu schaffenden Erinnerungstopographien seitens der Opfer oder ihrer Hinterbliebenen in ihren Heimatländern

---

[1043] Unter der Bedingung der Generationenfolge formulierte Reinhart Koselleck in einem Essay über Kriegerdenkmale, wonach diese „mit dem Aussterben der Stiftergeneration ihre Emphase verlieren". Koselleck zeichnete einen Prozess der „Funktionalisierung und Demokratisierung" in der „geschichtlichen Abfolge der Kriegerdenkmäler" nach, der in der Moderne in einen innerweltlichen Funktionszusammenhang mit einem „Freiraum für rein politische und soziale Sinnstiftungen" mündete. Vgl. Koselleck, Reinhart. Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden. (1996) In Marquard, Odo; Stierle, Karlheinz. Identität; München: Wilhelm Fink Verlag; 255-276.

[1044] Young, James E., Formen des Erinnerns. Gedenkstätten des Holocaust (1997). Wien: Passagen Verlag, S. 58.

[1045] Koselleck (1996), S. 274f.

[1046] In Israel wurde 1954 der Grundstein für die nationale israelische Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gelegt, deren Ausstellung 1958 und deren Gedenkhalle 1961 eröffnet wurden. In Polen wurde 1955 die Ausstellung im Museum Auschwitz erweitert, 1957 erfolgte die Projektausschreibung für ein Mahnmal in der Vernichtungsstätte Auschwitz-Birkenau. Die von den Ländern, aus denen die Verfolgten und Ermordeten stammten, eingerichteten Länderausstellungen wurden ab 1960 eröffnet. 1958 wurde in der Gedenkstätte Treblinka ein Mausoleum errichtet, 1960 der Wettbewerb für Mahnmal ausgeschrieben. Vgl. ausführlicher die komperative Studie Haß, Matthias, 2002. Gestaltetes Gedenken. Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie des Terrors. Frankfurt/Main; New York: Campus.

beschränkte, sondern auch Deutschland und Österreich als jene Länder erfasste, aus denen mehrheitlich die Täter stammten, deren Erinnerung also in erster Linie nicht an selbst erlittenes Leid sondern an fremdes Leid und implizit an die Verbrechen gerichtet ist.[1047] In Westdeutschland trat mit der Errichtung der katholischen Versöhnungskapelle 1960 die langjährige Diskussion um die Gestaltung der Gedenkstätte Dachau in eine neue Phase (das neue Museum wurde 1965 eröffnet).[1048] Das Museum der DDR-Gedenkstätte Buchenwald wurde 1958 eröffnet. In Österreich wurde der Mauthausener Skulpturgarten 1957 mit der Aufstellung des Monuments der UdSSR begonnen.[1049]

Planung und Realisierung der ersten Sühnezeichen-Bauprojekte fielen in diese zweite, von monumentalen Erinnerungsbauwerken geprägte Periode, in der Opfer- und Tätergesellschaften zeitgleich einen bedeutenden Schritt in der kollektiven Erinnerung setzten. In sämtlichen genannten Gedenkstätten hat die *Aktion Sühnezeichen* im Laufe ihres Bestehens mindestens einmal, zumeist aber mehrmals Freiwilligen-Einsätze organisiert. Die Arbeitsbereiche umfassten (Hilfs-)Tätigkeiten in Archiven, in Bibliotheken, bei der Besucherbetreuung, Bauarbeiten, Renovierungsarbeiten, gärtnerische Gestaltung und Pflege, sowie gedenkstättenarchäologische Arbeiten. Die Gedenkstätten waren aber nicht von Beginn an im Fokus der *Aktion Sühnezeichen*, sondern wurden erst ab Mitte der 1960er Jahre als Einsatzorte ‚entdeckt'. Mit der Aufnahme der Arbeiten in den Gedenkstätten verschränkte sich der ursprüngliche Ansatz von Sühnezeichen als Mahnmale bzw. Denkmäler mit den bestehenden ‚primären' Gedenkstätten an den Standorten der ehemaligen Konzentrationslagern bzw. an den ‚sekundären' Gedenkstätten wie Yad Vashem oder das U.S. Holocaust Memorial Museum.

3.2.1 Arbeitsauftrag: die Errichtung von Denkmälern

> Denn die Gedenkstätten sind zahlreich und vielfältig, beabsichtigt und zufällig. Sie reichen von Archiven bis hin zu Museen, von Paraden zu Schweigemärschen, von Gedenkgärten zu Resistance-Monumenten, von Ruinen zu Fasttagen und von staatlichen Anlagen bis hin zu Familien-Jahrzeitkerzen. Es versteht sich von selbst, dass auch diese Kulturgeschichte der Holocaust-Gedenkstätten als Erweiterung eben dieser Stätten angesehen werden kann, als Teil der Erinnerungsarbeit, die sie animiert.[1050]

Young verweist darauf, dass es sich bei manifesten Erinnerungen um Konstrukte handelt, die vom jeweiligen Kontext, in dem sich Erinnerung manifestiert, abhängig sind: Das Erinnern an den Holocaust ist demnach so vielfältig und unterschiedlich, wie die unzähligen Gebäude und Gestaltungen selbst. „Jedes Denkmal und Museum jeder Nation erinnert an einen anderen Holocaust, oft mit widersprüchlichen politischen und religiösen Zielsetzungen." Seinen methodischen Ansatz – die Analyse von Erinnerungs-Erzählungen hinsichtlich ihrer physischen wie metaphysischen Qualitäten sowie ihrer räumlich-greifbaren und zeitlichen Dimensionen – bezeichnet Young als „Textur der Erinnerung". Darunter versteht er jenen Prozess, dem Gedenkstätten nicht nur vor und während ihrer Konzeption und Errichtung unterliegen, sondern auch danach, „die vielen komplizierten historischen, politischen und ästhetischen Achsen, auf welchen Erinnerung basiert".[1051] Young berücksichtigt den wechselseitigen Einfluss von Monument und Öffentlichkeit: „Indem Monumente gemeinsame Orte der Erinnerung schaffen, schaffen sie gleichzeitig die Illusion einer gemeinsamen Erinnerung.": Ursachen und Formen der Erinnerung sind nach Young „immer Teile eines Sozialisierungsprozesses und -systems, das die Schaffung einer gemeinsamen Geschichte aus der stellvertretenden Erinnerung an die Erfahrungen ihrer

---

[1047] Die Täterschaft fand im öffentlichen Diskurs allerdings erst viel später (ab den 1980er Jahren) ihren Platz.
[1048] Die *Aktion Sühnezeichen* beteiligte sich am Bau der evangelischen Versöhnungskirche in Dachau Mitte der 1960er Jahre.
[1049] Daten siehe jeweils Young (1997) und Engelhardt, Isabelle, A Topography of Memory: Representations of the Holocaust at Dachau and Buchenwald in Comparison with Auschwitz, Yad Vashem and Washington, D.C. (2002). Brussels: P.I.E.-Peter Lang S.A.
[1050] Young (1997), alle Zitate S. 11f.
[1051] Young (1997), S. 13f., Zur Textur der Erinnerung ab S. 27.

Vorfahren ermöglicht.“ Auch die Aktivität des gemeinsamen Erinnerns selbst kann sich zu einer gemeinsamen Erinnerung konstituieren: „einmal ritualisiert, wird das Erinnern zu einem geteilt erinnerten Ereignis“.[1052] Young spricht unter Bezugnahme auf Pierre Nora[1053] von einer Erinnerungs-Vergessensbalance, die im Wesentlichen davon ausgeht, dass mit der Manifestation der Erinnerung in Denkmalen die Latenz der Erinnerung, die psychisch-kognitive Repräsentation – Young spricht von Erinnerungsarbeit[1054] –, proportional abnimmt.

Im Gründungsaufruf der *Aktion Sühnezeichen* sind die geplanten Sühnezeichen-Bauwerke nicht nur durch einen konkreten gemeinnützigen Verwendungszweck – der die Nutznießung durch Einzelne, etwa einzelne Geschädigte des Dritten Reiches, ausschließt – definiert, sie sind zugleich mit den Begriffen „Sühnezeichen“ sowie „Friedenszeichen“ symbolisch aufgeladen. In Kreyssigs Formulierung sind die symbolische Aufladung und der konkrete Verwendungszweck gleichrangig: welches gemeinnützige Bauwerk auch immer errichtet wird – es wird als Sühnezeichen errichtet. Und: Sühnezeichen sind immer Bauwerke. Die Verwendungsbestimmung und die symbolische Sühnezeichen-Aufladung der Bauwerke werden in einen ebenfalls symbolisch geladenen Begriff integriert: Friedenszeichen.

Eine Parallele zu Kreyssigs konzipierten Denkmälern – ein Dorf, eine Siedlung, eine Kirche, ein Krankenhaus oder sonstiges Gemeinnütziges – findet sich in der Mahnmalsdebatte der unmittelbaren Nachkriegszeit rund um das ehemalige Konzentrationslager Dachau bei München, das am 22. März 1933 als erstes Konzentrationslager eröffnet und am 29. April 1945 von US-Streitkräften befreit worden war.[1055] Der Bund Münchner Architekten bereicherte die langjährige Diskussion um zahlreiche Gestaltungsvorschläge für ein Denkmal ein halbes Jahr nach der Befreiung, indem er sich vehement gegen ein damals vom Münchner Professor an der Akademie für bildende Künste, Karl Knappe, konzipiertes monumentales „Befreiungsdenkmal“ auf einem Hügel außerhalb des Lagers aussprach. Anstelle eines konkreten „Kolosses“, so die Münchner Architekten, solle eine Siedlung, ein Spital oder ein Waisenheim für die Opfer und deren Familien als Hilfe für die Lebenden errichtet werden.[1056]

3.3 Zum Auftakt ein Flop – Aktion Sühnezeichen in den Niederlanden

Der erste Einsatz der *Aktion Sühnezeichen* erfolgte in den Niederlanden; im Sühnezeichen-Narrativ ist das Projekt als „Pleite“ verankert, und selbst Kreyssig sparte das Projekt in seinen Erinnerungen aus.[1057] „Bei Sühnezeichen wurde auch wenig von diesem ersten Versuch gesprochen. Er hatte nur statistische Bedeutung für die Aktion.“, so Hans-Richard Nevermann.[1058] In einem zeitgenössischen Faltblatt findet sich der Einsatzort Niederlande in der Projekttabelle unter Angabe der ersten beiden dort errichteten Sühnezeichen-Bauwerke, im ausführlicheren Textteil wird jedoch keines der Projekte näher beschrieben.[1059] In einer Sühnezeichen-Chronologie aus 1990 wird der Einsatz in Norwegen als erstes *Sühnezeichen* angeführt.[1060] Erst 2003 findet sich das Projekt wieder im Kanon der Sühnezeichenprojekte.[1061]

[1052] Ebd., S. 33f.
[1053] Nora, Pierre. Between Memory and History, (1989) In Representations. S. 7-24 und Young (1997), S. 33
[1054] Ebd.
[1055] Engelhardt (2002), Seite 59f.
[1056] Ebd., Mahnmalsdiskurs rund um das ehemalige Konzentrationslager Dachau S. 97-121, die zitierte Diskussion aus 1945 siehe S. 97f. Engelhardt zitiert die Süddeutsche Zeitung, Ausgaben vom 26. Oktober und 13. November 1945.
[1057] Hans-Richard Nevermann und Volker von Törne an Kreyssig im Zshg. mit Kreyssigs Erinnerungen, dat. 20. Juli 1978 [EZA 614/57]
[1058] Typoskript, Auszug aus einem Manuskript „Notizen aus meinem Leben“ von Hans-Richard Nevermann, dat. April 1988, S. 9.
[1059] Faltblatt der Aktion Sühnezeichen II/63, [NL Kutzner]
[1060] Aktion Sühnezeichen Sommerlager 1990, S. 6
[1061] vgl. Staffa, Christian (2003). Die „Aktion Sühnezeichen“. Eine protestantische Initiative zu einer besonderen Art der Wiedergutmachung. In: Hockerts, Günter et al., Hrsg., Nach der Verfolgung: Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland? Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte; 3; Göttingen: Wallstein; 139-156, S. 150f.

Das zunächst geplante Projekt in den Niederlanden war eine eigenwillige Interpretation des Sühnezeichen-Aufrufs. Auf der niederländischen Insel Ameland sollte ein Begegnungssaal für die dort lebende Bevölkerung und für Touristen aus der BRD gebaut werden. Die holländische Einladung lautete:

> Auf einer unserer Inseln spielt sich im Sommer immer wieder die Tragödie deutsch-holländischer Kontroverse ab. Fünfzig Prozent der Feriengäste sind Deutsche und das führt oft zu scharfen Auseinandersetzungen. Einige Leute von *Kerk en Wereld* [Kirche und Welt, Anm.] mit dem Pfarrer von Ameland haben im vorigen Jahr den Plan gefasst, auf dieser Insel einen schlichten Saal zu bauen, in dem durch allerlei Aktivität gegenseitiges Verständnis und gegenseitiges Verzeihen wachsen soll. Gleichzeitig soll durch diese Arbeit die Freizeit-Gestaltung sinnvoller geschehen und einen tieferen Hintergrund bekommen. Sind 20 Ihrer Leute bereit und imstande, im März nach ‚Ameland' zu kommen und die Baracke zu bauen?[1062]

Der Kontakt zum Projekt ‚Ameland' stammte von Hebe Kohlbrugge, die mit Lothar Kreyssig befreundet war.[1063] Die Niederländerin Hebe Kohlbrugge arbeitete im politischen und kirchlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus; 1944 wurde sie im Konzentrationslager Ravensbrück inhaftiert.[1064] In der Zeit des Kalten Krieges koordinierte sie von den Niederlanden aus im Auftrag der Niederländischen Reformierten Kirche (*Nederlandse Hervormde Kerk*) bis 1973 die Kontakte zu den Kirchen in der DDR und im übrigen kommunistischen Osteuropa.[1065] Kohlbrugge hatte aber „mit der Organisation und weiteren Ausführungen" nichts zu tun.[1066] Inwieweit die Niederländische Ökumenische Gemeinde in Westberlin, die, repräsentiert durch Pfarrerin Domina Bé Ruys, an ökumenischen Kontakten in die DDR regen Anteil hatte, an der Verbindung zu Kohlbrugge und der *Aktion Sühnezeichen* beteiligt war, ist nicht dokumentiert.[1067] Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der niederländischen Kirchengemeinde in Berlin erwähnte Kreyssig die Freude, „dass es nun auch gerade die Holländische Gemeinde war, welche uns zuerst die Tür zum Dienst ‚Sühnezeichen' geöffnet hat."[1068]

Träger des geplanten Sühnezeichen Projektes war das Institut der *Nederlandse Hervormde Kerk* (niederländisch-reformierte Kirche)*, Kerk en Wereld* (Kirche und Welt), das nach 1945 über eine „Sozialakademie mit missionarischem Hintergrund" und eine Evangelische Akademie an der gesellschaftlichen Entwicklung der niederländischen Bevölkerung Einfluss zu nehmen versuchte. Dazu zählten auch Erholungs- und Freizeitangebote in der Nähe von städtischen und industriellen Ballungsräumen, die ab 1952 über eine *Het Grote Bos*, heute *Recreatiecentra Nederland bv* genannte Organisation eingerichtet und betreut wurden. Neben preiswerten Erholungsmöglichkeiten wurden auch Bildungsprogramme und ökumenische Gottesdienste angeboten.[1069]

Als das Projekt auf Ameland wegen der fehlenden Baugenehmigung nicht zustande kam, wurde von der gleichen Trägereinrichtung *Het Grote Bos* kurzfristig ein Ersatzprojekt in Toppershoedje, Ouddorp aan Zee, gefunden.[1070] Auf der südlich gelegenen Insel Goeree-Overflakkee unweit von Rotterdam hatte sich das Gut Toppershoedje befunden, das nach einer Überschwemmung 1952 der Bevölkerung als Erholungsgebiet überlassen worden war und ab 1959 von *Het Grote Bos* bewirtschaftet wurde. Das

---

[1062] Rundschreiben der Aktion Sühnezeichen, ohne Nummer [3], gez. Kreyssig, dat. 16. Februar 1959. Kreyssig nennt den Sender des Briefes nicht, es könnte sich dabei um Hebe Kohlbrugge gehandelt haben. [AEKKS Rep. B2 Nr. 250]

[1063] Kreyssig an Niemöller und Heinemann, dat. 17. März 1959, in Abschrift an Wilm und Beckmann [LkAEKvW Bestand O.I. Nr. 58]; auch Briefe Kohlbrugge an den Verfasser, dat. 24. November 2004 und 6. Dezember 2004.

[1064] Vgl. Schwöbel, Gerlind, Nur die Hoffnung hielt mich. Frauen berichten aus dem KZ Ravensbrück (2003). Frankfurt/Main: Otto Lembeck.

[1065] vgl. http://uni-muenster.de/HausDerNiederlande/Zentrum/Projekte/NiederlandeNet/Dossiers/80-08/Privatkontakte: Kirchliche Kontakte und Friedensbewegung, gez. Jp [1. November 2004]; s. Hebe Kohlbrugge: Zwei mal Zwei ist Fünf, Evangelische Verlagsanstalt, 2004.

[1066] Schreiben Kohlbrugge, dat. 24. November 2004.

[1067] Bé Ruys war 1949 vom Weltkirchenrat nach Berlin entsendet worden, um die bereits in den 1930er Jahren bestehende niederländische Gemeinde neu zu gründen und war parallel mit Kohlbrugge an Kontakten in die DDR beteiligt. Der Arbeitsschwerpunkt der lag bei der pastoralen Arbeit unter ehemaligen NS-Zwangsarbeitern.; vgl. Die Niederländische Ökumenische Gemeinde, In *Der Ökumenische Rat Berlin-Brandenburg. Ein Wegweiser*, Geschäftsstelle des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg 1998, S. 46f.

[1068] Kreyssig an Holländische Gemeinde, Domina Bé Ruys, dat. 27.Oktober 1959 [EZA 97/249]

[1069] Email-Auskunft durch Gerben Baaij Sr, dat. 31. November 2004, an den Verfasser. Gerben Baaij (Jg. 1929) war ab 1957 als „Freizeitbegleiter" Mitarbeiter der Stiftung, 1960-1965 war er Generalsekretär und 1965-1989 Generaldirektor.

[1070] Rundschreiben „an die für Holland und Norwegen gemeldeten Teilnehmer aus der DDR", 27. Juni 1959 [ADW HGSt 1786]

Gutshaus Toppershoedje wurde als Gruppenunterkunft und zusätzlich auch ein kleiner Campingplatz eingerichtet. Das neue Projekt war noch etwas weiter von der ursprünglichen Sühnezeichen-Idee entfernt: die deutschen Freiwilligen sollten eine Urlaubsanlage – Bungalows samt Gartenanlage – errichten. Wie sich der Beauftragte der Stiftung für den Aufbau des Ferienzentrums, Gerben Baaij erinnerte, bestand die Aufgabe für die Sühnezeichen-Freiwilligen darin, „mit den Resten eines Bauernhauses vom 17. Jahrhundert ein kleines Ferienhaus für zwei Familien zu bauen". Die Materialkosten wurden von der niederländischen Projektpartnerin getragen.[1071]

Im Rundbrief „an die für Holland und Norwegen gemeldeten Teilnehmer aus der DDR", die an dem Projekt nicht teilnehmen konnten, berichtete Kreyssig unmittelbar nach Abschluss des Einsatzes:

> ... Dort haben sie erst planiert und Bäume gepflanzt, dann einen Bungalow für Arbeitererholungsgäste gebaut. Dort sind sie unter mancherlei Anfechtung zu einer Gemeinschaft unter dem Wort und am Wort zusammen gewachsen, wie man es sich besser nicht wünschen konnte. Dazu haben sie rundherum, vor allem unter der holländischen Jugend, für Verständigung und gute Nachbarschaft viel gelernt und wohl auch einiges ausgerichtet. Im täglichen, vergeblichen Warten auf die Kumpels aus der DDR waren sie freilich auch ein Zeichen für das Gericht der Zertrennung über den Deutschen....[1072]

Die euphemistische Beschreibung Kreyssigs sollte vermutlich, ebenso wie das spätere Verschweigen des Einsatzes, verdecken, dass der Einsatz nicht nur vom Inhalt sondern auch von der Organisation her problematisch war. Gerben Baaijs Erinnerung zufolge war man knapp an einem Desaster vorbeigegangen, was er mit der Zusammensetzung und mangelnden Vorbereitung der Gruppe erklärte:

> Als die sogenannten Freiwilligen ankamen, bemerkten wir schon bald[,] dass von motivierten Wiedergutmachern nicht die Rede sein konnte. Wahrscheinlich wegen Mangel an Freiwilligen hatte man eine Gruppe von jungen Leuten im Alter von etwa 17 bis 20 Jahre aus einem Heim im Ruhrgebiet(?) zu uns geschickt. Wahrscheinlich kaum bekannt mit Aktion Sühnezeichen, schlecht vorbereitet auf die Aufgabe und auch nicht vorbereitet auf die einfache Unterkunft. Nur begleitet von einem Zimmermann/Bautechniker, Herr [Theodor] Schlüter, ein sehr frommer älterer Herr, mit wenig Autorität oder Verständnis für solche, im Durchschnitt nicht unproblematischen jungen Leute.[1073] Die Gruppe konsolidierte sich sichtbar im Widerstreben von Herrn Schlüter und hat womöglich einen fröhlichen Aufenthalt in Freiheit an der Nordseeküste gefeiert. Unser Kontakt mit der Gruppe war nicht schlecht, ist aber ziemlich oberflächlich geblieben. Ein Brief von Hebe Kohlbrugge an Lothar Kreissig über die merkwürdige Lage, die fehlende Begleitung der Gruppe und passende Unterstützung für Herrn Schlüter, hatte kein[en] Erfolg. Schließlich ist der Bungalow doch, mit vieler persönlicher Arbeit von Herrn Schlüter und [mit] Hilfe von [einem] Nachbar und unserem Mitarbeiter, gebaut worden. Vor, während und nach dem Projekt haben wir nicht einmal einen offiziellen oder persönlichen oder schriftlichen Kontakt mit Vertreter der Aktion Sühnezeichen erlebt.[1074]

Das Projekt selbst musste zu allem Überfluss noch vor der Fertigstellung abgebrochen werden, weil die Gruppenunterkünfte für die Sommermonate Juli und August „mit Vorauszahlung" bereits vermietet worden waren – an die Innere Mission der Evangelischen Kirche von Rheinland/Westfalen, die die Ferienanlage 1959 und 1960 für „Familienferiengruppen von Ostflüchtlingen unter Leitung von Gemeindepfarrern" verwendete.[1075] Trotz der Widrigkeiten möchte Gerben Baaij seitens der Trägerorganisation in den Niederlanden nicht von einer „Pleite" sprechen. „Und der ‚doppelte' Ferienbungalow hat als Mietsbungalow für Familien funktioniert bis 2003, mit einer kleinen Gedenkplatte ‚Aktion Sühnezeichen 1959'", so Baaij. Heute stünden dort jedoch „zwei moderne Ferienhäuser für körperlich behinderte Gäste".[1076]

[1071] Kreyssig an Johannes Müller, dat. 16. Mai 1961 [EZA 97/704]
[1072] Rundschreiben „an die für Holland und Norwegen gemeldeten Teilnehmer aus der DDR", dat. 27. Juni 1959 [ADW HGSt 1786]
[1073] Schlüter hatte zwischen 1929 und 1943 in den Niederlanden gelebt. Vgl. Rundschreiben Nr. 4, dat. 20. März 1959. [AEKKS Rep B2 Nr. 250]
[1074] Email-Auskunft durch Gerben Baaij Sr, dat. 31. November 2004, an den Verfasser. In einem späteren Schreiben revidierte Baaij den letzten Satz des Zitats, nachdem er in seinem Fundus ein Buch mit einer Dankeswidmung der Aktion Sühnezeichen gefunden hatte. [Email 8. Juni 2006]
[1075] Ebd.
[1076] Ebd.

Aus der Perspektive der Freiwilligen, die zu einem großen Teil über den evangelischen Kreispfarrer für Diakonie und Leiter des Jugenddorfes Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen, Erwin te Reh, zur *Aktion Sühnezeichen* gestoßen waren, zeigte sich ein anderes Bild dieses ersten Sühnezeichen-Einsatzes.[1077] In einem Flugblatt, das bei einer Veranstaltung vor Studenten im Juli 1959 verteilt wurde, findet sich ein kurzer Bericht über das Lager Ouddorp, verfasst von Martin Koschorke. Koschorke berichtete darin von anfänglich kühlem und reserviertem Verhalten der „ausgesprochen konservativen" Bevölkerung auf Goeree-Overflakkee, die während des Zweiten Weltkriegs von 2000 Wehrmachtssoldaten heimgesucht worden war. Die Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* wären als Deutsche deshalb, wie alle Feriengäste aus Deutschland, mit dem Schimpfnamen „Rott muff" bedacht worden. Kontakt gab es bald mit jungendlichen Niederländern von außerhalb, vor allem im christlichen Verband (Jugendgruppe in Middelharnis und Junge Kirche in Rotterdam). Koschorke betonte die Unterstützung durch den örtlichen Architekten und den Bürgermeister, beide ehemalige KZ-Häftlinge.[1078]

Die Gruppe, die dem zitierten Bericht zufolge 13 Mitglieder (11 Männer und 2 Frauen)[1079] umfasste, war nur halb so groß wie geplant, weil die 14 gemeldeten Teilnehmer aus der DDR keine Ausreisegenehmigung erhalten hatten. Die reduzierte Gruppe hatte ein gewaltiges Arbeitspensum zu bewältigen. Einem Tagebuchauszug zufolge, der im Rahmen des 3. Rundschreibens der *Aktion Sühnezeichen* Ende Mai verschickt wurde, waren – während der Wartezeit für die Baugenehmigung, die erst am 8. Mai 1959 eintreffen sollte – binnen weniger Wochen „etliche tausend Bäume" gepflanzt und anschließend großflächige Rodungen für neu zu errichtende Bungalows vorgenommen worden. Für die Errichtung des Doppelbungalows blieben nur etwas über eineinhalb Monate Zeit. Der Tagesablauf war strikt geregelt:

> 6.00 Uhr Wecken
> 7.00 Uhr Andacht
> 8.00 Uhr Arbeitsbeginn
> 9.30 Uhr zweites Frühstück
> 12.00 bis 13.00 Uhr Mittagspause
> 16.00 Uhr Feierabend
> nach dem Abendessen um 18.00 Uhr waren noch Vorträge und Sprachunterricht vorgesehen.[1080]

Für das nächste Sühnezeichen in den Niederlanden wollte Kreyssig statt mit Kohlbrugge mit seinem langjährigen Bekannten Pfarrer Adriaan van Biemen aus Bentveld verhandeln.[1081] Van Biemen sollte sich „um ein geeignetes Objekt bemühen und uns so früh wie möglich konkrekte Ansatzpunkte nennen". Van Biemen schlug ein gemeinsames deutsch-niederländisches Projekt in einem Entwicklungsland vor. Kreyssig war zunächst angetan von dieser Möglichkeit „Ich weise auf die besonders eindrucksvolle Arbeit der Holländer auf psychiatrischem Gebiet hin. In diesem Zusammenhang würde ein deutscher Dienst besonders zeichenhaft sein." Schließlich überzeugte er van Biemen, „dass wir in Holland selbst unsere Sache nur als Deutsche einleuchtend machen können".[1082]

Die Niederlande sollten noch zweimal eine gewichtige Rolle als Einsatzort für Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen* spielen: 1961, als ein weiterer Einsatz in den Niederlanden als Vorbereitung und zur Überbrückung der Wartezeit für das erste Sühnezeichen-Projekt in Israel 1961 durchgeführt wurde.[1083] Dieses Projekt war von der Abwicklung professioneller, es war auch näher an die Kirche angebunden als

---

[1077] Im Rundschreiben Nr. 4, dat. 20. März 1959 ist die Zahl der von te Reh vermittelten Freiwilligen mit 8 beziffert. [AEKKS Rep B2 Nr. 250]
[1078] Martin Koschorke Lager Ouddorp, Zuid Holland, April bis Juni 1959, Rückseite des Flugblattes Was denkt man über uns Deutsche im Ausland?, dat. Juli 1959 [EZA 97/167]
[1079] Drei der dreizehn Teilnehmer schieden vorzeitig aus: „Ein Teilnehmer konnte sich von Anfang an nicht recht einfügen. Zwei andere hatten das ihnen gewährte Vertrauen in wirtschaftlicher Hinsicht verletzt.", so Kreyssig in einem Rundschreiben. Vgl. Rundschreiben Nr. 6 der Aktion Sühnezeichen, dat. 27. Juni 1959 [ADW HGSt 1786]
[1080] Rundschreiben Nr. 5 der Aktion Sühnezeichen, dat. 25. Mai 1959 [ADW HGSt 1786]
[1081] Kreyssig an Niemöller und Heinemann, dat. 17. März 1959, in Abschrift an Wilm und Beckmann [LkAEKvW Bestand O.I. Nr. 58]
[1082] Vermerk, dat. 17. Mai 1960, gez. Kreyssig Besprechung mit Pfarrer van Biemen [EZA 97/249]
[1083] vgl. Abschnitt 3.5. Faszination Israel

das erste Projekt, allerdings stellte sich nach der Fertigstellung heraus, dass das errichtete Jugendzentrum vom kirchlichen Träger *Hervormd Jeugd- en Vormingscentrum „De Oorsprong"* nicht verwendet werden konnte, weil „die sehr eng-konfessionelle Baukommission das Haus nur für die eigene Gemeinde benutzen oder teuer vermieten" wollte, wie Franz von Hammerstein in einem Vermerk an Gruppenleiter Johannes Müller festhielt.

> Der Bürgermeister von Joure soll gesagt haben, dass wir vielleicht besser ein städtisches Jugendzentrum gebaut hätten, das dann wirklich ohne konfessionelle Schranken für alle da ist. Auch soll davon die Rede sein, dass die Katholiken das Zentrum kaufen wollen. Das wäre ja nun wirklich nicht im Sinne von Aktion Sühnezeichen.[1084]

3.3.1 Ökumenisches Zentrum Rotterdam

> ... Ein konkretes Beispiel für dieses Bestreben, das gewiss auch von Ihnen als ermutigend empfunden wird, findet sich in Ihrer Stadt in Gestalt des Visser't Hooft-Zentrums. Diese Stätte, die ich bereits früher im Rohbau besichtigt habe und die deutsche Jugendkreise mit Hilfe der auch von mir geförderten „Aktion Sühnezeichen" errichtet haben, will dem Frieden und der Versöhnung über die nationalen Grenzen hinaus dienen. Sie symbolisiert den Neuanfang gegenüber dem Aufschrei des Zadkine-Denkmals. Neben der Zusammenarbeit von Christen aller Konfessionen aus vielen Ländern auf dem Gebiet von Bildung und Forschung, der das Wirken der in diesem Zentrum untergebrachten Internationalen ökumenischen Sozialakademie gilt, will man sich hier auch der Friedensforschung widmen. Sie scheint mir eine der dringendsten Aufgaben unserer Gesellschaft zu sein. Vielleicht kann hierdurch ein Beitrag zur Schaffung der Voraussetzungen geleistet werden, unter denen ein friedliches Miteinander der Völker dieser Erde möglich würde.[1085]

Das nach dem langjährigen Generalsekretär des Weltrates der Kirchen in Genf, Adolf W. Visser't Hooft benannte ökumenische Institut in Rotterdam (*Adolf Visser't Hooft Internationale Ökumenische Akademie*) entwickelte sich zu einem 2,3 Millionen DM teuren Projekt, das die finanziellen Möglichkeiten des Vereins überdehnte und zu Lasten eines breiter gefächerten kirchen- und gesellschaftspolitischen Engagements innerhalb wie außerhalb der BRD ging.[1086] Das Projekt war das größte verwirklichte Vorhaben der *Aktion Sühnezeichen* und war nicht nur intern umstritten.[1087] Das Gebäude wurde einem Schüler Gerrit Thomas Rietvelds, Joan van Dillen, geplant und war auch ein Beitrag zur Architektur der während des Zweiten Weltkrieges weitgehend zerstörten Stadt Rotterdam. Von Beginn weg ermangelte es dem Gebäude am Maasboulevard/Oostmaaslaan in Form eines Kubus mit einer quadratischen Grundfläche von 24 Metern und 22 Meter Höhe mit Vortrags und Begegnungsräumen, einer großen Mehrzweckhalle und Übernachtungsmöglichkeiten für 25 Personen an einem klaren Verwendungszweck.[1088] Als das Gebäude bereits im Rohbau stand, berief die bei diesem Projekt federführende Landeskirche von Westfalen unter Präses Ernst Wilm Ende 1966 eine Sitzung zur Klärung des Verwendungszwecks ein, bei der die Einrichtung eines interuniversitären Instituts diskutiert wurde, das die Veränderung der Arbeitswelt unter ökonomischen, soziologischen und theologischen Gesichtspunkten analysieren sollte.[1089] Als Bauträger wurde die Stiftung *Stichting Gebouw Sühnezeichen* eingerichtet, in der neben dem ökumenischen Rat in Rotterdam auch die *Aktion Sühnezeichen* und die EKD vertreten waren.[1090] Am 16. November 1968 wurde das Gebäude eingeweiht und dem neu

---

[1084] Hammerstein an Müller, dat. 26. Januar 1962 [EZA 97/735]

[1085] Bundespräsident Gustav Heinemann (SPD) anlässlich seines Staatsbesuches am 25. November 1969 in Rotterdam, zit. nach Protokoll 1/70 der Vorstandssitzung vom 12. Januar 1970, dat. 13. Janauar 1970 [1/1 Konsistorium EKiBB Generalia Nr. 488 Aktion Sühnezeichen 1970-1972]

[1086] vgl. Schlussabrechnung für das Visser't Hooft-Haus in Rotterdam, Hammerstein an Ev. Kirche von Berlin, dat. 1. Juni 1970 [1/1 Nr. 488], s.a. Abschnitt 5.1.3 Ökumenisches Institut Rotterdam und das „Damoklesschwert" des Konkurses

[1087] Klaus Wilm berichtete seinem Vater von Querschlägen durch Gotthard Kutzner, der vor Projektbeginn die formale Projektträgerschaft und die Finanzierung sicherstellen wollte und dies in einem Brief an Hans Fischer, dem Pfarrer der deutschen evangelischen Gemeinde in Rotterdam, einforderte. Kutzner an Fischer, o.D., Klaus Wilm an Ernst Wilm, dat. 7. Mai 1965 [LkAEKvW Bestand 0.1 Nr. 66]

[1088] Typoskript „Aktion Sühnezeichen" in Rotterdam, dat. Oktober 1965, gez. Oekumenischer Rat der Stadt Rotterdam, Beilage zu Rundschreiben der Aktion Sühnezeichen vom 24. Januar 1966, gez. Klaus Wilm [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd.1]

[1089] Vermerk: Tagung Stichting Rotterdam in Sachen Aktion Sühnezeichen, am 7. Dezember 1966, dat. 12. Dezember 1966, gez. [Oberkirchenrat] Dr. [Reinhard] Freese [LkAEKvW O.1 Nr. 61]

[1090] Typoskript „Aktion Sühnezeichen" in Rotterdam, dat. Oktober 1965, gez. Oekumenischer Rat der Stadt Rotterdam, Beilage zu Rundschreiben der Aktion Sühnezeichen vom 24. Januar 1966, gez. Klaus Wilm [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd.1]

gegründeten Verein *Stichting Gebouw Oecumenisch Centrum in Rotterdam* übergeben.[1091] Ab 1970 ist die Benutzung des Gebäudes durch das Institut *Ecumenical Research Exchange* dokumentiert, an dem Universitäten, Kirchen und Gewerkschaften beteiligt waren.[1092] Das Budget der Einrichtung wurde 1971 noch zu 90 % von der EKD getragen, 1976 betrug der Anteil der EKD dank der Beiträge niederländischer Kirchen nur noch 56%.[1093] Zu den Aktivitäten zählten Initiativen zur Stärkung der Friedensverantwortung westeuropäischen Kirchen in den westeuropäischen Integrationsprozessen, ein Studienprojekt zur „Verantwortung der Kirchen angesichts der friedensgefährdenden Beziehungen Westeuropas zum südlichen Afrika, zur Arbeit an Modellen zur Friedensverantwortung auf transnationaler, nationaler und lokaler Ebene".[1094] Auf Betreiben des Rates der EKD wurde in Zusammenarbeit mit der *Evangelischen Forschungsgemeinschaft* in Heidelberg ein Zweig der Friedensforschung eingerichtet.[1095] Die langfristig wahrgenommene Verantwortung zunächst eines Komitees der finanzierenden Evangelischen Landeskirchen, später der EKD zählt zu den Besonderheiten dieses Sühnezeichen-Bauwerks.[1096]

Rotterdam nahm für die *Aktion Sühnezeichen* als eine von der deutschen Wehrmacht fast völlig zerstörte Stadt eine besondere, hinsichtlich ihres Symbolwertes mit Coventry vergleichbare Rolle ein. In seiner Korrespondenz mit dem niederländischen Ökumeniker Hendrik Kraemer hatte Kreyssig mehrfach um Vermittlung gebeten, um „ein Haus der Begegnung als oekumenisches Wahrzeichen zu bauen", „wo immer sie wollen, wie uns scheint, aber am besten in Rotterdam". „Frankreich in Taizé und England in Coventry", so Kreyssig, sollten „mit einem repräsentativen Sühnezeichen nicht allzu lange einen scheinbaren Vorrang haben".[1097] Als „Haus der Ökumene" erwähnte Kreyssigs das Rotterdamer Projekt bereits im September 1960.[1098]

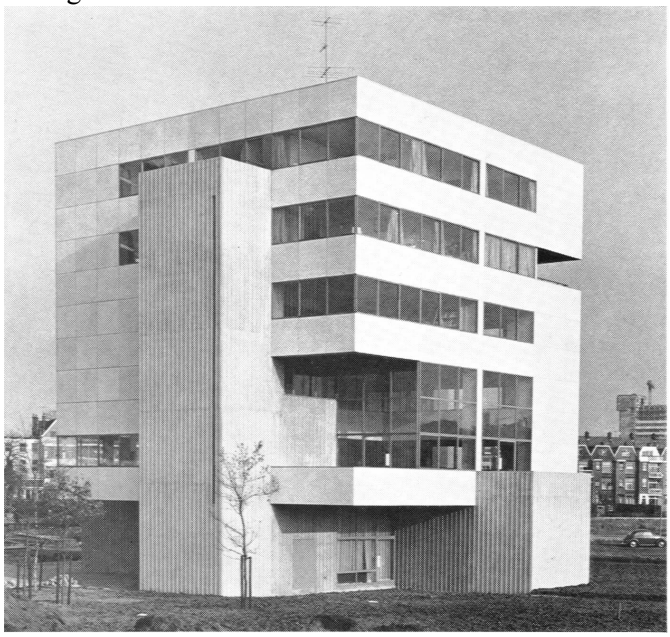
Zu Rotterdam bestanden zwei persönliche Verbindung aus dem kirchlichen Sühnezeichen-Netzwerk: zum einen stammte Johannes [Joop] Siezen (1911-1990) aus Rotterdam, wo sein Vater Bürgermeister war.[1099] Siezen war ab 1959 als „fraternal worker" bei der Evangelischen Industriejugend tätig und war über diesen Weg zur *Aktion Sühnezeichen* gestoßen.[1100] Zum anderen gab es eine Verbindung zum Pastor der der Evangelischen Kirche in Deutschland zugehörigen Deutschen Evangelischen Gemeinde in Rotterdam Hans [Robert Heinrich Johannes] Fischer, der seit den frühen 1950er Jahren in Rotterdam wirkte.[1101] Fischer war über die Ehe seiner Tochter Dorothea mit Klaus Wilm, dem Sohn des Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Ernst Wilm verschwägert. Ernst Wilm zählte zu den maßgeblichen Mitgründern und Unterstützern der *Aktion Sühnezeichen*, sein Sohn Klaus war ab Ende 1963 als Geschäftsführer bei der *Aktion Sühnezeichen* angestellt und bis zu seiner Demission 1966 für den Fortgang des Projekts Rotterdam verantwortlich. Hans Fischer war im November 1961 von Hans-Richard Nevermann in die Verhandlungen mit dem Oekumenischen Rat in Rotterdam einbezogen worden.[1102] In einem Vermerk an die EKD-Kirchenkanzlei bezeichnete der für die Abwicklung seitens der EKD

[1091] K. Corneslisse, Deutsches Geschenk bereichert Rotterdam, in *Rotterdam Offizielle Zeitschrift der Stadt Rotterdam*, 7. Jg. 1969, 1, S. 13-16.
[1092] Meldung der Fertigstellung, Geouw oecumenisch centrum, dat. 8. Oktober 1970, gez. J. van Veldhuizen [LkAEKvW C 20-19/1 Bd. 1 Fasc. 2]
[1093] Jahresbericht 1976 des Ecumenical Research Exchange (ERE) im Dr. W.A. Visser't Hooft Centrum [LkAEKvW C 20-19 Bd. III 1977-1982]
[1094] ebd.
[1095] vgl. Schlussabrechnung für das Visser't Hooft-Haus in Rotterdam, Hammerstein an Ev. Kirche von Berlin, 1. Juni 1970 [LABB 1/1 Nr. 488]
[1096] vgl. Abschnitt 5.1.3 Ökumenisches Institut Rotterdam und das „Damoklesschwert" des Konkurses
[1097] Kreyssig an Kraemer, dat. 2. Oktober 1961 [EZA 97/899]; in einem früheren Schreiben bat Kreyssig um Unterstützung für Rotterdam-Projekt, Kraemer sollte ein „empfehlendes Wort an den Bürgermeister von Rotterdam richten, mit dem Sie aus der Widerstandszeit befreundet sind". Kreyssig an Krämer, dat. 8. August 1961 [EZA 97/249]
[1098] Rundschreiben an Kirchenleitungen Evangelischer Landeskirchen, dat. 8. September 1960, gez. Kreyssig [EZA 104/618]
[1099] Für biographische Daten danke ich der zweiten Ehefrau Ursula Kirch-Reichstein und der dritten Ehefrau und Witwe nach Joop Siezen, Dr. Sigrid Siezen [Telefongespräche am 11., 16. sowie 20. Februar 2004]
[1100] In seinem Schreiben an den Ökumenischen Rat der Stadt Rotterdam vom April 1961 bezog sich Kreyssig auf Siezen. Vgl. Kreyssig an Sekretariat Plaatselijke Oecumenische, dat. 25. April 1961 [EZA 97/734] Im Schreiben an die Freiwilligen in Joure/Friesland erwähnte Kreyssig zur gleichen Zeit, dass Siezen Verhandlungen über ein Sühnezeichen in Rotterdam führte. Vgl. Kreyssig, dat. 24. April 1961 [EZA 97/704]
[1101] vgl. Akten des Kirchlichen Außenamtes EZA 6/812 Holland Rotterdam 10.1958 - 10.1960
[1102] Bericht über meine Reise vom 20. bis 25. November 1961 nach Wuppertal, Münster, Rotterdam, Brüssel und Quaregnon und Düsseldorf, dat. 4. Dezember 1961 [EZA 97/947]

eingesetzte Kirchenrat Reinhard Freese Fischer sogar als „Erfinder“ des Projekts.[1103] Fischer fungierte jedenfalls als Vertreter der *Aktion Sühnezeichen* für das Projekt des Ökumenischen Zentrums und berichtete dem kirchlichen Außenamt der EKD, das für seine Gemeinde ressortzuständige EKD-Organ, über den Fortgang der Dinge. 1964, als das Projekt in Pressekonferenzen in der BRD und in den Niederlanden vorgestellt wurde, berichtete Fischer über das Presseecho: „Alle Tageszeitungen in Rotterdam berichteten mit ausführlichen Artikeln und Fotos der Maquette“.[1104] An gleicher Stelle führte Fischer aus, dass das Ökumenische Institut in der zeitgenössischen Topographie Rotterdams „ein geistiges Gegenüber“ zu dem Mahnmal von Ossip Zadkine „Die zerstörte Stadt“ (1953) wäre.[1105]

Das Projekt wurde mit einer Grundsteinlegung durch Ernst Wilm am 19. März 1966 auf einem von der Stadt Rotterdam über eine sogenannte Erbpacht zur Verfügung gestellten Grundstück[1106] in Angriff genommen. Die Umsetzung des Projekts mit der Beteiligung von deutschen Freiwilligen erwies sich als Stolperstein: Es fehlten die notwendigen Zimmerleute und Betonierer. Wie der aus Berlin zur Baukontrolle entsandte Architekt Ewald Bubner im September 1966 berichtete, wäre aus diesem Grund der Bau bereits 10 Wochen in Verzug geraten und bei Fortschreibung des bisherigen Tempos eine Bauzeitverlängerung von mindestens einem Jahr zu erwarten. Deshalb, so Bubner, hätte die niederländische Baufirma Mokveld bereits angeboten, „den Bau völlig in eigener Regie ohne eine Freiwilligengruppe der Aktion Sühnezeichen auszuführen“. Trotz der einbekannten Schwierigkeit, Baufacharbeiter für die Mitarbeit in Rotterdam zu rekrutieren, wollte die Berliner Sühnezeichen-Führung auf die Mitarbeit einer Freiwilligengruppe aber nicht verzichten.[1107]

Abbildung: Außenansicht Ökumenisches Institut Rotterdam[1108]



[1103] Freese an Kirchenkanzlei EKD Hannover, dat. 20. Mai 1980 [LkAEKvW C 20-19 Bd. III 1977-1982]
[1104] Bericht über die Pressekonferenzen in Rotterdam und Düsseldorf über die Aktion Sühnezeichen am 13. und 14. Mai 1964, dat. 14. Juli 1964, gez. Hans Fischer [EZA 6/813]
[1105] Ebd.
[1106] Freese an OKR Wilkens Hannover, dat. 15. Februar 1977 [LkAEKvW C 20-19 Bd. III 1977-1982]
[1107] Vermerk über Referentenbesprechung am 6. September 1966, dat. 9. September 1966 [EZA 97/950]
[1108] Diese und die folgende Abbildung sind entnommen aus: K. Corneslisse, Deutsches Geschenk bereichert Rotterdam, in *Rotterdam Offizielle Zeitschrift der Stadt Rotterdam*, Quartalsausgabe 7. Jg. 1969, Nr. 1, S. 13-16

Abbildung: Mehrzweckhalle des Ökumenischen Instituts Rotterdam

Die ursprüngliche Bedeutung des Gebäudes als Sühnezeichen trat zunehmend in den Hintergrund.[1109] Der bis in die 1980er Jahre zuständige Referent der Westfälischen Landeskirche, Reinhard Freese resümierte 1980 gegenüber der EKD-Kirchenkanzlei in Hannover, „das Sühnezeichen scheint mehr und mehr aus dem öffentlichen Bewusstsein von Rotterdam verdrängt worden zu sein".[1110]

Das Gebäude ging Ende der 1980er Jahre in den Besitz der Stadt Rotterdam über und wurde von der Universität Rotterdam genutzt. Zum Zeitpunkt der Recherche war das Gebäude ungenutzt und stand vor einer neuen Nutzung bzw. vor dem Verkauf.[1111] Obwohl das Projekt aus den besten ‚Zutaten' – großes Budget, berühmter Architekt, prominente Namensgebung und 1969 sogar Würdigung durch den deutschen Bundespräsidenten Gustav Heinemann[1112] – bestand, war es als manifestes Sühnezeichen-Mahnmal wenig erfolgreich. Die Arbeit in den Niederlanden blieb allerdings festes Standbein der *Aktion Sühnezeichen*. Als Einsatzstellen haben sich vor allem Bildungszentren und Bildungseinrichtungen herauskristallisiert. Eine Aufstellung aus den frühen 1970er Jahren spiegelt diese Schwerpunkte wider.

Rosenstock-Huessy Huis, Haarlem
Stichting Europahuis, Bemelen bij Maastricht
Anne Frank Stichting, Amsterdam
Volkshogeschool Drankenburgh, Baarn (Utrecht)
Volkshogeschool Bergen NH
Mozes en Aarenkerk, Waterlooplein, Amsterdam
Vormingscentrum Oolgaardt, Arnhem
Vormingscentrum Pro Mundi Vita, Nijmegen[1113]

3.4 Bau-Erfolge in Norwegen

> Wir danken Gott und Euch, dass wir hier die Kokelv-Kapelle als ein deutsches Sühnezeichen für die Untaten in Norwegen in den Jahren 1940-1945 bauen durften. Die Bauzeit vom 26. Mai bis zum 8. Dezember 1960 in Kokelv war voll Freude und Reichtum für uns. Gott segne Euch und Eure Kirche. Gott segne Euren Ausgang und Eingang. 1. Sonntag im Advent 1960 (Kircheneinweihung).[1114]

[1109] Freese an Kirchenkanzlei EKD Hannover, dat. 20. Mai 1980 [LkAEKvW C 20-19 Bd. III 1977-1982]
[1110] Freese, Bremen an Kirchenkanzlei EKD Hannover, dat. 20. Mai 1980 [LkAEKvW Akte C 20-19 Bd. III 1977-1982]
[1111] Diese Information stammt von Frau Hannelore Daane-Elfring, die seitens der EKD mit der Vertretung ihrer Interessen im Kuratorium des Vereins beauftragt wurde. [Telefonat mit Frau Daane-Elfring am 23. November 2004]
[1112] Teil-Abschrift Kreyssig an Heinemann, 17. Oktober 1969 an Freese, Smidt, Schaffenorth, Fischer, Eichborn; aus Anlass von Heinemanns Staatsbesuch in den Niederlanden und Besuch des ökumenischen Zentrums [LkAEKvW Akte C 20-19/1 Bd. I 1968-1970 Fasc. 1 (2)]
[1113] Projektgliederung, Stand September 1972 [EZA 670/366]
[1114] Deutsche Übersetzung der Inschrift, die nach Fertigstellung der Kirche in Kokelv wurde. Zitiert nach Auszug aus einem Manuskript „Notizen aus meinem Leben", Hans-Richard Nevermann, dat. April 1988, S. 66 [ASF]

Als zweites Bauprojekt der *Aktion Sühnezeichen* wurde 1959 ein Wirtschaftsgebäude für ein Behindertenzentrum in Nordnorwegen in Angriff genommen, dem bald darauf der Bau einer Kirche folgte. Diese ersten Sühnezeichen-Projekte in Norwegen gehen auf einen persönlichen Kontakt Kreyssigs mit dem norwegischen Kirchenführer Conrad Bonnevie Svendsen während seiner Teilnahme 1952 am Nordisch-Deutschen Kirchenkonvent in Sigtuna (Schweden) zurück. Svendsens Emissär Hendrik Hauge von der *Commission of Lutheran World Service* berichtete von einer, anhand der Archivunterlagen allerdings nicht belegbaren Vermittlung durch Kurt Scharf, der Svendsen von der *Aktion Sühnezeichen* berichtet und den Kontakt mit Kreyssig vermittelt haben soll.[1115] Svendsen war während der deutschen Besatzung Norwegens in der Widerstandsbewegung und Mitglied der ersten norwegischen Nachkriegsregierung unter Einar Gerhardsen vom 25. Juni bis 5. November 1945 als Minister ohne Portefeuille, entsandt von der Partei der Widerstandskämpfer Heimatfront.[1116] Svendsen traf am Rande seines Besuchs in Meißen, zu dem er anlässlich einer Tagung des Nordisch-Deutschen Konvents angereist war, mit zwei Vertretern Kreyssigs zusammen. Dabei bekräftigte Svendsen seine Zustimmung zu einem Sühnezeichen in Norwegen und berichtete, dass er unter anderen dem norwegischen Parlamentspräsidenten vom Sühnezeichen-Vorhaben berichtet hätte, „der die Sache freudig gutgeheißen hat".[1117] Im Gedächtnisprotokoll vermerkte Kreyssig das Stimmungsbild:

> Die Stimmung gegen die Deutschen ist in Norwegen nach wie vor nicht gut. Aber auch die Norweger selbst haben es nötig, aus einem gewissen selbstgefälligen Ressentiment herausgeholt zu werden, das sie besonders unter den Mitgliedern der Widerstandsbewegung in einer nach rückwärts gewandten Weise pflegen. Ein gewisses Hindernis ist, dass Norwegen dauernd ein gewisses Überangebot an Arbeitskräften hat, so dass das Unternehmen *Sühnezeichen* auf eine billige Weise damit abgewehrt werden kann, dass es die Beschäftigungslage störe, S[vendsen] ist daher zum Teil auf die ablehnende Bemerkung gestoßen, warum [man] sich nicht damit begnügen wolle, einfach Geld zu geben.[1118]

Mit einjährigem Abstand erinnerte sich Bonnevie-Svendsen selbst daran, dass er „mehr oder weniger zufällig in diese Sache in Norwegen hinein gekommen" wäre und anfangs „ziemlich zögernd" reagiert hätte. Erst „Konsultationen" in Norwegen ließen ihn wagen, einen praktischen Vorschlag zu machen.[1119] In Abstimmung mit dem zuständigen Landesbischof Alf Wiig in Tromsø wählte Bonnevie-Svendsen ein besonders forderndes Projekt, aus der Perspektive der Freiwilligen wahrscheinlich das schwierigste aller Bauprojekte für die *Aktion Sühnezeichen*: In Borkenes, im äußersten Norden des Landes gelegen, sollten Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen* unter den gleichermaßen unwirtlichen wie ungewohnten klimatischen Bedingungen jenseits des Polarkreises ein Wirtschaftsgebäude für ein Behindertenheim – einen dreistöckigen Bauernhof mit einer Grundfläche von 400 qm für die Arbeitstherapie mit den Heimbewohnern – bauen. In Kreyssigs Gesprächsprotokoll ist dazu vermerkt, dass das Sühnezeichen nach Svendsens Meinung „eine ansehnliche Sache werden" müsste, „wenn es den Zweck erfüllen soll".

Mit Bonnevie-Svendsens Zustimmung ließ Kreyssig in westdeutschen Zeitungen einen Aufruf an vormalige Wehrmachtssoldaten für den Einsatz in Norwegen veröffentlichen, allerdings ohne dokumentierten Erfolg.[1120] Bei den norwegischen Empfängern fiel die Sühnezeichen-Initiative auf viel fruchtbareren Boden. War es wie beim ersten Projekt in den Niederlanden auch in Norwegen ein kirchliches Netzwerk, das zu einem kirchlichen Projekt führte, so kam im Falle Norwegens die Übereinstimmung im religiösen Verständnis hinzu. Der Leiter des Kinderheims für geistig Behinderte

---

[1115] so wird Hauge zitiert in Broschüre: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. 30 Jahre in Norwegen. Hrsg. von Veline Backofen; Eigenvervielfältigung, S. 15 o.D. [1989, ASF-Büro Oslo; für die leihweise Überlassung der Broschüre danke ich Veline Backofen]

[1116] http://odin.dep.no/smk/engelsk/regjeringen/tidl-regjeringer/099005-990692/index-dok000-b-n-a.html, 21. Januar 2004; Sühnezeichen-Quellen bezeichnen Bonnevie Svendsen als Kultusminister [siehe Broschüre: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. 30 Jahre in Norwegen. Hrsg. von Veline Backofen; Eigenvervielfältigung o.D. [1989, ASF-Büro Oslo, S. 29]

[1117] Vermerk über Gespräch zwischen [Conrad] Bonnevie Svendsen, dem norwegischen Pfarrer [Hendrik] Hauge (Leiter des Norwegischen Institutes für zwischenkirchliche Beziehungen) und den Mitarbeitern Kreyssigs, [Berthild] Scheiff und Amtmann [Fritz Wilhelm] Weber, dat. 26. April 1959, gez. Kreyssig [EZA 97/346].

[1118] Ebd.

[1119] Bonnevie-Svendsen an Landesbischof Hanns Lilje, Hannover, dat. 12. Januar 1960 handschriftlich [LAELLH L3/III Nr. 1012]

[1120] Aufrufe in Cellesche Zeitung und im Tagesspiegel, jeweils 5. August 1959, Spandauer Volksblatt 8. August 1959 [EZA 97/947]

Nord-Norges Åndssvakehjem in Trastad Gård, Pastor Johannes Gilleberg, dem das Sühnezeichen-Projekt durch Svendsen ‚zugeteilt' worden war, sandte vier Wochen nach Beginn des Sühnezeichen-Einsatzes einen überschwänglichen Brief:

> Ich habe in den letzten Tagen das Sühnezeichen erlebt, nicht nur den Namen, aber auch in Wirklichkeit, wie es sich hier entwickelt. Für viele norwegische Freunde und auch für mich ist es so geworden, dass diese Aktion der Wille Gottes ist. Eine der wirklichen Wahrheiten im Leben ist der Gedanke von Sühne zwischen den Menschen, eben dies, dass wir unter einander Bürde tragen.[1121]

Im Folgenden schrieb Gilleberg mehrmals von der Botschaft von Jesus Christus, die durch die *Aktion Sühnezeichen* zum Ausdruck käme. Das Bauwerk selbst bezeichnete Gilleberg an zwei Stellen als unwesentlich, während er die symbolische Bedeutung des Sühnezeichens unterstrich:

> Ich halte es für wichtig dass wir alle klar verstehen, die wir hier auf Trastad sind, dass das, was wir auf Trastad bauen, kein Menschenwerk ist, oder sein soll, sondern der Friedensgedanke Gottes in [Gestalt] der Unvollkommenheit der Menschen. Durch Demut und wahre Liebe muss es gelingen, ja, im Namen des Sühnezeichen.[1122]

Bennevie-Svendsen fand in seinem Schreiben an den Hannover Landesbischof Hanns Lilje zu einer ähnlichen Sprache und sah die Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* vom Heiligen Geist inspiriert: „Ich bin gewöhnlich ziemlich nüchtern. Hier habe ich aber keine Erklärung für was geschehen ist – für den guten Geist der Gruppe – wenn nicht der Geist das alles leitet."[1123] Dabei war die *Aktion Sühnezeichen*, wie der Geschäftsträgers der BRD-Botschaft in Oslo gegenüber Müller-Gangloff ausführte, nicht die erste Organisation, die einen der Versöhnung gewidmeten Arbeitseinsatz in Norwegen durchführte. Im Sommer 1957 war ein „offenbar aus ähnlichen Gedanken entstandenes Hilfsdienstlager in Ravneberghaugen" durchgeführt worden, organisiert von der deutschen *Nothelfergemeinschaft der Freunde* (Quäker) mit jugendlichen Quäkern aus der BRD, Dänemark, Großbritannien und Schweden. Schon dieser Arbeitseinsatz – Bau einer 600 Meter langen Zufahrtsstraße zu einem Erholungsheim – hatte eine positive Resonanz in der norwegischen Öffentlichkeit erhalten.[1124]

Bei der Inszenierung des Sühnezeichen-Einsatzes in Norwegen wurden sämtliche Register für einen gelungen Auftritt in der deutschen und norwegischen Öffentlichkeit gezogen. Die Gruppe aus 26 Männern und vier Frauen wurde am 1. September 1959 namens des Bürgermeisters und des Senats Hamburg im dortigen Rathaus offiziell empfangen und verabschiedet. In Anwesenheit des norwegischen Generalkonsuls Arnoldus Kolstad gab die Hamburger Senatorin Kiep-Altenloh den Teilnehmern die Wünsche der Hansestadt für „diese aus christlicher Verantwortung erwachsene Tat" mit. Kolstad sagte beim Empfang: „Grenzen müssen fallen für die Menschen, damit nicht Menschen fallen für die Grenzen."[1125] Weiters wurden Grußadressen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt und des Oberbürgermeisters von Köln Theo Braun verlesen.[1126]

Nach der Ankunft der Gruppe in Norwegen wurden die Sühnezeichen-Freiwilligen ebenfalls formell, wenngleich in kleinerem Rahmen empfangen. In der Deutschen Gemeinde fand am 6. September ein Empfang durch Pastor Graf zu Lynar statt.[1127] An diesem „Kirchencafé" nahm nicht nur Conrad Bonnevie Svendsen teil, der die Gruppe offiziell in Norwegen begrüßte, sondern auch der Geschäftsträger der BRD-Botschaft in Oslo. Die norwegische Presse berichtete kurze Zeit danach.[1128] Aus Deutschland reiste Ralph

---

[1121] [sprachliche Fehler korrigiert, Anm] Johannes Gilleberg an Kreyssig, dat. Borkenes, 21. Oktober 1959 [LAELLH B1/6848, B, BII]
[1122] Johannes Gilleberg, Trastad Gard, Borkenes, an Lothar Kreyssig, Berlin, dat. 21. Oktober 1959 [die zit. Passage wurde sprachlich korrigiert]
[1123] Bonnevie-Svendsen an Landesbischof Hanns Lilje, Hannover, dat. 12. Januar 1960 handschriftlich [LAELLH L3/III Nr. 1012]
[1124] Legationsrat I.Kl. Edgar von Schmidt-Pauli an Müller-Gangloff, dat. 4. Februar 1959. Müller-Gangloff hatte Schmidt-Pauli am 4. Dezember 1958 kontaktiert unter Berufung auf Kreyssigs Kontakt mit Abgeordneten Erling Wikborg auf der Ökumen. Konf. Evanston 1954. [EZA 97/346]
[1125] zitiert nach Typoskript Auszug aus einem Manuskript „Notizen aus meinem Leben" von Hans-Richard Nevermann, dat. April 1988, S. 17
[1126] Typoskript, Auszug aus einem Manuskript „Notizen aus meinem Leben" von Hans-Richard Nevermann, dat. April 1988, S. 16
[1127] Rundschreiben an Eltern und Angehörige der Norwegenmannschaft, dat. 14. Oktober 1959, gez. Weber [EZA 2/5839]
[1128] 30 junge Deutsche nach Norwegen zur Sühneaktion in *Osloer Morgenpost* am 7. September 1959 [Ebd.]

Giordano[1129] an, der die *Aktion Sühnezeichen* in der *Berliner Allgemeinen, Wochenzeitung der Juden in Deutschland* mit einem Artikel „Entwicklung nach vorn - Aktion Sühnezeichen in Norwegen" pries.[1130]

Nach den Erinnerungen Nevermanns war man auf die operative Umsetzung des Bauprojekts in Nordnorwegen aber nicht vorbereitet.[1131] Eine ernsthafte unerwartete Hürde ergab sich schon beim Grenzübertritt: aufgrund der Werkzeuge im Gepäck wurde von den norwegischen Grenzbehörden eine Arbeitsbewilligung für Norwegen als Voraussetzung für den Grenzübertritt verlangt.[1132] Noch während der mehrtägigen Reise gegen Norden kam es zu Fehlverhalten von Freiwilligen, die sich „wie Soldaten nach dem Manöver" verhielten.[1133] Schließlich sollten sich die Informationen über die klimatischen Bedingungen als falsch erweisen. Nach einer ersten Auskunft wären Bauarbeiten im Winter möglich, „weil der Golfstrom wärmt".[1134] Tatsächlich herrschten traditionell widrige Witterungsverhältnisse, die selbst norwegische Baufirmen von Außenarbeiten abhielten und auf die die 30 Sühnezeichen-Freiwilligen nicht vorbereitet waren.[1135]

Die Gruppe war angehalten, ein Tagebuch zu führen, um ihre Tätigkeit auf der Baustellung und darüber hinaus hinsichtlich Gruppendynamik und Auftreten als Sühnezeichengruppe vor Ort zu dokumentieren. Das redigierte Manuskript wurde vervielfältigt und sowohl an die Angehörigen und Eltern der Mannschaft wie auch an Mitglieder im Führungskreis und an fördernde Landeskirchen gesandt. Das Tagebuch der ersten Norwegen-Gruppe vermittelt vor allem einen Eindruck der enormen Arbeitsleistung, die zu einem guten Teil manuell verrichtet werden musste. Die Arbeitspensen der ersten Norwegen-Gruppe waren sowohl hinsichtlich der Intensität (etwa das Entladen von 950 Sack Zement, Ausladen und Stapeln von 20.000 Ziegelsteinen), wie der Quantität (Arbeitstage bis spät abends, auch an Wochenenden) hoch.[1136]
Das Wirtschaftsgebäude für das Behindertenheim[1137] wurde in nur knapp mehr als sechs Monaten fast ganz fertiggestellt, und die Heimkehr der Gruppe gestaltete sich wie ein Triumphzug.[1138] Bonnevie-Svendsen war voll des Lobes und beeindruckt über die Wirkung der *Aktion Sühnezeichen*: „Die äußere Seite ist auch gut. Mehr und mehr Leute verstehen die Idee und sind tief beeindruckt."[1139] Im Sommer 1970 reisten einige der ehemaligen Freiwilligen mit Richard Nevermann erneut nach Borkenes, um auf eigene Faust bei der Renovierung des Gebäudes mitzuhelfen.[1140] Das positive Feedback des Sühnezeichen Bauwerks in Norwegen ermutigte zu einem zweiten, fast unmittelbar anschließenden Projekt in Norwegen. Im noch weiter nördlich gelegenen Kokelv bei Hammerfest wurde eine Kirche mit über 100

[1129] Giordano war als halbwüchsiger Jude während des Nationalsozialismus der Verfolgung ausgesetzt; ab 1958 war er Berichterstatter von verschiedenen Strafgerichtsprozessen gegen NS-Kriegsverbrecher. Seine Eindrücke daraus und seine kritische Einschätzung der (bundes)deutschen Bevölkerung über den – mangelnden – Umgang mit ihrer eigenen Zeitgeschichte fasste er in einem Standardwerk zusammen [Giordano, Ralph, Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein (1987). Hamburg, Zürich: Rasch und Röhring Verlag..]
[1130] *Berliner Allgemeine, Wochenzeitung der Juden in Deutschland,* 25. September 1959
[1131] Neben der sachgerechten Ausführung des Bauwerkes – des Sühnezeichens – selbst, kamen Gruppenleiter Nevermann Aufgaben als Mediator und Animateur innerhalb der Gruppe, als Vertreter der Berliner Zentrale mit Disziplinierungsvollmacht gegenüber der Gruppe, mit Repräsentationspflicht gegenüber dem Partner und der Öffentlichkeit am Einsatzort zu. Nevermann verantwortete auch die Planung und Verteilung der Finanzen, die Kassaführung und Buchhaltung.
[1132] Typoskript, Auszug aus einem Manuskript „Notizen aus meinem Leben" von Hans-Richard Nevermann, dat. April 1988, S. 17
[1133] Ebd, S. 19 In seinen Erinnerungen erwähnt Nevermann wiederholt mangelhaftes Benehmen von Freiwilligen, das er mittels einer Reihe von Maßregelungen in den Griff zu bekommen versuchte. Auf Nevermanns Erfahrung beruhte eine so genannten Lebensordnung für Freiwillige, zu deren Einhaltung sich Gruppenmitglieder zu Beginn des Einsatzes verpflichten mussten.
[1134] Vermerk über das Gespräch [Conrad] Bonnevie Svendsen, dem norwegischen Pfarrer [Hendrik] Hauge (Leiter des Norwegischen Institutes für zwischenkirchliche Beziehungen) swoie [Berthild] Scheiff und [Fritz Wilhelm] Weber, dat. 26. April 1959, gez. Kreyssig [EZA 97/346].
[1135] Dass die Gruppe doch den Winter über arbeitete, trug ihr eine Kampagne der deswegen unter Druck geratenen Gewerkschaften ein. [S. 31]
[1136] Tagebuchbericht an Eltern und Angehörige der Norwegenmannschaft, dat. 14.11.1959, Fritz Wilh. Weber [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd. II]
[1137] zu seiner Zeit das größte in Norwegen, so Kreyssig unter Bezugnahme auf Gilleberg. Kreyssig an Kunst, dat. 17. August 1959 [EZA 87/1004]
[1138] Typoskript, Auszug aus einem Manuskript „Notizen aus meinem Leben" von Hans-Richard Nevermann, dat. April 1988, S. 39
[1139] Bonnevie-Svendsen an Landesbischof Hanns Lilje, Hannover, dat. 12. Januar 1960 handschriftlich [LAELLH L3/III Nr. 1012 Kanzlei Hanns Lilje]. Das Schreiben stand im Zusammenhang mit einer Unterstützung Bonnevie-Svendsens für Kreyssigs Ansuchen beim Lutherischen Weltbund um Unterstützung für das zweite Projekt in Norwegen. Diese wurde am gleichen Tag, an dem Bonnevie-Svendsen seinen Brief schrieb in Höhe von USD 10.000 gewährt. [Lutherischer Weltdienst, Deutscher Hauptausschuss an Bonnevie-Svendsen, dat. 26. Januar 1960, gez. Schulze; LAELLH L3/III Nr. 1012 Kanzlei Hanns Lilje]
[1140] E. Goeken, Trastad Gaard – ein Rückblick im Jahr 1989. In Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. 30 Jahre in Norwegen. Hrsg. von Veline Backofen; Eigenvervielfältigung o.D. [1989, ASF-Büro Oslo], S. 24f.

Sitzplätzen für die Gemeinde der ethnischen Minderheit der Seesamen errichtet, die dem Laestadianismus, einer nach dem Lutherischen Pfarrer Lars Levi Laestadius benannten Konfession, angehörte. Das Projekt war, wie bei Borkenes, von Conrad Bonnevie Svendsen gemeinsam mit dem zuständigen Tromsøer Bischof Alf Wiig eingefädelt worden.[1141]

3.4.1 Paradigmenwechsel: Sozialdienste anstelle von Baueinsätzen

Nach diesen beiden erfolgreichen Bauprojekten wollte man trotz Svendsens Anforderung kein weiteres Gebäude in Norwegen errichten.[1142] Beim ersten Projekt in Trastad Gård/Borkenes war es zu einer unerwarteten finanziellen Nachforderung für die (aus therapeutischen Gründen erforderliche) Einrichtung des Wirtschaftsgebäudes gekommen. In seinem Brief an Kunst argumentierte Kreyssig mit Prestigegründen, die die *Aktion Sühnezeichen* zur Zahlung verpflichten würden

> ... so unerwartet die Restforderung war, so verpflichtend erwies sie sich bei der Überprüfung. Unser Bau in Borkenes hatte sich allmählich zu einem von Norwegen überallher besuchten und bestaunten Ausstellungsstück entwickelt. So war es auch der Ehrgeiz der norwegischen Brüder, den Besuchern eine moderne und erstklassige technische Einrichtung zu zeigen. ... hätten wir, nachdem unser Bau in der öffentlichen Meinung in Norwegen so großartig durchkam, es hingehen lassen sollen, dass die Besucher erfuhren, das Gebäude hätten wir zwar selber bezahlt, die Inneneinrichtung aber zu bezahlen abgelehnt, so dass sie den Norwegern zu begleichen verblieben wäre?[1143]

Offener Finanzierungsbedarf nach der Fertigstellung sollte sich als das durchgängige Muster herausstellen. Der nach jedem einzelnen Bauprojekt entstandene nachträgliche Finanzierungsbedarf bremste die Entwicklung der *Aktion Sühnezeichen* ebenso wie das ab Mitte der 1960er Jahre auftretende Problem, dass die Bewerber nicht mehr die benötigten Qualifikationen für Bauarbeiten aufwiesen, sodass, vor allem bei größeren Bauprojekten, Fremdfirmen beschäftigt werden mussten, was die Spirale erhöhten Finanzierungsbedarfs beschleunigte. Die in späteren Jahren dadurch entstandenen Bauverzögerungen wirkten sich in Folge über die inflationsbedingte Erhöhung der Baukosten erneut negativ auf das Budget aus.[1144] Die unzureichenden finanziellen Ressourcen waren schon zu dem frühen Zeitpunkt dafür ausschlaggebend, dass in Norwegen 1963 mit der Entsendung von Freiwilligen für Sozialdienste begonnen wurde. Diese Zäsur in der Sühnezeichenprogrammatik wurde durch den Überhang von weiblichen Freiwilligen begünstigt, die bei Bauprojekten nur in geringer Zahl und vor allem für ‚weibliche' Aufgaben, wie für Haushaltsführung, eingesetzt waren. Beim Jahrestreffen 1962/63 übergaben 21 Teilnehmerinnen eine Petition an den Leitungskreis, die für Interessentinnen die Möglichkeit eines sozialen Dienstes in Norwegen und „möglicherweise auch" in Israel einforderte.[1145]

Schon 1963 kam es zur Entsendung von 20 weiblichen Freiwilligen nach Norwegen als „Sozialer Einsatz von Mädchen im Rahmen der Aktion Sühnezeichen in Norwegen". Bei diesem Einsatz übernahm die *Aktion Sühnezeichen* lediglich Reisekosten und Taschengeld; die norwegischen Partner trugen Versicherung, Unterkunft und Verpflegung. Für einen zehnmonatigen Einsatz, so eine erste Kalkulation der Sühnezeichen-Leitung, war mit etwa 20.000 DM Kosten zu rechnen.[1146] Die Betreuung und Verteilung der Freiwilligen auf ihre Arbeitsplätze in Norwegen übernahmen der Pfarrer der Deutschen

---

[1141] Ein entsprechendes Telegramm von Nevermanns Schwiegervater Rohde war bereits am 15. Oktober 1959 bei Kreyssig eingetroffen, nur ein einhalb Monate nach Baubeginn in Borkenes, Trastad Gård. Kreyssig an Scharf und Hildebrandt, dat. 15. Oktober 1959 [EZA 609/88]

[1142] überlegt wurde 1963/64, einen weiteren Kirchenbau ähnlich dem von Kokelv in Altneset (Altafjord) um ein projektiertes Budget von 150.000 DM zu verwirklichen. Undatierte Projektaufstellung [EZA 97/947]

[1143] Kreyssig an Kunst, dat. 21. Dezember 1960 [EZA 742/447]

[1144] Volker von Törne hielt in einem Rundschreiben 1967 fest: „Nach Rotterdam und Glasgow sind in diesem Herbst keine neuen Gruppen geschickt worden, weil wir wegen der Finanzschwierigkeiten sehr langsam weiterbauen müssen. ... Für den Innenausbau haben wir vielfach nicht die qualifizierten Facharbeiter, so dass die Aufträge nach und nach - jeweils wenn genügend Geld vorhanden ist - an Firmen vergeben werden." Kurzbericht über Arbeit der Aktion Sühnezeichen BRD 1967, dat. 16. Oktober 1967, gez. Törne [EZA 2/5840]

[1145] Protokoll der Leitungskreissitzung vom Montag, den 28. Januar 1963, dat. 29. Januar 1963, gez. Volker von Törne, Punkt 5 [EZA 97/947]

[1146] Vermerk über Besprechung zwischen Franz von Hammerstein, Hans-Richard Nevermann und Volker von Törne, dat. 8.3.1963 [EZA 97/938]

Evangelischen Gemeinde in Oslo, Pfarrer Graf zu Lynar und Pastor Bonnevie-Svendsen.[1147] Die Koordination der Teilnehmerinnen in Berlin übernahm Hans-Richard Nevermann im Rahmen seiner Arbeit in der Evangelischen Gemeinde Berlin-Tempelhof. Zwei Jahre nach dem Start des Programms berichtete Koordinator Nevermann, dass „ca. 70 Teilnehmerinnen jeweils 6-12 Monate in drei Schwachsinnigenheimen, einem Krankenhaus, einem Jugendzentrum und einem Heim für schwer erziehbare Mädchen in Norwegen gearbeitet haben".[1148] Angestrebt wurde zudem, „den Norwegern ‚Mut zu machen', sich uns gegenüber auf einen Austausch von jungen Leuten einzulassen, für einen von Aktion Sühnezeichen betreuten diakonischen Einsatz nach Deutschland".[1149] Von der Verwirklichung dieses Vorschlags ist nichts bekannt.[1150] Ausgeweitet wurde das Programm allerdings ins benachbarte Finnland (in der Stadt Rovaniemi und kleineren Orten in der Umgebung), das von der deutschen Wehrmacht auf ähnlich zerstörerische Weise heimgesucht worden war wie die norwegische Finnmark.

Erste Einsatzstelle für den als „ökumenisch-diakonisch"[1151] bezeichneten Einsatz wurde 1963 das Behindertenheim *Nord-Norges Åndssvakehjem* in Trastad Gård/Borkenes. Bis 1981 wurde diese Sozialeinrichtung regelmäßig mit zwei bis drei Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* beschickt. Die Freiwilligen wurden – wie in zahlreichen anderen norwegischen Einrichtungen auch – in den Stellenplan der Institution integriert und ersetzten so Arbeitskräfte. Die vom norwegischen Staat für die Arbeitskräfte der Einrichtung zur Verfügung gestellten Gelder kamen, abzüglich eines Taschengeldes, das die Einrichtung den Freiwilligen auszahlte, der jeweiligen Sozialeinrichtung, so auch dem Behindertenheim Trastad Gård zugute. Während der 1970er Jahre konnte sich die *Aktion Sühnezeichen* als ein über bestehende Planposten hinausgehendes, zusätzliches Angebot vor allem hinsichtlich ergotherapeutischen Arbeitens mit den behinderten Heimbewohnern etablieren. Die Freiwilligen waren nun nicht mehr ausschließlich für die Pflegeroutine sondern für darüber hinaus gehende Aktivitäten mit den Heimbewohnern („Freizeitarbeit") verantwortlich. Als sich zu Beginn der 1980er Jahre die finanzielle Lage Trastad Gårds zuspitzte und die Sühnezeichen-Freiwilligen wieder auf Planposten in der Routinepflege eingesetzt werden sollten, wurde die Entsendung von Freiwilligen nach Borkenes 1981 eingestellt.[1152] Dieses Muster, dass Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen* für Einrichtungen des norwegischen Gesundheitswesens zu kostengünstigen Arbeitskräften auf Planposten werden sollten, worauf die Zusammenarbeit zwischen *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* und der jeweiligen Einrichtung mangels Entfaltungsmöglichkeiten der Freiwillige mit den zu betreuenden Patienten auf individueller Ebene (Freizeitgestaltung, Besorgungen etc.) abgebrochen wurde, wiederholte sich mehrmals (so 1987 mit Munkvoll Gård, 1978 mit Toftes Gave, 1984 mit dem Hjemmet for døve in Andebu, 1974 mit dem Hjemmet for døve in Oslo).[1153]
Das Programm der Sozialarbeit in Finnland und Norwegen wurde ab 1967 auf männliche Freiwillige ausgedehnt. Die Freiwilligen wurden in einem einwöchigen Kurs mit Referaten und Diskussionen, an denen auch ehemalige Sühnezeichenfreiwillige teilnahmen, vorbereitet. Die Freiwilligen übernahmen, soweit die Sprachkenntnisse ausreichten, neben Reinigungsarbeiten auch pflegerische Dienste, die als freiwilliges soziales Jahr in der BRD anerkannt wurden. Im Rahmen dieser Sühnezeichen-Sozialdienste verpflichteten sich die Freiwilligen für eine Mindestzeit von sechs Monaten, die aber in vielen Fällen noch während ihres Arbeitseinsatzes verlängert wurde.[1154]

[1147] Protokoll der Leitungskreissitzung am 11. Oktober 1963, dat. 23. Oktober 1963, gez. Volker von Törne [EZA 97/947]
[1148] Protokoll der Leitungskreissitzung am 27.Februar, dat. 26. März 1965 [EZA 97/947]
[1149] Bericht von Hans-Richard Nevermann an den Leitungskreis, am 29. November 1963 [EZA 97/947]
[1150] Im Protokoll der Exekutivsitzung vom 5. Juli 1966 wurde vermerkt, dass das Angebot des *Diakonischen Jahres*, „junge Norwegerinnen in Deutschland als diakonische Helferinnen aufzunehmen", von Nevermann geprüft werde. Protokoll, dat. 11. Juli 1966 [EZA 97/950]
[1151] so Nevermann in einem Rundbrief an ehemalige Norwegen-Freiwillige, dat. 1. Mai 1964, zitiert nach Broschüre: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. 30 Jahre in Norwegen. Hrsg. von Veline Backofen; Eigenvervielfältigung o.D. [1989, ASF-Büro Oslo], S. 40
[1152] Ebd., S. 41-43
[1153] Ebd., S. 54f., 55ff., 68ff., 98ff.
[1154] Sachlicher Bericht über die von der Aktion Sühnezeichen im Jahre 1967 durchgeführten Dienste, 1968, o.A. [EZA 97/46]

Die Änderung der Gestalt des Sühnezeichens vom konkret-anschaulichen, statischen Bauwerk zum dynamischen Sozialdienst, die zunächst vor allem auf finanziellen Erwägungen fußte, war ein wesentlicher inhaltlicher und struktureller Schritt für die Ende der 1960er Jahre erfolgende Öffnung der *Aktion Sühnezeichen* für Kriegsdienstverweigerer, deren vorgeschriebene Mindesteinsatzdauer 18 Monate betrug, ein Vielfaches der Einsatzdauer, die für die klassischen Sühnezeichen-Bauwerke aufgewendet worden war. Die sozialen Dienste bedeuteten eine Herausforderung für das Selbstverständnis, die in einer Bewertung anlässlich der ersten regulären Mitgliederversammlung innerhalb des neu gegründeten Vereins *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* 1969 deutlich wurde:

> Gerade auch die sozialen Dienste haben Sühnezeichen glaubwürdig gemacht, obgleich sie für die Freiwilligen oft entsagungsvoller sind als die Bauprojekte, weil die Früchte der Arbeit weniger sichtbar werden. Wir haben die Freiwilligen deshalb immer wieder ermutigt: Es ist in Israel, Polen oder der CSSR unerhört wichtig, dass Sühnezeichenfreiwillige alle Arbeiten tun und eben nicht nur solche, die guten Kontakt zu Menschen gewährleisten. Wir waren in der NS-Zeit die Herrenrasse, die nur bessere Arbeiten tat und die niedrigen Arbeiten den „minderwertigen" Völkern (Slawen, Juden, Negern usw.) überließ. Das wissen viele Menschen in diesen Ländern noch ganz genau. Für die Freiwilligen ist diese entsagungsvolle Arbeit ohne Gegenüber und ohne Echo sicher schwierig und oft unbefriedigend. Man wird jeweils einen Ausgleich in der Freizeit finden müssen. Sicher sollten wir die Auswahl niedriger Arbeiten auch nicht zum Prinzip erheben, aber wir dürfen uns bestimmt auch nicht um sie drücken. Gerade die Bereitschaft zu solchem Dienst macht uns glaubwürdig, und sie wird respektiert, auch wenn der einzelne Freiwillige wenig davon merkt. Das ist das Problem. Der einzelne ist überfordert, während Sühnezeichen als Ganzes durch diesen entsagungsvollen Dienst eine erstaunliche Tiefen- und Breitenwirkung erreicht hat.[1155]

Soziale Einrichtungen in Norwegen und Finnland waren ein wichtiger geographischer Schwerpunkten gegen Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre. Inhaltlich blieb die Arbeit in den skandinavischen Staaten auf Einrichtungen für Behinderte oder Alte fokussiert, im Gegensatz zu den anderen geographischen Schwerpunkten Frankreich, Großbritannien, Israel und den USA, wo der „Friedensarbeit" mit den sozialen Diensten eine gleichrangige Stellung zukam. Anfang der 1970er Jahre wurde eine Stagnation der Sühnezeichen-Arbeit in Norwegen erkannt:

> Es gibt gegenüber den Deutschen keine Vorbehalte mehr. Versöhnung ist eingetreten. Die Freiwilligen sind nur noch billige Arbeitskräfte, deren Botschaft nicht mehr interessiert. Die Hilfe für Entwicklungsländer ist besser und wichtiger.
> ... Aus den Argumenten [der Freiwilligen, Anm.] wird aber nur deutlich, dass sich Sühnezeichen in Norwegen nicht entwickelt hat. Man ist auf dem Ausgangspunkt vielfach stehengeblieben. Dass Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste nicht nur um Versöhnung sondern um Frieden bestrebt ist, d.h. Friedensmodelle mit Jugendlichen einüben will, wird oft vernachlässigt. Hier aber liegt der Grund zur Weiterarbeit.[1156]

Die inhaltliche Gestaltung der Arbeitseinsätze in Norwegen unterlag jedoch behördlichen Restriktionen: in einer Vereinbarung zwischen der Osloer Einwanderungsbehörde Statens Utlendingskontor und der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* vom 23. April 1979, die als Rahmenvereinbarung die Gewährung von 18-monatigen Aufenthaltsgenehmigungen für insgesamt 15 Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen* garantierte, wurden die Arbeitsfelder auf soziale, diakonische und humanitäre Projekte eingeschränkt. Politische Friedensarbeit war somit ausgeschlossen. Zudem durften Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* dieser Vereinbarung zufolge keine regulären Planposten mehr ausfüllen.[1157]

Das Abgehen von Bauprojekten zugunsten von Sozial-, und später Friedensdiensten ermöglichte nicht nur den Einsatz einer weitaus größeren Zahl von Freiwilligen sondern auch eine andere Schwerpunktsetzung bei den Einsatzländern. Israel wurde zum wichtigsten Einsatzland der *Aktion Sühnezeichen*, in das die

---

[1155] ASF Jahresbericht 1968/69, dat. 18. April 1969, gez. Dr. Franz von Hammerstein, Volker von Törne [EZA 97/942]
[1156] Werner Ross, April 1972, zitiert nach Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. 30 Jahre in Norwegen. Hrsg. von Veline Backofen; Eigenvervielfältigung o.D. [1989, ASF-Büro Oslo], S. 67
[1157] so Norwegen-Referent Jens Pohl, Abkommen zwischen Statens Utlendingskontor und Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste In: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. 30 Jahre in Norwegen. Hrsg. Veline Backofen; Eigenvervielfält. o.D., S. 89f. und S. 145 [1989, ASF-Büro Oslo]

meisten der Sühnezeichen-Freiwilligen entsandt wurden. Mit mehr als einem Fünftel aller ‚langfristigen' Sühnezeichen-Freiwilligen[1158] führt Israel die Liste der Einatzorte an, wobei unter dem Einsatzland Israel nicht nur jüdisch-israelische Einsatzstellen sondern auch arabisch- bzw. palästinensisch-israelische Einsatzstellen subsummiert sind.[1159]

Tabelle: Verteilung der ASF-Freiwilligen nach Einsatzländern[1160]

Einsatzland	**Anzahl der Nennungen**	**%-Verteilung**
Israel	825	21
USA	664	17
Frankreich	540	15
Großbritannien	402	10
Einsatzland nicht definiert	297	8
Niederlande	292	7
Norwegen	248	6
Deutschland (BRD)	172	4
Belgien	151	4
Polen	94	2
Russland	71	2
Tschechien	47	1
Jugoslawien	42	1
Weißrussland	35	1
Griechenland	15	
Ukraine	2	

Zwei Drittel der Freiwilligen wurden in den westlichen Einsatzländern USA, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Norwegen und Belgien eingesetzt, fast jeder 23. in der BRD. Die osteuropäischen Länder, in denen langfristige Dienste erst nach dem Fall der kommunistischen Regime möglich waren, haben insgesamt einen Anteil von unter 10 %. Im Vergleich mit anderen westlichen Staaten nimmt die USA eine führende Rolle ein. Selbst unter der Annahme, dass die Einsätze in den USA, die in größerem Umfang erst ab Ende der 1960er Jahre erfolgten, besser dokumentiert sind als die frühen Einsätze in den Niederlanden, Norwegen, Großbritannien und Frankreich und deshalb als statistisches Artefakt überrepräsentiert sind, ist diese Beobachtung in ihrer Tendenz überraschend und lässt sich mit der ursprünglichen Sühnezeichen-‚Dogmatik' nicht erklären. Plausibel erscheint eine Erklärung dahingehend, dass die weltanschauliche wie religiöse Affinität zwischen der BRD den USA – nicht zuletzt waren christliche Kirchen aus den USA Vorbild für die *Aktion Sühnezeichen* – die große Zahl der USA-Einsätze begünstigte, später kamen vermehrt jüdische Einrichtungen in den USA (Altersheime und Holocaust-Gedenkstätten) hinzu.

3.5. Faszination Israel

> Von Anbeginn war mir – und wohl auch den meisten Mitarbeitern – klar, dass der Dienst an Israel die zentrale und entscheidende Dimension unserer Aufgabe sei.[1161]

[1158] Unter langfristigen Einsätzen sind jeweils mehrmonatige Einsätze zu verstehen; bei männlichen Freiwilligen ist seit Ende der 1960er Jahre die Dauer des Sühnezeicheneinsatzes zumeist mit der jeweiligen gesetzlichen Mindestdauer als Ersatzzivildienst ident. Kurzfristige Einsätze, wie Studienfahrten mit Arbeitseinsatz, wie das vor der Wende in den osteuropäischen Staaten der Fall war, sind in der Statistik nicht enthalten.
[1159] Wenn man die zwischen 1970 und 1990 den arabisch-palästinensischen Projekten zugeteilten Freiwilligen abzieht und Sühnezeichen-Freiwillige in jüdischen Alters- und Sozialprojekten in anderen Einsatzländern (vor allem in den USA) addiert, ergibt sich für jüdische Sühnezeichen-Adressaten ein noch größerer Anteil.
[1160] Die der Auswertung zugrunde liegenden Daten wurden von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zur Verfügung gestellt. Sie enthält die Daten ‚langfristiger' Freiwilligendienste bis einschließlich Dienstbeginn 2003. Die Datenbank ist unvollständig, sowohl hinsichtlich der Anzahl der Freiwilligen wie der zugeordneten Projekte. Vor allem von frühen Jahren fehlen Daten oder sind unvollständig erfasst. So fehlen etwa bei mehr als 7 % der Datensätze die Angaben zu den Einsatzländern. Eine Stichprobe ergab, dass das erste Projekt in den Niederlanden, das erste in Norwegen sowie alle in Finnland fehlen oder nicht zugeordnet sind. Unter der Annahme einer annähernden Gleichverteilung der fehlenden Daten bietet die Auswertung trotzdem ein repräsentatives Bild über die Verteilung der Freiwilligen.
[1161] Kreyssig an Johannes Müller, dat. 3. Juli 1961 [EZA 97/734]

> Mit dem letzten großen, alle geschichtlichen Beispiele in den Schatten stellenden Frevel der Deutschen am Volke Gottes hat ein ganz neuer Abschnitt der Weltgeschichte begonnen. Der Zug zum Ende und zu der von Gott beschlossenen Vollendung ist dadurch gekennzeichnet, dass Israel heimkehrt ins gelobte Land. Nach Jesaja, Kap. 60, haben die Völker ihm jetzt auf dem Heimweg zu dienen. Nirgends wird deutlicher, dass Zorn und Gnade Gottes in Seiner Gerechtigkeit eins sind, als indem wir Deutschen vom Ruf zu solchem Dienst unter dem Wohlgefalln Gottes nicht ausgeschlossen sind, ja dass wir unter dem Sühnezeichen in gewisser Weise Pionierdienste für diese Berufung leisten dürfen.[1162]

Israel nahm für die handelnden Akteure und Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen,* allen voran Gründer Lothar Kreyssig eine besondere Rolle ein. Der hebräische Friedensgruß „Schalom" fand ab Mitte der 1960er Jahre im internen wie externen Schriftverkehr und in Publikationen der *Aktion Sühnezeichen* Eingang.[1163] Seine seither fast durchgängige Verwendung kann auch Ausdruck für eine oberflächliche Identifikation verstanden werden, die von einigen Freiwilligen mit vehementer Kritik am Staat Israel entgegnet wurde. Die Beziehung der *Aktion Sühnezeichen* zu israelischen Partnerinstitutionen und zu israelischen Behörden war noch mehr als die Beziehungen zu jüdischen Partnern in anderen Staaten von der „negativen Symbiose" nach der nationalsozialistischen Judenvernichtung geprägt.[1164] Der jüdische Nationalstaat und seine Selbstbehauptung im Nahen Osten stellten vor dem Hintergrund der deutschen Schuld und der christologischen antijüdischen Tradition eine besondere Herausforderung für die Leiter und Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* dar. Rund um die Sühnezeichen-Einsätze in Israel lassen sich Faszination und Ambivalenz bis in die Gegenwart nachzeichnen.

Die israelische Regierung wurde von Kreyssig am 5. Mai 1958 über die israelische Mission in Köln, adressiert.[1165] In seiner „Bitte an das israelitische Volk" machte er das Angebot eines Dienstes in Israel, „wo das jüdische Volk um eine gemeinsame Heimat ringt", und einer „zeichenhaften Tat, wie sie der Aufruf meint" innerhalb Deutschlands.[1166] Die gegenüber der diplomatischen Vertretung Israels angeführte Möglichkeit eines Sühnezeichens innerhalb Deutschlands lässt eine Unsicherheit Kreyssigs erkennen. Als nationalstaatliche Vertretung war die israelische Mission bzw. die adressierte israelische Regierung für innerdeutsche Projekte, selbst wenn sie jüdische Einrichtungen betrafen, der falsche Ansprechpartner.[1167]
Der erste Sühnezeichen-Einsatz in Israel kam nach dreijähriger Vor- und Überzeugungsarbeit 1961 zustande. Im Vorfeld gewährte Kreyssig aus dem Budget der *Aktion Sühnezeichen* einen Zuschuss von 5.000 DM für die Studien- und Arbeitsfahrt der evangelischen Studentengemeinde an der TU Berlin im Frühjahr 1959 nach Israel und Jordanien, die von Pfarrer Rudolf Weckerling geleitet wurde.[1168] Das parallel zur *Aktion Sühnezeichen* aus einem Laienseminar der evangelischen Studentengemeinde über die historischen, sozialen, politischen und religiösen Problemen des Nahen Ostens entwickelte Vorhaben sollte für die *Aktion Sühnezeichen* als Fact Finding Mission dienen.[1169]

3.5.1 Das dreikonfessionelle Sühnekloster

> „Wie einen seine Mutter tröstet, so will ich euch trösten. Ihr sollt in Jerusalem getröstet werden."

[1162] Kreyssig im Geburtstagsbrief an Thomas Dietrich und Peter-Martin Kühn im Kibbuz Hassolelim, dat. 4. Juni 1964 [EZA 97/931]
[1163] Erstmals Zum Abschied vom Lager 1964, dat. 22. August 1964, gez. Lothar Kreyssig S. 2 [LAELLH D 15 XII Nr. 1002]
[1164] Vgl. Diner, Dan (1986). Negative Symbiose - Deutsche und Juden nach Auschwitz. In: Brumlik, Micha; Kiesel, Doron; Kugelmann, Cilly; Schoeps, Julius H. Hrsg. Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945. Frankfurt/Main: Jüdischer Verlag bei Athenäum; S. 243-257.
[1165] Aktion Versöhnungszeichen an die Regierung des Staates Israel z.H. F.E. Shinnar, dat. 5. Mai 1958, gez. Kreyssig [EZA 87/1004]
[1166] Ebd.
[1167] In einem Briefentwurf im Zusammenhang mit einem Sühnezeichen in Jerusalem erwähnte Kreyssig ein weiteres Schreiben vom 2. Juni 1958. Wie dem Briefentwurf zu entnehmen ist, blieben die Schreiben ohne schriftliche Erwiderung. [Briefentwurf Kreyssig an Mission des Staates Israel, Köln, dat. August 1960] Der Entwurf sollte mit dem Abt von Niederaltaich abgestimmt und als gemeinsamer Text gesandt werden. Da die Abklärung seitens des katholischen Partners längere Zeit in Anspruch nehmen sollte, sandte Kreyssig den Briefentwurf als informelle „Vorinformation"; Kreyssig an Savir, stellvertretenden Geschäftsträger der Mission des Staates Israel, dat. 10. September 1960 [ÖIN]
[1168] Kreyssig an Johannes Müller, dat. 3. Juli 1961 [EZA 97/734]
[1169] vgl. „Aktion Sühnezeichen" gab Anregung in *Der Tag*, dat. 18. Januar 1959, gez. C.F.

> Welchen Trostes wäre der Mensch mehr bedürftig, als über seine abgründige Sündenverlorenheit? Wo wäre ein Volk, das tiefer in den Abgrund seines Wesens zu schauen Anlass hätte als die Deutschen im Blick auf ihre jüngste Vergangenheit? Dabei macht der gesamte Kontext deutlich, dass der Zuspruch wirklich unserer trikonfessionellen Gemeinschaft gilt. Das Neue Testament versteht allenthalben die verheißene Heimkunft des Volkes nach Jerusalem als dem Israel „nach dem Fleisch" wie „nach dem Geist" gehörig.[1170]

Am 20. Mai 1960 suchten Kreyssig und Müller-Gangloff den Erzbischof der römisch-katholischen Kirche in Paderborn, Lorenz Jaeger, auf.[1171] Wie Jaeger in einem kurz danach an den Pater des Benediktinerstifts Niederaltaich in Bayern, Dr. Thomas Sartory[1172], adressierten Schreiben festhielt, stellten Müller-Gangloff und Kreyssig ein als jüdisch-evangelisches Haus der Begegnung konzipiertes Projekt in Jerusalem vor, für das Katholiken als dritte Konfession gewonnen werden sollten.[1173] Jaeger zeigte sich in seiner brieflichen Schilderung an Sartory von dem Gebäude, das „eine jüdische Synagoge", „eine katholische Kapelle" und „einen evangelischen gottesdienstlichen Raum" umfassen sollte, so beeindruckt, dass er in seinen Brief nicht nur eine detaillierte Beschreibung des dreieckigen Gebäudes sondern auch eine kleine Skizze aufnahm.[1174] Der Erzbischof führte sogar das missionarische Potenzial für die römisch-katholische Kirche an, wobei er außer Acht ließ, dass dieses reziprok auch für die beiden anderen Religionen gelten würde:

> Es ist nicht an Proselytenmacherei gedacht, sondern alle Menschen der großen Religionen sollen in diesem Haus der Begegnung die Möglichkeit haben, ihren eigenen Gottesdienst zu feiern, wobei nicht ausgeschlossen sei, dass der eine oder andere Nichtkatholik ganz freiwillig der katholischen Messfeier beiwohne.[1175]

Jaeger sah keine Bedenken gegen die Mitarbeit junger Katholiken und stellte mit seinem Schreiben an Sartory die Verbindung zwischen dem Sühnezeichen-Projekt in Jerusalem und der „Una-Sancta-Arbeit" her, in die Sartory und sein Vorgesetzter, der Abt des Stiftes Niederaltaich, Emmanuel Maria Heufelder, zentral involviert waren.[1176] In einem weiteren Schreiben an Sartory kurze Zeit später schlug Jaeger, ebenso wohlmeinend wie – angesichts des Engagements des Benediktinerstiftes Niederaltaich – aus kalkulierter Überlegung, die Entsendung von „ein paar Benediktinermönche als Kern der kleinen Arbeitsgruppe junger katholischer Una-Sancta-Freunde" vor. Dann könnte man „viel leichteren Herzens für die Beteiligung an dem Unternehmen werben".[1177] Die von Jaeger aufgezeigte Verbindung mit der Una Sancta-Bewegung bestand bereits über die *Evangelische Akademie Berlin*, in der 1957 die Tagung „Una Sancta mit den Juden" und danach jährlich dreikonfessionelle Gespräche stattfanden.[1178] Die Konzeption des Sühnezeichens in Jerusalem ging vermutlich auf diese Tagungsreihe zurück.

Jaeger selbst war 1960 davon überzeugt,

> dass die *Aktion Sühnezeichen Jerusalem* überall verstanden werden wird. Auch das katholische Volk wird in seiner Art und mit seinen Möglichkeiten gern zeigen, dass Deutschland an den Juden etwas

---

[1170] Kreyssig an Sartory, dat. 13. Juli 1960 in Interpretation der anfangs zitierten Bibelverse (5-14 im 66. Kapitel von Jes.) [ÖIN]

[1171] Jaeger, Lorenz (1892-1975), in Paderborn Bischof 1941 bis 1973, 1965 Kardinal. vgl. Kasper, Walter, Hrsg., Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 5, 1996, 3., völlig neu bearb. Aufl., S. 707; Freiburg: Herder; vgl. auch Schoppmeyer, Heinrich. Lorenz Jaeger, In Hohmann, Friedrich Gerhard, Westfälische Lebensbilder (2005). Münster: Aschendorff. 185-202. Jaeger war bereits ab 1943 für ökumenische Belange im Sinne einer Vereinigung der christlichen Kirchen eingetreten.

[1172] Thomas Sartory, OSB (1947-67) 1925 – 1982, kath. Ökumeniker, Leiter des Ökumenischen Institutes in Niederaltaich, 1967 Laisierung und Eheschließung mit der Kirchenrechtlerin Gertrude Reidick (Dortmund).

[1173] Jaeger an Sartory, dat. 23. Mai 1960 [ÖIN]

[1174] Jaegers Begeisterung für das dreikonfessionelle Projekt wurde vermutlich in der römisch-katholischen Kirche, jedenfalls aber in seiner eigenen Diözese bis in die Gegenwart als problematisch eingeschätzt: Drei im Zuge der Recherche für die gegenständliche Arbeit über den Zeitraum von 14 Monaten getätigten Anfragen an das Erzbistum Paderborn mit der Bitte um Auskunft über vorliegende Archivbestände zum Projekt in Jerusalem und zu einem etwaigen Schriftverkehr zwischen Rintelen und Jaeger über die *Aktion Sühnezeichen* blieben zunächst zur Gänze, schließlich im Wesentlichen unbeantwortet.

[1175] Jaeger an Sartory, dat. 23. Mai 1960 [ÖIN]

[1176] Jaeger hatte davon auch Kreyssig informiert, der seinerseits Heufelder kontaktierte. Kreyssig an Heufelder, dat. 13. Juni 1960 [ÖIN]

[1177] Jaeger an Sartory, dat. 8. Juni 1960 [ÖIN]

[1178] vgl. Einladung zu Una Sancta im Sühnezeichen, Sühnezeichen Jerusalem von Müller-Gangloff, Tagung vom 25. bis 27. April 1961 [ÖIN]

> gutzumachen hat. Das darf nicht nur geschehen mit Geld und durch Materiallieferungen, sondern auch durch Gebet und caritative Hilfe, wie es die *Aktion Sühnezeichen Jerusalem* intendiert.[1179]

Das Konzept vom Mai 1960 sah eine „Stätte der Herberge und Begegnung" vor, „in der Katholiken, Juden und Evangelische je unvermischt in der Gottesverehrung nach den Gnadengaben ihres Glaubens verharren, im übrigen aber ungetrennt miteinander arbeiten, leben und dienen". Für die evangelischen Teilnehmer wurde ein „immerwährendes Gebet", allmorgendlicher Gottesdienst mit eingeschlossenem Abendmahl und ein „in der israelischen Umwelt einen Selbstentäußerung fordernden Dienst" (Alten- oder Krankenpflege) vorgesehen.[1180] Im Juni 1960 berieten der Augsburger Lehrer und – von Kreyssig als solcher wahrgenommene – jüdische Projektpartner, Rafael Warczawski[1181], Thomas Sartory und der renommierte Münchener evangelische Kirchenarchitekt Olaf Andreas Gulbransson[1182] gemeinsam mit Kreyssig über die Details der Begegnungsstätte. Als Dreiecksgebilde müsste das Gebäude auf der obersten Fläche eines Hügels um Jerusalem gebaut werden. Es sollte ausreichend Platz für die ständige Beherbergung von 40 bis 60 Personen bieten und eine mögliche diakonische Aufgabe, „etwa ein Altersheim oder dergleichen" – an anderer Stelle ist von einem Pflegeheim für unheilbar Kranke die Rede[1183] – mit einschließen können. Das Gebäude im Jerusalemer Bezirk Ein Kerem[1184] sollte im Eigentum der Hersteller bleiben, die dafür eine geeignete rechtliche Konstruktion finden müssten.[1185] Die Errichtungskosten wurden mit 1,5 Mio. DM kalkuliert.[1186] Schon Anfang August übermittelte Gulbransson eine Skizze an die Beteiligten.[1187]

Gulbransson führte als Vorbild die von ihm geplante Evangelische Akademie in Tutzing an. Die knapp 4 Meter im Quadrat kleinen Räumen für jeweils drei (!) Bewohner evozieren die Assoziation zu mittelalterlich-spartanischen Mönchszellen. Mit seinem Vorschlag, ein Proponentenkomitee unter der Bezeichnung „Konfratrium" in Abwandlung des Terminus für eine katholische Bruderschaft einzurichten, verstärkte Kreyssig diese Assoziation.[1188] In den Dreierzimmern des interkonfessionellen Klosters sollte jeweils ein Vertreter der drei Konfessionen untergebracht werden, „sodass das am Tage angebahnte Gespräch auch zur Abend- oder Morgenstunde im engsten Kreis die Möglichkeit erhält, weiter geführt zu werden. Diese Unterbringungsmöglichkeiten waren für zwei der drei Seiten des Dreieckgebäudes vorgesehen und sollten zweigeschossig die Ausmaße 8 mal 25 Meter einnehmen. Ein dritter, gleich großer Flügel würde den Eingang, das Refrectorium und die Küche samt Nebenräumen sowie eine Bibliothek, Lesezimmer, Schreibzimmer, Musikraum, Schlafzimmer und Rauchzimmer umfassen. Diese drei Flügel „gruppieren sich im Dreieck mit einer Seitenlänge von etwa 10 Metern um einen Innenhof", der unter freiem Himmel eine Kommunikationsplattform bilden sollte. „Die äußeren Spitzen des Dreiecks werden von den drei gottesdienstlichen Räumen eingenommen."[1189]

[1179] Jaeger an Sartory, dat. 11. Juli 1960 [ÖIN]
[1180] Typoskript in Durchschrift Israel-Projekt gesehen Ende Mai 1960, o.D., o.A. [AAN]
[1181] über Warszawski liegen keine Informationen vor, eine Anfrage an das Archiv der Stadt Augsburg, wo er für die jüdische Gemeinde als Lehrer gearbeitet hat blieb ebenso ergebnislos wie eine Anfrage an die jüdische Gemeinde unbeantwortet. [Stadtarchiv der Stadt Augsburg, dat. 4. März 2004, gez. Franz Schreiber. An die Israelitische Kultusgemeinde Augsburg, dat. 12. April 2004]
[1182] Gulbransson, Olaf Andreas (1916-1961), Sohn des Malers und Zeichners Olaf Gulbransson; Olaf Andreas Gulbransson hatte sich als Architekt evangelischer Kirchen bereits einen Namen gemacht. Mit dem Gebäude der Aktion Sühnezeichen Jerusalem hätte er sich „intensiv" beschäftigt, so seine Witwe Inger Gulbransson, die allerdings nicht mehr nachvollziehen konnte, wie es zur Zusammenarbeit zwischen Gulbransson, Niederaltaich und der Aktion Sühnezeichen gekommen war [Brief Inger Gulbransson, dat. 21. Januar 2004, Telefonat am 19. Februar 2004]; einem undatierten Vermerk zum Stand der Israel-Projekte ist zu entnehmen, dass Gulbransson von Kreyssig aufgesucht worden war (vermutlich zur Zeit des Katholikentages in München, zu dem Kreyssig angereist war) [undat. Vermerk zum Israelprojekt, EZA 97/248]; zu Gulbranssons Kirchen-architektonisches Wirken vgl. auch Poscharsky, Peter, Kirchen von Olaf Andreas Gulbransson (1966). München: Callwey sowie Karnapp, Birgit-Verena, Kirchen. München und Umgebung nach 1945 (1996). München; Berlin: Koehler & Amelang, S. 16.
[1183] Sartory an Kreyssig, dat. 13. Juli 1960. darin Bezug auf einen gleichlautenden Vorschlag des Berliner Rabbiners Dr. [Isaak] Goldstein [ÖIN]
[1184] handschriftliche undatierte Notiz von Sartory [ÖIN]
[1185] Kreyssig an Sartory, Warczawski und Gulbransson, dat. 23. Juni 1960
[1186] Die Bausumme erwähnte Sartory gegenüber Jaeger, dat. 7. Juli 1960 [ÖIN]
[1187] Gulbransson an Sartory, dat. 8. August 1960 gez. i.A.J. Foerstl [ÖIN].
[1188] Sartory an Kreyssig, dat. 13. Juli 1960 [ÖIN]
[1189] Gulbransson an Sartory, dat. 8. August 1960, gez. i.A.J. Foerstl [ÖIN]

Abbildung: Aufriss in der Jerusalemer Landschaft, Olaf Andreas Gulbransson (1960)

Abbildung: Aufriss mit der „Synagoge“ an der nördlichen Spitze, Gulbransson (1960)

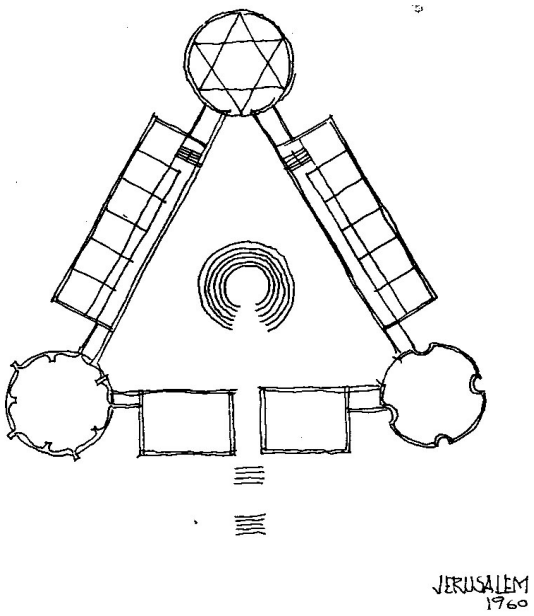
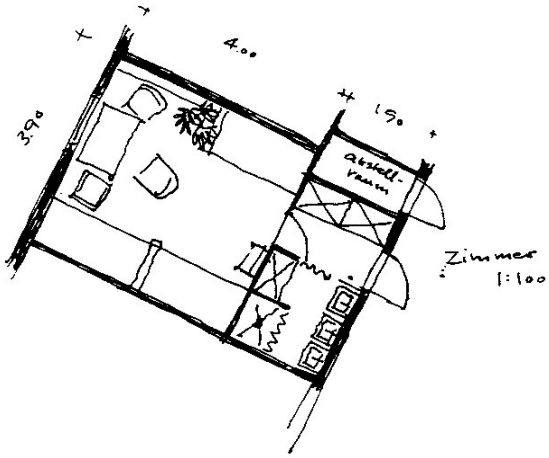


Abbildung: Skizze eines Gästezimmers im Obergeschoss des Gebäudes,



Ab September 1960 waren die Proponenten bereit, mit ihrem Projekt an die Öffentlichkeit zu gehen; abwarten wollte man lediglich die Zustimmung seitens der israelischen Regierung. Zwei Tagungen in Niederaltaich und in der Westberliner Evangelischen Akademie im Herbst 1960 und Frühjahr 1961 sollten dem ‚dreikonfessionellen Sühnekloster’ gewidmet werden.[1190] Schon bei der Una-Sancta-Veranstaltung im Rahmen des Eucharistischen Weltkongresses 1960 in München stellte Abt Heufelder die *Aktion Sühnezeichen* und das Projekt in Jerusalem vor.[1191] Die von ihm ausgerufene Kollekte für die *Aktion Sühnezeichen* ergab 1.500 DM.[1192] Der von Kreyssig im Juni 1960 prophezeite Widerstand

[1190] Zusammenfassung eines Gesprächs über die Aktion Sühnezeichen Jerusalem am 20. August 1960 in Berlin, Anwesende: Kreyssig, Söhngen, Kutzner, Zinke, Schutzka, Schlingensiepen, Müller-Gangloff, Reidick, Sartory, Warszawsky, Schönian in Vertretung von Führ, dat. 23. August 1960, gez. Ziesche [EZA 97/692]
[1191] Bericht Una Sancta-Veranstaltung beim Eucharistischen Weltkongress München 1960 abgedruckt in *Una Sancta – Zeitschrift für interkonfessionelle Begegnung*, 15. Jg. 1960, S. 225-265, hier S. 263-65.
[1192] Ziesche an Heufelder, Eingangsbestätigung über 1.500 DM, dat. 7. September 1960, gez. Ziesche [ÖIN]

„angesichts der geistlichen Bedeutung des Vorhabens“ traf bald ein.[1193] Als Sartory Anfang Juli 1960 im Rahmen eines Vortrags vor Industriellen in Frankfurt/Main den Plan für die Einrichtung des dreikonfessionellen Klosters vorstellte, erntete er „absolutes Schweigen“ der evangelisch und katholisch zusammen gesetzten Gruppe.[1194] Die römisch-katholische Kirche zog sich als erste zurück und wollte nicht mehr direkt als Träger aufscheinen, sondern nur indirekt über katholische Verbände, wie die Katholische Jugend oder Orden und freie Vereinigungen beteiligt sein.[1195]

Mit zunehmender Intensität der Beratungen über das gemeinsame Projekt *Aktion Sühnezeichen Jerusalem* wurden die Unterschiede zwischen der römisch-katholischen und evangelischen Position manifest. Im Vorfeld einer trikonfessionellen Tagung im September 1960 in Niederaltaich, in deren Umfeld das Projekt diskutiert werden sollte, hielt Sartory in Abwandlung eines von Kreyssig verfassten Protokolls[1196] neben der Vorgeschichte des Projekts die „geistlichen Grundlagen“ fest. Die Texte Kreyssigs und Sartorys werden im Folgenden gegenüber gestellt. Sie illustrieren den wesentlichen Unterschied in der Annäherung an die Thematik der Sühne vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus und der Tradition theologisch motivierten Antisemitismus: während Kreyssig ein Kontinuum christlichen Antisemitismus und nationalsozialistischer Judenvernichtung annahm, unternahm Sartory eine klare Abgrenzung, indem er die nationalsozialistischen Verbrechen in einen Gegensatz zum Christentum stellte. Als eine theologische, auch kirchenpolitische Differenz zwischen Kreyssigs und Sartorys Zugang kann ein unterschiedliches zugrundeliegendes Verständnis von der Nationsbezogenheit der jeweiligen Kirchengemeinschaften stehen. Während der Theologe der katholischen Kirche trotz eigener deutscher Nationalität eine klare Unterscheidung zwischen Christen- und Deutschtum zu treffen bereit war und eine Identifizierung von Christentum und Nationalsozialismus ablehnte, stand Kreyssig in der Tradition deutschen Protestantismus, bei dem deutsche Nationalität und christliche Identität miteinander verschränkt sind. Kreyssigs Text war Sartory beim Verfassen seiner Interpretation bereits vorgelegen, sodass Sartorys Text tatsächlich in Abgrenzung zu Kreyssig verstanden werden kann.

[1193] Das Scheitern wurde bereits dokumentiert in Niederschrift über die am 26. u. 27. September 1960 in Berlin zwischen Sartory und Kreyssig geführten Besprechungen, o.D., gez. Präses [EZA 609/88]
[1194] Sartory an Kreyssig, dat. 7. Juli 1960 [ÖIN]
[1195] Zusammenfassung eines Gesprächs über die Aktion Sühnezeichen Jerusalem am 20. August 1960 in Berlin, dat. 23. August 1960, gez. Ziesche [EZA 97/692].
[1196] Niederschrift über die Ergebnisse der zweiten Konferenz der Partner am 20./21. August, o.A. [Kreyssig, EZA609/88]

Text Kreyssig[1197]

Der Dienst wird von katholischen und evangelischen Deutschen als Sühnezeichen verstanden.

Es handelt sich um die Versündigung am jüdischen Menschenbruder und ein entsprechendes Zeichen der Sinnesänderung.
Nun ist aber Antisemitismus aus ideologischer Vergötzung der Rasse Ausfluss und Erbe einer tausendjährigen Judenfeindschaft und -verfolgung, deren sich die abendländische Christenheit – beider Konfessionen – schuldig gemacht hat.

Das kann nicht voneinander getrennt werden, so wenig die handelnden Personen als Christen davon absehen können, dass sie Deutsche sind und umgekehrt. Aber beides muss insofern unterschieden werden, als stellvertretend für das deutsche Volk nur die Buße für die Versündigung in den Jahren 1933 bis 1945 angesehen werden kann, andererseits die Gemeinsamkeit der beiden Konfessionen im Dienst und Jerusalem als Inbegriff des endlichen und vollkommenen Heiles im Blick auf die christliche Vorgeschichte des Antisemitismus besonders notwendig und verheißungsvoll erscheint.

Es wäre denkbar, dass auf Seiten des katholischen Partners (Benediktinerabteil Niederaltaich, Una Sancta) die eine Komponente, auf evangelischer Seite (Aktion Sühnezeichen) die andere Komponente stärker empfunden und dargestellt würde. Das wäre nach Herkunft und Gestalt der beiden Partner berechtigt und wird von keiner Seite als Einwand gegen die Gemeinsamkeit oder Gefährdung gesehen.

[1197] Niederschrift über die Ergebnisse der zweiten Konferenz der Partner am 20./21. August, o.A. [EZA609/88]

Text Sartory[1198]

Der Dienst wird von evangelischen und katholischen Deutschen als SÜHNEZEICHEN verstanden.

Als Deutsche fühlen sie sich belastet durch die schauerlichen Judenverfolgungen im nationalsozialistischen Deutschland.
Als Christen sind sie überzeugt, dass der Antisemitismus aus ideologischer Vergötzung der Rasse Ausfluss und Erbe einer tausendjährigen Judenfeindschaft ist, deren sich die abendländische Christenheit schuldig gemacht hat.

Daraus fühlen sie sich sowohl als Deutsche wie als Christen zur Sühne gerufen. Die christliche Schuld empfinden sie dabei als die schwerere Last, da die Judenpogrome in der Geschichte im Namen Christi erfolgten, während die nationalsozialistischen Gräuel von bewusst antichristlichen Mächten angezettelt wurden.
Das Verhältnis zwischen Christen und Juden muss Jahrhunderte lang missverstanden worden sein, wenn Juden „im Namen Christi“ durch Christen verfolgt wurden. Die Christen verhielten sich so, als wenn Röm 9-11 nicht existierte. Die Folge war, dass das Judentum, entweder freiwillig oder von den Christen gedrängt, ins Ghetto ging. Wirksame Sühne des von Christen an Juden begangenen Unrechts fordert darum von uns, dass wir die Wurzel dieses Unrechts, nämlich das Missverständnis zwischen Christen und Juden beseitigen.
Darum wird der Dienst von den katholischen und evangelischen Deutschen auch als Begegnung zwischen Christen und Juden aufgefasst.
[...]
Darüber wird die Wahrheitsfrage nicht etwa irrelevant. Vom christlichen Glauben her können Judentum und Christentum nicht als zwei gleichrangige Größen nebeneinanderstehend angesehen werden, ebenso wie auch evangelische und katholische Kirchengemeinschaften nicht etwa zwei gleichartige Zweige am einen Baum der Kirche darstellen.

[1198] Typoskript. Bericht über das für katholische und evangelische Christen Deutschlands geplante Ge-meinschaftsprojekt Aktion Sühnezeichen Jerusalem, dat. 4. September 1960. Der Bericht enthält als Verteilerliste: Kreyssig, Warszawski, Heufelder, Zinke, Jaeger sowie die Kardinäle Döpfner (Berlin) und Bea (Rom) [ÖIN]

Gegen die *Aktion Sühnezeichen Jerusalem* in der oben skizzierten Form wandten sich am Rande der trikonfessionellen Tagung in Niederaltaich der Abt der Dormitio-Abtei in Jerusalem, Leo von Rudloff, Ernst Ludwig Ehrlich von der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz und Gertrud Luckner (1900-1995) von der Deutschen Caritas. Auf keinen Fall, so der gemeinsame Tenor, dürfte es sich um ein öffentlichkeitswirksames Projekt handeln; wenn überhaupt, dann müsste ein Sühnezeichen in Israel in aller Stille erfolgen. Auf die Frage Heufelders, was „konkret an echter Hilfe drüben möglich sei", antwortete Ehrlich:

> Nicht möglich ist ein Werk unter dem Vorzeichen des Sühnedienstes
> Nicht möglich ist eine deutsche Aktion
> Nicht möglich ist alles, was irgendwie ins Auge fällt.[1199]

Später schwächte Ehrlich seine Ablehnung ab und schlug die Errichtung eines Studienzentrums in Jerusalem zur Vorbereitung auf das Studium an der dortigen Hebräischen Universität im Sinne eines Lehrhauses vor.[1200] Gegen das unten angeführte ‚Ersatzprojekt' in Köln äußerte Ehrlich Bedenken, „denn man hatte sich nicht vergegenwärtigt, dass in Köln der jüdische Partner nicht vorhanden ist".[1201] Anfang Dezember 1960 versuchte Ehrlich, seine Idee eines Lehrhauses für christliche Studenten in Israel mit Kreyssigs diakonischem Ansatz zu verbinden und er ermutigte Kreyssig, noch vor Beginn des Eichmann-Prozesses Kontakt mit israelischen Behörden aufzunehmen. In Israel wäre „dieser warmherzige, menschlich befriedigende und für unser aller Zukunft so notwendige geistige Austausch möglich".[1202]

Gertrud Luckner, Leiterin der Verfolgtenfürsorge des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg hielt ihre Bedenken im Nachhinein schriftlich fest: sie wandte sich gegen das nationale Auftreten als Deutsche, das wäre für die katholische Kirche schädlich; eine deutsche Aktion käme zu früh, eine interkonfessionelle Aktion würde Verwirrung stiften. Die „neu entstandenen katholischen Gründungen in Israel", schließt Luckner ihre Argumentation, sollte man „nach Kräften unterstützen statt etwas Neues zu beginnen".[1203] Luckner hatte mit Kreyssig bereits 1957 korrespondiert und ihm als Eindrucksbericht ihrer letzten Israel-Reise mitgeteilt, ihr erschiene, „eine Hilfeleistung für Israel am allervordringlichsten und zugleich auch im Sinne einer Sinnesänderung für uns selbst am besten geeignet zu sein. Eine solche Hilfe würde dann auch einer besonders großen Zahl zugute kommen können."[1204] Knapp zwei Monate später präzisierte Luckner ihre Vorstellungen „in Bezug auf unser Anliegen eines ‚freiwilligen' zeichenhaften Beispiels der Wiedergutmachung zur Anregung und Förderung der Sinnesänderung der Deutschen", die „den Geisteskranken in Israel zugute kommen sollte".[1205]

Luckner und Leo von Rudloff beeinflussten mit ihrer ablehnenden Haltung schließlich auch Erzbischof Jaeger, der sich nun zu distanzieren begann.[1206] Abt von Rudloff hielt seine Bedenken gegenüber Abt Heufelder schriftlich fest. Erstens wäre der „Widerstand der kirchlichen Autoritäten zu überwinden", zweitens, wäre ihm die *Aktion Sühnezeichen* unsympathisch, weil „alle solche ostentative Aktion schmeckt mir etwas unkatholisch und undelikat". Katholischerseits könne man auf konstruktive Art

---

[1199] Anhang 1 und Anhang 3 Besprechungen mit Leo von Rudloff und Pater Jean-Roger Héné (Jerusalem) sowie mit Abt Heufelder, Lucker, Ehrlich und jeweils als Proponenten des Projekts Gertrude Reidick und Thomas Sartory. Typoskript. Bericht über das für katholische und evangelische Christen Deutschlands geplante Gemeinschaftsprojekt Aktion Sühnezeichen Jerusalem, dat. 4. September 1960. Dieser Bericht enthält als Verteilerliste: Kreyssig, Warszawski, Heufelder, Zinke, Jaeger sowie die Kardinäle Döpfner (Berlin) und Bea (Rom) [ÖIN] In seinen Schreiben an den Verfasser konnte sich Ehrlich nicht mehr an seine Rolle erinnern. [Ehrlich an den Verfassser, dat. 14. und 27. November 2003.]
[1200] Ehrlich an Sartory, dat. 20. Oktober 1960 [ÖIN]
[1201] Ehrlich an Sartory, dat. 8. November 1960 [ÖIN]
[1202] Ehrlich an Kreyssig, mit Kopie an Heufelder, dat. 3. Dezember 1960 [EZA 97/248]
[1203] Luckner an Sartory, dat. 22. September 1960 [ÖIN]
[1204] Luckner an Kreyssig, 28. Juni 1957 [EZA 614/104]
[1205] Luckner an Kreyssig, 17. August 1957 [EZA 614/104]
[1206] Das geht aus einem Schreiben Heufelders an Jaeger hervor. Heufelder an Jaeger, dat. 28. September 1961 [ÖIN]

anders helfen, was auch als Sühne empfunden würde, „aber man braucht das nicht a u s z u s p r e c h e n “. Der römische Kardinal [Augustin] Bea[1207] würde ihm zustimmen.[1208]

Am Rande der interkonfessionellen Tagung Anfang September 1960 in Niederaltaich wurde der Vorschlag diskutiert, wonach das geplante Haus der Begegnung zunächst in Deutschland gebaut werden sollte[1209], während Kreyssig überzeugt davon war, dass angesichts der Öffnung Israels „für Besuch und Mitarbeit gutwilliger Deutscher, wenigstens Jugend bisher“ eine „geistige Entwicklung“ eingetreten sei, die „zugleich die gesamte Situation reif macht für unser Vorhaben“.[1210] Kreyssig war von Adolf Freudenberg ermutigt worden, der einerseits gemeinsam mit seinem Schwiegersohn, dem renommierten Theologen Helmut Gollwitzer zu den Unterstützern der *Aktion Sühnezeichen* zählte, andererseits verwandtschaftliche Beziehungen zu einem Schwager in einem Kibbuz hatte. Daraus, so hoffte Kreyssig, könnte sich ein Dienst in einem Kibbuz organisieren lassen, der als Basis für das Bauprojekt dienen könnte.[1211]
Ende September 1960 musste aber auch Kreyssig einsehen, dass „die sofortige Verwirklichung des Projekts einer trikonfessionellen Stätte der Begegnung und Diakonie in Jerusalem aus kirchenpolitischen und staatspolitischen Gründen nicht angezeigt“ wäre, am Plan als „Fernziel“ wollte er aber unbedingt festhalten. In der Zwischenzeit würde der Vorschlag, eine Begegnungsstätte zur Vorbereitung und später als Brückenkopf in Deutschland für das Haus in Israel zu errichten, trotz der dezimierten jüdischen Gemeinde in Deutschland, ernsthaft weiterverfolgt, während der Vorschlag, „mit dem der geschichtlichen Herkunft nach deutschen Anliegen aber nach Wien zu gehen, in mehrfacher Hinsicht bedenklich erscheint“. Als Standort innerhalb der BRD wäre Köln am besten geeignet.[1212] Dort versuchte Kreyssig über Erwin te Reh, im Rahmen der evangelischen Diakonie in Michaelshofen, einen Bauplatz für das „angemessene innerdeutsche Wahrzeichen“[1213] zu finden.[1214] Bald war Berlin als Sitz eines Begegnungszentrums im Gespräch.[1215] Noch anlässlich des bevorstehenden Besuchs des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, John F. Kennedy, in Berlin, wandte sich Kreyssig Ende Mai 1963 an den Regierungenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, um ihm als Sühnezeichen in Westberlin und in Erinnerung an den Besuch Kennedys ein Begegnungszentrum vorzuschlagen:

> Eine Stätte der Begegnung – Franz Werfel Haus – zwischen Potsdamer Platz und Brandenburger Tor – von Ihnen als Sühnezeichen proklamiert und patronisiert – von Mannschaften der Aktion unter Beteiligung der Nachbarvölker gebaut, wo schon deutsche Sühnezeichen stehen.[1216]

An diesem im geopolitischen wie deutsch-deutschen Kontext zu jener Zeit ebenso gewagten wie originellen und illusorischen Vorschlag[1217] sind zwei bis in die Gegenwart nachwirkende Elemente von Bedeutung: das an die US-Amerikaner gerichtete Angebot eines Sühnezeichens, das vor allem durch die Entsendung von Kriegsdienstverweigerern zu einem bis zu 18 Monate dauernden Ersatzdienst zur Wehrpflicht ab Ende der 1960er Jahre realisiert wurde, und die vorgeschlagene Beteiligung von „Nachbarvölkern“, in deren Staaten die *Aktion Sühnezeichen* bereits Monumente errichtet hatte. Illusorisch war hingegen Kreyssigs Vorhaben, dass auch Teilnehmer aus der DDR an der Errichtung dieses Franz Werfel Hauses in Westberlin beteiligt sein sollten.

[1207] Bea, Augustin 1902-1981, gründete 1960 das *Sekretariat für die Förderung der Einheit der Christen,* mit dessen Leitung er betreut wurde.
[1208] Leo von Rudloff an Heufelder, dat. 12. Oktober 1961 Gesperrte Schrift wie im Original [in Abschrift: ÖIN]
[1209] Besprechung zwischen Heufelder, Luckner, Ehrlich, Sartory und Reidick am 5. September 1960. Typoskript. Bericht über das für katholische und evangelische Christen Deutschlands geplante Gemeinschaftsprojekt Aktion Sühnezeichen Jerusalem, dat. 4. September 1960. [ÖIN]
[1210] Kreyssig an Warszawski, Sartory, Reidick, dat. 7. September 1960 [ÖIN]
[1211] Ebd.
[1212] Niederschrift über die am 26. und 27. September 1960 in Berlin zwischen Sartory und Kreyssig geführten Besprechungen [ÖIN]
[1213] so Kreyssig in seinem Brief an Sartory, dat. 11. August 1961 [ÖIN]
[1214] Bericht über ein Gespräch am 20. Oktober in Köln zwischen Kreyssig, te Reh, Müller-Gangloff, Ziesche, Reidick und Sartory, o.D. [ÖIN]
[1215] Heufelder an Regierungsdirektor Grassl von der Bayerischen Landesregierung, dat. 25. Januar 1961 [AAN]
[1216] Kreyssig an Brandt, dat. 26. Mai 1963 [Abschrift, NL Kutzner], eine Antwort Brandts liegt nicht vor.
[1217] Die Wahl Franz Werfels als Namensgeber für das Gebäude ist nicht dokumentiert. Vermutlich wurde Werfel wegen seines frühen Bewusstseins über den Genozid am armenischen Volk in seinem 1933 erstmals erschienen en Werks Die vierzig Tage des Musa Dagh gewählt.

Anlässlich eines angestrebten Gesprächstermins beim Berliner Kardinal Döpfner beriet sich Kreyssig mit Luckner. Inhalt und Diktion dieser Ausführungen spiegeln Kreyssigs Getriebenheit und eklektische Herangehensweise wider, die die Skepsis seiner Gesprächspartner vermutlich verstärkte:

> Seltsam angestoßen bin ich in der Richtung dadurch, dass mein alter, jetzt 78jähriger Freund, der Bildhauer Wilhelm Groß, obwohl er fast bewegungsunfähige Hände hat und sich eines unerprobten Gehilfen bedienen musste, eine ungemein eindrucksvolle Mose-Statue fertig gestellt hat. Das Holzbildwerk ist 3,20 m hoch. Es ist eine wie in Vision nach rückwärts geneigte Gestalt, welche die Gesetzestafeln mit dem hebräischen Text vor sich stehen hat. Das Antlitz ist verhüllt und hinter der Decke wird ungemein fesselnd ein ebenso gebieterisches wie entrücktes Antlitz spürbar. Das wäre die Gestalt, die in der Eingangshalle des Gebäudes stehen könnte. Es mag unernsthaft wirken, dass wir mit einem Plan umgehen, der für Köln fertig war, mit einem Haus, dessen Namen wir schon kennen und mit einer fertigen Figur für die Empfangshalle, wiewohl sonst nichts real oder auch nur durchgeplant ist. Aber vielleicht gehört es zur geheimen Gesetzmäßigkeit des Auftrages, dass Sinn und Name für ein gebieterisches Potential gegenwärtig sind noch ehe etwas sichtbar und greifbar ist.[1218]

Für Kreyssig bedeutete die Errichtung eines interkonfessionellen Gebäudes mehr als die Erinnerung und Schuldaufarbeitung für die Verbrechen des Nationalsozialismus, auch mehr als das Gedenken und Sühnen für Jahrtausende alten christlichen Antisemitismus. Kreyssig verband diese Elemente mit der Spaltung der Kirchen. Nur zwei Tage vor dem Bau der Berliner Mauer hielt er gegenüber Sartory fest:

> So bin ich immer wieder davon angerührt, wie ein solcher Bau und eine solche darin lebendige Gemeinsamkeit ein echtes, immerwährendes Zeugnis wäre, und zwar unverkennbar in Deutschland an der Stätte der ärgsten, tödlichen Zertrennung und darum ebenso zeugnishaft wie eine Frucht des Leidens unter der Sünde und der Sinnesänderung. Würde uns so etwas Gültiges beschieden, so wäre die Aussagekraft m.E. so stark, dass man in gehöriger räumlicher und landschaftlicher Verbindung dazu jetzt auch ein Mahnmal bauen könnte. Beides zusammen wäre dann wirklich Sühnezeichen.[1219]

Mit dieser Aussage im August 1961, kurz vor der Errichtung der Berliner Mauer und zu einem Zeitpunkt, zu dem der Sühnezeichen-Einsatz in Israel nicht möglich schien, verknüpfte Kreyssig mehrere Elemente seines Schuld-Sühne-Verständnisses: die deutsch-deutschen Spannungen einerseits und die Verhinderung des Israel-Einsatzes andererseits ließen Kreyssig konzeptionell ‚nach Deutschland zurückkehren'.[1220] Kreyssig verknüpfte die Teilung in zwei deutsche Staaten als Folge der unter den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen mit den Schismen der christlichen Religionen, die Abspaltung vom Judentum und die spätere Abspaltung von der katholischen Kirche durch Luther. Der von Kreyssig 1963 gegenüber Brandt ins Spiel gebrachte Standort für das „Franz-Werfel-Haus" zwischen Potsdamer Platz und Brandenburger Tor wurde 40 Jahre später in Form des Berliner Holocaust-Mahnmals, wenngleich unter anderen Prämissen und inhaltlichen Überlegungen, tatsächlich der Erinnerung an die Verbrechen während des Nationalsozialismus gewidmet.[1221]

Die von Kreyssig ‚groß' angelegte Konzeption eines über das spezifisch deutsche bzw. nationale hinausgehende Schuldverständnis und die von ihm abgeleitete Konsequenz wurden von seinen Gesprächs- und Korrespondenzpartnern kaum geteilt. Mit seiner „trikonfessionellen" Konzeption stieß Kreyssig selbst bei engen Freunden aus der Evangelischen Kirche wie Franz-Reinhold Hildebrandt, Präsident der EKU-Kirchenkanzlei auf Widerstand. Hildebrandt äußerte während einer Sitzung des Führungskreises Bedenken gegen ein Bauwerk in dreieckiger Form mit einer Synagoge und einer katholischen und evangelischen Kapelle in den drei Ecken, wobei er wie Sartory die so genannte „Wahrheitsfrage" als theologischen Stolperstein anführte:

[1218] Kreyssig an Dr. Gertrude Reidick, Dortmund, dat. 23. Juni 1961 [ÖIN]
[1219] Kreyssig an Sartory, dat. 11. August 1961 [ÖIN]
[1220] Tatsächlich sollten jedoch weitere vier Jahre bis zur Beteiligung der Aktion Sühnezeichen an innerdeutschen Bauprojekten in den Gedenkstätten Dachau (Evangelische Versöhnungskirche) und Bergen-Belsen (Archivgebäude) vergehen.
[1221] Für diesen Hinweis danke ich Angelika Meyer (Berlin).

> Eine Versöhnung durch Taten, wenn die Juden uns dazu überhaupt die Möglichkeit geben wollen, dürfte nicht mit der Wahrheitsfrage verquickt werden. Die christliche Kirche sei auch von Röm. 9-11 her den Juden das Zeugnis von Jesus Christus schuldig und könne sich nicht mit einer allgemeinen Formulierung des Glaubens an den gleichen Gott bescheiden. Er sei nicht gegen die Zusammenarbeit der drei Partner und ihre öffentliche Darstellung, warne aber vor theologisch kurzschlüssiger Beschreibung der Gemeinsamkeit.[1222]

Das Franz Werfel-Haus wurde, wie das dreikonfessionelle Kloster in Jerusalem und das Begegnungshaus in Köln, nicht realisiert. Ab 1966 richtete die *Aktion Sühnezeichen* mit dem *Haus Pax* ein eigenes Beherbergungs- und Begegnungszentrum in Jerusalem ein, allerdings ohne den ursprünglichen Impetus einer dreikonfessionellen Trägerschaft, ohne sakrale Räume und ohne klösterliche Lebens- und Arbeitsgemeinschaft.[1223] Etwa zur gleichen Zeit wie das dreikonfessionelle Sühnekloster in Jerusalem wurde von Kreyssig das Projekt eines ökumenischen Institutes in Rotterdam betrieben, das ebenfalls Elemente der Begegnung, des Studiums und der Möglichkeit der Beherbergung samt Andachtsraum enthalten sollte.[1224]
Nach Herausgabe einer der *Aktion Sühnezeichen* gewidmeten Ausgabe der Zeitschrift *Una Sancta* Mitte 1961[1225] verflachte die Zusammenarbeit mit der Una-Sancta und dem Ökumenischen Institut in Niederaltaich, einerseits aufgrund eines Lehrauftrages von Pater Sartory in Rom ab 1961 und aufgrund der Widerstände innerhalb der katholischen Kirche gegen eine Exponierung in einem dreikonfessionellen Sühneprojekt, andererseits wegen der noch weiter eingeschränkten Mobilität Kreyssigs durch die Errichtung der Berliner Mauer.[1226] Im Juni 1962 schrieb Sartory konsterniert an Kreyssig: „Unsere kirchlichen Obrigkeiten haben auf alle unsere Versuche hin so negativ reagiert, dass ich wahrlich nicht weiß, was wir in Sachen ‚Sühnezeichen' noch tun sollten", auch Abt Heufelder hätte „wirklich viele Briefe geschrieben, um von der katholischen Bischofskonferenz Unterstützung zu erhalten".[1227] Die Katholiken „scheinen Einzelaktionen von ihrer Seite mehr zu lieben als ein Zusammengehen mit der evangelischen Seite", folgerte Sartory gegenüber Ehrlich.[1228]

Als tatsächlicher Beitrag der katholischen Partner in der BRD blieb neben der Kollekte von 1.500 DM für das Projekt in Jerusalem und einer Zuwendung seitens der katholischen Kirche in Deutschland in Höhe von 15.000 DM für die Innenausstattung der von der *Aktion Sühnezeichen* errichteten Kirche in Taizé[1229] die Entsendung einer früheren Mitarbeiterin Sartorys in die Niederlande/Israel-Gruppe 1961/62, Christel Eckern.[1230] Über den von Heufelder initiierten Kontakt zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und dem internationalen katholischen Bauorden kamen drei katholische Freiwillige beim Sühnezeichen-Projekt in Taizé zum Einsatz.[1231] Das Bauprojekt einer Synagoge in Villeurbanne bei Lyon, Frankreich, das Kreyssig „wohl als das erste für die Aktion Sühnezeichen Jerusalem gewiesene Projekt" bezeichnete und damit als evangelisch-katholische Kooperation verstand, wurde de facto ohne Beteiligung der katholischen Partner umgesetzt.[1232]

[1222] Protokoll über die Sitzung des Führungskreises der Aktion Sühnezeichen am 15. Dezember 1960, gez. Rudolf Ziesche [EZA 97/947]
[1223] Bericht von der Israel-Arbeit seit April 1966, dat. 3. Oktober 1966, gez. Otto Schenk [EZA 97/46]
[1224] Bericht über meine Reise vom 20. bis 25. November 1961 nach Wuppertal, Münster, Rotterdam, Brüssel und Quaregnon und Düsseldorf, dat. 4. Dezember 1961, gez. Hans-Richard Nevermann [EZA 97/947] sowie Typoskript „Aktion Sühnezeichen" in Rotterdam, dat. Oktober 1965, gez. Oekumenischer Rat der Stadt Rotterdam, Beilage zu Rundschreiben der Aktion Sühnezeichen vom 24. Januar 1966, gez. Klaus Wilm [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd.1]
[1225] *Una Sancta – Zeitschrift für interkonfessionelle Begegnung* 16. Jahrgang 1961, S. 113-114.
[1226] ... im Blick auf Mauern und Stacheldraht sowie das Gehabe diesseits von beiden ist die äußere, geschichtliche, gerichtsmäßige Einkleidung als ein Gefängnis oder ein KZ unverkennbar... Kreyssig an Sartory, dat. 20. August 1961 [AAN]
[1227] Sartory an Kreyssig, dat. 7.Juni 1962 [EZA 97/910]
[1228] Sartory an Ehrlich, dat. 26. September 1961 [ÖIN]
[1229] Heufelder an Hammerstein, dat. 12. Nov. 1962; Bischöf. Finanzkammer der Kölner Kirchenprovinz an Heufelder, dat. 25. März 1963 [AAN]
[1230] Kreyssig an Sartory, dat. 15. Juni 1961 [ÖIN]
[1231] Heufelder an Kreyssig, dat. 26. Dezember 1961 [AAN]
[1232] Kreyssig an Gertrude Reidick, Dortmund und Thomas Sartory, Niederaltaich, dat. 21. Juli 1961 [ÖIN]

3.5.2 Auf der Suche nach einem Kibbuz

> Bei unseren Sühneerwägungen spielte allerdings auch die Tatsache eine Rolle, dass in Israel, falls unsere Informationen stimmten, fast immer die Sonne schien und es Strände gab ohne Ende.
> Im Kibbuz Tel Josef musterten sie mich kurz, prüften meine Talente und Neigungen, dann steckten sich mich in die Hühnerfarm. Drei Monate hieß es, in einer neonbeleuchteten Halle panisch um sich pickende Brathähnchen einzufangen und sie mit allmählich anschwellenden Händen in Kisten zu stopfen. Die Hühner pickten in ihrer Todesangst nämlich auf die Hände und die Hühnerscheiße sorgte dafür, dass sich die Wunden zu apokalyptischen Entzündungen auswuchsen. Handschuhe halfen nicht viel. Zur Erholung gab es manchmal Küchendienst. Ich dachte: diese Hühnerscheiße hier hat mir nur Adolf Hitler eingebrockt. Auf diese Weise wurde ich ein besonders leidenschaftlicher Antifaschist.
> Besonders renitenten Hähnchen drehten die Arbeiter schon gleich in der Halle den Hals um. So lernte ich auf meinem Sühnetrip das Töten und abends dann das Schießen. Auf den Wachgängen nahmen die Jungs aus dem Kibbuz nämlich hin und wieder ein paar von uns Helfern mit, und man durfte mal das Gewehr halten und abdrücken. Das gab hinterher immer Ärger, aber Ärger machte den Jungs nichts aus.[1233]

Nach dem Scheitern des interkonfessionellen Klosters in Jerusalem versuchte Kreyssig, einen Sühnezeichen-Einsatz in einem Kibbuz umzusetzen.[1234] Auf Empfehlung Rafael Warszawskis[1235] adressierte er noch im Oktober 1960 den religiösen Kibbuz Cafez-Chajim.[1236]

Zu Jahresbeginn 1961 schien ein aufnahmebereiter Kibbuz gefunden: der Kibbuz Givat Brenner, in dem der Schwager Adolf Freudenbergs, Walter Liefmann, Mitglied war, gab ein „verbindliches Angebot" für eine Sühnezeichen-Gruppe mit sechsmonatigem Einsatz ab. Sogar ein Einsatz in einem zweiten Kibbuz mit der Möglichkeit der Errichtung eines Bauwerkes wurde vorbesprochen.[1237] In diesem Sinn adressierte Kreyssig den Botschaftsrat an der Israelischen Mission in Köln, Dr. Savir.[1238] Bei einem Treffen in Berlin riet Savir Kreyssig, den Einsatz in Israel wegen des Kriegsverbrecherprozesses gegen Adolf Eichmann zu verschieben.[1239] Dagegen befürwortete Ernst Ludwig Ehrlich die sofortige Entsendung eines Vertreters der *Aktion Sühnezeichen* nach Israel. Ehrlich, der noch im September 1960 Referent bei der Tagung „Der jüdische Glaube und die Christuserwartung des Alten Testamentes. – Die Christusbezeugung des Neuen Testamentes" in Niederaltaich[1240] war, warnte „dringend" vor einer weiteren Zusammenarbeit mit Katholiken.[1241]

Die bereits unter der Prämisse eines Einsatzes in Israel versammelten Teilnehmer wurden kurzerhand zur Überbrückung der Wartezeit und zur Vorbereitung auf den aufgeschobenen Einsatz in Israel für ein Projekt in den Niederlanden eingesetzt. „Selbst wenn uns jetzt ein Kibbuz trotzdem aufnähme, müsste riskiert werden, dass von einem Nachbarkibbuz einige Zeloten oder Rowdies kämen und terroristisch die Entfernung der Deutschen forderten. Nicht nur wir, sondern vor allem die Gastgeber wären also gefährdet.", argumentierte Kreyssig gegenüber dem Gruppenleiter der Niederlande/Israel-Mannschaft, Johannes Müller, der namens der Gruppe vehement eine definitive Entscheidung eingefordert hatte.[1242]

[1233] Harald Martenstein, Das volle Utopieprogramm. Viele junge Deutsche gingen in den 70er jahren in einen Kibbuz nach Israel zum Arbeiten. Einer ist noch einmal zurückgekehrt – und erkannte fast nichts wieder, *Tagesspiegel – Zeiten*, 10. Januar 2004 [www.archiv.tagesspiegel.de/archiv/10.01.2004/925507.asp 25. Januar 2004]. In seinem Leserbrief stellte ASF-Geschäftsführer Staffa fest, dass Martenstein in der ASF-Kartei nicht aufscheint. [Christian Staffa an Harald Martenstein, dat. 12. Januar 2004]

[1234] eine überblicksmäßige Schau über die Sühnezeichen-Präsenz in Israel vgl. Böhme, Jörn (1985). Die Arbeit der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" in Israel – Geschichte und Entwicklung, In Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V., 20 Jahre Deutsch-Israelische Beziehungen, Schriftenband 10, Berlin: Eigenverlag., 137-150.

[1235] Protokoll der Besprechung mit Rafael Warszawski, dat. 10. Oktober 1960, o.A. [Kreyssig] [EZA 97/734]

[1236] Kreyssig an Chafez-Chajim, dat. 10. Oktober 1960 [Brief in deutscher Sprache] [ÖIN]

[1237] Kreyssig an Sartory, dat. 4. Januar 1961 [ÖIN]

[1238] Kreyssig an Savir, dat. 9. Januar 1961 [AAN]

[1239] Kreyssig an Luckner, dat. 22. Februar 1961 [AAN]

[1240] siehe Ansgar Ahlbrecht OSB, Auf der Suche nach dem älteren Bruder, In: *Una Sancta*, Heft 1, März 1961, zitiert nach *Kommunität* Heft 19, Jahrgang 5, Juli 1961, S. 135-139.

[1241] Eine Begründung dafür findet sich allerdings nicht dokumentiert. Protokoll des Gesprächs mit Dr. Ehrlich, Basel, am 24. Februar 1961, dat. 27. Februar 1961, gez. Dr. Franz von Hammerstein [EZA 97/734]

[1242] Kreyssig an Müller, dat. 16. Mai 1961 [AAN]

Um rasch ein Projekt für die bereits Hebräisch lernende Freiwilligengruppe zu finden, wurde Rafael Warszawski, der zu dieser Zeit nach Israel zurückübersiedelte, mit der Vertretung der Interessen der *Aktion Sühnezeichen* in Israel und der raschen Umsetzung eines Projektes beauftragt.[1243] Warszawski sollte die Möglichkeit der Beteiligung an einem Projekt in der Wüste Negev und beim Internationalen Studentenheim in Jerusalem erkunden und mögliche größere Projekte wie das Lehrhaus für Theologie-Studenten, Arbeitseinsätze in Kibbuzim und das Anliegen der *Aktion Sühnezeichen* generell in der Öffentlichkeit vertreten. Der zur Berichterstattung über den Eichmann-Prozess in Jerusalem weilende Journalist Ansgar Skriver verhandelte ebenfalls in Sachen Sühnezeichen und suchte dazu auch den zuständigen Sachbearbeiter im Jerusalemer Außenamt, Max Varon, auf.[1244] Zum 20. August könnte eine Sühnezeichen-Gruppe eintreffen, einige Tage nach den Wahlen am 15. August 1961.[1245]

Kreyssig verfügte über weitere Emissäre wie Suse Goldschmidt[1246] und den Berliner Pfarrer Rudolf Weckerling, der im Hochsommer 1961 mit einer Gruppe von 31 Teilnehmern der *Deutschen Arbeitsgemeinschaft Christlicher Aufbaulager* (DACA), des *Bethren Service Comittee* (BSC), der *Evangelischen Jugend* und des deutschen Zweiges des *Internationalen Christlichen Friedensdienstes* (CFD) für sechs Wochen nach Israel fuhr – zur Dienstleistung in Kibbuzim oder sozialen Einrichtungen in Kleingruppen in Verbindung mit einer anschließenden Studienreise.[1247] Kreyssig war darüber hinaus mit Meir Rubinstein vom israelischen Zweiges des *Internationalen Zivildienstes* (Israel Group of Service Civil International) mit Sitz in Haifa in Verbindung; Rubinstein bot umfassende Hilfestellung für kurzfristige Dienste an und empfahl ebenso wie Warszawski die Arbeit in Kinderheimen wie *Ahava* oder *Alyn*; zu letzterem stellte er eine direkte Verbindung her.[1248] Auch ein katholischer Emissär namens Oskar Eder, der seit 1957 als Einzelperson und nach eigenem Verständnis Sühnedienst in Israel leistete, war für die *Aktion Sühnezeichen* tätig.[1249] Die mehrfachen, parallelen Versuche, in Israel Fuß zu fassen, verursachten Missstimmung zwischen den einzelnen sich jeweils exklusiv verstehenden Akteuren – von Kreyssig als „kleine Sühnezeichengemeinde von jüdischen Freunden in Israel“ bezeichnet.[1250]

3.5.2.1 Verzögerung seitens des israelischen Außenministeriums

Parallel zu seinen Versuchen, über informelle Kontakte zu einem Projekt zu kommen, adressierte Kreyssig die Mission des Staates Israel in Köln und das Außenministerium in Jerusalem. Die Reaktionen des israelischen Botschaftsrat in Köln war Ende 1960 sehr positiv („wie sehr mich die Begegnung mit Ihnen und Ihrem Kreis berührt hat“)[1251], und das israelischen Außenministerium wollte die Aufteilung der

---

[1243] Besprechung mit Herrn Rafael Warszawski, dat. 27. Juli 1961, o.A. [ÖIN]
[1244] Franz von Hammerstein an Max Varon, dat. 19. Mai 1961 [EZA 97/704]
[1245] Vermerk Franz von Hammerstein an Johannes Müller, o.D. [Poststempel 18.5.1961] [EZA 97/704]
[1246] Über Suse Goldschmidt sind keine biographischen Informationen bekannt. Sie war vermutlich die Ehefrau von Hermann Levin Goldschmidt, Leiter des jüdischen Lehrhauses in Zürich. H.L. Goldschmidt publizierte zu dieser Zeit in der Zeitschrift der Evangelischen Akademie Berlin; vgl. Israel in der Hoffnung des Judentums, *Kommunität* Heft 7, 2. Jg., Juli 1958, S. 100-104.
[1247] Die Reise der Gruppe wurde mit einer Buchpublikation dokumentiert; vgl. Weckerling, Rudolf, Le Chaim - Zum Leben. Eine Reise nach Israel - Junge Deutsche berichten (1962). Berlin: Käthe Vogt Verlag. Eines der dokumentierten Einsatzziele, das Kinderheim Ahava sollte später auch zur mehrjährigen Einsatzstelle für die Aktion Sühnezeichen werden (ebd., S. 40ff). Weckerling selbst hatte Johannes Müller, mit dem er „seit den Kirchenkampftagen und besonders intensiv seit 1945 im *Unterwegskreis* verbunden“ war, mit der Aktion Sühnezeichen in Verbindung gebracht und ihn zu seiner Mitarbeit als Gruppenleiter ermutigt. Darüber hinaus hätte er, Weckerling, keine Verdienste an der Aktion Sühnezeichen. [Weckerling an den Verfasser, dat. 22. Februar 2004].
[1248] Rubinstein an Kreyssig, dat. 1. Oktober 1961 [EZA 97/735]
[1249] Mit Dr. Oskar Eder war Kreyssig über Vermittltung von Margarethe Lachmund (Quäker, Berlin) Ende 1958 in Kontakt gekommen (Eder an Kreyssig, dat. 24. Dezember 1958). Einer handschriftlichen Notiz [vermutlich Telefonprotokoll], o.D., o.A. [Anfang 1961, verm. Heufelder, AAN], zufolge war Eder Jahrgang 1925, katholisch, promovierter Jurist, der sich ab 1955 in indischen Ashrams, ab 1957 in israelischen Kibbuzim aufgehalten hatte. Kreyssig zog Eder wiederholt ins Vertrauen. Eder seinerseits versuchte Unterstützung für die Aktion Sühnezeichen in Israel zu gewinnen und führte zahlreiche Gespräche. [Eder an Kreyssig, dat. 6. März 1961] Eder sollte die Betreuung der in der ersten Israel-Gruppe beteiligten Katholiken übernehmen [Kreyssig an Müller, 21. März 1961, EZA 97/248]
[1250] Kreyssig an Suse Goldschmidt, Abschrift, o.D., handschriftlich datiert mit 25.8.[1961] [RD]
[1251] Savir an Kreyssig: 8. Dezember 1960 [EZA 97/248], Erwin te Reh hatte bei Savir vorgesprochen. [ebd.]

Sühnezeichen-Freiwilligen auf die Kibbuzim vornehmen.[1252] Die Haltung der israelischen Regierung blieb allerdings ambivalent und skeptisch. Im Januar 1961 führte Botschaftsrat Savir gegenüber te Reh aus, „dass die israelische Regierung aus Anlass des bevorstehenden Eichmann-Prozesses den Besuch deutscher Gruppen bis auf weiteres nicht für opportun hält".[1253] Dabei war die *Aktion Sühnezeichen* nicht die erste oder einzige Organisation aus Deutschland, die aus einer aus den historischen Verbrechen des Nationalsozialismus erwachsenen Verantwortung zum Arbeitseinsatz nach Israel fahren wollte. 1959 waren Gruppen des Christlichen Friedensdienstes, 1960 vom SCJ (Herz-Jesu-Orden) zum Straßenbau in Israel eingesetzt.[1254] Über die internationalen Verbindungen der Quäker konnten Teilnehmer aus der BRD bereits 1960 an Hilfsdienstlagern von deren *Nothelfergemeinschaft* in Israel teilnehmen.[1255] Der Eichmann-Prozess, der vom 15. April 1961 bis zur Urteilsverkündung genau acht Monate dauern sollte, und der zum Stolperstein für die *Aktion Sühnezeichen* in Israel zu werden drohte, motivierte Kreyssig zu einem nächster Schritt, den er innerhalb der *Evangelischen Kirche in Deutschland* setzte. Er bereitete eine öffentliche Stellungnahme der gesamtdeutschen Synode 1961 zum Eichmann-Prozess vor. Kreyssigs Textvorschlag wurde mit geringfügigen Änderungen und ohne Gegenstimme zur Verlautbarung in den Gemeinden angenommen.[1256] Der Aufruf in der genehmigten Fassung enthielt folgende wesentliche Elemente:

> Wären wir imstande, uns als ganzes Volk unserer Vergangenheit zu stellen, so müsste ein Urteil über Eichmann vor einem gesamtdeutschen Gericht im Namen des ganzen deutschen Volkes ergehen. ...
> Alle überlebenden Deutschen, die in urteilsfähigem Alter die Gräuel der Judenvernichtung miterlebt haben, auch die, welche jüdischen Mitmenschen in ihrer Bedrängnis beigestanden haben, müssen vor Gott bekennen, durch Mangel an wachsamer und opferbereiter Liebe mitschuldig geworden zu sein. ...
> Keine Schuld ist so groß, dass sie ausgenommen wäre von der Vergebung Gottes, die uns erworben und angeboten ist in Sühnetod und Auferstehung unseres Herrn. ...
> Wir wollen uns gegenseitig ermutigen, unsere Mitschuld zu beichten und von Herzen zu glauben, dass wir in Gottes Vergebung wirkliche Freiheit und Leben empfangen. Und wenn wir dabei innewerden, dass die begangene Schuld auch irdischer Sühne bedarf, wird manch einer willig werden, sich dem Rechte zu beugen und dem Richter zu stellen.
> Wir sind der Gewissheit, dass da, wo wir mit Gott versöhnt sind, auch wirkliche Versöhnung unter uns Menschen geschieht. Wo uns Gottes Gnade begegnet, wird es zu einer Umbesinnung gegenüber einer langen und tiefen Verirrung kommen und werden wir uns den jüdischen Menschenbrüdern in Gesinnung und Tat so zuwenden, dass sie wieder Vertrauen gewinnen.
> ‚So sind wir nun Botschafter an Christi Statt. Denn Gott vermahnt durch uns. So bitten wir nun an Christi Statt: Lasset Euch versöhnen mit Gott.'[1257]

Diese Erklärung übermittelte Kreyssig unmittelbar nach der Annahme durch die Vollversammlung der Synode an Savir, der sich sehr angetan zeigte und sie verbreiten wollte.[1258] Obwohl der zuständige Länderreferent die volle Kooperation in Aussicht stellte, zielte das israelische Außenministerium auf eine Verschiebung des Sühnezeichen-Einsatzes bis zum Frühjahr 1962 ab.[1259] Botschaftsrat Savir vertrat diese Entscheidung und hatte nur einen schwachen Trost für die Bemühungen der *Aktion Sühnezeichen*: „Ich kann mir durchaus vorstellen, dass der wiederholte Aufschub nicht nur materielle sondern auch moralische Schwierigkeiten verursacht, vertraue aber darauf, dass Sie für die Gesamtsituation Verständnis haben."[1260]

Die Ablehnung der Sühnezeichen-Gruppe machte Kreyssig tief betroffen. In seinem Schreiben an Savir erinnerte er diesen an seine Aussagen in Berlin und machte erneut eine Referenz zum Eichmann-Prozess:

[1252] Kreyssig an Luckner, 16.1.1961 EZA 97/734
[1253] Kreyssig an Savir, dat. 26. Januar 1961 [EZA 97/248]
[1254] Eder an Kreyssig, dat. 14. August 1960 [EZA 97/248]
[1255] Arbeitslager Sommer 1961, In *Der Quäker. Monatszeitschrift der deutschen Freunde*, Mai 1961^, 35. Jahrgang, S. 95
[1256] Vgl. Berlin 1961. Bericht über die erste Tagung der dritten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 12.-17. Februar 1961, hrsg. im Auftrage des Rates von der Kirchenkanzlei der EKD [1961] [EZA-Präsenzbibliothek], S. 239-249
[1257] Erklärung, abgedruckt in *Kommunität* Heft 19, 5. Jg. Juli 1961, Einlage: Die Mitte: Israel und die Christen, S. VII-VIII.
[1258] Kreyssig an Savir, dat. 18. Februar 1961; Savir an Kreyssig, dat. 20. Februar 1961 [EZA 97/248]
[1259] Israelisches Außenministerium an Hammerstein, dat. 17. Juli 1961, gez. Max Varon, Kopie an Z. Brosh, Israel Mission, Köln [ÖIN]
[1260] Botschaftsrat L. Savir an Franz von Hammerstein, dat 25. Juli 1961 [EZA 97/248]

> Nach der Beratung, die wir in Berlin durch Sie empfangen hatten, haben wir die erste, für einen Dienst im Kibbuzim [!] bestimmte Mannschaft unseres Dienstes nach Nordholland geschickt, wo sie von Mitte April bis voraussichtlich 1. September ein Jugendheim gebaut hat. Alle Teilnehmer haben das willig aber in der immer neuen, lebhaften Erwartung getan, im Anschluss an diesen Übergangsdienst nach Israel reisen zu können. Zu unser aller schmerzvollen Enttäuschung ist das nicht möglich gewesen. Es ist auch für die nächste Zukunft nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes, die wir soeben erhielten und in Fotokopie beilegen, nicht damit zu rechnen. Wir werden sogar über alles hinaus, was wir seinerzeit für möglich gehalten hatten, bis zum kommenden Frühjahr vertröstet. Wir haben die Mannschaft daher mit Beendigung des Hollanddienstes aus der Verpflichtung entlassen müssen, wobei zu unserer Freude die meisten bereitstehen, sich wieder zu melden, wenn sich die Tür öffnet. Wir sind allesamt angesichts der Tiefe der Verletzung, wie sie der Prozessverlauf neuerdings deutlich macht, bereit, uns unter die Notwendigkeit zu beugen ...[1261]

Meir Rubinstein vom Internationalen Zivildienst in Israel vermutete eine akkordierte Verzögerung. Rafael Warszawski und den Behörden könnte „unter Umständen und aus mir unbekannten Gründen daran liegen, die Einreise hinauszuschieben und entsprechende Maßnahmen zu veranlassen." Rubinstein berichtete Kreyssig von einer längeren Unterredung mit Max Varon, dem Referenten im Jerusalemer Außenministerium. Rubinstein wunderte sich gegenüber Kreyssig, „dass er [Varon, Anm.] anlässlich des bevorstehenden Beginns ihrer Tätigkeit in Israel die Verhandlungen mit Ihnen oder Ihren Beauftragten ausschließlich sich selbst vorbehalten wissen wollte." Andere Gruppen wie jene unter der Leitung von Studentenpfarrer [Rudolf] Weckerling und darüber hinaus eine kleine Gruppe der Nothelfergemeinschaft (Quäker), so Rubinstein, wären problemlos zu kurzfristigen Arbeitseinsätzen nach Israel gekommen. Rubinstein selbst riet zum Einsatz im Kinder- und Jugendheim Ahava und sprach sich gegen die Arbeit in „schon angesiedelten Kibbuzim" aus.[1262] Wie Oskar Eder schon sechs Monate zuvor, hob auch Rubinstein als Vorbild für einen Sühnedienst das von der Initiative „Liebeswerk für Israel, Bethel" geführte Erholungsheim in Naharija für bedürftige Naziopfer hervor.[1263]

Das israelische Außenministerium hatte noch 1964 generelle Bedenken gegen die Aufnahme von deutschen Gruppen. Bei seiner Vorsprache im Jerusalemer Außenministerium am 12. März 1964 anlässlich der geplanten Beteiligung der *Aktion Sühnezeichen* beim Umbau des alten Gebäudes des Blindenheims in Jerusalem wurde Johannes Müller mit neuen Gegenargumenten konfroniert. Die Aufnahme von deutschen Gruppen in Israel brächte immer mit sich: „erstens der Verdacht möglicher missionarischer Betätigung, zweitens das mit dem Stichwort ‚Deutsche' gegebene allergische Moment." Bauprojekte seien aus diesen Gründen nicht erwünscht. Selbst wenn man der *Aktion Sühnezeichen* eine besondere Motivation zubilligte, so ergäbe sich bei der Genehmigung von Bauprojekten die Gefahr des Präzedenzfalles gegenüber anderen bauwilligen deutschen Gruppen. Für Gruppen im Kibbuz gälten andere Voraussetzungen. Müller resümierte in seinem Bericht seine Annahme, „dass auch hier, wie so oft, innerisraelische Schwierigkeiten den eigentlichen Grund für die genannte Vorsicht bzw. Zurückhaltung bilden".[1264] Die Zurückhaltung des israelischen Außenministeriums kann einerseits mit der inneren Sühnezeichen-Logik gegenseitigen Vergebens erklärt werden. Andererseits wurden die Angebote der *Aktion Sühnezeichen* im israelisch-deutschen Verhältnis als wenig bedeutend eingeschätzt. Als Otto Schenk 1966 den ersten Botschafter des Staates Israel in der BRD (1965-1969), Asher Ben Nathan in Köln aufsuchte, zeigte sich der Botschafter „nur oberflächlich informiert". Den Botschafter interessierten „besonders die Konstruktion unseres Vereins und die Träger unserer Arbeit".[1265]

[1261] Brief Kreyssig an Savir, Botschaftsrat, 27. Juli 1961 [ÖIN]
[1262] Meir Rubinstein an Kreyssig, dat. 1. Oktober 1961 [EZA 97/735]
[1263] Ebd. sowie Eder an Kreyssig, dat. 6. März 1961 [EZA 97/248]. Eder erwähnte zudem die Marienschwestern als vorbildlich.
[1264] Dienstreisebericht über die Reise nach Israel vom 5.-13. März 1964, dat. 18. März 1964, gez. Johannes Müller [EZA 97/948]
[1265] Aus Bericht [Otto] Schenk über seine Dienstreise nach Ulm, Dachau, Dillenburg und Köln, dat. 29.3.1966 EZA 97/950 Im persönlichen Gespräch mit dem Verfasser bestätigte Ben Nathan, dass er mit der *Aktion Sühnezeichen* nichts zu tun hatte. Gespräch mit Asher Ben Nathan in Wien, am Rande eines Vortrags beim Herzl-Symposium in Wien am 15. Juni 2004.

Zu den diskutierten Projekten zählte ein Synagogenbau für die von Kreyssigs Korrespondenzpartner Schalom Ben-Chorin gegründete und von ihm als Vorsitzender präsidierte liberale Gemeinde in Jerusalem, *Hugim le-Jahadut Mitkademet*. Kreyssig und Franz von Hammerstein hatten Ben-Chorin während des Berliner Kirchentags 1961 das entsprechende Angebot unterbreitet. Während die Reformgemeinde prinzipiell zustimmte und eine detailliertere Projektbeschreibung einforderte[1266], entschied sich die *Aktion Sühnezeichen* selbst dagegen, weil man sich nicht mit der in Israel scheel angesehenen liberalen Gemeinde einlassen und punzieren lassen wollte:

> Unsere Freunde, die Israel gleichermaßen anhängen, wie sie dem Auftrag von Sühnezeichen Gedeihen wünschen, halten es daher für gefährlich, durch einen Synagogenbau für die Reformgemeinde in den Augen sowohl des Rabbinates wie der säkular gesonnenen Judenschaft Partei zu nehmen. Der Grundcharakter des Dienstes, dass er dem ganzen Volke zugedacht ist und dienen will, möchte, so fürchtet man, verdunkelt werden. Das wird als besonders gefährlich angesehen, insofern der Anfang, der erste Dienst, zu dem wir kommen werden, für den gesamten Vorgang Richtung-weisend zu sein pflegt.[1267]

Ben-Chorin schlug 1965 erneut die Errichtung einer Synagoge für die Reformgemeinde vor, diesmal in Ramat-Gan, unweit von Tel Aviv, was von der Sühnezeichen-Leitung erneut abgelehnt wurde.[1268]

3.5.2.2 Durchbruch über eine informelle Initiative

Auf institutioneller Ebene waren im Sommer 1961 alle Möglichkeiten erfolglos ausgeschöpft. Die zur Vorbereitung und Überbrückung in den Niederlanden eingesetzten Freiwilligen wurden davon informiert, dass der angestrebte Einsatz in Israel nicht zustanden kommen würde. In dieser Situation ergriff Gruppenleiter Johannes Müller (1910 – 1999, Pfarrer, Seelsorger an der Jugendstrafanstalt Plötzensee) die Eigeninitiative. Ausgangspunkt für Müller war eine Information, die er im Zuge einer abendlichen Diskussionsveranstaltung in Joure erhalten hatte. Einer der Diskussionspartner war kurz zuvor selbst in Israel gewesen. Seiner Einschätzung nach wären große Kibbuzim seltener bereit, „solch eine Gruppe wie uns aufzunehmen“, aber „kleine Kibbuzim im Aufbau an schwieriger Stelle (Negev) vielleicht dankbar wären“ für einen Sühnezeichen-Einsatz. Der Gesprächspartner in Joure, dessen Name in den zeitgenössischen Erinnerungen ungenannt blieb, riet, „doch direkt an solch einen Kibbuz zu schreiben und nicht den Umweg über Verhandlungen mit Zentralstellen zu machen“.[1269] Nach Rücksprache mit der Berliner Sühnezeichenzentrale adressierte Müller mit Hilfe des Hebräisch-Lehrers der Gruppe am 1. August 1961 ein Schreiben an die Leitung des Kibbuz Urim im Negev, der Wüste im Süden Israels.[1270] Parallel zu dieser Initiative sprach Rudolf Weckerling, der sich ab 3. August 1961 mit einer Gruppe in Israel aufhielt, telefonisch mit Max Varon vom israelischen Außenministerium. Weckerling vereinbarte mit Varon, dass Müller ihn schriftlich vom Stand der Dinge informieren würde. Nach Erhalt des Schreibens von Müller[1271] setzte sich Varon mit dem Kibbuz in Verbindung und gab damit, wie Müller zwei Monate später festhielt, „den Leuten in Urim den Anstoß“ zu einer positiven Antwort.[1272] Die ersehnte Antwort erfolgte seitens des Kibbuz mit Schreiben vom 1. September 1961 an Müller, der mit einem Großteil der Gruppe in den Niederlanden trotz offizieller Beendigung des Sühnezeichen-Einsatzes ausgeharrt hatte. Der in hebräischer Sprache verfasste und am 5. September in Joure eingetroffene Brief enthielt die Zustimmung zum Einsatz von Sühnezeichen-Freiwilligen unter zwei einschränkenden Bedingungen. So wollte man nicht akzeptieren, dass die Gruppe für Verpflegung und Unterkunft selbst aufkommen wollte, das wäre Angelegenheit des Kibbuz, in den die Freiwilligen integriert werden sollten.

[1266] Ben-Chorin an Kreyssig, dat. 13. August 1961 [EZA 97/248]
[1267] Kreyssig an Ben-Chorin, dat. 24. August 1961 [EZA 97/248]
[1268] Protokoll der Sitzung vom 12.11. 1965, gez. Törne, dat. 9. Dezember 1965 [EZA 97/949]
[1269] Müller an von Hammerstein, dat 7. Juli 1961 [EZA 97/734]
[1270] Hammerstein an Müller, dat. 17. Juli 1961 [EZA 97/734]
[1271] Müller an Max Varon, dat. 26. August 1961 - bezieht sich auf Rudolf Weckerlings Telefonat mit ihm am 17.8. und erwähnt seinen eigenen Brief an den Kibbuz Urim [EZA 97/706]
[1272] Müller an Kreyssig, dat. 14. Oktober 1961 [EZA 97/706]

Zweitens wäre die Errichtung eines eigenen Gebäudes nicht möglich: „Auch wenn wir voll bereit sind, zu der Annäherung zwischen unseren Völkern beizutragen ... können wir diesen Versuch doch nicht durch die Errichtung eines Gebäudes verewigen“.[1273] Obwohl beide Bedingungen nicht der ursprünglichen Konzeption der *Aktion Sühnezeichen* entsprachen, war man in der Westberliner Zentrale mit der Möglichkeit der Mitarbeit in den Gemeinschaftssiedlungen wie Urim „durchaus zufrieden, wenn die Sache erst einmal in Kibbuzim bescheiden und still weitergeht“. Schießlich galt es, bereits begonnene Bauprojekte in Frankreich zu finanzieren. Für ein Bauprojekt und größere Aufwändungen für die Freiwilligen in Israel hatte die *Aktion Sühnezeichen* zu diesem Zeitpunkt ohnedies keine Budgetmittel zur Verfügung.[1274]

Die Gruppe aus je fünf Frauen und Männern und Gruppenleiter Johannes Müller traf schließlich am 3. Oktober 1961 in Urim ein und arbeitete dort bis 12. März 1962.[1275] Der Kibbuz war 1946 von Einwanderern aus Bulgarien gegründet worden, 1952 wurden 80 Einwanderer aus den USA aufgenommen, 1956 eine Gruppe in Israel bzw. im vormaligen Palästina Geborene. 1961 zählte der Kibbuz rund 180 Erwachsene und 70 Kinder.[1276] Die Freiwilligen wurden in den Alltag des Kibbuz integriert. Ihre nach Berufskenntnissen zugeteilten bzw. alternierenden Arbeitseinsätze umfassten „Saubermachen der sanitären Einrichtungen, Arbeiten im Getreidesilo, im Schafstall, beim Melken, bei der Baumwollernte, in der Elektrikerwerkstatt und beim Unkrautjäten in den Ziergärten, in der Bügelstube, in der Krankenstation, in der Küche, in der Waschküche“[1277] und Arbeitseinsätze in der Kibbuz-eigenen Messerfabrik. Die Freiwilligen wurden auch dazu eingesetzt, in einer verlassenen Arabersiedlung Steine zu verladen.[1278] Die Gruppe der *Aktion Sühnezeichen* in Urim erwies sich als Ausgangsbasis für weitere Sühnezeichen-Einsätze in Israel mit Arbeitsschwerpunkt Wüstenregion Negev, „denn dort schlägt das Herz des jungen Staates. Alles, was wir im Negev tun, kommt letztlich dem ganzen Volk und nicht einer kleinen Gruppe zugute.“[1279] Im Protokoll der Leitungskreissitzung wurde festgehalten: „Nach Beratungen mit Pf[arrer] Weckerling und Pf[arrer] Hoppe wurde beschlossen, Israel-Gruppen in ein durch die Regierung vermitteltes Negev-Projekt zu schicken, das möglichst Pioniercharakter haben soll. Bei anderen Einsätzen ist die Gefahr zu groß, für Gruppeninteressen eingespannt zu werden“.[1280]
Der Anspruch des Leiterteams nach Kreyssigs Ausscheiden aus der unmittelbaren Führung, mit den israelischen Behörden Verhandlungen über Projekte zu führen, drohte zu einer Verzögerung des zweiten Einsatzes in Israel zu führen. Bei seiner Vorsprache im Jerusalemer Außenamt wurde Gruppenleiter Müller Anfang Februar 1962, also nach bereits vier Monaten Sühnezeichen-Einsatz in Urim, mit der Haltung des Referenten Eliahu Tavor konfrontiert, wonach eine zweite Gruppe der *Aktion Sühnezeichen* nicht im Mai 1962 sondern erst nach dem Sommer nach Israel kommen sollte. Im Sommer würden die Unterbringungsmöglichkeiten in den Kibbuzim für einheimische Jugendliche benötigt und zudem sei der Eichmann-Prozess im Berufungsverfahren noch nicht beendet (Das Todesurteil wurde erst am 31. Mai 1962 vollstreckt). Das von der *Aktion Sühnezeichen* angestrebte Bauprojekt für das Kinderheim Ahava

---

[1273] zitiert nach der deutschen Übersetzung in Skriver (1962), S. 127f.
[1274] Hammerstein an Müller, dat. 2. November 1961 [EZA 97/706]
[1275] Tagebucheintrag der Israel-Gruppe I vom 3.10.1961 [EZA 97/735]
[1276] aus Tagebucheintrag der Israel-Gruppe I vom 9. Oktober 1961 [EZA 97/735]
[1277] vgl. Veröffentlichung einer (katholischen) Teilnehmerin: Eckern, Christel (1962), S. 47f.
[1278] Das geht aus den Tagebucheintragungen hervor [EZA 97/735]. Mehr als vierzig Jahre nach diesem ersten Einsatz von Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* und nach dem wirtschaftlichen und politischen Niedergang der Kibbuz-Bewegung gab es 2004 im Kibbuz Urim Überlegungen, gemeinsam mit einer Investorengruppe aus Frankreich in den Bau einer Pferderennbahn und die dazugehörige Infrastruktur im Negev zu investieren. Vgl. Pferderennen im Negev?, *tachles - wirtschaft*, 30. September 2004, Nr. 40/2004, S. 19
[1279] Hammerstein an Müller, auf Rückseite des Schreibens vom 2. November 1961 [EZA 97/706]
[1280] Protokoll der Leitungskreissitzung AS am 6. November 1961, dat. 7. November 1961, gez. Rudolf Ziesche [EZA 97/947] Die Besiedelung und Fruchtbarmachung der Wüste Negev stellte allerdings ein deklariert ‚zionistisches Projekt' dar, das von Ministerpräsident David Ben Gurion betrieben wurde. Zu diesem frühen Zeitpunkt wurde die Diskussion um Zionismus in der *Aktion Sühnezeichen* nicht geführt, und noch 1968 stellte der Negev ein zentrales Aufgabengebiet der *Aktion Sühnezeichen* dar, das 1969 im Rahmen der Entwicklungshilfe mit 100 Freiwilligen beschickt wurde. Protokoll Nr. 1 (III/68) der Mitgliederversammlung vom 26. Oktober 1968, dat. 1. November 1968 [LABB 1/1 Nr. 7 Bd. 1]

lehnte Tavor „ganz klar“ ab, „weil sich bei einer Arbeit der Gruppe an diesem Projekt ein Kontakt mit den Kinder nicht vermeiden ließe und an diesem Punkt ist man z[ur] Z[eit] sehr empfindlich“.[1281] Noch im Mai 1963 erwähnte der Gruppenleiter für das Bauprojekt der Blindenschule in Jerusalem, Otto Schenk, es wäre nur „dank unseres cleveren Herrn [Zwi] Federbusch [Leiter der Blindenschule, Anm.] erlaubt, mit den Kindern zusammen zu sein“.[1282] Die öffentliche Stimmung gegen Kontakte mit Deutschen wurde in einem Bericht im Wochenmagazin *Time* aufgegriffen, das im November 1962 einen eineinhalb Spalten langen Text über die *Aktion Sühnezeichen* in Israel veröffentlichte. Nur zehn der 275 Kibbuzim hätten sich zur Aufnahme der *Aktion Sühnezeichen* bereit erklärt. Es wäre selbst für die Freiwilligen vor Ort schwierig, Freundschaften zu schließen; erst die Freiwilligen der zweiten Gruppe hätten das Eis auf persönlicher Ebene zu brechen vermocht, als sie einem dringenden Aufruf zur Blutspende gefolgt waren.[1283]

Nach dem halbjährigen Einsatz der Sühnezeichen-Freiwilligen in Urim sprachen sich die Mitglieder des Kibbuz mehrheitlich gegen weitere Gruppen aus – „aus allerlei Gründen, die zumeist emotional, aber gerade deswegen besonders stark und unbeweglich sind“.[1284] Obwohl in der zweiten Hälfte des Aufenthaltes der Sühnezeichengruppe in Urim wöchentlich ein Ausspracheabend mit interessierten Mitgliedern des Kibbuz über all die Probleme, die mit der Begegnung von Deutschen und Israelis zusammenhängen, mit dem Blick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft stattgefunden hatte, schätzte Jehuda Riemer aus Urim noch 1966, dass nur dann die Chance für einen neuerlichen Sühnezeicheneinsatz bestünde, wenn zuvor „eine richtige Aufklärungsaktion israelischer Seite“ wie durch das Außenministerium oder den Verband der Kibbuzim erfolgte.[1285]

Über den Dachverband der Kibbuzim wurde schließlich ein zweiter und ein dritter Einsatzort ab Ende Mai 1962 gefunden: Nir Eliahu und Bahan. Müllers Bemühungen um ein Bauprojekt stagnierten jedoch. So musste er nach Berlin berichten, dass auch der von ihm aufgesuchte Vertreter der Organisation für Einwanderer aus Mitteleuropa *Irgun Olei Merkas Europa*, Eli Rothschild, der im November zuvor die Gruppe in Urim besucht hatte, von einem Bauprojekt abriet, weil „man immer noch mit Zwischenfällen rechnen müsse und man es sich nicht leisten könne, ständig ein Polizeiaufgebot zum Schutze unserer ‚Sühner’ an der Baustelle zu haben.“[1286]

Während einer Besuchsreise im November 1962 wurde von Suse Goldschmidt schließlich das erste Bauprojekt vermittelt: eine zur Hälfte fertiggestellte Schule des Blindenheims in Jerusalem. Der Schulbau war mit finanzieller Hilfe aus Argentinien und Südafrika begonnen worden. Als die Zahlungen wegen Währungsturbulenzen versiegten, blieb das Gebäude unvollendet. Der Lokalaugenschein der Sühnezeichen-Vertreter Hammerstein und Irmgard Block sowie eines Vertreters des Diakonischen Werkes in Stuttgart ergab, dass ein Teil des Bauprojekts mit Hilfe von 50.000 DM und einer kleinen Baugruppe innerhalb kürzester Frist (etwa 3 Monate) fertiggestellt werden könnte. „Die Fertigstellung dieses Baues würde uns in Israel einen großen Schatz von Vertrauen sichern“, so Hammerstein in seinem Bericht.[1287] Diese Gelegenheit wurde ab 1963 mit der Entsendung von Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* und Finanzierung der Baukosten wahrgenommen, und die fertig gestellte Schule konnte im

---

[1281] Müller an von Hammerstein, dat. 6. Februar 1962 [EZA 97/735]
[1282] Schenk an Kreyssig, dat. 13. Mai 1963 [EZA 97/912]
[1283] Israel: The Penance Corps, Time, 23. November 1962 [EZA 97/708]
[1284] Kibbuz-Mitglied Jehuda Riemer an Otto Schenk, dat. 21. Juni 1966 [EZA 97/709]
[1285] Ebd.
[1286] Müller an Nevermann, dat 10. Februar 1962 [EZA 97/947]
[1287] Bericht über die Reise von Pfarrer Franz von Hammerstein von 2. bis 18. November nach Israel und Frankreich, Beilage zu Protokoll der Leitungskreissitzung vom 24. November 1962, dat. 4. Dezember 1962, gez. Hammerstein [EZA 97/947]

März 1964 eingeweiht werden. Im Jahr darauf wurde zur Generalsanierung des alten Internatsgebäudes ein zweiter Sühnezeichen-Baueinsatz im Blindenheim durchgeführt.[1288]

Für das zweite, sowohl von den israelischen Emmissären wie auch von bundesdeutschen Kontakten[1289] an die *Aktion Sühnezeichen* herangetragene Bauprojekt einer Schule für Jugendleiterinnen des Kinderheimes *Ahava* in Kiryat Bialik bei Haifa wurde anstelle des Engagements von Sühnezeichen-Freiwilligen 1962 ein Scheck in Höhe von 40.000 DM übergeben und Freiwillige in der Folge im operativen Betrieb des Kinderheims – allerdings nicht als Sühnezeichen-Gruppen sondern als Einzelpersonen – eingesetzt.[1290] Im Kinderheim *Ahava* wurden über die ersten Jahre Freiwillige zu ‚diakonischen' Diensten entsandt. Die Zusammenarbeit mit der Leiterin von *Ahava,* Hannah Ullmann sollte Mitte der 1960er Jahre einen Höhepunkt erreichen, als sie auf Einladung der *Aktion Sühnezeichen* im Februar 1966 Berlin besuchte.[1291]

Ein weiteres Bauprojekt wurde durch die Mitarbeit am Neubau des Krankenhauses für körperbehinderte Kinder *Alyn* 1968 in Jerusalem verwirklicht.[1292] *Alyn* wurde, wie *Ahava*, über mehrere Jahre mit Freiwilligen im Rahmen der „sozialen Dienste" beschickt.[1293] Die Institutionen *Alyn* und *Ahava* waren in der deutschen Evangelischen Kirche über mehrere Initiativen bereits bekannt und wurden sowohl mit finanzieller Unterstützung als auch mit Arbeitskräften aus evangelischen Gemeinden und Vereinen unterstützt. Der Neubau des Krankenhauses von *Alyn* wurde von der evangelischen Entwicklungshilfe *Brot für die Welt* mit 400.000 DM mitfinanziert.[1294] Im Zeitraum zwischen der Errichtung dieser beiden Gebäude wurde für den Kibbuz Bahan 1967/68 von Sühnezeichen-Freiwilligen ein Schwimmbecken ausgehoben und gebaut. In Bahan lebten fast keine deutschstämmigen Einwanderer. Für den Israel-Referenten Schenk war Bahan wegen der „südamerikanischen Mentalität", fehlender Beziehungen zu Deutschland und „etwas laxer Arbeitsauffassung" nicht ein „Ideal-Kibbuz". Schenk befürwortete das Projekt trotzdem als erstes Sühnezeichen-Bauwerk in einem Kibbuz, weil Bahan „einer der treuesten und zuverlässigsten Freunde in Israel" war.[1295] Während bei Schenks Einschätzung eine zumindest überhebliche, nach heutigen Maßstäben sogar als diskriminierend einzuschätzende Haltung durchdringt, äußerte der Sekretär des Kibbuz, Moshe Cohan, dass sich die Mitglieder im Kibbuz zwar sehr freuen würden, von der *Aktion Sühnezeichen* ein Schwimmbad gebaut zu bekommen. Dieses würde „nicht einem Luxus sondern dem Lebensbedürfnis in diesem staubigen und heißen Gebiet" entsprächen. Aber das „Zusammensein mit Leuten von Sühnezeichen sei viel wichtiger".[1296]

[1288] Die Projekte und Erfahrungen der *Aktion Sühnezeichen* aus dieser Zeit und der außerhalb der *Aktion Sühnezeichen* umgesetzten Nachfolgeprojekte wurden von Gruppenleiter und späterem Beauftragten der *Aktion Sühnezeichen* in Israel, Otto Schenk, publiziert. Vgl. Schenk, Rosemarie, Schenk, Otto, Nessler, Eva und Nessler Udo, ... Und gruben Brunnen in der Wüste (1975). Darmstadt: Eduard Roether Verlag.

[1289] Karl Heinrich Rengstorf, Vorsitzender *Deutscher evangelischer Ausschuss für Dienst an Israel* an Kreyssig, dat. 21. September 1961 Rengstorf war mehrmals vor Ort und hat 1956 ein kleines Hilfskomitee für Ahava gegründet. [EZA 97/735]

[1290] Bericht über die Reise von Pfarrer Franz von Hammerstein von 2. bis 18. November nach Israel und Frankreich, Beilage zu Protokoll der Leitungskreissitzung vom 24. November 1962, dat. 4. Dezember 1962, gez. Hammerstein [EZA 97/947]

[1291] Über Vermittlung und mit Begleitung der *Aktion Sühnezeichen* wurde mit dem Westberliner Senator für Jugend und Sport die Zusammenarbeit zwischen Landesjugendamt und *Ahavah* vereinbart. Im darauffolgenden Jahr 1967 sollten 15 Heimleiter, Psychologen und leitende Fürsorger aus Westberlin zu einem Studienaufenthalt nach Israel fahren. Weiters wurde der Austausch von drei bis fünf Praktikanten für mehrere Monate zur Mitarbeit in Erziehungsheimen in Israel und umgekehrt die Mitarbeit von Israelis in Berliner Heimen mit dem Fernziel eines Kinderaustausch vereinbart. Ein kurioses Ergebnis des intensiven Kontakts zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und *Ahava*-Leiterin Ullmann gibt ein Brief Hammersteins an Martin Niemöller wider: „Soeben schreibt mir die Leiterin des Kinderheims *AHAVA*, Frau Ullmann, die Adresse des Friseurs, der Ihnen in Sachsenhausen die Haare geschnitten hat und den ich vor einigen Wochen in Israel kennenlernte: Arthur Cohn, Haifa ..." Hammerstein an Niemöller, 21. Dezember 1962 [EZA 97/128]

[1292] die Vorbesprechungen gehen bereits viel weiter zurück, sodass beim Besuch Hammersteins Ende 1962 bereits eine Besichtigung der (Bau-) Vorhaben vor Ort stattfand. Bericht über die Reise von Pfarrer Franz von Hammerstein von 2. bis 18. November nach Israel und Frankreich Beilage zu Protokoll der Leitungskreissitzung vom 24. November 1962, dat. 4. Dezember 1962 [EZA 97/947]

[1293] vgl. Bericht über die freiwilligen sozialen Dienste in Internationalem Rahmen der Aktion Sühnezeichen, dat. 11. Oktober 1967, gez. Franz von Hammerstein [EZA 97/46]

[1294] Adventsbrief aus Israel, November 1966, Otto Schenk, versandt an Unterstützer der Aktion Sühnezeichen mit Rundschreiben, dat. Dezember 1966, gez. franz von Hammerstein, Hans-Richard Nevermann, Volker von Törne; S. 3-6. [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd.II]

[1295] Vorlage auf der nächsten Leitungskreissitzung von Otto Schenk, dat. 28. September 1964 [EZA 97/947]

[1296] Ebd.

3.5.2.3 Paradigmenwechsel: von der Externalisierung zur Internalisierung

Ab April 1966 wurde Diakon Otto Schenk, der nach seinem Einsatz als Gruppenleiter bei der Fertigstellung des Blindenheimes mit Sühnzeichen-Freiwilligen 1963 in der Westberliner Zentrale als Israel-Referent tätig war, als Beauftrager der *Aktion Sühnezeichen* nach Israel entsandt. Schenk organisierte Begegnungen der Sühnezeichengruppen mit dem Philosophen Martin Buber, dem Pädagogen Ernst Simon, dem Religionsphilosophen Pinchas Lapide und David Ben Gurion, die in Veranstaltungen mit Sühnezeichen-Freiwilligen einen weiten Themenbereich abdeckten.[1297] Im November 1963 besuchten Schenk und Sühnezeichen-Freiwillige Ben Gurion, den ersten Ministerpräsident Israels (1948-1961)[1298], auf seinem Alterssitz im Negev. „Wir durften auf Deutsch fragen und er hat auf Iwrit geantwortet, und der Pinchas [Lapide] hat übersetzt." Ben Gurion beauftragte die deutschen Freiwilligen, sie sollten nach ihrer Rückkehr nach Deutschland Botschafter für Israel sein.[1299]

Mehrfache Beziehungsstränge bestanden zu Martin Buber. Buber war bereits 1961 von Kreyssig über die *Aktion Sühnezeichen Jerusalem* informiert worden, eine Antwort Bubers ist allerdings nicht dokumentiert. Kreyssig-Nachfolger in Westberlin Hammerstein hatte 1957 mit einer Dissertation über „Das Messiasproblem bei Martin Buber" promoviert.[1300] Mit Buber diskutierte Schenk die Frage „Was kann die deutsche Jugend für die Aussöhnung mit Israel tun?" Otto Schenk zitierte in der Dokumentation des Gesprächs die zentrale Aussage Bubers, wonach es sich beim Umgang mit den zentralen Verbrechen des Nationalsozialismus nicht um eine deutsch-israelische Angelegenheit sondern um eine deutsche Angelegenheit handelte:

> Die Aussöhnung mit dem Volk Israel ist keine Frage des deutsch-jüdischen Verhältnisses, sondern eine rein deutsche Problematik! Es gibt, glaube ich, nach meinen eingehenden Erkundigungen – Schulbücher habe ich durchgesehen, viele Veröffentlichungen gelesen – keine ernstzunehmende Arbeit in Deutschland, die sich mit der Frage auseinandersetzt: wie war diese Entmenschlichung möglich? Wo liegen die Wurzeln? Welches sind die Quellen? Es war für uns Juden eine fatale Überraschung, das Volk eines Bachs oder Hölderlins so entstellt zu sehen. Können wir das Hitlerdeutschland als einmalige Verfehlung hinstellen?
> ... alle Besuche von Deutschen bei mir hier in Jerusalem haben mich nicht überzeugen können, dass hinter ihnen eine große Zahl in Deutschland heute steht! Und gerade deswegen müsst ihr es allein wagen.
> ... niemand von außen kann euch dabei helfen! Schon gar nicht ein Jud![1301]

Kreyssig wollte Bubers Aussagen so nicht hingenommen wissen und initierte einen Meinungsbildungsprozess mit Helmut Gollwitzer, Franz von Hammerstein und den Mitgliedern des Leitungskreises. Der Leiterkreis sollte anhand des Votums Gollwitzers und Hammersteins prüfen, ob man die Aussage Bubers so gelten lassen möchte, oder „ob wir es Buber schuldig sind, unsererseits für eine ebenso ehrfürchtige wie wahrhaftige Antwort zu sorgen. Wenn er stürbe, möchte uns sonst Reue überkommen, wenn wir seine Frage und Mahnung auf sich hätten beruhen lassen ..."[1302] Von den Angesprochenen ist lediglich von Franz von Hammerstein eine Stellungnahme dokumentiert. Darin hielt er fest, „dass Buber unseren Auftrag nicht in Frage stellt, sondern der Sühnezeichengruppe Israel einen Auftrag geben wollte, wenn sie wieder nach Deutschland zurückgekehrt ist". „Dass wir Deutsche uns nicht selbst aus dem Gefängnis befreien können", so Hammerstein, „weiß Buber so gut wie wir. Natürlich weiß er auch von Gnade und von der Kraft des Geistes, aber er hat im Gespräch mit Schenk diese Mächte, Kräfte im Hintergrund gelassen und auf die Frage Schenks geantwortet, was die Sühnezeichenfreiwilligen

---

[1297] Interview Lilach Marom mit Otto Schenk o.D., o.O. [2002, BRD, eigenhändiges Typoskript in Händen des Vefassers]
[1298] Ben Gurion war nach einer regierungssinternen Kontroverse über Waffenlieferungen aus Deutschland zurückgetreten. Vgl. Wolffsohn, Michael. Die deutsch-israelischen Beziehungen, In Brumlik, Micha, Kiesel, Doron, Kugelmann, Cilly und Schoeps, Julius H., Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945 (1986). Frankfurt/Main: Jüdischer Verlag bei Athenäum. S. 88-107, S. 90.
[1299] Ebd.
[1300] Hammerstein, Franz von: Das Messiasproblem bei Martin Buber, Univ.-Diss. Münster, 1957; unter gleichem Titel publiziert 1958, Stuttgart
[1301] Abschrift eines Textes von Diakon Otto Schenk, Jewish Institute for the Blind, Nov. 1963 „Was kann die deutsche Jugend für die Aussöhnung mit Israel tun? ein Gespräch mit Martin Buber" [EZA 97/35]
[1302] Kreyssig an Gollwitzer, Hammerstein, Mitglieder des Leiterkreises, dat. 17. Januar 1964 [EZA 97/939]

in Deutschland für eine Aufgabe haben“. Hammerstein schrieb Bubers Antwort auf die eingeschränkte bzw. einschränkende Fragestellung zurück. Hätte Schenk Buber über die geistlichen Wurzeln gefragt, würde er eine tiefergehende, theologische Antwort erhalten haben. „Wahrscheinlich sollten wir Buber einige neue Bücher aus Deutschland schicken, die sich mit dem Alten Testament und den Beziehungen Judentum-Christentum befassen. Ich könnte mir denken, dass er doch viele neue Bücher aus Deutschland nicht erhält.“[1303]

Bubers Stellungnahme gegenüber Schenk und Kreyssigs – inhaltlich allerdings nicht ausformulierter – Widerstand dagegen Ende 1963, Anfang 1964 markieren einen Paradigmenwechsel von manifesten Sühnezeichen-Bauwerken in Richtung dynamischer Diskursprozesse, die auch die Bewusstseinsarbeit innerhalb der deutschen Gesellschaft, zunächst innerhalb der BRD, miteinschlossen. Dazu zählte das 1966 eingerichtete Begegnungszentrum in Jerusalem, das – trotz ursprünglich weiterreichender Pläne einer europäisch-israelischen Jugendbegegnungsstätte[1304] – im Wesentlichen bis in die Gegenwart Besuchern aus Deutschland dient. Das ursprüngliche Ziel der *Aktion Sühnezeichen,* den ehemaligen Opfern des nationalsozialistischen Deutschland ein gemeinnütziges Bauwerk zu schenken, kann mit dem psychologischen Terminus Externalisierung umschrieben werden: die Nachwirkungen des Nationalsozialismus werden aus der deutschen Gesellschaft und aus Deutschland exportiert und den ehemals Viktimisierten aufgedrungen.[1305] Der Paradigmenwechsel der westdeutschen *Aktion Sühnezeichen* – die Organisation in der DDR hatte mangels Bewegungsfreiheit von Beginn an keine Alternative zur schwerpunktmäßig dominierenden Inlandsarbeit – bestand darin, dass das Tätigkeitsfeld der Freiwilligen auf Einsätze innerhalb der BRD erweitert wurde, wie etwa 1965 beim Bau der Versöhnungskirche in Dachau oder beim Errichten des Dokumentenhauses in Bergen-Belsen, oder auf das Haus der Begegnung in Jerusalem, das zwar außerhalb Deutschlands errichtet wurde, aber für deutsche Besucher. Die Auseinandersetzung mit vormaligen Kriegsgegnern oder NS-Verfolgten wurde ergänzt um eine Auseinandersetzung mit und innerhalb der eigenen deutschen Gesellschaft. Dieser anhand der Präsenz der *Aktion Sühnezeichen* in Israel darstellbare Paradigmenwechsel von Externalisierung zur Internalisierung ging dem gesamtinstitutionellen Paradigmenwechsel von der Errichtung von Bauwerken bzw. Mahnmalen zum sogenannten „freiwilligen sozialen Dienst“ (1967) voran.[1306]

Entscheidend getragen wurde die einsetzende Internalisierung im Hinblick auf die Präsenz in Israel von Diakon Otto Schenk[1307], der nach sechs Monaten seiner Tätigkeit in Israel in einem Rundschreiben die Frage aufwarf: „Doch immer fragen wir uns: Haben wir genug Tragkraft für die Versöhnung zwischen Deutschen und Juden?“[1308] Schenk war Mitte der 1960er Jahre die treibende Kraft der ‚proisraelischen’ Ausrichtung der *Aktion Sühnezeichen*, und in vielen Belangen kann er als Vorreiter bezeichnet werden. Ganz ließ Schenk die ursprüngliche Versöhnungsidee nicht fallen: noch 1967 postulierte er: „Wir wollen versuchen, im 2. Halbjahr [1967] mit [der Gruppe] Israel X in einigen deutschfeindlichen Kibbuzim mit kleinen Gruppen zu arbeiten“.[1309] Ende 1964 beteiligte sich Schenk an einer öffentlichen Veranstaltung über die diplomatische Anerkennung Israels durch die Bundesrepublik, die er bei dieser Gelegenheit einforderte. Schenk durfte sich „jedoch nicht im Auftrag und im Namen der Aktion Sühnezeichen“

[1303] Brief Hammerstein, Ev. Sozialpfarramt, Industriejugend, dat. 20.1.1964 [EZA 97/939]
[1304] Adventsbrief aus Israel, November 1966, Otto Schenk, versandt an Unterstützer der Aktion Sühnezeichen mit Rundschreiben, dat. Dezember 1966, gez. franz von Hammerstein, Hans-Richard Nevermann, Volker von Törne; S. 3-6. [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd.II]
[1305] Der Soziologe Lepsius wandte diesen Begriff im Ländervergleich der drei Nachfolgestaaten des Dritten Reiches für die BRD an (1989).
[1306] Vgl. Hammersteins Bericht über die freiwilligen sozialen Dienste, dat. 11. Oktober 1967 [EZA 97/46]
[1307] Schenk war zunächst Israel-Referent im Westberliner Büro; ab April 1966 bis Ende 1970 Israel-Beauftragter. Mit 1. November 1970 wechselte Schenk zum Weltfriedensdienst, um an einem Wüstenlandwirtschaftsprojekt der Hebräischen Universität im Negev mitzuarbeiten. Aus Jahresbericht 1970, dat. 10. April 1971, gez.. Törne [LABB 1/1 Nr. 7 Bd VI] Beim Projekt im Negev handelte es sich um Wadi Maschasch, ein Ausbildungs- und Demonstrationszentrum für Wüstenlandwirtschaft Beer Sheva, Israel, geleitet von Professor Dr. Michael Evenari, vgl. Schenk an Kreyssig, dat. 21. November 1972 [EZA 614/59]
[1308] Adventsbrief aus Israel, November 1966, gez. Otto Schenk, versandt an Unterstützer der Aktion Sühnezeichen mit Rundschreiben, dat. Dezember 1966, gez. Franz von Hammerstein, Hans-Richard Nevermann, Volker von Törne; S. 3-6. [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd.II]
[1309] Kurzbericht über den Stand der Israelarbeit der Aktion Sühnezeichen, gez. Otto Schenk, dat. 20. Mai 1967 [ADW, Allg. Slg. 903]

sondern nur als Privatperson exponieren, so die Westberliner Leitung.[1310] Nur wenige Wochen später wurde jedoch ein Meinungsumschwung manifest. Die Freiwilligengruppe in Israel hatte – in zeitlichem Zusammenhang mit und vermutlich ausgelöst von einem öffentlichen Skandal um die Involvierung deutscher Wissenschafter bei antiisraelischen Projekten in Ägypten – eine Presseerklärung u.a. zur Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der BRD verfasst. Die Süchenzeichen-Leitung in Berlin billigte die Veröffentlichung dieser Erklärung.[1311]

> Als junge Deutsche, die ihr Volk, mit dem sie sich allezeit verbunden wissen, lieben, sind wir nach Israel gegangen, um mit einem Jahr unseres Lebens, arbeitend, unter Verzicht auf Verdienst, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Menschen unseres Landes und den Menschen hier beizutragen.
> [...] Wir spüren bei aller Anerkennung, den unser Einsatz von Seiten der Regierung wie der Presse bisher erfahren hat, wie sehr gerade jenes Problem alle Bemühungen einzelner oder von Grupppen um eine moralische Hebung des deutschen Namens hier im Land verblassen lässt.
> [...] Wir bitten ferner um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. Alle uns aus deutscher Presse und von ministerieller Seite hier bekannt gewordenen Argumente, die Deutschland davon abhalten sollen, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, erscheinen uns nicht stichhaltig genug, da weder anhaltende wirtschaftliche noch politische Reaktionen von arabischer Seite zu fürchten sind, abgesehen davon, dass unser deutsches Volk auch unter Verzicht auf materielle Vorteile moralisch dazu verpflichtet sein dürfte. Wir freuen uns, dass es heute in Deutschland viele gibt, die Politik in ethischer Verantwortung treiben. Es bedrückt uns aber sehr, sie bei ebenso vielen zu vermissen.[1312]

Knapp ein halbes Jahr später wurde auch seitens der Sühnezeichen-Führung eine von Müller-Gangloff und Hammerstein unterzeichnete Erklärung mit der Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und Israel an die Bonner Regierung und an Medien übergeben.[1313]

3.5.3 Haus Pax – Beit [Eliezer] Ben Yehuda [Hemda]

Das Blindenheim im orthodoxen Jerusalemer Stadtteil Kirjath Mosche stellte der *Aktion Sühnezeichen* einen Teil ihres Gebäudes, eine ehemaligen Pension, als Begegnungsstätte zur Verfügung. Das Blindeninstitut war, „im Prinzip" sogar damit einverstanden, dass die Gruppen der deutschen Freiwilligen im Heim essen. „Aus religiösen Gründen", das heißt, um den koscheren Ritus der Küche beizubehalten, durften die Gäste allerdings nicht selbst kochen.[1314] Auf zwei Ebenen mit zehn Zimmern wurden Übernachtungsplätze für insgesamt 30 Personen eingerichtet, die zunächst den in Israel an verschiedenen Einsatzstellen verstreuten Freiwilligen als Versammlungsort für regelmäßig einberufene Zusammenkünfte dienten.[1315]
In der Erinnerung von Otto Schenk spielte die Begegnungsstätte eine wichtige Rolle im bilateralen Verhältnis zwischen Israel und der BRD, das erst im Mai 1965 mit dem Austausch von Botschaftern normalisiert wurde. Im Haus Pax kamen demnach die ersten nichtoffiziellen Kontakte zwischen den nicht-akkreditierten Diplomaten der BRD und israelischen Emissären zustande. Der erste Botschafter der BRD in Israel, Rolf Pauls (Botschafter in Tel Aviv von 1965-1969), und seine Referentin hätten nach ihrem Eintreffen vom Haus Pax aus die Kanäle der *Aktion Sühnezeichen* benutzt.[1316] Diese Bedeutung fand sich in den eingesehenen Unterlagen des Außenministeriums in Berlin nicht dokumentiert. Ganz im Gegenteil spielte die *Aktion Sühnezeichen* in den Berichten der deutschen Botschaft eine nur untergeordnete Rolle. Einzig aus der Zeit unmittelbar nach dem Sechstagekrieg 1967 findet sich ein

---

[1310] Protokoll der Sitzung der Exekutive, 28. September 1964, dat 21. Oktober 1964 [EZA 97/948]
[1311] Protokoll der Sitzung der Exekutive, 9. November 1964, dat. 17. November 1964, gez. Törne [EZA 97/948]
[1312] Ebd.
[1313] Protokoll der außerordentlichen Leitungskreissitzung am 15. Februar 1965, dat. 15. März 1962 [EZA 97/949]
[1314] Protokoll der Sitzung der Exekutive 4. März 1966, 9 Uhr im AS-Büro, dat. 16. März 1966, gez. Törne, von Hammerstein [EZA 97/950]
[1315] Adventsbrief aus Israel, November 1966, gez. Otto Schenk, versandt an Unterstützer der Aktion Sühnezeichen mit Rundschreiben, dat. Dezember 1966, gez. Franz von Hammerstein, Hans-Richard Nevermann, Volker von Törne; S. 3-6. [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd.II]
[1316] Interview Lilach Marom mit Otto Schenk o.D., o.O. [2002, BRD, eigenhändiges Typoskript in Händen des Vefassers]

Bericht an das Bonner Außenamt, in dem Botschafter Pauls die Einrichtung einer Europäischen Jugendbegegnungstätte durch die Deutsch-Israelische Gesellschaft und die *Aktion Sühnezeichen* befürwortete: „Mit der Verwirklichung des Projekts hätte die Botschaft einen festen Stützpunkt, ähnlich wie ihn, wenngleich mit etwas anderer Zielsetzung die ‚Deutsche Bibliothek Professor Dr. Walter Hirsch' in Tel Aviv darstellt."[1317]

1967 erhielt die *Aktion Sühnezeichen* ein weiteres Standbein: ein einstöckiges, ehemaliges arabisches Wohnhaus im Jerusalemer Ortsteil Ein Kerem, das sich bis in die Gegenwart im Besitz der *Aktion Sühnezeichen* befindet.[1318] Das von den Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* renovierte Haus bot Platz für die Nächtigung von bis zu 20 Personen. Die Versuche, ein Jugendzentrum in Jerusalem zu errichten, fielen in die Zeit des so genannten Sechstage-Krieges 1967. Der von Hammerstein kontaktierte *Weltrat der Kirchen* in Genf, Abteilung Weltmission und Evangelium, reagierte deshalb zurückhaltend und wollte die Klärung der Lage im Nahen Osten abwarten.[1319] Anders der Israel-Beauftragte der Aktion Sühnezeichen, Diakon Schenk. Er formulierte gegenüber Kreyssig: „Schalom aus Jerusalem, der ungeteilten Stadt! [...] Seit dem 5. Juni 1967 steht für uns hier die Welt auf dem Kopf. Oder sollte ich besser sagen, sie scheint ins Lot gekommen, nur ist das mit einer enormen Umwälzung verbunden?"

Die *Aktion Sühnezeichen* sollte zu den Gewinnern des Krieges zählen. Den Freiwilligen war es – mit Ausnahme der unter-21-Jährigen, die als Minderjährige nach Deutschland zurückberufen wurden – freigestellt worden, in Israel zu bleiben oder nach Deutschland zurückzufahren. Die meisten – 30 von 40 – waren an ihren jeweiligen Einsatzorten geblieben und waren den Kriegshandlungen mit unterschiedlicher Intensität ausgesetzt.[1320] Der Kibbuz Bahan war 36 Stunden lang unter Beschuss und nahm unter den Sühnezeichen-Einsatzorten den am dramatischsten umkämpften Ort ein. Im Kinderheim *Ahava* waren Sühnezeichen-Freiwillige für die Unterhaltung der Kinder im Bunker verantwortlich. Die in Jerusalem verbliebenen Freiwilligen waren schwerem Beschuss ausgesetzt. Nach den kurzweiligen Kriegshandlungen wurde ein Sofortprogramm beschlossen; eine neue Sühnezeichen-Gruppe und zusätzlich 60 „Sonderfreiwillige" für die Dauer von acht Wochen wurden nach Israel eingeflogen. Die zusätzlichen Arbeitskräfte übernahmen Aufräum- und Wiederherstellungsarbeiten am Scopusberg (Wiederaufbau des botanischen Gartens) und im städtischen Gebiet von Jerusalem auf Bitte von Bürgermeister Teddy Kollek die Beseitigung der Zivilschutzanlagen und Räumung von Schulen und Sportplätzen.[1321] Wie der Beobachter des *Weltrates der Kirchen* gegenüber Hammerstein festhielt, stärkte die Bereitschaft der Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen*, auch während des 1967er Krieges für israelische (israelisch-jüdische) Einrichtungen zu arbeiten, die Position der *Aktion Sühnezeichen* in Israel.[1322] „Gaining of Sympathy of Israelis", hielt ein kurzer Artikel über die *Aktion Sühnezeichen* im Israel Digest fest.[1323] „Bewegungsfreiheit nach innen und außen", habe „diese selbstverständliche Solidarisierung" der *Aktion Sühnezeichen* und ihrer Freiwilligen gebracht, „um in eine neue Phase des Versöhnungsdienstes eintreten zu können", die sich nicht nur der Vergangenheit zuwendet, sondern der Zukunft, formulierte Wolfgang von Eichborn 1970 die beginnende Involvierung der *Aktion Sühnezeichen* in den israelisch-arabisch/palästinensischen Konflikt. Die Überzeugung, zum arabisch-israelischen Konflikt Stellung beziehen zu können, nährte sich aus einer als solcher wahrgenommenen Authorität der in den Jahren zuvor erlangten Erfahrungen in Israel.[1324]

[1317] Pauls an das Auswärtige Amt in Bonn, dat. 18. Juli 1967 Az 5-88/289 [pAdAA B 92/644]
[1318] Kurzbericht über den Stand der Israelarbeit der Aktion Sühnezeichen, gez. Otto Schenk, dat. 20. Mai 1967 [ADW, Allg. Slg. 903]
[1319] World Council of Churches, Division of World Mission and Evangelism, dat. 28. Juni 1967, gez. Anker Gjerding [EZA 97/250]
[1320] Interview Lilach Marom mit Otto Schenk o.D., o.O. [2002, BRD, eigenhändiges Typoskript in Händen des Vefassers]
[1321] Schenk an Kreyssig, dat. 22. Juli 1967 [EZA 97/940]
[1322] World Council of Churches, Division of World Mission and Evangelism, dat. 28. Juni 1967, gez. Anker Gjerding [EZA 97/250]
[1323] German Atonement Group working in Israel, In *The Israel Digest*, 18. April 1968 [EZA 97/45]
[1324] Eichborn (1970), S. 94

Am 25. Oktober 1970 bot der Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek der *Aktion Sühnezeichen* ein weiteres Gebäude zur Verwendung an: das vom Begründer der neuhebräischen Sprache, Ben Eliezer Yehuda 1922 in Auftrag gegebene Einfamilienhaus im Jerusalemer Stadtteil Talpioth. Yehuda war bereits vor der Fertigstellung verstorben, und das Haus wurde von seiner Witwe Hemda und ihrer Familie bewohnt. 1965 erwarb die Stadt Jerusalem das Gebäude. Für acht Jahre wurde es 1970 an die *Aktion Sühnezeichen* um einen symbolischen Preis vermietet. Das „Provisorium" wurde zum dauerhaften Stützpunkt der *Aktion Sühnezeichen* in Israel und wird als *Haus Pax – Beit* [Eliezer] *Ben Yehuda* [Hemda] geführt.[1325] Seit 1991 wurde ein Zubau geplant, der schließlich Ende 2004 eröffnet wurde.

Ende der 1960er Jahre kann die Sühnezeichen-Präsenz in Israel als gut etabliert bezeichnet werden. Im Frühjahr und Herbst eines jeden Jahres wurden jeweils rund 20 Personen umfassende Freiwilligengruppen nach Israel entsandt, die je zur Hälfte in Kinder- und Altersheimen sowie in Kibbuzim arbeiteten. Das *Haus Pax* diente der Beherbergung deutscher Studiengruppen, wobei die Mitarbeiter der *Aktion Sühnezeichen* in Jerusalem über die Übernachtungsmöglichkeit hinaus an der Programmgestaltung und Vermittlung von Gesprächspartnern „entscheidend" beteiligt waren.[1326] Während der Ferien wurden „sommerliche Arbeitsseminare" mit Gruppen aus Deutschland organisiert: die Gruppen wurden für jeweils vier Wochen im Haus Pax aufgenommen und arbeiteten tagsüber an Projekten der Stadt Jerusalem, die mit Jugendlichen aus der ganzen Welt organisiert waren, wie etwa bei den archäologischen Ausgrabungen an der Davidzitadelle, am Jaffator und an der Tempelmauer.[1327] Über die Verbindungen zur evangelisch-lutherischen Kirche in Jerusalem und die deutsche Propstei kam die *Aktion Sühnezeichen* mit jungen christlichen Arabern in Kontakt, die das „arabisch-israelische Problem" thematisierten.[1328] Im Selbstverständnis der *Aktion Sühnezeichen* sollten sich die verschiedenen Programmelemente der Jugendbegegnungstätte zu einer „Jugendakademie" zusammenfügen, um einen institutionalisierten Rahmen zur Auseinandersetzung mit Israel, der israelischen Gesellschaft, der nationalsozialistischen Judenverfolgung sowie der zeitgenössischen Nahost-Problematik zu bieten.[1329]

3.5.4 Sühnezeichen-Geistlicher für Jerusalem

Ende 1967 übermittelte Günther Harder, Professor des kirchlichen Lehramts an der Kirchlichen Hochschule Berlin, einen Vorschlag an Kurt Scharf zur Entsendung des Theologiestudenten Michael Krupp nach Jerusalem. Harder, Vorsitzender der „Berliner Arbeitsgemeinschaft Christen und Juden" sowie Leiter des von ihm 1960 gegründeten Instituts „Kirche und Judentum" an der Kirchlichen Hochschule, bezog sich in seinem Brief an Scharf auf eine „Notiz Bruder von Hammerstein[s]", in der dieser von kirchlichen Vertretern in Jerusalem aus den Niederlanden und aus Dänemark berichtete.[1330] Dieser Brief wurde als Antrag in die Sitzung des Konsistoriums vom 28. November 1967 aufgenommen: das „Kollegium votiert für Weitergabe des Antrages an die EKD. Der bisher im Gespräch gewesene Vikar Krupp ist zur Zeit Assistent bei Professor Michel an der Kirchlichen Hochschule in Berlin und kommt daher für Jerusalem nicht mehr in Frage."[1331]

Harders Vorstoß wurde über zwei Jahre hindurch von verschiedenen kirchlichen Stellen diskutiert. Die *Aktion Sühnezeichen* beteiligte sich an der Diskussion mit einem eigenen Vorschlag, den niederländischen

---

[1325] vgl. Otto Schenk, Nichts ist so stabil wie ein Provisorium! 30 Jahre Aktion Sühnezeichen Haus Pax im Beit Ben Yehuda in Jerusalem In: Broschüre 40 Years in Israel, anniversary brochure der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, October 2001, S. 18 sowie On the Road to Bethlehem. A Brief History of Beit Ben Yehuda –Haus Pax, In: Beit Ben Yehuda – Haus Pax. International Youth Meeting Center Jerusalem, Israel, 1999, S. 6.
[1326] Entwurf des Jahresberichts 1969/70, gez. Franz von Hammerstein, dat. 28. Mai 1970 [EZA 97/942]
[1327] Ebda.
[1328] Ebda.
[1329] Ebda.
[1330] Harder an Scharf, dat. 3. November 1967 [LABB 1/1Nr. 7 Bd. 1]
[1331] Protokoll des Kollegiums, dat. 5. Dez. 1967 [LABB 1/1Nr. 7 Bd. 1]

Pastor [Johannes] Joop Siezen im Auftrag der EKD (und der *Aktion Sühnezeichen*) nach Israel zu entsenden.[1332] Dieser Vorschlag wurde bald abgelöst von dem Vorhaben, Franz von Hammerstein selbst an eine Pfarrstelle in Jerusalem zu entsenden. Ende 1968 fand am Rande der Westtagung der Synode der EKD eine Besprechung über die „Zukünftige Arbeit in Jerusalem" statt, an der unter anderem Ratsvorsitzender Hermann Dietzfelbinger, Kurt Scharf, der Präsident des kirchlichen Außenamtes der EKD, Adolf Wischmann, Günther Harder sowie die Sühnezeichen-Vertreter Volker von Törne, der Israel-Beauftragte Otto Schenk und Franz von Hammerstein teilnahmen. Der mittlerweile zum Vikar avancierte Michael Krupp wurde erneut als Kandidat ins Spiel gebracht.[1333] Die Bemühungen Harders, im Verbund mit Scharf und der *Aktion Sühnezeichen* seinen Kandidaten Krupp nach Israel zu entsenden, riefen weitere Initiativen auf den Plan, sodass die Entsendung unter der Ägide der Evangelischen Kirche von Berlin und der *Aktion Sühnezeichen* gefährdet schien. „Die Stelle ist eng mit *Aktion Sühnezeichen* verbunden, sowohl für unsere innerkirchliche Sicht, wie auch für den Staat Israel", versicherte Harder Scharf Ende 1968, nachdem ihm Gerüchte über eine Entsendung durch das kirchliche Außenamt zugetragen worden waren.[1334] Noch im gleichen Monat besprachen sich Harder und Scharf und vereinbarten einen langfristigen Masterplan zur Entsendung Krupps nach Israel. Krupp sollte Mitte 1969 nach Berlin übersiedeln und in den Ausbildungsdienst der Berliner Kirche als Vikar aufgenommen werden. Nach einem verkürzten Vikariat sollte Krupp im Frühjahr 1970 das zweite kirchliche Examen ablegen und ordiniert werden, danach würde er nach Jerusalem entsandt werden. Selbst die Aufgaben waren eineinhalb Jahre im Vorhinein festgelegt worden:

> Die Koordinierung der Reisegruppen aus dem Raum der EKD, ihre Betreuung, meistensteils am Beginn ihrer Reise in Israel, die Herbeiführung von Gesprächen mit Israelis, besonders auch jungen Israelis im Haus Pax, die Betreuung von einzelnen Deutschen in Israel, soweit sie in Ihren Bereich gelangen werden, die Beratung, auch die wissenschaftliche Beratung von Stipendiaten an der Hebräischen Universität Jerusalem, schließlich die Beteiligung am Theologischen Gespräch in Jerusalem. In Jerusalem arbeiten Sie zusammen mit der Aktion Sühnezeichen, die die sogenannte Fachaufsicht über Ihre Arbeit führt. Die Dienstaufsicht wird das Kirchliche Außenamt führen. Wenn Sie nach Jerusalem gehen, wird zwischen dem Kirchlichen Außenamt und der Aktion Sühnezeichen ein Vertrag geschlossen, ähnlich den Verträgen, die das kirchliche Außenamt mit Auslandsgemeinden schließt, nur dass hier an die Stelle der Auslandsgemeinde die Aktion Sühnezeichen tritt.[1335]

Die Entsendung Krupps kam tatsächlich in dieser Form zustande. Krupp arbeitete zunächst auch für die *Aktion Sühnezeichen* in Israel, ab 1977 wandte er sich dem Aufbau des Studienjahres für Theologiestudierende in Israel *Studium in Israel* zu, das er ab 1978 über 25 Jahre leitete. Die *Aktion Sühnezeichen* fungierte bei der ‚Installierung' Michael Krupps als evangelischer Geistlicher in Jerusalem als Geburtshelferin, indem sie einen konkreten und nachvollziehbaren Anlass für die Entsendung bot: Betreuung von deutschen Jugendgruppen in Israel, vor allem jener der *Aktion Sühnezeichen*, Nutzung und Ausbau der von der *Aktion Sühnezeichen* aufgebauten kommunikativen Infrastruktur im *Haus Pax* und schließlich praktische wie finanzielle Unterstützung beim Aufbau eines von Krupp initiierten neuen ökumenischen Netzwerks in Israel, das bis in die Gegenwart fortgeführt wird.

3.5.5 Verklärung und Ambivalenz

> Man lobt dann nicht alles, was in Israel geschieht, sondern hat sich durch die Mitarbeit ein Recht zu eigener, hoffentlich weiterhin liebevoller, im Einzelnen aber doch mitunter kritischen Stellungnahme erworben.[1336]

[1332] EKiD, kirchliches Außenamt, gez. Oberkirchenrat K. Kremkau an Bischof Scharf am 26. März 1968 [LABB 1/1Nr. 7 Bd. 1]
[1333] Vermerk über Besprechung über Zukünftige Arbeit in Jerusalem, dat. 14. Oktober 1968 [LABB 1/1Nr. 7 Bd. 1]
[1334] Harder an Scharf, 13.11.1968 [LABB 1/1Nr. 7 Bd. 1]
[1335] Harder an Krupp, dat. 26. Oktober 1968 [LABB 1/1Nr. 7 Bd. 1]
[1336] Ernst Simon, zitiert von Otto Schenk in seiner Vorlage für die Mitgliederversammlung, dat. 28. Februar/6. April 1970 [LABB 1/1 Nr. 7 Bd. I]

Die Erwartung des Jerusalemer Pädagogen Ernst Simon, dass Sühnezeichen-Freiwilligen in Gefolge der individuellen Lebens- und Arbeitserfahrung in Israel eine differenzierte Haltung zu Staat und Gesellschaft entwickeln würden, ist den überlieferten Aussagen und Texten nach nicht eingetroffen. Vielmehr schieden und scheiden sich an Israel die Einstellungen der Freiwilligen während ihrer Einsätze und danach. Der Sühnezeichen-Einsatz in Israel trug in vielen Fällen zu einer Polarisierung bei: Ein hohes Maß an Identifikation, das in einigen Fällen zur Konversion zum Judentum, zur Verlegung des Wohnsitzes nach Israel bis hin zur völligen Aufgabe der deutschen Identität zugunsten einer israelischen Identität führte, steht einer vehementen Israel-Kritik bis hin zur Solidarisierung und Identifizierung mit den arabischen Antipoden Israels gegenüber. Die Simons Zitat implizite verklärte Ausgangsposition der Sühnezeichen-Freiwilligen vor ihrem Einsatz fußte auf einem romantischen Bild vom Judenstaat, das sich während des Einsatzes in seiner Deutung von der Identifizierung mit Staat und Gesellschaft Israels zu einer Affinität mit der Lage von Arabern/Palästinensern wandelte.

Ein Leserbrief in Replik auf den weiter unten zitierten Artikel von Schalom Ben-Chorin über die polnisch-jüdische Erinnerungskonkurrenz in der deutschsprachigen israelischen Zeitung Jedioth Chadashoth[1337] führte bereits 1968 als wesentliche Kritikpunkte die Motivation und die Einstellungen der Freiwilligen an und zeigte in seiner Analyse auf, dass eine Bewusstseinsbildung bzw. intellektuelle und emotionale Verarbeitung des Israel-Einsatzes vor dem Hintergrund der deutschen Schuld unterblieb. Ein romantisches Bild von der israelischen Gesellschaft würde demzufolge „schnell ins Gegenteil" verwandelt werden:

> ... Da ich lange Zeit einen guten Kontakt mit jungen Deutschen von der Aktion „Sühnezeichen" hatte, die lange Zeit in dem Kinderheim Ahava arbeiteten (was Sie leider unerwähnt ließen), möchte ich Ihr Bild über die heutige veränderte Einstellung vieler dieses Kreises ergänzen.
> Zuerst: der Name „Sühnezeichen" hat wieder etwas mit dem deutschen Fanatismus (diesmal) zu tun. Wie können Kinder von Schuldigen etwas sühnen wollen, woran sie selbst nie teil hatten? Ihre Haltung ist somit von Anfang an unnatürlich, was sich in fast allen Debatten stark widerspiegelte. Diese jungen Menschen waren vor allem voll falscher Sentimente, die – wie es sich auch bewies – sich stets schnell ins Gegenteil verwandeln konnten. Ihre Motive waren durchaus nicht klar.
> Dann: Dank unserer demokratischen Haltung konnten die jungen Männer und Mädchen zu jedem christlichen Fest, dank ihres deutschen Passes und unserer Erlaubnis, immer nach Jordanien fahren. Sie kamen stets mit Skepsis über unser Verhalten von „drüben" nach Hause und waren absolut arabischer Propaganda ausgesetzt. Immer kamen sie mit peinlichen Fragen zurück, die zu beantworten zwar nicht schwer fiel, die aber ihre enorme Unreife bewies.
> Es stimmt, dass sie im Sechs-Tage-Krieg hierblieben, sie haben auch gleich nach der Eroberung von Jerusalem ihre gebliebenen arabischen Freunde (meist Lehrer) besucht – und kamen voller Gräuelmärchen zurück. Besonders eine junge Frau, die 3 Jahre hier war, hat sich Dinge aufschwatzen lassen, die einem die Haare zu Berge stehen ließen. Sie kam um sich von mir zu verabschieden und bis nachts 1 Uhr versuchte ich die antiisraelischen Wogen zu glätten. Sie fuhr weg und ließ nie mehr etwas von sich hören. Es schien mir als ob sie nahe dabei war, ihre schuldigen Väter zu begreifen.
> Schlimm kam eine Korrespondenz mit einem dieser Jungen aus Berlin, teils an die Leiterin der „Ahava", teils an mich. So etwas von Aggression las ich schon lange nicht. Vier Briefe schrieb ich zurück – und dann ließ ich diesen unerfreulichen Briefwechsel sein, zumal der junge Mann alle Erwiderungen und Beweise durch Zeitungsausschnitte als „Legende" (lies: Lüge) bezeichnete. Der typisch linkssozial gerichtete Jargon war ausgesprochen böse. Die Araber haben es weit besser verstanden, die sentimentalen Gefühlsschwankungen dieser Jugend auszunutzen als wir.
> Und wir? Wir lassen sie hier viel zu schwer arbeiten und unter viel zu schweren Bedingungen – doch dies steht auf einem andern Blatt. **Wir hätten diese Opfergeste nicht annehmen dürfen, sie kam aus einer völlig falschen Sicht**.[1338]

Die Beeinflussung von Sühnezeichen-Freiwilligen durch „gegnerische" arabische ‚Propaganda' und die „linkssoziale" Argumentation war auch in den darauf folgenden Jahren – abhängig vom jeweiligen von der *Aktion Sühnezeichen* nach Israel entsandten Länderbeauftragten – ein Ärgernis für die israelisch-

---

[1337] Schalom Ben-Chorin, Auschwitz ohne Juden?, in *Jedioth Chadashoth,* 15. März 1968, S. 5
[1338] Leserbrief in Jedioth Chadashoth vom 11. April 1968, S. 3, gez. M.H. [eigene Hervorhebung; zur Verfügung gestellt von Avital Ben-Chorin]

jüdischen Partner der *Aktion Sühnezeichen*. Für Ben-Chorins Witwe Avital bedeuten die Durchführung von Friedensdiensten in arabischen/palästinensischen Projekten im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* und die aus dieser Arbeit oftmals erwachsene aggressive Israel-Kritik, die arabischen bzw. palästinensischen Argumentationslinien folgte, eine bis in die Gegenwart unverständliche Zäsur im ursprünglichen Verständnis der *Aktion Sühnezeichen*.[1339]

Otto Schenk rekapitulierte im Rückblick seine eigene romantisch-verklärte Perspektive bei seiner Begegnung mit Israel und den Israelis. Hinsichtlich der ‚Aufbau'-Perzeption weist Schenks Erinnerung eine Parallele zur deutschen Nachkriegssituation auf:

> 1963, das war noch ein Israel, [...] da war noch sehr viel Idealismus, da war noch viel Zionismus, echter Zionismus, und für die meisten Juden gab es keine Araber. Das war ja noch vor dem Sechstagekrieg [...] es gab keine Araber, die waren hinter der Mauer, die waren in Jordanien und man kam da nicht hin. [...] Bei uns war auch die Begegnung mit diesem Land aufregend, überall war ja noch der Geist: man wollte neues bauen, eine neue Gesellschaft bauen. 1963, da war das Land ja gerade einmal 15 Jahre alt, das war alles noch sehr neu ...[1340]

Der Brief eines Freiwilligen, der während seines Einsatzes im Kibbuz Bahan 1965 seinen 25. Geburtstag feierte, spiegelt den romantisch-religiös verklärten und vereinnehmenden Zugang, seine projizierte Friedenssehnsucht und das Bedürfnis nach Anerkennung des Einsatzes mit der *Aktion Sühnezeichen* wider. Der nachfolgend zitierten Briefpassage liegt zudem eine externalisierte Identitätsssuche – Anerkennung als Deutscher durch die ‚Opfergesellschaft' vor dem Hintergrund der deutschen Verbrechen – zugrunde, deren Austragung in Israel mit der fortwirkenden Stigmatisierung der israelischen Gesellschaft als (jüdische) Opfergesellschaft einherging, während eine Fortschreibung der deutschen Täterrolle durch die Exkulpation der Vergebung/Versöhnung nicht erfolgte. Dass sich Israelis, in diesem Fall Angehörige des Kibbuz, womöglich nicht mit dem Sühnezeichendienst identifizieren wollten, imaginierte oder tatsächliche Unfreundlichkeit gegenüber den Freiwilligen aus Deutschland, war für diesen Freiwilligen nicht verständlich und auch nicht akzeptabel. Diese problematische Auseinandersetzung mit der deutschen Identität zulasten der Israelis wurde zudem um die religiöse Dimension erweitert bzw. abgesichert: „Das Gesetz Christi" müsste auch in Israel und von Israelis erfüllt werden. Bis zur Wirksamkeit dieses ‚Gesetzes' müssten die Freiwilligen Geduld haben. Die Akzeptanz einer Verbitterung von Kibbuzmitgliedern, die womöglich selbst Überlebende der nationalsozialistischen Verfolgung waren oder deren Angehörige ermordet worden waren, oder aber auch nur einer anhaltenden Skepsis findet in diesem Verständnis keinen Platz. Der Brief des Freiwilligen wurde in einem Wochenbrief ohne einschränkenden Widerspruch oder Ergänzung abgedruckt:

> Unser Verhältnis zu den Menschen im Kibbuz ist allgemein gut. Nur manchmal macht es uns Sorge, dass unser „Schalom" nicht immer von allen erwidert wird. Dankbar sind wir für jedes freundliche Wort oder über einen wohlwollenden Blick. Wir müssen Geduld haben und wissen, dass Sie und viele andere uns durch das Gebet fürbittend tragen, auf dass das Gesetz Christi erfüllt werde.
> Ein Vierteljahrhundert in Israel beenden heißt mehr, als nur auf 25 Jahre Rückschau halten. Meine Geburt stand im Zeichen des Krieges, des Mordens und des Terrors. Welch ein Geschenk Gottes, dass ich nach 25 Jahren am Ringen seines Volkes um Frieden mit sich und der Welt teilhaben darf. Dieser Tag gibt mir die Zuversicht, dass unser Tun nicht umsonst ist, sondern dass es die Kluft zwischen Zwietracht und Hass und Wahrheit und Liebe überwinden hilft.[1341]

Eine andere Freiwillige aus der gleichen Gruppe in Israel bezog sich in ihrem Brief an Kreyssig auf die Herausforderung, die sie reifen ließe. „Die vielen ergreifenden Begegnungen mit Menschen, die durch unser Versagen unendlich leiden mussten, deren Wunden nicht heilen können, bedrücken uns sehr. Ihre uns oft skeptisch dargereichte Hand ergreifen wir beschämt und werden still." Die Herausforderung des

---

[1339] Avital Ben-Chorin, Jerusalem, Telefoninterview mit dem Verfasser, 24. März 2005
[1340] Interview Lilach Marom mit Otto Schenk o.D., o.O. [2002, BRD, eigenhändiges Typoskript in Händen des Vefassers]
[1341] Briefauszug von Horst Wagner (Israel VI), zit. nach Wochenbrief auf den 18. Sonntag nach Trinitatis 1965, dat. 12. Oktober 1965, S. 2 [ASF]

Dienstes erlebte diese Freiwillige als Bereicherung: „Wer so zu leben lernt, lebt wacher, bewusster und reicher“. Zugleich erahnte sie die Kluft zwischen ihren Erfahrungen in Israel und den gesellschaftlichen Gegebenheiten in der BRD: „... ob wir die Kraft haben werden, diese neue Lebenssicht und Daseinsform zu Hause fortzuführen und noch zu vertiefen ...“.[1342]

In einer Diskussionsvorlage für die Mitgliederversammlung 1970 skizzierte Schenk den aus seiner Sicht idealtypischen Zugang zur Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* in Israel:

> Einiges Wissen über die Verbrechen Deutschlands gegenüber den Juden lässt in ihm den Wunsch wach werden, für die Versöhnung zwischen Juden und Deutschen zu arbeiten. Er möchte dieses Volk kennen lernen, das von der Generation seiner Eltern und Großeltern ausgerottet werden sollte.
> Er ist froh darüber, dass trotz des Mordens das jüdische Volk dennoch nicht ausgelöscht wurde, sondern – im Gegenteil – es klarer, gesünder und einheitlicher seinen Platz in der Welt behaupten möchte. Bei der Beschäftigung mit der Geschichte der Wiedergeburt des Staates Israel in Palästina wächst sein Interesse für den Judenstaat, und er möchte ihn erleben.
> Die unbewusste, gefühlsmäßige Identifizierung mit Israel soll durch den einjährigen Einsatz mit ASZ in Israel abgelöst werden von der größeren Reife einer kritischen Identifizierung mit Israel.
> Mit sich steigernder Unruhe wird ihm deutlich werden – etwa bei der Reaktion der Weltmeinung auf Taten Israels oder Taten, die Israel zugefügt werden – wie einsam und schutzlos das jüdische Volk in der Familie der Völker lebt.
> Irritiert blickt er auf junge Deutsche, die sich scheinbar blind und ohne bessere Kenntnisse mit den arabischen Befreiungsbewegungen für Palästina solidarisieren. Sehen sie denn wirklich nicht, dass das Ziel der arabischen Befreiungsbewegungen: Palästina zu befreien, über Mord am jüdischen Volk erreicht werden soll? Ein junger Deutscher kann volle Sympathie für die arabischen Palästinenser haben, die sich in Palästina einen eigenen Staat aufbauen möchten! [...] Aber nur auf dem Weg von Verhandlungen und nicht auf dem Wege der Gewalt sollte dieses Ziel verfolgt werden.[1343]

Schenks Interpretation, dass nach der versuchten Ausrottung des jüdischen Volkes dieses „klarer, gesünder und einheitlicher seinen Platz in der Welt behaupten“ möchte, lässt sich nur mit einem inhärenten romantischen, idealistischen Zugang erklären, der dem Holocaust auf diese Weise eine vorteilhafte Nebenwirkung abzugewinnen vermochte. Damit verbunden ist die eine Umdeutung, wenn nicht Verleugnung der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Schenks Text sprach dem Holocaust eine kathartische Wirkung für das Judentum zu. Ein kognitives Verständnis der fanatischen Ausgrenzung, Enteignung, Vertreibung und schließlich Ermordung, jeweils darauf ausgerichtet, Deutschland und schließlich alle von der deutschen Wehrmacht besetzten, selbst jene unter bloßer deutscher Beeinflussung stehenden Gebiete ‚judenrein’ zu machen, lässt sich diesem Zugang nicht entnehmen.

Fünf Jahre nach diesem Text griff der Vorsitzende der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*, Gerhard Möckel, die Sühnezeichen-inhärente Problematik des Philosemitismus als „eine wahrscheinlich zu harmlose Schalom- und Kibbuzromantik und Israel-Begeisterung“ auf.[1344] Die Verklärung in der Wahrnehmung Israels wurde sowohl von den an anderer Stelle skizzierten theologischen Grundlagen der *Aktion Sühnezeichen* als auch von romantischen Erwartungshaltungen der einzelnen Freiwilligen und Mitarbeiter gespeist. Ein über die zwischenmenschliche Begegnung und organisierte Vortrags- und Seminarreihen in Israel hinausreichendes Instrumentarium, das eine Auseinandersetzung mit dem jüdischen Nationalstaat über die theologische oder romantische Perspektive hinaus ermöglichte, konnte trotz der langjährigen Tradition der Sühnezeicheneinsätze nicht entwickelt werden. In den nachfolgenden Zitaten setzte Kreyssig den langjährigen Arbeitseinsatz in Israel gleich mit einer theoretischen Weiterentwicklung des Sühnezeichen-Konzepts. Aus den Arbeitseinsätzen wären Erfahrung und Versöhnung erwachsen, die als Grundlage für eine konzeptionelle Erweiterung dienen sollten, d.h. ein

---

[1342] Brief Marja [!] Schaller an Lothar Kreyssig, dat. 20. August 1965, in Monatsbrief Oktober/Wochenbrief auf den 17. Sonntag nach Trinitatis 1965, dat. 6. Oktober 1965, S. 2 [ASF]
[1343] Typoskript Zur Diskussion auf der Mitgliederversammlung, Otto Schenk, dat. 28. Februar/6. April 1970 [LABB 1/1 Nr. 7 Bd. I]
[1344] Gerhard Möckel: Probleme des Friedensdienstes der Aktion Sühnezeichen in Israel, In *Frieden in Nahost. Materialien zur Lage im Nahen Osten: Wege zum Frieden?*, herausgegeben von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, o.D. [1975], S. 20-28, hier: S. 22.

‚organisches Wachsen' sollte die Funktion einer theoretischen, intellektuellen Auseinandersetzung einnehmen. Die Weiterentwicklung über natürliches Wachstum war schon allein aufgrund der Fluktuation unter Freiwilligen und Mitarbeitern nicht möglich. Das Fehlen der intellektuellen Auseinandersetzung innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* begünstigte schließlich die ungefilterte Absorption äußerer Einflüsse durch Sühnezeichen-Freiwillige.

Als Kreyssig im Sommer 1965 die Versöhnung zwischen „Israel und Arabern" in den Arbeitsauftrag der *Aktion Sühnezeichen* mit einbeziehen wollte, fehlten die Grundlagen zur intellektuellen und auch emotionalen Integration in das bestehende Sühnezeichenprogramm, und Kreyssig stieß mit seinem Vorhaben auf heftigen Widerstand der in Israel weilenden Sühnezeichen-Freiwilligen, die aufgrund ihres Verständnisses einer deutschen Schuld gegenüber Juden diese Ausweitung des Sühnezeichen-Auftrages nicht annehmen wollten. Im Anschluss an die sich über mehrere Monate erstreckende Diskussion führte Kreyssig einen Seitenhieb auf die Freiwilligen und ihre ‚orthodoxe' Israel-Position aus und verhinderte dank seiner Authorität eine inhaltliche Diskussion:

> Aber unbehoben ist meine Sorge, dass wir mit den Erfahrungen unseres Dienstes weniger die ursprüngliche und immer neu sich stellende Aufgabe, als unsere Vorstellungen von ihr und zuletzt uns selbst bestätigt sehen. Nicht so sehr der Einwand als die Selbstgewissheit, in der er vertreten wurde, erinnerte über das Mittelmeer und das halbe Abendland hinweg an einen gewissen bärtigen Teutonismus, den Christian Schmidt schon einmal mit der Beschwörungsformel „Sühnezeichen-Vogel" entmythologisiert hat.[1345]

Im Zuge der weiter unten skizzierten Auseinandersetzung um eine von Ben-Chorin konstatierte Geschichtsklitterung durch die Arbeit in Polen formulierte Kreyssig im Frühjahr 1968 erneut einen Versöhnungsauftrag unter Einschluss des arabisch(palästinensisch)-israelischen Konflikts:

> Als wir vor 10 Jahren begannen, hieß es unter uns, es werde eine Besiegelung unseres Auftrages und seiner – menschlich ganz unwahrscheinlichen – Verheißung sein, wenn wir zur Versöhnung zwischen Juden und Arabern etwas beitragen könnten. Wir wussten aber sofort, dass das allenfalls eine besonders kostbare Frucht unserer eigenen Versöhnung mit Israel werden könne, dass es aber von vornherein zu intendieren, reine Vermessenheit sei. Vielmehr müsse eine völlig eindeutige Entscheidung für Israel und Dienst an seiner Heimkehr ohne alle Nebenabsichten am Anfang stehen. Gerade hierin meinten wir, uns von einem Friedensdienst unterscheiden zu müssen, der sich neutralistisch oder pazifistisch versteht. Natürlich würden wir gern bereit sein, heute mit einer Mannschaft unter den Flüchtlingen in Jordanien, Syrien oder sonst bei den Arabern zu arbeiten. Denn jetzt wäre völlig eindeutig, dass es sich um dasselbe Sühnezeichen handelt, das seither mit 12 Mannschaften in Israel gearbeitet hat und daran vor allem anderen festhalten will, solange die israelischen Freunde es wünschen.[1346]

Kreyssig verschwieg in seinem Schreiben an Ben-Chorin, dass der von ihm erwähnte Friedensdienst in Gestalt des Weltfriedensdienstes ebenfalls von ihm gegründet und dass über diese ‚Marke' bereits Freiwillige in arabische Gebiete entsandt worden waren. Kreyssig leitete aus der langjährigen Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* in Israel einen Versöhnungsauftrag zwischen „Juden und Arabern" ab, nicht aber aus der Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* in Großbritannien einen Versöhnungsauftrag zwischen Briten und Nordiren, deren Konflikt Kreyssig schon aus dem Grund interessiert haben musste, als es sich dabei vordergründig betrachtet um einen inner-christlichen Konflikt handelte.[1347] Gegenüber Israelis war es für Kreyssig „gewiss", dass „wir ihnen einen verantwortlichen Rat schuldig wären, einerlei, ob sie uns dazu für berechtigt hielten." In einem Brief an Schalom Ben-Chorin schlug Kreyssig vor, „um den einzigen Preis der Anerkennung seitens der arabischen Liga solle Israel bereit sein, alle eroberten Gebiete außer der Altstadt von Jerusalem zurückzugeben." Die Aktion Sühnezeichen dürfte „um der vollen Solidarität

---

[1345] Rundbrief I/1965, dat. 31. Januar 1965, gez. Lothar Kreyssig S. 3 [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]
[1346] Kreyssig an Ben-Chorin, o.D. [zwischen 22. Februar 1968 (Datum eines Briefes von Ben-Chorin, auf den sich Kreyssig bezieht) und 22. April 1968 (Datum der Antwort Ben-Chorins an Kreyssig)] [EZA 37/939]
[1347] der Konfliktherd Nordirland wurde nach Kreyssigs Ausscheiden im Sommer 1971 mit einem Text von Günter Särchen thematisiert. Vgl. Rundbrief Juni, dat. 28. Juni 1971, S. 11-14 [ASF]

willen keine Zumutung scheuen“. Zugleich müsste aber „ganz klar gestellt werden, dass wir bedingungslos an ihrer Seite bleiben, auch wenn sie sich nach unserer Überzeugung falsch entscheiden“. Eine „unbedingte Solidarität“ forderte Kreyssig von allen Freiwilligen ein.[1348] Im Jahr darauf überlegte Kreyssig gegenüber Otto Schenk,

> ob wir Deutschen nicht mit allem was wir sind und haben aufnahmebereit sein sollten für den Fall, dass es den fanatischen Nachbarn gelingen sollte, Israel zu verjagen. Ich habe das nie ausgesprochen, viel weniger anvisiert und vorbereiten wollen, weil mir der Gedanke, dass Gott das zulassen könnte, unannehmbar schien. Aber ist uns nicht auch völlig unannehmbar erschienen, was die Nazis dann doch getan haben? Und wie mag es sich für ein teilnehmendes Mitdenken angefühlt haben, wenn Israel nach Babylon deportiert oder nach der Zerstörung 70 in alle Welt verjagt wurde?[1349]

Die theologische Argumentation Kreyssigs[1350] stand im Widerspruch zur Perzeption Israels in der BRD, die, zumindest an der Oberfläche des Diskurses von einer Ambivalenz gegenüber nationalstaatlichen Gewaltagierens geprägt war. Die Metapher des Historikers Michael Wolffsohn von der gesellschaftlichen Internalisierung des Gewaltsverzicht nach 1945/49 in der Bundesrepublik – „sanfte Republik“ – im Gegensatz zum „stacheligen David“, der verteidigungsbereiten israelischen Gesellschaft, verdeutlicht ein grundlegendes Dilemma, das sich vor der historischen Reflexion der Judenvernichtung durch das nationalsozialistische Deutschland noch vielfach vergrößerte.[1351] Nach 1967 begann sich die öffentliche Meinung in Deutschland gegenüber Israel – vor allem bei der ‚Linken’, vor allem bei Studierenden – zu wandeln.[1352] Letztere stellten als so genannten Kriegsdienstverweigerer (KDV) die künftige Freiwilligen-Basis der *Aktion Sühnezeichen*.[1353]

Die Integration der aufkeimenden Friedensbewegung in die *Aktion Sühnezeichen*, nicht zuletzt durch die Aufnahme der Kriegsdienstverweigerer, bedeutete eine Verwässerung des ursprünglichen Auftrags. Abgeleitet von globalen Schuldzusammenhängen für die großen ungelösten sozialen und militärischen Probleme auf der ganzen Erde, sah sich die *Aktion Sühnezeichen* mit anderen Organisationen auf „der Seite der Unterdrückten, auf der Seite der Völker gegen die Herrschenden“. „Deshalb“, so die ASF-Geschäftsführer, „kann es Friedensdienste unter Palästinensern und Juden, in Jordanien und Israel, in Nord- und Südvietnam geben.[1354] Die „Fülle an Aufgaben“, die mit „Verminderung von Not im Bereich der Dritten Welt bis zu den Obdachlosen, ausländischen Arbeitern oder Zigeunern [!][1355]“, „Verminderung von Gewalt im Bereich internationaler und nationaler Strukturen“, „Verminderung von Unfreiheit“ und „Verminderung von destruktiver Aggressivität“[1356] im Strafvollzug und in der Resozialisierung umschrieben wurden, bargen das Potenzial der Beliebigkeit sowohl hinsichtlich der inhaltlichen Substanz wie auch der Außenwahrnehmung der *Aktion Sühnezeichen*. Im Diskurs um den Sühnezeichen-Einsatz in Israel führte die skizzierte sozial-revolutionäre Komponente – trotz des Postulats einer „gewaltfreien direkten Aktion der Friedensdienste“ – zu einer Affinität mit dem arabisch-palästinensischen sogenannten ‚Befreiungskampf’ und zu einer Diffusion des Ausgangspunkts des deutsch-jüdischen Verhältnisses.

[1348] Kreyssig an Hammerstein und Törne, handschriftlicher 4-Seiten-Brief dat. Hochstadt, 1. Juni 1968 [EZA 97/940]
[1349] Kreyssig an Schenk, dat. 1. April 1969 [EZA 97/940]
[1350] vgl. eine spätere Ausführung, die, wenngleich ohne Bezugnahme auf Kreyssigs Überlegungen, zu einer ähnlichen Folgerung kam: Fuchs, Ottmar (1997). Kontextuelle Christologie im Horizont unbedingter Solidarität. Für die generative Dimensionierung der jüdisch-christlichen Beziehung. In: Görg, Manfred und Langer, Michael, Hrsg. Als Gott weinte. Theologie nach Auschwitz. Regensburg: Friedrich Pustet; 162-202.
[1351] Wolffsohn (1986), S. 105
[1352] eine Überblicksdarstellung zur politischen Linken und ihr Verhältnis zum Staat Israel siehe Claussen, Detlev. Ein kategorischer Imperativ. Die politische Linke und ihr Verhältnis zum Staat Israel, In Brumlik, Micha, Kiesel, Doron, Kugelmann, Cilly und Schoeps, Julius H., Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945 (1986). Frankfurt/Main: Jüdischer Verlag bei Athenäum. 230-242. Claussen datiert die Übernahme des Begriffs „Antizionismus“ durch eine „Neue Linke“ auf das Jahr 1967 zurück. Ebd., S. 231
[1353] unter den männlichen Freiwilligen betrug der Anteil der Kriegsdienstverweigerer 1974 90 %, bezogen auf die Gesamtzahl der Freiwilligen 60 %. Vgl. Jahresbericht des Vorstandes der ASF am 23. März 1974, dat. 5. April 1974 [NL Möckel]
[1354] Hammerstein und Törne (1974)
[1355] zum diskriminierenden Gehalt des Terminus ‚Zigeuner’ und der anhaltenden Wortverwendung vgl. Legerer, Anton. Roma-Theater Pralipe: Den Holocaust auf die Bühne bringen, 2001). Jura Soyfer - Internationale Zeitschrift für Kulturwissenschaften.
[1356] Hammerstein und Törne (1974)

Im Jahresbericht 1970 wurde, nicht zuletzt um einem Kippen der Einstellung zu Israel innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* vorzubeugen und um für Freiwilligen-Kandidaten keine missverständliche Interpretationsfläche zu bieten, die offizielle Haltung der *Aktion Sühnezeichen* zu Israel festgehalten. Um israelkritisches Potenzial schon bei den Neuinteressenten zu kanalisieren, wurden „Richtlinien für die Israel-Freiwilligen" verteilt. Die Taktik der Sühnezeichen-Leitung war es, den Freiwilligendienst in Israel zunächst allgemein als Freiwilligendienst in einem „fremden Land" darzustellen, erst in einer tabellarischen Aufzählung folgte die Konkretisierung und eine Verknüpfung mit dem israelisch-arabischen Konflikt. Eine voreilige Identifizierung mit dem Anliegen der arabischen – palästinensischen – Bevölkerung wurde durch die Konstruktion einer Rangfolge im abschließenden Punkt der Richtlinien abgefangen: einem angestrebten freundschaftlichen Verhältnis zu den Arabern wurden das christlich-jüdische und das deutsch-israelische Verhältnis als Voraussetzung vorangestellt.[1357]

Darüber hinaus siebte die *Aktion Sühnezeichen* bei der Auswahl der Freiwilligen vor der Entsendung nach Israel extrem links orientierte Israel-Kritiker aus und unterstrich die christliche Motivation:

> Wir wählen die Freiwilligen für Israel sorgfältig aus und bereiten sie gut vor, sodass extrem links orientierte Leute nicht darunter sind, aber natürlich sind alle jungen Leute hier heute kritischer als vor zwei, drei oder fünf Jahren. Die meisten Israelfreiwilligen haben eine christliche Motivation, sind am jüdisch-christlichen Dialog interessiert. Die politischen Fragen dominieren deshalb meist nicht.[1358]

1972 waren von 35 Freiwilligen in Israel 27 Kriegsdienstverweigerer.[1359] Sie brachten dank ihrer Sozialisation einen anderen Zugang, der den Schwerpunkt nicht mehr beim vergangenheitsbezogenen Versöhnungsdienst sondern beim gegenwarts- und zukunftsorientierten Friedensdienst sah: „Zwar werden die Verbrechen der Nazi-Zeit entschieden verurteilt, aber eine besondere Verantwortung für sie als junge Deutsche aus diesem Geschehen den Juden und Israel gegenüber und als Konsequenz daraus ‚Aktion Sühnezeichen' wird nicht selten abgelehnt."[1360] Die von Schenk zwei Jahre zuvor bereits skizzierte Problematik der Identifizierung der KDV-Freiwilligen mit dem Anliegen der Palästinenser ergänzte sein Nachfolger, Diakon Rudolf Maurer. Ihm zufolge würden die Freiwilligen befürchten, „nach oberflächlichem Vergleich mancher Erscheinungen hier und im früheren Preußen", bei ihrem Sühnezeichen-Einsatz zugunsten Israels, das „imperialistische, militaristische, um nicht zu sagen, chauvinistische Israel im Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte in den arabischen Staaten zu unterstützen".[1361]

Mitte der 1970er Jahre drohte die Einstellung der meisten Israel-Freiwilligen von „schlichter Solidarität mit Israel, der Zufluchtsstätte der Menschen, die der Vernichtung entronnen waren", zur angewandten Kapitalismus- und Imperialismuskritik zu kippen, als Israel angesichts der Lebenssituation der arabischen Bevölkerung (Palästinenser) als prototypisches Feindbild ihrer Kritik angesehen wurde.[1362] Die Abstraktion aus der Lehre der Geschichte des Nationalsozialismus in Form eines univerellen Friedensverständnisses, das eine besondere Solidarität mit Unterdrückten, Unterpriviligierten beinhaltete, wirkte bei Sühnezeichen-Freiwilligen in Israel als Solidarisierung mit den als unterdrückt und hilflos wahrgenommenen Arabern (Palästinensern), während Juden in Israel die Rolle der Machthaber und ‚Unterdrücker' einnahmen. Aus dieser Spannung erwuchs die Forderung nach einem „Versöhnungsdienst zwischen Gegnern", die in Folge als „Solidarität mit Israel, die das Schicksal der Palästinenser ein- und nicht ausschließt" formuliert wurde.[1363]

[1357] Jahresbericht 1970, dat. 10. April 1971, gez. Törne [LABB 1/1 Nr. 7 Bd VI]
[1358] Hammerstein an Scharf, o.D. [Eingangsstempel Konsistorium 10. Mai 1971] [LABB 1/1 Nr. 7 Bd VI]
[1359] Typoskript Welche Probleme gibt es mit bzw. haben ASZ-Freiwillige in Israel?, o.D. [April 1972], gez. Rudolf Maurer [LABB 1/488]
[1360] Ebd.
[1361] Ebd.
[1362] so ASF-Vorsitzender Gerhard Möckel. Gerhard Möckel: Probleme des Friedensdienstes der Aktion Sühnezeichen in Israel, In *Frieden in Nahost. Materialien zur Lage im Nahen Osten: Wege zum Frieden?*, herausgegeben von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, o.D. [1975], S. 20-28, hier: S. 22f.
[1363] Ebd., S. 25f.

Für die Umsetzung vor Ort einigten sich Freiwillige in Israel im Februar 1975 auf eine „Präambel zur ASF-Israelarbeit“, die über die Konstruktion einer Solidarität mit dem Nationalstaat Israel die Solidarität mit den beiden Mehrheitsethnien miteinschließen sollte.

> 1. Aufgrund unserer besonderen geschichtlichen Verantwortung sind wir zuerst an das jüdische Volk gewiesen.
> 2. Solidarität gegenüber Israel schließt Solidarität gebenüber Juden und Araber ein.
> 3. Mitarbeit im arabischen Bereich ist nur aufgrund dieser Konzeption möglich, was im einzelnen bedeutet:
> a) jüdische Projekte haben nach wie vor quantitativ den Vorrang;
> b) Mitarbeit in arabischen Projekten darf das bereits gewonnene Vertrauen zu unseren jüdischen Partnern nicht gefährden;
> c) Mitarbeit im arabischen Bereich soll zum Verstehen und Kennenlernen der arabischen Seite dienen und zur Förderung des jüdisch-arabischen Dialogs und der jüdisch-arabischen Zusammenarbeit beitragen;
> d) Arbeit im arabischen Bereich setzt Arbeit im jüdischen Bereich voraus;
> e) Arbeit in arabischen Projekten nicht durch Eigeninitiative, sondern in Zusammenarbeit mit israelischen oder internationalen Friedensorganisationen.[1364]

ASF-Vorsitzender Gerhard Möckel formulierte zur gleichen Zeit eine theologisch begründete Haltung gegenüber Israel als Nationalstaat. Die Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* in Israel fußte demnach

> „auf der Überzeugung, dass uns Christen die Verheißungen des Alten Bundes nur über das jüdische Volk gelten und dass dieser Alte Bund ungekündigt ist. Wir sind nicht die Erben Israels, sondern seine jüngeren Geschwister (Paulus: „die eingepfropften Zweige“, Römer 11). Und die Tatsache, dass Juden heute wieder in diesem Land und Staat wohnen, kann im Licht der erwähnten Verheißungen nur als ein Zeichen der Treue Gottes verstanden werden, - der Treue Gottes allerdings zu seiner Segensverheißung, die er schon Abraham gab: „In dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf Erden“ (1. Mose 12,3). Das hat zur Folge, dass gerade dieses Land und dieser Staat daran erinnert werden müssen, dass sie sich nicht mit Gewalt gegen ihre Nachbarn durchsetzen müssen, sondern zum Beispiel Gottes für Segen und Frieden für die Welt berufen sind.[1365]

Das Dilemma dieses theologischen Ansatzes ist zweifach: zum einen nahm Möckel eine Vermengung von Glaube und Politik bzw. Religion und Staat vor. Zum anderen konstruierte er unter Rückgriff auf eine jüdische Glaubensgrundlage eine Diskriminierung des jüdischen Volkes über ein historisches Kontinuum hinweg, und leitete daraus eine Forderung an „gerade dieses Land und gerade diesen Staat“ ab. Möckel interpretierte also einen jüdischen Glaubenstext und leitete daraus eine Forderung an das politische Handeln des Nationalstaates Israel bzw. der israelischen Gesellschaft ab.

Mitte der 1970er Jahre wurden Freiwillige auf Betreiben des Länderbeauftragten aufgrund ihres Engagements für palästinensische Anliegen aus Israel abberufen.[1366] Einem zeitgenössischen Zeitungsbericht zufolge hatte sich an einem im christlich-arabischen Studentenheim in Jerusalem eingesetzten Freiwilligen ein Konflikt darüber entzündet, inwieweit Kritik an der israelischen Politik gegenüber der arabischen Bevölkerung für Sühnezeichen-Freiwillige zulässig wäre, der in der Folge zu einer Entzweiung der Freiwilligengruppe und zum vorzeitigen Abbruch von sechs Freiwilligen führte, während zehn weitere Freiwillige demonstrativ im Land verblieben und sich mit Israel solidarisierten.[1367]

Das Ringen der Freiwilligen um ihre Haltung gegenüber Israel vor dem Hintergrund deutscher Schuld an der Judenvernichtung und der als Unrecht empfundenen Situation der Araber/Palästinenser wurde Ende der 1970er Jahre um eine dramatische Erfahrung erweitert: Am 26. April 1978 wurde eine

---

[1364] Ebd., S. 27
[1365] Ebd., S. 27
[1366] Interview Lilach mit Marom Volkmar Deile o.D., o.O. [2002, BRD, eigenhändiges Typoskript in Händen des Vefassers]
[1367] Dietrich Strothmann, Kärrner auf dem Feld des Friedens. Aber in Israel kam es zum Streit unter den Freiwilligen, *Die Zeit*, Nr. 16, 11. April 1975, S. 48

Sühnezeichengruppe Opfer eines Anschlages arabisch-/palästinensischer Terroristen, bei dem die ab März 1977 in Kfar HaNoar eingesetzte 22-jährige Freiwillige Susanne Zahn und der 19-jährige Bruder eines weiteren Freiwilligen, Christoph Gaede, getötet und fünf weitere Mitglieder der Sühnezeichen-Gruppe verletzt wurden. Die Gruppe aus 32 Israel-Freiwilligen und zwei Angehörigen hatte sich auf einer viertägigen Studienfahrt im Galilää befunden und befand sich bereits auf der Rückreise nach Jerusalem, als nach einem Zwischenstopp in Nablus zu einem Gespräch mit Josef Abileah von der Vereinigung für Nahost-Konföderation, zugleich Sekretär der israelischen Sektion der Internationale der Kriegsgegner, und dem stellvertretenden Bürgermeister von Nablus eine Nagelbombe in den von der Gruppe gemieteten Bus geworfen wurde.[1368] „Resignation und Depression" stellte sich angesichts der „Einsicht, dass es solche Formen von Gewalt gibt, dass man mit seinen Händen und dem Versuch, mit behinderten Kindern oder Menschen in Altenheimen zu arbeiten, dagegen sowenig tun könnte" ein.[1369]

Für die einzelnen KDV-Freiwilligen bot der theologische Zugang der *Aktion Sühnezeichen* keinen brauchbaren theoretischen Rahmen für ihren Einsatz in Israel.[1370] 1982, während der kriegerischen Auseinandersetzung Israels im Libanon, formulierte der Freiwillige Wolfgang Grieb, der im Kinderdorf Ben Schemen mit sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 18 Jahren eingesetzt war, das emotionale wie intellektuelle Diskursdefizit. Die Erlebnisse während der Kriegshandlungen ließen ihn „in eine unbeholfene Depression fallen", in der er das Geschehen „fassungslos" auf sich wirken ließe, „unfähig, die Situation moralisch zu beurteilen".[1371]

Auf die Sprachlosigkeit in der Begegnung zwischen den deutschen Freiwilligen und Israelis bezog sich Gerhard Möckel im Jahresbericht des Vorstandes vor der Mitgliederversammlung 1974. Wie Kreyssig zehn Jahre zuvor im Hinblick auf eine ‚organische Erweiterung' der Versöhnungskonzeption argumentierte Möckel für eine ‚organische Auflösung' „gegenseitiger Traumata" durch „Zusammenleben und Zusammenarbeiten".

> Es mag sein, dass dieses Gespräch lange Zeit ohne Worte geführt wird, indem man einfach da ist, indem z.B. deutsche Kriegsdienstverweigerer mit dem Trauma vom deutschen Militarismus und junge Israelis mit dem Trauma vom wehrlos hingeschlachtet werden [!] sich begegnen und einen gemeinsamen Weg suchen. Nur im Zusammenleben und Zusammenarbeiten können sich diese gegenseitigen Traumata allmählich auflösen und eine gemeinsame Zukunft ermöglichen.[1372]

Die Fortführung des Arbeitsschwerpunktes „mit Arabern in Israel" verstand Möckel als Möglichkeit zur Überbrückung der Sprachlosigkeit. Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen* rief er auf, gleichermaßen „zum Abbau der jüdisch-christlichen deutschen und jüdisch-arabischen Spannungen beizutragen" und „friedliche Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt" zu denken und zu diskutieren. In Möckels Aufruf wurde die zunächst angeführte doppelte Spannungssituation zu dem einen zeitgenössischen Konflikt [zwischen Arabern und Israelis] verengt, das deutsch-israelische bzw. christlich-jüdische Spannungsfeld trat in den Hintergrund und blieb dem unreflektierten ‚organischen Wachstum' überlassen.[1373]

Eine Publikation ehemaliger Freiwilliger und die Rezeption innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* illustrieren die aufgezeigten Probleme der fehlenden theoretischen Auseinandersetzungen: Jan Metzger, Martin Orth und Christian Sterzing, zwischen 1973 und 1977 Sühnezeichen-Freiwillige in Israel, publizierten 1980 eine Darstellung des Konflikts zwischen Israel und der arabischen Bevölkerung aus der

---

[1368] vgl. Israel: Überfall auf Bus mit Deutschen fordert zwei Todesopfer, *Berliner Morgenpost*, 27. April 1978; Den verletzten Deutschen geht es besser. Gedenkgottesdienst für die Opfer des Terroranschlags von Nablus, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. April 1978.
[1369] Interview Lilach mit Marom Volkmar Deile o.D., o.O. [2002, BRD, eigenhändiges Typoskript in Händen des Vefassers]
[1370] Eine von ihm als solche wahrgenommene Überforderung der Freiwilligen, die sich in eine innere Abwendung transformierte, beschreibt auch der Israel-Beauftragte der ASF 1986-1998. Interview Lilach Marom mit Heribert Krane o.D., o.O. [2002, BRD]
[1371] Wolfgang Grieb, Der Abschied von der Projektarbeit fällt schwer, In: *zeichen* Nr. 4, Dezember 1982, 10. Jg, S. 9
[1372] Jahresbericht des Vorstandes der ASF am 23. März 1974, dat. 5. April 1974 [NL Möckel]
[1373] vgl. ebd.

Perspektive der palästinensischen Bevölkerung in den 1967 von Israel militärisch eroberten Gebieten. Das Buch mit dem programmatischen Titel „Das ist unser Land – Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung“ ließ seitens der Autoren zwar keinen Zweifel, dass sie dem Staat Israel das Existenzrecht und das Recht auf Sicherheit nicht absprechen, ihre Solidarität galt aber den Arabern/Palästinensern.[1374] Die Autoren selbst fühlten sich „solidarisch mit den Opfern der Nahostkriege, den Opfern des Terrorismus, den Opfern einer alles andere als liberalen Besatzungspolitik, den Opfern einer sogenannten Friedenspolitik, die mehr den Großmachtinteressen als den Interessen und Bedürfnissen der betroffenen Menschen dient“. Die Nennung von ‚Großmachtinteressen’ und die Bezugnahme auf „Besatzungspolitik“ sind eine direkte Übertragung der Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg auf Israels Rolle im Nahen Osten. Die Verknüpfung mit der deutschen Schuld findet sich an der gleichen Stelle: „Als Deutsche wollen wir uns nicht der Solidarität mit den jüdischen Opfern des deutschen Faschismus entziehen, doch diese Solidarität darf den Blick auf das Unrecht und das Leid, das Juden den Palästinensern zugefügt haben und heute noch zufügen, nicht verstellen.“[1375] Den ehemaligen Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* gelang der Transfer der historischen Schuld gegenüber Juden auf ein verantwortungsbewusstes Verhältnis gegenüber Staat und Gesellschaft in Israel nicht. Die Verknüpfung von „jüdischen Opfern des deutschen Faschismus“ mit dem „Leid, das Juden den Palästinensern zugefügt haben“ bedeutet grammatikalisch wie sinngemäß eine Transformation der in Attributform – jüdisch – als passive Objekte – Opfer – Angesprochenen zu substantivischen Akteuren – Tätern, die anderen Leid zufügten. In ihrer Israel-Kritik verwendeten die Autoren das Konstrukt einer Kontinuität aus Zeit und handelnden Personen. Einer der Buchautoren ist im Rahmen der Böll-Stiftung in Ramallah bis in die Gegenwart für die Belange des arabisch-palästinensischen Volkes engagiert.

Die Publikation rief die Israel-Unterstützer unter den Freiwilligen auf den Plan. In einer Rezension des Buches in der Sühnezeichen-Zeitschrift *Zeichen* kritisierten sie: „Informationen und Argumente, die für Israel sprechen[,] finden sich in dem Buch nur selten.“[1376] Das Buch wirkte als eine Anklageschrift gegen Israel, jedenfalls könnte es so verwendet werden, von „Kräften, die Israel alles andere als wohlgesonnen sind“, auch wenn den vormaligen Sühnezeichen-Kollegen zugestanden wurde: „Ihre Motivation entspringt wirklicher Solidarität mit den Menschen der Region“.[1377] In der Buch-Kritik wird die umgekehrte Problematik deutlich. Die Rezensenten zitierten die „gerade von Israelis zurecht“ gestellte Frage, ob es nicht eine Anmaßung wäre, dass ausgerechnet Deutsche solche Meinungen vertreten und ein solches Buch veröffentlichen würden. Dem Kontinuitätskonstrukt jüdische Opfer – Israelische Täter stellten die Rezensenten das Konstrukt des ‚ewigen Nazi-Deutschen’ gegenüber, dem das Recht auf Meinungsäußerung allein aus diesem Grund vorenthalten ist. Die Referenz auf ungenannt bleibende Israelis kann als Analogie zur Täter-Opfer-Umkehr der Buchautoren verstanden werden: Israelis traten hier ebenfalls als Akteure auf, diesmal als Disziplinierer von Deutschen. Die Hilflosigkeit der Rezensenten in der Sühnezeichen-Zeitschrift zeigte sich an der Schlussfolgerung, die eine konkrete Problemformulierung unterließ und die eine deutsche Identität als Individuum jenseits des Kollektivs ausschloss. Die Rezension schloss apodiktisch, „dass es eben für Deutsche kein unbefangenes, kein normalisiertes Verhältnis zu Israel geben kann. Auschwitz ragt schroff hinein in alle unsere theoretischen und praktischen Versuche, mit der Situation fertig zu werden, Antworten zu finden. Auschwitz lässt sich nicht bewältigen...“.[1378]

[1374] Metzger, Jan, Orth, Martin und Sterzing, Christian, Das ist unser Land - Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung (1980). Bornheim-Merten: Lamuv.
[1375] Zitiert nach ebd., im Buch S. 7
[1376] Rezension Eindimensionales Israel-Bild von Jörn Böhme und Martin Jung, in *zeichen* Nr. 4/Dezember 1981, 9. Jg., S. 36f.
[1377] ebd.
[1378] Ebd., S. 37

Anlässlich des Golfkriegs von 1991, in den Israel als passiver Nebenschauplatz involviert war, wurde die *Aktion Sühnezeichen* ob ihrer mangelnden Solidarität in deutschen und israelischen Medien kritisiert.[1379] Nach dem Überfall irakischer Truppen auf Kuweit war vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein Ultimatum mit 15. Januar 1991 verabschiedet worden, das nach seinem Ablauf militärische Maßnahmen androhte. Das Ultimatum wurde von der irakischen Regierung nicht beachtet, die anstelle dessen den Staat Israel mit Raketenbeschuss bedrohte. Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* in Israel und Freiwillige, die sich im Vorbereitungscurriculum auf einen Einsatz in Israel befanden, brachen zum Teil ihren Dienst ab bzw. traten von ihrer Bewerbung zurück. Ein Teil der Freiwilligen war jedoch bereit, an ihrer Einsatzstelle in Israel zu verbleiben, und einige wenige der Kandidaten waren sogar bereit, ihren Dienst wie geplant anzutreten. Mit der Warnung des deutschen Außenministeriums am 21. Dezember 1990 an die deutschen Touristen in Israel, das Land vor Ablauf des UN-Ultimatums zu verlassen, rief die ASF-Zentrale ihre Freiwilligen zurück. Die Rückreise erfolgte am 8. und 10. Januar 1991. Der erstmalige Rückruf von Freiwilligen aus Israel angesichts der Bedrohung des Landes hatte eine negative Wirkung sowohl innerhalb wie außerhalb der *Aktion Sühnezeichen*, als auch im Binnenverhältnis zwischen der Ost- und der Westberliner *Aktion Sühnezeichen*. Ein am 1. Februar 1991 in der englischsprachigen *Jerusalem Post* geschaltetes Inserat, in dem der Israel-Beauftragte der ASF, Heribert Krane, die Solidarität der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* mit Israel bekräftigte, und die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges – aber „nicht bevor Iraks Fähigkeit zur Produktion von Massenvernichtungswaffen zerstört ist" – ausdrückte, stieß auf heftigen Widerstand innerhalb des Westberliner Vorstands und der Mitarbeiter im Büro. Auf eine alternative „gemeinsame und kurze Erklärung" zum Golfkrieg konnte man sich allerdings nicht einigen.[1380]

Die *Aktion Sühnezeichen* tut sich auf offizieller Ebene bis in die Gegenwart schwer mit dem Fragenkomplex. 2001 versuchte Geschäftsführer Christian Staffa in seinem Editorial zur Broschüre 40 Years in Israel eine ansatzweise Aufarbeitung der Thematik

> Korrumpiert der Friedensdienst nicht das Sühnezeichen? Hintergrund dieser seit 1968 laut gewordenen Frage ist der Verdacht, die Hinwendung zu arabischen Israelis bestärke die Theorie, diese seien wie auch die nicht-israelischen Palästinenser „Opfer unserer Opfer". Die Vermutung ist, dass diese Theorie in Tun umgesetzt einer Exkulpierung dient, weil man sich mit ihrer Hilfe als Christin und Christ oder Deutsche und Deutscher vor den Folgen der Geschichte in der Beziehung zu Juden drückt und mit diesem Tun Juden und Israel anklagt und somit der eigenen Geschichte entrinnt bzw. entrinnen möchte.
>
> Es ist sicher eindeutig, dass es diesen Affekt in der Hinwendung der deutschen Linken zu den Palästinensern gegeben hat und immer noch gibt. Allerdings war dies nie das Programm der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. [1381]

Die von Staffa zitierten „deutschen Linken" gab es allerdings auch in zentralen Funktionen innerhalb der *Aktion Sühnezeichen*. Diese Affinität ging einher mit den Bemühungen der *Aktion Sühnezeichen* seit den 1960er Jahren mit ihrer Versöhnungsarbeit Verständnis und Eingang in kommunistisch regierte Staaten zu finden. Der in den kommunistischen Oststaaten zu dieser Zeit gehaltene strikt antiisraelische, zum Teil antisemitische Kurs floss in die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* ein und stellte sie vor eine Zerreißprobe. So ließ die *Aktion Sühnezeichen* Anfang 1971 in einer Presseerklärung verlautbaren, dass der Friedensdienst in Israel immer komplizierter würde. In der Pressenotiz wurde der versuchte ‚doppelte' Spagat in der inhaltlichen Arbeit aufgezeigt und erklärt, „dass es in Israel nicht mehr nur um die Überbrückung von Abgründen zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk oder zwischen Juden

---

[1379] Henryk M. Broder, „Gestern Berlin .... heute Bagdad"-Szenen aus der deutschen Etappe. In *Hamburger Rundschau* vom 7. Februar 1991, auf Englisch „Yesterday Berlin – today Baghdad", *Jerusalem Post*, 4. Februar 1991.

[1380] Forum, Rundbrief für die Mitglieder und den Freundeskreis der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Extra-Ausgabe, Februar 1991 [VD], S. 4

[1381] Christian Staffa, Editorial, In: Broschüre *40 Years in Israel, anniversary brochure der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*, October 2001, S. 18 sowie On the Road to Bethlehem. A Brief History of Beit Ben Yehuda –Haus Pax, In: *Beit Ben Yehuda – Haus Pax. International Youth Meeting Center Jerusalem*, Israel, 1999, S. 3-6

und Christen gehe, sondern auch um den israelisch-arabischen Konflikt sowie um die Spannungen einer deutschen Versöhnung mit Israel einerseits und den östlichen Nachbarn – Polen, Sowjetunion und CSSR – andererseits.“[1382]

In einem „Leserbrief“ zog Stefan Aviv Hensel nach seinem Freiwilligendienst in Israel in der ASF-Zeitschrift *zeichen* 2001 ein Resümee über die Einstellung der nach Israel entsandten Freiwilligen, die ohne Sühnehaltung und „Opferverbundenheit“ Position zum Nahost-Konflikt bezögen: „Eine israelkritische oder gar ablehnende Haltung gehört somit fast zur Grundausstattung eines Freiwilligen zu Beginn seiner Dienstzeit“. Einer vom Freundeskreis der ASF in Israel beschlossenen Absage an arabische Sühnezeichen-Projekte zugunsten der Betreuung deutschsprachiger Holocaust-Überlebender, so monierte Hensel, wurde nicht nachgekommen.[1383]

3.6 Aktion Sühnezeichen in Polen

> Sie sind doch, lieber Herr Praeses, der erste Deutsche gewesen, der dem Gedanken der Versöhnung die nützliche Gestalt gegeben hat. Sie haben die Organisation „Sühnezeichen“ zum Leben berufen und die Vertreter dieser Bewegung waren die ersten Deutschen, die zu uns als die Boten der guten Nachricht der Versöhnung gekommen sind. Die Haltung dieser Leute, Ihren Mut und ihr ehrliches Bekenntnis der alten Schulden und ihr Einsatz in unserem Lande haben für die polnische Bevölkerung überzeugend gewirkt und machten tiefen Eindruck. Es verlangte aber viel Mut, den ersten Schritt zu wagen und wir wissen es gut, das Sie am Anfang nicht viel Unterstützung gefunden haben. Ebenso sah die Lage bei uns aus – man musste gegen den Strom schwimmen. Desto höher sind die Arbeiten der frühen Stunde zu schätzen.[1384]

Die Volksrepublik Polen blieb bis 1965 (erste Gruppen aus Ostberlin) bzw. 1967 (erste Gruppen aus Westberlin und der BRD) resistent gegenüber Sühnezeicheneinsätzen, trotz eines von Erich Müller-Gangloff 1958 mit einem Staatsbeauftragten für die Minderheitskirchen in Warschau geführten Gesprächs.[1385] Für Gruppen aus der DDR ist dokumentiert, dass die ablehnende Haltung der polnischen Regierung auf eine Absprache mit dem Außenministerium der DDR zurückging.[1386] Kreyssig wusste bereits 1959, dass die polnischen Regierungsstellen auf offizieller Ebene nicht involviert sein wollten und empfohlen hatten, „uns persönlicher Beziehungen zu bedienen“.[1387] Über informelle Kontakte waren in Polen bereits die Aufbaulager der Quäker und der Oekumene mit deutschen Teilnehmern zustande gekommen, von denen Kreyssig wusste. Kreyssigs nicht-staatliche Kontakte zu den Quäkern, zum evangelischen Bischof in Warschau, Andrzej Wantula, zum polnischen Studentenverband u.v.a.m. blieben aber ohne Erfolg. Im September 1959 wandte sich Kreyssig deshalb an die Mitglieder einer bundesdeutschen Delegation, die am 42. Kongress der Interparlamentarischen Union in Warschau teilgenommen hatten mit der Bitte um „Rat und Beistand, dass wir zu einem Dienst, den Polen bestimmen mag, Zugang finden“.[1388]
Nach der Trennung in zwei parallele Organisationen nutzte Kreyssig die Kontakte Günter Särchens zum polnischen Klerus, während die Westberliner Sühnezeichen-Leitung über die polnische Regierung zu Einsätzen – zunächst im Rahmen der 1000-Jahr-Feiern Polens unter dem Motto „Tausend Schulen“ – kommen wollte. Zu ihren Gesprächspartnern konnten die Westberliner 1962/63 den I. Botschaftssekretär, Kultur- und Presseattaché der polnischen Militärkommission in Westberlin, Ernst Krusza, zählen.

[1382] Evangelischer Pressedienst, Zentralausgabe, Nr. 6, dat. 9. Januar 1971 [LAELLH B1 Nr. 6848 Bd. II]
[1383] Stefan Haviv Hensel, Position beziehen mit deutscher Geschichte im Nacken, *zeichen*, Nr. 2 Juni 2001, S. 22
[1384] Stanisław Stomma, handschriftlich an Kreyssig, dat. 4. März 1978 [EZA 614/262]
[1385] Vermerk Besprechung mit Dr. Müller-Gangloff, dat. 7. Juli 1958, paraphiert Kr[eyissig] [EZA 670/365]
[1386] vgl. an mehreren Stellen Abschnitt 5.3 Vom westlichen Imperialismus bis zur Anerkennung: ASZ und DDR
[1387] Kreyssig an Dr. Jan Frankowski, Warschau, dat. 7. September 1959 [EZA 97/42]
[1388] Kreyssig an die Bundestagsabgeordneten Hermann Kopf (CDU), Harri Bading (SPD), Elinor Hubert (SPD), Heinz Kühn (SPD), Karl Mommer (SPD), Erst Paul (SPD), Karl Bittrock (SPD) und Wolfgang Mischnick (FDP) Herbert Schneider, DP [EZA 94/48]

Schließlich adressierte die Westberliner Leitung Anfang 1964 ein Schreiben an das polnische Außenministerium mit dem Angebot eines finanziellen Beitrags bis zu 250.000 DM und der Mitarbeit einer Freiwilligengruppe für 6-12 Monate am Bau einer Schule im Rahmen des Programms „Tausend Jahre Polen und tausend Schulen". Dieses Schreiben blieb unbeantwortet.[1389] Einer Einschätzung Kreyssigs aus 1962 zufolge war die Haltung der polnischen Regierung abwartend und von den jeweiligen zwischenstaatlichen Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten ebenso beeinflusst wie vom deutsch-deutschen Verhältnis; eine formelle Zustimmung wäre nur über die Verständigung mit der DDR-Regierung möglich.[1390] 1963 sprach sich der westliche Leitungskreis, der über Paul Cates (Quäker, Mitarbeiter der Evangelischen Industriejugend) und dem Journalisten und Verleger Ansgar Skriver Verhandlungen mit Botschaftssekretär Ernst Krucza von der polnischen Militärmission in Westberlin aufgenommen hatte[1391], gegen die Kontakte Kreyssigs zur katholischen Kirche in Polen aus:

> Ein Vorschlag von Präses Kreyssig, über einen Mittelsmann in Polen bei katholischen Stellen um ein konkretes Sühnezeichenprojekt zu verhandeln, wurde mit dem Hinweis, dass vorerst die polnische Regierung das Primat bei allen Verhandlungen um ein Projekt dort habe, vom Leitungskreis abgelehnt. Herr von Törne wurde beauftragt, Präses Kreyssig diese Entscheidung, die aufgrund eines Gutachtens von Herrn [Ansgar] Skriver getroffen wurde, mitzuteilen.[1392]

Törne argumentierte gegenüber Kreyssig: „Das schwierige Verhältnis zwischen der polnischen Regierung und der katholischen Kirche in Polen darf von deutscher Seite nicht in einer Weise berührt werden, die zu möglicher Verstimmung auf regierungsamtlicher Seite führen könnte."[1393] Kreyssig war nach dem Scheitern der offiziellen Verhandlungen mit der polnischen Militärmission schon 1959 bereit, informelle Kontakte wahrzunehmen und selbst ein inoffizielles Projekt durchzuführen: „Unbeschadet der ungelösten politischen und ideologischen Fragen müsste es möglich sein, für echte und gute Nachbarlichkeit etwas Zeichenhaftes zu tun, das sich nicht zwischen den beteiligten Staaten, sondern in freiwilliger Begegnung zwischen den beteiligten Menschen abspielt." „Am liebsten", so Kreyssig, würden wir zu anhaltender und harter Arbeit in den Wiederaufbau Warschaus mit hineingehen."[1394] Über einen Artikel in der polnischen Zeitschrift *Tribuna Ludu* fand die *Aktion Sühnezeichen* 1963 zunächst medial Eingang nach Polen.[1395]

Aus dem Westberliner Umfeld der *Aktion Sühnezeichen* kam es 1964 zu einer ersten Gruppenreise: Vom 2.-6. April 1964 bereiste eine 52-köpfige Gruppe der Evangelischen Industriejugend unter der Leitung von Franz von Hammerstein und Katechetin Renate Weiß Polen. In der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau legte die Gruppe einen Kranz an der sogenannten Todesmauer, der vormaligen Exekutionswand, nieder. Die Gruppe bestand aus Westberliner Teilnehmern, vier Westdeutschen, drei US-Amerikanern und einem äthiopischer Staatsbürger, „meistens junge Berufstätige, die vielfach zum Berlin-Kolleg, zur Silbermann-Schule, verschiedenen Ingenieurschulen gingen, einige Studenten, vor allem der Evangelischen Sozialschule".[1396] Die Organisation und Finanzierung der Reise erfolgte unter formeller Beteiligung des Westberliner Senators für Jugend und Sport, der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg, des Sekretärs der polnischen Militärmission, Kulturattaché Ernst Krucza, des evangelischen Theologen Martin Fischer und der Quäkerin Margarethe Lachmund.[1397]

Bis 1965 konnten beide *Aktionen Sühnezeichen* keinen Eingang in Polen finden. 1965 verstärkten beide Organisationen ihre Bemühungen: die Westberliner spendeten – auf Anregung Kreyssigs – das Preisgeld

---

[1389] Typoskript Verhandlungspartner über einen Einsatz der Aktion 1963/64, o.D., o.A. [EZA 97/45]
[1390] Kreyssig an Hammerstein, dat. 19. Oktober 1962 [NL Kutzner]
[1391] Törne an Kreyssig, dat. 11. Juni 1963 [EZA 97/49]; Skriver an Klaus Wilm, dat. 17. Juli 1963 [EZA 97/50]
[1392] Protokoll der Leitungskreissitzung am 10. Juni 1963, dat. 18. Juni 1963 [EZA 97/947]
[1393] von Törne an Kreyssig, dat. 11. Juni 1963 [EZA 97/49]
[1394] Kreyssig an Dr. Jan Frankowski, Warschau, dat. 7. September 1959 [EZA 97/42]
[1395] vgl. Rundbrief vom 17. November 1963, gez. Kreyssig, S. 2 [ASF]
[1396] Typoskript Bericht der Polen-Fahrt 1.-7. April 1964, dat. 15. April 1964, gez. Franz von Hammerstein [LABB 1/1, 11, Bd. III 1963 bis 1964]
[1397] Typoskript Kostenaufstellung der Polen-Fahrt, dat. 17. April 1964, gez. Franz von Hammerstein [LABB 1/1, 11, Bd. III 1963 bis 1964]
Typoskript Bericht der Polen-Fahrt 1.-7. April 1964, dat. 15. April 1964, gez. Franz von Hammerstein [LABB 1/1, 11, Bd. III 1963 bis 1964]

des im gleichen Jahr der *Aktion Sühnezeichen* zugesprochenen Theodor-Heuss-Preises in Höhe von 5 000 DM dem *Frauenhilfswerk für ehemalige KZ-Häftlinge* in Krakau. Während eine Gruppe aus der BRD und Westberlin wegen Nicht-Erteilung der Einreisevisa nicht nach Polen fahren konnte, gelang der ersten Gruppe aus der DDR eine Sühnepilgerfahrt zu KZ-Gedenkstätten.[1398] Seitens der Evangelischen Industriejugend konnte 1965 vom 1.-7. April eine zweite Gruppenreise durchgeführt werden.[1399] Nachdem die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* mit ihren Gruppen 1965 nach Polen reisen konnte, unterstützte die Westberliner Organisation die im darauffolgenden Jahr geplanten Projekte mit einem relativ geringen Betrag von 1.500 DM.[1400] Zu Jahresbeginn 1966 hatte die Westberliner Leitung noch einen Reisezuschuss von 500 DM für den Wolfsburger Sozialpfarrer Rudolf Dohrmann gewährt, der als Emissär mögliche Projekte für die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* ausloten sollte.[1401]

Rudolf Dohrmann war bereits mit mehreren Gruppen nach Polen gefahren, im Juli 1965 gemeinsam mit der *IG Metall*, im Oktober 1966 zusammen mit dem Stadtjugendring Uelzen, im Juli 1967 mit *Arbeit und Leben Wolfsburg* und im September 1967 mit der ersten Gruppe der *Aktion Sühnezeichen* aus der BRD. Die Studienfahrten wurden mit Gruppen mit 40 Teilnehmern veranstaltet und dauerten fünfzehn Tage. Sie führten durch große Teile Polens einschließlich der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Unter den Teilnehmern befanden sich Pädagogen, Arbeiter und Angestellte aus dem Volkswagenwerk, Angehörige verschiedener Kirchen und Jugendorganisationen, auch der Deutschen Jugend des Ostens; zum Teil stammten die Reiseteilnehmer bzw. deren Vorfahren aus den früheren Ostdeutschen Gebieten. Das Programm beinhaltete die Teilnahme am Unterricht in polnischen Schulklassen, die Besichtigung von Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, Teilnahme an Kulturveranstaltungen und Besichtigung von wieder errichteten Städten und Dörfern.[1402]

Dohrmann verknüpfte mit den von ihm organisierten Studienreisen einen gesellschaftspolitischen, mit der Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einen völkerrechtlichen Anspruch. In Bezug auf die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen forderte er die Bewusstmachung der nationalsozialistischen Besatzungs- und Vernichtungspolitik ein:

> Die Chance der vielen jungen Deutschen, die nach Polen fahren, liegt zwischen Badehose und Knobelbecher. Polen wird mehr und mehr touristisches Ziel vieler Deutscher. [...] Der Typ des normalen deutschen Touristen ist eine Gefahr für das sich gerade anbahnende neue Verhältnis zwischen Polen und Deutschen. Der Nur-Tourist macht Polen - Land und Leute - zum Objekt seiner harten Währung. Diese Objektrolle haben die Polen aber noch in ganz anderer Erinnerung.[1403]

Bei der Einweihung des Denkmals im April 1967 in Auschwitz-Birkenau, der Teil des Lagerkomplexes, in dem die industrielle Menschenvernichtung durch die Nationalsozialisten erfolgte, nahm als einer der wenigen Vertreter aus der Bundesrepublik Franz von Hammerstein für die *Aktion Sühnezeichen* und die *Evangelische Industriejugend* teil.[1404] 1967 ‚übernahm' die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* die offiziellen Sühnezeicheneinsätze in Polen. Einer späten Erinnerung Günter Särchens zufolge hatte der polnische Innenminister General Mieczysław Moczar gegenüber IAK-Direktorin Barbara Sadowska die Erlaubnis für den Einsatz westdeutscher Gruppen bei gleichzeitiger Zurückweisung weiterer Teilnehmer aus der DDR erteilt und war damit „einem dringenden Ersuchen des DDR-Staatssekretariats für Kirchenfragen" entgegen gekommen.[1405]

[1398] vgl. Aufstellung Aktion Sühnezeichen in der Volksrepublik Polen, dat. 23. September 1969, gez. Volker von Törne [EZA 97/47]
[1399] vgl. Aufstellung Auslandsfahrten 1965, dat. 1. April 1965, gez. Poelchau [LABB 1/1, 13, Bd. I]
[1400] Protokoll der Exekutivsitzung am 1. Juni 1966, dat. 3.Juni 1966, gez. Törne [EZA 97/950]
[1401] Protokoll der Exekutivsitzung am 1. Februar 1966, dat. 16. Februar 1966, gez. Wilm [EZA 97/950]
[1402] Dohrmann publizierte über die Reise-Tätigkeit, vgl. Dohrmann, Rudolf, Versöhnung hat politische Gestalt. Stimmen zur Begegnung mit Polen (1968). Hamburg: Herbert Reich Evangelischer Verlag, S. 9.
[1403] Ebd., S. 11
[1404] Die bundesdeutsche Regierung sowie die Evangelischen Kirchen in der BRD waren nicht vertreten. Vgl. Typoskript Besuch in Krakow und Auschwitz vom 14.4.-18.4.1967, dat. 10. Mai 1967, gez. Franz von Hammerstein [EZA 97/35]
[1405] Särchen an Manfred Karnetzki, dat. 15. Februar 1996 [ZAOM Bestand Särchen]

3.6.1 Medikamentenhilfe

Zwischen 1963 und 1971 trat die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* über ihre Besuchs- und Kuriertätigkeit in einer besonderen Mission in Polen auf: vor allem für Verfolgte des Naziregimes und im Besonderen für Überlebende der Konzentrationslager in Polen wurden Medikamentenlieferungen organisiert.[1406] Mit Hilfe der *Ärztegemeinschaft für Medikamentenhilfe,* der *Deutschen Ärztegemeinschaft für medizinische Zusammenarbeit* in Berlin und des *Deutschen Instituts für Ärztliche Mission* in Tübingen, die Ärztemuster sammelten und zur Verfügung stellten, versorgte die *Aktion Sühnezeichen* Ambulatorien und Ärzte, die ehemalige KZ-Häftlinge betreuten, mit Medikamenten und medizinischen Geräten einschließlich Brillen und Hörgeräten, die in Polen nicht oder schwer zu beschaffen waren. Es wurden sowohl Medikamente nach Einzelrezepten besorgt, als auch größere Sendungen nach Anforderung durch Ambulatorien oder einzelne Ärzte abgefertigt. Im Zeitraum 1963 bis 1967 wurden Medikamente im Wert von rund 20.000 DM über Postsendungen und persönliche Besuche und im Gepäck von Sühnezeichen-Gruppen nach Polen gebracht. 1968 allein betrug der Gegenwert der gelieferten Medikamente 20.000 DM.[1407] 1971 zog sich die *Aktion Sühnezeichen* aus der Vermittlung der Medikamenten- und Gerätelieferungen zurück: „Weil das alles etwas viel und kompliziert wurde und wir von der *Aktion Sühnezeichen* ja auch von Medikamenten nichts verstehen“, so Verena von Hammerstein an Hilde Müller in Darmstadt, „haben wir beim letzten Besuch von Frau [Barbara] Sadowska in Berlin abgemacht, dass diese ganze Hilfe direkt zwischen [dem Internationalen] Auschwitz Komitee Warschau und der Ärztegemeinschaft abgewickelt werden solle, ohne Zwischenschaltung der Aktion Sühnezeichen.“[1408] Die Weiterleitung von Rezepten und Medikamenten über die *Aktion Sühnezeichen* erfolgte jedoch bis in die frühen 1980er Jahre.[1409]

Auch die institutionalisierte Erinnerungsarbeit in Polen wurde unterstützt: Das Archiv und die Bibliothek des Museums Auschwitz-Birkenau wurden „mit wichtigen westlichen Veröffentlichungen und Apparaten (Fotoausrüstung, Vervielfältigungsapparate usw.) versorgt“. Im Austausch erhielt die *Aktion Sühnezeichen* „polnische Veröffentlichungen über die NS-Verbrechen und ihre Folgen für unsere Öffentlichkeitsarbeit in der BRD und die Vorbereitung der Gruppen“.[1410] Die dafür aufgewendeten Geldbeträge bewegten sich in ansehnlicher Höhe. So wurde dem Archiv des Museums Auschwitz eine neue fototechnische Ausrüstung im Wert von etwa 20.000 DM überlassen.[1411]

3.6.2 Qualifizierter „Sühne-Tourismus“: Arbeit in Gedenkstätten

„Qualifizierter ‚Sühne-Tourismus’ in Osteuropa sollte nicht gescheut werden“, so das Protokoll der Mitgliederversammlung Ende 1968 [1412] Gemeint war die Einrichtung einer Programmschiene, mit der ab 1969 Gruppenreisen nach Polen konzipiert, beworben und in Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen durchgeführt wurden. Die Sühnezeichen-Fahrten waren Ersatz für den von den polnischen Behörden nicht genehmigten längerfristigen Einsatz von Freiwilligen. Die Sühnezeichen-Fahrten folgten dem Modell der evangelischen Jugendarbeit in Wolfsburg unter Rudolf Dohrmann. Dohrmann brachte Konzeption, Know-How, Kontakte, und sogar Teilnehmer in die *Aktion Sühnezeichen* ein. Neben Dohrmanns Gruppenreisen zu polnischen Gedenkstätten und den späteren Sühnezeichen-Fahrten organisierte die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken (SJD) ab 1959 jährliche Reisen

---

[1406] Entwurf Jahresbericht 1969/70, 28. Mai 1970, Franz von Hammerstein [EZA 97/942]
[1407] Protokoll Nr. 1 (III/68) der Mitgliederversammlung vom 26. Oktober 1968, dat. 1. November 1968 [LABB 1/1 Nr. 7 Bd. 1]
[1408] Verena von Hammerstein an Hilde Müller, dat. 2. Oktober 1971 [EZA 97/43]
[1409] vgl. ASF/Kolakowic an Deutsche Ärztegemeinschaft für medizinische Zusammenarbeit, dat. 16. September 1981; W. Wilczynski aus Poznan an Hammerstein, dat. 14. November 1981 [EZA 97/44]
[1410] Aus Jahresbericht 1970, dat. 10. April 1971, gez. Törne [LABB 1/1, 7, Bd VI Aktion Sühnezeichen 1971 bis 31.8.1971]
[1411] Entwurf Jahresbericht 1969/70, 28. Mai 1970, Dr. Franz von Hammerstein, [EZA 97/942]
[1412] Protokoll Nr. 1 (III/68) der Mitgliederversammlung vom 26.10.1968, dat. 1. November 1968 [LABB 1/1 Nr. 7 Bd. 1]

zum Museum Auschwitz, an denen jeweils mehrere Hundert Jugendliche aus der BRD teilnahmen. Die SJD-Fahrten standen zwar ebenfalls unter dem inhaltlichen Motto der Versöhnung mit den vormaligen NS-Opfern; sie waren aber als „Demonstrationen" angelegt, die aus den NS-Verbrechen konkrete politische Forderungen für die Gegenwart (vor allem auch der BRD) ableiteten. Die Besuche im Museum Auschwitz mit mehreren Hundert Teilnehmern waren jeweils auf Stunden beschränkt; wichtiger Bestandteil der Fahrten waren Begegnungen mit polnischen Jungsozialisten.[1413] Ab 1964 organisierten Gruppen der katholischen *Pax Christi* aus der BRD Pilgerfahrten nach Polen, u.a. zum Museum Auschwitz-Birkenau.[1414]

Die Sühnezeichenfahrten waren zwar ähnlich motiviert, setzten die Schwerpunkte allerdings auf die kontinuierliche Präsenz im Museum und auf die individuelle Lernerfahrung der Freiwilligen, nicht auf politische Demonstrationen. Die kurzfristigen Arbeitseinsätze in Polen dienten der *Aktion Sühnezeichen* auch als Vorbereitung für langfristige Einsätze in anderen Ländern, „denn für die Vertiefung des Geschichtsbewusstseins bietet Auschwitz einen unter die Haut gehenden Anschauungsunterricht. Ohne Geschichtsbewusstsein aber ist Friedensdienst nicht möglich.".[1415] Die Teilnehmer verrichteten „etwa 10 bis 14 Tage lang" Hilfsdienste und erhielten Informationen über die NS-Verbrechen – über Vorträge und Gespräche mit Zeitzeugen und über Einschau in die jeweiligen Archive der Gedenkstätten. Gruppen der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* zählten „fast zum Alltag der ehemaligen Nazi-Lager".[1416] Das Museum Auschwitz-Birkenau, in dem Freiwillige der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* seit den ersten offiziellen Sühnezeichenfahrten von 1967 arbeiteten, nahm einen besonderen Stellenwert ein. Ab 1972 arbeiteten Gruppen auch in den Gedenkstätten Majdanek und Stutthof, seit 1989 in der Gedenkstätte Groß-Rosen bei Wrocław.[1417]

Seitens der polnischen Behörden wurden die Westdeutschen Sühnezeichen-Gruppen als Touristen behandelt und dem touristischen Tagessatz für westliche Staatsbürger, einer Zwangsabgabe in westlicher Währung, unterworfen. „Die Freiwilligengruppen der Aktion Sühnezeichen werden polnischerseits organisatorisch als reine Touristengruppen betrachtet. Aus diesem Grunde kostet jeder Freiwillige bei einem 14-tägigen Dienst etwa 500 DM."[1418] Bis 1970 wurde dieser Betrag auf weniger als die Hälfte reduziert.[1419] Zugleich verhielten sich die polnischen Behörden „trotz dreijähriger Zusammenarbeit mit der Militärmission in Westberlin" bei der Erteilung der Einreisevisa für die Gruppen wenig kooperativ: „So kommt es vor, dass unsere Gruppen oft bis wenige Stunden vor der Abfahrt im ungewissen gehalten werden darüber, ob ihnen die Einreiseerlaubnis in die VR Polen erteilt wird".[1420] Sämtliche Reisen erfolgten in offizieller Absprache mit den Gedenkstätten, mit der Polnischen Militärmission in Westberlin, mit dem *Internationalen Auschwitz-Komitee* in Warschau und mit der Jugendreiseorganisation *Juventur*, die Reisebegleiter und Dometscher beistellte und die Verpflegung der Gruppen übernahm. Wiederkehrende Hindernisse in der Polenarbeit dürften auf Einflussnahmen der

---

[1413] vgl. Huener, Jonathan (2001). Antifascist Pilgrimage and Rehabilitation at Auschwitz: The Political Tourism of Aktion Sühnezeichen and Sozialistische Jugend. German Studies Review.

[1414] Ruchniewicz, Krzysztof. (2006). Deutschland und das Problem der Nachkriegsentschädigungen für Polen. In: Hockerts, Hans Günter; Moisel, Claudia und Winstel, Tobias, Hrsg. Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945-2000; 667-739; S. 731ff. Aus der ersten Pilgerfahrt 1964 entstand ein Hilfsprogramm unter der Bezeichnung Aktion Solidaritätsspende, über das Pax Christi einzelnen Überlebenden finanzielle Unterstützung zukommen ließ. 1973 wurde die Aktion in das neu gegründete Maximilian-Kolbe-Werk eingebracht.

[1415] Jahresbericht des Vorstandes der ASF am 23. März 1974, dat. 5. April 1974 [NL Möckel]

[1416] Alwin Meyer, Beginn eines Weges, In *Zeichen. Mitteilungen der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*, Nr. 4, Dezember 1981, 9. Jg., S. 17

[1417] August, Jochen. „Auschwitz verändert den Menschen" Die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim, In Benz, Wolfgang und Distel, Barbara, Erinnern oder Verweigern. Das schwierige Thema (1994). München: Deutscher Taschenbuchverlag. S. 73-84, S. 75.

[1418] Zusammenstellung der bisherigen Aktivitäten in der VR Polen, dat. 4. November 1969, gez. Törne [LABB 1/1, 488]

[1419] Typoskript Vertraulicher Bericht über Verhandlungen in Polen anlässlich meiner Dienstreise vom 7. bis 20. Juni 1970, dat. 22. Juni 1970, gez. Törne [LkA EkvW C20-19 Nr. 1 Bd. 1/2]

[1420] Zusammenstellung der bisherigen Aktivitäten in der VR Polen, dat. 4. November 1969, gez. Törne [LABB 1/1, 488]

DDR-Regierungsstellen zurückzuführen sein.[1421] Zustimmung fand die *Aktion Sühnezeichen* vor allem bei ehemaligen Konzentrationslagerhäftlingen.

Trotz der zahlreichen Hindernisse war die Organisation und Durchführung von Studienfahrten bereits ab 1969 eine wesentliche Programmschiene der *Aktion Sühnezeichen*. 1970 wurden 12 Sühnezeichen-Einsätze für je zwei Wochen mit insgesamt 318 Teilnehmern organisiert und 23 Studiengruppen für je ein bis drei Wochen mit 460 Teilnehmern, unter anderem erstmals zur Gedenkstätte Majdanek geführt.[1422] Zehn Jahre später hatte sich das Programm zu 40 – 50 jährlichen Gruppen mit insgesamt 700 Teilnehmern entwickelt, die zu Studien- und Gedenkfahrten für die Dauer von „meistens drei Wochen" nach Polen reisten und die Gedenkstätten Auschwitz, Majdanek und Stutthof besuchten. Ende der 1980er Jahre war das Programm auf „etwa 50 Gruppen" mit rund 1000 Teilnehmern angewachsen. Zwischen 1967 und 1989 haben mehr als 16.500 Jugendliche über dieses Programm „einen Friedensdienst in der VR Polen" geleistet.[1423] Die *Aktion Sühnezeichen* war der bedeutendste Anbieter für Studien- und Gedenkfahrten nach Auschwitz und anderen polnischen Holocaust-Gedenkstätten für Interessenten aus der BRD.[1424] Umgekehrt waren die Sühnezeichen-Fahrten nach Polen und „kurzfristige" Arbeitseinsätze in den Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager die einzige Möglichkeit, in Polen Eingang zu finden.

In Oświęcim wurden die Gruppen im ehemaligen Aufnahmegebäude des Konzentrationslagers unmittelbar vor dem Eingang zum Stammlager Auschwitz, das nach 1945 zu einem Gästehaus umgebaut worden war, untergebracht. Die sechs- bis siebenstündige Arbeitszeit wurde zumeist mit Arbeiten am Gelände der Gedenkstätte verbracht. Noch vor dem Frühstück wurde die Gruppe zu einer morgendlichen Lesung versammelt.[1425] Die ersten Gruppen waren mit der Freilegung von Grundmauern, Entfernung von Schilf von den Teichen nahe der Krematorien II und III und der Sicherung von Gegenständen, vor allem aus dem persönlichen Besitz der Lagerinsassen und Mordopfer, aus dem Erdreich befasst. Regentage verbrachten die Gruppenmitglieder mit Innenarbeiten oder mit Weiterbildung im Archiv. Die Arbeiten, vor allem der ersten Jahre, hatten archäologische Qualität und forderten die Freiwilligen physisch wie psychisch. Für das Museum Auschwitz und seine Mitarbeiter, viele von ihnen vormalige Häftlinge des Konzentrationslagers, bedeuteten die Sühnezeichen-Einsätze eine signifikante Unterstützung bei der baulichen und gärtnerischen Erhaltung der Gedenkstätte, bei der Bergung und Katalogisierung von Artefakten.

> Die Mädchen befreien die Trümmer des Krematoriums II von Unkraut und Humus, wir Jungens und Pastor Dohrmann entfernen die brusttief verwurzelten Wasserpflanzen aus den zu Tümpeln gewordenen Gruben, in welche die Menschenasche aus den Krematorien geschüttet wurde. Diese Arbeit ist uns allen ungewohnt und bald haben wir Blasen an den Händen, Kreuzschmerzen und enorme Sonnenbrände. Keuchend und schwitzend zerren wir an den verfilzten Wasserpflanzen, darauf achtend, dass die Wurzeln mit herauskommen.
>
> Wenn wir mit unseren Arbeitsgeräten auf dem Grund der Tümpel schürfen, kommt verschlammte Asche mit weißen, vom Feuer brüchigen Knochensplittern zutage. Auf diese Weise finden wir eine Holzschuhsohle, einen vergoldeten Löffel und einen Emaillebecher. Die Mädchen finden neben leeren Zyklon-B-Büchsen allerlei Essbestecke, Schmuckstücke, Geldmünzen verschiedener Währungen, darunter sog. Ghettogeld, verrostete Werkzeuge und Zahnkronen, in den z.T. noch die Pfeilerzähne stecken. Wenn diese Gegenstände eine Seele hätten, welch traurige Schicksale würden sie erzählen![1426]

[1421] vgl. Abschnitt 5.3 Vom westlichen Imperialismus bis zur Anerkennung: ASZ und DDR

[1422] Jahresbericht 1970, dat. 10. April 1971, gez. Törne [ABB 1/1 Nr. 7 Bd VI]

[1423] Alwin Meyer, Friedensdienste der Aktion Sühnezeichen in der VR Polen, In *Gemeindebrief der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zum 1. September 1939*, o.D., [1989]

[1424] Huener, Jonathan. (2001), S. 524.

[1425] In den Anfangsjahren wurden Passagen aus Peter Weiß' Ermittlung gelesen; vgl. Typoskript Sühnezeichen in Polen – Auschwitz 1968, dat. 29. September 1968, gez. Törne [LABB 1/1, 7, Bd. I]

[1426] Typoskript Mit der „Aktion Sühnezeichen" in Auschwitz 1968: Beobachtungen eines Freiwilligen, Lutz Meerlender, o.D. [1968] [ADW Allg. Slg. 905]

Der Anspruch an die Arbeiten in den Gedenkstätten beinhaltete neben der symbolischen Sühnezeichen-Setzung einen aufklärerischen und aktionistischen Teil. Die Freiwilligen sollten während ihres Aufenthaltes an der Gedenkstätte nicht zuletzt historisch geschult werden und aus dem gewonnenen historischen Bewusstsein gegenwartsbezogenes gesellschaftliches Handeln einüben:

> Unsere Freiwilligen arbeiteten mit bei der Pflege der Gedenkstätte: Sie legten die Grundmauern der 1945 von der SS gesprengten Krematorien Auschwitz-Birkenau frei und beseitigten das Unkraut am Denkmal und an den Ruinen der Krematorien. Sie arbeiteten außerdem mit bei Restaurationsarbeiten bei erhaltengebliebenen Baracken. Die Gruppen versuchten darüber hinaus, sich durch tägliche Besuche im Museum und im Archiv einen möglichst umfassenden Überblick über die Geschichte des Lagers Auschwitz zu erarbeiten. Es wurde versucht, mit den Freiwilligen auf dem Hintergrund der Geschehnisse von Auschwitz einen Bezug zur Gegenwart herzustellen und sie so in Stand zu setzen, nach ihrer Rückkehr in die BRD für ein neues Verhältnis zu Polen zu arbeiten. Zu diesem Zweck wurden von den Gruppen der Aktion Sühnezeichen in Auschwitz Resolutionen und eine Tonbilddokumentation erarbeitet. Beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart wurden von ehemaligen Freiwilligen 3.800 Unterschriften für eine Erklärung zur Frage der polnischen Westgrenze gesammelt. Diese Erklärung wurde am 1.9.1969, dem 30. Jahrestag des Überfalls auf Polen, der Leitung des Museums Auschwitz übergeben.[1427]

Die Begegnung mit Überlebenen barg für die Freiwilligen das Potential eines – zur eigenen Herkunftsgesellschaft/-familie alternativen – Identifikationsmodells:

> Im Augenblick der Reflexion passieren jene Begebenheiten mein Gedächtnis, aus deren Konsequenz ich mich als Freiwilliger meldete:
> Die Art meines Geschichtslehrers, wie er euphemisch den zweiten Weltkrieg verniedlichte und das Martyrium der Juden zur Lachparade verzerrte, [...]
> Die entlarvende Borniertheit vieler Politiker, bei bestimmten Anlässen deutschnationale Ohrfeigen an die Länder Osteuropas auszuteilen und meine daraus entwachsende Opposition gegen diese Gesellschaft, die ihre guten Vorsätze aus den ersten Nachkriegsjahren nur zu gerne vergaß.
> Herr Szymański, von schlichter Erscheinung, mit schlohweißem Haar und umschatteten Augen, stellt sich uns vor als „Häftling P 20034". Er kam mit 22 Jahren wegen politischen Widerstandes in dieses Lager. Sachlich und ruhig spricht er zu uns in unserer Sprache, öfters fährt er sich mit fahrigen Bewegungen über die Augen, als ob ihm die Erinnerung an jene schreckliche Zeit Schmerzen bereitet. Seine Güte und sein Verstehen für unsere Sprache macht ihn uns allen gleich sympathisch.[1428]

Trotz der noch 1969 beklagten eingeschränkten Kontaktmöglichkeit – „Die relative Abgeschlossenheit der Arbeitsgruppen auf dem Gelände in Auschwitz empfinde ich dabei jedoch als einen Nachteil."[1429] – führte der Einsatz in Polen bei zurückgekehrten Freiwilligen „zu einem außerordentlich starken politischen und sozialen Engagement", das neben dem gewonnenen Geschichtsbewusstsein über die „jahrhundertealte Ungerechtigkeiten, Vorurteile und Diskriminierungen" zur Überzeugung unter den Freiwilligen führte, „dass die Überwindung des in unserer Gesellschaft praktizierten undifferenzierten Antikommunismus für die junge Generation eine Hauptaufgabe ist".[1430]

3.6.3 Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz

Auf seiner Reise in die Volksrepublik Polen diskutierte Volker von Törne im Juni 1970 erstmals mit der Direktorin des Warschauer Büros des Internationalen Auschwitz-Komitees, Barbara Sadowska, die Einrichtung einer Jugendbegegnungstätte in Oświęcim. Im Zuge der laufenden Umgestaltung des Museums sollte ein frei werdender Block des ehemaligen Stammlagers Auschwitz I der *Aktion Sühnezeichen* zur Verfügung gestellt werden, die die Räume zu einer Jugendbegegnungsstätte ausbauen

---

[1427] Aktion Sühnezeichen in der Volksrepublik Polen, dat. 23. September 1969, gez. Törne [EZA 97/47]
[1428] Typoskript, Mit der „Aktion Sühnezeichen" in Auschwitz 1968: Beobachtungen eines Freiwilligen, Lutz Meerlender, o.D. [1968] [w.o.]
[1429] so der Braunschweiger Jugendpfarrer Eberhard Fincke nach fünf von ihm geleiteten Arbeitseinsätzen im Museum Auschwitz. Fincke an Comenius-Club, Müller-Gangloff, dat. 20. Juni 1969 [EZA 670/370]
[1430] Jahresbericht des Vorstandes der ASF am 23. März 1974, dat. 5. April 1974 [NL Möckel]

wollte.[1431] Diese Überlegungen gingen auf den ersten offiziellen Einsatz einer westdeutschen Sühnezeichen-Gruppe 1967 unter der Leitung von Rudolf Dohrmann zurück.[1432] In einem Vermerk aus 1967 erwähnte Kreyssig den Plan, in Auschwitz eine „oekumenische Stätte der Begegnung und des Gedenkens zu bauen".[1433] Dieses Vorhaben fügte sich in die Konzeptionen der ökumenischen Begegnungszentren in Rotterdam und Jerusalem, die so ein Netzwerk ökumenischer Sühnezeichen-Häuser gebildet hätten. Mit dem Vorhaben zur Errichtung eines ökumenischen Begegnungszentrums fanden noch vor der formellen Unterzeichnung der Ostverträge unter der Regierung von Willy Brandt Verhandlungen mit Regierungsbehörden bzw. regierungsnahen Institutionen statt.[1434] Nach dem SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel „war die Aktion Sühnezeichen Wegbereiterin einer Politik, die während der Bundeskanzlerschaft Willy Brandts zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen und zur [mit der Prämisse eines Friedensvertrages verknüpften, Anm.] Anerkennung der polnischen Westgrenze führte."[1435]

In die Planung und Umsetzung waren neben der *Aktion Sühnezeichen* aus der BRD Evangelische Landeskirchen sowie die Bundesregierung in Bonn über das Außenamt und das Jugendministerium eingebunden, auf polnischer Seite verschiedene Regierungsstellen, die regionale politische Leitung von Oświęcim sowie kirchliche und staatsnahe Verbände wie der *Polnische Ökumenische Rat* und die *Vereinigung der Kämpfer für Freiheit und Demokratie* (*Związek Bojowników o Wolność i Demokrację*, ZBoWiD). „Allgegenwärtig war auch immer der Schatten der Deutschen Demokratischen Republik", der nach Hans-Richard Nevermann Einfluss auf den Fortschritt der Verhandlungen mit dem Außenministerium in Warschau hatte.[1436] Beziehungsgeflecht und Interessenslagen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure lassen sich im Rahmen dieser Arbeit nicht darstellen.[1437]

Evident ist, dass die Errichtung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte sowohl durch das Bonner Außenamt (auf dessen Bedenken hin bereitgestellte Förderungen von 1,2 Millionen DM des Bundes und 200.000 DM des Landes Berlin zurückgehalten wurden)[1438] als auch durch polnische Behörden verzögert wurde und dass im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die Errichtung des Gebäudes eine Geldspende im Ausmaß von 100.000 DM für das Zentral-Kinderkrankenhaus bei Warschau erfolgte. Auf Einladung des ZBoWiD und des *Polnischen Ökumenischen Rates* reisten Hans-Richard Nevermann und Volker von Törne im Dezember 1977 nach Polen. Außer der Geldspende wurde auch der Arbeitseinsatz von Sühnezeichengruppen für das Kinderkrankenhaus vereinbart.[1439] Die Annahme, dass polnische Behörden und Organisationen das Bestreben aus Westberlin zur Errichtung einer Jugendbegegnungsstätte in Richtung ihrer eigenen Vorstellungen umleiteten, ist trotz der unzureichenden Quellen naheliegend.

Die Verwirklichung der Jugendbegegnungsstätte sollte mehr als ein Jahrzehnt dauern. Erst am 30. September 1981 wurde der Grundstein für das „Seminargebäude" gelegt, das Zimmer mit insgesamt 60

[1431] Typoskript Vertraulicher Bericht über Verhandlungen in Polen anlässlich meiner Dienstreise vom 7. bis 20. Juni 1970, dat. 22. Juni 1970, gez. Törne [LkA EkvW C20-19 Nr. 1 Bd. 1/2]
[1432] vgl. Kaptiel 3.6.2 Arche/Industriediakonie, Wolfsburg
[1433] Vermerk, dat. 4. September 1967, gez. Kreyssig, zit. nach Horst-Dieter von Enzberg. Typoskript Vorstudie und Diskussionsbeitrag „Berührung und Distanz...", 1999, S. 16 [ASF]
[1434] Eine Broschüre der Internationalen Jugendbegegnungstätte datiert die zeitliche Reihenfolge fälschlicherweise umgekehrt. Vgl. Susanne Orth (Redaktion), Broschüre: Arbeitshilfen für Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz/ Oświęcim, 1997, o.P. [S. 5]. Die Fehldatierung findet sich auch beim Bericht über die Grundsteinlegung; vgl. Christoph Heubner, Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, In *Zeichen* Nr. 4, Dezember 1981, 9. Jahrgang, S. 6
[1435] Hans-Jochen Vogel, zitiert nach Susanne Orth (Red.), Arbeitshilfen für Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz/Oświęcim, 1997, o.P. [S. 5]
[1436] Nevermann, Hans-Richard. Ein langer Weg, In Orth, Susanne, „Wie soll ich singen..." S. 35-37, S. 36f.
[1437] Dazu bedürfte es ausführlicher Recherchen in den korrespondierenden deutschen und polnischen Archiven, die zum Teil noch nicht zugänglich sind.Das politische Archiv des Auswärtigen Amtes der BRD etwa hält die gesetzlich vorgesehene 30-Jahre-Frist ein.
[1438] *Forum. Rundbrief für Mitglieder und den Förderkreis*, Nr. 3, Mitgliederversammlung 1976, 29. März 1976, S. 16
[1439] Morawski, Kazimierz, Informations-Bulletin, Christlich-Soziale Gesellschaft, Warschau, Februar 1978, S. 14 f. Warschau/ChSS/. [EZA 97/42]

Betten, Seminar- und Gruppenräume und einen Kinosaal beinhalten sollte.[1440] Der Bau geriet unmittelbar nach der Grundsteinlegung ins Stocken. Noch im November 1984 bestand keine Aussicht auf Aufhebung des auf dieses Bauvorhaben angewandten generellen behördlichen Baustopps. Erneut wurde überlegt, die Jugendbegegnungsstätte innerhalb des ehemaligen Stammlagers Auschwitz I einzurichten. Der Allgäuer Architekt Helmut Morlok konzipierte schließlich eine „wachsende Anlage" aus Fertigteilelementen.[1441] Errichtet wurde die Internationale Jugendbegegnungsstätte (IJBS) unter seiner Anleitung schließlich ab Ende 1985 in Form mehrerer Pavillons inmitten eines Gartens, außerhalb des ehemaligen Lagergeländes zwischen der Gedenkstätte und dem Stadtzentrum „in landschaftlich reizvoller Umgebung". Die Ziele der Begegnungsstätte wurden umschrieben mit Gedenken – Erinnern – Trauern; politische und kulturelle Bildung, Sozialisation – Persönlichkeitsentwicklung sowie Begegnung – Dialog – Versöhnung.[1442] Die Einweihung und Übergabe der Gebäude an die Stadt Oświęcim erfolgten am 16. Jahrestag der Warschauer Vertragsunterzeichnung (8. Dezember 1986) in Anwesenheit des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde von Westberlin, Heinz Galinski, der Bundesjugendministerin Rita Süssmuth (CDU), des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, des Vizepräsidenten des Bundestages, Heinz Westphal, sowie des polnischen Jugendministers Aleksander Kwaśniewski (späterer Staatspräsident), des Vizepräsidenten des Sejm, Mieczysław F. Rakowski und des stellvertretenden Außenministers Olechowski.[1443] Die katholische Kirche Polens war bei der Einweihung nicht vertreten.[1444] Die Geschäftsführung wurde von der Stadt an die offizielle polnische Jugendreiseagentur Juventur übertragen. Die Programmgestaltung und inhaltliche Positionierung der Jugendbegegnungsstätte erfolgten durch je einen polnischen und einen von der *Aktion Sühnezeichen* entsandten deutschen Studienleiter. Neben einem von Stadt, polnischen ehemaligen KZ-Häftlingen, Juventur und der *Aktion Sühnezeichen* paritätisch besetzten „Sekretariat" als ausführendes Organ wurde ein Kuratorium eingerichtet, dem unter anderen der langjährige Bürgermeister von Bremen, Hans Koschnick angehörte.[1445] Seit 1995 wird die IJBS von einer polnisch-deutschen Stiftung geführt und vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk unterstützt. Seit 1998 arbeiten neben den Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* Zivildienstpflichtige aus Österreich, die im Rahmen des Gedenkdienstes entsandt werden, in der IJBS. 1998 wurde die Jugendbegegnungsstätte auf eine Übernachtungskapazität für 100 Personen erweitert.

Über den Erfolg der Internationalen Jugendbegegnungsstätte liegen gegensetzliche Einschätzungen aus dem Umfeld der *Aktion Sühnezeichen* vor: während der aus der Westberliner Organisation kommende und als Studienleiter der ersten Jahre fungierende Jochen August von einer die Kapazität sprengenden Auslastung von Beginn an berichtete – „Schon für das erste Jahr konnte nur ein Teil der Gruppen aus Westdeutschland aufgenommen werden, die kommen wollten ..."[1446], berichtet DDR-Bürgerrechtler Konrad Weiß, „dass das aufwändig gebaute Internationale Jugendzentrum in Auschwitz zunächst überhaupt nicht angenommen wurde und leerstand oder nur von der polnischen Parteijugend aufgesucht wurde".[1447] Dass es die IJBS „schwer" hatte, „von den Bewohnern der Stadt und des weiteren polnischen Umfeldes, von Katholiken zudem, angenommen zu werden", berichtete Ansgar Koschel, katholisches Mitglied im Kuratorium der IJBS.[1448]

In einem kritisch-differenzierten Erfahrungsbericht über Zustandekommen und Wirken der IJBS ist für die Zeit bis zum Fall des kommunistischen Regimes dokumentiert, dass die an Einheimische vergebenen

---

[1440] vgl. Christoph Heubner, Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, In *Zeichen* Nr. 4, Dezember 1981, 9. Jahrgang, S. 6
[1441] Morlok, Helmut. Eine Vision wurde Wirklichkeit, In Orth, Susanne, „Wie soll ich singen..." S. 57-65, S. 57f.
[1442] Vgl. Susanne Orth (Redaktion), Broschüre: Arbeitshilfen für Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz/ Oświęcim, 1997, o.P. [S. 6f.].
[1443] vgl. Eberhard Nitschke, Ein Zeichen der Hoffnung am Ort des Entsetzens, In *Welt*, 9. Dezember 1986, Faksimile in Orth, Susanne, „Wie soll ich singen...", S. 10
[1444] Koschel, Ansgar. Unerbittliche Herausforderung, In Orth, Susanne, „Wie soll ich singen..." S. 48-52, S. 50
[1445] August (1994), S. 78
[1446] August (1994), S. 79
[1447] Weiß (1998), S. 396
[1448] Koschel (1996), S. 50

Arbeitsstellen in der Begegnungsstätte sehr begehrt und bis zum Reinigungspersonal reichend der Nomenklatura, oftmals Ehefrauen von Polizisten, vorbehalten waren. Die permanente Präsenz eines Angehörigen des polnischen Sicherheitsdienstes verhinderte bzw. beschränkte die freie und ungezwungene Begegnung zwischen polnischen und deutschen Besuchern. Das Haus wurde „mehr als ein Wahrzeichen des Westens als als ein Wahrzeichen der Versöhnung“ wahrgenommen.[1449]

3.6.4 Vom falschen ‚Kniefall’

Die Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* in Polen war nicht nur vom ‚konkurrierenden Erinnerungsdiskurs’ polnischer und jüdischer Narrative geprägt, sondern auch von besonderer Rücksichtnahme hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR, die sich als willfährige Autoritätshörigkeit gegenüber dem herrschenden kommunistischen Regime äußerte.

Seitens der Westberliner *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* zeichnete vor allem Geschäftsführer Volker von Törne (1934-1980) für die Verbindungen nach Polen verantwortlich. Volker von Törne, „Sohn eines hohen SS-Offiziers“[1450], war Schüler der nationalsozialistischen Elitebildungseinrichtung *NAPOLA*, studierte Sozialwissenschaften und arbeitete als Steinhauer sowie als Hoch- und Tiefbauarbeiter. Ab 1962 war Törne bei der *Aktion Sühnezeichen* angestellt, ab 1965 war er Mitglied des Leitungskreises und der Exekutive. Volker von Törne bezeichnete „Antikommunismus“ als „Grundtorheit unseres Jahrhunderts“, deren Wurzeln er in der Restauration in den Jahren nach der französischen Revolution ansetzte. Mitte der 1970er Jahre argumentierte er: „Denn – und darüber darf uns keine Selbstrechtfertigung und keine ‚Totalitarismustheorie’ hinwegtäuschen – der deutsche Faschismus mit seinen millionenfachen Opfern war – ebenso wie heute der Faschismus in Chile – nichts weiter als ein in ein blutiges Kampfsystem gebrachter wütender Antikommunismus“.[1451] Eine Verknüpfung von Antikommunismus und Antisemitismus datierte Törne auf die Zeit vor Ende des 1. Weltkriegs und vor Gründung der Weimarer Republik. In der Bundesrepublik würde der Antisemitismus von „einem großen Teil unserer Rechten“ (wie der Springer-Presse) als Philosemitismus zur Schau getragen, während der Antikommunismus als Kontinutität weiterbestünde.[1452]

Törne prägte die ‚Ostpolitik’ der *Aktion Sühnezeichen*, vor allem gegenüber Polen und die Strategie der *Aktion Sühnezeichen*, die jeweiligen kommunistischen Regime als zentrale, zum Teil exklusive Verhandlungspartner anzuerkennen, über fast zwei Jahrzehnte entscheidend und über seinen Tod hinaus: „Als Christ und Sozialist hat er auf dem schwierigen Terrain unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen an Maßstäben mitgearbeitet, die nicht verloren gehen dürfen“, so Hans-Richard Nevermann. Mit seiner Herkunftsgeschichte war Törne zum „Vorbild“ für die Auseinandersetzung der zweiten Generation geworden, „wie man das Erbe der Väter aufnehmen kann“.[1453] Als Lyriker thematisierte Törne vor allem die nationalsozialistischen Verbrechen und die postnationalsozialistische Gesellschaft Westdeutschlands.[1454] Zwischen 1962 und 1980 erschienen neun Publikationen, zwei davon in DDR-Verlagen.[1455] Die zwei folgenden Gedichte Törnes vermitteln einen Eindruck von der lyrischen Verarbeitung seiner Identitätssuche, die von einer elegischen Grundstimmung getragen war.

[1449] Frysztacki, Marek (1997), S. 88.
[1450] Weiß (1998), S. 397
[1451] Törne, Volker von, Zwischen Geschichte und Zukunft. Aufsätze - Reden - Gedichte (1981). Berlin: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. , Abdruck des Referats Antikommunismus – Die Grundtorheit unseres Jahrhunderts vom 27. Januar 1975, S. 63 – 78.
[1452] Ebd., S. 69
[1453] so Hans-Richard Nevermann in seiner Ansprache im Trauergottesdienst am 13. Januar 1981, abgedruckt in Ebd., S. 106-112, 109.
[1454] Törnes Lyrik fand Eingang in Schulbücher und wurde vertont. Vgl. Christoph Meckel, Parole und Poesie, In *Die Zeit*, 9. Januar 1981, abgedruckt in: Törne, Volker von (1981), S. 115-117, 116.
[1455] Fersengeld, Ansgar Skriver Verlag, Westberlin 1962; Nachrichten über Leviathan, Eremitenpresse, Stierstadt 1964; Die Dummheit liefert uns an Messer (gem. mit Christoph Heubner), Friedenauer Presse, Westberlin 1967; Wolfspelz, Klaus Wagenbach, Westberlin 1968; Poesiealbum 54, Verlag Neues Leben, DDR 1972; Rezepte für Friedenszeiten (gem. mit Nicolas Born u. F.C. Delius), Aufbau-Verlag, DDR 1973; Lagebericht

Frage
Mein Großvater starb
An der Westfront;
Mein Vater starb
an der Ostfront: an was
sterbe ich?[1456]

Gedanken im Mai
Ich rede von mir: Volker von Törne, geboren
Im vierundreißigsten Jahr des zwanzigsten Jahrhunderts
Als meine Genossen schon kämpften gegen die Mörder
Die mich aufzogen als ihresgleichen
Nach Ihrem Bilde:
Und ich trank die Milch
Die dem Hungernden fehlte. Und ich trug das Kleid
Meinem Bruder geraubt. Und ich las die Bücher
Die den Raub billigten. Und ich hörte die Reden
Die aufriefen zum Mord:
Und ich nannte den Schlachthof
Mein Vaterland, als schon die Völker aufstanden
Gegen mein Volk. Und ich betete für den Endsieg
Der Mörder, als schon die Städte
Aufgingen in Rauch:
Und schuldig war ich
Am Tod jedes Menschen, ahnungslos atmend
Unter den Galgenästen
Süßduftender Linden[1457]

Törne war Ende 1971 Proponent und Gründer des Vereins „Begegnung mit Polen, Gesellschaft zur Förderung Deutsch-Polnischer Verständigung e.V.“, dem er als Vertreter der ASF im Vorstand angehörte. Die von Törne nach dem Vorbild der deutsch-französischen Jugendbegegnungen angestrebte institutionalisierte Begegnung von deutschen und polnischen Jugendlichen war weniger an einer interaktiven Verständigung oder Versöhnung orientiert, als vielmehr Instrument für einen Bewusstseinswandel innerhalb der BRD, die er noch 1971 in der Tradition des Nationalsozialismus (v.a. „Abstumpfung des Gewissens“ und „Pervertierung des Bewusstseins“ hinsichtlich der „Ideologie vom ‚slawischen Untermenschen' und dem ‚deutschen Herrenmenschen'“) verhaftet sah. „Das Hauptziel künftiger deutsch-polnischer Jugendbegegnungen“ war nach Törne

> vielmehr darin [zu] sehen, dass wir in unserer Jugend durch die Begegnung mit Polen – und diese Begegnung ist für Deutsche zugleich auch immer eine Konfrontation mit der verbrecherischen Geschichte ihres Volkes – die Kräfte mobilisieren können, die notwendig sind, um die in unserer Gesellschaft noch immer wirksamen Ursachen und Folgen dieser verbrecherischen Geschichte endgültig zu überwinden.[1458]

Im Sühnezeichen-Alltag wurde die von großem Schuldbewusstsein getragene Motivation als Willfährigkeit gegenüber dem polnischen Regime wirksam. Gegenüber dem designierten Beauftragten der *Aktion Sühnezeichen* in Polen, Werner Ross[1459], gaben die Geschäftsführer Törne und Hammerstein 1971 rigide Anweisungen. Ross sollte die „grundsätzliche Entscheidung“ der polnischen Militärmission in Westberlin respektieren und nicht mehr mit seinem Privatauto nach Polen reisen. „Wir müssen alles vermeiden“, so die ASF-Geschäftsführer, „was nach einer Missachtung von Entscheidungen der

---

(gem. mit Chr. Heubner), Eigenverlag Ulrich Leinweber, Kassel 1967; Kopfüberhals, Klaus Wagenbach, Westberlin 1979; Halsüberkopf: Arkadische Tage, Harald Schmidt, Westberlin 1980; posthum erschienen: Zwischen Geschichte und Zukunft: Aufsätze, Reden, Gedichte, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Westberlin 1981; Im Lande Vogelfrei. Gesammelte Gedichte, Klaus Wagenbach, Westberlin 1981.

[1456] Törne, Volker von, (1981), S. 92 (Erstveröff. 1962).

[1457] Ebd., S. 91 (Erstveröff. 1979).

[1458] so Volker von Törne anlässlich des Kongresses „Friede mit Polen“ 1971, zit. nach Dohrmann, Rudolf; Würmell, Klaus (1971), S. 34-36.

[1459] Ross war DDR-Bürger, der den Wehrdienst in der DDR-Armee verweigerte und deswegen zu einer Haftstrafe verurteilt und später in die BRD entlassen wurde, und der in beiden Staaten enge Verbindung zur Aktion Sühnezeichen pflegte.

Militärmission der Volksrepublik Polen aussieht. Deshalb dürfen wir das Votum der polnischen Freunde, die gemeint hatten, dass Sie Ihren Wagen mitnehmen sollten, nicht gegen die Entscheidung der Militärmission ausspielen". Ross sollte zweitens „sehr zurückhaltend mit Mitteilungen über Ihre ‚DDR-Vergangenheit' an unsere polnischen Freunde sein". Es gälte auch in diesem Fall „das Prinzip unseren polnischen Freunden nach Möglichkeit nur das zu sagen, was sie getrost und guten Gewissens überall in Polen weiterberichten können". Drittens sollte Ross „vorsichtig und zurückhaltend bei der notwendigen Pflege der Kontakte zu allen Sühnezeichen-Partnern" sein. „Auch hier sollte das Prinzip angewendet werden, besser ein Kontakt zu wenig, als ein Kontakt zu viel."[1460]

Diese Anweisungen an den ASF-Beauftragten in Polen kamen einer institutionellen Selbstzensur und Abkehr von einer auf zwischenmenschlichen Kontakten fußenden Versöhnungskonzeption gleich. Für die Ermöglichung der Studien- und Gedenkfahrten zahlte die ASF neben der Selbstzensur einen hohen finanziellen Preis. Zwischen 1968 und 1974 flossen knapp 80.000 DM unter dem Titel „Unterstützung für befreundete Organisationen ZBoWiD, Museum Auschwitz, IAK und Aufwendungen für Bewirtung von Besuchern dieser Organisationen in Westberlin". Zu diesem Betrag kamen Ausgaben der Gruppen vor Ort in Höhe von 294.500 DM.[1461] Potenziellen Teilnehmern wurden die Fahrten nach Polen nicht zuletzt zu teuer. Bei der Akquirierung von Teilnehmern mussten diese Fahrten mit Reiseangeboten in andere Länder konkurrieren.[1462]

Um die angestrebte Internationale Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz verwirklichen zu können, arrangierte sich die Westberliner *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* mit den „volksrepublikanischen Machtverhältnissen", was auch von Vertretern der katholischen Kirche in Polen kritisiert wurde.[1463] Der von 1980 – 1983 als Botschaftsrat der BRD in Warschau tätige Klaus Reiff erklärt die Zwangslage für die *Aktion Sühnezeichen* mit der Zuteilung des polnischen Partners ZBoWiD durch die Warschauer Regierung: „Das Projekt konnte nur mit dem Verband, keineswegs aber ohne ihn vorangebracht werden." Nach Reiff war „ganz zweifellos" „auch die Errichtung der Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz ein Thema in den Gesprächen zwischen Warschau und Ost-Berlin".[1464]

Die Arbeit mit polnischen Überlebenden war ein wesentliches Element nicht nur in der inhaltlichen Umsetzung der verschiedenen Projekte. Auch in organsatorischen Belangen waren die Partner der Westdeutschen *Aktion Sühnezeichen* – politisch und in Überlebendenverbänden verankerte – ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager. Mit der Autorität ihrer eigenen Leidensgeschichte wurde so die gesellschafts- und erinnerungspolitische Implikation dieser Zusammenarbeit überlagert. Neben den bereits angeführten ehemaligen polnischen KZ-Häftlingen Jerzy Hronowski, Thadeusz Szymański, Barbara Sadowska zählte der langjährige Direktor des Museums Auschwitz-Birkenau, Kazimierz Smoleń (1940-1945 Häftling des KZ-Auschwitz), zu den Gesprächs- und Verhandlungspartnern. Die Autorität der ehemals unter der deutschen nationalsozialistischen Besatzung verfolgten ‚Zeitzeugen' trug zu einer besonderen Empathie für das zeitgenössische deutsch-polnische Verhältnis bei. Die identifikatorische Wirkung der Begegnungen klingt sowohl bei Volker von Törne wie auch bei seinen Wegbegleitern und Nachfolgern Christoph Heubner und Jochen August durch.[1465] Auf intellektueller Ebene fielen diese Identifikationen auf den fruchtbaren Boden pro-kommunistischer Einstellungen vieler Aktivisten der

---

[1460] Hammerstein und Törne an Werner Ross, dat. 2. Mai 1971, eingeschrieben [EZA 97/50]
[1461] Typoskript Aufstellung der Polenabrechnungen, dat. 5. November 1974, gez. Törne [EZA 97/48]
[1462] So sagte ein Pfarrer eine für 1975 geplante Polen-Fahrt der von ihm geleiteten Jugendgruppe ab, weil die Kosten mit 350 – 400 DM pro Person zu hoch erschienen und ein Alternativangebot nach Spanien nicht nur günstiger sondern auch dem „Wunsch nach Erholung" besser gerecht würde. [Harald Hartung an ASF, dat. 14. November 1974, EZA 97/49]
[1463] Koschel, Ansgar. Unerbittliche Herausforderung, In Orth, Susanne, „Wie soll ich singen..." S. 48-52, S. 50.
[1464] Reiff, Klaus. 10 Jahre Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, In Orth, Susanne, „Wie soll ich singen..." S. 53-55, S. 54.
[1465] vgl. August, Jochen. Chencen und Aufgaben von Jugendbegegnung in Auschwitz. Ein Rückblick auf die Arbeit der Jugendbegegnungsstätte zwischen 1987 und 1992, In Orth, Susanne, „Wie soll ich singen..."S. 68-77, Heubner, Christoph, Nach Hause gehen. Gedichte (1981). Bornheim-Merten: Lamuv Verlag und Von Törne, Volker, Im Lande Vogelfrei. Gesammelte Gedichte (1981). Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

Westberliner *Aktion Sühnezeichen*. Die Spannungen zeigten sich selbst gegenüber einer Gruppe Überlebender des Konzentrationslagers Theresienstadt in Westberlin.[1466] Die Kollision polnischer national-kommunistischer Erinnerungspolitik mit Erinnerungsstrategien und -inhalten anderer Opfergruppen stellte die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* nicht nur über viele Jahre in eine interne wie externe Zerreißprobe. Diese Kollision zählte über viele Jahre zu den großen Differenzen zwischen der West- und der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen*. Letztere verstand sich selbst – trotz zunehmender Anpassung an die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR – als kirchlich-oppositionelle Gruppierung, deren Kontakte in Polen überwiegend mit Vertretern kirchlicher und oppositioneller Institutionen und Bewegungen bestanden.

3.7 „Geschichtsklitterung" und Erinnerungskonkurrenz

In Westberlin und in der BRD folgte die *Aktion Sühnezeichen* dem öffentlichen Diskurs: Das zeitgenössische Schicksal der arabischen/palästinensischen Bevölkerung floss in die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Judenverfolgung ein, ersetzte und überlagerte die Auseinandersetzung mit einer spezifischen ‚deutschen Schuld' zunehmend zugunsten einer ‚israelischen Schuld' an der arabischen Bevölkerung. Innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* wurde dieser gesellschaftliche Transformationsprozess durch Einflüsse aus der Arbeit in polnischen Gedenkstätten verstärkt. 1968 sollte der Konflikt auf breiter Ebene eskalieren, nachdem die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* 1967 mit zwei Gruppen zum kurzfristigen Arbeits- und Studienaufenthalt nach Oświęcim (Auschwitz) gekommen war. Mit dem neuen Einsatzort Polen war eine Auseinandersetzung mit dem polnischen Leiden während des Nationalsozialismus verbunden, wobei die Perspektive des national geprägten polnischen Erinnerungsdiskurses in die Westberliner Organisation einfloss. Volker von Törne setzte sich 1968 mit der Frage „Warum wir in Polen arbeiten" auseinander: „In der Zeit von 1939 bis 1945 wurden von Deutschen über 6 Millionen polnische Bürger umgebracht. Das bedeutet, dass an jedem Tag des 2. Weltkrieges etwa 3.000 Polen von Deutschen ermordet wurden." Erst einige Zeilen später entschlüsselte Törne die Opferzahl von 6 Millionen als zu mehr als der Hälfte „jüdische Bürger".[1467]

Die von Törne vorgenommene Überlagerung der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus mit der polnischen Staatsangehörigkeit folgte dem langjährigen Nachkriegsnarrativ des polnischen Erinnerungsdiskurses, in dem Polen einer über Jahrhunderte fremdbestimmter Herrschaft folgend die Hauptrolle als Märtyrer, und Juden – wenn überhaupt erwähnt – als Opfergruppe eine Nebenrolle spielten. In einem jüngeren Artikel formuliert der Historiker und Leiter des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław, Krzysztof Ruchniewicz, „ein großer Teil der Bevölkerung sieht Auschwitz hauptsächlich als Konzentrationslager für Polen; man weiß zwar, dass während des Krieges bis zu sechs Millionen polnischer Bürger ums Leben gekommen sind, das bedeutet jedoch nicht, dass bekannt ist, dass davon mindestens die Hälfte Juden waren".[1468]

Der erste Beobachter und Kritiker einer Akzeptverschiebung in Sühnezeichen-Texten in Richtung „Auschwitz ohne Juden" war Schalom Ben-Chorin, der die Übernahme des polnischen Narrativs im Jahresbericht der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* vom Dezember 1967 aufzeigte:

[1466] Die Episode kann als Paradebeispiel für das dominierene Bild des polnischen Narrativs verstanden werden: So wurde der von Volker von Törne gegründete Verein „Begegnung mit Polen, Gesellschaft zur Förderung Deutsch-Polnischer Verständigung e.V." zum Stein des Anstoßes des „Theresienstadt Komitees Berlin", das dem neu gegründeten Verein seine Büroräume zu Verfügung stellte. Die Polen-Vereinsaktivisten gestalteten die Räume unter Entfernung von Plakaten von den Wänden, die die Erinnerung an Lidice und Theresienstadt zum Thema hatten, um, was die ehemaligen KZ-Häftlinge des Theresienstadt-Komitees derart erzürnte, dass sie die Bürogemeinschaft aufkündigten. [Alfred Lindemann, Theresienstadt-Komitee Berlin e.V., an Volker von Törne, dat. 23. Juni 1972, EZA 97/]

[1467] Vervielfältigtes Typoskript Sühnezeichen in Polen – Auschwitz 1968, dat. 29. September 1968, gez. Törne [LABB 1/1 Nr. 7 Bd. I]

[1468] Ruchniewicz, Krzysztof. Die historische Erinnerung in Polen, In 2005). Aus Politik und Zeitgeschichte.

> Liest man diesen Bericht, so ist man erschüttert, nicht nur in dem Sinne, wie jeder Bericht über Auschwitz erschüttert, sondern vor allem auch über das was hier nicht steht. [...] Aktion Sühnezeichen wird unglaubwürdig, wenn sie sich in dieser Form an der Verfälschung der Geschichte mitbeteiligt, wie sie heute von offiziellen Kreisen in Polen (und anderen Oststaaten) betrieben wird [...] Sollen uns auch noch die Opfer geraubt werden.[1469]

In der darauffolgenden Auseinandersetzung mit Müller-Gangloff konnte Ben-Chorin auf eine weitere Veröffentlichung der regierungsoffiziellen polnischen deutschsprachigen Monatsschrift *Polen* verweisen, in der über eine der ersten Studienfahrten nach Oświęcim und Arbeitseinsätze im Museum Auschwitz berichtet wurde.[1470] Für Ben-Chorin bestand „das Problem der Geschichtsklitterung", weil weder im journalistischen Auftext noch in 13 Kurzzitaten der Teilnehmer an dem Arbeitseinsatz „das Wort Jude gebraucht" wurde. „Es ist nicht einmal von Antisemitismus die Rede, auch das Wort Nationalsozialismus wird vermieden und es ist ganz allgemein von Faschismus die Rede, von kapitalistischer Organisation, gesellschaftlichen Machtverhältnissen usw.", so Ben-Chorin. Für Ben-Chorin galt: „Was bei den polnischen Journalisten bewusste Verschleierung sein mag, ist bei den jungen Deutschen die unbewusste Folge einer ‚Gehirnwäsche'." Nach der Ermordung von Millionen Juden in Auschwitz durch die deutschen Nazis würden nun „die polnischen Kommunisten das Andenken dieser Opfer ermorden". Ben-Chorin stieß sich vor allem an einer Aussage Rudolf Dohrmanns, wonach sich die *Aktion Sühnezeichen* „aus taktischen Gründen" an dieser Geschichtsverfälschung beteiligte. Als israelisch-jüdischer Publizist wollte Ben-Chorin nicht zu dem Versuch schweigen, „die deutsch-polnische Versöhnung durch das Verschweigen der jüdischen Tragödie in Polen" zu erlangen.[1471]

Gegenüber Kreyssig führte Ben-Chorin aus, dass die kritiklose Unterordnung der *Aktion Sühnezeichen* unter das in Polen zu dieser Zeit vorherrschende, von antisemitischen Inhalten getragene Narrativ zugunsten des scheinbar höheren Ziels der *Aktion Sühnezeichen*, im großen Maßstab und über regierungsoffizielle Kanäle Eingang in die Volksrepublik Polen zu finden, in der israelischen Wahrnehmung als ‚Kollaboration' mit antisemitischen Kräften aufgefasst würde.[1472] In der von Ben-Chorin unter anderen als Beweis für die Partizipation der *Aktion Sühnezeichen* mit der antisemitischen Geschichtsschreibung in Polen genannten Zeitschrift *Polen* erschien – vermutlich auch als Reaktion zu Ben-Chorins Kritik – genau ein Jahr nach dem Bericht über die Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* ein weiterer siebenseitiger Schwerpunkt über Auschwitz. Den einleitenden Artikel zum Themenschwerpunkt verfasste ein jüdischer Überlebender in New York. In seinem als Antwort auf die im Bericht über die *Aktion Sühnezeichen* im Jahr zuvor abgedruckte Frage eines Freiwilligen, „Wie kam es zu Auschwitz"[1473] verfassten Beitrag, argumentierte Leon Gongoła, dass zwar auch andere Völker Kriege geführt und Verbrechen begangen hätten, doch hätte „niemand je Gaskammern gebaut, um unschuldige Kinder und Säuglinge mit den effektivsten, grausamsten und bestialischsten Methoden zu töten... Das liegt in der Natur der Deutschen." Mit dieser Aussage, die in dem vom kommunistischen Regime instrumentalisierten antisemitischen Klima in Polen offenbar als gemeinsamer polnisch-jüdischer Nenner akzeptiert wurde, konnte Gongoła das von ihm repräsentierte jüdische Leiden in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern anführen. Sowohl im Text des Autors wie auch in einer redaktionellen Anmerkung wurde die Zahl der jüdischen Opfer angeführt.[1474]

[1469] Schalom Ben-Chorin, Auschwitz ohne Juden?, in *Jedioth Chadashoth,* 15. März 1968, S. 5 [Hervorhebung wie im Original; zur Verfügung gestellt von der Witwe Ben-Chorins, Avital Ben-Chorin]
[1470] Jerzy Piórkowski, Hoffnung, In Monatsschrift *Polen* Nummer 1 (161) 1968, S. 14-18 [RD]
[1471] Schalom Ben-Chorin an Müller-Gangloff, dat. 4. April 1968 [EZA 97/940] Bezug auf Müller-Gangloffs Brief vom 26. März 1968 und einer Begegnung mit Hammerstein und Pastor Rudolf Dohrmann.
[1472] Ben-Chorin an Kreyssig, dat. 22. April 1968 [EZA 97/940]
[1473] Jerzy Piórkowski, Hoffnung, In Monatsschrift *Polen* Nummer 1 (161) 1968, S. 14-18, S. 14, Bildunterschrift, Zitat des Freiwilligen [Jens] Michael Berger [RD]
[1474] Leon Gongoła, Begegnungen mit Auschwitz Warum?, In Monatsschrift *Polen* Nr. 1 (173) 1969, S. 13-14 [RD]

Der ehemalige Freiwillige Jürgen Pieplow thematisierte die Problematik der unvereinbar erscheinenden Narrative unter umgekehrten Vorzeichen. Für Pieplow war die Israelarbeit Hindernis für die Arbeit in Osteuropa, weshalb die Arbeit in Israel in der Selbstdarstellung der *Aktion Sühnezeichen* in den Hintergrund gedrängen werden sollte:

> Selbstverständlich sollten Sie sowohl in Israel als auch in Osteuropa weiterarbeiten. Was Israel angeht: legen Sie sich bitte nicht auf eine einseitige Identifizierung mit jenem Staat fest. Es geht um Versöhnung mit dem jüdischen Volk. Wenn Sühnezeichenarbeit in Israel die Bemühungen in Osteuropa nachweislich erschwert, dann sollte man zwar weiterarbeiten, aber die Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland nicht mit einem Israel-Image betreiben.[1475]

Dass sich die *Aktion Sühnezeichen* bei der Frage nach polnischen antisemitischen Narrativen im öffentlichen Diskurs vor ein Dilemma gestellt sah, belegt ein Manuskript unter dem Titel „Antisemitismus in Polen?“: „Wie sollen wir auf diese Frage antworten, zumal dann, wenn wir in Auschwitz gewesen sind? Dort, wo wir auf Schritt und Tritt mit den Folgen des deutschen Antisemitismus konfrontiert sind, dort, wo eine große Ausstellung dem Leiden des jüdischen Volkes gewidmet ist, spürt man nichts vom polnischen Antisemitismus.“ Die nunmehrige konkrete Konfrontation mit den nationalsozialistischen Verbrechenen in Polen ließ offenbar eine ähnliche, von Empathie getragene Identifikation mit der zeitgenössischen polnischen Bevölkerung aufkommen wie bei den ersten Einsätzen in Israel. Die 1968 von der polnischen Regierung gesteuerten antisemitischen Aktionen wurden in einen allgemeinen Kontext ‚politischer Säuberung' gestellt: „Zweifellos sind in diesem Jahr in Polen eine Reihe hoher jüdischer Beamter aus ihren Ämtern in Partei und Regierung entfernt worden. Aber auch viele nichtjüdische Beamte haben ihre Ämter verloren.“ Die Veröffentlichung von polnischen Publikationen gegen Israel wurden in diesem Text zwar eingeräumt, aber: „‚Antizionismus'“ ist nicht einfach gleichzusetzen mit „‚Antisemitismus'“, vor allem nicht von Deutschen, die es mit ihrerm eigenen mörderischen Antisemitismus zu Auschwitz, Majdanek und Treblinka gebracht haben.“[1476] Schließlich wird in der Erklärung deutlich, dass sich die *Aktion Sühnezeichen* dem Zeitgeist der 1968er-Bewegung ebenso wie einer Über-Identifikation mit den vormaligen Opfern in Verbindung mit einer Vergegenwärtigung der historischen nationalsozialistischen Schuld vor dem Hintergrund der zeitgenössischen bundesdeutschen gesellschaftlichen Lage nicht entziehen konnte:

> Dem Volk, das seinen eigenen Antisemitismus im Schnellverfahren verdrängt hat und das – zumindest in Ansätzen – wieder dazu fähig scheint, sich in den Studenten und anderen Oppositionellen einen neuen „Juden“ für neue Pogrome aufzubauen, an dessen Spitze ein Bundespräsident [Heinrich Lübke, Anm.] steht, den man ohne ein Strafverfahren zu fürchten, einen KZ-Baumeister nennen darf, dessen Bundeskanzler [Kurt Georg Kiesinger, Anm.] als hoher Ministerialbeamter in Ribbentrops Außenministerium nichts von der Ermordung der Juden gewusst haben will, stehen Pressekampagnen gegen den polnischen Antisemitismus schlecht an.[1477]

Schon vier Monate vor Pieplows Brief an den Vorstand und noch drei Monate vor Schalom Ben-Chorins Intervention gegenüber Müller-Gangloff und Kreyssig war es beim Jahrestreffen der *Aktion Sühnezeichen* Ende 1967 zu einem Vorschlag der Versammlung an Otto Schenk und die Verantwortlichen für die Arbeit in anderen Ländern gekommen, sich doch nicht von der Öffentlichkeitsarbeit der israelischen Regierung – oder den Regierungen anderer Einsatzländer – vereinnahmen zu lassen. :

> Die Freiwilligen und Freunde der Aktion Sühnezeichen sowie die Öffentlichkeit dürfen nicht einseitig mit dem offiziellen israelischen Standpunkt vertraut gemacht werden; auch Gegenstimmen müssen zu Wort kommen. Das betrifft die Vorbereitung in Berlin, die Informationstagungen in Jerusalem und auch Rundbriefe und offizielle Verlautbarungen. Diese Forderung gilt entsprechend auch für die Arbeit in den anderen Ländern.[1478]

[1475] Jürgen Pieplow, 1964 Freiwilliger in Skopje (Jugoslawien), an den Leitungskreis der Aktion Sühnezeichen, dat. 27. April 1968 [EZA 97/695]
[1476] Typoskript Antisemitismus in Polen, o.D. [vermutlich 1968], o.A Anhang zum Typoskript Vertraulicher Bericht über Verhandlungen in Polen anlässlich meiner Dienstreise vom 7. bis 20. Juni 1970, dat. 22. Juni 1970, gez. Törne [LkA EkvW C20-19 Nr. 1 Bd. 1/2]
[1477] Ebd.
[1478] Jahrestreffen 1967 vom 28.-30. Dezember 1967, Bericht vom 6. Februar 1968 darin auf S. 7 Bericht der Arbeitsgruppe Israel [EZA 2/5840]

1971 kam es zu einem Fauxpas, der die von der *Aktion Sühnezeichen* unternommene Gradwanderung illustriert: Eine Gruppe aus dem Sozialamt der Evangelischen Kirche von Westfalen unter Leitung des Jugendbildungssekretärs der Landeskirche hatte sich in vielerlei Hinsicht nicht in das Sühnezeichen-Regulativ einordnen wollen. Bei einer Auseinandersetzung mit der polnischen Jugendreiseagentur Juventur soll der Leiter „taktlos und politisch äußerst brisant" damit provoziert haben, dass die *Aktion Sühnezeichen* nicht nur in Polen sondern auch in Israel arbeitete, was als „schlimmer" eingeschätzt wurde als anderes Fehlverhalten. „Ob er damit den Antizionismus der Polen herausfordern wollte", wäre nur durch persönliche Befragung zu klären, hielt der als Vertreter der EKD in den Vorstand von *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* entsandte Oberkirchenrat fest.[1479] Der Jugendbildungssekretär soll sich zudem gegenüber dem polnischen Partner Juventur „offen und deutlich von der Sühnezeichenarbeit distanziert" und darauf hingewiesen haben, „dass es bei Sühnezeichen zwei miteinander streitende Richtungen über die Arbeit in Polen und in Israel gäbe". Schließlich soll er sich erkundigt haben, „ob Sühnezeichen für die Vermittlung der Gruppen eine Provision erhalte".[1480]

In zeitlicher Nähe zu diesem Vorfall wurde eine Entscheidung über die von der *Aktion Sühnezeichen* angestrebte Errichtung einer Jugendbegegnungsstätte Auschwitz verschoben. Die langjährige Kooperationspartnerin Barbara Sadowska, die das Warschauer Büro des Internationalen Auschwitz Komitees leitete, verhielt sich plötzlich abweisend. Es würde sich um eine „politische Entscheidung" handeln, „die erst nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrages und nach abgeschlossener Konsolidierung der polnischen Partei-Instanzen getroffen werden könne".[1481] Damit war das Projekt auf Zeit blockiert. Als weitere Sanktion wurde zwei darauffolgenden Sühnezeichen-Gruppen seitens des Museums Auschwitz die Einsichtnahme in das Archiv verweigert.[1482] Die *Aktion Sühnezeichen* sah sich auf diese Weise sowohl in institutioneller Hinsicht wie auch in der konkreten Gruppenarbeit einer Disziplinierung ausgesetzt, die den inhaltlichen wie organisatorischen Aktionsspielraum in Polen zu Beginn der 1970er Jahre eng erscheinen lässt.[1483]

Die von Ben-Chorin 1968 thematisierte Schieflage bzw. (Erinnerungs-)Konkurrenz zwischen der Arbeit in Israel und Polen sollte im Wesentlichen bis zum Fall des Kommunismus ungelöst bleiben. In den frühen 1980er Jahren übte der spätere Gründer des österreichischen Gedenkdienstes, Andreas Maislinger, Kritik an der Zusammenarbeit der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* mit der polnischen Vereinigung der ehemaligen Widerstandskämpfer ZBoWiD. Der Verband, der bis zu 300.000 Mitglieder zählte, folgte dem ‚orthodoxen' Kurs der polnischen kommunistischen Partei, seine Funktionäre tätigten antisemitsche Äußerungen und beteiligten sich an der Vertreibung von Juden 1968.[1484] Diese „antizionistische" Kampagne ging auf den ZBoWiD-Vorsitzenden, General Mieczysław Moczar zurück, der nach seiner Bestellung zum Innenminister nationalistische Positionen salonfähig machte, die einerseits den polnischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten – wie den Warschauer Aufstand vom 1. August bis 2. Oktober 1944 – zum „Volksaufstand" stilisierten, andererseits Juden sowohl aus dem historischen Narrativ als Opfer wie auch aus der polnischen Gegenwart ausschlossen. In Konsequenz des polnischen

---

[1479] Vermerk LKA, dat. 21. September 1971, gez. Dr. Freese Beilage zu Typoskript Bericht über Dienstreise in die VR Polen vom 15.7. bis 7.8.1971, dat. 12. August 1971, gez. Törne [LkA EkvW C20-19, Nr. 1 Bd. 2/1]
[1480] Typoskript Bericht über Dienstreise in die VR Polen vom 15.7. bis 7.8.1971, dat. 12. August 1971, gez. Törne [ebd.]
[1481] Ebd.
[1482] Ebd.
[1483] vgl. auch Huener, Jonathan (2001), S. 526f. Huebner erklärt die stillschweigende Akzeptanz des polnischen Opfernarrativs durch die SJD und die Aktion Sühnezeichen mit der Übernahme der offiziellen Position des Museums Auschwitz. Eine Kritik an diesem Opfernarrativ und an der antisemitischen „Säuberung" Ende der 1960er Jahre hätte das fragile Arbeitsverhältnis mit den polnischen Behörden bedroht. Zudem verweist Huener auf die Semantik linker Gruppierungen, zu denen er Sühnezeichen zählt. Derzufolge wird Nationalsozialismus in Verbindung mit Kapitalismus interpretiert, während die rassistischen Ideologien und Vernichtungsabsichten in den Hintergrund der Analysen treten.
[1484] Die Kontroverse wurde im Zuge der Vereinigung der beiden Sühnezeichen-Organisationen erneut zum Thema, vgl. Sperber, Katharina, „Aktion Sühnezeichen" auf dem Prüfstand der Geschichte, In Frankfurter Rundschau, 18. Mai 1992, S. 1.

Nationalismus wurden Ende der 1960er 20000 Juden aus Polen vertrieben.[1485] Maislinger, der sowohl vom ehemaligen Auschwitz-Häftling Hermann Langbein wie auch über eine Dokumenation Simon Wiesenthals (*Judenhetze in Polen*, 1969) auf die problembeladene Zusammenarbeit der Westberliner *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* mit ZBoWiD aufmerksam wurde[1486], versuchte während seines Freiwilligendienstes 1980/81 das Problem innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* zu thematisieren.[1487] 1992 publizierte Maislinger einen Bericht in der deutschsprachigen Baseler Wochenzeitung *Jüdische Rundschau Maccabi*. Darin schilderte er die wiederholten antisemitischen Stellungnahmen und Aktionen des polnischen Widerstandskämpfer-Verbandes, der, so Maislinger, „auf allen Ebenen das Gedächtnis an die jüdischen Opfer" bekämpfte. *Aktion Sühnezeichen*, die, um der Möglichkeit der Errichtung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte willen, alle Hebel in Bewegung setzte, um mit eben diesem Verband in Kontakt zu treten, hatte nach Maislinger „'Vergangenheitsbewältigung' um jeden Preis" betrieben, auch um den Preis, „die von ZBoWiD aus Polen vertriebenen Juden auf das tiefste zu verletzen".[1488] Tatsächlich war auf den in 19 Sprachen angebrachten Texttafeln des 1967 in Auschwitz-Birkenau enthüllten „Denkmals für die Opfer des Faschismus" bis 1992 von „vier Millionen Opfern der hitleristischen Mörder" die Rede, „ohne dass der Genozid an den Juden erwähnt worden wäre".[1489] Nur in der 1959 bis 1964 entstandenen Gedenkstätte des Vernichtungslagers Treblinka wurde festgehalten, dass „die 800.000 Opfer fast alle Juden waren".[1490]

In ihrer autobiographischen Erinnerung griff die Literaturwissenschafterin Ruth Klüger anhand ihrer Begegnung mit zwei Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* noch 1992 die ungelöste Problematik der Gleichsetzung jüdischer und polnischer Opferperzeption auf:

> Meine jungen Bekannten [...] weigerten sich hartnäckig, den Unterschied zwischen Polen und Juden zuzugeben und den Antisemitismus der polnischen Bevölkerung in ihre Besinnungsstunden und Beschaulichkeiten miteinzubeziehen. Das geschundene Volk muss gut gewesen sein, wo kämen wir sonst hin mit dem Kontrast von Tätern und Opfern? Nicht anders die höheren Semester. [...][1491]

Klüger erklärt den verharmlosenden Umgang mit dem polnischen Antisemitismus nach 1945 und im Besonderen im Hinblick auf die Vermittlung der Shoa in der Gedenkstätte Museum Auschwitz-Birkenau ähnlich wie Schalom Ben-Chorin Ende der 1960er Jahre mit der Beeinflussung der Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* durch das polnische Narrativ:

> In Auschwitz sind die jüdischen Opfer so vereinnahmt worden in die polnischen Verluste, dass meine Zaunanstreicher einen Unterschied nicht wahrhaben wollten. Meine Zaunanstreicher glaubten alles, auch das Ärgste, von ihren eigenen Großvätern, viel Arges von den Alliierten und nichts Schlimmes von den Opfern. Das heißt: von der Großvätergeneration, dass sie noch immer vieles verdränge; von den Alliierten, dass sie die KZs nicht rechtzeitig befreit hätten, auch wenn und wo es möglich gewesen wäre; aber keinesfalls, dass die Polen Antisemiten waren und ihre Juden nicht ungern loswurden. Mein Einwand, die Polen sollten nicht einfach die polnischen Juden als polnische Opfer zählen, denn vergast worden seien ja vor allem die Juden, und die ermordeten Kinder seien allesamt Juden- oder Zigeunerkinder gewesen, wurde von den beiden abgelehnt, und das mit einer

---

[1485] vgl. Kosmala, Beate. Polen: Lange Schatten der Erinnerung: Der Zweite Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis, In Flacke, Monika und Deutsches Historisches Museum, Mythen der Nationen... (2004). Berlin: Deutsches Historisches Museum. S. 509-540, S. 511-513.

[1486] so berichtete Maislinger dem Innsbrucker Ordinarius für Politikwissenschaft, Anton Pelinka, am 24. März 1981 [AM] bzw. replizierte er gegenüber Jochen August (IJBS Auschwitz) am 9. Dezember 1989 [AM]; der österreichische Auschwitz-Überlebende Hermann Langbein wurde Anfang der 1960er Jahre aufgrund seiner Kritik am kommunistischen DDR-Regime seiner Funktion als Generalsekretär des Internationalen Auschwitzkomitees mit Sitz in Wien entbunden und der Sitz der Organisation nach Warschau verlegt. Diese Entwicklung stärkte die Position des ZBoWiD innerhalb des Internationalen Auschwitz-Komitees und innerhalb des polnischen Staatsapparats. Vgl. Huener (2003), S. 149f.

[1487] Maislinger an das Polenreferat der ASF, dat. 26. Februar 1981 [AM]

[1488] Andreas Maislinger: Auschwitz – Geschichte einer Vereinnahmung, In *Jüdische Rundschau Maccabi*, Nr. 8, 20. Februar 1992; vgl. auch eine frühere Erwähnung in Maislinger, Andreas. „Vergangenheitsbewältigung" in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreich. Psychologisch-pädagogische Maßnahmen im Vergleich, In Backes, Uwe, Jesse, Eckhard und Zittelmann, Rainer, Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus (1990). Frankfurt/Main, Berlin: Ullstein. S. 479-496.

[1489] Kosmala, Beate. Polen (2004), S. 509-540, S. 514.

[1490] Ebd., S. 522.

[1491] Klüger, Ruth (1992), S. 72

> Entschiedenheit und Endgültigkeit, die mich verblüffte, von diesen sonst nachdenklichen und keineswegs selbstgerechten Kindern.[1492]

Vom Einfluss des ZBoWiD war auch die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR nicht frei. In der Broschüre mit den Lagerplänen von 1975 findet sich ein deutschsprachiges Zitat aus einer ZBoWiD-Publikation aus 1962, in der zwar „die Menschen, die in den Ländern des besetzten Europas litten" und „diejenigen, die an allen Fronten des zweiten Weltkrieges gegen den Faschismus kämpften" Erwähnung finden, nicht aber Verfolgte aus ‚rassischen' Gründen wie Juden oder Roma und Sinti.[1493] Im Westen war die Einstellung von ASF-Freiwilligen gegenüber Israel 1970 Thema auf der Mitgliederversammlung. Mitglied Günter Todtenhöfer sprach von Antisemitismus unter ASF-Freiwilligen und betonte die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit diesem Problem.[1494]

Noch 1997 erschien eine Broschüre über die von der *Aktion Sühnezeichen* initiierte und bis in die Gegenwart verantwortete Internationale Jugendbegegnungsstätte in unmittelbarer Nähe zum Stammlager des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, Auschwitz I, in der von der eigentlichen inhaltlichen Bedeutung des Lagers als Synonym für die Vernichtung der europäischen Juden, nur über den Umweg der Themenschwerpunkte, zu denen Gespräche mit wissenschaftlichen Mitarbeiter vermittelt werden können, zu lesen ist. Unter dem Punkt „Interkulturelles Lernen – Erziehung zu Toleranz und Demokratie" finden sich die Themen Rassismus, Chauvinismus, Nationalismus und Toleranz, nicht aber Antisemitismus.[1495]

Die unkritische Haltung der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* gegenüber dem polnischen Regime war vermutlich ab dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen 1968 in die Tschechoslowakei auch durch die Befürchtung ähnlicher Entwicklungen in Polen motiviert.[1496] Mit der politischen Entwicklung des Prager Frühlings hatte die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* offen sympathisiert und war als Konsequenz der moskautreuen Restauration bis zum Ende des kommunistischen Regimes aus der Tschechoslowakei ausgesperrt worden.

3.8 Sühnezeichen-Projekte in der BRD

> Wir sehen den [Theodor-Heuss-]Preis als eine Ermutigung in unserem Bemühen an. Denn neben der versöhnenden Tat in den Ländern, die im vergangenen Kriege durch unser Volk großes Leid erfahren haben, ist es unsere Absicht, im eigenen Land für einen versöhnlichen Geist und wahrhafte Demokratisierung zu wirken. [...] Wir nehmen Entwicklungen wahr, die alle mühsam gewonnene Nachbarlichkeit zunichte zu machen drohen. Die Erfahrungen unseres Dienstes verpflichten uns, dieses gerade jetzt unseren Freunden mitzuteilen und um ihr Mitdenken und ihre Mitbemühungen bei der Überwindung dieser bedrohlichen Phänomene zu bitten.[1497]

Noch vor dem ersten Auslandseinsatz der *Aktion Sühnezeichen*, der der Kreyssig'schen Konzeption zufolge eine symbolische Repräsentation einer bereits erfolgten Sinnesänderung darstellten sollte, wurde von Kreyssig im Anschluss an die erste Sühnezeichen-Tagung in Ostberlin die Frage nach innerdeutschen Maßnahmen gegen die in diesem zeitlichen Kontext beobachtete antisemitische Welle gestellt.[1498] Als die Teilnahme von DDR-Staatsbürgern an den Sühnezeichen-Projekten zunächst nur innerhalb der DDR

[1492] ebd., S. 78
[1493] Broschüre Aktion Sühnezeichen, Lagerpläne 1975 [FM]
[1494] Protokoll-Entwurf Nr. I/70 der Mitgliederversammlung der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. 10./11. April 1970 im Haus der Evangelischen Akademie Berlin, Am Kleinen Wannsee 17, dat. 13. April 1970 [EZA 97/942]
[1495] Vgl. Susanne Orth (Redaktion), Broschüre: Arbeitshilfen für Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz/ Oświęcim, 1997, o.P. [S. 6, 10]
[1496] Diesen Zusammenhang schlägt Maislinger (1990), S. 490 vor.
[1497] Erklärung anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an die Aktion Sühnezeichen, ohne Titel, dat 31. Januar 1965, gez. Müller-Gangloff und Kreyssig, Beilage zum Rundbrief I/1965, dat. 31. Januar 1965, gez. Kreyssig [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]
[1498] Einen Höhepunkt fand der Antisemitismus in der BRD mit der Schändung der nur drei Monate zuvor unter Anwesenheit von Bundeskanzler Konrad Adenauer eingeweihte Kölner Synagoge in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959.

möglich war, verknüpfte Kreyssig diese Einschränkung mit einem Aufruf zur persönlichen Hilfeleistung an Opfer des Nationalsozialismus. Mit den Vertretern der jüdischen Gemeinden konnte Kreyssig aber grosso modo keine Einigung über eine Zusammenarbeit erzielen, erst ab den 1970er Jahren kam es zu Einsätzen auf jüdischen Friedhöfen in der DDR, getragen vor allem von regionalen Bezirksgruppen.[1499]

In der BRD erfolgten 1965 die ersten Inlandseinsätze in den Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen und Dachau. Die Einsätze dienten zur Vorbereitung der Freiwilligen für spätere Auslandseinsätze. In Bergen-Belsen arbeiteten Sühnezeichen-Freiwillige der Rotterdam- und Israelgruppe bei der Errichtung eines Informationszentrums auf dem Gelände des ehemaligen KZ mit, in Dachau kam es zu einem mehrjährigen Einsatz bei der Errichtung der evangelischen *Versöhnungskirche* (April-Juni 1966: Vorbereitung für Glasgow-Einsatz). Die Einsätze in den bundesdeutschen Gedenkstätten bedeuteten in beiden Fällen ein Abgehen von der 1962 von Franz von Hammerstein aufgestellten Prämisse, an Gedenkstätten innerhalb der BRD nur in einem ökumenischen Kontext zu arbeiten. [1500]

Der Einsatz von Sühnezeichen-Freiwilligen in Bergen-Belsen ging auf eine Einladung durch den niedersächsischen Innenminister zurück.[1501] In einer ersten Reaktion entschied sich der engere Führungskreis der *Aktion Sühnezeichen* gegen den Einsatz: „Aktion Sühnezeichen kann sich beim Bau des Informationszentrums auf dem Gelände von Bergen-Belsen nicht beteiligen, weil für eine Gruppe der Aktion Sühnezeichen lediglich Außenarbeiten gärtnerischer Art infrage kämen“.[1502] Trotzdem beteiligte sich eine Gruppe von 13 bundesdeutschen (acht waren als Freiwillige für eine anschließende Entsendung nach Israel vorgesehen) und drei aus Großbritannien stammenden weiblichen Freiwilligen vom 18. Juli bis 27. August 1965 an der Außengestaltung der „Dokumentenhalle“: der Tagebucheintrag der Gruppe vom 18. Juli 1965 beschreibt „den Gegenstand unserer zukünftigen Arbeit, den ‚freien’ Platz vor der Dokumentenhalle, die vorerst nur aus den Wänden und einigen Stahlstreben besteht. Auch vor dem Gebäude herrscht eine wilde Unordnung. Große Sandhaufen zieren die Fläche zwischen den Kiefern. Dort sollen wir zuerst Ordnung schaffen und dann das Gelände ebnen. Eine schöne Aufgabe...“[1503] Die Gruppe wurde am ersten Arbeitstag vom persönlichen Referenten des niedersächsischen Innenministers Otto Bennemann begrüßt und über die Geschichte des Konzentrationslagers belehrt.[1504] Die Verpflegung der Gruppe erfolgte durch die Deutsche Bundeswehr, im nahe gelegenen Nato-Stützpunkt benutzten die Sühnezeichenfreiwilligen im August das Schwimmbad.[1505] In seiner Rede anlässlich des Richtfestes für das Gebäude führte der niedersächsische Innennminister Otto Bennemann aus:

> ... Es erfüllt mich mit besonderer Befriedigung, dass eine Gruppe junger Menschen aus eigenem Entschluss zu uns gekommen ist, um uns bei diesem Werk zu helfen. Der Mitarbeit dieser jungen Menschen der Aktion Sühnezeichen an diesem Ort kommt eine besondere Bedeutung zu.
>
> ... Mit Ihrer Arbeit auf der Gedenkstätte Belsen sind Sie zum ersten Mal in Deutschland tätig. Dabei helfen Ihnen junge Menschen aus Frankreich und England. Sie haben Bergen-Belsen bewusst als Ort für Ihre erste Arbeit in Deutschland gewählt, Bergen-Belsen, dessen Name zu einem internationalen Symbol für alle Schrecken und Greuel der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geworden ist. Gerade das gibt Ihrer Arbeit an diesem Ort besondere Bedeutung.[1506]

[1499] vgl. Abschnitt 4.2.5 Jüdische Friedhöfe

[1500] Typoskript Aktion Sühnezeichen (über Bau von Gedenkstätten in Deutschland), gez. Franz von Hammerstein 1962 [EZA 97/947]

[1501] Aktenvermerk von Klaus Wilm über einen Telefonanruf von Pfarrer Dohrmann am 3. Dezember 1964, dat. 13. Januar 1965. Demzufolge wäre das Land Niedersachsen daran interessiert, dass die Aktion Sühnezeichen mit einer Baugruppe das Projekt in Bergen-Belsen – ‚Informationszentrum’ – erstellt. Wilm hielt in diesem Aktenvermerk die übermittelte Nachricht fest, dass das Innenministerium Wert darauf läge, „dass Sühnezeichen keine Bedingungen stellt“. [EZA 97/949]

[1502] Protokoll der Exekutive am 7. Dezember 1964, dat. 12. Januar 1965, gez. Törne [EZA 97/948]

[1503] vervielf. Typoskript Tagebuchbericht der Bergen-Belsen-Gruppe, 15. September 1965 [EZA 97/703]

[1504] Ebd.Eintrag vom 19. Juli 1965

[1505] Ebd. Eintrag 18. Juli 1965 und 9. August 1965

[1506] Typoskript, Otto Bennemann, Rede zum Richtfest des Dokumentenhauses in Bergen-Belsen, dat. 11. August 1965 [Hervorstreichung wie im Original; EZA 97/46] Die von Bennemann erwähnten Freiwilligen aus Frankreich und England wurden vermutlich nicht über ASF organisiert.

Die Erfahrungen der *Aktion Sühnezeichen* beim Bau der evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau im gleichen Jahr waren anders als die offizielle Belobigung durch die niedersächsische Landesregierung geprägt vom Widerstand der lokalen Bevölkerung und der zuständigen Stellen der bayerischen Landesregierung, vor allem der Bayrischen Schlösserverwaltung als zuständigem Träger der Gedenkstätte. Als der Sühnezeicheneinsatz im September 1965 anlief, sah sich die Gruppe nicht nur unzureichenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt.[1507] So war bei der Ankunft der Gruppe die Baubewilligung für die zu errichtende Versöhnungskirche noch nicht erteilt und musste der Bauplan geändert werden.[1508] Auch eine Unterkunft stand nicht zur Verfügung; die Bayerische Schlösserverwaltung bewilligte die Benutzung einer Musterbaracke auf dem Gelände der Gedenkstätte nicht. Mangels geeigneten Ausweichsquartiers musste eine eigene Baracke angekauft und errichtet werden.[1509] Diese Unterkunft für die durch vorzeitige Abreise von zwei Gruppenmitgliedern auf 11 Mitglieder verkleinerte Gruppe konnte schließlich mit 23. Oktober 1965 bezogen werden.[1510]

Diakon Otto Schenk, der die Gruppe für die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* besuchte, resümierte:

> Insgesamt gesehen stößt die Gruppe auf einstimmige Ablehnung vom Bauarbeiter bis zum Bischof. Nach meiner Erfahrung ist das der bisher härteste Einsatz von Sühnezeichen, was die Ablehnung betrifft, und ich glaube, wir müssen uns gründlich überlegen, an welchen Stellen wir auch in den nächsten Jahren in Deutschland arbeiten können.[1511]

Im März 1966 beschloss die Exekutive der *Aktion Sühnezeichen*, die Arbeit in Dachau mit Juli des gleichen Jahres einzustellen.[1512] Nichtsdestotrotz beteiligte sich Geschäftsführer Volker von Törne noch am 4. Juli 1966 an einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche, die „Gedanken zu einer Begegnungsstätte für die Jugend, ein Jugendseminar, ein Ort der Retraiten - wie immer man es nennen will - in Dachau“ anstellte.[1513] Seit 1979 arbeiten jeweils zwei Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* im Team der Dachauer Evangelischen Versöhnungskirche.[1514] 1983 richtete die Aktion Sühnezeichen ein Gedenkstättenreferat ein. Das Gedenkstättenreferat wurde 1993 aus der *Aktion Sühnezeichen* ausgegliedert und in die Stiftung *Topographie des Terrors* in Berlin eingebracht.

Soziale Dienste innerhalb der BRD als Vorbereitung für spätere Auslandseinsätze fanden in der von Sue Ryder 1957 gegründeten St. Christopher-Siedlung in Großburgwedel statt. Die Siedlung umfasste zum Zeitpunkt des Freiwilligeneinsatzes 1967 acht neue und ein altes Haus mit 40 Einwohnern, darunter acht Kinder. Die meisten Einwohner stammten aus Polen oder der Sowjetunion.[1515]

Nach Aufnahme bilateraler Beziehungen mit Polen 1972 wurde anlässlich der jährlichen Mitgliederversammlung eine Erklärung an die bundesdeutsche Regierung übergeben, in der die Entschädigung polnischer Staatsbürger als Voraussetzung für „eine wirkliche Versöhnung“ eingefordert wurde.[1516] Noch vor dem Fall der Berliner Mauer und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten engagierte sich die *Aktion Sühnezeichen* über eine Tagung erneut zum Thema Entschädigung.[1517]

[1507] vgl. Das KZ-Thema ist unbequem, *Nürnberger Nachrichten*, 11. Februar 1966
[1508] vgl. Tagebuchbericht der Dachau-Gruppe, dat. 10. Dezember 1965 [EZA 97/703], Eintrag vom 14. September 1965
[1509] Ebd., Eintrag vom 9. und 10. September 1965
[1510] Ebd., Eintrag vom 22. Oktober 1965
[1511] Bericht meiner Reise nach Dachau vom 5. 11 - 8.11.1965, dat. 11. November 1965, gez. Otto Schenk [EZA 97/949]
[1512] Protokoll der Exekutivsitzung vom 24. März 1966 [EZA 97/950]
[1513] Protokoll Gedanken verschiedener Gespräche, dat. 4. Juli 1966, Stuttgart, gez. Konrad Lübbert
[1514] http://www.epv.de/versoehnungskirche/index.htm, 28. Mai 2002
[1515] Anlage Aktion Sühnezeichen hilft in Großburgwedel bei Hannover, Protokoll der Exekutivsitzung vom 13. Januar 1967, dat. 25. Januar 1967, gez. Törne [LABB 1/1, 14] Einrichtungen der *Sue Ryder Foundation for the Sick and Disabled* in Großbritannien für ehemalige polnische KZ-Häftlinge waren ebenfalls Einsatzstellen von Sühnezeichen-Freiwilligen. vgl. Projektgliederung, Stand September 1972 [EZA 670/366]
[1516] Erklärung zur Frage der Entschädigung für in der Volksrepublik Polen lebende NS-Opfer, Anlage 2 zum Protokoll Nr. I/73 der MV vom 28. April 1973, dat. 4. Mai 1973, gez. v.Törne [ASF]
[1517] Gerstein, Hartmut, Die Opfer des NS-Staates heute. Eine Zwischenbilanz der Entschädigungspraxis in Bund und Ländern. Dokumentation einer Tagung vom 30. Oktober – 1. November 1987 (1988). Bonn: Gustav-Stresemann-Institut.

Einzelnen Betroffenen half die *Aktion Sühnezeichen* durch die Vermittlung von Rechtsbeistand.[1518] Noch 1990 strengte die *Aktion Sühnezeichen* eine – allerdings erfolglose – Musterklage gegen Siemens auf Haftentschädigung für eine ehemalige Zwangsarbeiterin an.[1519] 1968 beteiligte sich die Regionalgruppe Hamburg gemeinsam mit *Pax Christi* bei der Betreuung von Zeugen während der NS-Verbrecherprozesse.[1520]

Eine regelmäßig genutzte Plattform innerhalb der BRD waren die Deutschen Evangelischen Kirchentage (DEKT).[1521] Die DEKT dienten der *Aktion Sühnezeichen* als eine Plattform, vergleichbar mit den Evangelischen Akademien, zur Aquirierung von Freiwilligen, Mitarbeitern, Spendern, aber auch als Medium für Öffentlichkeitsarbeit und Agenda-Setting zentraler Anliegen der *Aktion Sühnezeichen*. Die *Aktion Sühnezeichen* war auf dem DEKT mit Ausstellungen, Informationsveranstaltungen, Messen und mit Diskussionsbeiträgen prominent vertreten. 1967 trat Erich Müller-Gangloff als Vertreter der *Aktion Sühnezeichen* beim DEKT in Hannover auf und löste durch sein Insistieren auf die Frage nach dem Alleinvertretungsanspruch der BRD und der formellen Anerkennung der DDR einen öffentlichen Disput mit dem amtierenden Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner aus, der in der Öffentlichkeit ausführlich rezipiert wurde.[1522] Im gleichen Jahr stellte Wolfgang von Eichborn auf dem DEKT das Konzept der Friedendienste für Kriegsdienstverweigerer vor, das von ehemaligen Sühnezeichenfreiwilligen beim Jahrestreffen Ende 1966 in Berlin beschlossen worden war.[1523] Unter dem Motto „Friede muss gestiftet werden“ übermittelte die *Aktion Sühnezeichen* an den DEKT einen fünfseitigen Text, der neben der Zustimmung zur Wahl des Themas „Frieden“ für den Kirchentag von 1967 inhaltliche Überlegungen enthielt, die auf eine aktive (und eigenständigere) Rolle der BRD in der internationalen Staatengemeinschaft abzielten. Zu den Forderungen zählten jene nach „Verzicht auf jede Beteiligung an atomarer Rüstung, Anerkennung der durch den Krieg geschaffenen Grenzen, Respektierung der deutschen Teilung“ und jene nach Abschluss eines Friedensvertrages.[1524] Die auf dem DEKT begonnene kirchliche und öffentliche Diskussion führte 1969 zur Teilanerkennung der Sühnezeichen-Freiwilligendienste als Ersatzdienst für den Militärdienst und 1969 zur Gründung des Dachverbandes *Arbeitsgemeinschaft für den Frieden* (AGDF) unter der Leitung von Eichborn.[1525] Der *Aktion Sühnezeichen* kam neben der Vorreiterrolle, die auch von anderen Organisationen wie dem Versöhnungsbund und lokalen kirchlichen Initiativen getragen wurde, die Rolle als Know-How-Vermittler etwa hinsichtlich der Spendenakquisition bzw. Budgetgestaltung zu.[1526]

Für den DEKT 1977 wurde Sühnezeichen-Geschäftsführer Volkmar Deile in die Leitung der Arbeitsgruppe 3 „Umkehr in die Zukunft“ berufen. Deile nutzte diese Funktion, um für die Internationale Jugendbegegungsstätte in Auschwitz zu werben. Unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ wurde 1979 nach niederländischem Vorbild erstmals die danach jährlich BRD-weit abgehaltene

---

[1518] so im Fall des polnischen KZ-Überlebenden Kazimierz Kasprzak, der sich 1973 über Stanislaw Kaminski an die Aktion Sühnezeichen gewandt hatte. Der beauftragte Anwalt hatte keinen Erfolg. Anfang 1976 wurde der Entschädigungsantrag abgelehnt. Vgl. Winrich Pürschel an ASF, dat. 11. Februar 1976 [EZA 97/42]

[1519] Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 3. Februar 1990, dat. März 1990, gez. Kolakovic [ASF-Büro]

[1520] Jahresbericht 1968/69, dat. 18. April 1969, gez. Hammerstein, Dr. Franz von//Törne, Volker von [EZA 97/942]

[1521] Zur Geschichte der DEKT siehe Palm, Dirk, „Wir sind doch Brüder!“ Der evangelische Kirchentag und die deutsche Frage 1949-1961 (2002). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

[1522] Ruprik Kirche Wehner Gerechter Zorn, *Der Spiegel* 28/1967, S. 24; Bericht auch in *Mühlheimer Zeitung* vom 24. Juni 1967; Frieden mit der DDR schließen. Arbeitsgruppe Politik diskutierte erregt/Zornausbruch Wehners in *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 23. Juni 1967 sowie *Neues Deutschland* 7. Juli 1967 - Leitartikel auf S. 1f. [alle EZA 670/376]

[1523] Friedensdienst der Kriegsdienstverweigerer, gez. Eichborn, Dr. Wolfgang von, dat. 14. April 1967 [EZA 97/46]

[1524] Friede muss gestiftet werden. Adresse der Aktion Sühnezeichen von ihrem Berliner Jahrestreffen zu Neujahr 1967 an den Deutschen Evangelischen Kirchentag, dat. 24. Januar 1967 [EZA 97/46]

[1525] Neben der *Aktion Sühnezeichen* waren als Gründungsmitglieder der *Christliche Friedensdienst*, Oberursel/Ts., die *Brethren Service Commission*, Bückeburg, der katholische Verband *EIRENE*, Römlinghoven sowie der *Ökumenischer Bruderdienst*, Niederaltaich vertreten.

[1526] Prot. der Konferenz "Aufgaben des Friedensdienstes" am 16. April 1971 mit Vertretern von Landeskirchen, der AGDF und Präsident Hammer, und weitere Referenten der Kirchenkanzlei über Zivildienst als Friedensdienst.[EZA 87/899]

„Friedenswoche“ initiiert.[1527] Zu Beginn der 1980er Jahre war die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* maßgeblich an großen öffentlichen Friedensdemonstrationen beteiligt.[1528] 1983 brachte ASF-Geschäftsführer Volkmar Deile Friedens-Inhalte und einschlägige Organisationserfahrungen in den DEKT in Hannover ein, ASF-Vorsitzender Kurt Scharf war einer der Redner. An der Kundgebung im Rahmen des DEKT wenige Monate vor der Beschlussfassung über den so genannten NATO-Doppelbeschluss im Bonner Bundestag nahmen knapp 100.000 Personen teil.[1529] Nach dem Rückzug aus den außerkirchlichen Gremien der BRD-Friedensbewegung war die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* Mitinitiator für die während des Kirchentages 1985 in Düsseldorf von 12.000 Teilnehmern verabschiedete „Düsseldorfer Erklärung“, in der festgehalten wurde: „die Drohung mit, sowie die Herstellung und Aufstellung von Massenvernichtungsmitteln kann mit dem christlichen Glauben nicht vereinbart werden“.[1530]

4. Der „innerkirchliche“ Sonderweg der ASZ (DDR)

> In der DDR sind die Arbeitsmöglichkeiten von Anfang an bescheidener. Hier lädt Sühnezeichen junge Leute zu 14-tägigen Aufbaulagern ein. Dabei geht es darum, das Anliegen der Aktion zu praktizieren unter den Deutschen selbst. Also Vergebung einzuüben. Den anderen gelten lassen, so wie er ist und ihn zu achten, Vorurteile abzubauen. Die Sühnezeichendienste in der DDR sind aber keineswegs eine Notlösung. Im Gegenteil. Von den Ausländern in Polen und der DDR werden wir immer wieder darauf angesprochen, uns für die Sinnesänderung der Deutschen einzusetzen. Oftmals beginnt die eigentliche Arbeit, wenn man von einer Reise aus Polen, der ČSSR oder einem anderen Nachbarland zurückgekehrt ist. Dann haben wir in Gesprächen mit Freunden und Kollegen zu informieren, richtig zu stellen, den Kampf mit den Ewiggestrigen aufzunehmen. Sühnezeichenfreunde aus der DDR haben Versuche eines politischen Versöhnungsdienstes in Polen und der ČSSR unternommen. Wir haben es besonders da versucht, wo das Maß der Schuld Versöhnung aussichtslos erscheinen ließ und die gegenseitige Verletztheit so tief geht, wie zwischen Polen und Deutschen. So haben wir an den Stätten der ehemaligen deutschen KZs in Auschwitz, Majdanek, Stutthof, Groß-Rosen, Chełmno, in der ČSSR in Terezín und Lidice aber auch in Gemeinden der Nachbarländer gearbeitet. Das waren aber zeitlich begrenzte Aufgaben. Außerdem passierten diese Dienste ohne Genehmigung der staatlichen Organe der DDR und können so nicht mehr stattfinden. Bei unseren Auslandsdiensten haben wir aber eine so große Zahl an Freunden gewonnen, dass sich unsere ökumenischen Kontakte vervielfacht haben. Hier und da haben Ausländer an DDR-Diensten teilnehmen können.[1531]

Die Rahmenbedingungen der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR sind durch die Besonderheiten des zweiten deutschen Staates definiert. Nach Innen war die DDR ein in sich geschlossenes – kontrolliertes – Sozialsystem (Diktatur). Nach Außen stand die DDR im Verbund mit den kommunistischen Nachbar- und Partnerstaaten und in Abgrenzung zur Bundesrepublik.[1532] Religion war dem Sozialwissenschafter M. Rainer Lepsius zufolge „der einzige Bereich mit einer relativen Selbständigkeit“, die „wichtigste institutionell differenzierte Wertsphäre in der DDR“ in einem Umfeld entdifferenzierter Institutionen, das der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) eine alle Lebensbereiche umfassende Kompetenz einräumte.[1533] Die Kirchen in der DDR standen nach Lepsius als einzige außerhalb der allgemeinen Organisationsprinzipien der DDR, sie verfügten über eigene „staatsfreie Bildungseinrichtungen“, über

---

[1527] Silomon, Anke. „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982, (1999). Göttingen: Vandenboeck & Ruprecht, S. 48.
[1528] vgl. Abschnitt 5.2.2 Unter Kommunismusverdacht – BRD-Kritik an ASF
[1529] vgl. Volkmar Deile, Wie ein Stück Tuch Leute auf die Barrikaden brachte, *Kirchentag aktuell* Nr. 1/04, S. 7.
[1530] Information Abt. Internationale Beziehungen, o.Autor, dat. 17. April 1986 [SAPMO DO/4/1205]
[1531] Vortrag Aktion Sühnezeichen – Friedensdienst mit oder ohne Zwielicht?, o.D. [zweite Jahreshälfte 1972], gez. Christian Schmidt [ASF]
[1532] Vgl. Überblicksdarstellungen im vor allem aus soziologischer Perspektive zusammengestellten Sammelband Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Zwahr, Hartmut, Sozialgeschichte der DDR (1994). Stuttgart: Klett-Cotta. und die Monographie der britischen Historikerin Mary Fulbrook: Fulbrook, Mary, Anatomy of a Dictatorship: Inside the GDR 1949-1989 (1995). Oxford: Oxford University Press.
[1533] Lepsius, M. Rainer. Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, In Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Zwahr, Hartmut, Sozialgeschichte der DDR (1994). Stuttgart: Klett-Cotta. 17-30, S. 18f.

„eigene Mittel, eine innerkirchliche Versammlungs- und Publikationsfreiheit; sie waren insofern Träger einer nicht direkt staatlich kontrollierten Öffentlichkeit“.[1534]

Der kirchliche Protestantismus in der DDR stand „vor einer dreifachen politischen Herausforderung“. [1535] Erstens galt es, sich mit einem „Weltanschauungsstaat [zu] arrangieren, der explizit antichristlich war und gegen die Kirchen einen massiven Kulturkampf führte“. Zweitens musste der „traumatische Verlust der überkommenen nationalprotestantischen Identität“ verarbeitet und drittens Abschied genommen werden „vom überkommenen Selbstbild der protestantischen Eliten“, „dass allein sie zur Führung von Staat und Nation berufen seien“.[1536] Über die innerdeutsche Grenze hinweg konnten die evangelischen Kirchen aber „äußerst dichte protestantische Kommunikationsnetze“ aufrecherhalten oder neu knüpfen.[1537]

Das Staat-Kirche-Verhältnis bewegte sich nicht nur auf institutioneller Ebene sondern war durch die Ausgrenzungsstrategie des SED-Staates gegenüber oppositionellen und kritischen Bürgern bestimmt. Diesen wurden Ausbildung und Karriere im außerkirchlichen Bereich verweigert. Das kritische Potential der DDR wurde auf diese Weise zu einem guten Teil in kirchliche Karrieren gedrängt.[1538] Diese Einschätzung gilt auch mit umgekehrten Vorzeichen: so engagierten sich in der *Aktion Sühnezeichen* (DDR) überproportional viele naturwissenschaftlich Ausgebildete, die, anders als Geisteswissenschafter nicht von vornherein als politisch bedenklich eingestuft wurden und einer verstärkten Kontrolle durch vorgesetzte Behörden und dem Ministerium für Staatssicherheit unterlagen. Sie konnten sich einerseits ‚freier’ in der *Aktion Sühnezeichen* engagieren, andererseits bedeutete dieses Engagement auch die Nutzung eines seltenen nichtstaatlichen ‚Freiraums’ unter institutionell-kirchlichem Schutz.[1539]

Für die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR bedeutete die Aufnahme als Fachverband in das diakonische Werk der evangelischen DDR-Kirchen *Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in der DDR* ab 1966 einerseits relative Rechtssicherheit vor behördlichen Willkürakten, zugleich bewirkte dieser kirchliche Schutzschild aber eine Einschränkung des Handlungsspielraums, wollte sich doch auch die evangelische Diakonie nicht in ihren eigenen Handlungsfreiräumen durch eine renitente *Aktion Sühnezeichen*, die wiederholt – auch auf das diakonische Werk zurückfallende – behördliche Sanktionen ‚provozierte’, einschränken lassen.[1540] Das von Kreyssig im Zusammenhang mit der Jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin 1965 erwähnte „staatliche Stirnrunzeln“, das die jüdische Gemeinde vor Sühnezeichenprojekten sofort „kapitulieren“ ließe, wirkte auch beim diakonischen Dachverband.[1541]

Die skizzierten Rahmenbedingungen wirkten sich bei der *Aktion Sühnezeichen* auf die inhaltliche Umsetzung des bilateral konzipierten Versöhnungsbestrebens aus: Sowohl die Unterbrechung eines Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses als auch die Reise in das westliche Ausland waren mit dem DDR-System nicht vereinbar. Als Handlungsalternative wurde eine nach Innen – auf interkonfessionelle und vom Nationalsozialismus verfolgte Bevölkerungsgruppen innerhalb des deutschen Teilstaates – gerichtete ‚Versöhnungsarbeit’ entwickelt. Nicht zuletzt aus diesem Grund unterschieden sich die Sühnezeichen-Schwestern in Ost und West hinsichtlich ihrer ökumenischen Ausrichtung, die ein besonderes Anliegen Kreyssigs darstellte. In der Tonbildserie nach dem ersten Sühnezeichen-Sommerlager in Magdeburg 1962 leitete Kreyssig den ökumenischen Aspekt über die „gemeinsame Schuld“ gegenüber Juden ab.

[1534] Ebd., S. 19
[1535] Graf, Friedrich Wilhelm. Eine Ordnungsmacht eigener Art. Theologie und Kirchenpolitik im DDR-Protestantismus, In Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Zwahr, Hartmut, Sozialgeschichte der DDR (1994). Stuttgart: Klett-Cotta. 295-321, S. 300.
[1536] Graf (1994), S. 310
[1537] Ebd., S. 295
[1538] Fulbrook (1995), S. 89f.
[1539] Für diesen Hinweis danke ich Hildegart und Joachim Stellmacher [Interview am 26. August 2004, Dresden]
[1540] Zur Thematik innerkirchlicher Konflikte zwischen kritischen Gruppen und Kirchenleitungen vgl. Neubert, Ehrhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989 (2000). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. , besonders S. 540ff.
[1541] Kreyssig an Hammerstein, 8. September 1965 [EZA 97/939]

> Durch die gemeinsame Schuld, welche die Christen in der tausendjahrelangen, gewaltsamen Unterdrückung des älteren Bruders, des Juden haben, sind sie willig geworden, über den Graben der Konfessionen hinweg miteinander nachbarlich, brüderlich, liebevoll umzugehen.[1542]

Öffentlicher Raum war für *Aktion Sühnezeichen* über viele Jahre nicht zugänglich, und sie musste auf kirchliche Räume wie Rüstzeitenheime, Kirchengebäude, Pfarrhäuser, andere kirchliche Einrichtungen bis hin zu kirchlichen Forstbetrieben ausweichen. Einen großen Anteil hatten von Beginn an diakonische Einrichtungen, denen die Arbeitskräfte der Sühnezeichen-Teilnehmer zugute kamen. Damit stand die *Aktion Sühnezeichen* wenigstens zum Teil nicht nur unter der institutionellen Kontrolle des diakonischen Werkes *Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in der DDR* sondern auch unter direkter Beobachtung und Einflussnahme lokaler diakonischer Einrichtungen, denen eine Funktion zukommt, die sich mit der Metapher ‚Goldener Käfig' umschreiben lässt. Mitte der 1970er Jahre wurde dieser Einschränkung das Selbstverständnis der *Aktion Sühnezeichen* innerhalb der Kirchen als „Gemeinde unterwegs" entgegengesetzt.[1543]

4.1 Sühnezeichen als ökumenische Aufbaulager in der DDR

> ... Sind die innerdeutschen Lagerdienste nur eine Notlösung? So sehen wir das ganz und gar nicht an. Es scheinen uns im Gegenteil sogar die innerdeutschen Dienste in gleicher Weise dringend nötig zu sein. Immer wieder sind bundesdeutsche Gruppen im Ausland und auch unsere Sühnezeichengruppen aus der DDR in der VR Polen und in der CSSR daraufhin angesprochen worden, ob die Sinnesänderung in unserem Volk in der Generation, die die Zeit von 1933 – 1945 bewusst miterlebt hat, geschehen ist. Es gehört zu der Situation der Menschen unserer Zeit, dass viele das, was sie wirklich denken, nicht sagen. So steht auch die Vergangenheit der Hitlerjahre für so manchen unter einem großen Tabu. Wieweit der Antisemitismus, Hassgefühle und abwertende Urteile gegenüber unseren Nachbarvölkern noch bestehen, kann schlecht nachgewiesen werden. Vieles ist in den vergangenen 20 Jahren in der DDR geschehen, das Hilfe sein konnte, um eine neue Gesinnung zu schaffen. Vieles ist geschehen, was ein neues, friedliches Zusammenleben der Völker ermöglicht. Aber damit ist doch noch längst nicht alles getan. Jahre, vielleicht Jahrzehnte werden noch vergehen, in denen man nicht müde werden darf, mit Hand ans Werk zu legen.[1544]

Zur Umsetzung ihres Versöhnungsauftrags nahm die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR eine spezifische Interpretation des Arbeitsauftrages vor. Kurzfristige „Sommerlager" mit einer Dauer von zwei- bis drei Wochen, bis Mitte der 1960er Jahre nur innerhalb der DDR-Landesgrenzen, traten an die Stelle der konzipierten monatelangen Auslandseinsätze. Im Vordergrund standen demnach nicht manifeste Sühnezeichen-Mahnmale sondern die Beziehungsdynamiken der Sommerlagerteilnehmer während der Einsätze.

> Unter dem Sühnezeichen, dem Wahrzeichen der Beugung unter Gottes Gericht und der Erwartung seiner Gnade, sammeln sich bei uns ohne Unterschied der Konfessionen Menschen, die als Versöhnte leben und dienen wollen ...
> Der Gründer von Sühnezeichen wollte deutlich machen, dass es eine Frage an jeden Christen ist, was es eigentlich für sein eigenes Leben zu bedeuten hat, dass Gott uns Deutsche 1945 als Verantwortliche für die Katastrophe so überleben ließ...[1545]

Die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR war christlich-religiös ausgerichtet. „Wenn junge Leute sich bei uns zu einem Lager melden, mit uns zusammenarbeiten wollen, dann sind sie nicht zum Sühnen gekommen. All unser Dienst kann nur Hinweis sein auf Christus als Sühne für die Sünden der Welt.", formulierte Christian Schmidt zu Ende seiner Amtszeit als Leiter der *Aktion Sühnezeichen* in Ostberlin.[1546] Zugleich postulierte Schmidt den gesellschaftlichen Stellenwert des Christen innerhalb des Sozialismus und der globalen Themenbereiche Frieden, Hunger und internationale Gerechtigkeit. „Dabei bemühen wir uns, in

---

[1542] Typoskript zum Tonbildwerk Die Brücke, Versöhnungsdienst Magdeburg 1962 [ASF]
[1543] Lagerplan 1975, S. 2 [FM]
[1544] Christian Schmidt über die Aktion Sühnezeichen in der DDR, In Rundbrief, dat. 4. Dezember 1967, gez. Särchen [EZA 104/619]
[1545] Aktion Sühnezeichen Kurzinformation, o.D. [1973], gez. Christian Schmidt [ASF]
[1546] Ebd.

der christlichen Gemeinde unterbewussten Antikommunismus abzubauen“.[1547] Zu diesem Zeitpunkt, 1973, war die Anpassung der *Aktion Sühnezeichen* an die Existenzbedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik, in den im eingeschränkten Bereich der innerkirchlichen Empfänger veröffentlichten Texten und im Verhalten nach Außen, weitgehend auch hinsichtlich der inhaltlichen Adaption im Sinne des kommunistischen Regimes abgeschlossen.

Analog zum überproportional zustimmenden Echo von den Delegierten aus der DDR nach der Verlesung des Sühnezeichen-Aufrufes während der EKD-Synode 1958 meldeten sich auch mehr Bürger aus der DDR als aus der BRD (und Westberlin).[1548] Ausgerechnet diese konnten an den Auslandseinsätzen nicht teilnehmen. Nachdem sich „die Hoffnung, es könne schon beim ersten Dienst in Holland zu einem ‚Durchbruch' der Gemeinsamkeit der Deutschen kommen“,[1549] nicht erfüllt hatte, rief Kreyssig die für Holland und Norwegen gemeldeten Teilnehmer aus der DDR „zur Beteiligung an den oekumenischen Aufbaulagern in der DDR, insbesondere innerhalb des *Nationalen Aufbauwerkes* in Dresden und Berlin-Weißensee“ auf. „Im Einvernehmen mit der Leitung des Dienstes der oekumenischen Aufbaulager, Bruder W. Gutsch“, stünden den präsumtiven Teilnehmern von Sühnezeichen die Lager Dresden, Berlin-Weißensee und Herrnhut offen: „Dresden war von Anfang an in Aussicht genommen. Berlin-Weißensee würde uns, der Leitung, besonders nahe sein. In Herrnhut würden wir einige von Euch auch deshalb gerne sehen, weil die Brüdergemeinde und ihr Bischof Vogt unseren Dienst besonders warmherzig begrüßt und von Anbeginn mitgetragen hat.“[1550]

Wenngleich Kreyssig in seinem Rundschreiben im Hinblick auf Ausreisebewilligungen für DDR-Teilnehmer für den Einsatz in Norwegen „neue und ein wenig bessere Hoffnung“ hegte und die Teilnahme an den Aufbaulagern als „Übungs- und Bewährungsdienst“ für das Zusammenleben „6 Wintermonate lang in Nordnorwegen“ verstanden wissen wollte, vollzog er mit dem Vorschlag der Teilnahme an inländischen Aufbaulagern eine Wende und Abkehr von seiner ursprünglichen Konzeption und eine Anpassung an die staatlicherseits gesetzten Grenzen.[1551] Der Aufruf zur Teilnahme an inländischen Aufbaulagern auch ohne inhaltlichen Sühnezeichen-Bezug war einerseits ein erster Umsetzungsversuch, andererseits entsprach er dem politischen Klima in der DDR. Mit der kurzfristigen ‚Umleitung' der gemeldeten Interessenten in nationale Aufbaulager der DDR nahm Kreyssig den von Außenminister Bolz im Jahr darauf – durchaus polemisch – vermittelten Vorschlag vorweg, „dass Sie den jungen Menschen [...] den besten Weg zeigen, [...] den der aktiven Mithilfe beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“.[1552] Die nach innen gerichtete Versöhnungsinitiative erklärte Kreyssig an die gemeldeten Teilnehmer aus der DDR Mitte 1959 auch mit zweimaligen scharfen Zurückweisungen in Gesprächen mit Vertretern der sowjetischen Botschaft: „Machen Sie Deutsche das doch untereinander“.[1553]

Die Verhinderung der *Aktion Sühnezeichen* als gesamtdeutsches Vorhaben wollte Kreyssig einerseits so nicht hingenommen wissen, andererseits sollte die gesamtdeutsche Ausrichtung nicht Conditio sine qua non für die Aufnahme des Sühnezeichen-Dienstes sein und damit diesem im Wege stehen. Die Anerkennung der Schuld und das Anbot der Sühne innerhalb der Kirchengemeinden und durch die Staatsbürger beider deutscher Staaten war für Kreyssig der Kompromiss, dem er die Perspektive auf eine spätere Vereinigung von BRD und DDR beifügte:

> Wir können, wenn das Zeichenhafte unseres Tuns nicht ohnmächtig und unglaubwürdig werden soll, das ersehnte Zusammenwirken der Deutschen beiderseits der Zonengrenzen nicht zur Bedingung oder

---

[1547] Ebd.
[1548] vgl. Rundschreiben Nr. 9, dat. 20. Dezember 1960, gez. Kreyssig [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]
[1549] Kreyssig im Rundschreiben „an die für Holland und Norwegen gemeldeten Teilnehmer aus der DDR“, dat. 27. Juni 1959 [ADW HGSt 1786]
[1550] Ebd., vgl. auch Rundschreiben Nr. 7, dat. 15. September 1959 [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]
[1551] Ebd.
[1552] Bolz an Aktion Sühnezeichen, dat. 13. Mai 1960, zitiert nach Skriver (1962), S. 22.
[1553] Rundschreiben „an die für Holland und Norwegen gemeldeten Teilnehmer aus der DDR“, 27. Juni 1959 [ADW HGSt 1786]

> Maxime unseres Handelns machen, wiewohl sich die gemeinsame Herkunft aus dem gemeinsam zu verantwortenden Geschichtsabschnitt 1933-1945 je länger je weniger verdrängen und verleugnen lassen wird. So wird der Durchbruch zu dieser Gemeinsamkeit nicht am Anfang stehen, sondern vielleicht eine – besonders köstliche – Frucht der demütigen und beharrlichen Bemühung sein.[1554]

Die – auch den Arbeitseinsätzen der Quäker (Gesellschaft der Freunde) und Mennoniten inhärente – Versöhnungsmotivation, die er mit seinem Gründungsauf auf der Ebene von Opfern und Tätern nach dem Nationalsozialismus, Weltkrieg und Holocaust ansiedelte, übertrug Kreyssig für das Programm der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR auf die Kirchenspaltung zwischen den evangelischen Kirchen und der römisch-katholischen Kirche unter Einbeziehung der Kirchenbegründung der katholischen Kirche aus dem Judentum und der antisemitischen Abgrenzungsmaßnahmen der christlichen Kirchen. Im Rundschreiben zum ersten Lager unter der Bezeichnung „Versöhnungsdienst Magdeburg“[1555] führte Kreyssig diese Motivation aus:

> Die katholische und evangelische Kirche, an denen wir arbeiten wollen, stehen in den nackten Umfassungsmauern seit 17 Jahren wie Mahnmale wartend nebeneinander. Durch die leeren Fenster schauen die Trümmerberge heraus. Aus Mahnmalen wollen, indem sie wieder heil und ganz werden, Zeichen der Begnadigung werden.
> Denn in diesem Zeichen der Begnadigung arbeiten wir, Evangelische und Katholiken, zusammen. Was wir tausend Jahre lang an Israel, dem ältesten Bruder und vierhundert Jahre lang an einander gegen das Liebesgebot des gemeinsamen Herrn gesündigt haben, soll kraft der Sühne, die Christus für uns getan hat, einer neuen Nachbarlichkeit und Brüderlichkeit weichen.[1556]

4.1.1 Ökumenische Aufbaulager der Gossner Mission als Vorläufer

Die Oekumenischen Aufbaulager in der DDR beruhten auf einer Zusammenarbeit zwischen der evangelischen Kirche und der *Gossner-Mission* mit dem Jugendrat des *Oekumenischen Rates der Kirchen* in Genf. Über die Kontakte zu den „Fraternal Workers“ der Niederländischen und der Schwedischen Kirche, so der langjährige Leiter der ökumenischen Aufbaulager in der DDR, Wolf-Dietrich Gutsch[1557], in einem Bericht 1958, kam es zur Beteiligung von ausländischen Staatsbürgern an den Lagern. Von 1955 bis 1958 wurden 12 Aufbaulager in der DDR organisiert, die Aufräumungsarbeiten an kirchlichen Gebäude zum Ziel hatten bzw. dem *Nationalen Aufbauwerk* der DDR (Kinderspielplatz, Parkanlage für ein Alters- und Blindenheim, Park und Erholungsstätte für Alte) angegliedert waren.[1558]

1959 nahm Kreyssig selbst an einem ökumenischen Aufbaulager der *Gossner-Mission* in Dresden teil und empfahl Sühnezeichen-Interessierten die Teilnahme an den inländischen Aufbaulagern.[1559] Ende 1960 rief Kreyssig in einem Rundschreiben an die DDR-Interessenten dazu auf, mit Angehörigen von im Inland verfolgt gewesenen Gruppen – Juden, psychisch Kranken und anderen ehemals Verfolgten – im Sinne

---

[1554] Punkt 4. Zusammenwirken der Deutschen in Rundschreiben Nr. 6 „an alle Teilnehmer, Freunde und Unterzeichner der Aktion ‚Sühnezeichen‘“, dat. Berlin, 27. Juni 1959, gez. Lothar Kreyssig. [ADW HGSt 1786]
[1555] Rundschreiben, Anfang Juli 1962 gez. Lawetzky, Vikar, Dr. Kreyssig, Präses [EKU-Eingangsstempel 14.7.1962; Nr. 8468/62; EZA 107/421]
[1556] Ebd.
[1557] Wolf-Dietrich Gutsch, 1931-1981; 1955-1965 Leiter der Gossner Mission in der DDR, danach Referent für Ökumenische Aufbaulager und Nationalkorrespondent zur Jugendabteilung des Ökumenischen Rates der Kirchen bei der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend in der DDR; 1969 - 1975 Vorsitzender der Internationalen Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz (CFK); ab 1975 Internationaler Sekretär der CFK; ab 1971 Leiter des Ökumenischen Jugenddienstes der Kommission Kirchliche Jugendarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR; 1972 - 1978 Vorsitzender des Ökumenischen Jugendrates in Europa. [http://gaebler.info/gutsch-3.htm#gutsch-1, 19. Januar 2006] 1963 bis Ende der 1970er Jahre Mitglied des Leitungskreises der Aktion Sühnezeichen (DDR).
[1558] Teilgenommen haben während dieses vierjährigen Zeitraums 303 „Camper“, 68 davon aus vor allem westlichen Staaten und 46 aus der BRD. Die Organisation der Aufbaulager wurde schließlich aus der kirchlichen in die staatliche Obhut (Jugendkammer Ost, Arbeitskreis für Aufbaulager in der DDR) genommen. Vgl. Typoskript Oekumenische Aufbaulager in der D.D.R. 1955-1958, gez. von Wolf-Dietrich Gutsch, dat. 20. Dezember 1958 [LABB 1/1 Nr. 355 Aktenfolder: Folge 3725-8.1/139; maschinschriftliches Original mit zahlreichen Fotos (S/W)]
[1559] Rundbrief von Christian Schmidt anlässlich seines Ausscheidens aus der Aktion Sühnezeichen, dat. 22. März 1974 [CL] In einem Brief an Martin Niemöller erwähnt Kreyssig die dreiwöchige Teilnahme ab 1. August 1959 an einem Lager des Nationalen Aufbauwerkes. Vgl. Kreyssig an Niemöller, 17. Februar 1959 [EZA 97/31]. Einer Internetquelle mit dem Text eines Teilnehmers an dem Dresdener Aufbaulager zufolge hat Kreyssig lediglich für die Dauer von einer Woche an dem Lager in Dresden teilgenommen. Vgl. Günter Siebert: Verantwortlich – Solidarisch – Frei [http://christoph-gaebler.de/Oekumene.pdf S. 164; 19. Januar 2006]

von „Nachbarlichkeit und Nächstenschaft“ zu arbeiten.[1560] „Es ist Gottes erklärte Meinung, dass er die Sinnesänderung als die entscheidende Voraussetzung der Schicksalswende an solchen alltäglichen Akten dienender Hinwendung zum Nächsten erkennen will.“[1561]

Der erste explizit als solcher bezeichnete Sühnezeichen-Einsatz fand in zwei aufeinanderfolgenden, jeweils zweiwöchigen (Sommer-)Lagern[1562] in der Zeit vom 14. Juli bis 11. August 1962 im Rahmen des *Nationalen Aufbauwerkes* statt. Das Lager war nicht nur hinsichtlich der 72 Teilnehmer und der Lagerleiter – der katholische Vikar Winfried Lawetzky[1563] und der evangelische Diakon Christian Schmidt – sondern sogar hinsichtlich der Tätigkeit ökumenisch ausgerichtet: Aufgabe war die Enttrümmerung der evangelisch-reformierten Walloner-Kirche, der katholischen Petri-Kirche und der später gesprengten – „dem sozialistischen Wiederaufbau zum Opfer gefallenen“[1564] – evangelischen Katharinen-Kirche in Magdeburg. Kreyssig selbst betonte in seinem Rundschreiben vom März 1962, „Diese Aufgabe ist der Aktion Sühnezeichen von der Gossner Mission überlassen worden, in deren ökumenischen Aufbaulagern sich Sühnezeichenleute in den vergangenen Jahren getroffen und im Dienst geübt haben.“[1565] Kreyssig erkrankte kurz nach der Eröffnung der Lager für vier Wochen und konnte die Umsetzung seiner auf die Verhältnisse der DDR hin adaptierten Sühnezeichen-Lager nicht direkt mitverfolgen. Die Magdeburger Lager waren insofern ein großer Erfolg, weil der „Bezug zur vorausgegangenen Schuld der Hitlerjahre von allen bejaht“ wurde, und „wir erste Schritte auf dem Parkett der Ökumene“ unternahmen.[1566] Knapp 12 Jahre nach diesem ersten Sühnezeichen-Einsatz in der DDR erinnerte Christian Schmidt daran, dass in der unmittelbaren vorkonziliaren Zeit angewandte christliche Ökumene eine Herausforderung mit unsicherem Ausgang war: Die Lagergemeinschaft junger katholischer und evangelischer Christen „unter voller Bejahung von gemeinsamen Andachten und Gebetszeiten war damals ein Experiment“.[1567] Der Anteil katholischer Teilnehmer an den Sommerlagern betrug allgemein etwa 25 %.[1568] Die katholische Petrikirche und die evangelische Wallonerkirche in Magdeburg waren zwischen 1966 und 1981 noch mehrmals Ziel von Sühnezeichen-Einsätzen, und 1983 beging die *Aktion Sühnezeichen* ihr Jubiläum mit Festgottesdiensten in diesen beiden Kirchen.

Der Magdeburger Evangelische Kreisjugendwart Christian Schmidt war – unabhängig von der bereits bestehenden Kooperation mit der *Aktion Sühnezeichen* – 1960 und 1961 als Gruppenleiter für ökumenische Aufbaulager der *Gossner-Mission* in Magdeburg tätig. 1962 leitete er – beauftragt vom Magdeburger Superintendenten Eberhard Neumann – die Lager der *Aktion Sühnezeichen*. In einer Besprechung vier Monate nach den beiden ersten Sühnezeichenlagern in Magdeburg, bei der die Planung für die Vorhaben der ökumenischen Aufbaulager in der DDR und der *Aktion Sühnezeichen* für 1963 koordiniert werden sollte, wurde „die Gefahr der Zweigleisigkeit, einer falschen Konkurrenz und einer Beirrung der angesprochenen Jugend deutlich. Andererseits ist bis gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts geschehen, was die volle Kooperation im Lagerdienst selber hindern würde.“[1569] Deshalb, so die protokollierte Schlussfolgerung, einigte man sich darauf,

---

[1560] vgl. Rundschreiben Nr. 9, dat. 20. Dezember 1960, gez. Kreyssig [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]
[1561] Ebd. S 4
[1562] Die Beschränkung auf zwei- bis dreiwöchige Sommerlager war ebenfalls aufgrund gesellschaftspolitischer Restriktionen bedingt. Romi Romberg: „Wer bei uns längere Zeit nicht gearbeitet hat, nicht im Arbeitsprozess stand ... war asozial. Man konnte nicht längere Zeit seine Arbeit niederlegen und als Freiwilliger weggehen, das ging nur im Urlaub und deswegen haben wir auch die Sommerlager eingeführt.“ (Interview mit Frau Romberg am 17. Januar 2002). Der Mindesturlaub in der DDR betrug nach Köbsch 1962 14 Tage, „später 17 Tage“. (Köbsch, 2002, S. 14)
[1563] Lawetzky, geb. 1929 war 1961-73 Vikar an der Propsteikirche St. Sebastian
[1564] So der damalige Lagerleiter Christian Schmidt [Interview am 29. August 2004, Berlin]
[1565] Rundschreiben Kreyssig, dat. Berlin im März 1962 [EZA 107/421 Akten Nr. 7061].
[1566] Rundbrief von Christian Schmidt anlässlich seines Ausscheidens aus der Aktion Sühnezeichen, dat. 22. März 1974 [CL]
[1567] ebd.
[1568] 1966 betrug das Verhältnis unter den DDR-TeilnehmerInnen 316:72 Vgl. Monatsbrief November 1966/Wochenbrief auf den drittletzten Sonntag des Kirchenjahres 1966, dat. 1. November 1966, gez. Kreyssig, S. 4 [ASF]; 1970 verhielten sich die Proportionen mit 406:97 vergleichbar. Siehe Typoskript Aktion Sühnezeichen in der DDR: Versuch einer Bestandsaufnahme, o.D. [1970], gez. Christian Schmidt, [ASF]
[1569] Vermerk, dat. 15. Dezember 1962, o.A. [vermutlich Kreyssig]; Besprechung zwischen Pfarrer Steinacker, Halle, Sekretär Wolf-Dieter Gutsch, Präses Kreyssig. [EZA 97/894]

> möglichst schon im kommenden Jahr die auszuwählenden Lager gemeinsam durchzuführen, wobei die Regie in der Hand der ökumenischen Aufbaulager bleiben würde, und die Sühnezeichen-Teilnehmer in die Lager mit einrücken, wo dem Anliegen von Sühnezeichen Raum gegeben wird. Die geistliche Haltung und Ausrüstung der Arbeit und des gemeinsamen Lebens stimmt strukturell ohnehin überein.[1570]

Die Auswahl der Projekte sollte von einem gemeinsamen Ausschuss aus Arbeitskreis, Jugendkammer und Sühnezeichen vorgenommen werden. Die Bezeichnung für dieses Gemeinschaftsunternehmen, das 1963 mit sechs Projekten seitens der *Gossner-Mission* und vier Lager der *Aktion Sühnezeichen*, einen offiziellen Anlauf nehmen würde, sollte lauten: „Ökumenische Aufbaulager in Gemeinschaft mit der Aktion Sühnezeichen".[1571] Kreyssig sicherte die Möglichkeit katholischer Beteiligung, für die „weder ein praktisches noch ein prinzipielles Hindernis" bestünde.[1572] Seitens der *Aktion Sühnezeichen* bzw. Kreyssigs wurde diese Vereinbarung mit Ausnahme eines Satzes im Lagerplan für 1963 („Auch unsere Partner und Weggenossen, die oekumenischen Aufbaulager der Gossner Mission, haben sieben Arbeitsplätze: Serrahn, Drense, Magdeburg, Schwarze Pumpe, Gorenzen, Niesky und Halle.")[1573] nicht weiter ausgeführt, während ein Rundschreiben der *Gossner-Mission* in der DDR die Partnerschaft und den Sühnezeichen-Lagerplan für 1963 anführte. In dieser Aufgabenbeschreibung wurde der katholische Anteil bereits explizit angeführt: „Sie [die Aktion Sühnezeichen, Anm.] tut diese Arbeit zusammen mit den katholischen Gemeinden und will hierbei wie in den anderen Aufgaben zugleich zur Sinnesänderung der Deutschen gegenüber nationaler und konfessioneller Selbstgenügsamkeit und Unduldsamkeit anregen und helfen."[1574] Die *Aktion Sühnezeichen* löste die Aufbaulager der *Gossner-Mission*, wie etwa bei der Enttrümmerung der Katharinenkirche in Magdeburg oder beim Projekt Wiederaufbau der Dreikönigskirche in Dresden ab. In Magdeburg hatte die Gossner Mission 1961 mit Freiwilligen an der Kirche gearbeitet, in Dresden 1960 und 1961.[1575] Die Zusammenarbeit gestaltete sich nicht immer friktionsfrei. Christian Schmidt erwähnte 1965 in einem Schreiben an den späteren Leiter des diakonischen Dachverbandes Innere Mission und Hilfswerk in der DDR, Landessuperintendent Gerhard Bosinski, unverblümt „mancherlei Spannungen mit den ökumenischen Aufbaulagern".[1576]

Kreyssigs Kooperation mit der *Gossner-Mission* in der DDR hing vermutlich mit deren anerkannten Status im Rahmen des *Nationalen Aufbauwerkes* zusammen, während Kreyssig selbst bereits mehrmals zur Zielscheibe behördlicher Repressalien geworden war. Zudem lässt sich diese Zusammenarbeit aus einer organisatorischen Überforderung erklären: Kreyssig konnte es nicht zusätzlich übernehmen, die Lager zu organisieren und die wachsende Zahl von Teilnehmern zu administrieren.[1577]

4.1.2 Sommerlager als – ökumenische – Religionsausübung

> Fürchte Dich nicht! Denn ich habe Dich erlöst und ich habe Dich bei Deinem Namen gerufen. Du bist mein.[1578]

[1570] Ebd.
[1571] Ebd.
[1572] Ebd.
[1573] Lagerplan 1963 "Die 7 Mannschaften 1963" ohne Datum [AEKKS Bestand Rep. B 2 Nr. 250]
[1574] Rundschreiben Gossner-Mission DDR. Arbeitskreis für oekumenische Aufbaulager, o. D., gez. Eva Heinicke, Dietrich Gutsch. [EZA 97/894]
[1575] Brief Kirchenvorstand Walter Frenzel an Kreyssig, dat. 25.11.1963 [EZA 97/901]
[1576] Schmidt an [Gerhard] Bosinski, Landessuperintendent in Neustrelitz, dat. 16. November 1965 [EZA 97/890]
[1577] Kreyssigs Versuch, Jugendwart Diakon Christian Schmidt, der die Logistik des Magdeburger Doppellagers übernommen hatte, als Mitarbeiter für die künftige Organisation zu akquirieren, war vorläufig gescheitert. Der Magdeburger Superintendent, dessen Sohn Gottfried am ersten Sommerlager 1962 teilgenommen hatte und der selbst in seiner kirchenamtlichen Funktion den Lagerteilnehmern einen Besuch abgestattet hatte, sträubte sich gegen den Abzug des jungen evangelischen Jugendbetreuers. 1963 kam es zum offenen Eklat, und Neumann wandte sich an den Landesbischof Johannes Jänicke (Jänicke, Johannes 1900-1979; 1955-1968 Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen), um Kreyssigs Abwerbungsversuche zu unterbinden. [AEKKS Bestand Rep. B 2 Nr. 250]
[1578] Typoskript Betrachtung zum Wochenspruch für den 6. Sonntag nach Trinitatis, dat. 25. Juli 1962, o.A. [verm. Kreyssig, ASF]

Trotz des – angesichts des jungen Alters der Teilnehmer – besonders hohen Einsatzes, unbezahlte Arbeit während der knapp bemessenen Urlaubs- bzw. Ferienzeit zu leisten, fanden sich in den zwei aufeinanderfolgenden Lagern insgesamt 72 Teilnehmende. In der Erinnerung von Lagerleiter Christian Schmidt, waren die teilnehmenden jungen Menschen mit vollem Eifer bei der Sache: „Die Begeisterung war groß und ich muss sagen – irgendwie hat der Gedanke von Sühnezeichen die Leute fasziniert, oder sehr stark motiviert – es war nicht nur Ausbeutung, sondern die Teilnehmer haben in dieser Sache aktive Erholung gesehen, obwohl sie arbeiten mussten..."[1579] Die hohe Motivation erklärte Schmidt an anderer Stelle mit dem noch sehr nahen Bezug zum Nationalsozialismus und zur ökumenischen Begegnung: „Es gab ökumenische Andachten und vielfältige Begegnungen. Damals war das etwas unerhört Neues. Das Verhältnis zueinander war am Anfang fremd, außerordentlich korrekt und scheu".[1580] Dank seiner kirchlichen Verankerung in Magdeburg konnte Kreyssig die beiden hier residierenden Bischöfe, den evangelischen Bischof Johannes Jänicke und den katholischen Weihbischof Friedrich Maria Rintelen[1581] als prominente Besucher und Unterstützer der Lager gewinnen.[1582] Kreyssig, der seine ökumenische Orientierung öffentlich bekundete und seine Religiosität offen praktizierte („Kreyssig war ja für heutige und auch unsere damaligen Verhältnisse unheimlich fromm", so Schmidt)[1583] – war nicht zuletzt Anziehungspunkt für gleichgesinnte Gläubige aus allen Religionen. In Verbindung mit der Mundpropaganda und der Beschränkung auf den kirchlichen Bereich der Jugend- und Gemeindearbeit ergab sich über die gesamte Existenz der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR ein relativ homogenes Teilnehmerpublikum aktiver, gläubiger Christen. Die Kontinuität umfasste sowohl kollektive Zeremonien und Riten wie auch die Sühnezeichen-Thematik – etwa Pflege kontinuierlicher ökumenischer Beziehungen über die Grenzen der DDR und über die Sühnezeichen-Dienstzeit hinaus sowie Beschäftigung mit Judentum und Israel.

Kreyssig selbst initiierte und pflegte religiöse Rituale, die er in seinen Tagesablauf, der „vom Morgen an durch feste Gebetszeiten geordnet war", integrierte.[1584] Dazu zählten tägliche Andachten und namentliche Fürbitten mit seinen Mitarbeitern im Magdeburger Konsistorium. Sühnezeichen-Teilnehmer wurden während der ersten Jahre in einer gemeinsamen Zeremonie per Handschlag zu ihrem Dienst verpflichtet. Während der Sühnezeichen-Lager fanden dreimal täglich – morgens, mittags und abends – Andachten statt. Das „Amt des Vorbeters", der Gebete und Schriftlesungen auswählte, wechselte unter den Teilnehmern von Tag zu Tag. Zweimal wöchentlich, so die Vorgabe an die Lagerleiter 1964, „wird man im Lager Bibelarbeit halten", zu der nach (Vor-)Lesen einer biblischen Textstelle und zehnminütiger stiller Reflexion nicht nur „der theologische Sachkenner", sondern „auch einmal sogenannte Laien, nicht vorgebildete Teilnehmer" versuchen sollten, eine Diskussion über Bibelstellen anzuregen.[1585] Schon beim ersten Sommerlager der *Aktion Sühnezeichen* 1962 in Magdeburg wurde an einem Nachmittag Bibelarbeit gehalten.[1586] Das religiöse Gruppenleben sollte über die Gestaltung von Gottesdiensten in die jeweilige Kirchengemeinde des Einsatzortes getragen werden.

Der Chronist der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR und Absolvent des katholischen Norbertuswerkes in Magdeburg, Gregor Antkowiak strich noch für die 1980er Jahre die Bedeutung der Ausübung religiöser Praktiken und Riten für den ökumenischen Charakter der Sühnezeichen-Sommerlager heraus:

> Dadurch wird jeder ob katholisch oder evangelisch in die Verkündigung des Glaubens beteiligt, und es entsteht eine wahre ökumenische Gemeinschaft. An den Sonntagen gehen die Teilnehmer je nach Konfession zum Gottesdienst in ihre Kirche im [Einsatz-]Ort. Gelegentlich werden auch die

---

[1579] Interview mit Christian Schmidt, Berlin, 29. August 2004
[1580] Schmidt in Zeichen 1/99, zitiert nach www.asf-ev.de/Zeichen/99-1-06.shtml.html
[1581] Rintelen, Friedrich Maria, 1899-1988. 1951 Weihbischof von Paderborn und Erzbischöflicher Kommissar mit Sitz in Magdeburg, 1958 Generalvikar des Erzbischöflichen Kommissariats Magdeburg. In Magdeburg bis 1970, danach Übersiedelung nach Paderborn.
[1582] handschriftlicher Vermerk Särchens [ZAOM Ordner Polen 0 1957-1960]
[1583] Interview mit Christian Schmidt, Berlin, 29. August 2004
[1584] Rundbrief von Christian Schmidt anlässlich seines Ausscheidens aus der Aktion Sühnezeichen, dat. 22. März 1974 [CL]
[1585] Typoskript Ratschläge für die Lagerleitung (auszugsweise nach Tonbandvorlage von Christian Schmidt), 90/64 [ASF]
[1586] Quelltext: Mose 20, 1-13; vgl. Typoskript Aktion-Sühnezeichen Aufbaulager Magdeburg, o.D. o.A. (ein unbek. Teilnehmer) [ASF], S. 7

> Gottesdienste gegenseitig besucht, um die anderen Glaubensbrüder besser kennenzulernen. Das Trennende soll in der Gemeinschaft nicht verwischt werden, so dass jeder die Möglichkeit hat, seinem Glaubensleben nachzugehen. Dabei wird den Teilnehmern bewusst, wie schmerzlich die Spaltung offenbar ist.[1587]

Das religiöse Moment war für die DDR-Teilnehmer durchgängig von Bedeutung. 1968 monierte eine Teilnehmerin die Gestaltung der Tagesandachten: „Die Tagesandachten haben mir meist nicht gut gefallen. Ich glaube, sie müssten ernster genommen werden. Besonders die Mittagsandacht war auf die Dauer sehr eintönig". Die Teilnehmerin sandte deshalb kurzerhand „einige Gebete" von der evangelischen und katholischen Studentengemeinde Jena.[1588] Eine inhaltliche Analyse der Sommerlagerberichte der 1980er Jahre brachte einen vergleichbaren Befund, wobei den religiösen Praktiken eine gruppendynamische Funktion zugeschrieben wurde:

> In den Berichten kam immer wieder direkt oder indirekt zum Ausdruck, welche große Rolle für viele Teilnehmer die Ausübung ihres Glaubens innerhalb der Sommerlager spielte. Der gemeinsame Glaube wirkte nicht selten als ein verbindendes Element innerhalb der sehr heterogenen Gruppe, mit Hilfe dessen man sich immer wieder auf das Gemeinsame rückbesinnen konnte.[1589]

Zur Bedeutung des religiösen Moments hat beigetragen, dass sich die Mitglieder aufgrund der eingeschränkten Öffentlichkeit der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR vor allem aus kirchlichen Organisationsräumen (wie Pfarreien und kirchliche Jugendarbeit) rekrutierten, weshalb Teilnehmer „mit keinerlei Interesse am bzw. Verbindung zum christlichen Glauben" selten waren.[1590] Andererseits hat die gemischte Zusammensetzung der Gruppen aus katholischen und evangelischen Teilnehmern die Thematisierung der Unterschiede in Glaubensauffassungen, und -praktiken begünstigt. Im Rahmen der Sommerlager nahmen die Teilnehmer (oft erstmalig) am Gottesdienst der jeweils anderen Konfession teil. Vortrags- und Diskussionsabenden in den jeweiligen Kirchengemeinden boten darüber hinaus eine Präsentations- und Reflektionsmöglichkeit der Sühnezeichen-Arbeit.[1591] Diese Begegnungen mit den örtlichen Kirchengemeinden waren für die *Aktion Sühnezeichen* neben den Wochen-, Monats-, Rundbriefen und jährlichen Lagerplänen Plattform für die Akquirierung von Spenden und Teilnehmern. Während die Rekrutierung der Teilnehmer relativ erfolgreich verlief – die durchschnittliche Teilnehmerzahl zwischen 1962 und 1990 betrug 408 – zeitigten die Spendenaufrufe mäßigeren Erfolg: 1967 stellte Kreyssig in seinem Rundbrief fest, dass im Westen 6000, in der DDR nur 800 „regelmäßig Opfernde" zu verzeichnen wären.[1592]

Religiöse Praktiken und Rituale erfüllten noch in den 1980er Jahren eine kompensatorische bzw. kathartische Funktion: Arbeiten in der *Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald* wurden von „Kreuzwegandachten" auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers begleitet, die den Teilnehmern Anregungen und Anlass zum Austausch über das eigene Erleben und Empfinden boten. Hinsichtlich der praktizierten Religiosität unterschied sich die Ostberliner von der Westberliner Organisation: Zu Beginn der Zusammenarbeit wandte sich Hammerstein an die Mainzer Zentrale der Gossner Mission in der BRD, weil ihm die *Aktion Sühnezeichen* zu kirchlich-theologisch ausgerichtet war:

> Wie ich hörte, ist irgendwann diesen Herbst bei Ihnen eine Konsultation über langfristige Arbeitslager. Wie Sie aus dem beiliegenden Material sehen, sind wir an diesem Punkt sehr interessiert, und einer von uns möchte gern zu der Konsultation eingeladen werden. Wir haben 9 junge Facharbeiter nach Norwegen geschickt im Rahmen der Aktion Sühnezeichen. Aber so ganz liegt uns die kirchlich-theologische Ausrichtung der Aktion Sühnezeichen noch nicht. Gerade der Kirche skeptisch gegenüberstehende junge Menschen werden da leicht verprellt. Andererseits sind in unseren

---

[1587] Antkowiak (1987), S. 24
[1588] Marie-Theres Meinhardt, Jena, Brief an AS,dat 11. November 1968 [EZA 97/904]
[1589] Köbsch (2002), Abschnitt 4.5 Geistliches Leben, S. 49-52, hier: S. 49.
[1590] Ebd., S. 52
[1591] Ebd., S. 50
[1592] Rundbrief I/1967/Monatsbrief Januar 1967/Wochenbrief, dat. 11. Januar 1967, gez. Kreyssig, S. 5 [ASF]

> Gruppen eine ganze Reihe junger Arbeiter, die gerade langfristige Arbeitslager mitmachen würden. Aber es muss sicher sein, dass sie nicht durch traditionelle Kirchlichkeit abgestoßen werden.[1593]

Die ökumenische Ausrichtung in der DDR spiegelte sich neben den interreligiösen Begegnungen auch bei der Auswahl der Einsatzorte wider: 1970 fanden 7 der insgesamt 20 Sommerlager in der DDR in katholischen Anstalten und Gemeinden statt.[1594]

4.1.3 Die Brücke: Versöhnung überbrückt den Raum

Die spezifische Sühnezeichen-Motivation aus christlicher Perspektive und Überzeugung hielt Kreyssig Ende 1962 in einer Ton-Dia-Serie unter der Bezeichnung „Tonbildwerk Die Brücke. Versöhnungsdienst Magdeburg 1962“ fest. Dabei spannte Kreyssig den Bogen zeitlich und geographisch weit:

> Indem Versöhnung zwischen den Völkern wie den Konfessionen einfältig getan wird, reißt der Vorhang vor tausend Jahren Geschichte Magdeburgs und des Abendlandes auf. Gericht und Gnade, Sendung und Schuld werden als Sinn transparent, Vergebung und Versöhnung als Kern wirklichen Friedens sichtbar. Vergebung bewältigt die Zeit – Versöhnung überbrückt den Raum.[1595]

Kreyssig versuchte mit dieser Tonbildserie eine Verortung des Antisemitismus in einer über 1000-jährigen Geschichte, „die dann unter Hitler als weltweite Katastrophe auch dem Letzten offenbar wurde. Gleichzeitig zeigte der Bericht, wie die Christenheit selbst durch Reformation und Gegenreformation aufgespalten und verfeindet wurde.“[1596]

Kreyssig entlieh den Titel der Tonbildserie vermutlich dem Film „Die Brücke“[1597], der „eine wirkliche Verstörung“ in Deutschland bewirkte, indem er „das Ende einer Schar von noch zu Kriegsende eingezogenen Schulkindern ohne Versöhnungsgesten“ vergegenwärtigte und so „eine ganze Generation von Halbwüchsigen mit der tödlichen Absurdität des Volkssturmes konfrontiert“ wurde.[1598] Die Filmhandlung zeigt sieben sechszehnjährige Gymnasiasten, die noch Ende April 1945 zur Wehrmacht eingezogen wurden. Der nationalsozialistischen Sozialisierung und einem adoleszenten Gruppengefühl gleichermaßen erlegen, ereifert sich die junge Mannschaft für die ihr übertragene, militärisch sinnlose Aufgabe, eine unwichtige Brücke zu verteidigen, die eigentlich von der Wehrmacht selbst gesprengt werden sollte. Bei der Begegnung mit amerikanischen Soldaten kommt es für die Kleingruppe am 27. April 1945 zum Inferno, bei dem eine ungenannt bleibende Zahl von US-Soldaten sowie sechs der sieben Halbwüchsigen den Tod finden. Im Gegensatz zum Film, der weitgehend ohne Kontextualisierung auskommt, konstruierte Kreyssig eine tausendjährige Schuldgeschichte, in die er den Nationalsozialismus einbettete. Die ausweg- und trostlose Botschaft des Films tranferierte er in das alternative, pro-aktive Handlungskonzept der *Aktion Sühnezeichen*, das das geschichtliche Erbe der Deutschen nicht als todbringende Sackgasse sondern als Ausgangspunkt für einen Identifizierungsprozess darstellt.

An der Ton-Bildserie und dem Widerstand von Westberliner und westdeutschen Freiwilligen gegen das ausschließliche christliche Selbstverständnis entzündete sich 1963 eine erste Diskussion um das christliche Selbstverständnis der *Aktion Sühnezeichen* – und seine äußere Gestalt. Franz von Hammerstein (selbst Theologe und ordinierter evangelischer Pfarrer, der die *Aktion Sühnezeichen* in Westberlin maßgeblich aufbaute) äußerte Bedenken gegen die christliche Symbolik der Ton-Bildserie und gegen die

---

[1593] Hammerstein an Horst Symanowski, Gossner Mission, Mainz, dat. 7.10.1959 [EZA 97/558]
[1594] Schmidt an [den Weihbischof von Magdeburg] Braun, dat. 2. September 1970 [ZAOM Aktenkarton Polenseelsorge, AS 1963-1969]
[1595] Deckblatt zu Tonbildwerk Die Brücke. Versöhnungsdienst Magdeburg 1962 [ASF]
[1596] Rundbrief von Christian Schmidt anlässlich seines Ausscheidens, dat. 22. März 1974 [CL] Die Herstellung der bis in spätere Jahre in vervielfältigter Ausfertigung zu Informations- und Werbezwecken in der DDR und in der BRD eingesetzten Ton-Dia-Serie erfolgte 1962/1963 im katholischen Seelsorgeamt des Erzbischöflichen Kommissariates Magdeburg durch Günter Särchen, dem dortigen Leiter der Abteilung *Katholische Bildstelle/Arbeitsstelle für pastorale Hilfsmittel;* handschriftlicher Vermerk Särchens. [ZAOM, Ordner Polen 0 1957-1960]
[1597] Bernhard Wicki, 1959; nach dem gleichnamigen Roman von Manfred Gregor [Gregor Dorfmeister], Wien 1958
[1598] Bredekamp, Horst. Bildakte als Zeugnis und Urteil, In Flacke, Monika ... S. 29-66, S. 42

christliche Selbstreferenz von Sühnezeichen. In seinem Schreiben an Kreyssig berichtete Hammerstein von der Vorführung der Ton-Bildserie vor einer Sühnezeichen-Gruppe und Mitgliedern der jüdischen Gemeinde von Villeurbanne anlässlich der Grundsteinlegung für die von einer Sühnezeichengruppe errichteten Synagoge, „um zu sehen, wie diese Tonbildserie auf jüdische Menschen wirkt; denn wir müssen ja doch wohl Werbematerial herstellen, das wir auch allen unseren Partnern - Juden, Franzosen, Engländern - wer es auch immer sei, mit gutem Gewissen zeigen können." die Vorführung, so Hammerstein weiter, machte „auf unsere jüdischen Freunde hier und da doch einen etwas peinlichen Eindruck, weil zu viele Bilder des Gekreuzigten in ihr enthalten sind. Die Darstellung des Gekreuzigten erweckt in unseren jüdischen Brüdern eben doch häufig noch etwas - nicht nur etwas, sondern starke peinliche Gefühle". Die von Hammerstein konstatierte „Häufung von christlich-theologischen und sehr frommen Aussagen" wäre nicht einfach für die jüdische Gemeinde, von der er hoffe, „dass sie auch diese Tonbildserie im richtigen Sinn verstanden hat". Als positives Moment bezeichnete Hammerstein das verwendete „Bild des Gekreuzigten von Marc Chagall ..., weil bei Marc Chagall der Jude Jesus von Nazareth, seine Gebetsriemen, der siebenarmige Leuchter usw. gezeigt werden".[1599] In Replik auf Kreyssig, der die christliche Ausrichtung von Sühnezeichen eingefordert und Vertreter alternativer Zugänge abschätzig als „Idealisten" abgetan hatte, legte Hammerstein nach.

> Sind wir wirklich Idealisten? Sie haben in dem Aufruf zur Aktion Sühnezeichen geschrieben, es werden Deutsche aller Stände und Konfessionen gerufen. Auch gerade in der Villeurbanne-Gruppe sind eine Reihe von Freiwilligen, die kirchlich nicht gebunden sind und keine Christen sein wollen, die aber ihren Dienst in der Gruppe ausgezeichnet erfüllen und die einen guten Kontakt zur jüdischen Gemeinde haben. Sie tun ihren Dienst als Deutsche, denen die Gräuel der NS-Zeit leid tun. Ich habe der Gruppe meine Rede zur Grundsteinlegung der Synagoge vor dem Sonntag vorgelesen und bekam sofort von diesen Freiwilligen, die der Kirche fernstehen, einige Proteste, weil ich die ganze Gruppe als christlich hinstellte. Ich habe das in der Rede dann auch geändert. Ich glaube, wenn wir dabei bleiben wollen, dass wir als Freiwillige auch Menschen mitnehmen, die konfessionell nicht gebunden sind, so müssen wir auf diese Rücksicht nehmen, d.h. wir dürfen sie nicht mit Theologie und Frömmigkeit, christlichem Leben, überfordern. Wenn das als Idealismus bezeichnet wird, so scheint mir das falsch.[1600]

Eine Lockerung des religiösen Zerimoniells erfolgte 1968, als die bis einschließlich der Sommerlager 1967 jeweils zu Lagerbeginn vorgenommene Verpflichtungserklärung der Teilnehmer gestrichen und ab 1969 durch eine Zeremonie, die eine Erklärung über die *Aktion Sühnezeichen*, Lieder, Bibeltexte (2. Kor. 5 15-6,2) und eine szenische Lesung sowie ein gemeinsames Gebet umfasste, ersetzt wurde.[1601]

4.2 Die Sommerlager der Aktion Sühnezeichen in der DDR

> „Alles muss bedacht sein, nichts darf dem Zufall überlassen werden"[1602]

Die Sommerlager waren von Beginn an detailliert geregelt – bis hin zu einer Unfall-Sammelpolizze für die Teilnehmer.[1603] Zwei Lagerleiter – im Idealfall je ein Mann und eine Frau – vertraten die Leitung der *Aktion Sühnezeichen*, ausgestattet mit einer schriftlichen Vollmacht.[1604] Aus der Gruppe der Lagerteilnehmer wurde ein Delegierter zur Lagerleitung dazugewählt, „der bei allen Fragen der Verantwortung mit berät und mit hilft".[1605] Zusätzlich wurden ein Arbeitsschutzbeauftragter, ein Werkzeug- und Gerätewart, ein Kassenwart und ein Tagebuchschreiber bestellt. Die tägliche Arbeitszeit

---

[1599] Hammerstein an Kreyssig am 26. April 1963 [EZA 97/938]
[1600] Ebd.
[1601] Monatsbrief Juli 1968, dat. Juli 1968, gez. Christian Schmidt; Monatsbrief Juni 1969, dat. 24. Juni 1969, gez. Christian Schmidt [ASF]
[1602] Vervielfältigtes Typoskript Anschriften der Sühnezeichen-Auslandslager 96/64 [1964] [ASF]
[1603] Kopie der Sammel-Unfall-Polizze Nr. 31-5695, ausgestellt für die Evangelische Kirche der Union als Versicherungsnehmer, dat. 28. Juni 1963, Vereinigte Großberliner Versicherungsanstalt. Versichert waren für 1963 200 TeilnehmerInnen mit einer jeweiligen Versicherungssumme von 1.000 DM im Todesfall und 7.000 DM bei dauernder Arbeitsunfähigkeit durch einen Unfall. [ASF-SoLa ASZ 1962-1966]
[1604] Formular Vollmacht, dat. 4. Mai 1964 [ASF]
[1605] Vervielfältigtes Typoskript Anschriften der Sühnezeichen-Auslandslager 96/64 [1964] [ASF]

betrug sechs Stunden; bei Bedarf, vor allem wenn die Fertigstellung eines Projekts während des Sommerlagers dadurch ermöglicht würde, wurde eine Ausdehnung empfohlen, wobei eine Überlastung vermieden werden sollte: „Das Arbeitstempo soll nicht von den stärksten Leuten bestimmt werden". Schwierige und gefährliche Bauhilfsarbeiten sollten im Vorhinein besprochen und im Falle einer Gefahr nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Lagerleiter und des Arbeitsschutzbeauftragten fortgeführt werden. Lagerleiter erhielten neben diesen Vorschriften Vorlagen für die drei Tagesandachten, Fürbittenvorschläge, Vorschläge für die Gestaltung des Gemeindeabends, für das Eröffnungsgebet, Notenblätter und die bereits erwähnten Anschriften der Sühnezeichen-Auslandslager.

Nach Abschluss eines jeden Sommerlagers war die Berichterstattung durch den bzw. die LagerleiterIn obligatorisch. Bereits 1963 wurden dazu Formulare im Ausmaß von drei Seiten mit 24 gezielten Fragen zur Vorbereitung, Arbeitstätigkeit, Bibelarbeit, zum Informationsprogramm, zu Freizeit und Ausflügen, über die Andachten, das Gemeinschaftsleben und die Beziehungen zur Außenwelt, zu den Teilnehmern und zum Lagerleben sowie Vorschlägen für künftige Organisation von Sommerlagern vervielfältigt. Die Leitfragen zielten auf eine Erhebung des gemeinschaftlichen Lagerlebens (8 Fragen) und der angewandten religiösen Praktiken (Andachten und Bibelarbeit: 7 Fragen) ab. Erhoben wurden zudem die Themen der nachmittäglichen oder abendlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen.[1606] Neben der Supervisionsfunktion waren diese Berichte Grundlage für die (eingeschränkte) Öffentlichkeitsarbeit der *Aktion Sühnezeichen*: Exzerpte aus den Berichten wurden über den Rundschreiben-Verteiler verbreitet.
Da die DDR-Behörden wiederholt versuchten, die Sommerlager wegen fehlender Genehmigungen nach dem Versammlungsrecht, wegen Verletzung von Hygiene-, Sicherheits-, Bauvorschriften u.ä. zu untersagen, wurde sowohl auf die Einhaltung der pünktlichen und ordnungsgemäßen polizeilichen Anmeldung der Teilnehmer am Einsatzort, wie auch auf das Vorliegen eines Gesundheitspasses bei Teilnehmern, die mit der Verpflegung der Gruppe beauftragt waren, und auf die Einhaltung der Versicherungsvorschriften großer Wert gelegt.[1607] Eine langjährige Mitarbeiterin der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR erinnerte sich an ein drohendes Verbot eines Sommerlagers wegen Verletzung von Hygiene-Vorschriften und an die sofortige Behebung des inkriminierten Missstandes durch das Bereitstellen von zusätzlichen Waschschüsseln: „Und dann hatten sie keine Handhabe mehr. Wenn die sich auf Hygiene berufen und nicht auf Politik, kann man denen mit Hygiene antworten und Politik – es war ja nichts Verbotenes, wir haben ja im kirchlichen Rahmen gearbeitet."[1608]

Der erste dokumentierte Störversuch durch DDR-Behörden auf regionaler Ebene erfolgte beim Sommerlager in Müsselmow vom 7. bis 20. Juli 1963. Von den Teilnehmern sollte in der unter Denkmalschutz stehenden Dorfkirche Gestühl entfernt, Wände und Denken gestrichen und das Friedhofsgelände aufgeräumt werden.[1609] Der Einsatz für die Kirchengemeinde war im Vorfeld mit Pastor Gerhard Dück vereinbart worden, der sich seinerseits der Unterstützung durch den Bürgermeister und den Leiter der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) versichert hatte, die die Versorgung mit Lebensmitteln und die Bereitstellung von Werkzeug und Maschinen übernehmen sollten. Unmittelbar vor Lagerbeginn, am 5. Juli, informierte der Bürgermeister Pastor Dück davon, dass die Durchführung des Sommerlagers gegen neu erlassene Durchführungsbestimmungen zur Feriengestaltung verstoßen würde, über deren Umsetzung er in einer kürzlich erfolgten Bürgermeisterbelehrung aufgeklärt worden wäre. Der Einwand seitens der *Aktion Sühnezeichen*, die zuerst durch Fritz Steffen, später durch Kreyssig selbst vor Ort einzugreifen suchte, wonach das Gesetz in diesem Falle nicht zuträfe, weil die Teilnehmer

---

[1606] vgl. Lagerleiterbericht, Lager Müsselmow, gez. Vikarin Irmgard Köhler, dat. 2. August 1963 [ASF – SoLa ASZ 1962-1966]
[1607] Ebd.
[1608] Interview mit Romi Romberg, ASF, 17. Januar 2002. Romberg ist seit 1969 Angestellte der Aktion Sühnezeichen.
[1609] Lagerplan 1963 „Die 7 Mannschaften 1963" o.D. [AEKKS Bestand Rep. B 2 Nr. 250]

über 18 Jahre alt waren, wurde über mehrere Instanzen abgewiesen. Nach Einschaltung des regionalen Superintendenten, des Landesbischofs und des Landesjugendpfarramtes seitens der Evangelischen Kirche sowie des Rates des Kreises Sternbach und des Rates des Bezirkes Schwerin entstand schließlich eine Pattsituation, die die jungen Lagerleiter, einen Theologiestudenten und eine Vikarin, verunsicherte. Die kirchlichen Instanzen, Superintendent Steinbrecher und Landesjugendpfarrer Schulz, bestärkten die Lagerleiter darin, das Lager wie geplant stattfinden zu lassen. Zwei Stunden nach Lagerbeginn erschien der Bürgermeister, und verwies erneut auf die fehlende Genehmigung für das Lager seitens des Ratsvorsitzenden des Kreises Sternberg. Am vierten Tag des Lagers erschien schließlich der Vertreter für Kirchenfragen des Bezirksrates Sternberg. Nach Besichtigung des Lagers führte er schließlich als neuen Grund für die behauptete Gesetzwidrigkeit die privat geregelte Unterkunft der Lagerteilnehmer an. Diese Privatquartiere stellten Behelfsquartiere dar, deren Einrichtung jedenfalls bewilligungspflichtig wäre. Am Ende der ersten Arbeitswoche wurden die Lagerleiter erneut zum Rat des Bezirkes in Sternberg zitiert. Kreyssig, der die Lagerleiter mit seinem Wagen dorthin gefahren hatte, durfte am Gespräch mit dem Vertreter für Kirchenfragen nicht teilnehmen. Die Lagerleiter erfuhren, „dass wir weiterarbeiten dürften, uns aber wie Urlauber verhalten müssten und nicht mehr auf irgendeine Weise als ‚Aktion' in Erscheinung treten dürften."[1610]

Weniger einsichtig zeigte sich die Kreisverwaltung Zittau, als 1966 das evangelische Rüstzeitenheim Lückendorf im Rahmen zweier Sühnezeichen-Einsätze erneuert werden sollte. Die Beteiligung der *Aktion Sühnezeichen* wurde zum Anlass dafür genommen, die Baubewilligung der ersten Instanz durch die Gemeinde nach Vorschreibung zusätzlicher Auflagen und Anforderung zusätzlicher Unterlagen schließlich nicht zu erteilen. Diese Vorgangsweise war, wie der zuständige Superintendent folgerte, gegen die *Aktion Sühnezeichen* gerichtet, was sich schon daran zeigte, dass das selbst in der DDR gepflogenen Subsidiaritätsprinzip – Baugenehmigungen in der Kompetenz der Gemeindeleitung vor Ort – in diesem Fall aufgehoben wurde.[1611] In einem Fall führte eine Intervention von Abteilungsleiter Hans Wilke aus der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (DSKF) zu einer Absage von Sommerlagern. Nachdem eine beabsichtigte Teilnahme von Jugendlichen aus der BRD seitens der DDR-Behörden nicht genehmigt worden war, sagte der Leiter des Pflegeheims für Psychiatrie Waldhof Templin zwei Sommerlager kurzfristig ab, weil er „nicht mehr die nötige Ruhe" fände.[1612]

Im Archivbestand des Staatssekretariats für Kirchenfragen wurden keine schriftlichen Anweisungen an die Regionalbehörden zur Intervention gegen Sommerlager vorgefunden. Die Verweigerung angefragter Genehmigungen (Auslandsreisen, Einreisen, etc.) und die Erteilung von Verboten und Geboten in persönlichen oder telefonischen Kontakten, nicht aber schriftlich lassen jedoch eine systematisch verfolgte Strategie erkennen. Dazu zählt auch der Ausschluss Kreyssigs von allen Verhandlungen. Die fast durchgängig angewandte Ausgrenzung war eine Methode zur Untergrabung von Kreyssigs Autorität innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* bzw. innerhalb der Evangelischen Kirche in der DDR.

4.2.1 Sommerlager-Arbeitsaufträge

Im Zeitraum 1962-1990 wurden rund 860 Sommerlager durchgeführt.[1613] Die Arbeitsleistung der Teilnehmer umfasste zu knapp 85 % überwiegend manuelle Tätigkeiten wie Bau-, Bauhilfs-, Garten-,

---

[1610] Manuskript Aufbaulager der „Aktion Sühnezeichen" in Müsselmow Kreis Schwerin vom 7.-20. Juli 1963, dat. 20. Juli 1963, gez. Irmgard Köhler [ASF – SoLa ASZ 1962-1966]
[1611] Typoskript Bericht über die Vorgänge betreffend Rüstzeitenheim Lückendorf, dat. 23. August 1966, gez. Superint. Stempel [EZA 97/892]
[1612] Rau an Kreyssig, dat. 20. Juni 1964 [EZA 97/907]
[1613] Die Analyse der Sommerlager basiert auf der Auswertung von Lagerplänen und der ASF-Datenbank. Aus ersterer Quelle, den Lagerplänen, lassen sich alle angekündigten Lager entnehmen; kurzfristig abgesagte oder kurzfristig hinzugekommene Lager sind darin nicht berücksichtigt. Die Datenbank der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist allerdings nicht vollständig, sodass die Gesamtzahl der Lager von 860 und die Auswertungen jeweils Tendenzen widerspiegeln.

Forstarbeiten; etwa jedes 12. Sommerlager war der Feriengestaltung mit behinderten Kindern und Jugendlichen, vor allem im Rahmen des von der *Aktion Sühnezeichen* gegründeten Ferienprogramms für geistig behinderte Kinder und Jugendliche in Alt-Karin (s.u.) gewidmet. Zu einem geringeren Teil, vor allem in den Anfangsjahren wurden die Sommerlager in Kombination manueller Bau-/Bauhilfsarbeiten und diakonischer Hilfsdiensten organisiert (rund 5 %). Vor allem ab den 1980er Jahren gewann die Arbeit in Gedenkstätten, die allerdings ebenfalls vor allem aus manuellen Arbeiten wie Renovierungsarbeiten, Gartengestaltung etc. bestand, an Bedeutung. Mehrmals fanden Sommerlager zur Erhaltung von Friedhöfen sowjetischer Gefallenen statt.[1614]

Bauarbeiten erfolgten vor allem in evangelischen (zu fast 60 %) und katholischen (zu mehr als 20 %) Einrichtungen – Pfarren, diakonische oder karitative Einrichtungen wie Spitäler, Altersheime, Freizeit- und Bildungshäuser –, die Feriengestaltung mit behinderten Kindern wurde zum Teil von der *Aktion Sühnezeichen* selbst getragen, während Gedenkstättenarbeit in den staatlich organisierten Gedenkstätten der DDR, Polens und der Tschechoslowakei und in Friedhöfen der jüdischen Gemeinden erfolgte.

4.2.2 Sommerlager-Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sommerlager: „Urlaub einmal anders“[1615]

> In der Aufsässigkeit der Jugend, die überall ein schweres Problem ist, wird uns ein Spiegel dessen vorgehalten, was wir selbst an unbewältigter Geschichte mitgebracht und ihnen vererbt haben. [...] Ich kann es, wie gesagt, für uns Ältere nur als ein zu allem Unglück zusätzlich verdientes Schicksal ansehen, dass wir es jetzt mit einer Generation unter dem herunterbrechenden Gericht Gottes erzeugt und erzogen, zu tun haben, die so ist, wie sie ist. Der Gerechtigkeit halber ist übrigens hinzuzusetzen, dass nicht Wenige darunter sind, die nun wieder aufgeschlossener und opferwilliger sind, als ihre Eltern und Großeltern.[1616]

Die Teilnehmer selbst spielten im Selbstverständnis der *Aktion Sühnezeichen* eine wenig beachtete Rolle. Neben dem obigen Zitat Kreyssigs aus den 1960er Jahren findet sich 1972 ein Text in Replik auf einen während des Jahrestreffens zuvor verlesenen Brief, in dem beklagt wird, „dass manche Lager im Argen liegen“. Demnach lagen die Probleme darin, dass „einige Lagerteilnehmer ungern früh um 6.00 Uhr aufstehen, unregelmäßig der Arbeit nachgehen, nicht viel von der Bibelarbeit, um so mehr aber vom Bier halten.“[1617] Der Autor, Werner Liedkte, bezog sich in seinen Ausführungen auf eine schriftliche Eingabe durch vier Aktivisten der Bezirksgruppe Rostock, die bereits Anfang Oktober 1970 auf die inhaltliche Verflachung bei gleichzeitig abnehmender Moral der Teilnehmer bei der Erfüllung ihres Arbeitsauftrags und bei der inhaltlichen Auseinandersetzung hingewiesen hatten. Die Unterzeichner dieses Schreibens kritisierten die pragmatische Herangehensweise durch die Berliner Zentrale – „Unsere Praxis mangelt daran, dass nichtkirchliche Referenten kaum zu bekommen sind und dass im Allgemeinen erst der Referent, dann das Thema feststeht statt umgekehrt“ – und das Fehlen von Arbeitsmaterial.[1618] Im Frühjahr 1971 fand eine Klausurtagung statt, in deren Folge „sich das Gewicht der Aktion Sühnezeichen“ verlagerte: „Haben wir früher uns wesentlich mit den Folgen des Unrechts der Deutschen in der Nazi-Zeit beschäftigt, stehen heute aktuelle gesellschaftspolitische Fragen an erster Stelle. Z.B. Erziehung zum Frieden, Verantwortung für die Hungernden, Engagement in der sozialistischen Umwelt, Ökumene, Hilfe für die Kranken, Sorge um den alten Menschen. Dabei stehen für die *Aktion Sühnezeichen*

[1614] so 1964 im Vorort von Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Ebersdorf [Lagerplan 1964, ASF] und 1967 beim Einsatz im Krankenhaus Carolus in Görlitz-Rauschwalde, bei letzterem waren auch die Pflege von Gräbern verstorbener polnischer Fremdarbeiter auf dem Evangelischen Friedhof Teil des Sühnezeichen-Auftrages [Lagerdienste 1967, dat. 1. Februar 1967; ZAOM]
[1615] Werner Liedtke, Verlegenheit und Chance unserer Lager, In *Monatsbrief Januar 1972* [ASF]
[1616] Kreyssig an Inspektor Bauer und Frau Gemahlin in Grabow, o.D. [1966?] [ASF]
[1617] Monatsbrief Januar 1972: Verlegenheit und Chance unserer Lager o.A. [Werner Liedtke] [ASF]
[1618] Stellungnahme einer „Aktivgruppe“ des Rostocker Bezirkstreffens, adressiert an den Leitungskreis der Aktion Sühnezeichen, dat. 4. Oktober 1970, gez. Artur Francke, Elke Landmann, Rita Reinisch, Ludwig Seyfarth [ASF]

Situationsanalyse, Bewusstseinsänderung und Tat in einem engen Zusammenhang.[1619] Diese Richtungsänderung war im Jahr darauf Gegenstand einer Erörterung über „Grenzen und Möglichkeiten der Aktion Sühnezeichen". Autor Stefan Schreiner argumentierte für eine Fokussierung auf die noch immer aktuelle „Verständigung und Versöhnung zwischen uns und unseren Nachbarvölkern", die angesichts hervorbrechender Vorurteile im Gefolge vermehrten touristischen Austausches noch am Anfang stünde.[1620]

Die Debatte war nicht neu: Bereits Mitte der 1960er Jahre wurde der sogenannte Donnerstagskreis gebildet, dem die Katholiken Günter Särchen (Leitungskreis) und Konrad Weiß, später auch dessen Frau Gabriele, die evangelischen Studentenpfarrer Wolfgang Trilling und Theodor Mechtenberg, Dietrich Erdmann (Leitungskreis), die Mitarbeiterin der Evangelischen Akademie Berlin-Ost, Waltraut Hopstock und Sühnezeichen-Mitarbeiter Fritz Steffen angehörten. Der Donnerstagskreis hatte nach Waltraut Hopstocks Erinnerungen einen pädagogisch-didaktischen Anspruch und übernahm die inhaltliche – geistige und geistliche – Gestaltung der Sommerlager.[1621] Vor allem die zeitgenössischen gesellschaftlichen Themen sollten in die Sühnezeichen-Konzeption – einfließen: Teilung der Welt in östliche und westliche Hemisphäre, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und angeregt durch die Publikation Müller-Gangloffs: „Mit der Teilung leben".[1622] Donnerstagskreis-Mitglied und Kreyssig-Biograph Konrad Weiß protokolliert als Ziel zudem die angestrebte „Entgiftung der Situation zwischen dem Staat und der Aktion Sühnezeichen".[1623] Mit seiner Einschätzung kam Weiß den Absichten der DDR-Regierung nahe: tatsächlich war die Abkehr von der historischen Rückschau Sühnezeichen in Richtung Friedensbewegung und aktueller internationaler Konflikte Ziel zahlreicher Interventionen durch die DSKF. Abgesehen vom äußeren staatlichen Druck entwickelte sich aber auch eine interne Problematisierung der Sühne-Programmatik. Christian Schmidt fragte 1967 gegenüber einem Lagerleiter: „Sollte man nicht auch einmal in der Richtung überlegen, ob die Sühnezeichen-Zeit vorüber ist und daraus eine Weiterentwicklung werden könnte. Etwa Versöhnungszeichen oder Friedenszeichen...". Schmidt bezog sich auf einen Erlebnisbericht von Leitungskreismitglied Renate Welk, die einen Besuch Kreyssigs im Sommerlager im Stephanusstift beschrieb: „Man hat den Besuch vom Präses und seine Darlegungen höflich behandelt, doch schüttelt hinterher jeder den Kopf und bezeichnet die Ausführungen als Idealismus".[1624]
Die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR verzichtete auf die schriftliche Erhebung der Motivation der Bewerber; in den Anfangsjahren wurde aber die Beibringung einer „Befürwortung des Studenten- oder Gemeindepfarrers" und die Begründung, warum die angegebenen Lager bevorzugt würden, eingefordert.[1625] Der den jeweiligen Lagerplänen beigeheftete „Anmeldebogen" verlangte Name, Adresse, Geburtsdatum sowie den Lagerwunsch und Angaben zu bereits besuchten Lagern sowie über Fremdsprachenkenntnisse.[1626] Ab 1983 wurden die Fragen „Was erhoffe ich für mich durch meine Teilnahme?" und „Was bin ich bereit, in die Lagergemeinschaft einzubringen?" in den Anmeldebogen aufgenommen.[1627] Ab 1983 wurde „für Neue" Teilnehmer erhoben: „Wodurch habe ich Kontakt zur Aktion Sühnezeichen bekommen?". 1964 war diese Frage in Form der Vorgabe „Sühnezeichen-Teilnehmer ____ oder Pfarrer ____ kennt mich" bereits in den Anmeldebogen enthalten gewesen.[1628] Die

---

[1619] Monatsbrief Mai 1971, dat. 14. Mai 1971, gez. Christian Schmidt, S. 1 [ASF]
[1620] Typoskript Stefan Schreiner, Gedanken über Grenzen und Möglichkeiten der Aktion Sühnezeichen, o.D. [vermutlich 1972] [ASF]
[1621] Aufstellung „einige Beispiele aus der Sühnezeichenarbeit ...", o.A., o.D. [nach 1979], ASF, Interview W. Hopstock, 14. Oktober 2004
[1622] Müller-Gangloff, Erich, Mit der Teilung leben. Eine gemeindeutsche Aufgabe (1965). München: List.
[1623] Weiß (1998), S. 391
[1624] Schmidt an Bernd-Dietrich Krummacher, dat. 3. August 1967 [EZA 97/899]
[1625] vgl. Bewerbungsbogen für die Teilnahme an einem Sühnezeichen-Aufbaulager von Bernhard Mai, dat. 22. Juni 1963 [ASF]
[1626] vgl. Broschüren Sommerlager 1975-1990 [FM], auch in der Ankündigung von 1964, der kein Formular beigelegt ist, ist eine Darlegung der persönlichen Motivation nicht gefordert. Lagerdienste 1964 in der Deutschen Demokratischen Republik [NL Kutzner]
[1627] Aktion Sühnezeichen Lagerplan 1983, S. 11 [FM]; ab 1987 wurden die beiden ersten Fragen zusammengefasst und neu formuliert: „Diese Erwartungen, Erfahrungen und Fragen des Versöhnungsgedankens meine ich in die Lagergemeinschaft einbringen zu können:" [Aktion Sühnezeichen Sommerlager 1987, S. 14 [FM]], Bewerbungsbogen Christoph Märker, dat. 3. Januar 1965 [ASF]
[1628] Vervielfältigtes Typoskript Aktion Sühnezeichen Lagerdienste 1966, S. 7 [AEKKS Rep B2 Nr. 250]

Teilnehmer mussten sich verpflichten, einen – während der 30-jährigen Existenz der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR gleich bleibenden – Beitrag in Höhe von 50 DDR-Mark für ein zweiwöchiges Sommerlager zu leisten, erhielten jedoch im Gegenzug die Reisekosten ersetzt. Die Sommerlager wurden ab 1966 nach Teilnehmergruppen differenziert: für Ehepaare mit Kindern wurden eigene Familienlager, für unter 18-Jährige eigene Jugendlager eingerichtet.[1629]

Die Partizipanten an den Sommerlagern der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* wurden nicht wie im Westen „Freiwillige" sondern „Teilnehmer" genannt. Mit diesen bis in die Gegenwart beibehaltenen unterschiedlichen Bezeichnungen wurde die unterschiedliche Dauer der Einsätze – kurzfristige von zwei, drei Wochen versus langfristige, die zwischen sechs und 18 Monaten (für Kriegsdienstverweigerer) dauerten, zum Ausdruck gebracht. Während die Freiwilligen der Westberliner Organisation, besonders in den Anfangsjahren, als vor allem Berufstätige bzw. Berufsschüler in Lehrberufen geworben wurden, ihre Berufstätigkeit unterbrachen bzw. zumindest eine Karrenzierung oder Freistellung zu vereinbaren hatten, leisteten DDR-Teilnehmer ihren Einsatz mit wenigen Ausnahmen während der Ferien- oder Urlaubszeit. Die DDR-Teilnehmer an den Sommerlagern der *Aktion Sühnezeichen* wurden über die Verteilung der sogenannten Lagerpläne, die an evangelische und katholische Pfarreien, schwerpunktmäßig vor allem an Jugendpfarrer versandt wurden, geworben. Kirchliche Medien boten ab den 1970er Jahren als Informations- und Werbekanäle eine limitierte Öffentlichkeit.[1630] Als zusätzliches wesentliches Medium nennt die langjährige Mitarbeiterin der *Aktion Sühnezeichen* in Ostberlin, Romi Romberg

> Mundpropaganda: Man kannte sich in der DDR; der kannte den und der kannte den, und so wurde es weitergesagt. Natürlich ging dieser Lagerplan auch an den Adressatenkreis, aber ein Junge in der Studentengemeinde kannte zehn andere, die haben mitgelesen. Und haben es wieder weitergesagt, wir hatten also nie Schwierigkeiten, Leute zu finden.[1631]

Die Bedeutung von „Mundpropaganda" betont auch Christian Schmidt.[1632] Zunehmend meldeten sich Teilnehmer ohne Kirchenzugehörigkeit und ohne enge kirchliche Bindung, was sich auf die Gestaltung des geistig-rituellen Lebens in der Gruppe auswirkte. Gebete und Lieder sowie Praktiken der Andacht, Bibelarbeit und Gottesdienstbesuche waren für diese Teilnehmer unbekannt und auch ungewollt.[1633]

Die Fluktuation unter den Teilnehmern lag bei über 50 %, d.h. mehr als die Hälfte der Teilnehmer eines jeden Jahres beteiligte sich erstmals an einem Sommerlager, 1967 betrug das Verhältnis von wiederholt zu erstmals Teilnehmenden etwa 45:55. Der letzte Leiter der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR bezeichnete das Selbstverständnis hinsichtlich dieser Fluktuation als „Durchlauferhitzer" – „jährlich kamen neue Freiwillige dazu, arbeiteten eine gewisse Zeit mit uns, gingen, meist überzeugt von unserer Idee, in ihre kirchliche oder gesellschaftliche Gruppe zurück".[1634] Die Teilnehmer waren 1967 zu 81 % evangelisch und zu 16 % katholisch. Die Geschlechterverteilung lautete: 41 % Männer und 59 % Frauen.[1635] Der Einsatz der Teilnehmer folgte einer traditionellen Rollenteilung: Männer bzw. männliche Jugendliche übernahmen die Bauarbeiten, Frauen bzw. weibliche Jugendliche wurden für die Nahrungsversorgung und für diakonische, pflegerische Einsätze eingeteilt.

[1629] Wochenbrief auf den 1. Sonntag nach Epiphanias 1967, Aktion Sühnezeichen, dat. 4. Januar 1967 [ASF]
[1630] so berichtete der Evangelische Nachrichtendienst Ost (eno, ab 1966 ena für Evangelischer Nachrichtendienst) 1962 (15. Jg., Nr. 31, S. 2), 1963 (16. Jg. Nr. 18, S. 6) und ab 1970 regelmäßig über die Aktion Sühnezeichen und veröffentlichte die angekündigten Sommerlager. Zit. nach Ostmeyer (2002), S. 81 Fn 34.
[1631] Interview Romi Romberg 17. Jänner 2002 [ASF, Berlin]
[1632] Interview mit Christian Schmidt, 29. August 2004 [Berlin]
[1633] Köbsch (2002), S. 52
[1634] Liedtke, Werner. (1998), S. 304 Die in Liedtkes Zitat implizite Bildungs- bzw. Sozialisierungsfunktion wird an anderer Stelle hinsichtlich der Bedeutung der *Aktion Sühnezeichen* für den christlich-jüdischen Dialog in der DDR skizziert.
[1635] Aktion Sühnezeichen Protokoll der Teilnahme an der Sitzung des Leiterkreises, gez. Lewek, dat. Berlin, 17. Oktober 1967 [EZA 104/618]

Die Teilnehmer profitierten von dem Freiraum innerhalb der Sühnezeichen-Sommerlager. Sie konnten ihre religiösen Rituale ebenso teilen, wie Meinungen austauschen, Wissen vermittelt erhalten – oder ‚oppositionelle' Musik hören. Der ehemalige Sommerlager-Teilnehmer Ulrich Tempel[1636] erinnert sich, dass er – geprägt von einem christlichen Elternhaus, „wo man immer zweigleisig war" – über einen Jugenddiakon der Görlitzer Landeskirche Zugang zu einem Lagerplan der *Aktion Sühnezeichen* erhielt. Die Zweigleisigkeit der DDR-Realität bezog sich auf einen internalisierten Paralleldiskurs – einen staatlich gelenkten öffentlichen und einen nicht gelenkten, beschränkt öffentlichen Raum. Die Alternative zur Anpassung an das SED-Regime, Flucht in den Westen oder offene Opposition bestand in der Konstruktion einer parallelen Normalität, die sich nach Außen hin, im öffentlichen Raum, als DDR-kompatibles Verhalten und in nicht-staatlichen Freiräumen wie der *Aktion Sühnezeichen* als nicht-konformes Verhalten zeigte. Tempel berichtet vom befreienden Erlebnis eines „Nischeneinverständnisses", während seines ersten Sommerlagers mit der *Aktion Sühnezeichen* 1985, als der Lagerleiter, ein „oppositioneller katholischer Priester", während der Arbeit einen Mitschnitt eines Kölner Konzertes des 1976 aus der DDR ‚ausgebürgerten' Liedermachers Wolf Biermann abspielte. Für Tempel füllte die *Aktion Sühnezeichen* darüber hinaus einen historisch-kulturellen Gedächtnisraum:

> Diese DDR-offiziösen Geschichten waren eine Sache ... für mich war eben wirklich bei Sühnezeichen diese ganz konkrete Arbeit und durch dieses Sommerlager am jüdischen Friedhof, war es ganz offensichtlich, dass es eben hier einen Bereich gibt, der durch den sozialistischen Staat – etwas anderes kannte ich ja nicht – aber, wo es keine Auseinandersetzung gibt, wo etwas verdrängt wird, wo ein Teil der Geschichte, der einmal sehr wichtig gewesen ist, überhaupt keine Rolle mehr spielt. Und dass es interessante Sache ist, sich damit auseinander zu setzen, sich zu beschäftigen, das leuchtete für mich sehr ein.[1637]

4.2.3 Gäste der Aktion Sühnezeichen: Ausländische Teilnehmer

Zu den wesentlichsten Unterschieden zwischen den beiden Sühnezeichen-Schwesterorganisationen zählte die Beteiligung von nicht-deutschen Teilnehmern an den Einsätzen. Seitens der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* wurden Anfragen ausländischer Aspiranten in den frühen 1960er Jahren mit der Begründung, „dass unsere Gruppen in der Regel nur aus jungen Deutschen bestehen, da die Aktion Sühnezeichen vor allem ihre Aufgabe darin sieht, Zeichen der Sühne in den von Deutschen geschändeten Ländern zu errichten und damit ein wenig von der übergroßen Schuld unserer Nachbarvölker gegenüber abzutragen", abgelehnt.[1638]

Die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* hatte hingegen ab 1964 ausländische Teilnehmer, vor allem Jugendliche aus dem westlichen Europa. 1963 arbeitete ein Teilnehmer aus der BRD, „dem unsere staatlichen Stellen bereitwilligst die Einreisegenehmigung erteilt hatten", an einem Sommerlager mit.[1639] 1964 sind 25 Teilnehmer aus Südfrankreich in den Lagern Zerbst, Züssow II, Teltow, Ulmenhof, Nordhausen und Rossbach, die zwei Wochen in den Sommerlagern mitarbeiteten und eine Woche in Berlin und in der DDR Urlaub machten, dokumentiert.[1640] Auch in den beiden darauffolgenden Jahren nahmen „gallische Sühnezeichenkinder" aus Südfrankreich an den Sommerlagern teil.[1641] Die Beteiligung war über Francois Coester, einem französischen Teilnehmer der Westberliner Sühnezeichen-Gruppe Frankreich II in St. Cyr, entstanden, der Studenten aus Südfrankreich zu einer eigenen Sühnezeichengruppe formierte.[1642] 1965 betrug die Gesamtzahl ausländischer Teilnehmer 75. Neben den

---

[1636] Historiker in der Berliner Stiftung Topographie des Terrors; seit 1996 Mitglied des Leitungskreises
[1637] Interview mit Ulrich Tempel, 22. Januar 2002 (Berlin)
[1638] so Törne an W.J. Veulmizen (?), dat. 18. April 1963 und gleichlautend auf Englisch an A.W. de Wit, dat. 17. April 1963 [EZA 97/735]
[1639] Broschüre Gruß aus Züssow. Aus der Arbeit der Züssower Diakonie-Anstalten, Herbst 1963, Neues aus der Anstalt, gez. Janczikowsky, S. 4 [ASF – SoLa ASZ 1962-1966]
[1640] Typoskript Zum Abschied vom Lager 1964, dat. 22. August 1964, gez. Lothar Kreyssig S. 2 [LAELLH D 15 XII Nr. 1002]
[1641] Kreyssig an Senta Maria Klatt, dat. 21.8.1965 [EZA 97/939]
[1642] so Kreyssig in einem Rundbrief, dat. September 1964 [ASF]. Coester studierte ab November 1964 in Halle/Saale; vgl. Rundbrief Dezember 1964, gez. Kreyssig. [ASF]

erwähnten Teilnehmern aus Frankreich kamen die „Gäste“[1643] aus Großbritannien (organisiert von der *Cathedral of Coventry*, Diakonissenkrankenhaus Dresden), Niederlande und Ungarn.[1644] 1966 waren bereits weit über 100 ausländische Teilnehmer zu verzeichnen. 24 französische, 13 englische, 24 holländische, 64 tschechoslowakische, 3 ungarische und erstmalig 2 polnische Teilnehmer hatten an Sommerlagern der *Aktion Sühnezeichen* teilgenommen.[1645] Selbst nach dem offiziellen Verbot der Teilnahme ausländischer Teilnehmer „haben eine ganze Reihe Franzosen, Holländer, Deutsche, Tschechen, Slowaken und andere als Gäste doch den Weg in die DDR-Gruppen gefunden“.[1646]

Die persönliche Begegnung von DDR-Jugendlichen mit Gleichaltrigen aus dem vormals feindlichen Ausland wirkte in den 1960er Jahren ganz im Sinne des Kreyssigschen Versöhnungsansatzes. Der nachfolgend zitierte, von Kreyssig als Beilage zu einem Wochenbrief vervielfältigte Brief eines Teilnehmers bzw. einer Teilnehmerin nach der Begegnung mit tschechischen Teilnehmern belegt die aufrührende Wirkung der Begegnungen:

> Schatten einer Schuld, oder wie ich das nennen soll. Wenigstens mir ging das so: In Gegenwart der Tschechen wurde ich ein beschämendes Gefühl nie ganz los. Sie waren da so mitten unter uns in ihrer feinen, bescheidenen, fast demütigen Haltung, sie waren so deutsch mit den Deutschen, u. so durch und durch gehorsam in allen Punkten u. Ordnungen! Wenn sie ab u. zu randaliert, sich widersetzt hätten, - es wäre mir begreiflich gewesen! Denn wenn man sich überlegt, was gerade die Slowaken unter dem deutschen Regime auszustehen hatten, wie bitter das fast jede Familie erfuhr ...[!] Und nun fügten sie sich bei uns so widerspruchslos u. selbstverständlich, wie sie sich uns Deutschen immer gefügt hatten ... [!] Auch wenn es hier auf einer ganz anderen Basis geschah, - aber dennoch: das kann etwas geradezu Unerträgliches an sich haben! Missverstehen Sie mich jetzt bitte nicht. Freilich, es war spürbar u. ist unvergesslich, dass diese jungen Menschen wirklich um der Versöhnung willen gekommen waren, dass es ihnen ernst war mit dem Frieden, der aus Vergebung wächst, - aber in ihrem Beisein bricht das Schuldgefühl doch auf eine ganz andere Art auf als in den Lagern ohne ausländische Teilnehmer! – Ich weiß nicht, wie u. was sie selbst empfunden haben. Sie äußerten sich darin kaum. Sie wollten wohl auch nicht rühren an dem alten Geschehen (das besorgten wir ja selbst zur Genüge). Sie wollten nur zu uns finden, zu den Brüdern.[1647]

Nach Kreyssigs Ausscheiden aus der Leitung wurden die kritischen Implikationen der gemischten Lager offenbar: nach einer „ersten Beurteilung“ der vergangenen Sommerlager 1971 protokollierte der Leiterkreis, dass „die vielen Ausländer es schwer gemacht [haben], miteinander geistig zu arbeiten“. In einzelnen Lagern wäre es zu Problemen mit der „Arbeitswilligkeit“ gekommen, und schließlich wäre ihre Unterbringung im Anschluss an die Sommerlager – für längeren Aufenthalt zu Urlaubszwecken – schwierig zu organisieren.[1648] Noch im gleichen Jahr wurde auch am Bezirkstreffen Berlin die „Betreuung der Ausländer“ thematisiert: bei schlechter Arbeitsmoral würde ihnen zuviel Geld gegeben.[1649] Zu viele Ausländer in einzelnen Lagern wurden 1974 beklagt.[1650] 1976 wurde seitens des Leiterkreises festgehalten: für Polen wären keine geistigen Partner im Lager vorhanden, „für Slowaken fehlt das geistige Schwergewicht“, während „Ungarn sehr positiv das Gemeinschaftserlebnis“ wahrnahmen. Als Maßnahme wurde eine Vorinformation für die Lagerleiter über die religiös-geistliche Situation der Heimatländer beschlossen.[1651] Die Probleme mit der Nationalitäten-Zusammensetzung hielten bis in die 1980er Jahre an. Das Interesse an der Gemeinschaft überwog das Interesse an thematischer Arbeit, was bei Teilnehmern aus Ungarn auch durch deren jugendliches Alter erklärt wurde.[1652] Die jugendlichen

---

[1643] so die Diktion im Monatsbrief Mai 1966, dat. 9. Mai 1966, gez. Brigitte Albrecht, Rudolf Gotthardt, Elisabeth Gürtler, Christian Schmidt, Fritz Steffen, S. 4 [ASF]
[1644] Monatsbrief Oktober/Wochenbrief auf den 17. Sonntag nach Trinitatis 1965, dat. 6. Oktober 1965, gez. Lothar Kreyssig S. 3 [ASF]
[1645] Bericht über die ausländischen Lager sowie Teilnahme von Ausländern in der DDR 1966, gez. Fritz Steffen o.D. [ADW Allg.Slg. 904]]
[1646] Aus Kurzbericht über die Arbeit 1967 ad Sühnezeichen DDR, dat. 16. Oktober 1967, gez. Törne [ADW Allg. Slg. 904]
[1647] Brief eines Teilnehmers/einer Teilnehmerin bzw. Lagerleiters/Lagerleiterin an Kreyssig über eigene Erfahrungen im Sommerlager Martinshof 1966, dat. 4. August 1966, o.A. [Annelore Wagner?], Beilage zu Wochenbrief auf den 11. Sonntag nach Trinitatis, dat. 16. August 1966 [ASF]
[1648] Protokoll Leiterkreissitzung 25. August 1971 [Bd. II, ASF]
[1649] Protokoll Leiterkreissitzung 22. November 1971 [Bd. II, ASF]
[1650] Protokoll Leiterkreissitzung 17. Juli 1974 [Bd. II, ASF]
[1651] Protokoll Leiterkreissitzung 1.-3.10.1976 [Bd. II, ASF]
[1652] Protokoll Leiterkreissitzung 12. September 1986 [Bd. IV, ASF]

Teilnehmer aus Ungarn hatten „keine gedankliche Basis und hatten auch kein Verständnis“ für Lagerthemen wie jenes aus 1985 zum Stuttgarter Schuldbekenntnis, und auch nicht für die geänderte die Fragestellung „Tue ich genug für den Frieden – was kann ich tun?“.[1653] Neben der unterschiedlichen Interessenslage beeinträchtigten mangelnde Sprachkenntnisse und die fehlende Übersetzung grundlegender Texte eine inhaltliche Auseinandersetzung.[1654]

Die Gesamtzahl der Teilnehmer ließ sich im Zuge dieser Arbeit nicht exakt bestimmen. Die im Anhang abgedruckte Tabelle enthält die Zahl der Sommerlagerteilnehmer, aufgeschlüsselt nach Jahren und Herkunft der Teilnehmer (DDR-Bürger und ausländische Teilnehmer). Die errechnete Gesamtzahl von 12.211 Teilnehmern für den 29 Jahrgänge umfassenden Zeitraum 1962-1990 liegt unter einer 1987 von Christian Schmidt verlautbarten Zahl von 12.461.[1655] Addiert man zu dieser Zahl Schmidts die in der ASF-Datenbank erfassten Teilnehmer für den Zeitraum 1988-1990, so würde die Gesamtzahl der Teilnehmer 1962-1990 13.641 betragen. In diesen Zahlen sind mehrfache Lagerdienste von Teilnehmern enthalten, sodass die absolute Zahl an Teilnehmern vermutlich bei unter 10.000 anzusetzen ist. Der Anteil der ausländischen Teilnehmer betrug etwa ¼. Die Herkunftsländer waren vor allem Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, in den Anfangsjahren auch Frankreich und Großbritannien.

4.2.4 Aktion Sühnezeichen als Antipode zur NS-Euthanasie

... ob die Fragezeichen auch kommen?[1656]

In einer ersten Begründung der DDR-Inlandsdienste 1960 verwies Kreyssig vor allem auf „psychiatrisch Kranke“, die „vom Nationalsozialismus als sogenanntes lebensunwertes Leben zu Tausenden umgebracht“ wurden. „Sie sind oft mehr gequält, als körperliche Leidende.“ Er plädierte für eine positive Auseinandersetzung mit den psychisch Kranken. Die Krankheitsgenese könnte„einer in der modernsten Medizin vertretenen Meinung“ nach, so Kreyssig, darin liegen, dass „ihnen die menschliche Teilnahme in kritischen Zeiten der kindlichen oder späteren Entwicklung verweigert“ wurde. Daraus folgerte Kreyssig: „Wenn wir mit der Vergebung ernst machen, müssen wir wohl ganz anders auf sie aufmerksam und für sie da sein, als dass wir nur meinen könnten, sie dürften nicht wieder umgebracht werden.[1657]

Der „Dienst am ‚lebensunwerten Leben’“[1658], die Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen* im Bereich der Behinderten- und Altenbetreuung erlangte nicht zuletzt aufgrund Kreyssigs Biographie zentrale Bedeutung. Bereits der zweite Sühnezeicheneinsatz der Westberliner Organisation 1959 in Norwegen stand unter diesem Aspekt. Innerhalb der DDR kam es ab dem zweiten Einsatzjahr 1963 zu einem ersten Engagement in den Züssower Anstalten (Flüchtlingsfürsorge, Altersheim, Schwachsinnigenheim), die während der 30-jährigen Existenz der ASZ mit insgesamt 12 zweiwöchigen Sommerlager-Gruppen beschickt wurde.

Mitte der 1960er Jahre verknüpfte Kreyssig den von ihm 1950[1659] gegründeten *Hilfsring*[1660] in einer dreitägigen Tagung „über die Verantwortung des Menschen für das ihm anvertraute und anbefohlene

---

[1653] Bericht vom Sommerlager im Evangelischen Altenheim Oschersleben, gez. G. Fischer, zit. nach Köbsch (2002), S. 45
[1654] Köbsch (2002), S. 47
[1655] Christian Schmidt, Seit 25 Jahren Lagerdienste der Aktion Sühnezeichen, Monatsbrief Oktober/November 1987, S. 8 [ASF]
[1656] Pastor Hans Gottschalk Rätzlingen, an Christian Schmidt, dat. 19. August 1968 darin Anekdote über einen geistig behinderten Jungen in der diakonischen Einrichtung auf dem Michaelshof bei Rostock, der beim Gang zur Wochenschlussandacht die zitierte Frage stellte. [EZA 97/895]
[1657] Rundschreiben Nr. 9, dat. 20. Dezember 1960, gez. Kreyssig, S. 3 [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]
[1658] Lagerplan 1963 „Die 7 Mannschaften 1963“ o. D., gekürzt [AEKKS Bestand Rep. B 2 Nr. 250]
[1659] Der Auskunft des Sachbearbeiters im Archiv der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen zufolge ist der Hilfsring 1950/51 als Teil der Laiendienste des Präses der Synode entstanden. Der Aktenbestand im Archiv umfasst allerdings nur die Jahre 1964 – 1967. [AEKKS Felgenträger, dat. 10. März 2005, B6 m/5133-5]
[1660] diakonische Laienorganisation im Schniewindhaus in Bad Salzelmen über Schönebeck (Elbe), die die zeitgemäße Betreuung von Patienten mit einer psychiatrischen Erkrankung in der Familie und Kirchengemeinde zum Arbeitsauftrag und die 1956 maßgeblichen Anteil an der

Leben“ mit dem Programm der *Aktion Sühnezeichen*. Im darauffolgenden Wochenbrief unternahm Kreyssig eine kurze Aufklärung über die positivistisch legitimierte Verfolgung Alter und unheilbar Kranker während des Nationalsozialismus und eine theologisch abgeleitete Lebensberechtigung:

> An den von einem positivistischen Rechts- und autonomistischen Naturdenken vorgeformten Begriff des „lebensunwerten Lebens“ hat sich der Wahn angehängt, ein Volk oder eine Rasse könne zu ihrer Selbstbehauptung erst Hunderttausende von Geisteskranken und Geistesschwachen, dann Millionen von Juden und Kriegsgefangenen umbringen. Wir haben uns, vielfach wider eigenes Wünschen und Denken, neu davon überzeugt, dass das Leben und seine Sinnhaftigkeit jenseits jedes menschlichen Begriffes von Wert – geschweige denn Nützlichkeit – liegt. Die Meinung, das Leben als Wert beurteilen und dann bemessen zu können, kommt aus der Gefallenheit des Menschen, meinte Pastor von Bodelschwingh. [...] Natürlich ist der Anblick eines Saales von bettlägrigen Geisteskranken ein schwerer Schock. Natürlich werden wir dabei erst mit krank und zwar auch krank an Gott, angefochten bis in die Wurzeln unseres Glaubens hinein. Aber wer in der Sendung steht und dabei im Gehorsam gehalten wird, findet in sich die Befähigung und Bejahung dieses Lebens in Gestalt einer liebenden Zuneigung wachsen, die mehr und anders ist, als Mitleid. [...] Der Vorgang ist Heilung im gleichen Sinn, wie die Vergebung zwischen von Schuld getrennten Menschen Friede ist.[1661]

Das Interesse von Teilnehmern an den Lagern mit Schwerstbehinderten war während der 1960er Jahre gering. So meldeten sich 1966 zum Sommerlager in den Diakonischen Anstalten Lobetal nur zwei Teilnehmer, trotz eines speziellen Aufrufs im Frühjahr 1966.[1662] Die Bewerber dieses Jahres meldeten sich vorzugsweise zu Einsätzen in Polen. Die Auslandslager für 1966 waren deshalb schnell ausgebucht.[1663] Kreyssig thematisierte die geringe Beteiligung bei der Lagernachbesprechung:

> Wie ist es erklärlich, dass einesteils der Dienst am „lebensunwerten Leben“, wo wir ihn in den Lagern tun, in feiner Ernsthaftigkeit bejaht wird und die tiefsten Eindrücke hinterlässt, dass wir aber andererseits weder erst im Juli noch danach im September für Lobetal annähernd genug Meldungen bekommen haben? (2) [...] Erstes Symptom für nachlassendes Leben.[1664]

1977 übernahm die *Aktion Sühnezeichen* ein leer stehendes evangelisches Pfarrhaus und richtete ein Ferienprogramm für geistig behinderte Kinder und Jugendliche ein. Nach der behinderten- und kindgerechten Adaption des Hauses während eigener Sommerlager wurden ab 1979 behinderte Kinder für jeweils zwei Wochen nach Alt-Karin gebracht und von Teilnehmern der *Aktion Sühnezeichen* zu ihrer und ihrer Eltern Erholung betreut. Die Teilnehmer wurden im Vorfeld dieses Einsatzes sowohl mit den Pfleglingen wie auch den speziellen Arbeitsaufgaben vertraut gemacht.[1665] Jährlich wurden drei zweiwöchige Sommerlager für elf geistig behinderte Kinder mit elf Betreuern veranstaltet.[1666]

4.2.5 Jüdische Friedhöfe

> Gestern sagte uns der Präsident der jüdischen Gemeinde in der DDR, Herr [Heinz] Schenk, wir sollten unsere Freunde auf Folgendes aufmerksam machen:
> Der jüdische Friedhof in Berlin, Schönhauser Allee wird bewusst nicht wieder in Ordnung gebracht, sondern soll als Mahn- und Gedenkstätte für in- und ausländische Besucher offen sein.[1667]

Die Absage der jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin 1966 an den von Kreyssig angestrebten Sühnezeicheneinsatz auf dem jüdischen Friedhof in Berlin stand in der Tradition der über zwei Jahrzehnte gepflogenen Haltung der Leitung der Jüdischen Gemeinde, die auch einen fast zehn Jahre davor von

---

Einrichtung der ersten deutschen Telefonseelsorge für suizidgefährdete Jugendliche hatte; vgl. Weiß (1998), S. 255, 269; Rundschreiben Nr. 9, dat. 20. Dezember 1960, gez. Kreyssig, S. 3 [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]

[1661] Wochenbrief auf den 18. Sonntag nach Trinitatis 1965, dat. 12. Oktober 1965, S. 1f. [ASF]

[1662] vgl. Monatsbrief März 1966, dat. 1. März 1966, gez. Christian Schmidt, S. 6 [ASF]

[1663] vgl. Monatsbrief Februar 1966, dat. 1. Februar 1966, gez. Kreyssig, S. 4 [ASF]

[1664] Monatsbrief September 1966, dat. Berlin 29. August 1966, gez. Kreyssig, S. 3 [ASF]

[1665] Antkowiak (1987), S. 27ff.

[1666] dreiseitiges Typoskript einige Beispiele aus der Sühnezeichenarbeit – stellvertretend für weitere Aktivitäten ..., o.D. [nach 1979], o.A. [ASF]

[1667] Monatsbrief Mai 1966, dat. 9. Mai 1966, gez. Brigitte Albrecht, Rudolf Gotthardt, Elisabeth Gürtler, Christian Schmidt, Fritz Steffen [ASF]

Heinrich Grüber verlautbarten Aufruf zur Pflege der Jüdischen Friedhöfe zurückgewiesen hatte.[1668] Erst nach einem Wechsel in der Führung der Jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin wurden ab Mitte der 1970er Jahre Freiwilligeneinsätze christlicher Gruppen zur Friedhofspflege angenommen.[1669] Die ersten Arbeitserfahrungen auf einem Jüdischen Friedhof machten Sühnezeichen-Teilnehmer deshalb 1973 in Prag.[1670] Erst beim ‚Antrittsbesuch' von Friedrich Magirius als neuer Leiter der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR bei dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde Groß-Berlin wurden eintägige Arbeitseinsätze von ASZ-Teilnehmern („Sonntagseinsätze") auf dem Jüdischen Friedenhof Berlin-Weißensee vereinbart.[1671] Mehr als ein Jahr später, 1976, wurden auch längere Einsätze vereinbart.[1672] Zwischen 1977 und 1989 sind insgesamt 15 jeweils zweiwöchige Sommerlager zur Pflege des größten Jüdischen Friedhofs von Berlin dokumentiert.[1673] Die anderen bedeutenden Friedhöfe der Jüdischen Gemeinde in Berlin – Adass Jisrael und Schönhauser Allee – wurden vor allem von der *Niederländischen Ökumenischen Gemeinde* zusammen mit dem *Ökumenischen Jugenddienst* in der DDR gepflegt.[1674]

Neben dem bereits angeführten Einsatz auf dem Jüdischen Friedhof in Prag (1973-1975 und 1982) wurden außerhalb der DDR 1979 der Jüdische Friedhof in Lublin (Polen) und 1982 ein jüdischer Friedhof in Budapest von Sühnezeichen-Teilnehmern gepflegt. Die erfolgreichen Einsätze auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee brachten der *Aktion Sühnezeichen* Einladungen für Einsätze an weiteren Friedhöfen innerhalb der DDR.[1675] Diese Einsätze wurden von einer nicht dokumentierten Anzahl von kurzfristigen Tageseinsätzen durch Bezirksgruppen in den jeweiligen lokalen jüdischen Friedhöfen ergänzt.[1676] Mitte der 1980er Jahre kollidierte die Erhaltung und Pflege der jüdischen Friedhöfe, mit dem wachsenden Umweltbewusstsein der Teilnehmer, die in den pflanzlichen Wildwuchs nicht eingreifen wollten und sich gegen die Verwendung von Pflanzengiften und Baumrodungen wandten.[1677]

> Unsere Arbeit war, trotz aller Heiterkeit und der guten Beziehungen zum Friedhofspersonal, schmerzlich – musste es wohl auch sein. Sogenannter „Wildwuchs" wurde von den Wegen entfernt. Eine Anstrengung des Körpers und des Geistes, scheint es doch direkt gegen die grüne Substanz der Stadt zu gehen. Später nahmen die Schmerzen noch zu, als wir auf dem Friedhof in der Schönhauser menschendicke Bäume auf den Grabstätten zerstörten – eine Auflage der Denkmalpflege, die danach eine Ehrenreihe restaurieren wird.
> Unser Wille, viel zu arbeiten und zu helfen und uns in die Bedingungen der Arbeit hineinzuversetzen, stieß an die Grenzen unserer Einsicht in die Art der Arbeit [...] Der Widerspruch bleibt, gerät fast schon zum Bild: ein verwachsenes Friedhofslabyrinth, mit Geschichte selber verschlungen. Harmonisch verwildert. Stille und Sanftheit inmitten der Stadt. Geschichte freilegen geschieht. Nicht ohne Verletzungen. Nicht ohne eigene, aber wie viel verträgt, was wir Natur noch nennen können?[1678]

Die Veröffentlichung dieses Teilnehmer-Berichtes aus 1985 ohne ergänzende oder erklärende redaktionelle Anmerkung repräsentiert einen inhaltlichen Tiefpunkt in den Publikationen für die

---

[1668] Die Leitungen der jüdischen Gemeinden in der DDR waren nach dem Exodus der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden von Ostberlin, Leipzig, Dresden und Erfurt im Januar 1953 geschwächt und der antijüdischen DDR-Politik verstärkt ausgeliefert. (vgl. Herf, Jeffrey, Zweierlei Erinnerung: die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland (1998). Berlin: Propyläen, S. 158). Nach Herf war „die Unterdrückung der jüdischen Frage zu einem konstitutiven Element der Festigung der zweiten deutschen Diktatur im 20. Jahrhundert geworden". (S. 194f.). Für Mertens ist „die Instrumentalisierung der Jüdischen Gemeinden für die politischen Ziele der SED evident". (Mertens, Lothar. Die SED und die NS-Vergangenheit, In Bergmann, Werner, Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (1995). Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag. S. 203).
[1669] Ostmeyer (2002), S. 145ff.
[1670] Protokoll Leiterkreissitzung 6. Juli 1973 [Bd. II, ASF]
[1671] Protokoll Leiterkreissitzung 12. November 1974 [Bd. II, ASF]
[1672] Protokoll Leiterkreissitzung 3. März 1976 [Bd. II, ASF]
[1673] vgl. Liste der Sommerlager im Anhang
[1674] Ostmeyer (2002), S. 148
[1675] So über Vermittlung des Pfarrers der Studentengemeinde, Christian Meyer, seitens des Vorsitzenden der Thürischen jüdischen Gemeinde Herbert Ringer und seines Nachfolgers Raphael Scharf-Katz. Vgl. Ostmeyer (2002), S. 149; bis 1990 fanden Sommerlager in den jüdischen Friedhöfen von Bleicherode (1990), Berlin-Weißensee (1977-1989 durchgehend), Dessau (1986), Gotha (1981, 1982), Marisfeld (1989, 1990), Nordhausen (1984), Oranienburg (1985, 1986), Schwarza (1987, 1988, 1989), Walldorf (1985, 1987, 1990) und [Wilhelm-Pieck-Stadt] Guben (1980) statt.
[1676] von mehreren Wochenendeinsätzen durch die Bezirksgruppe Dresden berichteten Hildegart und Jochim Stellmacher [26. August 2004]
[1677] Ostmeyer (2002), S. 148
[1678] Monatsbrief Oktober/November 1985, Zum Lagersommer 1985, Berlin-Weißensee, Jüdischer Friedhof, Jürgen und Ilse-Marie Vogel, S. 4.

‚Sühnezeichen-Gemeinde'. Diese Passage ist ein Hinweis darauf, dass die Inhalte der (globalen) Umweltbewegung die Inhalte der *Aktion Sühnezeichen* überlagern konnte und vor dem Hintergrund des Arbeitseinsatzes auf einem jüdischen Friedhof zur geradezu absurden Verkehrung führt, wonach der „Wildwuchs" auf dem Jüdischen Friedhof einer Naturgesetzgebung folgte, und nicht als Konsequenz der Vernichtung und Vertreibung der jüdischen Bewohner, für die die Erhaltung des Friedhofs geboten gewesen wäre.

Die jüdischen Gemeinden zeigten sich für die Einsätze dankbar und organisierten für die Helfer Führungen auf ihren Friedhöfen und stellten Vortragende und Diskussionspartner für Bezirksgruppen und luden die Teilnehmer zu jüdischen Gottesdiensten ein, sogar Spenden für die *Aktion Sühnezeichen* wurden gesammelt.[1679] Die Einsätze der *Aktion Sühnezeichen* ließen aber auch die nicht-jüdische Bevölkerung nicht unberührt. Wie Irena Ostmeyer recherchierte[1680], interessierten sich die örtlichen Einwohner für die Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* und „halfen mit Unterkunft, Obst und Kuchen und sogar bei der Arbeit", selbst die „jeweiligen Magistrate begrüßten – in den meisten Fällen – die freiwilligen Arbeiter und halfen mit Materialien und Werkzeugen".[1681] An Orten, in denen keine jüdische Gemeinde mehr existierte, wurde die Pflege der Friedhöfe durch christliche Ortsgemeinden übernommen.[1682] Das den Erhaltungsarbeiten inne wohnende Potenzial von Bewusstseinsbildung und Verständigung wurde vom Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Groß-Berlin in Beantwortung des Glückwunsches zum jüdischen Neujahr 1988 festgehalten. Seinem Dank für „alle Bemühungen der Aktion Sühnezeichen zugunsten jüdischer Einrichtungen und ganz besonders natürlich auch des Berliner Friedhofs" schloss der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde an, „dass gerade die von der Aktion Sühnezeichen ausgehenden Bemühungen viel zu einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen jüdischen und christlichen Bürgern unseres Landes und darüber hinaus beigetragen haben."[1683]

Die DDR-Behörden sahen sich durch die Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* und der anderen kirchlichen Initiativen herausgefordert und gründeten 1980 die Initiative „Studentensommer" mit einer dreiwöchigen „Pflicht-Arbeit" auf jüdischen Friedhöfen in Berlin. Daneben wurden „sporadisch" Schuleinsätze und „vereinzelte" FDJ-Arbeitseinsätze in Berlin und Dresden durchgeführt.[1684]

4.2.6 ASZ in DDR-Gedenkstätten

Ab 1964 strebte die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* die Arbeit in ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagern an.[1685] Nachdem die weiter unten beschriebenen, für 1964 geplanten ersten Pilgerfahrten zu polnischen Gedenkstätten wegen der verweigerten Ausreisegenehmigung nicht umgesetzt werden konnten, wurden sie kurzfristig zu Pilgerfahrten innerhalb der DDR nach Ravensbrück und Sachsenhausen umgeleitet.[1686] Paradoxerweise verhalf die DDR-Regierung der *Aktion Sühnezeichen* zu einer ersten Auseinandersetzung mit ehemaligen Konzentrationslagern im DDR-Inland, die allerdings erst Ende der 1970er Jahre zu Einsätzen in DDR-Gedenkstätten führte:

> ... es ist auch deutlich, wie die Beugung unter das Verhängnis eine besondere Frucht gebracht hat, jene nämlich, die man anders als durch Erleiden nicht erlangen kann. Vielleicht ist für die Gemeinsamkeit der unter dem Kreuz sich versöhnenden Kinder Gottes, für unsere gemeinsame, teilnehmende Hinwendung zu einer hassvoll zertrennten Welt, noch nie so viel herausgekommen, wie auf dem nun

---

[1679] Ebd., S. 148f.
[1680] Die von Ostmeyer eingesehenen Archivunterlagen der Ostberliner Aktion Sühnezeichen wurden an das EZA abgegeben, wo sie zwischen gelagert werden. Während des Forschungszeitraumes für diese Arbeit war dieser Bestand nicht zugänglich.
[1681] Ostmeyer (2002), S. 149
[1682] Ebd., S. 150
[1683] Jüdische Gemeinde Berlin, dat. 28. September 1988, gez. MR Dr. [Peter] Kirchner, abgedruckt in Monatsbrief Oktober 1988 [DO 4/814]
[1684] Ostmeyer (2002), S 150.
[1685] vgl. 5.3.2.2 Gedenkstätten als Sühnezeichen-Zielorte
[1686] Zwei Teilnehmer verfügten über Privatvisa und führten die Pilgerfahrt nach Groß-Rosen und Auschwitz stellvertretend für die Gruppe durch. Vgl. Notizen von Günter Särchen Versöhnung – „Versöhnler". Notizen unterwegs auf Pilgerfahrt 1. bis 15. August 1964 [ZAOM Polen 4 - 1964]

> zu den Stätten des Grauens in Deutschland zurückgewendeten Pilgerweg, dessen reinigende, sammelnde, vergegenwärtigende Kraft uns Protestanten so fremd geworden war. Ein echter Zugang zu den Schrecknissen scheint eröffnet, für die wir ein Gedächtnis gewinnen müssen aus Verantwortung für uns selbst und für die, die nach uns kommen.[1687]

Im Juli 1978 organisierte die *Aktion Sühnezeichen* eine Fußwanderung mit 12 Jugendlichen, die als Pilgerweg den sogenannten Todesmarsch, jene Wegstrecke abschritten, auf dem im April 1945 die Häftlinge des KZ Sachsenhausen in Richtung Ostsee getrieben wurden.[1688] Im Rahmen eines weiteren Pilgerweges im Jahr darauf, der von Buchenwald nach Lobenstein führte, arbeiteten die Teilnehmer einen Tag lang auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald. Aus dieser Tätigkeit entstand Kontakt zur Gedenkstättenleitung und zu Vertretern des Buchenwaldkomitees, die 1980 eine Gruppe offiziell zu Pflege- und Instandsetzungsarbeiten einluden.[1689] Die Gedenkstätte übergab eine Prämie von 300 Mark und ersuchte die *Aktion Sühnezeichen* sowohl um Belebung der Gedenkstätte durch Einsätze und Veranstaltungen wie auch um Mithilfe bei der Dokumentation. „Es sollen nicht nur das Leiden und der Widerstandskampf der Kommunisten festgehalten werden, sondern ebenso von Sozialdemokraten, Menschen bürgerlicher Herkunft und von Christen. Wir wollen gern unsere Kontakte dazu nutzen, um hier – solange die Zeugen dieser Zeit leben – Angaben und Material [zu] sammeln“.[1690] Ab dem Einsatz 1980 wurden jedes Jahr 14-tägige Arbeitseinsätze in der *Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald* geleistet. 1985 folgten weitere Einsätze auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen bei Oranienburg und anderen Gedenkstätten in der DDR.[1691]

Die Etablierung von Sommerlagern in den staatlichen Gedenkstätten und in den Jüdischen Friedhöfen bedeutete eine Alternative zu innerkirchlichen Arbeitsfeldern im Bereich der Evangelischen und Katholischen Kirchen sowie des Diakonischen Werkes und der Caritas.[1692] Die offizielle Genehmigung zu Sommerlager-Einsätzen in den Gedenkstätten Sachsenhausen, Ravensbrück und Dora-Mittelbau erfolgte 1984, ein Jahr nach Übernahme der Leitung der *Aktion Sühnezeichen* durch Werner Liedtke. Liedtke führt die Haltungsänderung seitens der staatlichen Gedenkstätten auf eine von der *Aktion Sühnezeichen* am 20. Februar 1984 organisierte Gedenkveranstaltung für Bischof Julius Bursche zurück.[1693] In den überlieferten Unterlagen der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen findet sich eine andere Motivation: demnach wurde die Arbeit in den nationalen Gedenkstätten in der DDR nicht zuletzt deswegen zugelassen, weil sie eine Einflussmöglichkeit auf die *Aktion Sühnezeichen* erlaubte.[1694]

Die langjährige Thematisierung von und die Arbeit in den Gedenkstätten führte zu einer Schlüsselrolle der *Aktion Sühnezeichen*, als der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) am 10. Mai 1985 ökumenische Gäste aus den Kirchen ehemaliger Kriegsgegner zu einem liturgischen Gedenkweg nach Sachsenhausen, Halbe und zu den Seelower Höhen einlud und bei der Organisation die Expertise der *Aktion Sühnezeichen* in Anspruch nahm.[1695] 1987 wurde in Zusammenarbeit mit dem BEK und dem Friedensrat der DDR der Olof Palme-Friedensweg von Ravensbrück nach Sachsenhausen organisiert. Von der *Aktion Sühnezeichen* wurde als Leitlosung das in den frühen 1980er Jahren staatlich

---

[1687] Schreiben Kreyssigs an die Teilnehmer der Pilgerreise 1965, dat. 1. Juli 1965, gez. Lothar Kreyssig [ASF]
[1688] Monatsbrief Oktober 1978 Beschreibung des Pilgerwegs von Ideengeber Ludwig Seyfarth [ADW DWDDR D162]
[1689] Monatsbrief Januar 1981, gez. Magirius, S. 7 [ADW DDR D 162]
[1690] Ebd., bezeichnend ist, dass andere religiöse, soziale, ethnische Minoritäten als Opfergruppen in dieser Aufzählung nicht enthalten sind.
[1691] vgl. Aufstellung Sommerlager der Aktion Sühnezeichen in der DDR 1962-1990 im Anhang
[1692] Liedtke (1998), S. 296
[1693] Bursche, ein deutschstämmiger evangelischer Bischof, wurde nach der Eroberung und Besetzung Polens 1939 wegen seiner Bemühungen, eine polnische Evangelische Kirche zu bilden, in das Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht und ermordet. Ebd., S. 296f.
[1694] Anlässlich des Pilgerweges vom 18. August bis 1. September 1984 fand eine staatlicherseits organisierte Begegnung mit „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ statt, die den Teilnehmern „authentische Informationen über den Widerstandskampf“ vermittelten. Vgl. Aktenvermerk über ein Gespräch mit dem Leiter der „Aktion Sühnezeichen“ in der DDR, Pfarrer Liedke [!], am 2. Oktober 1984 in der Dienststelle, Abt. II, dat. 3. Oktober 1984, gez. Handel [SAPMO DO/4/4806]
[1695] Monatsbrief Juni 1985, S. 1 [BStU BV Gera, KD Jena 003217

inkriminierte Motto[1696] „Schwerter zu Pflugscharen“ gewählt.[1697] Im August 1989 erfolgte ein gemeinsamer Gedenkweg von beiden Sühnezeichen-Organisationen von Buchenwald nach Dachau.[1698]

Die Arbeit in den DDR-Gedenkstätten bzw. bereits die Ankündigung der entsprechenden Sommerlager in den verteilten Lagerplan-Broschüren wurde seitens der *Aktion Sühnezeichen* zur Aufklärung über Existenz und Bedeutung der vormaligen Konzentrationslager genutzt. So findet sich im Lagerplan 1980 eine kurze Beschreibung der achtjährigen Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald bei Weimar samt Opferzahlen und ein kurzer Erfahrungsbericht eines Sühnezeichen-Teilnehmers aus dem Vorjahr. Zwei der insgesamt 14 Tage des Lagerdienstes sollten der Beschäftigung mit dem Archivmaterial gewidmet sein.[1699] Die Einsätze an den Gedenkstätten und die Begegnung mit ehemaligen KZ-Insassen während der Sommerlager sollten, so Beschreibungen in späteren Jahren,

- „einen tiefen Einblick in das damalige Leiden von Tausenden von Häftlingen“[1700] vermitteln,
- „nicht nur bessere Kenntnis über die Zeit der Gewaltherrschaft Hitlers, sondern regt auch dazu an, Geschichte emotional zu verarbeiten“[1701], bzw.
- „Die Vergegenwärtigung der Vergangenheit weckt unser Mitgefühl mit den Leidenden und stärkt unsere antifaschistische Lebenshaltung“[1702],
- „Die Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit an den Orten des Martyriums macht betroffen und fragt uns an.“[1703]

Als Ritual war ein Kreuzweg am Gelände der *Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald* vorgesehen: „An besonderen Stationen werden wir Tag für Tag Kreuzwegandachten halten zum Gedenken an alle Opfer von Unrecht und Gewalt.“[1704]

Die Arbeit in den Gedenkstätten trug in den 1980er Jahren zur Legitimierung der *Aktion Sühnezeichen* durch die DDR-Behörden bei. In der Lesart des Staatssekretariates für Kirchenfragen hat die *Aktion Sühnezeichen* mit den Besuchen, Arbeitseinsätzen und Kreuzwegen „an die Zeit des Faschismus erinnert und in politisch sauberer Art des antifaschistischen Widerstandes gedacht, dessen Traditionen in unserer Republik bewahrt und fortgeführt werden“.[1705] Neben der bereits erwähnten Wechselwirkung aus Beeinflussung und formeller Zulassung der Gedenkstättenarbeit der *Aktion Sühnezeichen* innerhalb der DDR fand die Arbeit aber auch vor Ort Anerkennung. So adressierte der Direktor der *Mahn- und Gedenkstätte Mittelbau-Dora* den Staatssekretär für Kirchenfragen[1706] mit einem Lobesbrief über die Arbeit der Teilnehmer der Sommerlager in der Gedenkstätte und der Bitte, Gysi sollte der Sühnezeichen-Leitung „den Dank und die Anerkennung“ aussprechen. „Die jungen Menschen haben sehr gewissenhaft, umsichtig und fleißig gearbeitet und haben zugleich alle Möglichkeiten wahrgenommen, sich mit der Geschichte und dem Anliegen unserer Gedenkstätte vertraut zu machen.“[1707]

[1696] vgl. Neubert (2000), S. 398ff.; Silomon (1999)
[1697] Sommerlager 1990, S. 7 [FM], Beschreibung der Kooperation mit dem staatlich kontrollierten Friedensrat vgl. Liedtke (1998), S. 304-307
[1698] Ebd., S. 7
[1699] Aktion Sühnezeichen Lagerplan 1980, S. 6 [FM]
[1700] Ebd., S. 6 [FM]
[1701] Aktion Sühnezeichen Lagerplan 1982, S. 8 [FM]
[1702] Aktion Sühnezeichen Lagerplan 1986, S. 8 [FM]
[1703] Aktion Sühnezeichen Sommerlager 1987, S. 20 [FM]
[1704] Aktion Sühnezeichen Lagerplan 1981, S. 7 [FM]
[1705] Information zum politischen Profil und zu Aktivitäten der „Aktion Sühnezeichen“, Abt. II, dat. 2. Juli 1984 [SAPMO DO/4/4806 u. 814]
[1706] Gysi, Klaus (1911-1999). Staatssekretär für Kirchenfragen in der DDR 1979-1988, IM Kurt des MfS
[1707] Pelny an Gysi, dat. 11. September 1987 [SAPMO DO/4/814] Einem handschriftlichen Antwortentwurf zufolge, zeigte sich auch der Referent des Staatssekretärs für Kirchenfragen beeindruckt, „mit welcher großen inneren Motivation und aktiven Engagement“ die TeilnehmerInnen „diese wichtigen Aufgabe erfüllen“. Briefentwurf, handschriftlich, o.D., gez. Dr. Wilke, ebd.

4.3 Auslandslager der Aktion Sühnezeichen DDR

Wer ist grundsätzlich bereit, für 6 Monate oder 1 Jahr nach Kasachstan zu gehen?[1708]

Bereits für die ersten beiden von Kreyssig als gesamtdeutsche Projekte konzipierten Vorhaben in den Niederlanden und in Norwegen 1959 verweigerten die DDR-Behörden den Sühnezeichen-Teilnehmern die Ausreisebewilligungen, die jeweils Voraussetzung für die Wiedereinreise in die DDR waren. Trotzdem nahmen DDR-Bürger an Einsätzen im – osteuropäischen – Ausland teil und reisten ausländische Teilnehmer – aus westlichen und aus osteuropäischen Staaten – zu Sommerlagern innerhalb der DDR an. Seitens der *Aktion Sühnezeichen* wurden wiederholt offizielle Vorstöße zur Legalisierung der Reisetätigkeit aus der und in die DDR unternommen, nach deren Scheitern bediente man sich aber auch illegaler Methoden. So gelang nach dem Scheitern des Ausreiseantrags 1964 für zwei Sühnefahrten nach Polen im darauffolgenden Jahr die Umgehung der behördlichen Restriktionen. Die Ausreisegenehmigung wurde nicht mehr für die Gruppe eingeholt, sondern jeder einzelne Teilnehmer besorgte sich ein Privatvisum („Offizielle Gruppenvisa von Seiten der zuständigen Dienststellen der DDR haben wir nie bekommen.“[1709]) und passierte selbständig die Grenze nach Polen. Nach dem Grenzübertritt formierten sich die Teilnehmer zu Sühnezeichengruppen und verrichteten in den Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager und in Kirchengemeinden ihre Sühnezeichen-Dienste.[1710] Ebenfalls 1965 konnte die *Aktion Sühnezeichen* gemeinsam mit der *Cathedral of Coventry* und in offizieller Absprache mit der DSKF einen Einsatz britischer Jugendlicher im Dresdner Diakonissenkrankenhaus organisieren.

Neben den skizzierten Einsätzen der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* in Polen und den alternativ entwickelten Sommerlagern innerhalb der DDR – dem Hauptbetätigungsfeld der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR – waren Gruppen aus der DDR in der Tschechoslowakei (und zu einem geringen, in dieser Arbeit nicht weiter berücksichtigten Anteil in Ungarn) tätig. Die Aspirationen der *Aktion Sühnezeichen* reichten allerdings um einiges weiter: Beim Jahrestreffen Ende 1966 wurde über die Bezirksgruppe Dresden der Vorschlag eingebracht, „einen Mannschaftsdienst in Nordvietnam“ durchzuführen, „an dessen Verwirklichung wir arbeiten“.[1711] Schon im darauffolgenden April stand fest, dass ein Einsatz in Vietnam nicht zustande kommen würde, weil die Botschaft von Nordvietnam selbst einen vorbereitenden Besuch vor Ort nicht bewilligte, „weil der Kriegszustand das nicht gestatte. Auch Kirchenpräsident Niemöller, der sich für uns in Hanoi verwenden wollte, hat mitgeteilt, dass er unseren Dienst in Nordvietnam zurzeit nicht für durchführbar halte.“[1712]

4.3.1 Aktion Sühnezeichen (DDR) in Polen: Akcja Znaku Pokuty

Schon heute kann man mit Sicherheit behaupten, dass auf dieser Arbeit der Segen Gottes ruht.[1713]

Die Polen-Verbindung der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* ging auf den katholischen Laienangestellten im Seelsorgeamt des erzbischöflichen Kommissariates Magdeburg[1714], Günter Särchen[1715], und dessen „Privatgespräche“ mit dem polnischen Klerus zurück.[1716]

[1708] Typoskript Zum Abschied vom Lager 1964, dat. 22. August 1964, gez. Lothar Kreyssig S. 2 [LAELLH D 15 XII Nr. 1002]. Kreyssig stellte diese Frage an die LagerteilnehmerInnen 1964 unter Verweis auf ein Gespräch Klaus Wilms mit dem Chefredakteur der Moskauer Zeitung *Iswestija*, Adshubej, bei dem die Beteiligung von Sühnezeichen-Freiwilligen bei der Neulandkultivierung in Kasachstan diskutiert wurde.
[1709] Typoskript Aktion Sühnezeichen in der DDR: Versuch einer Bestandsaufnahme, o.D. [1970], gez. Christian Schmidt, S. 1 [ASF]
[1710] Der langjährige Leiter Friedrich Magirius bestätigte diese Vorgangsweise: „Genau so ist es gewesen.“ [Email Magirius, dat. 1. Juli 2005]
[1711] Wochenbrief auf den 1. Sonntag nach Epiphanias 1967, Aktion Sühnezeichen, dat. 4. Januar 1967 [ASF]
[1712] Monatsbrief April 1967, dat. 10. April 1967, gez. Christian Schmidt, S. 2 [ASF]
[1713] Jerzy Gryniakow, „Sühnezeichen“, *Zwiastun religiös-kirchliche Zeitschrift. Amtsblatt der evang.-augsburgischen Kirche*, Jg. V (XX), 1965/Nr. 2, S. 22 [EZA 97/46]
[1714] auch nach 1949 hielt die katholische Kirche bis 1973 an der seit dem 19. Jahrhundert bestehenden Real- und Personalunion mit dem Bistum Paderborn fest. Das heutige, 1994 errichtete Bistum Magdeburg war bis dahin unter der Jurisdiktion des Leiters der westdeutschen Diözese mit Sitz in Paderborn (BRD) gestanden. Der Paderborner Bischof war damit auch Leiter für das auf dem staatlichen Gebiet der DDR liegenden

> Lieber Günter, Deine Pionierrolle im Ringen um die Vergebung der Polen ist einzigartig und ganz unvergessbar. Sie ist in dem Himmel geschrieben, wo wir uns wiedersehen werden. Gott behüte Dich und verzeihe dem Alten sein Gestammel. Bleib behütet und sei umarmt, Dein, [gez.] Lothar Kreyssig[1717]

Särchen wurde 1963 vom Ordinarius des Erzbischöflichen Kommissariates Magdeburg, Weihbischof Dr. Friedrich Maria Rintelen formell beauftragt, in der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR mitzuarbeiten und „unsere Magdeburger katholischen Ideen dort mit einzubringen".[1718] Nach Inkraftsetzung der Satzung für die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR 1967 fungierte Särchen als Kreyssigs Stellvertreter.[1719]

Die vielfältigen persönlichen und semioffiziellen Kontakte zu Vertretern des polnischen Klerus und katholischer Organisationen und Medien, die Särchen in die *Aktion Sühnezeichen* einbrachte, waren schon alleine vor dem Hintergrund von Bedeutung, als ein Kontakt auf höherer klerikaler Ebene zwischen den Vertretern der DDR-Kirchen vor allem mit Vertretern der katholischen Kirche bis Ende Juni 1972 wegen der umstrittenen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Regierungen beider Staaten (und Nicht-Anerkennung durch den Vatikan) unterbunden und seitens des Klerus, vor allem der DDR auch gar nicht angestrebt wurde.[1720] Vor diesem Hintergrund ist die Einschätzung der Wirkung der für 1964 geplanten und 1965 und 1966 erfolgten Sühnezeichen-Gedenkfahrten durch Theo Mechtenberg, der Särchen auf einer der Reisen in den 1960er Jahren begleitet hatte, als „enorm" zu verstehen.[1721] Die positive Einschätzung wurde von hochrangigen Vertretern des polnischen Klerus geteilt. Im Jahr vor seiner Wahl zum Papst schrieb der damalige Krakauer Kardinal zu Särchens 50. Geburtstag:

> Mit voller Anerkennung schätze ich Ihre Initiative und Arbeit in der Aktion Sühnezeichen und im Polnischen Seminar, sowie die Verbreitung unter Ihren Volksgenossen wichtiger Dokumente, die zum Werke der Versöhnung unserer Völker beitragen können. Dankbar bin ich Ihnen für die Bewirkung der Hilfeleistungen für diverse Pfarrgemeinden in Polen und besonders für die Anstalt der Erblindeten in Laski.[1722]

Särchen, der sich der sorbischen Minderheit in der DDR zurechnete[1723], kam Anfang der 1950er Jahre mit Mitgliedern der katholischen Weltpriestervereinigung *Oratorium* in Leipzig (Orden der Oratorianer des Hl. Philip Neri) in Kontakt, wo er eine „Interessensgemeinschaft und Gesprächspartner" fand „in Richtung geschichts-philosph[ischer] Aufarbeitung deutscher Vergangenheitsbewältigung".[1724] Nach seiner Übersiedelung nach Magdeburg 1953 hat er „einen kleinen Kreis katholischer Christen um mich gesammelt", der in Anknüpfung an Bemühungen während der Zwischenkriegszeit die Versöhnung, vor allem mit Polen thematisierte.[1725] Anlässlich eines Vortrags im Rahmen der von ihm gegründeten *Anna-Morawska-Gesellschaft* formulierte Särchen 1995:

> Wir suchten und fanden als Christen diese Kraft in der Versöhnung vom Kreuz her und suchten nach Wegen, den einzelnen in unseren Gemeinden, vor allem auch die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, die mit ihrem ungeheilten Leid sich selbst überlassen blieben, in dieser Richtung zu aktivieren. Wie

---

Kommissariat Magdeburg, vertreten wurde er ab 1949 durch einen kommissarischen Leiter im Rang eines Weihbischofs. [Steinhoff, Theodor und Lorek, Daniel, „Aus lebendigen Steinen": Kathedral- und Propsteikirche St. Sebastian zu Magdeburg (2000). Leipzig: St. Benno, S. 23ff., 80ff.]

[1715] Särchen, Günter (1927-2004), biographische Angaben siehe Eintrag Särchen im Anhang

[1716] Särchen an Kreyssig, dat. 20. Juni 1963 [in Abschrift EZA 97/50]

[1717] Schreibmaschinenschriftliche Notiz von Kreyssig an Särchen im September 1984, angeheftet an Kreyssigs letztem Rundbrief vom September 1984. [Särchen, Günter. Magdeburger Deutsch-Polnische Aktivitäten, 1996), Beiblatt o.P., zwischen S. 43 u. 44]

[1718] Särchen, Günter. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen. Rückblicke auf Magdeburger, christlich geprägte Bemühungen und Initiativen, Anna-Morawska-Gesellschaft (1995), S. 8.

[1719] Kreyssig an Särchen, 6. Januar 1967 [ZAOM Polenseelsorge, AS 1963-1969]

[1720] Eine vergleichbare Einschätzung findet sich bei Żurek, 2005, S. 376f.

[1721] Theo Mechtenberg, Quellentext: Verhältnis der Kirchen zwischen der DDR und Polen, In Dieter Bingen, *Gesellschaftliche Strukturen, Informationen zur politischen Bildung*, Heft 273, S. 9f. [www.bpd.de/publikationen/RTPANR.html; 8. Mai 2005]

[1722] Brief von Carolus Cardinalis Wojtyła an Särchen, dat. Kraków, 26. November 1977 [ZAOM Polenseelsorge AS 1963-1979]

[1723] Krzemiński, Adam. „Ein Hofnarr war ich bis zum Schluss". Interview mit Günter Särchen ... (1997) In: Dialog. S. 44-51, S. 44.

[1724] Särchen (1996), S. 3, vgl. ausführlicher, aber ebenfalls auf Särchens unveröffentlichte Unterlagen basierend: Żurek, 2005, S. 376f.

[1725] Ebd, S. 45

> eine Barriere türmte sich vor uns die Frage von Schuld und Sühne auf, die Frage nach Ursache und Wirkung.[1726]

Eine Lösung der Schuldfrage, so Särchen weiter, wurde von einem Mitglied des Magdeburger Kreises mit der neutestamentlichen (Paulinischen) Formel „Einer trage des anderen Last" – die theologisch begründbare stellvertretende Annahme der Schuld aus den Verbrechen des Nationalsozialismus – gefunden.[1727] Diese Formel diente als Grundlage für eine angestrebte Versöhnung mit Polen, die in „kleinen, leisen Schritten der Verständigung" erfolgen sollte. Ein über schriftliche Kontaktaufnahmen mit Vertretern des polnischen Klerus hinausgehendes Konzept für eine Umsetzung fehlte jedoch zu diesem Zeitpunkt. Als Särchen 1959 im katholischen Bildungshaus Bad Kösen „auf einem schlecht hektographierten Faltblatt von der Existenz und dem Programm der Aktion Sühnezeichen" erfuhr, erkannte er das Versöhnungspotenzial, das über den bestehenden Zirkel von Katholiken hinausging und eine mögliche Gestaltungs- und Umsetzungsform in ökumenischer Zusammenarbeit bot.[1728] Bisher aufgenommene Kontakte zum polnischen Klerus gewannen nunmehr konkrete Gestalt und wurden von Särchen mit großer Intensität weitergeführt bzw. ausgebaut. Im Herbst 1960 unternahm Särchen in Begleitung des deutschstämmigen polnischen Priesters Wolfgang Globisch erstmals eine fünfwöchige Rundreise durch Polen. Die Reise „auf der Suche nach Partnern für eine neue, aus der Versöhnung erwachsenden Nachbarschaft"[1729] führte Särchen nach Racibórz (Ratibor), Opole (Oppeln) und Wawelno, wo er jeweils mit den katholischen Klerikern Kontakt aufnahm, sowie erstmals in das Museum Auschwitz-Birkenau.

> Irgendwann müssen wir doch einmal Verbindungen knüpfen. Um Gottes Willen, keine Verbindungen, die uns oder drüben die Brüder gefährden. Keine „Dummen-Junge-Streiche", keine „Revolution" der Revolution wegen. ... Und ebenso klar und eindeutig muss all diesem Tun, innerem Denken und Planen vorausgehen, dass es nicht um politische Dinge geht, nicht um „Aktion", nicht um irgend etwas für „hinter den eisernen Vorhang". Bruderdienst aus der Liebe Christi, Bruderdienst aus dem Wissen um das Kreuz, Bruderdienst, um den anderen etwas Freude zu bringen.[1730][1731]

Von seinen Kontakten und Erfahrungen berichtete Särchen nach seiner Rückkehr in Gemeindekreisen, Dekanatskonferenzen und Priesterwerkwochen und ab 1961 in Seminaren zum deutsch-polnischen Verhältnis in den katholischen Magdeburger Diözesanhäusern Bad Kösen und Rossbach. Die Kontakt- und Reisetätigkeit nach Polen mit anschließenden Vorträgen in der DDR verstärkte Särchen in den darauffolgenden Jahren, wobei Särchen auf seine Polenreisen auch ‚strategische Begleiter' aus der DDR mitnahm, wie 1961 den Direktor des katholischen St. Benno-Verlags, Ernst Hannig. Särchens Kontakte erreichten zunehmend die Spitzen der polnischen römisch-katholischen Kirche. Unter anderen lassen sich Kontakte zum langjährigen Primas der Polnischen Kirche, Kardinal Stefan Wyszyński (1901-1981, Primas 1948-1981), zu den Bischöfen Franciszek Jop (1897-1976, Opole), Jucjan Bernacki (1902-1975, Gniezno), Edmund Nowicki (1900-1971, Gdańsk, ehemaliger Häftling des KZ Dachau), Jan Mazur (1920-1996, Siedlce) und Tomasz Wilczyński (1903-1965, Lublin), zu Erzbischof Antoni Baraniak (1904-1977, Poznań), Weihbischof Tadeusz Etter (1911-1984, Poznań), Bischof Ferdinand Piontek (1878-1963, Görlitz), Weihbischof und Generalvikar Julius Bieniek (1895-1978, Katowice), Erzbischof Bolesław Kominek (1903-1974, Wrocław) und besonders zum Erzbischof von Krakau Karol Wojtiła (1920-2005), dem späteren Papst Johannes Paul II. (1978-2005) rekonstruieren. Darüber hinaus baute Särchen persönliche Beziehungen zu leitenden Redakteuren katholischer Printmedien auf, darunter die Zeitungen und Zeitschriften *Przewodnik Katolicki*, Poznań; *Tygodnik Pwszechny*, Krakow; *Gosc Niedzielny*, Katowicze; *Zeszety Naukowe*, Lublin; *Homo dei*, Warszawa; *Msza swieta*, Poznań. Die

---

[1726] Särchen, Günter. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen. Rückblicke auf Magdeburger, christlich geprägte Bemühungen und Initiativen, Anna-Morawska-Gesellschaft (1995), S. 3.
[1727] Das gleiche Zitat verwendete Kreyssig auf der EKD-Synode 1956 im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zur deutschen Schuld- und Wiedervereinigungsfrage in Andeutung eines stellvertretenden Sühnedienstes. Vgl. Friebel, Thomas (1992), S. 441f.
[1728] Ebd, S. 4f.
[1729] Särchen (1995), S. 8
[1730] Tagebuchaufzeichnungen der ersten Reise nach Polen vom 11.11. bis 2.12.1960, Särchen [ZAOM Ordner Polen 0 1957-1960]
[1731] Ebd., S. 1

Kontakte führten unter anderem zu Partnerschaften zwischen der Studentengemeinde Halle und Poznań und zu einer regen Geschäftstätigkeit mit dem katholischen St. Benno-Verlag in Leipzig, dessen Vertretung in Polen Särchen in den 1960er Jahren übernahm. Särchen hat nicht nur Gratisexemplare des Verlags nach Polen gebracht, sondern war auch beauftragt, Absatzmöglichkeiten auszuloten sowie junge polnische Autoren zu akquirieren.[1732] Das Engagement Särchens war durchaus profitabel und brachte dem Verlag 1964 im Vergleich zum Jahr davor eine 23 %ige Umsatzsteigerung.[1733] Särchen lieferte liturgische Gegenstände nach Polen (Stola, Messkännchen), aber auch profane technische Geräte wie Tonbandgeräte und Diaprojektoren.

> Heute geht uns ein sehr lieber Brief aus Polen zu, in dem Dank dem Verlag ausgesprochen wird für alles kath. Schrifttum, das durch die vielen Spender dem dortigen Klerus zugänglich wird. Sie sind der Mann der ersten Stunde, der bei mir nicht vergessen wird ...[1734]

1963 initiierte Särchen gemeinsam mit Erzbischof Antoni Baraniak aus Poznań eine Spende von drei Glocken, die trotz Widerstands im Klerus der DDR und einer Verweigerung der Einfuhrgenehmigung durch die polnischen Behörden 1968 in den Ruinen der Pfarrkirche St. Barbara, Gdańsk (Danzig) geweiht werden konnten. Von 1970 bis 1979 organisierte Särchen mit jeweils zwischen 35 und 90 katholischen Teilnehmern jährliche Pilgerfahrten zu polnischen Gedenkstätten mit Begegnungen und Gottesdiensten mit hochrangigen Mitgliedern des polnischen Klerus, zum Teil als Ersatz für verhinderte Sühnezeichen-Fahrten.[1735] Diese Studienfahrten wurden von den sogenannten Polenseminaren im Seelsorgeamt Magdeburg, die Särchen zwischen 1968 und 1984 im Rahmen seiner Tätigkeit zweimal jährlich veranstaltete, ergänzt.[1736] Nach seiner ‚Zwangspensionierung' 1985 wurden diese Bildungsveranstaltungen bis zur Verselbständigung in einer eigenen Gesellschaft 1995 als Anna-Morawska-Seminare unter der Ägide der *Aktion Sühnezeichen* geführt. Zu einer weiteren Glockenspende nach Polen – für das *Heiligtum des Friedens in Majdanek* in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers[1737] – initiierte Günter Särchen 1984 einen Aufruf, der von der *Aktion Sühnezeichen* und den evangelischen Kirchen in der DDR aufgenommen wurde.[1738] Die *Aktion Sühnezeichen* verknüpfte die Sammelaktion für die Glocke mit einem Hilfsprogramm für Kinder in der ‚Dritten Welt': die Hälfte des Spendenaufkommens in Höhe von 100.000 Mark wurde für ein Kinderkrankenhaus in Tansania verwendet.[1739] Zwischen 1960 und 1990 erstellte Särchen 70 deutschsprachige Publikationen mit einer Seitenzahl von 10 bis 100 Seiten in einer Auflagenhöhe zwischen 100 und 1200, die sich zu einem großen Ausmaß mit polnischen bzw. deutsch-polnischen Themen befassten.[1740] Diese als „Handreichungen" bezeichneten Broschüren thematisierten zahlreiche Aspekte von Versöhnung.[1741]

[1732] St. Benno-Verlag an Särchen, dat. 31. Mai 1963, gez. Ernst [Hannig] [ZAOM Ordner Polen 0 1957-1960]
[1733] St. Benno-Verlag, Verlag für katholisches Schrifttum, Leipzig, an Särchen (Privatadresse), 5. Februar 1965 [ZAOM Ordner Polen 3 1965]
[1734] Ernst Hannig an Särchen, dat. 25.1.1963 [ZAOM Polenseelsorge 1]
[1735] Aufstellung von Särchen, o.D. [ZAOM Ordner Polen 0 1957-1960], Vervielf. Manuskript Kurze und unvollständige Information über das Polenseminar als Veranstaltung des Seelsorgeamtes im Bischöflichen Amt Magdeburg und die damit verbundenen ‚Pilgerfahrten' im Zusammenhang mit ihren Anfängen in Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen, dat. Magdeburg, im Oktober 1983, o.A.[Särchen] [CL]
[1736] Vervielfältigtes Manuskript Kurze und unvollständige Information über das Polenseminar als Veranstaltung des Seelsorgeamtes im Bischöflichen Amt Magdeburg und die damit verbundenen ‚Pilgerfahrten' im Zusammenhang mit ihren Anfängen in Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen, dat. Magdeburg, im Oktober 1983, o.A. [Günter Särchen], [CL]
[1737] Das Projekt war ursprünglich als ökumenisches Gotteshaus mit einem zentralen Raum gedacht, an den sieben Kapellen für katholische, orthodoxe und evangelische Christen, für Juden, Moslems, Buddhisten und Atheisten angrenzen sollten. Vgl. Liedtke (1998), S. 288.
[1738] Monatsbrief Januar – Februar 1988, Aus dem Bericht des Leiters (gekürzt) am 29. Dezember 1987 auf dem Jahrestreffen [SAPMO DO4/814]
[1739] Liedtke (1998), S. 289. Die Glocke wurde vier Jahre später gegossen und Anfang Juni 1988 unter Mitwirkung des katholischen Bischofs Bernhard Huhn und des katholischen Caritas-Verbandes Berlin auf dem Evangelischen Kirchentag in Görlitz an polnische Vertreter, darunter der kath. Bischof von Lublin und der Direktor der Gedenkstätte Majdanek, übergeben. Monatsbrief September 1988, S. 12f. [SAPMO DO4/814]
[1740] Särchen, Günter. Für uns liegt Golgotha im Osten I/II, Reden gehalten anlässlich des 25. Jubiläums der Aktion Sühnezeichen (DDR) am 30. April 1983 in Magdeburg sowie des 25. Jubiläums des Polenseminars Magdeburg in Roßbach 14./16. Oktober 1983 (1983), S. 14.
[1741] Titel waren bspw.: Friede durch Völkerverständigung 1970 - 25 J Potsdamer Abkommen; Nachbar Polen. Die kath. Kirche in Polen 1972; - Im Dienst der Versöhnung 1973; Erneuerung und Versöhnung 1974; Leben aus der Versöhnung 1975; Dialog der Versöhnung 1978; Versöhnung - ein ständiger Prozess 1979; Schuld endet, wo Versöhnung beginnt 1981 PL; den anderen suchen, ihm begegnen, mit ihm leben, Handreichung 1982 - Deutsche und Slawen; Volk Gottes im Bund Gottes Handreichung 1987 des Anna-Morawska-Seminars Magdeburg und der ASZ.

Särchens Tätigkeit wurde vom Ministerium für Staatssicherheit überwacht, und Särchen wurde mehrmals Verhören ausgesetzt, die seine Gesundheit dauerhaft beeinträchtigten.[1742] In den Unterlagen des vormaligen Ministeriums für Staatsicherheit identifizierte Särchen 37 Offiziere, die zwischen 1962 und 1989 in der gegen ihn gerichteten „OPK Patron" eingesetzt waren. Zudem waren zahlreiche „inoffizielle Mitarbeiter" auf ihn angesetzt.[1743] Die folgende Episode belegt sowohl das weitreichende Wirkungsspektrum Särchens im Sinne der deutsch-polnischen Völkerverständigung im Auftrag und mit Rückendeckung von Weihbischof Rintelen, als auch das Ausmaß der Stasi-Überwachung.

Ab 1968 organisierte Särchen im Auftrag von Rintelen die Seelsorge an polnischen Arbeiter(familie)n in Zielitz, für die er auch pastorale Hilfsmittel in polnischer Sprache anfertigte. Der leitende polnische Ingenieur informierte Särchen im Oktober 1969 von den Stasi-Erkundigungen nach einer kirchlichen Wallfahrt von in der DDR ansässigen Polen zur Huysburg. Besonderes Interesse galt dabei einer polnischsprachigen Broschüre mit einem Grußwort Rintelens.[1744] Rintelen ließ sich von dieser Information nicht aus der Ruhe bringen und kündigte an, selbst einen Gottesdienst für die polnische Gemeinde in Zielitz übernehmen zu wollen.[1745] Särchen wurde aber aus der Schusslinie geholt. Gegenüber dem zuständigen katholischen Gemeindepfarrer von Wolmirstadt, der den polnischen Gottesdiensten und anderen seelsorgerischen Initiativen reserviert gegenüber gestanden war, erklärte Särchen seinen Rückzug „aus familiären und gesundheitlichen Gründen", wollte aber für die Beschaffung von [polnischsprachigem] Liedmaterial weiter zur Verfügung stehen.[1746] Särchen blieb im Hintergrund weiter für die seelsorgerische Betreuung der Polen im Magdeburger Kirchengebiet verantwortlich und veranstaltete in 13 verschiedenen Gemeinden Sonntagsmessen in polnischer Sprache, die nach einer Übereinkunft Särchens mit polnischen Bischöfen von polnischen Geistlichen gelesen wurden.[1747]

Für die *Aktion Sühnezeichen* hatten Särchens persönliche Kenntnis der polnischen Stimmungslage gegenüber Deutschen und den beiden deutschen Staaten und sein weit verzweigtes Netzwerk eine essentielle Bedeutung: Aus Särchens deutsch-polnischen Beziehungen stammten konkrete Erkenntnisse über die Bedeutung von Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager, die bei der Umsetzung von Sühnezeichen-Projekten entscheidend wurden. Särchens Kontakte boten bis dahin nicht vorhandene konkrete Anknüpfungspunkte nach Polen, die sich auch institutionell nutzen ließen und ein Sühnezeichen (DDR) – Netzwerk mit polnischen katholischen Einrichtungen schufen. Särchen nutzte auch seine zahlreichen Veröffentlichungen in polnischen katholischen Zeitschriften, in denen er wiederholt die *Aktion Sühnezeichen* vorstellte.[1748] Mitte der 1970er Jahre organisierte Särchen über die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* eine neuntägige Studienreise für eine zehnköpfige Delegation des Krakauer Klubs der Katholischen Intelligenz in die DDR, „um hier die Diasporasituation" kennen zu lernen. Sühnezeichen-Leiter Friedrich Magirius und Särchen begleiteten die Gruppe, die, ausgestattet mit einem Schreiben von Kardinal Wojtyła, katholische „Basis"-Gruppen aufsuchte. Die Kosten in Höhe von 2.910 Mark wurden zur Hälfte vom katholischen Kommissariat Magdeburg getragen.[1749]

Die von seinen polnischen Gesprächs- und Verhandlungspartnern zugeschriebene Bedeutung Särchens für das deutsch-polnische Verhältnis fand nach dem Sturz des kommunistischen Regimes in Polen, als die vormals – katholischen – Oppositionellen aus Särchens polnischen Gesprächszirkeln an die Macht

---

[1742] Särchen, dat. 4. September 2002
[1743] Rundbrief Särchens an „Liebe Weggefährten der zurückliegenden Jahrzehnte", dat. Juli 1994 [ZAOM NL Särchen]
[1744] Särchen an Rintelen, 27. Oktober 1969 [ZAOM Polenseelsorge Polenseminar (Akte Seelsorgeamt) 1968-1979]
[1745] Rintelen an Särchen, 31. Oktober 1969 [ZAOM Polenseelsorge Polenseminar (Akte Seelsorgeamt) 1968-1979]
[1746] Särchen an Wilhelm Schlegel, 17. November 1969 [ZAOM Polenseelsorge Polenseminar (Akte Seelsorgeamt) 1968-1979]
[1747] Typoskript Magdeburger Deutsch-Polnische Aktivitäten initiiert und geleitet bzw. unter Mitwirkung von Günter Särchen, 1998 [ZOAM]
[1748] *Przewodnik Katolicki*, 11. Oktober 1964 und 24. Oktober 1965, *Tygodnik Powszechny*, 21. August 1966 und 10. Januar 1971; zitiert nach Typoskript Magdeburger Deutsch-Polnische Aktivitäten initiiert und geleitet bzw. unter Mitwirkung von Günter Särchen, 1998 [ZOAM]
[1749] Vermerk Särchens an den Magdeburger Weihbischof [verm. Johannes Braun], o.D. [vermutlich 1976 oder 1977] [ZAOM]

gekommen waren, formelle Anerkennung. Särchen erhielt am 12. Oktober 1990 aus der Hand des bevollmächtigten Ministers und Leiters der Außenstelle der Botschaft der Republik Polen, Wojciech Wieczorek, das vom Präsidenten der Republik Polen verliehene Kommandeurskreuz zum polnischen Verdienstorden „in Anerkennung Ihrer Verdienste bei der deutsch-polnischen Verständigung und Annäherung, insbesondere der christlichen Kreise unserer beiden Völker“ im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen* und des Anna-Morawska-Seminars überreicht. „Als alter Freund und Mitstreiter auf einem gemeinsamen Weg“ wandte sich Wieczorek an Särchen:

> Dies ist für mich ein glücklicher Tag und zugleich eine große Ehre, dass gerade ich es bin, der Dir diese Auszeichnung überreichen kann. Ich bin sicher, dass dieses Gefühl jeden Deiner polnischen Freunde ergreifen würde, die Bekanntschaft mit Dir geschlossen haben, vor allem Deine Freunde aus dem Kreise von Znak, Wiez und der Klubs der katholischen Intelligenz. Ich weiß auch, wie hoch der derzeitige Ministerpräsident der Republik Polen, Tadeusz Mazowiecki, Deine Freundschaft schätzt. Ich möchte damit sagen, dass Polen Dir seit langem diese Auszeichnung schuldig war. Und ich sage das um so kühner, da der Charakter und Stil des deutsch-polnischen Dialogs, den Du in der ehemaligen DDR geführt hast - gestützt auf die christlichen Werte, offen und ehrlich - unendlich mehr zum Werk der deutsch-polnischen Aussöhnung beigetragen hat als die fassadenhaften Manifestationen der „angeordneten Freundschaft“. [...]
> Lieber Günter, nehme diese Auszeichnung auch als Ausdruck unserer Dankbarkeit entgegen. Sie schlug übrigens schon seit langem in unserem Herzen mit.[1750]

Särchen wurde in einem jüngeren Sammelband, herausgegeben vom polnischen Historiker Krzysztof Ruchniewicz, als ein „deutscher Polenfreund“ porträtiert. Die Prominenz von Särchens Rolle in der polnischen Wahrnehmung zeigt sich in dieser Publikation daran, dass Särchen als einer von nur fünf Deutschen des 20. Jahrhunderts portraitiert wurde.[1751] Der junge Germanist und Historiker Piotr Zariczny unterstreicht die Rolle der *Aktion Sühnezeichen* und die von Särchen begründeten Polenseminare der späteren Anna Morawska-Seminar.[1752] Theo Mechtenberg, Studienleiter des Gesamteuropäischen Studienwerks in Vlotho, laisierter katholischer Priester aus Magdeburg und ein früher Gesinnungsfreund Särchens, der 1979 in die BRD übersiedelt war, betont Särchens Verdienst in der Kontaktpflege zu Polen und seine Bemühungen um ein ausgewogeneres Polen-Bild.[1753] Der „von Särchen auf Polen ausgerichtete DDR-Zweig der Aktion Sühnezeichen“ setzte „die entscheidenden, aussöhnungsfördernden Impulse im christlichen Raum“, folgert Robert Żurek in seiner Dissertation über die kirchlichen deutsch-polnischen Beziehungen der Nachkriegszeit.[1754]

4.3.1.1 Gedenkstätten als Sühnezeichen-Zielorte

Günter Särchen hatte bereits vor seiner ersten Reise nach Polen Ende 1960 ein Bewusstsein über die Bedeutung der Gedenkstätten an den Orten ehemaliger Konzentrationslager entwickelt. Im Juli 1960 schrieb er an den Münchner Weihbischof Dr. Neuhäusler, um dessen Engagement für die Errichtung der Gedächtniskapelle in der Gedenkstätte Dachau[1755] in Richtung einer Einbindung der Bayrischen Landesregierung zu erweitern:

[1750] Wieczorek an Särchen, dat. Berlin, 18. Oktober 1990; Abdruck in Wittichenauer Wochenblatt, 24.1.1991 [ZAOM]

[1751] vgl. Ruchniewicz, Krzysztof. Günter Särchen (1927-2004) - Unser Golgatha liegt im Osten, In Ruchniewicz, Krzysztof und Zybura, Marek, „Mein Polen ...“ Deutsche Polenfreunde in Porträts (2005). Dresden: Thelem. S. 259-289.

[1752] Zariczny, Piotr. Dialog zwischen regimekritischen christlichen Gruppen und Oppositionellen aus der DDR und Polen, In Kerski, Basil, Kotula, Andrzej und Wóycicki, Kazimierz, Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990 (2003). Osnabrück: fibre. S. 177-189, S. 178, 180.

[1753] vgl. Mechtenberg, Theo. Christliches Engagement. Opposition und Poleninitiativen im Raum der Magdeburger katholischen Kirche, In Kerski, Basil, Kotula, Andrzej und Wóycicki, Kazimierz, Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990 (2003). Osnabrück: fibre. S. 235-242.

[1754] Żurek, 2005, S. 377. Obwohl Särchens Rolle als Vorreiter in Sachen Versöhnung Deutscher mit Polen zunehmend Eingang in die Literatur findet, sei an dieser Stelle Särchens Bedeutung nicht nur als Vermittler zwischen Katholiken aus Polen und der DDR, sondern über die *Aktion Sühnezeichen* besonders als Mediator zwischen dem polnischen katholischen Klerus und dem ostdeutschen protestantischen Milieu und damit nicht nur über nationale sondern auch über konfessionelle Grenzen hinaus hervorgehoben. Särchen war also nicht nur „Vorreiter der deutsch-polnischen Aussöhnung“ (Żurek, 2005, S. 102), sondern auch der evangelisch-katholischen Ökumene.

[1755] die Einweihung der Kapelle erfolgte am 5. August 1960; zur Geschichte der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslager vgl. u.a. Hoffmann, Detlef. Dachau, In Hoffmann, Detlef, Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945-1995 (1998). Frankfurt/Main:

> Ew. Exzellenz haben auch auf die Landesregierung in München Einfluss. Vielleicht trägt sogar diese Landesregierung die größte Schuld, dass Dachau noch heut eine unwürdige Stätte ist, [...] Ich habe polnische Priester zum Freund [...] Sie haben in Dachau geschmachtet, dort ihre Mitbrüder verloren. Es war beschämend für uns alle, ihre Berichte und Vergleiche zu hören nach einem Besuch von Dachau und Buchenwald (hier bei uns) im vergangenen Jahr.[1756]

Seine Reise nach Polen noch im gleichen Jahr führte Särchen in das Museum des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau (*Państwowe Muzeum w Oświecimiu*) – eine Erfahrung, die ihn seinen Tagebuchaufzeichnungen zufolge tief beeindruckte.[1757] Bei seiner Reise nach Polen im Jahr darauf stellte Särchen konkrete Überlegungen zu einem Sühnedienst an, wobei er neben einer Betonung des Leidens des polnischen Klerus während des Nationalsozialismus[1758] die Frage nach der Überlagerung des Unrechtsbewusstseins auf deutscher Seite durch die Ablehnung der zeitgenössischen kommunistischen Herrschaft und die bereits diskutierte Erinnerungskonkurrenz zwischen Polen und Juden ansprach:

> Man hat in den Jahren von deutscher Seite doch schon manches über das, was man den Juden getan hat, gesagt und geschrieben. Man hat auch offen zur Schuldfrage Stellung genommen. Aber eigenartig, man hört kaum etwas darüber, was man den Ostvölkern zugefügt hat (weil die Ostvölker heut kommunistisch sind?)
> Vor dem polnischen Volke zum Beispiel aber würden leere Worte in dieser Richtung sicher nutzlos sein. Jegliche Sühnebereitschaft und Sühneleistung die allein aus Worten besteht, ist nutzlos. Aber eines würde sicher der polnische Mensch, das polnische Volk ganz sicher tief im Herzen aufnehmen und begreifen: eine der polnischen Kirche erwiesene Sühne l e i s t u n g . Und sei sie noch so klein, Gott kann sie so groß machen, dass sie Berge versetzt. - Das liegt im Wesen des polnischen, des slawischen Menschen: was seiner Kirche erwiesen wird, ist ihm selbst erwiesen. Soweit fühlt sich im letzten und großen und ganzen der Pole wohl mit seiner Kirche verbunden. Sicherlich werde ich darüber in den nächsten Tagen noch manches in Erfahrung bringen können....
> Das ist mir hier in Tschenstochau ganz klar geworden: immer z w e i gehören zur Liebe wie zur Sühne. Das polnische Volk muss bereit sein, Liebe und Sühne entgegen zu nehmen, anzunehmen....
> Bei einem Versuch, real zu bleiben, aber müsste man wohl auch sagen, dass es vielen polnischen Priestern und Laien, einem beträchtlichen Teil des polnischen Volkes nicht leicht fallen wird, nicht einfach in den Schoß fallen wird, unsere Sühneleistung in brüderlicher Liebe entgegenzunehmen. Hier in Polen wird es von katholischer Seite großer Anstrengungen bedürfen, das Volk auf diese Liebestat vorzubereiten und sie für diese Liebestat bereit zu machen.[1759]

Särchen und Kreyssig fuhren 1962 gemeinsam zu einer Erkundungsreise nach Polen[1760], bei der die Kontakte Särchens im Hinblick auf ein Projekt der *Aktion Sühnezeichen* in Polen ausgewertet und intensiviert wurden.[1761] Särchens Erkenntnis über die Bedeutung von Gedenkstätten fand 1964 ihren Niederschlag in der Konzeption einer Fahrrad-Pilgerfahrt der *Aktion Sühnezeichen* nach Chełmno in formeller Zusammenarbeit mit dem Erzbischöflichen Kommissariat Magdeburg. Die Idee zu einer Fahrrad-Pilgerfahrt mit Teilnehmern aus der DDR zu polnischen Gedenkstätten hatte Särchen bereits ab Mitte 1963 zuerst mit Kreyssig, dann während einer Reise nach Polen mit seinen katholischen Partnern diskutiert. Für Kreyssig waren die Kontakte zu „führenden Katholiken" „ungeheuer wichtig, weil wir uns unmöglich auf die kleine protestantische Minderheit in Polen stützen können". Für Kreyssig war die Pilgerfahrt Mittel zum Zweck, wie er gegenüber Volker von Törne bekundete: „Meines Erachtens muss uns, ebenso wie in Russland, jede Anknüpfung recht sein, wenn sie gewissensmäßig vertretbar ist."[1762]

Campus Verlag. S. 36-91, Steinbacher, Sybille. „... daß ich mit der Totenklage auch die Klage um unsere Stadt verbinde". Die Verbrechen von Dachau in der Wahrnehmung der frühen Nachkriegszeit, Frei, Norbert und Steinbacher, Sybille, Beschweigen und Bekennen (2001). Göttingen: Wallstein Verlag. S. 11-33, Engelhardt (2002).

[1756] Särchen an Dr. Neuhäusler, dat. 13. Juli 1960 [ZAOM Ordner Polen 0 1957-1960]

[1757] Text „... wo ist Dein Bruder ...?" Auschwitz, Lager I, - erster Besuch 22. November 1960 [ZAOM Ordner Polen 0 1957-1960]

[1758] Nach Heller (1992) waren insgesamt 18 % des 1939 aktiven polnischen Klerus Opfer der Nationalsozialisten. [Lesser, Gabriele, Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen im Jahre 1965 (1992). Köln: Treff-Punkt, S. 79]

[1759] Tagebuchaufzeichnungen Särchens von seiner zweiten Reise nach Polen vom 14.-28. Juni 1961 [ZAOM; Hervorhebungen wie im Original]

[1760] Weiß (1998), S. 376.

[1761] Eine weitere, fast dreiwöchige Reise unternahmen Kreyssig und Särchen vom 24. April bis 12. Mai 1966 nach Tschenstochau und Krakau zu den Jahrtausendfeiern Polens und der polnischen katholischen Kirche. Vom 15. bis 28. Mai 1966 fuhren Rudolph Gotthardt und Fritz Steffen zwecks Vereinbarung über Sommerlager der Aktion Sühnezeichen zu den Gedenkstätten Chełmno, Stutthof, Majdanek und Groß-Rosen. Vgl. Monatsbrief Juni 1966, dat. 8. Juni 1966, gez. Lothar Kreyssig, Rudolph Gotthardt, Christian Schmidt, S. 3 [ASF]

[1762] Kreyssig an Törne am 5. Juni 1963 [EZA 97/938]

Seitens des polnischen Klerus wurde die konkrete Organisation der Sühnezeichen-Pilgerfahrt dem *Klub Intelligencji Katolickiej* (Klub der Katholischen Intelligenz), einer in größeren Städten eingerichteten Plattform, in der sich kirchliche und kirchlich-gesellschaftspolitische Kräfte trafen, überlassen. Särchen reiste im Vorfeld der Pilgerfahrt nach Warschau, um die Reise vor allem hinsichtlich Reiseroute, die die DDR-Sühnezeichen-Teilnehmer vom 1. bis 17. August 1964 in zwei Gruppen nach Chełmno, Rogoźnica und Oświęcim führen sollte, und Unterbringung sowie Verpflegung zu koordinieren.[1763] Die über Särchens Kontakte zu Angehörigen des polnischen Klerus verstärkte Thematisierung der Gedenkstätten früherer Konzentrationslager wirkte sich wiederum positiv auf die Kontakte auf: „Die bischöflichen Ordinariate, in denen die ehemaligen Konzentrationslager liegen, die Klubs der katholischen Intelligenz, Redaktionsteams von katholischen Zeitungen und Zeitschriften und nicht zuletzt ehemalige KZ-Priester, jetzt in leitenden kirchlichen Stellungen (Bischöfe, Prälaten etc.) wurden zu Wegbereitern und Wegbegleitern.“[1764]

1965 führte die geplante Fahrt nach Polen – für deren Vorbereitung im Haus der polnischen Kultur in Berlin-Friedrichstraße ein Filmvortrag über Auschwitz für die Teilnehmer der *Aktion Sühnezeichen* veranstaltet wurde[1765] – die Sühnezeichen-Gruppe, an der Kreyssig und Särchen teilnahmen, nach Auschwitz, Majdanek, Stutthof, Groß Rosen und Chełmno.[1766] Die Arbeitseinsätze in den jeweiligen Gedenkstätten dauerten nur wenige Tage und umfassten vor allem einfache Hilfsarbeiten. In der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Groß-Rosen arbeiteten fünf Teilnehmer vom 9. bis 13. August 1965 an der Bereinigung von Wegen. Trotz des kurzen Einsatzes bedankte sich die Leitung der Gedenkstätte überschwänglich: „Diese Arbeit wurde sehr solide durchgeführt, sie erfolgte im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion, wofür die Leitung des Lagers auch im Namen der ehemaligen Häftlinge sehr herzlich dankt.“[1767] 1966 erhielten 86 DDR-Deutsche „als Gäste von polnischen Freunden die amtliche Einladung, zur Fortsetzung der vergangenes Jahr begonnenen Dienste in 5 KZ-Museen in Polen zu arbeiten“.[1768] Im Herbst 1966 untersagten die DDR-Behörden die grenzüberschreitenden Aktivitäten der *Aktion Sühnezeichen* endgültig. Die *Aktion Sühnezeichen* musste sich nunmehr auf materielle Hilfe für die polnischen Gedenkstätten beschränken. 1967 etwa stellte die *Aktion Sühnezeichen* in Ostberlin über Günter Särchen dem staatlichen Museum des ehemaligen Konzentrationslagers Stutthof ein *Telefunken* Tonbandgerät zur Verfügung, das die Leitung für Oral History-Projekte (ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers und Zeitzeugen der Vertreibung von ‚Volksdeutschen’ nach 1945) einsetzen wollte: „Es [...] wird beim Sammeln von Relationen und Erinnerungen von ehemaligen Häftlingen des Lagers Stutthof ausgenutzt werden. Es wird uns auch große Dienste bei der Veröffentlichung von mit der Extermination der Bevölkerung aus Pomorze (Pommern) während des 2. Weltkrieges verbundenen Problemen leisten ...“.[1769]

4.3.1.2 Restriktionen durch die DDR-Regierung ab 1966

Bei Särchens Vorsprache in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (DSKF) wegen des für 1965 geplanten Einsatzes in Polen wurde ihm vom Referenten für Jugend und theologische Fakultäten, Dr. Hans Wilke[1770], mitgeteilt, dass seitens der Dienststelle keine Bedenken gegen zwei Fahrten der *Aktion Sühnezeichen* nach Polen vorlägen. Für die Erteilung der Visa wären lediglich eine schriftliche Einladung des organisierenden Klubs der Katholischen Intelligenz und eine Mitteilung über das

---

[1763] Bericht über Warschaureise 19. bis 26. Juni 1964 (Kurzfassung), dat. 1. Juli 1964, gez. G. Sä[rchen]
[1764] Vervielfältigtes Manuskript Kurze und unvollständige Information über das Polenseminar als Veranstaltung des Seelsorgeamtes im Bischöflichen Amt Magdeburg und die damit verbundenen ‚Pilgerfahrten’ im Zusammenhang mit ihren Anfängen in Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen, dat. Magdeburg, im Oktober 1983, o.A. [Günter Särchen], [CL]
[1765] Kreyssig an die Teilnehmer der Aktion Sühnezeichen in Berlin, dat. 25. Juni 1964 [ASF, 109/64]
[1766] Rundbrief von Christian Schmidt anlässlich seines Ausscheidens aus der Aktion Sühnezeichen, dat. 22. März 1974 [CL]
[1767] „Bescheinigung“ von Edward Jarosinski, Groß-Rosen, 15.8.1965 (poln. Original handschriftlich, Übersetzer unbekannt) [EZA 97/34]
[1768] Wochenbrief auf den 8. Sonntag nach Trinitatis, dat. 27. Juli 1966, gez. Lothar Kreyssig, S. 2 [ASF]
[1769] Staatliches Museum Stutthof in Sztutowo an Günter Särchen, dat. 9. März 1967, gez. Dir. Tadeusz Matusiak [EZA 97/34]
[1770] Wilke, Hans (Jg. 1932), 1958-1990 Mitarbeiter der DSKF, zul. als Abteilungsleiter. IM des MfS

Einverständnis des Warschauer Ministeriums für Religionsangelegenheiten erforderlich.[1771] Dieser Ankündigung erwies sich als gezielte Irreführung der *Aktion Sühnezeichen*, die als Ausweg zum verweigerten Gruppenvisum schließlich auf die Beantragung von Privatvisa durch die einzelnen Teilnehmer zurückgriff:

> Nach einjähriger Millimeterarbeit, trotz perfekter Befürwortungen und Bescheinigungen ist die Tür nach Auschwitz und Majdanek, welche im Labyrinth der Zuständigkeiten schon aufgehen wollte, [...] aber doch wieder zugefallen. Indessen haben durch Hoffnung und Verzweiflung hindurch, oft wider allen Augenschein, die Losungen für die kritischen Tage vom 16.-20.7. doch recht behalten. Auf Einzeleinladungen sind seit 19.7. 9 Jungens nach Auschwitz, seit 26.7. 15 Mädchen nach Majdanek unterwegs.[1772]

Die DSKF hielt den Vertretern der *Aktion Sühnezeichen* am 17. Oktober 1966 die Gesetzeswidrigkeit ihrer Aktivitäten vor: „auf private Einladung in ausländischen KZ-Museen Lagerdienste zu verrichten oder Ausländer an unseren innerdeutschen Lagern zu beteiligen, sei ein Missbrauch der Reisebestimmungen gewesen". „Im Wiederholungsfall", so die Vertreter des Leitungskreises im Rundschreiben im Frühjahr 1967, würden die DDR-Teilnehmer von den Nachbarländern, und die eingereisten Ausländer von der DDR ausgewiesen werden.[1773] Die Inkriminierung durch die DDR-Regierungsbehörden versuchte die *Aktion Sühnezeichen* abzufangen, indem die „Pilgerfahrten" in das DDR-Verständnis integriert wurden:

> Die politische Verantwortung ist von der Regierung der DDR frühzeitig mit dem Ziel neuer Nachbarschaft wahrgenommen worden. Was in Verträgen zwischen Staaten formuliert worden ist, versuchen wir auf unsere Weise in persönlicher Entscheidung zu realisieren. So sind auch unsere Pilgerfahrten in ehemalige Konzentrationslager, u.a. Auschwitz, Terezín und Ravensbrück zu verstehen.[1774]

Nichtsdestotrotz hielten die Regierungsvertreter an ihrer Ablehnung fest: Mehr als ein halbes Jahr nach der ersten deklarierten Ablehnung vom Oktober 1966 wurden Sühnezeichen-Geschäftsführer Christian Schmidt und der stellvertretende Leiter Günter Särchen am 22. Mai 1967 in die DSKF vorgeladen. Hauptreferent Hans Wilke teilte Schmidt und Särchen mit, dass es der *Aktion Sühnezeichen* frei stünde, „an kirchlichen Objekten innerhalb der DDR zu arbeiten". Was die Arbeit in Polen und in der ČSSR anlangt, „sei die deutsche Vergangenheit durch das Bündnis und die Freundschaft mit der DDR neu geordnet. Sich noch um restliche Empfindungen der Furcht und Abneigung bei Einzelnen zu kümmern, sei nicht Sache der Kirchen."[1775] Für die Kontaktaufnahme mit ausländischen Behörden oder Organisationen des Anliegens der Versöhnung wegen wäre ein offizielles Ausreisepapier des Staatssekretariats für Kirchenfragen erforderlich, wer auf private Reisebescheinigung ins Ausland gelange, sei nicht dazu befugt. Nach dieser kategorischen Ablehnung und Drohung riefen die Leiter der *Aktion Sühnezeichen* die Empfänger der Monatsbriefe zur Eigeninitiative auf:

> Im Glauben angenommen, ist vor allem kein Übel Selbstzweck. Werden wir so gebieterisch auf die Bestimmungen über den privaten Reiseverkehr zurückverwiesen, so könnten wir doch einen Entwicklungsabschnitt erreicht haben, der es gestattete, diese Grenzen strikt und loyal einzuhalten und darin für die Versöhnung nicht minder eindringlich zu wirken. Unter der Fülle der Möglichkeiten, die uns bleiben, lasst uns den Hinweis auf die Entfaltung des gegenseitigen Besuches ganz ernst zu nehmen. Wir vernehmen darin das urchristliche: „Herberget gern". Wer gibt, empfängt. Wer besucht, wird aus dem Gefängnis der Selbstgenügsamkeit befreit. Wer Gastfreundschaft übt, empfängt Heimat und Wohnstatt neu. Zu der Beschämung, mit der wir von den westslawischen Nachbarn für unsere schwere Versündigung an ihnen Vergebung empfangen, gehört vornehmlich auch die Gastfreundschaft, in der die Herzlichkeit ihres Wesens überströmt. Da wird nichts „veranstaltet", sondern in königlicher Unbefangenheit geteilt und mitgeteilt, was man hat. In dieser Erfahrung von Freundschaft allein sind wir für alle Mühseligkeiten überbelohnt, haben wir ein ganz neues Gefühl für Mitmenschlichkeit gewonnen. Sie ist wahrlich das Erlebnis einer heilen Welt aus Versöhnung! JEDER VON EUCH IST JETZT EINGELADEN, DARAN TEILZUNEHMEN! Bitte überlegen Sie,

---

[1771] Brief Särchen an KIK, dat. 15.Februar 1965 [ZAOM Aus Ordner Polen 2 1964]
[1772] Wochenbrief auf den 7. Sonntag nach Trinitatis 1965, dat. 23. Juli 1965, gez. Lothar Kreyssig, S. 1 [ASF]
[1773] Rundschreiben II/1967, dat. Anfang Juni 1967, gez. Lothar Kreyssig, Werner Meyer, Renate Welk, Christian Schmidt [ASF]
[1774] Typoskript Aktion Sühnezeichen in der DDR, o.D. [ab 1966], o.A. [ASF]
[1775] Rundschreiben II/1967, dat. Anfang Juni 1967, gez. Lothar Kreyssig, Werner Meyer, Renate Welk, Christian Schmidt [ASF]

> wann sie jemand von unseren ausländischen Freunden zu sich einladen oder mit sich in den Urlaub nehmen wollen.[1776]

Wenige Monate später griff die *Aktion Sühnezeichen* einen Vorschlag aus Polen auf, die gegenseitigen Besuche über Wohnungstausch zu regeln.[1777] 1967 arbeiteten „ohne jede Organisation und ohne ausdrückliche Berufung auf die Aktion Sühnezeichen" vier Sühnezeichen-Teilnehmer aus Leipzig in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, drei Dresdner Teilnehmer im ehemaligen Konzentrationslager Groß-Rosen und drei weitere Leipziger im tschechoslowakischen Lidice.[1778] Ausländische Teilnehmer nahmen 1967 ebenfalls, wenngleich in viel geringerer Zahl als in den Vorjahren teil. Nach 128 ausländischen Teilnehmern 1966 fiel diese Zahl auf 48 im Sommer 1967. Im Frühjahr 1968 wies Kreyssig erneut darauf hin, dass Lagerdienste „vielleicht in Polen von der DDR aus auch dieses Jahr nicht möglich sein [werden]. Das hindert jedoch keinen, durch gemeinsame Reisen aus freier und eigener Initiative die Aufgabe der Versöhnung im Herzen mitzunehmen und festzuhalten."[1779] Offiziell hielt sich die *Aktion Sühnezeichen* ab Oktober 1967 an das behördliche Verbot der Auslandslager. Dem Magdeburger Weihbischof Braun gegenüber berichtete Schmidt aber noch 1970 im Vertrauen von der Kontinuität der Sühnezeicheneinsätze in Polen: „Zu unserer Freude können wir Ihnen vertraulich mitteilen, dass wir in Absprache mit den polnischen Bischöfen dieses Jahr wieder mit 6 Gruppen in Polen inoffiziell arbeiten."[1780] Erst 1987 konnte der Leiterkreis Überlegungen darüber anstellen, ob die Sommerlager in Polen in den offiziellen Lagerplan für 1988 aufgenommen werden sollten.[1781]

4.3.1.3 Institutionen-Personen-Netzwerk der Aktion Sühnezeichen (DDR) mit Polen

> „Für Dr. Kreyssig beziehungsweise die Aktion Sühnezeichen war Günter Särchen ein Glücksfall."[1782]

Die Kontakte Särchens zum polnischen Klerus waren für die *Aktion Sühnezeichen* die einzige Möglichkeit, in Polen Fuß zu fassen, nachdem die polnische Regierung die ablehnende Haltung der DDR-Regierung übernommen und der von Kreyssig unmittelbar nach seiner Amtseinsetzung adressierte evangelische Bischof Andrzej Wantula (Warschau) die *Aktion Sühnezeichen* geradezu brüskiert – und in enger Anlehnung an die Argumentationsweise des Ostberliner Staatssekretariats für Kirchenfragen – abgelehnt hatte:

> Ich habe die Sache mit betreffenden Kirchenleuten besprochen. Wir bezweifeln nicht, dass sich dahinter lauter guter Wille birgt. Ich muss jedoch mitteilen, dass wir für die Sache nicht begeistert sind. Die Aktion kommt zu spät /14 Jahre nach dem Kriegsende/ und passt in die heutige politische Lage nicht hinein. Wir leben doch in einer Zeitperiode, wo in der Federal-Republik die alten dämonischen Geister wach werden, wo die Remilitarisierung in vollem Gange ist und der Geist des Revanchismus und Revisionismus auflebt. Von diesem Geist sind sogar manche Kirchenleute und Theologen nicht frei. Wie könnten wir unter diesen Umständen Versöhnungs-Gaben annehmen? Man könnte uns heute dadurch den besten Dienst erweisen, wenn man gegen die Hetze gegen Polen auftreten würde. Wir wünschen uns herzlich, dass sich zwischen unseren Völkern neue, friedliche und gutnachbarliche Beziehungen anknüpfen, aber wir fühlen, dass der Weg, den die Aktion „Sühnezeichen" eingeschlagen hat, nicht der richtige ist. Er würde nur die rauhen Tatsachen verschleiern und das heutige Bild der inneren Haltung der maßgebenden Stellen in der Federalrepublik Polen gegenüber verwischen.[1783]

[1776] Ebd. [Hervorhebung wie Original]
[1777] Monatsbrief Oktober 1967, dat. 11. Oktober 1967, gez. Christian Schmidt, S. 4 [ASF]
[1778] Vermerk: Aktion Sühnezeichen, dat. Berlin, 17. Oktober 1967, gez. Christa Lewek (Bericht über Leweks Teilnahme an der Sitzung des Leiterkreises am 29./30. September 1967) [EZA 104/618]
[1779] Monatsbrief April 1968, dat. April 1968, gez. Lothar Kreyssig, Christian Schmidt, S. 2f. [ASF]
[1780] Schmidt an Braun, dat. 2. September 1970 [ZAOM Aktenkarton Polenseelsorge, AS 1963-1969]
[1781] Protokoll der Leiterkreissitzung 22. Juni 1987 [ASF, Bd. IV der Protokollbände]
[1782] Christian Schmidt, Ein Geist des Friedens und der Versöhnung. Am 19. Juli 2004 starb Günter Särchen, ein langjähriger ASF-Freund, In *zeichen*, 3/2004, S. 20.
[1783] Wantula an Kreyssig, dat. 15. Dezember 1959 [EZA 97/42]

Wantula wollte allerdings im Jahr darauf von der *Aktion Sühnezeichen* – in Reaktion auf den von ihm für undurchführbar eingeschätzten Vorschlag Kreyssigs, „den lutherischen Pfarrern in Polen eine finanzielle Wiedergutmachung für die während der deutschen Besatzung erlittenen Haft“ anzubieten – eine anonyme Unterstützung für ein Pfarrererholungsheim lukrieren.[1784]

Särchens ausgedehnte Beziehungen zum polnischen Klerus führten hingegen zu Kontakten mit dem Klub der katholischen Intelligenz und der Laienvereinigung der katholischen Parlamentarier– Abgeordneten zum Warschauer Sejm (ZNAK, 1956-1976). So hatte Särchen früh Kontakt mit Prof. Dr. Stanisław Stomma (1908-2005, unabhängiger Abg. zum Sejm 1957-1976)[1785], später kam es zu intensiven Begegnungen mit Mieczysław Pszon (1915-1995, Stellvertretender Chefredakteur von Tygodnik Powszechny), ab 1963 mit der Direktorin des Warschauer Büros des Internationalen Auschwitzkomitees, Barbara Sadowska[1786], und mit Tadeusz Mazowiecki (Jg. 1927), Leiter der Monatsschrift der katholischen Intelligenz *Więź*.[1787] Der letztgenannte, 1989-1990 erster Ministerpräsident der postkommunistischen Republik Polen, war über einen persönlichen Schicksalsschlag mit der *Aktion Sühnezeichen* in Westberlin verbunden, die auf Anregung von Anna Morawska (1922-1972) Mazowieckis an Krebs erkrankte Frau mit Medikamenten versorgte.[1788] Mit diesen Kontakten bewegte sich Särchen und mit ihm die Vertreter der *Aktion Sühnezeichen* in jenen oppositionellen polnischen Kreisen, aus denen sich in den 1980er Jahren die Solidarność-Bewegung rekrutierte.[1789] 1964 schien das Fundament für eine Sühnezeichen-Pilgerreise nach Polen ausreichend tragfähig.[1790] Eine entsprechende Anfrage, die Kreyssig an Jerzy Turowicz (1912-1999), Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny*, richtete, wurde von diesem an den Klub der katholischen Intelligenz in Warschau weitergeleitet, der seinerseits brieflich versicherte, „dass wir Ihr Vorhaben mit vollen Verständnis und gebührender Achtung begrüßen. ... Unser Klub ladet sie hiermit in voller Bereitschaft nach Polen ein. Die vollständigen Aufenthaltskosten ihrer Gruppe in unserem Lande werden von uns getragen....“[1791]

Das kurz gehaltene Schreiben aus Polen evozierte eine enthusiastische Reaktion Kreyssigs und Särchens:

> Aus der freundlichen, bedingungslosen Gewährung unserer Bitte, aus der beschämenden Bereitwilligkeit, uns fast-freundlich [!; wohl: gastfreundlich, Anm.] aufzunehmen erkennen wir, dass Gott uns vergeben hat, weil Sie uns vergeben wollen. Wir wüssten nicht, was uns Gott und Ihnen, die in Seinem Namen das menschlich Unmögliche wagen und tun, mehr verpflichten könnte, als diese Vergebung, welche helfen möchte, einem neuen, heilsamen Anfang der polnisch deutschen Geschichte, einer neuen, gesunden Nachbarlichkeit die Tür zu öffnen.[1792]

Särchen informierte den polnischen Klerus über jeden einzelnen Schritt der Sühnezeichenfahrt bzw. waren Geistliche wie der Domkapitular und Chefredakteur der katholischen Zeitschrift *Przewodnik*

[1784] So ein Mitarbeiter des Kirchlichen Außenamtes der EKD, der Wantula am Rande einer ökumenischen Konferenz in Schottland gesprochen hatte. Dr. Krüger an Kreyssig, dat. 30. August 1960 [EZA 97/48]

[1785] Särchen, Günter: Dokumente aus meiner Zeit Bd. 9 Selbstverlag Martin Höllen, o.D. [ZAOM NL Särchen]

[1786] den Kontakt mit Sadowska führte Särchen in einer späten Erinnerung an. vgl. Särchen an Karnetzki, dat. 15. Februar 1996, zit. nach Horst-Dieter von Enzberg. Typoskript Vorstudie und Diskussionsbeitrag „Berührung und Distanz...“, 1999, S. 29 [ASF]

[1787] Weiß (1998), S. 375, 378f.; Mazowiecki, Tadeusz. Von der Gegenwart zur Neuen Nachbarschaft, In Pflüger, Friedbert und Lipscher, Winfried, Feinde werden Freunde: von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft (1993). Bonn: Bovier. S. 433-451.

[1788] Mazowieckis Frau verstarb kurze Zeit nach Einlangen der Medikamentensendung am 28. Januar 1970. Mazowiecki an Verena von Hammerstein, dat. 18. Februar 1970. Anna Morawska an Franz von Hammerstein, dat. 2. Dezember 1969 [EZA 97/43]

[1789] Lothar Kreyssig selbst „war für die Polen eine beinahe symbolische Figur“, formuliert Dorota Simonides, Professorin für Folkloristik in Opole, seit 1990 Abgeordnete zum Sejm. Neben seinem Widerstand gegen den Nationalsozialismus „war er wie ein helles Licht, das aus der DDR strahlte“ und „er war ein Mensch, der für die Polen, die damals mit ihm zusammengearbeitet haben, ein Ideal verkörperte“. Vgl. Simonides, Dorota. Der steinige Weg zu den historischen deutsch-polnischen Verträgen, In Orth, Susanne, „Wie soll ich singen...“ S. 26.

[1790] Särchen, Günter. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen. Rückblicke auf Magdeburger, christlich geprägte Bemühungen und Initiativen, Anna-Morawska-Gesellschaft (1995), S. 9.

[1791] Kreyssig an Jerzy Turowicz von der Zeitschrift Tygodnik Powszechny, Krakow, dat. 5. Februar 1964 mit der Bitte um Unterstützung bei der Sühnezeichen-Fahrt nach Polen. Turowicz hat diesen Brief an den Klub weitergeben (Turowicz an Särchen, dat. 20. März 1964; Brief Klub Intelligencji Katolickiej an Aktion Sühnezeichen, dat 6. April 1964 [ZAOM Ordner Polen 2 1964]

[1792] Kreyssig und Särchen an den Klub der Katholischen Intelligenz, dat. 28. April 1964 [EZA 97/42]; der Brief basiert auf Särchens Entwurf. Vgl. Särchen an Kreyssig, dat. 21. April 1964 [EZA 97/34]

Katolicki, Prälat Dr. Roman Mielinski aus Poznań selbst Mitinitiatoren der Fahrt.[1793] Der polnische Klerus befürwortete die Organisation durch den Klub der katholischen Intelligenz und selbst das Warschauer Amt für Kirchenfragen hatte nicht nur keine Bedenken erhoben sondern diese Fahrt begrüßt.[1794] Einzig der Klub der katholischen Intelligenz schätzte den Zeitrahmen „für die beabsichtigte gute technische Vorbereitung" als zu kurz ein, wie Stanisław Stomma Särchen mitteilte.[1795] Am Tag danach erfuhr Särchen in einem weiteren Telefonat mit einem polnischen Vertrauten, dem Bruder von Anna Morawski, dass ein Sejm-Abgeordneter[1796] des katholischen Klubs vom Warschauer Amt für Religionsangelegenheiten erfahren hätte, „dass man im Augenblick eine Genehmigung für diese Fahrten nicht erteilen könne, da dem Amt für Religionsangelegenheiten kein offizieller Antrag des Staatssekretariates für Kirchenfragen DDR vorliegt".[1797] Die *Aktion Sühnezeichen* sollte demnach einen Antrag bei der DSKF einbringen, der dann an das Warschauer Amt für Religionsangelegenheiten weitergeleitet und dort bearbeitet würde. Die *Aktion Sühnezeichen* sollte sofort einen Antrag mit Termin Frühjahr 1965 stellen, auch wenn die Sühnezeichen-Fahrt tatsächlich erst im Sommer 1965 erfolgen sollte.[1798] Da die polnischen Behörden bis zu diesem Zeitpunkt weder offiziell noch über die informellen Kanäle der katholischen Abgeordneten zum Sejm eine Ablehnung erkennen ließen und das in letzter Minute vorgegebene Prozedere aufgrund der Kurzfristigkeit – zwei Wochen vor dem geplanten Beginn der Pilgerfahrt – schon technisch nicht machbar war, ist anzunehmen, dass Regierungsstellen der DDR bei polnischen Behörden gegen eine Pilgerfahrt der *Aktion Sühnezeichen* interveniert und ihre polnischen Amtskollegen zu dieser Vorgangsweise motiviert haben.[1799]

Offen bleibt die Frage nach der Rolle Stanisław Stommas. Stomma schätzte die „Aktivität der Bewegung Sühnezeichen" und versicherte Särchen, „wie sehr wäre es mir lieb, wenn ich die Erfüllung Ihrer Aufgabe erleichtern könnte". „Als Ergebnis der bisherigen Bemühungen" hätte er „Gründe zu hoffen", „dass in diesem Jahre die Fahrt nach Polen der Vertreter der Sühnezeichen zustande kommen wird". Bis Ende April wollte er die endgültige Entscheidung bekannt geben.[1800] Wenngleich von Stomma nicht explizit ausgeführt, ist anzunehmen, dass sich die Entscheidung über das Zustandekommen der Sühnefahrt auf Verhandlungen mit polnischen Regierungsvertretern bezog.[1801] Im Jahr davor hatte der Generalsekretär des Klubs der katholischen Intelligenz in Warschau im zuständigen Amt für Kirchenfragen vorgesprochen und die mündliche Auskunft erhalten, dass eine Genehmigung des Amtes nicht notwenig wäre.[1802] Stomma, ebenfalls Mitglied des Klubs der katholischen Intelligenz, war von den Besprechungen im Klub informiert. Nach Stomma würde das Sühnezeichen von allen verstanden werden und „nicht ohne Einfluss auf das deutsch-polnische Verhältnis aus christlicher Sicht" bleiben. Stomma befürwortete „die rein religiöse Form der Sühneleistung" und er versicherte, dass er sich nur dann einschalten würde, „sollten irgend welche polnischen staatlichen Stellen Schwierigkeiten bereiten".[1803] Stommas wechselnde Position – erklärte Unterstützung bei gleichzeitigem Hinhalten – könnte mit seiner Position in Polen zusammenhängen. Günter Särchens zusammengefasste Erkenntnisse aus Stasi Aktenbestände beinhalten die ohne Quellenangabe beigefügte Anmerkung, dass Stommas Warschauer Wohnung vom polnischen

---

[1793] Bericht über Warschaureise vom 19. bis 26. Juni 1964, dat. 1. Juli 1964, gez. G. Sä[rchen] – Särchen war zur Vorbereitung für die geplante Sühnefahrt nach Polen vom 1. bis 18. August 1964 mit der Beteiligung von 20 Katholiken nach Posen und Warschau gereist. [EZA 97/34; auch ZAOM Polen 4 1964] Kreyssig erhielt für die Reise keine Ausreisegenehmigung. [Ebd.]
[1794] Ebd.
[1795] Protokoll des Telefonats Särchens mit Stomma, dat 26. Juli 1964 [ZAOM Polen 4 1964]
[1796] Särchen protokollierte als Name: Buginski
[1797] Notiz Telefonat mit Herrn Morawski, Warschau, dat. 27. Juli 1964, gez. Särchen [EZA 97/34]
[1798] Ebd.
[1799] siehe Abschnitt 5.3 Vom westlichen Imperialismus bis zur Anerkennung: Aktion Sühnezeichen und die DDR
[1800] Stomma an Särchen, dat. 4. März 1965 [ZAOM Polen 3 1964]
[1801] Kreyssig an Müller-Gangloff, Hammerstein, Klaus Wilm, Törne, dat. 23. Februar 1966 [EZA 97/939]
[1802] Bericht über Warschaureise vom 19. bis 26. Juni 1964, dat. 1. Juli 1964, gez. G. Sä[rchen] – Särchen war zur Vorbereitung für die geplante Sühnefahrt nach Polen vom 1. bis 18. August 1964 mit der Beteiligung von 20 Katholiken nach Posen und Warschau gereist. [EZA 97/34]
[1803] Ebd.

Geheimdienst abgehört wurde.[1804] Stommas Verhalten könnte mit einer derartigen Observierung und einhergehender Instumentalisierung erklärt werden.[1805]

1965 war die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* die erste deutsche bzw. überhaupt die erste nichtpolnische Gruppe, die am Gelände des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau arbeitete.[1806] Arbeitsauftrag war das Freilegen sämtlicher Grundmauerreste des dortigen sogenannten Weißen Hauses, eines abgelegenen vormaligen Bauernhauses im Lagerteil Birkenau, das für NS-Mordexperimente verwendet worden war. Nachfolgende Sühnezeichen-Gruppen arbeiteten an den gesprengten Krematorien.[1807] Nach den Einsätzen 1966 (Auschwitz, Majdanek, Stutthof, Ragoźnica [Groß-Rosen] und Chełmno) musste die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* aufgrund der Ablehnung durch die DDR-Behörden ihre Entsendungen nach Polen einstellen. Erst die Einführung des pass- und visumfreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen (ab 15. Januar 1972) und zwischen der DDR und der Tschechoslowakei (ab 2. April 1972) erlaubte es Teilnehmern der *Aktion Sühnezeichen* als Privatpersonen die jeweilige Grenze ohne die Hürde einer Reisegenehmigung durch die DDR-Behörden zu passieren.[1808] Bis zur Einführung von Einladungen als Voraussetzung für das Passieren der Grenze (ab 30. Oktober 1980), die von der Volkspolizei bestätigt werden mussten, und die im Jahr darauf folgende Verhängung des Kriegsrechts in Polen (13. Dezember 1981)[1809], die mit der Schließung der Grenzen zu Polen einherging, konnte die *Aktion Sühnezeichen* an Bauprojekten in und an den Kirchen in Nova Huta (Kraków), Poznań (Posen), Wrocław (Breslau) und Gdańsk (Danzig) sowie – über mehrere Jahre – an der Blindenanstalt in Laski bei Warschau und in den Psychiatrieanstalten in Pruszkow und Wrocław mitarbeiten. Nach dreijähriger Unterbrechung organisierte die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* ab 1984 erneut Sühnezeicheneinsätze in Polen. Ab 1986 stellten die DDR-Regierungsbehörden erstmals offizielle Reisegenehmigungen für Sühnezeichen-Gruppen nach Warzawa, Auschwitz und Majdanek aus.[1810]

Mit der Blindenanstalt Laski bestanden seit den 1970er Jahren enge Verbindungen, die sowohl von der West- wie von der Ostberliner Aktion Sühnezeichen getragen wurden. Die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* stellte technische Ausrüstung wie Blindenuhren, ein Mikroskop und Schreibmaschinen zur Verfügung.[1811] Mitte der 1970er Jahre wurde ihr vom ökumenischen Rat der DDR über die Initiative des Ostberliner Bischofs und Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Albrecht Schönherr[1812], die Entsendung von Arbeitsgruppen an das Kinderkrankenhaus übertragen.[1813] Das Kinderkrankenhaus bzw. Gesundheitszentrum für Kinder wurde im Warschauer Vorort Międzylesie errichtet, die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* übergab anlässlich des Besuchs einer Delegation mit Franz von Hammerstein und Pfarrer Gerhard Möckel den Bauherren 1972 eine Geldspende von 5.000 DM.[1814] 1977 fuhr die erste Gruppe DDR-Teilnehmer zum Einsatz nach Warschau, der sich als schwierig herausstellte, weil die Besucher aus der DDR eher als Gäste denn als arbeitswillige Sühnezeichengruppe wahrgenommen wurden.[1815] Die Teilnehmer der *Aktion Sühnezeichen* halfen bei der Einrichtung und

---

[1804] Särchen, Günter, Brücken der Versöhnung. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen [4], 1998, S. 17 [ZAOM]
[1805] Stomma könnte andererseits auch mit der polnischen Regierung zusammen gearbeitet haben.
[1806] zur Beschreibung der vereitelten und der realisierten Pilgerfahrten von 1964 und 1965 vgl. Weiß (1998), S. 379ff.; Weiß, der selbst an den Pilgerfahrten teilgenommen hatte, geht auch auf eine Episode der Fahrt von 1965 ein, als bei einem Arbeits- und Andachtsaufenthalt in der Gedenkstätte Museum Auschwitz von der Sühnezeichen-Gruppe ein Holzkreuz errichtet worden war, um das herum Andachten stattfanden.
[1807] Werner Ross an ASF, dat. 6. August 1987 [EZA 97/909]
[1808] für Gruppenreisen waren weiterhin eigens Genehmigungen einzuholen.
[1809] Daten entnommen aus: Lehmann, Hans Georg, Deutschland-Chronik (2002). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 253, 256.
[1810] Antkowiak (1987), S. 22.
[1811] Protokoll der Leiterkreissitzung 14. März 1973, 26. Juni 1974. Das Protokoll der Leiterkreissitzung vom 21. Februar 1973 listet 10 Blindenschreibmaschinen und 5 Blindenuhren auf. Die Verrechnung erfolgte über die Aktionsgemeinschaft für die Hungernden [Bd. II, ASF]
[1812] Email Magirius, dat. 1. Juli 2005
[1813] Die Idee, TeilnehmerInnen an der Errichtung und Einrichtung eines Kinderkrankenhauses in Warschau zu beteiligen bzw. ein solches durch die Aktion Sühnezeichen errichten zu lassen, war bereits 1964 in einem Gespräch zwischen Särchen und Stomma angeregt worden. [Bericht Särchens über Warschaureise vom 19. bis 26. Juni 1964 – Vorbereitung für Sühnefahrt von Aktion Sühnezeichen nach Polen vom 1. bis 18. August 1964 mit der Beteiligung von 20 Katholiken; EZA 97/34]
[1814] Aktion Sühnezeichen in Polen, *Tagesspiegel*, 16. Dezember 1972,
[1815] Protokoll der Leiterkreissitzung 5. August 1977 [Bd. II, ASF]

Aufstellung des Labors; für die Organisation vor Ort war der polnische Ökumenische Rat zuständig.[1816] Für die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR bedeutete dieses Projekt eine Loslösung vom katholischen Einfluss und Zuwendung zur Zusammenarbeit mit regierungsoffiziellen Stellen. Die Katholische Kirche Polens hatte eine Unterstützung des Kinderkrankenhauses abgelehnt, weil „nicht gewährleistet ist, dass ein Priester später ins Krankenhaus zur seelsorgerischen Betreuung darf".[1817]

1983 wurde die *Aktion Sühnezeichen* vom katholischen Bischof von Lublin, Boleslaw Pylak in das Ehrenkomitee für den Bau des „Heiligtums des Friedens" berufen. Obwohl das ursprüngliche Projekt einer sechs Religionen umfassenden ökumenischen Gedenk- und Gebetsstätte nicht realisiert wurde, nutzte die *Aktion Sühnezeichen* die von der Regierung der DDR erteilte Zustimmung zu Reisen im Zusammenhang mit der Planung des Projekts zur Wiederaufnahme früherer Kontakte zu den Klubs Katholischer Intelligenz, Kirchengemeinden und Redaktionen katholischer Zeitungen.[1818]

Die Arbeitseinsätze der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* in den polnischen Gedenkstätten fanden auf Vermittlung, wenn nicht sogar Betreiben des polnischen Klerus und mit Unterstützung durch die katholischen Sejm-Abgeordneten statt. Doch handelte es sich um nationale, staatlich finanzierte und organisierte Einrichtungen unter dem Einfluss der polnischen Regierung. Diese konnte weder ein Interesse daran haben, die mit der DDR-Regierung akkordierte Ablehnung von Sühnezeichen-Einsätzen in Polen zu revidieren, noch gegenüber dem Klerus ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen. Wie in einer Besprechung Särchens mit Stanisław Stomma und Vertretern des Klubs der Katholischen Intelligenz noch im Vorfeld der ersten geplanten Pilgerfahrt 1964 festgehalten wurde, war zu diesem Zeitpunkt sogar „der Kirchbau oder die Finanzierung eines Kirchenbaus im Augenblick noch völlig ausgeschlossen, da selbst den polnischen kirchlichen Stellen der Kirchbau mit eigenen Mitteln versagt sei".[1819] Die Sühnezeichen-Arbeit in Gedenkstätten könnte auf eine Kompromissformel zwischen staatlichen und kirchlichen Institutionen zurückgehen. Über die Vermittlung der Gedenkstättenleiter, die sich aus vormaligen KZ-Häftlingen rekrutierten und die über das Warschauer Büro des Internationales Auschwitzkomitees und die Vereinigung der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (*Związek Bojowników o Wolność i Demokrację*, ZBoWiD) in polnischen Regierungskreisen verankert waren, lässt sich ein ‚gemeinsamer Nenner' hinsichtlich des Versöhnungsprogramms der *Aktion Sühnezeichen* ausmachen. Der gemeinsame historische Bezugspunkt polnischer Katholiken und polnischer Kommunisten als Verfolgte des Nationalsozialismus bildete so die Basis für die Sühnezeichen-Einsätze. Die zeitgenössische Problematik des deutsch-polnischen Verhältnisses, das Schicksal der ethnisch-deutschen Minderheit, der seit Ende der 1950er Jahre Minderheitenrechte durch die polnische Regierung mit dem Ziel einer vollständigen Aussiedlung vorenthalten wurden[1820], ließ sich in den bearbeiteten Quellen nicht als Thema der Begegnungen Särchens, Kreyssigs oder anderer Vertreter der *Aktion Sühnezeichen* mit polnischen Gesprächspartnern ausmachen.

4.3.2 Begegnung mit jüdischen Überlebenden in/aus der ČSSR

Die Tschechoslowakei wurde bereits 1958 in einer Besprechung zwischen Kreyssig und Müller-Gangloff als präsumtiver Einsatzort erwogen. Müller-Gangloff wollte „Fühlung aufnehmen" zu Josef Luki Hromádka (1889-1969), einem tschechischen evangelischen Theologen, der 1958 die Christliche Friedenskonferenz (CFK) in Prag gründete und um den Dialog zwischen Christen und Marxisten bemüht

[1816] Monatsbrief September 1977, S. 3f. [ADW DWDDR D162]
[1817] Protokoll der Leiterkreissitzung 28. Juli 1976, 26. Juni 1974 [Bd. II, ASF]
[1818] Liedtke (1998), S. 288
[1819] Bericht Särchens über Warschaureise vom 19. bis 26. Juni 1964 – Vorbereitung für Sühnefahrt von Aktion Sühnezeichen nach Polen vom 1. bis 18. August 1964 mit der Beteiligung von 20 Katholiken [EZA 97/34]
[1820] Dieter Bingen, Gesellschaftliche Strukturen, *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 273 [www.bpd.de/publikationen/RTPANR.html; 8. Mai 2005], S. 6

war. In Aussicht genommen wurde die Instandsetzung des Denkmals des von Nationalsozialisten ermordeten Publizisten, Schriftstellers und Kulturphilosophen Theodor Lessing (1872-1933) und des jüdischen Friedhofs in Mariánské (Lázne Marienbad).[1821]

Noch im gleichen Sommer nahm Kreyssig am Rande der Tagung des christlichen Friedensdienstes selbst Kontakt mit Hromádka auf, der „den Gedanken ganz spontan" begrüßte, auf spätere Schreiben Kreyssigs mit Projektvorschlägen allerdings nicht antwortete. Kreyssigs Hoffnung auf Realisierung baldiger Projekte in der Tschechoslowakei als dem ersten osteuropäischen Einsatzland wurden enttäuscht: „Ich sehe nun mit Trauer, dass sie auf die politischen und ideologischen Formeln völlig festgelegt sind".[1822] Trotz mehrmaliger Rückschläge führte Kreyssig die Tschechoslowakei im Dezember 1960 in Rundschreiben Nr. 9 als präsumtives Einsatzland an.[1823] Im Frühsommer 1964 reiste Kreyssig in die Tschechoslowakei.[1824] Ob er an einer Ende Juni 1964 stattgefundenen Tagung der CFK teilnahm, ist nicht dokumentiert. Im Vorfeld der Tagung wandte er sich an Teilnehmer aus der BRD (Martin Niemöller, Joachim Beckmann und Erich Müller-Gangloff) und aus der DDR (Albrecht Schönherr), um sie bei dieser Gelegenheit um Intervention zugunsten eines Sühnezeichen-Einsatzes in Marienbad beim zuständigen Beauftragten für Kirchenangelegenheit des tschechoslowakischen Unterrichtsministeriums zu bitten. In diesem Schreiben führte Kreyssig als seine bisherigen Gesprächspartner in Sachen Sühnezeichen-Einsatz für die jüdische Gemeinde Marienbad den Vorstand der dortigen jüdischen Gemeinde, Evzen Roth sowie Vertreter der jüdischen Gemeinde in Prag, die christlichen Geistlichen von Marienbad und den Generalsekretär der CFK in Prag an.[1825] Der Sühnezeicheneinsatz in Marienbad kam schließlich 1967 unter der Ägide der Evangelischen Industriejugend in Westberlin zustande.

1965 erfolgte ein informeller Einsatz aus dem Sühnezeichen-Umfeld: „ohne jede Anregung von uns haben vergangenen Sommer einige unserem Anliegen nahe stehende Besucher in den Gedächtnisanlagen [!] von Lidice zu arbeiten begonnen", so Kreyssig in einem Rundschreiben.[1826] 1966 fuhr Dietrich Erdmann mit einer Sühnezeichen-Gruppe nach Lidice (Liditz) und Terezín (Theresienstadt) und vereinbarte mit den Leitern der Gedenkstätten einen Sühnezeicheneinsatz. Arbeitsmaterial, Unterbringung und Verpflegung der Gruppe mussten selbst organisiert werden. Am inoffiziellen Einsatz in Lidice im August 1966 nahmen vier Vertreter der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* teil. Sie arbeiteten acht Tage im *Garten der Freundschaft und des Friedens*, der in Erinnerung an das Schicksal der tschechischen Stadt errichtet worden war.[1827] Die Bürgermeisterin, Überlebende des Konzentrationslagers Ravensbrück, bedankte sich in einem deutschsprachigen Schreiben und betonte, „dass wir die uns damit erwiesene Solidarität und Freundschaft, welche damit diese Herren uns gegenüber erwiesen haben, über alle Maßen zu schätzen wissen".[1828]

Der erste offizielle Sühnezeichen-Einsatz im Památnik Terezín (Gedenkstätte Theresienstadt) fand ab 16. Oktober 1966 mit 12 Teilnehmern (sieben Frauen und fünf Männer) statt. Die Vereinbarung zu diesem Einsatz hatte sich schwierig gestaltet.[1829] Erst drei Wochen vor dem geplanten Arbeitsbeginn traf die

---

[1821] Aktion Versöhnungszeichen, Vermerk Besprechung mit Dr. Müller-Gangloff, dat. 7. Juli 1958, gez. Kr[eyssig] [EZA 670/365]
[1822] Kreyssig, an Pf. Heinemann-Grüder, Potsdam, dat. 8. Mai 1959, Bezugnahme auf dessen Brief vom 30.4.1959 [EZA 97/938]
[1823] Rundschreiben Nr. 9, dat. 20. Dezember 1960, gez. Kreyssig [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]
[1824] Rudolf Otto an Pfarrer Dr. Huck, Frankfurt/Oder, dat. 4. Juni 1964 [EZA 97/34]
[1825] Kreyssig an Niemöller, Beckmann, Schönherr, Müller-Gangloff, Schmidt, dat. 10. Juni 1964 [EZA 97/939]
[1826] Monatsbrief November 1966/Wochenbrief auf den drittletzten Sonntag des Kirchenjahres 1966, S. 4, dat. 1. November 1966 [ASF]
[1827] Lidice war nach dem erfolgreichen Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren und Leiter des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich als Vergeltungsmaßnahme zerstört, die Bevölkerung großteils ermordet worden. Lidice wurde nach 1945 zu einem „Symbol brutaler NS-Repressalien"; vgl. Eintrag Lidice, Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden, Bd. 13 Lat – Mand, 2., neu bearbeitete Auflage 1987, Mannheim; Wien; Zürich: BI-Taschenbuchverlag, S. 139
[1828] M[arie] Jarošová, Vorsitzende des Ortsausschusses der Gemeinde Lidice an Aktion Sühnezeichen, dat. 9. September 1966 [ASF]
[1829] vgl. Schreiben ASZ an Grisa, dat. 20. September 1966, Typoskript Ermittlung bei der Prag-Fahrt am 1. 10.1966 bezüglich Gruppe CSSR, gez. Fritz Steffen [beide: ASF – SoLa ASZ 1962-1966]

Zustimmung des Gedenkstättenleiters ein.[1830] 1967 und 1968 wurden diese Einsätze zwar weitergeführt, wegen der ausdrücklichen Untersagung durch die DDR-Behörden allerdings als ‚Privatfahrten' von Einzelpersonen, deren ‚institutionalisierte Entsendung' als Sühnezeichen-Teilnehmer gegenüber den Behörden verschleiert wurde (Vorweis privater Einladungen). Parallel zu den Einsätzen in den staatlichen tschechoslowakischen Gedenkstätten fanden Einsätze in evangelischen Pfarrgemeinden (mehrmals in einem von Pfarrer Adolf Petr betreuten Rüstzeitenheim in Zalesi bei Javornik-Travna an der tschechisch-polnischen Grenze) statt. Nach dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei zur Beendigung des „Prager Frühlings" im August 1968 kam es zu einer Unterbrechung der Sühnezeicheneinsätze in der Tschechoslowakei. Aber bereits 1970 wurden Überlegungen zu einem Vorbereitungsbesuch für weitere Sühnezeichen-Einsätze angestellt.[1831] Bis zu einem dokumentierten weiteren Einsatz sollten noch drei Jahre vergehen. 1973 arbeiteten DDR-Jugendliche auf dem jüdischen Friedhof in Prag.[1832] Im September 1972 ist eine Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Theresienstadt durch eine Vertreterin der *Aktion Sühnezeichen* protokolliert.[1833] In den 1980er Jahren wurden regelmäßige Einsätze in Lidice mit Einsätzen in der Gärtnerei und im bereits genannten Rosengarten durchgeführt.[1834] Weitere, kleinere Gruppen arbeiteten in evangelischen und katholischen Gemeinden.[1835]

Eine zentrale Rolle für den Kontakt innerhalb der ČSSR spielte das Ehepaar Lauscher aus Prag. Irma Lauscherová (1904-1985) und Jiři [Georg] Lauscher (1901-1989) waren selbst Überlebende des Konzentrationslagers Ghetto Theresienstadt.[1836] Sie unterstützten die Organisation der Einsätze innerhalb der Tschechoslowakei und besuchten die Jahrestreffen der *Aktion Sühnezeichen* in Ostberlin, wo sie über ihre eigene Verfolgungserfahrung während der deutschen Besatzung der Tschechoslowakei berichteten und jüdische Traditionen erklärten.[1837] Mit dem ebenfalls im Konzentrationslager Theresienstadt und im Vernichtungslager Auschwitz inhaftiert gewesenen Juristen Josef Bor (1906-1979), dessen Frau und Tochter ermordet worden waren, war ein weiterer Überlebender maßgeblich am Zustandekommen von Sühnezeichen-Einsätzen aus der DDR in der Tschechoslowakei beteiligt. Sowohl mit dem Ehepaar Lauscher wie mit Bor bestand reger Besuchskontakt. Das Ausmaß der Beteiligung dieser Überlebenden an der Gestaltung der *Aktion Sühnezeichen* war beträchtlich. Sie nahmen in organisatorischer Hinsicht eine Rolle ein, die bei der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* von hauptamtlichen Mitarbeitern vor Ort erfüllt wurde. Die drei Überlebenden arrangierten Einsätze vor Ort, betreuten Gruppen beider Sühnezeichen-Organisationen – von Irma Lauscherová wird berichtet, dass sie 1968 beim Bauhilfseinsatz in der Prager Pinkas Synagoge sogar „die Wäsche" für Sühnezeichen-Teilnehmer wusch[1838] – und besuchten Jahrestreffen und Sühnezeichenlager in Ostberlin bzw. in der DDR.[1839] Von Irma Lauscherová ist auch die Vermittlungstätigkeit in die umgekehrte Richtung dokumentiert: von interessierten tschechoslowakischen Jugendlichen zu Einsätzen in Sommerlagern der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR.[1840] Die Begegnungen mit Sühnezeichen-Teilnehmern auf Jahrestreffen und im Rahmen der Sommerlager wurden ergänzt mit schriftlichen Ausführungen in den Monatsbriefen der *Aktion Sühnezeichen*. Die so erfolgte persönliche Vermittlung des jeweils eigenen Schicksals und eines jeweils persönlichen Verständnisses von Judentum an die Teilnehmer der *Aktion Sühnezeichen* ab Mitte der 1960er Jahre bis zum Ableben der drei Zeitzeugen prägten Sühnezeichen-Teilnehmer über fast zwei Jahrzehnte.

[1830] Grisa an Himpel, dat. 24. September 1966; Telegramm Mahnmal Terezín an ASZ, dat. 7. Oktober 1966 [beide: ASF – SoLa ASZ 1962-1966]
[1831] Protokoll Leiterkreissitzung, 30. Juni 1970 [Band I; ASF]
[1832] Protokoll Leiterkreissitzung, 6. September 1974 [Bd. II, ASF]. Ob ein 1972 vereinbarter Einsatz auf dem Prager jüdischen Friedhof und in der Gedenkstätte Theresienstadt zustande kam, konnte nicht verifiziert werden. Protokoll Leiterkreissitzung, 10. Mai 1972 [Bd. II, ASF]
[1833] Protokoll Leiterkreissitzung, 6. September 1972 [Bd. II; ASF]
[1834] Liedtke (1998), S. 298
[1835] Ebd., S. 299
[1836] Information von Hildegart und Joachim Stellmacher [Interview am 26. August 2004 in ihrer Dresdner Wohnung]. Gemeinsam mit Renate Trautmann arbeitete Hildegart Stellmacher zum Zeitpunkt des Interviews an einer Biographie über die Lauschers.
[1837] Antkowiak (1987), S. 22f.
[1838] Typoskript Arbeitslager in Lidice, gez. 29. September 1968, verf. Jürgen Wiesemann [EZA 2/5840]
[1839] davon berichtete Schmidt in seinem Schreiben an Wolfgang Rein, dat. 5. Juni 1970 [EZA 97/909]
[1840] Jan Hlavička an Schmid, dat. 26. April 1968 [EZA 97/897]

Die Sühnezeichen-Einsätze in der Tschechoslowakei vermittelten den Teilnehmern in der Begegnung mit den jüdischen Überlebenden Theresienstadts ein lebendiges Element in der Auseinandersetzung mit Juden und Judentum. Im Sühnezeichen-Narrativ hat die Begebenheit Eingang gefunden, wonach eine in der Gedenkstätte Theresienstadt eingesetzte Gruppe jeden Morgen eine Anzahl von Aprikosen im Frühstücksraum vorfand, die regelmäßig, aber heimlich abgegeben wurden. Erst im Verlauf wurde bekannt, dass die Obstspenderin eine ehemalige Inhaftierte Theresienstadts namens Schiffnerova war, die der deutschen Sühnezeichen-Gruppe ihre Freude über den Einsatz vermitteln wollte.[1841] Die *Aktion Sühnezeichen* verfügte allerdings in der ČSSR nicht über jene informellen Kontakte zu einer institutionalisierten gesellschaftlichen Kraft, wie sie in Polen mit der katholischen Kirche und in der Folge zur späteren Opposition bestanden hatten. So finden sich keine Kontakte zu Bürgerrechtlern bzw. Dissidenten, wie etwa jene der Charta 77.

4.4 "Operation Reconciliation": Das Coventry-Dresden-Projekt

Das außergewöhnlichste Projekt der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* fand 1965 unter der Bezeichnung "Operation Reconciliation"[1842] in Dresden statt. In einem mehrmonatigen Einsatz unter offizieller Beteiligung britischer Jugendlicher wurden Bauvorbereitungsarbeiten in der *Evangelisch-Lutherischen Diakonissenanstalt zu Dresden* (Diakonissenkrankenhaus) durchgeführt. Aus der Binnenperspektive der *Aktion Sühnezeichen* stand das Projekt im Kontext der langjährigen christlich-ökumenischen Versöhnungsbemühungen Kreyssigs, die bereits 1961/62 zu einem Einsatz von 16 westdeutschen Sühnezeichen-Freiwilligen bei der Errichtung eines Jugendbegegnungszentrums in den Ruinen der von der deutschen Luftwaffe zerstörten Kathedrale der Stadt Coventry geführt hatten. Das Projekt wurde vom Dompropst der *Cathedral of Coventry*, Provost Harald C.N. [Bill] Williams über Martin Koschorke, Freiwilliger des ersten Einsatzes in den Niederlanden 1959, während eines Studienaufenthaltes übermittelt.[1843]

Gegenüber den Gruppenleitern Hans-Richard Nevermann und Ernst Buczys reagierte Kreyssig auf diese Einladung, die zur Grundlage einer über vier Jahrzehnte reichenden Zusammenarbeit zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und der Cathedral of Coventry werden sollte[1844], ebenso enthusiastisch wie martialisch, wobei er die nationalsozialistische Wortschöpfung „coventrieren" auf die westlichen Alliierten und deren Bombardement Dresdens projizierte:

> Nicht mehr und nicht weniger als die informelle Einladung zu einem Sühnezeichen in Coventry, in Coventry, in Coventry! Wisst Ihr, was das heißt? Der Schuss ins Schwarze der englischen Scheibe! Coventry ist das Symbol für den Sündenfall des totalen Krieges zwischen Deutschland und England. An Coventry sollte exemplarisch vorgemacht werden, was die Luftwaffe und V1 und V2 mit ganz England zu tun entschlossen waren. Es blieb im Wesentlichen in der großmächtigen Drohung stecken. Aber Coventry wurde immerhin etwa so zerstört, wie die meisten mittleren Städte in Deutschland später. Aber ihren gemeinsamen Vorsatz, im Gegenschlag Deutschland zu „coventrieren", führten Engländer und Amerikaner dann fleißig aus.[1845]

Kreyssig adressierte umgehend den Dompropst von Coventry, der in seiner Antwort den nationalen Schuldaspekt in Richtung eines universellen christlichen Schuldverständnisses uminterpretierte. Unter Berufung auf die Diskussion rund um das Sühnezeichen-Projekt innerhalb des „Internationalen Komitees" der Kathedrale von Coventry führte Williams aus:

[1841] Monatsbrief September – Rundschreiben III/1967, dat. Anfang September 1967, gez. Christian Schmidt; die Episode mit Namensnennung findet sich auch in der Zeitschrift der Evangelischen Industriejugend *Information*, Heft 4, Jg. 2 vom 7. Februar 1968, S. 9 [LABB 1/1 K 12, Bd. I]
[1842] Typoskript Versöhnungsdienst Dresden 1965, o.D., o.A [ZAOM Polen 3 1964]
[1843] Kreyssig an Nevermann und Buczys, dat. 21./22. Juni 1960 [EZA 609/88 NL Hildebrandt Sühnezeichen]
[1844] vgl. John Petty (Dompropst der Cathredral of Coventry), ASF und die Kathedrale von Coventry, *Zeichen* 3/1996, S. 8
[1845] Ebd.

> Wir stimmen einmütig überein mit der Linie, die ich mit Martin Koschorke einhielt, namentlich in der Hinsicht, dass wir keinen Besuch aus Deutschland annehmen könnten, der herkäme, um Schuld auszusprechen und um Vergebung zu bitten. Das würde in England sehr missverstanden werden, und es würde im Gegensatz zu unserer eigenen Ansicht über den Krieg stehen, der eine Sünde der Menschheit ist, und an dem die ganze Welt Schuld hat, von der nur Gott uns durch seine Vergebung erlösen kann. Andererseits würden wir eine gemischte Unternehmung Ihrer und einer Gruppe aus England begrüßen und möglicherweise einer dritten, bestimmt dazu, unseren Willen zu äußern für eine christliche Versöhnung untereinander, und falls Sie einverstanden damit sind, könnten wir unverzüglich an einen Plan denken, der uns alle in der gemeinsamen Absicht zur Versöhnung zusammenführt....[1846]

Das unterschiedliche Schuld- und folglich Versöhnungsverständnis Williams' und Kreyssigs ging auf verschiedene Erfahrungshorizonte zurück. Seitens der Kathedralgemeinde von Coventry war die fast völlige Zerstörung der Industriestadt samt der kirchlichen Einrichtungen durch die reichsdeutsche Luftwaffe im November 1940 zu einer christlichen, universellen Friedens- und Versöhnungsmission umgedeutet und ein Internationales Christliches Versöhnungszentrum gegründet worden. Die anglikanische Kirche in Coventry versuchte sinnstiftend für den erlebten Vernichtungsfeldzug ebenso wie als Antithese für die nach 1945 einsetzende konfliktbeladene Ost-Westspannung mittels eines in christlicher Theologie begründeten transzendentalen Ansatzes eine Denk- und Handlungsalternative aufzubauen. Zur Umsetzung wurden Freiwilligen- und Besuchsprogramme etabliert, vergleichbar mit dem Freiwilligenprogramm der *Aktion Sühnezeichen*. Auf symbolisch-mystischer Ebene wurden aus Nägeln der zerstörten Kathedrale von Coventry sogenannte „Nagelkreuze" hergestellt, die an Gemeinden, in denen Freiwillige aus Coventry zum Einsatz gekommen waren, verliehen wurden, um so die Verbundenheit Coventrys mit diesen Gemeinden symbolisch zu repräsentieren. Partner und Gleichgesinnte dieses Programms werden als Mitglieder des sogenannten „Nagelkreuzordens" geführt.

Der Krieg, so Williams in einem Vortag vor der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Hannover 1961, wäre eine Krankheit, die „aus der mangelnder Gesundheit am gesamten **Körper aller Nationen**" resultierte, weshalb alle der „heilenden Berührung Gottes" bedürften. Aus dieser Überzeugung definierte Williams drei Bereiche für die Versöhnungsarbeit: Jugendarbeit („Es ist die schreckliche Angst in meinem Inneren, dass wir in Westeuropa der **Jugend Deutschlands** im Besonderen und der Europas im Allgemeinen nichts geben, auf das sie **hoffen** könnte."), Überwindung des Nationalismus in Richtung Versöhnung der Kirchen und „Versöhnung für die Spaltungen in der Industrie".[1847] Unklar ist, ob Kreyssig diesen Vortrag kannte, vielleicht sogar selbst anwesend war, fanden doch in Hannover auch regelmäßig Sitzungen des Rates der EKD statt, dem Kreyssig bis 1961 als Mitglied angehörte. Kreyssig war der universalistische Ansatz aus Coventry jedenfalls nicht geheuer. Ende 1963 verwies er in einem Schreiben an Hans-Richard Nevermann auf ein konkretes Schuldverständnis, das jeden Einzelnen beträfe:

> Das ändert aber nichts daran, dass Vergebung einer konkreten Schuld die Angelegenheit des einzelnen Menschen ist, der in dieser seiner Schuld vor Gott steht. Sonst würde die zentrale Tatsache verdunkelt, dass es der Mensch, zumal in dem eschatologischen Vorgang der Erzeugung des ewigen Lebens aus Vergebung, immer zuerst mit Gott und nur durch Ihn hindurch mit dem Mitmenschen zu tun hat. [...] Noch bezeichnender ist, dass die liberalistischen Engländer, wie ich glaube, auch auf der Flucht vor der konkreten Schuld ihrer eigenen Vergangenheit, selbst in der Person des avantgardistischen Williams, das Wort Sühne – expiation – nicht hören können, sondern erbittert auf dem alleinigen Gebrauch von reconciliation bestehen.[1848]

Der Ansatz der anglikanischen Kathedralgemeinde von Coventry wurde von einem früheren Dompropst von Coventry geprägt. Gottes Vergebung ist demnach nicht nur Deutschen, „sondern allen am Zweiten Weltkrieg Beteiligten, auch den Bürgern Coventrys, die nach dem deutschen Angriff Hass empfanden

---

[1846] Williams an Kreyssig, dat. 18. Juli 1960 [Abschrift], in Beantwortung von Kreyssigs Schreiben vom 9. Juli 1960 [EZA 609/88]
[1847] Coventry – ein Symbol der Versöhnung, Vortrag von dem Very Rev. Harald C.N. Williams, Provost der Coventry Kathedrale, vor der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Hannover am 7. Februar 1961 [Hervorhebungen wie im Original; LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd. II]
[1848] Kreyssig an Nevermann, dat. 6. Dezember 1963 [EZA 97/939]

und Vergebung ausschlossen“ zugedacht. Im Zentrum dieses Versöhnungsbegriffs steht die Vergebung des Opfers und sein Verzicht auf Rache. „Die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Täter und Opfer ist dabei eine Anstrengung des Opfers, das dadurch seine eigene moralische Überlegenheit ablegt und die Menschlichkeit des Täters anerkennt.“[1849] Dieser theologische Zugang wurde in einer „Nagelkreuz-Liturgie“ umgesetzt. Das Versöhnungsgebet *Litany of reconciliation* wird jeden Freitag um 12 Uhr in der Ruine der alten Cathedral of Coventry sowie in den anderen Nagelkreuzzentren gebetet. Das der Versöhnung gewidmete Gebetsnetzwerk und die Implementierung dieses Rituals sollten die „Botschaft der Kathedrale, keine Rache für erlittenes Unrecht zu üben, sondern den Feinden zu vergeben und eine gemeinsame Zukunft anzustreben“, festigen und verbreiten.[1850]

„Wo immer Leid herrscht, erleidet die Menschheit in ihren Wesenselementen eine Kreuzigung - per definitionem fähig zur Wiederauferstehung“, führte Williams bei der Verabschiedung der britischen Freiwilligen in der *Cathedral of Coventry* am 14. März 1965 aus. Wo sich in der traditionellen Darstellung des christlichen Kreuzes der Körper Jesu Christi befände, könnte jeder seinen eigenen Leidträger einsetzen und auf diese Weise mit Christus in Beziehung setzen. Williams veranschaulichte diesen Zugang anhand der Beispiele eines leukämiekranken Kindes, zu dessen Therapie wegen des Geldmissbrauchs für Rüstung Erkenntnisse und Mittel fehlten, sowie des alten Mannes, der von einem Auto mit überhöhter Geschwindigkeit getötet würde – und die Millionen von Toten im Krieg. Diese Analogie würde auch auf Dresden zutreffen, das am Kreuz zu sehen wäre.[1851]

Zwei Monate nach Beendigung des Einsatzes der britischen Jugendlichen in Dresden 1965 reiste Williams zu einem „Berlin-Coventry-Gespräch“ nach Berlin. Bei der Abschlusspressekonferenz bezeichnete Probst Williams eine Diskussion mit der *Aktion Sühnezeichen* in Ostberlin als bestes Gespräch. Williams wollte die *Aktion Sühnezeichen* jedoch aus dem konkreten Schuldverständnis und der daraus abgeleiteten konkreten Handlungsanleitung in ein universelleres Schuldverständnis transferiert sehen. Nach seiner Meinung befände sich die Aktion nämlich in einem Dilemma:

> Vielleicht sei das Wort „Sühnezeichen“ daran schuld, das er nie als glücklich empfunden habe. Das Wort „Versöhnung“ scheine ihm positiver, vorwärtsblickend und schließe den Gedanken des Sühnezeichens mit ein. Die Aktion habe ihr Ziel aus der deutschen Situation herausprojiziert. „Diese spezifische Situation war deutsche Geschichte, Verantwortung für den Krieg.“ Jetzt könne man das aber nicht mehr tun: „Das Image des deutschen Volkes in der Welt ist weniger vom Krieg und von der Vergangenheit bestimmt als von der Gegenwart, dem Reichtum und der Prosperität“. Nach Meinung des Propstes sollte das deutsche Volk und die Aktion Sühnezeichen andere Wege gehen und der deutschen Jugend z.B. Gelegenheit geben, in den Entwicklungsländern zu helfen.[1852]

4.4.1 Internationales Zentrum in Coventry 1961/62

Ab Jahresbeginn 1961 wurde über ein Sühnezeichen in Coventry verhandelt. Vom Architekten der neuen Kathedrale, Sir Basil Spence, stammt die Projektkonzeption, dass die *Aktion Sühnezeichen* einen Teil der Sakristei der zerstörten Kathedrale nach eigenen Plänen als Bestandteil des Internationalen Zentrums in Coventry errichten sollte.[1853] Ab Oktober 1961 errichteten 16 Freiwillige in siebenmonatiger Bauzeit nach den Plänen des Westberliner Architekten Michael von Möllendorf den Zubau für das Internationale [Begegnungs-]Zentrum. Das Gebäude wurde als Empfangsgebäude mit Aufenthaltsraum, Küche, Bibliothek, einem Diskussion- und einem Aufenthaltsraum konzipiert. Der von der *Aktion Sühnezeichen*

[1849] Rahn, Stefan. Die Städtepartnerschaft zwischen Dresden und Coventry: Versöhnungswille und politisches Kalkül. Magisterarbeit an der TU Dresden Fakultät Sprach- und Literaturwissenschaften Institut für Anglistik und Amerikanistik, 2002), S. 11.
[1850] Ebd., S. 70
[1851] “Wherever there is suffering, some element of humanity suffers a crucifixion, and is, by definition, capable of a resurrection. “ Typoskript Commissioning of the Dresden Team in Coventry Cathedral – March 14th 1965, o.A. [vermutlich Harald C.N. Williams] [AELDD]
[1852] epd ZA [Zentralausgabe] Nr. 262 vom 13. November 1965, Neue Wege für die Aktion Sühnezeichen? [EZA 102/329]
[1853] Williams an Kreyssig, dat. 20. Februar 1961 [Abschrift; LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II], vgl. Skriver (1962), S. 110

aufzubringende Aufwand betrug 100.000 DM.[1854] Aus Ostberlin wurden von Fritz Kühn geschaffene Beleuchtungskörper und eine Stahlwand, in die das Sühnezeichen-Symbol – ein die Hand ausstreckender, um Vergebung bittender Mensch – eingearbeitet wurde, geliefert. Am 16. April 1962 wurde das Gebäude vom Bischof von Coventry, Cuthbert Bardsley, eingeweiht. Zur Einweihung der neuen Kathedrale unter Anwesenheit der britischen Königin im Mai 1962 wurden die bundesdeutschen Freiwilligen nach Coventry eingeladen.[1855]

Seitens der *Cathedral of Coventry* war Jugendpfarrer J. Michael Butterfield unmittelbare Kontaktperson für das Bauprojekt der *Aktion Sühnezeichen*. Während einer Leitungssitzung Ende 1961 in Berlin berichtete er vom Fortgang der Arbeiten in Coventry.[1856] Die Leitungskreissitzung Ende Dezember 1961 fiel unmittelbar mit dem Jahrestreffen der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* vom 30. Dezember 1961 bis 1. Januar 1962 zusammen, an dem Butterfield als Vertreter des Dompropstes teilnahm. An diesem Jahrestreffen nahm auch der Oberbürgermeister von Coventry, William Callow teil.[1857] Callow berichtete „in englischer Nüchternheit Bewegendes über die befriedende Wirkung unseres Dienstes in Coventry".[1858]

4.4.2 "Operation Reconciliation": Die Coventry-Dresden-Connection 1963-1967

Die "Operation Reconciliation" war eine Erwiderung des Westberliner Sühnezeichens in Coventry 1961/62 durch die *Cathedral of Coventry*, die den Einsatz von Jugendlichen aus Großbritannien zu Bauhilfsarbeiten (Vorbereitungen zur Errichtung eines zusätzlichen Bettentraktes des bei der Bombardierung Dresdens durch die britische Luftwaffe weitgehend (zu zwei Dritteln) zerstörten Diakonissenkrankenhauses) organisierte. Das Projekt fügte sich einerseits in die bereits oben skizzierten christlichen Versöhnungsbemühungen seitens der *Cathedral of Coventry* und der *Aktion Sühnezeichen*. In der Entsendungszeremonie der ersten Gruppe britischer Freiwilliger am 14. März 1965 in der Kathedrale von Coventry betonte Williams, dass es sich beim Versöhnungsprojekt Coventry-Dresden „um das unumstrittenermaßen christlichste Unternehmen handelte, das wir jemals in dieser Kathedrale gemacht haben".[1859] Andererseits bewegte sich dieses Projekt zwischen den Frontlinien des Kalten Krieges, zwischen Staaten mit verschiedenen weltanschaulichen Regierungs- und Wertesystemen und militärischen Paktverpflichtungen.
Über das Zustandekommen des Projekts liegt eine Doktorarbeit und Buchveröffentlichung der Historikerin Merrilyn Thomas, einer ehemaligen Teilnehmerin an der "Operation Reconciliation", vor.[1860] Sie rekonstruierte das Projekt unter dem Blickwinkel diplomatisch-geheimdienstlicher Verwicklungen zwischen der DDR, Großbritannien und der BRD und auf die DDR unter dem Aspekt der Instrumentalisierung der Evangelischen Kirche durch den SED-Staat. Beide Narrativstränge gehen von der Motivation des DDR-Regimes nach der völkerrechtlichen Anerkennung durch die westlichen Staaten aus. Stefan Rahn stellte die "Operation Reconciliation" im Rahmen seiner Magisterarbeit in den Kontext der von ihm analysierten Städtepartnerschaft(en) Dresden-Coventry.[1861]

[1854] Vermerk über zukünftige Sühnezeichenprojekte soweit sie fest verabredet, geplant oder im ersten Verhandlungsstadium sind, dat. 13. November 1961, gez. Rudolf Ziesche [EZA 97/947]
[1855] Skriver (1962), S. 110-113.
[1856] Protokoll einer Leitungskreissitzung vom 30. Dezember 1961, dat. 5. Januar 1962, gez. Rudolf Ziesche [EZA 97/947] Darin lakonisch zitiert: „Butterfield teilte mit, dass in Coventry keine besonderen Schwierigkeiten aufgetreten sind und nichts Dringliches zu besprechen ist."
[1857] aus Bericht über Jahrestreffen vom 30.12.1961 bis 1.1.1962 in *Rundschreiben*, dat. Berlin im März 1962, gez. Kreyssig [EZA 107/421]
[1858] Callow hatte auch eine Besprechung mit dem Ostberliner Magistrat. Rundschreiben Kreyssigs, dat. im März 1962 [AAN]
[1859] Im englischen Original: "I believe that the project highlighted by this great and significant event today is the most unassailably Christian enterprise we have ever undertaken in this Cathedral". Einleitender Satz, Typoskript Commissioning of the Dresden Team in Coventry Cathedral – March 14th 1965, o.A. [vermutlich Harald C.N. Williams] [AELDD]
[1860] Thomas (2002a), Thomas (2005)
[1861] Rahn (2002)

Das Projekt selbst bestand in der Enttrümmerung eines durch Bomben zerstörten Spitalstraktes; das Ziel, einen vierstöckigen Trakt mit 30-40 Betten bis zur Hälfte der Gesamtbauarbeiten fertig zu stellen, wurde aufgrund der langwierigen und gefährlichen Enttrümmerungsarbeiten, die wegen des unwegsamen Geländes großteils manuell durchgeführt werden mussten, nicht erfüllt.[1862] Vom 16. März bis 30. September 1965 arbeiteten 37 britische Jugendliche gemeinsam mit 86 Teilnehmern aus der DDR[1863] und einer unbekannten Anzahl von Teilnehmern aus der Tschechoslowakei und aus Frankreich[1864] unter der britisch-deutschen Leitung von Chaplain (Kaplan) Martin Turner und Diakon Heinrich Kröhnert.[1865]

Die Jugendlichen genossen Thomas zufolge völlige Bewegungsfreiheit während ihres Aufenthaltes in der DDR.[1866] Lagerleiter Martin Turner hatte während des sechseinhalbmonatigen Einsatzes rund 30 Mal Gelegenheit, die Versöhnungsbotschaft Coventrys vor Kirchengemeinden in der DDR vorzutragen; für seine Vortragstätigkeit wurde ihm von der *Aktion Sühnezeichen* sogar ein eigener Wagen zur Verfügung gestellt.[1867] Unter den zahlreichen Freizeitaktivitäten der britischen Freiwilligen sind eine Einladung von Lagerteilnehmern beim Dresdner Atomforscher Manfred von Ardenne und die Begegnung der Versöhnungsdienst-Gruppe mit einer weiteren Jugendgruppe aus Coventry in Dresden dokumentiert. Diese zweite Gruppe war auf Einladung der Stadt nach Dresden gekommen, um im sogenannten Italienischen Dörfchen einen Rosengarten anzulegen.[1868]

Der Einsatz von 1965 endete mit dem Besuch durch Provost Williams in Dresden und der Übergabe des 36. von Coventry verliehenen Nagelkreuzes.[1869] 1966 reiste Martin Turner erneut zu Verhandlungen über die Einreisemodalitäten für 18 weitere britische Teilnehmer in die DDR.[1870] Dieser Einsatz kam mit 12 Freiwilligen aus Großbritannien für die Dauer von drei Wochen zustande, wobei für die „kleine“ britische Gruppe Visa für einen einmonatigen Campingaufenthalt erteilt wurden.[1871] 1966 und 1967 erfolgte die Wiedererrichtung des Bettentraktes unter Verwendung von Geldspenden aus Coventry und unter Beteiligung von Sühnezeichenteilnehmern aus der BRD, wobei es 1967 zu einem ersten längeren – viermonatigem – Einsatz von Teilnehmern kam.[1872] Zur feierlichen Einweihung des fertigen Gebäudetraktes durch Williams am 3. September 1967 erhielten Provost Williams und der Lagerleiter der englischen Mannschaft, Reverend Martin Turner mit seinen Eltern von den DDR-Behörden Visa; die Einreise der ehemaligen Freiwilligen aus Großbritannien wurde hingegen verweigert.[1873]

4.4.2.1 Coventry im ‚trilateralen' Verhältnis von BRD, DDR und Großbritannien

In den deutsch-britischen Beziehungen hatte Coventry große Bedeutung für das jeweilige bilaterale Verhältnis. Coventry, eine Industriestadt und anglikanischer Bischofssitz im Bezirk Metropolitan County West Midlands, 30 Kilometer südöstlich von Birmingham, wurde durch flächendeckende Bombardements der Deutschen Luftwaffe im November 1940 fast völlig zerstört. Mit der Westanbindung der BRD bestand ein zumindest völkerrechtlich normalisiertes Verhältnis zwischen der BRD und

---

[1862] So stießen die Jugendlichen auf Kriegsrelikte wie eine Panzerfaust, die entschärft werden musste.
[1863] Thomas erwähnt 31 Briten und rund 100 Deutsche. Vgl. Thomas (2005), S. 27
[1864] nicht alle TeilnehmerInnen waren die gesamte Zeit über im Einsatz; die Zahl der jeweils eingesetzten Teilnehmer fluktuierte ständig.
[1865] Eine detaillierte Beschreibung des Arbeitseinsatzes findet sich im Archiv des Diakonissenkrankenhauses; vgl. Typoskript Versöhnungsdienst Dresden 1965. Eine Rückschau von Diakonisse Elisabeth Becker, o.D. [nach Auskunft von Sr. Edith Hauf ist der Text nach Ende des Arbeitseinsatzes 1965, spätestens 1967 entstanden]
[1866] Thomas (2005), S. 29, auch Typoskript Versöhnungsdienst Dresden 1965. Eine Rückschau von Diakonisse Elisabeth Becker, o.D., S. 14ff.
[1867] Ebd., S. 28f.
[1868] Ebd., S. 21f.
[1869] vgl. Dresden bekam Nagelkreuz aus Coventry, *Der Sonntag*, 26. September 1965
[1870] Monatsbrief Juni 1966, dat. 8. Juni 1966, gez. Lothar Kreyssig, Rudolph Gotthardt, Christian Schmidt, S. 4 [ASF]
[1871] vgl. Bericht über die ausländischen Lager sowie Teilnahme von Ausländern in der DDR 1966, gez. Fritz Steffen o.D. [ADW Allg. Slg. 904] und Thomas (2002), S. 13
[1872] Ebd.
[1873] Monatsbrief September – Rundschreiben III/1967, dat. Anfang September 1967, gez. Christian Schmidt, S. 1 [ASF]

Großbritannien, das einen Rahmen für die gemeinsame Erinnerung an die Zerstörung Coventrys auf nationaler wie regionaler Ebene bot, die entscheidend von den Kirchen der beiden Staaten, der Anglikanischen Kirche und der Evangelischen Kirche geprägt wurde. So verwies Bundespräsident Theodor Heuss während seines Staatsbesuches in Großbritannien 1958 besonders auf Coventry und übergab eine Spende für die Anschaffung von Fenstern für die neue Kathedrale in Höhe von 50.000 DM, die gleiche Summe war im Jahr davor von Bundeskanzler Konrad Adenauer übergeben worden. Die Geldspenden seitens der bundesdeutschen Staatsspitze waren über die Vermittlung von Pastor Adolf Kurtz[1874], Domherr von Brandenburg, und seit 1948 Pfarrer der deutschen evangelischen Gemeinde in Oxford, zustande gekommen. Kurtz war zu dieser Zeit in Kontakt mit dem Dompropst von Coventry und vermittelte bereits 1951 eine Fensterspende für die Unity-Chapel der neuen Kathedrale von Coventry, für die Heuss die Schirmherrschaft übernahm. Im Januar 1960 fand schließlich ein ebenfalls von Kurtz vermittelter Besuch seitens des Ratsvorsitzenden der EKD, des Berliner Bischofs Otto Dibelius statt. Für seine „Verdienste in der christlichen Völkerverständigung" erhielt Kurtz von Bundespräsident Heinrich Lübke das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen.[1875] Im April 1965 eröffnete der regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, das mit westdeutschen Mitteln errichtete internationale Studentenheim in Coventry, das nach John F. Kennedy benannt wurde.[1876]

Anders verhielt es sich im britisch-ostdeutschen Verhältnis, das weder über einen völkerrechtlich geregelten Rahmen, noch über institutionalisierte nicht- oder halbstaatliche Verbindungen verfügen konnte. Noch im März 1965, als die erste Gruppe britischer Jugendlicher nach Dresden kam, um die Vorarbeiten für das Enttrümmerungs- und Bauvorhaben zu machen, bestätigte der britische Premierminister Harald Wilson (Labour) anlässlich seines Besuchs in Bonn und Westberlin die Unterstützung Großbritanniens für die Hallsteindoktrin der BRD – trotz Stimmen seitens der Parteilinken, die die Anerkennung der DDR betrieben.[1877] Die Kontakte zwischen der DDR und Großbritannien blieben im Wesentlichen auf Kontakte zwischen Labour-Abgeordneten und DDR-Vertretern beschränkt. Zur Etablierung überpersonaler, stabilerer Kontakte musste die DDR auf das Instrument kommunaler Städtepartnerschaften zurückgreifen, und selbst diese, vom DDR-Außenministerium geförderten Kontakte entwickelten sich nur langsam. 1965 bestanden erst drei Städtepartnerschaften: Ölsnitz – Buckhaven (Schottland), Eisenhüttenstadt – Crawley sowie Dresden – Coventry.[1878] Die Städtepartnerschaft Dresden – Coventry ging auf Kontakte zwischen dem *Kreisfriedensrat Dresden* und dem *Coventry Peace Council* und ihren beiden Vorsitzenden zurück, in deren Rahmen auf britische Initiative 1954 die Idee einer dauerhaften Verbindung zwischen verschiedenen europäischen Städten, darunter Dresden und Coventry, überlegt wurde.[1879] Erst 1965 gewannen die Aktivitäten innerhalb der Städtepartnerschaft an Dynamik. Vom 10. Juli bis zum 1. August 1965 legten Jugendliche aus Coventry gemeinsam mit Jugendlichen aus der DDR, Frankreich und Ungarn neben dem Italienischen Dörfchen in Dresden einen „Garten des Friedens und der Versöhnung" an, für den die Stadt Coventry 60 Rosenstöcke spendete. Die *Hochschule für Bildende Künste* und das *City of Coventry College of Art* tauschten Werke

---

[1874] Adolf Kurtz, 1891-1975, 1922-1948 Pfarrer der Zwölf-Apostelkirche in Berlin-Schöneberg, Mitglied der Bekennenden Kirche Berlin-Brandenburg, gründete 1933 eine Hilfsstelle für Verfolgte des Nationalsozialismus, 1938 Mitbegründer des „Büro Grüber", 1947 Ehrendomherr von Brandenburg, ab 1948 Pfarrer der deutschen Gemeinde in Oxford, ab 1950 Beteiligung am Versöhnungswerk von Coventry. Vgl. Ludwig, Hartmut. Die Opfer unter dem Rad verbinden. Vor- und Entstehungsgeschichte, Arbeit und Mitarbeiter des „Büro Pfarrer Grüber", 1988). unveröff. Dissertation: Humboldt Universität zu Berlin, S. 172ff.

[1875] Typoskript Daten über das Zustandekommen der Fensterspende für die Neue Kathedrale, sowie die Entstehung und Geschichte der Deuschen Gemeinde zu Coventry, Abschrift 17. Mai 1961, o.A., handschriftlich an Präses Ernst Wilm adressiert. [LkAEKvW O.1 Nr. 59]

[1876] Der Telegraf, Berlin, 25. April 1965 [pAdAA A 18734 Bd. 3 F1, Bl. 82]

[1877] Berger, Stefan und Lilleker, Darren. Blutrünstige Diktatur, das bessere Deutschland oder Stolperstein auf dem Weg zu einer friedlichen Koexistenz? Die DDR im Blick der britischen Labour Party, 1949 - 1973, In Bauerkämper, Arnd (2002). Berlin, Wien: Philo. S. 235-265, S. 259.

[1878] Thomas (2005), S. 196f.

[1879] Rahn (2002), S. 30f. Den „wirklichen Beginn der Partnerschaft" datiert Rahn mit 3. Januar 1956, als in Coventry die *Coventry-Dresden Friendship Society* gegründet wurde. Nach positiver Einschätzung durch das DDR-Außenministerium wurde das *Komitee für Freundschaft Dresden – Coventry* in Dresden gegründet. Ein Freundschaftsvertrag zwischen Dresden und Coventry wurde am 14. Februar 1964 von der stellvertretenden Bürgermeisterin von Coventry, Elsie Jones, und dem Dresdner Oberbürgermeister, Gerhard Schill, unterschrieben. (S. 34)

ihrer Studenten und Professoren zur gegenseitigen Beurteilung aus und organisierten für August 1965 einen Aufenthalt für englische Studenten in Dresden. Schließlich wurde im Mai/Juni 1965 die Ausstellung "Dresden – City of Socialist Industry, Arts and Science" in Coventry gezeigt.[1880]

Das verbindende Element von Coventry und Dresden war ein vergleichbares Schicksal von Stadt und Bevölkerung, wobei sich Coventry und Dresden in der Erinnerung an die Zerstörung unterscheiden:

> Die von beiden Städten erfahrene Zerstörung durch Luftangriffe war die Gründungsursache der Partnerschaft. Das Gedenken an die Toten der Angriffe am 13. Februar [1945] und 14. November [1940] ist bis heute ihr Kern, wobei der Umfang der Erinnerungsarbeit seit der politischen Wende in der DDR zugenommen hat. Die Erinnerung der Kirche und der Kommune in Dresden verlief in Form und Inhalt getrennt, während die Kathedrale und die Stadtverwaltung in Coventry gemeinsam gedachten. Die zentralen Erinnerungsorte waren die während der Luftangriffe total zerstörten Gotteshäuser, die Kathedrale von Coventry und die Dresdner Frauenkirche, um die sich ein ritualisiertes Gedenken bildete.[1881]

Das Versöhnungsprojekt der *Cathedral of Coventry* im Dresdner Diakonissenkrankenhaus in der DDR war als gemeinsame Erinnerungsarbeit eine Ausnahme. In diesem Sinn könnte dieses Projekt als ‚Normalisierung' bzw. Adaption an einen internationalen – jedenfalls westlichen – Standard verstanden werden.
Merillyn Thomas und Stefan Rahn setzen ihre Forschungsschwerpunkte insofern unterschiedlich, als Rahn die Symbiose aus religiös-kirchlichen und säkular-staatlichen Versöhnungsstrategien und -bedingungen ins Zentrum seiner Arbeit stellte, während Thomas als Ausgangspunkt die These eines strategischen Masterplans verfolgte, wonach das Coventry-Dresden Projekt primär den Interessen geheimdienstlicher Operationen diente. Beiden Autoren ist gemein, dass sie den Beziehungen DDR-Großbritannien seitens der DDR-Regierung das Interesse an der Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen zugrunde legen, die mit der Anerkennung des kommunistischen Staates das Durchbrechen des Alleinvertretungsanspruches der BRD nach der Hallsteindoktrin zum Ziel hatte. Die kommunalen Beziehungen, allen voran die nach Thomas „beispielgebende" Städtepartnerschaft Dresden-Coventry, waren ein Instrument zur Erreichung dieses Ziels.[1882] Dieser Motivationslage fügt Thomas zwei weitere hinzu: Über die Einschaltung der von Lothar Kreyssig geleiteten *Aktion Sühnezeichen* sollte eine Instrumentalisierung Kreyssigs erfolgen, mittels der die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen und Landesbischof Gottfried Noth auf einen staatsnaheren Kurs gebracht würden. Das Versöhnungsprojekt hatte neben diesem unmittelbaren strategischen Nutzen auch die langfristige Wiederbelebung des christlich-marxistischen Dialogs zum Ziel. Darüber hinaus führt Thomas die – mangels Verifikation durch Archivdokumente[1883] allerdings im Spekulativen verbleibende – Möglichkeit beiderseitigen Einschleusens von Geheimdienstagenten und der gegenseitigen Spionage als Motivation zur Umsetzung des Projektes an.[1884]

Mitte 1963 – einen Monat nach dem von Thomas markierten Beginn der Versöhnungsüberlegungen auf britischer Seite als Folge der weiter unten skizzierten öffentlichen Debatte um die Zerstörung Dresdens im Februar 1945[1885] – adressierte die „Sektion kommunale Auslandsbeziehungen" des DDR-Außenministeriums den Dresdner Oberbürgermeister. Das Ausbleiben einer Delegation aus Coventry anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar gab Anlass zur Nachfrage, ob in der kommunalen Verbindung der beiden Städte „irgendwelche Schwierigkeiten aufgetreten" wären. „In

---

[1880] Ebd., S. 40ff.
[1881] Rahn (2002), S. 9
[1882] Rahn (2002), S. 30; Thomas (2005), S. 194f.
[1883] Thomas vermutet das Projekt Coventry-Dresden betreffende Akten im Bestand der für Auslandsspionage zuständigen Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), der nach bzw. im Zuge der Wende in den Besitz des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA gelangt sein soll. Auch die von Thomas vermuteten Akten des britischen Geheimdienstes waren für ihre Recherche nicht zugänglich; vgl. Thomas (2005), S. 15f.
[1884] Ebd., S. 216, 45
[1885] Thomas (2005), S. 219f.

Anbetracht der Tatsache, dass Westdeutschland dazu übergeht, die Städteverbindungen nach England mit Hilfe sog. Deutsch-Britischer Wochen zu festigen", so der zuständige Sektionsleiter, „wäre es falsch, die Beziehungen Dresden-Coventry zu lockern".[1886] In seiner Antwort nannte Oberbürgermeister Schill als wichtige Partner den vormaligen Bürgermeister Richard Callow und Jack Parry, Sekretär des *Coventry Committee for International Understanding* und kündigte für 1963 die Teilnahme von zehn britischen Jugendlichen an einem internationalen Jugendlager in Dresden an.[1887] Dem Sektionsleiter im DDR-Außenministerium war Schills Bericht nicht weitgehend genug, und er regte weitere Verbindungen in den Bereichen Wissenschaft und Sport sowie den Abschluss eines Freundschaftsvertrages an.[1888] Dem Briefverkehr zwischen dem Dresdner Oberbürgermeister und der Sektion kommunale Auslandsbeziehungen des DDR-Außenministeriums ist eine Kenntnis der öffentlichen Diskussion in Großbritannien über Art und Ausmaß der Bombardements Dresdens nicht zu entnehmen, vielmehr stand die Konkurrenz zur BRD im Vordergrund. Bekannt waren die in Großbritannien diskutierten Thesen des Historikers David Irving (Jg. 1938) bereits 1962 über Artikelveröffentlichung in der *Kölner Neuen Illustrierten*. Irving, der im Zuge seiner Recherchen zum Dresdner Stadtarchiv und zu einem Dresdner Fotografen Kontakte aufgebaut hatte, wurde 1962 nach Dresden eingeladen.[1889]
Zum 20. Jahrestag „der Befreiung vom Faschismus" und der Zerstörung Dresdens 1964 erfuhren die bis dahin erfolgten Kontakte eine Bündelung – eine „Vielzahl von Begegnungen mit Bürgern Westdeutschlands, Westberlins und aus den Partnerstädten des sozialistischen und kapitalistischen Auslandes und besonders sowjetischer Freunde". „Die Erlebnisse und Gespräche" sollten „alle Gäste überzeugen, dass die Dresdner Bevölkerung einmütig" hinter der SED-Politik stünde „und sich bewusst ist, dass die Perspektive der Stadt nur im Frieden durch den konsequenten Kampf zur Verwirklichung der friedlichen Koexistenz und eine allseitige Abrüstung gesichert ist". Unter anderem sollten die „im Krieg schwer geprüften Städte Leningrad, Lidice, Wroclaw, Coventry, Oradour, Hiroshima und Strasbourg" zur Teilnahme an den Veranstaltungen zum 20. Jahrestag der Zerstörung Dresdens eingeladen werden. [1890]

4.4.2.2 Kirchliche und profane Versöhnungsinitiative(n) aus Coventry

Warum sich ausgerechnet Mitte der 1960er Jahre ein – wenngleich unbalancierter[1891] – Höhepunkt in der Verbindung zwischen Coventry und Dresden herausbildete, und warum kirchliche und städtische Bemühungen auf Seiten Coventrys parallel zum Durchbruch kamen, liegt in der öffentlichen Debatte begründet, die die Publikation des jungen britischen Historikers David Irvings in Großbritannien bewirkt hatte. In dessen 1963 veröffentlichter Monographie *The Destruction of Dresden*[1892] dokumentierte er die Bombardierung Dresdens mit weit überhöhten Opferzahlen. Wie Thomas rekonstruierte, rief im Zuge der öffentlichen Diskussion um die britische Bombardierung Dresdens ein Leserbrief an die Tageszeitung *Guardian* den Einsatz der *Aktion Sühnezeichen* in Coventry 1961/62 in Erinnerung und regte zu einer vergleichbaren Versöhnungsinitiative seitens der Briten an. Irving übersandte die entsprechende Passage an Richard Crossman (1907-1974), Mitglied des britischen Unterhauses für Coventry (Labour Party), der seinerseits umgehend Dompropst Harald C.N. Williams mit der Idee konfrontierte, die dieser spontan bejahte. Die Anregung einer britischen Versöhnungsgeste fiel auf überaus fruchtbaren Boden – sowohl

---

[1886] Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, 5. Europäische Abteilung, Sektion kommunale Auslandsbeziehungen an Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Genossen Schill, dat. 12. Juni 1963, gez. Nestler [pAdAA A 18734 Bd. 3F2]
[1887] Schill an Nestler, dat. 27. Juni 1963 [pAdAA A 18734 Bd. 3F2]
[1888] Nestler an Schill, dat. 23. Juli 1963 [pAdAA A 18734 Bd. 3F2]
[1889] Rat der Stadt Dresden an DDR-Außenministerium, Abteilung für örtliche Organe, dat. 16. August 1962, gez. stellv. Vorsitzender Larondelle; Antwort, dat. 3. September 1962, gez. Lützkendorf, Sektionsleiter 5. Europäische Abt., Sektion Komm.Auslandsbez. [pAdAA A 18734 Bd.3 F2]
[1890] Schill an Manneberg, 1. Vizepräsident des Dt. Städte- und Gemeindetages, dat. 14.11.1964 [Abschrift; pAdAA A 18734 Bd3 F2, Bl.102-104]
[1891] Während seitens der kirchlichen wie städtischen Funktionäre Coventrys Begegnung auf persönlicher Ebene – wie Jugendaustausch – gesucht wurde, war seitens der DDR die Entsendung von Funktionären und kontrollierten Materials wie Ausstellungen bevorzugtes Medium.
[1892] Irving, David, The Destruction of Dresden (1963). London: Kimber. Im Februar 2000 wurde Irving u.a. wegen des Vergleichs der Opferzahlen von Dresden und Auschwitz als Holocaust-Leugner verurteilt. Vgl. "Irving 'used fake figures' on Dresden", *The Times*, 2.2.2000, S. 9. 2005/2006 verbüßte Irving nach einer Verurteilung wegen Verletzung des NS-Verbotsgesetzes eine einjährige Gefängnisstrafe in Österreich.

seitens der involvierten Labourpolitiker wie seitens der *Cathedral of Coventry* scheint man auf eine solche Anregung gewartet zu haben: der gesamte zitierte Schriftverkehr nahm nicht mehr als drei Wochen in Anspruch.[1893] Der Schock über die von Irving postulierte hohe Opferzahl der britisch-alliierten Bombardierung Dresdens klang bei Williams Verabschiedung der ersten Gruppe britischer Freiwilliger 1965 durch:

> Heute fordere ich Sie dazu auf, auf dem Kreuz die Stadt Dresden zu sehen, wo – in einem Kapitel der Geschichte, in dessen Erinnerung Großbritannien seinen Kopf aus Scham beugen sollte – 202.040 Menschen in weniger als zwölf Stunden verbrannt oder zu Tode gebombt worden waren. […] Sollte diese Wunde nicht durch eine spürbare nationale Geste zum Heilen gebracht werden, können Sie sicher sein, dass alle unsere Wirtschaftsabkommen und unsere kommerziellen Verträge und unsere politischen Vereinbarungen allein das deutsche Bewusstsein nicht von der Verbitterung und dem Schmerz reinigen werden, den diese sinn- und zwecklose Zerstörung bewirkt hat.[1894]

Irvings Buch über die Zerstörung Dresdens war auch Grundlage der Überlegungen seitens Jack Parrys von der Freundschaftsgesellschaft in Coventry (*Coventry Committee for International Understanding*), der ebenfalls ein Versöhnungsprojekt plante, das als Geste für (ganz) Deutschland gedacht war.[1895] Sowohl Crossman wie Irving und Williams als auch die bereits früher erwähnten Richard Callow und Jack Parry waren den DDR-Behörden bereits über Jahre hindurch, die Labour-Politiker Crossman, Callow und Parry durch wiederholte persönliche Besuche bekannt.[1896] Nach Thomas ist Richard Crossman Mastermind dieses Projekts gewesen, nicht nur in Sachen Versöhnung sondern vor allem hinsichtlich der möglicherweise impliziten strategischen geheimdienstlichen Operationen.[1897]

4.4.2.3 Verhandlungen der Cathedral of Coventry mit DDR-Behörden

Das Projekt wurde in einem Gespräch zwischen Williams und Herbert Walker als Vertreter der *Cathedral of Coventry* und dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, seinem Stellvertreter Fritz Flint und Hauptabteilungsleiter Hans Weise am 20. Januar 1964 erstmals mit den DDR-Behörden erörtert. Williams führte in diesem Zusammenhang sowohl die *Aktion Sühnezeichen* als auch die Sächsische Landeskirche als Projektpartner an und erwähnte Richard Crossman als einen der wenigen Eingeweihten auf britischer Seite.[1898] Staatssekretär Seigewasser versuchte Williams nach der persönlichen Aussprache hinsichtlich des kirchlichen Bauprojekts abzuwimmeln und ließ anstelle dessen „eine Beteiligung an einem historischen Bau in Dresden" vorschlagen. Als kirchlicher Emissär wurde der Dresdner Pfarrer Dieter Frielinghaus beauftragt, an Williams einen Brief zu schreiben, wonach „es kirchliche Objekte für diese Zwecke nicht gibt".[1899] Über die Korrespondenz und die Rolle Frielinghaus' konnten keine Archivdokumente gefunden werden.[1900] Der Absicht seitens der DDR-Regierung, die Kirchen in der DDR von Veranstaltungen rund um den 20. Jahrestag der Zerstörung Dresdens auszuschließen, wurde seitens der Stadtregierung Coventrys entgegengearbeitet. Anlässlich eines Aufenthaltes von Richard Callow (zu

---

[1893] Mai 1963, vgl. Thomas (2005), S. 219ff.

[1894] im englischen Original: "And today I ask you to see on the chross the city of Dresden where in a chapter of history of which Britain should bow its head in shame to remember, 202,040 people were burned or blasted to death in less than 12 hours. […] If this wound is not healed by a recognisable national gesture, you may be certain that all our economic agreements, and our commercial treaties and our political arrangements will not cleanse the German mind of the bitterness and hurt which that senseless and pointless act of destruction inflicted upon it." Typoskript Commissioning of the Dresden Team in Coventry Cathedral – March 14th 1965, o.A. [vermutlich Harald C.N. Williams] [AELDD]. Anlässlich des Aufrufs zur Spendenaktion für Coventry Anfang November 1964 war von 135.000 Opfern die Rede gewesen. Vgl. Coventry to Help Hospital in Dresden, Coventry Evening Telegraph, 2. November 1964 [Abschrift, AELDD]

[1895] zitiert nach Rahn (2002), S. 42 [Brief von Parry an Crossman, dat. 21. Juli 1963, Coventry City Archive, PA 732/1/19]

[1896] vgl. Thomas (2005); weiters den Sammelband Bauerkämper, Arnd, Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World (2002). Berlin, Wien: Philo.

[1897] Thomas (2005), 33, 35ff.

[1898] Vermerk über die Aussprache mit dem Provost Popst Williams nebst Begleiter Walker von der anglikanischen Kirchgemeinde Kathedrale in Coventry/Groß-Brit. am 20.1.1964, dat. 24. Januar 1964, gez. Flint [SAPMO DO/4/2781

[1899] Aktenvermerk zu der Aussprache mit dem Provost Propst Williams von der anglikanischen Kirchengemeinde Kathedrale in Coventry vom 20. Januar 1964, dat. 12. Mai 1964 [SAPMO DO/4/2781] Eine Abschrift dieses Vermerks übermittelte Seigewasser an den Staatssekretär im Außenministerium, Otto Winzer, dat. 25. Januar 1964 [pAdAA 18734 Bd.3 F1]

[1900] nach Thomas war Frielinghaus Informeller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen „Dieter", vgl. Thomas (2005), S. 242, Fn 12

dieser Zeit Stadtrat von Coventry) in Dresden 1964 kam es zu einer Besprechung über gemeinsame Projekte zum 20. Jahrestag der Zerstörung Dresdens. Callow regte – nach dem Beispiel Coventrys – die Einbeziehung der (DDR-) Kirchen in die Organisation der Jahrestagsveranstaltungen an und führte als mögliches Projekt die Errichtung eines Krankenhauses in Dresden an, in dem künftige Arbeitseinsätze von Jugendlichen aus Coventry erfolgen könnten.[1901]

Im Vorfeld des Dresden-Coventry-Projektes kam es Mitte Oktober 1964 im Rahmen eines Abendessens zu einer Begegnung des *British Council of Churches* (Britischer Rat der Kirchen) mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen.[1902] Unter den Teilnehmern war mit Michael Butterfield ein enger Mitarbeiter Williams. An diesem Abendessen nicht teilgenommen haben die Besucher im Staatssekretariat vom Vortag: am 14. Oktober 1964 wurde eine Delegation für das Versöhnungsprojekt vorstellig; aus Coventry nahmen daran Dompropst Williams und sein Mitarbeiter Herbert Walker[1903] teil, von der DDR-Kirche Kreyssig und der Ostberliner Superintendent Friedrich Krahnert. Seitens des Staatssekretariats erschienen weder der Staatssekretär noch sein Stellvertreter sondern lediglich Hauptabteilungsleiter Weise, Hauptreferent Wilke und der Referent für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Dresden, Walter Breitmann. Dem Gesprächsprotokoll Wilkes[1904] zufolge wurde bei diesem Gespräch staatlicherseits trotz vehementer Vorstöße Kreyssigs und Williams der Ausschluss der *Aktion Sühnezeichen* aus dem Versöhnungsprojekt durchgesetzt: Kontakte zu den DDR-Behörden sollte nur Williams haben.

Das Protokoll Wilkes liest sich wie die Wiedergabe eines Machtkampfes um kollidierende Interessen. Die Hauptlinie in Williams' Argumentation lief auf die Ausschaltung des staatlichen Einflusses zugunsten eines zwischenkirchlichen Projekts hinaus, „weil die englische Bevölkerung nur auf dieser Basis ansprechbar ist, um die Wunden des zweiten Weltkrieges endgültig zu heilen". Dabei argumentierte er für die *Aktion Sühnezeichen* als Partner, weil diese „in England einen guten Ruf" hätte. Obwohl er sich nicht „in die nationalen Angelegenheiten einmischen wolle, sie sehr wohl kenne", wäre er bereit, „den Kontakt direkt zu den staatlichen Organen zu halten". „Aber er müsse darauf bestehen, dass die Durchführung der Aufbau-Aktion in Dresden dann durch die Aktion ‚Sühnezeichen' organisiert wird und dass er für die Propaganda in England diesen Namen gebrauchen muss". Die Vertreter der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen erklärten hingegen, dass in der DDR „die Aktion ‚Sühnezeichen' nicht offiziell tätig werden" könnte. Hauptabteilungsleiter Weise führte aus, „dass sich der Staat niemals in innerkirchliche Angelegenheiten einmischen wird, noch weniger, wenn es die englischen Kirchen angeht". Trotzdem könnte „in diesem Zusammenhang die Aktion ‚Sühnezeichen' nicht tätig werden". Kreyssig versuchte dem behördlichen Protokoll zufolge, „unterstützt von Propst Williams, unbedingt die

---

[1901] Rat der Stadt Dresden an DDR-Außenministerium, 5. Europäische Abteilung, zHd. Gen. Plaschke, dat. 18. August 1964, gez. Landorelle, 1.Stellvertreter des Oberbürgermeisters [pAdAA A 18734 Bd.3 F2]

[1902] Über dieses Abendessen liegt zwar kein weiterer Aktenvorgang vor; nachdem der Plan für das Abendessen unter Beifügung einer Skizze für die Sitzordnung nur einen Tag vor dem Termin datiert wurde, ist anzunehmen, dass das Abendessen tatsächlich stattfand. Unter den insgesamt 23 Teilnehmern waren seitens der britischen Kirchenvertreter unter anderem Kenneth Johnstone (Vorsitzender der Internationalen Abteilung des Council, vormals britischer Diplomat), der frühere anglikanische Bischof von Sheffield, L.S. Hunter, der anglikanische Fernsehprediger Paul Oestreicher, der im Rahmen des British Council of Churches zahlreiche Reisen in die kommunistischen Staaten unternahm, der Jugendbeauftragte der *Cathedral of Coventry*, Michael Butterfield, sowie der Sekretär des Council, Noel Salter (früherer britischer Diplomat und Leiter der internationalen Abteilung des East-West Relations Advisory Committee von BBC). Die Delegation der DSKF bestand aus Staatssekretär Hans Seigewasser, seinem Stellvertreter Fritz Flint, Hauptabteilungsleiter Hans Weise, Abteilungsleiter Ernst Kusch und Hauptreferent Hans Wilke. Seitens der Evangelischen Kirche in der DDR waren u.a. Bischof Friedrich Wilhelm Krummacher, die Mitarbeiter in der Kirchenleitung Manfred Stolpe und Walter Pabst sowie Pfarrer Gerhard Bassarak und Superintendent Friedrich Krahnert eingeladen. Vgl. Plan für das Abendessen am 15.10.1964, um 20.30 Uhr, im Restaurant „Moskau" anlässlich des Aufenthaltes der Delegation des Britischen Rates der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, dat. 14. Oktober 1964, Ku/Rg [SAPMO DO/4/2781]. Oestreicher, Johnstone und Salten sowie British Council of Churches werden auch von Thomas erwähnt, die allerdings das Treffen mit Staatssekretär Seigewasser nicht anführt. (vgl. Thomas (2005), S. 124ff.

[1903] Ehemaliger britischer Diplomat und nach 1945 in Deutschland als *Director of Education to the Control Commission* tätig, Direktor der King Henry VIII Schule in Coventry. Vgl. Thomas (2005), S. 230

[1904] Aktenvermerk über die Aussprache mit Propst Williams, Coventry, über das geplante Projekt der Mitarbeit am Wiederaufbau des Diakonissenmutterhauses in Dresden, dat. 14. Oktober 1964, gez. Wilke [pAdAA A 18734 Bd3 F1 Bl. 8-10]

Aktion ‚Sühnezeichen' ins Spiel zu bringen". Dazu wäre er sogar bereit gewesen, „zu politischen Grundfragen, nämlich der multilateralen Atombewaffnung Westdeutschlands" Stellung zu nehmen.[1905]

Die Verhandlungen zwischen den anglikanischen und evangelischen Kirchen auf der einen und DDR-Regierungsvertretern auf der anderen Seite waren von einer inhaltlichen Schablone getragen: der Erwartungshaltung seitens der DDR-Regierungsvertreter nach Anerkennung der DDR sowohl durch „die Kirchen und ihre Institutionen"[1906] als auch durch die britische Regierung.[1907] Die an Erpressungsversuche gemahnende Taktik der DDR-Regierungsvertreter wurde von der Aussage eingeleitet, wonach „der Staatssekretär und die staatlichen Organe den Plan von Propst Williams unterstützen und im Rahmen der Kontakte zwischen Coventry und Dresden dieses Unternehmen durchführbar ist", und von der zusammenfassenden Versicherung umrahmt, „dass die staatlichen Organe in Dresden alle Fragen beraten und klären werden und dass die englischen Geistlichen auch dort ihre Probleme mit den Vertretern der Landeskirche besprechen sollen".[1908]

Unmittelbar nach seiner Rückkehr von der Reise in die DDR im Oktober 1964 fasste Williams sein Gespräch in der DSKF gegenüber Seigewasser zusammen, wobei er erneut den kirchlichen Charakter seiner Mission betonte. Williams hielt fest, dass Seigewasser ihn „nur als Vertreter der Coventry Cathedral in diesem Dresdner Unternehmen anerkennen" würde, dass er persönlich für die Durchführungsvereinbarungen verantwortlich wäre, „und das in erster Linie direkt mit dem Landesbischof Noth von Dresden". Weiters hielt Williams fest, dass er ein kleines Komitee zur Organisation ernennen würde und dass er, „angesichts der Tatsache, dass die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR keine offizielle Anerkennung finden kann, über Präses Kreyssig arbeiten werde, der eine langjährige Erfahrung in Verwaltungs- und technischen Problemen in einem solchen Unternehmen hat".[1909]
Bereits im Juni 1964 hatte Williams über einen Schachzug versucht, die Ausschaltung der *Aktion Sühnezeichen* durch die DDR-Behörden zu vermeiden. Gegenüber Kreyssig erbat Williams eine formelle Mitgliedschaft der *Cathedral of Coventry* bei der *Aktion Sühnezeichen*.[1910] Zehn Tage später versicherte Williams Kreyssig, dass er mit keiner anderen Organisation als *Aktion Sühnezeichen* zusammenarbeiten würde.[1911] Die zweimalige vehemente Versicherung der exklusiven Kooperation mit *Aktion Sühnezeichen*, die Williams gegenüber Kreyssig vornahm, ist sowohl vom Inhalt wie Form ungewöhnlich. Es ist möglich, dass Kreyssig nicht der eigentliche Adressat der Schreiben war, sondern vielmehr die DDR-Behörden, die Kreyssig zu dieser Zeit intensiv – vermutlich auch hinsichtlich des

---

[1905] Ebd.
[1906] Adressat dieser Erwartung war Kreyssig in seiner Funktion als Präses der Synode der EKU
[1907] über Williams' Einfluss anhand eines konkreten Ausreisebegehrens von Superintendent Friedrich Krahnert (Berlin-Pankow) zu einer Predigt in der *Cathedral of Coventry*, für deren Bewilligung die DDR-Behörden die Ausschaltung des ‚Travelbord' (eigentlich: Allied Travel Office, eine Einrichtung der Westalliierten, die Reisen von DDR-Bürgern in westliche Staaten zu ermöglichen, ohne den DDR-Reisepass und damit die Existenz der DDR anzuerkennen) verlangten; vgl. zu dieser Strategie auch Thomas (2005), S. 191
[1908] Aktenvermerk über die Aussprache mit Propst Williams, Coventry, über das geplante Projekt der Mitarbeit am Wiederaufbau des Diakonissenmutterhauses in Dresden, dat. 14. Oktober 1964, gez. Wilke [pAdAA A 18734 Bd3 F1 Bl. 8-10] Williams war nicht zum ersten Mal in die Versuche der DDR, die im Zuge des Mauerbaus auf Betreiben der BRD von NATO-Mitgliedern beschlossenen Reisebeschränkungen zu umgehen, eingebunden. Der anlässlich der feierlichen Einweihung der neuen Kathedrale 1962 von Williams eingeladenen Delegation aus Dresden wurden von den britischen Behörden die „notwendigen Einreisepapiere" nicht ausgestellt. In seinem Schreiben an Williams hielt der Vorsitzende des Stadtverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Dresden fest: „Auch diese Einreiseverweigerung ist auf die von Westdeutschland inspirierten unsinnigen Natobeschlüsse zurückzuführen, die alle der Entspannung dienenden Begegnungen zwischen Menschen aus der DDR und den westlichen Staaten vereiteln sollen." Im Jahr darauf war es der Ostberliner Superintendent Friedrich Krahnert, der seitens der DDR-Behörden kein Ausreisevisum für einen Besuch in Coventry erhielt. Williams machte seinem Ärger Luft und informierte die britische Tageszeitung *The Guardian*. Vgl. Schreiben des Direktors des Zoologischen Gartens Dresdens und Vorsitzenden des Stadtverbandes der Christlich Demokratischen Union in Dresden, an Williams, dat. 8. Juni 1962, Unterschrift unleserlich [pAdAA A 18734 Bd.3 F2 Bl. 165]; The Guardian, 8. November 1963; dokumentiert in den Akten des DDR-Außenministeriums [pAdAA A 13101]
[1909] Williams an Seigewasser, dat. 19. Oktober 1964 [Abschrift, pAdAA A 18734 Bd. 3F1 Bl. 11f.]
[1910] Williams an Kreyssig, dat. 26. Juni 1964 [ASF]
[1911] Williams an Kreyssig, dat. 6. Juli 1964 [ASF]

Schriftverkehrs, der über Kreyssigs Ostberliner Präses-Büro ging, an das Williams seine Schreiben adressierte – überwachten und von offiziellen Aussprachen praktisch ausschlossen.[1912]

Bei der Pressekonferenz, die Williams zum Auftakt der Öffentlichkeitsarbeit und der Sammlung von angestrebten 25.000 britischen Pfund zur Finanzierung der Bauarbeiten in Dresden Anfang November 1964 in der Londoner St. Bride's Church abhielt, erwähnte er, dass er sich über die ganze Vorbereitungszeit hindurch über der Gefahr bewusst war, dass jede naive Handlung in der Frage der politischen Anerkennung instrumentalisiert oder zum Ausspielen einer der beiden deutschen Staaten herangezogen werden könnte. Er und andere in die Verhandlungen Involvierte hätten alles Mögliche unternommen, um sicherzustellen, dass die Geste als an alle Deutschen, wo immer sie leben, gerichtet ist – von der DDR als eigenständigen deutschen Staat sprach Williams nicht.[1913]

4.4.3 Einschätzung des Versöhnungsprojekts Coventry-Dresden

Die Organisation des Versöhnungseinsatzes britischer Jugendlicher im Dresdner Diakonissenkrankenhaus fiel in eine Zeit „kirchenpolitischen Burgfriedens" in der DDR.[1914] Die von Thomas vertretene These eines Masterplans, demzufolge der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen die *Aktion Sühnezeichen* zunächst als Partner des Versöhnungsprojektes anerkannte, um sie in Folge gegen Landesbischof Gottfried Noth der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens auszuspielen und diesen im Sinne der DDR-Kirchenpolitik gefügig zu machen, lässt sich ebenso wie eine mögliche Instrumentalisierung des Projekts zur Umsetzung westlicher (v.a. britischer) und ostdeutscher Geheimdienstinteressen nicht verifizieren.[1915]
Hauptquelle für Thomas' These der Instrumentalisierung Kreyssigs bzw. der *Aktion Sühnezeichen* gegen die Sächsische Landeskirche sind die überlieferten Akten des inoffiziellen MfS-Mitarbeiters IM „Gerhard".[1916] Hinter dem Decknamen verbarg sich der Oberreferent der DSKF, Hans-Joachim Seidowsky, 1957 als Informant des MfS geworben.[1917] Seidowsky protokollierte zweimal, dass Kreyssig zur Disziplinierung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens bereit wäre. Nach Seidowsky hätte Kreyssig Anfang April 1964 erklärt, dass er als Gegenleistung für die Ermöglichung des Coventry-Dresden-Projekts bereit sei, „seinen und den Einfluss seiner Freunde geltend zu machen, dass Noth zur Ordnung gerufen wird". Zwei Wochen später soll Kreyssig erneut in Aussicht gestellt haben, „zugunsten dieser Sache die Kirchenleitung Dresden zu veranlassen, ihr Verhältnis zum Rat des Bezirkes zu normalisieren".[1918]

[1912] Mitte Juli 1964 wurde Kreyssigs Wohnung vom MfS verwanzt und überwacht.
[1913] Coventry to Help Hospital in Dresden, Coventry Evening Telegraph, 2. November 1964 [Abschrift, AELDD]
[1914] so Ludwig Geißel in seinen Erinnerungen, vgl. Geißel (1991),m S. 325f.
[1915] Die Qellenlage stellt sich lückenhaft dar: nicht zugänglich sind fehlende bzw. einer Einsichtnahme vorenthaltene Bestände des britischen und des DDR-Geheimdienstes, die Akten des Sachgebietes Kirchenfragen, die zur Abteilung Innere Angelegenheiten [des Rates des Bezirkes Dresden] gehörten (sie sind nach Auskunft des Archivs der Stadt Dresden nicht vorhanden. Email MA Auskunfts- und Benutzerdienst, Archiv der Stadt Dresden, dat. 12. Februar 2004, gez. Christine Stade). Auch im Archiv der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens liegen keine Unterlagen auf, mit Ausnahme eines „allgemeinen Dankesschreibens Landesbischofs Noth an Provost Williams, Coventry, vom 23. Oktober 1965", das „ausdrücklich den Vermerk ‚ohne Vorgang' trägt. [Emailschreiben Landeskirchenarchiv des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes Sachsen, dat. 1. Oktober 2004, gez. Dr. Carlies Raddatz.] Seitens der Evangelisch-Lutherischen Krankenanstalt wurde eine Einsichtnahme in die Archivunterlagen verweigert und – nach Urgenz – lediglich einige Kopien von allgemeinem Belang zur Verfügung gestellt. Besuch der Anstalt und Gespräch mit Sr. Edith Hauf am 26. August 2004; nach Sr. Hauf wäre eine Einsichtnahme aufgrund des „privaten" Charakters der Korrespondenz nicht möglich. In den Unterlagen des MfS konnte während eines dreijährigen Recherche- und Einschauzeitraumes ein Bestand über das Coventry-Dresden-Projekt nicht ausfindig gemacht werden. Einer Emailauskunft der BStU zufolge blieb die Sachrecherche zu dieser Thematik ohne Ergebnis, dat. 10. März 2006, gez. Brigitte Freudenberg; seitens des sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wurde ebenfalls ein negativer Bescheid gegeben. [gez. Nancy Aris, dat. 5. Februar 2004; AZ: 0585.59]
[1916] Thomas bezieht sich auf das Protokoll Seidowskys vom Treffen mit Kreyssig am 7. April 1964; vgl. Thomas (2005), S. 240ff.
[1917] Vgl. BStU MfS AIM 3654/71 Teil I 1-4 „Gerhard".
[1918] BStU MfS AIM 3654/71 Teil II 9-11

Der Wahrheitsgehalt von Seidowskys Protokollen lässt sich nicht überprüfen. Kreyssig hatte dank seiner langjährigen Funktion als Präses der Synode der Kirchenprovinz Sachsen zweifellos Verbindungen zur Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Sachsen; die Landeskirchen, die zu diesem Zeitpunkt noch dem gesamtdeutschen Dachverband EKD angehörten, waren allerdings unterschiedlichen Bekenntnisses. Die Evangelische Landeskirche der Kirchenprovinz Sachsen gehörte dem Verband der Evangelischen Kirche der Union an, die Evangelisch-Lutherische Kirche Sachsens der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.[1919] Der langjährige Synodalpräsident der sächsischen Landeskirche, Reimer Mager (1906-1966), war mit Kreyssig noch aus der Zeit der Bekennenden Kirche befreundet.[1920] Mager war einer der ersten Unterstützer und Unterzeichner des Sühnezeichen-Aufrufs und wurde 1958 als Mitglied des Führungskreises geführt.[1921] Thomas zitiert einen Brief Kreyssigs an Reimer Mager und Dietrich Mendt vom 18. Mai 1964, in dem Kreyssig den Durchbruch des Coventry-Dresden-Versöhnungsprojekts mitteilte und von seinen Kontakten mit Seidowsky berichtete.[1922] Die mehrmalige Versicherung Kreyssigs in diesem Schreiben, dass es mit der Beziehung zu Seidowsky seine Richtigkeit habe und dass das Projekt frei von Einflussnahmen und Bedingungen bleiben würde, lassen die Vermutung zu, dass Kreyssig genau das Gegenteil meinte und seine Freunde in Dresden entsprechend warnen wollte. Im Juni 1964 erfolgte nach Thomas eine offizielle Begegnung des Rates des Bezirkes Dresden unter Oberbürgermeister Gerhard Schill, dem Leiter der Abteilung für Kirchenfragen, Kreyssig und dem Dresdner Oberkirchenrat Ulrich von Brück – die erste nach einem Jahr der deklarierten Enthaltung von politischen Kontakten oder Stellungnahmen seitens der sächsischen evangelischen Landeskirche.[1923] Noch im November 1964 kam es zu einer Begegnung zwischen Staatssekretär Seigewasser und Bischof Noth, die Thomas dem Einfluss Kreyssigs bzw. der Verhandlungen über das Versöhnungsprojekt unter Einbeziehung Noths zuschreibt.[1924]

Ein anderer Kontext des britisch-ostdeutschen Versöhnungsprojektes, in dessen Rahmen Dutzende britische Jugendliche monatelang in Dresden weilten, ist jenes Zeitfenster zwischen dem Jugendkommuniqué vom Juli 1963 und dem „Kahlschlag“ in der Jugendpolitik im Vorfeld und nach der 11. Tagung des SED-Zentralkomitees im Dezember 1965 zu nennen. Während dieser Zeit waren „Experimente“ in der Jugendpolitik zugelassen worden.[1925]

Aus der Perspektive der *Aktion Sühnezeichen* fügte sich das Projekt als Antwort der *Cathedral of Coventry* auf den Sühnezeichen-Einsatz von 1961/62 in Kreyssigs Sühne-/Versöhnungskonzeption ein, die wiederum innerhalb der anglikanischen Kirche besonders in Coventry ihre Entsprechung fand. Noch vor ihrer Abreise wurden die britischen Freiwilligen durch die Zahlung von zehn £ zu lebenslangen Mitgliedern der *Aktion Sühnezeichen*.[1926] Im Vorfeld des Projekts betonte Williams den Zusammenhang mit dem Westberliner Sühnezeichen-Projekt 1961/62.[1927] Für die Annahme von ideengeschichtlich, theologisch bzw. religiös-spirituell begründeten Motiven spricht die Langlebigkeit der Verbindungen zwischen der *Cathedral of Coventry* und der *Aktion Sühnezeichen*. Die – auch über das Westberliner Sühnezeichen-Büro getragenen[1928] – Beziehungen haben nicht nur die Wechsel der handelnden Personen

---

[1919] über die konfessionellen, über die unterschiedliche Institutionalisierung ausgetragenen Spannungen vgl. Hauschild, Wolf-Dieter, Konfliktgemeinschaft Kirche. Aufsätze zur Geschichte der Evangelischen Kirche in Deutschland (2004). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
[1920] 1954 waren Mager und Kreyssig unter den insgesamt sechs Passagieren eines Frachtschiffes von Europa in die USA. Mager und Kreyssig waren Mitglieder des Rates der EKD und Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Weiß (1998), S. 313
[1921] Protokoll einer Tagung des Führungskreises, dat. Berlin, 20. Oktober 1958. [EZA 609/88]
[1922] vgl. Thomas (2005), S. 243f.
[1923] Ebd., S. 244f.
[1924] Ebd., S 244f., S. 153f.
[1925] Ohse, Marc-Dietrich (2003) Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974). Berlin: Christoph Links.
[1926] Unklar ist, ob der Westberliner Verein oder die Ostberliner Aktion Sühnezeichen gemeint war.
[1927] Coventry to Help Hospital in Dresden, Coventry Evening Telegraph, 2. November 1964 [Abschrift, AELDD]
[1928] Mit Jahresbeginn übernahm ein westdeutscher Freiwilliger die Leitung des internationalen Zentrums in Coventry. Vgl. Bericht über die Englandreise mit Frank Bohn vom 10. bis 23. Oktober 1971, dat. 1. November 1971, gez. F. v. Hammerstein [LkA EkvW C:20-10/Nr. 1/Bd.1/2]

sondern auch das kommunistische Regime in der DDR überdauert[1929], das gilt auch für die Verbindung zwischen der *Cathedral of Coventry* und der Evangelisch-Lutherischen Diakonissenanstalt. Ehemalige DDR-Teilnehmer veranstalteten 1985 eigenständig ein „Jubiläumslager" in Erinnerung an das Versöhnungsprojekt Dresden 1965.[1930] 1986 erhielt die Dresdner Kreuzkirche ein weiteres Nagelkreuz, im gleichen Jahr wurden in beiden Städten parallel Gottesdienste in Erinnerung an die Zerstörung Coventrys und Dresdens abgehalten, und 1991 übergab Paul Oestreicher, der damalige Leiter des Internationalen Versöhnungszentrums der Kathedrale, dem Altenzentrum der Diakonissenanstalt anlässlich der Einweihung ein drittes Nagelkreuz.[1931]

4.5 Gesellschaftspolitisches Wirken der Aktion Sühnezeichen in der DDR

Das gesellschaftspolitische Potenzial der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR lässt sich im Wesentlichen auf drei Ebenen nachzeichnen:
Erstens war die *Aktion Sühnezeichen* eine der wenigen nichtstaatlichen Gruppen, die über einen drei Jahrzehnte reichenden Zeitraum eine alternative Sozialisation anbot, in der neben inhaltlichen Alternativen, alternatives, wenngleich kurzfristiges Zusammenleben während der Sommerferien und demokratische, jedenfalls an Mitbestimmung und Wahlen gebundene Meinungsbildung und Leitung angeboten wurden. Der gemeinschaftliche Charakter wurde durch Treffen auf regionaler Ebene, einmal jährlich stattfindenden Jahresversammlungen und regelmäßige Publikationen gefestigt. Im kirchlichen Bereich fungierte die *Aktion Sühnezeichen* als Ausbildungsinstanz für werdende Pfarrer und Pastoren. Einsätze in Sommerlagern wurden als sechswöchiges diakonisches Praktikum anerkannt.[1932] Als institutionalisierte NGO mit einem gesellschaftspolitischen und transnationalen Auftrag war die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR einzigartig.
Zweitens nahm die *Aktion Sühnezeichen* im SED-gesteuerten Vergangenheitsdiskurs eine inhaltliche und strukturelle Außenseiterposition ein, die bis in die 1980er Jahre der vorherrschenden Interpretation der NS-Vergangenheit diametral entgegenstand und – im wechselseitigen Austausch vor allem mit Überlebenden aus Polen und der Tschechoslowakei – einen alternativen Zugang bot, der der ‚privaten Öffentlichkeit' in Familien und kleineren sozialen Einheiten (innerhalb der Kirchen und Kirchengemeinden) eine adäquatere Entsprechung anbot als die staatliche Interpretation. Vor allem der Aspekt der ‚deutschen Schuld' gegenüber anderen Völkern konnte innerhalb der Aktion Sühnezeichen ein Drittens entwickelte die *Aktion Sühnezeichen* ein Forum, das Informationen über die nationalsozialistischen Verbrechen im Allgemeinen, mit besonderer Berücksichtigung der im offiziellen Diskurs nicht ausreichend berücksichtigten Themen Juden, Judentum und Israel, auch über den engeren Kreis der Sühnezeichen-Teilnehmer hinaus anbot und ein zum staatlichen Diskurs alternatives Bildungs- und Informationsanbot zur Verfügung stellte.

Vor allem während der ersten beiden Dekaden, in den 1960er und 1970er Jahren, standen diese drei Wirkungsebenen in Konkurrenz bzw. Opposition zur SED-Politik und zu den DDR-Regierungen. Zu den Umsetzungsstrategien der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR zählten die Bedeutungszu- bzw. -umschreibung des offiziellen DDR-Vokabulars. Eindrucksvoll belegt dies die Stellungnahme von Friedrich Magirius anlässlich des 30. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus. Die Befreiung vom Faschismus bzw. der von kommunistischem Antifaschismus motivierte Widerstand gegen den Faschismus, waren feste Bestandteile des Gründungsmythos der

[1929] vgl. John Petty, ASF und die Kathedrale von Coventry, Zeichen, 3/1996 [www.asf-ev.de/zeichen/96-3-8.htm, erhoben 28. November 2004]
[1930] Die Aktion Sühnezeichen übernahm die Unfallversicherung. Organisatorin Erika Buhr an Kreyssig, o.D. [EZA 614/206]
[1931] Rahn (2002), S. 68
[1932] Schreiner an Schmidt, dat. 18. August 1968 [EZA 97/713]

DDR.[1933] Magirius passte sich zwar dem Sprachduktus an, interpretierte aber die marxistische Auslegung eines politischen (Widerstands-)Kampfes in eine theologisch-religiöse Lesart um. Neben der expliziten Erwähnung von Antisemitismus und Judenverfolgung, die er mit „Antitheismus“ und geplanter Christenverfolgung in Zusammenhang brachte – womit freilich eine implizite Exkulpation der christlichen Anteile an der Entwicklung und gewaltsamen Umsetzung des nationalsozialistischen Antisemitismus verbunden war – konstruierte Magirius das Christentum – anstelle des Marxismus – als Antithese zum Faschismus. Der 30. Jahrestag der „Befreiung vom Faschismus“, so Magirius 1975, bedeute:

> Befreiung vom deutschen Antisemitismus als schlimmster Form des Antitheismus
> Beendigung der Judenverfolgung zugleich auch Befreiung von einer geplanten Christenverfolgung
> Befreiung vom Faschismus auch Befreiung von Herrenmenschenideologie
> Befreiung vom Faschismus bedeutet für uns auch eine politische Befreiung von einem kapitalistisch-diktatorischen System übelster Prägung, mit dessen Zielen sich kein Christ identifizieren konnte. [1934]

Daraus folgerte Magirius: „Dank für Befreier: Sowjetunion, Polen, Frankreich, Großbritannien, USA“; darüber hinaus gälte es, „Opfer des Faschismus [zu] ehren – Pilgerfahrten“; „Mahnung durch Vermächtnis der Widerstandskämpfer für Leben in Gerechtigkeit und Frieden“; „Kampf gegen faschistische Systeme wie in Südafrika und Chile; die Freundschaft zu allen Völkern durch persönliche Kontakte ausbauen.“[1935]

Ein Maßstab zur Evaluierung des gesellschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Wirkens der *Aktion Sühnezeichen* ist die Beteiligung von vormals führenden Sühnezeichen-Aktivisten in der Zeit der Wende und in der Zeit nach Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Zu den prominentesten Repräsentanten zählen Konrad Weiß (Jg. 1942, Dokumentarfilmer, 1989 Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs der Bürgerbewegung *Demokratie Jetzt*, 1989-91 Mitglied deren Sprecherrats, 1990-94 MdB für Bündnis90/Die Grünen)[1936], Friedrich Magirius (Jg. 1930, Superintendent, Pfarrer in der Nikolaikirche zur Zeit der wöchentlichen Leipziger Friedensgebete, 1989/90 Moderator des Rundes Tischs Leipzig[1937], danach Stadtpräsident in Leipzig)[1938] und Ludwig Mehlhorn (Herausgeber illegaler Publikationen, u.a. *Aufrisse*, *Spuren*, *ODER*, Übersetzungen aus dem Polnischen, 1989 Mitbegründer *Demokratie Jetzt*)[1939]. Neben den bereits genannten Gründern von *Demokratie Jetzt* waren zwei weitere der insgesamt 12 Gründer mit der *Aktion Sühnezeichen* verbunden: Stephan Bickhardt (Mitglied des Leitungskreises 1987) und Michael Bartoszek.[1940] Die Bedeutung der *Aktion Sühnezeichen* als gesellschaftspolitische Instanz wurde vom Dachverband der Evangelischen Kirchen in der DDR erkannt und genutzt. 1970 wurde ein Vertreter der *Aktion Sühnezeichen* in den Arbeitskreis *Kirche und Gesellschaft* bestellt.[1941] Die *Aktion Sühnezeichen* nahm einer Untersuchung über die Rolle der DDR-Kirchen und das Ende des kommunistischen Regimes zufolge eine Vorreiterrolle selbst innerhalb der DDR-Kirchen ein.[1942]

[1933] vgl. Flacke, Monika und Schmiegelt, Ulrike. Deutsche Demokratische Republik: Aus dem Dunkel zu den Sternen: Ein Staat im Geiste des Antifaschismus, In Flacke, Monika und Deutsches Historisches Museum, Mythen der Nationen: 1945 - Arena der Erinnerungen (2004). Berlin: Deutsches Historisches Museum. 173-189, S. 173f.; umfassender: Hartewig, Karin. „Die Proben des Abgrunds, über welchem unsere Zivilisation wie einen Brücke schwebt“. Der Holocaust in der Publizistik der SBZ/DDR. In: Frei, Norbert und Steinbacher, Sybille, Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust (2001). Göttingen: Wallstein Verlag. 35-50, Mertens (1995).
[1934] Monatsbrief Mai 1975, dat. 23. Mai 1975 o.A. [Magirius], S. 1f. [ADW DWDDR D162]
[1935] Ebd.
[1936] Barth, Bernd-Rainer, Links, Christoph, Müller-Enbergs, Helmut und Wielgohs, Jan, Wer war Wer in der DDR (1996). Frankfurt/Main: Fischer TB, S. 780.
[1937] vgl. Magirius, Friedrich. Runder Tisch Leipzig. Aufbruch zur Demokratie, In Winter, Friedrich, Die Moderatoren der Runden Tische: Evangelische Kirche und Politik 1989/90 (1999). Berlin: Evang. Verl.-Anst. S. 144-147.
[1938] Ebd., Eintrag Magirius, S. 474f.
[1939] Ebd., S. 490.
[1940] Weiß, Konrad. (2003), S. 249
[1941] Protokoll Leitungskreissitzung vom 18. September 1970 [Bd. II, ASF] Über die tatsächliche Delegierung und Aktivität innerhalb dieses Arbeitskreises fanden sich allerdings in Folge keine archivarischen Spuren.
[1942] vgl. Burgess, John P (1997). The East German Church and the End of Communism. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 27f.

Eine gesellschaftliche Rolle der *Aktion Sühnezeichen* wurde von Teilnehmern eingefordert. So adressierte 1978 Lorenz Schreiner, der während seiner Ausbildung zum Diakon zwischen 1962 und 1966 an zahlreichen Sommerlagern teilgenommen hatte, Friedrich Magirius mit seinen Bedenken, die *Aktion Sühnezeichen* könnte sich von ihrem öffentlichen Auftrag zurückziehen:

> Ich befürchte, dass die AS zu einem Klub wird, der gelegentlich etwas tut, im Allgemeinen jedoch mit sich selbst sehr zufrieden ist, d.h. ich sehe eine Gefahr heraufziehen, dass die AS, die angetreten ist, für die Versöhnung und damit für den Frieden etwas zu tun, zu einer exklusiven, introvertierten Gruppe wird, die letztlich abgeschlossen ist, die zwar über dieses und jenes redet, mit der „Welt" aber nichts mehr zu tun haben will, als dass diese ausgeschlossene „Welt" den Lebensraum zur Verfügung zu stellen hat.[1943]

1986 thematisierte die *Aktion Sühnezeichen* erstmals die zeitgenössische Diskriminierung von Homosexuellen in der DDR im Zusammenhang mit der polizeilichen Verhinderung einer Kranzniederlegung durch den *Frauenkreis in der Gethsemanekirchgemeinde – Lesben in der Kirche* in der Gedenkstätte Ravensbrück am 20. April 1985 und beteiligte sich nach einer Intervention im Staatssekretariat für Kirchenfragen durch Sühnezeichen-Leiter Werner Liedtke zugunsten der Gedenkveranstaltung im Jahr darauf an der erfolgreichen Kranzniederlegung am 20. April 1986.[1944]

Im Rahmen der im Schnitt 250 – 300 Teilnehmer umfassenden Jahrestreffen wurden jeweils im Vorfeld ausgewählte Themen mittels Vorträgen, Diskussionen, Workshops und Ausstellungen vermittelt. Sogar eine Ausstellung über *Polen – unser Nachbar* wurde während eines Jahrestreffens (27.-29.12.1968) präsentiert. Die Ausstellung, die von Günter Särchen und Konrad Weiß mit Hilfe von polnischen Freunden in Warschau und Auschwitz, in der Botschaft und im polnischen Pavillon in Berlin erstellt und vom katholischen Weihbischof in Magdeburg finanziert wurde, tourte anschließend in evangelischen und katholischen Pfarrgemeinden. 1979 präsentierte die *Aktion Sühnezeichen* die Ausstellung *Gegen den Krieg – Majdanek* in Zusammenarbeit mit dem Polnischen Kulturzentrum.

Die Bewusstseinsarbeit machte vor der Grenze zur BRD nicht halt. Im Juni 1969 adressierte Günter Särchen namens des Leitungskreises ein Schreiben an die Intendanten des 2. deutschen Fernsehens und der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands in Köln, in dem er darauf hinwies, „dass die Wetterkarten der Wetterberichte die deutschen Reichsgrenzen von 1937 zeigen, die seit der Kapitulation Deutschlands 1945 nicht mehr gelten".[1945] Der Intendant des Westdeutschen Rundfunks antwortete Särchen über die Westberliner *Aktion Sühnezeichen*:

> „Ich habe mich genau mit den Argumenten des Leitungskreises der Aktion Sühnezeichen in der DDR im Kreise der Intendanten dafür eingesetzt, dass die Wetterkarte baldmöglichst verändert wird. Wir haben uns bei der letzten ARD-Tagung die neue Fassung (eine rein physikalische Karte ohne jede Grenzlinien) angesehen und gebilligt. Sie wird mit der Einführung der Farbe in der Tagesschau voraussichtlich am 1. März 1970 ausgestrahlt werden. ...Vielleicht haben Sie Gelegenheit, Ihre Kollegen in der DDR in absehbarer Zeit wissen zu lassen, dass ich ihnen rundheraus zugestimmt und in diesem Sinne bereits gehandelt habe."[1946]

„Eheanbahnung Sühnezeichen"

> Ein freundlicher Spötter hat gemeint, wir sollten uns doch zu Werbezwecken „Eheanbahnung Sühnezeichen" nennen.[1947] Nun, wer die Familienchronik im vergangenen Monatsbrief liest und hört, wie zahlreich die Teilnehmer in Israel, Jugoslawien, Frankreich sich verheiraten, wird den Spaß nicht

---

[1943] Lorenz Schreiner an Magirius, dat. 17. Januar 1978 [EZA 97/713]
[1944] Dörthe Beyer, Verhalten gegenüber Minderheiten, S. 3f. und Werner Liedtke, Kranzniederlegung in Ravensbrück, S. 4; beide in Monatsbrief Mai/Juni 1986 [ASF]; Aktenvermerk über ein Gespräch mit dem Leiter der Aktion Sühnezeichen in der DDR, Pfarrer Liedke [!], am 10. April 1986 in der Dienststelle, Abt. II, dat. 14. April 1986, gez. Handel [SAPMO DO/4/814]
[1945] Särchen an die Intendanten des 2. deutschen Fernsehens und der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands in Köln, dat. 13. Juni 1969. [EZA 97/33]
[1946] Schreiben des Intendanten des westdeutschen Rundfunks an Hammerstein, dat. 11. Juli 1969, gez. Bismarck [EZA 97/33]
[1947] Kreyssig nannte Klaus von Bismarck als Quelle des Zitats. [Kreyssig an Rosemarie und Otto Schenk, dat. 29.10.1970; EZA 97/713]

> grundlos finden können. Im Ernst wird aber hier sichtbar, wie leibhaftig Versöhnung Geschichte macht. Empfinden wir schon die Freundschaften als unverbrüchlich, die aus der Vergebung zwischen unseren Nachbarn und uns erwachsen sind, so füllt sich nun das Bindegewebe über der zwischen den Völkern verharschenden Wunde vollends mit Blut und Leben. Die Teilnehmer selbst bekommen in der Zweisamkeit mit ihren Verheißungen und Nöten, Abstand von dem Partisanenhaufen des Friedens. Aber sie nehmen das unverlierbare Element Versöhnung – pharmakon athanasias – in das fortwachsende Leben mit hinein. Denn – Kol. 1,15ff. – auf Heilung von der Vergänglichkeit hin ist es geschaffen. So sind wir im Eheglück unseres jungen Volkes allesamt mitbeschenkte Leute.[1948]

Ab Mitte der 1960er Jahre entwickelte sich die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* zu einem Forum, in dem Jugendliche bzw. junge Erwachsene ihre Ehepartner fanden und zu einem Teil auch als Familien mit ihrem Nachwuchs über Jahre hindurch ihren Urlaub in einem Sommerlager der *Aktion Sühnezeichen* verbrachten. In den Wochen- und Monatsbriefen der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurden die Entwicklungen der Paarbeziehungen dokumentiert. Paare, die ihre Verlobung, ihre Verehelichung oder gemeinsamen Nachwuchs meldeten, wurden, teils unter Angabe des Sommerlagers, in dem sich die jeweilige spätere Lebensgemeinschaft anbahnte, namentlich genannt.

Gegen Ende der SED-Herrschaft in der DDR rief die *Aktion Sühnezeichen* am 21. November 1989 zur Bildung einer Menschen- und Lichterkette am 3. Dezember 1989 auf.[1949] Werner Liedtke bezeichnete diesen Aufruf als „eine der letzten und zugleich gewagtesten Handlungen der *Aktion Sühnezeichen* zu DDR-Zeiten“.[1950] Auf Anregung eines Friedenskreises aus Greifswald, der von Pfarrer Andreas Schorlemmer geleitet wurde, sollte am ersten Adventsonntag 1989 eine Menschen- und Lichterkette zur Unterstützung der begonnenen politischen Reformen organisiert werden. Die *Aktion Sühnezeichen* fungierte dabei als Werbeträger zur Veröffentlichung des Aufrufs in den Medien und als Ansprechpartner gegenüber DDR-Behörden. Die Menschen- und Lichterkette kam unter Beteiligung von „Hunderttausenden von Saßnitz bis Zittau an der F 96“ zustande.[1951] Der stellvertretende Ministerpräsident und Leiter des Staatssekretariates für Kirchenfragen, Lothar de Maiziére, späterer Ministerpräsident reagierte geradezu enthusiastisch auf die Veranstaltung: „Die auf Vorschlag der Aktion Sühnezeichen am gestrigen 1. Advent quer durch die DDR gebildete Menschenkette war ein unübersehbares Bekenntnis vieler Menschen in unserem Land für mehr Demokratie, für einen wirksamen Schutz der natürlichen Umwelt sowie für soziale Sicherheit und die Schaffung einer dauerhaften internationalen Friedensordnung.“[1952]

4.5.1 ASZ-Friedensdiskurs

1980 fand das Selbstverständnis mit den Mottos „Unsere Arbeit, unser Dienst – Zeichen der Sühne“ und „Unsere Arbeit, unser Dienst – Zeichen der Versöhnung“ eine neue Akzentuierung. Die Rolle der christlichen Kirchen im Friedensdiskurs innerhalb der DDR, den die *Aktion Sühnezeichen* seit ihrer Gründung als Vorläufer mitgestaltet hatte,[1953] wirkte ihrerseits auf die Sühnezeichen-Terminologie: anstelle abstrakter Formulierungen wurden nun konkretere Bezugnahmen (in religiöser Hinsicht: „auf die in Jesus Christus geschehene Versöhnung und Auswirkung in unsere Welt“) und konkretere Aspirationen („Unterstützung von Abrüstungsinitiativen“, „Abbauen von Vorurteilen und partnerschaftliches Zusammenleben mit Menschen anderer Völker, Religionen, Weltanschauungen“) angeführt.[1954] Ähnlich der Westberliner Schwester war der Versuch, an den Friedensdiskurs der 1980er Jahre anzuknüpfen,

---

[1948] Wochenbrief auf den 5. Sonntag nach Trinitatis, dat. 5. Juli 1966, gez. Kreyssig [ASF]
[1949] Broschüre Sommerlager 1990, S. 7 [ASF]
[1950] Liedtke (1998), S. 307.
[1951] Ebd., S. 308.
[1952] Lothar de Maiziére an Dr. Fritz Kretschmer, dat. 1.[4?]. Dezember 1989; Antwort auf sein Schreiben (26.11.). Unklar ist, ob der Brief abgesandt wurde [SAPMO DO 4/1089 Staatssekretär 00-13-14-08 Kirchliche Arbeitsformen u. Einrichtungen Vorschlag an Aktion Sühnezeichen]
[1953] Zur Rolle der Kirche in der Friedensbewegung der DDR bzw. zur Friedensbewegung in der Kirche mit Referenzen zur Aktion Sühnezeichen als nicht-staatliches Forum für so genannte Bausoldaten und als „der andere Antifaschismus“ vgl. Neubert (2000), S. 193, 196, 198-200.
[1954] Lagerplan 1980 Aktion Sühnezeichen, S. 3 [FM]

sowohl durch einen historischen Ansatz – Friede als Konsequenz und Lehre aus der deutschen, vor allem der nationalsozialistischen Geschichte, wie auch durch den Versuch, die zeitgenössische Strömung in den Sühneprozess zu integrieren und damit friedensbewegte Jugendliche zur Partizipation in Sühnezeichenlagern zu gewinnen, motiviert. Das Engagement der Ostberliner Organisation im Friedensdiskurs der 1980er Jahre ging mit einer qualitativen Veränderung ihrer Positionierung innerhalb des Sozialgefüges der DDR einher. Die besondere Position als einzige nicht-staatliche Organisation in der DDR, die ihre Identität aus dem Gedenken an den Nationalsozialismus und als Lehre aus den permanenten Versöhnungsbemühungen bezog, stand zwar seit der Gründung in Konkurrenz zur offiziellen Interpretation des Nationalsozialismus; die exotische Rolle der *Aktion Sühnezeichen* abseits der breiten Öffentlichkeit war allerdings für die Tagespolitik weniger bedeutend und für den Staatsapparat vor allem hinsichtlich der grenzüberschreitenden Aktivitäten von Interesse. Der Friedensdiskurs hingegen war von imminenter politischer Bedeutung, versammelte doch die Friedensbewegung ab 1979 „fast alle politischen Gegner in einer systemimmanenten Opposition".[1955]

Über die Westberliner Schwesterorganisation partizipierte die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR am Friedensdiskurs in der BRD. Leiter Friedrich Magirius nahm am Pfingstfestival 1980 der Friedensdienste in Beienrode teil, wo er „persönlich erlebte", „wie breit das Spektrum kirchlicher Friedensaktivitäten in der Bundesrepublik ist". Neben den inhaltlichen Impulsen, die Magirius in die Arbeit einfließen lassen wollte, konnte er auch Kontakte mit anderen Friedensaktivisten aus der BRD knüpfen.[1956] Die Friedensthematik war für die *Aktion Sühnezeichen* nicht neu. Schon Ende Februar 1967 fand in Berlin eine Wochenendtagung zum Thema „Frieden" statt.[1957] Im darauffolgenden Jahr plante Kreyssig die Einrichtung einer Forschungsstelle für Friedensprobleme bei der *Aktion Sühnezeichen*. Gebremst wurden Kreyssigs Vorstöße zur Integration des Friedensdiskurses in die *Aktion Sühnezeichen* durch die Mehrzahl der Mitglieder im Leitungskreis. Sie wollten die Handlungsinitiative des EKU-Rates abwarten, nachdem die Synode der EKU eine neuerliche Initiative zur Einrichtung eines Friedensinstitutes in der DDR aufgegriffen hatte. Der Leitungskreis bewilligte eine Förderung von bis zu 1.000 Mark für den provinzsächsischen Arbeitskreis für Friedensforschung und für Pfarrer [Christfried] Berger in Schmöckwitz, der sich ebenfalls mit Friedensforschung beschäftigte.[1958] Pfarrer Berger war selbst Bausoldat und hatte im Rahmen eines Bruderkreises mit Paul Plumo 1965 ein „Memorandum zur Gründung eines christlichen Friedensinstitutes" versandt. Das Institut wurde weder als eigenständige Einrichtung noch im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen* realisiert, statt dessen wurde ab 1969 der *Facharbeitskreis Friedensfragen* beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und 1971 die *Arbeitsstelle für Friedensfragen bei der Theologischen Studienabteilung* mit Joachim Garstecki als Referent eingerichtet.[1959] Garstecki arbeitete sowohl mit der Westberliner wie mit der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* zusammen. In seinem Vortrag auf dem Ostberliner Jahrestreffen 1979 ermutigte er die 300 Teilnehmer zur Weiterentwicklung als Friedensbewegung, die Versöhnung nicht als spirituellen Selbstzweck zur Verschleierung der Wirklichkeit sondern als Instrument zur Überwindung der „von Menschen gemachten und in ihre Systeme und Ideologien eingekleideten Denkschablonen" einsetzt. Garstecki ermutigte die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR zur Weiterarbeit als Vorreiter „für viele andere in Gesellschaft und Kirche".[1960]

[1955] Neubert (2000), S. 335
[1956] Monatsbrief Januar 1981, gez. Magirius, S. 7 [ADW DDR D 162]
[1957] Das Buch von Fritz Baade „Der Wettlauf zum Jahre 2000", Union Verlag Berlin diente als Diskussionsgrundlage, vgl. .Monatsbrief Februar 1967/Wochenbrief auf den Sonntag Invokavit, dat. 7. Februar 1967 [ASF]
[1958] Protokoll, dat. 6. März 1968, gez. [Christa] Lewek über [ihre] Teilnahme an [der] Leitungskreissitzung vom 24. Februar 1968 [EZA 104/619]
[1959] Neubert (2000), S. 197f.
[1960] Garstecki Joachim, Wer seine Geschichte vergisst, muss sie noch einmal durchleben, Vortrag auf dem Jahrestag [!] der Aktion Sühnezeichen in Berlin (Ost), In Ehring, Klaus und Dallwitz, Martin (1981). Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 148-155

Ab 1968 ist die Verbindung des DDR-Wehrdienstverweigerers und späteren Friedensaktivisten Georg Meusel[1961] mit Kreyssig und später mit Christian Schmidt und Friedrich Magirius dokumentiert. Meusel setzte seine Friedensüberzeugung nicht nur als einer der „ersten Wehrdienstverweigerer“ in der DDR[1962], und ab 1972 in Friedensseminaren um. Meusel nutzte seine philatelistischen Interessen, um „von Mann zu Mann für Versöhnung und echte Völkerverständigung einzutreten“.[1963] Er stellte friedens- und vergangenheitsbezogene Ausstellungen benutzter Briefkuverts und Briefmarken zusammen. 1975 konzipierte er die Ausstellung „Stimmen gegen den Krieg - Initiativen für den Frieden“, worin auch ein Kapitel der *Aktion Sühnezeichen* gewidmet war. Sowohl von der Westberliner wie auch der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* erhielt Meusel „etliche Briefumschläge aus der Korrespondenz mit Auslandslagern und ähnliches, die wegen ihres postalischen Charakters für die Briefmarkensammlung sehr gut geeignet sind“. Von Magirius erbat Meusel „kleinformatige Umschläge mit möglichst vorderseitiger Absenderangabe, die einen inhaltlichen Zusammenhang mit Sühnezeichen hat oder den man in einem kurzen Kommentar deutlich machen kann“. Mit seinen philatelistischen Vorstößen wollte Meusel erklärtermaßen „einen Personenkreis mit Themen konfrontieren [...], womit sich dieser von sich aus nicht beschäftigten würde“.[1964]

In der konkreten Umsetzung verblieb die *Aktion Sühnezeichen* im Allgemeinen im pädagogischen Wirkungsfeld ihrer Sommerlager. Im Lagerplan für 1981 finden sich zahlreiche Bezugnahmen auf den Friedensdiskurs, sowohl textlich wie graphisch, selbst auf der vorderen Umschlagseite, die Zitate sind sämtlich Klassiker der Friedensbewegung.[1965] Auffällig ist, dass nach der Exponierung 1981 in den Folgejahren kirchliche Inhalte wieder vor gesellschaftspolitischen Inhalten dominierten, anstelle der Friedensthematik war von Liebe und Versöhnung zu lesen. Friedenszitate waren vor allem auf die individuelle Ebene zugeschnitten, so 1983 ein abgedrucktes Gedicht samt Grafik: „Schließe Frieden mit dir“.[1966] Erst Ende der 1980er Jahre wurden die Bezugnahmen auf die (oppositionelle) Friedensbewegung innerhalb der DDR wieder manifest. Im Verzeichnis der Sommerlager für 1988 finden sich Friedenssymbole und das Bibelzitat „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“[1967] Die biblische Referenz knüpfte an die „spontane Bewegung Schwerter zu Pflugscharen der Jahre 1981 und 1982“ an, die ihrerseits als Symbol die stilisierte Abbildung eines Denkmals des sowjetischen Künstlers Jewgenij Wutschetitsch herangezogen hatte. Die Bewegung hatte seitens der DDR-Behörden zu erbitterter Verfolgung der jugendlichen Träger dieses Abzeichens geführt.[1968]

Die Beschränkung innerhalb des totalen DDR-Regimes drückten auf den Enthusiasmus der Friedensbewegten innerhalb der *Aktion Sühnezeichen*. Joachim Stellmacher konstatierte nach einem Feedback-Treffen der Sommerlager-Leiter im Oktober 1983, bei dem „der Beitrag der Aktion Sühnezeichen zur Friedensdiskussion in unseren Kirchen“ diskutiert wurde: „Dabei war wenig von Vorschlägen und Vorhaben die Rede. Nach meinem Empfinden bestimmten zunächst Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit das Gespräch. ‚Resignation’ war ein häufig gebrauchtes Wort.“[1969] Ende November

---

[1961] Meusel war „eine der Säulen“ des ab 1972 stattfindenden *Königswalder Friedensseminars;* vgl. Neubert (2000), S. 303, 379.
[1962] Meusel an Kreyssig, dat. Weihnachten 1968 [EZA 97/104]
[1963] Ebd.
[1964] Georg Meusel an Magirius, dat. 12. September 1975; sein Interesse an Kuverts deponierte er erneut am 8. Dezember 1981 [EZA 97/904]
[1965] Papst Paul VI („Jede Gewalt zeugt neues Unrecht“, S. 15), Victor Hugo („Dereinst wird man in den Museen Kanonen ausgestellt sehen wie jetzt die alten Folterwerkzeuge und man wird darüber staunen, dass einmal derlei in Gebrauch sein konnte.“, S 18), Helmut Hornig (Zum Antikriegstag), „Anfrage an Sokrates: Was ist Krieg?“ (S. 19), Heinrich Mann („Wer bloß zusieht, wartet vergebens, dass Frieden wird: Es wird nur Krieg. Der Krieg kommt schon, wenn man einfach nichts gegen ihn tut.“, S. 22 [auch 1983, S. 2]), Dietrich Bonhoeffer (Wie wird Friede?, 1934, S. 23), Zitat aus der Bergpredigt Jesu, Matth. 5,9 („Selig sind, die Frieden stiften, Gottes Kinder wird man sie nennen“., S. 24, letzte Umschlagseite).Aktion Sühnezeichen Lagerdienste 1981 [FM]
[1966] Broschüre Sommerlager 1983, S. 10 [FM]
[1967] Micha 4,3, zit. nach Broschüre Sommerlager 1988, S. 4 [FM]
[1968] Neubert (2000), S. 398ff.
[1969] Joachim Stellmacher, Frieden schaffen aus der Kraft der Schwachen: Zur Friedensdekade 1983, Monatsbrief Oktober 1983, S. 8 [BStU BV Suhl XX/ZMA 2360]

1983 versuchte die Leitung, die Stagnation zu durchbrechen und adressierte gleichlautende Schreiben an die Botschafter der beiden Proponenten des Kalten Kriegs, USA und UdSSR. Unter Bezugnahme auf die Gründungsmotivation der *Aktion Sühnezeichen* – die trennende Schuld des deutschen Volkes vor Gott und den Menschen – und deren Umsetzung und unter Verweis auf „diese Allianz in der Antihitlerkoalition", die „große Opfer" gebracht hätte, „um die Völker Europas vom deutschen Faschismus zu befreien", ersuchten die Unterzeichner um Rücknahme der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD und Verzicht der UdSSR auf Gegenmaßnahmen auf dem Gebiet der DDR. Die Rüstungskräfte sollten umgeleitet werden von der historischen Koalition gegen den Nationalsozialismus in eine Antihungerkoalition.[1970]

Anfang 1984 versuchte man aus der Jahreslosung „Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit." (2. Timotheus 1,7) neuen Mut zu schöpfen.[1971] Allerdings war man sich im Januar 1983 bewusst, dass sich die *Aktion Sühnezeichen* „inmitten der vielen kirchlichen Gruppen und Aktivitäten" auf ihre spezifischen Aufgaben konzentrieren müsste.[1972] Eine konkrete Friedensinitiative wurde im wichtigsten Medium der *Aktion Sühnezeichen*, im Monatsbrief, erst in der Mai/Juni 1986-Ausgabe vorgestellt. Einer der Initiatoren, Lothar Tautz, stellte die im Januar 1983 in Halle gebildete überregionale Friedensgruppe *FRIEDEN 1983* vor.[1973] Die *Aktion Sühnezeichen* war mit einem Vertreter im Leitungskreis der seit 31. Mai 1984 in der Berliner Bartholomäus-Kirche angesiedelten *Friedensbibliothek* vertreten; bereits im Monatsbrief Juni 1983 wurde ein „Aufruf um Mithilfe beim Aufbau einer Friedensbibliothek mit Antikriegsmuseum" veröffentlicht.[1974]

Anders als bei der Aufklärungsarbeit über Gedenkstätten(arbeit), Judentum und Israel tat sich die *Aktion Sühnezeichen* mit der Verschriftlichung der Friedensthematik schwer. Neben den erwähnten Symbolen und in der Friedensbewegung gängigen Slogans und Zitaten finden sich in den Veröffentlichungen eher liturgische denn analytische Texte.

> **Wer Frieden sucht,**
> wird den anderen suchen
> wird Zuhören lernen
> wird das Vergeben üben
> wird das Verdammen aufgeben
> wird vorgefasste Meinungen zurücklassen
> wird das Wagnis eingehen
> wird an die Änderung des Menschen glauben
> wird Hoffnung wecken
> wird dem anderen entgegengehen
> wird zu seiner eigenen Schuld stehen
> wird geduldig dranbleiben
> wird selber vom Frieden Gottes leben. –
> Suchen wir den Frieden?[1975]

> **Friedenserklärung**

[1970] Brief an Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow (UdSSR) und Botschafterin L.Ridgway (USA), dat. 28.11.1983, gez. Werner Liedtke, Maria Lorenz, Joachim Stellmacher, Christian Waldmann, Dr. Christoph Münchow, Dieter Tautz; abgedruckt in Monatsbrief Januar/Februar 1984, S. 7f. [ASF] Der ASZ-Brief stand im Zusammenhang mit dem Abbruch der Genfer Verhandlungen zur Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenbewaffnung am 23. November 1983 durch die UdSSR als Folge der Billigung der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der BRD durch den Bonner Bundestag am Tag davor.
[1971] Monatsbrief Januar/Februar 1984, S. 1 u. 3 [ASF]
[1972] Michael Falk, Bericht über die Klausurtagung [27.-29. Januar 1984], in Monatsbrief Januar/Februar 1984, S. 10 [ASF]
[1973] Monatsbrief Mai/Juni 1986 [ASF]. Zur Bedeutung der Friedensinitiative siehe Neubert (2000), S. 468, 491, 636
[1974] bis 1993 war Uli Hafa Vertreter der Aktion Sühnezeichen im Leitungskreis der Friedensbibliothek, danach Uta Gerlant [Protokoll Leitungskreissitzung 26./27.November 1993], Monatsbrief Juni 1983, S. 7 [CL]
[1975] Broschüre Aktion Sühnezeichen 1975, S. 24 (letzte Umschlagseite) [FM]

> Wir sind zu einem Lager der Aktion Sühnezeichen zusammengekommen. Wir wollen gemeinsam leben und arbeiten, miteinander reden und entscheiden, was jeder von uns heute und in Zukunft tun muss.
>
> Wir erklären uns den Frieden.
>
> Unser Zusammensein ist umgeben von Konflikten zwischen den Gesellschaftsordnungen, Generationen, Rassen und Konfessionen. Auch unter uns werden Gegensätze in Meinungen und im Verhalten erkennbar werden.
>
> Wir erklären uns den Frieden.
>
> Wir wollen uns darum auf Jesus Christus besinnen, in dessen Namen wir zusammengekommen sind. Jesus nimmt uns Menschen ohne Vorauswahl an und verändert uns durch seine Liebe. Allein diese Liebe, die den Menschen Gerechtigkeit zukommen lässt, ist die Bedingung des Friedens.
>
> Wir erklären uns den Frieden.
>
> Lasst uns den Frieden annehmen, wo wir können, damit er für alle kommt, wie wir erhoffen. Lasst uns im gegenwärtigen Unfrieden unser Leben und unsere Arbeit in der Zuwendung zum Nächsten ein Zeichen des Friedens sein.
>
> Wir erklären und den Frieden.[1976]

Im Herbst 1963 meldete Kreyssig eine außergewöhnliche Anerkennung der *Aktion Sühnezeichen* als für die DDR-Behörden ausreichende Motivation zur Verweigerung des Wehrdienstes: „Hier hatten wir jüngst die Ermutigung, dass einer unserer Freunde durch Vorlegung unseres Sühnezeichenaufrufes und unseres Sühnezeichengebetes mit seiner Erklärung, dass er den Kriegsdienst aus Gründen des Gewissens verweigern müsse, Glauben und Anerkennung fand.“[1977]

Im Leitungskreis am 24./25. Juni 1966 wurde das „Friedenszeugnis der Kriegsdienstverweigerer“ thematisiert. Kreyssig befürwortete die Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern in der DDR als Bausoldaten, die ohne Waffe dienen konnten.[1978] Ein Forum bot die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* Bausoldaten während des Jahrestreffens Ende 1966 (die Bauarbeiterregelung war im September 1964 erlassen worden)[1979]. Kreyssig befürwortete den alternativen Dienst ohne Waffe; die Legitimation leitete er aus einem globalen Zusammenhang von unzureichender Entwicklungshilfe, überhöhten Rüstungsaufgaben und der unbedingten Absage an jeden Krieg ab.

> Während die Hilfen der satten für die hungernden Völker anerkanntermaßen unzureichend sind, werden jährlich über 500 Milliarden DM in der Welt für Rüstung ausgegeben. Dem Krieg unbedingt absagen – statt dieses und jeden Machmissbrauches in der Versöhnung Frieden stiften – und sich den Elenden und Bedürftigen dienend zuwenden, diese drei Merkmale einer wirklichen Sinnesänderung der Christenheit rufen und bedingen einander. Erst wo sie zur Gesamthaltung werden, ist der drohenden Selbstvernichtung des Menschen wirksam begegnet. Wo daher Kriegsdienstverweigerer am Sühnezeichen-Dienst teilnehmen, wollen sie der Absage an die Gewalt das Tatzeugnis der Versöhnung hinzufügen. Zwei uns aus mehreren Lagern wohlvertraute Teilnehmer waren als Bausoldaten auf dem Jahrestreffen und berichteten nüchtern, selbstkritisch, bescheiden und mit einem von Gewissensentscheidung für das Tatzeugnis des Friedens geschärften Blick.[1980]

Im Rahmen der Sommerlager bot die *Aktion Sühnezeichen* in einem Fall ein Forum für die Zusammenkunft von Bausoldaten. Vom 15. bis 22. Mai 1971 trafen sich im Martinshof in Rothenburg

---

[1976] Aktion Sühnezeichen Lagerplan 1980, S. 24, letzte Umschlagseite [FM]
[1977] Kreyssig an Mannschaft der Aktion Sühnezeichen in Villeurbanne und an [Rudolf] Maurer, dat. 11. Oktober 1963 [EZA 97/939] Die Details für die von Kreyssig angeführte Anerkennung – insbesondere der Namen des betreffenden Wehrpflichtigen – konnte eruiert werden.
[1978] vgl. Monatsbrief Juli 1966, dat. 29. Juni 1966, gez. Lothar Kreyssig, S. 3 [ASF]
[1979] Es ist anzunehmen, dass es sich bei den beiden Bausoldaten um die von Neubert beschriebene Gruppe handelt, die zwar den Baudienst leistete, aber das Gelöbnis verweigert hat. Vgl. Neubert (2000), S. 191ff.
[1980] Monatsbrief Januar 1967/Rundbrief I/1967/Wochenbrief auf den letzten Sonntag nach Epiphanias 1967, dat. 11. Januar 1967, S. 4 [ASF]

ehemalige Bausoldaten mit ihren Ehefrauen oder Bekannten zu einem Arbeitseinsatz unter der Ägide von Sühnezeichen.[1981]

4.5.2 INKOTA

Unter dem Akronym INKOTA wurde Anfang der 1970er Jahre eine Entwicklungshilfeorganisation als Tochter der *Aktion Sühnezeichen* gegründet. Durch „Information", „Koordination" und „Tagungen" wurde die Bewusstseinsbildung zu „einer Entwicklungsverantwortung" angestrebt.[1982] Neben der Sammlungs- und konkreten Entwicklungshilfeaktivitäten über die ebenfalls an die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR angebundene *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden*, war es das Ziel, mit INKOTA ein Netzwerk zu etablieren, das vergleichbar mit der Entwicklung der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* das zeithistorische Verantwortungsbewusstsein über die deutsche Schuld am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen sowohl mit dem zeitgenössischen Diskurs über Entwicklungshilfe für die „Dritte Welt" wie auch mit dem universelleren Friedens- und Verantwortungsdiskurs der westlichen Welt gegenüber kolonialisierten und benachteiligten Weltregionen verknüpfen sollte. Ideengeschichtlich fügte sich diese Neugründung in das Kreyssig'sche Konzept, das er mit den ‚älteren' Sühnezeichen-‚Geschwistern' *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* und *Weltfriedensdienst* bereits Ende der 1950er Jahre verfolgte. Mit dem ausgelagerten Netzwerk INKOTA vermied es die ostdeutsche *Aktion Sühnezeichen*, die Schuld- und Sühne-Programmatik zu verwässern. Die Aktenlage über INKOTA konnte während der Recherche für diese Arbeit nicht eruiert werden. INKOTA hat aber in die einschlägige Literatur als regimekritisches Netzwerk mit Verbindungen zur späteren Opposition in der DDR Eingang gefunden.[1983]

4.5.3 Vorreiter des christlich-jüdischen Dialogs

> Die Judenverfolgung durch den Nationalsozialismus mit ihren Millionen von Opfern hat der Wiederbeheimatung des jüdischen Volkes in Israel einen ganz starken Auftrieb gegeben. Seit ein selbständiger Staat Israel besteht, ist die Geschichte der Juden in ein neues Stadium getreten. Das gilt auch dann, wenn man das Sendungsverständnis in der zionistischen Form nicht teilt. Die nahe vor der Verwirklichung befindlichen Aussichten, in der gemeinsamen Hinwendung zu dem tausend Jahre lang von uns geschlagenen älteren Bruder neue Gemeinsamkeit zwischen Katholiken und Evangelischen in Deutschland zu finden, deutet die außerordentlichen Möglichkeiten an, die der Aktion Sühnezeichen von ihrem zentralen Ausgangspunkt her gegeben sind. ...
> Auch hier wird, wer die Gnade ergreift, der Gerechtigkeit des Heiligen Gottes inne. Die von deutschen Menschen proklamierte und systematisch vollzogene Austilgung der Juden ist nämlich wirklich fast gelungen. Der jüdische Mitmensch und Staatsbürger ist kaum mehr, wie einst, eine spürbare, das Gesicht des Lebens mitbestimmende Erscheinung. Vom Glauben her müssen wir uns also fragen, ob wir, wenn wir nicht mit den anderen Deutschen die Freiheit haben, den Brüdern in der neuen Heimat Gutes zu tun, im eigenen Lande – Hebr. 12, 17[1984] – noch Raum zur Buße haben.
> Als wir uns in Verfolg unserer Besprechungen vom März mit den Vorstehern der jüdischen Gemeinden in Verbindung gesetzt hatten, um Hilfe bei der Pflege jüdischer Friedhöfe anzubieten, fanden wir z.B., dass in Magdeburg noch 32 Juden leben. Wir mussten uns beschämt gestehen, dass wir das nicht gewusst hatten, doch offenbar deshalb, weil wir uns daran gewöhnt hatten, den Juden ringsum nicht mehr vorzufinden. Wir dachten an das schreckliche Jesajawort Kap. 6, 5-13.[1985] Liegt

---

[1981] Erklärung zur Lagerabrechnung 15.5. - 22.5.1971 [bei Görlitz], gez. Mathias Markert [EZA 97/904]
[1982] Entwurf, verteilt bei der Sitzung des Leitungskreises vom 19. November 1976, Beilage zu Protokoll des IMHW-Vertreters Koltzenburg [ADW, DWDDR D 163]
[1983] vgl. etwa Neubert (2000), S. 260, 713, 793
[1984] Ihr wisst ja, dass er hernach, als er den Segen ererben wollte, verworfen wurde, denn er fand keinen Raum zur Buße, obwohl er sie mit Tränen suchte. (Übersetzung nach Luther, Fassung 1984)
[1985] Da sprach ich: Weh mir, ich vergehe! Denn ich bin unreiner Lippen und wohne unter einem Volk von unreinen Lippen; denn ich habe den König, den HERRN Zebaoth, gesehen mit meinen Augen. Da flog einer der Serafim zu mir und hatte eine glühende Kohle in der Hand, die er mit der Zange vom Altar nahm, und rührte meinen Mund an und sprach: Siehe, hiermit sind deine Lippen berührt, dass deine Schuld von dir genommen werde und deine Sünde gesühnt sei. Und ich hörte die Stimme des Herrn, wie er sprach: Wen soll ich senden? Wer will unser Bote sein? Ich aber sprach: Hier bin ich, sende mich! Und er sprach: Geh hin und sprich zu diesem Volk: Höret und verstehet's nicht; sehet und merket's nicht! Verstocke das Herz dieses Volks und lass ihre Ohren taub sein und ihre Augen blind, dass sie nicht sehen mit ihren Augen noch hören mit ihren Ohren noch verstehen mit ihrem Herzen und sich nicht bekehren und genesen. Ich aber sprach: Herr, wie lange? Er sprach: Bis die Städte wüst werden, ohne Einwohner, und die Häuser ohne Menschen und das Feld ganz wüst daliegt. Denn der HERR wird die Menschen

> aber nun nicht, wenn die unbegreifliche Langmut Gottes in diesem jämmerlichen, abgehauenen Stumpf einen heiligen Samen findet, auch für uns, - die Erben der schuldbeladenen Henker, eine gnadenvolle Möglichkeit, so gering und bescheiden, wie es unserer kleinen Kraft zu einem ganz verborgenen und demütigen Wiederanfang entspräche?
> Wir fragen uns jetzt, ob nicht unser Vornehmen, die jüdischen Friedhöfe zu pflegen, eine zu äußerliche, organisatorische Vorstellung wäre, wenn nicht zuvor oder zugleich in taktvoller, unaufdringlicher, aber beharrlicher Weise die herzliche Bereitschaft deutlich würde, jene wenigen jüdischen Menschenbrüder umso liebevoller als zu uns gehörig zu behandeln, als sie früher hassvoll ausgestoßen waren.[1986]

Kreyssigs Zugang zu Judentum und zu Juden war vor allem aus der Einsicht der – christlichen ebenso wie nationalsozialistischen – deutschen Schuld gegenüber Juden geprägt und von seinem theologischen Verständnis von den jüdischen Wurzeln seines eigenen Glaubens definiert. Kreyssig verstand die Verbindung zwischen der nationalsozialistischen Judenverfolgung, zeitgenössischem jüdischen Leben und dem Staat Israel unmittelbar. Daraus lässt sich sein Bestreben nach Aufklärung und Information sowie empathischer Anteilnahme erklären – ein Zugang, der in die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* Eingang und auch nach Kreyssigs Ausscheiden Fortführung gefunden hat. Die Auseinandersetzung mit Judentum und Israel fußte vor allem auf Information und religiös-kultureller Auseinandersetzung sowie der Begegnung mit Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung und der Pflege von jüdischen Friedhöfen.
Anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an die *Aktion Sühnezeichen* in Westberlin wurde die gesellschaftspolitische Forderung gestellt, im Verhältnis der DDR zu Israel den Aspekt der deutschen Verantwortung vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verbrechen zu integrieren:

> „Ebenso fragen wir, inwieweit die von der DDR vertretene Meinung in Israel Glauben finden kann, dass man sich durch den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung von der Verantwortung für die gemeinsame deutsche Vergangenheit distanzieren kann.“[1987]

Diese in den Rundschreiben der *Aktion Sühnezeichen* veröffentlichten Forderungen blieben nicht nur auf der nichtjüdischen, sondern auch auf der jüdischen Seite weitgehend ohne Widerhall, sodass ein Dialog, oder auch nur eine Hilfeleistung, wie von Kreyssig angestrebt, nicht zustande kommen konnte:

> Mit der Berliner [jüdischen] Gemeinde können wir kaum etwas anfangen. Sie hat seinerzeit, nachdem wir wegen des [jüdischen] Friedhofes in Weißensee schön völlig einig waren, auf das staatliche Stirnrunzeln sofort kapituliert. Seither haben wir kaum Verbindung. Auch diese ängstliche Verkrochenheit ist natürlich eine Folge des einstmals von uns verursachten Schreckens. Ich weiß das aber zurzeit nicht zu ändern, erlebe sogar, dass jüdische Gesprächspartner bereit sind, sich von Israel zu distanzieren, wenn es politisch opportun erscheint.[1988]

1967 beschrieb Kreyssig in einem Brief erneut die Lage der Juden in der DDR überaus kritisch, wobei er die Ursachen sowohl im christlichen Antisemitismus, der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik als auch dem staatlichen Verhalten der DDR gegenüber der jüdischen Gemeinde und ihren Mitgliedern zuschrieb[1989]:

> Der erschreckend geringe Rest von Juden, der hier noch lebt, zur ängstlichen Anpassung in tausendjähriger Verfolgung durch die Christenheit erzogen, ist überhaupt keine handlungsfähige Gemeinde im normalen Sinne mehr, durch die Rücksicht auf ihre hohen Renten allenthalben bestimmt und gefügig. Jedes Angebot an die Gemeindeleitung endet negativ, weil Sühnezeichen nicht genehm ist. [...] Die planmäßige Verfolgung ist eben fast völlig gelungen. So frevlerisch ist Gottes Augapfel noch nicht angetastet worden. Ich sage nicht, dass dieser Sachverhalt, der ohne Beispiel ist, von der in

---

weit wegtun, sodass das Land sehr verlassen sein wird. Auch wenn nur der zehnte Teil darin bleibt, so wird es abermals verheert werden, doch wie bei einer Eiche und Linde, von denen beim Fällen noch ein Stumpf bleibt. Ein heiliger Same wird solcher Stumpf sein. (nach Luther, 1984)

[1986] Rundschreiben Nr. 9, dat. 20. Dezember 1960, gez. Kreyssig, S. 2 [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]

[1987] Erklärung anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an die Aktion Sühnezeichen, ohne Titel, dat 31. Januar 1965, gez. Müller-Gangloff und Kreyssig, Beilage zum Rundbrief I/1965, dat. 31. Januar 1965, gez. Kreyssig [AEKKS Rep B 2 Nr. 250]

[1988] Kreyssig an Hammerstein, 8. September 1965 [EZA 97/939]

[1989] Zu den jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR vgl. Maser, Peter (1995). Juden und Jüdische Gemeinden in der Innenpolitik der DDR, In Bergmann, Werner; Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Hg. Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag; 339-368. und Ostmeyer, Irena (2002).

> Christi Sühnetod bereitliegenden Vergebung ausgenommen sei. Aber wer fragt danach? Es genügt ja offenbar, für etwa 1800 Überlebende Renten zu zahlen. Verborgenermaßen ist aber die wahre Gesinnung gegenüber Israel noch immer das Schibboleth der Geschichte.[1990]

Gute Kontakte hatte Kreyssig zum Oberkantor der Leipziger Jüdischen Gemeinde, Werner Sander, der nach zwei Sommerlagern im Altersheim in Leipzig mit der *Aktion Sühnezeichen* vertraut war.[1991] Sander hielt Vorträge vor der evangelischen Gemeinde und hatte bei der Neujahrsfeier in der Leipziger Synagoge „eine Art Ovation für Sühnezeichen initiiert".[1992] Ihn wollte Kreyssig zur Einweihung der Synagoge in Villeurbanne bei Lyon einladen.[1993]

Innerhalb der Sühnezeichen-Gemeinde in der DDR blieben Kreyssigs Vorstöße lange Zeit unbeachtet. Erst mit der Begegnung mit jüdischen Überlebenden im Rahmen der Sühnezeichen-Kontakte in die Tschechoslowakei entwickelte sich ein ausgeprägteres Bewusstsein. Mitte der 1970er Jahre wurde die Israel-Position der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* auch im Ostberliner Leitungskreis kritisch debattiert.[1994] Die ab Mitte der 1960er Jahre im Rahmen der Sühnezeichen-Einsätze und der Jahrestreffen erfolgten Begegnungen mit jüdischen Überlebenden und Veröffentlichungen in den Monatsbriefen der *Aktion Sühnezeichen* schufen eine breite Basis, die sich ab der Institutionalisierung christlich-jüdischer Dialoggruppen in der DDR durch eine signifikante Beteiligung von Sühnezeichen-Teilnehmern aus Sommerlagern und Leitungskreis sowie der *Aktion Sühnezeichen* als institutioneller Partner auszeichneten.
Die *Aktion Sühnezeichen* als einzig(artig)es Forum für die Auseinandersetzung von (jugendlichen) DDR-Deutschen mit der Schuld aus dem Nationalsozialismus und mit Judentum in der persönlichen Begegnung mit jüdischen Überlebenden stellte einen Sozialisationsfaktor im christlich-jüdischen Dialog dar. Die kritische Rekonstruktion dieser Rolle muss fragmentarisch bleiben, weil die von der *Aktion Sühnezeichen* gewählte Form der Bewusstseinsmachung und Verständigung nur in seltenen Fällen Verschriftlichung fand, persönliche Begegnungen, mündliche Vorträge und Diskussionen standen im Vordergrund. Als schriftliches Medium nutzte die *Aktion Sühnezeichen* ihre Monatsbriefe: 1976/77 wurde diesen eine Geschichte Israels in Fortsetzungen („Israels Weg durch die Geschichte") beigefügt. Diese Veröffentlichung erregte das Missfallen des Dachverbandes *Diakonisches Werk Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in der DDR*, das über seinen Vertreter im Leitungskreis der *Aktion Sühnezeichen* Mitte November 1976 gegen die Weiterführung der Serie Bedenken anmeldete.[1995] Die Reihe wurde dennoch in insgesamt 38 Seiten bis zum Monatsbrief Februar/März 1977 fortgesetzt. 1980 veröffentlichte Hildegart Stellmacher einen Artikel über die Jüdischen Friedhöfe in Dresden als Zeugen jüdischer Geschichte.[1996] 1981 wurde, ebenfalls über mehrere Ausgaben, die Serie „Was jeder vom Judentum wissen muss" in den Monatsbriefen Mai, Juni und Oktober 1981 abgedruckt. Die Texte entstammen einer gleichnamigen Serie von einzelnen Faltblättern, die in der BRD erarbeitet und dort 1983 gesammelt als Buch veröffentlicht wurden.[1997] Die Vervielfältigung der Faltblätter bzw. eine ab 1985 angestrebte Lizenzausgabe der Buchpublikation wurde offiziell erst 1990 genehmigt. Der Abdruck

---

[1990] Kreyssig an Dr. Demel, dat. 13. Januar 1967 [EZA 97/891]
[1991] Kreyssig an Mannschaft der AS Sühnezeichen in Villeurbanne und an Maurer, dat. 11.10.1963 [EZA 97/939]
[1992] Kreyssig an eine unbekannte Empfängerin, dat. 29. September 1963 [EZA 97/939]
[1993] Kreyssig an Mannschaft der AS Sühnezeichen in Villeurbanne und an Maurer, dat. 11.10.1963 [EZA 97/939]
[1994] Protokoll der Leitungskreissitzung, 4. Dezember 1974, 5. März 1975
[1995] Wie der Vertreter des Diakonischen Werkes im Leitungskreis der Aktion Sühnezeichen festhielt, lehnte eine Mehrheit des Leitungskreises eine Überprüfung dieser Bedenken ab und sprach sich gegen den Versuch einer Zensur durch den neuen Leiter des Diakonischen Werkes, OKR Ernst Petzold aus. Der Bericht liege „durchaus auf der Linie des Bischofswortes zur Antizionismusresolution der UNO", was vor allem durch den früheren Leiter und nachmaligen Mitarbeiter Manfred Stolpes im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Christian Schmidt betont wurde. vgl. Aktenvermerk, dat. 24. November 1976, gez. [Wilfried] Koltzenburg [ADW DW DDR D 163]
[1996] Monatsbrief November 1980 [ADW DDR D 162]
[1997] Baumann, Arnulf H., Was jeder vom Judentum wissen muss. (1983). Gütersloh.

in den mit einer Auflage bis zu 3000 Exemplaren verteilten Monatsbriefen der *Aktion Sühnezeichen* stellte bis dahin den einzigen Weg zur Veröffentlichung in der DDR dar.[1998]

Die Vorreiterrolle der *Aktion Sühnezeichen* bestand zudem darin, „jüdische Gemeinden von der Ehrlichkeit der jungen Christen zu überzeugen und vertrauensvolle Kontakte zwischen Juden und Christen anzubahnen".[1999] Aus der Sühnezeichen-Leitung sind Friedrich Magirius, Stefan Schreiner und Hans-Detlef Peter, zum Teil bis in die Gegenwart im christlich-jüdischen Dialog in führender organisatorischer oder wissenschaftlicher Position engagiert.[2000] Ehemalige Lagerleiter, die Pfarrer geworden waren, bildeten ein Personalreservoir für die Arbeitsgemeinschaft *Kirche und Judentum* in Leipzig, deren Jahrestagungen zum „Koordinierungsort für die christlich-jüdische Arbeit in der DDR" wurden.[2001] Die *Aktion Sühnezeichen* war in diesem Gremium ab 1972 durch Stefan Schreiner vertreten.[2002] Nach der Wende wurde das Engagement noch verstärkt.[2003]

Die *Aktion Sühnezeichen* war weiters Mitglied im Ausschuss *Judentum und Christentum* der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und des informellen Koordinierungskreises für christlich-jüdische Arbeit in der DDR. Sowohl über die Ostberliner Zentrale wie über Bezirksgruppen, die vor allem die Pflege der lokalen jüdischen Friedhöfen als Aufgabe und Ausgangspunkt auch für inhaltliche Auseinandersetzung unter Beteiligung von Juden aus der Tschechoslowakei (Ehepaar Lauscher und Josef Bor) und aus der DDR (wie Franz Pfühmann, Günter de Brugen, Helmut Eschwege, Stephan Heym, Peter Kirchner) übernommen hatten, bestanden Kontakte zu den jüdischen Gemeinden.[2004] Nach seiner Bestellung zum Leiter der *Aktion Sühnezeichen* stattete Magirius einen „Antrittsbesuch" bei der jüdischen Gemeinde Ostberlin ab.[2005] Als sich 1980 eine Plattform kirchlicher Institutionen zur Bündelung der „Kontakte zur jüdischen Gemeinde in Berlin" formierte, war die *Aktion Sühnezeichen* mit Friedrich Magirius vertreten.[2006] Die Beziehungen zu Vertretern der jüdischen Gemeinden bzw. Organisationen gestaltete sich allerdings nicht immer friktionsfrei. 1987 verwahrte sich Mario Offenberg in einem Schreiben an Liedtke dagegen, dass dieser ohne Rücksprache Besucher über den Friedhof der Gemeinde Adass Jisroel führte.[2007]

Die unmittelbare inhaltliche Bedeutung der *Aktion Sühnezeichen* im christlich-jüdischen Dialog in der DDR bestand einerseits in der Einbringung der konkreten pro-aktiven Konfrontation mit den nationalsozialistischen Verbrechen durch Studienreisen und Arbeitsaufenthalte in ehemaligen Konzentrationslagern und jüdischen Friedhöfen innerhalb und außerhalb der DDR in die jeweiligen Gremien, andererseits durch die Vermittlung der langjährig mit der *Aktion Sühnezeichen* befreundeten Überlebenden, die ihre Erfahrungen und ihr intellektuelles Verständnis eines christlich-jüdischen Dialogs nach der Shoah einbrachten.

> Ein Teil der Manuskripte ist durch Dr. Bors eigenes Bemühen und unter unserer Mithilfe in den aufgenommenen christlich-jüdischen Dialog eingegangen. Sein größter Wunsch war es, diese Arbeiten in deutschen christlichen Verlagen zu veröffentlichen. Dies ist bis heute nicht gelungen. Die Angst vor einer öffentlichen Infragestellung christlicher Traditionen ist noch zu groß.[2008]

[1998] vgl. Ostmeyer (2002), S. 230, 289f.
[1999] vgl. Ebd., S. 215 v.a. S. 277 Fn 348
[2000] vor allem die Rolle Stefan Schreiners fand Eingang in die Literatur, vgl. Maser (1989), S. 163
[2001] Ebd., S. 244, S. 244 Fn 187
[2002] Protokoll Leiterkreissitzung, 17. Januar 1973 [Band II, ASF]
[2003] so ist Hildegart Stellmacher Motor der Dresdner *Gesellschaft für jüdisch-christliche Zusammenarbeit* [Interview am 26. August 2004]
[2004] für Dresdner Bezirksgruppe berichteten Hildegart und Joachim Stellmacher [Interview am 26. August 2004]
[2005] Protokoll Leiterkreissitzung, 12. November 1974 [Bd. II, ASF]
[2006] Ostmeyer (2002), S. 254f.
[2007] Protokoll Leiterkreissitzung, 20. Oktober 1987 [Bd. IV; ASF]
[2008] Elisabeth Lemsch, Gedenken an Josef Bor (1906-1979), in Monatsbrief Januar/Februar 1984, S. 9f. [ASF]

Ab 1977 hatte die *Aktion Sühnezeichen* versucht, ein Manuskript von Josef Bor von der Evangelischen Verlagsanstalt (EVA) veröffentlichen zu lassen, was diese „mit unverschämtem Stil" ablehnte, worauf Stefan Schreiner eine in der Sache allerdings erfolglos bleibende Auseinandersetzung mit der EVA führte.[2009] Schließlich wurde über den nun für den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR tätigen Christian Schmidt eine Finanzierung für eine Vervielfältigung mittels Abzugsverfahren gefunden, Günter Särchen sollte das Heften der angestrebten 500-1000 Exemplare übernehmen.[2010] Das vielfältige Engagement der *Aktion Sühnezeichen* im jüdisch-christlichen Dialog ließ im Zuge der Nachfolgediskussion für Christian Schmidt 1973 die Überlegung aufkommen, Oberkirchenrat Christfried Berger, Kontaktbeauftragter der Kirchenprovinz Sachsen zu den Jüdischen Gemeinden im Kirchengebiet und Mitglied der Kommission Kirche und Jüdisches Volk beim *Ökumenischen Rat der Kirchen*, als Leiter der *Aktion Sühnezeichen* einzusetzen.[2011]

Die Rolle der *Aktion Sühnezeichen* als ideengeschichtliche Wegbereiter im christlich-jüdischen Dialog kommt im Brief des Pfarrers der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde zu Liebfrauen, Halberstadt zum Ausdruck. Der Kontakt zwischen der Kirchengemeinde und der jüdischen Gemeinde führte am 8. April 1982 zur Anbringung des „ersten christlichen Mahnzeichens in der DDR für die jüdischen Opfer".[2012]

> Weil ich im Sommer vorigen Jahres meinen ersten Brief an Herrn Rabbiner [Hirsch Benjamin] Auerbach mit der Bitte begann, er möchte vielleicht den Rundbrief von Dr. Kreyssig (Besinnung zum 30. Jahrestag der Reichskristallnacht) zuerst lesen, sind Sie gleichsam mitbeteiligt daran, dass sich für unsere Gemeinde so etwas wie ein „Gespräch mit Israel" entwickeln darf.[2013]

5. Verortung der Aktion Sühnezeichen in Kirche und Staat

Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung der *Aktion Sühnezeichen* lassen sich ohne die Rekonstruktion einer vielfältigen Verknüpfung von Kirche und Staat vor dem Hintergrund der deutschen Teilung nicht sinnvoll darstellen. Eine umfassende wissenschaftliche Analyse der personellen, strukturellen, finanziellen, rechtlichen, theologisch-ideologischen und politischen Verknüpfungen zwischen den evangelischen Kirchen und den beiden deutschen Staaten, ein ‚Masternarrativ' liegt bisher allerdings nicht vor.[2014] Von einem „noch weitgehend weißen Flecken in der Forschungslandschaft" spricht Dorothee Buchhaas-Birkholz in ihrer Übersichtsarbeit über politische Leitbilder und Vorstellungen im deutschen Protestantismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945-1952.[2015]

Bei der Rekonstruktion der Konzeption und operativen Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen* lassen sich historische Bruchlinien des Staat-Kirche-Verhältnisses nachzeichnen, die der Lutheraner, Politologe und Zeithistoriker Robert R. Goeckel auf eine auf die Antipoden Martin Luther und Johannes Calvin fußende Glaubensdifferenz zurückführt. Im Verhältnis von Religion bzw. der Gläubigen zum Staat wirken die mit „Zweireichelehre" (Luther) und „Königsherrschaft Christi" (Calvin) umschriebenen Positionen bis in die Gegenwart. Während des Nationalsozialismus zeigte sich die Glaubensdifferenz in der Spaltung der

---

[2009] Protokoll Leiterkreissitzung, 21. Februar 1977, 7. März 1977 [Bd. II, ASF]
[2010] Protokoll Leiterkreissitzung, 2./3. Dezember 1977 [Bd. II, ASF]
[2011] Protokoll Leiterkreissitzung, 7. Oktober 1973, 21. Oktober 1973 [Bd. II, ASF]
[2012] vgl. Ostmeyer (2002), S. 183f.
[2013] Martin Gabriel an Kreyssig, dat. 8. Februar 1971 [EZA 97/895]
[2014] Eine grundlegende Arbeit zum Verhältnis von Evangelischer Kirche und Politik in Deutschland wurde in den USA 1973 veröffentlicht und später ins Deutsche übersetzt. Vgl. Spotts, Frederic, Kirchen und Politik in Deutschland (1976). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt. Eine neuere Bibliographie für den Zeitraum ab dem ersten Weltkrieg bis zur deutschen Vereinigung findet sich bei Besier, Gerhard, Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert (2000), Bd. 56 der Enzyklopädie deutscher Geschichte, hrsg. von Lothar Gall u.a. München: Oldenbourg.
[2015] Vgl. Buchhaas-Birkholz (1989), S. 10; diesem Befund widersprechen selbst die zahlreichen Publikationen über partielle Überschneidungsbereiche, die in Folge der Aufgabe des zweiten deutschen Staates DDR mit dem Schwerpunkt über die vielschichtigen Beziehungen zwischen Staat und Kirchen in der DDR veröffentlicht wurden, nicht. Mit der Aufarbeitung dieser Teilthematik scheinen Arbeiten über das Wesen des deutschen Protestantismus als politischer Akteur in der BRD sogar noch weiter in die Ferne gerückt zu sein.

Evangelischen Kirche in *Deutsche Christen* und *Bekennende Kirche*. Erstere war mit dem Nationalsozialismus weitgehend kompatibel, letztere war wesentlich in Opposition bzw. mit dem innerdeutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus verbunden. Überproportional waren Vertreter aus der Bekennenden Kirche nach 1945 in den unierten evangelischen Kirchen vertreten, die die wichtigste organisatorische und finanzielle Stütze der *Aktion Sühnezeichen* bildeten.[2016]

Drei zentrale Thesen liegen diesem Kapitel zugrunde:

1. Die *Aktion Sühnezeichen* ist ein Teil der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ideengeschichtlich, organisatorisch und finanziell ist die *Aktion Sühnezeichen* im deutschen Protestantismus verwurzelt. Die programmatische Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen* fußte über weite Bereiche auf transnationalen protestantischen Verbindungen.
2. Die *Aktion Sühnezeichen* ist Akteur der ‚Vergangenheitspolitik' und zum Teil auch der Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten. Zu beobachten ist das Paradoxon, dass während der ersten beiden Jahrzehnte, von der Gründung bis einschließlich der 1970er Jahre zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und der freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik eine wesentlich affirmative Beziehung bestand. Die Thematisierung der schuldbeladenen nationalsozialistischen Vergangenheit mit dem Ziel der Verbesserung nachbarschaftlicher Kontakte durch die Entsendung Jugendlicher in vormalige Kriegsgegner-Staaten ging mit dem Selbstverständnis der BRD einher.[2017] Für die DDR hingegen bedeuteten die Inhalte und Umsetzungsversuche der *Aktion Sühnezeichen* im gleichen Zeitraum eine Bedrohung des Deutungs- und Umsetzungsmonopols, das durch das Selbstverständnis der DDR als Antithese zum nationalsozialistischen Dritten Reich und die angestrebte totale Verstaatlichung der Jugendarbeit vorgegeben war. Die Arbeit der *Aktion Sühnzeichen* als nicht-staatliche Organisation in der DDR, deren Geschichtsverständnis „ohne die antifaschistische Geschichtsdoktrin" auskam, „war ein Politikum", so der Göttinger Theologe und Historiker Marc-Dietrich Ohse. „Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zwang [deshalb] zur Diskussion der Gegenwart."[2018] Nach Ohse war die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR während der 1960er und 1970er Jahre „den wohl stärksten Behinderungen im kirchlichen Bereich" ausgesetzt gewesen.[2019] In den 1980er Jahren lässt sich eine Umkehrung beobachten: in der BRD kommt es zu einem Konflikt zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und der staatstragenden CDU, während in der DDR eine ‚Annäherung'
3. Die Verortung der *Aktion Sühnezeichen* in Deutschland und die Rolle der *Aktion Sühnezeichen* in der Vergangenheitspolitik der beiden deutschen Staaten ist unter dem Aspekt der wechselseitigen Beziehungen von Staat(en) und Kirche(n) zu sehen, deren „Kooperation in der Praxis" sich trotz der Ausblendung einer Theorie über die „Frage nach den politischen Strukturen, innerhalb derer die Kirchen Verantwortung wahrnehmen könnten", „mit beachtlichem Erfolg" vollzog.[2020]

Im deutsch-deutschen Verhältnis war die *Aktion Sühnezeichen* über Lothar Kreyssigs Netzwerk mit den wichtigsten kirchlichen und politischen Akteuren verbunden. Kirchlicherseits zählen dazu der Bevollmächtigte des Rates der Evangelichen Kirche in Deutschland am Sitz der Bundesregierung, zugleich Militärbischof, Hermann Kunst, der EKD-Bevollmächtigte gegenüber der DDR-Regierung, Propst Heinrich Grüber (1891-1975), der Ostberliner Superintendent Fritz Führ, der EKU-Kirchenführer,

---

[2016] vgl. Goeckel, Robert F (1995). Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker. Leipzig: Evang. Verl-Anst. (engl. Original The Lutheran church and the East German State); v.a. S. 30-37.
[2017] Nicht zuletzt wurden zur Zeit der Gründung der *Aktion Sühnezeichen* zwischen Frankreich und der BRD die sogenannten deutsch-französischen Verträge verhandelt, die u.a. ein umfangreiches Austauschprogramm für Jugendliche aus den beiden Nationen beinhalteten.
[2018] Ohse, Marc-Dietrich (2003), S. 252
[2019] Ebd., S. 251
[2020] Buchhaas-Birkholz (1989), S. 27

EKD-Ratsvorsitzende und spätere Bischof von Berlin, Kurt Scharf, und der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer (BM 1957-1962).[2021] Allen Genannten ist gemein, dass sie in den deutsch-deutschen Beziehungen über die Realisierung von Warentransfers in die DDR, deren Gegenwert in DDR-Mark kirchlichen und diakonischen Zwecke in der DDR zugute kam (ab 1957), bzw. die zur Auslöse von DDR-Staatsbürgern (politischen Häftlingen bzw. im Rahmen von Familienzusammenführungen, ab 1962) führten, eine signifikante Rolle spielten.[2022]

5.1 Aktion Sühnezeichen und die Kirchen

> Sünden der Kirche werden oft so aufgearbeitet, dass man ein Werk gründet, das zwar in gewisser Verbindung zu ihr steht und sich ihrer Förderung erfreuen darf, aber im Zweifelsfall nicht im Auftrag der Kirche spricht.[2023]

Institutionelle Spannungsfelder, etwa im Verhältnis der *Aktion Sühnezeichen* zu einzelnen Landeskirchen – wie zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern – oder kirchlichen Verbänden wie dem Diakonischen Werk, manifestierten sich als innerkirchliche Machtkämpfe, die sowohl auf eine Konkurrenzsituation hinsichtlich Kollekten und kirchliche Mittel wie auf tiefer liegende Differenzen theologischer und ideengeschichtlicher Interpretationen zurückzuführen sind.

5.1.1 Sühnezeichen im Verband mit der EKD und Evangelischen Landeskirchen

> ... dass der Rat [der EKD], durch die monumentale Phantasielosigkeit der einen, die konfessionelle Verklemmung und Vorsicht der anderen hindurchbrechend, den von mir vorgeschlagenen „Zehnten“ auf alle Bauvorhaben der Kirchen und Gemeinden befürwortet? [...] Einleuchtend müsste den Ratsmitgliedern auch sein, dass mit diesem Durchbruch nach vorn nicht nur etwas Notwendiges und Eindrucksvolles namens der Gesamtkirche geschähe, sondern zweitens der ganze alte Kniest ausgeräumt würde und drittens Bayern, Hannover, Schwaben und der ganze lutherische Anhang eine letzte gute Gelegenheit bekäme, ohne das Gesicht zu verlieren, ins Kielwasser von Berlin-Brandenburg, Rheinland und Westfalen einzuschwenken und auf Vordermann zu gehen. Hessen hat die entsprechende Bewegung bereits begonnen. Die Pfalz führt das Konsortium an, welches Frankreich II (Lyon) finanziert. Das müsste doch wohl allmählich ein Blinder mit dem Krückstock fühlen, dass es Zeit ist, aus dem Schmollwinkel herauszukommen. ...[2024]

In seinem Schreiben an seinen engsten Vertrauten innerhalb der Evangelischen Nomenklatur, Kurt Scharf, sprach Kreyssig die Ablehnung der *Aktion Sühnezeichen* durch evangelisch-lutherische Landeskirchen an. Wenngleich sein Vorschlag, zehn Prozent der jeweiligen Bauleistung in den Kirchengemeinden sollten an die *Aktion Sühnezeichen* zur Umsetzung ihrer (Bau-)Projekte geleistet werden, auch in den Landeskirchen, die zum unierten Dachverband der Evangelischen Kirche der Union (EKU) gehörten, nicht verwirklicht wurde, übernahmen unierte Landeskirchen im Vergleich zu den lutherischen Landeskirchen einen überproportional großen Finanzierungsanteil. Das ist vor allem bei der weiter unten skizzierten Finanzierung des größten Sühnezeichen-Projekts, des ökumenischen Instituts in Rotterdam, deutlich. Kreyssigs Ausführungen beinhalten darüber hinaus den ‚missionarischen’ Aspekt, die Sühnezeichen-Dogmatik in die Landeskirchen des lutherischen Bekenntnisses einzubringen.

[2021] Lemmer war nicht nur mit Kreyssig in Verbindung; als Bundesminster für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (1963 –1965) war er über Gotthard Kutzner mit der Aktion Sühnezeichen befasst.
[2022] Vgl. die Erinnerungen Ludwig Geißels, der die als Kirchengeschäft A und Kirchengeschäft B bekannt gewordenen Warentransfers aus der BRD in die DDR über einen Zeitraum von 25 Jahren organisierte. Geißel, Ludwig (1991); siehe auch die journalistische Publikation Whitney, Craig R. (1993) und den Text des Zeitzeugen Armin Boyens (1993).
[2023] Volkmar Deile auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain, zit. nach Stöhr, Martin (Hg). 1983. Das Erbe der Bekennenden Kirche: der prophetische Auftrag der Kirche. Frankfurt/Main: Haag und Herchen [Arnoldshainer Texte, Bd. 16], S. 89
[2024] Kreyssig an Kurt Scharf, dat. 25. Oktober 1961 [EZA 97/912]

5.1.1.1 „Friedensdienste" als Schlüssel für EKD-Gelder

Die Selbständigkeit der Landeskirchen bewirkte vor allem bei Finanzierungsfragen eine eigene Dynamik, die die Rolle der EKD als koordinierenden Dachverband in den Hintergrund drängte. Schon zu Jahresbeginn 1961 stellte der Rat der EKD fest, „dass eine Verpflichtung der Landeskirchen, einen Zuschuss nach dem Umlageschlüssel der EKD zu zahlen, nicht bestehe."[2025] Die einzelnen Landeskirchen, die über mehrere Organe der EKD – Synode, Kirchenkonferenz, Rat – auf diese Einfluss nehmen konnten, pflegten ihre jeweils eigenen und selbständigen Beziehungen zur *Aktion Sühnezeichen*.

Mit dem Engagement der *Aktion Sühnezeichen*, für Kriegsdienstverweigerer einen Friedensdienst als Ersatzdienst für den regulären Zivildienst anzubieten, gelang der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* der Durchbruch im Verhältnis zur EKD, bzw. gelang über den Umweg der Friedensdienste die Integration der *Aktion Sühnezeichen* in den gesamtkirchlichen Dachverband der Evangelischen Kirche in Deutschland. Zwar sollte sich die Überzeugungsarbeit innerhalb der EKD, die selbst ein *Referat für Fragen der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und des Ersatzdienstes* eingerichtet hatte, und innerhalb der Landeskirchen über fast zwei Jahre erstrecken, doch gelang der *Aktion Sühnezeichen* über diese Programmschiene ab 1972 die Aufnahme in den ordentlichen Budgethaushalt der EKD.[2026] Dieser Regelung war im Oktober 1970 eine Empfehlung des EKD-Rates an die Landeskirchen vorausgegangen, die *Aktion Sühnezeichen* 1971 über den Umlageschlüssel mit 400.000 DM zu unterstützen.[2027] Mitte der 1970er Jahre versuchte die EKD, den Budgetposten für die *Aktion Sühnezeichen* zu reduzieren und eine stärkere Beteiligung der Landeskirchen zu erwirken, wobei „dort, wo Haushaltsmittel für Zwecke dieser Art nicht zur Verfügung stehen", eine Finanzierung „insbesondere dadurch geschehen [soll], dass den Gemeinden empfohlen wird, Kollekten für die Arbeit der Aktion Sühnezeichen einzusammeln. Damit wäre zugleich der – durchaus wünschenswerte – Nebeneffekt verbunden, dass sich die Gemeinden mit Problemen, Vorstellungen und Plänen der Aktion Sühnezeichen beschäftigen."[2028]

5.1.1.2 „Mütterchen EKU"[2029]

‚Seine' eigene Kirche, die Evangelische Kirche der Union (EKU), deren Synoden er als Präses bis 1970 vorstand, stellte sich im Mai 1961 hinter Kreyssig und seine „ökumenische Aktionen".[2030] Für den Bereich der DDR wurde Mitte der 1960er Jahre eine Anbindung der *Aktion Sühnezeichen* an die EKU diskutiert. Ein Vorratsbeschluss seitens des Kollegiums der EKU, die *Aktion Sühnezeichen* und die *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* als kirchliche Werke der EKU anzuerkennen, wurde zu Jahresbeginn 1964 gefasst.[2031] Dieser „Anschluss" wurde aufgrund von Einwänden der katholischen Kirche[2032] nicht mit der EKU sondern mit dem Diakonischen Werk Innere Mission und Hilfswerk vollzogen.[2033] In der BRD beschloss der Rat der EKD im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen dem Diakonischen Werk und Kreyssig die Anerkennung der *Aktion Sühnezeichen* als „Kirchliches Werk".[2034]

[2025] Ratsbeschluss auf der Westkonferenz in Hannover 27. Januar 1961 [EZA 2/3204]
[2026] EKD, Kirchenkanzlei Hannover, Rundschreiben an die Leitungen der Gliedkirchen der EKD, dat. 19. November 1976, gez. Hammer [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]. Für 1977 wurde ein Budgetansatz von 300.000 DM vorgenommen.
[2027] EKD *Referat für Fragen der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und des Ersatzdienstes*, Darmstadt, an LKA Hannover, Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistende, OKR Juhnke, dat. 22.12.1970 [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2028] Rundschreiben der Kirchenkanzlei der EKD an die Gliedkirchen, dat. 19. November 1976, zit. nach ASF, gez. Volkmar Deile, an Leitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, dat. 7. Februar 1977 [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2029] Kreyssigs Bezeichnung im Zusammenhang mit der Erwähnung eines Vorschusses; Rundbrief I/1967/Monatsbrief Januar 1967/Wochenbrief auf den letzten Sonntag nach Epiphanias 1967, dat. 11. Januar 1967, gez. Kreyssig, S. 5 [ASF]
[2030] Evangelische Kirche der Union, Der Leiter der Kirchenkanzlei, zu E.O.I 3761/61, dat. 18. Mai 1961, gez. Hildebrandt [EZA 97/704]
[2031] Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über die Sitzung des Kollegiums der EKU am 10. Februar 1964 [EZA 107/421]
[2032] Gegenüber Friedrich-Wilhelm Krummacher hatte der katholische Bischof von Berlin, Erzbischof Alfred Bengsch Bedenken geäußert, „sich im Rahmen der von Ihnen geplanten Satzung seitens der römisch-katholischen Kirche an einer Institutionalisierung der Aktion ‚Sühnezeichen' gemeinsam mit der Evangelischen Kirche der Union zu beteiligen". Vgl. Krummacher an Kreyssig, dat. 23. Februar 1966, Abschrift an Franz-Reinhold Hildebrandt, dat. 23. Februar 1966 [EZA 107/421]
[2033] Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über die Sitzung des Kollegiums der Kirchenkanzlei der EKU am 23. Mai 1966 [EZA 107/421]
[2034] Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über die 11. Sitzung des Rates der EKD am 10./11. Mai 1962, o.D., gez. Gundert [EZA 4/501]

Dass die EKU bei der Gründung und Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen* wie eine ‚Hausmacht' Kreyssigs fungierte, lässt sich neben dem bereits angeführten institutionellen Schutz vor innerkirchlicher Anfeindung im Dachverband EKD vor allem an der personellen Beteiligung im Führungskreis, aber auch bei der finanziellen Unterstützung belegen. Das Netzwerk prominenter EKU-Vertreter umfasste neben dem bereits genannten Kurt Scharf (Berlin-Brandenburg) vor allem Ernst Wilm (Westfalen), Hermann Kunst (ebenfalls aus der westfälischen evangelischen Kirche), Joachim Beckmann (Rheinland), Franz-Reinhold Hildebrandt (Präsident Kirchenkanzlei EKU, Ostberlin), Fritz Führ (Berlin-Brandenburg, Superintendent), Hans Stempel (Pfälzische Landeskirche), Martin Niemöller (Hessen und Nassau) und Heinrich Grüber (bis 1958 Beauftragter der EKD am Sitz der DDR-Regierung).

Das Verhältnis der EKU und des kirchlichen Personennetzwerks zur *Aktion Sühnezeichen* verlief keineswegs linear und ungebrochen. Der Kirchenpräsident der Vereinigten Protestantischen Evangelisch-Christlichen Kirche der Pfalz, Hans Stempel, äußerte sich 1961 gegenüber Ernst Wilm (Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen) über Kreyssigs Sühnezeichen-Projektvorhaben despektierlich, nicht zuletzt deshalb, weil er befürchtete, Wilm könnte Kreyssigs Anregung nachkommen, das Sühnezeichenprojekt in Coventry maßgeblich aus Mitteln seiner Landeskirche zu unterstützen, was zulasten des von Stempel verantworteten Projekts (Synagoge in Lyon) gehen würde:

> Ich fürchte, Kreyssig engagiert sich viel zu viel. Ich meine, man tut ihm nur einen Dienst, wenn man ein wenig bremsen hilft. Holland, Frankreich, Israel, England und womöglich noch einmal Griechenland, diesen (Versöhnungs-)Kuss der ganzen Welt auf einmal ...[2035]

Dass die Unterstützung für die *Aktion Sühnezeichen* selbst innerhalb der EKU des ‚Goodwills' des ‚kirchlichen Mittelbaus' bedurfte, illustriert ein Schreiben, das der Ratsvorsitzende der EKU, Ernst Wilm, 1964 an das Konsistorium der EKU in Ostberlin sandte, in dem er die Frage formulierte:

> Kann die EKU nicht auch etwas tun, zumal der Präses der EKU-Synode der Gründer und Vater von Aktion Sühnezeichen ist? Ich bin zwar derzeit Ratsvorsitzender, aber ich übersehe nicht, welche Quellen in der EKU fließen. Darum bitte ich Sie, mit mir zu überlegen, ob eine Beihilfe, die nicht klein sein sollte, für Aktion Sühnezeichen gegeben werden kann.[2036]

Bei der darauffolgenden „Sitzung des Kollegiums der EKU" wurde dieser Brief besprochen. Das protokollierte Ergebnis: „Es soll mit dem Leiterkreis der Aktion Sühnezeichen gesprochen werden."[2037] Bald erfuhren die Konsistorialbeamten vom Defizit in Höhe von 92.000 DM, zu dessen Abdeckung die *Aktion Sühnezeichen* von der EKU eine Beihilfe in Höhe von 30.000 DM beantragte. Das Kollegium bewilligte eine Beihilfe von 20.000 DM.[2038] Ende des gleichen Jahres befasste sich auch der Ostrat der EKD für die Gliedkirchen in der DDR mit dem Defizit der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR. Sein Beschluss fiel der Höhe nach ungleich geringer und in der Abwicklung bürokratischer aus:

> 1. Zur Abdeckung der Schulden aus dem Jahr 1964 wird eine Beihilfe von 3000 MDN bewilligt.
> 2. Die Aktion Sühnezeichen wird gebeten, dem Rat den für das Rechnungsjahr 1965 aufgestellten Haushaltsplan vorzulegen.
> 3. Grundsätzlich ist der Rat eher bereit, einzelne Vorhaben der Aktion Sühnezeichen, wie etwa die Arbeiten in Dresden u.a., durch Beihilfen zu stützen, als eine feste jährliche Verpflichtung einzugehen, da seine Mittel dazu kaum ausreichen.
> [...] Der Rat hat ausdrücklich festgestellt, dass er die Arbeit der Aktion Sühnezeichen wärmstens befürwortet und bereit ist, im Rahmen des ihm Möglichen, diese Arbeit zu fördern.[2039]

[2035] Stempel an Wilm, dat. 10. März 1961 [LkAEKvW 0.1 Nr. 59]
[2036] Wilm an Hildebrandt, Dr. Söhngen, dat. 27. April 1964 [EZA 107/421]
[2037] Auszugsw. Abschrift a. d. Niederschrift über die Sitzung des Kollegiums der EKU am 4. Mai 1964, gez. Hildebrandt, Posth [EZA 107/421]
[2038] Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über die Sitzung des Kollegiums der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union am 21. Mai 1964, gez. D.Dr. Söhngen, Dr. Rathcke [EZA 107/421]
[2039] Brief der Ev. Kirche in Deutschland, Kirchenkanzlei für die Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an Kreyssig, dat 5. Dezember 1964 [Abschrift an Kirchenkanzlei der ev. Kirche der Union, gez. Behm, EZA 107/421]

Auf der Ebene der Konsistorialbeamten erfolgte die Abwicklung der finanziellen Unterstützung nicht immer unbürokratisch. Nach Erweitung des entgeltlichen Mietverhältnisses in den kircheneigenen Amtsräumen wurde der *Aktion Sühnezeichen* für 1965 eine Beihilfe bzw. Mietrückzahlung von 1.500 MDN gewährt. Im Schreiben an die *Aktion Sühnezeichen* wurde zugleich für die Folgejahre eine restriktivere Haltung angekündigt: „Für das Jahr 1966 und die folgenden Jahre kann die Kirchenkanzlei nicht die Verpflichtung einer gesonderten Mietzahlung für die AS übernehmen ...“[2040] Rascher und unkomplizierter funktionierte die ‚direkte Schiene' zwischen Kreyssig und Konsistorialpräsident Hildebrandt:

> Lieber Bruder Hildebrandt, in väterlicher Fürsorge hast Du mir in Aussicht gestellt, unseren Mietaufwand außerhalb der uns eingeräumten Etatposition zu erstatten. ... die genannte Schuld für 1966 beträgt MDN 2.388,36. Hoffentlich erschreckt Dich das nicht. Wenn Du es für zweckmäßig hältst, könnte man ja auch dieses Jahr in Teilbeträgen zahlen. Verzeih, dass ich schreibe. Ich wollte dich dieser Einzelheit wegen nicht wieder mit einem Besuch behelligen, darf aber gelegentlich nach Deiner Meinung fragen. Sehr herzlichen, dankbaren Gruß[2041]

Bereits zwei Wochen später wurde die Überweisung des Betrags in voller Höhe dokumentiert.[2042] Kreyssig forderte finanzielle Unterstützung besonders seitens der Gliedkirchen der EKU ein. Als die Evangelische Kirche im Rheinland auf ein Finanzierungsansuchen mit Vorbehalt reagierte, das Ansuchen als nicht einleuchtend empfand und ‚nur' einen Betrag von 10.000 DM zur Verfügung stellen wollte, reagierte Kreyssig erbost. Einer fünfseitigen Darstellung über Zustandekommen und organisatorische Entwicklung der *Aktion Sühnezeichen* an den zuständigen Referenten fügte er seinem Dank für die Bereitstellung des Betrages an, er „bitte Gott, er möge mir Wege zeigen, dass ich Ihnen die Zumutung ersparen kann, Sie zu benötigen“.[2043]

Die Evangelische Landeskirche von Berlin-Brandenburg, vor allem unter der Leitung von Bischof Kurt Scharf (1966-1976), finanzierte zahlreiche Sühnezeichen-Projekte im Alleingang, oftmals in Zusammenarbeit mit der ebenfalls von der Landeskirche getragenen Evangelischen Industriejugend. Mit Jahresbeginn 1969 richtete die Landeskirche eine eigene Pfarrstelle für Franz von Hammerstein als geistlicher Leiter der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* ein, die von den EKU-Landeskirchen Hessen Nassau, Rheinland und Westfalen ko-finanziert werden sollte.[2044]

Auf der EKU-Ebene gelang Kreyssig Mitte der 1960er Jahre die formelle Anerkennung durch einen Beschluss des Kirchenparlaments. Ende 1965 verabschiedete die von Kreyssig geleitete Synode der EKU eine Entschließung zum Versöhnungsdienst der Kirche in der Welt: „Viele junge Menschen tun in der *Aktion Sühnezeichen*, die durch Präses Dr. Kreyssig ins Leben gerufen wurde, einen echten christlichen Friedensdienst. Die EKU möge diese Aktion noch mehr zu ihrer Sache machen und unterstützen.“[2045] Von dieser Entschließung leitete die Kirchenkanzlei einen Aufruf an alle Gliedkirchen der EKU in der BRD ab:

> Die Aktion Sühnezeichen wird von der EKU unterstützt. Es wird erwogen, sie durch ein Statut noch enger mit der Kirche zu verbinden. Wir bitten die Gliedkirchen, diese Versöhnungs- und Friedensaktion auch in ihrem Bereich zu fördern, zumal wenn sie dort tätig ist. Es wäre gut, die Superintendenten um Unterstützung der Aktion zu bitten und zu erwägen, ob in den Haushalten der Gliedkirchen oder Kreissynoden Mittel für sie bereitgestellt werden können.[2046]

[2040] Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über die Sitzung des Kollegiums der EKU am 17. Mai 1965[EZA 107/421]
[2041] Kreyssig an Hildebrand, dat. 3. März 1966 [107/421]
[2042] Vermerk, dat. 16. März 1966 [EZA 107/421]
[2043] Kreyssig an das LKA der Evangelischen Kirche im Rheinland, o.D. [nach dem 19. März 1959], gez. Kreyssig [EZA 87/1004]
[2044] Hans-Richard Nevermann und Reinhard Freese an Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, dat. 7. Oktober 1968 [EZA 2/5842]
[2045] Punkt 4 der Entschließung auf der Synode v. 28.11.-2.12.1965, gez. 2. Dezember 1965 Dr. Kreyssig, Präses, D. Wilm, stv. Präses, Dringenberg, stv. Präses [LABB 1/1 Karton 142]
[2046] Punkt 4 des Rundschreibens der EKU - Kirchenkanzlei, dat. 28. März 1966 an Leitungen der Gliedkirchen der EKU in der BRD [LABB 1/1 Karton 142]

Außerhalb des innerkirchlichen Diskurses wurde die *Aktion Sühnezeichen* selbst vom langjährigen Förderer und späteren Vorsitzenden Kurt Scharf selektiv, instrumentalisierend eingesetzt. In Stellungnahmen anlässlich des Sechstagekrieges 1967 vor Kirchengemeinden oder vor der Öffentlichkeit erwähnte er die nach Israel entsandten Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* nicht (Gelegenheit hätte er etwa in einer Fürbitte in der Kaiser-Wilhelm Gedächtniskirche am 5. Juni 1967 gehabt). Bei einem von evangelischen, jüdischen und römisch-katholischen Geistlichen veranstalteten „gemeinsamen Gottesdienst in der Synagoge" am 16. Juni 1967 widmete Scharf hingegen seine gesamte Ansprache der *Aktion Sühnezeichen* und ihren Einsätzen in Israel.[2047] Bischof Kurt Scharf war der letzte prominente evangelische Kirchenführer, der mit *Aktion Sühnezeichen* über Jahrzehnte eng verbunden war. Von 1980 bis 1984 war er Vorstandsvorsitzender der *Aktion Sühnezeichen* und vertrat diese auch auf internationaler Ebene. Als einziger Vertreter einer nicht staatlichen Organisation der BRD hielt Kurt Scharf eine Rede zu Abrüstung und Frieden vor der UN-Vollversammlung am 24. Juni 1982 in New York.

5.1.1.3 „Lutherische Opposition" aus den Landeskirchen

Unter den größeren evangelischen Landeskirchen verweigerte die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern während der ersten Dekade ihre Unterstützung. Aus dieser Landeskirche fand sich weder unter den sechs zur Synode von 1958 delegierten Teilnehmern noch unter den 12 Ersatzmitgliedern Zustimmung zum Gründungsaufruf der *Aktion Sühnezeichen*. Die augenscheinliche Animosität reichte sogar bis zur Verweigerung der Versendung von Mitteilungsblättern der *Aktion Sühnezeichen* für 1964/65 an Gemeindepfarrer.[2048] Ab Ende der 1970er Jahre finanzierte die Bayerische Landeskirche jedoch die Versicherungskosten für Freiwillige aus ihrem Kirchengebiet und wurde von der *Aktion Sühnezeichen* als beispielgebend für andere Landeskirchen angeführt.[2049] Kreyssig beschäftigte der Gegenwind aus dieser Landeskirche lange. In einem späten Schreiben an Christian Schmidt führte er an, dass „die bayerischen Lutheraner Sühnezeichen gar nicht für ein legitimes kirchliches Mandat haben gelten lassen wollen".[2050]
Von größerer Bedeutung als die anfängliche Verweigerung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern war die Opposition seitens der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers. Diese Landeskirche war nicht nur die größte lutherische Landeskirche in der BRD, sondern auch über ihren Landesbischof Hanns Lilje[2051] maßgeblich in den konfessionellen Verband *Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands* und auf internationaler Ebene in den *Lutherischen Weltbund* eingebunden.
Bereits die Gründung der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* 1957 hatte das Missfallen dieser Landeskirche erregt. Ihrem Selbstverständnis nach leistete die Landeskirche „durch die Opfergaben unserer Gemeindeglieder und durch Beiträge der Landeskirche zugunsten des Lutherischen Weltdienstes, durch Sonderaktionen für Ungarn und bei ähnlichen Anlässen" bereits einen großen Beitrag, um „mit bestem Willen und nach Kräften der Not in der weltweiten Christenheit zu wehren".[2052] 1958 formulierte der Dachverband der lutherischen Kirchen, VELKD, seine Ablehnung eines Engagements in der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden*. Als Movens wurde „eine so starke sachliche, auch personelle Überschneidung, dass wir Doppelaktionen und Verwirrung befürchten müssen", angeführt. Kreyssigs

---

[2047] vgl. die von der Berliner Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Publizistik 1968 herausgegebene Zusammenstellung Berlin Studenten Christen. Überlegungen und Stellungnahmen zur politischen Diakonie, S. 12ff. Scharf betonte in seiner Ansprache zudem die Arbeit der Aktion Sühnezeichen „in den von den Israelis besetzten Gebieten".
[2048] Protokoll der Exekutivsitzung am 15.2., dat. 10. März 1965. [EZA 97/949]
[2049] ASF, gez. Volkmar Deile an Landeskirche Hannover, dat. 14. Dezember 1978; 12. Dezember 1979; 10. April 1981; 28. September 1982 [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2050] Kreyssig an Schmidt, dat. 8. September 1974 [NL Möckel, Abschrift]
[2051] Lilje, Hanns, 1899-1977, 1944 als Mitarbeiter der Bekennenden Kirche inhaftiert, 1945-1973 Mitglied des Rates der EKD, 1947-1971 Landesbischof von Hannover, ab 1948 Mitglied des Zentralkomitees, 1947 Mitbegründer des Lutherischen Weltbundes (Präsident 1952-1957), ab 1961 des Exekutivkomitees des ÖRK, 1968-1975 des Präsidiums des ÖRK, 1955-1969 Leitender Bischof der VELKD, bis 1966 Mitglied des Präsidiums der Konferenz Europäischer Kirchen. [Hermle (1990), S. 406f.]
[2052] Landeskirchenamt Hannover, gez. Mahrenholz, an Kreyssig, dat. 17. Oktober 1957 [in Abschrift: EZA 87/1004]

Vorhaltungen mangelnder ökumenischer Ausrichtung wurde entgegnet, dass der Lutherische Weltbund „seine Arbeit bewusst auf Hilfsbedürftige aller Art und Konfessionen, ja sogar aller Religionen, ausdehnt“, was „sicherlich auch bezüglich der Gewissensanrede und der Erweckung eines neuen diakonischen Willens in unseren Gemeinden“ entspräche.[2053]

Die Haltung gegenüber der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* wurde auf die *Aktion Sühnezeichen* übertragen. In Beantwortung eines Schreibens durch den Sühnezeichen-Emissär für Norwegen ließ Landesbischof Lilje über seinen Referenten bestellen:

> Die grundsätzlich zu bejahende Aktion „Sühnezeichen“ ist leider von Präses Dr. Kreyssig etwas übereilt und ohne die notwendige Fühlungnahme mit anderen kirchlichen Stellen begonnen worden. Dadurch ist die Situation kompliziert worden, da die Gliedkirchen der VELKD bereits eine Fülle von anderen Aufgaben übernommen haben, die ihre Kräfte voll beanspruchen. So muss z.B. ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass der Ablauf der Aktion „Brot für die Welt“ auf keinen Fall durch dazwischentretende Verpflichtungen gestört werden darf.[2054]

Kreyssig adressierte Lilje daraufhin mehrmals schriftlich und im Rahmen von EKD-Ratssitzungen persönlich mit dem Vorschlag einer finanziellen Beteiligung der Hannoverschen Landeskirche beim zweiten Sühnezeichen-Projekt in Norwegen, einer Kapelle in Kokelv. Zur Verstärkung seiner Argumentation führte Kreyssig den Neubau „einer ansehnlichen katholischen Kirche für die verhältnismäßig viel kleinere katholische Gemeinde“ in Hammerfest an, der mit deutschen Mitteln erfolgt war. Man müsste deshalb Bonnevie-Svendson dankbar sein, dass dieser „uns in Anerkennung unseres Bemühens um Vergebung und Versöhnung jetzt die von ihm aufgewiesene Gelegenheit gibt“.[2055] Dieses von Kreyssig in die Waagschale geworfene Argument wirkte: „Die Frage an die lutherischen Gliedkirchen in Westdeutschland wird dahin gehen müssen, ob eine kirchliche Aufbauhilfe in Norwegen notwendig und erwünscht sein kann, auch wenn man der Aktion ‚Sühnezeichen’ skeptisch gegenüber steht“.[2056] Die Kirchenleitung der VELKD beschloss daraufhin, über den Lutherischen Weltdienst für den Wiederaufbau in Norwegen 10.000 Dollar zur Verfügung zu stellen. Damit kamen die Lutheraner in Hannover sowohl Kreyssigs auf die Landeskirche bezogener Antrag auf „Patenschaft“ für ein Sühnezeichen-Projekt in Norwegen wie auch Bonnevie-Svendsens zeitgleich mit der Entscheidung datierten handschriftlichen Bitte[2057] nach, ohne dabei sich selbst als Landeskirche noch im unmittelbaren Bezug zur *Aktion Sühnezeichen* zu engagieren.
Im September 1960 versandte Kreyssig ein Rundschreiben an die Kirchenleitungen der westdeutschen Landeskirchen im Vorfeld einer für Mitte Oktober angesetzten Kirchenkonferenz. Mit Ausnahme des für 1961 geplanten Sühnezeichenprojekts in Israel, an dem alle Gliedkirchen gleichermaßen teilhaben sollten, schlug Kreyssig für die Projekte in Frankreich, Niederlande und Großbritannien die Bildung von „Patengemeinschaften“ vor, die „die Durchführung der Dienste im Leitungsgremium mitbestimmen und sie finanziell garantieren“ sollten. Das Rundschreiben löste in lutherischen Gremien hektische Betriebsamkeit und Abwehrmaßnahmen aus. Zur finanziellen Unterstützung des Sühnezeichen-Kirchenbaus im norwegischen Kokelv führte der Referent der Landeskirche Hannovers aus:

> Da vor einem Jahr die Aktion „Sühnezeichen“ mit Schwerpunkt Norwegen arbeitete, wollte man den Anschein vermeiden, dass ausgerechnet an der berechtigten Wiedergutmachungsaktion allein eine deutsche unierte Gruppe maßgeblich beteiligt war. Es wurde darum beschlossen von Seiten des deutschen Hauptausschusses des Lutherischen Weltdienstes, einen größeren Geldbetrag für diese Aktion zur Verfügung zu stellen, der allerdings nicht Herrn Präses Dr. Kreyssig ausgehändigt werden sollte, sondern über den Lutherischen Weltdienst direkt nach Norwegen gehen sollte.[2058]

[2053] VELKD, Lutherisches Kirchenamt, gez. Wilken, an Kreyssig, dat. 28. August 1958 [in Abschrift: EZA 87/1004]
[2054] Kanzlei des Landesbischofs, gez. unleserlich, an Hans Otto Rohde, dat. 20. November 1959 [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2055] Kreyssig an Lilje, dat. 4. Dezember 1959, 12. Dezember 1959 sowie 30. Dezember 1959 [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2056] Vermerk, o.D., o.A. [vermutlich aus dem Lutherischen Kirchenamt][LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2057] Bonnevie-Svendsen an Landesbischof Hanns Lilje, Hannover, dat. 12. Januar 1960 handschriftl. [LAELLH L3/III Nr. 1012 Hanns Lilje]
[2058] Gerhold an Herrn Geistlichen Dirigenten im Hause, dat. 17. September 1960 [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]

Vor der Kirchenkonferenz, so der Referent, sollte „auf jeden Fall eine einheitliche Meinungsbildung der Vertreter unserer Landeskirche auf dieser Konferenz erfolgen“.[2059] Auf ein Rundschreiben der *Evangelisch-Lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate*, das diese an die von Kreyssig als gemeinsame Patengemeinschaft vorgeschlagenen norddeutschen Landeskirchen sandte, antwortete die Hannoversche Kirchenkanzlei kurze Zeit später, „dass wir die von dort gegen die Aktion ‚Sühnezeichen’ geäußerten Bedenken teilen, vor allem im Blick auf die wieder anlaufende Aktion ‚Brot für die Welt’. Wir beabsichtigen deshalb nicht, uns an der Aktion ‚Sühnezeichen’ zu beteiligen.[2060] Aus Hamburg waren zwei Bedenken geäußert worden:

> Zunächst könnte der an sich begrüßenswerte Impuls der Aktion „Sühnezeichen“ weitgehend „institutionalisiert“ und damit möglicherweise der eigentliche Sinn der Aktion in Frage gestellt oder mindestens beeinträchtigt werden. Weiterhin sind die finanziellen Anforderungen nicht unbeträchtlich und jedenfalls im gegenwärtigen Stadium noch nicht näher dargelegt und begründet.[2061]

Als sich Kreyssig Anfang 1961 erneut direkt an Lilje wandte, um diesen für die teilweise Abdeckung des Defizits für die Projektkosten der Kapelle in Kokelv zu ersuchen,[2062] war man in Hannover „über die Unverfrorenheit“ empört[2063] und lehnte das Ansuchen rundweg ab, „da sowohl die Hannoversche Landeskirche wie auch das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes in den beiden großen ökumenischen diakonischen Werken des Lutherischen Weltdienstes und der Aktion ‚Brot für die Welt’ feste Verpflichtungen haben“.[2064] Im innerkirchlichen Schriftverkehr ist die Freude über das Defizit unverhohlen: „Herr Präses Dr. Kreyssig hat sich nicht in der Lage gesehen, die Aktion ‚Sühnezeichen’ in rechter Weise in die Arbeit ‚Brot für die Welt’ einzuordnen. [...] Er ist bei seiner Sache geblieben und muss nun zusehen, wie er weiter damit durchkommt“.[2065] Als Kreyssig Ende 1961 die Hannoversche Landeskirche mit dem Antrag auf Unterstützung des Sühnezeichenprojekts in Taizé mit einem Beitrag von 100.000 DM erneut kontaktierte, nahm er in sein Schreiben bereits eine Interpretation über die Verweigerung der Hannoverschen Landeskirche und anderer vorweg: „Das würde, fürchte ich, angesichts des gesunden Wachstums der Sache allmählich wie ein Zeugnis wider das Anliegen selbst erscheinen“.[2066] Die Lutheraner in Hannover ließen sich allerdings nicht beirren und lehnten eine finanzielle Unterstützung – „mit Rücksicht auf die freie und selbständige Entwicklung dieser Arbeit“ – ab. „Gerade das gesunde Wachstum der Sache und der dahinter stehende Opfergedanke sollte nicht dadurch beeinträchtigt werden, dass Kirchensteuermittel Verwendung finden.“[2067]

Gegenüber Hans-Richard Nevermann echauffierte sich Kreyssig über diese Antwort und ordnete sie – wie in sonst keinem vorliegenden Archivdokument – parteipolitisch zu:

> Das Antwortschreiben von Hannover ist eine Spitzenleistung brüderlicher Gehässigkeit. Der kluge Schreiber hat sich die Dosierung der ihm mitgegebenen Giftportion gründlich überlegt. Der im zweiten Absatz in Anführungsstrichen gesetzte Satz ist die genießerische Rache für einen Jagdhieb, den ich Ihnen allen in meinem Antwortschreiben auf jenes Pamphlet des diakonischen Rates vom Frühsommer 1961 versetzt habe. Ich bin kata sarka nicht ohne Freude, dass der Hieb so gut gesessen hat. Das Antwortschreiben zeigt nämlich, dass sie ihn wirklich verdient haben. Es ist nicht nur ein Dokument der wohlvertrauten behördlichen Unverschämtheit, mit der die Hochmögenden es für gut halten, uns gegen uns selbst in Schutz zu nehmen. Vielmehr steckt eindeutig dahinter die kirchliche Entsprechung zu der massiven CDU-Position, in der sich die neue „nationale Erhebung“ seit langem sammelt und einstweilen noch tarnt.[2068]

[2059] Ebd.
[2060] Schreiben an den Landeskirchenrat der Ev.-Luth. Kirche im Hamburgischen Staate, dat. 7. Oktober 1960, o.A. [LAELLH B 1 Nr. 867 Bd. I]
[2061] Rundschreiben der Evang.-Luth. Kirche im Hamburgischen Staate, dat. 4. Oktober 1960, gez. Dr. Pietacker [LAELLH B 1 Nr. 867 Bd. I]
[2062] Kreyssig an Lilje, dat. 21. Januar 1961 [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2063] Gerhold an Landessuperintendent Schulze, dat. 11. Februar 1961 [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2064] Gerhold an Kreyssig, dat. 17. Februar 1961 [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2065] Landessuperintendent Schulze an Gerhold, dat. 14. Februar 1961 [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2066] Kreyssig an das Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hannovers, dat. 28. Dezember 1961 [LAELLH B1 Nr. 867 Bd. I]
[2067] Landeskirchenamt der Evang.-Lutherischen Kirche Hannovers an Aktion Sühnezeichen, dat. 13. Februar 1962 [LAELLH B1 Nr. 867 Bd. I]
[2068] Kreyssig an Nevermann, dat. 21. Februar 1962 [EZA 97/905]

Die Haltung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers blieb bis Ende 1970 unverändert. Daran konnte auch der von der Synode beschlossene Antrag von Marianne Flügge-Oeri auf der 17. Landessynode am 11. Mai 1967 nichts ändern. Flügge, Unterzeichnerin des Gründungsaufrufes 1958, formulierte einen Antrag, der auf eine verstärkte Förderung der *Aktion Sühnezeichen* abzielte: „Das Landeskirchenamt wird gebeten, festzustellen, in welchem Umfang in der Landeskirche die ‚Aktion Sühnezeichen' gefördert wird, und welche Wege sich anbieten, den hannoverschen Anteil an dieser gesamtkirchlichen Aktion zu stärken."[2069] Noch vor der Einleitung der Erhebung innerhalb der Landeskirche sah das Landeskirchenamt in seiner Sitzung vom 20. Juni 1967 keinen Anlass, die *Aktion Sühnezeichen* zu fördern, „da sie kein gesamtkirchliches Werk ist".[2070] Dieses Argument wurde ein halbes Jahr später auch gegenüber dem Präsidenten der Synode geäußert.[2071] Noch während der innerkirchlichen Erhebung adressierte Diakon Otto Schenk Landesbischof Lilje mit dem Antrag auf Widmung der Kollekte am 10. Sonntag nach Trinitatis für den Neubau des Kinderkrüppelheims ALYN in Israel,[2072] das dieser umgehend an die Kirchenkanzlei der EKD übermitteln ließ, die Schenk einen ablehnenden Bescheid übermittelte und an das Diakonische Werk weiterempfahl.[2073]

Bei der Finanzierung des Ökumenischen Zentrums in Rotterdam ließ sich die Landeskirche nach mehrmaliger Aufforderung, u.a. durch den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Joachim Beckmann, zur Übernahme von 25.000 DM bei Gesamtkosten in Millionenhöhe breitschlagen.[2074] Eine Zäsur im Verhältnis zur *Aktion Sühnezeichen* erfolgte Ende 1970, als sich die Hannoversche Landeskirche einer Entscheidung des Rates der EKD anschloss, die Entsendung von Kriegsdienstverweigerern nach dem Verteilungsschlüssel der EKD zu finanzieren, wobei die Anregung für diese Vorgangsweise aus dem Landeskirchenamt Hannover stammte.[2075] Für das Jahr 1971, in dem die Entsendung von 100 Kriegsdienstverweigerern vorgesehen war, sagte die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers einen Betrag von 33.416 DM zu.[2076] An einer Begegnung mit Sühnezeichen-Freiwilligen waren die Referenten des Landeskirchenamts aber nicht interessiert. Als der Stadtsuperintendent von Hannover „den Sachbearbeitern und Interessierten" des Landeskirchenamtes vom bevorstehenden Aufenthalt einer 22-köpfigen Rückkehrergruppe der *Aktion Sühnezeichen* im September 1976 in Hannover berichtete und eine persönliche Kontaktaufnahme anregte, erhielt er die lakonische Mitteilung, wonach die „zuständigen Dezernenten unseres Hauses" im September auf Urlaub wären und „von daher leider keine Möglichkeit" bestünde, „dass Vertreter unseres Hauses Kontakt mit den Repräsentanten der *Aktion Sühnezeichen* aufnehmen".[2077]

5.1.2 Opposition durch Diakonisches Werk Innere Mission und Hilfsdienst (BRD)

Funktionäre des Diakonischen Werkes sahen angesichts der überkonfessionell bzw. ökumenisch konzipierten *Aktion Sühnezeichen*[2078] die protestantische Identität bzw. die protestantische Spendensammlung von der Verwässerung bedroht.[2079] Der neu gewählte Vorsitzende des Diakonischen

---

[2069] Präsident der 17. Landessynode an Ev.-Luth. Kirchenamt Hannover, dat. 25. Mai 1967, gez. [Boyken] [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd. I]
[2070] Auszug aus Sitzungsprotokoll des LKA vom 20. Juni 1967 [LAELLH B1 Nr. 6848 B Bd. I]
[2071] LKA Hannover an Präsidenten der 17. Landessynode, Oberstudiendirektor Boyken, dat. 12. Dezember 1967 [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. I]
[2072] Otto Schenk an Landesbischof Hanns Lilje, 17.5.1967 [EZA 2/3204]
[2073] Kirchenkanzlei der EKD, Hannover, an Schenk, dat. 23. Juni 1967, gez. Hammer [EZA 2/3204] In den landeskirchlichen Aktenbeständen findet sich eine Abschrift dieses Schreibens mit dem handschriftlichen, ungezeichneten und undatierten Vermerk „Heiliger Bürokratius, warum gibt die Kirchenkanzlei den Antrag dann nicht kurzerhand nach Stuttgart weiter!?!"
[2074] LKA an Beckmann, dat. 28. November 1968, gez. Bartels [LAELLH B1 6848 B Bd.I]
[2075] LKA Hannover an Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, dat. 29. Juli 1970, gez. Bunnemann [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2076] Kirchenkanzlei der EKD, Rundschreiben, dat. 23. November 1970, gez. Hammer; LKA Hannover an Kirchenkanzlei EKD, dat. 5. Januar 1971 [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II
[2077] Der Stadtsuperintendent an Landeskirchenamt Hannover, dat. 6. August 1976, gez. [Rufus] Flügge; LKA an Flügge, dat. 30. August 1976, gez. Zöllner [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. II]
[2078] Kreyssig an die Herren Mitglieder des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland, datiert Berlin, 15. Mai 1961. Kreyssig führte darin u.a. aus, dass die vereinsrechtliche Konstruktion den Wesenszug überkonfessioneller Zusammensetzung ausdrückte. [EZA 87/1005]
[2079] Schon die *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* hatte einen großen Aufruhr beim *Diakonischen Werk Innere Mission und Hilfsdienst der EKD* verursacht. Zur Befriedung des Disputs, der vordergründig von Missgunst und Konkurrenz durch die evangelischen Mitbewerber am BRD-Spendenmarkt motiviert war, einigten sich Ende 1959 die beiden Organisationen auf eine gemeinsame Erklärung. Mit der Konstituierung der

Rates, der Münchener Oberkirchenrat Heinrich Riedel[2080] schätzte die *Aktion Sühnezeichen* noch vor ihrer organisatorischen Formierung bei der Sitzung des EKD-Rates im Oktober 1958 als „bedenklich" ein. Die Mitglieder des Rates[2081] ließen sich auf keine inhaltliche Diskussion ein, sondern regten eine Einigung auf persönlicher Ebene zwischen den Lothar Kreyssig und Heinrich Riedel an.[2082]

Kreyssig und Riedel trieben den Konflikt jedoch auf die Spitze. Während im diakonischen Werk die Front gegen die Kreyssigschen Projekte, allen voran die *Aktion Sühnezeichen* geschlossen und betont wurde, dass die Aktion nicht offiziösen Charakter der Evangelischen Kirche haben dürfe[2083], wandte sich Kreyssig an den Vertreter des Genfer Weltkirchenrats bei der Synode 1958, Oberkirchenrat Dr. Hans Heinrich Harms. Harms hatte Kreyssigs Aufruf zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen* mit unterzeichnet, und Kreyssig ersuchte ihn nun „im besonderen Bereich Ihrer oekumenischen Wirksamkeit um eine kleine Hilfe". Kreyssig nannte die Konfliktlinien und ersuchte den Weltkirchenrat um Unterstützung – gegen das diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland:

> Die offizielle Diakonie der EKiD im Diakonischen Rat sehr vollständig und für mein Gefühl etwas massiv zusammengesetzt, macht sich Sorgen wegen der möglichen Rückwirkung der Aktion Sühnezeichen auf die Opferwilligkeit der Gemeinden für die oekumenische Diakonie überhaupt. Ich glaube, dass noch manche Reserve auch der Sache selbst gegenüber dahintersteht, aber die geltend gemachten Gründe auch ohnedies nicht von der Hand zu weisen sind. [...]
> Im Einvernehmen mit Bruder Berg und im Auftrag unseres Führungskreises bitte ich Sie, verehrter Bruder Harms, Leslie Cooke und wen Sie sonst in Interchurch-Aid und der Oekumenischen Diakonie als dafür geeignet ansehen, bei nächster Gelegenheit anzusprechen und im obigen Sinn als einer der ersten Unterzeichner unserer Sache ein freundlicher Anwalt zu sein.[2084]

Die Auseinandersetzung beruhte nicht allein auf Riedels Ablehnung, das Diakonische Werk agierte im Auftrag des Diakonischen Rates, den Riedel allerdings präsidierte.[2085] Bedenken äußerte auch der Direktor der Berliner Stelle des diakonischen Werkes, Christian Berg, der brieflich und in einer darauffolgenden Einladung auch persönlich Bedenken gegen die Etablierung der *Aktion Sühnezeichen* aussprach. Im Vordergrund stand die Konkurrenz beim Akquirieren von Spenden und Kollekten.[2086] Gegenüber Kreyssig deklarierte sich Berg Anfang Oktober 1958 – mit Durchschlag an den EKD-

---

Aktion Sühnezeichen entstand ein neuerlicher Konflikt, der einerseits an die mit der Aktionsgemeinschaft ausgetragene Spendenkonkurrenz anknüpfte, der andererseits aber verstärkt inhaltliche Differenzen zum Vorschein brachte. Erklärung zur „Hilfe für die Hungernden" vom 27. Oktober 1959, unterfertigt von der Aktionsgemeinschaft für die Hungernden, vertreten durch Lothar Kreyssig und Dr. Erich Müller-Gangloff sowie von Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche, vertreten durch D. Friedrich Münchmeyer und Dr. Christian Berg. In dieser Erklärung wird der Versuch unternommen, die jeweiligen Claims abzustecken: Über das diakonische Werk „unserer evangelischen Kirche" sollte die „Opferbereitschaft" der evangelischen Gemeinden, Werke, Gruppen und Verbände angesprochen werden – die über diesen „Ruf" nicht zu erreichenden „vielen Menschen unseres Volkes" über die „überkonfessionelle *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden*". [EZA 87/1005]

[2080] Heinrich Riedel war von 1955 bis 1967 auch Mitglied des Rates der EKD. Über Riedels Affinität zum Nationalsozialismus liegen zwei widersprüchliche und durch Quellen jeweils nicht belegte Einschätzungen vor. Frederic Spotts erwähnt als Beispiel für die vom Umgang mit dem Nationalsozialismus geprägte Personalpolitik („Feuer mit Feuer zu bekämpfen") Bischof Hans Meisers in Bayern die Ernennung Heinrich Riedels – „einen längst als antisemitisch bekannten, aktiven Nazi" – zum bayerischen Jugendpfarrer 1934 [Spotts (1976), S. 331, Fn 7]. Ulrich Schwab fügt in einem biographischen Eintrag über Heinrich Riedel der tabellarischen Information „1934-43 erster Landesjugendpfarrer Bayerns" die im Rahmen des Lexikons ebenso ungewöhnliche wie undokumentierte Aussage „in dieser Funktion viele Auseinandersetzungen mit den NS-Behörden" bei [Ulrich Schwab. Heinrich Riedel. In: Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Verlag Traugott Bautz. Band VIII (1994) Spalten 301-302. www.bautz.de/bbkl, 22. Mai 2003]. Eine biographische Skizze Riedels aus 1998 durch Björn Mensing, der die Geschichte der Verstrickung Bayerischer Evangelischer Pfarrer mit dem Nationalsozialismus im Rahmen seiner Doktorarbeit analysierte, bezeichnet Riedel als Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei NSDAP ab Mai 1933, der in seiner Gemeinde Thuisbrunn selbst das Amt des Ortsgruppenleiters übernahm. Gegen einen Ausschluss aus der NSDAP durch das Nürnberger Parteigericht 1935 legte Riedel beim Gaugericht erfolgreich Einspruch ein. Ab 1934, so Mensing, begannen Riedels Auseinandersetzungen mit der NSDAP wegen seines Einsatzes für die Eigenständigkeit der evangelischen Jugendarbeit und Riedel soll auf Seiten der Bekennenden Kirche an führender Stelle am sogenannten Kirchenkampf teilgenommen haben. [Mensing (1998), S. 164]

[2081] Mit Lothar Kreyssig, Reimer Mager, Wilhelm Niesel und Ernst Wilm waren vier der zwölf Mitglieder auch Unterzeichner des Sühnezeichen-Aufrufs und Gründungsmitglieder.

[2082] Unter Punkt 13. Ersatzwahlen für den Diakonischen Rat und die Diakonische Konferenz „Endlich erhob er [Oberkirchenrat Riedel, Anm.] Bedenken gegen das von Präses D. Kreyssig geplante Werk der Versöhnungszeichen. Der Rat regte an, dass die Herren Riedel und Kreyssig sich zunächst über diese Frage persönlich verständigen möchten." Auszug aus dem Protokoll der 34. Sitzung des Rates der Ev. Kirche in Deutschland am 9. und 10. Oktober 1958 in Berlin, dat. 1. November 1958, gez. Brunotte. [EZA 4/501]

[2083] Vermerk an [Gerhard] Gent, [Gerhard] Noske, Bernhard Ohse, dat. 20. Oktober 1958, gez. Dr. Berg [ADW ZBB 751]

[2084] Kreyssig an Hans Heinrich Harms, Oekumenischer Rat, Genf, dat. 4.11.1958 [EZA 97/1069]. In den Unterlagen des Weltkirchenrates findet sich kein Hinweis auf die Reaktion Harms'. Die Adressierung Harms' war im Gespräch zwischen Leiterkreis und Christian Berg vereinbart worden. Vermerk an [Gerhard] Gent, [Gerhard] Noske, Bernhard Ohse, dat. 20. Oktober 1958, gez. Dr. Berg [ADW ZBB 751]

[2085] Christian Berg in einem internen Vermerk, dat. 20. Oktober 1958, an [Gerhard] Gent, [Gerhard] Noske, Bernhard Ohse [ADW ZBB 751].

[2086] Ebd.

Bevollmächtigten in Bonn Hermann Kunst. Einer Reihe von Einwänden – fehlende Zustimmung der präsumtiven Empfängerländer, Kooperationsbedarf mit den Ökumenischen Aufbaulagern des Weltrats der Kirchen in Genf, Konkurrenz mit Diakonischem Werk und Lutherischem Weltdienst und zu erwartender Kostenaufwand – fügte Berg schließlich sein als maßgeblich einzuschätzendes Bedenken an:

> Wollen und wagen das die leitenden Männer unserer Kirche, dann mögen sie das das Diakonische Werk wissen lassen – es wird seine ökumenischen Hilfsprogramme dann m.E.s entscheidend reduzieren müssen, und die Stoßkraft des deutschen Protestantismus wird sich hierauf zu verlagern haben. Sonst befürchte ich eine quälende Konfliktsituation, die bevorsteht und unsere Amtsbrüder und Gemeinden zu begreiflichen Fragen oder gar Kopfschütteln bringen wird.[2087]

Im Vorfeld der Tagung in der Evangelischen Akademie Berlin Ende 1959, bei der das Projekt des Weltfriedensdienstes im Griechischen Servia beraten und konzipiert werden sollte, äußerte der Leiter der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland, Pastor Heiko Rohrbach, gegenüber der Mitarbeiterin der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werks in Stuttgart, Elisabeth Urbig, Bedenken, dass „sozusagen ‚quer durch den Gemüsegarten', nämlich über alle schon bepflanzten und zum Teil abgeernteten Beete hinweg, verfahren wird". Das diakonische Werk in Stuttgart entsandte daraufhin Beobachter aus dem Berliner Büro mit der Anweisung, an der Tagung teilzunehmen, „um zwar alles zu hören, aber mit der Bereitschaft für eine aktive Teilnahme der verfassten Kirche zunächst etwas zurückhaltend zu sein".[2088] Die solcherart eingestimmten Beobachter verfassten einen siebenseitigen geharnischten und polemischen Bericht:

> Wer zu spät kam konnte zunächst meinen, in einen Kreis von Sektierern geraten zu sein. Gefühlsgeladen und schwülstig hielt Dr. Lothar Kreyssig das Eingangsreferat auf der Tagung der Evangelischen Akademie Berlin vom 19.- 21. Dezember 1959, die das etwas irreführende Wort „Weltfriedensdienst" zur Überschrift hatte. Es ging nämlich im letzten Grunde nicht um einen Weltfriedensdienst, obschon dieser im Spiele war. Es ging darum, dass Dr. Lothar Kreyssig und Dr. Erich Müller-Gangloff wieder eine Aktion gründen zu müssen meinten und hierzu den Idealismus der jungen Leute aus verschiedenen, meist kleinen Gruppen einspannen wollten, die sich um den Friedensgedanken gesammelt haben. Der Adel und die Geschichtsmächtigkeit des Abendlandes – so etwa lautete der Kern dessen, was Dr. Kreyssig ausführte – gehen einher mit unendlicher Schuld gegen die Menschen und Völker anderer Erdteile, auf deren Kosten wir uns bereicherten. Der Schrecken, den wir hierüber gewinnen, ist Anfang der Begnadigung und macht uns frei für die Sinnesänderung, frei für die Hinwendung zum Menschenbruder in jenen Erdteilen. Und diese Hinwendung muss ihren Ausdruck in der helfenden Tat finden. Hieraus erwächst Vergebung der Sünden, hieraus kommt Versöhnung.
> Einige Griechen konnten gewonnen darunter ein Beamter des griechischen Innenministeriums und der Bürgermeister des Ortes Servia, die der Versammlung zunächst einige Freundlichkeiten sagten, aber dabei doch einen zwiespältigen Eindruck hinterließen, der bei uns im Laufe der Tage noch wuchs. Offenbar waren diese Herren glücklich, dass eine goldene Wolke auf den Marktflecken Servia zuzusegeln im Begriffe stand. Andererseits aber schienen sie sich zunächst keinerlei Vorstellungen machen zu können, in welcher Weise das Gold aus der Wolke nutzbar angewandt werden müsste. Uns ist sogar fraglich, ob sie den Goldregen im tiefsten Grunde ihres Herzens überhaupt wünschten. ...
> Das Ergebnis [der Beratungen] war, dass man zunächst eine Zisterne und eine dazugehörige Wasserleitung bauen will, da Servia nicht genug Trinkwasser hat – ein Zustand, der mit der Zerstörung des Ortes in keinerlei Zusammenhang steht, denn Servia hat nie eine brauchbare Wasserleitung besessen. ...
> Dass ein Mitglied des Rates der EKD solcherlei Dinge treibt, stimmt uns traurig und bedenklich zugleich. Wir sind sogar der Auffassung, dass es in mancher Hinsicht gefährlich sein kann, wenn solche Ignoranten auf dem internationalen Parkett agieren.[2089]

Der Konflikt fand im darauffolgenden Jahr seine Fortsetzung, als Riedel „die Bedenken des Diakonischen Rates gegen die selbständigen Sammlungen [...] in den Landeskirchen und in der Öffentlichkeit" in der EKD-Ratssitzung vom 3. November 1960 vortrug. Die Ratsversammlung wollte zu diesem Konflikt

---

[2087] Berg an Kreyssig, dat. 3. Oktober 1958, in Abschrift an Kunst („zur persönlichen brüderlichen Unterrichtung") [EZA 87/1004]
[2088] Elisabeth Urbig, ökumenische Abt. Stuttgart, an Vikarin W[altraud]. Seeber und Bernhard Ohse, dat. 4. Dezember 1959 [AWD ZBB 751].
[2089] Bericht über die Tagung der Evangelischen Akademie in Berlin-Wannsee zum Thema „Weltfriedensdienst" vom 19.-21.12.1959, gez. Bernhard Ohse, W. Seeger [AWD ZBB 751]; auf dem Bericht befinden sich keine Bearbeitungsvermerke, zumindest Bernhard Ohse war bei einer späteren Gelegenheit in den Konflikt Diakonisches Werk – Aktion Sühnezeichen eingebunden.

inhaltlich allerdings weiterhin nicht Stellung nehmen. Der stellvertretende Ratsvorsitzende bat „Oberkirchenrat Riedel und Präses Dr. Kreyssig, sich mit den Vertretern der von ihnen geleiteten Werke nochmals zusammenzusetzen und eine für alle Beteiligten tragbare Lösung zu suchen.“[2090]

Nach der erfolglosen erneuten Befassung des Rates der EKD, schaukelte das Diakonische Werk den Konflikt intern nochmals hoch. Dieses Mal äußerte sich der Direktor der theologischen Abteilung gegenüber Berg zu Wort und schlug eine Ausbootung der *Aktion Sühnezeichen* bei der nächsten EKD-Synode vor:

> Sie werden im epd [Evangelischer Pressedienst, Anm.] gelesen haben, dass Präses Kreyssig wiederum seine „Aktion Sühnezeichen“ als „auf der Synode 1958 ausgerufen“ firmiert und seine Pläne für 1961 vorträgt, die immer uferloser und nach meinem Empfinden aufdringlicher werden. Was sollen die drei Rundtempel Nathans des Weisen in Israel, wenn er nicht einmal die Mohammedaner mit unter dies Dach bringt? Was soll überhaupt diese Zeichensetzerei? „Wir wollen uns einen Namen machen“!
> Ich habe den Eindruck, dass man dagegen wenig tun kann, dass es aber auf der Synode überspielt werden sollte, indem wenigstens ein kurzes Wort zur Aktion Brot für die Welt angenommen wird, in dem die Synode sich zu dieser Aktion eindeutig bekennt und sich zugleich von der staatlichen Entwicklungshilfe abgrenzt. [...] Hat die Synode Brot für die Welt zu ihrem eigenen Werk erklärt, kommt Aktion Sühnezeichen ganz von selbst in das rechte Licht.[2091]

Mit der Aussendung eines Rundbriefes[2092] durch das Diakonische Werk an die Leitungen der evangelischen Landes- und Freikirchen erreichte der Konflikt einen Höhepunkt. Mit zwei Argumenten begründeten Vorsitzender Oberkirchenrat Heinrich Riedel und der Leiter der Hauptgeschäftsstelle, Präsident Friedrich Münchmeyer, ihr Anliegen „Klarheit und Ordnung“ als „unerlässliche Voraussetzungen unserer gesegneten Arbeit“ zu schaffen, wobei es ihnen „schmerzlich“ war, „Schwierigkeiten und Unterschiede zu der Tätigkeit unseres Bruders Kreyssig aussprechen zu müssen“: Die von Kreyssig für alle im Verein Versöhnungsdienste zusammengefassten Aktivitäten postulierte „überkonfessionelle Basis“, die auf eine Überwindung der konfessionellen Unterschiede zwischen Katholiken, Protestanten und Juden vor dem spirituellen Hintergrund von *Aktion Sühnezeichen* abzielte, war den diakonischen Leitern ein theologisches Übel, das sie ohne weitere Begründung mit dem inhaltlich nicht ausgeführten axiomatischen Argument „Grundlage evangelischer Diakonie ist es nicht“ abgetan wissen wollten. Die kirchlichen Funktionäre kritisierten Kreyssigs Ansicht, „‚dass ein Versagen vor dieser unserer Aufgabe die Unbußfertigkeit zeigen würde’“ und konterten: „Der Dienst in ökumenischer Weite, zu dem wir uns gerufen wissen, geht von nüchternen Voraussetzungen aus, und es darf nicht als unbußfertig gescholten werden, wer sich die Motivation von Dr. Kreyssig nicht zu eigen machen kann“. Der zweite Kritikpunkt an Kreyssig lautete, dass die „Nennung seiner hohen kirchlichen Amtsbezeichnung ‚Präses’ in der Unterschrift seiner Rundschreiben bei staatlichen Behörden, amtlichen Stellen - wenn es etwa um die Frage der Sammlungsgenehmigung geht -, aber auch bei Kirchgemeinden und Pfarrern den Anschein erweckt, als ob hinter seinen Bemühungen die evangelische Kirche als solche stehe“.[2093]
In einer fünfseitigen Replik an die EKD-Ratsmitglieder griff Kreyssig den Fehdehandschuh auf und schloss seine Entgegnung mit der Vermutung: „Hinter den beiden im Protestschreiben hervorgehobenen Anstößen steht, für jeden spürbar, ein tiefer greifender Widerspruch, der die Sache selber meint. Die damit bei Pfarrern und Gemeinden angestoßene Entscheidung werden wir allerdings nicht scheuen dürfen.“[2094] 1959 schrieb er an den Beauftragten der EKD am Sitz der Bundesregierung Hermann Kunst,

---

[2090] Protokoll der Ratssitzung vom 3. November 1960 Punkt 19. *Aktion Sühnezeichen* und Hungernde der Erde [EZA 2/3204]. Auszug aus der Niederschrift über die 51. Sitzung des Rates der Ev. Kirche in Deutschland am 3. November 1960 in München geht gem. Vfg.-KB I 1255/60 – aus den Akten 020 zur besonderen Vorlage bei den betreffenden Sachakten. Dat. 19.11.1960 [4/501]
[2091] [Hans-Christoph] von Hase an Berg, dat. 23. Dezember 1960 [AWD HGSt 1786]. Mit dem ‚Rundtempel’ meinte Hase die von Kreyssig, dem Ökumenischen Institut in Niederaltaich und einem Vertreter der jüdischen Gemeinde Augsburg diskutierte „Aktion Sühnezeichen Jerusalem“.
[2092] Brief „Innere Mission und Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland“ an die Leitungen der evangelischen Landes- und Freikirchen und an die Leitungen ihrer diakonischen Werke, datiert Stuttgart, 11. April 1961, gez. für die Richtigkeit: Piefke [EZA 2/5839].
[2093] Ebd.
[2094] Präses Dr. Kreyssig an die Herren Mitglieder des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland, dat. Berlin, 15. Mai 1961 [EZA 87/1005].

dass „die Professionals der Diakonie mir von Anfang an grinsend den Bankrott prophezeit“ hätten, seine Opponenten aus dem Diakonischen Werk bezeichnete er als „Panzergeneräle“.[2095] Im Zusammenhang mit der von ihm angestrebten und von den DDR-Behörden nicht bewilligten Reise zur Weltkirchenkonferenz nach New Dehli 1961 mutmaßte Kreyssig sogar, „dass hier Untergrundeinflüsse des Diakonischen Rates am Werke sind“[2096].

Der offene Machtkampf zwischen Kreyssig und dem Diakonischen Werk erwuchs zu einem Konflikt zwischen dem lutherisch dominierten Diakonischen Werk und der EKU. Der Rat der EKU stellte sich auf die Seite Kreyssigs: „Der Rat der Evangelischen Kirche der Union erhebt nachdrücklich Einspruch gegen Form und Inhalt dieses Schreibens und wird die Leitungen der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union und ihre diakonischen Ämter bitten, das Rundschreiben [des Diakonischen Werkes, Anm.] vom 11. April 1961 nicht an die Pfarrer und Gemeinden weiterzugeben. EKU-Kirchenpräsident Franz-Reinhold Hildebrandt griff in seinem Schreiben an den Rat der EKD den latenten konfessionellen Gegensatz zwischen den unierten und reformierten sowie den lutherischen Kirchen auf:

> ... Sehr bedeutsam wäre es, zu klären, was eigentlich „die Grundlagen evangelischer Diakonie“ ist, die den Aktionen von Herrn Dr. Kreyssig in jenem Schreiben vom 11. April 1961 rundweg bestritten wird. Die Tatsache, dass die Aktionen von Präses Dr. Kreyssig von dem „Ziel eines die Konfession vereinigenden Wirkens“ bestimmt sind, genügt allein nicht, um von ihr aus seiner Arbeit die Grundlage evangelischer Diakonie zu bestreiten. Dass verschiedene Konfessionen bei der Durchführung von Aktionen zur Behebung brennender Notstände in der Welt oder zur Inangriffnahme von unbewältigten Problemen, die unser ganzes deutsches Volk betreffen, zusammenwirken, ist jedenfalls unserer Auffassung nach kein Argument für die Feststellung, dass die Grundlage evangelischer Diakonie verlassen worden ist. Wenn das Gleichnis vom barmherzigen Samariter und die Mahnung, in der Bruderliebe allgemeine Liebe darzureichen (2. Petrus 1,7), Grundlage evangelischer Diakonie sind, so wird die Meinung, als ob evangelische Diakonie in erster Linie eine konfessionell bestimmte Sache sei, keine theologische Zustimmung finden können. Jedenfalls sieht der Rat der Evangelischen Kirche der Union in den Aktion von Präses Dr. Kreyssig echte Äußerungen evangelischer Diakonie, auch wenn an diesen Aktionen andere Konfessionen mitwirken ...[2097]

Das für 29. September 1961 im Haus der Westberliner EKU-Kirchenkanzlei anberaumte innerkirchliche Gipfeltreffen[2098] unter der Leitung von Präses Kurt Scharf wurde kurzfristig abgesagt.[2099] Die Anregung zu diesem Gespräch und seiner Zusammensetzung unter Vorsitz von Präses Kurt Scharf wurde vom Diakonischen Rat am 30. Mai 1961 nach einem Gespräch zwischen Heinrich Riedel und Franz-Reinhold Hildebrandt beschlossen, nachdem sich der Diakonische Rat durch Schreiben Hildebrandts und Kreyssigs an den Rat der EKD in die Defensive gedrängt und dazu genötigt sah, sich für seine Angriffe gegen die *Aktion Sühnezeichen* zu rechtfertigen.[2100] Im Vorfeld des geplanten Gesprächs wandte sich Generalsuperintendent D. Immanuel Pack seitens des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (West) an Kurt Scharf, um diesen nach Hinweis auf eine 50%ige Steigerung der Spenden

---

[2095] Kreyssig an Kunst, dat. 31. Juli 1959 [EZA 87/1004].
[2096] Kreyssig an Berthild Scheiff, ohne Briefkopf, dat. Berlin, 20. Oktober 1961. [EZA 614/91] Kreyssig-Biograph Weiß übernahm diese Perspektive und berichtet von „hinterhältigen Anschuldigungen von Mitarbeitern der Inneren Mission und des Hilfswerks“. Weiß (1998), S. 361.
[2097] Evangelische Kirche der Union. Der Leiter der Kirchenkanzlei an den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, dat. 18. Mai 1961, gez. D. Hildebrandt, E.O.I 3761/61 zu Umdr. Nr. 161/61[in Abschrift: EZA 97/704] In seinem eigenen Entgegnungsschreiben an den Rat der EKD bezog sich Kreyssig auf Hildebrandts Schreiben, das allerdings drei Tage später datiert ist, als Kreyssigs eigener Brief, woraus der Schluss gezogen werden kann, dass Kreyssig einen Briefentwurf Hildebrandt kannte bzw. sogar selbst in die Abfassung eingebunden war. In Kreyssigs Entgegnungsrundbrief heißt es: „Am 2. Mai hat der Rat der Evangelischen Kirche der Union das Schreiben besprochen und Präsident D. Hildebrandt mit einem Schreiben an den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland beauftragt. Das Schreiben lässt in seiner bedachten und vorsichtigen Fassung den geschichtlichen und geistlichen Hintergrund nur andeutungsweise erkennen.“ Schreiben Präses Dr. Kreyssig an die Herren Mitglieder des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland, datiert Berlin, 15. Mai 1961 [EZA 87/1005].
[2098] mit Präses Joachim Beckmann, Lothar Kreyssig, Erich Müller-Gangloff, Gerhard Stratenwerth, Heinrich Riedel, Landessuperintendent Johannes Schulze (Hannover), Landeskrichenrat von Staa, Dr. Friedrich Münchmeyer, Kirchenrat D. Christian Berg
[2099] Kreyssig an seine Sekretärin Berthild Scheiff, dat. Berlin, 27. September 1961 [EZA 614/91]
[2100] Schreiben des Diakonischen Werkes Innere Mission und Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland, datiert München und Stuttgart 22. Juni 1961, unterzeichnet von Heinrich Riedel und Friedrich Münchmeyer. Adressat dieses Schreibens war der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, zusätzlich wurden auch das Außenamt der EKD (Präsident Adolf Wischmann, Vizepräsident Gerhard Stratenwerth sowie der Bevollmächtigte der EKD bei der Bundesregierung in Bonn, Militärbischof D. Hermann Kunst und der Präsident der Kirchenkanzlei Hannover, D. Heinz Brunotte informiert. [EZA 87/1005]

für *Brot für die Welt* im Zeitraum 1960/61 „zu bitten, im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einer stärkeren Koordinierung der genannten drei Aktionen [*Brot für die Welt*, *Sühnezeichen*, *Für die Hungernden der Erde*] zu gelangen, so dass endlich jede Aktion in ihrem Bereich, *Brot für die Welt* im Raum der Evangelischen Kirche, deutlich erkennbar wird.“[2101]

Die Aussprache erfolgte schließlich am 10. und 11. Januar 1962 in einem paritätischen Ausschuss unter Vorsitz von Kurt Scharf und Franz-Reinhold Hildebrandt.[2102] Das gemeinsam zur Vorlage an die jeweiligen Leitungsgremien erarbeitete Positionspapier sah zwei Kooperationsalternativen vor. Die – vom Ausschuss empfohlene – auf engere Zusammenarbeit abzielende Variante beinhaltete die wechselseitige Entsendung von Vertretern in Leitungsgremien und die Koordinierung von Spendensammlungen und Pressearbeit, während die – nicht weiter spezifizierte Alternativvariante – eine ähnliche Vereinbarung wie zwischen dem Diakonischen Werk und der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* 1959 vorsah.[2103]

Nur wenige Monate später beschloss der Diakonische Rat unter Vorsitz Heinrich Riedels die Vorgabe von fünf Punkten:

1. Die *Aktion Sühnezeichen* löst sich aus der von Präses Kreyssig ursprünglich geplanten Trikonfessionalität.
2. Die *Aktion Sühnezeichen* trennt sich von [der Aktionsgemeinschaft für die] Hungernden der Erde.
3. Durch den Abschluss einer Vereinbarung darf keine verstärkte Werbung für *Aktion Sühnezeichen* erfolgen, durch die andere kirchliche Aktionen beeinträchtigt werden.
4. Die *Aktion Sühnezeichen* soll ein freies Werk bleiben.
5. Je zwei Beauftragte des „Ausschusses für ökumenische Diakonie“ treten in den Leiterkreis der *Aktion Sühnezeichen* und umgekehrt.[2104]

Die Zerschlagung des Vereins *Versöhnungsdienste* und Eingliederung des *Weltfriedensdienstes* in die 1961 gegründete *Arbeitsgemeinschaft Dienste in Übersee* sowie der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* in das *Diakonische Werk* waren Grundbedingung für die Beilegung des Konflikts. Schon in der übernächsten Sitzung des Rates der EKD berichtete Riedel von der Weigerung seitens der *Aktion Sühnezeichen*, den Verein aufzulösen und die Werbung einzuschränken (Punkte 2 und 3 des Forderungskatalogs).[2105] Obwohl diese beide Forderungen für das diakonische Werk von zentraler Bedeutung waren, musste sich Riedel dem Kompromiss fügen: „Im Einvernehmen mit Oberkirchenrat Riedel sah der Rat diese beiden Vorbehalte nicht für so schwerwiegend an, dass sie dem Abschluss einer Vereinbarung im Wege stehen müssten.“[2106]

Noch vor der schriftlichen Vereinbarung nahm Superintendent Rudolf Wolckenhaar, Direktor der ökumenischen Abteilung in der Stuttgarter Hauptgeschäftsstelle von Innere Mission und Hilfswerk, an Sitzungen des Leitungskreises der *Aktion Sühnezeichen* teil. Wolckenhaar vertrat dabei die gleichen Positionen wie Riedel vor dem Rat der EKD, insbesondere die Bestreitung der Verwurzelung der *Aktion Sühnezeichen* in der Evangelischen Kirche und das Recht auf Spendensammlungen parallel zur Diakonie.[2107] Grundsätzlich läge der wesentliche Unterschied zwischen dem Diakonischen Werk und der *Aktion Sühnezeichen* darin, „dass dem Diakonischen Werk die ökumenische Aufgabe, bevorzugt den Christen in aller Welt zu helfen, vordringlich erscheine, während politische Diakonie, wie sie die Aktion

---

[2101] Abschrift des Schreibens von D. [Immanuel] Pack, ohne Datum, ohne Briefkopf an den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, z.Hd. Herrn Präses D. Scharf. Pack hatte 1957 selbst den Aufruf „Für die Hungernden“ unterschrieben (Weiß (1998), S. 452) [EZA 87/1005] Der deutliche Hinweis auf jeweils eigene Bereiche der Aktionen, wobei im Raum der Evangelischen Kirche nur Platz für die Aktion des Diakonischen Werkes, *Brot für die Welt* bleiben sollte, zielte in die gleiche ausgrenzende Richtung wie die Argumentation seitens der Leiter des Diakonischen Werks in ihrem Rundbrief vom 11. April 1961.

[2102] für das diakonische Werk waren Berg und Schulze, für die Aktion Sühnezeichen Hammerstein und Müller-Gangloff delegiert.

[2103] Zukünftiges Verhältnis des Ausschusses für ‚Oekumenische Diakonie’ und der *Aktion Sühnezeichen*, dat. 29. Januar 1962 [EZA 97/45]

[2104] Protokoll der 11. Ratssitzung der EKD vom 10./11.Mai 1962 in Berlin Punkt 31. Vorschläge für eine gesamtkirchliche Aktion „Sühnezeichen“, gez. Gundert [EZA 4/501]

[2105] Protokoll der 13. Ratssitzung der EKD vom 30./ 31. August 1962 in Berlin, Punkt 4. Aktion „Sühnezeichen“, gez. Gundert [EZA 4/501]

[2106] Ebd.

[2107] Protokoll der Leitungskreissitzung am 10. Juni 1963, dat. 18. Juni 1963 sowie Protokoll einer Besprechung am 7. Mai 1963. [EZA 97/947]

Sühnezeichen betreibe, die Gefahr der Zersplitterung in sich berge".[2108] Ein baldiges offizielles Ende der Auseinandersetzung rückte Wolckenhaar in weite Ferne:

> Trotz grundsätzlicher Bereitschaft beider Verhandlungspartner, sei es dem Diakonischen Werk in Stuttgart augenblicklich noch unmöglich, die projektierte Vereinbarung, die das Verhältnis Diakonisches Werk/Aktion Sühnezeichen abgrenzen soll, abzuschließen, da das Diakonische Werk gegenwärtig noch keine gemeinsame Ebene erkenne, auf der eine solche Vereinbarung gegründet werden könne.[2109]

Schon Monate vorher hatte Wolckenhaar die Formulierung beanstandet, die *Aktion Sühnezeichen* sei in der evangelischen Kirche „verwurzelt", worauf sich der Leitungskreis auf die Formulierung einigte, „die Aktion Sühnezeichen sei von bewusst evangelischen Christen ausgegangen und werde von Kräften des christlichen Glaubens getragen".[2110] Trotz seiner wiederholten Teilnahme an den Leitungskreissitzungen wollte sich Wolckenhaar nicht als Vertreter des Diakonischen Werkes verstehen, womit er seine Rolle im Unverbindlichen beließ und die Leiter der *Aktion Sühnezeichen* im Kreis vor sich hertrieb.[2111] In einem internen Vermerk an Theodor Schober, formulierte er, in Umkehrung der ursprünglich vom Diakonischen Werk ausgehenden Initiative, dass er das „Gefühl nicht los [werde], dass in dem Drängen auf eine im Paragraphen festgelegte Rechtsordnung sich ein Pferdefuß für uns verbirgt".[2112] Gegenüber dem neuen Geschäftsführer Klaus Wilm bekannte Wolckenhaar Ende 1963, „wie schwer es mir wird, klar und deutlich zu erkennen, welch unmittelbar kirchlichen Auftrag Aktion Sühnezeichen hat". Da sich aber so viele junge Menschen daran beteiligten,

> möchte ich an meinem Teil mithelfen, dass Aktion Sühnezeichen, deren Namen propagandistisch ebenso geschickt wie theologisch schief ist, eine gute Entwicklung nimmt. Diese Hilfe soll aber darin bestehen, dass ich nicht aufhören werde, Sie immer wieder nach diesem Selbstverständnis und der Bindung an unsere evangelische Kirche zu fragen.[2113]

Die Antwort sollte von Wilms Vater Ernst, dem Präses der Westfälischen Kirche kommen, der sich mit einem Brief an die Leiter des Diakonischen Werkes wandte. Wilm trat mit dem Gewicht seiner Landeskirche und unter Hinweis auf deren Spendenbeiträge für das Diakonische Werk als massiver Unterstützer der *Aktion Sühnezeichen* auf. Wilm argumentierte Sühnezeichen als „in der evangelischen Kirche verwurzelt und vorwiegend von evangelischen Christen getragen" und als eine besondere Art von ökumenischer Diakonie:

> Das eine Mal reicht die Diakonie die Pflege für die Kranken, das Brot für die Hungernden, den Trost für die Traurigen, das Heil für die Heillosen, das andere Mal die Hand zur Versöhnung über die Gräben von Schuld, den Frieden zur Vereinigung über die Mauern von Hass. Soweit solche „Versöhnungs- und Friedensdiakonie" zwischen Völkern und Kirchen geschieht, kann sie auch als „Ökumenische Diakonie" bezeichnet werden.
>
> Es ist gar keine Frage, dass die Aktion Sühnezeichen einen außerordentlich wichtigen Dienst in unserm geistlich und menschlich verwüsteten Europa tut, und dass sie einen wahrhaft christlichen Dienst tut. Wer ihr das bestreitet, muss auch der Kirche das Stuttgarter Bekenntnis und dem Rat der EKD sein Wort zu den Naziverbrecher-Prozessen bestreiten. Ja, er muss aus dem Evangelium alles heraustun, was von Versöhnung zwischen uns, dem Friedenmachen zwischen uns, von Mitmenschlichkeit steht und das ist eine ganze Menge.[2114]

Mit einer Bemerkung über den Abbau der Spannungen deutete Wilm zugleich eine mögliche Ursache des Konflikts an. Es sei notwendig, so Wilm,

---

[2108] zum Begriff der „politischen Diakonie" vgl. Überblick über die theologische bzw. innerkirchliche Diskussion zum Begriff bei Meyer, Olaf. „Politische" und „Gesellschaftliche Diakonie" in der neueren theologischen Diskussion (1974). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Band 12 der Arbeiten zur Pastoraltheologie, hrsg. von Martin Fischer und Robert Frick). In die innerkirchliche wie mediale Perzeption der Aktion Sühnezeichen ist dieser Begriff ebenso wie in der Selbstwahrnehmung weiters nicht eingeflossen.

[2109] Protokoll der Leitungskreissitzung am 11. Oktober 1963, dat. 23. Oktober 1963 [EZA 97/947]

[2110] Protokoll der Leitungskreissitzung am 10. Juni 1963, dat. 18. Juni 1963 [EZA 97/947]

[2111] ebd.

[2112] Vermerk an Theodor Schober, dat. 14. Januar 1964, gez. Wolckenhaar [ADW PB 1097].

[2113] Wolckenhaar an Klaus Wilm, dat. 20. Dezember 1963 [AWD PB 1097].

[2114] Ernst Wilm an Riedel, Oberkirchenrat D. (München); Schober, Präsident D. (Stuttgart); Wolckenhaar, Direktor Pastor (Stuttgart); Berg, Missionsdirektor (Berlin-Fiedenau); Schulze, Landessuperintendent (Hannover), datiert 17. Februar 1964, Unterstreichung wie im Original.

> dass in den Gliedkirchen der EKD und bei ihren leitenden Organen die Voreingenommenheit gegen die Aktion Sühnezeichen abgebaut wird, und dass das Diakonische Werk bei diesem Abbauen selbst mithilft. Die Fama, die Aktion Sühnezeichen sei ein typisches Produkt der Unionskirchen, sollte unter uns als ein schlechter Witz erledigt sein.[2115]

Nach Wolckenhaars Ableben zu Jahresbeginn 1964[2116] erfolgte eine interne Besprechung in der Stuttgarter Zentrale des Diakonischen Werkes über die weitere Vorgangsweise, an der Mitarbeiter aus der ökumenischen Abteilung sowie der Präsident des Diakonischen Werkes Theodor Schober und Finanzdirektor Ludwig Geißel teilnahmen. Der *Aktion Sühnezeichen* wurde ein falscher Sühnegedanke (Bernhard Ohse, Berliner Stelle) und eine falsche Umsetzung (Elisabeth Urbig, ökumenische Abteilung Hauptgeschäftsstelle Stuttgart; Pfarrer Conring, Stuttgarter Studentengemeinde) vorgeworfen. Finanzdirektor Geißel stellte fest, „Sühnezeichen" wäre „nicht mehr wegzukriegen, es stehen maßgebliche Leute dahinter". Und er legte nach: „Wir sollten mit ihnen zu einer Absprache kommen, damit Frieden ist und nicht auch noch ein ökumenisches Werk der Unierten Kirchen entsteht". Schober fasste zusammen: „Wir sollen sie also gewissermaßen ‚an die Kette legen'".[2117]

Das Abkommen zwischen dem *Diakonischen Werk* und der *Aktion Sühnezeichen* wurde schließlich nicht von den beiden Proponenten Heinrich Riedel und Lothar Kreyssig sondern von Theodor Schober und Franz von Hammerstein unterzeichnet. Die schriftliche Vereinbarung zwischen dem *Diakonischen Werk* und der *Aktion Sühnezeichen* ist mit 11./14. März 1964 datiert und umfasste ebenso wie die im Mai 1962 seitens des *Diakonischen Werkes* vorgegebene und vom Rat der Evangelischen Kirche akzeptierte Verhandlungsbasis fünf Punkte, die jedoch massiv abgeschwächt und abgeändert wurden. Von der Verhandlungsbasis wurde lediglich die wechselseitige Entsendung von Vertretern in die jeweiligen Leitungsgremien übernommen.

Hinsichtlich der Spendensammlungen wurde eine Absprache seitens der *Aktion Sühnezeichen* mit den Landeskirchen sowie die Offenlegung der Verwendung der Spenden vereinbart. Die restlichen drei Punkte betrafen das prinzipielle Recht der *Aktion Sühnezeichen*, bei inhaltlicher Konkordanz Mittel aus der diakonischen *Aktion Brot für die Welt*, und umgekehrt das Recht dieser Entwicklungshilfeorganisation Freiwillige aus den Reihen der *Aktion Sühnezeichen* anzufordern sowie die Vereinbarung einer vorherigen Absprache im Falle der Wiederaufnahme des Weltfriedensdienstes. Von Interesse ist der als Epilog platzierte Absatz, wonach das Diakonische Werk und die *Aktion Sühnezeichen* sich darin einig erklärten, „dass der Auftrag der *Aktion Sühnezeichen* von ihrem Ansatz in Verbindung mit dem Zweiten Weltkrieg her zeitlich begrenzt ist. Die in dieser Zeit gesammelten Erfahrungen mit langfristigen freiwilligen Diensten über regionale und konfessionelle Grenzen hinweg sollen bei Beendigung des Auftrages gemeinsam mit dem Diakonischen Werk ausgewertet und fruchtbar gemacht werden."[2118] Von dieser Textpassage, deren Ausgangserwartung – die zeitliche Begrenzung – sich retrospektiv als Fehleinschätzung erwies, kann angenommen werden, dass sie vom *Diakonischen Werk* vorgeschlagen, und seitens der *Aktion Sühnezeichen* in der sicheren Gewissheit, dass sie nicht zutreffen würde, akzeptiert wurde. Der langen Auseinandersetzung offensichtlich müde, zeigte sich der Rat der EKD kurz angebunden: „[...] Zwischen dem *Diakonischen Werk* und der *Aktion Sühnezeichen* sind zur Vermeidung von Überschneidungen Absprachen getroffen. Der Rat beschloss, dass der Inhalt dieser Absprache den Landeskirchenleitungen bekannt gegeben werden sollte."[2119]

[2115] Ebd.
[2116] Wolckenhaar war am 18. Februar 1964 an einem Herzinfarkt verstorben. [Geißel, Ludwig, Unterhändler der Menschlichkeit. Erinnerungen (1991). Stuttgart: Quell Verlag, S. 159]
[2117] Gesprächsaufzeichnung, Entwurf Betr.: Gespräch über ‚Aktion Sühnezeichen', dat. 20. Februar 1964, o. A. [AWD PB 1097]
[2118] [EZA 97/948]; in den Akten der EKD-Kirchenkanzlei [EZA 4/501] befindet sich eine gleichlautende Abschrift dieser Vereinbarung datiert mit Berlin, 16.März 1964.
[2119] Protokoll der 23. Sitzung des Rates der EKD am 19. und 20. März 1964 in Berlin, Auszug Punkt 15. *Diakonisches Werk* und *Aktion Sühnezeichen*. [EZA 2/3204]

Schon in der übernächsten Ratssitzung war die *Aktion Sühnezeichen* erneut Thema. Dabei handelte es sich um einen Schachzug aus den Reihen der *Aktion Sühnezeichen* und ihrer Unterstützer zur Verbreitung positiver Stimmung. Auf Anregung von Franz von Hammerstein sandte der Präses der Pfälzischen Landeskirche, Hans Stempel ein Schreiben an die Mitglieder des Rates der EKD mit der Empfehlung, auf das gelungene Sühnezeichen-Projekt Synagoge in Villeurbanne, Frankreich, hinzuweisen. Das Schreiben schloss er mit der Feststellung, „dass sich die *Aktion Sühnezeichen* durch ihre Tätigkeit in Lyon ein wirkliches Verdienst erworben hat.“[2120] Der auf diese Weise zugespielte Ball wurde in der nächsten Ratssitzung von Moderator Wilhelm Niesel – selbst Unterzeichner des Gründungsaufrufes – aufgegriffen. Auf Niesels Vorschlag „beschloss der Rat, den Vorsitzenden zu bitten, der Mannschaft der Aktion Sühnezeichen den Dank des Rates für ihren Einsatz in Villeurbanne zu übermitteln.“[2121]

Die Vereinbarung zwischen *Aktion Sühnezeichen* und dem Diakonischen Werk hielt über die folgenden Jahre. 1966 übernahm das Diakonische Werk in Westfalen den von der *Aktion Sühnezeichen* eingerichteten Sozialdienst für weibliche Freiwillige in Finnland.[2122] Mitte 1968 wurde ein Auskunftsersuchen seitens der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers aus der Stuttgarter Hauptgeschäftsstelle mit einer positiven Stellungnahme beantwortet. Über die Arbeitsgruppe *Brot für die Welt* stünde man „in einem guten Verhältnis“ mit der *Aktion Sühnezeichen*. Durch die wechselseitige Entsendung von Delegierten in die jeweiligen Gremien bestünde eine gute gegenseitige Orientierung über Projektvorhaben.[2123]
Eine späte Anerkennung für seine innovative Vorreiterrolle übermittelte der Präsident (1963-1984) des Diakonischen Werkes Theodor Schober Kreyssig anlässlich seines 85. Geburtstages:

> ... Dass sich unser dankbares Gedenken auch auf Sie, lieber Bruder Kreyssig, erstreckt, möge Ihnen dieser Gruß beweisen. Wir danken Gott, dass er Sie zum Wegbereiter und -begleiter von „Brot für die Welt“ und anderer Aktivitäten der Ökumenischen Diakonie werden ließ.[2124]

5.1.3 Ökumenisches Institut Rotterdam – „Damoklesschwert“ des Konkurses

Die innerkirchliche Ambivalenz gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* lässt sich rund um die Finanzierung des Ökumenischen Instituts in Rotterdam („Adolf Visser’t Hooft Internationale Ökumenische Akademie“) veranschaulichen. Das Projekt, von Kreyssig als ökumenisches Aushängeschild gegen den Widerstand der westlichen Sühnezeichen-Leitung durchgesetzt[2125], stellte die *Aktion Sühnezeichen* vor existenzbedrohliche Hürden, für deren Bewältigung vor allem der Bevollmächtigte der EKD am Sitz der Bundesregierung Hermann Kunst substantielle Unterstützung leistete. Die Finanzierung des Ökumenischen Instituts war die größte Einzelunterstützung Kunsts für die *Aktion Sühnezeichen*, der mit 200.000 DM knapp 10 % der 2,3 Millionen DM Baukosten aufbrachte.[2126] Die Finanzierungsprobleme rund um dieses größte – und mit Ausnahme der Begegnungsstätten in Auschwitz und Jerusalem letzte – Bauprojekt illustrieren zugleich die Schwierigkeit der Organisation, Spenden für größere Bauprojekte zu aquirieren.

[2120] Stempel an EKD-Ratsmitglieder, dat. 10. Juni 1964 [EZA 2/3204, AS Bü Mai 67-Juli 67.]
[2121] Protokoll der 25. Sitzung des Rates der Ev. Kirche in Deutschland am 2. und 3. Juli 1964; Auszug Punkt 3. Bau der Synagoge in Villeurbanne. [EZA 2/3204]
[2122] Protokoll der Leitungskreissitzung vom 27. Juni 1966, dat. 7. Juli 1966 [EZA 97/950]
[2123] Innere Mission und Hilfswerk der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers, gez. Nordhoff an LKA, dat. 3. Juli 1968
[2124] Theodor Schober an Lothar Kreyssig, dat. 24. November 1983 [EZA 614/257]
[2125] Der Leitungskreis hatte sich gegen das Projekt ausgesprochen, „da es durch seine Monumentalität den Rahmen der Aktion Sühnezeichen sprengen würde.“; Protokoll der Leitungskreissitzung am 19. Juni 1962, dat. Juni 1962, gez. Törne; eine zur persönlichen Absage unternommene Reise nach Rotterdam ergab einen Monat später, dass die Vorbereitungen mit der Stadt Rotterdam schon weit fortgeschritten waren, und eine Absage nicht mehr mgölich war. Protokoll der Leitungskreissitzung am 19. Juli 1962, dat. 24. Juli 1962, gez. Törne [EZA 97/947]
[2126] Schlussabrechnung für das Visser't Hooft-Haus in Rotterdam, Hammerstein an Ev. Kirche von Berlin, dat. 1. Juni 1970 [LABB 1/1 Nr. 488]

Hermann Kunst und der Berliner Bischof Otto Dibelius nahmen die Finanzierungsmisere zum Anlass für einen konzertierten Disziplinierungsversuch. Otto Dibelius richtete 1965 ein Schreiben an Akademiedirektor Erich Müller-Gangloff, zu dieser Zeit stellvertretender Vorsitzender des Vereins Versöhnungsdienste und Vorsitzender des Leitungskreises der *Aktion Sühnezeichen*, in dem er ihn für die Beteiligung an der westlichen Unterorganisation der Prager Friedenskonferenz maßregelte und ein im Sinne der Prager Friedenskonferenz verfasstes, von Lothar Kreyssig untergefertigtes Flugblatt über die doppelte Kriegsschuld Deutschlands, die an der bereits Jahre zuvor publizierten Arbeit von Fritz Fischer[2127] orientiert und von der Prager Weltfriedenskonferenz aufgegriffen worden war, zum Anlass der Hilfsverweigerung nahm: „Daraus muss ich meine Konsequenzen ziehen und halte eine Besprechung zur Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten der *Aktion Sühnezeichen* nicht für angezeigt".[2128]

Auf Veranlassung durch Dibelius richtete Kunst[2129] zeitgleich ein Schreiben an den Geschäftsführer der *Aktion Sühnezeichen*, Klaus Wilm. Kunst, von Kreyssig ab Mitte 1962 in das Projektvorhaben eingebunden, um die Westberliner Sühnezeichenführung für das Mammutprojekt zu gewinnen[2130], kritisierte gegenüber Klaus Wilm die Stellungnahme der *Aktion Sühnezeichen*: „Mindestens für den 1. Weltkrieg darf diese These unter keinen Umständen unwidersprochen bleiben. Ich kennen auch keinen unter unseren relevanten Historikern, der diese These so ungeschützt vertritt." Die inhaltliche Dissonanz[2131] bedrohte die Finanzierung des Projekts in Rotterdam:

> Inzwischen hatte ich schon die Zusage von einigen meiner Freunde über DM 120.000,- für Ihren Plan in Rotterdam. Meine Freunde, die mir in dieser Sache helfen sollen, sind alles andere eher als unbußfertige Nationalisten, aber diesen Satz wollen sie sich unter keinen Umständen sagen lassen. Es wäre für mein Bemühen bei der engen Beziehung, die unter den Wirtschaftsführern besteht, verheerend, wenn sich tatsächlich die Aktion Sühnezeichen so geäußert haben sollte. Bitte, versetzen Sie mich in die Lage, dass ich antworten kann.[2132]

Kunst wusste, dass die Westberliner Sühnezeichenführung auf seine Unterstützung als Geldgeber und als Gütesiegel angewiesen war und nutzte diese Notlage, um die inhaltliche Ausrichtung der *Aktion Sühnezeichen* zu beeinflussen. Wenngleich eine Intervention durch westdeutsche Regierungsmitglieder oder Parlamentarier nicht dokumentiert ist, kann angenommen werden, dass Kunst nicht nur in eigenem und im Interesse der Berliner Kirchenleitung agierte, sondern auch im Sinne des politischen Mainstreams der kleinen konservativ-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Ludwig Erhard.[2133] Zwei Monate nach diesem Briefwechsel rief Kurt Scharf als Vorsitzender des EKD-Rates in einem Rundschreiben an die Leitungen der EKD-Gliedkirchen zur Finanzierung des Bauprojekts in Rotterdam auf.[2134] Wie der Evangelische Oberkirchenrat in Stuttgart feststellte, war Scharfs Aufruf nicht durch einen Ratsbeschluss gedeckt.[2135] Durch die Belastung der Gliedkirchen für gesamtkirchliche Aufgaben und vor dem Hintergrund der ungesicherten Finanzierung der evangelischen Versöhnungskirche in Dachau wäre eine

---

[2127] Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht: Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18 (1961). Düsseldorf: Droste. Fritz Fischers Buch wurde Kreyssig von Franz von Hammerstein schon zu Weihnachten 1962 übermittelt. Kreyssig bezeichnete das Buch als „bündige" Ergänzung seiner „Ausrüstung mit Ranke und der Propyläenweltgeschichte durch das, wie Leseproben zeigen, gültige Werk von Fritz Fischer. Vgl. Kreyssig an Hammerstein, dat. 29. Dezember 1962 [EZA 97/938]

[2128] Schreiben Otto Dibelius an Erich Müller-Gangloff vom 12. April 1965 [EZA 87/1271]

[2129] Kunst an Dibelius 8. April 1965; Dibelius an Kunst 12. April 1965 [EZA 87/1271].

[2130] Kreyssig an Kunst 10. Juli 1962 [EZA 742/447]

[2131] Die Position der *Aktion Sühnezeichen* war nicht zuletzt von Erich Müller-Gangloffs im gleichen Jahr veröffentlichten Buch, das die Teilung Deutschlands in zwei Nationalstaaten auf die gescheiterten Großmachtspläne vorangegangener Jahrhunderte zurückführte, geprägt. Vgl. Müller-Gangloff, Erich, Mit der Teilung leben. Eine gemeindeutsche Aufgabe (1965). München: List.

[2132] Kunst an Klaus Wilm vom 14.April 1965 [EZA 87/1271].

[2133] In der ersten Hälfte der 1960er Jahre hatte Fritz Fischers Buch in der BRD eine heftige Kontroverse unter den Historikern ausgelöst; unter den vehementen Kritikern der Thesen Fischers befand sich als Vorreiter einer restaurativen Position Gerhard Ritter. Vgl. Fischer, Fritz, Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im ersten Weltkrieg (1965). Hamburg: Europäische Verlagsanstalt. Ob Kunsts Berufung auf verärgerte Financiers einen wahren Kern beinhaltet, konnte nicht verifiziert werden.

[2134] Rundschreiben, dat. 25. August 1965, gez. Kurt Scharf [EZA 2/5841]

[2135] Die Finanzierung des Sühnezeichenprojektes war im Rat der EKD diskutiert; ein Beschluss über die Beteiligung der Gliedkirchen allerdings nicht explizit gefasst worden: „Der Ratsvorsitzende berichtete über die finanzielle Situation des Rotterdamer Projekts der Aktion Sühnezeichen. Der Rat stimmte der Absicht des Ratsvorsitzenden zu, sich einmalig an die Gliedkirchen der EKD mit der Bitte zu wenden, die Restsumme aufzubringen." Auszug aus dem Protokoll der Ratssitzung am 17./18. Juni 1965 [EZA 2/5840]

finanzielle Beteiligung nicht möglich.[2136] Diese Position vertrat – trotz einer grundsätzlichen Bejahung des Bauvorhabens – auch das Landeskirchenamt Hannover.[2137] Der Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Eutin sah sich ebenfalls nicht in der Lage, „sich an dem Bau des Oekumenischen Studienzentrums in Rotterdam finanziell zu beteiligen".[2138]

Zwei weitere Jahre konnte die *Aktion Sühnezeichen* überbrücken, bis Ende 1967 unter Verweis auf das Rotterdamer Projekt ein erneuter Angriff auf ihre Organisationsstruktur und die Leiter erfolgte. Zunächst wurde im Oktober 1967 der Rat der EKD mit der offenen Finanzierungsfrage befasst: „Die Lage des Projektes der AS in Rotterdam gibt zu größten Besorgnissen Anlass. Darüber berichten Beckmann, Kunst und Scharf."[2139] Schon in der darauffolgenden Sitzung zeigte sich der Rat der EKD kritischer: „Der Rat hat starke Kritik an der Arbeitsweise der Aktion Sühnezeichen geübt, die mit einem Fehlbetrag von 800.000,- DM arbeitet. Es soll demnächst eine Beratung der vor allem in Frage kommenden Kirchen mit dem Exekutivkomitee der Aktion Sühnezeichen stattfinden. Die EKD ist nicht bereit, diese Schuldenlast ohne weiteres zu übernehmen."[2140] Der Rat der EKD beschloss, die *Aktion Sühnezeichen* „auf eine neue Basis zu stellen und die derzeitigen Leiter unbeschadet ihrer Verantwortung für die bisherigen Projekte zu entfernen", ein Kuratorium unter dem Vorsitz Joachim Beckmanns sollte nach Durchführung dieser Maßnahmen „die Vollendung des Projekts Rotterdam in die Hand" nehmen, „wobei die finanzielle Verantwortung der Aktion Sühnezeichen gewahrt bleiben soll".[2141]

Das vom EKD-Rat beauftragte Kuratorium war bereits 1964 gegründet worden.[2142] Das Kuratorium unter dem Vorsitz von Joachim Beckmann (Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland) beschränkte sich nicht auf die projektbezogenen Finanzierungsfragen, sondern zielte auf eine vollständige personelle und organisatorische Erneuerung der *Aktion Sühnezeichen* ab. Ende 1967 fand eine Besprechung zwischen den Vertretern des Kuratoriums und der *Aktion Sühnezeichen* in Düsseldorf statt. Das Protokoll führte die Zweckentfremdung vorhandener Finanzmittel und die „politische Aktivität" als Erschwernis für die Erschließung weiterer Geldquellen an. Die *Aktion Sühnezeichen* „müsste deshalb andere Aktivitäten aufgeben oder auf das äußerste einschränken und sich auf das Projekt Rotterdam konzentrieren." Im Protokoll wurde die Einigung darüber festgehalten, dass „Satzung und Organisation des Vereins Versöhnungsdienste und der *Aktion Sühnezeichen* dringend neu geregelt werden müssen, um einwandfreie Rechtsgrundlagen, arbeitsfähige Organe und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen". Nicht zustimmen wollten die Vertreter der *Aktion Sühnezeichen* dem „Hinweis, dass es mit rechtlichen und strukturellen Reformen hier nicht getan sei, sondern sich aus den Vorkommnissen, namentlich im Bezug auf das Projekt Rotterdam, auch personelle Konsequenzen ergeben müssten".[2143]

Protokollführer Nordmann hielt in seinem Schreiben an die Kirchenkanzlei der EKD zu erwartende Schwierigkeiten fest, „zumal in die neue Satzung institutionelle Sicherungen eingebaut werden müssen, etwa durch geborene Mitglieder in bestimmten Organen, die von der EKD bestellt werden und satzungsmäßige Möglichkeiten haben, Fehlentwicklungen zu verhindern. Deshalb scheint es mir angebracht, das ‚Damoklesschwert' des Konkurses über AS schweben zu lassen, bis die Neuordnung

---

[2136] Ev. Oberkirchenrat Stuttgart an EKD Kirchenkanzlei Hannover, dat. 19. November 1965, gez. Dr. Weeber [LAELLH B 1 Nr. 6848 B Bd. I]
[2137] LKA Hannover an Kirchenkanzlei EKD, Hannover, dat. 19. Oktober 1965, gez. unleserlich [EZA 2/5841]
[2138] Ev.-Luth Landeskirche Eutin an EKD, dat. 22. November 1965 [EZA 2/5841]
[2139] 36. Aktion Sühnezeichen in Rotterdam; Auszug aus der Niederschrift über die 9. Sitzung des Rates der EKD am 12. und 13. Oktober 1967, gez. Hammer, Becker [EZA 104/618]
[2140] Auszug aus dem Aktenvermerk der Sitzung des Rates am 15. und 17. November 1967, gez. Behm [EZA 104/618]
[2141] 17. Aktion Sühnezeichen (Projekt Rotterdam); Auszug aus der Niederschrift über die 10. Sitzung des Rates am 15. und 17. November in Berlin – Beih. Zu 020 – KD 289/68 I [697/68 v. 13.2.1968], gez. Hammer, Nordmann [EZA 104/618]
[2142] Im gehörten Präses Wilm, Präses Beckmann, Kirchenrat Doehring, Bischof Kunst, Klaus von Bismarck und Landessuperintendent Smidt an. Vgl. Protokoll der Exekutivsitzung am 22. Juni 1964, gez. Törne, dat. 24. Juni 1964 [EZA 97/948]
[2143] Sitzungsprotokoll der Besprechung über AS unter Leitung von Präses Prof. D.Dr. Beckmann am 19. Dezember 1967 in Düsseldorf, gez, Nordmann; Teilnehmer waren Beckmann, Freese, Nordmann für die EKD; Müller-Gangloff, v. Hammerstein und Nevermann für die Aktion Sühnezeichen und Pfarrer Hans Fischer aus Rotterdam [EZA 2/5841]

durchgeführt ist."[2144] Solcherart in der jahrelang tradierten skeptischen Haltung bestärkt, lies die EKD-Kirchenkanzlei der *Aktion Sühnezeichen* die Leviten:

> Was die Verantwortlichkeit für das Projekt Rotterdam anbelangt, weisen wir zur Klarstellung darauf hin, dass diese allein bei der AS bzw. dem Verein Versöhnungsdienste liegt. Auch das ist in der Besprechung in Düsseldorf mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden. Wenn sich gleichwohl Herr Präses Prof. D.Dr. Beckmann und die Rheinische Kirche gemeinsam mit einigen anderen Landeskirchen und mit Billigung des Rates der EKD darum bemühen will, dass das Projekt Rotterdam zu einem guten Ende gebracht werden kann, so ändert dies in der Verantwortlichkeit nichts.[2145]

Im Mai 1968 wurde die *Aktion Sühnezeichen* aus dem Dachverband mit der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* und dem *Weltfriedensdienst*, dem *Verein Versöhnungsdienste e.V.* herausgelöst und ein eigener Verein Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. gegründet. In die Satzung wurde die Entsendung von Vertretern der EKD aufgenommen. Der Rat der EKD zeigte sich mit der Entwicklung zufrieden und beschloss die Entsendung eines Vertreters aus der Landeskirche von Westfalen (Oberkirchenrat Dr. Reinhard Freese).[2146] Aber selbst nach der Neuregelung der Organisation war die Existenzbedrohung für die *Aktion Sühnezeichen* noch nicht völlig ausgeräumt. Der EKD-Vertreter im Vorstand der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* wollte die *Aktion Sühnezeichen* noch ein wenig baumeln lassen: „Es gilt aber vor allem Sühnezeichen Berlin zur Erfüllung der gegebenen Zusagen anzuhalten; insofern ist mir das Defizit sogar lieb."[2147] Das offene bzw. offen gelassene Budget für Rotterdam – die Schlussabrechnung ist erst zwei Jahre nach der offiziellen Einweihung datiert – diente als Ausflucht vor weiterem Engagement. So antwortete die Kirchenkanzlei der EKD auf die Anfrage seitens der EKU zur Finanzierung der Sühnezeichen-Arbeit in Auschwitz: „So sehr wir einen Versöhnungsdienst in Polen grundsätzlich begrüßen, können wir doch unter den derzeitigen Umständen eine Beihilfe für den Freiwilligendienst in Auschwitz 1968 nicht befürworten. Wir halten es nicht für vertretbar, dass die Aktion Sühnezeichen neue Projekte aufgreift, ohne die Finanzierung der alten gesichert zu haben."[2148] Eine Anfrage durch die Kirchenkanzlei der EKU, ob die EKD zur Abdeckung des Defizits aus den Polen-Reisen der *Aktion Sühnezeichen* beitragen könnte, antwortete EKD-Kirchenkanzleipräsident Walter Hammer barsch, „dass uns keine Mittel zur Verfügung stehen, aus denen wir für Projekte der Aktion Sühnezeichen Zuschüsse geben könnten". Abgesehen von den fehlenden Mitteln, so Hammer, „halten wir es auch für untunlich, durch nachträgliche Gewährung von Zuschüssen die Aktion Sühnezeichen womöglich noch zu ermuntern, in der bisherigen unverantwortlichen Weise fortzufahren, Projekte ohne vorherige Sicherung der Finanzierung in Angriff zu nehmen."[2149] Selbst eine Berichterstattung der *Aktion Sühnezeichen* vor der Kirchenkonferenz wurde mit dem Hinweis auf Außenstände für Rotterdam verhindert, was Franz von Hammerstein zu einem erbosten Brief an die Kirchenkanzlei motivierte:

> Die Landeskirchen sollen doch nicht uns einen Gefallen tun, sondern auf dem Hintergrund der Ostdenkschrift und des Bendsberger [!] Memorandums ein Zeichen der Solidarität mit den polnischen Opfern setzen. Es geht nicht darum, dass Aktion Sühnezeichen einem Hobby oder einem Lieblingsgedanken nachläuft, sondern dass die damaligen guten Worte glaubwürdig durch zeichenhafte Taten bekräftigt werden. Wir wollen hierzu nur den Anstoß geben und nicht mehr.....[2150]

Die Finanzierung des Sühnezeichens in Rotterdam erfolgte vor allem durch die EKU-Landeskirchen. Die Endabrechnung vom 15. Mai 1970 ergab Gesamtkosten inkl. Grundstück, Einrichtung, ASF-Gruppenkosten und Einweihung in Höhe von 2.308.599 DM. Gliedkirchen der EKU trugen 1,636.000 DM (d.s. mehr als 70 %), während die lutherischen Kirchen nur insgesamt 137.000 DM (knapp 6 %)

[2144] Nordmann an EKD, Hammer, dat. 21. Dezember 1967 [EZA 2/5841]
[2145] EKD an Sühnezeichen, dat. 27. Februar 1968, nicht gez. [EZA 2/5841]
[2146] Auszug aus der Niederschrift über die 16. Sitzung des Rates der EKD am 1. und 2. August 1968 in Berlin, dat. 15.10.1968 [EZA 104/619]
[2147] Freese an EKD, Hammer, dat. 11. Oktober 1968 [EZA 2/5842]
[2148] EKiD Hannover an EKU Berlin, dat. 21. Februar 1968 [EZA 2/5840]
[2149] EKU an EKD, dat. 19. Dezember 1967, gez. Johnsen; Hammer an Johnsen, dat. 3. Januar 1968; die EKU hatte 5.000 DM zur Verfügung gestellt (EKU an ASF, dat. 19. Dezember 1967, gez. Johnson [EZA 2/5840]
[2150] Hammerstein an EKD, Gundert, dat. 24. Oktober 1968 [2/5842]

beisteuerten. Rund 5 % stammten aus öffentlichen Mitteln, knapp 9 % wurden vom EKD-Bevollmächtigten Kunst akquiriert. Die größten Einzelbeträge kamen aus den Landeskirchen Rheinland (650.000 DM), Westfalen (529.000 DM), Hessen-Nassau (250.000 DM) sowie Berlin (150.000 DM), während die großen Evangelisch-Lutherischen Landeskirchen Württemberg (50.000 DM), Bayern (30.000 DM) und Hannover (25.000 DM) eindeutig unterrepräsentiert waren.[2151]

5.1.4 Widerstand aus dem DDR-Klerus

Günter Särchen hatte Prälat Johannes Zinke aus dem Berliner Bistum im Frühjahr 1964 über die Konzeption der Sühnefahrten zu KZ-Gedenkstätten in Polen informiert.[2152] Zinke, u.a. mit dem Kontakt zur DDR-Staatssicherheit beauftragt[2153], sprach sich gegen eine Zusammenarbeit mit der *Aktion Sühnezeichen* aus und plädierte für eine eigene Polenfahrt, ausschließlich mit katholischen Teilnehmern und ohne Beteiligung von Angehörigen evangelischer Kirchen.[2154] Die polnischen Gesprächspartner zeigten sich aufgeschlossener, wie Särchen bald darauf feststellte. Die Befürchtung, „ob nicht die gemeinsame kleine Aktion von Katholiken und Evangelischen das katholische polnische Volk irritieren würde", „wurde eindeutig und ausdrücklich von Herrn Prälat Mielinski und dem Sekretariat des Erzbischofs zurückgewiesen. Man sei sogar ‚angetan' von dieser ökumenischen Gemeinsamkeit."[2155]

In zwei DDR-Diözesen formierte sich jedoch erbitterter Widerstand gegen die ökumenische Pilgerfahrt nach Polen. Der Bautzener Ordinarius Otto Spülbeck (1904-1970) ließ Seminaristen des Priesterseminars an der Sühnefahrt nicht teilnehmen. Über den Generalvikar ließ Spülbeck Särchen eine Erklärung zukommen, die die Ambivalenz der ostdeutschen Bischofskonferenz in Bezug auf die *Aktion Sühnezeichen* bezeugt und zugleich den Verdacht von Generalvikar Gerhard Schaffran (1912-1996, Weihbischof in Görlitz 1963-1970), bei der *Aktion Sühnezeichen* handelte es sich um eine untheologische – weil politische – Angelegenheit, widerspiegelt:

> Die Aktion Sühnezeichen ist auf der Ordinarienkonferenz besprochen worden. Das Besprechungsergebnis lässt uns aus bestimmten, hier nicht näher darzulegenden Gründen mindestens bis auf weiters noch abwartend und reserviert bleiben. Exzellenz Bischof Schaffran hat seinem Diözesanpriester Peter Birkner, dem Bruder des für uns in Frage kommenden Theologiestudierenden, die Teilnahme an der von dieser Aktion eingeleiteten Fahrt nach Polen nicht gestattet und er wünscht, dass der Klerus seines Bereiches in seiner gesamten Tätigkeit auf der religiösen Ebene bleibe.
> Unsere Empfehlung an unseren Meißener Theologen Christian Birkner sich von dieser Fahrt abzumelden, erfolgte somit in Übereinstimmung mit der Handlungsweise des Nachbarbischofs, erst recht bei einem Theologen. Wir können dessen Beteiligung an einer nicht ganz durchschaubaren Aktion nicht wünschen. Wenn wir auch das ehrliche Bemühen der Beteiligten gern anerkennen, so liegt es in der Art solcher Veranstaltungen, dass man ihre Tragweite nicht immer schon vorher zu übersehen vermag...[2156]

Die Haltung Spülbecks dürfte nicht prinzipiell gegen die *Aktion Sühnezeichen* gerichtet gewesen sein bzw. wandelte sich erst im Laufe des Jahres 1964. Noch Ende Februar 1964 schrieb Spülbeck an Kreyssig im Zusammenhang mit dem geplanten Sühnezeichen-Einsatz zur Erhaltung der Universitätskirche: „Ich hoffe, dass das gemeinsame Bemühen, das aus oekumenischem Geist geboren ist, auch in unseren

---

[2151] EKU an EKD, dat. 19. Dezember 1967, gez. Johnsen; Hammer an Johnsen, dat. 3. Januar 1968; die EKU hatte 5.000 DM zur Verfügung gestellt (EKU an ASF, dat. 19. Dezember 1967, gez. Johnson [EZA 2/5840]
[2152] Bericht Särchens über Warschaureise vom 19. bis 26. Juni 1964 – Vorbereitung für Sühnefahrt von AS nach Polen vom 1. bis 18. August 1964 mit der Beteiligung von 20 Katholiken [EZA 97/34]
[2153] Prälat Zinke (1903-1968), ab 1952 Sekretär des Commissariates der Fuldaer Bischofskonferenz in Berlin, betraut mit besonderen Aufgaben (Kontakt mit staatlichen Stellen i.d. DDR). Särchen bezeichnet ihn als „väterlichen Priester", der ihm große finanzielle Unterstützung gewährt hätte [Särchen, Günter. Magdeburger Deutsch-Polnische Aktivitäten, 1996), S. 13]
[2154] Gesprächsvermerk Notiz H.H. Prälat Zinke, gez. Särchen, dat. 16. April 1964 [ZAOM Polen 4 1964]
[2155] Bericht Särchens über Warschaureise vom 19. bis 26. Juni 1964 – Vorbereitung für Sühnefahrt von AS nach Polen vom 1. bis 18. August 1964 mit der Beteiligung von 20 Katholiken [EZA 97/34]
[2156] Generalvikar Hötzel (?) für Bischof Dr. Spülbeck, Bautzen, an Särchen, 6. August 1964 [ZAOM Ordner Polen 2 1964]

Kreisen einen rechten Widerhall findet. Unser Diözesanjugendseelsorger Pfarrvikar Grande ist von uns informiert und will sich des Anliegens annehmen. Möge Gott unser gemeinsames Bemühen segnen.“[2157]

Särchen versuchte im Jahr darauf im persönlichen Gespräch mit Schaffran einen Stimmungsumschwung zugunsten der *Aktion Sühnezeichen* und der ersten Fahrt nach Polen zu erlangen. In seiner handschriftlichen Aufzeichnung hielt er des Bischofs Reaktion fest:

> Von einem Augenblick an unerwartet katastrophale Gesprächsatmosphäre! Bischof attackierte mich wegen meiner und Magdeburger Polenaktivitäten. Verletzende Äußerungen gegen Sühnezeichen (‚undeutsch') Haarsträubender Gipfel: ‚Polen sind Slawen, die sich vor uns verneigen. Wir aber verneigen uns vor ihnen!' Ich hätte keine Ahnung, wie die Polen sind! Er wäre sich mit Erzbischof [Alfred] Bengsch und [Hugo] Aufderbeck einig. So etwas wäre in Magdeburg nicht vorgekommen, wenn [Hugo] Aufderbeck [ehemaliger Leiter des Magdeburger Seelsorgeamtes und damit unmittelbarer Vorgesetzter von Särchen, Anm.] noch dort wäre! ... Ich habe gegen gehalten! Ohne Handschlag und ohne Segen verabschiedet![2158]

Bald darauf fasste die Berliner Ordinarienkonferenz einen Beschluss gegen die Beteiligung an der *Aktion Sühnezeichen*. Das Gremium unter dem Vorsitz des Berliner Bischofs Alfred Bengsch tagte Ende März 1965 in Ostberlin.

> Die Konferenz erörtert die Tätigkeit der Aktion Sühnezeichen, die im Bereich der DDR von Präses D. Kreissig (Landeskirche Magdeburg) geführt wird. In einigen Jurisdiktionsbezirken bestehen Verbindungen der kath. Jugend mit der Aktion Sühnezeichen. Daraus sind zum Teil auch Versuche erwachsen, im Ausland (z.B. in Polen) Aktionen durchzuführen. Die Konferenz ist sich darüber einig, dass Auslandsaktionen ohne politische Akzente nicht möglich sind. Auch in der DDR ist eine Teilnahme von Katholiken an Unternehmungen der Aktion Sühnezeichen nur von Fall zu Fall zu klären, da sehr leicht ein politischer Missbrauch solcher Aktionen unvermeidlich wird. Die Konferenz lehnt es ab, nach dem Wunsch von Herrn Präses Kreissig einen Gesprächspartner für alle Jurisdiktionsbezirke der kath. Kirche hier zu benennen. Für Berlin ist Gesprächspartner Herr Nowotni, Jugendseelsorgeamt Berlin, und für Magdeburg Herr Särchen, Seelsorgeamt Magdeburg. Es soll verhindert werden, durch die AS im Bereich der DDR in politische Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen zu kommen. Die gut angelaufenen privaten Hilfeleistungen nach Polen sollen nicht durch politisch bedenkliche Organisationsformen gestört werden.[2159]

Es ist anzunehmen, dass die ambivalente bis ablehnende Haltung der römisch-katholischen Kirche in der DDR gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* nicht nur theologisch begründet war, sondern wesentlich von weltanschaulichen Differenzen über die Stellung der katholischen Kirche innerhalb der DDR getragen war. Dem Bericht von Kreyssigs Vertrauten unter den katholischen Bischöfen, dem Magdeburger Weihbischof Friedrich Maria Rintelen, zufolge war der Widerstand vor allem auf Spülbeck (Bautzen) und Schaffran (Görlitz) beschränkt. Bischof Schaffran, so Rintelen „betonte vor allem, dass man es bezüglich Polens unbedingt bei den segensreichen persönlichen freundschaftlichen Konnex der Geistlichen untereinander belassen solle und dass man diesen persönlichen Konnex nicht durch Einschaltung einer Organisation irgendwie stören solle.“[2160]

Die ablehnende Haltung der katholischen Amtsträger in der DDR wirkte auf untergeordnete katholische Einrichtungen. Von den bereits angemeldeten Teilnehmern der Sühnefahrt nach Polen 1964 haben neben dem erwähnten Brüderpaar Christoph (Bautzen) und Kaplan Peter Birkner (Görlitz) auch zwei Schüler des *Norbertinum* in Magdeburg ihre Anmeldung zurückgezogen.[2161] Der damalige Leiter des

---

[2157] Otto Spülbeck, Bischof von Meißen in Bautzen, an Kreyssig, dat. 28. Februar 1964; Kreyssig hatte den Arbeitseinsatz sowie einen katholischen Vertreter im Leiterkreis der Aktion Sühnezeichen angeboten. Kreyssig an Spülbeck, dat. 25. Januar 1964 [EZA 97/910]

[2158] Das Treffen wurde von Schaffran für 16. März 1965 vorgeschlagen, Schaffran an Särchen, dat. 5. März 1965 Görlitz. Särchen an Schaffran, dat 9. März 1965: Terminbestätigung. Die zitierte Gesprächsnotiz wurde von Särchen handschriftlich auf der Rückseite des Briefdurchschlags festgehalten, o.D. [ZAOM Bestand Särchen]

[2159] Punkt VIII. Verschiedenes A) Aktion Sühnezeichen des Protokolls der Ordinarienkonferenz, zitiert nach Särchen, Günter: Dokumente aus meiner Zeit Bd. 9 Selbstverlag Martin Höllen, o.D. [ZAOM Bestand Särchen]

[2160] Rintelen an Kreyssig, 2. April 1965 [ZAOM Bestand Särchen Aktenkarton Polenseelsorge, AS 1963-1969]

[2161] Christoph und Peter Birkner an Särchen, jeweils dat. 4. Juli 1964; Vermerk Särchen o.D. [alle: ZAOM Polenseelsorge, AS 1963-1969]

Norbertuswerkes, Rektor Johannes Braun, änderte seine Ablehnung auch nach Erhalt umfangreicher Information über die *Aktion Sühnezeichen* nicht: „An meinen Grundsätzen in der von Ihnen vorgebrachten Angelegenheit hat sich begreiflicherweise nicht viel geändert." Den potentiellen Sühnezeichen-Teilnehmern habe er „die Entscheidung überlassen, ob sie mitfahren wollen oder nicht". Er selbst lege „allerdings Wert darauf, dass ich genau weiß, um wen es sich handelt und danke Ihnen daher für Ihre gründliche Information".[2162] Erst lange nach Brauns Rektorat wurde 1987 am Norbertuswerk die erste Arbeit über die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR als Jahresarbeit approbiert.[2163] Braun wurde 1973 zum Bischof geweiht und zum Apostolischen Administrator in Magdeburg ernannt. Als nunmehriger Leiter des bischöflichen Amtes versuchte er, Särchens Arbeit im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen*, mehr noch seine Versöhnungsarbeit mit Polen zu behindern, indem er Särchen den von Vorgänger Rintelen bereitwillig gewährten kirchlichen Rückhalt entzog. Särchen konnte sich unter Brauns Amtszeit nicht auf die Kirche als formellen Auftraggeber berufen.

Auf institutioneller Ebene wollte selbst die katholische Arbeitsgemeinschaft für Jugendseelsorge nur eingeschränkt von den Ambitionen der *Aktion Sühnezeichen* wissen:

> Die kath. Jugend beteiligt sich nur an einzelnen Aktionen der Aktion Sühnezeichen. Die kath. Jugendlichen können darum nicht Mitglieder der Aktion Sühnezeichen sein. Bei der Zusendung von Schriftmaterial, Einladungen usw. soll das von der Aktion Sühnezeichen berücksichtigt werden. Die partnerschaftlichen Unternehmungen werden von den einzelnen Diözesen in eigener Verantwortung geplant und durchgeführt.
> Unter den augenblicklichen Rücksichten erscheinen Aktionen innerhalb der DDR gut und vertretbar; Aktionen im Ausland werden nicht befürwortet. Die Arbeitsgemeinschaft nimmt die beiden Sühnewallfahrten, die von der Aktion Sühnezeichen in Zusammenarbeit mit dem Seelsorgeamt Magdeburg für den Sommer 1965 vorbereitet werden, zur Kenntnis.[2164]

Zur gleichen Zeit agitierte der katholische Jugendseelsorger in Ostberlin, Peter Riedel, gegen die *Aktion Sühnezeichen*: er war von der *Aktion Sühnezeichen* angefragt worden, ob er am Empfang des Staatssekretärs für Kirchenfragen für die Freiwilligengruppe aus Coventry am 16. März 1965 teilnehmen würde. Diese Anfrage war voreilig über eine entsprechende Mitteilung des Ostberliner evangelischen Oberkirchenrates Walter Pabst erfolgt.[2165] Seitens der DSKF verbat man sich die Teilnahme von Sühnezeichen-Vertretern ohnehin. Riedel nutzte aber die Gelegenheit, um eine Beteiligung von Katholiken an der *Aktion Sühnezeichen* insgesamt in Frage zu stellen, weil diese ja mit der DSKF zusammenarbeiten würde.[2166] Riedel überzeugte sowohl den Berliner Erzbischof Alfred Bengsch wie auch die Delegierten in der Arbeitsgemeinschaft der Jugendseelsorgeämter von der Unvereinbarkeit einer offiziellen Beteiligung von Katholiken wegen der Zusammenarbeit der *Aktion Sühnezeichen* mit den DDR-Behörden.[2167]
Der Geschäftsführer des *Katholischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfswerks* distanzierte sich gegenüber Särchen ganz unverblümt von der *Aktion Sühnezeichen*:

> Bei der Kuratoriumssitzung Not in der Welt in Magdeburg habe ich als Geschäftsführer dieses bischöflichen Hilfswerks klar und deutlich erklärt, dass unser Hilfswerk nicht die Absicht hat, mit der Aktion Sühnezeichen in irgendeiner Form zusammenzuarbeiten. Not in der Welt ist ein Werk, dass zur Entwicklungs- und Katastrophenhilfe von den Bischöfen der DDR gegründet wurde und in gar keiner Weise Sühne für irgendwelche Dinge zu leisten hat. Ich habe auch weiterhin klar erklärt, dass wir auch nicht mit irgendwelchen Unterorganisationen von „Sühnezeichen" zusammenarbeiten wollen. Wir wollen überhaupt nicht in die Nähe von „Sühnezeichen" gebracht werden, und das, das möchte ich hiermit sagen, aus politischen Gründen.

[2162] Braun als Rektor des Norbertuswerkes an Särchen, dat. 2. Juni 1965 [ZAOM Bestand Särchen]
[2163] Antkowiak (1987) [ASF]
[2164] Auszug aus dem Protokoll der Frühjahrskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Jugendseelsorge, Berlin 1965. o.D. [ZAOM Polenseelsorge]
[2165] vgl. Rudolph Gotthard (Aktion Sühnezeichen) an Jugendseelsorgeamt Berlin, Peter Riedel, dat. 4. März 1965 [Abschrift als Teil eines Manuskripts Information über das Sich-Einschalten von Staatssekretariat für Kirchenfragen in den Versöhnungsdienst der Engländer in Dresden, dat. 28. März 1965, gez. Sä[rchen] [ZAOM, Polen 3 1964]
[2166] Ebd.
[2167] Handschriftlicher Vermerk Günter Särchens, o.D., o.A. [ZAOM, Polen3 1964]

> Ich habe als Geschäftsführer die Aufgabe, mit den entsprechenden staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten, um unsere Hilfsaktionen durchführen zu können, und muss unser Hilfswerk klar von anderen Organisationen abgrenzen. Aus diesem Grunde distanziere ich mich von anderen Organisationen....[2168]

Wie Särchen gegenüber Weihbischof Braun monierte, verbreitete Groß innerhalb der katholischen Gremien wie den Seelsorgeämtern und dem Caritasverband „mit Vehemenz die Ansicht“: „Hände weg von Sühnezeichen; denn die Aktion steht auf der Abschussliste des Staates an oberster Stelle.“[2169] Gegenüber Braun wunderte sich Särchen ob der Haltung Groß’, mit dem er seit Jahren bekannt war: „Unser Verhältnis zueinander und die Zusammenarbeit war immer gut und brüderlich. Ich erwähne dies, weil mir im Fall Sühnezeichen die sachliche Diskrepanz gerade aus diesem Grunde bis heut ein großes Fragezeichen bleibt, aber doch einmal beseitigt werden muss.“[2170] Inwieweit Otto Groß (1917-1974), der für die katholische Kirche Kontakte zur DDR-Staatssicherheit pflegte und dort ab 1967 bis zu seinem Tod als Inoffizieller Informant „IM Otto“ geführt wurde, im Auftrag des MfS handelte, konnte nicht verifiziert werden.[2171] Zum Zeitpunkt der zitierten schriftlichen Stellungnahme Groß’ gegen die *Aktion Sühnezeichen* fand jedenfalls eine konzertierte Zersetzungsaktion des MfS statt.

Unterstützung erhielt Särchen aus der Ökumenischen Kommission, die sowohl eine Thematisierung der Dissonanzen wie auch die künftige Aufnahme eines Vertreters der *Aktion Sühnezeichen* in die Kommission vorschlug.[2172] Der Schweriner Bischof und Vertraute Särchens, Heinrich Theissing (1917-1988) sprach bei der Ordinarienkonferenz im Juni 1972 das Verhältnis der katholischen Kirche in der DDR gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* an. „Aber zu einer Klärung der Frage kam es nicht“, so Theissing in seinem Schreiben an Särchen. „Es bestehen doch einige Bedenken, die aber weithin emotional begründet sind. Die Ursachen sind mir nicht klar. Aber ich hoffe, dass man mit der Zeit zu einer besseren und richtigeren Wertung kommen wird.“[2173] Seitens der Sühnezeichenleitung war die Reaktion auf die katholische Zurückhaltung lapidar: Das Protokoll der Leitungssitzung vom Juni 1972 vermerkt den Beschluss: „Kath. Sühnezeichenteilnehmer sollten an ihre Bischöfe schreiben, dass so wenig Unterstützung von der kath. Kirche kommt.“[2174]

5.1.5 Positive Perzeption durch den polnischen Klerus

Im Gegensatz zur Mehrheit der katholischen DDR-Bischöfe war die Reaktion des polnischen Klerus zum Vorhaben und zur Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen* in Polen geradezu überschwänglich positiv. Hochrangige Angehörige des polnischen Klerus waren an den Planungen der Sühnefahrten von 1964 und 1965 beteiligt.[2175] Das Verständnis seitens der katholischen Priester und Bischöfe in Polen für die *Aktion Sühnezeichen*, war auch in der Verfolgung des polnischen Klerus während der nationalsozialistischen Besetzung begründet.[2176] Unter Särchens Gesprächspartnern befanden sich persönlich Betroffene bzw. Hinterbliebene dieser Verfolgung. Bischof Jucjan Bernacki (Gnieźnieński) sprach die allgemeine Betroffenheit der Polen an:

[2168] Groß an Särchen, dat. 27. Januar 1972 [ZAOM, Polenseelsorge Aktion Sühnezeichen 1963-1979]. Zur Rolle Groß’ im DDR-Klerus und als katholischer Kontaktmann zum MfS vgl. Schäfer, Bernd, Staat und katholische Kirche in der DDR (1998). Köln: Böhlau, S. 256-265
[2169] Särchen an Braun, dat. 20. Januar 1972 [ZAOM, Polenseelsorge Aktion Sühnezeichen 1963-1979]
[2170] Ebd.
[2171] Otto Paul Joseph Groß vgl. Aktenbestände BStU MfS XV/2950/67; Zentral-Archiv 2116/75 Bd. 1
[2172] Dr. Werner Becker an Särchen, dat. Leipzig, 28.3.1972 [ZAOM, Polenseelsorge Aktion Sühnezeichen 1963-1979]
[2173] Theissing an Särchen, dat. Schwerin, 10. Juli 1972 [ZAOM, Ordner Polenseelsorge Aktion Sühnezeichen 1963-1979]
[2174] Protokoll der Leitungssitzung vom 28. Juni 1972 [Bd. II, ASF]
[2175] Särchen an Prälat Dr. J. Gawor, dat. 11. April 1964. Särchen erkundigt sich nach den ehemaligen Konzentrationslagern Groß-Rosen, Majdanek, Auschwitz, Chelmo [ZAOM Bestand Särchen], der Chefredakteur der katholischen Zeitschrift *Przewodnik Katolicki*, Prälat Dr. Roman Mielinski aus Poznań war Mitinitiator der Fahrt. [Bericht über Warschaureise 19. bis 26. Juni 1964; ZAOM Polen 4 1964]
[2176] Jüngere Quellen sprechen von fast einem Fünftel Angehöriger des polnischen Klerus, die der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer gefallen waren. Nach polnischen Quellen waren insgesamt 18 % des 1939 aktiven polnischen Klerus Opfer der Nationalsozialisten. Vgl. Lesser, Gabriele, Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen im Jahre 1965 (1992). Köln: Treff-Punkt, S. 79.

> Offen gesagt, wir in Polen leiden immer noch und sehr tief unter den Folgen des letzten Krieges. Nicht nur wegen der großen Hekatombe an Menschen, deren Zahl an die sechs Millionen reicht, so dass es fast keine Familie gibt, die wenigstens einen ihrer Lieben nicht zu beklagen hätte... Wenn wir nun von Sühne-Kreuzwegandachten hören, so ist es wie ein kleiner Strahl von lichten Himmel unserer Glaubensgemeinschaft, der uns an eine innere Umkehr unserer deutschen Brüder glauben lässt. Möge die Metanoia – diese Geistesumkehr das ganze deutsche Volk erfassen, damit wir wirklich Brüder in der Christusgemeinschaft werden, die im gegenseitigen Vertrauen in Liebe einander zugewandt sind.[2177]

Der Danziger Kaplan Siegmund Iwicki legte in einem Schreiben an Särchen seinen Bezug zur nationalsozialistischen Verfolgung über die eigene Familie offen:

> Es ist wahr, die hiesigen Menschen haben sehr viel gelitten. Ich muss Ihnen sagen, dass zu denen auch meine Familie zählte. Mein Vater war in K.Z.-Lager, meine Schwester zur Zwangsarbeit verurteilt. Aber uns trägt der Gedanke, dass wir als Christen Versöhnung anstreben müssen, und das aus innerem Herzen heraus, denn sie bedeutet Auferstehung der Völker.[2178]

Diese beiden überlieferten Briefe an Särchen waren repräsentativ für die Haltung des polnischen Klerus. Die offizielle Einladung für zwei Pilgergruppen der *Aktion Sühnezeichen* stammte von den katholischen Erzbischöfen von Poznań und Kraków, Antoni Baraniak und Karol Wojtyła.[2179] Als die Sühnefahrt 1964 aufgrund der verweigerten DDR-Ausreisegenehmigung nicht zustande kam, stellten sich die von Särchen informierten polnischen Bischöfe mit aufmunternden Schreiben ein. Als erstes antwortete der Erzbischof und Metropolit von Poznań, Antoni Baraniak Ende August 1964 auf die Absage:

> ... In Ihrer Unzufriedenheit und Leid will ich Ihnen aber viel Mut zusprechen. Wir dürfen nicht verzagen und müssen an der Hoffnung festhalten, dass jeder gottgewollte Plan sich mit der Zeit durchsetzen wird. Der Obhut unserer lieben Frau von Czestochowa empfehle ich die Pläne der Gemeinschaft Aktion Sühnezeichen und segne von Herzen Ihr Vorhaben und Ihre Pläne.
>
> ... Möge der Geist und die Gesinnung dieser Jugend weite Kreise der deutschen Jugend zur Nachfolge beseelen. Und wenn es auch nicht viele sind, wir Polen freuen uns, dass es an unserer Westgrenze Menschen gibt, die für uns Friedensgedanken im Herzen hegen....[2180]

Schon im Dezember 1964 setzte Baraniak nach:

> Die Nachricht von den Schwierigkeiten und dem Misserfolg der Wallfahrt nach Auschwitz und den Orten der Hitlerverbrechen hat mich sehr unglücklich gemacht. Doch ich hoffe auf Gott, damit im Jahr 1965 der gute Plan der Aktion Sühnezeichen gelingen möge. Wenn unsere Völker sich im Namen von Liebe und Frieden näher kommen sollen, so müssen wir eine gemeinsame Sprache finden, durch die die eine Seite um Verzeihung bittet und die andere im Namen Christi verzeiht. Ihre schönen und göttlichen Absichten segne ich herzlichst ....[2181]

Erzbischof Bolesław Kominek aus Wrocław, treibende Kraft des offenen Briefs der Mitglieder der polnischen Bischofskonferenz an ihre deutschen Amtsbrüder, der während des vatikanischen Konzils in Rom am 18. November 1965 verfasst wurde[2182], formulierte nicht weniger eindeutig:

> Wir begrüßen aufs herzlichste Ihre Initiativen, die durch Buß- und Pilgerfahrten unsere beiden Völker einander geistig näher bringen wollen. Wenn auch dieses Mal die Fahrt nicht gelungen ist, so ist der gute Wille sehr hoch zu bewerten. Wir hierzulande sind fest überzeugt, dass in Zukunft diese und ähnliche Initiativen doch stattfinden werden. Unterdes beten wir füreinander und für alle Völker um wahren, christlichen Friedensgeist in der Welt im Sinne der Friedensenzyklika Johannes XXIII - Pacem in terris. Wir sind jederzeit bereit, Nachbarn guten Willens, die uns besuchen, hilfreich die Hand zu reichen.[2183]

[2177] Sufragan Gnieźnieński an Särchen, dat. 9.3.1965, gez. Jucjan Bernacki [ZAOM Polen 3 1965]
[2178] Siegmund Iwicki, Gdańsk, an Särchen, dat. 4. März 1965 [ZAOM Polen 3 1965]
[2179] Antkowiak (1987), S. 20
[2180] Arcybiskup Poznanski, PoznańErzbischof und Metropolit Antoni Baraniak an Särchen, dat. 30. August 1964
[2181] Baraniak an Särchen, dat. 12. Dezember 1964 [ZAOM Polen 2 1964]
[2182] Lesser (1992), S. 89
[2183] Archiepiscopus Ordinarius Wratislaviensis, Wroclaw, Bolesłw, Kominek an Särchen, dat. 18. September 1964 [ZAOM]

1965 war Wojtyła verstärkt in die Organisation der Sühnefahrt eingebunden. Er organisierte ein einwöchiges Quartier mit Übernachtung und Verpflegung im Gebäude an der Lagerkapelle des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz (in der polnischen Stadt Oświęcim) und erteilte auch für die Sühnefahrt von 1965 seinen Segen.[2184]

Die affirmative Haltung des polnischen Klerus gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* ist einzigartig. Von keiner anderen Kirchenführung aus keinem anderen Land liegen so zahlreiche zustimmende Stellungnahmen vor. Die Programmatik der *Aktion Sühnezeichen* und vermutlich auch die in enger Absprache mit dem polnischen Klerus erfolgte Konzeption der Sühnezeichenfahrten stimmten mit der katholisch-polnischen Perzeption des Zweiten Weltkriegs völlig überein. Das Schreiben des Vorsitzenden der polnischen Bischofskonferenz Kardinal Stefan Wyszyński, der im Vorfeld der geplanten Sühnefahrt von Erzbischof Baraniak informiert wurde[2185], an Särchen vom Oktober 1964 enthielt die wesentlichen Elemente des religiös-mystischen Versöhnungsverständnisses:

> Gott vergelt's für Ihren wertvollen und ergreifenden Bericht über die Aktion Sühnezeichen. Es mag alle an dieser Aktion Beteiligten wohl schwer getroffen haben, dass Sie sie nicht durchführen konnten, wie Sie es ursprünglich geplant hatten.
> Nun hat Ihnen der heilige Geist einen anderen Weg gezeigt, wie Sie Ihren Plan in die Tat umsetzen konnten. Sie haben es getan in dem selben Geist der Sühne, und dadurch ist Ihr Werk noch wertvoller geworden, weil es durch das Opfer des Verzichtes auf die Sühnefahrt zu den drei Vernichtungslagern in Polen bereichert wurde. Und schließlich wurde die Sühnefahrt nach Auschwitz doch durchgeführt! Beim Herrgott wiegt der gute Wille mehr als die Zahl.
> Ihre Aktion war im Geiste Christi vorbereitet und in inniger Verbindung mit dem Kreuzweg auf dem Kreuzesopfer Jesu durchgeführt. In Ravensbrück und ebenso in Sachsenhausen haben viele Menschen aus der ganzen Welt, und auch viele Männer und Frauen aus Polen das Opfer ihres Lebens dargebracht, viele von ihnen einzig und allein in der Kraft des mystischen Leibes Christi, da ihnen der Zutritt zu den sichtbaren Heilsquellen verwehrt blieb.
> Diese Märtyrer für Christus, für die Kirche und ihre Völker haben das Sühneopfer Ihres guten Willens aufgenommen und durch die Vermittlung Mariens, der Königin der Welt, es dem Gottvater übergeben. Als Primas von Polen nehme ich Ihr Opfer ebenfalls dankbar an und werde es auf dem Altar mit dem ewigen Sühneopfer unseres Göttlichen Meisters vereinigen.
> Arbeiten Sie unentwegt weiter in diesem Geiste für die Ehre Gottes, für die Erlösung der Menschen von Schuld und Sünde und für die eigene Heiligung. Ich glaube gerne, dass es sehr schwer ist, falsche und tief eingewurzelte Vorurteile, die die Völkerversöhnung erschweren oder gar verhindern, aus dem Wege zu schaffen.
> Das ist eine harte, langwierige und mit vielen Opfern verbundene Arbeit, die jedoch bestimmt einmal reiche Früchte tragen wird, wenn auch vielleicht in weiter Zukunft!
> Nach meiner Rückkehr nach Polen werde ich sie und alle mit der Aktion Sühnezeichen Verbundenen der Muttergottes in Tschenstochau, der Königin von Polen in innigem Gebet empfehlen. Verbleiben wir in lebendiger Gebetsgemeinschaft.
> Im Geiste Christi grüßt und segnet die Aktion Sühnezeichen und alle ihre Mitglieder +Stefan kard. Wyszynski [2186]

Die auf das christliche – katholische – Leiden während der nationalsozialistischen Besetzung zentrierte Erinnerung schlug sich bei der ersten Sühnefahrt 1965 in den Ritualen der *Aktion Sühnezeichen* nieder: auf Initiative von Kreyssig stellte die Gruppe auf dem Gelände des Museums Auschwitz-Birkenau an der Stelle des zur Massenermordung von KZ-Insassen verwendeten ehemaligen Bauernhauses, dessen Freilegung das Arbeitsprojekt der Sühnezeichen-Gruppe war, ein großes Holzkreuz auf, um das herum die Gruppe zur Andacht Aufstellung nahm. Kreyssig-Biograph Konrad Weiß, selbst Teilnehmer an der Sühnefahrt 1965 wunderte sich retrospektiv über die christliche Symbolik ausgerechnet an jenem Ort, der als Synonym für die Vernichtung der europäischen Juden gilt.[2187]

[2184] Wojtyła an Särchen, dat. 19. Juni 1965 [ZAOM Bestand Särchen Ordner Polen 2 1964]
[2185] so Särchen in seinem Bericht über die Warschaureise vom 19. bis 26. Juni 1964 [EZA 97/34]
[2186] Stefan Cardinalis Wyszyński, Rom, 30. Oktober 1964, an Särchen [ZAOM Bestand Särchen Ordner Polen 2 1964]
[2187] Weiß (1998), S. 380ff.

Inwieweit der vieljährige Kontakt zwischen Günter Särchen als Mitarbeiter des Seelsorgeamts des Erzbischöflichen Kommissariates in Magdeburg und als Mitglied des Leitungskreises der *Aktion Sühnezeichen* mit dem polnischen Klerus zum Brief der polnischen katholischen Bischöfe beigetragen hat, lässt sich nicht einschätzen. Dokumentiert ist aber, dass praktisch der gesamte polnische hohe Klerus von der *Aktion Sühnezeichen* und ihrer für 1964 geplanten und 1965 und 1966 verwirklichten Sühnefahrt wusste und sowohl die *Aktion Sühnezeichen* insgesamt wie die Pilgerfahrten-Vorhaben begrüßte.

5.1.6 Magdeburg und Niederaltaich als katholische Sühnezeichen-Stützpunkte

> Keine andere kirchliche Gruppierung hat in ihrer Leitung sowohl Beauftragte der Katholischen Bischofskonferenz als auch Vertreter der Evangelischen Kirchen. Fast immer sind unsere Gruppen ökumenisch zusammengesetzt, sodass sich gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen ergibt. [...] Gerade durch die ökumenische Zusammenarbeit haben wir Brücken schlagen können zu unseren Nachbarkirchen in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn.[2188]

Dank Günter Särchens Aktivitäten im Rahmen seiner Dienststelle, der Abteilung Katholische Bildstelle/Arbeitsstelle für pastorale Hilfsmittel im Seelsorgeamt des Erzbischöflichen Kommissariates Magdeburg bildete dieser katholische Bischofssitz einen essentiellen Stützpunkt der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR, der sowohl profane Entfaltungsmöglichkeiten, wie die Verwendung der Hektographiemaschine für Sühnezeichen-Publikationen umfasste, als auch als Aushängeschild für die Beteiligung der katholischen Kirche in der DDR an der *Aktion Sühnezeichen* diente. Kreyssig forderte laufend die Feststellung der offiziellen Beteiligung des Seelsorgeamtes ein, auch nachdem sein ursprüngliches Vorhaben, Särchen als offiziellen Vertreter der katholischen Kirche in der DDR zu berufen, gescheitert war. So musste der Leiter des Seelsorgeamtes Magdeburg, der geistliche Rat Eduard Quiter mehrmals schriftlich bestätigen, dass die Fahrten nach Polen „offiziell in Zusammenarbeit mit dem Seelsorgeamt Magdeburg durchgeführt werden“ und Särchen „für Vorbereitung und Durchführung“ dieser „religiösen Veranstaltungen“ „mit Rat und Tat zur Seite“ stünde.[2189]

Särchen, der als Laie nicht ordiniert und damit in der katholischen Nomenklatur nur schwach positioniert war, war auf die persönliche Protektion durch den Erzbischöflichen Kommissar, Generalvikar Weihbischof Friedrich Maria Rintelen, der seinerseits mit Präses Lothar Kreyssig gut bekannt war, angewiesen.[2190] Rintelen unterstützte Särchens Initiativen und garantierte deren kirchenamtlichen Charakter.[2191] Rintelen bedachte die Teilnehmer der Pilgerfahrt 1964 schriftlich mit seinem Segen.[2192] Auf Bischofsebene war er Fürsprecher der *Aktion Sühnezeichen*, wenngleich nicht immer mit Erfolg. Anfang 1968 berichtete Rintelen, dass der Vorsitzenden der Ostberliner Bischofskonferenz, Alfred Bengsch „zu einer regelmäßigen Hilfe nicht bewogen werden kann“. Bei einer persönlichen Vorsprache, so der Rat Rintelens könnte Bengsch „Ihnen doch wieder eine gewisse Hilfe zukommen“ lassen.[2193]

Das Erzbischöfliche Kommissariat Magdeburg zählte aufgrund der abwartenden Haltung des Vatikans bei der Neuregelung der kirchenrechtlichen Bistumsgrenzen nach der Teilung Deutschlands zum Erzbistum Paderborn. Vergleichbare Bezüge zu Heimatdiözesen in der BRD bestanden mit Schwerin (Osnabrück) und Meiningen (Würzburg), und die Weihbischöfe fungierten als Statthalter des jeweiligen Bistumsleiters in der BRD.[2194] Daraus erklärt sich eine selbst im katholischen Verständnis ungewöhnliche Autonomie

---

[2188] Monatsbrief Mai 1983, S. 5 Friedrich Magirius anlässlich der Feier zum 25-jährigen Bestehen der Aktion Sühnezeichen [ASF]
[2189] Brief Seelsorgeamt, gez. Ed. Quiter, Geistlicher Rat, an Kreyssig, dat. 14. April 1965, Quiter an Kreyssig, 19.3.1966 [ZAOM]
[2190] Kreyssigs und Rintelens Amtszeiten in Magdeburg überschnitten sich über mehr als ein Jahrzehnt; Rintelen war von 1951 – 1970, Kreyssig von 1946 – 1964 im kirchenleitenden Amt.
[2191] So empfing Rintelen „jeden unserer Besucher aus Polen, ob Priester, ob Laie“. Vgl. Särchen (1996), S. 21
[2192] Weihbischof Friedrich Rintelen an die Teilnehmer der Pilgerfahrt nach Polen, dat. 31. Juli 1964 [EZA 97/907]
[2193] Rintelen an Kreyssig, 22. Januar 1968 [EZA 97/909]
[2194] Schäfer, Bernd, Staat und katholische Kirche in der DDR (1998). Köln: Böhlau, S. 358

dieser drei Weihbischöfe von den Gremien der nationalen Landeskirche unter dem Ostberliner Erzbischof und späteren Kardinal Alfred Bengsch. Rintelen nutzte seine Autonomie für einen eigenständigen Kurs gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* und den von Särchen betriebenen Kontakten nach Polen – sowie darüber hinaus im Verhältnis zu den lokalen staatlichen Behörden, was schließlich zu Bestrebungen zur Ablöse des Weihbischofs führte.[2195] Rintelen war Stellvertreter des Leiters der Erzdiözese Paderborn, zu der Magdeburg bis zur Einrichtung eines eigenen Bistums 1994 zählte.[2196] Der Paderborner Erzbischof (Kardinal ab 1965), Lorenz Jaeger[2197], war innerhalb der bundesdeutschen Bischofskonferenz für ökumenische Agenden zuständig. In dieser Funktion war er 1960 mitbeteiligt bei der Konzeption einer *Aktion Sühnezeichen Jerusalem*. Jaeger beauftragte das ökumenische Institut in Niederaltaich mit der Verbindung zur Westberliner *Aktion Sühnezeichen*. Wenngleich eine Verständigung zwischen Rintelen und Jaeger über die *Aktion Sühnezeichen* nicht nachgewiesen werden konnte, so ist doch anzunehmen, dass sich Rintelen der Rückendeckung durch den kirchenrechtlich zuständigen Erzbischof sicher sein konnte.[2198] Rintelen hat jedenfalls – wie Jaeger in der BRD – mit der von Kreyssig angeregten Beauftragung Särchens als katholischer Vertreter im Leitungsgremium der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR[2199] eine – wenngleich auf das Erzbischöfliche Kommissariat Magdeburg beschränkte – offizielle katholische Partizipation „an Ihrer so segensreichen Aktion Sühnezeichen“ ermöglicht.[2200] Der Vorsitzende der Ordinarienkonferenz (Bischofskonferenz) in der DDR, Erzbischof Alfred Bengsch bestimmte aufgrund Kreyssigs Vorstoß bei Rintelen, den dieser in der Bischofskonferenz als Antrag eingebracht hatte, einen Pfarrer (Peter Riedel) und einen Laienfunktionär (Nowotni) aus Berlin als katholische Gesprächspartner für die *Aktion Sühnezeichen*.[2201] Die Bestellung der offiziellen katholischen Repräsentanten blieb allerdings wirkungslos. Im Jahr darauf monierte Kreyssig deren bisher ausgebliebenes Engagement.[2202]

Als die *Aktion Sühnezeichen* Ende 1966 schließlich als Fachverband der Diakonie institutionalisiert wurde, kam im darauffolgenden Jahr 1967 erstmals eine auch faktisch wirksame offizielle Vertretung der katholischen Kirche in der DDR im Leitungskreis der *Aktion Sühnezeichen* zustande. Erzbischof Bengsch und Weihbischof Rintelen hatten sich auf die Entsendung des Magdeburger Kaplans Winfried Lawetzki geeinigt.[2203] Günter Särchen, der noch bis 1975 der engeren Sühnezeichen-Führung angehörte, wurde damit faktisch das Misstrauen ausgesprochen. In einem frühen Brief an seinen Vertrauten, dem Jugendseelsorger Claus Herold, erkannte Särchen: „Jetzt ist aber zutage getreten, dass meine Person nicht erwünscht ist, vielleicht habe ich die katholische Sache nach Meinung der Bischöfe und ihrer Berater zu sehr verkauft“.[2204] Die Konsequenz für Särchen: „Die Sühnefahrt im Sommer wird also weiterhin nur in Zusammenarbeit mit dem Seelsorgeamt Magdeburg erfolgen“.[2205]

Auf der Ebene unterhalb Rintelens hatte der Leiters des Seelsorgeamtes Magdeburg, Hugo Aufderbeck, Särchen als unmittelbarer Vorgesetzter ab 1960 bis zu seiner Berufung als Weihbischof nach Erfurt 1962 „nicht nur aus politischen und Sicherheitsgründen, sondern vor allem wegen seiner mangelnden Einsicht

---

[2195] Ebd., 262f.
[2196] Auch nach 1994 ist das nunmehrige Bistum Magdeburg u.a. mit dem Erzbistum Paderborn in der Kirchenprovinz Paderborn kirchenrechtlich verbunden. Steinhoff, Theodor und Lorek, Daniel (2000), S. 83f.
[2197] Jaeger, Lorenz 1892 – 1975, Bischof in Paderborn 1941-1973.
[2198] Eine entsprechende per 27. Oktober 2003 an das Archiv der Erzdiözese ergangene Rechercheanfrage blieb unbeantwortet; eine per 20. Dezember 2004 an den Erzbischof des Erzbistums, Hans-Josef Becker gerichtete neuerliche Anfrage resultierte in einer Auskunft des Bistumsarchivars, dass im Bestand Jaeger keine Akte zu Sühnezeichen vorhanden wäre. Auf die in meiner Anfrage genannten Korrespondenzen mit Kreyssig, Heufelder, Rintelen u.a. ging der Archivar erst gar nicht ein. Gerhard Sander, dat. 26. April 2005
[2199] Beauftragung an Särchen, dat. 2. April 1965 [ZAOM Bestand Polenseelsorge, AS 1963-1969]
[2200] Kreyssig an Rintelen, dat. 2. Februar 1965; Rintelen an Kreyssig, 18.Februar 1965 [ZAOM Polenseelsorge, AS 1963-1969; EZA 97/908]
[2201] Rintelen an Kreyssig, 2. April 1965 [ZAOM Polenseelsorge, AS 1963-1969]
[2202] Schmidt im Auftrag von Kreyssig an Weihbischof Heinrich Theissing, dat 7. April 1966
[2203] Theissing an Kreyssig, 12. April 1967
[2204] Särchen an Herold, o.D. [1965] [EZA 97/34]
[2205] Ebd. [Hervorhebung wie Original]

für die Notwendigkeit solcher sühnenden Tatzeugnisse von deutscher Seite“ seine Unterstützung entzogen.[2206] Erst Aufderbecks Nachfolger Eduard Quiter (1962-1965) und dessen Nachfolger Assessor Alfons Schäfer (1965-1975) unterstützten Särchens Polen-Aktivitäten. Eine erste Zäsur trat im Juli 1970 mit der Emeritierung Rintelens ein, dessen Nachfolger, Weihbischof Johannes Braun, andere Prioritäten als die pastorale Verständigung mit Polen hatte.[2207] Brauns Sabotage der Polenarbeit Särchens wurde durch Theodor Hubrich, 1972 zum Weihbischof von Magdeburg geweiht, teils abgefangen.[2208] Hubrich hatte schon 1970 in seiner Funktion als Direktor der Hauptvertretung der Caritas in Ostberlin mit der illegalen Einfuhr polnischsprachiger Gebets- und Gesangsbücher in die DDR ein Projekt Särchens, das dieser von den Leipziger Oratorianern übernommen hatte – die Seelsorge an polnischen Arbeitern und ihrer Familien in Magdeburg –, maßgeblich unterstützt.[2209] Generalvikar Weihbischof Hubrich richtete 1983 die 25-Jahr-Feier der *Aktion Sühnezeichen* (DDR) in den Kellerräumen des Bischöflichen Amtes Magdeburg aus.[2210]

Im Vorfeld und während des Zweiten Vatikanums kam Kreyssig und Müller-Gangloff eine ‚ökumenischer Euphorie’ seitens der katholischen Kirche in Deutschland zugute, die in der Begegnung mit hochrangigen Vertretern aus dem Klerus wie mit der katholischen Laienorganisation in der BRD – zunächst noch unter Beteiligung von jüdischen Vertretern – das Projekt eines ökumenischen klosterähnlichen Zentrums in Jerusalem, das internationale Begegnungszentrum in Coventry, das ökumenische Institut in Rotterdam und ab 1967 ein ökumenisches Begegnungszentrum in Auschwitz als Einzelkonzeptionen entstehen ließen. Retrospektiv erscheinen die ökumenischen Begegnungszentren im Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialimus als ein Gesamtkonzept, das ein Netzwerk eines klosterähnlichen ‚Gedenkordens’ gebildet hätte. In seiner Konzeption folgte Kreyssig dem Modell der Bruderschaft von Taizé, das er um den spezifischen Aspekt des Gedenkens und der Versöhnung – und, jedenfalls hinsichtlich des Projekts in Jerusalem, um eine jüdische Beteiligung – erweiterte. Kreyssigs Ziel war die Gründung einer internationalen, umfassend ökumenischen Ordensgemeinschaft als Sühne- und Versöhnungsorden. Kreyssigs ebenso langjährige wie langwierige Bemühungen rund um die katholische Kirche in den beiden deutschen Staaten, ebenso wie seine Überzeugungsarbeit innerhalb der Evangelischen Kirche und seine Kontakte zu jüdischen Partnern sind unter diesem Gesamtplan zu sehen.

Die Ordensidee klingt bei drei anderen Vorhaben Kreyssigs durch, die dieser 1965 gegenüber den Leitungskreisen in Ost- und Westberlin – erfolglos – anregte:

> 1. Eine aus Deutschland immer wieder ergänzte Mannschaft von 7 Männern und 7 Frauen hält um die Gedächtnisstätte Jad Vaschem in Jerusalem tags und nachts das immerwährende Gebet und verrichtet niedere diakonische Dienste in Jerusalem, besonders unter den gläubigen Israelis.
> 2. Alljährlich einmal gehen Männer zu Fuß bis nach Moskau und leben von dem, was sie sich erarbeiten und erbitten zum Gedächtnis an die Millionen russischer Kriegsgefangener, welche die Deutschen zu Fuß nach Deutschland getrieben und haben Hungers sterben lassen.
> 3. Die Sühnezeichen-Familie bildet um jeden der beschuldigten oder verurteilten nationalsozialistischen Gewaltverbrecher einen Ring der persönlichen Fürsorge und des fürbittenden Gedenkens aus der Solidarität der Sünder und zum Zeichen der Schuldverhaftung des ganzen Volkes.[2211]

[2206] Särchen, Günter. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen. Rückblicke auf Magdeburger, christlich geprägte Bemühungen und Initiativen, Anna-Morawska-Gesellschaft (1995), S. 4.
[2207] Braun folgte allerdings der Tradition seines Vorgängers und unterstützte die Aktion Sühnezeichen mit Zuschüssen. 1970 veranlasste Braun die Zahlung von M 1000. vgl. Schmidt an Braun, dat. 2. September 1970 [ZAOM Polenseelsorge, AS 1963-1969]
[2208] 1972 hatte Braun auch Särchens Auftrag erneuert, „im Namen des Erzbischöflichen Kommissariates Magdeburg im Leitungskreis der Aktion mitzuarbeiten“. Särchen an W. Becker, dat. 16. April 1972 [ZAOM Polenseelsorge, AS 1963-1969]
[2209] Särchen (1996), S. 16f.
[2210] Särchen, Günter. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen. Rückblicke auf Magdeburger, christlich geprägte Bemühungen und Initiativen, Anna-Morawska-Gesellschaft (1995), 8
[2211] Typoskript Entwurf. Sonderbrief an die Wochenbriefgemeinde, Ostern 1965 [NL Kutzner]

5.2 Von Unterstützung bis Ausgrenzung: Aktion Sühnezeichen in der BRD

> Es mag paradox erscheinen, aber es ist symptomatisch, dass ein Friedensdienst an Evidenz und damit an Anziehungskraft verliert, wenn er von der Gesellschaft akzeptiert und vom Staat organisiert wird.[2212]

Die *Aktion Sühnezeichen* hatte von Beginn Verbindung zur Bundesregierung in Bonn und zum Deutschen Städtetag bzw. direkt zu großen Städten in der BRD. Der von Kreyssig im Herbst 1958 kontaktierte Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU, ab Ende 1961 Außenminister) verwies auf die komplementäre Funktion der Aktion Sühnezeichen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft:

> Der Minister nahm zu dem Vorhaben ziemlich ausführlich Stellung und würdigte es positiv. Es sei als Ausdruck einer Grundhaltung richtig und notwendig. Vor allem schiene es ihm wichtig und wertvoll, um den Staatsbürger aus einer gewissen Gleichgültigkeit herauszuholen, in welcher er alles Erforderliche staatlichen Organen zu überlassen geneigt und gewöhnt sei.[2213]

Schröder bot die Unterstützung seines Ministeriums für die Erteilung der Sammlungsgenehmigung für Geldspenden an. Zur Aufrechterhaltung des weiteren Kontakts schlug Schröder die Verbindung über Hermann Kunst vor.[2214] Eine aufgrund der Ressortzuständigkeit nahe liegende Kontaktaufnahme mit Bundesaußenminister Heinrich von Brentano erfolgte der Aktenlage nach nicht, obwohl die *Aktion Sühnezeichen* im zwischenstaatlichen Beziehungsgeflecht der BRD zu Israel, Polen und Jugoslawien eine Vorreiterrolle einnehmen sollte. Zu allen diesen Staaten bestanden zum Zeitpunkt der ersten Sühnezeichen-Aktivitäten keine diplomatischen Beziehungen.[2215] Auch im deutsch-französischen Verhältnis war die *Aktion Sühnezeichen* Vorreiterin: die Sühnezeichenprojekte in Frankreich begannen knapp zwei Jahre vor der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags durch Konrad Adenauer und Charles de Gaulle am 22. Januar 1963.

Das zeitliche Zusammentreffen der Sühnezeichen-Gründung mit den Forderungen westlicher Staaten nach Entschädigungszahlungen durch die BRD, die im Zeitraum zwischen 1959 und 1964 zu zwölf bilateralen Abkommen führten, schreibt der *Aktion Sühnezeichen* eine nach Außen gerichtete Funktion zu: die mit den Zahlungen mit eingeforderte moralische Rehabilitierung Deutschlands, von antisemitischen Vorfällen wie der Beschmierung der Kölner Synagoge 1959 und der selektiven Entschädigungsregelungen vor der westeuropäischen Öffentlichkeit konterkariert, wurde von der *Aktion Sühnezeichen* aufgegriffen und ab 1959 (in die für die Westintegration der BRD wichtigsten Staaten) ‚zurückgetragen'. Die eingeforderte moralische Rehabilitierung der BRD vor ihren westlichen Partnern wurde durch die Sühnezeichen symbolhaft repräsentiert. In diesem Verständnis folgte die Länderauswahl für die ersten Einsätze der *Aktion Sühnezeichen* nicht nur einer inneren Logik. Die Schwerpunkt-Einsatzländer der ersten Jahre Niederlande (1959), Frankreich (1961), Belgien (1962) und Großbritannien (1961) spielten eine zentrale Rolle bei der Westintegration der BRD; Norwegen (1959) und Griechenland (1960) hatten ebenfalls Entschädigungen eingefordert.[2216]

5.2.1 Die Hand am Hebel und doch brüderlich: „Parakletos" Hermann Kunst

> Die Ida ist gut. Und wenn ich sage, die Ida ist gut, hat sie auch was anzuziehen.[2217]

[2212] Wolfgang von Eichborn (1970), S. 81.
[2213] Vermerk Besprechung mit Bundesinnenminister Dr. Schröder, dat. 2. Oktober 1958, Beilage Kreyssigs an Kunst, 4.10. 1958 [EZA 87/1004]
[2214] Ebd.
[2215] Die diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien waren vom 19. Oktober 1957 bis 31. Januar 1968 sistiert. Diplomatische Beziehungen mit Israel wurden am 12. Mai 1965, mit Polen ab September 1972 aufgenommen.
[2216] Dänemark, Italien, Luxemburg, Österreich, Schweden und die Schweiz hatten ebenfalls Entschädigungsabkommen mit der BRD eingefordert und in der Folge abgeschlossen; in diesen Ländern fanden Sühnezeicheneinsätze nicht (Schweiz, Luxemburg) oder nur in geringem Ausmaß statt; diese Staaten spielten bei der Westintegration der BRD keine Rolle.
[2217] Überlieferter Ausspruch von Hermann Kunst, mit dem er die Idee [„Ida"] Aktion Sühnezeichen gut hieß und finanzielle Ausstattung zusicherte. [zitiert nach Hans-Richard Nevermann. Nevermann an Kreyssig, dat. 20. Juli 1978; EZA 614/57; auch zitiert bei Weiß (1998), S. 355]

Der langjährige *Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland am Sitz der Bundesrepublik* (1950-1977) und Leiter der evangelischen Militärseelsorge mit dem Titel Militärbischof (1957-1972) Hermann Kunst (1907-1999) sollte während der ersten Dekade eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen* in der BRD – nach Kreyssigs Worten: den „Erzvater“[2218] – spielen. Kunst selbst spielte seine Rolle und zugleich die Bedeutung der *Aktion Sühnezeichen* herunter: „Ich war so eine Art Pate in der Anlaufzeit, mehr nicht. Aber ich war es gerne. Hätte mir die Sache nicht eingeleuchtet, wäre ich trotzdem munter gewesen, nur schon um Ihnen den Glauben aufzurichten.“[2219] Kunst bediente sich eines „umfangreichen, weitverzweigten Kontaktnetzes“, dessen „informelle Informations- und Einflusskanäle zweifellos auch wichtiger als der offizielle Weg“ waren.[2220] Kunst gestaltete seine Funktion als Mittler zwischen Evangelischer Kirche und BRD-Regierung zu einer eigenständigen Institution.[2221]

Da eine Biographie Kunsts mit Ausnahme von Einträgen in gewidmeten Buchveröffentlichungen anlässlich ‚runder Geburtstage'[2222] ebenso wenig vorliegt wie eine analytische Arbeit über die von ihm wahrgenommenen Ämter als EKD-Bevollmächtigter am Sitz der Bundesrepublik und Militärbischof[2223], sei an dieser Stelle auf die ungeklärte Diskrepanz zwischen Kunsts Selbstbild und rekonstruierbaren Gestaltungsmöglichkeiten und Einflussnahmen hingewiesen.[2224] Selbst Nachschlagewerke wie das biographisch-bibliographische Kirchenlexikon[2225] weisen einen Eintrag über Hermann Kunst nicht auf, obwohl der Theologe Kurt Aland Hermann Kunst in seiner Funktion als Bevollmächtigter des Rates der EKD als „einen der einflussreichsten Theologen der Bundesrepublik“ bezeichnet[2226], und der Chefredakteur des *Rheinischen Merkur* Kunst zu den Männern zählt, „die der Bundesrepublik Deutschland ihr Gesicht gegeben haben“.[2227] Kunst gab 1966 erstmals das *Evangelische Staatslexikon* heraus, das enzyklopädisch die Schnittstellen zwischen Staat und Kirche thematisiert. Neuauflagen unter Kunsts Mitwirkung und unter der Herausgeberschaft des späteren Bundespräsidenten Roman Herzog erschienen 1975 und 1987.[2228]

Über Hermann Kunst liefen die Finanzhilfen der BRD für evangelische Kirchen und (vor allem: diakonische) Einrichtungen in der DDR „aus Mitteln des positiven Verfassungsschutzes“.[2229] In einem Schreiben führte Kunst aus, dass „alle Anträge für die Ostzone, soweit sie die evangelische Kirche angehen, hier zur Begutachtung vorgelegt werden.“[2230] Kunsts Einfluss in der Bonner Bundesregierung

---

[2218] So Kreyssig in seinem Brief an Kunst, dat. 21. Dezember 1960 [EZA 87/1005]: „Ihre Gabe am Ende der vergangenen Ratssitzung hat mich mit einem Schlag in die längst versunkene Situation eines etwa zehnjährigen Jungen unter dem Christbaum, zugleich aber in die Anfänge unseres Sühnezeichendienstes zurückversetzt, zu dessen Erzvater ich Sie auf Grund unbezweifelbaren historischen Befundes längst ernannt habe.“

[2219] Brief Kunst an Kreyssig, dat. 27. Dezember 1960; Dankbrief für Buchgeschenk Kreyssigs [EZA 742/447].

[2220] Buchhaas-Birkholz (1989), S. 27

[2221] Ursprünglich war Kunst zum Beauftragter mit geringerer Kompetenz ernannt worden, er konnte sich aber schon in den ersten Monaten mit einem erweiterten Kompetenzbereich durchsetzen. „Die Dienstbezeichnung soll lauten ‚Beauftragter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland'“, so der Beschluss der 10. Ratssitzung am 17.1.1950; in der darauffolgenden Ratssitzung wurde die von Kunst reklamierte Bezeichnung „Bevollmächtigter“ beschlossen; die Bestellung Kunst war auf sechs Monate befristet [siehe Protokolle der Ratssitzungen EZA 2/1793; für den Hinweis bin ich Dr. Dagmar Pöpping, Berlin, zu Dank verpflichtet; Email vom 24. Februar 2004].

[2222] Lilje, Hanns. Hermann Kunst - Leben und Werk, In Collmer, Paul und Kunst, Hermann, Kirche im Spannungsfeld der Politik: Festschr. für Bischof D. Hermann Kunst D.D. zum 70. Geb. am 21. Jan. 1977 (1977). Göttingen: Schwartz. S. 1-5, Böhm, Anton. Zur Biographie Hermann Kunst, In Aland, Kurt, Hermann Kunst - Credo Ecclesiam. Vorträge und Aufsätze 1953 bis 1986 (1987). Bielefeld: Luther-Verlag. S. 213-244.

[2223] Selbst jüngere Darstellungen über die Rolle der Evangelischen Kirche in der deutschen Geschichte nach 1945 bzw. über die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche übersehen Kunsts maßgebliche Rolle (vgl. Hanke, Christian, Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Demokratie-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses (1999). Berlin: Duncker & Humblot; Greschat, Martin, Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit (2002). Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer).

[2224] Vom Munzinger-Archiv liegt ein zweiseitiger, allerdings unvollständiger und die Funktion Kunst in Kirche und Staat Nachkriegsdeutschlands nicht erfassender Eintrag über Kunst vor. [Munzinger Archiv/Internat. Biograph. Archiv 3/00; K 005364-8 Ku-ME]

[2225] Verlag Traugott Bautz: http://www.bautz.de, 12. April 2004

[2226] Aland, Kurt. Vorwort, In Aland, Kurt, Hermann Kunst - Credo Ecclesiam. Vorträge und Aufsätze 1953 bis 1986 (1987). Bielefeld: Luther-Verlag. S. 5-6, S. 5

[2227] Böhm, Anton. (1987), S. 213-244, S. 244

[2228] Evangelisches Staatslexikon, begründet von Hermann Kunst und Siegfried Grundmann, 1. Aufl.: 1966, Kreuzverlag, Stuttgart.

[2229] BMI Ministerialrat Dr. Toyka VI A 1 - 63 027 A, an Kunst, dat. 29. April 1958. [EZA 87/716]

[2230] Kunst an Dr. Kurt Koch, Berghausen bei Karlsruhe, dat. 7. Juni 1959 [EZA 87/619] Im überlieferten Aktenbestand im Evangelischen Zentralarchiv fanden sich 1956 Förderungen für breit gestreute Verwendungszwecke wie Behilfen für Müttererholungskuren, Diakonissenheime, Magdalenenstift, Stift Altenburg, Instandsetzung von Kirchen, Freizeit- und Rüstzeitenheime, Pfeiffer'sche Stiftungen, Ankauf von Schallplatten

reichte weit. Gegenüber dem Bundesminister für besondere Aufgaben, Heinrich Krone (CDU) intervenierte er anlässlich der Bestellung des Rechnungshofspräsidenten: „Zu meinem Entsetzen höre ich in meinem Urlaub, dass unter den Bewerbern jemand an erster Stelle liegt, von dem ich zwar weiß, dass er evangelische Kirchensteuern bezahlt, der aber nicht nur für uns Kirchen sondern überhaupt eine offene Landplage werden müsste.“[2231] Der Minister ließ sich die Intervention gefallen: „Ich weiß nicht, an wen Sie denken. Ich will aber gern mitbesorgt sein, dass auf diese wichtige Stelle der richtige Mann kommt.“[2232]

Die folgende Passage aus einem Schreiben an Kreyssig vermag Kunsts Rolle zwischen Politik und Kirche vor dem Hintergrund des deutsch-deutschen Verhältnisses im Ansatz zu erhellen. Kreyssig gegenüber kokettierte Kunst mit seiner Rolle als kirchliches Verbindungsglied zur bundesdeutschen Regierung und den Kirchen in der DDR sowie den daraus und aus einem gut dotierten Budget erwachsenden Implikationen, die ihn in besonderem Maße als Potentaten auswiesen:

> Ich verhehle Ihnen auch nicht, lieber Bruder Kreyssig, dass ich mir auch ein wenig apart vorgekommen bin in dem großen Kreis der Ostkirchenreferenten, von dessen Verhandlungen Sie wahrscheinlich allein gehört haben. Ich bin nicht vollständig den Eindruck losgeworden, als sähen mich die Brüder eher an als einen Sonderbotschafter von Herrn Adenauer als einen Bruder im Amt. Es hatte ein wenig den Anflug von einer Transaktion, dass mir zweimal das Wort gegeben wurde. Ich kann nur hoffen, dass wenigstens die in der Leitung der Kirchen Verantwortlichen in mir nichts anderes als einen Pastor sehen. Nicht eine Stunde habe ich bisher in Bonn meinen Dienst vom Politischen her verstanden, immer habe ich mich mindestens bemüht, allein der Bote der guten Botschaft zu sein. Ich kann nur hoffen, dass Sie und meine übrigen Freunde im Osten dafür Sorge tragen, dass wenigstens in den Kirchenregimentern gewusst wird, was das Movens meines Lebens ist. Aber im Notfall muss es natürlich auch gehen ‚durch gute und böse Gerüchte!’[2233]

Die euphemistische Darstellung einer apolitischen Funktion wird im Wesentlichen bis in die Gegenwart tradiert. In einem Portrait des heutigen Bevollmächtigten der EKD, Prälat Stephan Reimers, in der Zeitschrift *Das Parlament* wird Hermann Kunst „zu den einflussreichsten grauen Eminenzen der früheren Bundeshauptstadt“ gezählt. Im darauffolgenden widersprechenden Satz greift der Autor auf die Selbsteinschätzungen Kunsts und seiner Nachfolger zurück: „Doch auch seine Nachfolger Heinz-Georg Binder und Hartmut Löwe [...] verstanden sich weniger als kirchliche Lobbyisten denn als Botschafter und Seelsorger“, was auch für den jetzigen Bevollmächtigten gelte.[2234]

Kunst selbst soll ein Angebot Konrad Adenauers, ein Ministeramt zu übernehmen, „als ‚störendes Korsett’“ abgelehnt haben.[2235] Als Minister wäre Kunst auch für die bundesdeutschen Regierungen ein „störendes Korsett“ gewesen, weil er (und andere hochrangige Kirchenführer) über seine vordergründig apolitische Funktion eine essentielle Schnittstelle für die deutsch-deutsche Verständigung bot, die sich die bundesdeutschen Regierungen bis zur Entspannungspolitik Ende der 1960er Jahre auf offizieller Ebene selbst versagten. Eine zentrale Rolle, die weit über kirchenpolitische Agenden hinausreichte, spielte Kunst bei der Konzeption des Freikaufs politischer Gefangener aus der DDR gegen Wirtschaftshilfe.[2236]

---

mit ev. Kirchenmusik, Stoecker-Stiftung in Berlin-Weißensee, Erholungsurlaube von Ostpfarrern, Fahrräder für weibliche kirchliche Mitarbeiter in östlichen Gliedkirchen, Kirchenbücher, kirchliche Kindergärten etc. vgl. EZA 87/609

[2231] Kunst an Krone, dat. 27. August 1963 [EZA 87/808]

[2232] Krone an Kunst, dat. 7. September 1963 [EZA 87/808] Diese Intervention und des Ministers Reaktion lassen vermuten, dass der Bereich der kirchlichen Osthilfen aus der BRD einer öffentlichen Kontrolle entzogen wurden.

[2233] Brief Kunst an Kreyssig, dat. 24. September 1959 [EZA 742/447].

[2234] Durth, K. Rüdiger. Ein Diplomat im Lutherrock. Bevollmächtigter der EKD: Prälat Stephan Reimers, 2003). Die nicht explizit ausgeführte Verquickung von Politik und Kirche, zur Zeit Kunsts in den 1950er und 1960er Jahren um die Dimension des Kalten Kriegs und des Deutsch-Deutschen Verhältnisses erweitert, spiegelt sich in der Person des heutigen Amtsinhabers wider, der in seiner Berufslaufbahn vor seiner Berufung zum Bevollmächtigten der EKD auch einige Jahre für die CDU Mitglied im deutschen Bundestag war.

[2235] Munzinger Archiv/Internat. Biograph. Archiv 3/00; K 005364-8 Ku-ME; bei Böhm wird das Angebot ohne Nennung Adenauers auf Kultusminister und Staatssekretär präzisiert (vgl. Böhm, Anton (1987), S. 223).

[2236] Eine journalistische Darstellung der Rolle der Evangelischen Kirche unter Erwähnung der Rolle Kunsts findet sich bei Whitney, Craig R., Spy Trader. Germany's Devil's Advocate and the Darkest Secrets of the Cold War (1993). New York: Times Books/Random House. Eine detaillierte Darstellung der Finanztransaktionen findet sich bei Boyens, Armin. „Den Gegner irgendwo festhalten“. "Transfergeschäfte" der

Die Beziehung zwischen Kunst und Kreyssig ging über dienstliche Bekanntschaft und Zusammenarbeit hinaus und fußte auf einer theologisch-weltanschaulichen Verbundenheit, die Basis für langjähriges und ergiebiges Zusammenspiel der beiden war. Kreyssig selbst bezeichnete diese Verbundenheit als „vertrauensvolle Bruderschaft".[2237] Ein guter Teil dieser Verbundenheit ist der Zugehörigkeit beider zur Bekennenden Kirche während der Zeit des Nationalsozialismus zuzuschreiben, was die Anrede „Bruder" – bei Beibehaltung der formalen Anrede mit kirchlichem Titel und Nachnamen – erklärt.[2238] Kreyssig und Kunst kannten einander seit den späten 1940er Jahren, als beide zur gleichen Zeit an Sitzungen des Rates der EKD teilnahmen – Kreyssig als Ratsmitglied und Kunst als Bevollmächtigter.[2239] Ihre persönlichen Begegnungen arrangierten Kunst und Kreyssig meist rund um die – oder sogar anstelle der – Ratssitzungen.[2240] Eine wesentliche Dimension war die deutsche Teilung ab 1949, und damit ein durch eine Zonen- und Staatsgrenze beeinträchtigtes Wirkungsfeld der beiden hochrangigen Kirchenfunktionäre. In der abschließenden Passage eines Briefes aus 1955 kam Kreyssig zu jener Einschätzung, die sowohl die Verbundenheit der beiden widerspiegelte, wie auch die besondere Situation zonen- und grenzenüberschreitenden Verständnisses bzw. Zusammenarbeitens: „Es ist schön, dass da noch einer ist, der die Hand am Hebel hat und doch brüderlich hört." [2241] Kunst seinerseits erinnerte sich in seinem Kondolenzschreiben noch Jahrzehnte danach an einen der drei hinterbliebenen Söhne Kreyssigs: „Er hatte einen unmittelbaren Sinn für das Amt der beiden Bevollmächtigten in Ost-Berlin und Bonn ..."[2242]

Die Kooperation umfasste einerseits die Verabredung über im Rat der EKD diskutierte Themen – Kreyssig und Kunst verstanden sich dabei als Bündnispartner –, andererseits nutzten sie jeweils ihre Einflussmöglichkeiten zugunsten von in Not geratenen Freunden oder Bekannten[2243]. Der archivierte Schriftverkehr mit Kreyssig beginnt 1953 und endet mit Kreyssigs Tod 1986. Über die Jahre weist die Korrespondenz unterschiedliche Intensität auf, besonders häufig schrieben Kunst und Kreyssig einander zwischen 1958 und 1961 und nach Kreyssigs Übersiedelung nach Westberlin Anfang der 1970er Jahre.[2244] Die Korrespondenz war, wenngleich in der Aktenüberlieferung die Anzahl der Briefe Kreyssigs jene von Kunst eindeutig übersteigt, offensichtlich gegenseitig geschätzt und mitunter von lyrischer Qualität, wie das folgende Zitat. Darin spielt Kunst auf seine Kindheitserinnerungen an den Erhalt von Feldpostbriefen seines Vaters an:

> Manches, was in der Jugend eine Lust war, ist im Alter eine Züchtigung. Die Feiertage in meinem Leben waren, wenn ich eine Postkarte meines Vaters aus dem Feld bekam. Heute sehe ich zu keiner Stunde am Tag so kritisch aus, als wenn mir die Post auf den Tisch gebracht wird. Gräfin Rittberg packt mir Ihre Post immer oben auf, sie weiß, ich freue mich an Ihrer Farbigkeit.[2245]

Evangelischen Kirche in Deutschland mit der DDR-Regierung 1957-1990, In 1993). Kirchliche Zeitgeschichte Internationale Halbjahresschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft. S. 379-426.

[2237] Kreyssig an Kunst, dat. 10. März 1960. Kreyssig konstatiert darin: „Ich glaube ernstlich, dass solche vertrauensvolle Bruderschaft in Welt- und Kirchengeschichte nicht leicht ein zweites Mal aufweisbar sein wird." [EZA 742/447]

[2238] Siehe biographische Abrisse. Persönliche lernten Kreyssig und Kunst einander allerdings erst Ende der 1940er Jahre kennen.

[2239] Als selbst schon betagter Pensionist formulierte Kunst in seinem Kondolenzschreiben an einen der drei hinterbliebenen Söhne Kreyssigs (vermutlich an Peter Kreyssig adressiert), dat. 13. August 1986: „Seit 1947 war ich mit ihm in ständig wachsendem Maße verbunden. Besonders intensiv war unser gemeinsamer Dienst in den Jahren, in denen Ihr Vater Mitglied des Rates der EKD war." [EZA 742/448]

[2240] Kunst an Kreyssig, dat. 1. Dezember 1958: „Ob Sie wohl auf der nächsten Ratstagung bei einem langweiligen Punkt der Tagesordnung Zeit haben, dass wir eine Stunde miteinander sprechen können?"; Kreyssig an Kunst, dat. 31. Juli 1959: „unsere kurzen Gespräche, die wir nach den Amtsgeschäften zu haben pflegen, sind inhaltlich zum geringsten nicht weniger belangvoll als Konferenzen von Gipfelqualität." [EZA 87/1004]

[2241] Im Brief an Kunst, dat. 23. November 1955. Darin äußerte Kreyssig sein Unverständnis über die ausstehende Positionierung der Evangelischen Kirche im politischen Kontext des Kalten Kriegs (unter Verweis auf die Genfer Gipfelkonferenz vom 18.-23. Juli 1955) und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten (die das Generalthema der für Anfang 1956 geplanten Synode sein könne). [EZA 87/1004]

[2242] Kunst, vermutlich an Peter Kreyssig, dat. 13. August 1986 [EZA 87/1004]

[2243] Meistens war es Kreyssig, der Kunst zumeist um finanzielle Hilfe für seine Protegés bat (etwa im Schreiben vom 14. Mai 1955 zugunsten zweier Geistlicher, denen Kreyssig Erholungsurlaub zukommen lassen wollte. Von Kunst erbat er dafür zweimal 400 DM). [EZA 87/1004]

[2244] Die Korrespondenzen finden sich im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin, in den unterschiedlichen Beständen (Nachlässe Kreyssigs und Kunsts, Bestand Aktion Sühnezeichen, Bestand des Beauftragten der EKD).

[2245] Kunst an Kreyssig, dat. 5. Dezember 1959; Gräfin Rittberg war eine vertraute Mitarbeiterin Kunsts. [EZA 87/1004]

Nach Kreyssigs Ausscheiden aus dem Rat der EKD im Frühjahr 1961 dankte Kunst Kreyssig für seine Unterstützung im kirchlichen Verantwortungsbereich und bestärkte die Beziehung zu ihm:

> Aber nun, mein lieber Bruder Kreyssig, muss ich Ihnen doch noch ein besonderes Wort des Dankes sagen. Sie wissen, immer habe ich dankbar und aufmerksam auf das geachtet, was Sie sagten. Ich war glücklich über Ihre Farbigkeit und Frische. Es stärkte den eigenen Glauben, neben einem Manne zu sitzen, bei dem man etwas davon ablesen konnte, wie es aussieht, wenn unser Herr Christus über einen Menschen Gewalt gewonnen hat. Von ganzem Herzen danke ich Ihnen für die unvergesslich gute Gesinnung, derer ich mich in all den Jahren versehen konnte. Man merkte jedesmal, es machte Ihnen Freude, unsereinem in seinen Verantwortungen zu helfen. Ich kann Sie nur bitten, bewahren Sie mir Ihre Freundschaft. Dass ich unverändert für Sie da bin, wenn ich Ihnen hier oder da ein wenig helfen kann, brauch ich hoffentlich nicht zu betonen [...] In jedem Falle, lieber Bruder Kreyssig, lassen Sie uns auf dem Wege, den wir noch vor uns haben, fest und brüderlich beieinander bleiben.[2246]

In seiner Antwort rekapitulierte Kreyssig: „Wenn aus dem Kärrnerdienst der 12-jährigen Ratsgeschäfte nicht mehr herausgekommen wäre, als die Nachbarschaft zu Ihnen, unsere Freundschaft und der einzigartige Beistand, den ich von Ihnen empfangen habe, so wäre es mehr als genug.“[2247] Ein Jahr später setzte wiederum Kunst nach: „Wie fehlt mir unsere regelmäßige Korrespondenz! Es gelingt mir nicht, zu erfahren, welche Gedanken Sie in diesen Monaten bewegen. Schön wäre es, wenn ich einmal wieder von Ihnen einen Brief bekäme.“[2248] Gegen Ende seiner Sühnezeichentätigkeit resümierte Kreyssig in einem handschriftlichen Brief Kunsts Bedeutung für ihn – und für „den Deutschen“:

> „Liebe, das Wirkungsquantum des Ewigen in der Zeit wird im Abstand größer, wie auch der Vorrat an Liebe mit dem Ausgeben zunimmt. So ist, was ich von Ihnen heimgebracht habe, auf dem Weg hierher noch immer gewachsen. Ich bin ein langes Leben hindurch noch von niemanden so großherzig beschenkt worden, wie von Ihnen. Das ist wahr.
> Und der große Zusammenhang, indem das alles steht, macht es nur umso bedeutsamer. Wenn Sie in solchem einzigartigen Auftrag auf so manches verzichtet haben, was wesentlich und begehrenswert ist, umso sind Sie dafür ein Haushalter für Gottes Geduld und Erbarmen über den Deutschen geworden. Wenn darüber ein Bischof so recititer wieder zum Diakon wird, so wird wahrlich Frieden gestiftet und das Reich gemehrt.“[2249]

Eine Inhaltsanalyse des Schriftverkehrs zwischen Kreyssig und Kunst ergibt fünf gleich häufige Themen: Finanztransfers an Kreyssig und seine Projekte, Kirchenpolitik, Persönliches: ‚Beziehungsarbeit’ über schriftliche Korrespondenz, ‚Staats- oder Gesellschaftspolitik’ ‚Vergangenheitspolitik’. Die Bedeutung Hermann Kunsts für die *Aktion Sühnezeichen* lässt sich mit folgenden Thesen umreißen:

- finanzielle Starthilfe in der Gründungsphase 1958-1959.
- nach 1961 ‚Gütesiegel’ innerhalb der evangelischen Kirche.
- Schnittstelle zur Bonner Bundesregierung sowie zur Evangelischen Kirche in Deutschland
- steuernde und kontrollierende Einflussnahme

Als Kunst Kreyssig unmittelbar nach Verlesen des Aufrufs „Wir bitten um Frieden“ im Plenum der Synode 1958 anschrieb, um ihm auf eine erbetene Spende unter Beilage eines Schecks zu antworten, erneuerte er zugleich eine Art Freibrief für Kreyssigs Finanzierungsbedarf: „Im übrigen bleibt es aber bei unserer alten Absprache. Sie sagen uns rundheraus, wenn Sie irgendwo eine Not sehen.“[2250] Die Verwendung der von Kunst zur Verfügung gestellten Gelder ist im Kontext der besonderen Lebensbedingungen Kreyssigs als Kirchenpräsident, Gründer und Leiter von kirchlichen Organisationen in der BRD, in Westberlin und in der DDR zu sehen und hatte schon aus diesem Grund in den meisten

---

[2246] Kunst an Kreyssig, 3. März 1961 [EZA 742/447].
[2247] Kreyssig an Kunst, dat. 7. März 1961 [EZA 742/447].
[2248] Kunst an Kreyssig, dat. 7. März 1962 [EZA 742/447].
[2249] Kreyssig an Kunst, handschriftlich, dat. 4. November 1967 [EZA 742/447].
[2250] Kunst an Kreyssig, dat. 8. Mai 1958 [EZA 614/235]. Kunst sandte mit gleichem Datum einen zweiten Brief an Kreyssig, in dem es um die Aktion Sühnezeichen und Kunsts Informationsstand für seine möglichen Gespräch mit Politikern geht.

Fällen auch einen (kirchen-) politischen Hintergrund.[2251] So etwa, als Kunst 1954 Kreyssigs Reisekosten für die Teilnahme an der Versammlung des Weltkirchenrates in Evanston finanzierte.[2252] Aber auch im Kontext von Kreyssigs privaten Lebensumständen hatte die Mittelverwendung politischen Gehalt.[2253] Kunst ermöglichte weihnachtliche Geldgeschenke für die Mitarbeiter des von Kreyssig im Namen seiner Frau Hanna und seines Schwagers Alfred Lederer verwalteten Druckereibetriebs C. Schröter KG in Leipzig[2254] und – zeitgleich – den Ankauf eines 20-Jahre alten Steyr Personenwagens für den – Kreyssigs Einschätzung zufolge – zur DDR oppositionellen Pächter von Kreyssigs Bauernhof. Diese beiden Finanzhilfen gehen auf einen Geburtstagswunsch zurück, den Kunst Kreyssig mit Brief vom 31. Oktober 1958 zu dessen 60. Geburtstag freigestellt hatte, weil er „meiner Gesinnung Gestalt geben möchte". Etwas tun, „was Ihrer verehrten Frau Gemahlin und Ihnen eine Freude macht", so Kunst und er präzisierte: „Am liebsten wäre mir natürlich, es könnte etwas sein, was nicht gegessen oder verraucht werden kann, sondern Sie je und je erinnert an Ihren Sie crescendo verehrenden [handschriftliche Unterschrift:] Kunst"[2255]. In seiner handschriftlichen Antwort an Kunst vom 26. November 1958 führte Kreyssig den immanenten politischen Kontext an:

> Mehr als irgend etwas Persönliches ersehne ich es, meine Positionen als Bauer und Unternehmer, wo so viele auf mich sehen, weiter verteidigen zu können. Ich habe auch in Leipzig [Sitz der Druckerei, Anm.] bis zur Stunde ohne Staatsbeteiligung durchgehalten, die sie seit einem Jahr allen aufnötigen. Ich könnte aber dieses Jahr meinen 50 Leuten die Weihnachtsgratifikation nicht mehr zahlen, mit denen ich sie an Weihnachten immer ein wenig für den Verzicht auf die höheren Löhne entschädigt habe, die sie im VEB Betrieb bekämen. Dazu hatte ich immer 4.000 M aufgesammelt, einmal bereits mit Ihrer Unterstützung. Dieses Jahr haben sie uns nun mit der Lohn-Preisschere so trocken gelegt, dass wir kaum überhaupt noch etwas verdient haben und mit Mühe noch die Löhne aufbringen.[2256]

Die Transaktionen wurden unterschiedlich gehandhabt: bar[2257], Überweisungen[2258], Schecks[2259] und über Kreyssigs Verfügerkonto bei der Kirchenkasse. Signifikantes Merkmal aller Transaktionen ist die persönliche Involvierung Kunsts.[2260] Selbst Kunsts Tochter Elisabeth war als Botin eingesetzt.[2261] Zumeist war Kreyssig der Bittsteller um finanzielle Hilfestellung durch den westlichen Kirchenkollegen.[2262] Kunst

---

[2251] Als seltene Ausnahme sei ein Geldgeschenk angeführt, das Kreyssigs Ehefrau Hanna zugute kam und für den Ankauf eines Wintermantels verwendet wurde; Brief Hanna Kreyssig an Kunst, dat. 25. Oktober 1955; [EZA 742/447]. Im Schreiben vom 1. Dezember 1958 bestand Kunst mit einigem Nachdruck darauf, etwas für Kreyssig persönlich zu tun und bekräftigte diese mit dem Satz: „Ich muss Sie also nötigen, sich meine zudringliche Liebe gefallen zu lassen." In der Anlage übersandte Kunst einen Inhaberscheck, wobei er darauf hinwies: „Auf gar keinen Fall dürfen wir ja Ihren Namen einsetzen." [Kunst an Kreyssig, dat. 1. Dezember 1958, EZA 87/1004].

[2252] Kreyssig an Kunst, Briefkopf Ev. Kirchenprovinz Sachsen Der Präses der Synode, Bossey, 30. Mai 1954, handschriftlich [EZA 742/447].

[2253] Kreyssig formulierte 1956 anlässlich einer Finanzspritze durch Kunst für private Zwecke: „Welch großer Dienst mir damit geschehen ist, in welch beträchtlichem Maße ich mich neuerdings befreut und durch Erleichterung im Sektor der privaten Verantwortlichkeit auch im kirchlichen Dienst gestärkt und ermutigt fühle, wäre nicht leicht zu sagen." [Kreyssig an Kunst, dat 23. April 1956, EZA 614/31]

[2254] in einem Brief an Wilhelm Niemöller erwähnt Kreyssig, dass er verantwortlicher Inhaber und persönlich haftender Gesellschafter der Druckerei in Fa. C. Schröter in Leipzig wäre. Kreyssig an Niemöller, dat. 8. September 1959 [EZA 614/245]

[2255] Kunst an Kreyssig, dat. 31.Oktober 1958 [EZA 742/447].

[2256] Siehe auch Brief Kunst an Kreyssig 1. Dezember 1958 [EZA 742/447]; Kreyssigs Brief, in dem er die Verwendung der Gelder beschreibt, dat. 24. Dezember 1958. [EZA 87/1004]; über die Verbindung Kreyssigs mit der Druckerei siehe Weiß (1998), S. 290ff.

[2257] Die Übergabe des Bargelds erfolgte auch direkt, wenn Kunst und Kreyssig anlässlich von Sitzungen des Rates der EKD zusammentrafen. [beschrieben in Brief Kunsts an Kreyssig, dat. 1. März 1956; EZA 742/447; Kreyssigs an Kunst, dat. 21. Dezember 1960; EZA 87/1005]

[2258] Kreyssig an Kunst, dat 11. Mai 1958; Kreyssig schlägt darin eine Überweisung auf sein Verfügerkonto bei der Generalkirchenkasse der EKU vor.; Kunst bestätigt die Überweisung mit Brief an Kreyssig, ebenfalls dat. 11. Mai 1958 [beide: EZA 102/329].

[2259] Schecks wurden von Kunst häufig an die Westberliner Büroadresse Kreyssigs im Amtsgebäude der EKUnion adressiert. In einem Fall übersandte Kunst sogar einen Blankoscheck, weil er sich an den von Kreyssig für seine Mitarbeiterin Berthild Scheiff erbetenen Betrag (500 oder 600 DM) nicht mehr im Detail erinnern konnte; Kunst beauftragt Kreyssig: „Füllen Sie ihn bitte mit der erforderlichen Summe aus. Unter keinen Umständen sollte der Scheck aber ausgefüllt werden auf Ihren Namen oder etwa den der Generalkirchenkasse. Am besten schreiben Sie ihn auf irgendeinen Namen aus, der dann bei seiner Bank den Scheck in Zahlung gibt in der normalen Weise." [Kunst an Kreyssig, dat. 18. Juli 1956, Dankesschreiben Berthild Scheiff an Kreyssig, dat. 26. Juli 1956; EZA 742/447]

[2260] Während die in Summe Milliarden DM des kirchlichen Geldtransfers in die DDR über das Diakonische Werk BRD-DDR durchgeführt wurden. Vgl. die Überblicksdarstellungen der kirchlichen Transfers von der BRD in die DDR von Boyens, Armin. „Den Gegner irgendwo festhalten". „Transfergeschäfte" der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der DDR-Regierung 1957-1990, (1993). In: Kirchliche Zeitgeschichte Internationale Halbjahresschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft. S. 379-426 und Volze, Armin. Kirchliche Transferleistungen in die DDR, (1991). In: Deutschland Archiv. S. 59-66.

[2261] Kreyssig an Kunst, dat. 17. März 1959 sowie Brief, dat. 30. Dezember 1959. Kreyssigs blumige Beschreibung: „Angelus, ein Bote Gottes, trat heute, am vorletzten Tag des Jahres herein und brachte in Gestalt eines unanfechtbaren Papierchens alles, was wir nach Menschenermessen bis zum Abschluss des Unternehmens Borkenes noch brauchen. Der Bote war als Elisabeth Kunst verkleidet." [EZA 87/1004].

[2262] Kreyssig an Kunst, dat. 11. September 1955, Kreyssig bedankt sich für finanzielle Unterstützung mit einer Einleitung, die seine Bittstelleraktivität bei Kunst ironisch unterstreicht: „Da ich allmählich ein alter Kunde bei Ihnen werde ...". An gleicher Stelle bezeichnet der fast zehn Jahre ältere Kreyssig Kunst als Vater: „Ich bin wieder einmal ganz erfüllt davon, welch reichen Vater wir haben." [EZA 742/447].

machte sich erbötig, Kreyssig „auf der Suche nach Zeit- und Weggenossen [zu] beraten, welche ich auf eine Sonderspende für Sühnezeichen ansprechen darf.“[2263] Kreyssig fungierte aber auch als Bote im Auftrag Kunsts, der ihm Informationen und Bargeld zur Weiterleitung für in der DDR ansässige Empfänger übermittelte.[2264]

Ende 1962 machte Kunst von seinem von Bundeskanzler Adenauer eingeräumten Vorschlagsrecht für Empfänger von Mitteln aus dem Verfügungsfonds des Bundeskanzlers im Ausmaß von jährlich 25.000 DM zugunsten der *Aktion Sühnezeichen* Gebrauch. Neben der Stadtkirche in Bückeburg und der Kreuz-Kirche in Bonn machte Kunst in seinem Schreiben an Staatssekretär Hans Globke die *Aktion Sühnezeichen* mit ihrem Kirchenprojekt in Taizé namhaft („Ich möchte meinen, dass der Herr Bundeskanzler eine solche Arbeit in Frankreich besonders gerne fördert.“).[2265] Unmittelbar danach erhielt die *Aktion Sühnezeichen* eine Überweisung in Höhe von 5.000 DM aus dem Bundeskanzleramt.[2266]

Kunsts Selbstverständnis zufolge entsprang sein Engagement für Versöhnung aus seinen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und der aus seinen Verbrechen resultierenden Konsequenzen. „Bischof Kunst war in seiner ganzen Person eine Kraft der Versöhnung, die ein christliches Werk ist und der Kirche wie dem Staat zugute kommt.“, resümierte der Chefredakteur des Rheinischen Merkur im Hinblick auf Kunsts Wirken in der deutschen Nachkriegspolitik und -gesellschaft.[2267] In einem ZDF-Interview, 1989 als Buch erschienen, berief sich Kunst auf die Stuttgarter Erklärung 1945 als Motivation für sein Wirken. Diese Erklärung hätte für ihn einen zentralen Rang gehabt und wäre der Grund dafür gewesen, dass er mehrfach angebotene Kirchenämter, die er sehr gerne angenommen hätte, ablehnte: „Ich war der Überzeugung, dass es nicht genügt, Gott um Vergebung zu bitten, sondern dass man auch bereit sein muss, einen neuen Weg zu gehen. Meine Bonner Arbeit habe ich als diesen neuen Weg angesehen.“[2268] Diese Selbstcharakterisierung Kunsts spiegelt sich in seiner Unterstützung für die *Aktion Sühnezeichen* wider. Kreyssig selbst adressierte Kunst bereits 1959 als einen entscheidenden Wegbereiter: „In unserer Glaubenserfahrung sind Sie bisher der Einzige geblieben, der von Anfang an und immer bereit war, Vergebung und Versöhnung eine ordnende und befriedende Kraft in der Geschichte zuzutrauen.[2269]

Kunst bestand selbst stets darauf, dass sein Name öffentlich nicht genannt würde und trotz seiner Anwesenheit[2270] auf jener Synode Ende April 1958, auf der die *Aktion Sühnezeichen* begründet wurde, scheint Kunst unter den Unterzeichnern nicht auf. Dass Kunst seine Involvierung nicht öffentlich bekunden wollte, kann zum einen mit der innerkirchlichen und öffentlichen Debatte zu jener Zeit erklärt werden, in deren Zentrum die 1957 vertraglich zwischen Kirche und Staat geregelte Einrichtung der Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland sowie die vom Bundestag in seiner Debatte vom 20.-25. März 1958 angestrebte atomare Bewaffnung stand. Das Aufeinandertreffen dieser umstrittenen Bereiche – in deren thematischen und chronologischen Kontext auch die Gründung von Sühnezeichen zu

---

[2263] Kreyssig an Kunst, dat. 17. April 1959. Kreyssig erinnerte in diesem Brief an zwei ausständige Punkte. Neben dem zitierten führte er auch die offene Entscheidung über die Anerkennung des Sühnezeichendienstes als Wehrersatzdienst an. [EZA 87/1004]

[2264] Kunst an Kreyssig, dat. 1.3.1956; bei dem Betrag handelte es sich um 500 DM die Kunst einem Mitarbeiter einer diakonischen Einrichtung (Bruder Schellbach Pfeiffersche Stiftung in Magdeburg) zukommen lassen wollte. [EZA 742/447] Kunst: „Unter keinen Umständen möcht ich ihm aber schreiben. Tun sie mir die Liebe und machen den Kurier in dieser Sache.“. Am 1. August des gleichen Jahres bat Kunst Kreyssig um einen „actus humanitatis“, die Weitergabe einer Information an einen DDR-Bürger in Magdeburg über dessen Versäumnis bei der Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling. [EZA 102/329]

[2265] Kunst an Staatssekretär Dr. Hans Globke, BKA, dat. 14. Dezember 1962 [EZA 87/688]

[2266] Globke an Hammerstein, dat. 17. Dezember 1962 [EZA 87/688] Wenngleich ohne eigenes Zutun hatte die *Aktion Sühnezeichen* dank Kunsts Vorschlag mit einem der wegen seiner NS-Vergangenheit umstrittensten Politiker der BRD Kontakt und von diesem eine Ausschüttung aus Adenauers persönlichem Verfügungsfonds zugesichert erhalten.

[2267] Böhm, Anton. (1987), S. 227

[2268] Kunst, Hermann, Hermann Kunst im Gespräch mit Meinold Krauss (1989). Stuttgart; Hamburg: Steinkopf, S. 33

[2269] Kreyssig/AS an Kunst, dat. 23. März 1959 [EZA 97/940].

[2270] Im Bericht über die Synode vom 26. bis 30. April 1958 scheint Kunst nicht als Synodaler auf (vgl. Bericht über die dritte Tagung der zweiten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 26. bis 30. April 1958 (1958). Berlin, S. 457-467); Kunst wird aber als Redner protokolliert. (ebd., S. 297-301). Kunsts Anwesenheit war durch die Thematik der Synode, bei der Rüstung und Militärseelsorge an zentraler Stelle standen geradezu bedingt.

verorten ist – hatte zu einer außerordentlichen mehrjährigen Konfrontation innerhalb der evangelischen Kirche geführt, bei der Theologen aus den Bruderschaften schließlich sogar die Bekenntnisfrage stellten.[2271] Unter den öffentlichen Unterstützern für Lothar Kreyssigs Initiative befanden sich zahlreiche Kritiker von Bewaffnung und atomarer Rüstung in der Bundesrepublik, was auch Skepsis und Kritik gegenüber einer evangelischen Militärseelsorge beinhaltete.[2272] Kreyssig hielt in seinen Erinnerungen fest, dass er „im Rat der EKD mit Niemöller zusammen auf den vorgelegten Wehrmachtsseelsorgevertrag [!] hin der Wiederbewaffnung ausdrücklich und leidenschaftlich widersprochen“ hätte.[2273] Eine öffentliche Unterstützung Kunsts für Sühnezeichen wäre für das Zustandekommen des Projekts im innerkirchlichen Raum hinderlich gewesen. Die Militärseelsorge und damit auch deren – katholische und evangelische – kirchliche Leiter, ebenso wie die EKD als gesamtdeutscher Dachverband der Evangelischen Kirchen waren darüber hinaus deklariertes Feindbild der DDR-Regierung.[2274]

Kunst sollte in Folge wichtigster Unterstützer für die Anfangsjahre der *Aktion Sühnezeichen* werden und freute sich „von Herzen“ mit Kreyssig „über alles gute Gelingen der Aktion Sühnezeichen“[2275]. Kunst hatte Kreyssig noch während der Synode finanzielle Unterstützung angeboten.[2276] Schon eine Woche nach dem Aufruf, wandte er sich schriftlich an Kreyssig, um Informationen über dessen erste Schritte einzufordern:

> In Ihrem Anschreiben zu Ihrem Aufruf heißt es am Schluss: „Die Fühlung mit den beiden deutschen Regierungen ist aufgenommen.“ Auf dass von vornherein eine echte Kooperation unter uns sei, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mich wissen ließen, wer die Fühlung mit der Bundesregierung aufgenommen hat. Schön wäre es auch, wenn ich erfahren könnte, mit wem in der Bundesregierung gesprochen wurde. Umso einfacher könnte ich Sukkurs geben.[2277]

Kreyssig kam Kunsts Anfrage umgehend nach.[2278] Kurz darauf adressierte Kreyssig Kunst mit dem „Bedürfnis nach einer Starthilfe“, mit der es ihm leichter fiele, „die Großkopfeten der EKU, die ja erfreulicherweise allermeist schon beteiligt sind, zu einem gleichen Schritt ermuntern“, und er ersuchte Kunst, einen Teil des von ihm für sechs Monate errechneten Finanzbedarfs „für Porto, Papier und Nebenaufwand“ in Höhe von 4.000 bis 5.000 DM zu finanzieren. Kunst antwortete umgehend und veranlasste eine Überweisung an Kreyssigs Verfügerkonto bei der Generalkirchenkasse in Höhe von 5.000 DM.[2279] Dieser ersten Starthilfe sollte bald eine zweite in gleicher Höhe folgen.[2280]

[2271] Eine detaillierte Darstellung findet sich bei Möller, Ulrich, Im Prozess des Bekennens. Brennpunkte der kirchlichen Atomwaffendiskussion im deutschen Protestantismus 1957-1962 (1999). Neukirchen-Vluyn: Neukirchener, der das Szenario einer drohenden Kirchenspaltung aufgrund der Atomdiskussion entwirft (ebd. S. 13f.).

[2272] Holmes Cooper, Alice. The West German Peace Movement and The Christian Churches: An Institutional Approach, (1988) In: The Review of Politics. S. 71-98 erwähnt die Aktion Sühnezeichen im Zusammenhang mit der EKD-Schrift zur Ostpolitik 1965. Sie weist unter Bezugnahme auf ein Interview mit einem gegenwärtigen, nicht genannten Leiter von Sühnezeichen darauf hin, dass die ursprünglichen Gründer aus der Bekennenden Kirche stammten und in den 1950er Jahren in die Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung und Atombewaffnung involviert gewesen sind. (ebd. S. 80f.). vgl. ausführlicher Friebel, Thomas (1992), S. 366-381. Demzufolge lehnte Kreyssig gemeinsam mit Heinemann, Niemöller, Wilm und Wilhelm Schröter die Remilitarisierung der beiden deutschen Staaten in der kirchlichen Diskussion im Laufe des Jahres 1950 ab. Die (aus zur EKU zählenden) Gegner der Wiederbewaffnung blieben in der EKD in der Minderheit.

[2273] Lebenserinnerungen Kreyssigs, die dieser 1977 verfasst und 1979 u.a. auch an Kunst zur Lektüre gesandt hatte. [EZA 742/448]

[2274] Vgl. Boyens Analyse der Haltung der DDR-Regierung gegenüber der Evangelischen Kirche in Deutschland anlässlich des Staatsvertrages der BRD mit der EKD, unterzeichnet von Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem Vorsitzenden des Rates der EKD, Bischof Otto Dibelius am 22. Februar 1957. Die Einrichtung der Militärseelsorge unter Zustimmung der gesamtdeutschen Synode mit Stimmen von Delegierten aus der DDR wurde seitens der DDR zum Anlass für verstärkte Bemühungen um Spaltung der EKD in BRD und DDR-Kirche, die Schaffung eines Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR, wie sie schließlich 1969 umgesetzt wurde (Boyens, Armin. Staatssekretariat für Kirchenfragen und Militärseelsorgevertrag. Anmerkungen zur Geschichte eines Amtes, (1993). In: Kirchliche Zeitgeschichte Internationale Halbjahresschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft. S. 211-235).

[2275] Kunst an Kreyssig vom 14. März 1960 [EZA 742/447].

[2276] Kreyssig an Kunst, dat. 11. Mai 1958; Kreyssig formuliert explizit: „Sie sagten mir für die Aktion Versöhnungszeichen auf der Synode freundschaftliche Finanzhilfe zu.“ [EZA 102/329].

[2277] Kunst an Kreyssig, dat. 8. Mai 1958; Kunsts Bezugnahme betrifft das von Kreyssig an die Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, des Rates und der Kirchenkonferenz versandte Rundschreiben der „Aktion Versöhnungszeichen“ vom 5. Mai 1958 [EZA 102/329].

[2278] Kreyssig an Kunst, dat. 9. Mai 1958 [EZA 102/329].

[2279] Kreyssig an Kunst, dat 11. Mai 1958; Antwort Kunst, dat. 11. Mai 1958; Dankesschreiben Kreyssigs, dat. 13. Mai 1958[EZA 102/329]

[2280] Kreyssig an Kunst, dat. 23. März 1959; darin preist Kreyssig Kunst als Einzigen, „der von Anfang an und immer bereit war, Vergebung und Versöhnung eine ordnende und befriedende Kraft in der Geschichte zuzutrauen. Ich habe jedenfalls noch keinen gefunden, der wie Sie, unbesehen in die Tasche gefasst und zweimal DM 5.000 zur Verfügung gestellt hätte.“ [EZA 102/329]

Im darauffolgenden ersten operativen Jahr von Sühnezeichen, 1959, sind zwei Zahlungen Kunsts in Höhe von jeweils 30.000 DM und eine weitere Zahlung in Höhe von 10.000 DM verbrieft, insgesamt also 70.000 DM, die für das Sühnezeichen-Projekt Norwegen I in Borkenes gewidmet waren.[2281] Zusätzlich findet sich in einer Notiz auf der Aufstellung über die Ausgaben für das erste Projekt in Norwegen ein undatierter handschriftlicher Zusatz unter der Summe der Einnahmen mit 20.000 DM. Im Schreiben vom 30. Dezember 1959 erwähnte Kreyssig eine an diesem Tag durch Kunsts Tochter Elisabeth erfolgte Scheckübergabe („unanfechtbares Papierchen“).[2282] Damit ist der finanzielle Beitrag Kunsts für das erste Projekt in Norwegen mit 90.000 DM anzusetzen. Der Beitrag Kunsts deckte somit mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets in Höhe von 174.900 DM.[2283] Für die anfangs projektierten Kosten in ursprünglicher Höhe von 150.000 DM hatte Kunst Kreyssig eine Ausfallshaftung zugesichert.[2284] Ohne Ausfallshaftung und darauffolgender tatsächlicher Zahlung durch Kunst wäre das Sühnezeichen-Projekt, ein Wirtschaftsgebäude für eine Einrichtung geistig behinderter Kinder und Jugendlicher im norwegischen Borkenes, nicht durchführbar gewesen.

Der schleppende Spendenfluss, den Kunst durch seine Zahlungen entscheidend kompensierte, war innerhalb der Sühnezeichen-Führung bereits gegen Jahresende 1959 Anlass für Auseinandersetzungen über die weitere Umsetzung der Sühnezeichenvorhaben. Kreyssig, der in allen seinen Unternehmungen auf die Macht des Faktischen setzte und Kunst gegenüber seine finanzielle Naivität eingestand und theologisch begründete, wollte trotz leerer Kassen expandieren.[2285] Um seiner Position innerhalb der Sühnezeichen-Gruppe zum Durchbruch zu verhelfen, nahm Kreyssig Kunst in die Pflicht und ersuchte um seine Teilnahme an einem Treffen des Führungskreises:

> Ich füge für Sie, der Sie als treuer Schutzheiliger mit unserer Sache von Geburt an vertraut sind, wie keiner sonst, folgendes hinzu: Die Sache hat, wie andere auch, ihre eigenen, strengen Wachstumsgesetze. Nur werden sie vermöge der Dimensionen der Sache sehr hart und unerbittlich spürbar. [...]Und hier ist nun der Punkt, wo ich mich mit meinem trefflichen Socius Müller-Gangloff schwer tue, um so mehr aber um Ihr Mitdenken und Ihr Verständnis bitte:
> Die Sache Sühnezeichen ist wirklich als Tatzeichen der Sinnesänderung stellvertretend für die Deutschen schlechthin. Gibt sie diesen Anspruch und diese Haltung auf, so ist sie fromme Selbsttäuschung oder Chimäre. [...] Müller-Gangloff meint, dass wir, um uns finanziell nicht zu gefährden und um kalkulatorisch exakt zu verfahren, immer nur einen Dienst durchführen sollten. [...]
> Zweck dieses neuerlichen Briefes - damit kehre ich zum Anfang zurück - ist, Sie gehörig auf die erforderliche Besprechung vorzubereiten. Bruder Müller-Gangloff hat in meiner Vertretung ... stark restriktive Maßnahmen getroffen ...
> Nach dem Stand der Dinge wird es aber mit einer Besprechung zwischen Ihnen und mir allein nicht mehr getan sein. Nach einer Vorverständigung zwischen uns würde ich vielmehr herzlich bitten, sich im zeitlichen Zusammenhang mit Rat und Kirchenkonferenz für eine Sitzung des Führungskreises der Aktion zur Verfügung zu stellen. Dort gedenke ich den oben erwähnten Standpunkt zu vertreten.[2286]

Das Treffen wurde für den 17. Dezember 1959 anlässlich eines Aufenthalts Kunsts in Westberlin in dessen Hotel am Zoo anberaumt.[2287] Der engere AS-Führungskreis war neben Kreyssig mit Erich Müller-Gangloff, Franz-Reinhold Hildebrandt sowie Kurt Scharf vertreten. Das Treffen verlief ganz im Sinn von Kreyssig, und schon knapp zwei Wochen danach konnte er sich bei Kunst erneut für eine Geldsendung bedanken. Dank Kunsts Beistand bei dieser Besprechung wurde 1960 neben der Bewässerungsanlage im

---

[2281] Gräfin Rittberg an Aktion Sühnezeichen, dat. 28. April 1959 (Übersendung eines Verrechnungsschecks über 30.000 DM) [EZA 97/940]; Briefe Kreyssigs an Kunst, dat. 17. August 1959 und 8. September 1959 [EZA 742/447]; auf ersterem befindet sich zudem ein handschriftlicher Vermerk, vermutlich von Kunsts Sekretärin, Gräfin von Rittberg: „Scheck über 30.000 geschickt am 28.8.1959“. [EZA 97/940] Mit Brief an Kunst, dat. 10. Dezember 1959 bedankt sich Kreyssig für den beigefügten Scheck [vermutlich über 10.000 DM, Anm.].
[2282] Kreyssig an Kunst, dat. 30. Dezember 1959 sowie „Übersicht über die Finanzierung des Norwegenlagers“, ohne Datum. [EZA 87/1004]
[2283] „Übersicht über die Finanzierung des Norwegenlagers“, o. D., Beilage zu Brief Kreyssig an Kunst, dat. 30. Dezember 1959 [EZA 87/1004].
[2284] Kreyssig an Kunst, dat. 31. Juli 1959. In diesem Schreiben rekapituliert Kreyssig das vortägliche Gespräch mit Kunst, in dem dieser zusicherte, er könnte „wegen der für Norwegen auf jeden Fall benötigten DM 150.000 auf Rückversicherung“ bei Kunst rechnen. [EZA 87/1004]
[2285] Kreyssig an Kunst, 10. März 1960: „Um welche finanziellen Größenordnungen es sich handeln würde, ist mir erst zu Beginn der Verwirklichung recht klar geworden. Vielleicht war das gut und barmherzig, um den Glauben nicht zu überfordern.“ [EZA 742/447]
[2286] Kreyssig an Kunst, dat. 4. Dezember 1959 [EZA 742/447].
[2287] Kunst an Kreyssig, dat. 5. und 9. Dezember 1959 [EZA 87/1004].

griechischen Servia in Norwegen eine Kirche gebaut.[2288] Im darauf folgenden Frühjahr 1960 bezeichnete Kreyssig seinen Mentor Kunst als eigentlichen Leiter von Sühnezeichen:

> So haben Sie an der Aufgabe und den Sorgen der finanziellen Bewältigung teilgehabt wie ich selbst. Wenn die Wirklichkeit des Reiches Gottes in der Geschichte vornehmlich darin besteht, dass einer fähig und bereit wird, des anderen Last zu tragen, so sind Sie in dieser Hinsicht selber der Leiter der Aktion gewesen.[2289]

Zum Jahreswechsel 1959/60, erfuhr Kunsts Rolle für die *Aktion Sühnezeichen* eine signifikante Änderung. Innerhalb der Evangelischen Kirche wandelte sich Kunsts Funktion von der eines direkten Geldgebers zu der eines Fürsprechers bzw. ‚Gütesiegels', der nicht mehr nur Mittel bereitstellte, sondern dessen Befürwortung und Fürsprache Finanzmittel zugunsten von Sühnezeichen ermöglichte.

Als sich Vertreter der *Aktion Sühnezeichen* im ersten finanziellen Krisenjahr 1962 an Mitglieder der Kirchenkonferenz – zu diesem Zeitpunkt mit Ausnahme der Vertreter vom Diakonischen Werk ausschließlich Sühnezeichen-Unterstützer der ersten Stunde – wandten, nahmen auch Kunst und seine Referentin, Gräfin Else von Rittberg an der Besprechung teil.[2290] Im Protokoll findet sich bei den zwecks Finanzierung besprochenen Projekten mehrmals der Vermerk der Einschätzung durch Kunst: „Auch Prälat Kunst befürwortet ein Sühnezeichen auf Kreta.", „Für Rotterdam wollen sich Präses Wilm und Prälat Kunst gemeinsam einsetzen.", oder im Hinblick auf die Arbeit in Osteuropa: „Auch Prälat Kunst ist an Projekten besonders in Russland und Polen außerordentlich interessiert.", während sich für Israel Kunsts Referentin Rittberg begeistern konnte: „Für Israel (Blindenheim) will Gräfin [von] Rittberg sich einsetzen. Sie wird mindestens eine Starthilfe geben."[2291] Da konnten die Vertreter des diakonischen Rates nicht zurückstehen und bewilligten einen Zuschuss aus der Sammlung „Brot für die Welt" für das Projekt in Kreta; für Israel gäbe es „vielleicht noch einen anderen Topf in Stuttgart".

Die Herkunft der Kunst'schen Finanzmittel für Kreyssig und die *Aktion Sühnezeichen* konnte während der vierjährigen Forschungen nicht eruiert werden. Kunst zeichnete direkt für die Auszahlung der Finanzhilfen in den 1950er Jahren verantwortlich, darauf deuten die Hinweise auf von Kunst ausgestellte Schecks.[2292] Die Recherche nach den eigentlichen Quellen ergab lediglich Verweise auf die damals vor dem Hintergrund des deutsch-deutschen Verhältnisses erforderliche Geheimhaltung, die das Entstehen schriftlicher Quellen verhindert hätte.[2293] Diese mythenumwobene Ansicht äußerte selbst die Leiterin des Evangelischen Zentralarchivs (EZA), Dr. Christa Stache, im August 2003 auf mehrmalige Anfrage nach Dokumenten für diese Fragestellung.[2294] Die Durchsicht von Archivabgaben, die 2004 seitens des Bevollmächtigten des Rates bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union an das EZA vorgenommen worden waren[2295], blieb ergebnislos.[2296] Der Auskunft des Kirchenverwaltungsoberrates i. R., Hartmut Restemeier zufolge, der 1986-1992 mit kirchlichen Finanztransfers von der BRD in die DDR befasst war, gab es keinen eigenen Haushaltstitel „oder

---

[2288] Kreyssig an Kunst, dat. 30. Dezember 1959; die Höhe der Geldsendung wurde von Kreyssig nicht angeführt. Wahrscheinlich handelt es sich um jene oben erwähnten 20.000 DM, die dem ersten Sühnezeichen-Projekt in Norwegen gewidmet wurde. [EZA 742/447}

[2289] Kreyssig an Kunst, dat. 10. März 1960 [EZA 742/447]

[2290] weitere Sitzungsteilnehmer (ohne die insgesamt sieben VertreterInnen der Aktion Sühnezeichen: Kurt Scharf, Ernst Wilm, Martin Niemöller, Hans Stempel, Udo Smidt, Gerhard Riedel, Christian Berg, Hans Wallmann); vgl. „Vermerk über die Besprechung der Aktion Sühnezeichen mit Herren der Kirchenkonferenz am Mittwoch, den 18.11. von 19-21 Uhr", dat. 12. Dezember 1962, gez. Franz von Hammerstein. [EZA 97/936]

[2291] Vermerk über die Besprechung der Aktion Sühnezeichen mit Herren der Kirchenkonferenz am Mittwoch, den 18.11. von 19-21 Uhr, dat. 12. Dezember 1962, gez. Franz von Hammerstein. [EZA 97/936]

[2292] „In der Anlage bekommen Sie einen Scheck. Ich weiß sonst keinen Weg, wie ich möglichst unverdächtig das Geld zu Ihnen besorgen soll. Der Scheck ist nicht auf einen Namen ausgefertigt. Auf gar keinen Fall dürfen wir ja Ihren Namen einsetzen. Ich denke aber, Sie haben außerhalb der Behörde irgendeinen persönlichen Freund, der Ihnen mit barem Geld die Behauptung diskontiert, dass die Bonität meiner Schecks außer jeder Diskussion steht." (Kunst an Kreyssig, dat. 1. Dezember 1958; [EZA 87/1004])

[2293] Selbst die Prüfberichte dieser Geschäfte wurden dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes „persönlich-vertraulich" zur Kenntnis gebracht (Volze, Armin (1991), S. 63.).

[2294] Gespräche mit Fr. Dr. Stache während des Forschungsaufenthalts in Berlin im August 2003.

[2295] Der Bevollmächtigte des Rates, Prälat Dr. Stefan Reimers, dat. 28. Juli 2004

[2296] Dr. Künzel, EZA-Archivar, via Email vom 23. November 2004.

irgendeinen Unterabschnitt, der auf finanzielle Hilfen für die *Aktion Sühnezeichen* hätte hinweisen können".[2297] Über Kunsts Referentin, Oberkirchenrätin Gräfin Else von Rittberg (1921-1997), die den Schriftverkehr mit der *Aktion Sühnezeichen* teilweise übernahm, liegen überhaupt keine Informationen vor.[2298]

Kunsts Nachfolger als Militärbischof, Heinz-Georg Binder, konnte sich zwar nicht erinnern, sich aber vorstellen, dass Zuwendungen für die *Aktion Sühnezeichen* „im Rahmen der Hilfsmaßnahmen für kirchliche Einrichtungen in der DDR" erfolgt waren.[2299] Zwei Kontakte mit Kindern Hermann Kunsts – eine Tochter war, wie oben angeführt, als Kurier eingesetzt gewesen, diese ist aber bereits verstorben – blieben erfolglos.[2300] Einen hilfreichen Hinweis gab Dr. Armin Boyens, der selbst ab „1976 als Militärdekan und Referatsleiter im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr an den jährlichen Haushaltsberatungen teilgenommen" hatte. Boyens geht davon aus, dass Kunst nicht aus den Mitteln der Militärseelsorge, die vom Haushalt der Bundeswehr und vom Haushalt der EKD stammten, und die von diesen Institutionen kontrolliert wurden, sondern seine Kontakte zu Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Industrie, Bankwesen und Politik genutzt hatte, um Geldmittel für zahlreiche Hilfsmaßnahmen zu lukrieren. Boyens bezieht sich in seinen Ausführungen allerdings nur auf die Unterstützung der in Ost-Berlin angesiedelten *Aktion Sühnezeichen* DDR. Auch Boyens, der seit Jahren zum Thema der Kirchengeschäfte publiziert[2301], hält fest, „dass keine schriftlichen Unterlagen vorhanden sind".[2302] Bei Kunsts finanziellen Ressourcen und seiner Verteilung hat es sich wenigstens in einem Fall um eine nicht dokumentierte Übergabe gehandelt. Der Gruppenleiter für das erste Sühnezeichen-Projekt in Norwegen hielt in seinen Erinnerungen fest, dass er bei seinem Berlin-Aufenthalt Ende 1959 von Kunst „ohne Quittung heimlich" 1.000 DM zugesteckt erhalten hätte, um damit der Sühnezeichen-Gruppe zu Weihnachten ein paar schöne Stunden zu machen.[2303]

In einem späteren Schreiben an Kurt Scharf erwähnte Kunst frühere Aquirierung von Finanzmittel:

> ... Ich darf Dir freilich nicht verschweigen, dass inzwischen alle meine früher ziemlich potenten Freunde entweder gestorben sind oder sich im Ruhestand befinden, in dem man nichts mehr zu sagen hat. Im Klartext heißt dies, dass ich ein armer Mann geworden bin. Die Zeiten sind vorbei, in denen ich für sechs Monate ausgesorgt hatte, wenn ich im Industrieclub in Düsseldorf einen Vortrag gehalten hatte ...[2304]

Seine über den Zeitpunkt seines offiziellen Ruhestands (1977) hinaus reichenden einflussreichen Verbindungen erwähnte er gegenüber Scharf auch einige Jahre später:

> ... die Gespräche, die ich noch mit einigen Großmogulen führe. Unter der Ägide von Gerhard Schröder kommt zum Beispiel etwa acht bis zehn Mal im Jahr ein Kreis aus Wirtschaft, Politik und Kultur zusammen, jeweils fünfundzwanzig bis dreißig Leute, bei denen es vor allem um die großen Fragen der Außen- und Wirtschaftspolitik geht ...[2305]

Konrad Weiß berichtet von mündlichen Aussagen Franz-Reinhold Hildebrandts, wonach Kreyssig ihn wiederholt um Kontaktaufnahme mit Kunst bat, damit dieser Finanzhilfen für die *Aktion Sühnezeichen* zur Verfügung stellte, und dass diese Mittel aus dem Budget der Bundesrepublik stammten.[2306]

[2297] Email Restemeier, 26. Februar 2004. Restemeier selbst war 1986-92 Finanzreferent für die Hilfsmaßnahmen der EKD und der westlichen Gliedkirchen beim Bevollmächtigten der EKD in Bonn und koordinierte die finanziellen Hilfen für Kirche und Diakonie in der DDR [Ebd.]
[2298] Gegenüber Kreyssig formulierte Kunst, „Es wird erst am Tage der Wiedervereinigung gesagt werden können, welche Meriten sie sich für die Kirchen, die Anstalten und viele Einzelpersonen in der Zone erworben hat" Kunst an Kreyssig, dat. 8. Mai 1958 [EZA 614/235]
[2299] Heinz-Georg Binder , dat. 14. Januar 2004.
[2300] Brief Friedrich Kunst vom 39. März 2004; Beate Köster, Hermann-Kunst-Stiftung, hatte Tochter Charlotte kontaktiert, Email 8. April 2004.
[2301] Vgl. Boyens, Armin. (1993).
[2302] Email Boyens an den Autor vom 2. April 2004
[2303] Typoskript, Auszug aus einem Manuskript „Notizen aus meinem Leben" von Hans-Richard Nevermann, dat. April 1988, S. 38.
[2304] Kunst an Scharf, dat 3. Januar 1982, zu diesem Zeitpunkt waren beide bereits in Pension [EZA 742/515]
[2305] Kunst an Scharf, 30. Dezember 1985 [EZA 742/515]
[2306] Weiß (1998), S. 355

Die immaterielle Bedeutung Kunsts übertrifft seine Finanzleistungen. Kunst fungierte als Gütesiegel: er intervenierte innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* für die frühe Entwicklung im Sinne Lothar Kreyssigs, mit seinem Plazet zugunsten der *Aktion Sühnezeichen* – getragen mit der Autorität seines Amtes als Bevollmächtigter – fungierte er als innerkirchliches Schutzschild gegen Angriffe auf Intention und Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen*. Als Mittler zwischen der verfassten Evangelischen Kirche und der Bundesregierung in Bonn war Kunst auch Garant für die politische Zu(ver)lässigkeit der *Aktion Sühnezeichen*. Wie das Beispiel des Projekts Rotterdam, dessen Finanzierungslücke als Druckmittel für eine Disziplinierung der Sühnezeichen-Führung eingesetzt wurde, illustriert, war Kunsts Engagement keinesfalls bedingungslos. Kunsts Einflussnahme auf Erfolg und Maßregelung der *Aktion Sühnezeichen* ist so als Steuerungsfunktion im Sinne kirchlichen wie staatlichen Durchgriffs auf die Funktion von Sühnezeichen als zivilgesellschaftliche bzw. kirchliche Task Force zur ‚Vergangenheitsbewältigung' und Versöhnungsarbeit zu verstehen.

5.2.2 Unter Kommunismusverdacht – BRD-Kritik an ASF

Zu Beginn der 1980er Jahre spaltete sich die öffentliche Meinung zur *Aktion Sühnezeichen* in der BRD wegen ihres Engagements in der Friedensbewegung. Seit Ende der 1960er Jahre hatte sich ASF aktiv am Friedensdiskurs beteiligt und versucht, die zeitgenössische Friedensthematik in ihr Versöhnungskonzept zu integrieren. Dazu zählte die Erweiterung des Freiwilligenprogramms für Kriegsdienstverweigerer, die ab 1969 Wehr-Ersatzdienst im Sühnezeichen-Programm leisten konnten. Das über Jahre hindurch im Wesentlichen innerkirchliche Sühnezeichen-Engagement erlebte mit der öffentlichen Debatte um die Rolle der BRD beim Zustandekommen und bei der Umsetzung des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses Ende 1979 eine Erweiterung. Über einschlägige Buchpublikationen und ihre Beteiligung an der Koordinierungsplattform der BRD-Friedensbewegung trat ASF aus dem ‚kirchlichen Schatten'.[2307] Der Absatz der ASF-Bücher, erhöhte Spendeneinnahmen und die große Beteiligung von ‚friedensbewegten' Jugendlichen an den von ASF (mit-)organisierten öffentlichen Kundgebungen markierten einen Höhepunkt der Sühnezeichen-Präsenz in der BRD-Öffentlichkeit.

Die *Aktion Sühnezeichen* und die *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (AGDF) waren Veranstalter der Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa am 10. Oktober 1981 in Bonn. An dieser Demonstration nahmen zwischen 250.000[2308] und 300.000[2309] Menschen teil.[2310] Die Initiative zu dieser Demonstration ging von westdeutschen (ASF, AGDF, „Krefelder Appell"), belgischen (namentlich nicht genannt) und niederländischen Friedensverbänden (Interkirchlicher Friedensrat IKV, stop de neutron bomb) aus, „um ein westeuropäisches Vorgehen gegen die neuen atomaren Mittelstreckenraketen zu erreichen". Dazu fanden Demonstrationen in Bonn (am 10. Oktober), in Den Haag (am 14. oder 21. November) und in Brüssel (12., 14. oder 15. Dezember) statt.[2311] Die Organisation wurde am Rande des Evangelischen Kirchentages am 18. und 19. Juni 1981 in Hamburg mit Vertretern von Friedensgruppen vereinbart.[2312] An der Demonstration in Bonn, die bereits im Vorfeld im Bonner

---

[2307] Auswahlliteratur: August, Jochen und ASF (1981). Frieden schaffen ohne Waffen. Aktionshandbuch; Bornheim-Merten: Lamuv Verlag (TB7); Brinkel, Wolfgang, ASF (1982), Christen im Streit um den Frieden. Beiträge zu einer neuen Friedensethik. Positionen und Dokumente; Freiburg i.Bremen: Dreisam-Verlag; Altgassen, Adi, Rabe, Karl-Klaus, ASF und AGDG (1982). Handbuch der Friedensarbeit. Wuppertal/Gelnhausen: Jugenddienst-Verlag (Handbücher für die entwicklungspolitische Aktion und Bildungsarbeit 5).

[2308] so der kritische Bayernkurier: Bonner Friedensdemonstration: Kommunisten als Drahtzieher. CDU/CSU-Anfrage im Bundestag zu den Hintergründen der Veranstaltung, Jochen Hartmann, in *Bayernkurier* vom 2. Januar 1982.

[2309] so die Angaben der Veranstalter. Vgl. Deile, Volkmar, Frey, Ulrich, Hartmann, Thomas, Meyer, Alwin und Zumach, Andreas, Bonn 10.10.1981 (1981). Bornheim: Lamuv Verlag, S. 9.

[2310] eine spätere Quelle nennt „knapp 300.000 Anhänger gegen den atomaren Rüstungswettlauf und die beabsichtigte Stationierung von Mittelstreckenraketen". Vgl. Lehmann (2002), S. 252.

[2311] Vgl. ASF „an die Gruppen, die in der christlichen Friedensbewegung aktiv sind", dat. 10. Juni 1981, gez. Peter Schüttke, Volkmar Deile [VD]

[2312] Deile, Frey, et al. (1981), S. 16

Bundestag seitens der CDU/CSU kontrovers diskutiert wurde, beteiligten sich insgesamt 600 Organisationen.[2313] Die Sprecher auf der Hauptkundgebung im Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981 kamen vor allem aus der evangelischen Kirche (Heinrich Albertz, Martin Niemöller), Politik (Erhard Eppler, Petra Kelly), Literatur (Heinrich Böll, Otmar Leist) und aus der internationalen Friedensbewegung (Robert Jungk, Greetje Witte-Rang, Randall Forsberg, Coretta King). Im Aufruf zur Demonstration wandten sich die Veranstalter gegen die Stationierung neuer Atomwaffen und gegen die Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in Europa und befürworteten Abrüstungsverhandlungen sowie ein atomwaffenfreies Europa.[2314]

Die bis zu diesem Zeitpunkt größte Demonstration in der BRD [2315] wurde von der CDU/CSU-Fraktion im Bonner Bundestag zum Anlass einer „Kleinen Anfrage“ an die Bundesregierung genommen, in der die „Beteiligung der DKP [Deutsche Kommunistische Partei], ihrer Nebenorganisationen und von ihr beeinflusster Organisationen bei der Vorbereitung und Durchführung der Anti-Rakten-Demonstration in Bonn am 10. Oktober 1981“ unterstellt wurde.[2316] Der Hauptverdacht der CDU/CSU-Anfrage bezog sich auf die Urheberschaft der Friedensdemonstration während einer Tagung „des Büros des von der DKP initiierten und gesteuerten Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) in Bonn“. Aus dem Sühnezeichen-Umfeld wurden Andreas Zumach (ASF-Inlandsreferent), der im Dezember 1980 verstorbene Volker von Törne (wegen seiner Vorstandsmitgliedschaft in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft), Volkmar Deile (zu Unrecht der Mitgliedschaft der Christlichen Friedenskonferenz bezichtigt), Marina Stütz (ASF-Kuratoriumsmitglied, entsandt von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, angeblich Zirkelleiterin bei der DKP-Nebenorganisation „Marxistische Arbeiterbildung“), Axel Preuschoff (Mitglied des Kreisvorstandes der SEW-Spandau) und schließlich eine Eigenannonce in der ASF-Zeitschrift *Zeichen*[2317], in der die Stelle eines ASF-Geschäftsführers mit der Erwartung ausgeschrieben wurde, dass der Bewerber u.a. der Bekämpfung des Anti-Kommunismus positiv gegenüber stünde, angeführt und eine Affinität mit der KPdSU und der SED abgeleitet.[2318]

Die von Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum (FDP) verantwortete Beantwortung der Kleinen Anfrage[2319] folgte über weite Strecken der Stellungnahme der *Aktion Sühnezeichen*, die die Unabhängigkeit der Veranstaltung von den kommunistischen Parteien und Verbänden hinsichtlich Idee, Programm und Finanzierung der Friedensdemonstration betonte.[2320] In der allgemeinen Einleitung zur Anfragebeantwortung folgte der Innenminister dem Duktus der AFS, wobei er zusätzliches Pathos einfließen ließ:

> Die Bundesregierung hält nichts von einer Grundhaltung, sich vor allem mit denjenigen zu beschäftigen, die Extremisten sind, das Anliegen der anderen Teilnehmer aber zu verdrängen. Eine solche Tendenz ist bei denjenigen erkennbar, die hier undifferenziert von „Volksfront“ sprechen. Es gibt keine Alternative zur Verständigung, zum Zuhören, zum Aufeinanderzugehen und zum Miteinanderreden. Sonst kann es weder im Inneren noch zwischen den Völkern Frieden geben.[2321]

Mit dem Ende der sozialliberalen Regierung nahmen die Angriffe auf die *Aktion Sühnezeichen* und ihre Vertreter zu, wobei inhaltlich kaum neue Fakten bekannt wurden. Der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz über den „Einfluss orthodoxer Kommunisten und ihres Umfeldes auf christliche Kreise in der ‚Friedensbewegung‘“ merkt an, dass „diese Einschätzung“ – gemeint ist eine öffentliche

---

[2313] Ebd., S 18f.
[2314] auszugsweise zitiert nach ebd., S. 7
[2315] Lehmann (2002), S. 252
[2316] Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1137, dat. 4. Dezember 1981 [VD]
[2317] *zeichen* Nr. 3/September 1981
[2318] Kleine Anfrage ... Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1137, dat. 4. Dezember 1981 [VD]
[2319] Bundesinnenminister Baum an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, dat. 19. Januar 1982 (GZ IS 2-616 080-3/1); Antwort der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1287, dat. 20. Januar 1982 [VD]
[2320] Antwort der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) auf die „Kleine Anfrage der CDU/CSU“ vom 4. Dezember 1981, dat. 16. Dezember 1981 [VD]
[2321] Bundesinnenminister Baum an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, dat. 19. Januar 1982 (GZ IS 2-616 080-3/1) [VD]

Aussage Zumachs, wonach er „Kommunisten“ ausdrücklich zur Friedens- und demokratischen Bewegung zählte – „für weite Teile der ASF, in der vereinzelt kommunistische Funktionäre mitarbeiten, charakteristisch zu sein“ scheint. Die Verfassungsschützer folgerten:

> Da ASF und AGDF keine „Berührungsängste“ gegenüber Kommunisten zeigen, kommen sie der bündnispolitischen Strategie der DKP entgegen, die unter dem Motto „Gemeinsames betonen – Trennendes zurückstellen“ möglichst viele „Kämpfer“ gegen die NATO-Nachrüstung vereinen will. Auch für die Zukunft ist mit gemeinsamen Aktionen zu rechnen, Ansätze dazu wurden bereits erörtert.[2322]

Eine Dokumentation des Arbeitskreises Deutschland- und Außenpolitik der CSU unter Vorsitzendem Franz Ludwig Graf Stauffenberg aus 1983 bezog sich ebenfalls auf die ‚Erkenntnisse’ im Zuge der Demonstration vom 10. Oktober 1981 und wiederholte die Vorwürfe kommunistischer Affinitäten von Sühnezeichen-Mitarbeitern.[2323] Zur gleichen Zeit warnte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Carl-Dietrich Spranger (CSU) vor leitenden Polizeiführern und „Platzkommandanten der gefährdeten Standortbereiche“ in der Polizei-Führungsakademie Hiltrup vor zunehmender Gewaltbereitschaft der Friedensbewegung, wobei er religiös motivierten Anhänger der Friedensbewegung „erschreckende Realitätsferne“ attestierte. Als Beispiel führte er die ASF an, deren Geschäftsführer „geistig-politische Entwicklungshilfe für die bisher ergebnislos nach einer eigenen Identität suchenden deutschen Kommunisten“ betrieben.[2324] Differenzierter urteilte das Bundesamt für Verfassungsschutz; demzufolge ist „die ASF, in der vereinzelt kommunistische Funktionäre mitarbeiten [...] keine linksextremistische Organisation, unterstützt jedoch auch von orthodoxen Kommunisten geförderte Aktionen“.[2325] Der mediale Ausläufer der wiederholt aus CSU/CDU-Kreisen angeführten personellen wie institutionellen Verbindungen ASF-DKP reichte bis 1985, als der *Rheinische Merkur* der *Aktion Sühnezeichen* im Titel eines Abrisses über „Geschichte und Praxis der Aktion Sühnezeichen“ attestierte „Auf dem linken Auge ist man blind“.[2326]

Die Auslandsaufklärung der DDR-Staatssicherheit registrierte die bundesdeutschen Vorwürfe und skizzierte in einer Analyse über Pläne und Maßnahmen zur antikommunistischen Einflussnahme auf die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. 1983, „dass derzeit seitens konservativer Kreise massiv auf eine antikommunistische und insbesondere gegen die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten gerichtete Umfunktionierung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste [...] Einfluss genommen wird“.[2327] Auf den Westberliner Sühnezeichen-Geschäftsführer Volkmar Deile wäre demnach Einfluss ausgeübt worden, die Auslandsarbeit der ASF in Richtung Etablierung „‚staatsunabhängiger Friedensbewegungen’ in den sozialistischen Staaten“ zu lenken. „In den Beziehungen zur DDR soll diesbezüglich die Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen“ in Ostberlin „aktiviert und genutzt werden“. Die angeblich aus diesem Grund erfolgte Berufung eines neuen Geschäftsführers der ASF, Wolfgang Brinkel[2328], der wiederholt in die DDR gereist war (1981 zwei Reisen, 1982 bereits acht), diente als Beleg für den Verdacht einer verstärkten Infiltration.[2329] Knapp vier Monate nach dieser Analyse schien sich der Verdacht zu bestätigen, als Vertreter der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* (u.a. Kurt Scharf, Wolfgang Brinkel, Volkmar Deile, Johannes Müller) zur von der Ostberliner ‚Schwesterorganisation’ organisierten 25-Jahr-Feier der Gründung der *Aktion Sühnezeichen* am 30. April 1983 nach Magdeburg anreisten. Die

---

[2322] Bundesamt für Verfassungsschutz, dat. 1. Dezember 1982, GZ III A 31-085-S-70 031-1/82 [VD]
[2323] Informationen zur Deutschlandpolitik der CSU, Heft XIX, Frieden-Freiheit-Sicherheit [VD]
[2324] CSU-Politiker sieht „Realitätsferne“ bei der Friedensbewegung. Spranger: Aktion Sühnezeichen unterstützt Kommunisten, epd ZA Nr. 59 vom 24. März 1983 (345/24.03.83) [VD]
[2325] Bundesamt für Verfassungsschutz, Bericht vom 1. Dezember 1982, veröffentlicht: Versuche linksextremistischer Einflussnahme auf den 20. Deutschen Evangelischen Kirchentag, *Innere Sicherheit*, Nr. 67, vom 3. Juni 1983, S. 3.
[2326] Geschichte und Praxis der Aktion Sühnezeichen: Auf dem linken Auge ist man blind, Peter Meier-Bergfeld, in *Rheinischer Merkur/Christ und Welt*, 16. März 1985, S. 5 [VD]
[2327] Typoskript Pläne und Maßnahmen zur antikommunistischen Einflussnahme auf die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., HV A, Abt. IX, dat. Januar 1983, o.A. [BStU MfS ZMA XX/1693]
[2328] Brinkel war Nachfolger des Ende 1980 verstorbenen ‚säkularen’ Geschäftsführers Volker von Törne; seine Amtszeit überschnitt sich mit jener Deiles, der bis 1984 ‚geschäftsführender Pfarrer’ der ASF war.
[2329] Ebd.

bei dieser Veranstaltung von Friedrich Magirius verlesene gemeinsame Erklärung der beiden Aktionen Sühnezeichen anlässlich des 25-jähigen Bestehens wurde vom MfS als „gesamtdeutsche Erklärung“ registriert und vorgeschlagen, dass ein leitender Mitarbeiter der DSKF eine Aussprache mit dem Direktor des Diakonischen Werkes in der DDR, Oberkirchenrat Petzold führen sollte.

> „Bei dieser Aussage wird zum Ausdruck gebracht, dass die Veranstaltung in Magdeburg Tendenzen erkennen lasse, die im Widerspruch zu Grundpositionen der Politik von Partei und Regierung in Kirchenfragen stehen. Es sei mit Befremden festzustellen, dass sich kirchliche Amtsträger der DDR in Anwesenheit ökumenischer Gäste in unzulässiger Weise in staatliche Belange einzumischen versuchen. In diesem Zusammenhang ist auf die zunehmend politisch tendenziöse Berichterstattung des epd hinzuweisen.“[2330]

Das von der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* ausgehende Bedrohungspotenzial war für die DDR-Staatssicherheit eine langjährig verfolgte erkenntnisleitende These. So findet sich die „Aktion Sühnezeichen, BRD“ in einer vom Minister für Staatssicherheit, Generaloberst Erich Mielke, 1977 an die Leiter aller Diensteinheiten versandten Information als eine von drei genannten „klerikalen Einrichtungen“, deren Tätigkeit die Einschätzung durch das MfS widerspiegeln würden, wonach „besonders in jüngster Zeit die Aktivitäten konterrevolutionärer, feindlich-negativer Gruppierungen und Kräfte in einigen sozialistischen Staaten an Umfang und Intensität zugenommen“ hätten.[2331] Anlässlich des bevorstehenden Jahrestreffens der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* Ende 1981 wurde der unspezifische Verdacht mit der Rolle der Westberliner ASF beim Zustandekommen der Friedensdemonstration in Bonn in Verbindung gebracht. „Politisch-negative Kräfte von ‚AS’ in der BRD“ würden versuchen, dieses Engagement „dahingehend zu nutzen, dass ‚AS’ in der DDR Bereitschaften zu ähnlichen Aktivitäten entwickelt“. Über die Einladung „negativer klerikaler Kräfte aus der VR Polen und der CSSR“ wäre das „Ziel der informatorischen Abschöpfung zu politischen und sog. klerikalen Problemen sowie des Aufbaus und der Gestaltung solcher rechtswidriger Kontaktverbindungen“ beabsichtigt.[2332]

Das Engagement der *Aktion Sühnezeichen* als Wortführer und Veranstalter im „Koordinierungsausschuss“ der Friedensbewegung endete in der BRD im November 1984, als sich die ASF aus dem vielfältig zusammengesetzten Gremium – gemeinsam mit sieben anderen christlichen Mitgliedsgruppen – zurückzog.[2333] Schon Anfang 1982 hatte die ASF einen oppositionellen Kurs gesteuert, als der Koordinierungsausschuss anlässlich des Staatsbesuchs von US-Präsident Ronald Reagan am 10. Juni 1982 eine Demonstration in Bonn plante. Für die ASF war die „Anti-Reagan-Kundgebung“ eine „unpolitische Personalisierung der zu kritisierenden Umstände“.[2334] Aus der von den DDR-Archivunterlagen gestützten Perspektive des vormaligen Militärdekans Armin Boyens liest sich die Aussage Deiles und die Position der *Aktion Sühnezeichen* genau umgekehrt. Demnach richtete sich die Aussage Deiles, wonach „Wer die Welt nach West und Ost in Gut und Böse aufteilt“ den „erbitterten Widerstand“ der Friedensaktivisten zu erwarten hätte, als Adresse an die Reagan-Administration in den USA.[2335] In den von Boyens aufgearbeiteten DDR-Unterlagen über die Infiltration der bundesrepublikanischen Friedensbewegung(en) durch die DDR bzw. SED werden die Westberliner *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* und in einem Fall auch die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* als

---

[2330] Information Nr. 314/83 Veranstaltung der „Aktion Sühnezeichen“ in der DDR am 30.4.1983 in Magdeburg, dat. 5. Mai 1983, o.A. [BStU MfS, HA XX/4 Nr. 1227]

[2331] Mielke an Diensteinheiten, Leiter, dat. 14. März 1977, Tgb.-Nr. BdL/484/77. Diesem Schreiben beigelegt war die neunseitige Zusammenfassung von Hinweisen über Aktivitäten antisozialistischer, feindlich-negativer Kräfte in einigen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und über in diesem Zusammenhang erfolgte Reaktionen und Aktivitäten führender westlicher Kreise und einiger kommunistischer Parteien kapitalistischer Staaten [BStU MfS BdL/Dok Nr. 006040

[2332] Information zur Tätigkeit der „Aktion Sühnezeichen“ in der DDR im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen 1981 in Berlin, o.A. Hauptabteilung XX/4, dat. 5. Dezember 1981 [BStU MfS BV Chemnitz [Karl-Marx-Stadt] XX-339; Bl. 84f.]

[2333] Bewegung von unten oder Steuerung von oben: Friedensfunktionäre wegen des Koordinierungs-Ausschusses heillos zerstritten, Dirk Cornelsen, in *Frankfurter Rundschau*, 28. November 1984

[2334] Zum Besuch Reagans wollen wieder über hunderttausend in Bonn demonstrieren: Vorkehrungen in der „Friedensbewegung“/Das Thema Polen, in *FAZ*, 26. Februar 1982

[2335] Boyens (1995), S. 458

willige Handlanger in der über die Deutsche Kommunistische Partei beeinflusste Friedensbewegung bezeichnet.[2336] Boyens unterlässt eine quellenkritische Analyse, die berücksichtigen müsste, dass die Berichte des ZK der SED über die erfolgreiche Infiltration der Friedensbewegung in der BRD sowohl den hohen finanziellen Aufwand rechtfertigen mussten als auch auf die aktuelle öffentliche Debatte in der BRD Bezug nahmen. So könnte die öffentliche Diffamierung der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* in der BDR eine Vereinnahmung im zitierten Bericht des MfS aus 1983 begünstigt haben. Nach der derzeitigen Aktenlage erscheint es unwahrscheinlich, dass die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* bei ihrem Engagement im Koordinierungsausschuss für die BRD-Friedensbewegung 1981-1984 tatsächlich unter dem Einfluss der Westpolitik der SED stand. Ebenso ist auch die von der DDR-Stasi axiomatisch eingesetzte ‚Infiltrationsthese' nicht haltbar.

5.3 Vom westlichen Imperialismus bis zur Anerkennung: ASZ und DDR

> Die Aktion Sühnezeichen in der DDR war wohl zu keiner Zeit Opposition, wenngleich sie vom SED-Staat behindert und gehasst wurde. Erst ganz zuletzt wurde sie freundlich geduldet – geduldet um den Preis des Verrats durch ihren letzten Leiter, der einer der unbekümmerten Kollaborateure war. Aber bis dahin, sowohl unter Lothar Kreyssig als auch unter seinen Nachfolgern Christian Schmidt und Friedrich Magirius, war sie eine Schule der Opposition, in der junge Menschen eigenständiges und unangepasstes Denken und Handeln lernten und praktizierten. Und das ist einem totalitären Staat viel, wenn nicht alles.[2337]

Die SED-regierte DDR operierte gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* sowie gegenüber einzelnen Vertretern bzw. Aktivisten auf zwei Ebenen. Die offiziellen regierungsamtlichen Kontakte liefen über die 1957 eingerichtete Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (DSKF).[2338] Die zweite Ebene nahmen Operationen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und seiner regionalen Dienststellen ein.[2339] Zwischen diesen ‚Polen' staatlichen Operierens waren das Außenministerium, die verschiedenen Bezirksstellen der Volkspolizei sowie Magistrats- und Bezirksämter mit der *Aktion Sühnezeichen* befasst. Im Hintergrund der offiziellen Behördenstrukturen wirkten SED-Parteistrukturen, von der Abteilung für Kirchenfragen im Zentralkomitee der SED bis hin zu deren Bezirksstellen, über die die Steuerung der vielfältigen Maßnahmen zur Kontrolle und Einflussnahme erfolgten. Wie gegenüber den Kirchen und ihren Verbänden insgesamt wurde auch gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* das doppelte Spiel offizieller Politik, inszeniert in Verlautbarungen und Gesprächen, und inoffizieller Unterwanderung betrieben.[2340]

Die Strategien der DDR-Behörden zielten während der 1960er Jahre darauf ab, die *Aktion Sühnezeichen* als gesamtdeutsches, von der BRD gesteuertes Unternehmen zu definieren und zu bekämpfen. Die „Zentrale der Aktion Sühnezeichen in Westberlin" zählte für das Ministerium für Staatssicherheit 1962 zu den westlichen politisch-klerikalen Zentren, die die „spezielle Aufgabe der Schaffung von Stützpunkten in den sozialistischen Ländern unter antifaschistischer Legende übernommen" hätte.[2341] Mehrere umfassende MfS-Berichte versuchten, Querverbindungen zwischen den handelnden Akteuren in Ost- und Westberlin auf eine ‚konspirative Unterwanderung' der DDR hin zu konstruieren. Verwandtschaftliche

---

[2336] Ebd.; vgl. vor allem Berichte des Leiters der Westabteilung des ZK der SED und Kandidat des Politbüros zum ZK der SED, Herbert Häber, an Honecker, dat. 12. Oktober 1981, dat. 1. Oktober 1984 [zit. nach ebd., S. 450, 458]

[2337] Weiß (1998), S. 367

[2338] 1957 als „Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen" gegründet. Die Dienststelle unterstand der Abteilung bzw. Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim ZK, die den Staatssekretär „anleitete". Die vorangestellte Bezeichnungen „Dienststelle" für das Staatssekretariat sowie die Bezeichnung „Arbeitsgruppe" für die Abteilung für Kirchenfragen beim ZK, die jeweils 1957 eingeführt worden waren, sollten die Befristung dieser Stellen bezeichnen. Goerner, Martin Georg. Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK-Apparat der SED, In Vollnhals, Clemens, Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit (1996). Berlin: Links. S. 59-78, S. 74ff.

[2339] Die Spezifika der Existenz des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und die Besonderheiten hinsichtlich der Forschungsbedingungen werden in einem Exkurs im Anhang ausgeführt. Hinsichtlich der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* ist anzumerken, dass eine versuchte Einflussnahme durch den Westberliner SED-Ableger SEW nicht recherchiert wurde und ein offenes Desiderat für künftige Forschungen darstellt.

[2340] Vollnhals, Clemens. Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, In Vollnhals, Clemens, Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit (1996). Berlin: Links. S. 79-119, S. 79f.

[2341] Information zu einigen Zentren der politisch-klerikalen Ostforschung und deren Repräsentanten, 16.5. 1962 [BStU MfS HA XX/4 Nr. 1914]

wie persönliche Beziehungen wurden als Beleg für diese These angeführt. Eine Analyse der *Aktion Sühnezeichen* aus 1964 führte nur zwei Beteiligte aus der DDR namentlich an (Lothar Kreyssig und die Sekretärin Elisabeth Gürtler), aus der BRD wurden jedoch 25 Namen genannt. Personelle und institutionelle Verbindungen der Gründer, Leiter und Mitarbeiter wurden als „geheimdienstlich gebunden" oder zumindest als „engsten Kontakt" mit „Vertretern imperialistischer Geheimdienste" interpretiert, wobei mittels einer kruden Konstruktion eine lineare Verbindung zwischen den Sicherheits- und Geheimdiensten des Dritten Reiches (v.a. vormalige Angehörige des Sicherheitsdienstes und „Spitzenagenten des Canaris- und US-Geheimdienstes") und zeitgenössischen deutschen und amerikanischen Geheimdienstaktivitäten hergestellt wurde. Vornehmlich über Bekanntschaften und Verwandtschaften würden diese Verbindungen unmittelbar in die Führungsgremien der *Aktion Sühnezeichen* reichen.[2342] Die personellen und institutionellen Verbindungen fügten sich dem MfS zufolge auch ideengeschichtlich in ein passendes Konstrukt, weil

> die Organisatoren der ‚AS' in engen Beziehungen zu Personen und Organen der imperialistischen Außenpolitik des Bonner Staates stehen und in getarnter und geschickter Weise für seine außenpolitische Propaganda wirksam sind. Sie haben in diesem Zusammenhang die Aufgabe, zur Verharmlosung des westdeutschen Militarismus besonders unter der Bevölkerung derjenigen Länder beizutragen, die seit langem Interessensgebiete des deutschen Imperialismus sind.[2343]

In das Bild des MfS von der *Aktion Sühnezeichen* passte die Erkenntnis, „dass diese Organisation vom Kirchlichen Außenamt in der BRD und mit Zuschüssen vom Bonner Auswärtigen Amt finanziert und unterstützt wurde."[2344] Für die Analytiker des MfS ergaben sich daraus folgende Schlussfolgerungen:

> Erstens: die „Aktion Sühnezeichen wird nachweisbar geheimdienstlich gesteuert. Der nach außen zur Schau gestellte Sühnecharakter ihrer Arbeit ist eine sehr geschickt gewählte Legende.
> Zweitens: die geheimdienstlichen Pläne für die Ausnutzung dieser „Aktion Sühnezeichen" sind offenbar langfristiger Art.
> Hinter ihnen stehen die Interessen der sogenannten gemäßigten Fraktion des Imperialismus [...], die eine innere Aufweichung der sozialistischen Länder anstreben ...[2345]

Der Duktus in den MfS-Texten über die *Aktion Sühnezeichen* wurde bis einschließlich 1969 aufrecht erhalten. Anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR verfasste das MfS eine 144 Seiten umfassende Analyse mit dem programmatischen Titel Aufbau, Funktion, Ziele und Tätigkeit der „Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste e.V. (Westberlin) im System der politisch-ideologischen Kampfführung des westdeutschen Imperialismus gegen die sozialistische Staatengemeinschaft.[2346] Die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* wurde als Zweigstelle der Westberliner „Zentrale" beschrieben, die sich geschickt an die Verhältnisse in der DDR angepasst hätte, um ihre feindlichen Ziele zu verwirklichen:

> Deutlich ist ersichtlich, dass besonderer Wert auf die Gewinnung junger Menschen gelegt wird, die nicht unbedingt christlich engagiert sind. Um diese Jugendlichen jedoch auch über die erste Begeisterung hinaus, durch einen Einsatz z.B. in einer polnischen Gedenkstätte etwas mit Sühne für die Hitlerverbrechen getan zu haben, auch weiter unter Kontakt und Einfluss der Aktion Sühnezeichen halten zu können, musste die Leitung der AS in der DDR ihr Auftreten und ihre offizielle Haltung dem sozialistischen Staat gegenüber ändern. Sie konnte nicht mehr offen reaktionär auftreten, weil sie bei den jungen Menschen dann nach und nach an Glaubwürdigkeit verloren hätte. Sie mussten als „Christen im Sozialismus" loyal und positiv auftreten.[2347]

„Die vorhandenen inoffiziellen Materialien" würden zudem „beweisen, dass die Vorbereitung und Durchführung der Auslandseinsätze der ‚*Aktion Sühnezeichen*' konspirativ erfolgt[en]. Aus diesen Unterlagen geht hervor, dass wichtige Post [...] überwiegend durch Kurier befördert wird und

---

[2342] vgl. Typoskript Analyse der „Aktion Sühnezeichen", dat. 2. April 1964 [BStU MfS HA XX/4 301/1676]
[2343] Ebd.
[2344] Ebd.
[2345] Ebd.
[2346] Operative Dokumentation der Hauptabteilung XX/4, dat. 30. September 1969, 144 Seiten (zuzügl. 142 Seiten Dokumente und 10 Seiten Listen und Karteien) [BStU MfS – HA XX/4 Nr. 1477, das verwendete Material ist registriert unter MfS - HA XX/4 Nr. 2278]
[2347] Ebd. S. 52

Telefongespräche [...] vermieden werden".[2348] Aus dem umfangreichen Dossier über die *Aktion Sühnezeichen* wurde ein spezieller Teil herausgefiltert und zu dem Elaborat Tätigkeit der ‚Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste e.V.' gegen die Volksrepublik Polen ausgearbeitet.

> Die „Aktion Sühnezeichen" ist eine geschickt getarnte und raffiniert arbeitende kirchliche Organisation im System der psychologischen Kriegsführung und der ideologischen Diversion des westdeutschen Imperialismus.
> Sie hat die Aufgabe, das Misstrauen der verschiedenen Völker gegen die aggressiven Pläne der Bonner Regierung zu zerstreuen. Dabei konzentriert sie sich vorwiegend auf die Länder, die seit Jahrzehnten als Interessensgebiete des deutschen Imperialismus bekannt sind.
> Als integrierter Bestandteil der feindlichen „neuen Ostpolitik" der Bonner Regierung wird die „Aktion Sühnezeichen" gegenüber den sozialistischen Ländern Europas, insbesondere der DDR, der VR Polen, der Sowjetunion und der ČSSR immer aktiver.[2349]

Die Perzeption der *Aktion Sühnezeichen* als westlich gesteuertes geheimdienstliches Unterfangen zur Unterwanderung der DDR und anderer sozialistischer Staaten wandelte sich mit der offiziellen Teilung der Gremien und Institutionen der Evangelischen Kirche auf DDR-Territorium, die sich 1969 formell aus der EKD abspalteten und den *Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK)* gründeten. Die bereits ab Ende 1966 formalrechtlich als Fachverband des Diakonischen Werkes agierende *Aktion Sühnezeichen* in der DDR wurde nun als eigenständige kirchliche DDR-Organisation wahrgenommen. Die Kontrolle und Einflussnahme unter dem geänderten Konstrukt ließ sich um einiges effektiver umsetzen, nicht zuletzt deswegen, weil es den tatsächlichen Gegebenheit näher kam als die frühere These einer von außen gesteuerten Geheimdienstoperation. Die *Aktion Sühnezeichen* wurde über gezielte Interventionen beim Dachverband Diakonisches Werk und beim BEK zum Spielball im Verhältnis DDR-Evangelische Kirche. Der Sühnezeichenleitung war die Dramatik dieser Entwicklung durchaus bewusst. Anfang 1971 hielt Christian Schmidt fest: „Offenbar ist staatlicherseits der Hinweis gegeben worden, dass sich das Klima zwischen Staat und Kirche an der Frage Sühnezeichen erheblich entscheiden kann."[2350] Auch die Strategie der staatlichen Behörden, über das Ministerium der Staatssicherheit gegen die *Aktion Sühnezeichen* vorzugehen, wurde zu diesem Zeitpunkt richtig eingeschätzt:

> Gleichzeitig hören wir, dass Organe der Staatssicherheit Mitglieder des Leitungskreises in internen Gesprächen über Sühnezeichen befragen, offenbar in der Absicht, zu untersuchen, ob Sühnezeichen gegen Sicherheit und Ordnung unseres Staates verstößt. Es könnte durchaus sein, dass die Sicherheitsorgane für das Vorgehen der übrigen Staatsorgane die Beweismittel zu erbringen hat [!].[2351]

In zumindest einem Fall wurde die *Aktion Sühnezeichen* über eine Publikation außerhalb der Kirche vorgeführt: in der *Wochenpost* fand sich Mitte 1971 – zeitgleich mit einer konzertierten innerkirchlichen Bedrohung der organisatorischen Existenz – eine Meldung, die darauf abzielte, den Ruf der *Aktion Sühnezeichen* zu beschädigen. Die Zeitung berichtete von der Überlassung der Tantiemen durch Albert Speer für die hebräische Übersetzung seiner Erinnerungen. Die Meldung schloss mit dem Reim

> Schuld und Sühne -
> Gottesgaben
> fürs Geschäft
> wie Soll und Haben.[2352]

Die Chronologie staatlichen Handelns gegenüber *Aktion Sühnezeichen* lässt sich in sechs Phasen gliedern:

[2348] Ebd.
[2349] Information. Tätigkeit der „Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste e.V." gegen die Volksrepublik Polen, dat. 17. November 1969 [BStU MfS HA XX/4 1191] Ob eine aus dieser Information erstellte Konzeption fü eine Konsultation mit den polnischen Sicherheitsorganen (dat. 21. November 1969) [Ebd.] eine Umsetzung fand, konnte nicht verifiziert werden.
[2350] Vermerk, dat. 1. Februar 1971, gez. Christian Schmidt [EZA 97/33]
[2351] Ebd.
[2352] *Wochenpost* 18 (1971) 29 vom 16. Juli 1971, S. 11 [EZA 97/895] Ob eine auf diese Veröffentlichung bezugnehmende Anfrage an Christian Schmidt von DDR-Behörden, d.h. seitens des Ministeriums für Staatssicherheit, gesteuert war, konnte nicht verifizieren werden; vgl. Schmidt an Peter Gierke in Halle-Neustadt, dat. 18. November 1971 [EZA 97/895]

1. 1958-1962: Versuch der Verhinderung und Auflösung, schließlich Beschränkung auf innerkirchlichen Raum innerhalb der DDR, Beginn der Operativen Personenkontrolle durch das MfS (OPK) „Patron“ gegen Särchen, Fortführung der Observierung Kreyssigs; eine kurzzeitig bei der *Aktion Sühnezeichen* beschäftigte Sekretärin berichtete dem MfS als Inoffizielle Mitarbeiter
2. 1963-1964: Ignorieren der Existenz durch die offiziellen Regierungsstellen und zugleich intensivierte Überwachung Kreyssigs und der *Aktion Sühnezeichen* in Ost- und in Westberlin durch das MfS. Der Referent in der DSKF, Hans-Joachim Seidowsky, zugleich inoffizieller MfS-Mitarbeiter, wird auf Müller-Gangloff und Kreyssig angesetzt.
3. 1965-1969: „Kalter Krieg“, kaum offizielle Kontakte, die Ausgrenzung Kreyssigs durch sämtliche staatliche Organe wird strikt eingehalten. In Dresden wird 1965 ein behördlich genehmigter Einsatz britischer Jugendlicher abgehalten; Einsätze in Polen und der Tschechoslowakei sind über private Visa möglich, ab 1967 Verbot dieser Auslandseinsätze. Seitens des MfS wird eine konzertierte „Zersetzungsaktion gegen die revisionistische kirchliche Organisation ‚*Aktion Sühnezeichen*‘“ zur Behinderung ihrer „Tätigkeit gegen die sozialistischen Staaten“ durchgeführt.[2353]
4. 1969-1973: MfS-Schwerpunktsetzung gegen die *Aktion Sühnezeichen* in beiden Staaten anlässlich des 20. Jahrestags der DDR – anonyme diffamierende Schreiben; Versuch der innerkirchlichen Ausgrenzung der *Aktion Sühnezeichen* mittels „Operativen Vorgangs Elster“ unter (Aus-)Nutzung hochrangiger kirchlicher Inoffizieller Mitarbeiter des MfS mit dem Ziel der Auflösung.
5. 1974-1983 Duldung bei gleichzeitiger engmaschiger Überwachung und Gängelung, zumeist auf regionaler Ebene; bilaterale Übereinkommen mit den ‚sozialistischen Bruderstaaten’ erleichtern inoffizielle Auslandsaktivitäten in Polen (bis zur Einführung des Kriegsrechts 1981), Tschechoslowakei und Ungarn; Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern aus Büro („IM Hermann Schneider“) und Leitungskreis („IM Wolfes“ bzw. „IM Magdalene“) der *Aktion Sühnezeichen*.
6. ab 1984 zunehmende Akzeptanz bei gleichzeitiger formeller und anhaltender ‚informeller’ Einflussnahme; Leiter Werner Liedtke wird seitens des MfS als „IM Werner“ bzw. „IM Albert“ geführt. Jahrestreffen der *Aktion Sühnezeichen* werden systematisch durch die Beauftragung mehrerer inoffizieller Mitarbeiter in der Vorbereitung und in der Durchführung überwacht.

Die Methoden staatlicher Kontrolle und Einflussnahme seitens der DDR-Behörden auf die *Aktion Sühnezeichen* waren vielgestaltig und umfassten:

- Überwachung und Einflussnahme durch inoffizielle Mitarbeiter des MfS
- Anonyme Briefe (1969/1970) und anonyme Anrufe (1972)
- Vorladungen bei der DSKF
- Strafbescheide und wiederholte behördliche Erhebungs- und Strafverfahren, vor allem durch den Magistrat von Groß-Berlin
- Instrumentalisierung übergeordneter kirchlicher Instanzen (ab 1969)
- Personenkontrollen von Sühnezeichen-Beteiligten durch das MfS, Zollwache und den Grenzschutz, Hausdurchsuchungen, Abfangen von Postsendungen
- Vor und während der Sommerlager: Gängelung durch regionale Behörden

Die verschiedenen Partei- und Staatsorgane stimmten ihre Haltungen und Maßnahmen gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* ab. Im Rahmen der Recherche wurde in einem Fall auch die Dokumentation einer

---

[2353] so die Erfolgsmeldung aus dem für die Evangelischen Kirchen in der DDR zuständigen Referat I der Hauptabteilung XX/4 in einem Bericht über Erfüllung der Verpflichtungen der Mitarbeiter der Hauptabteilung XX/4 zu Ehren des 20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik: Verpflichtungen der Hauptabteilung XX/4, dat. Oktober 1969 [zit. nach Besier, Gerhard und Wolf, Stephan, "Pfarrer, Christen und Katholiken". Das Ministerium für Staatssicherheit und die Kirchen (1992). Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlag des Erziehungswesens, S. 284-295]. Seitens der BStU wurden die diesem Bericht zugrunde liegenden Zersetzungsmaßnahmen keine Unterlagen vorgelegt; zu vermuten ist, dass sich die Ausführungen auf das im Oktober 1966 gegenüber der Aktion Sühnezeichen seitens des Staatssekretariates für Kirchenfragen formell erklärte Verbot der Einsätze in Polen und in der Tschechoslowakei bzw. von polnischen und tschechoslowakischen Staatsbürgern in der DDR bezieht.

Absprache gefunden: dem MfS war bekannt geworden, dass beim bevorstehenden Jahrestreffen 1977 eine Veranstaltung mit dem Künstlerpaar Klaus Schlesinger und Bettina Wegner geplant war. Schlesinger wurde mit einem von ihm verfassten Text über einen jüdischen Friedhof, Wegner mit jiddischen Liedern angekündigt. In der Information des MfS unmittelbar vor dem Jahrestreffen wurde festgehalten, dass seitens der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED und seitens des Staatssekretariats für Kirchenfragen, „die entsprechend informiert sind", keine Einwände gegen die Durchführung dieser Veranstaltung vorlägen. „Da die Aktion Sühnezeichen sich auch in der Vergangenheit u.a. bereits mit der Judenverfolgung in der Zeit des Faschismus befasste, wird vorgeschlagen, gegen die Veranstaltung und das Auftreten der o.g. Personen keine offiziellen staatlichen Maßnahmen durchzuführen."[2354]

5.3.1 Kontrolle und Einflussnahme durch Staatsorgane

> Eine andere Form, Jugendliche zu beeinflussen, stellt die „Aktion Sühnezeichen" dar. Sie ist bestrebt, solche jungen Menschen zu erfassen, die sich mit der faschistischen Vergangenheit auseinandersetzen wollen. Sie sollen im innerkirchlichen Raum an Bauten mitarbeiten, um damit „Sühnezeichen" zu errichten. Der überwiegende Teil der Jugendlichen, die sich an diesen Aktionen beteiligen, sieht darin wirklich eine gute Betätigungsmöglichkeit im Hinblick auf ein Wiedergutmachen. Im Gegensatz dazu steht jedoch die Zielsetzung der Leitung dieser Aktion unter Präses Kreyssig, die bestrebt ist, die Jugendlichen davon abzuhalten, aktiv an der Lösung der Lebensfragen der Nation, der Erhaltung des Friedens und der Beseitigung der Gefahr der imperialistischen Aggression aus Westdeutschland mitzuarbeiten.[2355]

Obwohl Kreyssig zeitgleich mit den Regierungen der präsumtiven Einsatzländer auch das DDR-Innenministerium von seiner Versöhnungsinitiative informierte[2356], setzte die behördliche Meinungsbildung erst nach einer Anfrage durch die polnische Botschaft ein.[2357] Knapp zwei Wochen nach der Anfrage der polnischen Botschaft wurde die DSKF informiert. Staatssekretär Werner Eggerath[2358] sandte eine Abschrift von Kreyssigs Schreiben an das Innenministerium und eine Abschrift des Gründungsaufrufs an Willi Barth[2359], Leiter der die strategische Ausrichtung vorgebenden ZK-Arbeitsgruppe Kirchenfragen der SED. Eggerath informierte Barth auch davon, dass Kreyssig bereits an den polnischen Botschafter herangetreten war.[2360]

Eine Stellungnahme Barths bzw. der ZK-Arbeitsgruppe Kirchenfragen ist nicht dokumentiert. Für Barth war Kreyssig allerdings kein Unbekannter. Kreyssigs Position eines gesamtdeutschen Kirchenführers und Verfechters einer gesamtdeutschen Kirche[2361] und seine Verteidigung des Militärseelsorgevertrags zwischen EKD und BRD auf der Regionalsynode der Kirchenprovinz Sachsen waren Thema mehrerer Aktenvermerke des Staatssekretariats, jeweils mit Abschriften an Barth. Kreyssig wurde in Barths

---

[2354] Information über das Jahrestreffen der Aktion Sühnezeichen vom 28. bis 30. Dezember 1977 in kircheneigenen Räumen des Stephanusstiftes in Berlin-Weißensee, dat. 27. Dezember 1977, Nr. 3183/77 [BStU ZAIG Z 4123]

[2355] Schreiben von Willi Stoph mit eigenhändiger Unterschrift an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED vom 23.7.1965, als Anlage: Information über die Tätigkeit der Kirchen unter der Jugend in der DDR [SAPMO ZPA J IV 2/2 J/1478, zit. nach Hartweg, Frédéric, SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Band 1: SED 1946-1967 (1995). Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlag des Erziehungsvereins., als Dok. 84, S. 440-449, S. 448]

[2356] Brief Kreyssig vom 5. Mai 1958, Abschrift vom 23. Mai 1958, gezeichnet mit „(9)", Beilage zum Brief Eggerath an Barth, dat. 23. Mai 1958 [SAPMO DY30/IV 2/14 58 F2].

[2357] pAdAA A1806F3 Bl. 279; Ein mit „streng vertraulich" gezeichnetes Schreiben des DDR-Außenministeriums an die DDR-Botschaft in Warschau, dat. 16. August 1958, unterfertigt von [Hauptreferent im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten] Wenk fasst den Vorgang zusammen. Demnach wurde das von Kreyssig an den polnischen Botschafter in Ostberlin Piotrowski adressierte Schreiben vom 5. Mai 1958 (Abschrift unter pAdAA A1806 F3 Bl. 270) am 10. Mai an „Gen. Beling" [Hauptabteilungsleiter im DDR-Außenministerium] übergeben. Drei Monate später, am 15. August, wurde die Stellungnahme des Außenministeriums sowie das Schreiben an „Gen. Kopa" [poln. Botschaft] übergeben. Auch der DDR-Botschafter in Warschau wurde „über die Angelegenheit während einem seiner Besuche bereits unterrichtet".

[2358] Eggerath, Werner 1900-1977, Staatssekretär für Kirchenfragen 1957-1960. Besier & Wolf (1992), S. 890.

[2359] Willi Barth, 1899-1988, ab 1946 Mitarbeiter des Zentralsekretariats bzw. ZK der SED, 1951 stellv. Leiter der ZK-Abteilung für staatliche Verwaltung, 1957-1976 Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED und damit wichtigster Berater in Kirchenfragen für das Politbüro (Besier & Wolf (1992), S. 876).

[2360] Eggerath an Barth, dat. 23. Mai 1958 [SAPMO DY30/IV 2/14 58 F2]

[2361] vgl. Winter (2001), S. 146

eigenen Berichten als Regimegegner angeführt.[2362] In einem Memorandum über den Zusammenschluss des Evangelischen Hilfswerkes mit der Inneren Mission ist unter den Verwendungszwecken der „auf illegalem Wege über Westberlin eingeschleusten" Finanzmittel des Hilfswerks in der DDR die Überweisung „hoher Beträge zur persönlichen Verwendung" an „namhafte reaktionäre Kirchenführer (wie z.B. Präses Kreyssig usw.)" angeführt.[2363] Im Zuge eines im gleichen anti-klerikalen Kontext stehenden Schauprozesses rund um Devisentransaktionen, die über das Magdeburger Konsistorium und Konsistorialpräsidenten Kurt Grünbaum erfolgten[2364], sollte unter Anwendung des DDR-Passgesetzes Kreyssigs Mobilität mit Wohnsitzen in Magdeburg und Berlin-Treptow eingeschränkt werden.[2365]

Nach Beginn des Aktenlaufs durch das DDR-Außenministerium in Ostberlin, in den neben Eggerath zwei weitere Staatssekretäre und selbst die sowjetische Botschaft eingebunden wurden[2366], fand im Außenministerium eine Besprechung mit Mitarbeitern der DSKF statt. Die bei dieser Sitzung erzielte „Einmütigkeit zu dem Antrag des Präses Kreyssig" brachte DSKF-Hauptabteilungsleiter Hans Weise[2367] im Schlusssatz seines Schreibens an das Polenreferat des Außenministeriums auf den Punkt: „Unserer Meinung nach sollte man diese Aktion nicht gestatten."[2368] Die dogmatische, von außenpolitischen Argumenten getragene Begründung gegen die *Aktion Sühnezeichen* nahm nur wenige Zeilen in Anspruch:

> Die „Aktion Versöhnungszeichen" kann nur als ein Versuch gewertet werden, die imperialistische Infiltration in die Volksrepublik Polen und in die Sowjetunion zu verstärken. Der scheinheilige Charakter der geplanten Aktion ergibt sich auch daraus, dass gegen die Verleumdung gegen die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen nicht Stellung genommen wurde und wird. Allein der Kampf gegen den Chauvinismus in der Frage der Oder-Neiße-Grenze böte z.B. Gelegenheit genug, Versöhnung zu bezeugen.[2369]

Das Originalschreiben Kreyssigs an den polnischen Botschafter vom 5. Mai 1958 wurde gemeinsam mit der politischen Einschätzung der *Aktion Sühnezeichen* durch die DDR-Regierung am 15. August 1958 an einen Botschaftsangehörigen retourniert.[2370] Die schriftliche Stellungnahme des Außenministeriums an die polnische Botschaft orientierte sich am Text Weises:

> Die als „Aktion Versöhnungszeichen" deklarierte Bewegung wurde von bestimmten Kreisen der Evangelischen Kirche Deutschlands ins Leben gerufen. Sie kann nur als Versuch gewertet werden, die imperialistische Infiltration in die Volksrepublik Polen und in die Sowjetunion zu verstärken. Der

---

[2362] so etwa im Zusammenhang mit dem von der EKD für beide deutschen Staaten angestrebten, von der DDR abgelehnten Militärseelsorgevertrag, vgl. Bericht der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK der SED an die Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED vom 20.3.1957 über die Synode der EKD vom 3.-8. März 1957 in Berlin-Spandau, gez. Willi Barth [SAPMO ZPA IV 2/14/3, abgedruckt als Dok. 41 in Hartweg (1995), S. 242-249, S. 244]. Im Zusammenhang mit der Kandidatur Kurt Scharfs für das Amt des Bischofs der Landeskriche Berlin-Brandenburg trat Kreyssig 1962 als Verfechter einer gesamtdeutschen Kirche auf; vgl. Kirchenpoiltische Information der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK der SED an die Mitglieder des Politbüros und des Sekretariates des ZK der SED vom 11.12.1962, betr.: Bericht über die Ergebnisse der Synoden in Berlin, Dresden und Görlitz, gez. Willi Barth [SAPMO ZPA J IV 2/2 J/913, zit. nach Hartweg (1995), als Dok. 77, S. 414-418, S. 416]

[2363] Bemerkungen, dat. 31. Januar 1957, gez. Willi Barth [SAPMO DY 30 IV 2/14 3 F1]

[2364] Kurt Grünbaum (1892-1982) war bis zu seiner Entlassung im Oktober 1952 Leiter der „Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen" beim Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats und CDU (DDR)-Vorsitzenden Otto Nuschke; 1954-1958 war er Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Grünbaum wurde 1957 in Untersuchungshaft genommen und 1958 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 10.000 Mark verurteilt. (vgl. Besier & Wolf (1992), S. 900; Goerner, Martin Georg. Die Behandlung der Kirchenpolitik im Staatsapparat und in den Massenorganisationen, In Vollnhals, Clemens, Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit (1996). Berlin: Links. 139-158).

[2365] Vermerk „Kirchenfragen Ba/Hv", betreffend „Unsicherheit und Abgänge aus dem Konsistorium Magdeburg nach dem Grünbaum-Prozess", dat. 18. April 1958. Barths zweiseitige Übersicht weist einen Verteilerschlüssel mit der Partei- und Staatsspitze der DDR auf: Ulbricht, Grotewohl, Matern, Honecker, Verner [SAPMO DY30 IV 2/14 3 F3]

[2366] Das Schreiben Kreyssigs an die poln. Botschaft vom 5. Mai 1958 wurde von HAL Beling an die Abteilung im Außenamt „Benachbarte Länder – Länderreferat Polen" weitergeleitet. Abschriften gingen u.a. an die Staatssekretäre Handke, Eggerath [Kirchenfragen] und Grünstein. Das Länderreferat wurde angewiesen, „das Original des Briefes sorgfältig im Länderreferat aufzubewahren, weil möglicherweise darauf noch zurückgegriffen werden wird". Hausmitteilung, gez. Beling, dat. 19. Mai 1958; ein handschriftlicher undatierter Vermerk des Abteilungsleiters Bringmann, hält zudem fest, „Gen. Kindermann hat der Botschaft der SU eine Durchschrift gegeben" [pAdAA A1806F3 Bl. 274]

[2367] Weise, Hans, Jahrgang 1917, war bis 1949 bei der Polizeiabteilung K5, einem Vorläufer des Ministeriums für Staatssicherheit, 1953 übernahm er die Leitung des Sektors Kirchenfragen in der Abteilung Allgemeine Verwaltung, 1954 den Sektor „Protestantismus, Katholizismus und sonstige Religionsgemeinschaften", jeweils der Abteilung für Kirchenfragen im KZ der SED unter Leitung von Willi Barth; 1957 – 1982 war er Hauptabteilungsleiter im Staatssekretariat für Kirchenfragen. (vgl. Besier & Wolf (1992), S. 954f.; Goerner (1996), S. 71f.

[2368] Schreiben HAL Weise an das Polenreferat im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, dat. 14. Juli 1958. [pAdAA A1806F3 Bl. 275]

[2369] ebd.

[2370] Überbringer war der Leiter der Abteilung Benachbarte Länder, Gen. Bringmann, Empfänger seitens der polnischen Botschaft Gen. Ropa. Undatierter und ungezeichneter Vermerk, offensichtlich einem Arbeitsnachweis entnommen. [pAdAA A1806F3 Bl. 277]

> scheinheilige Charakter dieser Aktion kommt auch in der Tatsache zum Ausdruck, dass gegen die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen erhobene Verleumdungen und gegen sie eingeleitete Hetzkampagnen von der Evangelischen Kirche Deutschlands weder zurückgewiesen noch bekämpft werden. Dagegen würde die ehrliche Befürwortung der Oder-Neiße-Grenze und die Bekämpfung des in dieser Frage in Westdeutschland weit verbreiteten Chauvinismus der Kirche hinreichend Gelegenheit geben, ihren Willen zur Versöhnung zu bekunden.
> Hieraus ergibt sich, dass die „Aktion Versöhnungszeichen" der Evangelischen Kirche Deutschlands nicht den Interessen der Völkerverständigung dient, obwohl dieses Ziel von der Evangelischen Kirche in ihrem Aufruf zur „Aktion Versöhnungszeichen" proklamiert wird. Das Bestehen und die Tätigkeit sowie die Verbreitung des Aufrufs und die Werbung für die „Aktion Versöhnungszeichen" werden von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik keine Billigung und Unterstützung erfahren.[2371]

Trotz der strikten Ablehnung der *Aktion Sühnezeichen* durch Mitarbeiter seiner Dienststelle nahm Staatssekretär Werner Eggerath noch Ende 1958 im Schriftverkehr mit Willi Barth eine moderate Haltung gegenüber Kreyssig ein. Im Hinblick darauf, dass der Aufruf zur Gründung der *Aktion Sühnezeichen* – vom Staatssekretär als „Versöhnungswerk" bezeichnet – „von namhaften Persönlichkeiten der evangelischen Kirche wie Gollwitzer, Niemöller, Iwand, Vogel, aber auch von reaktionär eingestellten Persönlichkeiten unterzeichnet" wurde, erachtete er es als „notwendig, eine Antwort [auf ein diesbezüglich von Generalsuperintendent Führ an Ministerpräsident Grotewohl gerichtetes Schreiben] sorgfältig abzustimmen" und schlug vor, dass er selbst die Beantwortung übernähme.[2372] Im gleichen Schreiben wurde Kreyssigs Ausreiseantrag zur Ratstagung Ende November zur Entscheidung gestellt. Obwohl Kreyssig „als Reaktionär bekannt" wäre, gab der Staatssekretär zu bedenken: „Eine Ablehnung der Ausreisegenehmigung würde starke Proteste auslösen." Deshalb schlug der Staatssekretär „angesichts der augenblicklichen Situation" vor, „die Mitglieder solcher zentralen kirchlichen Instanzen im Allgemeinen ausreisen zu lassen". Die Ausreiseerlaubnis an Kreyssig wollte Eggerath mit einer mündlichen Verwarnung verbunden wissen: „Im Falle Kreyssig wird vorgeschlagen, den Genannten zum Staatssekretär für Kirchenfragen zu laden, der ihm einige Worte über die Pflichten des Staatsbürgers der DDR mit auf den Weg gibt."[2373]
Dass Eggeraths Position gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* nicht von Anfang an ablehnend war, belegt, dass er sich bei Präses Martin Niemöller nach der Initiative Kreyssigs erkundigte. Niemöller, der nicht zuletzt aufgrund seiner wiederholten kritischen öffentlichen Stellungnahmen zu Wieder- und Atombewaffnung sowie zum Abschluss des Militärseelsorgevertrags zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der BRD für die DDR-Regierung zu einem geschätzten Instrument in der „Diversifizierung" innerhalb der Evangelischen Kirche geworden war und auch in den nachfolgenden Jahren Gespräche mit DDR-Regierungsmitgliedern führte, erklärte dem Staatssekretär und dessen Stellvertreter Max Hartwig, dass er Mitunterzeichner des Sühnezeichen-Gründungsaufrufs war. „Zunächst habe er gedacht, dieses Vorhaben sei nicht zu verwirklichen, jedoch könne es seiner Meinung nach der Völkerfreundschaft dienen."[2374]

In Unkenntnis der ablehnenden Haltung und wegen der ausbleibenden Antwort auf sein Schreiben an das DDR-Innenministerium vom 5. Mai 1958 versuchte Kreyssig über den Generalsuperintendenten von Berlin Fritz Führ[2375], einen Gesprächstermin bei DDR-Innenminister Karl Maron zu erhalten. Maron empfing Führ am 18. Oktober 1958 – auf Wunsch des Ministers ohne die von Führ reklamierte

---

[2371] Undatierte Stellungnahme, gezeichnet handschriftlich Wenk [pAdAA A1806F3 Bl. 276]
[2372] Staatssekretär für Kirchenfragen, gez. i.A. Klemt, an Willi Barth, ZK der SED, dat. 18.11.1958. Beilage 3) Versöhnungswerk. [SAPMO DY30 IV 2/14 3 F4, auch 58 F4]
[2373] Staatssekretär für Kirchenfragen, gez. i.A. Klemt, an Willi Barth, ZK der SED, dat. 18.11.1958. Beilage 4) Reisen von Ratsmitgliedern zur Tagung des Rates der EKD oder des Rates der Luther. Oder Unierten Kirche. [SAPMO DY30 IV 2/14 3 F4, auch 58 F4]
[2374] Abschrift Vermerk über den Besuch von Kirchenpräsident Niemöller beim Staatssekretär am 20. November 1958, gez. Hartwig, dat. 20. November 1958, handschriftlicher Vermerk: „inoffiziell Willi persönlich". [SAPMO DY 30 IV 2/14 58 F3]
[2375] Führ (1904-1963), Generalsuperintendent von Berlin, Sprengel II, Vizepräsident der Synode der EKD, Unterzeichner des Aufrufs und Mitglied des Aktiv- bzw. Führungskreises der Aktion Sühnezeichen.

Begleitung durch Lothar Kreyssig und Heinrich Vogel. Wie Führ nach dem halbstündigen Gespräch in einem Aktenvermerk festhielt, war dem Minister Kreyssigs Schreiben vom 5. Mai nicht bekannt. Trotz Marons deklarierter Unzuständigkeit – die fachliche Zuständigkeit für die *Aktion Sühnezeichen* ortete er beim Staatssekretär für Kirchenfragen, über den der Ministerpräsident adressiert werden sollte – resümierte Führ, „dass die Angelegenheit im ganzen bei Minister Maron auf ein gutes Gehör traf". „Der Minister nahm von dem allen anerkennend Kenntnis und gab den Rat, bei jeder Veröffentlichung doch um der Perspektive willen das Wort ‚Russland' zu vermeiden." Zugleich monierte Maron gegenüber Führ: „eine Unterstützung für jüdische Menschen wäre etwas anderes als eine Hilfe für den für den NATO-Staat Israel".[2376] Führ folgte Marons Empfehlung und sandte unmittelbar nach diesem Gespräch über den Staatssekretär für Kirchenfragen ein Schreiben an Ministerpräsident Otto Grotewohl mit dem Ersuchen um einen Gesprächstermin, das unbeantwortet blieb.[2377] Ein Anfang Dezember 1958 an den Staatssekretär für Kirchenfragen Werner Eggerath gerichtetes Schreiben[2378] und ein weiterer über den stellvertretenden Staatssekretär für Kirchenfragen[2379] gesandter Brief blieben mit einer Ausnahme unbeantwortet.[2380]

Gegenüber Fritz Führ äußerte Staatssekretär Eggerath seinen Unmut über Kreyssigs Rede anlässlich der Eröffnung des deutschen Katholikentages am 13. August 1958 in München. Kreyssig hatte darin die die deutsche Teilung angesprochen, die er als „schwärende Wunde" bezeichnete.[2381] Eine daraufhin von Kreyssig vorgeschlagene persönliche Besprechung[2382] lehnte der Staatssekretär rundweg ab:

> Falls Sie kein besonderes Interesse an einer Aussprache haben, sehe ich keinen Grund, zu Ihren Äußerungen anlässlich des Katholikentages Stellung zu nehmen. Da Ihre Haltung in den grundlegenden Fragen bekannt ist, spielt die Einschätzung Ihrer Darlegung bei einem solchen Anlass für uns eine untergeordnete Rolle.[2383]

Im Laufe des Jahres 1959 setzte sich die von Hauptabteilungsleiter Weise vorgegebene Linie gegen die *Aktion Sühnezeichen* durch. Weise selbst stützte seine Position durch ‚Beweisaufnahmen'. So leitete er in seiner Einschätzung über die EKU-Synode Anfang 1959 seine Ablehnung von der ‚bekannten Gegnerschaft der Initiatoren zur DDR' ab:

> Von den klerikal-politischen Kreisen der Synode, Scharf, Kreyssig, Fränckel und Zimmermann, da Dibelius zur Tagung des Exekutiv-Komitees des Weltkirchenrates in Genf war, wurde auch die Aktion ‚Sühnezeichen' behandelt. Die Aktion ‚Sühnezeichen' kann nur als ein Versuch gewertet werden, die imperialistische Infiltration in die Volksrepublik Polen und in die Sowjetunion zu verstärken. Der Charakter der geplanten Aktion ergibt sich u.a. daraus, dass ihre Initiatoren als Gegner der DDR bekannt sind. Von dieser Seite wurden bisher keine Versuche unternommen, die Einordnung dieser Aktion in die imperialistische antisowjetische Kampagne zu verhindern. Die Tatsache, dass im Tagungsraum der Synode eine Karte des ‚Deutschen Reiches' mit Kennzeichnung der landeskirchlichen Grenzen von vor 1945 angebracht war, kennzeichnet den Grad des Chauvinismus, der zur Konzeption der politisch-klerikalen Kreise der EKU gehört.[2384]

In der Analyse der Synode der Kirchenprovinz Sachsen einen Monat setzte sich Weise erneut mit der *Aktion Sühnezeichen* und erstmals mit der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* auseinander. Den Appell des Magdeburger Bischofs Johannes Jänicke in Bezug auf die *Aktion Sühnezeichen*: „Es ist dem Volk Gottes nicht erlaubt, sich von der bösen Welt abzusondern und in einen Raum der Innerlichkeit und

---

[2376] Aktenvermerk, datiert 18. Oktober 1958, unterzeichnet Führ. [EZA 97/31]
[2377] Abschrift des Schreibens Führ mit Absender Aktion Sühnezeichen an den Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, dat. 24. Oktober 1958; Führ an Staatssekretär für Kirchenfragen, dat. 25. Oktober 1958. [EZA 97/31]
[2378] Fritz Führ an Staatsekretär für Kirchenfragen, dat. 3. Dezember 1958. Darin: Bitte um Gespräch über Aktion Sühnezeichen. [EZA 97/31]
[2379] Fritz Führ an die Regierung der DDR, zHd. [Max] Hartwig [stellv. Staatssekretär für Kirchenfragen] dat 21.Februar 1959. [EZA 97/31] Darin: Bitte um Termin bei Ministerpräsidenten Grotewohl in Anknüpfung an Telefongespräch vom 18.Februar 1959.
[2380] Skriver (1962), S. 18.
[2381] Weiß (1998), S. 326
[2382] Kreyssig an Eggerath, o.D. [EZA 97/31]
[2383] Staatssekretär für Kirchenfragen Eggerath an Lothar Kreyssig, dat. 20. November 1958 [EZA 97/31]
[2384] Typoskript Einschätzung der Synode der EKU vom 8.-13. Februar 1959 in Westberlin, o.D., o.A., verm. Hans Weise [SAPMO DO 4/2481]

persönlichen Frömmigkeitspflege zurückzuziehen.“ verstand Weise als kirchliche Legitimation der Öffnung einer kirchlichen Aktion in staatliche, ja zwischenstaatliche Bereiche.[2385]

> Diese ‚Aktion Sühnezeichen’ stellt den Versuch einer ideologischen Unterwanderung der sozialistischen Staaten dar. Dreizehn Jahre nach Kriegsende bemühen sich die reaktionären Kräfte der Kirche darum, - Präses Kreyssig leitet diese Aktion -, in den Volksdemokratien angebliche ‚Wiedergutmachung’ durchzuführen. Dabei gehen sie so geschickt vor, dass diese Arbeit sowohl von den progressiven Vertretern der Geistlichen, als auch von den äußersten rechten Demagogen Unterstützung findet. Den Aufruf zu dieser Bewegung haben solche Persönlichkeiten wie Kirchenpräsident Niemöller, Prof. Vogel, Dr.Dr. Heinemann und D. Wilm unterzeichnet. Es fehlen aber auch nicht die Namen von solchen Vertretern des politischen Klerikalismus wie Pfleiderer, Präses Hildebrandt, Präses Scharf, Oberkirchenrat Andler, Klaus v. Bismarck, Oberkirchenrat Fränkel und Prof. Wenger. Wo immer Gabentische der sozialistischen Staaten als eine Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten Protest erhob, versuchen die restaurativen Kräfte eine neue Art ideologischer Infiltration.
>
> In England entstand die Bewegung ‚Miss-a-meal’ – einmal in der Woche soll jeder Christ ein Mittagessen entbehren und es den Hungernden zur Verfügung stellen. Daraus soll in Deutschland eine Organisation werden, der auch Präses Kreyssig vorsteht. Jeden Freitag – und organisiert – sollen die Christen mittags hungern.
>
> In den von der Synode verteilten Materialien – die übrigens aus Westdeutschland eingeführt sind – dieser ‚Aktionsgemeinschaft für die Hungernden der Erde’ wird erklärt, dass die Hilfe vor allem bei den Völkern nötig ist, die sich im ‚sozialen Umbruch befinden’. Die Leitungen der Kirchen in den kapitalistischen Ländern sollen mit diesen demagogischen Mitteln die Befreiung der unterdrückten Völker vom Kolonialjoch aufhalten. Diese Kirchen werden von der Reaktion in den Kirchen der DDR offen durch derartige ‚Hilfs- u. Sühneaktionen’ unterstützt. In den Materialien wird offen zum Kampf gegen den Marxismus aufgerufen und die Mittlerrolle der Kirchen bei der sogenannten Neuverteilung des Reichtums der Erde gepriesen. [...]
>
> Alles in allem also ein neuer Versuch, die religionsgebundenen Bevölkerungsteile von der politischen Hauptaufgabe des Kampfes um die Einheit Deutschlands und der Lösung der ökonomischen Aufgaben in der DDR abzuhalten und dabei die Ideologie des politischen Klerikalismus unter Ausnutzung des religiösen Deckmantels und der Theorie der Nächstenliebe zu verbreiten.[2386]

Eine weitere, knapp neunseitige Analyse des DSKF-Mitarbeiters, Josef Haslinger, verdichtete die Argumente gegen die beiden Aktionen Kreyssigs. Die *Aktion Sühnezeichen* wurde als Deckmantel der Wiedergutmachung der nazistischen Zerstörung bezeichnet, die das Ziel verfolgte, „über die revanchistische Politik des klerikal-militaristischen westzonalen Obrigkeitsstaates und dessen Vorbereitung eines neuen Überfalls auf diese Länder hinwegzutäuschen“.[2387]

Das Tauziehen um Gesprächstermine und offizielle Kenntnisnahme durch die DDR-Regierung spiegelte sich in den Kontakten der *Aktion Sühnezeichen* auf unterer Behördenebene wider: Als Kreyssig im Sommer 1959 um einen Gesprächstermin mit Stadtrat Gloth ansuchte, griff die staatliche Gesprächsverweigerung bis in die unteren Verwaltungseinheiten. Der Referent für Kirchenfragen beim Magistrat Groß-Berlin, der noch ein halbes Jahr zuvor von sich aus Informationen über die *Aktion Sühnezeichen* eingeholt hatte, teilte in einem Telefonat mit, der von Kreyssig um einen Gesprächstermin kontaktierte Stadtrat Gloth wäre „wegen überaus starker Arbeitsüberlastung nicht in der Lage, eine Gelegenheit für diese Rücksprache einzuräumen, da er u.a. beispielsweise eine Stadtverordneten-Versammlung bis in letzte Details vorzubereiten hat und der 7. Oktober seine Schatten weit voraus wirft. Herr Lahl bedauert, diesen Bescheid geben zu müssen, bittet aber um Verständnis.“[2388]

Die behördliche Skepsis gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* wurde Kreyssig aber auch über das kirchliche Netzwerk und die Berührungspunkte zur Ost-CDU vermittelt. So hielt Pfarrer Walter Krause

---

[2385] Einschätzung der Synode der Kirchenprovinz Sachsen in Wittenberg vom 8. bis 13. März 1959, 10. April 1959, Weise. [SAPMO DO 4/2781]
[2386] Ebd. Weises Ausführungen über die beiden Kreyssigschen Initiativen nehmen fast die Hälfte des fünfseitigen Berichts von der Synode ein.
[2387] Einschätzung der Aktionen des politischen Klerikalismus „Für die Hungernden der Erde“, gez. Josef Haslinger, Datumstempel: 7. Dezember 1959 [SAPMO DO 4/2795]
[2388] Anruf – Vermerk vom 10. August 1959, ohne Angabe des Verfassers (verm. Weber) [EZA 97/31]

aus Göttlin über Rathenow in einem Bericht für den Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen Max Hartwig Mitte 1959 ein Gespräch mit Kreyssig fest, bei dem er, Krause, unter Bezugnahme auf den Jugendreferenten der DDR-CDU, Günter Wirth, die Bedenken gegen die *Aktion Sühnezeichen* ausführte: „1. Reichlich spät. 2. Die Einbeziehung Israels habe politische Aspekte, man müsse die Bindung Israels an den westlichen Imperialismus deutlich sehen. 3. Präses Kreyssig habe sich ängstlich gehütet, die Aktion auch in den Fragenkreis der Atomgegnerschaft hinüberwachsen zu lassen.“[2389] Nach Krauses 7-seitigem Protokoll distanzierte sich Kreyssig im Laufe des Gesprächs von der „Selbstrechtfertigung und Selbstbehauptung des Westens“, aber „er wolle sich auch nicht mit den Pazifisten identifizieren, jedenfalls nicht pauschal für die Aktion“, die er aber trotzdem für Kriegsdienstverweigerer offen zu halten gedachte.[2390] Kreyssig wusste vermutlich von der Verbindung Krauses zur DDR-Regierung und rechnete mit der Weiterleitung seiner Aussagen gegenüber Krause, dem er ein Angebot machte: „Falls diese Ausreise der 14 Leute nach Holland genehmigt würde ... so sei er Kreyssig bereit, ... im westlichen und östlichen Fernsehen das Wort zu ergreifen, der DDR förmlich zu danken und diese Erlaubnis gleichsam als eine Vorleistung für die Möglichkeit einer Konföderation, als Kristallisationspunkt einer Integration etc. zu werten.“ Nach Krause wäre dieses Angebot Kreyssigs „überhaupt nicht ernst genug“ zu werten. Ein handschriftlicher Vermerk, vermutlich von Hartwig, hielt die dogmatische Begründung fest: „Ausreise in Nato-Länder grundsätzlich unmöglich“.[2391]

Zu einem Fernsehauftritt in der westlichen Tagesschau kam es im Jahr darauf tatsächlich. Günter Wirth sah Kreyssigs Sühnezeichen-Promotion in der Tagesschau und meldete dies der CDU-Zeitung „Neuer Weg“ in Halle.[2392] Damit geriet Kreyssig 1960 erneut in das Schussfeld Barths, der der Bezirksleitung Magdeburg die Anweisung gab, der Vorsitzende des Rates des Bezirks „möchte mit Bischof Jänicke darüber sprechen, wie lange er diesen Republikfeind und Provokateur noch in seiner Kirchenleitung dulden will“. Und Barth suggerierte: „Ich nehme an, dass es keine staatliche Stelle im Bezirk Magdeburg gibt, die irgend etwas bearbeitet oder beantwortet, wo der Name Kreyssig darunter steht.“[2393]

Überwachung der Jahrestreffen

Die Jahrestreffen der *Aktion Sühnezeichen* wurden über einen fast 20-jährigen Zeitraum überwacht. Das MfS verfügte über „inoffizielle“ Mitarbeiter in allen Sühnezeichen-Instanzen: auf der Ebene der aktuellen wie ehemaligen Sommerlager-Teilnehmer und im Leitungskreis. Anlässlich der Jahrestreffen trafen diese Instanzen zu offiziellen wie inoffiziellen Treffen der *Aktion Sühnezeichen* zusammen, und das MfS konnte so über Berichte mehrerer Informanten verfügen.[2394] Die solcherart gewonnenen Informationen über die *Aktion Sühnezeichen* dienten zugleich als Grundlage für formelle Haltungen staatlicher Organe auf nationaler und lokaler Ebene wie zur Kontrolle über die Einhaltung staatlicher, zumeist über die DSKF erteilten Auflagen. Erster dokumentierter Einsatz dieser zirkulären Arbeitsweise ist das Jahrestreffen der *Aktion Sühnezeichen* Ende 1970 in Berlin-Weißensee. Im Vorfeld des Jahrestreffens war Geschäftsführer Christian Schmidt zum Magistrat von Groß-Berlin bestellt worden, bei dem auch ein DSKF-Referent anwesend war. Dabei ging es vor allem um eine Einschüchterung Schmidts, wonach im Detail nicht näher genannte „Provokationen“ wie beim Jahrestreffen 1969 nicht vorkommen dürften, und

---

[2389] Gesprächs-Bericht, dat. 18. Mai 1959, ohne Angabe des Verfassers [Krause], [SAPMO DO 4/2477]
[2390] Ebd.
[2391] Ebd. Letztes Blatt [7].
[2392] Die Meldung wurde von Willi Barth in einem Brief an die BL Magdeburg, Genossen Gerhard Melmecke in einem Brief, dat. 2. Februar 1960 abgedruckt: „Ausgerechnet in der ‚Tagesschau’ des westzonalen Fernsehens, die vornehmlich der Hetze gegen die DDR dient, präsentierte sich am Sonnabend abend der Präses der provinzsächsischen Synode, Dr. Kreyssig, um die fragwürdige ‚Aktion Sühnezeichen’ zu propagieren. Das Auftreten eines Kirchenmannes aus der DDR im westzonalen Fernsehen ist mindestens als merkwürdig zu bezeichnen.“ Barth an Genossen Gerhard Helmecke, BL Magdeburg, dat. 2. Februar 1960. [SAPMO DY 30 IV 2/14/48 F4]
[2393] Barth an Genossen Gerhard Helmecke, BL Magdeburg, dat. 2. Februar 1960. [SAPMO DY 30 IV 2/14/48 F4]
[2394] In den seitens der BStU vorgelegten Akten sind Einzelberichte der IMs nur teilweise überliefert; in den jeweils erstellten Gesamtberichten finden sich jedoch stets Verweise auf mehrere Quellen.

der Tagungsort Berlin seitens der Behörde in Frage gestellt wäre. Das Jahrestreffen selbst wurde von mehreren Stasi-Spitzeln aus verschiedenen MfS-Bezirksstellen (v.a. Berlin, Weißensee, Gera) überwacht, die während der mehrtägigen Veranstaltung mit hauptamtlichen Angehörigen (Führungsoffizieren) in Kontakt standen[2395], sodass im Wesentlichen eine lückenlose Überwachung der allgemein zugänglichen Programmteile durch das MfS erfolgte.[2396] Im MfS-Bericht über das Jahrestreffen 1970 wurde Schmidt mit einem Bericht über diese Vorsprache bei der unmittelbar davor angesetzten Leitungskreissitzung zitiert, wobei er dem MfS-Bericht zufolge erwähnte, dass er „nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden [wäre], dass sich die staatlichen Organe über den Verlauf des Jahrestreffens 1970 informieren würden", weshalb „man sich ‚danach halten'" müsse und nicht „‚auffallen'" dürfte. Den Leitungskreis verpflichtete Schmidt zu einer „Abdeckung gegenüber dem Staatsapparat", es sollten „keine Ausführungen zur Lage in der VR Polen, zum Inhalt der Aufbaulager und zur Stellung der Aktion gegenüber der BRD gemacht werden".[2397] Dank eines – nicht rekonstruierbaren – Spitzels, der sowohl an der Leitungskreissitzung wie auch am Jahrestreffen selbst teilgenommen hatte, war das MfS nicht nur von den tatsächlich diskutierten Inhalten und den Berichten vor der Jahresversammlung informiert, sondern wusste sogar den aktuellen Kenntnisstand der Leitung über die behördlichen Observierungen und Repressionen und kannte die Strategien der *Aktion Sühnezeichen* gegen die behördliche Bevormundung und Gängelung. Ausfertigungen des Berichts wurden einem handschriftlichen Vermerk zufolge an den für Kirchenfragen zuständigen ZK-Sekretär im Politbüro der SED, Paul Verner und an Willi Barth übermittelt.[2398]

Die Strategie vorhergehender Einflussnahme und nachfolgender Kontrolle durch DDR-Behörden findet sich auch zehn Jahre später, anlässlich des Jahrestreffens Ende 1980, wieder.[2399] Dem MfS-Bericht zufolge fand vor dem offiziellen Beginn des Jahrestreffens ebenfalls eine Sitzung des Leitungskreises statt, an der neben den Mitgliedern des Leitungskreis der *Aktion Sühnezeichen* die namentlich genannten Friedrich Magirius als Leiter, Oberkirchenrätin Christa Lewek vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie der Abteilungsleiter beim Diakonischen Werkes, Wilfried Koltzenburg, der als „IM Krone" von 1965 bis 1989 vom MfS registriert war, teilnahmen.[2400] In einem Bericht Frank Stolts („IM Hermann Schneider") noch während des Jahrestreffens wird Koltzenburg mit der Forderung zitiert, „dass Sünezeichen [!] keine Aktivitäten in Richtung Polen unternehmen soll und dass bei eventuellen Unternehmungen gegen diesen Hinweis hin, die innere Mission Hilfswerk sich von Sühnezeichen distanzieren müsse". Die Vertreterin des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Christa Lewek zeigte sich dem Bericht zufolge „empört über die Äußerungen von Kolzenburg[!]" und stellte sich „eindeutig hinter die Linie von Sünezeichen[!]".[2401] Wie das MfS im unmittelbar nach dessen Ende erstellten Gesamtbericht über das Jahrstreffen festhielt, war „von den namentlich genannten Personen auf den Leitungskreis der AS Einfluss darauf genommen, zum Jahrestreffen keine unüberlegten Schritte hinsichtlich der Situation in der VR Polen zu unternehmen". Der Bericht zitiert Leiter Magirius mit der Aussage während der Eröffnung des Jahrestreffens, „dass die AS weder beauftragt noch befugt sei, sich als Kirche oder Aktion in die inneren Angelegenheiten der polnischen Regierung, durch Äußerungen oder sonstige Aktionen, einzumischen. Das Jahrestreffen 1980 sei deshalb nicht der Ort für Resolutionen oder

---

[2395] vgl. das nachstehend abgedruckte Zitat aus einem MfS-Bericht.
[2396] Die Aufteilung bei der Bearbeitung einzelner Themenbereiche des Jahrestreffens in einzelne Arbeitsgruppen, die zum Teil in Privatwohnungen ‚tagten', erwies sich dabei wiederholt als Hindernis für die Informationsbeschaffung des MfS, wobei nicht geklärt werden konnte, inwieweit es sich dabei um bewusste Gegenstrategien der Sühnezeichen-Leiter handelte.
[2397] Information über das Jahrestreffen der „Aktion Sühnezeichen" vom 27. bis 29. Dezember 1970 im Stephanusstift Berlin-Weißensee, dat. 16. März 1971, Nr. 186/71 [BStU MfS ZAIG Z 1906]
[2398] Ebd.
[2399] Für die Überwachung der Vorbereitungen des Jahrestreffens 1980 setzte das MfS den Praktikanten im Sühnezeichen-Büro, Frank Stolt („IM Hermann Schneider") ein. Über die Rolle Stolts mit besonderer Berücksichtigung des Jahrestreffens 1980 siehe Abschnitt 5.3.4 MfS-Kollaborateure und Opfer in der Aktion Sühnezeichen (DDR)
[2400] zum „IM Krone" vgl.Abschnitt 5.3.3 Instrumentalisierung kirchlicher Verbände gegen die Aktion Sühnezeichen
[2401] Bericht, dat. 29. Dezember 1980, Bandabschrift, 29.12.80 [BStU MfS BV Berlin XV/812/73, 129/83, 64/91]

unbedachte Äußerungen“. Bestehende Kontakte sollten aber, so wird Magirius zitiert, weiter gepflegt werden und auch Hilfslieferungen sollen weiterlaufen.[2402] Wenngleich in den Unterlagen der BStU nicht dokumentiert, ist davon auszugehen, dass das Jahrestreffen Ende 1980 nicht nur vom Sühnezeichen-Praktikanten Frank Stolt für das MfS ausspioniert worden war, sondern, dass seitens des MfS Wilfried Koltzenburg als Vertreter des Diakonischen Werkes in der DDR im Leitungskreis mit der skizzierten Einflussnahme auf die Sühnezeichen-Position zu den regimekritischen Ereignissen in Polen beauftragt worden war. Eine vergleichbare Einflussnahme aus dem diakonischen Dachverband auf die inhaltliche Ausrichtung der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR war bereits zu Beginn der 1970er Jahre erfolgt.[2403] Aus der Perspektive Magirius’ stellte sich die Einflussnahme anlässlich des Jahrestreffens 1980 als „Bewährungsprobe“ vor den staatlichen Behörden dar, der er sich einem internen Gesprächsvermerk zufolge bewusst war. So erkundigte er sich bei einer Vorsprache am 24. Februar 1981 bei DSKF-Mitarbeitern (Wilke und Handel), ob „irgendwelche Beanstandungen zum Jahrestreffen vorlägen“. Die Regierungsbeamten versicherten, „dass alle Befürchtungen gegenstandslos seien“.[2404]

Aufgrund der Aktivitäten der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen und der Kontakte der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* zu deren Vertretern enthielt das Jahrestreffen 1980 hohe Brisanz für das MfS, das eine, wenn auch nur ideelle Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung (etwa durch Einladungen zum Jahrestreffen) ebenso zu verhindern trachtete wie den umgekehrten Einfluss der polnischen Freiheitsbewegung auf die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR. Dass die Veranstaltung im Sinne des MfS erfolgreich verlaufen war, schrieb das auf dem Jahrestreffen mit mindestens vier verschiedenen inoffiziellen Mitarbeitern vertretene MfS der guten Vorarbeit und laufender Abstimmungen mit den IMs während des Jahrestreffens zu:

> Inoffiziell wurde zum Verlauf des Jahrestreffens der AS erarbeitet, dass sich die vorbeugend eingeleiteten operativen Maßnahmen positiv auf den Inhalt und Verlauf des Treffens auswirkten. Bekannte negative Personen wurden verunsichert, innerkirchlich gezwungen, den kirchlichen Charakter des Treffens zu wahren sowie Handlungen zu unterlassen, die geeignet wären, die AS als Organisator negativer Aktivitäten gegen die DDR oder andere sozialistische Staaten zu diskreditieren. Der Differenzierungsprozess innerhalb der AS konnte weiter zu Gunsten der progressiven Kräfte beeinflusst werden.
>
> Zur operativen Kontrolle und Einflussnahme wurden IM der HA XX/4, der Abteilung XX/4 der BV Berlin und der KD Weißensee sowie der Abteilung XX/4 der BV Rostock eingesetzt. Während des Treffens fand eine ständige Beratung und Abstimmung der eingeleiteten Maßnahmen auf der Grundlage des bestätigten Maßnahmeplanes der HA XX/4 auf der KD Weißensee statt.[2405]

Ähnlich liest sich der Bericht über das Jahrestreffen im Jahr darauf. Erneut wird berichtet, dass die Einhaltung von zuvor von der DSKF auferlegten Bedingungen im Vorfeld des Jahrestreffens im Leitungskreis thematisiert wurde, wobei neben Magirius erneut Lewek und Koltzenburg namentlich als Teilnehmer genannt wurden:

> Internen Hinweisen zufolge - vertrauliche Zusammenkunft Magirius mit 12 Leitungskreismitgliedern unmittelbar vor dem Jahrestreffen, in der Magirius über das mit ihm durch Mitarbeiter des Staatssekretariats für Kirchenfragen geführte Gespräch zur Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen bzw. staatlicher Regelungen für die Teilnahme von Ausländern am Jahrestreffen 1981 informierte.
>
> Intern wurde dazu eingeschätzt, dass Magirius und andere Personen des Leitungskreises in diesem Zusammenhang verunsichert waren und sich veranlasst sahen, den innerkirchlichen Charakter des Jahrestreffens weitestgehend zu wahren.[2406]

[2402] Information über Jahrestreffen der AS vom 27.-29.12.1980 in Berlin- Weißensee, dat. 30. Dezember 1980, 1097/80 o. A. [BStU Archiv der Zentralstelle MfS - HA XX/AKG Nr. 5997]

[2403] vgl. Abschnitt 5.3.3 Instrumentalisierung kirchlicher Verbände gegen die Aktion Sühnezeichen

[2404] Niederschrift über ein Gespräch im Staatssekretariat für Kirchenfragen am Dienstag, 14. April 1981, o.D., o.A. [Magirius] [CL]

[2405] Information über Jahrestreffen der AS vom 27.-29.12.1980 in Berlin- Weißensee, dat. 30. Dezember 1980, 1097/80 o. A. [BStU Archiv der Zentralstelle MfS - HA XX/AKG Nr. 5997]. Der Maßnahmeplan selbst liegt nicht vor.

[2406] Information über das Jahrestreffen der Aktion Sühnezeichen vom 28.-30.12.1981, dat. 18.1.1982 Nr. 12/82 [MfS ZAIG Z 3193]

Ab dem MfS-Bericht über das Jahrestreffen der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* Ende 1984 ist dokumentiert, dass der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, jeweils eine Kopie der Berichte erhielt.[2407] Ab dem Jahrestreffen Ende 1985 findet sich in den MfS-Berichten der Hinweis, dass Jahrestreffen mit Zustimmung der DSKF stattgefanden.[2408]

5.3.2 Testfall Niederlande-Projekt

Vom 1. April bis 1. September 1959 sollte eine Sühnezeichen-Gruppe mit Teilnehmern aus der BRD und der DDR auf der niederländischen Insel Ameland ein „Gebäude zur Begegnung von Holländern und Deutschen" errichten.[2409] Anfang März 1959 beantragte Kreyssig bei der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei Ausreisegenehmigungen für 14 DDR-Teilnehmer.[2410] Mitte März 1959 adressierte er das DDR-Außenministerium. Im Außenministerium wurde aufgrund Kreyssigs Schreiben ein Aktenlauf gestartet. Kreyssig erhielt binnen Wochenfrist den unverbindlichen Zwischenbescheid, „dass Ihr Antrag gegenwärtig bei uns bearbeitet wird". Es läge „in der Natur der Sache, dass sie einer gründlichen Prüfung bedürfe", was wiederum „einige Zeit in Anspruch nehmen" würde. Nach Klärung der Angelegenheit würde er Nachricht erhalten.[2411] Zeitgleich wurde „der Vorgang wie telefonisch vereinbart" mit der Bitte um Stellungnahme und Rückgabe der DSKF übermittelt.[2412] Kreyssig mobilisierte indes den Greifswalder Bischof Friedrich-Wilhelm Krummacher[2413], der Außenminister Lothar Bolz[2414] direkt anschrieb und ihn bat, „freundlichst die Ausreisegenehmigung befürworten" zu wollen.[2415]

Kreyssig spannte zudem den prominenten Kirchenpräsidenten der westfälischen Landeskirche Ernst Wilm ein, der sich im April 1959 an das Außenministerium der DDR mit der Bitte um einen Gesprächstermin in Sachen Sühnezeichen während seines Berlin-Besuchs wandte.[2416] Das Gespräch kam aufgrund der Abwesenheit Bolz aus Ostberlin nicht zustande, ein weiterer schriftlicher Vorstoß Wilms bei Innenminister Maron blieb ebenfalls erfolglos.[2417] Konsistorialamtmann Fritz Wilhelm Weber, Kreyssigs Mitarbeiter in Ostberlin, war Wilms Terminwunsch mit dem Außenminister nachgegangen. Bei einer persönlichen Vorsprache im Ostberliner Außenministerium erfuhr er, dass nach seiner Vorsprache eine Beratung stattgefunden hätte, bei der man zu dem Ergebnis gekommen wäre,

> dass die Hauptaufgabe aller Deutschen gegenwärtig unter besonderer Berücksichtigung der kommenden Genfer Verhandlungen [Außenministerkonferenz] das Zustandekommen eines Friedensvertrages sei. ... Die Aktion Sühnezeichen bedeute aber eine Verzettelung der Kräfte ... die Holländer würden unsere friedfertige Gesinnung daran am besten erkennen können, dass wir

---

[2407] vgl. Information über das Jahrestreffen der Aktion Sühnezeichen in der DDR vom 28.-30. Dezember 1984 in Berlin-Weißensee [BStU MfS ZAIG Z 3428]

[2408] vgl. Information über das Jahrestreffen der Aktion Sühnezeichen in der DDR vom 27.-29. Dezember 1985 in Berlin-Weißensee, dat. 31. Dezember 1985, o.A. [BStU MfS-HA XX/4 Nr. 1242], Information .... 27.-29. Dezember 1986, dat. 20. Dezember 1986 [BStU MfS ZOS 2479]

[2409] Kreyssig an das Außenministerium der DDR, dat. 17. März 1959, Eingangsstempel 18. März 1959 [pAdAA A 11738 F1]; das Projekt in Ameland ist schließlich nicht zustande gekommen, statt dessen wurde ein Bauprojekt in Ouddorp, ebenfalls Niederlande, durchgeführt.

[2410] Kreyssig an Hauptverw. D. Dtschn. Volkspolizei, Amt für Auslandsreisen, Antrag auf Genehmigung Ausreise Teilnehmer Lg. Ameland, dat. 5. März 1959 [EZA 97/31]

[2411] Außenministerium der DDR an Aktion „Sühnezeichen", z.Hd. Herrn Präses Dr. Kreyssig, dat. 23. März 1959, Bi/La, gez. i.A. Marum, Abteilungsleiter [pAdAA A 11738 F1, Bl. 12].

[2412] Außenministerium der DDR an das Staatssekretariat für Kirchenfragen, z.Hd. d. Koll. Kusch, dat. 23. März 1959, Bi/La, gez. i.A. Marum, Abteilungsleiter [pAdAA A 11738 F1, Bl. 11].

[2413] Friedrich Wilhelm Krummacher 1901-1974, 1933 Mitglied der NSDAP, Mitglied des 1943 nach der Schlacht von Stalingrad in Krasnogorsk gegründeten Nationalkomitees Freies Deutschland, 1955-72 Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche mit Sitz in Greifswald, 1960-68 Vorsitzender der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen der DDR, 1961 Mitglied des Rates der EKD; Maser, Peter, Glauben im Sozialismus. Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR (1989). Berlin: Gebr. Holzapfel, S. 23; Barth, Bernd-Rainer, Links, Christoph, Müller-Enbergs, Helmut und Wielgohs, Jan, Wer war Wer in der DDR (1996). Frankfurt/Main: Fischer TB, S 419. Krummacher war Unterzeichner des Sühnezeichen-Aufrufs.

[2414] Lothar Bolz 1903-1986, 1950-1967 stellvertretender Ministerpräsident der DDR, 1953-1965 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, 1968-1978 Präsident der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft DSF. Barth, Bernd-Rainer, Links, Christoph, Müller-Enbergs, Helmut und Wielgohs, Jan, Wer war Wer in der DDR (1996). Frankfurt/Main: Fischer TB, S 85f.

[2415] Bischof D. Krummacher an Minister Dr. Bolz, Außenministerium der DDR, Berlin, am 16. April 1959 [EZA 97/31]

[2416] Wilm an Bolz, dat. 17. April 1959 [LKAB OI 67 (Sühnezeichen 1.4.1966-17.5.1967]

[2417] Wilm an Maron, dat. 29. April 1959, Bitte um Unterstützung bei Ausreisegenehmigung [LKAB OI 67 (Sühnezeichen 1.4.1966-17.5.1967]

> gemeinsam gegen die Wiederaufrüstung in Westdeutschland und die Atombewaffnung der Bundeswehr Stellung nehmen würden....[2418]

Gegen ein offizielles Gespräch mit Präses Wilm sprächen einerseits die fehlende Kompetenz des Außenministeriums für die Ausreiseerlaubnis, die „Sache der inneren Organe (Deutsche Volkspolizei)" wäre, zudem aber wäre Wilm „ja Bürger der BRD, und deshalb könne der Herr Minister nicht offiziell mit ihm über SZ verhandeln." Darüber hinaus hielt der Referent gegenüber Weber fest: „Holland sei ja auch Mitglied der Nato, deren Ziele ja beim 10-jährigen Bestehen wieder deutlich geworden wären. Außerdem fühle man sich nicht verantwortlich für das, was Hitler während des letzten Krieges getan habe. Es läge Ihnen aber daran, die offizielle Meinung der holländischen Regierung zu SZ zu wissen."[2419] Diese Vorgangsweise war auf Referenten- bzw. Abteilungsleiterebene mit der DSKF und mit dem persönlichen Referenten des Außenministers, Grunert abgestimmt worden. Grunert deponierte die Ansicht Bolz', „die Kirche versuche durch ihre gesamtdeutsche Kirchenleitung, die Existenz der beiden deutschen Staaten zu umgehen. Des weiteren könne von einer Schuld des deutschen Volkes gegenüber den Verbrechen Hitlers keine Rede sein. Unser Staat unterscheidet sich grundsätzlich von dem Hitlerstaat." Zur Vermittlung an Weber wurde u.a. vorformuliert: „Die DDR identifiziert sich nicht mit dem Hitlerstaat, wir haben kein Schuldgefühl gegenüber den Verbrechen Hitlers, die Schuldigen sind in den Kriegsverbrecherprozessen verurteilt worden, laufen zum Teil aber heute schon wieder in Westdeutschland frei herum."[2420]
Einen Tag nach Webers erfolgloser Vorsprache adressierte DSKF-Hauptabteilungsleiter Weise die Hauptabteilung Konsularwesen im Außenministerium. Unter Bezugnahme auf Bischof Krummachers Schreiben an Außenminister Bolz vom 16. April 1959 fasste Weise nochmals die Bedenken gegen die *Aktion Sühnezeichen* zusammen.[2421] Eine Abschrift dieses Schreibens sandte Weise auch an das Länderreferat Benelux im Außenministerium, wobei er im Begleitschreiben festhielt, „dass wir die Ausreise von Bürgern im Rahmen der ‚Aktion Sühnezeichen' ablehnen".[2422] Krummacher selbst sollte keine schriftliche Anwort erhalten; überlegt wurde, „ob ein Beauftragter des Bischofs empfangen werden sollte, dem von einem Mitarbeiter des Ministeriums unsere Meinung mündlich übermittelt wird".[2423]

Kreyssig versuchte weiter auf dem Amtsweg, die Ausreisegenehmigung für die mittlerweile von 14 auf zehn Teilnehmer geschrumpfte Gruppe aus der DDR zu erlangen und urgierte Ende Mai 1959 die Ausreisegenehmigung bei der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, Abteilung für Auslandsreisen[2424]: „Uns war endgültiger Bescheid für die vergangene Woche zugesagt. Teilnehmer, Unterzeichner, Interessenten und Pressevertreter fragen uns immer häufiger und dringlicher nach dem Bescheid über die Ausreisebewilligung." Kreyssig argumentierte auch im Hinblick auf das Erscheinungsbild der DDR, von dessen Bedeutung für die DDR-Regierung er sich einen Durchbruch für die Ausreisegenehmigung im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen* erhoffte: „Wir können auch in Berichten [...] wahrhaftiger weise nicht verschweigen, dass sich noch immer nur der westdeutsche Teil der Mannschaft im Dienst befindet." Schließlich erinnerte er an das Gespräch zwischen Innenminister Maron und Superintendent Führ und wiederholte sein Angebot einer persönlichen Begegnung mit präsumtiven Sühnezeichen-Teilnehmern: „Das Anliegen, das wir vertreten und das vom Herrn Innenminister für seine Person begrüßt und gutgeheißen worden ist, dürfte als Anlauf zu einer Cooperation zwischen den beiden Teilen Deutschlands nicht scheitern ... Wir sind gern bereit, die auf den Bescheid wartenden Teilnehmer, die Staatsbürger der DDR sind, dem Herrn Minister oder nach Befinden den Herren Sachbearbeitern

---

[2418] Vermerk, o.D., unterschrieben „Weber". [EZA 97/31]
[2419] Ebd.
[2420] Vermerk, IR Italien/Schweiz, dat. 28. April 1959, gez. Bibow
[2421] Weise an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, HA Konsularwesen, Gen. Böhm, dat. 25. April 1959 [pAdAA A 11738 F1, Bl. 14]
[2422] Weise an MfAA, Abt. Westeuropa, Länderreferat Benelux, dat. 4. Mai 1959 [pAdAA A 11738 F1, Bl. 21]
[2423] [persönlicher Referent des Außenministers] Grunert an Ministerbüro, Büro Minister Schwab, dat. 6. Mai 1959. [pAdAA A 11738 F1, Bl. 5]
[2424] Kreyssig an die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, Abteilung für Auslandsreisen, dat. 27. Mai 1959 [EZA 97/31]

vorzustellen.“[2425] Seinem Schreiben an die untergeordnete Dienststelle ließ Kreyssig ein Schreiben Martin Niemöllers an den Innenminister folgen.[2426] Ein weiteres Schreiben sandte Kreyssig wenige Wochen später an das Innenministerium.[2427] Allein: die Ausreisebewilligung wurde nicht erteilt.

Die Gesprächsverweigerung und unklare Kompetenzverteilung waren Strategie der DDR-Regierung. Das deutete Generalsuperintendent Fritz Führ in einem Schreiben an Innenminister Karl Maron an:

> Aus Ihrem Vorzimmer erhalte ich soeben die Bescheidung, dass Sie verreist sind. Leider kann mir nicht mitgeteilt werden, wann Sie zurückkommen. Inzwischen lassen Sie mich an den Herrn Staatssekretär für Kirchenfragen verweisen. Nun handelt es sich aber bei dem Vorhaben der Aktion Sühnezeichen um eine Frage, die nicht unter die Zuständigkeit des Staatssekretärs für Kirchenfragen gehört, wie überhaupt die Aktion Sühnezeichen als solche nicht eine Angelegenheit der Evangelischen Kirche ist.
> Überdies haben mitbeteiligte Minister und Staatsstellen der Aktion Sühnezeichen gegenüber immer wieder Sie, sehr geehrter Herr Minister, als für diese Angelegenheit maßgeblich und entscheidend genannt....[2428]

Der Versuch, den Innenminister als fachlich zuständigen Minister zu gewinnen, war von der Ablehnung durch die DSKF und von Marons zustimmender Äußerung im Gespräch mit Führ im Oktober 1958[2429] motiviert.[2430]

Als das zweite Sühnezeichenprojekt in Norwegen anlief, wiederholte sich das Antrags- und Verweigerungsprozedere für die 40 gemeldeten Teilnehmer aus der DDR, trotz einer Intervention durch den in der DDR anerkannten norwegischen Kirchenführer Pastor Conrad Bonnevie-Svendsen.[2431] Die beim Niederlande-Projekt nach Außen hin verschleierte, jedenfalls nicht konkret formulierte Ablehnung – „bei allen in Betracht kommenden Stellen keine Erlaubnis, freilich auch keine ausdrückliche Ablehnung und Begründung dafür bekommen“[2432] – , nahm nun allerdings konkrete Gestalt an. DDR-Außenminister Lothar Bolz, ließ die *Aktion Sühnezeichen* 1960 die endgültige Haltung der DDR-Regierung wissen. Die adressierten Staaten hätten aber ganz andere Wünsche, „als die nach einem Ersatz wirksamer Maßnahmen zum Schutz des Friedens durch Sühnezeichen“, so der Außenminister,

> Deshalb besteht die vornehmste Aufgabe aller unserer Bürger darin, hier in der Deutschen Demokratischen Republik am Aufbau des sozialistischen Staates mitzuarbeiten und die Gefährdung des Friedens, die von den westdeutschen Militaristen ausgeht, offen darzulegen und offen zu bekämpfen. Deshalb schlage ich Ihnen vor, dass Sie den jungen Menschen, die sich bereit erklärt haben, mit praktischen Taten für die große Sache des Friedens zu wirken, den besten Weg zeigen, der der Erfüllung dieses Zieles dient, den der aktiven Mithilfe beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Hier können junge Menschen aller Berufe und Konfessionen große und von heißer Liebe zum Frieden durchdrungene Taten zur Stärkung und Festigung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates leisten und damit zu ihrem Teil der Verantwortung des deutschen Volkes am besten gerecht werden...[2433]

Die von der *Aktion Sühnezeichen* 1966 beim DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen als offizielle Gruppenreisen unter dem Hinweis auf eine über Stanisław Stomma vermittelte Zusage des Warschauer Amtes für Bekenntnisfragen beantragten Einsätze in den polnischen Gedenkstätten Auschwitz, Groß-Rosen, Majdanek und Stutthof[2434] evozierten einen Aktenlauf mit dem Außenamt, der DDR-Botschaft in Polen und schließlich mit dem Abteilungsleiter des korrespondierenden Warschauer Amtes. DSKF-

---

[2425] Ebd.
[2426] Brief Niemöllers an das Innenministerium der DDR, dat. Wiesbaden, 29. Mai 1959 [EZA 97/31]
[2427] Kreyssig an das Innenministerium der DDR am 18. Juni 1959: Urgenz wegen Ausreisegenehmigung für Holland-Freiwillige. [EZA 97/31]
[2428] Führ an Maron, dat. 11. Januar 1960 [EZA 97/31]
[2429] Aktenvermerk, datiert 18. Oktober 1958, unterzeichnet Führ. [EZA 97/31]
[2430] Führ an Innenminister Maron, dat. 8. Januar 1960 [EZA 97/31]
[2431] Skriver (1962), S. 20f., die Intervention Bonnevie-Svendsens griff auch Führ auf. Vgl. Führ an Maron, dat. 11. Januar 1960 [EZA 97/31]
[2432] Rundschreiben an die für Holland und Norwegen gemeldeten Teilnehmer aus der DDR, dat. 27. Juni 1959, gez. Kreyssig [ADW, HGSt 1786]
[2433] Bolz an Aktion Sühnezeichen, dat. 13. Mai 1960, zitiert nach Skriver (1962), S. 22.
[2434] Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen, dat. 26. April 1966, gez. Christian Schmidt, Günter Särchen [SAPMO DO 4/2796]

Hauptabteilungsleiter Hans Weise adressierte seinen polnischen Amtskollegen Alexander Skarzyński und vermittelte ihm die DDR-Einstellung zu den geplanten Sühnezeichen-Einsätzen: „Unsererseits bestehen starke Bedenken gegen die genannte kirchliche Gruppierung, die versucht, unter dem Deckmantel einer Sühneaktion Positionen der westdeutschen Militärkirche im sozialistischen Lager zu schaffen." Deshalb ersuchte er „möglichst davon Abstand zu nehmen, diesen Gruppen eine Genehmigung zur Einreise in die Volksrepublik Polen zu geben".[2435] Skarzyński antwortete im Sinne der DDR-Genossen: „Das Amt für Bekenntnisfragen ist in bezug auf die politische Bewertung dieser Aktion ganz Ihrer Meinung und hat somit keinerlei Zustimmung gegeben und schätzt diese Aktion weiterhin negativ ein."[2436] In der Zeit zwischen diese Schreiben erfolgte eine Vorsprache Stommas in der DDR-Botschaft in Warschau am 25. Mai 1966. Stomma versuchte dabei Stimmung für die Sühnezeichen-Einsätze zu machen und wies auf das „positive Echo" der Vorjahresgruppen hin. Auch Skarzyński hätte nach Stommas Ausführungen erklärt, „dass die polnische Seite sich wohlwollend zu dieser Frage verhalte, doch sei das in erster Linie eine Frage der Behörden der DDR".[2437] Skarzyński hatte im zitierten Schreiben an Seigewasser aber ausgeführt, dass eine „persönliche Beteiligung von Abgeordneten Dr. S. Stomma an dieser Aktion" unrichtig wäre.[2438] Diese Ungereihmtheit könnte darauf zurückzuführen sein, dass Stommas Vorsprache in der DDR-Botschaft mit den Warschauer Behörden koordiniert war, um die DDR auf diese Weise darauf hinzuweisen, dass die Ablehnung der Sühnezeichen-Projekte einzig auf Wunsch der DDR-Regierung erfolgte. Dem MfS lagen jedenfalls Informationen vor, die Stommas Involvierung – entgegen der brieflichen Versicherung Skarzyńckis – belegen.[2439] Auch das Staatssekretariat für Kirchenfragen und das Außenamt waren über Stommas Beteiligung informiert.[2440]

Der nach Kreyssigs Rücktritt als Leiter der *Aktion Sühnezeichen* beim Jahrestreffen 1969/1970 eingesetzte fünfköpfige Leiterkreis unter Christian Schmidt versuchte das Verhältnis mit der DSKF neu zu definieren und bot nach seinem Amtsantritt eine gemeinsame persönliche Vorsprache an. Dieser Vorstoß, der retrospektiv als ‚Probe aufs Exempel' im Verhältnis DDR-Staat und *Aktion Sühnezeichen* erscheint, wurde von der Diensstelle prompt abgeschmettert: „Eine Aussprache mit allen Leitungsmitgliedern wurde von uns abgelehnt."[2441] Gegenüber Schmidt und Dietrich Erdmann, die als Gesprächspartner Mitte April 1970 akzeptiert wurden, erklärte Abteilungsleiter Hans Wilke, „dass wir es ablehnen, über die Aufgaben der Aktion Sühnezeichen zu diskutieren, wenn bis heute noch nicht die festgelegten Grundfragen geklärt sind bzw. beantwortet wurden". Zudem wäre es „bedauerlich, dass die Aktion ‚Sühnezeichen' im Jahre 1970 immer noch diesen Namen trägt".[2442] Die staatlichen Vertreter monierten damit einerseits die mangelnde Abgrenzung zur BRD und wiesen auf das Selbstverständnis des antifaschistischen und mit seinen östlichen Nachbarn versöhnten DDR-Staates hin. Die *Aktion Sühnezeichen* stellte, so die unausgesprochene Botschaft, eine Bedrohung des DDR-Selbstbildes dar und bedeutete eine Konkurrenz zum staatlichen Umgang mit der – in die BRD ausgelagerten – NS-Geschichte. Inwieweit die DSKF bzw. MfS-Mitarbeiter in Überlegungen zur Namensänderung der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR involviert waren, bzw. diese umzusetzen versuchten, konnte nicht verifiziert werden.[2443] In einem fast zweieinhalb Jahre nach der zitierten Vorsprache zwischen Schmidt und dem

---

[2435] Weise an Skarzyński, dat. 9. Mai 1966 [SAPMO DO 4/2796, 10-11]
[2436] Skarzyński an Seigewasser, dat. 10. Juni 1966 [SAPMO DO 4/2796 6]
[2437] Vermerk über einen Besuch des Sejmabgeordneten Stomma von der Znak Gruppe am 25.5.66, dat. 31. Mai 1966, gez. Vosseler [SAPMO DO 4/2796 8f.]
[2438] Skarzyński an Seigewasser, dat. 10. Juni 1966 [SAPMO DO 4/2796 6]
[2439] So findet sich ein Brieffragment von Särchens Schreiben an Stomma vom 26. September 1965, in dem Särchen detailliert beschreibt, welche Textbausteine die Einladungsschreiben seitens des Klubs der katholischen Intelligenz an die Aktion Sühnezeichen enthalten sollen, u.a. die Zusage des Warschauer Amts für Bekenntnisfragen. [BStU MfS HA XX/4 285, 346-347]
[2440] Kreyssig an das Staatssekretariat für Kirchenfragen, dat 10.7.1964, in Abschrift [pAdAA A 1806 F3, 281f.]
[2441] Aktenvermerk, Arbeitsgebiet Evangelische Kirche, dat. 18. April 1970, gez. Gotthardt [SAPMO DO 4/598]
[2442] Ebd.
[2443] Eine Namensdiskussion wurde 1968 u.a. von Schmidt getragen. Vgl. Abschnitt 4.1.3 Die Brücke: Versöhnung überbrückt den Raum

Vertreter der Dienststelle, Gotthardt, geführten Gespräch wurde die Bezeichnung erneut kritisiert: Sühnezeichen wäre wohl für die BRD „richtig und notwendig, für die DDR aber längst überflüssig“.[2444]

5.3.3 Instrumentalisierung kirchlicher Verbände gegen Aktion Sühnezeichen

Über Beschluss der Diakonischen Konferenz am 22. September 1966 wurde die Aufnahme der *Aktion Sühnezeichen* „nur für den Bereich der Deutschen Demokratischen Republik als Fachverband dem Diakonischen Werk Innere Mission und Hilfswerk der EKD“ beschlossen.[2445] Über die interne Meinungsbildung im Diakonischen Werk über die Aufnahme und über die ersten Jahre der Mitgliedschaft als Fachverband liegen keine Informationen vor.[2446] Einer Aufstellung aus 1971 zufolge war die *Aktion Sühnezeichen* in Fachgruppe XI „Verschiedenes“ als Nr. 25 aufgelistet.[2447] Die vereinigte *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* ist weiterhin Fachverband des Diakonischen Werkes unter der Rubrik „VII. Ökumene, Gesellschafts- und Sozialpolitik“, in der gleichen Gruppe wie die *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* und die *Dienste in Übersee*.[2448]

Die *Aktion Sühnezeichen* profitierte von der Zugehörigkeit zum Diakonischen Werk durch die institutionelle Absicherung gegenüber den DDR-Behörden – die *Aktion Sühnezeichen* wurde ein kirchliches Werk, ein diakonischer Fachverband, der einen eigenen Rechtsstatus in Anspruch nehmen konnte.[2449] Über das Diakonische Werk wurden auch Finanz- bzw. Warentransfers für die *Aktion Sühnezeichen* in der bzw. in die DDR abgewickelt. So lief die Bestellung neuer Autos für die *Aktion Sühnezeichen* bzw. Lothar Kreyssig über die Verbindungen des Diakonischen Werkes.[2450] Auch eine von Gotthard Kutzner vermittelte Unterstützung seitens des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen an die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* in Form von Benzingutscheinen wurde über das Diakonische Werk abgewickelt.[2451] Die *Aktion Sühnezeichen* konnte so am Autonomiespielraum[2452] der DDR-Kirchen partizipieren, was sie andererseits zu einem Instrument der DDR-Behörden, indem staatliche Behörden wiederholt diesen Autonomiespielraum angesichts der ‚Devianz’ der *Aktion Sühnezeichen* in Frage stellten. Die *Aktion Sühnezeichen* war Spielball im Verhältnis von Staat und Kirche, an der exemplarisch Disziplinierungen vorgenommen wurden.

Zu existenziell bedrohlichen Konflikten zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und dem Diakonischen Werk kam es unter der Amtszeit von Gerhard Bosinski (1911-1985), der dem Diakonischen Werk in der DDR[2453] von 1968-1976 vorstand. Kreyssig kannte Bosinski schon seit langem und war Taufpate einer Tochter Bosinskis.[2454] Trotzdem, so Christian Schmidt, hatte Bosinski „Sühnezeichen nie richtig verstanden“.[2455] Dieses von Schmidt angedeutete mangelnde Verständnis, das sich in restriktiver Haltung gegenüber dem Fachverband *Aktion Sühnezeichen* zeigte, ist, so die zentrale These dieses Abschnittes, ur-

---

[2444] Vermerk, dat. 1. September 1972, gez. Christian Schmidt [ADW DW DDR D 163]
[2445] Brief Schober an KR Gerhard Laudien, dat. 10. Oktober 1966 [ADW/DW DDR 209]
[2446] in einem Treffbericht mit Bruno Hamann, juristischer Mitarbeiter des Diakonischen Werkes, wird von einem „großen Unbehagen“ berichtet, es wäre die Frage gestellt gewesen, „ob die ‚AS’ überhaupt eine kirchliche Berechtigung habe, da die ‚AS’ auf persönliche Initiative von Kreyssig mit Vertretern der EKD gegründet wurde und der ganze Inhalt der Arbeit mehr von persönlichen Motiven, Gesichtspunkten und Hobbys des Kreyssig geprägt waren.“ Vgl. Treffbericht, Hauptabteilung XX/4, dat. 1. Juli 1970, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 14128/60; 6036/79]
[2447] Aufstellung vom 6. Juli 1971 [ADW DWDDR D160]
[2448] Anschriften der Fachverbände, Stand Oktober 2001. Informationen und Materialien aus dem Diakonischen Werk der EKD
[2449] die Leiter der Aktion Sühnezeichen agierten mit einer „Generalvollmacht“ des Diakonischen Werkes, vgl. Generalvollmacht für den Leiter von ASZ, dat. 1 Januar 1979 im Namen von IM und HW der Ev. Kirchen in der DDR – anerkannt am 21.12.1976 durch den Magistrat von Berlin alle rechtlichen Angelegenheiten von ASZ gerichtlich und außergerichtlich wahrzunehmen. Gez. Hildebrand und Petzold [ADW/DW DDR 209]
[2450] Christian Schmidt an Hammerstein am 28. November 1968 [EZA 97/940]
[2451] Kutzner an Ministerialdirigent Kreutzer vom BM für innerdeutsche Beziehungen, dat. 27. Februar 1970; Hammerstein an Geißler, Diakonisches Werk, Stuttgart, dat. 14. September 1970 [EZA 97/940]
[2452] vgl. Goeckel, Robert F. (1996). Autonomiespielraum der Kirchen in der DDR. Ein Essay aus amerikanischer Sicht. In Kaiser, Gert und Frie, Ewald, Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR, Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 103-120.
[2453] Formalrechtlich war das Diakonische Werk in der DDR erst ab 1969 eigenständig und nicht mehr Teil der gesamtdeutschen Diakonie.
[2454] Interview mit Christian Schmidt, 29. August 2004; Kreyssig an Bosinsky (!), dat 8. Juli 1968 [EZA 97/889]
[2455] Interview mit Christian Schmidt, 29. August 2004

und hauptsächlich auf den Einfluss der staatlichen Behörden zurückzuführen. Neben dem Einfluss der ressortzuständigen DSKF ist die Einflussnahme durch das MfS dokumentiert. Sowohl Bosinski („IM Specht“ 1971-1975)[2456] wie auch seine jeweiligen Justiziare Bruno Hamann (mit *Aktion Sühnezeichen* bis zu seiner Pensionierung 1974 befasst; „IM Bruno“ 1960-1979)[2457] und Wilfried Koltzenburg („IM Krone“ 1965-1989)[2458] wurden vom MfS als Inoffizielle Mitarbeiter geführt, von Bosinski und Hamann liegen Unterlagen aus dem Bestand des MfS vor, anhand derer eine Zuarbeitung zugunsten des MfS und zulasten der *Aktion Sühnezeichen* rekonstruiert werden kann. Bosinski wurde den MfS-Akten zufolge eigens „zur Bearbeitung des Operativ-Vorganges ‚Elster’“ gegen die *Aktion Sühnezeichen* angeworben.[2459]

In Erinnerungen von Hamann und Bosinski finden sich verharmlosende Darstellungen. In einem Manuskript zur Geschichte der Diakonie führte Hamann wenig aussagekräftig und faktisch falsch[2460] aus:

> Im Jahre 1970 kam der Fachverband „Aktion Sühnezeichen“ in Schwierigkeiten, als sein Leiter Präses Kreyssig zu einer politischen Frage in einem Brief Stellung genommen hatte, von dem er eine Abschrift dem Staatssekretär für Kirchenfragen zuleitete. Die Geschäftsstelle nahm sich auf Bitte des Fachverbandes der Sache an und erreichte einen Ausgleich dahin, dass der persönliche Konflikt beigelegt wurde und die Satzung (Ordnung) nur [?] gefasst die zukünftige Arbeit regelte. Ein Dezernent, zuweilen auch der Direktor der Geschäftsstelle selbst, waren lange Zeit bei den Zusammenkünften beratend zur Verfügung.[2461]

Bosinski formulierte 1982 gegenüber Magirius: „Zumindest aus den ersten Jahren meines Dienstes sind mir natürlich eine Reihe von Situationen vertraut, in denen der Regenschirm unseres Werkes nicht das Schlechteste war, dessen die Aktion versichert sein konnte.“[2462] Die von Hamann und Bosinski positiv gefärbte Rolle des Diakonischen Werkes widerspricht der Aktenüberlieferungen der DSKF, des MfS und der *Aktion Sühnezeichen*.

Bruno Hamann war 1959 vom MfS unter Vorlage seines SA-Aufnahmeantrages mit einem Foto in SA-Uniform zur Mitarbeit als Geheimer Informant („GI Bruno“) erpresst worden.[2463] 1969 wurde er zum „IMV Bruno“ umgereiht, Treffen erfolgten nunmehr monatlich.[2464] Eine Einschätzung aus 1973 berichtet davon, dass „der IM eine ständig wachsende Initiative entwickelte und sich ein Verhältnis auf der Basis der Überzeugung herausgebildet hat“. Als Aufgabengebiete des IMV Bruno wurde die Arbeit am Operativen Vorgang gegen die *Aktion Sühnezeichen* (OV Elster), am Diakonischen Werk und an der ersten Bundessynode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR angegeben. Hamann führte „Aufträge zur Durchsetzung von Differenzierungsmaßnahmen z.B. gegen die ‚AS’ klug und überlegend durch. Er leistete in der Vergangenheit eine sehr wertvolle Arbeit.“[2465] Die Unterlagen des MfS enthalten

---

[2456] Bosinski, Gerhard (1911-1985), vgl. BStU MfS XV 2423/71; 15716/79

[2457] Hamann, Bruno (Jg. 1909), vgl. BStU MfS 14128/60; 6036/79

[2458] Koltzenburg, Wilfried, vgl. BStU MfS XV 4029/65, ohne Personenangaben, Akten gelöscht per 8. Dezember 1989; Auskunft BStU Frau Freudenberg, 29. August 2005. In den archivierten fragmentarischen Dokumenten finden sich keine Bezüge zur Aktion Sühnezeichen. Koltzenburg war ab April 1974 Nachfolger Hamanns als Vertreter des Diakonischen Werkes. Eingang fanden Informationen durch „IM Krone“ in die Akte „OV Elster“/Schmidt. So ein Auszug aus einem Treffbericht vom 11.1.74, als Koltzenburg von der beruflichen Zukunft Schmidts nach dem Ausscheiden aus der Aktion Sühnezeichen berichtete; vgl. Aktenvermerk vom 11. Januar 1974, o.A., Bezug auf „IM Krone“ ist handschriftlich angefügt. [BStU MfS AOP 5854/85]; im Abschlussbericht zum „OV Elster“ wird „IM Krone“ als zuverlässiger IM beschrieben, der die weitere Kontrolle der Einhaltung der über das MfS gesteuerten Vereinbarungen zwischen Bund, Diakonisches Werk und Aktion Sühnezeichen ausführen würde. vgl. Abschlussbericht über die operative Bearbeitung des OV „Elster“, Reg. Nr.: XV/1399/71, dat. 8. Oktober 1974, gez. Kullik, Hptm. [BStU MfS AOP 5854/8 Reg. Nr. XV/1399/71].

[2459] Vorschlag zur Werbung eines IMV, dat. 19. Mai 1971, gez. Hptm. Kullik, HA XX/4/I [BStU MfS 15716/79 2423/71]

[2460] Die Fehler liegen in der Darstellung von Kreyssigs Leiterrolle, die dieser bereits 1969 zurückgelegt hatte und von der Involvierung des Diakonischen Dachverbands, die nicht von Sühnezeichen, sondern vom MfS bzw. der DSKF ausgegangen war.

[2461] Bericht von Bruno Hamann, dat. Jan. 1981 maschinschriftliches Dokument zur Ziffer 4 „Fühlungnahme und Verkehr mit kommunalen und staatlichen Organen sowie gesellschaftlichen Organisationen“ des Gesamttextes zur Geschichte der Inneren Mission und des Ev. Hilfswerkes seit 1945 [ADW GD I/4]

[2462] Gerhard Bosinski an Friedrich Magirius, 20. Januar 1982; Bosinski erwähnt seinen „alten Freund Kreyssig“ (seit 1950). [ADW GD X]

[2463] Bericht über Kontaktaufnahme durch HA V/4, dat. 15. Juli 1959, gez. Ultn. Kuschel [BStU MfS 14128/60, Kartei 6036/79]

[2464] Vorschlag, dat. 21. April 1969, gez. Rossberg [BStU MfS 14128/60]

[2465] handschriftliche Einschätzung des IMV „Bruno“, HA XX/4, dat. 20. Februar 1973, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 14128/60; 6036/79]

mit der ersten von Bruno Hamann weitergeleiteten Information über die *Aktion Sühnezeichen* Mitte 1970 einen Hinweis auf bereits länger zurückliegende Instruktionen:

> Seit längerer Zeit wurde der IM „Bruno“ auf die negative Tätigkeit der Aktion Sühnezeichen in der DDR hingewiesen. Dabei wurden Überlegungen angestellt, inwieweit Möglichkeiten bestehen[,] das Ev. Hilfswerk in der DDR mit ihrem Leiter Dr. Bosinski gegen die Aktion Sühnezeichen auszurichten und eine aktive Zersetzung der Aktion Sühnezeichen mit innerkirchlichen Mitteln herbeizuführen. Ausgangspunkt dafür war, da die Aktion Sühnezeichen in der DDR dem Ev. Hilfswerk in der DDR als Fachverband unterstellt ist, dem Leiter des Ev. Hilfswerks Dr. Bosinski belastendes Material über Mitarbeiter der AS zukommen zu lassen.[2466]

Das geschah in Form von anonymen Briefen, die u.a. an Bosinski adressiert waren, und in denen von finanziellen Unregelmäßigkeiten durch einen Mitarbeiter berichtet wurde.[2467] Die Briefe wurden mit dem Briefkopf „Arbeitsgruppe junger Katholiken in der Aktion Sühnezeichen“ versandt.

> Seit September 1969 werden der Bund Evangelischer Kirchen in der DDR, die Evangelische Kirche der Union, Innere Mission und Hilfswerk, Bischöfe, Mitglieder des Leitungskreises, Teilnehmer, Spender und Freunde der Aktion Sühnezeichen auf eine ebenso versteckte wie hemmungslose Weise durch anonyme Briefe belästigt.
> Es ist kein Zweifel mehr, dass sie von einem oder mehreren Absendern ausgehen, die gegen unseren Dienst eingestellt sind und ihre Behauptungen auf unvollständige Informationen stützen.
> Jeder, der in den letzten 12 Jahren bei uns mitgearbeitet hat, weiß, dass man bei uns offen alle Fragen und Bedenken vortragen kann. Davon wurde in allen Jahren mündlich und schriftlich auch reger Gebrauch gemacht. [...]
> In den anonymen Briefen werden Vorwürfe erhoben, wie:
> Unbrüderliche Auseinandersetzungen um die Nachfolge von Präses Kreyssig
> Unehrliche Verwaltung der Spendengelder
> Unsaubere Geschäftsführung[2468]

Hamann berichtete MfS-Hauptmann Kullik, dass beim Aufrollen dieser Affäre die beabsichtigte Missstimmung zwischen Geschäftsführer Schmidt und Bosinski eingetreten wäre und Bosinski nunmehr von der *Aktion Sühnezeichen* „die Nase voll habe. Unter geschickter Ausnutzung der Situation konnte ‚Bruno’ erreichen, dass er von Dr. B[osinski] den Auftrag erhielt[,] als Jurist in Zukunft an allen Leiterkreissitzungen teilzunehmen und eine Kontrolle über die Tätigkeit der Geschäftsstelle der Aktion Sühnezeichen und des Leiterkreises auszuüben.“[2469] Hamann wurde beauftragt, dem MfS „alle Unterlagen, die über die ‚AS’ in der Geschäftsstelle des Ev. Hilfswerkes liegen[,] zu beschaffen und uns zur Einsichtnahme zu übergeben“, „die kirchenrechtliche Seite der ‚AS’ prüfen“ und Vorschläge zu unterbreiten, wie mit Hilfe Bosinskis die *Aktion Sühnezeichen* „auf diakonische Arbeiten festzulegen und eine politische Betätigung zu untersagen“ wäre. Hamann wurde weiters beauftragt, über die Pläne und Absichten der *Aktion Sühnezeichen* zu berichten. Durch „geschickte Beeinflussung“ sollte zudem erreicht werden, „dass die innerkirchlichen Gegensätze und persönlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Hilfswerk und der „AS“ einerseits“ und Dr. Bosinski und Christian Schmidt[2470] andererseits „vertieft werden und dadurch die ‚AS’ systematisch isoliert, eingeschränkt und in der Perspektive als Organisation aufgelöst werden kann“. Dadurch, so MfS-Hauptmann Kullik selbstgefällig, „wurde die Realisierung der im Maßnahmeplan zur operativen Bearbeitung und Zersetzung der ‚AS’ auf dem Gebiete der DDR eingeleitet“.[2471]

[2466] Treffbericht, Hauptabteilung XX/4, dat. 1. Juli 1970, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 14128/60; 6036/79]
[2467] Name durch BStU – unvollständig – geschwärzt. Es handelte sich um Fritz Steffen, der mit Schmidts Amtsübernahme als Leiter der Aktion Sühnezeichen zu Jahresbeginn 1970 gekündigt worden war. Steffen wurde dem zitierten Treffbericht zufolge operativ bearbeitet. [Ebd.] Die anonymen Schreiben selbst waren weder im Archivbestand der Aktion Sühnezeichen [ASF, EZA], noch in jenem des Diakonischen Werkes und auch nicht in den Beständen der BStU auffindbar.
[2468] Rundschreiben, dat. 8. Juni 1970, gez. Dietrich Erdmann, Günter Särchen, Gottfried Zollmann, Christian Schmidt [CL] Das Rundschreiben lag, offenbar von Hamann weitergeleitet, auch dem MfS vor [BStU MfS 14128/60 und 6036/79]
[2469] Treffbericht, Hauptabteilung XX/4, dat. 1. Juli 1970, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 14128/60; 6036/79]
[2470] Name durch BStU geschwärzt.
[2471] Ebd. Der zuletzt zitierte Satzteil ist auch im Original unvollständig.

Knapp fünf Monate nach diesem Treffen protokollierte Hauptmann Kullik ein weiteres Treffen mit Bruno Hamann, bei dem Hamann von den Auseinandersetzungen zwischen Bosinski und Schmidt berichtete.[2472] Hamann hätte demnach Bosinski die juristische Lage – ganz im Sinne der staatlichen Behörden – dahingehend erklärt, dass „er als Leiter die Verantwortung trage und auch für alle Dinge, die in der ‚AS' vorgehen[,] verantwortlich gemacht werden könne". Bosinski, der [als „KP Mission"] auch direkt über Beamte des MfS kontaktiert und gegen die *Aktion Sühnezeichen* eingestimmt worden war, hätte daraufhin in einem Gespräch Ende November 1970, an dem Sühnezeichen-Leiter Christian Schmidt und Geschäftsführer Hans-Detlef Peter und seitens des Diakonischen Werkes Bosinski und Hamann teilnahmen, sowohl hinsichtlich der angeblichen Finanztransaktionen rund um Sühnezeichen-Mitarbeiter Fritz Steffen wie auch hinsichtlich der von den DDR-Behörden untersagten Auslandsaktivitäten eine ultimative Haltung eingenommen und die Einhaltung der behördlichen Auflagen von 1966 angeordnet, andernfalls „sie in der jetzigen Organisationsform nicht existieren können" und „an Einfluss weiterhin verlieren" würde. Hamann berichtete von Überlegungen zwischen Bosinski und BEK-Sekretär Manfred Stolpe die *Aktion Sühnezeichen* aus dem Verbund des Diakonischen Werkes herauszulösen und dem ökumenischen Jugenddienst des BEK anzuschließen.[2473] Als Maßnahmen nach dem Treffen zwischen Kullik und Hamann Ende November 1970 wurde die Einschaltung zweier weiterer Inoffizieller Mitarbeiter – „IM Sekretär"[2474] und „IM Dietrich"[2475] vorgeschlagen, „um zu verhindern, dass der Plan[,] die ‚AS' dem Bund oder dem ökumenischen Jugenddienst evtl. anzugliedern, umgesetzt wird. Im Falle[,] dass sich keine kirchliche Organisation als rechtsmäßiger Träger der ‚AS' hergibt, ist die Auflösung der Organisation unvermeidlich."[2476]

Das MfS war der *Aktion Sühnezeichen* in dieser Sache einen Schritt voraus: erst 10 Tage nach der Datierung dieses Treffberichts erkundigte sich Schmidt bei einer Vorsprache beim BEK mit Manfred Stolpe und Christa Lewek „unverbindlich nach Möglichkeiten und Voraussetzungen, unter denen Sühnezeichen evtl. unter das Dach des Bundes überwechseln könnte". Stolpes Antwort fiel hinhaltend aus: voraussichtlich erst 1973 würden einige Fachverbände vom Diakonischen Werk auf den Bund übergehen.[2477] Stolpe hatte kein Interesse daran, die widerspenstige *Aktion Sühnezeichen* direkt in die Verantwortung des Dachverbandes der Evangelischen Kirchen zu nehmen und seitens der Behörden für Handlungen und Aussagen der Aktion verantwortlich gemacht zu werden. Trotz der von den DDR-Behörden inszenierten ‚Geiselhaft' wollte das Diakonische Werk die ‚Rückendeckung' für die *Aktion Sühnezeichen* nicht ersatzlos entziehen und eine Auflösung zu riskieren: Man könnte die *Aktion Sühnezeichen* nur dann „abkoppeln, wenn sie gleichzeitig beim Bund [der Evangelischen Kirchen inder DDR, Anm.] vor Anker geht. Sie einfach in der Luft schweben zu lassen, wäre m.E. ungut."[2478]

Schmidt beriet sich unmittelbar nach der Auseinandersetzung mit Bosinski mit Kreyssig, der seine Meinung eine Woche nach der Beratung mit Schmidt – vermutlich, um die anderen Mitglieder des Leitungsteams auf eine Linie zu bringen – schriftlich formulierte. Kreyssig verstand den Konflikt als Teil der Ausgrenzungsstrategie durch die DDR-Behörden: „Lasst euch durch die Hitze, die euch begegnet, nicht befremden, lautet die biblische Weisung. Gerade, wenn man sich bemüht, zu erkennen, was an dem Vorfall symptomatisch ist, wird man das nicht vergessen dürfen. Es bestätigt noch einmal, dass die ideologische Feindseligkeit seitens der staatlichen Organe unverändert ist." Die Weigerung einer direkten

---

[2472] Treffbericht, dat. 30. November 1970, HA XX/4, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 14128/60; 6036/79]
[2473] Ebd.
[2474] Unter dem Decknamen „IM Sekretär" wurde ab 20. Mai 1970 der Sekretär des 1969 geschaffenen Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe als MfS-Mitarbeiter geführt. Vgl. Boyens, Armin. (1996), S. 120-138, S. 132f
[2475] Deckname für Wolf-Dietrich Gutsch, s.u.
[2476] Treffbericht, dat. 30. November 1970, HA XX/4, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 14128/60; 6036/79]
[2477] Vermerk, o.D. [10. Dezember 1970], gez. C.S.[chmidt] [EZA 97/33]
[2478] So der Direktor von Inneren Mission u. Hilfswerk der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg an Bosinki, dat. 1. November 1970, gez. [Kurt] Bohm [ADW DW DDR D 163]

Auseinandersetzung der DDR-Behörden mit der *Aktion Sühnezeichen* war für Kreyssig nicht „Ausdruck der Entschiedenheit, sondern der Unsicherheit und Schwäche". Kreyssig durchschaute die Instrumentalisierung des Diakonischen Werkes, wenngleich er davon ausging, dass die Intrige von der DSKF stammte, während den Archivunterlagen zufolge das MfS federführend war. „Umso interessanter und aufschlussreicher ist der methodische Aspekt der Sache. Das Staatssekretariat bedient sich eines führenden Mannes der verfassten Kirche, um uns etwas abzunötigen, was es von sich aus weder erreichen noch intendieren mag. Hier ist Aufmerksamkeit am Platze." Kreyssig sprach sich in Folge gegen einen Wechsel zum Bund aus: „... wird es auch dort immer wieder Menschen geben, die für Versuchungen der jetzt sichtbaren Art anfällig sind." Kreyssig sprach sich dafür aus, „in der Frage der Befugnis von Oberkirchenrat Bosinski eine eindeutige Absage zu geben. Die Zumutung, die Polendienste aufzugeben und sogar den Sühnezeichenleuten eine entsprechende Weisung von ihm, Bosinski zu übermitteln, kann nur mit einem runden ‚Nein' beantwortet werden." Kreyssig führte Bosinski als Handlager des Staates vor und schwor die Sühnezeichenleitung auf Standfestigkeit ein:

> Ich lasse ununtersucht, wodurch die Männer des Staates darauf verfallen sein könnten, sich gerade von diesem Mann eine gefügige Dienstbereitschaft zu versprechen. Indem er den Auftrag angenommen hat, ist er auf gefährliche Weise gebunden und unserer fürbittenden Teilnahme dringend bedürftig. Der erste Dienst, den wir ihm dabei aber schuldig sind, ist eben dieses eindeutige doppelte ‚Nein'. Ist das erst einmal ganz klar, so kann man sich Wege zu brüderlichen und seelsorgerischen Beistand zeigen lassen. [...] Die gefährlichste Folge einer solchen Verirrung, wie Bosinski ihr erlegen ist, ist immer die Ansteckung.[2479]

Bosinski war nach seiner Bestellung zum Direktor des Diakonischen Werkes ab April 1969 über Hamann in Kontakt mit der MfS-Hauptabteilung XX/4 gekommen und wurde im Mai 1971 zur Anwerbung „als IMV zur Bearbeitung des Operativ-Vorganges ‚Elster'" vorgeschlagen.[2480] Der Vorgang, den Direktor des Diakonischen Werkes in der DDR, aus dem einzigen Grund – „die Zersetzungs- und Differenzierungsmaßnahmen"[2481] gegen die *Aktion Sühnezeichen* – anzuwerben, ist ein Indiz für die hohe Bedeutung, die das MfS der *Aktion Sühnezeichen* zuschrieb. Bosinski war durch Hamann über Jahre hindurch auf seine Zusammenarbeit mit dem MfS vorbereitet worden; wie das entsprechende Dokument zur Anwerbung widerspiegelt, hat das MfS Bosinskis Interesse an guten Beziehungen zu den staatlichen Organen „aus Gründen der diakonischen Arbeit in Pflege- und Fürsorgeheimen an geistesgestörten und köperbehinderten Menschen" und im Zusammenhang mit Finanztransaktionen aus der BRD zugunsten kirchlicher Bauten in der DDR ausgenutzt, um ihn gegen den ‚Störfaktor' *Aktion Sühnezeichen* einzustimmen.[2482] Zwei Jahre nach dem Werbungsvorschlag hielt MfS-Hauptmann Kullik in einer Einschätzung fest, dass Bosinskis „umfangreiche Verbindungen" innerhalb des Diakonischen Werkes zwar noch nicht „voll operativ zur Informationsbeschaffung und Einflussnahme in politischer Hinsicht" genutzt wurden. „Gute Ergebnisse in der Zusammenarbeit konnten mit dem IMV Specht bei der Realisierung von Differenzierungsmaßnahmen gegen die *Aktion Sühnezeichen* und gegen reaktionäre Kräfte im Bund erreicht werden." Allerdings wäre Bosinski „politisch noch nicht gefestigt und großen Schwankungen in seiner politischen Grundhaltung" unterlegen.[2483] Zwei Jahre später wurde die Akte IMV Specht aufgrund der Pensionierung Bosinskis geschlossen. Sein Verdienst in der Perspektive des MfS: „Mit seiner Unterstützung konnten wesentliche Maßnahmen der Zersetzung im OV ‚Elster' zur Zurückdrängung feindlicher Angriffe in der ‚*Aktion Sühnezeichen*' realisiert werden."[2484] Tatsächlich ist in den eingesehenen Unterlagen eine aktive Rolle Bosinskis im MfS nicht erkennbar, und sein ‚Verdienst' für das MfS auf die Disziplinierung der *Aktion Sühnezeichen* beschränkt. Dass Bosinskis Rolle ambivalent zu beurteilen ist, lässt ein von Schmidt protokollierter Vorschlag Bosinskis vermuten:

[2479] Vermerk, dat. 7. Dezember 1970, o.A. [Kreyssig] [EZA 97/33]
[2480] Vorschlag zur Anwerbung eines IMV, dat. 19. Mai 1971, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 15716/79 2432/71]
[2481] Ebd.
[2482] Ebd.
[2483] Einschätzung über den IMV Specht Reg. Nr. XV 2423/71, dat. 19. Februar 1973, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 15716/79 2432/71]
[2484] Abschlussbericht, HA XX/4, dat. 3. Dezember 1975, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 15716/79 2432/71]

Bosinski wollte die DDR-Behörden durch persönliche Begegnung mit Sühnezeichen-Freunden aus Polen überzeugen, die Polen-Lager der *Aktion Sühnezeichen* zu genehmigen.[2485] Der erpresserischen Notlage – die Bedrohung der diakonischen Dienste durch die DDR-Behörden angesichts der widerspenstigen *Aktion Sühnezeichen* – versuchte Bosinski gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* mit einem Disziplinierungsversuch, gegenüber den DDR-Behörden durch Überzeugungsarbeit zu entkommen. Bosinskis Zuarbeit zum MfS wurde durch jene des Justiziars Bruno Hamann als „IM Bruno" bei weitem übertroffen. Hamann vermittelte seinem MfS-Kontaktbeamten zahlreiche Informationen über die Perzeption der *Aktion Sühnezeichen* innerhalb des Diakonischen Werkes und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und Unterlagen wie Briefkopien und von ihm verfasste Protokolle; Hamann arbeitete, wenngleich ohne den letztlichen Erfolg, im Auftrag des MfS daran, dass die *Aktion Sühnezeichen* „in der Perspektive als Organisation aufgelöst werden kann".[2486] Hamann nahm auch bei einem weiteren Einsatz gegen die *Aktion Sühnezeichen* 1972/73 eine aktive Rolle ein.

In die vom MfS orchestrierten Maßnahmen zur Zerschlagung der *Aktion Sühnezeichen* 1969/70 war weiters der stellvertretende Leiter der Dienststelle der Gossner Mission in der DDR, Wolf-Dietrich Gutsch[2487], der für Jugendarbeit und ökumenische Kontakte verantwortlich zeichnete, eingebunden. Gutsch wurde vom MfS beauftragt, „an der Leiterkreissitzung der *Aktion Sühnezeichen* am 22. Januar 1971 teilzunehmen, dort eine zuvor mit dem IMF abgesprochene Konzeption darzulegen und über die gegenwärtige Situation in der ‚Aktion Sühnezeichen', speziell im Leiterkreis, zu berichten.[2488] Dem MfS-Treffbericht zufolge erfuhr Gutsch von Schmidt[2489], dass „nun auch der höhere katholische Klerus mit Kardinal Bengsch an der Spitze sein Missfallen über die AS zum Ausdruck gebracht und dem leitenden Mitarbeiter der katholischen Kirche S ä r c h e n erklärt, dass seine Tätigkeit in der AS nicht als Auftrag der katholischen Kirche zu betrachten sei und dass SÄRCHEN alle evtl. sich daraus ergebenden Konsequenzen selber zu tragen habe".[2490] In der Tat findet sich in den MfS-Unterlagen zu Särchen ein entsprechender Hinweis einer konzertiert gesteuerten Aktion des MfS über katholische Kontaktschienen: „Über die ‚IM Theodor'[[2491]] und ‚Otto'[[2492]] wird daran gearbeitet, der katholischen Kirchenleitung nachzuweisen, dass die Tätigkeit von Särchen vorwiegend westdeutschen Dienststellen nutzt. Durch geeignete Maßnahmen soll versucht werden, die Kirchenleitung zu veranlassen, die Mitarbeit von [Särchen] in der Aktion Sühnezeichen zu unterbinden bzw. einzuschränken."[2493] Außer dieser zweiten Bedrohung von Außen berichtete Gutsch von Missstimmigkeiten zwischen Kreyssig und Särchen auf der von ihm observierten Leiterkreissitzung. Kreyssig soll Särchen wegen seiner prononcierten Position in Bezug auf das bundesdeutsch-polnische Verhältnis (Verlangen der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze) des Verrats an der *Aktion Sühnezeichen* bezichtigt haben. Diese Auseinandersetzung mündete in eine Grundsatzdebatte über das Verhältnis von DDR-Staat und *Aktion Sühnezeichen*, in der Särchen als

---

[2485] Vermerk, dat. 2. Februar 1971, gez. Christian Schmidt [EZA 97/33]
[2486] Treffbericht vom 1. Juil 1970, gez. Hptm. Kullik, HA XX/4 [BStU MfS 14128/60; 6036/79]
[2487] Gutsch, Wolf-Dietrich, 1931-1981. Vom MfS 1968 „auf Basis der Überzeugung gewonnen" und erhielt den Decknamen „IMF Dietrich". In dieser Funktion berichtete er zwischen 1968 und 1972 über die Aktion Sühnezeichen, deren Leitungsgremien er ab 1963 bis zu seinem Tod 1981 als Mitglied bzw. als Gast angehörte. Zum Auftrag Gutschs als IM zählten neben der Informationsbeschaffung auch die Einflussnahme auf Sühnezeichengremien. So war Gutsch Ende 1969 beauftragt, eine „Protestresolution gegen die amerikanische Aggression in Vietnam vorzubereiten und zum Jahrestreffen als Forderung zu stellen, um auf die reaktionären Kräfte einen Druck auszuüben. Vgl. Treffbericht, dat. 22. Dezember 1969, gez. Kullik, Hptm. [BStU MfS 11870/85; XV/799/68]
[2488] Treffbericht, Hauptabteilung XX/4, dat. 3. Februar 1971, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 11870/85; XV/799/68]
[2489] Gutsch's Informant ist von der BStU geschwärzt, im Text ist vom Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen als Auskunftsperson die Rede.
[2490] Treffbericht, Hauptabteilung XX/4, dat. 3. Februar 1971, gez. Hptm. Kullik [Hervorhebung wi im Original; BStU MfS 11870/85; XV/799/68]
[2491] IM Theodor: Theodor Hubrich, 1970 in seiner Funktion als Caritasdirektor von Kardinal Alfred Bengsch mit der Gesprächsverbindung zum MfS im Zusammenhang mit Fragen der Familienzusammenführung beauftragt. Hubrich war ab 1972 Generalvikar in Magdeburg und ab 1975 Weihbischof, 1988 zum katholischen Bischof und Apostolischen Administrator in Schwerin ernannt. Vgl. Grande, Dieter und Schäfer, Bernd. MfS und katholische Kirche: Interne Richtlinien und Bewertungsmaßstäbe zu kirchlichen Kontakten mit dem MfS, In Vollnhals, Clemens, Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit (1996). Berlin: Links. 388-404, S. 400f; Fn 49.
[2492] Otto Paul Joseph Groß, 1917-1974, ab 1967 bis zu seinem Tode als IM Otto geführt. [BStU MfS ZA 2116/75 Bd.1; XV/2950/67]
[2493] Arbeitsplan des Referates II für das Jahr 1970, HA XX/4/II, dat. 15. Januar 1970; zit. nach Särchen, Günter, Brücken der Versöhnung. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen [4], 1998, S. 23f. [ZAOM, Bestand Särchen]

Befürworter einer „beweglicheren Arbeit und Anerkennung der AS durch den Staat auf der Basis einer grundsätzlichen Erklärung“ aufgetreten sein soll.[2494]

Sühnezeichen-Brief an Willy Brandt

In den verfügbaren Archivunterlagen der *Aktion Sühnezeichen* fand die durch die DDR-Behörden 1970/71 versuchte Einschränkung der *Aktion Sühnezeichen* auf innerkirchliche Lager innerhalb der DDR nur insofern Niederschlag, als mehrmalige Gespräche und Verhandlungen mit kirchlichen Institutionen, vor allem mit Gerhard Bosinski selbst, und dem Staatssekretariat für Kirchenfragen dokumentiert sind, allerdings ohne Inhaltsangaben.[2495] Eine möglicherweise aus der Auseinandersetzung mit den staatlichen Behörden erwachsene Stellungnahme der *Aktion Sühnezeichen*, die gleichermaßen als Anbiederung wie als Wunschdenken für ein künftiges Verhältnis Staat-Sühnezeichen verstanden werden kann, findet sich in einem vervielfältigten Text aus 1972, in dem die Übernahme der politischen Verantwortung durch die DDR hervorgehoben und die *Aktion Sühnezeichen* in die Fortführung der von der DDR begonnenen bilateralen vertraglichen Beziehungen gestellt wird:

> Ich bin der Meinung, dass es keine Kollektivschuld, wohl aber eine Kollektivscham und eine Gesamtverantwortung für Christen gibt. Die politische Verantwortung ist von der Regierung der DDR frühzeitig mit dem Ziel neuer Nachbarschaft wahrgenommen worden. Was in Verträgen zwischen Staaten formuliert worden ist, versuchen wir auf unsere Weise in persönlicher Entscheidung zu realisieren.[2496]

Für die *Aktion Sühnezeichen* war den vorliegenden Protokollen der Leiterkreissitzungen zufolge die Sicherstellung von finanzieller Unterstützung aus katholischen und evangelischen Kirchenbudgets von existenziellerer Bedeutung als die Interventionen der DDR-Behörden. Die vom MfS erhoffte Zerschlagung der Organisation wurde ebenso wenig realisiert wie die Einstellung der Auslandsaktivitäten, und die Arbeitssituation für die *Aktion Sühnezeichen* entspannte sich schließlich so weit, dass das Leitungsteam Zeit und Muße fand, am 12. Oktober 1972 ein Schreiben an Bundeskanzler Willy Brandt zu senden. Darin dankte „die Aktion Sühnezeichen in der DDR ... Ihnen und Ihren Freunden für Ihre Schritte auf dem Weg zur Versöhnung mit unseren Nachbarn im Osten“. Da sich die *Aktion Sühnezeichen* einem vergleichbaren Ziel der Versöhnung widmen würde,

> haben wir Sie in Gedanken auf Ihren Reisen nach Moskau und Warschau begleitet. Wir würdigen Ihre politische Absicht, die nicht nur in den Verträgen erkennbar wird, sondern auch in Ihrer persönlichen Haltung, die Sie besonders in Warschau zeigten. Dass Sie als Antifaschist, stellvertretend für viele Ihre Knie vor dem Warschauer Mahnmal gebeugt haben, zeigt uns Ihre Gesinnung: Frieden durch Versöhnung zu erreichen.[2497]

Eine Fotokopie dieses Briefes übermittelte die *Aktion Sühnezeichen* der DSKF.[2498] Staatssekretär Hans Seigewasser informierte umgehend den für Kirchenfragen zuständigen ZK-Sekretär im Politbüro der SED, Paul Verner.[2499] Bezeichnenderweise findet sich Schmidts Brief an das Staatssekretariat und die Zweitschrift des Briefes an Brandt vom 12. Oktober 1972 in den Unterlagen des MfS, das dank seiner Vorarbeiten im Rahmen des im April 1971 begonnenen „OV Elster“[2500] bereits am 15. Oktober eine siebenseitige Information über die Tätigkeit der *Aktion Sühnezeichen* bereitstellen konnte. Darin enthalten war der Vorschlag an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Bischof Schönherr und Bosinski „zu einer Aussprache über den Inhalt des Briefes“ zu bitten.[2501] Seigewasser kam diesem Vorschlag prompt nach

---

[2494] Treffbericht, Hauptabteilung XX/4, dat. 3. Februar 1971, gez. Hptm. Kullik [Hervorhebung wie Original; BStU MfS 11870/85; XV/799/68]
[2495] Protokoll der Leiterkreissitzung vom 21. April 1970; 19. November 1970 und 8. Dezember 1970 [ASF, Bd. I]
[2496] Typoskript Sechs Fragen an Aktion Sühnezeichen, Sechs Antworten der Leitung, o.D. [1972], o.A. [ASF]
[2497] Aktion Sühnezeichen an Willy Brandt, dat. 12. Oktober 1972, gez. Dietrich Erdmann, Werner Liedtke, Günter Särchen, Christian Schmidt, Gottfried Zollmann [CL; SAPMO DO/4/598] Eine Antwort Brandts wurde in den Aktenbeständen nicht vorgefunden.
[2498] Schmidt an DSKF, zu Hd. Herrn Dr. Wilke, dat. 13. Oktober 1972, gez. Christian Schmidt, Vorsitzender [BStU MfS AOP 5854/85]
[2499] Information, HA XX/4, dat. 14. Oktober 1972, o.A. [BStU MfS AOP 5854/85]
[2500] vgl. folgenden Abschnitt
[2501] Information Nr. 1042/72, HA XX, dat. 15. Oktober 1972, o.A. [BStU MfS AOP 5854/85]

und lud den Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen der DDR, Albrecht Schönherr[2502], und Diakonie-Leiter Bosinski vor. Das von Seigewasser gemeinsam mit Abteilungsleiter Hans Wilke geführte Gespräch erfolgte am 20. Oktober 1972, nur 8 Tage nach dem Datum des Brandt-Briefes. Dem Protokoll Wilkes zufolge wurden die kirchlichen Vertreter unter massiven Druck gesetzt.[2503] Der Staatssekretär stellte fest: „Es sei eine grundsätzliche Frage, wenn eine kirchliche Teilgruppe den Versuch unternimmt, für Brandt ein Alibi in seiner Politik zu schaffen." Zur „Außenpolitik auf eigene Faust" hätte „keine kirchliche Institution" ein Recht. Die zurechtgewiesenen Kirchenvertreter zeigten sich dem Protokoll zufolge uninformiert, Abschriften des Briefes hätten sie erst tags zuvor erhalten. Auf das Verlangen Seigewassers, „auch die Kirche muss das Verhalten missbilligen, da ihr solche Aktivitäten nicht zustehen", hätten sowohl Bosinski wie auch Schönherr Konsequenzen für die Unterzeichner des Briefes zugesichert.[2504]

Der Duktus des MfS-Berichts vom 15. Oktober 1972: einerseits „aktive Bestrebungen" der Westberliner *Aktion Sühnezeichen*, „die Aktion in der DDR für ihre politischen Interessen und Ziele zu mobilisieren. Dabei sehen sie in der Ausnutzung des Visa-freien Verkehrs günstige Bedingungen, in die sozialistischen Länder zu wirken." Diese Einflussnahme erfolgte der MfS-Information zufolge über Kurierkontakte sowie „durch die Teilnahme der leitenden Personen der *Aktion Sühnezeichen* aus Westberlin und der BRD an Arbeitsbesprechungen und Beratungen in der Hauptstadt". Seitens der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR wurden die Briefunterzeichner Schmidt, Särchen, Zollmann und Erdmann als DDR-kritisch beschrieben; einzig Liedtke wurde eine „loyale Haltung zur sozialistischen Entwicklung in der DDR" zugebilligt.

> Außer diesem Personenkreis hat innerhalb der Leitung der evangelischen Kirche in der DDR niemand Kenntnis. Er wurde bisher auch nicht in Kreisen der ev. Kirche verbreitet. Es ist stark anzunehmen, dass der Brief auf Initiative des Leiters der AS in Westberlin, Franz von Hammerstein und des ehemaligen Leiters der AS in der DDR, Dr. Lothar Kreyssig, jetzt Westberlin, zustande gekommen ist. Beide haben Verbindungen zu westdeutschen Regierungskreisen.[2505]

Die Information war Anlass für das MfS, einen seiner inoffiziellen Mitarbeiter mit der Einholung weiterer Hintergründe zu beauftragen. Bereits am 16. Oktober 1972 wurde das MfS von „IM Dietrich" (Wolf-Dietrich Gutsch) über Zustandekommen und Intention des Briefes informiert. Gutsch hatte mit Romi Romberg[2506] gesprochen und in Erfahrung gebracht, dass mit dem Brief die Absicht verfolgt wurde, „Brandt im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen in der BRD Unterstützung zu geben" und eine Regierungsbildung mit CDU/CSU zu verhindern.[2507] Gutsch wurde im Treffbericht mit dem Pauschalurteil zitiert, „dass die ‚AS' ein Sammelbecken negativer Kräfte bildet".[2508] Der von Gutsch berichtete Zusammenhang des Briefes mit den Bundestagswahlen in der BRD vom 19. November 1972 ist insofern nicht zutreffend, als im Sühnezeichen-Leiterkreis bereits im Juli ein Briefentwurf Liedtkes diskutiert worden war, lange bevor die Neuwahlen nach der Vertrauensfrage im Bonner Bundestag vom 22. September 1972 angesetzt wurden.[2509] Am 20. Oktober 1972 wurde über die Konsequenzen für die Briefunterzeichner entschieden: Den jeweiligen Räten der Wohnbezirke wurde die Vorladung der Delinquenten zu einem Grundsatzgespräch angeordnet.

> Neben der Klarstellung ihrer falschen politischen Auffassungen in diesem Brief – völlige Ignorierung der Rolle der DDR und der sozialistischen Staatengemeinschaft für die Sicherung des Friedens und

---

[2502] Schönherr war 1967 zum Bischofsverweser für Berlin-Brandenburg (anstelle des 1961 ausgewiesenen Kurt Scharf) gewählt worden und galt als Befürworter einer Verständigung mit der DDR-Regierung. Vgl. Neubert, Ehrhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989 (2000). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 171ff.
[2503] Aktenvermerk über ein Gespräch des Staatssekretärs mit Bischof D. Schönherr und Dr. Bosinski am 20. Oktober 1972, dat. 23. Oktober 1972, Abt. I [SAPMO DO/4/598]
[2504] Ebd.
[2505] Information, dat. 14.Dezember 1972 Hauptabteilung XX, o. A. [BStU MfS-HA XX/4 Nr. 1234]
[2506] Name in den Unterlagen der BStU geschwärzt; aus dem Kontext rekonstruiert.
[2507] Treffbericht, dat. 18. Oktober 1972, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 11870/85; XV/799/68]
[2508] Ebd.
[2509] Protokoll des Leiterkreises, dat. 21. Juli 1972 [ASF, Bd. II]

> die Sicherheit in Europa – wird ihnen mitgeteilt, dass es ihnen nicht gestattet ist, außenpolitische Aktionen auf eigene Faust durchzuführen.[2510]

Kirchlicherseits belegten Bosinski und Schönherr die *Aktion Sühnezeichen* zunächst mit einem Schweigebann, behielten die Ergebnisse der Vorladung zum Staatssekretär für Kirchenfragen für sich und überließen die Sühnezeichen-Führung einer „Menge guter und böser Gerüchte".[2511] Die Stellung der *Aktion Sühnezeichen* als Fachverband des Diakonischen Werkes in der DDR und damit des Rechtsstatus der Organisation bereitete Sorgen. Überlegt wurde, „ob wir selbst als Fachverband bei Innere Mission und Hilfswerk ausscheiden oder abwarten, bis man uns kündigt" und wie eine künftige Arbeit „unter dem Dach des Bundes [der Kirchen in der DDR]" vereinbart werden könnte.[2512] Die Ungewissheit wurde von den Kirchenführern als bewusste Verunsicherung bis nach dem Jahrestreffen Ende 1972 hinausgezögert[2513] und erst mit einer Aussprache der Sühnezeichen-Leiter Mitte Januar 1973 mit Bosinski und Hamann beendet.[2514] Die Verunsicherung der Sühnezeichenführung wirkte sich auf das bevorstehende Jahrestreffen Ende 1972 aus. Christian Schmidt beschwor im Vorfeld das langjährige Sühnezeichen-Mitglied Gertrud Röske „keine Bekannten aus Westberlin zu unserer Tagung einzuladen", um das Jahrestreffen nicht durch ein behördliches Verbot zu gefährden.[2515]

Schon Mitte Dezember hatte das MfS Kenntnis vom aktuellen Stand der Lage. In einer Information über die Sondersitzung des Leitungskreises am 9. Dezember 1972 wurde Hamann mit der Aussage von einem „Downgrading" der *Aktion Sühnezeichen*, die nun mehr auf einer Überprüfungsliste geführt und von der Streichung bedroht wäre, zitiert. Sie müsste sich deshalb Gedanken darüber machen, wo sie ihren Standort haben will: „ökumenisch-kirchlich oder diakonisch mit auch ökumenischer Zielsetzung". Das MfS war auch über die bei der Sondersitzung beschlossene Beibehaltung des Namens informiert.[2516]

Der oben erwähnten Aussprache Mitte Januar 1973 war eine Vorstandsbesprechung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 21. Dezember 1972 vorausgegangen. Das von Hamann verfasste Protokoll des Tagesordnungspunktes *Aktion Sühnezeichen* liest sich wie ein Besprechungsprotokoll des MfS: vier der sechs Wortmeldungen stammten von registrierten inoffiziellen Mitarbeitern: Bosinski, Hamann, Bischof Ingo Braecklein („IM Ingo")[2517] und Manfred Stolpe. Braecklein wie Stolpe betonten den Ernst der Lage und die Notwendigkeit der Involvierung der Evangelischen Gesamtkirche. Damit unterstützten sie die Strategie der DDR-Behörden, eine unmittelbare Verantwortlichkeit der Evangelischen Kirche für die *Aktion Sühnezeichen* herzuleiten, was eine direkte Einflussnahme des Staates auf die *Aktion Sühnezeichen* ermöglichen sollte. Mit der unmittelbaren Verbindung Evangelische Kirche – *Aktion Sühnezeichen* würde die Evangelische Kirche erpressbar. Stellungnahmen und Handlungen der *Aktion Sühnezeichen* würden das Verhältnis Staat-Kirche betreffen und bedrohen. Deshalb beinhaltete diese vom MfS und der DSKF verfolgte Strategie die Übernahme der Verantwortung durch die Leitungen der Evangelischen Kirche und des Diakonischen Werkes. Damit würde die *Aktion Sühnezeichen*, die während der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre über ein von der Gesamtkirche und dem Diakonischen Werk unabhängiges Beziehungsgeflecht zu den staatlichen

---

[2510] Staatssekretariat für Kirchenfragen an Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder, Genosse Müller (für Schmidt), an Rat des Bezirkes Magdeburg Genosse Steinbach (für Särchen), an Rat des Bezirkes Gera Genosse Krätzschmar (für Zollmann) und an Rat des Bezirkes Dresden (für Liedtke), jeweils dat. 20. Oktober 1972, gez. [Hans] Wilke [SAPMO DO/4/598]
[2511] so Schmidt an Schönherr, dat. 29. November 1972 [CL]
[2512] Ebd.
[2513] Diese Verzögerung wurde von Hamann zweimal ausdrücklich festgehalten – besonders ausführlich gegenüber seinem MfS-Kontaktoffizier, der von mehrmals abgewiesenen Versuchen Schmidts [Name in BStU-Unterlagen geschwärzt], Informationen zu erlangen, berichtete. Vgl. Niederschrift über das Gespräch in der Geschäftsstelle über Angelegenheiten der Aktion Sühnezeichen, dat. 18. Januar 1973, gez. Ha[mann] [ADW DW DDR D 163], sowie Treffbericht, dat. 6. Februar 1973, HA XX/4, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS 14128/60; 6036/79]
[2514] Niederschrift über das Gespräch in der Geschäftsstelle ... (w.o.), dat. 18. Januar 1973, gez. Ha[mann] [ADW DW DDR D 163]
[2515] Schmidt an Röske, dat. 7. Dezember 1972 [EZA 97/909]
[2516] Information, dat. 14.Dezember 1972 Hauptabteilung XX, o. A. (ohne Hinweis auf die Quelle) [BStU MfS-HA XX/4 Nr. 1234]
[2517] vgl. Vollnhals (1996), S 87, 91

Behörden verfügte und ihre Mitgliedschaft als Fachverband des Diakonischen Werkes als Schutz vor staatlicher Einflussnahme verstand, einer innerkirchlichen Disziplinierung unterworfen, die staatlicherseits auf zwei Ebenen – jener der Einflussnahme über das MfS und jener über das offizielle Staat-Kirche-Verhältnis – gesteuert werden konnte.

Die Strategie der beteiligten und vom MfS vereinnahmten Kirchenführer zielte deshalb darauf ab, einerseits die Unsicherheit der *Aktion Sühnezeichen* über ihren kirchenrechtlichen Status zu prolongieren, indem eine Überprüfung ihres Status als Fachverband bis Ende 1973 hinausgezögert werden sollte, und andererseits die Verantwortlichkeit innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* statutengemäß auf deren Leiter Christian Schmidt und den 25-köpfigen Leitungskreis festzulegen. Dem nach Kreyssigs Ausscheiden eingerichteten – statutarisch bis 1980 nicht vorgesehenen – Leiterkreis mit Schmidt, Särchen, Erdmann, Zollmann und Liedtke – sollte keine Funktion zukommen. Die vier Mitglieder des Leitungskreises wären demnach lediglich Berater. „Das Unterschreiben von Briefen durch den Leiter u n d die Berater, um den Eindruck eines L e i t e r k r e i s e s hervorzurufen, sei irreführend und möchte unterbleiben.“[2518] Der schließlich gefasste Beschluss des Vorstandes der Kirchenkonferenz über die weitere Vorgangsweise in Sachen Sühnezeichen liest sich vordergründig wenig dramatisch, enthält aber alle Elemente einer direkten Beeinflussung und Einflussnahme durch die Leitung des Diakonischen Werkes: Die *Aktion Sühnezeichen*

> soll darauf hingewiesen werden, dass sie nach Meinung des Vorstandes sich an ihren Status als Fachverband zu halten hat und darauf Rücksicht nimmt. Vor Handlungen von besonderer Bedeutung habe die Leitung die zuständige Stelle, der sie zugeordnet ist, davon zu unterrichten, d.h., vor dem Brief an Bundeskanzler Brandt hätte mit Dr. Bosinski Fühlung genommen werden müssen.[2519]

Zugleich wurde das Diakonische Werk gebeten, „die Frage der Anerkennung von A.S. als Fachverband bis zur allgemeinen Klärung dieser Anerkennungsfragen nicht gesondert zu lösen“.[2520] Als Bosinski und Hamann den Leiterkreis der *Aktion Sühnezeichen* mit diesem Beschluss konfrontierten, zeigten sich die Teilnehmer Christian Schmidt, Dietrich Erdmann, Gottfried Zollmann und Werner Liedtke ausreichend zerknirscht und betrübt, sodass Bosinski resümierte, „dass eine hinreichende gegenseitige Information vorliegen dürfte. Der Leiter und seine Berater bzw. der Leitungskreis könnten darangehen, die Dinge abschließend zu bedenken.“[2521]

Zur Bestätigung des erreichten Etappenziels ließ sich das MfS aus einer weiteren Quelle über die Wirkung des Maßnahmenkatalogs im Gefolge des inkriminierten Sühnezeichen-Briefes an Brandt berichten. Der evangelische Pfarrer und spätere Leiter der Stadtmission Bitterfeld Johann-Wolfgang Reckzeh besuchte Schmidt in der Sühnezeichen-Geschäftsstelle, um die aktuelle Lage zu erkunden. Als „IMV Wolf“[2522] berichtete er dem MfS von der Zwangslage der Sühnezeichen-Leiter, die, vor das Risiko eines Ausschlusses aus dem Diakonischen Werk gestellt und damit „kirchenpolitisch keinen Schutz mehr“ zu haben, gegenüber dem Diakonischen Werk und seinem Leiter Bosinski „sehr kurz treten müssen. Die Hauptfrage sei, die ‚AS’ zu retten. Alle anderen Probleme müssen zurückgestellt werden.“[2523] Für den Leiterkreis der *Aktion Sühnezeichen*, der trotz der kirchlichen Auflagen weitergeführt wurde, war die Episode noch über Jahre in Erinnerung. Das Protokoll einer

---

[2518] so, die vermutlich auf Hamann zurückgehende Formulierung, die dieser in seinem Aktenvermerk über die Sitzung des Leitungskreises der Aktion Sühnezeichen am 28. Dezember 1972 festgehalten hat. [Hervorhebung wie im Original, ADW DW DDR D 163]
[2519] Betrifft: Aktion Sühnezeichen – Besprechung in der Sitzung des Vorstandes der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen am 21.12.1972, dat. 21. Dezember 1972, gez. Ha[mann] [ADW DW DDR D163]
[2520] ebd.
[2521] Niederschrift über das Gespräch in der Geschäftsstelle über Angelegenheiten der Aktion Sühnezeichen, dat. 18. Januar 1973, gez. Ha[mann] [ADW DW DDR D 163]
[2522] Reckzeh, im April 1964 als IM geworben, 1980 Umgruppierung zum „IMB“. Reckzeh arbeitete für das MfS an mehreren Operativen Vorgängen, auch am OV Elster (OpV Begegnung, OV Gruppe, OV Kapelle) [BStU MfS BV Halle KD Bitterfeld XII/2007/63].
[2523] Treffbericht, HA XX/4/I, dat. 9. Februar 1973, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS BV Halle KD Bitterfeld XII/2007/63, Bd. IV]

Leiterkreissitzung vier Jahre danach vermerkt beim Tagesordnungspunkt „Geburtstage“ anlässlich Bosinskis 65. Geburtstag als Geschenksidee: „Brandtbrief auf Bütten“.[2524]

Im Abschlussbericht über die operative Bearbeitung des OV „Elster“, Reg.Nr. XV/1399/71 hielt sich MfS-Hauptmann Kullik die Ablöse Schmidts durch den als im Sinne der DDR-Regierung als „progressiv“ eingeschätzten Pfarrer Friedrich Magirius zugute:

> Durch eine operative Kombination wurde über die IM „Bruno“ und „Dietrich“ als neuer Leiter der „AS“ am 1.4.74 der Pfarrer Magirius aus Karl-Marx-Stadt eingesetzt. Magirius hat eine progressive Haltung und bietet günstige Voraussetzungen, die „AS“ auf eine Bahn zu lenken, die sich nicht gegen die Entwicklung der DDR richtet.[2525]

Inwieweit die von den DDR-Behörden gesteuerte Disziplinierung der *Aktion Sühnezeichen* durch das Diakonische Werk bzw. durch den Bund der Evangelischen Kirchen tatsächlich Einfluss auf die Entscheidungen der Sühnezeichen-Leitungsgremien (Leiter, Leiterkreis, Leitungskreis) nahm, lässt sich aus der Aktenlage nicht letztgültig beantworten. Die Repressalien und der schlechte innerkirchliche Ruf könnten aber dazu beigetragen haben, dass im Vorfeld des Jahrestreffens Ende 1972 viele der für die Aufnahme in den Leitungskreis vorgesehenen Kandidaten absagten.[2526] Christian Schmidt, während dessen Amtszeit als Leiter der *Aktion Sühnezeichen* die gesteuerten Disziplinierungsversuche stattgefanden, erinnerte sich auf Befragen an wenig signifikante Vorkommnisse: „Ein paar Mal haben sie mich zum diakonischen Werk bestellt und mich eingeseift; sie haben unserer Arbeit nicht geschadet, aber sie haben sie auch nicht gefördert.“[2527] Auf institutioneller Ebene blieb das Verhältnis korrekt und über personelle Verflechtungen arbeitsfähig. Das Diakonische Werk, das über seinen Leiter und den jeweiligen Justitiar im Leitungskreis der *Aktion Sühnezeichen* vertreten war, nahm seinerseits den jeweiligen Leiter der *Aktion Sühnezeichen* als Stellvertreter in der Hauptversammlung des Diakonischen Werkes auf.[2528] Christian Schmidt wurde nach einer eineinhalbjährigen Dienstzeit in der Evangelischen Stephanus-Stiftung ab 1976 Büro- und Personalleiter unter Manfred Stolpe beim BEK.

5.3.4 MfS-Kollaborateure und Opfer in der Aktion Sühnezeichen (DDR)

> Dass eine Organisation wie die Aktion Sühnezeichen in der DDR auch im Blickfeld des Staatssicherheitsdienstes stand und dass es auch Versuche gab, die Arbeit zu unterwandern, ist für uns als ehemalige DDR-Bürger nichts Neues. Mit diesem Wissen haben wir in all den Jahren gearbeitet, solange es die ASZ in der DDR gab.
> Die Methoden der Stasi waren unterschiedlich, mitunter war deutlich erkennbar, wer im Hintergrund versucht, Einfluss auf unsere Arbeit zunehmen. Im täglichen Leben gab es aber auch viele Unsicherheiten gegenüber uns auftretenden Personen oder gegenüber Vorgängen. Vielfach konnten wir dann nur Deutungsversuche anstellen oder unsere Phantasie über die Stasi wurde angeregt.
> Mitunter wurden Ahnungen und Ängste auch verdrängt, damit das Stasi-Symptom uns nicht handlungsunfähig macht.[2529]

Lothar Kreyssig und Günter Särchen wurden nicht nur im Kontext der *Aktion Sühnezeichen*, sondern schon vor bzw. parallel zu ihrer Sühnezeichen-Aktivität überwacht. Über Lothar Kreyssig fertigten das MfS und die DSKF zahlreiche Ermittlungs- und Auskunftsberichte an. Der erste überlieferte Bericht des MfS stammt aus 1957 mit einem noch sehr allgemein gehaltenen Text über Kreyssig, seine Lebensbiographie und Verbindungen zu Vertriebenenverbänden[2530] und stand in Verbindung mit einem

---

[2524] Protokoll der Leiterkreissitzung vom 8. Oktober 1976 [ASF Bd. II]
[2525] Abschlussbericht über die operative Bearbeitung des OV „Elster“, Reg.Nr. XV/1399/71, dat. 8. Oktober 1974, gez. Hptm. Kullik [BStU MfS AOP 5854/85]
[2526] Protokoll der Leiterkreissitzung vom 21. Dezember 1972 [ASF, Bd. II der Protokollbände]
[2527] Interview mit Christian Schmidt, Berlin, 29. August 2004
[2528] Schreiben Diakonisches Werk an Friedrich Magirius, dat. 11. April 1974, gez. unleserlich. [ADW DWDDR D163]
[2529] Michael Standera, langjähriger Geschäftsführer der ASZ, im Monatsbrief der ASZ, Herbst 1992, S. 16-18, hier S. 16.
[2530] Ermittlungsbericht über Kreyssig, Lothar, MfS Verw. Leipzig, dat. 28. Oktober 1957, Tgb.Nr. VIII/2085/2403/57, gez. Illmer, Obltn., Holz, Utln. an die Abt. V/4 - Gen. Blümel, Verwaltung Leipzig des MfS

Text aus der DSKF, in dem Kreyssigs Befürwortung des Militärseelsorgevertrages zwischen der EKD und der BRD auf der Synode der EKD im März 1957 problematisiert wurde.[2531] Wie Konrad Weiß in seiner Kreyssig-Biographie festhält, war Kreyssig „von 1954 bis 1957 mit weiteren Mitgliedern der provinzialsächsischen Kirchenleitung im Operativen Gruppenvorgang *Bischof*", von 1957 bis 1959 im Operativen Gruppenvorgang *Torpedo* (Evangelische Akademie Magdeburg) „bearbeitet" worden.[2532]

Die Ermittlungen über bzw. gegen Kreyssig durch das MfS erreichten 1959 einen ersten Höhepunkt. Die Berichte bewegten sich auf der Ebene allgemeiner und oberflächlicher ‚Erkenntnisse', die von den Beobachtungen von MfS-Informanten vor allem aus der Bezirksstelle Magdeburg gewonnen wurden. So wurde Kreyssigs frühe Vergangenheit als Mitglied der „hochfeudalen, schlagenden Studentenverbindung Cremensia' als Student, später als Alter Herr" und seine Versuche Anfang der 1950er Jahre, „evangelische Kleinunternehmer" über die Evangelischen Akademien zur „Sammlung evangelischer Arbeiter und Angestellte" in institutionellen Kontakt zu bringen, durch Walter Dressler (Jg. 1898 „IM Moses")[2533] berichtet.[2534] Andere Berichte aus diesem Jahr bezogen sich auf Kreyssigs Persönlichkeit („Das Auftreten des K. gegenüber anderen Personen ist sehr freundlich und zuvorkommend. Seinen Untergebenen gegenüber tritt er sehr herrisch und überheblich auf. Seine Bewegungen sowie sein Gang sind trotz seines Alters sehr leicht und elastisch.")[2535], seinen Wohnsitz in Berlin-Treptow und seine Reiseaktivitäten.[2536] Ungeklärt blieben seitens des MfS zu diesem Zeitpunkt Kreyssigs wirtschaftliche Verhältnisse: „Die Besitz- und Vermögensverhältnisse der Kreyßig [!] sind unklar und undurchsichtig. Fest steht, dass Kreyßig [...] eine Landwirtschaft hat und in Leipzig Inhaber einer Druckerei ist".[2537] Die Magdeburger Ermittler hatten trotz der interpretierenden Beschreibungsversuche Probleme, Kreyssigs Aussagen und Stellungnahmen zu analysieren:

> Kreyßig ist sehr eitel und kann als Intrigant bezeichnet werden. In seiner Eigenschaft trägt er eine überspitzte Kirchlichkeit zur Schau. Er gefällt sich darin, recht fromm zu tun und in Gebetsstimmung zu schwelgen. Darin kommt auch sein schauspielerisches Wesen zum Ausdruck. Kreyßig liebt es[,] in sehr verklausulierten juristisch-theologischem Deutsch seine Schriftsätze und Referate zu verfassen, so dass die meisten Menschen nicht klug daraus werden.[2538]

Eine Auswertung seiner politischen Einstellung wurde aber trotzdem vorgenommen. Demnach wäre Kreyssig ein omnipotenter Kirchenführer mit einer gefährlichen politischen Haltung:

> Kreyßig ist äußerst reaktionär eingestellt, er lehnt die sozialistische Entwicklung grundsätzlich ab und ist ein Verfechter der westlichen Politik. K. bringt offen und versteckt seine feindliche Einstellung zum Ausdruck und nutzt alle kirchlichen Möglichkeiten zur Hetze und Feindarbeit aus.
>
> Kreyßig sagte einmal, dass ihm nichts passieren kann, denn er verkehrt mit allen Regierungsstellen und hat gute Verbindungen. Politisch organisiert war Kreyßig noch nie. Er war Korpsstudent und radikaler Anhänger der Deutsch-Nationalen, aber Gegner der Alleinherrschaft der Nazi. Im Krieg verhielt er sich sehr zurückhaltend, er hatte Beziehungen zu den Putschisten am 20. Juli 1944, die aber so gut getarnt waren, dass ihm nichts passierte. 1945 gab er sich zunächst mit Erfolg als Opfer des Faschismus aus. ...
>
> K. war von Anfang an ein unversöhnlicher Gegner der Neuordnung in der DDR, er lehnte die CDU von Anfang an absolut ab und bezeichnete die Entwicklung in der DDR als vorübergehend. ... Bereits seit Jahren übt Kreyßig einen starken machtgebenden Einfluss in der Magdeburger Kirchenleitung aus. Der frühere Bischof Müller war völlig in der Hand des Kreyßig. Seine engeren Freunde und Gesinnungsgenossen waren vor allem Präses Grünbaum, Oberkonsistorialrat Anz, Konsistorialrat

---

[2531] Typoskript Die kirchenpolitische Situation und die Arbeit des Kirchenaktivs, dat. 17. Mai 1958, o.A. [SAPMO DO/4/2481]
[2532] Weiß (1998), S. 262ff.; im Rahmen der BStU-Recherche für diese Arbeit wurden diese Aktenbestände nicht vorgelegt. Nach Weiß wurde der „OV Torpedo" registriert unter MfS BV Magdeburg 13/57; über den „OV Bischof" gibt Weiß keine Quelle an. [vgl. ebd., S. 273f.]
[2533] Auskunft BStU, Frau Freudenberg, persönlich am 30. August 2005
[2534] Dressler berief sich auf Informationen des früheren Syndikus des Verbandes der Privatschulen, Grössler-Wehlen. Typoskript Kreysig [!], o.D., gez. „Moses"; ein 6-zeiliger Absatz wurde in dem einseitigen Text von der BStU geschwärzt. [BStU MfS 20984/92 Kreyssig (II)]
[2535] Abt. V/4, Magdeburg, dat. 5. September 1959 Schrö/K, Tgb. Nr. V/4/1532/59, gez. Richter, Hauptmann [BStU MfS 20984/92 Kreyssig (I)]
[2536] so wurde erhoben, dass Kreyssig in Treptow bei Katechetin Else Schroen in Untermiete wohnte; provisorische Personalausweise erhielt 1952: 2; 1953: 1; 1954: 3; 1955: 5; 1956: 4) Abt. V/4, Magdeburg, dat. 28. September 1959, gez. Schröder, Ltn. [BStU MfS 20984/92 Kreyssig (I)]
[2537] Zusammengefasster Bericht über Präses Dr. Lothar Kreyssig (12 Seiten), Abt. V/4, Magdeburg, dat. 23. September 1959, gez. Schröder, Ltn. [BStU MfS 20984/92 Kreyssig (I)]
[2538] Ebd., S. 5

> Zuckschwerdt, Konsistorialrätin Johanna Zippel. Gegen diese massive Clique konnte auch der wenig energische Bischof Jänicke nicht aufkommen. ... Infolge seiner vielen Ämter übt Kreyßig starke Einflüsse auf den verschiedensten krichlichen Arbeitsgebieten aus. Er ist ein Gegner einer offenen kirchlichen Loyalitätserklärung für die DDR und vertritt die Meinung, der Kampf mit dem „System" sei unvermeidlich und müsse ausgefochten werden. ...
> Politisch hasst Kreyßig den „atheistischen Sozialismus". ... Kreyssig selbst ist ein absoluter Gegner des Sozialismus, der alle kirchliche Arbeit in den Dienst der Propaganda gegen den Sozialismus stellt. Er hat sich zum Wortführer der reaktionären Kirchenleitung gemacht und hat seine Fäden sehr weit gezogen.[2539]

Im Oktober 1962 forderte der polnische Geheimdienst vom MfS Auskunft über „einen gewissen Dr. Kreyssig, der als Vorsitzender der Sekte ‚Aktion Suhne Zeichen' ... tätig ist". Mit Schreiben vom 10. April 1963 übergab MfS-Minister Erich Mielke dem polnischen Innenminister Władisław Wicha ein Dossier mit den operativen Erkenntnissen.[2540] Die *Aktion Sühnezeichen* scheint in Kreyssigs MfS-Akten nur indirekt, über eine Kopie des Rundschreibens Kreyssigs an die Mitglieder der Synode und des Rates der EKD vom 5. Mai 1958 und der Unterstützungserklärung des Stendaler Superintendenten Walther Mücksch vom 19. Juni 1958 auf. Im Rahmen der Auskunftsberichte 1959 wurde die *Aktion Sühnezeichen* kurz angeschnitten: „In letzter Zeit versucht Kreyssig durch die Aktion Sühnezeichen sich in ein besonders öffentliches Licht zu stellen."[2541] Deshalb würde Kreyssig auch den Umzug nach Berlin anstreben: „Kreyssig hat die Absicht, als Präses sein Amt auf der nächsten Synode, die noch in diesem Jahr stattfindet, niederzulegen. Er verlegt seine ganze Arbeit nach Berlin, um die Aktivierung der Aktion Sühnezeichen durchführen zu können."[2542]

Am 7. März 1960 wurde eine Sitzung mit Vertretern aus der SED-Bezirksleitung, der Bezirksstelle der Volkspolizei, des Rates des Bezirkes und des Referates V/4 des MfS einberufen, um Fakten zusammen zu stellen, die „gegen Kreyssig in der Presse veröffentlicht werden können." Als Prämisse der Maßnahmen wurde im MfS-Protokoll zusammengefasst:

> Kreyßig [!] ist innerhalb der Magdeburger Kirchenleitung die reaktionärste Person. Auf Grund seiner einflussreichen Funktion hat Kreyssig ständig seinen feindlichen Einfluss geltend gemacht. Zur Zeit ist er der größte Scharfmacher gegen ein gutes Verhältnis Staat und Kirche.
> Die neuesten Fakten seiner feindlichen Haltung zeigten sich darin, dass Kreyßig im westdeutschen Fernsehen aufgetreten ist, und ferner wurde bekannt, dass er mit dem westzonalen Innenminister Gerhard Schröder[2543] Verhandlungen führte. Andererseits jedoch jegliche Verhandlungen mit den staatlichen Organen in Magdeburg ablehnt.
> In dieser Angelegenheit hat der Gen. Barth vom ZK an die Bezirksleitungen der Partei ein Schreiben gerichtet, aus dem hervorgeht, dass auf Grund dieser Tatsache gegen Kreyßig vorzugehen ist, um seine Ablöse zu erreichen.[2544]

Die staatlichen Observierungsmaßnahmen gegen Kreyssig waren weitgehend: am 22. Juli 1964 wurde in Kreyssigs Berliner Wohnung Treptower Park 44 unter der Tarnung einer Brandschutzbegehung, zu der die Stasi-Beamten Uniformen der Feuerwehr entlieh, eine Telefonwanze installiert. Die Überwachung von Kreyssigs Besuchern wurde von einem Nachbar Kreyssigs, Rudolf Fischer, dessen Frau als Sekretärin beim Bezirksbürgermeister Berlin-Treptow arbeitete, vorgenommen.[2545] Die im Rahmen des BStU-Forschungsauftrags 2004-2005 eingesehenen personenbezogenen Unterlagen erscheinen

---

[2539] Ebd.
[2540] zit. nach Weiß, 1998, S. 387, 400 [als Quelle zit. Weiß: BStU, MfS Allg. P 7632/79]
[2541] Zusammengefasster Bericht über die Tätigkeit des Präses Kreyssig, Lothar in der Kirchenleitung Magdeburg. Abt. V an BV Karl-Marx-Stadt, Stv. Operativ, Magdeburg, dat. 5. September 1959 Tgb.Nr. V74/1531/59 [BStU MfS 20984/92 (I)]
[2542] Zusammengefasster Bericht über Präses Dr. Lothar Kreyssig (12 Seiten), Abt. V/4, Magdeburg, dat. 23. September 1959, gez. Schröder, Ltn. [BStU MfS 20984/92 Kreyssig (I)]
[2543] Name in der BStU-Kopie geschwärzt
[2544] Betr.: Maßnahmen gegen Präses Kreyssig, Abteilung V/4, dat. 10. März 1960, gez. Pfeiffer, Oltn. [BStU MfS 20984/92 (II)].
[2545] vgl. MfS BStU 20985/92 III Kreyssig. Nach Auskunft durch die BStU-Sachbearbeiterin sollte diese Information im Rahmen meines Forschungsauftrags nicht vorgelegt werden und ist irrtümlich in die bereit gestellten Kopien gelangt. [persönliche Auskunft durch Brigitte Freudenberg, dat. 27. Juli 2004] Eine Auswertung dieser Observierung wurde im Rahmen der Recherche nicht vorgelegt.

unvollständig und dünnen ab Mitte der 1960er Jahre signifikant aus. Das kann durch die zurückgehende Bedeutung Kreyssigs nach seinem Ausscheiden aus den kirchenleitenden Funktionen der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen begründet sein.[2546] Kreyssig war allerdings auch danach für die DDR-Behörden von Bedeutung – als Leiter der *Aktion Sühnezeichen* wie als Präses der EKU-Gesamtsynode, wie auch im Rahmen seiner Kontakte mit Karl Friedrich Kaul, der als offizieller Nebenkläger der DDR Kreyssig zu Zeugenaussagen bei NS-Prozessen vorlud. Zu vermuten ist, dass weitere Bestände über Kreyssig entweder von der BStU nicht aufgearbeitet[2547], der Einsichtnahme vorenthalten oder vernichtet wurden.

Kreyssig war sich bewusst, dass er unter Beobachtung stand. In einem Schreiben an Ernst Wilm Mitte der 1960er Jahre erwähnte er „einen halbstaatlichen Begleiter, von dem ich dahin gestellt sein lasse, wieweit er auch Beobachter ist".[2548] In einem Fall ist dokumentiert, dass Kreyssig eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den DDR-Behörden anstrebte und diese zumindest überlegten, sich auf eine Diskussion mit ihm einzulassen. 1967 hatte Kreyssig an den DDR-Wahlen am 2. Juli 1967 (zur 5. Volkskammer und zu den Bezirkstagen) teilgenommen und daraufhin u.a. den Staatssekretär für Kirchenfragen angeschrieben, um seine Gründe für die Teilnahme an den Wahlen zu erläutern. Kreyssig sollte daraufhin in die DSKF eingeladen werden, um seine Wahlbeteiligung anzuerkennen sowie eine Mitarbeit Kreyssigs in der Arbeitsgruppe *Christen der nationalen Front* anzuregen. Die *Aktion Sühnezeichen* dürfte aber trotzdem nicht im Ausland tätig werden, „weil es keine klare politische Stellungnahme zur Entwicklung in Westdeutschland gibt, sie eine gesamtdeutsche Institution ist und auch keine klare Haltung zur politischen Entwicklung in der DDR bezogen wird". Einen Weltanschauungsdialog würde man aber ablehnen, weil er „an den gemeinsamen politischen Aktionen" hinderte.[2549]
Der langjährige Weggefährte und zeitweilige stellvertretende Leiter der *Aktion Sühnezeichen* (DDR), Günter Särchen, war von 1962 bis Ende 1989 von MfS-Ermittlungen betroffen, die zwischen 1982 und 1987 unter dem Decknamen „OPK Patron" mit dem Ziel der Isolierung Särchens systematisiert wurden, wobei Särchen bereits 1956/57 mit dem MfS „in Berührung" gekommen war.[2550] Im Zentrum der Überwachung und Drangsalierung Särchens standen vor allem dessen Kontakte nach Polen – Särchens direkte Sühnezeichen-Aktivitäten spielten eine untergeordnete Rolle. Die formelle Eröffnung der OPK-Akte über Särchen erfolgte sieben Jahre nach seinem formellen Ausscheiden aus dem Sühnezeichen-Leiterkreis und wurde mit dem Vorliegen „operativ bedeutsamer Anhaltspunkte bezüglich Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit und der Organisierung einer inneren Opposition in der DDR unter Einbeziehung feindlicher Organisationen und unter Missbrauch der Kirche in der DDR" begründet. Zielstellung der OPK war die „Erarbeitung von Hinweisen auf die Begehung strafbarer Handlungen des Landesverrates, der landesverräterischen Nachrichtenübermittlung bzw. Agententätigkeit, des verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses oder angrenzender Verbrechen der allgemeinen Kriminalität, wie Geheimnisverrat oder Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele."[2551]

[2546] Diese These lässt sich vor allem dadurch erhärten, dass ab Mitte der 1960er Jahre bei der MfS-Observierung die Aktion Sühnezeichen als gesamtdeutsche Organisation mit ihren vielfältigen Kontakten innerhalb der BRD und ins westliche und östliche Ausland im Vordergrund stand.
[2547] der „Erschließungsgrad" der Unterlagen der Diensteinheiten in der MfS-Zentralstelle betrug 2003 56,1 %, in den Außenstellen „knapp 77"%; die Erschließung von vom MfS selbst archivierten Unterlagen ist im Wesentlichen noch gar nicht erfolgt. Vgl. Sechster Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 2003, brosch., S. 13 u. 54.
[2548] Kreyssig an Wilm, dat. 15. April 1965 [LkAEKvW Bestand O.I. Nr. 66] Kreyssig bezog sich vermutlich auf den Referenten im Staatssekretariat für Kirchenfragen, Hans-Joachim Seidowsky („GI Gerhard").
[2549] Arbeitsgebiet Ev. Kirche Aktenvermerk für den Genossen Weise, dat. 29. August 1967 Wi/Ja, gez. Wilke [BStU MfS 20983/92]. Ob das vorgeschlagene Gespräch tatsächlich zustande gekommen ist, ist nicht dokumentiert.
[2550] BStU MfS BV Magdeburg OPK Patron Reg. Nr. VII 918/22. Särchen hatte seine ‚Stasi-Akte' selbst recherchiert und die Ergebnisse auszugsweise dokumentiert und kommentiert; vgl. Särchen, Günter, Brücken der Versöhnung. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen [4], 1998 [ZAOM, Bestand Särchen]
[2551] Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle „Patron", Reg.-Nr. VII 918/82, dat. 14. Mai 1982, Dobberphul, bewilligt per 24. Mai 1982, gez. Reif [BStU MfS BV Magdeburg XX/4 VII 918/82]

Die Berichte in Särchens MfS-Akten enthalten Mitte der 1960er Jahre Bezüge zur *Aktion Sühnezeichen*, als die MfS-Ermittler von den polnischen Sicherheitsorganen „Informationen darüber, dass sich in den letzten zwei Jahren die direkten und brieflichen Kontakte zwischen uns näher nicht bekannten deutschen Persönlichkeiten katholischer Organisationen und polnischen katholischen Persönlichkeiten belebt haben", übermittelt erhielten, die unter namentlicher Nennung u.a. von Särchen, Hammerstein und Müller-Gangloff Bezüge zur als „katholisch" eingeschätzten Organisation „Sühne-Zeichen" herstellte.[2552] Särchen wurde in Gefolge der Anfrage durch die polnischen Sicherheitsorgane vom MfS als unbescholten eingestuft: „Wie bisher festgestellt werden konnte, sind von dieser Dienststelle [Erzbischöfliches Kommissariat Magdeburg, Anm.] bisher nur Filme und Dias mit religiösem Inhalt verbreitet worden. Verstöße gegen die Gesetze der DDR konnten SÄRCHEN bisher nicht nachgewiesen werden."[2553] Erst nachdem dem MfS der Schriftverkehr im Zusammenhang mit der Planung von Sühnezeichen-Einsätzen in Polen 1966 – dem polnischen Milleniumsjahr – bekannt geworden war[2554], wurde Särchen mit dem Verdacht gegen strafrechtliche Verstöße hinsichtlich Nachrichtensammlung und staatsfeindlichen Verbindungen „bearbeitet".[2555] Dabei wurden Särchens Verbindungen zum katholischen Klerus rekonstruiert und die Einholung weiterer Informationen über diese Kontakte durch den polnischen Geheimdienst angeregt.[2556] Die fragmentarische Überlieferung der MfS-Akten setzt 1970 erneut ein, als das MfS im Rahmen einer „Vorgangsarbeit" zwei hochrangige inoffizielle Mitarbeiter aus dem DDR-Klerus gegen Särchen mobilisierte.[2557] 1972 wurde im Zuge der ministeriellen Untersuchungen über den Brief des Leiterkreises an Willy Brandt Särchen erneut in einer OPK bearbeitet.[2558] Informationen über Särchen holte das MfS vor allem über den Dekorationsmaler und Siebdrucker Eberhard Hertrich ein, über den Särchen Druckaufträge für die *Arbeitsstelle für pastorale Hilfsmittel Magdeburg* des bischöflichen Kommissariats Magdeburg abwickelte. Hertrich, Jg. 1946, war Teilnehmer der Sühnezeichen-Pilgergruppen 1964 und 1965. Als „IM Jens" bzw. „IMB J.[oachim] Busse"[2559], berichtete er dem MfS ab Mitte der 1970er Jahre bis Mitte der 1980er Jahre über Särchen. Diese Informationen wurden durch Raumüberwachung in Särchens Magdeburger Wohnung (Mitte der 1970er Jahre) und Abhören von Särchens privatem Telefonanschluss (ab 1978 bis Ende der 1980er Jahre) ergänzt.[2560] Inhaltlich standen die von Särchen ab 1968 im Rahmen seiner Dienststelle organisierten Polen-Seminare, die ab 1985-1995 als Anna-Morawska-Seminare unter der Trägerschaft der *Aktion Sühnezeichen* durchgeführt wurden, im Zentrum des MfS-Interesses. Die Bearbeitung Särchens erfolgte im Wesentlichen über die ‚katholische Schiene', über die 1982/83 durch die Berliner Bischofskonferenz Disziplinierungsmaßnahmen wegen Särchens Publikationstätigkeit eingeleitet, und schließlich 1984 durch den Magdeburger Ordinarius Johannes Braun die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand wegen Invalidität erreicht wurde.[2561]

In „Operativen Vorgängen" wurden im Sühnezeichen-Umfeld weitere Personen vom MfS überwacht: Ina Liebau, Bezirksgruppe Cottbus, 1984 Mitglied des Leitungskreises und Mitglied des Finanzausschusses: „OPK Sühne" 1987/88.[2562] Ingolf Kschenka, Mitarbeiter im Ungarnkreis der Berliner

---

[2552] Information der Sicherheitsorgane der VR Polen, Nr. AZ-II-03290/65, dat. 10. Mai 1965, zit. nach Särchen, Günter, 1998, w.o., S. 16f.
[2553] MfS an Ministerium des Innern der Volksrepublik Polen, Genossen Oberst Janic, P/90/66, dat. 7. Februar 1966, gez. Damm, Oberstleutnant [zit. nach Särchen, Günter, 1998, S. 21]
[2554] vgl. BStU MfS HA XX/4/285. Obwohl der Bericht 40 Jahre alt ist, wurden die ausgehändigten Kopien in einem so großen Ausmaß anonymisiert, dass eine Rekonstruktion der jeweiligen Namen nicht möglich ist. Die Akte enthält Reiseberichte von Särchen und Schriftverkehr mit staatlichen Gedenkstätten sowie katholischen Diözesen, mit dem Internationalen Auschwitz-Komitee und – vermutlich – mit Stomma.
[2555] Lagebericht 1967, zit. nach Särchen, 1998, S. 21ff.
[2556] Lagebericht 1967, zit. nach Särchen, 1998, S. 21ff.
[2557] Arbeitsplan des Referates II für das Jahr 1970, HA XX/4/II, dat. 15. Januar 1970; zit. nach Särchen, Günter, Brücken der Versöhnung. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen [4], 1998, S. 23f. [ZAOM, Bestand Särchen]
[2558] *Informationsbericht*, MfS BV Magdeburg, Abt. XX/3, an MfS Berlin, HAXX/4, Leiter, dat. 14. November 1972, zit. Särchen 1998, S. 31
[2559] BStU an Särchen, dat. 24. Mai 1994 (AU I.2-045268/93 Z-Schla), zitiert nach Särchen, Günter, Brücken der Versöhnung. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen [4], 1998, S. 38 [ZAOM, Bestand Särchen]
[2560] Särchen, Günter, 1998, S. 46
[2561] Bericht über Günter Särchen, Abt. XX/4, BV Magdeburg, dat. 26. August 1987 [BStU MfS BV Magdeburg OPK Patron VII/918/92]; vgl. dazu Schäfer, Bernd, Staat und katholische Kirche in der DDR (1998). Köln: Böhlau. , S. 398-401
[2562] Abschlussbericht zur „OPK Sühne", HA XX/4, dat. 22. März 1988, gez. Oberfeldwebel Kleker, Major Eckartsberg, Oberstleutnant Wunderlich [BStU MfS BV Cottbus, Reg.-Nr. VI/962/87; MfS HA XX/AKG 5554]

Sophiengemeinde: „OV Schakal“ der KD Forst[2563], Reinhard Kähler, Studentenpfarrer: „OV Symbol“ der EV Cottbus[2564], Erika Kähler, Krankenschwester, Ehefrau von Reinhard Kähler: „OV Elster“[2565], Ludwig Mehlhorn, Mathematiker, Vorsitzender des Leitungskreises der *Aktion Sühnezeichen*: „OV Mühle“ wegen staatsfeindlicher Aktivitäten gem. § 106 StGB und Verbindungen zu negativen Personen in der VR Polen (v.a. mit dem „Klub der polnischen Intelligenz)[2566], Volkmar Deile: Geschäftsführender Pfarrer der *Aktion Sühnezeichen*/Friedensdienste 1975-1984[2567] und Franz von Hammerstein.

Fußend auf Erkenntnissen des MfS, anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR zu einem umfangreichen, in rotem Schmuck gebundenem Dossier zusammengestellt[2568], wurde die *Aktion Sühnezeichen* in der DDR als aus Westberlin gesteuerte Zweigstelle interpretiert, über die „von der Westberliner Zentrale aktive Bestrebungen, die politische Konzeption der klerikalen Kräfte der Aufweichung und Unterwanderung – gegen die DDR und andere sozialistische Länder (besonders VR Polen, CSSR) zu verwirklichen“, erfolgen würden.[2569] Diese Erkenntnisse machten es „erforderlich, die Ausgangspunkte und leitenden Personen der feindlichen Aktivitäten in einem Operativ-Vorgang systematisch mit dem Ziel der Aufklärung und Bekämpfung operativ zu bearbeiten“.[2570] Die MfS-Operation bezog sich auf beide Organisationen der *Aktion Sühnezeichen* in West- und in Ostberlin. Der „OV Elster“ hatte als erklärte Schwerpunkte:

1. Die Aufklärung und Bearbeitung der aktivsten und leitenden Personen der „Aktion Sühnezeichen“ in der DDR, Westberlin und Westdeutschland.
2. Die Vorbereitung und Durchführung von weiteren politisch-operativen Maßnahmen zur inneren Zersetzung der Organisation ‚Aktion Sühnezeichen’ und zur Zurückdrängung des ideologischen Einflusses dieser Organisation in der DDR und anderen sozialistischen Ländern.
3. Verhinderung der Erweiterung des Aktionsradius der „Aktion Sühnezeichen“ bei der Herstellung von Kontakten in die sozialistischen Länder, besonders in die DDR, die Sowjetunion, die VR Polen und die CSSR.
4. Erarbeitung von weiteren Beweismaterialien über die Ausnutzung der „Aktion Sühnezeichen“ für die politischen Ziele des westdeutschen imperialistischen Staates und seiner Regierung.
5. Aufklärung der Verbindungskanäle zu staatlichen Stellen und Finanzquellen sowie geheimdienstlich gelenkten Einrichtungen und Organisationen in Westdeutschland, Westberlin, den USA und anderen kapitalistischen Staaten.[2571]

Ermittelt wurde gegen Christian Schmidt[2572], Franz von Hammerstein, Erich Müller-Gangloff, Jürgen Winkel[2573] und Volker von Törne[2574] wegen staatsfeindlicher Hetze nach § 106 StGB. Noch eineinhalb

---

[2563] Ebd.
[2564] Ebd.
[2565] Auskunftsbericht, HA XX/4, dat. 19. Januar 1983, o.A. Zeichen we-ma [BStU MfS AOP 5854/85] Erika Kähler war 1977 im Zusammenhang mit der Ausforschung Ludwig Mehlhorns im Rahmen der „OV Mühle“ vom MfS erfasst; ihre „operative Aufklärung erfolgte im Rahmen der Bearbeitung des OV ‚Elster’“. Vgl. Aktenvermerk, HA XX/4/IV, dat. 19. März 1985, gez. Oltn. Wendt [BStU ebd.]
[2566] Ebd. Mehlhorn wurde von der BV Dresden unter Reg.Nr. XV 2033/77 „bearbeitet“. Das Material an die BV Berlin weitergeleitet. Vgl. Eröffnungsbericht zum Anlegen eines Operativ-Vorganges Deckname „Mühle“ zur Aufklärung und Beweisführung von staatsfeindlichen Aktivitäten gem. § 106 Abs. 1, Ziff. 1 StGB, dat. 15. März 1977, gez. Wendt, Ltn. [BStU MfS BV Berlin 12223/78]
[2567] vgl. Erwähnung in Einschätzung der Aktion Sühnezeichen e.V. [!], Abschrift vom Tonband, Treff am 9. Februar 1977, Informant Peter Heilmann [BStU MfS A 589/85], eine verstärkte Überwachung erfolgte ab Anfang der 1980er Jahre [für die Information über ‚seine Stasi-Akte’ danke ich Volkmar Deile]
[2568] Das Elaborat ist von einem rote Einband mit der Aufschrift „Zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR“ ummantelt, und trägt den Titel Aufbau, Funktion, Ziele und Tätigkeit der „Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste e.V. (Westberlin) im System der politisch-ideologischen Kampfführung des westdeutschen Imperialismus gegen die sozialistische Staatengemeinschaft, Operative Dokumentation der Hauptabteilung XX/4, dat. 30. September 1969, 144 Seiten (zuzügl. 142 Seiten Dokumente und 10 Seiten Listen und Karteien) [BStU MfS – HA XX/4 Nr. 1477, das verwendete Material ist registriert unter MfS - HA XX/4 Nr. 2278]
[2569] Abschlussbericht über die operative Bearbeitung des OV „Elster“, Reg. Nr.: XV/1399/71, dat. 8. Oktober 1974, gez. Kullik, Hptm., S. 4, Pkt. 2. Charakter und Entwicklungstendenzen der „Aktion Sühnezeichen“ in der DDR [BStU MfS AOP 5854/8 Reg. Nr. XV/1399/71]
[2570] Eröffnungsbericht für die vorgangsmäßige Bearbeitung feindlicher Aktivitäten der sogenannten „Aktion Sühnezeichen“, dat. 6. Mai 1971, gez. Kullik, Hptm. [BStU MfS AOP 5854/8 Reg. Nr. XV/1399/71]
[2571] Ebd.
[2572] Ebd. sowie Abschlussbericht über die operative Bearbeitung des OV „Elster“, Reg. Nr.: XV/1399/71, dat. 8. Oktober 1974, gez. Kullik, Hptm. [BStU MfS AOP 5854/8 Reg. Nr. XV/1399/71].
[2573] Jürgen Winkel war seiner Kontakte und Projektanbahnungen in der Tschechoslowakei wegen verdächtig. Im Eröffnungsbericht wird ihm selbst eine angebliche Mitgliedschaft in der SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlins) angelastet: „Anfang des Jahres 1971 gelang es WINKEL, Mitglied der SEW zu werden.“ [Ebd., S 6; Name in BStU-Kopie geschwärzt]
[2574] von Törne war vor allem seiner „stabilen Kontakte“ in Polen wegen verdächtig; vgl. Ebd. [S. 7, Name in BStU-Kopie geschwärzt]

Jahre später erschöpfte sich der Hauptvorwurf gegen Schmidt in der Äußerung anlässlich einer Klausurtagung der Sühnezeichenleitung im März 1971, wo er die in mehreren Berichten als Beleg für seine feindliche Haltung gegenüber der DDR zitierte Aussage getroffen haben soll:

> Die Schwierigkeiten eines politischen Engagements in der DDR stehen für Christen besonders, weil es beliebt ist, „Andersdenkende" vor den eigenen Wagen zu spannen. Auch die Politik der DDR ist auf dem Weg zum Sozialismus. Sie ist aber nicht am Ziel. Deshalb soll sie nicht Maßstab allein sein für die Ungerechtigkeit der Welt.[2575]

Die Ermittlungen des MfS waren bald erschöpft. In einem Zwischenbericht über den Aufklärungsstand um die ‚Affäre Brandt-Brief' wurde festgehalten: „Neue Fakten zur Person S c h m i d t wurden bei der bisherigen Aufklärung nicht erarbeitet."[2576] Die Anwerbung eines anderen Mitglieds des Leitungskreises, Dietrich Erdmann, als inoffiziellen Mitarbeiter des MfS scheiterte, weil Erdmann zu einem der wiederholten Gespräche Schmidt beigezog und sich weigerte, sich als IM zu verpflichten. Wie MfS-Ermittler Kullik interpretierte, versuchten Schmidt und Erdmann im Gegenzug, „durch eine offizielle Berufung auf Verbindungen zum MfS die bis dahin von staatlicher Seite untersagte Auslandstätigkeit zu forcieren und zu legalisieren".[2577] Die operative Bearbeitung des „OV Elster" wurde mit dem Ausscheiden Schmidts als Leiter und Geschäftsführer der *Aktion Sühnezeichen* eingestellt. Das MfS hielt sich zugute, die „negativen politischen Aktivitäten der ‚AS' gegen die DDR weitgehends [!] unterbunden" und die *Aktion Sühnezeichen* auf diakonische Aufgaben in der DDR eingeschränkt zu haben. Das Ausscheiden Schmidts aus der *Aktion Sühnezeichen* führte der MfS-Offizier auf die „politisch-operativen Maßnahmen auf die Herbeiführung einer personellen Veränderung in der Leitung der ‚AS'" und einer damit einhergehenden Isolierung Schmidts zurück. Der neu gewählte Leiter Friedrich Magirius hätte demnach eine „progressive Haltung und bietet günstige Voraussetzungen[,] die ‚AS' auf eine Bahn zu lenken, die sich nicht gegen die Entwicklung der DDR richtet". Als weiterer Erfolg wurde verbucht, den „ursprünglichen Plan der ‚AS'-West, die ‚AS' in der DDR als Brücke für die ‚Ostarbeit' in Richtung sozialistischer Länder zu benutzten", verhindert zu haben.[2578] Christian Schmidt erfuhr vom Ausmaß der Operationen des MfS erst im Nachhinein.

> Bedrohlich oder schlimm waren anonyme Briefe. Das war 1969/70. Sie haben geschrieben, Geld, Weiber und so weiter. Sie haben meiner Frau alles Mögliche erzählt, an mich und an Sühnezeichen anonyme Briefe geschickt, auch an Schönherr, Bosinski u.a. das war für mich ärgerlich. [...] Ich kenne die Spekulation, dass die Stasi das gerne als Erfolg bezeichnet, dass ich zunächst einmal eineinhalb Jahre in der Stephanus-Stiftung gearbeitet hatte, also in ruhigerem Fahrwasser. Ich wollte aber nach 10 Jahren etwas Neues machen, und ich war auch zuviel von Zuhause weg … aber von mir aus war das kein Weglaufen ...[2579]

Im letzten Absatz seines Sachstandsberichts hielt MfS-Offizier Hptm. Kullik nochmals den Erfolg des MfS fest und schlug die Anwerbung Schmidts als IM vor:

> Nach erfolgtem Arbeitsstellenwechsel des S c h m i d t wird der Vorgang „Elster" zum Abschluss gebracht. In der Auswertung des Vorganges und der erarbeiteten Materialien werden Überlegungen und Beratungen durchgeführt, ob S c h m i d t als Ratsmitglied der EKU als Kandidat für eine Werbung in Richtung EKU geeignet ist.[2580]

Den eingesehenen Unterlagen zufolge kam eine solche Anwerbung nicht zustande. Schmidt war nach seinem Ausscheiden aus der *Aktion Sühnezeichen* tatsächlich aus dem Blickwinkel des MfS geraten. Erst

---

[2575] Information Nr. 1042/72, HA XX, dat. 15. Oktober 1972, o.A. [BStU MfS AOP 5854/85]
[2576] Zwischenbericht über den Stand der Aufklärung der Mitglieder des Leitungsteams der „Aktion Sühnezeichen" und Unterzeichner des Briefes an Bundeskanzler B r a n d t, HA XX/4, dat. 27. November 1972, gez. Kullik [BStU MfS AOP 5854/85; Hervorhebungen wie im Original]
[2577] Ebd., wobei der Name Erdmann in den BStU-Unterlagen geschwärzt wurde.
[2578] Sachstandsbericht über die operative Bearbeitung des OV „Elster", HA XX/4, dat. 6. Februar 1974, gez. Kullik [BStU MfS AOP 5854/85]
[2579] Interview mit Christian Schmidt, 29. August 2004, Berlin.
[2580] Sachstandsbericht über die operative Bearbeitung des OV „Elster", HA XX/4, dat. 6. Februar 1974, gez. Kullik [BStU MfS AOP 5854/85]

Mitte der 1980er Jahre finden sich Vermerke, die dokumentieren, dass Schmidt in seiner Funktion als BEK-Büroleiter erneut überwacht wurde.[2581]
Von den anderen Mitgliedern des Leiterkreises wurde Gottfried Zollmann er in einer eigenen „Operativen Personenkontrolle“ – „OPK Würger“ – vom MfS verfolgt.[2582] Dietrich Erdmann, der als einziges Leiterkreismitglied einen ‚staatsnahen' Beruf als Zahnarzt des Deutschen Fernsehfunks ausübte, vom MfS bereits erfolglos umworben, wurde 1974 mit einer „feindlichen Haltung zur sozialistischen Entwicklung in der DDR“ eingeschätzt.[2583] Einzig der in der *Aktion Sühnezeichen* „kaum in Erscheinung“ tretende evangelische Pfarrer Werner Liedtke zeigte „zur sozialistischen Entwicklung in der DDR eine loyale Haltung“.[2584] Der letzte Leiter der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR, der 1937 geborene Werner Liedtke, ab 1972 Jugendpfarrer des Görlitzer Kirchengebietes, wurde als Nachfolger von Friedrich Magirius Ende 1982 zum Leiter der *Aktion Sühnezeichen* bestellt. Liedtke war mit der *Aktion Sühnezeichen* seit Mitte der 1960er Jahre in Verbindung und war ab 1970 Mitglied der Leitung.

Das MfS hatte schon 1974 einen „Beschluss über das Anlegen einer IM-Vorlaufakte“ gefasst, weil Liedtke als Landesjugendpfarrer Mitglied der Görlitzer Provinzialsynode und von dieser Funktion her „eine reale Einflussnahme auf die Kirchenpolitik“ möglich war. Die tatsächliche Umgruppierung von der IM-Vorlaufakte zur IM-Akte erfolgte den fragmentarischen Unterlagen der BStU zufolge erst fünf Jahre später.[2585] Als *Gründe des IM für die Zusammenarbeit mit dem MfS* wurde die vom MfS eingeschätzte Motivationslage Liedtkes angeführt: „Vertrauen und Erkenntnis, dass Zusammenarbeit mit dem MfS auch kirchlichen Interessen dient“.[2586] *Operativ interessante Merkmale des IM* waren für das MfS 1974 „ökumenische Verbindungen zu kirchl. Personen in der BRD, aktiv in der ev. Jugendarbeit im Kirchengebiet, Verbindung zu reaktionären Kräften der Kirche“.[2587] Für Liedtkes Eignung als IMS sprach die Einschätzung „ist für reale Politik im Verhältnis Staat-Kirche“ und befürwortete „Kirche im Sozialismus“.[2588] Da die IM-Akte Werner Liedtkes gelöscht bzw. vernichtet wurde, „kann nicht gesagt werden, in welchem Umfang und mit welcher Intensität“ Liedtke für das MfS arbeitete.[2589]

Aus den vorhandenen Unterlagen lässt sich die Karriere des Inoffiziellen Mitarbeiters Werner Liedtke so rekonstruieren:[2590]

IM-Kandidat 10. Juni 1974 (IM-Vorlaufakte) für die Hauptabteilung XX/4-1 (Sicherung der Politik in Kirchenfragen) der VB Verw. Dresden (Diensteinheit Görlitz) Akte Reg.-Nr. XII 1090/74
Registrierung 21. April 1979 „IMS Werner“ (Inoffizieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches)
Umregistrierung 27./28. September 1979 „IMF Werner“ (Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindverbindung zum Operationsgebiet)
Umregistrierung 10. Juni 1980 „IMB Werner“ (Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehenden Personen)
Registrierung als IM der HA XX/4 27. April 1984
Decknamenänderung in „IMB Albert“ 1. August 1984
Löschung der Akte 10. Dezember 1989

[2581] Fahndungsmaßnahmen 7. Juli 1986, HA XX/4, gez. Wiegand, Oberst; Kienberg, Gen.Major [BStU MfS AOP 5854/8 Reg. Nr. XV/1399/71]
[2582] vgl. Boyens, Armin. Das Staatssekretariat für Kirchenfragen, In Vollnhals, Clemens, Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit (1996). Berlin: Links. S. 120-138, S. 232
[2583] Abschlussbericht über die operative Bearbeitung des OV „Elster“, Reg. Nr.: XV/1399/71, dat. 8. Oktober 1974, gez. Kullik, Hptm., S. 8 [BStU MfS AOP 5854/85 Reg. Nr. XV/1399/71]
[2584] Ebd., S. 9
[2585] Die Mitarbeiterunterlagen des „IM Werner“, später „IM Albert“ wurden per 18. Dezember 1989 vernichtet. Löschkarte XII 1090/74; persönliche Mitteilung BStU/Freudenberg am 29. August 2005
[2586] Auskunftsbericht, dat. 21. April 1974 [BStU MfS Reg.Nr. 1090/74]
[2587] Ebd.
[2588] Beschluss MfS BV Verw. Dresden, dat. 10. Juni/15. Juni 1974, gez. Babucke, Hptm., Rolle, Oberstltn. [reg.-Nr. XII/1090/74]
[2589] Einzelbericht zum Schreiben des BStU an den Überprüfungsausschuss der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg in 14129 Berlin Tgb.-Nr. 4406/93 Z AU II.3-Tch.
[2590] Angaben entnommen aus Brauckmann, Roland und Bunzel, Christoph, Rückblick. Die ev. Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, die Einflussnahme des MfS und der DDR-Staat 1970-1994 (1995). Görlitz: Viadukt-Verlag M. Prochnow, S. 60-70 und dem Einzelbericht zum Schreiben des BStU an den Überprüfungsausschuss der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg in 14129 Berlin Tgb.-Nr. 4406/93 Z AU II.3-Tch. Der zweiseitige Bericht ist mit Namensstempel und handschriftlichen Namenszug „Teich“ gezeichnet.

Werner Liedtke waren während seiner Tätigkeit als evangelischer Landesjugendpfarrer des Görlitzer Kirchengebietes (ab 1972) von der Görlitzer Kirchenleitung Ende 1978 die „Verhandlungsvollmachten zu Staatsorganen, der Staatsanwaltschaft und dem Strafvollzug“ im Zusammenhang mit einem Strafprozess gegen Uwe Reimann, der in Görlitz an der Verteilung von Flugblättern gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts beteiligt war, übertragen worden.[2591] Mit der IM-Karriere des IM Werner bzw. Albert bestand so ein zeitlicher und inhaltlicher Zusammenhang; Liedtkes Naheverhältnis zu den staatlichen Behörden bewegte sich zu Beginn im Rahmen eines kirchlichen Auftrags. Liedtke soll in Folge aber ohne kirchlichen Auftrag am „Operativen Vorgang Mission“ beteiligt gewesen sein, der von 1980 bis 1987 gegen „geachtete Mitglieder der Görlitzer Kirchenleitung mit reaktionärer Grundeinstellung“ durchgeführt wurde.[2592]

In seiner Stellungnahme zu aufkommenden Vorwürfen einer Stasi-Kollaboration bezog sich Liedtke ebenfalls auf den Vorfall um Uwe Reimann.[2593] Liedtke zufolge kam es 1978 zu einem ersten Gespräch mit einem Mitarbeiter des MfS, von dem er Landesbischof Hans Joachim Fränkel berichtete. Danach wäre es 1980/81 im Zusammenhang mit der kirchlichen Friedensbewegung und dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ in unregelmäßigen Abständen zu einer neuerlichen Gesprächsreihe in Liedtkes Wohnung gekommen:

> Werner Liedtke verstand diese Gespräche als eine mögliche Einflussnahme auf den Staat. Für ihn war es eine Möglichkeit der direkten und kritischen Meinungsäußerung, bei der mit einer Reaktion zu rechnen war. Dienen sollten die Gespräche dem friedlichen Zusammenleben im Land. Für W.L. hieß das, diesen Kontakt zu nutzen, um in konkreten Fällen helfen zu können.[2594]

Liedtke hätte sich aber „strikt“ verweigert, Veranstaltungen – wie von den DDR-Behörden wiederholt gefordert – anzumelden und Informationen über ökumenische Gäste (vor allem aus Polen und der Tschechoslowakei) weiterzugeben. Die Rolle Liedtkes als IM des MfS lässt sich mangels verfügbarer Überlieferung des MfS-Bestandes im Detail nicht rekonstruieren. In einem Rundschreiben des stellvertretenden MfS-Ministers, Rudi Mittig, aus 1987 ist die Kollaboration Liedtkes mit Intentionen und Vertretern der Staatssicherheit bei der SED-gesteuerten Veranstaltung des Olof-Palme-Friedensmarsches (OPFM) dokumentiert: Liedtke soll demnach „aktiv im Sinne der Durchsetzung des Anliegens des OPFM“ gewirkt haben. „Er trat gegenüber Personen, die Sichtelemente feindlich-negativen Inhalts mit sich führten, disziplinierend auf und äußerte sich in seinen Predigten während des Pilgerweges (2.-4.9.1987) mehrfach ablehnend zu derartigen Losungsinhalten.“[2595]

Liedtke selbst zeichnete seine Rolle retrospektiv heroisch: er hätte die Anliegen der *Aktion Sühnezeichen* in Form und Inhalt gegen die Eingriffe der Staatsorgane verteidigt.[2596] Tatsächlich dürfte Liedtkes Rolle darin bestanden haben, durch taktische Vorstöße kleine Freiräume zu schaffen und vor Eingriffen zu schützen. Knapp einen Monat vor dem von der *Aktion Sühnezeichen* im Rahmen des Olof-Palme-Friedensmarsches organisierten Pilgerweg informierte Liedtke das Staatssekretariat von der Veranstaltung und den getroffenen Vereinbarungen mit dem Friedensrat. Mit dem Hinweis, darauf, dass der Pilgerweg in der Presse als kirchliche Veranstaltung angekündigt war, versuchte er, nichtkirchliche – d.h. staatlich gesteuerte – Veranstalter und Teilnehmer auszuschließen. Da „der Pilgerweg in der Presse bereits als in der Verantwortung der Kirche stehend deklariert worden sei“, wären „im Hinblick auf die Möglichkeit

---

[2591] Brauckmann & Bunzel (1995), S. 67ff.
[2592] Ebd., S 69; in der gleichen Veröffentlichung finden sich IM-Berichte von IM Werner als Faksimile abgedruckt [ebd., S. 196]
[2593] Typoskript Zusatzprotokoll der Klausurtagung des Leitungskreises 24.-26. Januar 1992, dat. 2. Februar 1992, gez. unleserlich [ASF Protokollband V] Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf dieses Protokoll.
[2594] Ebd.
[2595] Rundschreiben an die Leiter der Diensteinheiten, gez. Mittig, dat. 14. Oktober 1987 [zit. nach Besier & Wolf (1992), S. 499ff., hier S., 506]
[2596] vgl. Liedtke, Werner (1998), S. 304-307.

der Teilnahme nichtkirchlicher, gesellschaftlicher Kräfte Fragen entstanden". Deshalb wäre mit dem Friedensrat vereinbart, „in zwei getrennten Blöcken zu marschieren, um den Eindruck gegenseitiger Vereinnahmung zu vermeiden". Als Konzession erklärte er, dass es noch weitere Gespräche zur Klärung geben würde, „da andererseits ebenso ausgeschlossen werden müsse, dass übergreifende Gemeinsamkeiten aus dem Blick gerieten".[2597] An dem Pilgerweg vom 2. bis 5. September 1987 haben sich rund 500 Personen beteiligt, die von den jeweiligen Bürgermeistern und Ortspfarrern empfangen wurden. Unter den Transparenten fanden sich DDR-kritische Losungen wie „Abrüstungen auch in den Schulen und Kindergärten" (gegen die umfassende Wehrkunde in der DDR), „Abschaffung der Wehrpflicht" oder „Für einen sozialen Friedensdienst". Der Pilgermarsch ging als erste „legale Friedensdemonstration" in die Literatur ein.[2598]

Aus den überlieferten Gesprächsprotokollen der DSKF lässt sich besonders während der Ära Liedtkes als Leiter der *Aktion Sühnezeichen* die Strategie versuchter Steuerung durch die Regierungsbehörde in Form dosierter Kritik und vorgeblichen Entgegenkommens rekonstruieren.[2599] Als die *Aktion Sühnezeichen* ab Jahresbeginn 1986 Friedensgruppen in der DDR vorstellte[2600], wurde Liedtke befragt, „ob die Veröffentlichung ... als Identifizierung mit den politischen Positionen und Aktivitäten der unterzeichnenden bzw. in diesen Erklärungen erwähnten Gruppen zu verstehen sei". Bedenklich erschien dem Staatssekretariat „das Bestreben bestimmter Gruppen, die Friedensfrage auf innerfamiliäre und persönliche Probleme zu reduzieren", was „der Dimension des Problems nicht gerecht" würde und „ein illusorischer Weg zur Friedenssicherung" wäre.[2601] Liedtke beantwortete diesen Vorhalt damit, dass es einerseits darum ginge, „unterschiedlichen kirchlichen Friedensgruppen Raum zur Selbstdarstellung zu bieten", andererseits verwies er auf seine Ausführungen im Monatsbrief Februar 1986, in dem er „positiv auf die Friedenspolitik der KPdSU, insbesondere auf die neuen Friedensvorschläge des Gen. Gorbatschow" einging.[2602] Bei der gleichen Vorsprache wurde auch die „gesetzlich geregelte Vorgangsweise zur Einfuhr von Druckerzeugnissen" thematisiert, wobei die Regierungsvertreter nicht nur auf die Möglichkeit hinwiesen, „auch solche Materialien einzuführen, die im Normalfall nicht eingeführt werden dürfen", sondern Liedtke zugleich zwei der von Zollorganen beschlagnahmten „Materialien" übergaben und versprachen, eine „nochmalige Überprüfung der eingezogenen Materialen durch die Zollorgane hinsichtlich ihres sachlichen Bezuges zu Liedtkes dienstlicher Tätigkeit zu veranlassen".[2603]

Die ‚Zusammenarbeit' wurde auch unter dem ab Juli 1988 amtierenden Nachfolger Klaus Gysis als Staatssekretär für Kirchenfragen, Kurt Löffler weitergeführt. Dabei kam es zu der beachtlichen Konstellation, in der der Inhalt eines Schreiben des stellvertretenden Kulturministers, Peter Lorf, in dem dieser über eine ihm zugegangene Einladung der *Aktion Sühnezeichen* an das US-amerikanische Jüdisch-Deutsche Tanztheater zu einer Aufführung in die Katholische Pfarrkirche Berlin-Weißensee berichtete und sich über eine seitens des Staatssekretariates erteilte Genehmigung erkundigte, direkt zu einer telefonischen Rücksprache bei Liedtke führte, dessen Ausführungen über das Zustandekommen der Einladung mehr Glauben geschenkt wurde, als dem stellvertretenden Kulturminister, dessen Schreiben daraufhin erst gar nicht beantwortet wurde.[2604] Liedtke sollte in einem Telefonat nur darauf hingewiesen

---

[2597] Information über ein Gespräch mit dem Leiter der „Aktion Sühnezeichen in der DDR", Pf. Liedtke am 4. August 1987 in der Diensstelle, Abt. II, dat. 5. August 1987, Dr. rö-kn, gez. Dr. Röfke [SAPMO DO/4/814]
[2598] vgl. Internetplattform www.jugendopposition.de, Eintrag Olof-Palme-Friedensmarsch, o.A., [1. Oktober 2005]
[2599] Diese Taktik der DDR-Machthaber gegenüber kirchlichen Gruppen hat die britische Historikerin Mary Fulbrook beschrieben. Vergleichbar mit der Lage der Aktion Sühnezeichen beschreibt Fulbrook zudem die Vereinnahmung des Kirchlichen Forschungsheimes Wittenberg und des Olof-Palme-Friedensmarsches 1987. vgl. Fulbrook (1995), S. 116ff.
[2600] so im Monatsbrief März/April 1986 eine Vorstellung des Naumburger Friedenskreises von Michael Kleim und im Monatsbrief Mai/Juni 1986 eine Vorstellung von Friedensgruppen von Lothar Tautz [ASF 97/879]
[2601] Aktennotiz über das Gespräch mit dem Leiter der Aktion Sühnezeichen Pfarrer Liedtke am 22. Juli 1986, dat. 22. Juli 1986, gez. Röfke [SAPMO DO/4/814]
[2602] Ebd.
[2603] Ebd.
[2604] Lorf an Löffler, dat. 14. Juni 1989 [SAPMO DO/4/1502]

werden, „dass er nicht als Vermittler zur Künstleragentur auftreten kann. Wir können ihn sonst nicht mehr mit Ausnahmeregelungen unterstützen.“[2605] In der Endphase der DDR wandte sich Liedtke an Abteilungsleiter Hans Wilke, nachdem Mitglieder der Sühnezeichen-Leitung an ihn herangetreten waren, „er möge doch versuchen, ein Gespräch zwischen der SED und dem ‚Neuen Forum’ und ‚Demokratie jetzt’ zu vermitteln“. Nach Rücksprache mit Staatssekretär Löffler wurde Liedtke telefonisch eine Absage erteilt: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erübrigt sich das Angebot zur Vermittlung.“[2606]

Trotz der Materiallücken in den Unterlagen der BStU[2607] kann festgehalten werden, dass Liedtke erstens nicht der einzige IM innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* war. Das MfS konnte zeitgleich über mindestens drei weitere inoffizielle Mitarbeiter verfügen, die direkten Zugang zu internen Sitzungen und internen Materialien der *Aktion Sühnezeichen* hatten. Zweitens und damit in unmittelbarem Zusammenhang ergibt sich aus der mehrfachen Überwachung der *Aktion Sühnezeichen* auch ein Überwachungspotenzial des jeweiligen Leiters und damit eine nicht unproblematische Lage für ebendiesen. Liedtke wurde, wie bereits seine Vorgänger Christian Schmidt und Friedrich Magirius, mehrfach über die DSKF zur (Selbst-) Einschränkung und -eingrenzung der *Aktion Sühnezeichen* aufgefordert. Die Kontrolle über die Umsetzung der jeweiligen Vorgaben wurde sowohl vom Staatssekretariat selbst wie auch vom MfS vorgenommen. Den Leitern der *Aktion Sühnezeichen* waren somit ab dem skizzierten „OV Elster“ enge Grenzen hinsichtlich ihrer jeweiligen Handlungsspielräume gesetzt.

Einer internen Information der DSKF aus 1984 zufolge, lag bereits ab 1975 „die Leitung der Organisation [...] in der DDR in den Händen von politisch insgesamt loyalen Kräften“.[2608] Diese Aussage ist im Bericht selbst nicht belegt und anhand der 1975 in den Leitungskreis gewählten Mitglieder mit Ausnahme einer ab diesem Jahr im Leitungskreis tätigen Informantin des MfS (mit den Decknamen „IM Wolfes“, „IM Magdalene“) nicht nachvollziehbar. Diese Einschätzung der DDR-Behörden über die Möglichkeit einer Einflussnahme setzte damit jedoch lange vor Liedtkes Bestellung als hauptamtlicher Leiter an und fiel zeitlich mit der Übernahme der Leiterfunktion durch Friedrich Magirius 1974 zusammen.[2609]

Inwieweit eine „Kollaboration“ Liedtkes mit dem MfS Handlungsspielräume auch für andere, von ihm möglicherweise gegenüber dem MfS namhaft gemachten Personen einschränkte oder sogar existenziell bedrohte, ist unklar.[2610] Nach der Wiederwahl Liedtkes auf dem Jahrestreffen 1987 hielt das MfS fest:

> Die erneute Wahl LIEDTKES ist das Ergebnis des Einflusses und Wirkens progressiver und realistischer Kräfte in der „AS“. Einige Leitungskräfte der „AS“ äußerten intern, es könne davon ausgegangen werden, dass LIEDTKE entsprechend seiner bisherigen Konzeption weiterhin auf eine theologisch fundierte und dem Charakter der „AS“ angemessene Arbeit orientieren wird.[2611]

[2605] Handschriftlicher Vermerk auf Lorfs Schreiben an Löffler, dat. 16. Juni 1989, gez. unleserlich. Handschriftlicher Vermerk über das Telefonat mit Liedtke, dat. 21. Juni 1989, gez. unleserlich [SAPMO DO/4/1502]

[2606] Information, Abt. II, dat. 16. Oktober 1989, gez. Wilke [SAPMO DO/4/1502]

[2607] Da der Bestand des MfS noch nicht zur Gänze aufgearbeitet ist, könnte in Zukunft weiteres Material zum „IM Werner“ bzw. „IM Albert“ auftauchen. Insbesondere könnte Liedtke als Quelle aufscheinen, aber auch in Arbeitsplänen der HA XX/4.

[2608] Information zum politischen Profil und zu Aktivitäten der „Aktion Sühnezeichen“, Abt. II, dat. 2. Juli 1984, gez. Handel [SAPMO DO/4/4806]

[2609] Über die Leiter-Periode Friedrich Magirius’ liegen in keinem der eingesehenen Archive signifikante Bestände auf. In den Beständen des MfS und der DSKF ist sogar eine regelrechte Lücke zwischen 1975 und 1983 zu konstatieren. Aus dessen Amtszeit ist ein Konflikt mit den Teilnehmern eines Pilgerweges 1979 dokumentiert. Die Gruppe wurde während ihres Fußweges am 1. August 1979 von der DDR-Polizei perlustriert; inkriminiert war der Text von Kranzschleifen: „Wo Hass wächst, ist kein Raum für Frieden – Wir wollen Euch nicht vergessen – *Aktion Sühnezeichen*-Pilgerweg 1979“. Leiter Magirius verlangte daraufhin von den Teilnehmern, dass diese Schleifen nicht mehr niedergelegt werden sollten, was diese gegenüber dem Evangelischen Bischof in Magdeburg als einen „faulen Kompromiss“ beklagten. Dörthe Beyer an Krusche, dat. 8. Noember 1979, gez. auch von Martin Baumert, Elisabeth Köhler, Christine Kölbel, Thomas Böttrich, Martin Ocklitz und Iris Gottschalk. [AEKKS Rep B 3/210]

[2610] 1984 sind zwei Intervention Liedtkes gegenüber der DSKF dokumentiert: einem langjähriger Sühnezeichen-Teilnehmer war 1982 von der Volkspolizei eine Jacke mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ konfisziert worden, die dieser unter Beibelassung des Aufklebers zurückforderte; zweitens interventierte Liedtke zugunsten einer Sühnezeichen-Sekretärin, deren Ehemann von einer Reise in die BRD nicht zurückkam, und die nun selbst mehrfach Ausreiseanträge stellte. Vgl. Aktenvermerk über ein Gespräch mit dem Leiter der „Aktion Sühnezeichen“ in der DDR, Pfarrer Liedke [!], am 2. 10.1984, dat. 3. Oktober 1984, gez. Handel [SAPMO DO4/4806]

[2611] Information über das Jahrestreffen der „Aktion Sühnezeichen“ in Berlin, Nr. 14/88, dat. 11. Januar 1988, o.A. [BStU MfS HA XX/AKG 124]

Liedtke, der mit 64 Stimmen bei 13 Nein- und 2 enthaltenden Stimmen gewählt wurde[2612], hätte auf dem Jahrestreffen seinen Willen bekräftigt, „das Verhältnis zu den staatlichen und gesellschaftlichen Organen der DDR weiter verbessern zu wollen; Offenheit und Ehrlichkeit, auch gegenüber dem Staat, bleibe Grundlage künftiger Aktivitäten und Arbeitsweisen der ‚AS'".[2613] Als offener Opponent Liedtkes wurde der Studienreferent der Evangelischen Studentengemeinde Berlin, Vikar Stephan Bickhardt, angeführt, der gemeinsam mit Ludwig Mehlhorn und der Studentin Ulrike Zoels „politisch negative Inhalte in den Gesprächsverlauf einzubringen und die positiven Aussagen Liedtkes zum Verhältnis Staat – AS zu entkräften" versucht haben soll, und „unter Verwendung der Begriffe Glasnost und Perestroika mehrfach mit provokatorischen Fragestellungen gegenüber Pfarrer Liedtke in Erscheinung" getreten war. „Alle diese Angriffe wurden durch das sachliche und realistische Auftreten Liedtkes und weiterer Teilnehmer zurückgewiesen und fanden keine Resonanz".[2614]

Werner Liedtke war zu keinem Zeitpunkt die alleinige Stütze des MfS in der *Aktion Sühnezeichen* und wurde selbst in seinen Handlungen rigoros kontrolliert. Inwieweit er in seiner Sühnezeichen-Leiterfunktion Anweisungen des MfS befolgte, lässt sich anhand der zugänglichen Archivdokumente ebenso wenig beantworten wie die Frage nach dem Verhältnis Liedtkes zum MfS über die IM-Funktionen hinaus. Sein Verhalten gegenüber der DSKF war den amtlichen Gesprächsprotokollen zufolge keinesfalls von ausschließlicher Anpassung und Befolgung der jeweiligen Anordnungen geprägt, was entweder auf ein bestimmtes Maß an Zivilcourage oder auf eine starke Position als IM des MfS zurückzuführen werden kann. Gesichert scheint eine inhaltliche Affinität Liedtkes zur staatlichen Haltung gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* bereits zwei Jahre vor seiner Anwerbung durch das MfS und ein Jahrzehnt vor der Übernahme der Sühnezeichen-Leitung: so war Liedtke mit einem Vortrag vor dem Jahrestreffen 1971 aufgetreten, der die seit 1967 offiziell verunmöglichten Sühnezeichen-Auslandslager umdeutete und dazu aufrief, die Sommerlager innerhalb der DDR als Chance zur Erneuerung der Gesellschaft anzunehmen.[2615] Mit diesem Ansatz fand sich Liedtke in Übereinstimmung mit den Absichten des MfS bzw. der vorgelagerten SED-Strategie zur Einschränkung und Eingrenzung der Aktion Sühnezeichen auf kirchliche Projekte innerhalb der DDR.[2616]

Vier weitere Personen aus dem engeren Sühnezeichen-Umfeld und drei Informanten außerhalb der *Aktion Sühnezeichen* scheinen in den BStU-Unterlagen als inoffizielle Mitarbeiter des MfS auf:

1. Salomea Loni GENIN, geboren 1932 in Berlin, Sekretärin der *Aktion Sühnezeichen* Westberlin vom 16. Oktober 1962 bis 15. Mai 1963. Geworben wurde Genin Ende 1961 als „GI Sonja" (Geheime Informantin). Genin war aufgrund der NS-Verfolgung als Jüdin ab 1939 im Exil, zunächst in Großbritannien und danach in Australien.[2617] Zur *Aktion Sühnezeichen* gelangte sie über eine Zeitungsannonce.[2618] 1963 wurde ihr die Übersiedelung in die DDR gestattet, und Genin seitens des MfS entpflichtet.[2619] Über die *Aktion Sühnezeichen* berichtete sie dem MfS während ihrer siebenmonatigen Beschäftigung ausführlich, wobei sie nicht nur von allen Mitarbeitern und Kreyssig selbst sowie Müller-Gangloff sondern auch von den mit der *Aktion Sühnezeichen* und dem Evangelischen Sozialpfarramt verbundenen Auslandspfarrern, die nach

---

[2612] Dokumentation: Wahl des Leiters Pfarrer Werner Liedtke Jahrestreffen 1987, o.A. Wahlkommission Ernst-Ulrich Hafa [ASF]
[2613] Information über das Jahrestreffen der „Aktion Sühnezeichen" in Berlin, Nr. 14/88, dat. 11. Januar 1988, o.A. [BStU MfS HA XX/AKG 124]
[2614] Ebd.
[2615] Liedtke, Werner, Verlegenheit und Chance unserer Lager, *Monatsbrief Januar 1972* [ASF]
[2616] Vgl. die konzertierte Zerschlagungsaktion des MfS, wie im vorherigen Abschnitt skizziert.
[2617] Unmittelbar nach der Vereinigung der DDR mit der BRD publizierte Genin die Erfahrungen ihrer Rückkehr in einem von Wolfgang Benz herausgegebenen Sammelband, wobei sie ihre Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit und ihre Kontakte mit der Aktion Sühnezeichen in West- und Ostberlin unerwähnt ließ. Vgl. Genin, Salomea. "Wie ich in der DDR aus einer Kommunistin zu einer Jüdin wurde", In Benz, Wolfgang, Das Exil der kleinen Leute: Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration (1991). München: Beck. S. 309-326.
[2618] Bericht über die Kontaktaufnahme mit Frl. Genin, Loni, dat. 27. November 1964, HA XX/4, gez. Harwig [BStU MfS ZA 6667/84, IV]
[2619] Entpflichtung, dat. 26. Juli 1963 [BStU MfS ZA 6667/84, II]

dem Bau der Mauer u.a. Kuriertätigkeit verrichteten, berichtete.[2620] Ende 1964 nahm das MfS mit der nun in Ostberlin-Treptow ansässigen Genin erneut Kontakt auf, um „an einer Person zu arbeiten, die geheimdienstlich angefallen" war, und sollte „über die Aktion Sühnezeichen und die Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg angeschleusst [!]werden".[2621] Wie bereits bei ihrem ersten Einsatz gegen die *Aktion Sühnezeichen* in Westberlin berichtete Genin über ihre Wahrnehmungen und Kontakte zu den Sühnezeichen-Mitarbeitern. Den vorliegenden Akten zufolge endete die Auskunftstätigkeit Genins über die *Aktion Sühnezeichen* noch im Frühjahr 1965, mit der Geburt ihres Kindes.[2622] Wenngleich die Aktenlage über Genins MfS-Tätigkeit im Zusammenhang mit der *Aktion Sühnezeichen* fragmentarisch und eine umfassende Evaluierung nicht möglich ist, kann davon ausgegangen werden, dass die wesentlichsten Erkenntnisse des MfS über die *Aktion Sühnezeichen* in den Zeiträumen 1962/63 (Schwerpunkt Westberlin) und 1965 (Schwerpunkt Ostberlin) aus dieser Quelle stammten.

2. Peter Heilmann, „GM Julius Müller", „IM Adrian Pepperkorn"; Gertraude Heilmann, „GI Johanna", „IM Pepperkorn II".[2623] Das Ehepaar Heilmann, das nach jahrelanger Untersuchung und zweijährigem Prozess 1999 wegen seiner geheimdienstlichen Agententätigkeit zu bedingten Haftstrafen und einer Geldstrafe verurteilt wurde[2624], berichtete ab 1968 aus der Evangelischen Akademie Westberlin, wo Peter Heilmann ab diesem Zeitpunkt bis zu seiner Pensionierung 1988 arbeitete.[2625] Nicht zuletzt aufgrund der personellen und institutionellen Verflechtung der Akademie mit der *Aktion Sühnezeichen* berichteten Heilmanns wiederholt über Vorhaben, Personen und Kontakte der *Aktion Sühnezeichen* in Westberlin.[2626]
3. Katharina Elsäßer, „IMV Wolfes" (MfS BV Jena), ab 9. März 1982 „IMS Magdalene" (MfS BV Rostock).[2627] Aus dem Jahresindex der IM-Registrierung kann geschlossen werden, dass Elsäßer ab 1975 als inoffizielle Mitarbeiterin des MfS fungierte. Zahlreiche auf Elsäßer als Quelle zurückzuführende Berichte über *Aktion Sühnezeichen* liegen vom Juli 1975 bis November 1986 vor. Elsäßer hat ab 1966 bis 1972 an mindestens fünf Sommerlagern teilgenommen, von 1975 bis 1979 war Elsäßer Ersatzmitglied des Leitungskreises, von 1979 bis 1981 als beratendes Mitglied in den Leitungskreis bestellt. Sie hatte Einblick in die operativen Abläufe in den Sommerlagern, andererseits in die im Leitungskreis diskutierten strategischen Vorgaben. Die Übergabe der Informationen erfolgte in maschingeschriebenen Manuskripten, durch Tonbänder oder Gespräche mit MfS-Führungsoffizieren. Der Einschätzung von Elsäßers MfS-Führungsoffizier Wendt aus 1982 zufolge, war Elsäßer als inoffizielle Mitarbeiterin des MfS davon überzeugt, „dass das Generalanliegen von *Aktion Sühnezeichen* eine positive Sache ist und man gegen einen Missbrauch durch negative Mitglieder vorgehen müsse".[2628] Seitens des MfS wurde die Mitarbeit von Elsäßer überaus geschätzt: „Bei der Auswertung der von mehreren IM erarbeiteten Informationen wurde festgestellt, dass die von IM ‚Wolfes' beschafften Informationen zum

---

[2620] Zusammengefasster Bericht über Mitteilungen und Informationen, die der ehemalige inoffizielle Mitarbeiter „So[n]ja" über die „Aktion – Sühnezeichen" Berlin-Charlottenburg, Jebenstr. 1 machte., dat. 13. November 1964, gez. Heinritz, Hptm. [BStU MfS ZA 6667/84, IV]

[2621] Bericht über die Kontaktaufnahme mit Frl. Genin, Loni, dat. 27. November 1964, gez. Heinritz, Hptm. [BStU MfS ZA 6667/84, IV] Genin war auf Elsa Sieglerschmidt angesetzt, die für die Aktionsgemeinschaft für die Hungernden arbeitete. Das Interesse des MfS galt vornehmlich Sieglerschmidts Ehemann Hellmut, der im Westberliner Senat, z.T. an zentralen Positionen tätig war. vgl. Vorschlag, dat. 2. August 1965, gez. Heinritz, Hptm. [BStU MfS ZA 6667/84, III]. Hellmut Sieglerschmidt war in den 1980er Jahren Abgeordneter des Europäischen Parlaments

[2622] Treffbericht, Quelle „KP Sonja", dat. 27. März 1965, gez. Heinritz [BStU MfS AIM 6667/84, IV]

[2623] Über die IM-Tätigkeit des Ehepaars Heilmann liegen Aktenkonvolute vor. Peter Heilmann war nach einer Inhaftierung in der DDR 1956 angeworben worden, seine Frau bereits 1954; 1959 übersiedelte das Ehepaar nach Westberlin. [BStU MfS A 589/85]

[2624] Knabe (1999), S. 288-294

[2625] Zu den MfS-Aktivitäten des Ehepaares Heilmann und ihre juristische wie öffentliche Aufarbeitung vgl. auch Zeitschrift Spiegel, 13/1999, Peter Wensierski, S. 66f.

[2626] so gab Peter Heilmann 1974 einen Bericht über ein Treffen in der Evangelischen Akademie, bei dem Probleme der Arbeit in Polen besprochen wurden (Abschrift vom Tonband, dat. 10. Juli 1974), 1977 eine Einschätzung der Aktion Sühnezeichen zu Tonbandprotokoll, Teffbericht, dat. 9. Februar 1977 [BStU MfS A 589/85 Bd. II/12 sowie 13+14]

[2627] Die Bereitstellung der IM-Akten „Magdalene" seitens der BStU am 29. und 30. August 2005 umfasste lediglich die Berichtsakten, nicht jedoch die Personalakte des IM. Mit Email vom 23. November 2005 wurde nach vorangegangener entsprechender Anfrage seitens der BStU der Echtname von IMV Wolfes bzw. IMS Madelene bestätigt. [Email BstU, gez. Freudenberg, 23. November 2005]

[2628] Treffbericht, dat. 9. März 1982, gez. Wendt, Oltn. [BStU MfS AIM 25113/91 IM Akte T. II I 657/75]

Jahrestreffen der ‚Aktion Sühnezeichen' objektiv und in guter Qualität waren", sodass die Informantin auch „zur Aufklärung von Verbindungen der ‚AS' ins Operationsgebiet sowie zur Aufklärung von Kontakten und Aktivitäten der ‚AS' nach Polen" eingesetzt werden sollte .[2629] Dafür zahlte das MfS an Elsäßer nach ihrer Übersiedlung nach Rostock in unregelmäßigen Abständen Bargeld zur Erstattung von „Auslagen". Im letzten dokumentierten so genannten Treffbericht vom 7. November 1986 wird Elsäßers Rückzug als IM vereinbart, „da er sonst unglaubwürdig wird", wobei ungeklärt bleibt, ob sich die schwindende Glaubwürdigkeit auf Elsäßer als IM oder als Sühnezeichen-Aktivistin bezog.[2630] Inhaltliche Zielstellung waren die „Aufdeckung der Pläne und Absichten der Aktion Sühnezeichen" in Ost- und Westberlin[2631], die Aufklärung der Kurierverbindungen der Ostberliner Aktion Sühnezeichen, der Verwendung des Gästehauses in Alt-Karin für ausländische Gäste[2632], Verbindungen nach Polen[2633], Informationen über Tagungen und Sitzungen, aber auch die Einholung personenbezogener Informationen. Neben der Informationseinholung wurde „IMV Wolfes" mit aktiver Einflussnahme auf Diskussionen und Entscheidungsfindungsprozesse innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* „gegen negative Tendenzen" beauftragt.[2634]

4. Frank Stolt, Jg. 1955, Praktikant der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* von 1979-1981, danach Teilnehmer an Jahrestreffen, zwischen 1980 und 1982 Teilnehmer an vier Sommerlagern der *Aktion Sühnezeichen*, „IMS/F Hansen" ab 1973, ab 1977 „IMB Hermann Schneider".[2635] Frank Stolt war „Selbststeller" beim MfS, nachdem er ursprünglich ab 1972 eine „Republikflucht" beabsichtigt hatte. Für das MfS waren seine als Praktikant in der Stephanus-Stiftung und später am Predigerseminar Paulinum geknüpften kirchlichen Kontakte von Interesse. Ab 1975 erhielt er wegen „prekärer finanzieller Lage" eine monatliche Zuwendung von 100 DM.[2636] Für seine Berichte erhielt Stolt ab 1978 Auszeichnungen und Geldprämien.[2637] Wenngleich in den BStU-Beständen nicht dokumentiert ist anzunehmen, dass Stolt vom MfS in die *Aktion Sühnezeichen* eingeschleust wurde. Die überlieferten Bestände des MfS lassen zudem den Schluss zu, dass Stolt ab 1980 nicht nur mit der Ausspionierung der *Aktion Sühnezeichen* beauftragt war, sondern darüber hinaus, unter Ausnutzung der Kontakte und Verbindungen der *Aktion Sühnezeichen* mit der Spionage in der Tschechoslowakei und in Polen. In Polen sammelte Stolt vor allem Informationen über Beteiligte an der beginnenden kommunismuskritischen, von der katholischen Kirche und der selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarnosć getragenen Demokratisierungsbewegung.[2638] Der Informationsfluss zwischen Stolt und dem MfS erfolgte vor allem über Tonbänder. Die überlieferten Abschriften für den Zeitraum 1980-1983 dokumentieren die Tätigkeiten Stolts, u.a. seine Kontaktaufnahmen im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen* und seine eigenen, an die Diktion der MfS-Berichte gemahnenden Interpretationen. Über seine IM-Berichte übermittelte Stolt sämtliche ihm bekannt gewordenen Sühnezeichen-Bezugspersonen. Stolt hatte wesentlichen Anteil an der staatlichen Überwachung und nachfolgenden Handlungseinschränkung der *Aktion Sühnezeichen* zur Zeit der polnischen Demokratisierungsbewegung. Im Vorfeld des Jahrestreffens Ende 1980 beschrieb er die Taktik

---

[2629] MfS, HA XX an MfS BV Rostock, dat. 6. Januar 1981, gez. Ludwig, Oberst; stellv. Leiter der HA XX [BStU MfS AIM 25113/91]
[2630] Treffbericht, dat. 7. November 1986, gez. Stolt [BStU MfS AIM 25113/91 IM Akte T. II I 657/75]
[2631] handschriftl. Treffbericht, dat. Rostock, 8. September 1975, gez. Kufahl, Ltn. [BStU MfS AIM 25113/91]
[2632] handschriftl. Treffbericht, dat. Rostock, 9. Juni 1976, gez. Kufahl, ebd.
[2633] handschriftl. Treffbericht, dat. Rostock, 11. Oktober 1977, gez. Kufahl, ebd.
[2634] Information betr.: Klausurtagung des Leitungskreises der Aktion Sühnezeichen in Dahme, dat. 31. März 1977, A: Kufahl [BStU MfS AIM 25113/91]
[2635] Frank Stolt wurde in der Bezirksverwaltung des MfS Berlin unter Reg. XV/812/73 geführt.
[2636] Vorschlag vom 31. Oktober 1975, gez. Spätholz [BStU MfS BV Berlin AIM 64/91, Bd. I]
[2637] Verdienstmedaille Bronze, dat. 5. Juni/7. Oktober 1978; 7. Mai/7. Oktober 1986 Verdienstmedaille Silber; Vorschlag zur Verdienstmedaille der NVA in Gold, dat. 20. Juli 1989, gez. Feike, Oltn., Spätholz, Major; Stolt erhielt zudem Geldprämien, u.a. 1000 M für die Einrichtung einer neuen Wohnung (15. November 1982), ab 1988 erhielt Stolt 500 M monatlich ausbezahlt. [BStU MfS BV Berlin AIM 64/91, Bd. I, Bd. II]
[2638] Stolt wurde vom hellhörigen MfS bereits anlässlich des Papst-Besuchs 1979 nach Polen entsandt. Vgl. Bericht, dat. 11. Juni 1979, gez. „Hermann Schneider" [BStU MfS BV Berlin AIM 64/91, Bd. 7]

der Sühnezeichen-Leitung, bei der Einladung von Teilnehmern aus Polen und der Tschechoslowakei den formellen Weg über das Staatssekretariat für Kirchenfragen und zu erwartende staatliche Restriktionen zu umgehen: auf Anregung und unter der Koordination der *Aktion Sühnezeichen* hätten Privatpersonen demnach Einladungen an einzelne polnische und tschechoslowakische Staatsbürger ausgesprochen. Stolt berichtete Namen und Adressen dieser Privatpersonen.[2639] Unmittelbar vor dem Jahrestreffen übermittelte Stolt eine tabellarische Aufstellung von 15 ausländischen Besuchern und ihrer DDR-Gastgeber.[2640] Die Konsquenzen aus den Informationsweitergaben lassen sich indirekt über weitere Berichte des „IM Hermann Schneider" erschließen: so berichtete Stolt wenige Tage nach der Namensweitergabe davon, dass die Sühnezeichen-Angestellte Romi [Edeltraut] Romberg einen Anruf von der Volkspolizei erhalten hätte. Der ungenannt bleibende Anrufer hätte sich bei Romberg danach erkundigt, „ob ihre drei eingeladenen polnischen Gäste in irgendeinem Zusammenhang mit dem Jahrestreffen der Aktion Sünezeichen [!] stehen", was Romberg „energisch bestritten" und „nach der ausgegebenen Devise" beantwortet hätte, „dass dies ein völliger Privatbesuch sei und in keinem Verhältnis zu Sühnezeichen" stünde.[2641] Das MfS wusste dank der Informationen Stolts nicht nur von der Absicht der inkriminierten Einladungen, sondern auch die Details der Sühnezeichen-Strategie zur Umgehung staatlicher Vorschriften, an denen wiederum Stolt mit Wissen des MfS selbst beteiligt war. Stolt berichtete am 22. Dezember 1980 von seiner Reise nach Polen am 19. Dezember, die der Übergabe von 13 von der DDR-Volkspolizei bestätigten Einladungen (die offenbar durch die *Aktion Sühnezeichen* zuvor von den einladenden Privatpersonen eingesammelt worden waren) an Jan Nowak in Poznań, der die Einladungen über die polnische Post verschickte.[2642] In einem weiteren Bericht nannte Stolt schließlich die Namen und Gastgeber der sechs tatsächlich zum Jahrestreffen angereisten polnischen Staatsbürger, die – wie aus dem Bericht Stolts konkludent ist – präsumtive Teilnehmer für die Sommerlager 1981 waren.[2643] Ende 1982 wurde Stolt innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* als Informant des MfS verdächtig, als die DSKF einen MfS Bericht Stolts über einen Sühnezeichen-Einsatz im tschechoslowakischen Stara Tura[2644], wo sich Sühnezeichen-Teilnehmer am Bau einer Kirche der Cirkev Bratska beteiligten, zur Nachbearbeitung heranzog.[2645]

5. Arnd Sensenschmidt, Jugendbildungsreferent der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg berichtete als „IM Roland Müller" der MfS-Kreisdienststelle Gera u.a. über die Westberliner *Aktion Sühnezeichen*.[2646]
6. Mitte bis Ende der 1980er Jahre wurde die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* zudem von ASF-Mitglied Traude-Lore Wagner („IM Wanda") ausspioniert.[2647]
7. Im Bericht des MfS über die „Erfüllung der Verpflichtungen" anlässlich des 20. Jahrestages der DDR ist ein „IM- Vorlauf Möwe angeführt, ein Theologiestudent und Vorstandsmitglied der *Aktion Sühnezeichen* in Westberlin, der 1969 zur Informationsgewinnung aus dem inneren Kreis der Organisation angeworben werden sollte.[2648] In den BStU-Unterlagen finden sich dazu

---

[2639] Bericht, dat. 11. Dezember 1980; Tonbandabschrift 12. Dezember 1980 [BStU MfS BV Berlin XV/812/73, 129/89; 64/91]
[2640] Anlage zum Treffbericht IME „Hermann Schneider" vom 22.12.80, dat. 23. Dezember 1980, KD Weißensee Ref. IS [BStU MfS BV Berlin AIM 64/91, Bd. 8]
[2641] Bericht, dat. 27. Dezember 1980, Bandabschrift, 29. Dezember 1980 [ebd.]
[2642] Bericht, dat. 22. Dezember 1980, Abschrift vom Band, 22. Dezember 80; Name von BStU geschwärzt [ebd.]
[2643] Bericht, dat. 29. Dezember 1980, Bandabschrift, 29.12.80 [ebd.]
[2644] Bericht, dat. 20. August 1982, Abschrift vom Band, 20.8.1982, KD Weißensee [ebd.]
[2645] Stolt berichtete dem MfS, dass er von Magirius (Name in BStU-Kopie geschwärzt), zu einem Vieraugengespräch gebeten worden wäre, bei dem Magirius Stolt von einem Telefonat aus der DSKF über diesen Sühnezeichen-Einsatz erzählte. Magirius vermutete dabei als Informationsquelle das MfS und weihte Stolt in den Verdacht einer Informationsweiterleitung aus dem internen Kreis der Aktion Sühnezeichen ein. Vgl. Bericht, dat. 13. September 1982, Abschrift vom Band 13.9.82 [ebd.]
[2646] Knabe (1999), S. 272
[2647] Ebd., S. 275
[2648] Ebd., S. 269

> allerdings keine weiteren Informationen, sodass nicht geklärt werden konnte, ob dieses Spionagevorhaben umgesetzt wurde und um wen es sich dabei gehandelt haben könnte.

Außer den genannten inoffiziellen Mitarbeitern, deren Echtnamen von der Bundesbehörde BStU bereits entschlüsselt wurden, berichtete eine Reihe bisher namentlich nicht bekannter Mitarbeiter über die Interna der *Aktion Sühnezeichen*. „IMS Peter Meier" und „IMS Michael": berichteten über das Jahrestreffen vom 27.-29. Dezember 1980[2649] Als weiterer Deckname scheint „IM Lenz-Blümel" als Informant über die *Aktion Sühnezeichen* auf.[2650]

5.3.5 Die Anerkennung

> Grundsätzliche Zielstellung unsererseits: Abstecken des Rahmens für die weitere Zusammenarbeit in den nächsten Jahren, Weiterentwicklung der Aktivitäten der „Aktion" als konstruktive Form eigenständiger kirchlicher Friedensarbeit ...[2651]

Mit dem nahenden Ende des DDR-Regimes erlebte die Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* eine vergleichsweise große Entfaltungsmöglichkeit bei gleichzeitiger Anerkennung durch das DDR-Regime: bei einer regelmäßigen Vorladung der Sühnezeichen-Leitung in die DSKF 1987 versicherte Hauptabteilungsleiter Peter Heinrich, „die Aktion Sühnezeichen sei von ihrem Anliegen und ihrer Arbeit eine so wichtige Organisation, die, wenn es sie nicht schon gäbe, man gründen müsste."[2652]

Die formelle Anerkennung der *Aktion Sühnezeichen* durch die DDR erfolgte in mehreren Etappen. Nach den Versuchen der DDR-Regierung, die *Aktion Sühnezeichen* über die Disziplinierung durch staatliche und kirchliche Stellen weitgehend zu behindern und zu beschränken, ist 1981 eine erste Änderung in der Strategie dokumentiert, wobei die teilweise Anerkennung als versuchte Instrumentalisierung zur (weiteren) Aufweichung des Sühnezeichenprogramms zu verstehen ist: So protokollierte Sühnezeichenleiter Friedrich Magirius im April 1981, nach einem Gespräch mit Bischof Albrecht Schönherr (bis 1981 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen), wonach dieser ihm mitgeteilt hätte, „dass Herr Staatssekretär Gysi einerseits die Arbeit der Aktion anerkannt habe, andererseits seine Sorge ausgedrückt habe im Blick auf die Begegnungen von jungen Christen aus unserem Land mit solchen aus Polen in den Sommerlagern".[2653] Ein kurz darauf erfolgtes Gespräch in der DSKF mit Hauptabteilungsleiter Hans Weise und seinem Nachfolger Peter Heinrich zielte auf die Unterbindung von Kontakten zwischen polnischen und DDR-deutschen Lagerteilnehmern ab: „Die gegenwärtige politische Lage erfordere, dass sich Bürger der DDR auch nicht durch Begegnungen und Gespräche hier in die inneren Angelegenheiten unseres Nachbarlandes einmischten".[2654] Auch in diesem Gespräch floss die Anerkennung der *Aktion Sühnezeichen* ein: „Bei aller Anerkennung unserer sonstigen Arbeit, die wir selbstverständlich weiterführen könnten, müsste die Aktion einsehen, dass die Kontakte mit Polen auf dieser Ebene unterbunden werden müssten."[2655]

Im Vorfeld des Jahrestreffens Ende 1984 wandte sich die *Aktion Sühnezeichen* (vertreten durch Leiterkreismitglied Gottfried Zollmann) an den Büroleiter der DSKF, Horst Dohle, um diesen als Referenten zu einer „Aktionstagung" zum Thema ‚Stuttgarter Schuldbekenntnis' einzuladen. Gleichzeitig

---

[2649] Information Nr. 1097/80, dat. 30. Dezember 1980 [BStU XX/4 Nr. 350]
[2650] verm. Echtname: [Frau] Söchtig-Oelschlegel BStU MfS X/574/68, IM 1968-1989
[2651] Typoskript Zum Gespräch mit dem Leitungskreis der „Aktion Sühnezeichen" beim HAL am 20.3.87 [SAPMO DO/4/1205]
[2652] zitiert nach Monatsbrief Januar – Februar 1988, Aus dem Bericht des Leiters (gekürzt), vorgetragen am 29. Dezember 1987 auf dem Jahrestreffen S. 8 [SAPMO DO4/814]
[2653] Niederschrift über ein Gespräch im Staatssekretariat für Kirchenfragen am Dienstag 14. April 1981, o.D., o.A. [Magirius] [CL]
[2654] Ebd.
[2655] Ebd.

wandte sich Kurt Scharf als Vorstandsvorsitzender der Westberliner *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* an den Vorsitzenden des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in der DDR, Karl-Heinz Bernhardt mit dem Ersuchen um ein informelles Arbeitsgespräch zur Friedensthematik. Diese beiden vom Historiker Gerhard Besier anhand der überlieferten Unterlagen des Staatssekretariats dokumentierten Kontaktaufnahmen[2656] erscheinen in der Retrospektive als konzertierter Versuch der beiden Organisationen, die Initiative im Verhältnis zur DDR zu ergreifen und zu versuchen, ihre inhaltliche Botschaften in die staatlichen Kanäle einzubringen und damit den Handlungsspielraum der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR zu erweitern. Die Initiative der Ostberliner *Aktion Sühnezeichen* resultierte in die Vermittlung von „erfahrenen Genossen aus dem Widerstand". Dohle protokollierte ein nachfolgendes Gespräch mit Zollmann Ende Juni 1984, der Leiterkreis wäre „sehr dankbar für die Möglichkeit, mit marxistischen Vertretern des Widerstandes ins Gespräch zu kommen, das habe bisher gefehlt und würde die vernünftigen Kräfte bei Sühnezeichen stärken".[2657] Scharfs Kontaktaufnahme wiederum wurde vom Staatssekretariat als Möglichkeit zur Aufwertung und Anerkennung der CFK gesehen, durch die einerseits unabhängige Friedensgruppen zurückgedrängt werden könnten und andererseits Einfluss in der BRD gewonnen werden könnte.[2658] Das von beiden Organisationen verfasste „gemeinsame Wort" anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes am 8. Mai 1985 wurde in DDR-Zeitungen, auch im SED-Blatt *Neues Deutschland*, veröffentlicht bzw. zitiert.

Die geänderte offizielle DDR-Haltung gegenüber der Aktion Sühnezeichen wurde erneut anlässlich des Ablebens von Lothar Kreyssig im darauffolgenden Jahr manifest, das von der *Aktion Sühnezeichen* in einer Traueranzeige in der offiziellen Partei- und Staatszeitung *Neue Zeit* bekannt gemacht wurde. In einem Kondolenzschreiben an die *Aktion Sühnezeichen*, unterzeichnet vom Bezirksabgeordneten der CDU und Jugendwart in Weimar Wolfgang Kerst wurde Kreyssig gewürdigt:

> Zum Heimgang von Präses i.R. Dr. Lothar Kreyssig übermitteln wir den Angehörigen und allen Freunden des Verstorbenen unsere aufrichtige Anteilnahme in der Gewissheit der Auferstehung durch Jesus Christus.
> Mit Dank für Ihre Neue Zeit-Traueranzeige, die uns mit dieser Meldung eine große kirchliche Persönlichkeit, die wir in guter und dankbarer Erinnerung haben, ins Gedächtnis ruft, sind wir verbunden mit Ihnen. Wir haben Dr. Kreyssig in den Jahren seines engagierten Wirkens oft erlebt und seinen Versöhnungsdienst unter den Völkern und besonders auch zwischen Ost und West als ein Friedenshandeln eines aufrechten Christen empfunden. Wir wünschen uns für die christliche Jugendarbeit sein Lebensbild als Vorbild für Dienst und Zeugnis in unserer Zeit.[2659]

1987 hatte sich die Haltung der DSKF gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* so grundlegend geändert, dass in einem Vermerk im Vorfeld einer Vorsprache des Leiterkreises auf eine „bestimmte resignative Stimmung, sogar Überlegungen zur Selbstauflösung" hingewiesen wurde, weshalb seitens der Dienststelle bekräftigt werden sollte, „dass ‚Aktion Sühnezeichen' wichtiger Bestandteil kirchlicher Friedensarbeit" wäre und die Ausführungen im Monatsbrief November 1986, „das man sich erst am Anfang des Weges befindlich versteht", positiv eingeschätzt werden sollten. Die Dienststelle würde unterstützen, „dass die Arbeit auch sachgerecht inhaltlich gestaltet wird", u.a. mit dem Angebot von Referenten aus dem gesellschaftlichen Bereich.[2660]

Innerhalb der DDR konnte die *Aktion Sühnezeichen* 1987 vier große Nationale Mahn- und Gedenkstätten mit insgesamt fünf Sommerlagern beschicken: Buchenwald, Sachsenhausen, Mittelbau-Dora und Ravensbrück. Ende der 1980er Jahre wandten die DDR-Behörden eine liberalere Ausreisepolitik gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* an. So konnte die langjährigen Sühnezeichen-Mitglieder Hildegart

---

[2656] Besier, Gerhard. Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991: Höhenflug und Absturz (1995). Berlin, Frankfurt am Main: Propyläen., S. 113f.
[2657] Zit. nach ebd., S. 114
[2658] Ebd.
[2659] Nachruf von Barbara und Wolfgang Kerst im Monatsbrief August 1986, S. 13 [ASF].
[2660] Typoskript Zum Gespräch mit dem Leitungskreis der „Aktion Sühnezeichen" beim HAL am 20.3.87 [SAPMO DO/4/1205]

Stellmacher 1988 nach Frankreich reisen, Joachim Stellmacher 1987 und 1988 in die BRD nach Dachau.[2661] Schon im Jahr davor waren Sühnezeichen-Delegierte nach Großbritannien, Israel und in die BRD gereist. Selbst an der internationalen Jugendbegegnung in Dachau konnten fünf Teilnehmer aus der DDR partizipieren, am Friedensfestival in Beienrode zwei, an der Mitgliederversammlung der ASF drei, an einer Freizeit mit Behinderten in Oxford eine, an einer Studienreise zum Amsterdamer Anne-Frank-Haus zwei, am Olof Palme-Marsch in der BRD zwei und an einer jüdisch-christlichen Konferenz in Jerusalem ebenfalls zwei Delegierte der Ostberliner Organisation teilnehmen.[2662] Im Juni 1988 erfolgte die Übergabe eines Glockengeschenks an die Vertreter des polnischen Klerus und der staatlichen Gedenkstätte Majdanek vor dem Evangelischen Kirchentag in Görlitz.[2663] 1988 kam es zu einem gegenseitigen Besuch von zwei Vertreterinnen der *Aktion Sühnezeichen* bei Quäkern in Großbritannien und von zwei britischen Quäkern in der DDR als Sommerlager-Teilnehmer.[2664]

Kurz vor dem Ende des SED-Regimes erhielt die *Aktion Sühnezeichen* direkte Anerkennungen. Der Friedensrat der DDR übermittelte dem Sühnezeichen-Leiter Werner Liedtke Ende 1987 und 1988 Weihnachtsfest- und Neujahrswünsche.[2665] Anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der *Aktion Sühnezeichen* übermittelte schließlich der Staatssekretär für Kirchenfragen Dr. Klaus Gysi ein mit 12. Mai 1988 datiertes Würdigungsschreiben:

> Mit Achtung und Anerkennung blicken wir auf die zurückliegenden drei Jahrzehnte des engagierten Wirkens der Aktion Sühnezeichen für Völkerverständigung, für die Bewahrung und Sicherung des Friedens sowie für das mahnende Gedenken an die Opfer der faschistischen Barbarei.
> Mit vielfältigen Aktivitäten im In- und Ausland hat die Aktion Sühnezeichen immer wieder auf die besondere Verantwortung beider deutscher Staaten und ihrer Kirchen für die Sicherung des Friedens aufmerksam gemacht. ... Das von der Aktion Sühnezeichen unterstützte Bemühen der Kirchen, weltweit zu einem gerechten Frieden beizutragen, das seinen Ausdruck auch im konziliaren Prozess findet, leistet einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung des Weltgewissens für die alles entscheidende Frage der Gegenwart. Es bietet darüber hinaus eine realistische und tragfähige Grundlage für das Zusammenwirken von Kommunisten, Christen und Vertretern anderer weltanschaulicher und politischer Positionen in einer Koalition der Vernunft und des Realismus zur Abwendung der Kriegsgefahr, zur Durchsetzung praktischer Abrüstungsschritte und zur Schaffung gleichberechtigter internationaler Beziehungen zum Nutzen aller beteiligten Staaten.
> Das aktive Wirken Jugendlicher, die sich diesem Grundanliegen der Aktion Sühnezeichen verpflichtet wissen, in Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, so in Sachsenhausen, Ravensbrück und Buchenwald, ist ein wichtiger, eigenständiger und eigenmotivierter christlicher Beitrag zur Bewahrung des Andenkens an die vom Hitlerfaschismus ermordeten und gequälten Menschen ...[2666]

Die Sühnezeichenleiter waren über die Würdigung aller 3 Jahrzehnte und die explizite Erwähnung der Arbeit im In- und Ausland sowie der Gedenkstättenarbeit überrascht, monierten aber, dass die Arbeit für den jüdisch-christlichen Dialog nicht erwähnt wurde.[2667] Kurze Zeit nach diesem Schreiben erschien in der amtlichen Tageszeitung *Neue Zeit* anlässlich des 30-jährigen Bestehens ein zweispaltiger Artikel über die *Aktion Sühnezeichen*.[2668] Schon zwei Monate später fand sich in der gleichen Zeitung, noch während der Sommerlager, ein freundlicher Kommentar. Unter Verweis auf die Arbeit in ehemaligen Konzentrationslagern hob der Autor zu einer Lobeshymne auf die *Aktion Sühnezeichen* an:

> Die Lagerteilnehmer werden in Prozesse hineingenommen, durch die sich im umfassenden Sinne ihr Bewusstsein bildet: bessere Erkenntnisse über historische und politische Zusammenhänge von Faschismus, Neokolonialismus und Krieg werden gewonnen, und gleichzeitig wächst die allgemeine

---

[2661] Hildegart und Joachim Stellmacher [Interview am 26. August 2004 in ihrer Dresdner Wohnung]
[2662] Ebd.
[2663] siehe 5.3.2.1 Polen-Verbindung über den katholischen Laien Günter Särchen
[2664] Monatsbrief Oktober 1988, S. 4-6 [SAPMO DO 4/814]
[2665] Schreiben, dat. 17. Dezember 1987 und 20. Dezember 1988, gez. Prof. Dr. G. Drefahl, Präsident, Werner Rümpel Gen.-Sekr., Christine Wieynk, Sekretär [EZA 97/909]
[2666] Gysi an Aktion Sühnezeichen, dat. 12. MaI 1988, zit. nach Aktion Sühnezeichen Sommerlager 1990, S.4 [FM]. In den Archivunterlagen des Staatssekretariats für Kirchenfragen ist das Schreiben in zwei geringfügig differierenden Entwürfen, datiert mit 14. Mai 1988 vorhanden. [vgl. SAPMO DO/4/814; DO/4/4806]
[2667] Protokoll der Leiterkreissitzung vom 13. Mai 1988 [ASF, Bd V der Protokollbände]
[2668] Versöhnung und Frieden, In *Neue Zeit*, 2. Juni 1988, gez. pmb [SAPMO DO/4/814]

> Erkenntnis, inwiefern der einzelne und mit ihm die Gesellschaft unter heutigen Bedingungen Verantwortung dafür tragen, die Botschaft von der Versöhnung in unsere Umwelt hineinzukonkretisieren.[2669]

Der formellen Anerkennung durch den Staatssekretär für Kirchenfragen hatte sich über mehrere Signale im Vorfeld angekündigt. Im Rahmen eines Gesprächs, das Liedtke Mitte 1986 im Staatssekretariat führte, wurde „die insgesamt positive Entwicklung des Verhältnisses des Staates zur *Aktion Sühnezeichen* hervorgehoben, aber auch die Notwendigkeit betont, strittige Fragen sachlich und offen zu diskutieren".[2670] Zu Jahresbeginn 1987 wurde seitens des Staatssekretariates eine Einladung „zu einem Gespräch eines größeren Kreises von Vertretern der Aktion beim HAL [Hauptabteilungsleiter]" ausgesprochen. Im Gesprächsprotokoll des Staatssekretariates wird die – demzufolge auch den Vertretern der *Aktion Sühnezeichen* vermittelte – Motivation erst gar nicht verschwiegen: „Im Interesse einer konstruktiven politischen Gestaltung des inhaltlichen Verlaufs der diesjährigen Lager der Aktion SZ erneuerte Genosse Handel das staatliche Angebot, gesellschaftliche Vertreter als Gesprächspartner zu gewinnen."[2671] Das Gespräch mit sieben Vertretern der *Aktion Sühnezeichen* (Leiter Werner Liedtke, Geschäftsführer Michael Standera, Leiterkreismitglieder Joachim Stellmacher, Christoph Münchow, Christian-Matthias Waldmann, Maria Lorenz und Leitungskreisvorsitzender Gerhard Packenius)[2672] fand am 20. März 1987 statt. Seitens der DSKF nahmen Hauptabteilungsleiter Hans Weise, die Mitarbeiterin der Abteilung für Internationale Beziehungen, Braemer, und Dr. Röfke von der für die *Aktion Sühnezeichen* zuständigen Abteilung II (Abteilung Evangelische Kirche und Religionsgemeinschaften) teil. Hauptabteilungsleiter Weise schmeichelte den Sühnezeichenvertretern, in dem er „die bisherige Arbeit" würdigte und die *Aktion Sühnezeichen* „als eine legitime Form kirchlicher Arbeit charakterisierte" und bot eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden an: „Auf Grund der insgesamt positiven politischen Entwicklung der ‚Aktion' sei jetzt die Möglichkeit und Notwendigkeit herangereift, zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit zu gelangen."[2673] Inhaltlich machte Weise eine Kehrtwendung der bisherigen Haltung und stimmte Liedtke dahingehend zu, dass bei öffentlich bezogenen Stellungnahmen seitens der *Aktion Sühnezeichen* „die gemeinsame Verantwortung der beiden deutschen Staaten hier ihren besonderen Niederschlag finden müsse" und betonte „ebenfalls die Notwendigkeit, das Grundanliegen der ‚Aktion Sühnezeichen', zur Überwindung der Folgen der faschistischen Barbarei und zur Völkerverständigung beizutragen, auch [in] der weiteren Arbeit in konstruktiver Weise fortzuschreiben".[2674] Darüber hinaus boten die staatlichen Vertreter den Zugang zu DDR-Medien und die Veröffentlichung „geeigneter Teile aus den ‚Monatsbriefen'" an. Als Gegenleistung wurde die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften hinsichtlich ausländischer Teilnehmer eingefordert.[2675]

Der Wandel seitens der DSKF im Verhältnis zur *Aktion Sühnezeichen* ist einerseits als ‚kontrollierte' wie ‚kontrollierende Umarmung', die eine nunmehr offizielle Instrumentalisierung erlauben würde, indem gemeinsame Anliegen definiert und in enger Absprache umgesetzt würden, zu verstehen: die vereinbarte enge Zusammenarbeit wurde einen Monat danach in Form einer ausführlichen Informationseinholung über internationale Kontakte und Partner der *Aktion Sühnezeichen* für die Behörde genutzt.[2676] Andererseits führte das nunmehr erneuerte Verhältnis schon zweieinhalb Wochen nach der Begegnung

---

[2669] Neue Zeit kommentiert: Im Zeichen von Sühne und Versöhnung, In Neue Zeit, 3. August 1988, gez. W.A. [SAPMO DO/4/814]
[2670] Aktennotiz, dat. 22. Juli 1986, gez. Röfke [SAPMO DO/4/814
[2671] Aktennotiz über ein Gespräch mit dem Leiter und dem Geschäftsführer der „Aktion Sühnezeichen" in der DDR, Pfarrer Liedtke und Herrn Standera am 20. Januar 1987 in der Dienststelle, Abteilung II/IV, dat. 26. Januar 1987, o.A. [SAPMO DO/4/4806 und 814]
[2672] Manuskript zum Gespräch mit dem Leitungskreis der „Aktion Sühnezeichen" beim HAL am 20. März 1987, o.D., o.A. [SAPMO DO/4/1205] In diesem Manuskript wird anstelle Waldmanns ein Pf. Weißmann angeführt.
[2673] Aktennotiz über ein Gespräch mit dem Leitungskreis der „Aktion Sühnezeichen" in der DDR am 20. März 1987 in der Dienststelle, Abt. II/IV, dat. 15. April 1987, o.A., Zeichen: dr. rö-kn [SAPMO DO/4/4806 und 814]
[2674] Ebd.
[2675] Ebd.
[2676] Aktennotiz über ein Gespräch mit dem Leiter der Aktion Sühnezeichen in der DDR, Pfarrer Liedtke, am 22. April 1987 in der Dienststelle, Abt. IV, dat. 7. Mai 1987, o.A., Zeichen: brae-rt [SAPMO DO/4/4806]

des Leitungskreises mit den Behördenvertretern zu einem offiziellen Kontakt zur Westberliner Organisation, der am 7. April 1987 stattfand, als die beiden Geschäftsführer von ASF, Wolfgang Raupach und Wolfgang Brinkel in Begleitung Liedtkes im Staatssekretariat vorsprachen. Diese Begegnung war bereits ein Jahr zuvor angestrebt worden, aufgrund der Kurzfristigkeit der Bewilligung des Referentenvorhabens durch den Hauptabteilungsleiter aber nicht zustande gekommen. Angestrebt war bereits für 1986 ein „Gedankenaustausch zu der Notwendigkeit einer weltweiten Koalition der Vernunft im Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens", bei dem die auf dem XI. Parteitag der SED beschlossenen Standpunkte „im weiteren Kampf für Frieden, Abrüstung und die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz" dargelegt werden sollten.[2677] Beim schließlich zustande gekommenen Gespräch mit den Vertretern der Abteilung für Internationale Beziehungen und den ASF-Geschäftsführern streuten die staatlichen Vertreter dem ASF-Friedensengagement in der BRD Rosen und betonten, „dass ausgehend von der gemeinsamen Verpflichtung der Kirchen in beiden deutschen Staaten es die besondere Aufgabe beider Aktionen sei, mit ihrem Anliegen in die Kirchen hineinzuwirken. Mit dieser Erwartungshaltung sind wir bereit, die Arbeit der ASZ in der DDR weitgehendst zu unterstützen."[2678] Unmittelbar an dieses Angebot ließen die staatlichen Vertreter ihre Bedingung folgen: „Für die weitere Arbeit sei wichtig, wer im Ausland als Partner benannt wird." Liedtke wiederum ließ seiner Kritik an der ASF über deren Austritt aus dem Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der BRD die Bitte an die staatlichen Vertreter folgen, „gemeinsam mit der Aktion SZ/FD in Osteuropa zu arbeiten, ohne den Eindruck zu erwecken, Stellvertreter für letztgenannte zu sein".[2679]

[2677] Information, Abt. Internationale Beziehungen, dat. 17. April 1986, o.A. handschriftlicher Vermerk: „HAL hat am 2.5.86 dem Gespräch auf Abtlg-Ebene zugestimmt. War leider nicht mehr realisierbar. Brae[mer]" [SAPMO DO/4/1205]

[2678] Aktennotiz über ein Gespräch mit den Geschäftsführern W. Raupach und Pfarrer Brinkel von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der BRD und Westberlin am 7. April 1987 in der Dienststelle, Abteilung IB, dat. 14. April 1987, brae-rt [SAPMO DO/4/4806]

[2679] Ebd.

6. Gedenkdienste: NS-Bewältigung in Österreich

> *Frage:* ... fällt mir auf, dass Österreich und Österreicher immer ein bisschen ausgelassen werden. War das jemals auch ein Thema innerhalb der Aktion? Dass Österreicher da eigentlich mit hinein gehören, man sich auch um die Österreicher kümmern müsste, oder stand das nie zur Diskussion?
>
> *Von Hammerstein:* Also, wir haben im Rahmen von Sühnezeichen eigentlich nie Österreich mit einbezogen, weil Österreich nach dem Krieg dann ein eigenes Land war und man dachte, die müssen selber ihre Richtung – aber man war sich natürlich bewusst, dass sie auch beteiligt waren, aber wir haben nie in Österreich Freiwillige geworben oder so ähnlich ...
>
> *Frage:* Es hätte aber auch umgekehrt sein können, dass man Österreich auch als Opferland betrachtet, aber das haben Sie jetzt gleich ausgeschlossen.
>
> *Von Hammerstein:* Ach so, als Opferland – dass man dort auch arbeitet – ne, das ist Kreyssig und mir auch nicht in den Sinn gekommen, dass wir es als Opferland bezeichnen. Obwohl natürlich – also das ist nie so in den Sinn – weil Österreicher dann an der Judenverfolgung durchaus beteiligt waren, nicht wahr.[2680]

Zweimal, Mitte der 1960er Jahre und Anfang der 1980er Jahre strebten österreichische Jugendliche eine institutionelle Ausweitung der *Aktion Sühnezeichen* auf Österreich bzw. auf Freiwillige aus Österreich an. 1965 nahmen Aktivisten aus der Evangelischen Jugend in Ostösterreich Kontakt mit der *Aktion Sühnezeichen* auf; die angestrebte engere Zusammenarbeit scheiterte jedoch an ihrer eigenen Courage bei der Überwindung von Widerständen sowohl innerhalb der Evangelischen Kirche wie auch der eigenen nationalistisch dominierten Weltanschauung (Abschnitt 6.2). Ende der 1970er Jahre unternahm ein junger Politikwissenschafter in Innsbruck einen neuen Anlauf, der an der mangelnden Unterstützung der von ihm adressierten gesellschaftlichen Kräfte scheiterte; erst mit einer mehr als 10-jährigen Latenzzeit konnte er ein der *Aktion Sühnezeichen* nachempfundenes Modell – von ihm als *Gedenkdienst* bezeichnet – realisieren (Abschnitt 6.3f). In beiden Fällen kam es schließlich zu persönlichen Abgrenzungen der handelnden österreichischen Protagonisten von der *Aktion Sühnezeichen*, und selbst bis in die Gegenwart sind die Verbindungen überraschend gering geblieben.

Über den *Gedenkdienst* ist mit Ausnahme einer unveröffentlichten Magisterarbeit, die Erfahrungen von *Gedenkdienst*-Absolventen aus kommunikationstheoretischer Ebene analysierte, keine wissenschaftliche Arbeit bekannt.[2681] Ein 2002 anlässlich des 10-jährigen Vereinsjubiläums veröffentlichter Sammelband unternimmt eine erste Überblicksdarstellung generationenspezifischer, inhaltlicher und institutionsgeschichtlicher Aspekte der österreichischen Sühnezeichen-Variante.[2682] Mit diesem Kapitel soll ein weiterer Schritt in Richtung Verortung im österreichischen bzw. im deutsch-österreichischen zeithistorischen Kontext bzw. dem Erinnerungsdiskurs unternommen werden – durch die Bereitstellung der Gründungsgeschichte und der Institutionengeschichte.

Da die Geschichte der österreichischen „Gedenkdienste" im engeren organisatorischen Sinn – mit der Gründung des Vereins *Gedenkdienst – Verein zur Leistung eines Gedenkdienstes an Holocaust Gedenkstätten* in Innsbruck – erst 1992 beginnt, selbst die mit der Initiative Andreas Maislings Ende der 1970er Jahre einsetzende Narration des Gedenkdienstes nur knapp die Hälfte der insgesamt sechs Nachkriegsjahrzehnte berührt, wird ein kurzer Abriss der österreichischen Erinnerung und Erinnerungspolitik im Hinblick auf die (Be)gründung(en) der Gedenkdienste in Österreich vorangestellt (siehe 6.1). [2683]

[2680] Interview mit Dr. Franz von Hammerstein in seinem Berliner Wohnsitz am 19. Januar 2002

[2681] vgl. Hargassner, Elisabeth, Österreich und seine nationalsozialistische Vergangenheit. Kommunikationserfahrungen mit einem Tabuthema. Die interpersonale Kommunikation von ehemaligen Zivildienern, die Gedenkdienst an Holocaust-Gedenkstätten leisteten. (2002) Wien: unveröff. Dipl.-Arbeit, Universität Wien

[2682] Horváth, Legerer, Pfeifer & Roth (2002)

Forschungsleitend für den sich vor allem am so genannten „Opfermythos“ – dem dominierenden und vieldeutigen Inhalt funktionaler privater wie öffentlicher Diskurse – orientierten historischen Abriss über die österreichische Erinnerungslandschaft in Bezug auf den Nationalsozialismus und die folgende Rekonstruktion der Entstehung und Entwicklung der „Gedenkdienste“ sind folgende Ausgangsthesen und Fragestellungen:

1. Als Konstante des Umgangs Österreichs mit der nationalsozialistischen Geschichte ist eine geradezu auffällige Nicht-Verständigung mit den beiden anderen Nachfolgestaaten des Dritten Reiches BRD und DDR festzustellen, obwohl nach 1945 die wirtschaftliche und kulturelle Schnittmenge mit der BRD höher als mit jedem anderen Staat war und auch mit der DDR wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen bestanden. Darüber hinaus fanden sich in der österreichischen Bevölkerung durchaus Strömungen, die eine Identifizierung mit Deutschland bzw. Deutschen bzw. ‚Deutschtum’ vertraten. Trotz dieser zahlreichen, nicht zuletzt auch durch den Tourismus von BRD-Bürgern in Österreich auch auf zwischenmenschlicher Ebene bestehenden Berührungspunkte, die eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als nahe liegend erscheinen ließen, ging die gemeinsame Aufarbeitung der NS-Geschichte über die Klärung von Entschädigungsfragen nicht hinaus.[2684] Die Diskursverweigerung beruht auf Gegenseitigkeit: So finden bis in jüngste Vergangenheit einschlägige Konferenzen und Seminare statt, an denen Österreich bzw. die Beteiligung von Österreichern weder thematisch noch personell berücksichtigt wird.[2685]

[2683] Als Auswahlliteratur sei angeführt: Botz, Gerhard. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung: Probleme des „typischen Österreichers“ mit der NS-Vergangenheit, In Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (1994). Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 89-104, Botz, Gerhard. Erstarrter „Antifaschismus“ und „paranazistisches Substrat“: Zwei Seiten einer Medaille, In Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (1994). Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag, S. 452-463, Feichtlbauer, Hubert, Der Fall Österreich. Nationalsozialismus, Rassismus: Eine notwendige Bilanz (2000). Wien: Holzhausen. (Populärliteratur), Gärtner, Reinhold. Der Umgang mit Gedenkstätten und Gedenktagen in Österreich, In Bergmann, Werner, Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (1995). Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag, S. 267-284, Knight, Robert. Der Waldheim-Kontext: Österreich und der Nationalsozialismus, In Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (1994). Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 78-88, Kos, Wolfgang. Zur Entnazifizierung der Bürokratie, In Meissl, Sebastian, Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver, Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945 - 1955 (1986). München: Oldenburg, S. 52-72, Lappin, Eleonore & Schneider Bernhard, Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (2001). St. Ingbert: Universitätsverlag Röhrig, Maislinger, Andreas. "Zurück zur Normalität". Zur Entnazifizierung in Tirol, In Meissl, Sebastian, Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver, Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945 - 1955 (1986). München: Oldenburg, S. 337-348, Mitten, Richard. „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“ Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ des Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich, In Bergmann, Werner, Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (1995). Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag, S. 102-119, Pauley, Bruce F. Austria, In Wyman, David S., The World Reacts to the Holocaust (1996). Baltimore and London: The John Hopkins University Press, S. 473-513, Pelinka, Anton, Austria. Out of the Shadow of the Past (1998). Boulder, Colorado: Westview Press, Rathkolb, Oliver. NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU, In Meissl, Sebastian, Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver, Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945 - 1955 (1986). München: Oldenburg, S. 73-99, Safrian, Hans. Tabuisierte Täter. Staatliche Legitimationsdefizite und blinde Flecken der Zeitgeschichte in Österreich, In Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (1994). Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 527-535, Stiefel, Dieter. Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich., In Meissl, Sebastian, Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver, Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945 - 1955 (1986). München: Oldenburg, S. 28-36, Uhl, Heidemarie. Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im „österreichischen Gedächtnis“, In: Christian Gerbel , Manfred Lechner, Oliver Marchart, Vrääth Öhner, Ines Steiner, Andrea Strutz, Heidemarie Uhl, Tranformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur österreichischen Gedächtnisgeschichte (2005). Wien: Turia & Kant, S. 86-130, Uhl, Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität, fünfzig Jahre nach dem „Anschluss“ (1992). Wien, Köln, Weimar: Böhlau, Widhalm, Barbara. Vergangenheitsbewältigung in Österreich nach 1945. Rahmenbedingungen und Entwicklungsfaktoren für die Überwindung des Faschismus in Österreich und ihre Relevanz als gesellschaftliches Problem heute., 1986), Ziegler, Meinrad und Kannonier-Finster, Waltraud, Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit (1993). Wien, Köln, Weimar: Böhlau.

[2684] Auch als zu Beginn der 1970er Jahre mit Bruno Kreisky in Österreich und Willy Brandt in der BRD zwei befreundete Gesinnungsgenossen als sozialdemokratische (bzw. sozialistische) Bundeskanzler amtierten, fand eine Verständigung über die gemeinsame nationalsozialistische Geschichte, die beide im schwedischen Exil verbringen mussten, nicht statt. [Für diesen Hinweis danke ich Dr. Andreas Maislinger, Diskussion im Rahmen der Interviewserie 17.-19. Dezember 2001]

[2685] Dieser Befund gilt auch für wissenschaftliche wie populäre Texte. Zu den wenigen Ausnahmen zählen: Lepsius (1989), Steinbach, Peter. Österreichs Zeitgeschichte: Ein Blick von außen, In Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (1994). Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag, S. 120-129, Bergmann, Werner, Erb, Rainer und Lichtblau, Albert. Einleitung. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Vergleich: Österreich, die DDR und die Bundesrepublik, In Bergmann, Werner, Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und

2. Befristete Täter-/Schuld-Thematisierung: Eine öffentliche Schuld-Anerkennung setzte in Österreich im Wesentlichen ab den frühen 1990er Jahren ein. Und trotz dieser späten Einsicht wirkten sich die in Reden von Bundeskanzler und Bundespräsident manifesten Wendepunkte in der österreichischen Selbstdarstellung nur bedingt bzw. zeitlich befristet auf eine Abkehr vom ‚Opfer-Mythos' aus. Binnen weniger Jahre versandete die öffentliche Schuldanerkennung – wohl auch weil das öffentliche Interesse fehlte. Mit wenigen Ausnahmen erfolgte ab Mitte der 1990er Jahre eine semantische Wende in Richtung „Verantwortung für die NS-Opfer", und die Frage nach der österreichischen Täterschaft trat erneut in den Hintergrund. Die öffentliche Anerkennung des Gedenkdienstes als Ersatzdienst für den inländischen Zivildienst konnte nur während dieses kurzen Zeitfensters in der ersten Hälfte der 1990er Jahre erfolgen.
3. Das Gründungsmoment des „Gedenkdienstes" in Österreich steht im Kontext der europäischen Neuordnung nach dem Fall des osteuropäischen Kommunismus und daraus folgend der öffentlichen Auseinandersetzung mit der österreichischen Identität kurz vor dem Beitritt zur Europäischen Union. Diese Faktoren überwiegen – sowohl hinsichtlich der Diskurse wie in der chronologischen Abfolge der Ereignisse – die Binnenfaktoren der österreichischen Erinnerungslandschaft wie die Irritationen im Zuge des Wahlkampfes und der nachfolgenden Präsidentschaft Kurt Waldheims 1985/6 (Bundespräsident 1986-1992). Für die Gründung des „Gedenkdienstes" war die sich wandelnde geopolitische Lage und die in der Folge einsetzende Erodierung des österreichischen Solipsismus[2686] wesentlich, auch wenn, vor allem in der medialen Wahrnehmung, der Erinnerungs(durch)bruch rund um die ‚Causa Waldheim' als Gründungsmotiv des *Gedenkdienstes* genannt wurde.[2687]
   Die Möglichkeit und zugleich Erfordernis nach der ‚Zeitenwende' 1989, als Österreich seine Rolle als ‚Zwischenland' zwischen dem demokratischen Westen und dem kommunistisch-totalitären Osten verlor, alternative Identifikationsmodelle zu erproben, erlaubte, jedenfalls für die Jahre bis zum Eintritt Österreichs in die Europäische Union mit Jahresbeginn 1995, die Sistierung der Opferrolle zugunsten einer selbstkritischeren Perspektive, die in ein öffentliches Einbekenntnis der historischen Täterschaft von Österreichern während des Nationalsozialismus durch Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ, 1986-1997) mündete. Dieses Einbekenntnis wurde von Vranitzky (1986-1996) am 8. Juli 1991 vor dem österreichischen Nationalrat im Rahmen einer Stellungnahme über den Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien und am 9. Juni 1993 bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Hebräische Universität in Jerusalem abgegeben, später folgte eine Erklärung durch Bundespräsident Thomas Klestil (Amtszeit 1992-2004), ebenfalls während eines offiziellen Staatsbesuchs in Israel.[2688]
4. Die Gründung der „Gedenkdienste" in Österreich erfolgte nach dem Modell der *Aktion Sühnezeichen* – dem erklärten Vorbild für die Gründung des ersten *Gedenkdienst*-Vereines. Im Gegensatz zur *Aktion Sühnezeichen* wählten die österreichischen „Gedenkdienste" ausschließlich säkulare Zugänge und nationalstaatliche Legitimierungsmuster.

Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (1995). Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag, S. 11-17, Blänsdorf, Agnes. Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, In Bergmann, Werner, Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (1995). Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag, S. 18-45, Kann, Robert A. und Prinz, Friedrich E., Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch (1980). Wien München, Wodak, Ruth, Menz, Florian, Mitten, Richard und Stern, Frank, Die Sprachen der Vergangenheiten. Öffentliches Gedenken in österreichischen und deutschen Medien (1994). Frankfurt/Main: Suhrkamp sowie die stark tendenziöse Monographie von Holzer, Gabriele, Verfreundete Nachbarn (1995). Wien: Kremayr & Scheriau und die ebenso tendenziöse Habilitationsschrift von Pape, Matthias, Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945-1965 (2000). Köln Weimar Wien: Böhlau.

[2686] Rathkolb, Oliver. Alles Walzer?, In 2005). Wien: Die Presse. III, IV

[2687] so Ulrich Ladurner: Zivildienst im Ausland. Über Waldheim nach Auschwitz, *Salto*, Nr. 36, 4. September 1992

[2688] Österreich reiht sich mit dieser Zäsur seiner Erinnerungspolitik in jene der osteuropäischen Staaten nach der Abwendung vom Kommunismus ein, deren Geschichtsdeutungen nach 1989 von einer „nachholenden Dynamik der kontrovers geführten Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit" neu konstruiert wurden. Vgl. François, Etienne. Meistererzählungen und Dammbrüche: Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung, In Flacke, Monika und Deutsches Historisches Museum, Mythen der Nationen: 1945 - Arena der Erinnerungen (2004). Berlin: Deutsches Historisches Museum, S. 13-28, S. 19.

5. Der Innsbrucker Politikwissenschafter und Publizist Andreas Maislinger nahm bei der Transferierung des Sühnezeichen-Programms zu einem österreichischen Gedenkdienst eine wesentliche Funktion ein. In seiner Person ist der Transfer auf doppelte Weise verkörpert: erstens durch seine von ihm als solche postulierte partielle ‚deutsche Identität' bzw. frühe Sozialisierung an der Grenze zur BRD wie auch durch seine Teilnahme als Freiwilliger am Programm der *Aktion Sühnezeichen* in Polen.
6. Der ‚Transfer' der deutschen *Aktion Sühnezeichen* zum österreichischen *Gedenkdienst* erfolgte nur partiell. Der Ansatz der *Aktion Sühnezeichen*, vormaligen ‚Kriegsgegnern', Ländern, die durch den zweiten Weltkrieg von Deutschen geschädigt wurden, symbolische Sühnezeichen zur Versöhnung anzubieten, kam beim *Gedenkdienst* nicht zur Geltung, ebenso spielte die Versöhnungsmotivation mit Ausnahme der Erwähnung in Vereinsstatuten keine Rolle, sie wäre mangels Bezugstheorem auch nicht sinnvoll anwendbar. Der *Gedenkdienst* in Österreich bezieht sich ausschließlich auf die unter dem Begriff „Holocaust" subsummierten Verbrechen des Nationalsozialismus, bzw. ab 1998 – nach einer Gesetzesnovelle – auf Opfer des Nationalsozialismus. Die Wehrmacht als solche, in der Österreicher[2689] am zweiten Weltkrieg beteiligt waren, scheint in den *Gedenkdienst*-Narrativen nicht auf. Gründer Andreas Maislinger bezeichnete 1998 den *Gedenkdienst* „eindeutig bezogen auf die Ermordung der Juden".[2690] Anders als das Vorbild *Aktion Sühnezeichen* ist eine Symbiose mit Inhalten der Friedensbewegung bzw. der organisatorischen Umsetzung als Friedensdienste im Wesentlichen ebenso wenig erfolgt, wie eine Beteiligung am Diskurs der österreichischen bzw. internationalen Friedensbewegung.[2691]
7. Die Etablierung des „Gedenkdienstes" in Österreich erfolgte unter dem zentralen Aspekt des Wehrersatzdienstes. Individuelles Engagement, in dem Teilnehmer ohne eigenen Nutzen – bzw. ohne unmittelbaren materiellen Nutzen – partizipieren, war von Anfang an nicht vorgesehen; *Gedenkdienst* richtet sich an zivildienstpflichtige Männer und hat in seiner fünfzehnjährigen Geschichte nur vereinzelt Frauen und nicht-zivildienstpflichtige Männer als Teilnehmer aufzuweisen (im Gegensatz zur *Aktion Sühnezeichen*, die trotz Anerkennung als Ersatzzivildienst-Träger Ende der 1960er Jahre einen hohen Freiwilligenanteil und einen hohen Frauenanteil aufweist). Erst mit der Integration des EU-subventionierten *Europäischen Freiwilligendienstes* in das *Gedenkdienst*-Programm erfolgte eine teilweise Emanzipierung vom nationalstaatlichen Ansatz der Erfüllung der österreichischen Wehr- bzw. Zivildienstpflicht.[2692]

6.1 Doppelidentität als Opfer

> Was Ihre Frage nach der Opfer- und Täterrolle Österreichs betrifft, müssen wir zwischen den Österreichern und Österreicherinnen und der Republik Österreich unterscheiden. Unter den Österreicherinnen und Österreichern gab es – leider – wohl offenbar mehr Täter als Opfer.
> Die Republik Österreich ist mit dem Einmarsch der Truppen des nationalsozialistischen Deutschen Reiches ihrer Handlungsfähigkeit beraubt gewesen und bis zur Wiederherstellung der Organe am 27. April 1945 handlungsunfähig gewesen. Solange die Republik Österreich – und selbst der Bundesstaat Österreich von 1934 bis 1938 – bestanden hat, hat es keine staatliche Verfolgung aus rassischen Gründen gegeben. ...[2693]

Konstitutiv fußt die Identität Nachkriegsösterreichs auf dem Konstrukt des ‚ewigen Opfers' exterritorialer Mächte: Bis Anfang der 1990er Jahre und nach der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei

---

[2689] als Reichsdeutsche
[2690] So Maislinger: Andreas Maislinger über Gedenkdienst, Opfertheorie und Extremismusforschung: „Wie in der DDR in den 60er Jahren" in der rechtsgerichteten, FPÖ-nahen Wochenzeitschrift *Zur Zeit*, Ausgabe 1.-7. Mai 1998, Nr. 18/98, S. 3, Interviewer nicht genannt.
[2691] Eine Ausnahme bildet der von Andreas Maislinger 1998 gegründete Verein Auslandsdienste, der sich in seiner inhaltlichen Ausrichtung an die Formulierung des Zivildienstgesetzes anlehnt (s.u.).
[2692] Der Verein Gedenkdienst – Verein zur Leistung eines Gedenkdienstes an Holocaust-Gedenkstätten hat den Europäischen Freiwilligendienst seit Herbst 2001 integriert. Vgl. Frauen leisten Gedenkdienst, Zeitschrift *GEDENKDIENST* 3/2001, Oktober 2001, S. 6
[2693] Rudolf Kirchschläger knapp zehn Jahre nach Ende seiner Präsidentschaft an Maislinger, dat. 3. Februar 1995 [AM]

Österreichs (FPÖ) unter (dem bald darauf zurückgetretenen) Obmann Jörg Haider erneut im Jahr 2000 speiste sich das österreichische Nationalbewusstsein aus der Überzeugung, Opfer von äußeren Einwirkungen zu sein. Dieser „Opfermythos" findet sich latent wie manifest als Kontinuum der Selbstwahrnehmung in Bezug auf die Rolle Österreichs und von Österreichern im Nationalsozialismus, bei seinen verbrecherischen Taten und während der unmittelbaren Nachkriegszeit.[2694] Im Fall der Regierungsbildung 2000 erlebte diese selbst gewählte Opferrolle eine Wiederbelebung. Diesmal wurde sie gegenüber den 14 EU-Mitgliedsstaaten eingenommen, als diese ihre Ablehnung der ersten ÖVP-FPÖ-Bundesregierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel demonstrierten. Dieser Bedrohung von Außen sollte ein „nationaler Schulterschluss" entgegengesetzt werden.

Die Konstante der Selbstdarstellung als Opfer speiste sich seit 1945 aus unterschiedlichen Quellen. In allen Fällen wurde diese Selbstdarstellung als Instrument zur Erreichung eines bestimmten Zwecks eingesetzt: Je nach Adressat waren Österreicher demnach Opfer ihres Heldentums als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, Opfer als vom Nationalsozialismus Verführte und Getäuschte, Opfer als unter zweifacher (zunächst jene des Dritten Reiches, dann jene der Alliierten Besatzer) Fremdherrschaft Leidende, Opfer der Entnazifizierung, Opfer des Bombenkrieges, Opfer im Heldenkampf für die (Verteidigung der) Heimat, etc. Die zielgerichtete Manipulation des Darstellung als Opfer diente nach Innen der Integration der Mehrheitsgesellschaft und schloss dabei wesentliche manifeste Opfer(gruppen) des Nationalsozialismus aus bzw. trat nach zögerlicher Anerkennung in Konkurrenz zu ihnen, was sich vor allem bei Entschädigungszahlungen in Form von gießkannenmäßiger Entschädigung an alle Beteiligten auswirkte: „Für die tatsächlichen Opfer", so formulierte der langjährige Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Hofrat Dr. Paul Grosz, am Rande einer Pressekonferenz Mitte der 1990er Jahre, „blieb kein Platz".[2695] Der Opferstatus wurde noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit von den Opfern des Nationalsozialismus auf die Opfer des Krieges (und des Nachkrieges) transformiert. „Die ‚andere' Erinnerung der eigentlichen Opfer" wirkte „vielfach als ‚Störfaktor'".[2696] Die Linzer Historiker Meinrad Ziegler und Waltraud Konnonier-Finster halten fest, „dass das Geschichtsbild vom Opfer Österreich geeignet ist, eine politische Kultur der Flucht aus der Verantwortung zu institutionalisieren".[2697]
Wie die österreichische Zeithistorikerin Heidemarie Uhl rekonstruierte, verband sich die Opferwahrnehmung mit „verbreiteten deutschnationalen Haltungen", die noch Mitte der 1950er Jahre fast gleich hoch vertreten waren wie das österreichische Selbstverständnis als eigenes Volk.[2698] Im gleichen Jahr, als die *Aktion Sühnezeichen* in den Niederlanden ihre Tätigkeit aufnahm, 1959, wurde am Kärntner Ulrichsberg die so genannte „Heimkehrer-Gedenkstätte" für Angehörige der Waffen-SS geweiht, die später als Bühne für publikums- und stimmenwirksame Auftritte des FPÖ-Obmanns Jörg Haider diente.[2699] An den Hochschulen – für die *Aktion Sühnezeichen* in der BRD willkommene Diskussions- und Rekrutierungsforen – blühte eine „rechtsextreme Subkultur" auf – für den britischen Historiker Robert Knight der Preis für die frühe gesellschaftliche Integration der ehemaligen Nazis.[2700]

[2694] vgl. vor allem die Analysen Heidemarie Uhls (1992, 2005)
[2695] Anlässlich einer Pressekonferenz am 27. Januar 1995, die im Zusammenhang mit einer Finanzierungsleistung durch *Die Grüne Alternative – Die Grünen* Landespartei Tirol in Höhe von ATS 75.000 (EUR 5.450), im Gemeindesaal der Israelitischen Kultusgemeinde Wien in Anwesenheit des IKG-Präsidenten Paul Grosz, IKG-Generalsekretär Avraham Hodik, Klubobmann Georg Willi und Abgeordneten zum Nationalrat Johannes Voggenhuber stattgefunden hat. Wahrnehmung von Grosz' Aussage durch den Verfasser. Vgl. Presseaussendung durch Klubobmann Georg Willi, Die Grünen – Die Grüne Alternative Tirol, dat. 27. Januar 1995 [AL]; „Für die tatsächlichen Opfer war hier kein rechter Platz", schließen auch Meinrad Ziegler und Waltraud Kannonier-Finster (1993), S. 36.
[2696] Heidemarie Uhl, Konsens des Schweigens. Zur Fortsetzung der Debatte um „richtige" Bewertung der Annexion Österreichs im März 1938: Heidemarie Uhl über die Opfertheorie als Symbol im europäischen Kontext, *DER STANDARD*, 24. November 2000, S. 38.
[2697] Ziegler und Kannonier-Finster (1993), S. 36
[2698] Uhl (2005)
[2699] Ebd.
[2700] Knight, Robert. Der Waldheim-Kontext: Österreich und der Nationalsozialismus, In Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (1994). Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 78-88, S. 86f.

Eine – wenngleich auf „Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“[2701] beschränkte – Einsicht ist im Wesentlichen in der österreichischen öffentlichen Erinnerungskultur erst mit der Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky am 8. Juli 1991 vor dem österreichischen Nationalrat als Teil einer Stellungnahme zum Bürgerkrieg in Jugoslawien und in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Ehrendoktorats an der Hebräischen Universität in Jerusalem am 9. Juni 1993 erfolgt.[2702] Als am 24. Oktober 2000 in Wien – unter der Ägide des stellvertretenden Finanzministers der Vereinigten Staaten von Amerika, Stuart Eizenstat, erneute Verhandlungen über die Rückgabe von während des Nationalsozialismus enteigneten jüdischen Vermögens begonnen wurden, nahm Bundeskanzler Wolfgang Schüssel Ende 2000 allerdings erneut Rückgriff auf die Opferthese, sodass von einer endgültigen Abkehr (noch) nicht gesprochen werden kann.[2703]

In Bezug auf die „hegemoniale Position des Gefallengedenkens“ führt Uhl die Partizipation der evangelischen und katholischen Kirche an dieser Gedächtnispolitik an. Aus diesem Grund wurde selbst das Gedenken an religiös motivierte Widerstandskämpfer als Gefährdung der Integrationspolitik gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten gesehen.[2704] Diese Partizipation am nationalen Gedächtnis, an der nationalen österreichischen Identität scheint eine aktive Auseinandersetzung seitens der Kirchen, vor allem seitens der dominierenden Römisch-Katholischen Kirche, aber auch, wie anhand eines konkreten Anknüpfungsversuchs an die *Aktion Sühnezeichen* durch die österreichische evangelische Jugend noch aufgezeigt wird, auch seitens der Evangelischen Kirchen verhindert zu haben.[2705]

Für Uhl verweist die Errichtung des von Simon Wiesenthal initiierten Holocaust-Denkmals in Wien (2000) und „lokale Denkmalinitiativen für Opfer des NS-Regimes, viele davon der Erinnerung an jüdische Opfer gewidmet“, darauf, „dass sich die ‚Mitverantwortungsthese’ nicht auf das offizielle Österreich bzw. Wien beschränkt, sondern auch in kleineren Kommunen politisch mehrheitsfähig geworden ist“.[2706] Den öffentlichen ‚Mitverantwortungsbekundungen’ ist allerdings die Fokussierung auf die ‚Opfer des Nationalsozialismus’ bei gleichzeitiger Ausblendung bzw. Abstrahierung der (österreichischen) Täter(schaft) gemein.[2707] Ihre ab Mitte der 1990er Jahre erfolgte Anerkennung bzw. – wie etwa im Falle zur Prostitution gezwungenen, KZ-inhaftierten Frauen – Nicht-Ankennung bzw. das vieljährige, bis in die Gegenwart reichende Ringen um die Anerkennung des Opferstatus für eine jeweils von der nationalsozialistischen Verfolgung betroffen gewesenen Gruppe (die jüngste Debatte betraf etwa verurteilte Wehrmachtsdesserteure) verstellte den Blick auf die Täterschaft durch Österreicher, auf die Täter und Täterinnen. Mit wenigen Ausnahmen trifft dieser Befund sowohl auf die öffentliche wie

---

[2701] Aus der Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky vor dem Nationalrat am 8. Juli 1991, In Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (1994). Frankfurt/Main, New York: Campus, S.574-576, S. 575.

[2702] Die Erklärungen sind abgedruckt im Wortlaut: Aus der Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky vor dem Nationalrat am 8. Juli 1991, In Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (1994). Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 574-576 und Aus der Ansprache von Bundeskanzler Franz Vranitzky anlässlich der Verleihung des Ehrendoktorats an der Hebrew Universität in Jerusalem am 9. Juni 1993, In Ebd. S. 577-580. Im „Gedenkjahr“ 1988 anlässlich des 50. Jahrestages des Novemberpogroms und des ‚Anschlusses’ hatte Vranitzky auf einer Sondersitzung des Ministerrats erklärt, dass „sehr viele Österreicher als Schergen des Regimes mit menschenverachtendem Eifer die Tötungsmaschinerie in Schwung gehalten und viel Schuld auf sich geladen“ hätten. Zit. nach Pape, Matthias, Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945-1965 (2000). Köln Weimar Wien: Böhlau, S. 586.

[2703] vgl. auch „Das erste Nazi-Opfer“ In: Die Presse, 10. November 2000, S. 7.

[2704] Uhl (2005)

[2705] Eine Schuldeinsicht für falsches, ja unchristliches Handeln, wurde erst 1987 unter dem Wiener Erzbischof Kardinal Franz König öffentlich bekundet, was nach Einschätzung des israelischen Historikers Robert Wistrich den „Weg zu spezifischeren öffentlichen Entschuldigungen von Seiten politischer Führungspersönlichkeiten des Landes ein paar Jahre später geebnet“ hatte. Vgl. Wistrich, Robert S. (1999). Österreich und das Vermächtnis des Holocausts. New York: The American Jewish Committee, S. 38.

[2706] Uhl, Heidemarie. Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: Die Transformation des österreichischen Gedächtnisses, In Flacke, Monika und Deutsches Historisches Museum, Mythen der Nationen: 1945 - Arena der Erinnerungen (2004). Berlin: DHM, S. 481-508, S. 495.

[2707] Zu den raren Ausnahmen zählt die Rede von Bundespräsident Thomas Klestil während seines Besuchs in Israel 1994; vgl. Last der Geschichte, Chancen der Zukunft, In: *DER STANDARD*, 16. November 1994, S. 27.

akademische Diskussion zu.[2708] Die verschiedenen Entschädigungsfonds tragen die Bezugnahme auf die Opfer in ihren Namen (etwa *Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus*), auch die jährliche Gedenkveranstaltung durch National- und Bundesrat in Wien (*Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus*).

Die fehlende Schuldeinsicht – in den deutsch-österreichischen Verhandlungen um wechselseitige Entschädigungen sowie um Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus und vertriebene „Volksdeutsche" durch das Beharren auf der Okkupationstheorie[2709] seitens der österreichischen Regierungen gegenüber den Regierungen der BRD Ende der 1950 und Anfang der 1960er Jahre legitimiert[2710] – bei gleichzeitig lebendigem Deutschnationalismus – ist ein Paradoxon, weil die BRD und die DDR durchwegs Schuld-Bewusstsein in ihren jeweiligen Geschichtsdiskursen aufzuweisen hatten, sei es als Internalisierung wie im Falle der BRD oder als identitätsstiftende Abgrenzung und Schuldverschiebung seitens der DDR-Machthaber. Dieses Paradoxon lässt sich mit fehlendem öffentlichen Diskurs zwischen Österreich und Deutschland (BRD) und der Fokussierung der deutschnationalen Strömungen in Österreich auf ein partielles Spektrum rechtsnationaler Bewegungen in der BRD erklären. Jene Gruppe, die ein Österreichbewusstsein entwickelte, hat dieses losgelöst von der eigenen Beteiligung am Nationalsozialismus, und zum Teil in deutlicher Abgrenzung zur BRD, definiert. Selbst in wissenschaftlichen Texten findet sich als Symptom für diese Einschätzung bis in die 1990er Jahre als Bezeichnung für das nationalsozialistische Dritte Reich der Begriff „Hitlerdeutschland". Ein Durchbrechen der im österreichischen Binnendiskurs dominierenden Externalisierung[2711] des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen war weder auf der dominierenden katholischen, noch auf der deutschnationalen, noch auf der „linken"[2712] Diskursebene erfolgt.

In Bezug auf die späte Gründung des *Gedenkdienstes* bzw. die Gründung der „Gedenkdienst"-Organisationen ist dieser Aspekt des deutsch-österreichischen Verhältnisses bzw. des Ringens um die österreichische Identität in Abgrenzung von der (bundesrepublikanischen) deutschen nach 1945 von Bedeutung. Die Gründung des *Gedenkdienstes* fällt in einen Zeitraum – Ende der 1980er und Anfang 1990er Jahre –, in dem das österreichische Selbstverständnis durch eine Radikalisierung des öffentlichen Diskurses (begleitet vom Stimmenzuwachs der rechten FPÖ) und ein Anwachsen der rechtsnationalen Strömungen eine Erschütterung erfuhr. Auf politischer Ebene wurde diese Entwicklung eingeleitet durch die Wahl Kurt Waldheims zum österreichischen Bundespräsidenten mit sechsjähriger Amtszeit ab 1986 und durch die ebenfalls ab 1986 (bis 2000) von Dr. Jörg Haider geführte Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die einen fulminanten Aufstieg in der Wählergunst erringen konnte. Für den britischen Historiker Robert Knight ist die „'Waldheim-Affäre' nicht als Paradoxon in Österreichs Erfolgsgeschichte zu sehen, sondern vielmehr als ihr integraler Bestandteil", weil das Aufschieben der Auseinandersetzung mit seiner Geschichte Österreichs Voraussetzung für die Etablierung des nationalen Nachkriegs-Konsenses war.[2713] In den von Synchronismus von Gegenstand und Debatte geprägten Erinnerungsdiskurs fügte sich diese Affäre in die Reihe der Anstöße von Außen: Auch bei der Debatte um Waldheims Kriegsvergangenheit

[2708] Safrian (1994); die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die 1996 erstmals in Österreich (Wien) gezeigt wurde, war Initialzündung für eine Reihe von Publikationen über die Perzeption von vormaligen Wehrmachtsangehörigen.
[2709] Auf eine Diskussion der Okkupations-, Anschluss-, oder ähnlicher Theorien, die das Ausmaß der österreichischen Partizipation am Dritten Reich selbst sowie das Ausmaß an Freiwilligkeit zum Inhalt haben, wird hier ausdrücklich verzichtet.
[2710] Vgl. Pape (2000), v.a. S 503-518
[2711] Lepsius (1989)
[2712] zur Problematik der österreichischen Linken vgl. Reiter, Margit, Unter Antisemitismusverdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah (2001). Innsbruck Wien München: Studienverlag.
[2713] Knight (1994), S. 79

war der Anstoß von Außen nach Österreich gekommen, Waldheim, so eine populäre Darstellung war das Opfer einer Kampagne.[2714]

Im gesamteuropäischen Kontext erfolgte die Wandlung der österreichischen Identität vor dem Hintergrund des Wandels und anschließenden Zerfalls der Sowjetunion und der weitreichenden Bündnisse der Oststaaten und des Wandels der einstigen kommunistischen Block-Nachbarstaaten Österreichs zu westlich orientierten demokratischen Staaten. Erst nach diesem europäischen Wandel, der auch die Vereinigung von BRD und DDR mit einschloss, konnte das österreichische Bewusstsein über seine zeithistorische Verwicklung in den Nationalsozialismus eine Kanalisierung erfahren: die Entschädigungszahlungen für Opfer des Nationalsozialismus wurden (erneut) aufgenommen, eine Hundertschaft von Zeithistorikern versuchte eine Evaluierung der ‚Arisierungen' in Österreich (sog. Historikerkommission)[2715], und während der in relativ dichter Folge stattfindenden Staatsbesuche in Israel[2716] erfolgten ‚Entschuldigungen' seitens des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten. Eine deutsch-deutsch-österreichische bzw. deutsch-österreichische Aussprache auf politischer, wissenschaftlicher, künstlerischer oder sonstigen Diskursebene über die gemeinsame NS-Vergangenheit und die gemeinsam verübten Verbrechen erfolgte nicht. Selbst die *Aktion Sühnezeichen* und der *Gedenkdienst* fanden erst Ende der 1990er, Anfang 2000 zu wenigen Begegnungen zusammen; von einem auch nur ansatzweisen Austausch über die gemeinsame NS-Vergangenheit kann allerdings noch keine Rede sein, obwohl ab 2001 bis 2005 vom *Gedenkdienst* entsandte Freiwillige im Rahmen des *European Volunteer Service* in der Presseabteilung der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* in Berlin arbeiteten.
Der Innsbrucker Politikwissenschafter Andreas Maislinger, der die Idee der *Aktion Sühnezeichen* nach eigenen Erfahrungen als Freiwilliger im Polenreferat der Westberliner *Aktion Sühnezeichen* Anfang der 1980er Jahre auch in Österreich umzusetzen versuchte, bzw. die Selbstwahrnehmung und -darstellung Österreichs als „erstes Opfer" des Nationalsozialismus mittels eines national-säkularen Ansatzes in Frage zu stellen versuchte, wurde schließlich selbst vom Tabu des deutsch-österreichischen Verhältnis eingeholt: seine von ihm selbst wiederholt betonte Nähe zur deutschen Identität brachte ihm einen Eintrag in das renommierte Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes in Wien ein. Bei einer Veranstaltung der rechtsextremen „(Schutzverein) Österreichische Landsmannschaft (ÖLM)" 1993, an der neben Maislinger der FP-nahe Historiker Lothar Höbelt, der Südtiroler Landtagsabgeordnete Pius Leitner (Freiheitlich-Liberale), der vormalige Grün-Abgeordnete Karl Smolle, die ehemalige Präsidentin des Kärntner Landtags Kriemhild Trattnig (FPÖ) und als Gesprächsleiter der Journalist der Tageszeitung *Die Presse* Erich Witzmann teilnahmen, soll Maislinger ein Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt haben: „... ich bin wahrscheinlich eingeladen worden, weil ich seit 10-15 Jahren auch immer betone, Deutscher zu sein."[2717] Maislinger selbst führte bei anderen Gelegenheiten aus, dass er im Sinne von Überzeugungsarbeit und „Resozialisierung" „immer wieder versucht [habe], mit verschiedenen rechten und rechtsextremen Personen und Organisationen ins Gespräch zu kommen".[2718] Diese Episoden belegen, dass Andreas Maislinger eine entscheidende Rolle spielte, indem er ein Tabu im öffentlichen und akademischen Diskurs ansprach: ‚das Deutsche der österreichischen Identität'. Dass er nicht im „linken alternativen Zirkus", bei den Akteuren der Friedensbewegung, Gehör fand, sondern bei „bürgerlichen" Medien und Vertretern des österreichischen

---

[2714] Mit dem gleichnamigen, als „faction" bezeichneten Text bezichtigte der Autor Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ), eine Intrige aus New York initiiert zu haben und damit den „guten Rufs Österreichs in aller Welt beschmutzt" zu haben (Klappentext). Vgl. Hofbauer, Ernst, Das Waldheim-Komplott. Eine politische Sittengeschichte (1998). Wien: Ibera.
[2715] Anton Legerer, Historikerkommsion am Ende – Alles gut?, in *Gedenkdienst*, 1/2003, S. 1
[2716] vgl. Embacher, Helga und Reiter, Margit, Gratwanderungen: die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit (1998). Wien: Picus.
[2717] Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (1996). Wien: Deuticke, S. 191
[2718] so Maislinger in einem Meinungskommentar Burschenschaftern und Deutschnationalen ist mit Argumenten besser beizukommen als mit Kriminalisierung: Überzeugen statt niederbrüllen. in der Zeitschrift *südtirol profil*, Nr. 44 vom 31. Oktober 1944, S. 46f.

Bundesheeres (Offiziersgesellschaft Salzburg) sollte Maislinger schon zu Beginn seiner Initiative zur Ausweitung der *Aktion Sühnezeichen* auf Österreich registrieren.[2719]

Die Thematisierung des ‚Deutschen im Österreichischen' und damit einhergehend die Verknüpfung österreichischer Identität mit der über Jahrzehnte im öffentlichen österreichischen Diskurs als solcher externalisierten deutschen Schuld ist essentielle Voraussetzung für die Umsetzung des Transfers der *Aktion Sühnezeichen* in Form des von Maislinger als solchen bezeichneten *Gedenkdienstes*, wenngleich bei der Gründung und nachfolgenden Entwicklung des *Gedenkdienstes* dieser Aspekt keine Rolle mehr spielte, ja sogar, wie bereits ausgeführt, eine Auseinandersetzung zwischen den „Gedenkdiensten" und der *Aktion Sühnezeichen* bislang nicht erfolgte. Mit dem ideengeschichtlichen Transfer der *Aktion Sühnezeichen* war auch der Schuldtransfer in die österreichische Identität, jedenfalls aus der Perspektive der „Gedenkdienste" erfolgt, sodass der Rückgriff auf eine deutsche Identität nicht mehr erforderlich war und wohl auch nicht förderlich gewesen wäre. Die von Maislinger versuchte ‚Missionierung' der deutschnationalen Gruppen zeitigte keinen wahrnehmbaren Erfolg.

Der Zusammenhang zwischen der österreichischen ‚Verantwortungsübernahme' und einer deutsch geprägten österreichischen Identität wurde bei einer Rezeption der Erklärung von Bundeskanzler Franz Vranitzky über die kollektive „moralische Verantwortung" Österreichs im Zusammenhang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus 1993 in Jerusalem manifest. Vranitzkys Erklärung wurde vom deutschnationalen FPÖ-Ideologen und Publizisten Andreas Mölzer in der FP-Parteizeitung begrüßt. Den Äußerungen Vranitzkys von der kollektiven Verantwortung sei „voll zuzustimmen", so Mölzer, würden doch „gerade die Verantwortung der Österreicher gegenüber den Opfern des NS-Regimes" Ausdruck dafür sein, „dass die Österreicher Anteil an dieser deutschen Geschichte haben" und somit „im ethnisch und kulturellen Sinn zum deutschen Volks- und Kulturbereich" zählten.[2720] Um den Preis von Verantwortungsübernahme für den Nationalsozialismus, die in der konkreten politischen Umsetzung zwangsläufig von bedeutenden Entschädigungszahlungen begleitet sein musste, leitete Mölzer eine deutsche Identität von Österreichern ab. Die Explikation einer dieser Verantwortungsübernahme zugrunde liegenden Tätergemeinschaft von Deutschen und Österreichern ersparte sich Mölzer. In das Zentrum seiner Argumentation stellte er anstelle einer Täter-Debatte die Verantwortung „gegenüber den Opfern". Damit nahm Mölzer eine kurze Zeit später einsetzende ‚Deutungserweiterung' des Opferdiskurses vorweg. In dieser Adaption der historischen Opfersemantik traten Österreicher als Opfer zwar nicht mehr explizit auf, allerdings auch nicht als Täter. Österreicher, so die implizite Botschaft Mölzers, tragen vielmehr die Last der Verantwortung – Verantwortung allerdings für die Opfer, nicht für die Taten. Überspitzt formuliert bedeutete Mölzers 1993 publizierter Artikel die Integration der vormaligen Opfer des Nationalsozialismus in die historische Selbstdarstellung Österreichs unter Auslassung der Täterschaft und unter Instrumentalisierung der (wenigen noch lebenden) Opfer, die nunmehr einen Beitrag zur österreichischen Identität zu liefern haben. Die ‚Deutungserweiterung' des Opferdiskurses besteht darin, dass die manifesten Opfer des Nationalsozialismus nun Platz in der öffentlichen Debatte finden, zugleich aber die – über die Übernahme von Verantwortung – erneut heroisierte Opferrolle von Österreichern (nunmehr als vor allem Zahlende) keine Umdeutung hinsichtlich der Kausalzusammenhänge, vor allem hinsichtlich der Täterschaft, erfährt.
Gedenkdienst als Ersatz für den Zivildienst konnte nur in einem relativ kleinen ‚Zeitfenster' zwischen der globalen Umwälzung Ende der 1980/Beginn der 1990er Jahre und dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 gesetzlich umgesetzt werden. Diese Phase der Erschütterung der österreichischen Identität durch die globale politische Umwälzung, die Österreichs Rolle als statischer

[2719] Andreas Maislinger: „Zivildienst" in Auschwitz, Stattblatt, Linzer Programm- und Belangzeitschrift, 22/1980, 2. Jg. Nr. 44 [AM]
[2720] Andreas Mölzer, Eine schwierige, eine wertvolle Beziehung [...] Gedanken zum Israel-Besuch des österreichischen Regierungschefs Franz Vranitzky, in *Neue Freie Zeitung*, 23. Juni 1993, S. 5f. zitiert nach Embacher & Reiter (1998), S. 275 u. 361.

Puffer zwischen dem ‚Eisernen Vorhang' und der westlichen Welt aufbrach, hatte eine innere Polarisierung und das Phänomen des mit großer Zustimmung der Bevölkerung agierenden parlamentarischen Rechtsextremismus in Gestalt der FPÖ unter Jörg Haider zur Folge. In Verbindung dieser Identitätserschütterung mit dem seit der Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten und der Wahl Haiders zum FPÖ-Obmann 1986 virulenten, im Jahr 1988 – dem so genannten „Bedenkjahr", auch „Gedenkjahr" – aktualisierten und öffentlich präsenten Thema der österreichischen Vergangenheit während des Nationalsozialismus entstand der Bedarf und gleichermaßen die Möglichkeit zum Experiment mit alternativen Denk- und Handlungsmodellen. In diesem kurzen Zeitraum von etwa fünf Jahren war es deshalb möglich, das von Maislinger propagierte identifikatorische deutsche Schuldmodell, das explizit auf die öffentliche Anerkennung einer österreichischen Täterschaft abzielte, als Ersatzzivildienst auf Österreich zu übertragen. Das Schließen des ‚Zeitfensters' kann bereits 1993 mit Mölzers Stellungnahme anlässlich des Israel-Besuchs Vranitzkys beobachtet werden. Die skizzierte Hinwendung in offiziellen Ansprachen, Festveranstaltungen usw. zu den Opfern bei gleichzeitiger Ausblendung oder Abstrahierung des österreichischen Täteranteils setzte etwa Mitte der 1990er Jahre nach den Schuldbekenntnissen Vranitzkys und Klestils[2721] ein. Nicht zufällig erscheint in diesem Kontext die ab diesem Zeitpunkt einsetzende schleichende Verschlechterung der finanziellen Basis, die, aufgrund der knappen Ressourcen, vor allem die „Gedenkdienste" (be-)trifft.[2722]

Inwieweit neben den angeführten globalen Rahmenbedingungen auch direkte Anstöße zur Thematisierung der Täterrolle von außerhalb Österreichs erfolgten, bleibt ein Forschungsdesiderat. Einer Aussage von Otto von Habsburg[2723] im Österreichischen Rundfunk zufolge war die schuldhafte Verwicklung Österreichs im Zweiten Weltkrieg im Zuge der Beitrittsverhandlungen Österreichs zur Europäischen Union aufs Tapet gebracht worden.[2724] Sollte diese Erinnerung Habsburgs zutreffen, dann könnte die legistische Ermöglichung des Gedenkdienstes an ausländischen Holocaust-Gedenkstätten Ende 1991 von der politischen Notwendigkeit eines ‚Sühnezeichens' motiviert gewesen sein, eine nach Außen gerichtete alternative Selbstdarstellung anbieten zu können. Unter den vier ersten Einsatzstellen befand sich eine in einem EU-Mitgliedsland, nämlich das Anne Frank-Haus in Amsterdam, das aufgrund seiner Popularität und des hohen Bekanntheitsgrades der Geschichte von Anne Frank und ihres weltweit rezipierten Tagebuchs eine weit über die Grenzen der Niederlande hinaus gehende Bedeutung einnimmt. Dazu fügt sich die mediale Rezeption anlässlich des Dienstantritts des ersten Gedenkdienstleistenden 1992, die das zeitgleich stattgefundene Gründungstreffen der Europäischen Sozialdemokraten in den Schatten stellte. Walter Guggenberger, SPÖ-Nationalratsabgeordneter aus Tirol erinnert sich an seine Teilnahme an der Gedenkdienst-Pressekonferenz in Amsterdam und die Rezeption durch niederländische Medien im Vergleich zum Gründungstag der europäischen Sozialdemokratischen Partei:

> ... diese PK war unwahrscheinlich gut besucht, da waren weiß Gott wie viele Fernsehanstalten und alle großen Medien des Landes dabei. Das war insofern bemerkenswert, weil an diesem Tag die europäische sozialdemokratische Partei gegründet wurde: die Parteien der Mitgliedsländer der EU schlossen sich zusammen zur ESP [...] Und die holländischen Medien haben über diesen Gedenkdienst wesentlich breiter berichtet als über die Gründung der europäischen sozialdemokratischen Partei.[2725]

Guggenberger erinnerte auch die retrospektive Perzeption dieses unterschiedlichen Medieninteresses durch SP-Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Franz Vranitzky, der „zutiefst beeindruckt" gewesen

---

[2721] Und selbst diese Schuldbekenntnisse waren vor allem an die Opfer – notabene die Adressaten in Israel – adressiert.
[2722] Neben den fehlenden Ressourcen (im Gegensatz etwa zu kirchlichen Trägerorganisationen bei Sozialdiensten) fallen auch die teuren Einsatzländer Israel, USA, Großbritannien, Niederlande, etc. ins Gewicht, während Sozial- und Friedensdienste eher in unterentwickelten – preisgünstigeren – Ländern tätig ist.
[2723] Otto Habsburg-Lothringen, geb. 1912, ältester Sohn des letzten österreichischen Kaisers Karl I., war zu dieser Zeit (ab 1979) Mitglied des Europäischen Parlaments für die CSU (Christlich-Soziale Union, Bayern, Deutschland).
[2724] ORF Radio Ö1. Journal Panorama. Serie 50 Jahre Staatsvertrag. Rudolf Nagiller im Gespräch mit Dr. Otto Habsburg-Lothringen, Erstausstrahlung am 24. Mai 2005; 18:25 Uhr.
[2725] Interview mit Mag. Walter Guggenberger in seinem Büro im Tiroler Landhaus, 20. Dezember 2001

wäre und „erst über den Umweg über Holland so richtig realisiert“ hätte, „welche tolle Sache dieser Gedenkdienst ist“. Guggenberger erinnerte weiters eine Referenz Vranitzkys „im SPÖ-Parlamentsklub in den Tagen darauf“, bei der er „sehr breit erzählte, wie beeindruckt er war, dass man mit äußerst geringen Mitteln Österreich im Ausland in einem sehr guten Licht darstellen kann“.[2726]

6.2 Initiative aus der jungen Evangelischen Kirche Österreichs

> ... Nehmen Sie auch Österreicher auf, die bei Ihnen arbeiten wollen? Schließlich war Österreich nicht arm und vergewaltigt, wie man es immer darzustellen sucht, sondern gerade unter den Österreichern waren viele der 150%igen zu finden ...[2727]

Bereits 1963 wandte sich eine Interessentin aus Österreich an die *Aktion Sühnezeichen,* um ihre Beteiligung anzubieten.[2728] Zwei Jahre danach meldete das Evangelische Jugendwerk der *Evangelischen Kirche Österreichs* Interesse an einer Mitarbeit an. Ob „prinzipiell“ daran zu denken wäre, „dass das *Ev[angelische] Jugendwerk in Österreich* an Ihrer Aktion teilnimmt, bzw. in Österreich auf Ihre Aktivitäten hinweist“, fragte Robert Kauer, hauptamtlicher Pfarrer in der Evangelischen Pfarrgemeinde A. und H.B. Berndorf (Niederösterreich) und nebenamtlicher Jugendpfarrer für das Gebiet der Diözese Niederösterreich, zugleich Vorsitzender des Exekutivkomitees der Jugendkammer des *Evangelischen Jugendwerkes in Österreich* in Westberlin an. Kauer führte bei dieser ersten Kontaktaufnahme seine Erfahrung über die Bekanntheit der *Aktion Sühnezeichen* innerhalb der evangelischen Kirche in Österreich an: „Es war bezeichnend und beschämend, dass keine kirchliche Stelle in Österreich, selbst nicht der epd [Evangelischer Pressedienst] Ihre Anschrift kannte...“[2729] Kauer wandte sich an die *Aktion Sühnezeichen*, um eine erste Interessentin, die Sekretärin aus der ev. Jugendarbeit, Ilse Köhler aus Wien, an die *Aktion Sühnezeichen* zu vermitteln.[2730] Die Leitung der *Aktion Sühnezeichen* in Westberlin „begrüßte“ den Vorschlag des Evangelischen Jugendwerks in Österreich, „an der Aktion Sühnezeichen teilzunehmen und beschloss“ die Einladung eines Vertreters zum nächsten Jahrestreffen.[2731]

Noch im gleichen Jahr veröffentlichte Kauer zwei Artikel über die Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* in Evangelischen Zeitschriften in Österreich.[2732] Als Reaktion auf seine Veröffentlichung in der Zeitschrift *die junge gemeinde*, die in einer Auflage von rund 1.500 Stück an alle evangelischen Pfarrer und Gemeindeschwestern, alle Presbyterien und alle Mitarbeiter und Freunde der Jugendarbeit verteilt wurde, erhielt er „nicht nur Drohanrufe und die üblichen anonymen Briefe, sondern deutliche Ablehnung eines Teils der Pfarrerschaft und aktiver Mitglieder einzelner Gemeinden“.[2733]

Die Veröffentlichungen Kauers erreichten Lothar Kreyssig mit einjähriger Verspätung. Kreyssig dankte dem Schriftleiter der *jungen gemeinde* enthusiastisch: „Der Herr ist der Geist. Indem Er zu Seinen Verheißungen steht, sind wir einig, einmütig, wie die großartige Entfaltung des Auftrages in der Schrift, insbesondere aber die treffsichere, ausgezeichnet artikulierte Einleitung zeigt.“[2734] Kreyssig vermerkte in diesem Brief die „Einmütigkeit, in der wir uns in dieser Stunde finden“ und das Potenzial einer

---

[2726] ebd.
[2727] Dagmar Bormann an Volker von Törne, dat. 16. Mai 1963 [EZA 97/250]
[2728] Dagmar Bormann an Volker von Törne, dat. 16. Mai 1963 [EZA 97/250], inwieweit verwandtschaftliche Beziehungen der Briefautorin mit Martin Bormann (1900-1945?), einem engen Vertrauten Hitlers, ab 1941 Leiter der NSDAP-Kanzlei im Ministerrang, bestanden haben mögen, ist nicht bekannt; ebenso ist nicht bekannt, ob Dagmar Bormann schließlich als Freiwillige bei der Aktion Sühnezeichen mitgearbeitet hat; ihr Name scheint in der – allerdings unvollständigen – Datenbank der ASF nicht auf.
[2729] Robert Kauer an Volker von Törne, dat. 6. Januar 1965; AS-Eingangsstempel 9. Februar 1965 [EZA 97/249]
[2730] Kauer an Aktion Sühnezeichen, dat 26. Januar 1965 [EZA 97/249]. Ilse Köhler scheint in der ASF-Datenbank allerdings nicht auf, sodass nicht sicher bekannt ist, ob ein Freiwilligeneinsatz auch wirklich zustande gekommen ist.
[2731] Protokoll der Exekutivsitzung am 30. März 1965, dat. 12. April 1965 [EZA 97/949]
[2732] Robert Kauer, Zupacken, In *nö. rundbrief* 6. Jg. Juni 1965 Nr. 25 sowie *in junge gemeinde Mitteilungsblatt des Evangelischen Jugendwerkes in Österreich*. Nr. 7, April 1965, S. 5-11.
[2733] Kauer an Kreyssig, dat. 28. Juni 1966 [EZA 97/249]
[2734] Kreyssig an Ernst Gläser, dat. 2. Juni 1966 [EZA 97/895]

Zusammenarbeit. Kreyssig lud die österreichischen Protestanten zu gemeinsamen Lagern mit der *Aktion Sühnezeichen* DDR, entweder in der Tschechoslowakei, Polen oder „zur Einübung der Gemeinsamkeit an unseren 30 innerdeutschen Lagern“ in der DDR ein. Wenngleich nicht explizit formuliert, klingt bei Kreyssigs Brief an den österreichischen Schriftleiter durch, dass er deutsche und österreichische Freiwillige eher Seite an Seite gegenüber Opfer-Nationen wie Polen sah, als an der Seite der westlichen Freiwilligen aus Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden, die an den Sommerlagern in der DDR teilnahmen.

> In Polen, wo Schrecken und Angst noch über alle unsere Begriffe gegenwärtig sind, würde der Sinn als Bitte um Vergebung nicht deutlich genug herauskommen, würden wir schon zu Beginn in dieser Partnerschaft auftraten, welche die Versöhnung schon gestiftet hat.
> UMSO SINNVOLLER UND WIRKSAMER WÄRE ES, WENN WIR DORT MIT ÖSTERREICHERN ZUSAMMEN KÄMEN![2735]

Die Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und Österreichern wäre seit 1937 ff. zwar nicht mehr unbefangen, „aber heilsam kann sie unter dem Vorzeichen der Versöhnung als Dienst an der Völkerfamilie immer wieder sein“.

Kreyssigs Schreiben wurde einige Wochen später von Robert Kauer beantwortet. Auch wenn Kauer darin beteuerte, dass in seinen vielfältigen Funktionen „die in Österreich ja ganz besonders schwierige Aufarbeitung der sogenannten ‚unbewältigten Vergangenheit’ immer eines meiner Hauptanliegen“ war, und er im Evangelischen Jugendwerk als Referent für die *Aktion Sühnezeichen* fungierte, wollte er „das gesamte Projekt aus dem Rahmen unseres Evangelischen Jugendwerkes in den des Ökumenischen Jugendrates in Österreich geben“.[2736] In einem weiteren Schreiben stellte er die präsumtive Sühnezeichen-Teilnehmerin aus Österreich, die evangelische Gemeindeschwester Ingeborg Ziehaus vor.[2737] Der Aktenlage nach erschöpfte sich damit das konkrete Engagement Kauers bzw. der evangelischen Jugendeinrichtung, auch wenn Kauer im gleichen Schreiben nach Berlin berichtete, dass er von der Jugendkammer der Evangelischen Kirche zum Referenten für die *Aktion Sühnezeichen* bestellt worden war.

Die sich über zwei Jahre erstreckenden Überlegungen und Verhandlungen fanden 1967 ein jähes Ende. Ende August 1967 sollten Österreicher an einem Sühnezeichen-Einsatz in der Tschechoslowakei teilnehmen. Zwei Tage nach der Information durch die Westberliner *Aktion Sühnezeichen* argumentierten Ziehaus und Kauer unter Verwendung des Briefkopfs „Aktion Sühnezeichen Ost“, Ev. Jugendwerk in Österreich, des Sühnezeichenlogos und der Adresse Ahornergasse 9, tiefpart. 1070 Wien, warum sie aufgrund einer nationalen patriotischen Erwägung nicht an einem Sühnezeichen-Einsatz in diesem Land teilnehmen könnten:

> Außerordentlich dankbar für Ihr Entgegenkommen, das uns nun doch die Teilnahme am Einsatz in der CSSR ermöglicht hätte, haben wir vorgestern, Montag 28.8.1967 Ihr diesbezügliches Schreiben erhalten.
> Die beiden schweren Zwischenfälle an der tschechisch-österreichischen Grenze, bei denen in den letzten Tagen Grenzwacheorgane der CSSR die österreichische Grenze verletzt und österreichische Staatsbürger an Leib und Leben gefährdet haben, ja man sogar nicht davor zurückschreckte, Flüchtlinge, die sich zweifelsfrei bereits auf österreichischem Boden befanden, zu beschießen, wobei einer den Tod gefunden hat, sowie den anderen auf österreichisches Hoheitsgebiet bewaffnet nachzusetzen, diese Zwischenfälle, bei denen die österreichische Souveränität so gröblich missachtet wurde, machen uns - wie Ihr sicher einsehen werdet - die Reise in die CSSR und die Teilnahme an einem Einsatz dort zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor einer befriedigenden Klärung der erwähnten Vorfälle unmöglich. Wir sind der festen Überzeugung, dass der Dienst der Versöhnung von dem Bewusstsein auszugehen hat, dass der andere als Geschöpf Gottes allen Anspruch auf Respekt und Achtung hat - oder um es nicht-theologisch zu sagen - dass im Anderen der Mensch gleichen Rechtes geachtet wird.

[2735] Ebd. [Hervorhebungen wie im Original]
[2736] Kauer an Kreyssig, dat. 28. Juni 1966 [EZA 97/249]
[2737] Ev. Jugendwerk Diözese Niederösterreich an Aktion Sühnezeichen, dat 10. Oktober 1966, gez. Robert Kauer [EZA 97/940]

> Diese Haltung muss aber insbesondere dann mit allem Nachdruck von b e i d e n Seiten gefordert werden, wenn - wie zur Zeit die CSSR - eine Seite die Achtung zwar einfordert, sie selbst aber nicht zu üben bereit zu sein scheint.
> So können wir nur hoffen, dass sich die nötigen Voraussetzungen für unsere Teilnahme an einem Einsatz in der CSSR wieder ergeben und bleiben mit recht herzlichen Grüßen[2738]

Ziehaus und Kauer argumentierten aus der nationalen Perspektive vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und nicht aus theologischer Perspektive. Der Kreyssig'sche Ansatz des zunächst selbst Vergebens und dann den anderen um Vergebung zu bitten, wurde von den österreichischen Protestanten nicht übernommen. Wesentliche Differenz zur *Aktion Sühnezeichen* ist darüber hinaus, dass sich die Österreicher scheinbar von Außen – von den Tschechoslowaken – gefordert sahen, während sich die *Aktion Sühnezeichen* aus einer inneren Überzeugung der Gründer herleitete (und ihre Versöhnungsinitiativen mitunter sogar gegen den Widerstand im Empfängerland durchsetzte). Die Argumente der österreichischen Glaubensgeschwister wurden von Franz von Hammerstein denn auch mit deutlicher Sprache entgegnet:

> Ihre Begründung überzeugt uns auch nicht, denn wir hätten mit dieser Haltung in kein einziges kommunistisches Land gehen können. Etwa hat der polnische Ministerpräsident Anfang d.J. in Auschwitz die BRD so kritisiert, dass wir eigentlich beleidigt hätten abfahren müssen. Auch hat es ähnliche Zwischenfälle an der deutsch-tschechischen Grenze gegeben.
> Aber es war bei Sühnezeichen immer unsere christliche Überzeugung, dass wir bescheiden weiter arbeiten auch wenn wir beschimpft oder beleidigt werden. Wir wollen ja doch dem Hass gerade mit unserem bescheidenen menschlichen Dienst begegnen.
> Unser Dienst gilt nicht zuerst dem Staat, sondern der Bevölkerung. Was aber kann die Bevölkerung für die Grenzzwischenfälle? Wir erleben ähnliche ja leider häufig in Berlin. Die Bevölkerung in der DDR ist so unglücklich wie wir über diese Gewalttaten.
> Natürlich muss gegen sie protestiert werden. Aber wie geschieht das wirkungsvoll. Sühnezeichen trotzdem zu machen ist vielleicht auch für die staatlichen Stellen wirkungsvoller als abzusagen, weil sie hoffentlich von unserer Menschlichkeit beschämt werden. Natürlich kann unsere Gesinnung auch als Dummheit und Schwäche ausgelegt werden, wofür es ja in der Bibel gute Vorbilder gibt.[2739]

In den eingesehenen Archivunterlagen liegt kein weiterer Schriftwechsel vor, auch nicht mit dem von Kauer erwähnten ökumenischen Jugendrat. In der Datenbank der heutigen *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* finden sich lediglich sieben Namen mit österreichischer Wohnadresse.[2740] Auf die Vermittlung durch die Evangelische Jugendarbeit geht mindestens ein Freiwilliger zurück.[2741] Ein späterer Versuch von Andreas Maislinger, die Evangelische Kirche in Österreich in seine *Gedenkdienst*-Initiative einzubinden, blieb erfolglos.[2742] Seitens der *Aktion Sühnezeichen* ist trotz der von Franz von Hammersteins aus dem Westberliner Büro mit Kreyssig geteilten Begeisterung über die Initiative Kauers („ist besonders erfreulich") und dem Vorhaben, „ihn auch vom Büro West laufend über alle Pläne unterrichten und engen Kontakt mit ihm halten"[2743] zu wollen, eine intensivere Auseinandersetzung mit dem österreichischen Erinnerungsdiskurs und seinen institutionellen Repräsentanten ausgeblieben.

Anfang der 1970er Jahre kam es zu einem – vom österreichischen Bundesministerium für Inneres genehmigten und über die Bereitstellung von kostenlosen Unterkünften unterstützten – einmaligen Einsatz von Freiwilligen der *Aktion Sühnezeichen* im *Öffentlichen Denkmal Mauthausen* (Oberösterreich).[2744] Aus Anlass der 26. Wiederkehr des Jahrestages der Befreiung des KZ Mauthausen, OÖ, fuhren 1971 Vertreter der *Aktion Sühnezeichen* und des *Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge*

[2738] Ziehaus und Kauer an Aktion Sühnezeichen, dat. 30. August 1967 [EZA 97/940]
[2739] F. v. Hammerstein an Kauer und Ziehaus, Antwort von Hammerstein am 7. September 1967 [EZA 97/940]
[2740] Vier von Ihnen in Israel (1966, 1967, 1974), je einE FreiwilligeR in Tschechien (2002), Frankreich (1974) und in Polen (1980). Zwischen 2000 und 2003 beteiligten sich weitere vier Freiwillige mit österreichischem Wohnsitz an kurzfristigen Sommerlagern nach der Tradition der früheren *Aktion Sühnezeichen* (DDR).Entnommen der Datenbank der Aktion Sühnezeichen [Stand Mai 2004]; wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, ist die Datenbank nicht vollständig; per Mai 2004 scheint etwa der Freiwilligendienst Maislingers nicht auf.
[2741] Kauer an Kreyssig, dat. 28. Juni 1966 [EZA 97/249]
[2742] Interview mit Dr. Andreas Maislinger am 17. Dezember 2001
[2743] Von Hammerstein an Kreyssig, dat. 13.7.1966 [EZA 97/939]
[2744] Bescheid an Aktion Sühnezeichen BMI Wien, dat. 6.7.1970, Zahl 222.733-33/70, gez. Dr. Zeyringer [EZA 97/249]

auf Einladung des internationalen Gedenkstättenkomitees nach Mauthausen, um an der Gedenkfeier teilzunehmen und Kränze niederzulegen.[2745]

6.3 Andreas Maislinger: Überzeugungsarbeit gegen den „Opfermythos“

> [1980:] Österreicher haben in Auschwitz nichts zu sühnen[2746]
>
> [1995:] ... Ich anerkenne, dass das von Ihnen initiierte Projekt fruchtbringender und wohl auch heilsamer geworden ist als ich mir seinerzeit vorgestellt habe.[2747]

Vergleichbar mit der Gründung der *Aktion Sühnezeichen* nimmt auch beim österreichischen *Gedenkdienst* eine Einzelperson eine herausragende Stellung bei der Konzeption und Verwirklichung des (Freiwilligen-)Dienstes ein. Kreyssig war allerdings im Gegensatz zu Maislinger Teil eines kirchlich wie gesellschaftlich gut verankerten Personennetzwerks. Sowohl Lothar Kreyssig wie Andreas Maislinger fanden über ihre berufliche Tätigkeit zur Konzeption der Dienste bzw. gelangten über ihr jeweiliges Berufsverständnis zur Überzeugung, dass eine öffentliche Handlung notwendig war: Kreyssig aufgrund seines Verständnisses gelebten Christentums, Maislinger als akademischer Politikwissenschafter und Teilnehmer am Friedensdiskurs. Im Gegensatz zu Kreyssig und der *Aktion Sühnezeichen* ging bei Maislinger mit der Gründung des *Gedenkdienstes* eine, jedenfalls im zeitlichen Zusammenhang stehende Aufgabe der bis dahin ausgeübten Assistentenstelle am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck und nachfolgender freiberuflicher Tätigkeit (v.a. als Publizist) einher.

Die Rekonstruktion von Maislingers langjähriger Überzeugungsarbeit, die schließlich zur Institutionalisierung des Gedenkdienstes führte und die großteils auf eigener Lebenserfahrung in Verbindung mit der politikwissenschaftlichen Ausbildung und dem entsprechenden universitären Diskursrahmen fußte, ist nur in Verbindung mit einer biographischen Skizze Maislingers sinnvoll (vgl. nächsten Abschnitt). In den daran anschließenden Abschnitten wird Maislingers über weite Strecken allein geführte Überzeugungsarbeit zur Durchsetzung seines Vorhabens und schließlich nach erfolgter Institutionalisierung als Verein und gesetzlich als solcher konzipierter Ersatzdienst für den verpflichtenden österreichischen Militärdienst die Entwicklung der inhaltlichen Schwerpunktsetzung nachgezeichnet. Ab der Gründung des *Gedenkdienstes* ist eine Wandlung von der expliziten Thematisierung der ‚österreichischen Täterrolle’ als Essenz des *Gedenkdienstes* zum ‚nationalstaatlichen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus’ zu beobachten. Die versuchte Vereinnahmung im Gesetzestext zur Zivildienstgesetznovelle 1997 erscheint aus dieser Perspektive geglückt. Der von drei ‚Trägerorganisationen’ angebotene bzw. vermittelte „Gedenkdienst“ für Wehrdienstverweigerer (österreichisch für Kriegsdienstverweigerer) folgt seither der Semantik der nationalstaatlichen Gedenkfeiern und Entschädigungsprogrammen in Österreich, deren jeweilige Bezeichnung ausschließlich dem Gedenken an die Opfer Rechnung trägt, nicht jedoch der Täterschaft.

6.3.1 Zur Person

Andreas Maislinger wurde 1955 in St. Georgen/Salzburg geboren.[2748] Er wuchs in einer traditionellen katholischen Familie auf, die eine Gaststätte betrieb. Unmittelbar vor der Gaststätte befand sich nach Maislingers anekdotenhafter Erzählung eine Bushaltestelle mit Salzburg und Braunau/Inn als Endstellen, die für ihn die Spannbreite österreichischer Identität von Wolfgang Amadeus Mozart bis Adolf Hitler indizierten.

[2745] Steglitzer Lokal-Anzeiger, 14.5.1971 [EZA 97/539]
[2746] Der damalige Bundespräsident gegenüber Andreas Maislinger im Juli 1980; aus Typoskript Andreas Maislinger, Vortrag im März 2000 [AM]
[2747] Rudolf Kirchschläger knapp zehn Jahre nach Ende seiner Präsidentschaft an Maislinger, dat. 3. Februar 1995 [AM]
[2748] Biographische Daten, sofern nicht anders angegeben, aus: *http://www.maislinger.net/cv.htm*, erhoben im Dezember 2000 bzw. von Andreas Maislinger im Interview vermittelt [17.-20. Dezember 2001]

Seine binnenfamiliäre Sozialisation lässt eine unmittelbare Verbindung zu seinen späteren Interessen nicht ableiten; sein Vater habe jedoch den aus seiner katholischen Überzeugung zum Wehrmachts-Deserteur gewordenen Landwirt Franz Jägerstätter aus St. Radegund/Oberösterreich persönlich gekannt und eine kritische Haltung zu Jägerstätters Entscheidung, die ein potenzielles Risiko für das Wohl seiner Familie beinhaltete, gehabt. Später sollte sich Andreas Maislinger kritisch an der Jägerstätter-Rezeption beteiligen, wobei er vor allem darauf hinwies, dass Jägerstätter zwar vom Dienst in der Deutschen Wehrmacht aus christlich-religiösen Motiven desertierte, in seinen überlieferten Texten aber die nationalsozialistischen Verbrechen an Juden nicht thematisierte.[2749] Maislingers kritische Hinweise fielen in die Zeit eines kirchlichen Prozesses der Seligsprechung Jägerstätters durch die römisch-katholische Kirche und fanden Eingang in überregionale österreichische Medien.[2750]

Maislinger studierte ab 1974 Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft und Geschichte u. a. in Salzburg, Wien, Frankfurt, Berlin und Oslo. Dokumentierte Interessensschwerpunkte Maislingers während dieser Periode sind: Militarismuskritik, Friedensbewegung, Judentum, deutsche und österreichische Vergangenheitsbewältigung, vor allem hinsichtlich des zeitgenössischen Verhältnisses Österreichs zu Polen und zu Israel, die er jeweils besuchte (1977 und 1978). Seine Studien schloss er 1980 mit einer Dissertation über *Probleme der österreichischen Sicherheitspolitik* ab.[2751] Im Jahr darauf arbeitete Maislinger von September 1980 bis April 1981 als Freiwilliger im Polenreferat der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* mit Einsatz als Gruppenleiter in Oświęcim. Sein Aufgabengebiet war die Vorbereitung und Betreuung deutscher Besuchergruppen in Auschwitz. Als er kritische Fragen zum Verhältnis der *Aktion Sühnezeichen* mit dem kommunistischen Verband der ehemaligen Widerstandskämpfer (ZBoWiD) stellte, musste er seinen Freiwilligendienst auf Verlagen des Leiters des Polenreferates, Christoph Heubner, vorzeitig abbrechen. Das Museum in Auschwitz war Maislingers Kritik zufolge zu dieser Zeit polnisch-nationalistisch ausgerichtet und instrumentalisierte das ehemalige Lager als nationale Märtyrerstäte. Mit der Auslassung der jüdischen Opfer stand das Museum in der Tradition der kommunistischen antisemitischen Politik ab Ende der 1960er Jahre. Seine Abberufung führt Maislinger auf eine Intervention durch die Museumsleitung zurück.[2752] Nach seiner Rückkehr nach Österreich leistete Maislinger ‚ordentlichen Zivildienst' beim Internationalen Versöhnungsbund in Wien und schloss sich der *Gesellschaft für politische Aufklärung* an, in deren Rahmen er ab 1984 Studienreisen zum Museum Auschwitz-Birkenau initiierte und organisierte.

Mit der erfolgreichen Gründung des österreichischen *Gedenkdienstes* 1992 begannen sich Maislingers einschlägige Aktivitäten signifikant zu verdichten: neben der Gründung des Vereins *Gedenkdienst* im März initiierte er im Herbst des gleichen Jahres die ersten Braunauer Zeitgeschichte-Tage[2753] und organisierte das erste deutschsprachige Holocaust-Seminar an der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem mit.[2754] Nach der Geburt seines Sohnes setzte Maislingers Interesse für Begabtenförderung ein: 1997 war er Leiter der Elterngruppe *Verein zur Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher in Tirol*, 1999 Gründer und Leiter von *Giftedchildren.net*. Zuletzt setzte er eine neue Initiative in Adolf Hitlers Geburtshaus in Braunau am Inn (Konzept *House of Responsibility*).

[2749] Vgl. Andreas Maislinger, Franz Jägerstätter und die Juden, In *Das Schulblatt. Zeitschrift des Christlichen Lehrervereins für Oberösterreich*, Jg. 1992/93/5, Juni 1993, S. 24., auch Jüdische Rundschau (Basel), Nr. 21 vom 25. Mai 1993.
[2750] Kratzen an Jägerstätters Bild. Innsbrucker Politologe: „Blind gegenüber dem Antisemitismus", *DER STANDARD*, 7. Juli 1993 (red/APA).
[2751] Maislinger, Andreas. Probleme der österreichischen Verteidigungspolitik, 1980). unveröff.: Philosophische Fakultät der Universität Salzburg.
[2752] Interview mit Dr. Andreas Maislinger am 17. Dezember 2001; zur Debatte um ZboWiD vgl. v.a. Abschnitt 3.7 „Geschichtsklitterung" und Erinnerungskonkurrenz
[2753] Diese werden seither jährlich im Spätsommer/Frühherbst zu meist sehr griffig formulierten Themen abgehalten. Maislinger ist wissenschaftlicher Leiter dieser Konferenzen und Beirat des 1993 gegründeten Vereins für Zeitgeschichte in Braunau, der hauptsächlich diese Veranstaltungen organisiert, s. auch: http://www.hrb.at/bzt/doc/verein.html, erhoben im Dezember 2000
[2754] Raphael Asch: Jahrelang keine Selbstverständlichkeit, In Israel: Erstes Holocaust-Seminar in deutscher Sprache, In: *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums*, 31. Jg. Nr. 122/1992

Der ebenso streitbare wie umstrittene Einzelkämpfer erwarb sich vor allem durch inhaltliche Impulse, die zahlreiche Jugendliche zur Entwicklung und Durchführung von Projekten motivierte, Verdienste. Beziehungsdynamiken ließen jedoch innerhalb und außerhallb des Vereins *Gedenkdienst* Reibungspunkte entstehen. Die kontroverse Persönlichkeit Maislingers[2755] führte 1994 zur Gründung des konkurrierenden, gewerkschaftsnahen Vereins *Niemals Vergessen – Verein für die Förderung von Holocaust-Gedenkstätten*, 1997 zu seiner Abwahl als Obmann des von ihm gegründeten Vereins *Gedenkdienst* und einer daran anschließenden Neugründung, eines dritten, seither von Maislinger geleiteten Vereins, dem *Verein für Dienste im Ausland nach § 12b Zivildienstgesetz*, der Auslandsdienst an Holocaust-Gedenkstätten für Zivildienstpflichtige anbietet (1998).

6.3.2 Maislingers Sühnezeichen-Freiwilligendienst als Modell

Maislingers Freiwilligentätigkeit im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen* 1980/81 war weder zufällig noch spontan zustande gekommen, sondern, als – wie von Maislinger selbst bezeichnet – „Präzendenzfall“[2756] nach dreijähriger Planung. Unmittelbar nach einem Besuch in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau in Polen, wandte sich Maislinger an die *Aktion Sühnezeichen*. Ende 1977 bewarb er sich formell um eine Stelle im Polenreferat der *Aktion Sühnezeichen*.[2757] Im Laufe der Vorbereitung für seinen Freiwilligendienstes entwickelte Maislinger eine gesellschaftspolitische Konzeption: „Nach mir sollen dann immer österreichische Zivildiener bei *Aktion Sühnezeichen* und anderen Friedensorganisationen ihren Zivildienst ableisten können“, formulierte Maislinger bereits im Dezember 1979 gegenüber einem Vertreter der Sozialistischen Jugend und von Amnesty International, der sich nach Maislingers Aufruf zur österreichischen Beteiligung an der Jugendbegegnungsstätte der *Aktion Sühnezeichen* in Auschwitz gemeldet hatte.[2758]

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war Maislinger über private Kontakte nach Katowice (Kattowitz) in Polen gefahren und hatte bei dieser Gelegenheit das Museum des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau (*Państwowe Muzeum Oświęcim Brzezinka*) besucht. Dabei war Maislinger die Selbstdarstellung Österreichs als ausschließliches Opfer und der Österreicher als Widerstandskämpfer und das Fehlen der österreichischen Täter aufgefallen.[2759] Ebenso erkannte er den Unterschied in der polnischen Perzeption von Österreichern und Deutschen, die im Wesentlichen dem österreichischen Selbstverständnis als Opfer des deutschen Nationalsozialismus folgte. Das Interesse am Verhältnis zu Polen motivierte Maislinger im Sommer 1977 zur Teilnahme an einem internationalen ‚Arbeitslager’ in Gdansk/Danzig.[2760]

Als er vom Vorhaben der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* erfuhr, eine Internationale Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz zu errichten, versuchte er eine Beteiligung an diesem Projekt von österreichischer Seite zu erwirken. Bereits im Februar 1978 führte er gegenüber dem österreichischen Bundespräsidenten und in dieser Funktion Oberbefehlshaber des österreichischen Bundesheeres, Rudolf Kirchschläger, den er noch mehrmals kontaktieren sollte, in appellartiger Argumentation aus:

> Friedensforschung verlangt mehr als Analyse; ein zweiter Schritt sollte folgen: Verständnis. Bevor ich Ihnen mein Anliegen vorbringe, möchte ich einige Eindrücke schreiben, welche ich hatte, als ich in

[2755] Herbert Rosenkranz bezeichnete Maislinger als einen „österreichischen Historiker, der gegen den Strom schwimmt“; In: Bund Jüdischer Verfolgter des Naziregimes (Hg.): *Ausweg. Jüdische Zeitung für Aufklärung und Abwehr*, Nr. 2/1992
[2756] Maislinger an Stefan Weigner, dat. 28. Dezember 1979 [AM]
[2757] Maislinger an Aktion Sühnezeichen, dat. 3. Dezember 1977 [AM]
[2758] Maislinger an Stefan Weigner, dat. 28. Dezember 1979 [AM]
[2759] Typoskript Andreas Maislinger, Vortrag im März 2000 [AM] Maislinger erwähnte Zustandekommen und Eröffnung der Österreich-Ausstellung im Museum Auschwitz in einem komperativen Essay 1990, wobei er erneut auf die Absenz österreichischer Täterschaft und „Wiedergutmachung“ hinwies. Vgl. Maislinger (1990), S. 483.
[2760] Andreas Maislinger Student an Otto Drese, Internationaler Versöhnungsbund, dat. 6. Juli 1977 [AM]

> anderen Ländern weilte. Zunächst ist es immer ein Vorteil, Österreicher zu sein. So sagten mir Polen, Isländer, Niederländer, Dänen etc.: „Ihr hattet ja mit dem Krieg nichts zu tun; ihr wurdet ja selber überfallen." Das stimmt natürlich nicht ganz; ist aber auch nicht ganz falsch. In den Köpfen lebt jedenfalls diese Vorstellung und das ist entscheidend. Welche Folgen hat nun diese Einschätzung durch unsere Nachbarn? Schlechte, wie ich meine; wir glauben es selber und tun zu wenig für die Verständigung. Denn auch das habe ich gehört: „Was tut Ihr eigentlich für die Verständigung mit Polen?" Ich konnte nicht viel antworten, denn im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland tun wir fast nichts. Wie wichtig es aber wäre, hat mir bereits der Besuch in Auschwitz gezeigt. Meine polnischen Freunde haben mir sofort erzählt, dass der österreichische Bundespräsident hier war. Sie messen solchen „Zeichen" sehr große Bedeutung zu; wir sollten noch viele solche Zeichen der Versöhnung tun. Eines wäre die Unterstützung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz.
> [...] Herr Bundespräsident, lassen sie uns ständig bereit sein für neue Ideen und Initiativen, die der Verständigung und - ich schreibe es bewusst: Sühne dienen. Viel müssen wir noch tun, um die Beleidigung am polnischen Volk in unteilbare Freundschaft zu wandeln. Sie muss sich in den Herzen jeden einzelnen verankern.[2761]

An die Öffentlichkeit wandte sich Maislinger mit Artikeln in Studentenzeitungen und der katholischen Wochenzeitung *Die Furche*. In – zu diesem Zeitpunkt noch kritikloser – Übernahme der Ankündigung durch die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* erwähnte er den polnischen Verband ehemaliger Widerstandskämpfer ZBoWiD. Über seine Motivation führte er aus:

> Die junge Generation der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs (ich bin 24 geworden) ist unschuldig an den Ereignissen der Vergangenheit. Für sie soll die Begegnung mit Auschwitz nicht eine Reise in die Vergangenheit, sondern ein Aufbruch in die Zukunft sein. Doch nur, wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft bewältigen.[2762]

Am Ende des Artikels kündigte Maislinger bereits seine beabsichtigte Freiwilligen-Tätigkeit im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* an und rief zu einer Diskussion über einen „Zivildienst im Ausland" auf. Zu diesem Zeitpunkt war Maislingers Perspektive vor allem vom Diskurs der Friedensbewegung geprägt, die eine Umsetzung in Form von Friedensdiensten anstrebte: etwa zur gleichen Zeit, Ende der 1970er Jahre bemühte er sich um den Aufbau eines österreichischen Zweiges des „*Service Civil International* (*SCI*)".[2763]

Seine Vorstöße in der studentischen Öffentlichkeit blieben ungehört, wie Maislinger gegenüber der Redaktion der Studentenzeitung *öh-expreß* konsterniert festhielt: „Massenweise Anfragen auf meinen Hinweis auf die geplante Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz habe ich ja nicht erwartet; aber gar nichts? ..."[2764] Die österreichische Hochschülerschaft – die obligatorische öffentlich-rechtliche Vertretung der an österreichischen Hochschulen eingetragenen Hörer – meldete nach diesem Schreiben allerdings institutionelles Interesse an und lud Maislinger zu einer persönlichen Präsentation seines Konzepts für einen Zivildienst in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz.[2765]

6.3.3 Aktion Sühnezeichen in Österreich

Maislinger argumentierte Anfang 1980 auf zwei Ebenen: erstens im Rahmen des Friedensdiskurses, unter Verweis auf die transnationale Implikation eines Friedensdienstes, der damit die eigentliche Alternative zum (Militär-)Dienst mit der Waffe darstellt; zweitens thematisierte er die unterschiedliche Wahrnehmung von österreichischen und (bundes-)deutschen Staatsbürgern in europäischen Ländern in

---

[2761] Maislinger an Rudolf Kirchschläger, dat. 27. Februar 1978 [AM]
[2762] Andreas Maislinger: Auschwitz als Jugendbegegnungsstätte. Weder Phantom noch Gespenst, *Die Furche* Nr. 11, 14. März 1979
[2763] siehe Leserbrief Andreas Maislinger in report Mai/Juni 1978 Andreas Maislinger: Internationale Politik durch Jugendliche, *Die Wende, das österreichische Jugendmagazin*, 20. Januar 1980, Nr. 3/35. Jg.
[2764] Maislinger an öh-expreß, Österreichische Hochschülerschaft, dat. 26. Dezember 1979 [AM]
[2765] Österreichische Hochschülerschaft, Wien, an Maislinger, dat. 15. Februar 1980, gez. Fritz Pesendorfer [AM]

Bezug auf den Nationalsozialismus. In der Kirchenzeitung der (katholischen) Erzdiözese Salzburg argumentierte er für den „internationalen Friedensdienst“:

> „Friedensdienst“ für eine Nation, einen Staat, ist fast ein Widerspruch. Dem Frieden kann ich nur dienen, wenn ich ihm als ganzes diene; nicht nur in Österreich. [...] Das Bedeutet: Zivildienst im Ausland, auch in der Friedensforschung und bei Friedensorganisationen. Warum nicht österreichische Zivildiener bei Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste?[2766]

Im Jugendmagazin *wende* erschien zur gleichen Zeit im Rahmen einer Serie zum österreichischen Friedensdiskurs ein Beitrag Maislingers, in dem er vor dem historischen Hintergrund der „Schuld vieler Österreicher“ am Nationalsozialismus den Aspekt der fehlenden Verständigung unter Jugendlichen trotz erhöhter Mobilität hervorstrich. In diesem Artikel sprach Maislinger die in der Perzeption von während des zweiten Weltkriegs viktimisierten Staaten zu Unrecht erfolgende Differenzierung zwischen Österreichern und Deutschen an, wobei er den „Opfermythos“ in diesem Artikel als von den Alliierten funktional eingesetzte Annahme beschrieb, die „die Schuld vieler Österreicher“ in den Hintergrund drängte. Diese „Doktrin“ zu übernehmen, hieße, sich aus der Geschichte zu stehlen, argumentierte Maislinger in diesem Artikel:

> Vor einem kleinen Staat braucht sich niemand zu fürchten. Dieser Umstand führt immer wieder dazu, dass man als Österreicher in vielen Ländern sehr freundlich aufgenommen wird. In Polen, den Niederlanden, Norwegen und anderen Ländern, welche unter dem Nationalsozialismus besonders leiden mussten, gelten wir wohl meist deshalb nicht als Deutsche. Übernehmen wir aber dieses Geschenk der Gastfreundschaft, ohne über tiefere historische Zusammenhänge nachzudenken, lügen wir uns selber in den Sack. Warum ist dies so? Die Gründe liegen sicherlich in der Interessenslage der Alliierten während und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Österreich sollte als erstes Opfer des Nationalsozialismus wieder in den alten Grenzen hergestellt werden. Über die Schuld vieler Österreicher konnte unter dieser Voraussetzung nicht mehr viel nachgedacht werden.
>
> Wir stehlen uns aus der Geschichte, wenn wir diese Doktrin so einfach übernehmen und bequem damit weiterleben. Es war nämlich ganz anders. Es war nämlich ganz anders: Österreicher waren vorne dabei, wenn es darum ging, „Minderwertiges“ auszurotten: in den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nazis.
>
> Nein, schuldig sind wir Jugendlichen an diesen Verbrechen nicht! Verantwortung jedoch müssen wir als Nachgeborene der Zeit nach Auschwitz übernehmen. Auschwitz darf für uns nicht zu einem Waterloo oder Königgrätz werden: Mit dazugehörigen Feldherrn und Jahreszahlen für die Geschichtsprüfung.[2767]

Erneut kündigte Maislinger seinen Freiwilligendienst „für die Zeit unmittelbar nach meinem Studienabschluss“ im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* an. Dass er diese Unternehmung nicht als ausschließlich persönliche Angelegenheit sehen wollte, machte er an gleicher Stelle deutlich:

> Obwohl ich es als eigenen Beitrag zur Internationalen Verständigung verstanden haben will und von staatlicher Seite nichts verlange, bin ich Einschränkungen ausgesetzt, darf ich doch nicht „offiziell“ als Österreicher auftreten, da Österreich als nichtteilnehmender Staat wegen der Verbrechen der Nazis nichts zu sühnen hat. Dies soll mich aber nicht daran hindern, auch als Österreicher die Notwendigkeit eines Zeichens der Sühne zu verspüren.
>
> Beim Einzelfall soll es aber nicht bleiben. Dieser „Friedensdienst“ im Ausland sollte als Zivildienst anerkannt werden und somit die österreichische Verantwortlichkeit für eine friedliche und verständigungsbereite internationale Politik dokumentieren. So könnte von österreichischen Zivildienern zeichenhaft Friedensdienst im Ausland geleistet werden.[2768]

Maislingers frühe Bemühungen um offizielle Anerkennung seiner Freiwilligenarbeit als Zivilersatzdienst und um Institutionalisierung der offiziellen Beteiligung von Zivildienstpflichtigen an einem internationalen Freiwilligendienst, wie jenem der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* wurden von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger selbst im Rahmen einer persönlichen Vorsprache Maislingers am 16. Juli 1980 – knapp zwei Monate vor seinem Dienstantritt bei der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*

[2766] Leserbrief Andreas Maislinger, Warum kein Zivildienst im Ausland, *Rupertusblatt*, 20. Januar 1980 [AM]
[2767] Andreas Maislinger: Internationale Politik durch Jugendliche, *die wende – das österreichische jugendmagazin*, 20. Januar 1980, Nr. 3/35.
[2768] Ebd.

– abgelehnt, weil „ein junger Österreicher in Auschwitz nichts zu sühnen“ hat. Er selbst, so Kirchschläger, wäre bei seinem Besuch in Polen gut aufgenommen worden und hätte auch das Museum Auschwitz besucht, weshalb er nicht verstünde, was Maislinger dort machen möchte und „das doch ganz falsch verstanden“ würde.[2769] Das zehn Monate zuvor an die Frau des Bundespräsidenten adressierte Schreiben, das Maislinger nach einer Begegnung mit der in Prag lebenden Lehrerin und Überlebenden des Konzentrationslagers Theresienstadt, Irma Lauscher[ová][2770], die Irma Kirchschläger in Französisch unterrichtet haben soll, mit der Bitte um Unterstützung für sein Anliegen geschrieben hatte, zeitigte keinen dokumentierten Erfolg.[2771]

Als Hindernis für die Akzeptanz von Maislingers Überzeugungsarbeit gegen den Opfermythos kann seine bereits angeführte Affinität zur deutschen Identität bezeichnet werden. Diese erklärte Maislinger in einem Schreiben an den Chefredakteur des Rheinischen Merkur 1981:

> An der Grenze (St. Georgen an der Salzach liegt nur einen Kilometer von der bayerischen Grenze entfernt) aufgewachsen, las ich deutsche Zeitungen und Zeitschriften, sah deutsches Fernsehprogramm, studierte an deutschen Universitäten, besuchte deutsche Freunde und beschäftigte mich mit deutschen Problemen; zuletzt als Freiwilliger der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Berlin und Polen (Gedenkstätte Auschwitz).[2772]

Im Interview mit dem Verfasser 20 Jahre nach dieser Korrespondenz bestätigte Maislinger die motivationsbestimmende Sozialisierung mit ähnlichen Worten – „nie als „Nur-Österreicher“, sondern mit sozialisierenden Einflüssen wie bundesdeutschen Medien aufgewachsen zu sein.[2773] Im zitierten Schreiben an den Chefredakteur des Rheinischen Merkur, führte Maislinger jedoch auch das Problem an, von seinen deutschen Gesprächspartnern nicht wie von ihm angestrebt als Österreicher, als österreichischer Patriot wahr- und ernstgenommen zu werden, sondern als Deutscher vereinnahmt zu werden; die fehlende Akzeptanz eigener und anderer nationaler Identität sah Maislinger als Gefahr für neuen Nationalismus.[2774]
Da die zu Beginn von Maislinger – vor allem über Printmedien (Artikel und Leserbriefe) – adressierten potenziellen österreichischen Interessenten an einer Beteiligung an der Errichtung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz/Oświęcim, die Friedensbewegung, Studierende an den österreichischen Universitäten und die Leser christlicher – katholischer – Zeitungen, keine Reaktionen zeigten, versuchte Maislinger mit seiner Idee einer Beteiligung Österreichs in Form eines Auslandszivildienstes über persönliche Briefe Fuß zu fassen. Die inhaltliche Veränderung des ursprünglichen Planes einer Beteiligung an der Jugendbegegnungsstätte war durch Maislingers Freiwilligentätigkeit im Polenreferat der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* und seiner daraus gewonnenen Erkenntnis der problematischen Zusammenarbeit mit antisemitischen Personen und Vereinigungen in Polen erwachsen, zugleich aber auch einer steigenden Überzeugung, dass, nach dem Desinteresse an bzw. Widerstand gegen seinen ersten, auf Beteiligung an der deutschen *Aktion Sühnezeichen* abzielenden Vorschlag, ein weiter reichendes Programm – eine „Aktion Sühnezeichen in Österreich“[2775] – erforderlich war. In Briefen wandte er sich u.a. an den Zeithistoriker Gerhard Botz, den Politikwissenschafter Anton Pelinka und an Franz Danimann[2776]. Auch diese Kontaktaufnahmen blieben ohne Erfolg. Mitte der 1980er Jahre – ein Jahr vor der so genannten Waldheim-Affäre – wandte sich

---

[2769] Nach Maislingers Erinnerung. Typoskript Andreas Maislinger, Vortrag im März 2000 [AM]
[2770] Irma Lauscher und ihr Ehemann Jiři waren eng mit der Aktion Sühnezeichen in Ostberlin verbunden. Vgl. Abschnitt 4.3.2 Begegnung mit jüdischen Überlebenden in/aus der ČSSR
[2771] Maislinger an Irma Kirchschläger, dat. 9. September 1979 [AM]
[2772] Maislinger an Alois Rummel, Chefredakteur Rheinischer Merkur/Christ und Welt, dat. 12. Mai 1981 [AM]
[2773] Typoskript des Interviews mit Dr. Andreas Maislinger in seinem Innsbrucker Büro am 17. Dezember 2001
[2774] Maislinger wollte über diese Problematik im Rheinischen Merkur publizieren. Maislinger an Alois Rummel, Chefredakteur *Rheinischer Merkur/Christ und Welt*, dat. 12. Mai 1981 [AM]
[2775] Maislinger an Gerhard Botz, dat. 7. Januar 1981 [AM]
[2776] Danimann an Maislinger, dat. 18. August 1980. Danimann war zu diesem Zeitpunkt Vorstand in der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Museum Auschwitz, in der Österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz und in der Österreichischen Liga für Menschenrechte. [AM]

Maislinger im Zuge einer öffentlichen Debatte um Massaker durch NS-Schergen im italienischen Marzabotto, die von Wiedergutmachungsleistungen über Geldspenden durch die sozialdemokratische Organisation *Kinderfreunde*, begleitet war, vorrangig an sozialdemokratische Politiker, an die Arbeiterzeitung und erneut an den Bundespräsidenten. Unter dem Motto „Zivildiener nach Marzabotto“[2777] versuchte er mit seiner Idee eines Zivildienstes an ausländischen Holocaust-Gedenkstätten an die öffentliche Diskussion bzw. an die Meinungsbildung der (in ‚kleiner' Koalition mit der FPÖ) regierungsführenden sozialdemokratischen Partei anzuknüpfen, und ‚im Windschatten' zu verwirklichen.[2778] Mit seinem Appell an die ‚Ernsthaftigkeit dieser Bundesregierung' nimmt Maislinger vermutlich Bezug auf die sich abzeichnende, allerdings erst im Jahr darauf im Wahlkampf um das Amt des Bundespräsidenten auf breiter Ebene einsetzende Debatte um Österreichs und der Österreicher Rolle im Nationalsozialismus und auf die in diesem Zusammenhang stehende erstmalige Regierungspartizipation der Freiheitlichen Partei Österreichs, FPÖ, der Nachfolgepartei des Verbandes der Unabhängigen, in dem sich 1956 prononcierte vormalige Nationalsozialisten sammelten.

> Schicken wir Zivildiener in Orte, welche für die verbrecherische Politik des Nationalsozialismus stehen, auch wenn Österreich sich nicht als Nachfolger des Deutschen Reiches versteht. Schuldig sind wir sicherlich nicht, aber verantwortlich sollten wir uns fühlen!
> Einige österreichische Zivildiener könnten zeichenhaft und stellvertretend für diese Einstellung vieler Österreicher und der Republik Österreich dafür einstehen. Natürlich müsste dies bedeuten, das Zivildienstgesetz zu ändern, denn bis jetzt ist es nicht möglich, Zivildiener ins Ausland zu schicken. Genau dieser Schritt würde jedoch uns und der Weltöffentlichkeit zeigen, dass es dieser Bundesregierung ernst ist mit der Auseinandersetzung mit einer Vergangenheit, an der sich ja eine nicht unbeträchtliche Zahl von Österreichern beteiligt hat.[2779]

Der Repräsentant der Initiative *Österreicher für Marzabotto*, der frühere SPÖ-Verkehrs-, Innen- und Außenminister Erwin Lanc, antwortete Maislinger auf einen entsprechenden Brief, wobei er, ohne ein konkretes zustimmendes Bekenntnis seitens seiner Partei (SPÖ) für einen von Maislinger vorgeschlagenen Sühnezeichen-Zivildienst abzugeben, das Nichtzustandekommen auf die anderen im österreichischen Nationalrat vertretenen Parteien schob:

> Weder ÖVP noch FPÖ sind zu einer Novellierung des Zivildienstgesetzes in der von Ihnen gebrachten Richtung bereit. Das haben mich fast 7 Jahre Verantwortung als Bundesminister für Inneres gelehrt. Deshalb habe ich auch diese Variante gar nicht ins Kalkül gezogen. Es sollte mich freuen, wenn sich da etwas ändert, aber in der letzten Zeit habe ich nur Indikatoren dafür entdeckt, dass man das Zivildienstgesetz verschärfen will. [Innen-]Minister [Karl] Blecha wird also eher im Abwehrkampf stehen und kaum als Reformer auftreten können.[2780]

Einen Monat davor hatte Maislinger erneut Bundespräsident Rudolf Kirchschläger mit seinem Vorhaben befasst. Unter Verweis auf die nicht erfolgte Anerkennung seiner eigenen Freiwilligentätigkeit für die *Aktion Sühnezeichen* als Zivildienst, wiederholte Maislinger seine Konzeption eines symbolischen Dienstes. Die Bedeutung sollte über das individuelle Engagement hinausreichen und eine gesellschaftliche Dimension annehmen:

> Leider wurde mir damals dieser Einsatz (aus rechtlichen und politischen Gründen) nicht als Zivildienst anerkannt. Jetzt, fast fünf Jahre später möchte ich wieder darauf zurückkommen, denn mir scheint, ein derartiger Freiwilligendienst tut tatsächlich Not! Junge Österreicher sollten (ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland) die Möglichkeit bekommen, in den Ländern und mit den Gruppen zu arbeiten, welche besonders unter dem Nationalsozialismus leiden mussten. Dies könnte nicht nur in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und anderen Gedenkstätten sein, sondern auch in Israel, Norwegen, den Niederlanden - und natürlich auch in Marzabotto.

[2777] so der Titel eines Leserbriefes von Andreas Maislinger In AZ – Arbeiterzeitung, Tagblatt für Österreich, 8. März 1985, Rubrik Leserbriefe
[2778] Die von der SPÖ getragene Initiative für das italienische Marzabotto steht im Zusammenhang mit der Affäre um die Rückkehr des verurteilten Kriegsverbrechers Walter Reder aus italienischer Haft nach Österreich, der nach seiner Landung von Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) mit Handschlag willkommen geheißen worden war.
[2779] Andreas Maislinger, Zivildiener nach Marzabotto, Leserbrief In AZ – Arbeiterzeitung, Tagblatt für Österreich, 8. März 1985, Rubrik Leserbriefe
[2780] Erwin Lanc Österreicher für Marzabotto an Maislinger, dat. 19. März 1985

> Dieser Dienst sollte allerdings einen offiziellen Charakter bekommen, was dadurch geschehen könnte, dass man ihn als ordentlichen Zivildienst anrechnet.[2781]

Kirchschlägers Antwort bezog sich einerseits auf die bestehende Rechtssituation, die auch für die Ablehnung von Maislingers Begehren, seinen eigenen Freiwilligendienst als Zivildienst anzuerkennen, anzuwenden wäre, wobei er sich eines polemischen Seitenhiebs auf Maislingers Profession nicht enthalten konnte. Die folgende Passage vermittelt nicht zuletzt aufgrund dieser Polemik den Eindruck, als wäre Kirchschläger von Maislingers Argumentation tatsächlich betroffen gewesen, als hätte Maislingers Erklärungsmuster, wonach sein Freiwilligendienst aus ‚rechtlichen und politischen Gründen' nicht als Zivildienst angerechnet wurde, ins Schwarze getroffen.

> Ihre freiwillig erfolgte Tätigkeit in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau wurde nicht, wie Sie schreiben, aus rechtlichen und politischen Gründen nicht als Zivildienst anerkannt, sondern ausschließlich aus rechtlichen Gründen, da das bestehende Zivildienstgesetz eine Anerkennung von Tätigkeiten im Ausland als Ableistung des österreichischen Zivildienstes nicht zulässt. [...] Ich nehme an, dass diese Rechtssituation vom Gesetzgeber bei der Gesetzwerdung durchaus überlegt und in allen Auswirkungen überdacht worden ist. Als Politikwissenschaftler werden Sie hiefür sicherlich eine besonders fachkundige und wissenschaftlich begründete Betrachtungsweise haben.[2782]

Nach dem Verweis auf die bestehende Gesetzeslage führte Kirchschläger aber andererseits aus, dass er ein Engagement in Form eines von Maislinger skizzierten Freiwilligendienstes als privat und als individuell motiviert verstünde und eine gesellschaftliche Bedeutungserweiterung durch die Anerkennung als Zivildienst schon aus diesem Grund nicht befürworten würde – ein Dienst an ausländischen Gedenkstätten sollte keine öffentliche – politische – Angelegenheit sein, sondern eine persönlich-private:

> Sosehr ich Ihre Anregung begrüße, dass junge Menschen vermehrt freiwillige Einsätze in Bereichen und Gegenden machen sollten, in welchen der Nationalsozialismus besonders harte Spuren hinterlassen hat, sosehr halte ich aber auch dafür, dass solche Einsätze und Tätigkeiten nur dann wirklich freiwillig und wirklich von moralischem Wert sein können, wenn sie von diesen Jugendlichen ein gewisses persönliches Opfer abverlangen. Ihr Vorschlag aber, dass solche Tätigkeiten als ordentlicher Zivildienst gewertet werden sollten, widerspricht nicht nur der bestehenden Gesetzeslage, sondern scheint mir auch geeignet, die genannten Tätigkeiten gleichsam als persönliches Opfer zu entwerten ...[2783]

Die Replik Kirchschlägers trafen Maislingers Intention im Kern: Maislinger wollte keinen ‚privaten Freiwilligendienst', sondern ein gesellschaftliches Zeichen, das über eine staatliche Anerkennung wirksam werden sollte, verwirklichen und damit einen entscheidenden Wandel im österreichischen Bewusstsein über die Verwicklungen in den Nationalsozialismus und seine Verbrechen erreichen, was Kirchschläger als Bundespräsident, wie er in seinem letzten Schreiben an Maislinger andeutete, unter Beibehaltung der Okkupationsthese – der ‚Anschluss' Österreichs als feindliche Besetzung – nicht akzeptieren konnte, wenngleich er den materiellen Dienst an sich würdigte.[2784] Maislinger hingegen „wollte, dass Österreich klar einbekennt, und zwar durch eine Tat – wie im Protestantischen".[2785]

Neben der Anerkennung eines solchen Freiwilligendienstes als Ersatz für den Zivildienst sollte Maislinger nach der ersten Umsetzung auch die finanzielle Beteiligung seitens der Republik Österreich monieren, weil „dadurch offiziell eine Verbindung zwischen Österreich und dem Holocaust einbekannt" würde.[2786] Nach der Übernahme der Regierung durch die kleine Koalition aus Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und Freiheitlicher Partei Österreichs (FPÖ) im Jahr 2000 wiederholte Maislinger diese

---

[2781] Maislinger an Kirchschläger, dat. 13. Februar 1985 [AM]
[2782] Kirchschläger an Maislinger, dat. 20. Februar 1985 73.543/12/85 [AM]
[2783] Ebd.
[2784] Rudolf Kirchschläger an Maislinger, dat. 3. Februar 1995 [AM]
[2785] Interview mit Dr. Andreas Maislinger am 17. Dezember 2001
[2786] Ein Wiener „Gedenkdiener" in Israel. Zivildiener in Auschwitz, Theresienstadt, Amsterdam und nun Jerusalem, *DER STANDARD*, 14. Juni 1993, Ben Segenreich.

Begründung gegenüber der Stuttgarter Zeitung, wobei er den Schwerpunkt auf das Gedenken an die Opfer legte: „Sie haben auf diese Weise akzeptiert, dass das Gedenken an die NS-Opfer etwas mit dem österreichischen Staat zu tun hat."[2787] Als die im Februar 2000 angelobte Bundesregierung die Budgetmittel für den Zivildienst und auch für den Auslandsdienst kürzen wollte, wäre dieser Umstand, so die Stuttgarter Zeitung, „beinahe zur Falle für die ÖVP-FPÖ-Regierung geworden".[2788] Diese Einschätzung erscheint überzeichnet, zumal zu diesem Zeitpunkt die inhaltliche Wende der „Gedenkdienst"-Programmatik – Abwendung von der Thematisierung der Täterrolle hin zum ‚täterfreien Opfergedenken' – bereits abgeschlossen war. Das Gedenken an die Opfer war im öffentlichen österreichischen Erinnerungszeremoniell ab Mitte der 1990er Jahre verankert, und die durchaus späte Personalisierung der Opfer in Form von „namentlicher Erfassung" (durch das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes) oder durch Erinnerungsplaketten an oder rund um frühere Wohnadressen jüdischer Holocaust-Opfer (wie vor allem im Zweiten Wiener Gemeindebezirk Leopoldstadt) ersetzte die (weitere) Personalisierung der Täter.

Vor dieser Entwicklung berührte Maislinger mit seinem Anliegen, die *Aktion Sühnezeichen* nach Österreich zu transferieren, und damit ein vergleichbares Schuldverständnis durch offizielle österreichische (Regierungs-)Vertreter durchzusetzen, eine gleichermaßen aktuelle wie sensible Thematik, die einem noch anhaltenden Meinungsbildungsprozess unterlag. Nur wenige Monate vor der Entsendung des ersten Gedenkdienstleistenden an die Gedenkstätte Museum Auschwitz-Birkenau und nur neun Monate nach der Erklärung des Bundeskanzlers vom Juli 1991 über die Mitverantwortung angesichts österreichischer Täter wollte die Regierung über dieses Thema nicht einmal diskutieren. Eine parlamentarische Anfrage der Grünen im Mai 1992 über die „Mitverantwortung Österreichs an den Verbrechen des Nationalsozialismus, die Wahrnehmung dieser Verantwortung sowie die Entschädigung der Opfer" beantwortete die Koalitionsregierung folgendermaßen: „Die Regierung verweist darauf, dass das Verhalten der deutschen Organe, die Österreich okkupierten, Österreich völkerrechtlich nicht zurechenbar ist" und dass daher keine Antwortpflicht bestehe.[2789]

6.3.4 Entstehung des Gedenkdienstes im Rahmen des Zivildienstgesetzes

Die nächsten Schritte für die Umsetzung seines Vorhaben unternahm Maislinger rund um die öffentlichen Debatten während des ‚Gedenkjahres' 1988 – dem 60. Jahrestag des Novemberpogroms und des ‚Anschlusses' Österreichs an das Dritte Reich. Maislinger versuchte einen neuen Weg über unmittelbare Kontakt- und Einflussnahme auf die Bundesregierung bzw. den ressortzuständigen Bundesminister und kontaktierte den Bundesminister für Inneres, Karl Blecha, direkt, nachdem ihm ein Journalist auf dessen prinzipielle Bereitschaft zur gesetzmäßigen Umsetzung von Maislingers Konzeption hingewiesen hatte.[2790] In seiner Antwort erwähnte Blecha die Möglichkeit des Einsatzes von „Zivildienstleistenden an NS-Gedenkstätten im Inland", wie das in dem dem Bundesministerium für Inneres unterstellten *Öffentlichen Denkmal und Museum Mauthausen* „seit langem" erfolgte. Hinsichtlich des „Einsatzes von Zivildienstleistenden an NS-Gedenkstätten im Ausland bzw. der Anrechnung bereits geleisteter derartiger Dienste auf die Zeit des ordentlichen Zivildienstes" bat der Innenminister „um Verständnis, dass ich hiezu derzeit keine Stellungnahme abgeben kann". Er hätte diese Frage im Zuge der Vorbereitung der Novelle zum Zivildienstgesetz prüfen lassen, von einer Aufnahme einer „diesbezüglichen Gesetzesstelle in die am

---

[2787] Paul Kreiner, Linke, Rechte, Junge, Alte und der Holocaust: Wer darf wie in Wien der Opfer gedenken?, *Stuttgarter Zeitung*, 15. August 2000 [www.stuttgarter-zeitung.de/dc1/hmtl/news-stz/20000815drei0001.shtml; 3. März 2001]
[2788] Ebd.
[2789] Hauer, Nadine, Die Mitläufer. Oder die Unfähigkeit zu fragen. Auswirkungen des Nationalsozialismus für die Demokratie von heute. (1993). Opladen: Leske + Budrich, S. 16.
[2790] Maislinger an Blecha, dat. 30. März 1988 [AM] Maislinger erwähnt in diesem kurzen Schreiben, dass er von Michael Mayr vom Wochenmagazin *profil* auf Blechas Bereitschaft aufmerksam gemacht worden wäre.

21.6.1988 vom Ministerrat verabschiedete und dem Nationalrat weitergeleitete Regierungsvorlage (ZDG-Novelle 1988)“ wäre „schließlich Abstand genommen [worden], weil über die Formulierung einer solchen Bestimmung zwischen den Regierungsparteien [SPÖ und ÖVP, Anm.] kein Einvernehmen erzielt werden konnte.“[2791]

1988 – vier Monate vor der Ablehnung durch den Innenminister – ist erstmals eine detaillierte Konzeption Maislingers für den später von ihm so benannten *Gedenkdienst* dokumentiert. In der Radioreihe „Moment – Leben heute“ (Ö1) war Maislinger vom renommierten ORF-Journalisten Peter Huemer eingeladen worden, den „Zivildienst in Gedenkstätten nationalsozialistischer Verbrechen“, so der Titel der Sendung, vorzustellen.[2792] Im Frage-Antwort-Dialog mit Huemer skizzierte Maislinger folgende Wesensmerkmale des *Gedenkdienstes*:

- Betonung der ‚österreichischen Täterschaft’ als Antithese zum ‚Herausmogeln Österreichs aus der Geschichte’
- Präsumtive Einsatzorte sollten einen deutlichen Bezug zu Österreich haben; als Beispiel nannte Maislinger das Anne Frank-Haus in Amsterdam (wo der aus Österreicher stammende Arthur Seyss-Inquart als Reichskommissar für die besetzten Niederlande fungierte und in dieser Funktion an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik beteiligt war)
- Zeichenhafte Wirkung nach innen und ins Ausland, die ein „Einbekenntnis der Republik Österreich“ repräsentieren sollte, „dass es doch etwas zu bewältigen gibt, auch im Ausland“
- Inhaltliches Vorbild *Aktion Sühnezeichen*, gesetzliche Regelung analog zum Einsatz von Entwicklungshelfern
- Ein privatrechtlich organisierter Träger – zu diesem Zeitpunkt von Maislinger ins Spiel gebracht die *Gesellschaft für politische Aufklärung* in Innsbruck, eine Vereinigung, der u.a. Anton Pelinka, Erika Weinzierl (Zeithistorikerin, Wien), Reinhold Gärtner (Politikwissenschafter, Innsbruck), Hermann Langbein (Überlebender und Zeithistoriker, Wien) und er selbst angehörten. Als weitere Kooperationspartner nannte Maislinger während des Radio-Interviews: *Arbeitsgemeinschaft Katholischer Jugend*, *Österreichische Hochschülerschaft*, *Österreichischer Bundesjugendring*. In einem späteren Schreiben nannte er die „Idee einer Art Trägerorganisation ‚Aktion Geschichtsverständnis’“, an der diese Organisationen beteiligt sein sollten.[2793]
- Einsatzorte: Yad Vashem, Anne Frank-Haus, Auschwitz-Birkenau, Marzabotto, jüdische Sozialeinrichtungen wie Altersheime oder Behindertenprojekte
- Ausbildung der Teilnehmer (Sprache im Einsatzland und Kenntnis historischer Zusammenhänge)

Drei Jahre später, im März 1991, sandte Maislinger eine Abschrift dieses Radio-Interviews an den amtierenden Bundesminister für Inneres, Franz Löschnak (SPÖ). Der Begleitbrief enthielt Maislingers Bitte, bei der nächsten Novelle zum Zivildienstgesetz „auch einen freiwillig verlängerten Zivildienst im Ausland prüfen zu lassen“. Es ginge ihm „vor allem um drei Zivildienststellen in YAD VASHEM (Jerusalem), der Anne Frank-Stiftung (Amsterdam) und der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau (Oswiecim, Polen)“.[2794] Innenminister Löschnaks Antwort enthielt eine prinzipielle Zustimmung zu Diensten im Ausland als Ersatz für den inländischen Zivildienst. Es sei vorgesehen, so Löschnak, dass „ein Zivildienstpflichtiger unter bestimmten Voraussetzungen nicht zum ordentlichen Zivildienst herangezogen wird, wenn er sich gegenüber einem hiefür entsprechend qualifizierten Rechtsträger verpflichtet, einen Dienst im Ausland zu leisten, der das friedliche Zusammenleben der Völker fördert

---

[2791] Blecha an Maislinger, dat. 15. Juli 1988 Zl.: 44.003/364-BM/88 [AM]
[2792] ORF Radiosender Ö1 (österreichweiter Empfang) „Moment – Leben heute: Zivildienst in Gedenkstätten nationalsozialistischer Verbrechen“ von Peter Huemer am 9. März 1988, 17:30 Uhr, Typoskript Andreas Maislinger [AM]; eine Kurzmeldung ähnlichen Inhalts platzierte Maislinger unter dem Titel Zivildienst im Ausland in der Wiener Wochenzeitschrift *Falter*, Nr. 16 vom 22. April 1988 [AM]
[2793] Maislinger an Herbert Beigelböck Arbeitsgemeinschaft Katholischer Jugend Österreichs, dat. 19. April 1991 [AM]
[2794] Maislinger an Dr. Franz Löschnak Bundesminister für Inneres, dat. 19. März 1991 [AM, Hervorhebung wie Original]

und der mindestens zwei Monate länger dauert“ als der Zivildienst im Inland. Unter diese Formel, so führte der Minister aus, könnte er sich vorstellen, dass auch die von Maislinger „konkret genannten Einsatzbereiche im Ausland für einen solchen Dienst in Frage kämen“.[2795]

Der damalige Kabinettschef im Wiener Innenministerium Peter Heindl bestätigte hinsichtlich der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Maislinger’schen Idee, dass das „unbestreitbar eine Privatinitiative und nicht die Idee des Gesetzgebers war“. Zum Zeitpunkt der gesetzlichen Umsetzung im Rahmen der Novelle zum Zivildienstgesetz 1991 erfüllte diese Idee dann „mehrere Bedürfnisse“: zum einen wäre die Einsicht vorhanden gewesen: „Wir müssen selbst etwas beitragen, auch als Staat, als Administratoren, in dem Bereich zur Vergangenheitsaufbereitung [...] und der Zivildienst ist natürlich ein Vehikel dazu ...“ Deshalb wäre es zum anderen „naheliegend gewesen, Vergangenheitsaufarbeitung durch junge Österreicher, die das tun wollen, so zu unterstützen, dass, wenn sie sich dieser Pflicht oder Verpflichtung unterziehen, dass sie dann den Zivildienst auf diese Art leisten und ihren Beitrag dazu beitragen.“ Zur Rolle des Innenministers erinnerte sich der frühere Kabinettschef: „Er hat das massiv unterstützt, er hat auch gesehen, was für einen politischen Stellenwert das hat. Und das ist wichtig gewesen, und wenn sie sich an die Vranitzky-Erklärung und die Auswirkungen der Vranitzky-Erklärung erinnern: absolut perfekt getimt.“[2796]

Die Arbeiten an der Formulierung der Gesetzespassage, die u.a. den *Gedenkdienst* als Ersatz für inländischen Zivildienst ermöglichen sollte, erfolgten vor, aber in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu der bereits zitierten ‚Mitverantwortungs-Erklärung’ durch den Bundeskanzler am 8. Juli 1991 – der Brief des Innenministers, der die prinzipielle Zustimmung enthielt, ist nur zwei Monate vorher datiert, die parlamentarische Beschlussfassung über den Gesetzestext erfolgte mit Jahresende 1991. Die Rolle von Bundeskanzler Franz Vranitzky im Vorfeld der Gesetzwerdung selbst dürfte nicht maßgeblich gewesen sein, wiewohl Maislinger unmittelbar nach Vranitzkys Rede zur Lage im zerfallenden Jugoslawien und der österreichischen Mittäterschaft vor dem Nationalrat 1991 den Bundeskanzler nach den Konsequenzen dieser Erklärung fragte und seine Idee eines „Zivildienstes in NS-Gedenkstätten“ anführte:

> Welche konkreten Auswirkungen wird Ihre Erklärung wonach „viele Österreicher an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reiches beteiligt waren“, haben? Unter diesen neuen Voraussetzungen müsste doch die Österreich-Ausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau geändert werden. Bis jetzt stellen wir uns dort nur als „erstes Opfer des Nationalsozialismus“ dar. Von österreichischen Tätern ist im Museum Auschwitz nicht die Rede. [...] Die Initiative Zivildienst in NS-Gedenkstätten könnte hier ein kleines konkretes Zeichen setzen.[2797]

„An die Vranitzky-Erklärung haben wir nicht gedacht. Die ist ja auch nachher gekommen.“, erinnerte sich Heindl.[2798] Im Dialog mit drei *Gedenkdienst*-Aktivisten rund zehn Jahre später lässt Vranitzky auf die Frage nach der Umsetzbarkeit des Auslandsdienstes als *Gedenkdienst* im politischen Diskurs eine ambivalente Haltung erkennen:

> „Hat das Ganze, also z.B. Gedenkdienst zu leisten, sich zu exponieren, sich überhaupt für etwas zu interessieren und zu deklarieren, hat das überhaupt einen Sinn? Ich meine Gedenken im Sinne der Menschen, die als Gegner des NS-Regimes mit dem „Niemals wieder!“ auf den Lippen zurückgekommen sind. Die Frage ist doch, ob das, was Gedenkdienst und andere Institutionen machen, dieser Intention dient?“[2799]

[2795] Bundesminister für Inneres, Franz Löschnak an Maislinger, dat. 18. Mai 1991 [Zl: 44003/413-BM/91; AM]
[2796] Interview mit Dr. Peter Heindl am 18. September 2002 in seinen Diensträumen im Bundesministerium für Inneres.
[2797] Maislinger an Vranitzky, dat. 11. Juli 1991 [AM]
[2798] Ebd. Heindl erwähnte ein informelles interministerielles „Netzwerk 1988“, das „die Aufarbeitung der Vergangenheit und Immunisierung“ vorantreiben wollte und das vielleicht „auch dazu beigetragen hat, dass es dann doch in relativ kurzer Zeit möglich war, die Zivildienstgesetznovelle so zu schaffen, dass der Gedenkdenkdienst anerkannt worden ist.“
[2799] Pfeifer, Judith, Roth, Stephan und Högl, Johannes. "... ich glaub' ich hätt' schon eine Schlagseite für Zivildienst" Bundeskanzler a.D. Dr. Franz Vranitzky im Gespräch, In Horváth, Martin, Legerer, Anton, Pfeifer, Judith und Roth, Stephan, Jenseits des Schlussstrichs. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit (2002). Wien: Löcker Verlag, S. 34-43, S. 39f.

Unmittelbar nach der Vereinsgründung durch Maislinger hatte sich Vranitzky noch zustimmend geäußert und das Projekt *Gedenkdienst* als der „wichtigen Aufgabe der Bewusstseinsbildung im Sinne des Wortes ‚Niemals Vergessen'" dienend bezeichnet. „Eine Jugend, die sich dieser Aufgabe widmet", so Vranitzky, „wirkt mit am Aufbau einer Welt, in der Unmenschlichkeit und Barbarei überwunden sind". „Die Arbeit im und am Projekt Gedenkdienst" sah er als „in die Zukunft gerichtet, in der die Schatten der Vergangenheit keinen Platz mehr haben dürfen".[2800]

Vranitzkys Ambivalenz gegenüber dem *Gedenkdienst* – eine von Maislinger angesuchte finanzielle Förderung aus Budgetmitteln des Bundeskanzlers war 1993 abgelehnt worden[2801] – dürfte auf mangelnde Einsicht in das Potenzial eines solchen Jugendprogramms bzw. allgemein mangelndes Problembewusstsein zurückgehen. Selbst bei seiner akklamierten Rede anlässlich der außerordentlichen Versammlung der Hebräischen Universität Jerusalem, bei der er „einfache, klärende Worte über Österreich und die dunklen Jahre zwischen 1934 und 1945 zu sagen" hatte, reichte seine Erklärung über eine „Mitverantwortung an jenem Leid ..., das nicht Österreich – denn diesen Staat gab es nicht mehr –, sondern manche seiner Bürger über andere Menschen – und damit über die Menschheit als solche – brachten", nicht hinaus. In impliziter Abgrenzung von Deutschland führte Vranitzky aus: „Wir waren immer der Ansicht – und sind es noch -, dass der Begriff der Kollektivschuld auf Österreich nicht anwendbar ist. Wohl aber erkennen wir eine kollektive Verantwortung an: die Verantwortung jedes einzelnen Österreichers, sich zu erinnern und nach Gerechtigkeit zu streben." Vor diesem Hintergrund nahm sich die Bitte des Bundeskanzlers bescheiden – hinsichtlich ihres zweiten Teils aufgrund ihres transzendentalen Gehalts sogar höchst problematisch – aus: „... müssen wir auch Vergebung für unsere bösen Taten erbitten – die Vergebung derer, die überlebt haben, und die Vergebung derer, die umkamen".[2802] Von Maislingers Ausgangskonzept aus 1979, wonach zivildienstpflichtige Österreicher Seite an Seite mit Freiwilligen der (bundes)deutschen *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* am Aufbau der Internationalen Jugendbegegnungsstätte und in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau beteiligt sein sollten und damit die gemeinsame deutsch-österreichische NS-Täterschaft bekennen würden, war Vranitzky selbst 1993 weit entfernt.

Die von Innenminister Löschnak angekündigte gesetzliche Regelung eines Ersatzdienstes im Ausland für den sogenannten ordentlichen Zivildienst innerhalb der österreichischen Landesgrenzen wurde im Rahmen einer umfassenden Novellierung des Zivildienstgesetzes, die vor allem den Wegfall der Zivildienstkommissionen, vor denen Zivildienstwerber ihre Gewissensgründe glaubhaft zu machen hatten, und die Verlängerung der Zivildienstdauer zum Inhalt hatte, als Regierungsvorlage[2803] zur Beratung in den zuständigen parlamentarischen *Ausschuss für innere Angelegenheiten*[2804] eingebracht. Die entsprechende Passage für den Auslandsdienst wurde in § 12 b der Zivildienstgesetz-Novelle 1991 (Gesetzeskraft ab 1. Januar 1992) als Verfassungsbestimmung formuliert und verabschiedet:

> § 12b. (Verfassungsbestimmung) (1) Zivildienstpflichtige werden nicht zum ordentlichen Zivildienst herangezogen, wenn
> 1. sie sich gegenüber einem nach Abs. 3 anerkannten Träger zur Leistung eines vor Vollendung des achtundzwanzigsten Lebensjahres anzutretenden, durchgehend mindestens zwölf Monate dauernden Dienstes im Ausland vertraglich verpflichtet haben,
> 2. sie diesen Dienst unentgeltlich leisten und
> 3. der Dienst die Mitwirkung an der Lösung internationaler Probleme sozialer oder humanitärer Art zum Ziele hat.
> [...] (3) Als Träger eines Dienstes nach Abs. 1 können juristische Personen anerkannt werden, die

---

[2800] Flugblatt *Projekt Gedenkdienst e.V.*, 11. Februar 1993 [AL]
[2801] Bundeskanzleramt an Maislinger, dat. 24. März 1993 [GZ 132.900/72-I/3/93], gez. für den Bundeskanzler: Tomaschek [AM]
[2802] zitiert nach Bundeskanzler Franz Vranitzky in Israel, herausgegeben vom *Bundespressedienst* Wien 1993, S. 10f.
[2803] Regierungsvorlage, Nr. 249 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII.GP, 11. November 1991
[2804] Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten, Nr. 330 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII.GP, gezeichnet Oberhaidinger, Elmecker, dat. 2. Dezember 1991

> 1. nicht auf Gewinn berechnet sind,
> 2. Gewähr dafür bieten, dass ihre Vorhaben den Interessen der Republik Österreich dienen und
> 3. ihren Sitz im Inland haben.
>
> Über die Anerkennung eines Trägers entscheidet auf dessen Antrag der Bundesminister für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten. [...][2805]

Am Text, der aus der von Beamten des Innenministeriums verfassten Regierungsvorlage unverändert übernommen wurde, ist bemerkenswert, dass er die „Mitwirkung an der Lösung internationale Probleme" mit dem Fokus „sozialer oder humanitärer Art" als Ziel formuliert. Diese Formulierung hat mit dem von Maislinger seit Ende der 1970er Jahre angestrebten zeichenhaften Zivildienst in Holocaust-Gedenkstätten wenig gemein. Maislingers Ausgangspunkt war nicht die Lösung internationaler Probleme sondern das repräsentative Eingeständnis der Beteiligung von Österreichern am Holocaust.[2806] Der Gesetzestext orientierte sich hingegen an Konzeptionen der Friedensbewegung, die traditionell ein universelleres Verständnis von Friedensarbeit beinhalten. Eine Präzisierung der Regierungsvorlage findet sich nicht. Die Formulierung „der Dienst die Mitwirkung an der Lösung internationaler Probleme sozialer oder humanitärer Art zum Ziele hat" erfolgte nach Peter Heindl absichtlich nebulös und denkbar unkonkret, um eine Verabschiedung im Nationalrat nicht zu gefährden und um inhaltlich breit gestreute Initiativen zu ermöglichen; im Umfeld der Sozialdemokratischen Partei (aus der Gewerkschaft und aus dem Bund der sozialistischen Widerstandskämpfer) gab es bereits vor der Gesetzwerdung ähnliche Überlegungen für einen Auslandsdienst – für diese Überlegungen gab es Unterstützung innerhalb der Ministerialbürokratien im Rahmen eines „Netzwerks 1988"; zudem sollte der Gesetzestext auch den Rahmen für Friedensdienste von der Friedensbewegung bieten. Bis zur erneuten Novelle des ZDG 1997 war dieser allgemeine Text Grundlage für die Arbeit von entstehenden Gedenk-, Friedens- und Sozialdiensten.

Der ebenfalls aus dem Innenministerium stammende Begleittext zur Gesetzesnovelle („Erläuterungen") begründet als angestrebte Ziele die Ermöglichung eines Ersatzzivildienstes im Ausland unter dem Primat der „Sicherstellung eines entsprechenden Angebotes an Zivildienststellen".[2807] Weiters findet sich eine Erklärung für die Konstruktion als Ersatzzivildienst:

> Da jedoch der Zivildienst als ein hoheitlicher staatlicher Dienst nur auf dem Gebiet der Republik Österreich geleistet werden kann, können solche Dienste im Ausland nicht als Zivildienst geleistet, sondern nur durch Freistellung vom Zivildienst berücksichtigt werden. Der Auslandsdienst muss mindestens zwei Monate länger dauern als der Zivildienst. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass bei diesem Dienst die besonderen Pflichten fehlen, die sich für den Zivildienstleistenden aus der Staatlichkeit des Zivildienstes ergeben. Eine ähnliche Regelung gibt es auch in Deutschland. Man wird grundsätzlich davon ausgehen können, dass sich diese Regelungen für Zivildiener auf eine sachliche Rechtfertigung in Hinblick auf deren Stellung berufen können. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass es sich bei diesem Rechtsbereich um eine sehr sensible Materie handelt. § 12 b soll daher analog dem § 12 a durch eine Verfassungsbestimmung abgesichert werden. [...][2808]

Selbst der Verweis auf eine „ähnliche Regelung" in Deutschland verbleibt im administrativen Bedeutungsrahmen ohne konkrete inhaltliche Bezugnahmen, etwa auf die *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*. Die pragmatische Herangehensweise wurde auch der Presse kommuniziert. So findet sich in der Tageszeitung „Der Standard" ein Bericht über die Novelle des Zivildienstgesetzes und die Einrichtung des *Gedenkdienstes* mit der Überschrift „Anträge auf Zivildienst haben sich verdoppelt. Mehr Plätze notwendig".[2809] Der Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten, der über die Regierungsvorlage beriet und diese dem Nationalrat zur Verabschiedung empfahl, enthielt als einzige Bezugnahme auf den neuen Auslandsdienst die Verpflichtung zur durchgängigen Ableistung des Dienstes.

[2805] Zivildienstgesetz-Novelle 1991; BGBl Nr. 675 vom 27. 12. 1991, S. 2746
[2806] vgl. die im Dialog mit Peter Huemer dokumentierte Konzeption während der ORF Radiosendung „Moment – Leben heute: Zivildienst in Gedenkstätten nationalsozialistischer Verbrechen" von Peter Huemer am 9. März 1988, 17:30 Uhr, Ö1, Typoskript Andreas Maislinger [AM]
[2807] Regierungsvorlage, Nr. 249 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII.GP, 11. November 1991, S. 15.
[2808] Ebd., Zu Art. I Z 17 (§ 12b), S. 22 Die Auslassung betrifft zwei weitere Absätze zur Altersgrenze und zu einer Unfallversicherung.
[2809] Der Standard, 20. 3. 1992, S. 7

> Um sicher zu stellen, dass ein Dienst im Ausland nicht in Form kurzfristiger Dienstleistungen über mehrere Jahre hindurch geleistet werden kann (z. B. im Urlaub), sondern wie der Wehr- oder Zivildienst durchgehend geleistet werden muss, erscheint die Normierung einer durchgehenden Dienstleistung auch für diesen Dienst erforderlich.[2810]

Die gesetzliche Ermöglichung eines ‚Auslandszivildienstes' erfolgte vor dem Hintergrund der seit den 1970er Jahren überproportionalen Beteiligung österreichischer Soldaten an internationalen Einsätzen der *United Nations Organization* und kann als eine Ergänzung bereits bestehender offizieller Engagements außerhalb der österreichischen Landesgrenzen verstanden werden. Unter diesem Blickwinkel sowie unter dem Aspekt der zu erwartenden günstigen Außenwirkung – dass die Vorhaben der Dienste dem Interesse der Republik Österreich zu dienen hätten, wurde sogar im Gesetzestext festgehalten –, und der Festlegung der Zusammenarbeit zwischen dem Innen- und dem Außenministerium (§ 77 (1)) erscheint der Gesetzestext lakonisch, im Grunde nichtssagend. Diese Unbestimmtheit könnte tatsächlich darin begründet sein, dass die Regierungsvorlage innerhalb der Regierungskoalition aus Österreichischer Volkspartei und Sozialdemokratischer Partei Österreichs bei detaillierterer Ausführung etwa des späteren *Gedenkdienstes* vom Ministerrat nicht angenommen worden wäre, wie der Kabinettschef des BMI Peter Heindl rekapitulierte. Einen weiteren Hinweis darauf, dass die gesetzliche Ermöglichung des *Gedenkdienstes* als Ersatz für den Zivildienst 1991 eigentlich am politischen Konsens vorbei erfolgte, gibt der Bericht einer holländischen jüdischen Wochenzeitung anlässlich des in den Niederlanden viel beachteten Dienstantritts des ersten „Gedenkdienstleistenden" im Anne Frank Haus. Darin wird der SPÖ-Nationalratsabgeordnete und Gründungsvorstand des Vereins *Gedenkdienst*, Walter Guggenberger, mit der Aussage zitiert, dass das Gesetz bei konkreterer Formulierung nicht die 2/3 Verfassungsmehrheit im österreichischen Nationalrat bekommen hätte.[2811] Ein weiteres Indiz könnte darin begründet sein, dass nicht nur mehr als ein Jahrzehnt seit den ersten Vorstößen Maislingers bis zur Gesetzwerdung verstrichen war, sondern dass die betreffende Gesetzespassage im Schatten der Abschaffung der so genannten Zivildienstkommission, vor der bis dahin Gewissensgründe gegen die Ableistung des verpflichtenden Militär-/Präsenzdienstes schriftlich und in persönlicher Verhandlung glaubhaft darzustellen waren, stand. Die gesetzliche Umsetzung erfolgte also im ‚Huckepack' mit einer umfassenderen Novellierung und unter undeutlicher Formulierung. Im Gegensatz zu dieser Annahme einer ‚versteckten Umsetzung' durch den Innenminister behauptete ein bereits 1988 im „profil" erschienener Artikel, dass ein koalitionärer Konsens zur Einrichtung des Auslandszivildienstes bestünde. Der Bericht umriss einerseits die beabsichtigte Tätigkeit, wobei als Einsatzorte Auschwitz-Birkenau, Dachau, Marzobotto, Amsterdam und Israel genannt waren, und zitierte den ressortzuständigen Innenminister Karl Blecha als „beigeistert"; andererseits nannte er dessen Opponenten aus dem Bereich des österreichischen Bundesheeres. Seitens der großen Koalition wurden der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Inneres, Robert Elmecker (SPÖ) und ÖVP-Unterhändler Wendelin Ettmayer angeführt, die diese Initiative forcieren wollten.[2812]

Nach den ersten operativen Einsätzen von Zivildienstpflichtigen im Rahmen des *Gedenkdienstes* ist die Ablehnung aus den Reihen der Freiheitlichen Partei (FPÖ) dokumentiert. Die langjährige Abgeordnete zum Nationalrat und Sicherheitssprecherin ihrer Partei, die Richterin Helene Partik-Pablé, hielt in der vom Bundesministerium für Inneres anlässlich des 20-Jahre-Jubiläums des Zivildienstgesetzes von 1975 herausgegebenen Broschüre fest, dass „physisch und psychisch schwierigen Einsätzen des Kranken-, Rettungs- und Sozialdienstes [...]" Tätigkeiten u.a. „bei sogenannten ‚Friedens- und Gedenkdiensten' mit

---

[2810] 330 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP
[2811] Tamarah Benima, Österreichischer Zivildienstpflichtiger bei der „Anne Frank Stichting", *Nieuw Israelietisch Weekblad*, 13. November 1992
[2812] Zivildienst: Trauerarbeit. Künftig sollen Wehrersatzdiener auch im Ausland ihre Pflicht erfüllen können. *Profil*, 2. Mai 1988, o.A. Anhand der zugänglichen schriftlicher Dokumentation lässt sich nicht nachvollziehen, woran die Einbeziehung des Gesetzesrahmens in die Zivildienstgesetznovelle von 1988 letztlich gescheitert war.

oftmals mehr als zweifelhaften Anforderungsprofilen, geregelten Dienstzeiten und geringen Belastungen gegenüber“ stünden.[2813]

Nach Verabschiedung und Inkrafttreten der Novelle zum Zivildienstgesetz entstanden ab 1992 zahlreiche Trägervereine mit einem breiten Spektrum an Auslandsdiensten. Die nach Teilnehmern größten Einzelvereine sind jene, die „Gedenkdienst“ anbieten, unter den Sparten hat sich der Sozialdienst mit rund 60 % Anteil der Zivildienstpflichtigen gegenüber dem „Gedenkdienst“ und dem nach Zahlen verschwindenden Friedensdienst durchgesetzt, wobei die inhaltliche wie geographische Bandbreite des Sozialdienstes und die Streuung seiner Trägerorganisationen ungleich größer anzusetzen ist.

Tabelle Trägerorganisationen und Auslandsdienst gem. § 12b ZDG im Jahr 2000[2814]

Kategorie	**Rechtsträger (Kurzform)**	**Anzahl/Zivildienstpflichtige**
Gedenkdienst	*Gedenkdienst*, Wien Niemals Vergessen, Wien Verein für Dienste im Ausland, Innsbruck	**38**
Friedensdienst	Österreichische Friedensdienste, Graz Verein für Dienste im Ausland, Innsbruck	**0**
Sozialdienst	Informationsgruppe Lateinamerika, Wien Eine Welt – oberöst. Landlerhilfe, Linz Caritas der Diözese, Feldkirch (Vorarlberg) Freie Bildungsstätten auf anthroposophischer Grundlage, Wien Friedensdorf International, Steyr (OÖ) Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen, Wien Guatemala Initiative, Wien Jugend Eine Welt – Don Bosco Aktion Austria, Wien Österreichische Friedensdienste, Graz Institut für Intern. Zusammenarbeit, Wien Pfarre Frastanz, Vorarlberg Verein „Projekt Ladakh – Arge zur Unterstützung sozialer Einrichtungen in Indien“, Linz Provinz Österreich der Gemeinschaft der Missionsschwestern vom Kostbaren Blut, Wernberg (Kärnten) Red Cambodia Austria, Verein für Sozialprojekte P. Georg Sporschill SJ, Wien Verein zur Unterstützung von Waisenkindern, Wien Verein für Dienste im Ausland, Innsbruck Vides Austria, Innsbruck Österreichischer Entwicklungsdienst, Wien Österreichische Jungarbeiterbewegung, Wien	**62**

Die inhaltliche Bandbreite der anerkannten Auslandsdienste nach § 12b ZDG wirkt – wenigstens im Hinblick auf den Einsatzort Israel – im Sinne des „Gedenkdienstes“ widersprüchlich. In Israel finden sich neben von den „Gedenkdiensten“ auch zivildienstpflichtige Auslandsdiener, die – jeweils im Rahmen der Kategorie Sozialdienst – von der katholischen Pfarre Frastanz (Vorarlberg) in das österreichische Hospiz in Ostjerusalem zur Unterstützung des Beherbergungsbetriebes entsandt werden sowie von der *Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen* seit 1998 in palästinensische Gebiete entsandte

[2813] Dr. Helene Partik-Pablé, Die Freiheitlichen: Zivildienst nur im Ausnahmefall, In *Festschrift 20 Jahre Zivildienst in Österreich, 10 Jahre Zivildienst-Grundlehrgang*, herausgegeben vom Bundesministerium für Inneres, Wien, o.D. [1995], S. 119-121; die Vertreter von SPÖ (Robert Elmecker), ÖVP (Paul Kiss), Grünen (Severin Renoldner) und Liberalem Forum (Hans Helmut Moser) haben in ihren Stellungnahmen die Auslandsdienste nicht erwähnt.

[2814] Quelle: Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Norbert Darabos und GenossInnen an die Bundesministerin für Inneres betreffend „Zivildienst“ (Nr. 2692/J) durch Bundesministerin für Inneres Liese Prokop, dat. 28. April 2005 GZ 85.000/304-III/7/05; Anfragebeantwortung XXII.GP.-Nr. 2677/AB zu 2692/J sowie Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Haidlmayr, Freundinnen und Freunde an den Bundesminister für Inneres betreffend „außerordentlichen Zivildienst“ (Nr. 2792/J) durch Bundesminister für Inneres Ernst Strasser, Anfragebeantwortung XXI.GP.-Nr. 2754/AB zu 2792/J

sowie Zivildienstpflichtige, die ab dem Jahr 2000 von der *Vereinigung Freier Bildungsstätten auf anthroposophischer Grundlage in Österreich* nach Israel gesandt werden.[2815]

6.3.5 Gedenkdienst als Zivildienst-Ersatz

Der von Maislinger kreierte Begriff „Gedenkdienst" bezeichnet sowohl die Tätigkeit des einzelnen Zivildienstpflichtigen an der jeweiligen Einsatzstelle als auch einen (ursprünglich: den) Verein, der diese Tätigkeit als sog. „Träger(organisation)" organisiert und vermittelt. Seit 1992 hat sich dieser Begriff als Sammelbegriff für die Tätigkeit der Zivildienstpflichtigen von mittlerweile insgesamt drei Trägerorganisationen durchgesetzt und wird sowohl von allen drei Organisationen wie auch vom zuständigen Fachressort, dem Bundesministerium für Inneres, verwendet. In dieser Funktion dient der Terminus zur Abgrenzung von den Bereichen „Friedensdienst(e)" und „Sozialdienst(e)".

„Gedenkdienstpflicht" – Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen

Die Rubrik „Zur Lage" der in Basel erscheinenden Wochenzeitung *Jüdischen Rundschau Maccabi* diente Maislinger mehrmals jährlich als Forum für seine Überlegungen zur „Vergangenheitsbewältigung"[2816] im Allgemeinen und zum *Gedenkdienst* im Besonderen. In diesen als Meinungs-Kolumnen abgedruckten Beiträgen finden sich die wenigen Grundsatztexte Maislingers über den *Gedenkdienst*[2817] bzw. über den ‚angewandten *Gedenkdienst*' – die Kontextualisierung des *Gedenkdienstes* in aktuellen Fragen des Umgangs mit der Vergangenheit und mit Rechtsextremismus. Einer im Beitrag „Gedenkdienstpflicht" in der Jüdischen Rundschau Maccabi und in einem weiteren an gleicher Stelle erschienenen Kommentar „Oswiecim"[2818] formulierten schriftlichen Zielsetzung des *Gedenkdienstes* müsste er nichts hinzufügen, deklamierte Maislinger gegenüber einem Mitarbeiter 1997.[2819]

Im kurz nach Verabschiedung der Gesetzesnovelle veröffentlichten Beitrag „Gedenkdienstpflicht"[2820] führte Maislinger als zentrale Elemente an:

1. den pro-aktiven Gehalt des Gedenkdienstes,
2. die Handlungsalternative
2.1 zum bisher tradierten offiziellen Geschichtsbild gleichermaßen wie
2.2 zu vermehrten Erscheinungen neonazistischer Phänomene sowie
3. die Repräsentation dieses neuen Dienstes an ausländischen Holocaust-Gedenkstätten als Ausdruck des offiziellen österreichischen Geschichtsbildes, das sich zu diesem Zeitpunkt an der öffentlich bekundeten Beteiligung von Österreichern an nationalsozialistischen Verbrechen orientierte.

In diesem Beitrag betonte Maislinger mehrfach, dass *Gedenkdienst* eine Alternative zu den öffentlich diskutierten rechtsextremen und neonazistischen Vorfällen in Österreich wäre. Nach der einleitenden Anknüpfung an medial verbreitete Aktivitäten österreichischer Neo-Nationalsozialisten bemerkte Maislinger, „dass sowohl unsere zuständigen Politiker als auch Journalisten über die neue Möglichkeit zur Pflichterfüllung in ausländischen Holocaust-Gedenkstätten nicht berichtet haben". In seinem an die Schweizer jüdische Leserschaft adressierten Zeitungsartikel beschrieb er die gesetzliche Möglichkeit als „Ableistung einer alternativen Gedenkdienstpflicht". Die Alternative des *Gedenkdienstes* zum „neuen

---

[2815] Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Haidlmayr, Freundinnen und Freunde an den BM für Inneres betreffend „außerordentlichen Zivildienst" (Nr. 2792/J) durch BM für Inneres Ernst Strasser, Anfragebeantwortung XXI.GP.-Nr. 2754/AB zu 2792/J
[2816] Andreas Maislinger, „Vergangenheitsbewältigung", *Jüdische Rundschau Maccabi*, Nr. 42, 16. Oktober 1992
[2817] Andreas Maislinger, Gedenkdienstpflicht, *Jüdische Rundschau Maccabi*, 13. Februar 1992
[2818] Andreas Maislinger, Oswiecim, *Jüdische Rundschau Maccabi*, Nr. 48, 26. November 1992
[2819] Maislinger an [Jo]Hannes Ungar, dat. 16. Februar 1997 [AM]
[2820] Andreas Maislinger, Gedenkdienstpflicht, *Jüdische Rundschau Maccabi*, 13. Februar 1992

Rechtsextremismus“ strich Maislinger unter Bezugnahme auf ein Zitat in Hannah Arendts Standardwerk Eichmann in Jerusalem, in dem sie die „Hysterie von Schuldgefühlen“ als Flucht in Gefühle bezeichnet,[2821] erneut in einem weiteren Artikel heraus, wobei er den *Gedenkdienst* zugleich als Antithese zu den Ritualen, die nichts kosten und „mit keinem wirklichen Risiko verbunden“ sind, definierte:

> Die Arbeit in den Gedenkstätten leisten die Nüchternen, die anderen bleiben bei ihren gut klingenden Bekenntnissen. Sie wollen sich den tatsächlichen Herausforderungen eines Aufenthaltes in Oświęçim und der ständigen Auseinandersetzung mit dem Auschwitz nicht aussetzen und unterschreiben stattdessen einen Appell gegen Ausländerfeindlichkeit. Irgend etwas muss man tun, um ein besseres Gefühl zu haben. Eigentlich geht es immer wieder um die Befriedigung der Gefühle und nicht um die bewusste Aneignung von Zivilcourage.[2822]

In den Kontext der Handlungsalternative zum Phänomen des Rechtsextremismus stellte Maislinger schon seine frühen Bemühungen um eine österreichische Beteiligung an der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęçim. In einem Schreiben an die Redaktion eines Jugendmagazines formulierte Maislinger bereits 1981 seine Anregung, eine Handlungsalternative für Jugendliche zu den ansprechenden Formen der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus durch „Neu-Nazis“:

> Die „Neu-Nazis treiben es immer toller – an Jugendliche ansprechende Formen der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus fehlt es jedoch weitgehend. Besonders in Österreich! So scheint es jedenfalls. Aber vielleicht versucht Ihr da mal ganz locker einzusteigen? Eine Möglichkeit wäre unsere Arbeit in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und die geplante Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz.[2823]

Genau zehn Jahre zuvor fasste Joana Radzyner in einem Portrait Maislingers als Wehrdienstverweigerer die Entwicklung von Maislingers Konzeption als Resultat eines persönlichen Findungsprozesses in Zusammenhang mit der (österreichischen) Friedensbewegung und der eigenen Wehrdienstverweigerung zusammen:

> ... Und stieß in West-Berlin schließlich auf die „Aktion Sühnezeichen“, eine Vereinigung junger deutscher Christen, die gleichsam ersatzhalber die nur schwach vorhandenen Schuldgefühle ihrer Eltern für sich in Anspruch nahmen und mit ihnen leben lernten.
> Zum Programm gehört auch ein freiwilliger Bußedienst in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Maislinger griff die Idee auf: „Verweigern genügt nicht mehr.“ Anders als der Zivildienst in Österreich, den Maislinger als reinen Sozialdienst, wenn nicht Verteidigungsdienst nach Schweizer Muster begreift, entsprach dieser Einsatz seinen Vorstellungen von einem alternativen Friedensdienst. Denn Vergangenheitsbewältigung sei für ihn eine Grundvoraussetzung des Friedens.[2824]

„... es sei an der Zeit, aufzuräumen mit dem Mythos Österreichs als dem ersten Opfer des Hitler-Faschismus“, zitierte Radzyner Maislingers Motivation 1982. Zehn Jahre später formulierte Maislinger selbst in Anknüpfung an die Erklärung Vranitzkys zur Beteiligung von Österreichern an der Shoah und der daraus folgenden Verantwortung durch die Republik Österreich, dass der *Gedenkdienst* „im Sinne der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ einen ersten Schritt darstellte, „das verbale Bekenntnis durch konkrete Taten nach außen zu dokumentieren“.[2825] Im Kontext der „seit der Wende in Osteuropa in Mode gekommenen Entschuldigungen“ für Fehlverhalten während des Nationalsozialismus befasste sich Maislinger mit der Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers 1991. Mehr als ein Jahr nach der DDR wäre die Entschuldigung durch den österreichischen Bundeskanzler erfolgt, „als ob die Republik Österreich ebenfalls zum unfreien Ostblock gehört hätte“. „Mit ähnlichen Geschichtskonstruktionen“ wäre es der DDR und Österreich gelungen, sich aus der Geschichte herauszustehlen. Wiewohl Österreich „auch Opfer“ war, weil die Wehrmacht völkerrechtswidrig in Österreich einmarschierte, was vom

---

[2821] Arendt, Hannah, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen (1995). München: Piper. S. 298f.
[2822] Andreas Maislinger, Mutarbeit, *Jüdische Rundschau Maccabi*, 21. Januar 1993
[2823] Schreiben Maislingers während seiner Freiwilligentätigkeit bei der Aktion Sühnezeichen an das Jugendmagazin *hit* (Wien), dat. 4. Januar 1981 [AM]
[2824] Radzyner, Joana. Wehrdienstverweigerer Andreas Maislinger lebt alternativen Friedensdienst vor. Einsam unter Friedensengeln, (1982). profil..
[2825] Andreas Maislinger, Gedenkdienstpflicht, *Jüdische Rundschau Maccabi*, 13. Februar 1992

deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker „bis jetzt noch nicht eingestanden“ wurde, so Maislinger, waren Österreicher „jedoch, bezogen auf den Bevölkerungsanteil im Dritten Reich“ überproportional als Täter am Holocaust beteiligt gewesen.[2826] Von den *Gedenkdienst*-Bewerbern sollte Maislinger später, neben den publizierten Erinnerungen von Raul Hilberg, Ruth Klüger, Karl Stojka und Simon Wiesenthal die Lektüre eines einschlägigen Buches, das ein Netzwerk von aus Österreich stammenden hochrangigen Beteiligten am Massenmorden an den Juden rekonstruiert, verlangen: „Eichmann und seine Gehilfen sollte jeder zuhause haben!“.[2827]

Im zweiten von Maislinger als Beschreibung der Zielsetzungen des *Gedenkdienstes* bezeichneten Beitrag mit dem lakonischen Titel „Oswiecim“, thematisierte Maislinger die Instrumentalisierung von Auschwitz als Synonym, bei dem das konkrete Ereignis zu verblassen drohte. Besonders kritisierte er die von der *Österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz* gestaltete Länderausstellung Österreich, in der „Österreicher ausschließlich als Opfer und Widerstandskämpfer dargestellt“ würden, während sich „von der starken Beteiligung am Holocaust“ kein Wort fände. „Der Ort des Gedenkens wurde benützt, anstatt dass man ihm genützt hätte“, klagte Maislinger, der als Perspektive die Internationalisierung bzw. Europäisierung der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau vorschlug.[2828]

Im letzten Satz des Artikels „Gedenkdienstpflicht“ fasste Maislinger die Wesenselemente des *Gedenkdienstes* mit Schwerpunkt Alternative zum (Neo-)Nationalsozialismus als Repräsentation „öffentlichen Gedenkens an die nationalsozialistischen Verbrechen“ zusammen:

> Wenn sich die Medien **nicht weiter nur auf** die vermeintlichen Sensationen der **Ewiggestrigen** konzentrieren, sondern mir helfen, diesen Gedenkdienst bekannt zu machen, zweifle ich nicht daran, dass sich eine große Zahl junger Österreicher findet, welche sich zu diesem **öffentlichen Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen** verpflichten wollen.[2829]

Gesetzliche Rahmenbedingungen – Schwerpunkt Opfergedenken

Seit Inkrafttreten der entsprechenden Novelle des Zivildienstgesetzes mit Jahresbeginn 1992 wurde das Gesetz hinsichtlich der Ersatz-Zivildienste außerhalb der österreichischen Landesgrenzen mehrmals geändert bzw. ergänzt. Die erste Änderung erfolgte bereits 1994, als die Dauer des Auslandsdienstes von 12 auf 14 Monate erhöht wurde[2830] – parallel zur Verlängerung des ‚ordentlichen Zivildienstes’ im Inland, der aufgrund des großen Andrangs Zivildienstwilliger nach Abschaffung der Zivildienstkommission seit 1992 von 10 auf 11 Monate erhöht wurde.[2831]

Die nächste Änderung war von größerer Relevanz für den „Gedenkdienst“ und die anderen Auslandsdienste: Der Innenminister wurde per Gesetz ermächtigt, den Trägerorganisationen „jene Kosten, die ihnen durch den von Zivildienstpflichtigen [...] geleisteten Dienst erwachsen sind, bis zu dem Betrag zu ersetzen, der vom Bund im letzten Jahr in Vollziehung dieses Bundesgesetzes durchschnittlich für einen Zivildienstleistenden aufgewendet wurde“.[2832] Die Aufnahme dieser Passage bedeutete einerseits eine gesetzliche Ermöglichung des Kostenersatzes aus öffentlichen Budgetmitteln. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden vor allem seitens des Innenministeriums Subventionen an einzelne Rechtsträger aus freien Budgetansätzen finanziert; diese Subventionen hingen je ab vom Goodwill des jeweiligen

---

[2826] Andreas Maislinger, Entschuldigung, *Jüdische Rundschau Maccabi*, 27. August 1992
[2827] 2. Rundbrief an die Mitarbeiter vom 17. Juli 1995 [AM], vgl. Safrian, Hans, Die Eichmann-Männer (1993). Wien: Europa Verlag.
[2828] Andreas Maislinger, Oswiecim, *Jüdische Rundschau Maccabi*, Nr. 48, 26. November 1992
[2829] Andreas Maislinger, Gedenkdienstpflicht, *Jüdische Rundschau Maccabi*, 13. Februar 1992 [meine Hervorhebung]
[2830] ZDG-Novelle BGBl. 187/1994; Änderung in § 12b (1)
[2831] Eine kritische Auseinandersetzung mit der Zivildienst-Novelle 1994, die das Verhalten von Wehrpflichtigen während einer bestimmten Periode als Grundlage für die Länge des Zivildienstes der nachfolgenden Wehrpflichtigen festlegen sollte, siehe Legerer, Anton. „Erinnert an Sippenhaftung“. Am Beispiel der Zivildienstdebatte: Wie das Gewissen aus der Politik entfernt wird, (1994). S. 35.
[2832] ZDG-Novelle BGBl. 788/1996. Die Passage wurde dem § 12b als Absatz 5 angefügt.

Innenministers bzw. seiner Beamten und der Verfügbarkeit von Budgetmitteln. Im Falle des „Gedenkdienstes“ wurden zu Beginn für jeden Zivildienstpflichtigen, der diesen Dienst leistete, 100.000 ATS, d.s. 7.267,28 EUR Subvention gewährt.[2833] Mit der gesetzlichen Ermächtigung des Innenministers war zwar die Abhängigkeit vom Goodwill nicht aufgehoben, aber zumindest ein Budgetansatz geschaffen. Zugleich stellte dieser Gesetzespassus auch eine Rücknahme der Selbstverpflichtung der Republik Österreich zu diesen Diensten dar, indem sie 14 Monate Dienstzeit im Ausland kostenmäßig mit dem ‚ordentlichen' 11-monatigen Inlandszivildienst in Beziehung setzte bzw. ersteren Dienst hinsichtlich des Kostenersatzes relativ und absolut geringer einstufte als den ‚ordentlichen Zivildienst'. Die Lebenshaltungskosten für Auslandsdienste in westlichen Einsatzländern wie USA, Israel, Franzreich, Großbritannien, Niederlande etc. waren bereits 1992 höher als in Österreich – zudem war der Betrag durch die um drei Monate längere Dauer des Auslandsdienstes im Verhältnis zum Inlandsdienst auf 79 % gekürzt. Für die Finanzierung von Reise- und Lebenshaltungskosten in osteuropäischen Einsatzorten war der zugeteilte Kostenersatz ausreichend.

Die nächste Novellierung erfolgte Ende 1997 und umfasste die Ergänzung der bisherigen Gesetzesgrundlage einerseits um prozedurale Bestimmungen (betreffend die Modi der Freistellung von Zivildienstpflichtigen), andererseits um inhaltliche Definitionen. Erstmals wurden die seit 1992 aus der allgemeinen Formulierung entstandenen Auslandsdienste im Gesetzestext definiert und explizit angeführt:

> § 12b (4) [...] Der Dienst kann nur in Einrichtungen zum Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus (Gedenkdienst) oder im Rahmen von Vorhaben geleistet werden, die der Erreichung oder Sicherung des Friedens im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten (Friedensdienst) oder der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes (Sozialdienst) dienen. [...]
> (6) die Anerkennung kann auch mit Auflagen verbunden werden. Für Einrichtungen des Gedenkdienstes ist die Anerkennung mit der Auflage der Einhaltung eines vom Träger mit dem Antrag vorzulegenden „Dienstplanes für Gedenkdiener“ zu verbinden, der insbesondere die gebotene zeitliche Inanspruchnahme der Gedenkdiener sowie deren Verpflichtung zur schriftlichen Berichterstattung an den Bundesminister für Inneres im Wege der zuständigen österreichischen Vertretungsbehörde regelt.[2834]

Mit der Nennung an erster Stelle – vor Friedens- und Sozialdienst – fanden sowohl die Wortkreation Maislingers wie auch die inhaltliche Bedeutung des „Gedenkdienstes“ öffentliche Anerkennung. Andererseits fügt sich die Formulierung des Gesetzestextes in die bereits skizzierte Entwicklung des österreichischen öffentlichen Erinnerungsdiskurses, der nach – jedenfalls partieller – Aufgabe der absoluten Opferrolle Österreichs und kurzzeitiger Thematisierung der österreichischen Täterschaft nunmehr die Opfer der Verfolgung des Nationalsozialismus in den Vordergrund schiebt, und damit eine einseitige Personalisierung der Opfer betreibt – zulasten einer Thematisierung von Strukturen und Mechanismen und nicht zuletzt der Akteure der nationalsozialistischen Verfolgung. Diese gesetzliche Umdeutung transformierte das Gründungsmotiv des „Gedenkdienstes“ – die Thematisierung der Täterrolle Österreichs bzw. von Österreichern – in eine auf die Opfer beschränkte Zuwendung, die zugleich die Täterrolle der österreichischen Gesellschaft neutralisiert. Als Einsatzorte für „Gedenkdienst“ ausgeschlossen sind somit – jedenfalls bei strikter Auslegung des Gesetzestextes – alle Institutionen, die vor allem die Täter des Nationalsozialismus thematisieren, oder Institutionen, die strukturelle oder vergleichende Ansätze als Schwerpunkte der NS-Forschung oder -Vermittlung gewählt haben. In seiner öffentlichen Stellungnahme zum Gesetz begrüßte Maislinger die Gesetzesnovelle mit der Definition der drei Auslandsdienste. An der Definition des „Gedenkdienstes“ „nur mehr in Einrichtungen zum Gedenken an Nazi-Opfer“ störte ihn in dieser Stellungnahme nicht die Verschiebung des Akzentes weg von der (österreichischen) Täter(schaft) zu den Opfern, sondern dass mit dieser Formulierung Behinderten und Sozialeinrichtungen nicht mehr im Verständnis von „Gedenkdienst“ eingeschlossen

---

[2833] Vgl. Regierungsvorlage Nr. 458 der Beilagen zur ZDG-Novelle 788/1996, S. 14.
[2834] Novelle zum ZDG (1997)

wurden sowie die Universalisierung seiner Wortschöpfung „Gedenkdienst“.[2835] Eine weitere, deutlich negative Diskriminierung stellte die nunmehrige Forderung nach Vorlage eines Dienstplanes für die Bewilligung von Gedenkdienst-Einsatzstellen und nicht auch Friedens- oder Sozialdienst dar.

Im Zuge der Novellierung 1997 war erstmals die Freiheitliche Partei auf parlamentarischer Ebene auf die Auslandsdienste aufmerksam geworden. Deren Abgeordneter zum Nationalrat, der spätere Verteidigungsminister Herbert Scheibner führte die Ablehnung der FPÖ in seiner Wortmeldung bei der Debatte um das Gesetz vor dem Nationalrats-Plenum aus:

> Als der unentgeltliche Auslandsdienst eingeführt wurde – es war das ein internationales Abkommen –, wurde ausdrücklich ausgeschlossen oder zumindest kritisiert und nicht für gut gehalten, dass der unentgeltliche Auslandsdienst im Inland für den Zivildienst anerkannt wird, weil diese beiden Dienste ja überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Was damals befürchtet wurde, tritt nun ein: Fünf Jahre später wird genau das normiert, nämlich dass der freiwillige Auslandsdienst für den Wehrersatzdienst angerechnet wird.[2836]

Nach Wortmeldungen durch den ÖVP-Abgeordneten Karl Maitz, der Auslandsdiener mit dem Auslandsdienst österreichischer Soldaten im Rahmen von UN-Missionen verglich und sich vor allem auf das Sozialprojekt seitens der österreichischen katholischen Kirche in Rumänien als pars pro toto des Auslandsdienstes bezog (Hilfe für Waisen- und Straßenkinder)[2837], und durch SPÖ-Abgeordneten Emmerich Schwemlein, der Scheibners Ablehnung der Auslandsdienste vor allem auf die Einrichtungen des „Gedenkdienstes“ und des Friedensdienstes bezog[2838], mit deren Bestehen Scheibner „Probleme und Schwierigkeiten“ hätte, meldete sich Scheibner erneut zu Wort:

> Ich habe nichts gegen den Gedenkdienst, schon deshalb nicht, weil auch meine Familie durch den Nationalsozialismus verfolgt gewesen ist. Ich habe nichts gegen Sozialdienste im Ausland, und ich habe auch nichts gegen Friedensdienste im Ausland. Aber ich habe in meiner Rede – und das werden Sie mir zugestehen müssen, ohne mich und meine Fraktion zu diffamieren – auf die geltende Verfassungslage hingewiesen, und ich habe gesagt: Solange die Verfassungslage dergestalt ist, dass der Zivildienst ein ***Wehrersatzdienst*** ist, so lange soll er auch nur im Inland ausgeübt werden.[2839]

Der amtierende Bundesminister für Inneres Karl Schlögl (SPÖ) meldete sich während der Debatte ebenfalls zu Wort. In seiner Wortmeldung hielt der Minister fest, dass es sich bei den Auslandsdiensten um ein von nur wenigen Zivildienstpflichtigen in Anspruch genommenes Institut handelte. In impliziter Bezugnahme auf den „Gedenkdienst“ formulierte der Minister

> dass es einige Fälle gibt, in welchen dies notwendig und wichtig ist, um klar politisch Flagge zu zeigen und mit unserer Vergangenheit zurechtzukommen. Daher meine ich, dass wir den Zivildienst im Rahmen des Gedenkens an die Opfer des Faschismus und des Nationalsozialismus aufrechterhalten sollen. Ich halte den Zivildienst im Bereich des Gedenkdienstes, des Friedensdienstes und des Sozialdienstes auch im Ausland für sehr wichtig und gut, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)[2840]

Die knapp gehaltene Stellungnahme des Ministers lehnt sich an die Zuwendung zu den Opfern an. Die Phrase „politisch Flagge zu zeigen und mit unserer Vergangenheit zurechtzukommen“ deutet auf eine Instrumentalisierungsintention gegenüber dem „Ausland“ hin, von der seine Bewertung „sehr wichtig und gut“ abgeleitet wird. In den Erläuterungen zur im Innenministerium erstellten Regierungsvorlage findet sich in Form von gesetzlich zu verankernden verstärkten Kontrollmechanismen ein weiterer Hinweis auf eine Instrumentalisierung: es wäre eine „striktere Kontrolle insbesondere durch den Bundesminister für

---

[2835] Maislinger begrüßt gesetzliche Neuordnung für Gedenkdienst, APA071 5 II 0255, 12. November 1997 [AM]
[2836] Stenographisches Protokoll über die 104. Sitzung des Nationalrates, XX.GP vom 11. Dezember 1997, S. 156f.
[2837] Ebd., S. 164
[2838] Ebd., S. 163
[2839] Ebd. S. 166. [Hervorhebung wie Original]
[2840] Ebd., S. 162f.

auswärtige Angelegenheiten“ erforderlich, vor allem hinsichtlich der „Anerkennungsverfahren, der vorgesehenen Dienstleistungsbereiche und der Kontrolle der Auslastung der Zivildienstpflichtigen“.[2841]

Eine dramatische Wendung erfuhr die bis zu diesem Zeitpunkt allen Verzögerungen und Einschränkungen zum Trotz letztlich erfolgreiche gesetzliche und finanzielle Verankerung der Auslandsdienste nach dem Antritt der Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Innenminister Ernst Strasser. Eine erneute Novellierung des Zivildienstgesetzes noch im Jahr des Regierungsantritts 2000 brachte eine Zäsur hinsichtlich der oben zitierten gesetzlichen Finanzierungs-Ermächtigung des Innenministers bis zur Höhe des durchschnittlichen Aufwands für den „ordentlichen Zivildienst“ im Inland. Dieser Passus wurde ersetzt durch eine Ermächtigung des Innenministers,

> namens des Bundes einen gemeinnützigen, nicht auf Gewinn gerichteten Verein zu gründen und zu unterstützen. Ziel dieses Vereins ist es, die Auslandsdienste insbesondere finanziell zu fördern. Mitglieder können ausschließlich Gebietskörperschaften, gesetzliche Interessensvertretungen sowie gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften werden.“[2842]

Die Funktion des zwischen das Bundesministerium und den einzelnen Trägerorganisationen geschalteten Fördervereins ist nicht eindeutig festzumachen. Parallel zur Einrichtung des Fördervereins wurde für den ordentlichen Zivildienst eine Verwaltungsgesellschaft geschaffen, in die die Administration des Gesetzes ausgelagert wurde.[2843] In den Erläuterungen zur Regierungserklärung für die Novelle des Zivildienstgesetzes 2001 ist festgehalten:

> 1.7. Der Dienstleistung im Ausland, insbesondere im Rahmen des Gedenkdienstes, kommt hohe außenpolitische Relevanz zu. Die Absicherung dieses Dienstes im Rahmen budgetärer Erfordernisse soll in Zukunft in der auch haushaltsrechtlich bestmöglichen Weise erfolgen: Diesem Gedanken trägt die vorgeschlagene Regelung der Ermächtigung der Gründung eines Vereins zur Förderung des Auslandsdienstes Rechnung.[2844]

Am 28. Mai 2001 erfolgte schließlich die konstituierende Sitzung des *Vereins zur Förderung der Auslandsdienste i.S. des § 12b Zivildienstgesetz – Auslandsdienst Förderverein*. Der Verein begann spät und langsam mit seiner Arbeit, die Vereinstätigkeit selbst wurde von einer ausgelagerten Geschäftsstelle wahrgenommen, die Vereinsfunktionäre wurden aus Beamten der zuständigen Abteilung des Innenministeriums rekrutiert.[2845]

Der Innenminister berief sich im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage auf die von ihm selbst eingebrachte Novellierung. Die Anfrage der Grünen-Abgeordneten Theresia Haidlmayr über die Finanzierung der Auslandsdienste enthielt die Frage nach Verbindlichkeiten des Bundes gegenüber den Trägerorganisationen.[2846] Innenminister Strassers Antwort verdeutlichte die Interpretation der ZDG-Novelle 2001, wonach alle Trägerorganisationen für Auslandsdienste die Entsendung von Zivildienstpflichtigen als eigenes Risiko auf sich zu nehmen hatten und dass für Entsendungen ab 1. Januar 2001 ein Kostenersatz aus Budgetmittel gesetzlich nicht vorgesehen war:

[2841] Regierungsvorlage zur Novelle des ZDG 1997, Nr. 888 der Beilagen, S. 4

[2842] § 12b (8) in der Neufassung der Zivildienstgesetz-Novelle 2001; BGBl. 133/2000 vom 29. Dezember 2000, S. 1323. Die Grundzüge dieser Passage stammte aus dem Innenministerium und war bereits in der Regierungsvorlage (Nr. 338 der Beilagen/XXI.GP) enthalten. Die explizite und taxative Aufzählung der Mitglieder wurde von ÖVP- und FPÖ-Mitgliedern des parlamentarischen Innenausschusses in den Text reklamiert (Nr. 377 der Beilagen/XXI.GP Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten, gez. Werner Miedl, Anton Leikam, dat. 17. November 2000), während eine Initiative von sozialdemokratischen Abgeordneten auf Streichung dieser Änderung, weil sie befürchteten, „dass dadurch weniger Geld je Auslandsdiener zur Verfügung steht“, nicht mehrheitsfähig war. (vgl. Minderheitsbericht der sozialdemokratischen Abgeordneten im Ausschuss für innere Angelegenheiten gem. § 42 Abs. 4 GOG, Zu 377 der Beilagen/XXI.GP). In der Minderheit blieb auch ein Antrag der Abgeordneten der Grünen, Haidlmayr, wonach der Innenminister zum Kostenersatz für den Auslandsdienst verpflichtet werden sollte. (Stenographisches Protokoll XXI GP 44. Sitzung, S. 214)

[2843] ZDG-Novelle 2001. BGBl. 133/2000, 29. Dezember 2000, GP. XXI, § 54a

[2844] Erläuterungen zur Regierungsvorlage RV 338 Zivildienstgesetz-Novelle 2001 BGBl. 133/2000, 29. Dezember 2000, GP. XXI

[2845] Rundschreiben an alle gemäß § 12b ZDG anerkannten Trägerorganisationen, dat. 13. Juli 2001, gez. Dr. [Helmut] Prugger [AL]

[2846] Schriftliche Anfrage an den Bundesminister für Inneres 2792/J XXI.GP, dat. 13. Juli 2001

> Auf der Rechtsgrundlage von Kostenersätzen für Dienste gemäß § 12b ZDG, die vor dem 1. Jänner 2001 angetreten wurden (siehe § 76b Abs. 7 leg.cit.), können Verbindlichkeiten wohl für die Trägerorganisationen, etwa Rückzahlungsverpflichtungen, nicht jedoch auf Seiten des Bundes entstehen. Für Auslandsdienste, die ab dem genannten Datum angetreten wurden bzw. noch werden, besteht überhaupt keine gesetzliche Ermächtigung zum Kostenersatz.[2847]

Zwischen 1996 und 2000 war eine sogenannte „Kannbestimmung" im Gesetz festgeschrieben, wonach der Innenminister den Trägerorganisationen die Ausgaben bis zur durchschnittlichen Höhe jenes Betrages, der vom Bund selbst pro Zivildienstleistenden aufgewendet wurde, ersetzen konnte (aber dazu nicht verpflichtet war).[2848] Der zuletzt per Verordnung festgesetzte durchschnittliche Aufwand pro Zivildienstleistenden betrug ATS 138.991,80.[2849] Der Förderverein für Auslandsdienste übernahm diesen Betrag, abgerundet auf 10.000 EUR.[2850]

6.4 Privatrechtliche Konstituierung der Gedenkdienst-Organisationen

Seit Inkrafttreten der Novelle zum Zivildienstgesetz Ende 1991, mit der ein Auslandsdienst als Ersatz für den regulären Zivildienst im Sinne der von Andreas Maislinger konzipierten Form eines *Gedenkdienstes* ermöglicht wurde, wurden insgesamt drei Gedenkdienst-Trägerorganisationen gegründet. Die 1992, 1994 und 1998 gegründeten Vereine unterscheiden sich voneinander sowohl hinsichtlich ihrer Vereinsstruktur wie auch hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Zwei der drei Vereine (1992, 1998) wurden von Andreas Maislinger gegründet, der 1994 gegründete Verein wurde als Alternative zu und nach dem Vorbild von Maislingers erstem Verein im Umfeld der Sozialdemokratischen Partei, mit personeller Unterstützung durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB), der allerdings selbst nicht institutionell beteiligt ist, gegründet. Alle drei Vereine existieren bis in die Gegenwart parallel und – dank der Ausschließlichkeitsregelung seitens des Innenministeriums (an jedem Einsatzort soll im Wesentlichen nur ein Trägerverein fungieren) – in Konkurrenz zueinander. Allen drei Vereinen ist gemein, dass sie die Finanzierung der Auslandsdienste im überwiegenden Ausmaß der anfallenden Kosten (sowohl Reise- und Lebenshaltungskosten der Zivildienstpflichtigen wie auch die Kosten für die Administration des jeweiligen Trägervereins) aus dem Budget des Bundesministeriums für Inneres rückerstattet erhalten, während die Finanzierung der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* bis zur Gegenwart aus nicht-staatlichen, vor allem kirchlichen Budgets und Kollekten sowie Privatspenden bestritten wird. Während die österreichischen Einrichtungen mangels gesetzlicher Zahlungsverpflichtungen durch die öffentliche Hand von den Beziehungen zur jeweiligen politischen Leitung des Innenministeriums – und etwaigem Wohlverhalten gegenüber der jeweiligen Bundesregierung – abhängig sind, sieht sich die *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* der gesamtkirchlichen Instanz Evangelische Kirche in Deutschland verpflichtet und ist zudem vom öffentlichen Meinungsbild, der eigenen Reputation innerhalb wie außerhalb der kirchlichen Gemeinden und generell der wirtschaftlichen Lage abhängig. Sie steht in Konkurrenz zu anderen Spenden-werbenden Organisationen. Beide Finanzierungsmodelle haben für die jeweilige Trägerorganisation zur Folge, dass sie finanziellen Engpässen entweder in Form von Spendenaufrufen (v.a. ASF) oder politischer Meinungsmache (v.a. „Gedenkdienste") über Medien (v.a. Printmedien) oder parlamentarische Initiativen (etwa schriftliche Anfragen) entgegenarbeiten müssen.[2851] Im Falle der „Gedenkdienste" hat dies eine beachtliche Anzahl von Zeitungsmeldungen zur Folge, in deren Zentrum nicht die eigentliche inhaltliche Botschaft und die verschiedenen Projekte sondern die

---

[2847] 2754/AB XXI.GP, schriftliche Beantwortung durch Ernst Strasser, Bundesminister für Inneres
[2848] ZDG-Novelle 1996 (BGBl. Nr. 788/1996)
[2849] BGBl. II Nr. 84/2000., entspricht EUR 10.100,93
[2850] vgl. Rundschreiben an alle gemäß § 12b ZDG anerkannten Trägerorganisationen, dat. 13. Juli 2001, gez. Dr. [Helmut] Prugger [AL]
[2851] In jüngerer Zeit versuchte die ASF eine finanzielle Entschädigung durch die deutsche Bundesregierung zu erhalten. Vgl. Alexandra Föderl aus Berlin, Zehn Jahre Gedenkdienst im Ausland – 650 Österreicher im Einsatz, *DER STANDARD* 22. April 2002, S. 5.

Finanzierungsschwierigkeiten standen und stehen. Die Finanzierung des „Gedenkdienstes“ hat in der medialen Präsenz einen dominierenden Platz eingenommen.[2852]

Die Ableitung der Ideengeschichte des *Gedenkdienstes* in der Konzeption von Maislinger, die für alle drei Vereine grundlegend ist, folgte der *Aktion Sühnezeichen*. Die inhaltliche Ausrichtung ist allerdings in keinem der drei Vereine Gegenstand einer Deklaration, wie etwa dem Gründungsaufruf der *Aktion Sühnezeichen* 1958.

6.4.1 Verein Gedenkdienst 1992

Die organisatorische Gestaltung sowie die Benennung des *Gedenkdienstes* erfolgten nach der Verabschiedung der Zivildienstgesetz-Novelle Ende 1991. Von der Verabschiedung des gesetzlichen Rahmens für seine Initiative, die er vierzehn Jahre lang durchzusetzen versuchte, war Maislinger selbst überrascht worden.[2853] Nach Überlegungen über die Bezeichnung des Freiwilligen- bzw. Ersatzzivildienstes und früheren Plänen, als Träger die *Gesellschaft für politische Aufklärung* in Innsbruck heranzuziehen, wurde am 16. April 1992 ein neuer Verein namens *Gedenkdienst – Verein zur Leistung eines Gedenkdienstes an Holocaust Gedenkstätten* mit Sitz in Innsbruck (Tirol) gegründet. Als Gründungsmitglieder und Funktionäre gehörten dem Verein neben Maislinger, der die Obmann-Rolle einnahm, der Tiroler Abgeordnete zum Nationalrat und Gesundheits- und Behindertensprecher der Sozialdemokratischen Partei Mag. Walter Guggenberger als Stellvertreter und Schriftführer sowie der Beamte der Arbeitsmarktverwaltung und vormalige ÖVP-Bürgermeister der Tiroler Gemeinde Gries am Brenner Andreas Hörtnagl[2854] als Kassier und der Mitarbeiter des Tiroler Landesjugendreferats Hannes Gstir als Rechnungsprüfer an.[2855]
Die Statuten hielten als Vereinszweck fest:

> Der Verein Gedenkdienst ist bemüht, durch die Auswahl der zukünftigen Mitarbeiter den Gedenkstätten eine echte Hilfe anzubieten. Diese Auswahl geschieht in enger Absprache zwischen den Interessenten und den Gedenkstätten. Gedenkdienst kann je nach Ausbildung des Mitarbeiters und den Bedürfnissen der Gedenkstätte verschiedenste Arbeiten umfassen, von der Beteiligung an Gestaltungs- und Erhaltungsarbeiten über völkerverbindende Öffentlichkeitsarbeit im Sinne mahnenden Gedenkens und im Bemühen um Versöhnung mit den Opfern des Holocaust und deren Nachkommen, bis hin zur wissenschaftlichen Mitarbeit in Archiven.[2856]

In den ersten Flugblättern wurde die selbstgestellte Aufgabe des Vereins als geschichtspolitisches Postualt formuliert: „Konkrete Taten nach außen, die das Bekenntnis der Republik Österreich zur Verantwortung an den Geschehnissen des Holocaust dokumentieren, müssen gesetzt werden.“[2857]

Die Rekrutierung der ersten Zivildienstpflichtigen erfolgte über eine kurze Notiz im Nachrichtenmagazin *profil*.[2858] Ende Juni 1992 versammelte Maislinger alle Interessenten zu einem Informations- und

---

[2852] vgl. Typoskript Berichte über die Finanzierungsprobleme des Gedenkdienstes, Andreas Maislinger, o.D., pro Jahr scheinen darin etwa fünf Zeitungsmeldungen zur finanziellen (Not-)Lage des Gedenkdienstes, vor allem in den Zeitungen DER STANDARD (25./26. Juli 1992, 13. April 1994, 6./7. Mai 1995, 9. Mai 1995, 28. Juli 1997), Tiroler Tageszeitung (5., 25. August 1992, 4./5. Dezember 1993, 7./8. Dezember 1993, 13. April 1994, 28./29. Januar 1995, 30./31. August 1997), Salzburger Nachrichten (20. September 1993, 8. Juli 1996, 5. September 1997), Austria Presse Agentur (2. Juni 1992, 27. November 1994, 12. September 1997) auf.
[2853] Interview mit Dr. Andreas Maislinger am 17. Dezember 2001
[2854] Hörtnagl war zu regionaler Berühmtheit gelangt, weil er wegen seines Vorgängers im Amt als Bürgermeister der Tiroler Gemeinde Gries am Brenner, Jakob Strickner öffentlich eine Spende an Jad Vaschem leistete und für den Bürgermeister um Entschuldigung bat. Dieser hatte sich zuvor gebrüstet, dass er von der Flucht von Josef Mengeles nach 1945 informiert gewesen war. Hörtnagl nahm 1992 an einem deutschsprachigen Holocaust-Seminar in Jad Vaschem teil. Vgl. Guilt and Understanding. As Germans and Austrians come to grips with the Holocaust's meaning for Jews, they find themselves becoming isolated from their own peoples. *The Jerusalem Post Magazin*, Ernie Meyer, 8 January 1993, p 14f.; unter Transforming Guilt into Understanding auch in *The Jerusalem Post International Edition*. 23 January 1993, p. 14
[2855] Email-Mitteilung von Andreas Maislinger am 3 September 2002.
[2856] § 2c der Statuten des Vereins Gedenkdienst – Verein zur Leistung eines Gedenkdienstes an Holocaust-Gedenkstätten; Antrag auf Anerkennung als Träger eines Dienstes nach § 12b, dat. 22. Juni 1992, gez. Maislinger [Z BMI 50095/8]
[2857] Flugblatt *Projekt Gedenkdienst e.V.*, 11. Februar 1993; diese Formulierung wurde bis Ende 1994 beibehalten, vgl. Flugblatt *Gedenkdienst*, Dezember 1994 [AL]

Auswahlseminar im katholischen Bildungshaus St. Virgil, Salzburg. Prominenter Eröffnungsredner, der Maislinger in seinen Bestrebungen unterstützte, war der polnische Botschafter in Österreich, Władysław Bartoszewksi, vormals katholischer Publizist und politisch verfolgt sowohl während der nationalsozialistischen Okkupation Polens, wie auch unter dem späteren kommunistischen Regime.[2859] Vier Zivildienstpflichtige wurden während des für die Teilnehmenden kostenpflichtigen Seminars zum Einsatz in der israelischen Gedenkstätte Jad Vaschem, im polnischen Museum Auschwitz-Birkenau, im niederländischen Anne-Frank-Haus sowie in der tschechoslowakischen Gedenkstätte Theresienstadt bestimmt. Schon Anfang Juli 1992 lancierte Maislinger Meldungen vom Abbruch des *Gedenkdienstes* wegen der fehlenden Finanzierung.[2860] Im August 1992 präzisierte Maislinger gegenüber dem Innenministerium den Finanzierungsbedarf mit ATS 100.000 (EUR 7.267) pro Zivildienstpflichtigen.[2861] Das Innenministerium sollte die Finanzierung letztlich auch übernehmen. Der von Maislinger ebenfalls kontaktierte Außenminister Wolfgang Schüssel versicherte Maislinger zwar, dass er „das von Ihnen initiierte Projekt GEDENKDIENST sehr zu schätzen weiß", musste aber „zu meinem Bedauern" Maislinger „jedoch mitteilen, dass hiefür trotz größter Bemühungen keine budgetären Möglichkeiten gefunden werden konnten". Trotzdem wollte sich der Außenminister den Informationsfluss offen halten und ersuchte, eine dafür bezeichnete Abteilung des Außenamtes über die jeweiligen Einsätze zu informieren.[2862] Die Anerkennung als Trägerverein für den Auslandsdienst erfolgte im Juli 1992.[2863]

Im Herbst 1992 traten die ersten vier Zivildienstpflichtigen ihren *Gedenkdienst* an. Der Tiroler Georg Mayer, AHS-Lehrer für Geschichte und Englisch, war der erste „Gedenkdienstleistende" und arbeitete vom 1. September 1992 bis 31. August 1993 in der Gedenkstätte Museum Auschwitz. Zum Zeitpunkt seines Dienstantrittes war die Programmatik des *Gedenkdienstes* ebenso wenig definiert, wie die Finanzierung und administrative Abwicklung geregelt waren.[2864] Die Finanzierung konnte erst bei einer Besprechung mit Innenminister Franz Löschnak am 30. März 1993 – ein halbes Jahr nach der Entsendung von drei „Gedenkdienstleistenden" – sichergestellt werden.[2865] In den Ausführungen Stephan Schirls über seinen *Gedenkdienst* im Anne Frank Haus, Amsterdam ist von einer Finanzierungszusage bereits im August 1992 die Rede.[2866] Bernhard Schneider (erster Gedenkdienstleistender in der Gedenkstätte Theresienstadt) setzt die Finanzierungszusage mit „Ende 1992" an.[2867]

Mit den vier im Herbst 1992 begonnenen Stellen sah Maislinger sein Projekt abgeschlossen und wollte „auf keinen Fall um weitere finanzielle Unterstützung beim Innenministerium ansuchen", einzig die beiden neuen Stellen im U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. und im Anita Mueller-Cohen-Elternheim im israelischen Ramat-Chen wollte Maislinger – bei Sicherstellung der Finanzierung durch andere Quellen als das Innenministerium – noch anerkannt erhalten.[2868] Im interministeriellen Briefverkehr mit dem Außenministerium bekundete das Innenministerium, dass eine Subventionierung „nach Maßgabe vorhandener Budgetmittel ins Auge gefasst" würde. Im Hinblick auf die Finanzierung des Trägervereins, der über keine eigenen Ressourcen verfügte, würde „eine weitergehende

---

[2858] Walter Guggenberger, o.A., *profil* vom 24. Februar 1992.
[2859] Bartoszewski war auch als Vorsitzender eines einzurichtenden Gedenkdienst-Kuratoriums vorgesehen. Vgl. Ein Zeichen der Verantwortung. Erstmals Zivil-Ersatzdienst in Holocaust-Gedenkstätten möglich. In *Rupertusblatt. Kirchenzeitung der Erzdiözese Salzburg*, Nr. 21/47. Jg., 24. Mai 1992, gez. Baumgartner
[2860] vgl. Kein Geld für Gedenkdienst, *DER STANDARD* vom 6. Juli 1992; Was Wann Wohin: Andreas Maislinger, *profil* vom 6. Juli 1992
[2861] Maislinger an Sektionschef Wolf Szymanski, Bundesministerium für Inneres, dat. 21. August 1992 [AM]; nach der Verlängerung der Auslandsdienste ab 1995 wurde der Betrag pro Zivildienstpflichtigen um 20 % auf ATS 120.000 erhöht.
[2862] Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten an Maislinger, dat. 29. Juli 1992 [Zl.0.07.12/8-IV.1/92], gez. Wolfgang Schüssel [AM]
[2863] Bescheid des Bundesministeriums für Inneres, dat. 24. Juli 1992, Zahl: 50.095/12-IV/9/92, gez. Dr. Wieseneder [AM]
[2864] Vgl. Linsinger, Eva: Zivildienst als NS-Bewältigung. In: *Der Standard,* 25.-26. Juli 1992 sowie Legerer, Anton: „Betroffenheit allein hilft niemandem weiter!" In: *Die Furche*, 8. Juli 1993
[2865] Brief Maislingers an das BM für Inneres vom 28. 4. 1993 [WeHam G 10/3]. Darin ist der Betrag ATS 100.000/Zivildienstpflichtigen genannt.
[2866] Bundesministerium für Inneres (Hg.): *20 Jahre Zivildienst in Österreich*. Festschrift, Wien o. J. [1995], S. 73
[2867] Ebd S. 74-75
[2868] Maislinger an Peter Heindl, dat. 21. Dezember 1992 [Zahl 81816/1] [AL]

Subventionierung, insbesondere für Ausgaben im administrativen Bereich des Vereins, die budgetären Möglichkeiten des Innenministeriums übersteigen; das nicht zuletzt auch im Hinblick auf Beispielsfolgerungen durch andere Trägerorganisationen." Doch würden „Möglichkeiten und Wege untersucht, Herrn Dr. MAISLINGER für seine verdienstvolle Tätigkeit durch das Bundesministerium für Inneres zu unterstützen".[2869] Maislingers Funktion als Leiter des Vereins *Gedenkdienst* und später als Leiter des Vereins für Auslandsdienste blieb trotz dieser Ankündigung ohne finanzielle Abgeltung.

Die Entsendung der ersten Zivildienstpflichtigen durch den Verein *Gedenkdienst* wurde in den Medien, vor allem in den Qualitätszeitungen[2870], aber auch in Regionalzeitungen[2871] ausführlich rezipiert. Mit einem Beitrag über den „Gedenkdienstleistenden" im Amsterdamer Anne Frank-Haus gewann eine oberösterreichische Schülerin 1993 den vom *Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger* ausgeschriebenen Schüler-Wettbewerb „Zeitunglesen kann Dein Gewinn sein".[2872] Die Preisträgerin nahm zwei Jahre später als eine der wenigen jungen Frauen am Gedenkdienst-Programm teil.[2873]
Die Entwicklung des Vereins *Gedenkdienst* war, wenngleich nicht vorweg konzipiert, und von Finanzierungsschwierigkeiten gebremst, von einer rasanten Expansion der Einsatzstellen gekennzeichnet.[2874] 1997 hatte der Verein nach Maislingers Einschätzung mit etwa „10 Einsatzstellen unseren Schwerpunkt eindeutig in Ostmitteleuropa bzw. in ehemaligen sozialistischen Ländern" und „mit jeweils vier oder fünf Stellen in Westeuropa und Nordamerika und je zwei in Israel und Südamerika" einen „fast idealen Verteilungsschlüssel gefunden". Was noch fehlen würde, „ist eine stärkere Präsenz in Österreich und die Mitarbeit in zumindest einer deutschen Gedenkstätte".[2875]

1997 eskalierten vereinsinterne Querelen, die darin mündeten, dass Maislinger bei der Mitgliederversammlung am 30. Mai 1997 nicht mehr als Obmann bzw. Vorsitzender des Vereins wiedergewählt wurde. Möglich wurde die Abwahl durch die von Mitarbeitern eingeforderte und 1994 erfolgte Erweiterung des Mitgliederkreises von den vier oben genannten Gründungsmitgliedern auf alle *Gedenkdienst*-Teilnehmer. Die Verbreiterung der Mitgliederbasis und Einbindung „hochqualifizierter Mitarbeiter" war vom Innenministerium unterstützt worden.[2876] Ab 1994 wurden Mitarbeiter und Gedenkdienstleistende als Mitglieder in den Verein aufgenommen und in der Folge in Vorstandsfunktionen gewählt.
Solcherart basisdemokratisch organisiert, wurde bei der Generalversammlung vom 30. Mai 1997 ein Vorstand gewählt, der ausschließlich aus jugendlichen Aktivisten, Mitarbeitern und ehemaligen Gedenkdienstleistenden bestand. Maislinger war in seiner Funktion nicht wiedergewählt worden, so der von der neuen Führung bestellte Generalsekretär Johannes Ungar, weil er nicht rechtzeitig dafür sorgte, „dass Ausgaben durch entsprechende Einnahmen abgedeckt sind", weil Maislinger undemokratisch agierte, administrative Verpflichtungen gegenüber dem Innenministerium und der Tiroler

---

[2869] BM für Inneres an BM für auswärtige Angelegenheiten, dat. 31. August 1993, Zahl: 50 102/10-IV/9/93, gez. Dr. Wieseneder. [AL]
[2870] Zivildienst auch im Ausland möglich. Bundespräsident Klestil: „Gedenkdienst besonders eindrucksvolle Initiative", *Vorarlberger Nachrichten*, 23. März 1993; Bernhard Knoll: Bis in den Schlaf. Der Tiroler Georg Mayer arbeitet im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz als Zivildiener, *Die Presse – Spectrum*, 23. Mai 1993, S. Vf.; Ben Segenreich: Ein Wiener „Gedenkdiener" in Israel: Zivildiener in Auschwitz, Theresienstadt, Amsterdam und nun Jerusalem, *DER STANDARD*, 14. Juni 1993; Wolfgang Otter: Ein Jahr Dienst in Polen, um ein Zeichen zu setzen, *Tiroler Tageszeitung*, Nr. 175, 31. Juli/1. August 1993; Anton Legerer: „Betroffenheit allein hilft niemandem weiter!" In: *Die Furche*, 8. Juli 1993; Rainer Nikowitz: Seit heuer möglich: Zivildiener in ausländischen NS-Gedenkstätten. Neue Alternative zum Dienst mit der Waffe, *Kurier*, 6. März 1992, S. 12
[2871] 25jähriger Traisner ist im Holocaust-Einsatz, Vaclav Havel schickte Grußbotschaft. *Neue NÖN Lilienfelder Zeitung*, Nr. 51/1992, 16. Dezember 1992, S. 3; Gerald Schöffmann: Gedenkdienst: Die Alternative zu Bundesheer und Zivildienst, *Welser Rundschau* – Lambach, Nr. 40, 1. Oktober 1992; Botschafter der Wahrheit: Junge Menschen tragen mit dem Projekt Gedenkdienst an Holocaust-Gedenkstätten in aller Welt zu einem vollständigen Bild über Österreich bei, *Kirchenzeitung der Diözese Linz*, 12. Juni 1994
[2872] Vgl. Zeitunglesen kann Dein Gewinn sein, *Horizont Austria. Zeitung für Marketing, Werbung und Medien*, Nr. 21/93, 28. Mai 1993
[2873] Judith Pfeifer, Holocaust Memorial Center, Montreal, Kanada März – September 1995.
[2874] Vgl. Aufstellung im Anhang.
[2875] Maislinger an [Jo-]Hannes Ungar, dat. 16. Februar 1997 [AM]
[2876] so Kabinettschef Dr. Peter Heindl; Protokoll Telefonat mit Herrn Dr. Peter Heindl, 2. Mai 1994, gez. Anton [Legerer]

Gebietskrankenkasse vernachlässigte und weil seine Persönlichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Weg stand.[2877] Maislingers Darstellungen über die Beendigung seiner Führungsfunktion variieren. Ein Jahr nach seinem Ausscheiden führte er gegenüber der rechtsgerichteten FP-Wochenzeitschrift *Zur Zeit* aus, „dass man versucht hat, auf den Gedenkdienst [parteipolitischen] Einfluss auszuüben. Dies veranlasste mich aus dem ‚Verein Gedenkdienst' auszuscheiden und einen neuen, parteipolitisch völlig unbelasteten Verein zu gründen. Die Aufarbeitung der Vergangenheit darf nicht unter parteipolitischen Vorzeichen stattfinden, sei es die SPÖ, die ÖVP oder sonst eine Partei."[2878]

Bis zu dieser Umdeutung Maislingers, wonach er selbst aus parteipolitischen Gründen aus dem Verein ausgeschieden war, beeinspruchte er die Abwahl nach anfänglichem Akzeptieren.[2879] Über ein gutes halbes Jahr beschäftigte Maislingers Einspruch die Vereinsbehörden in Wien und Innsbruck, das Innen- sowie das Außenministerium und den Verein *Gedenkdienst* selbst.[2880] Nach Maislingers Einspruch bei der Vereinsbehörde in Innsbruck, in der die Rechtmäßigkeit des Zustandekommens der Mitgliederversammlung am 30. Mai in Salzburg in Frage gestellt wurde[2881], wurde der Verein handlungsunfähig und durch die angekündigte Aberkennung der Trägerschaft gem. § 12b durch das Innenministerium sowie durch drohende Exekutionsverfahren für ausstehende Verbindlichkeiten, vor allem bei der Tiroler Gebietskrankenkasse, bei der die Zivildienstpflichtigen sozialversichert waren, und schließlich durch den vorzeitigen Abbruch einiger Gedenkdienstleistender in seiner Substanz existenziell bedroht. Auf juristischer Ebene wurde über die Beauftragung eines Anwaltsbüros durch den neuen Vorstand versucht, eine behördliche Klärung über die Rechtmäßigkeit der Vorstandswahl zu erlangen.[2882] Um die unlösbar scheinende Pattsituation[2883] zu überwinden, beantragten der neue Vorstand und das Innenministerium beim Innsbrucker Bezirksgericht die Einsetzung eines „einstweiligen Sachwalters", der bis zur Abhaltung einer neuerlichen Generalversammlung die Geschäfte wahrnehmen sollte, was vom Bezirksgericht aber abgelehnt wurde.[2884] Für die Sicherung der inhaltlichen Arbeit wurde seitens des neugewählten Vorstands sogar eine mögliche Fusion mit dem Verein *Niemals Vergessen* erwogen.[2885] Parallel wurde damit begonnen, eine formaljuristische Parallelstruktur aufzubauen und ein *Verein zur Förderung der Auseinandersetzung mit dem Holocaust* als Auffangverein gegründet.[2886] Mit Jahresbeginn 1998 wurde schließlich die Verlegung des Vereinssitzes von Innsbruck nach Wien durch die Sicherheitsdirektion Tirol bestätigt.[2887] Erst nach diesem Bescheid konnte eine behördliche Amtsbestätigung über die rechtmäßigen Vereinsorgane die Handlungsfähigkeit des Vereins nach Außen dokumentieren.[2888] Als Obmann amtierte von nun an Sascha [Alexander] Kellner, als Vorstandsmitglieder Helmut Prochart, Dominik Walch, Christian Klösch, Sina Zwettler und Niko Wahl. Das neue Team war bereits bei einer weiteren Mitgliederversammlung am 28. November 1997 gewählt worden.[2889]

[2877] Fax: Mag. Johannes Ungar an Sektionschef Dr. Wolf Szymanski, Bundesministerium für Inneres, dat. 8. Juli 1997; ein vergleichbares Fax wurde tags zuvor an den Präsidenten des Nationalrates gesandt: Ungar an Dr. Heinz Fischer, dat. 7. Juli 1997 [GD]

[2878] Andreas Maislinger über Gedenkdienst, Opfertheorie und Extremismusforschung: „Wie in der DDR in den 60er Jahren" in der rechtsgerichteten, FPÖ-nahen Wochenzeitschrift *Zur Zeit*, Ausgabe 1.-7. Mai 1998, Nr. 18/98, S. 3, o.A.

[2879] vgl. *Austria Presse Agentur APA* vom 1. Juni 1997; Zivildienst: Rücktritt von Gedenkdienstgründer Andreas Maislinger: Richtungsstreit im Verein, *Tiroler Tageszeitung* vom 2. Juni 1997; Namen: abgewählt, *DER STANDARD*, 2. Juni 1997; Gedenkdienst, *Die Presse*, 2. Juni 1997.

[2880] Dreieinhalb Monate nach der umstrittenen Wahl vom 30. Mai 1997 erklärte Maislinger gegenüber der *Austria Presse Agentur*, „dass er sich das von ihm gegründete Projekt ‚Gedenkdienst' keinesfalls wegnehmen lassen wolle. Er sei nach wie vor Obmann des Vereins ..."; vgl. APA196 5 II 0335 AI/CI, Finanzierung für Gedenkdiener nun gesichert, 12. September 1997

[2881] Fax: Maislinger an Sicherheitsdirektion für das Bundesland Tirol, Simon Ainetter, dat. 10. Juni 1997 [GD]

[2882] u.a. wurde Maislinger mit einer Unterlassungsklage im Streitwert von ATS 300.000 (EUR 21.802) bedroht. Vgl. Schreiben der Rechtsanwälte Dr. Hansjörg Zink, Dr. Georg Petzer, Dr. Herbert Marschitz, Kufstein, an Maislinger, dat. 26. Juni 1997 [GD]

[2883] vgl. Anton Legerer, Neuer Vorstand des Gedenkdienstes: Differenzen, *Jüdische Rundschau Maccabi*, 19. Juni 1997

[2884] vgl. Beschluss des Bezirksgerichts Innsbruck, 2 Nc 46/97k, Abweisung des Antrags zur Bestellung eines Kurators bzw. Sachwalters gem. §§ 269ff ABGB bzw. § 11 AVG, dat. 26. August 1997, gez. Mag. Richard Obrist [GD]

[2885] Typoskript Chronologie der Ereignisse, o.A. [Johannes Ungar], o.D. [1997], Eintrag vom 3. September 1997 [GD]

[2886] Bescheid der Sicherheitsdirektion für Wien, Vereinsangelegenheiten, Zahl: IV-SD-1469/VVM/97, dat. 23. September 1997, gez. Hofrat Mag. Scherhak; der Verein war am 18. Juli 1997 angezeigt worden.

[2887] Bescheid der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Tirol, 28. Januar 1998, Zahl: Vr 9-3/98, gez. HR Mag. Knapp; noch im Oktober hatte die gleiche Behörde die Sitzverlegung abgewiesen; vgl. Sicherheitsdirektion, 15. Oktober 1997, Zahl Vr 410, gez. HR Mag. Knapp [GD]

[2888] Amtsbestätigung durch die Bundespolizeidirektion Wien, 17. Februar 1998, IV-Vr 477/b/VVM/98 1a57, gez. Hofrat Mag. Scherhak [GD]

[2889] Ebd.

Der Wahlkampf für die Nationalratswahl vom Oktober 1999 sollte nach der Regierungsbildung (ÖVP/FPÖ) im Februar 2000 den *Gedenkdienst* erstmals kritisch in die breite Öffentlichkeit bringen. Die Abgeordnete der nunmehrigen Regierungsfraktion FPÖ, Helene Partik-Pablé, stellte die Sinnhaftigkeit des „Gedenkdienstes" infrage: „Es ist nicht einzusehen, dass unsere Zivildiener Gedenktafeln in Jerusalem pflegen, wo man sie hierzulande dringend bräuchte, um ihren Dienst an Behinderten zu versehen."[2890] Dieser vor dem Plenum des Nationalrates wiederholten und verschärften Aussage – ergänzt um die Behauptung, „dass es immer noch einfacher und schöner ist, Gedenktafeln zu beaufsichtigen und Leute durch ein Holocaust-Museum zu führen, als in Österreich in einem Krankenhaus alten Leuten die Leibschüssel zu leeren, ihnen Strümpfe anzuziehen und so weiter."[2891] – war eine öffentlichkeitswirksame Aktion von *Gedenkdienst*-Mitarbeitern voraus gegangen: Nach einer Konzeption des Historikers und nachmaligen Obmannes von *Gedenkdienst*, Christian Klösch, traten *Gedenkdienst*-Mitarbeiter bei der Abschlusskundgebung der FPÖ am Wiener Stephansplatz am 1. Oktober 1999 während der Rede Jörg Haiders mit dem Transparent „1938 Gründe gegen Haider" in Anspielung auf das Jahr 1938, das sowohl das Jahr des so genannten „Anschlusses" Österreichs an das Deutsche Reich markiert, wie auch das über das ganze Deutsche Reich vollzogene Novemberpogrom vom 9./10. November 1938, und in Replik auf ein mit ausländerfeindlichen Parolen durchsetztes Flugblatt der FPÖ, mit dem zur Kundgebung eingeladen worden war, vor der Bühne unübersehbar in Erscheinung. In Publikationen der FPÖ wurde mehrfach ein Foto dieser Kundgebung veröffentlicht, das das *Gedenkdienst*-Transparent verfälscht als „1998 Gründe für Haider" wiedergibt.[2892] Diese offensichtliche Fälschung hatte international wie national das rege Interesse der Medien geweckt.[2893]

Die beiden FPÖ-Stellungnahmen können so gedeutet werden: die weiter oben zitierte Position von FPÖ-Klubobmann Scheibner war von einer generellen Ablehnung eines im Ausland geleisteten Wehr- bzw. Wehrersatzdienstes und implizit von einer Ablehnung der österreichischen Täterschaft, wie vom *Gedenkdienst* proklamiert, geprägt. Der unkonkrete Verweis Scheibners auf eine NS-Verfolgung seiner Herkunftsfamilie reklamierte in Ansätzen die Opferperspektive. Partik-Pablé verstärkte die Verschiebung auf die Opfer-Diskursebene, wobei in diesem Falle „Behinderte" und „alte Leute" in Österreich als die für Zivildienstpflichtige relevanten ‚Opfer' angeführt werden. Die *Gedenkdienst*-Arbeit in Israel war von Partik-Pablé unter Ausblendung der Gedenkdienst-Arbeitsstelle im Anita-Mueller-Cohen-Elternheim, ein Alters- und Pflegeheim für hochbetagte und pflegebedürftige Überlebender der nationalsozialistischen Verfolgung, und in dem – neben der Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem – ebenfalls Gedenkdienstleistende arbeiten, diskreditiert worden. Die ‚Pflege von Gedenktafeln in Jerusalem' setzte die Abgeordnete im österreichischen Inland verabreichten Leibschüsseln gleich und in unmittelbare Konkurrenz.[2894]

Nach der Angelobung der ÖVP/FPÖ-Regierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel positionierte sich der *Gedenkdienst*-Vorstand in der GEDENKDIENST-Zeitschrift als Antipode zur Regierung. Dabei verwendeten die namentlich zeichnenden Vorstandsmitglieder zeitgenössisches Vokabular (etwa „Schulterschluss"), das sie in zeithistorischen Bezug setzten, wobei sie zur Argumentation die Erwartungshaltung von Überlebenden und deren Nachkommen heranzogen und instrumentalisierten. Die öffentliche Stellungnahme enthielt eine passive Konstruktion des Selbstverständnisses als „Nachkommen der Tätergesellschaft". Wenngleich der entsprechende Satz als handelnde Personen „junge Menschen",

---

[2890] Wochenzeitschrift *News*, Nr. 14/2000 vom 6. April 2000, S. 2; zit. nach Klösch, Christian. „1938 Gründe gegen Haider" – „1998 Gründe für Haider". Bemerkungen zum wechselseitigen Verhältnis von FPÖ und Gedenkdienst, In Horváth, Legerer, Pfeifer und Roth (2002). 131-138, Fn 2

[2891] Stenographisches Protokoll der 24. Sitzung des Nationalrates XXI. GP.; zitiert nach Klösch, 2002, Fn 7

[2892] vgl. Zeitschrift *GEDENKDIENST* 3/99, Oktober 1999, S 1 – 2.

[2893] eine detaillierte Darstellung siehe Klösch, Christian. (2002) S. 131-138.

[2894] Eine Entgegnung durch einen „Gedenkdienstleistenden" wurde in der zu dieser Zeit regierungsfreundlichen Tageszeitung Die Presse abgedruckt. Vgl. Stefan Rotter, Gedenkdienst für Österreichs Ansehen, Gastkommentar in *Die Presse*, 19. April 2000, S. 2.

„wir“ und „die Nachkommen der Tätergesellschaft“ – vordergründig Tautologien des gleichen – enthält, bewirkt die Satzkonstruktion ein geradezu gegenteiliges Verständnis, sodass die Identifikation als „Nachkommen der Tätergesellschaft“ wie eine passive Zuschreibung, denn eine aktive Annahme seitens der Unterzeichner („wir“) wirkt.

> Durch die Mitarbeit von jungen Menschen an internationalen Holocaust-Gedenkstätten wollen wir ein Zeichen dafür setzen, dass die Nachkommen der Tätergesellschaft bereit sind, die Verantwortung, die aus der Zeit des Nationalsozialismus für die Gegenwart erwächst, zu erkennen und zu tragen. Junge Menschen haben dadurch die Möglichkeit, sich mit den Ereignissen der NS-Zeit und deren Auswirkungen bis in die Gegenwart auseinander zu setzen, um sich so in den politischen Diskurs einzubringen.
> Die Zweite Republik hat mit den ehemaligen Nationalsozialisten einen Schulterschluss vollzogen und die Rechte von Opfern der NS-Zeit zum Teil bis heute missachtet. Dafür tragen alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte dieses Landes Verantwortung, im besonderen die Großparteien SPÖ, ÖVP und FPÖ. Wir fordern daher alle gesellschaftlichen Kräfte auf, daraus die Konsequenzen zu ziehen und sich einer offenen Diskussion zu stellen. Diese Diskussion darf sich nicht in einem „Schuldgeständnis“ oder in der Rückgabe geraubten Vermögens erschöpfen. Was die Überlebenden des Holocaust und deren Nachkommen von Österreich und seinen Menschen erwarten, sind klare Antworten auf Fragen nach den Ursachen des Antisemitismus und des Rassismus, den historischen Wurzeln des Nationalsozialismus und seinem Fortwirken im Österreich der Zweiten Republik.[2895]

Den „Opfern eine Stimme zu geben“, so der Grundsatztext anlässlich der ÖVP/FPÖ-Regierungsbildung, stehe im Zentrum der Arbeit des *Gedenkdienstes*, die gegenwartsbezogen skizziert wurde („... den Problemen des wiederaufkeimenden Antisemitismus, des Rassismus sowie den Resten der nationalsozialistischen Geisteshaltungen in unserer Gesellschaft stellen, uns um Aufklärung und Entwicklung von Alternativen bemühen und am Aufbau einer offenen und humanistischen Gesellschaft mitwirken“). In der gleichen Ausgabe der Vereinszeitschrift wurde von Obmann Sascha Kellner die drohende finanzielle Austrocknung des *Gedenkdienstes* durch den Bundesminister für Inneres, Ernst Strasser, thematisiert. *Gedenkdienst* würde „zum Gradmesser für die Glaubwürdigkeit dieser neuen Regierung“.[2896] Die Finanzierungsprobleme konnten für den Verein *Gedenkdienst* und die beiden anderen Trägerorganisationen trotz Budgetkürzungen im Laufe des Jahre 2001 gelöst werden. Als Nachwirkung für den Gegenwind, den die Position und Arbeit des *Gedenkdienstes* ab Ende 1999 durch die politische Rolle und Funktion der FPÖ erfahren hatte, blieb für kurze Zeit das öffentliche Auftreten des Vereinsvorstands.[2897]

Wenige Jahre zuvor wurde die Fokussierung auf die (jüdischen) Opfer zwar bewusst reflektiert, im Vordergrund stand allerdings die Internalisierung der (Täter-)Rolle Österreichs und der Österreicher. Der Gegenwartsbezug wurde aus dieser Perspektive als Ergebnis von „Verdrängung“ und daraus folgend „Geschichtslosigkeit“ hergestellt. In diesem Sinn wurde noch 1995 unter den Vereinsaktivisten diskutiert. Die im Folgenden zitierte Meinung eines „Gedenkdienstleistenden“ ist repräsentativ für den Zugang der ersten Jahrgänge der Gedenkdienstleistenden:

> Ich glaube immer mehr, dass wir in Österreich einen Dialog starten müssen, um den Holocaust in unser Geschichtsbild zu verankern, und auf Grundlage eines Bewusstseins der Vergangenheit neu mit unserem Land zu leben. Viele sehen alle Holocaust-Issues nur im Licht einer Versöhnung mit den Juden. Ich denke, was in Österreich und durch Österreicher nach 1938 geschehen ist, hat sehr viel mit uns selbst und mit Österreich zu tun. Es ist fast ein persönliches Trauma, das in der Geschichte unserer Großeltern und Eltern ist, und vielleicht auch noch in uns selbst. Solange wir es leugnen, sind wir gezwungen, von ihm beherrscht zu werden. Das Verdrängen führt zur Geschichtslosigkeit, und die zu einem Phänomen wie Haider, der nicht nur Fremdenhasser ist, sondern auch eigentlich und zutiefst Österreichhasser. Nur die Geschichtslosigkeit, die wir durch Verdrängung erzeugen, macht ihn möglich.

[2895] Norbert Hinterleitner, Sascha Kellner, Christian Klösch, Stephan Sturm, Johannes Thaler, Sina Zwettler, Gedenkdienst: Stellungnahme zur neuen Bundesregierung, *GEDENKDIENST* 1/2000, März 2000, S. 1

[2896] Sascha Kellner, Österreich bankrott – Gedenkdienst vor dem Aus? Innenministerium plant Ausgabenkürzung, Gedenkdienstleistende vor dem finanziellen Ruin, In *GEDENKDIENST* 1/2000, März 2000, S. 7.

[2897] Vgl. Symposium zu NS-Medizin-Verbrechen, *DER STANDARD*, 25. Mai 2001; Obmann Sascha Kellner wird in dieser Kurzmeldung zitiert, „man habe ‚gerade in Bezug auf den Fall Heinrich Gross ein Zeichen setzen wollen‘“.

> Wir sind ein Beitrag zum Leben mit Geschichte, auch wenn es wehtut. In diesem Sinne sehe ich eigentlich alle unsere Aktivitäten.[2898]

Eine Institutionalisierung des geforderten „Dialogs" in Österreich zur Verankerung des Holocaust „in unser Geschichtsbild" ist in Ansätzen erfolgt. Seit der Gründung des Vereins finden jährlich Tagungen statt, die Teilbereiche der NS-Forschung thematisieren. Das Auditorium dieser Veranstaltungen verblieb allerdings zumeist innerhalb der vereinsinternen Klientel, Gedenkdienst-Kandidaten, für die der Besuch der Tagungen Teil der Vorbereitung auf ihren Einsatz ist.

6.4.2 Verein „Niemals Vergessen (1994)

Der Verein *Niemals Vergessen – Verein für die Förderung von Holocaust-Gedenkstätten* wurde 1994 im Umfeld der österreichischen Arbeitnehmerbewegung (Österreichischer Gewerkschaftsbund und Kammer für Arbeiter und Angestellte) gegründet. Der bis zu 24 Mitglieder umfassende Vorstand[2899] setzt sich aus Gewerkschaftsfunktionären (so der Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Gastgewerbe und persönliche Dienste, zugleich Vorsitzender des Vereins, Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), Gewerkschaftsfunktionär der Eisenbahner, der Bundesjugendsekretär der Österreichischen Gewerkschaftsjugend, ein Funktionär der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, der Bundesbildungssekretär des ÖGB, Zentralsekretärin der Gewerkschaft der Privatangestellten) und Beschäftigten und Funktionären der Kammer für Arbeiter und Angestellte sowie Repräsentanten von Opfergruppen (ein Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde und des Kulturvereins österreichischer Roma) und PolitikerInnen (vor allem aus der SPÖ, aber auch aus der ÖVP) zusammen. Ein Kuratorium umfasst u.a. den ehemaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky, den Schauspieler Fritz Muliar, die Schauspielerin Brigitte Neumeister, den Politologen Anton Pelinka, den kaufmännischen Direktor des Österreichischen Rundfunks, den Vorsitzenden des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und je einen Nationalratsabgeordneten von SPÖ, Grünen und ÖVP.[2900]

Das in Vorstands- und Kuratoriumsfunktionen aufscheinende Netzwerk aus der Arbeiterbewegung tritt in der Öffentlichkeit im Zusammenhang von „Niemals Vergessen" nicht in Erscheinung. In der Öffentlichkeit ist dieser Verein weitgehend unbekannt. Selbst der in seiner Funktion als Kabinettschef des Innenministers mit den Auslands- und „Gedenkdiensten" befasste Peter Heindl konnte sich an diesen Verein nicht erinnern.[2901] Der Verein wird nach Außen von seinem Vorsitzenden Rudolf Kaske (Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Gastgewerbe und persönliche Dienste) und Geschäftsführer Hannes Schwandter (Berufsschuldirektor) vertreten, die Vereinsadresse ist identisch mit der Adresse der Zentrale des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Wien.

Als Zweck des Vereins ist in den Statuten festgehalten:

> die Errichtung, Verwaltung und Erhaltung von Gedenkstätten über den Holocaust zu fördern, u.z.w. durch geeignete Mitarbeiter die entsprechenden erforderlichen Arbeiten, einschließlich wissenschaftlicher Forschungsarbeiten an Ort und Stelle im Sinne mahnenden Gedenkens und im Bemühen um Versöhnung mit den Opfern des Holocaust und deren Nachkommen zu leisten.[2902]

Die Inhalte decken sich mit den Gründungsstatuten des von Andreas Maislinger gegründeten Vereins *Gedenkdienst*, die Formulierung ist jedoch viel kürzer und weniger eindeutig. Die identifikatorische

---

[2898] *Rund-Email des Gedenkdienstleistenden im Leo Baeck Institute NY Matthias Krön*, Kurze Message aus New York, dat. 31. März 1995 [AL]
[2899] § 11 (1) der Statuten vom 4. Juni 1998 [www.gedenkdienst.com/verein-info/statuten1.htm; erhoben 24. Dezember 2000]
[2900] Vorstand vom 27. April 2000 [www.gedenkdienst.com/vorstand/vorstand.htm; erhoben 24. Dezember 2000]
[2901] Interview mit Dr. Peter Heindl am 18. September 2002 in seinen Diensträumen im Bundesministerium für Inneres.
[2902] § 2 (2) der Statuten vom 4. Juni 1998 [www.gedenkdienst.com/verein-info/statuten1.htm; 24. Dezember 2000]

Leistung ‚Täter' lässt sich wie bei Maislingers Formulierung ebenfalls nur implizit erschließen, über das „Bemühen um Versöhnung mit den Opfern".

Als Einsatzorte bietet dieser Trägerverein ausschließlich Gedenkstätten in Polen und Deutschland an. Trotz der weitgehenden Verankerung in der Gewerkschaft und der Kammer für Arbeiter und Angestellte, die über jeweils gut entwickelte Kommunikationsnetzwerke verfügen, hat der Verein Schwierigkeiten mit der Rekrutierung von Zivildienstpflichtigen. Das lässt sich aus der Schaltung von Zeitungsannoncen schließen, wie sie von den beiden anderen „Gedenkdienst"-Trägervereinen nicht beobachtet werden konnte.[2903]

6.4.3 Verein für Dienste im Ausland nach § 12b Zivildienstgesetz (1998)

Noch vor der vereinsbehördlichen Klärung zugunsten des neuen *Gedenkdienst*-Vorstands gründete Maislinger Ende 1997 erneut einen Trägerverein – den Verein für Dienste im Ausland nach § 12b Zivildienstgesetz mit Sitz in Innsbruck.[2904] Wie bei der ersten Vereinsgründung 1992 schienen nur wenige Proponenten auf. Neben Andreas Maislinger war Andreas Hörtnagl erneut Gründungsmitglied. Als drittes Mitglied fungierte erstmals Heinz Mayer[2905], Präsident des *Bundes der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol* und Ehrenpräsident des *Bundesverbandes österreichischer Widerstandskämpfer*.[2906]
In seinem neuen Trägerverein erweiterte Maislinger die inhaltliche Bandbreite auf alle drei mit der Gesetzesnovelle 1998 gesetzlich definierten Bereiche und begann neben dem „Gedenkdienst" auch Friedens- und Sozialdienst als Auslandsdienste für Zivildienstpflichtige anzubieten. Für den Bereich „Gedenkdienst" berief sich der neue Trägerverein auf die bereits angeführte Erklärung von Bundeskanzler Franz Vranitzky in Jerusalem 1993: „Die Intention des Gedenkdienstes ist es, das Eingeständnis der Mitschuld Österreichs am Holocaust zu betonen, und uns allen unsere Verantwortung bewusst zu machen, für ein „Nie wieder" zu kämpfen. (Auszug aus der Rede des früheren österreichischen Bundeskanzlers, Franz Vranitzky, in Jerusalem, Juni 1993)."[2907]

Bei seinem Versuch, in dem von ihm begründeten Bereich *Gedenkdienst* erneut Fuß zu fassen, sah sich Maislinger jedoch mit Hindernissen konfrontiert. So war das von Maislinger 1992 als erster Einsatzort mit einem Zivildienstpflichtigen beschickte Museum Auschwitz-Birkenau in der Zwischenzeit vom Verein „Niemals Vergessen" übernommen worden, der insgesamt sechs Stellen im Museum beantragt und bewilligt erhalten hatte. Der österreichische Generalkonsul in Krakau, der seitens des Wiener Außenministeriums die entscheidende Vertretung vor Ort für die Beurteilung der Zweckmäßigkeit der beantragten Einsatzstelle darstellte, wollte einen „darüber hinausgehenden Bedarf an Zivildienstleistenden, der durch den ‚Verein für Dienste im Ausland' des Herrn Dr. Andreas Maislinger abgedeckt werden müsste", nicht erkennen.[2908] Maislinger seinerseits kontaktierte eine ob der unterschiedlichen Darstellungen über die Legitimität der Trägervereine irritierte Einsatzstelle des bis Mitte 1997 von ihm geleiteten Vereins *Gedenkdienst* mit einer verfälschten Darstellung über die Gründe, warum er nunmehr mit einem neuen Verein aufträte: „The association's name had to be changed, in order to suit the law's new definition of the notion of ‚Gedenkdienst'."[2909]

[2903] vgl. DER STANDARD, 19./20. Mai 2001; 30. Juni/1. Juli 2001; DER STANDARD ist eine überregionale österr. Qualitätstageszeitung.
[2904] Maislinger an Bundesminister Karl Schlögl, dat. 29. Dezember 1997 [AM]
[2905] Heinz Mayer, 1917-1999, beteiligte sich vor dem ‚Anschluss' Österreichs 1938 in der *Vaterländischen Front* und der *Frontmiliz*, nach dem ‚Anschluss' war er Mitglied der ersten Tiroler Widerstandsgruppe *Freies Österreich*. Mayer folgten Burkhart Seier und Michael Prochaska nach.
[2906] Bestandsbescheinigung durch die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Tirol, dat. 17. Februar 1998 [Zahl Vr 842/97] [AM]
[2907] www.gedenkdienst.org/deutsch/about.php, 26. Dezember 2000.
[2908] Generalkonsul Dr. Alfred Längle an die Vizedirektorin des Museums, Mag. Krystyna Oleksy, dat. 25. März 1998 [Zl 59.080/9/98]
[2909] Maislinger an Spiro Institute, dat. 25. Februar 1998; die Ablehnung einer weiteren Zusammenarbeit mit Maislinger erfolgte am darauffolgenden Tag. The Spiro Institute, Nitza Spiro an Verein für Dienste im Ausland, Andreas Maislinger, dat. 26. Februar 1998 [AL]

Mit der Präsenz in allen drei als Zivilersatzdienst im Ausland vorgesehenen Bereichen – Gedenk-, Friedens- und Sozialdienst – und mit Maislingers Engagement rund um das Geburtshaus Adolf Hitlers in Braunau (Oberösterreich), für das er das Konzept "House of Responsibility"[2910] kreiierte, trat der Bereich *Gedenkdienst* innerhalb des *Vereins für Dienste im Ausland nach § 12b Zivildienstgesetz* zunehmend in den Hintergrund und verlor an Öffentlichkeitswirksamkeit.

[2910] Vgl. www.hrb.at

Conclusio

Nach Dariuš Zifonuns soziologischer Analyse der Gedenkstätten *KZ-Gedenkstätte Dachau* und *Topographie des Terrors* in Berlin ist der deutsche Erinnerungsdiskurs als gesellschaftliche Reaktion auf die Zuschreibung von Schuld für die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verstehen. Diese Schuldzuschreibung gefährdet einerseits die deutsche Identität, andererseits erweist sich die ‚Bearbeitung' der Schuldzuschreibung im Erinnerungsdiskurs „auch als besonders produktiv für die Identitätskonstruktion, in der Gedenkstätten als Problemlösungen fungieren". Zwei Teildiskurse erkennt Zifonun als identitätsstiftend: den Betroffenheitsdiskurs und den Aufarbeitungsdiskurs. Erinnerungsdiskurse um Gedenkstätten tragen so zur Konstruktion nationaler – und auch religiöser, ‚humanistischer' und lokaler Identitäten bei.[2911]

Die *Aktion Sühnezeichen* repräsentiert einen vergleichbaren Erinnerungsort wie eine Gedenkstätte, ja hat sich sogar in den ersten zehn Jahren ihrer Existenz in ihrer Handlungsanleitung über die Errichtung von Bauwerken (Mahnmalen i.w.S.) definiert, sich ab Mitte der 1960er Jahre mit Erhaltungs- und Renovierungsarbeiten an originären Gedenkstätten vormaliger Deportations- und Konzentrationslager befasst, schließlich ab den 1980er Jahren eine Plattform (zunächst bundes-)deutscher Gedenkstätten aufgebaut. Die von Zifonun hergeleiteten identifikationsbildenden Achsen aus Betroffenheits- und Aufarbeitungsdiskurs lassen sich auf die *Aktion Sühnezeichen* als Institution annäherungsweise beziehen. Diese Diskursstränge lassen sich vor allem in der Binnenperspektive, also innerhalb der *Aktion Sühnezeichen* beobachten und nachzeichnen. Weniger erfolgreich verläuft der Versuch einer Rekonstruktion einer (inter-)aktiven Teilnahme an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über den Nationalsozialismus und seine Impliktionen. Als eine Einrichtung, die unter dem Motto der Versöhnung mit vormaligen Gegnern die Nachwirkungen des Nationalsozialismus thematisiert, erscheint die *Aktion Sühnezeichen* als eine latent wirkende gesellschaftliche Kraft, getragen von einem spezifischen Milieu. Die in dieser Arbeit rekonstruierte Entstehungs- und Institutionengeschichte legt für den Bereich der BRD die Beteiligung institutionalisierter Akteure aus Staat, Bundesländer und (vor allem) Evangelischer Kirche, aber auch informeller Kräfte wie nach 1945 nachwirkende Netzwerke der Widerstandsbewegungen *Bekennende Kirche* und *Kreisauer Kreis* offen, die die *Aktion Sühnezeichen* als Medium für unterschiedliche, zum Teil konkurrierende, zum Teil in sich ambivalente Interessenslagen nutzten. In der DDR war die *Aktion Sühnezeichen* in ihrer inhaltlichen Ausformung einerseits von den bis zur Ausgrenzung reichenden Restriktionen des totalitären Regimes, andererseits über weite Strecken von der Persönlichkeit des Gründers Lothar Kreyssig bestimmt. Die tragenden Kräfte der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR standen ihrem Selbstverständnis nach bis etwa Mitte der 1970er Jahre mehrheitlich in Opposition zum SED-Regime.

Die Gründung der *Aktion Sühnezeichen* hängt ursächlich mit der evangelisch-konservativen Opposition gegenüber den Nationalsozialismus zusammen. Diesen Schluss lassen die vielfältigen personellen Verbindungen der *Aktion Sühnezeichen* gleichermaßen zum konservativen – vor allem aristokratischen – Widerstand gegen den Nationalsozialismus (bzw. deren Angehörigen), die fast alle nach Ende des 2. Weltkrieges ihre Güter und früheren (ostdeutschen) Wohnsitze verloren hatten, wie zur Bekennenden Kirche zu. Als Beleg sei die frühe Korrespondenz zwischen Lothar Kreyssig und Paul Graf Yorck von Wartenburg 1952 – sechs Jahre vor der eigentlichen Gründung – angeführt. Unter den maßgeblichen Unterstützern finden sich in der Folge zahlreiche Vertreter der Bekennenden Kirche und des aristokratischen Widerstandes, die ihre Kontakte zur Projektvermittlung (Paul Graf Yorck von Wartenburg, Ernst Wilm) und großzügige Finanzmittel aus ihnen zur Verfügung stehenden Geldtöpfen Dritter (Hermann Kunst, Kurt Scharf, Ernst Wilm) – oder auch aus eigenem Einkommen bzw. Vermögen (Hans Graf von Lehndorff, Eva von Heydebreck) in die *Aktion Sühnezeichen* investierten und zum Teil

[2911] Zifonun, Dariuš, Gedenken und Identität. Der deutsche Erinnerungsdiskurs (2004). Frankfurt/New York: Campus.

auch als Vereinsfunktionäre (Franz Freiherr von Hammerstein als Wegbegleiter von der Gründung bis in die Gegenwart, Ehrenvorsitzende Freya von Moltke, Vorsitzende Margarethe von Trotha, Kurt Scharf als Vorsitzender und Ehrenvorsitzender) fungierten.

Die *Aktion Sühnezeichen* lässt sich so als Schnittmenge der Netzwerke Bekennende Kirche und ostdeutsch-aristokratischer Widerstand darstellen. Die tendentiell konservative Grundausrichtung beider Netzwerke[2912] konfligierte mit der operativen Entwicklung der *Aktion Sühnezeichen*, die eher eine Nähe zu den linken Flügeln in Kirche und Politik erkennen ließ und jedenfalls im Sinne eines breiten Verständnis zeitgenössischen Versöhnungspotenzials den Kontakt zu kommunistischen Regimes aufnahm und pflegte. Ab Mitte der 1960er Jahre entwuchs dieser Ambiguität ein Konflikt mit Amtsträgern vor allem aus der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der schließlich Ende der 1960er Jahre zu einer engeren Anbindung an die Amtskirche führte, zugleich der *Aktion Sühnezeichen* aber ermöglichte, nach dem Ausscheiden Kreyssigs aus den wichtigen überregionalen kirchlichen Funktionen und aus der westlichen Führung der *Aktion Sühnezeichen* (1961) erneut Einfluss auf die innerkirchliche Meinungsbildung auszuüben bzw. ab den 1970er Jahren als Vorreiter für die Positionierung der Evangelischen Kirchen hinsichtlich Kriegsdienstverweigerung und Friedensbewegung zu fungieren.

Die *Aktion Sühnezeichen* kann einerseits als geistig-ideologische ‚Nachwirkung' des in concreto gescheiterten konservativen Widerstands gegen den Nationalsozialismus und der Bekennenden Kirche, andererseits als ‚Vorfrontorganisation' der Evangelischen Amtskirche bezeichnet werden, die vor allem das Feld der Jugendarbeit und der Weiterbildung und Informationsplattform für Pastoren und Pfarrer hinsichtlich eines kritischen Umgangs mit der deutschen nationalsozialistischen Vergangenheit und der postulierten Notwendigkeit von Versöhnungsarbeit abdeckt. Eine darüber hinausgehende gesellschaftliche Verankerung als „Experte im Erinnerungsdiskurs" ist der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* nicht gelungen, zu sehr beruhten die projektorientieren Beziehungen innerhalb wie außerhalb Deutschlands auf persönlichen – personenbezogenen – Kontakten, die eine Institutionalisierung nur in Ausnahmefällen ermöglichten (etwa in der langjährigen Verbindung zur *Cathedral of Coventry*).

Weniger im soziologischen Sinn als in moralischer Hinsicht – und wohl besonders in der Selbstwahrnehmung – zählen die Gründer und Wegbegleiter der *Aktion Sühnezeichen* zu einer Art ‚alternativen Elite', einer Elite aus vornehmlich konservativen Protestanten, zum Teil aus aristokratischen und nach 1945 aus Ostgebieten vertriebenen Familien, die während des Dritten Reiches in Opposition zum nationalsozialistischen Regime standen, und die im Allgemeinen in den Nachfolgestaaten BRD und DDR ihre, durchaus gesellschaftspolitisch definierten Ideale in Form der *Aktion Sühnezeichen* verwirklichen und an nachfolgende Generationen weitervermitteln wollten. Die Besonderheit dieser Elite-Gruppe liegt darin begründet, dass es sich vor allem um eine ‚Elite des Diskurses' handelt, und nicht um eine im gesellschaftlichen Establishment verankerte oder institutionalisierte Gruppe. Das gilt grosso modo sowohl für die in der *Aktion Sühnezeichen* engagierten vormaligen Angehörigen der Bekennenden Kirche wie für die Angehörigen von Widerstandsgruppen bzw. Hinterbliebenen aus dem deutschen Widerstand gegen das NS-Regime.

Elitäres Selbstverständnis wird durch das Programm eines stellvertretenden Sühnedienstes, einer symbolischen Repräsentation für das gesamte deutsche Volk durch jeweils einige wenige eines jeden Jahrganges, genährt und bis in die Gegenwart gepflegt. Dieses Selbstverständnis findet in der gesellschaftlichen Anerkennung keinen entsprechenden Ausdruck. Mit Ausnahme der Evangelischen Kirche in Deutschland als evangelischer Dachverband und einzelner evangelischer Landeskirchen ist der

[2912] Vgl. v.a. Baranowski, (1986), v.a. 105-128

institutionelle Rückhalt schwach ausgeprägt, was sich einerseits in wiederkehrenden Finanznöten widerspiegelt, andererseits in einer geradezu signifikant auffälligen Abwesenheit der *Aktion Sühnezeichen* im innerdeutschen, aber auch im internationalen Erinnerungsdiskurs. Das in der *Aktion Sühnezeichen* (DDR) geprägte Bild vom ‚Durchlauferhitzer', den die Organisation darstellen würde, erscheint tatsächlich als taugliche Metapher, wenngleich nicht klar ist, wie sehr die *Aktion Sühnezeichen* beim Durchlaufen wirklich erhitzt.[2913] In Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung scheint die *Aktion Sühnezeichen* allerdings einen vergleichbaren Ruf wie etwa eine gut renommierte Bildungseinrichtung zu haben, in die zwar Kinder und Jugendliche zur Ausbildung geschickt werden. Wenn es um den Bildungs- sprich: Erinnerungsdiskurs geht, dann wird diese ‚Schule' außen vor gelassen bzw. hat zuwenig Ressourcen, um sich selbst daran zu beteiligen. „Eine Massenbewegung", so Franz von Hammerstein in einer noch immer gültigen Zwischenbilanz aus 1967, ist die *Aktion Sühnezeichen* nicht geworden; die Rezeption außerhalb Deutschlands hat jene innerhalb von BRD und DDR sowohl nach Umfang wie an Zustimmung bei weitem übertroffen.[2914]

Zu einem guten Teil liegt die mangelnde Beteiligung am deutschen Erinnerungsdiskurs auch an einer Diskursschwäche seitens der *Aktion Sühnezeichen* und ihrer Hauptakteure. Das Ursprungskonzept beinhaltet einen eindeutig missionarischen Grundzug, der nicht verhandelbar ist: die christlich unterlegte Meinungsbildung im und am deutschen Volk in Richtung Schuldeinsicht aus dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen und das öffentliche Einbekenntnis gegenüber vormalig viktimisierte Völker und Staaten und die nach christlich-theologischen Glaubenskriterien eingeforderte Versöhnung. Der ‚missionarische' Zug der *Aktion Sühnezeichen* zeigt sich auch im Verhältnis zu den jeweiligen ausländischen Projektpartnern. Diese wurden instrumentalisiert, um die Programmatik der *Aktion Sühnezeichen* in Form von Freiwilligeneinsätzen und – in der Anfangszeit – die Errichtung von Bauwerken (Mahnmalen) umsetzen zu können. Für die Umsetzung der *Aktion Sühnezeichen* im Ausland besteht eine Affinität mit christlichen Kirchen bzw. christlichen (Sozial-)Einrichtungen, die mit der Ideologie der *Aktion Sühnezeichen* kompatibel sind, während nicht-christliche Gesellschaften bzw. Länder ohne christlich dominierte Gesellschaftsstruktur eine anhaltende Resistenz gegen Sühnezeichen-Projekte übten. Erneut zeigt sich eine ausgeprägte Diskursschwäche, die einen intellektuellen Austausch zwischen den ausländischen Partnern und der *Aktion Sühnezeichen* verhinderte. Zugleich, und hier eröffnet sich ein Paradoxon, genießt die *Aktion Sühnezeichen* in den Einsatzländern hohes Ansehen in persönlichen Kontakten. Auf persönlicher Ebene scheint eine Verständigung über die deutschen nationalsozialistischen Verbrechen und darüber hinaus Versöhnung zwischen Angehörigen von Opfer- und von Tätergesellschaften erfolgreich zu verlaufen. Ein Desiderat für künftige wissenschaftliche Arbeiten ist die analytische Verortung der *Aktion Sühnezeichen* und des *Gedenkdienstes* als bi- bzw. multilaterale Versöhnungsinitiativen. Das Selbstverständnis der Organisationen in allen drei Ländern war von einem anspruchsvollen, nichtsdestotrotz diffusen Begriff von Versöhnung und internationaler Völkerverständigung geprägt. Hier zeigte sich, dass die über das individuelle Erleben der Freiwilligen, Teilnehmer bzw. Gedenkdienstleistenden erfahrenen zwischenmenschlichen Begegnungen kaum auf eine institutionalisierbare Ebene (etwa im Sinne der Kreyssigschen Konzeption einer transnationalen Versöhnungssynode) zu transformieren sind.
Für mindestens zwei institutionalisierte Programme in Norwegen („Weiße Busse") und Österreich (*Gedenkdienste*) und für zahlreiche einschlägig aktiven Vereine in Deutschland gilt die *Aktion Sühnezeichen* andererseits als Impulsgeberin. Die österreichischen *Gedenkdienste* leiten sich unmittelbar von der *Aktion Sühnezeichen* ab und wurden ab 1992 umgesetzt. Zu inhaltlichen Ausrichtung kann

---

[2913] Einer frühen Aufstellung zufolge haben 20 % der Freiwilligen der Westberliner Aktion Sühnezeichen nach ihrer Rückkehr einen Berufswechsel erwogen, 10 % sollen demnach tatsächlich von technischen in sozialpolitische Berufe gewechselt haben. vgl. Typoskript Aktion Sühnezeichen: Was gelingt dabei an wem – gemessen woran?, Franz von Hammerstein, dat. 10. Mai 1967 [ADW Allg. Slg. 904]
[2914] Ebd.

konstatiert werden, dass die *Gedenkdienste* sogar noch einen Schritt hinter die *Aktion Sühnezeichen* zurückgehen. Während die *Aktion Sühnezeichen* im ‚Sühnen' verharrt, bleibt der österreichische Gedenkdienst in der Vorstufe als ‚Schuldner', der sich zwar den vormaligen Opfern des Nationalsozialismus zuwendet, aber mangels Versöhnungsmotivation, oder eines anderen Konzepts letztlich im unausgesprochenen Status Quo des Täter-Opfer-Schemas bei gleichzeitiger Identifikation mit den NS-Opfern verharrt. Nicht zuletzt führte das Fehlen einer ideengeschichtlichen Ableitung ab Mitte der 1990er Jahre dazu, dass sich der Gedenkdienst mit seiner ‚Täterthese' nicht durchsetzen konnte und schließlich die gesellschaftliche semantische Opferumdeutung mit einem Schwerpunkt auf Begegnung mit Überlebenden mitvollzog.

Im Vergleich zwischen der deutschen *Aktion Sühnezeichen* und dem österreichischen *Gedenkdienst* zeigt sich, dass trotz der Parallelität der Organisationen der für die *Aktion Sühnezeichen* essentielle ‚theologische Überbau' beim *Gedenkdienst* ebenso völlig fehlt wie Gedenkrituale (Andachten etc.). Ein seitens der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* 2002 vorgeschlagenes gemeinsames ‚Lager' traf seitens des Vereins *Gedenkdienst* auf völliges Unverständnis und kam nicht zustande. Im Vergleich der beiden Konzepte ist trotz der unterschiedlichen weltanschaulichen Basis (säkulare Ausgangsbasis in Österreich vs. theologische bzw. christlich-religiöse Konzeption in Deutschland) eine vergleichbare gesellschaftliche Stellung zu konstatieren: die eines Jugendvereins, der Jugendliche, wenngleich unter besonderen thematischen Bedingungen über eine Zeit hinweg betreut und, nicht zuletzt, eine Basis für einen Auslandsaufenthalt bietet, vergleichbar mit einem Studienaustauschprogramm.

Trotz dieser ernüchternden und der jeweiligen Konzeption widersprechenden Einschätzung von *Aktion Sühnezeichen* und *Gedenkdienst* sei abschließend nochmals auf die Wirkungslatenz hingewiesen: über die Jahrzehnte ihrer Existenz haben die Organsationen tausende bzw. hunderte vor allem jugendliche Teilnehmer beeinflusst und in vielen Fällen Anstoß zur proaktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte von Nationalsozialismus und Holocaust gegeben und damit eine Lücke in der Jugend- und Erwachsenenbildung geschlossen. Für die BRD sowie für die DDR kann zudem konstatiert werden, dass die beiden Organisationen *Aktion Sühnezeichen* eine von den jeweiligen Regierungen als solche perzipierte gesellschaftliche Funktion eingenommen haben, die jeweils bis zur Instrumentalisierung (frühe BRD, späte DRR) oder aber Ablehnung (frühe DDR, BRD in den frühen 1980er Jahren) reichte, während der österreichische Gedenkdienst mit Ausnahme seiner öffentlichen Positionierung gegen die Freiheitliche Partei (FPÖ) Ende der 1990er Jahre eher als eine Zivil[ersatz]dienst-Trägerorganisation unter vielen perzipiert wird.

Quellen

Personen: Gesprächs-/Korrespondenzpartner

Interview/Auskünfte/Unterlagen/Nachlässe
Gerben Baaij Sr, Doorn (NL)
Veline Backofen, Oslo
Avital Ben-Chorin, Jerusalem
Heinz-Georg Binder, Esens
Christine Blumenberg-Lampe (Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944), Königswinter
Dr. Achim von Borries, Bremen
Rahel Buczys, Tochter von Ernst Buczys, Hillerse
Lutz Caspers, Quäkerhilfe Bad Pyrmont
Volkmar Deile, Berlin
Rudolf Dohrmann, Bücken
Ernst Ludwig Ehrlich, Riehen (CH)
Christel Evenari (Eckern), Tittling
Dr. Inge Goss-Meyer, Wien
Inger Gulbransson, München
Dr. Franz und Verena von Hammerstein, Berlin
Sr. Edith Hauf, Diakonissenkrankenhaus Dresden
Peter Hättig (Weltfriedensdienst), Berlin
Prof. Dr. Karl Hengst, Paderborn
Waltraut Hopstock, Berlin
Lore Horn (Quäker), Berlin
Ursula Kirch-Reichstein (Witwe nach Joop Siezen), Gelléu-Huesca (E)
Angela Kladakis (Tochter von Erwin te Reh), Zographon/Athen
Dorothea Koch-Möckel, Heidelberg
Hebe Kohlbrugge, Utrecht
Manfred Kranz, Berlin
Jochen Kreyssig, Hohenferchesar
Friedrich Kunst, Niederkassel
Klaus Kutzner, Berlin (Sohn von Gotthard K.), Berlin
Dr. Christa Lewek, Berlin
Friedrich Magirius, Leipzig
Dr. Andreas Maislinger, Innsbruck
Brigitte Möckel-Czaki, Berlin
Wulf von Moltke, London
Gräfin Freya von Moltke, Vermont (USA)
Ursula Müller, ASF Berlin
Hans-Detlef PETER, Berlin (28.8.2003)
Prof. Harald S. Poelchau (Sohn von Harald P.), USA
Dr. Dagmar Pöpping, Berlin
Stefan Rahn, Dresden
Prälat Dr. Stephan Reimers, Berlin
Romi [Edeltraud] Romberg, Berlin
Dr. Gertrude Sartory-Reidick, Hamm
Christian Schmidt, Berlin
Dr. Ingrid Siezen, Berlin
Prof. Dr. DI Hans-Ulrich Smoltczyk, Böblingen
Dr. Christian Staffa, Berlin
Hildegart und Joachim Stellmacher, Dresden
Pfarrer Rudolf Weckerling, Berlin
Dr. Reymar von Wedel, Berlin
Konrad Weiß, Berlin

Korrespondenzen mit

Konrad Adenauer Stiftung. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

Evangelisch-Lutherisches Kirchengemeindeamt Augsburg

Stadt Augsburg, Stadtarchiv

Landesarchiv Berlin

Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main

Evangelisches Institut für Kirchenrecht an der Universität Potsdam e.V.

Architekturmuseum, München

Hermann Kunst Stiftung, Münster

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens, Dresden

Erzbistum Paderborn, Erzbistumsarchiv

Der Sächsische Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Dresden

World Council of Churches, Library, Genf

Archive/Archivbestände

AAN Archiv der Abteil Niederaltaich/Bestand Aktion Sühnezeichen

ADW Archiv des Diakonischen Werkes, Berlin

AEKKS Archiv der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg

AELDD Archiv Ev.-Luth. Diakonissenanstalt Dresden

AM Archiv Andreas Maislinger, Innsbruck

AWK Archiv Weltrat der Kirchen, Genf

BA Bundesarchiv Berlin

BStU Bundesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin

CL Dr. Christa Lewek, Berlin

EZA Evangelisches Zentralarchiv, Berlin

FM Friedrich Magirius, Leipzig

FvH Franz von Hammerstein, Berlin

GD Archiv *Gedenkdienst*, Wien

LABB Landeskirchliches Archiv Berlin-Brandenburg, Berlin

LAELLH Landeskirchliches Archiv Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers

LkAEKvW Landeskirchliches Archiv Ev. Kirche von Westfalen Bielefeld

NL Buczys Nachlass Ernst Buczys

NL Kutzner Nachlass Gotthard Kutzner

NL Möckel Nachlass Gerhard Möckel

ÖIN Leitz-Ordner des ökumenischen Institutes Niederaltaich: Aktion Sühnezeichen

pAdAA politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin

RD Rudolf Dohrmann, Bücken

SAPMO Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv, Berlin

Stadtarchiv Dresden

VD Volmar Deile, Berlin

Wfd Weltfriedensdienst, Berlin

WH Waltraut Hopstock, Berlin

ZAOM Zentralarchiv Ordinariat Magdeburg – Bestand Günter Särchen

Literatur

Herausgegeben im Auftrage des Rates von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bericht über die dritte Tagung der zweiten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 26. bis 30. April 1958. Berlin: 1958.

Das Urteil von Nürnberg 1946. München: Deutscher Taschenbuch Verlag dtv; 1961.

Adorno, Theodor W. Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. Adorno, Theodor W. Eingriffe. Neun kritische Modelle. Frankfurt am Main: Suhrkamp; 1963; S. 125-146.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. und Gemeinsam Unterwegs e.V. Aufbrüche mit Johannes und Elisabeth Müller. Böhme, Jörn; Möhring, Britta und Schüttke-Scherle, Peter, Red. Neu-Isenburg: Gemeinsam Unterwegs e.V.; 1994.

Aland, Kurt. Vorwort. In: Aland, Kurt, Hrsg. Hermann Kunst - Credo Ecclesiam. Vorträge und Aufsätze 1953 bis 1986. Bielefeld: Luther-Verlag; 1987; S. 5-6.

Altgassen, Adi, Rabe, Karl-Klaus, ASF und AGDG. Handbuch der Friedensarbeit. Wuppertal/Gelnhausen: Jugenddienst-Verlag (Handbücher für die entwicklungspolitische Aktion und Bildungsarbeit 5); 1982.

Anhang. Aus der Ansprache von Bundeskanzler Franz Vranitzky anlässlich der Verleihung des Ehrendoktorats an der Hebrew Universität in Jerusalem am 9. Juni 1993. In: Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Hg. Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/Main, New York: Campus; 1994a; S. 577-580.

---. Aus der Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky vor dem Nationalrat am 8. Juli 1991. In: Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Hg. Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/Main, New York: Campus; 1994b; S. 574-576.

Ansorge, Dirk. Vergebung auf Kosten der Opfer? Umrisse einer Theologie der Versöhnung. Salzburger Theologische Zeitschrift. 2002; 6: S. 36-68.

Antkowiak, Gregor. Geschichte der Aktion Sühnezeichen (ASZ) in der Deutschen Demokratischen Republik. Jahresarbeit am Norbertuswerk Magdeburg. 1987.

Arendt, Hannah. Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München: Piper; 1995.

Arndt, Siegfried Theodor. Nach der Shoah. Die Evangelische Kirche in der DDR und ihre Verantwortung angesichts des Antijudaismus. Die Zeichen Der Zeit. 1995; (2/95): S. 58-64.

Assmann, Aleida und Frevert, Ute. Geschichtsvergessenheit Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart: 1999.

Assmann, Jan. Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: Beck; 2000 [Beck'sche Reihe; 1307; 3. Auflage (Ersterscheinung 1987)]

August, Jochen. Frieden schaffen ohne Waffen. Aktionshandbuch; Bornheim-Merten: Lamuv Verlag (TB7); 1981.

---. „Auschwitz verändert den Menschen“ Die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim. In: Benz, Wolfgang und Distel, Barbara, Hg. Erinnern oder Verweigern. Das schwierige Thema. München: Deutscher Taschenbuchverlag; 1994; S. 73-84.

---. Chancen und Aufgaben von Jugendbegegnung in Auschwitz. Ein Rückblick auf die Arbeit der

Jugendbegegnungsstätte zwischen 1987 und 1992. In: Orth, Susanne. „Wie soll ich singen...“; S. 68-77.

Bailer, Brigitte. Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Wien: Löcker; 1993.

Bar-On, Dan. Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von Nazi-Tätern. Schmidt, Christoph J., Hg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag; 1996.

---. Furcht und Hoffnung: von den Überlebenden zu den Enkeln. Drei Generationen des Holocaust. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt; 1997.

Bar-On, Dan und Brendler, Konrad. „Da ist etwas kaputtgegangen an den Wurzeln ...“: Identitätsformation deutscher und israelischer Jugendlicher im Schatten des Holocaust. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag; 1997.

Baranowski, Shelley. The confessing church, conservative elites, and the Nazi state. Lewiston, NY; Queenston, Ontario: Edwin Mellen Press; 1986. (Text and Studies in Religion; Vol. 28).

Barth, Bernd-Rainer; Links, Christoph; Müller-Enbergs, Helmut und Wielgohs, Jan. Wer war Wer in der DDR. Frankfurt/Main: Fischer TB; 1996.

Bauerkämper, Arnd. Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World. Berlin, Wien: Philo; 2002.

Baumann, Arnulf H. Was jeder vom Judentum wissen muss. Gütersloh: 1983. (Arbeitskreis Kirche und Judentum der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes.

Benz, Wolfgang. Nachkriegsgesellschaft und Nationalsozialismus. Erinnerung, Amnesie, Abwehr. In: Benz, Wolfgang und Distel, Barbara, Hg. Erinnern oder Verweigern. Das schwierige Thema. München: Deutscher Taschenbuchverlag; 1994; S. 12-24.

Berger, Stefan und Lilleker, Darren. Blutrünstige Diktatur, das bessere Deutschland oder Stolperstein auf dem Weg zu einer friedlichen Koexistenz? Die DDR im Blick der britischen Labour Party, 1949 - 1973. In: Bauerkämper, Arnd, Hg. Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World. Berlin, Wien: Philo; 2002; S. 235-265.

Bergmann, Werner; Erb, Rainer und Lichtblau, Albert. Einleitung. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Vergleich: Österreich, die DDR und die Bundesrepublik. In: Bergmann, Werner; Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Hg. Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag; 1995; S. 11-17.

Besier, Gerhard. Zur Geschichte der Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945. In: Besier, Gerhard und Sauter, Gerhard. Wie Christen ihre Schuld bekennen: Die Stuttgarter Erklärung 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; 1985; S. 9-61.

---. Soll die Schuld im Erfolg vernarben? Über den Schmerz alter und neuer historischer Wunden. Kirchliche Zeitgeschichte Internationale Halbjahresschrift Für Theologie Und Geschichtswissenschaft. 1991; 4(2): S. 493-511.

---. Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991: Höhenflug und Absturz. Berlin, Frankfurt am Main: Propyläen; 1995.

---. Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Band 46 der Enzyklopädie deutscher Geschichte, hrsg. vom Lothar Gall u.a.; München: Oldenbourg; 2000.

Besier, Gerhard und Wolf, Stephan. „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatssicherheit und die Kirchen. Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlag des Erziehungswesens; 1992. (Besier, Gerhard; Ericksen, Robert P.; Hartweg, Frédéric und Montgomery, Ingun. Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert (Quellen); Band 1).

Blänsdorf, Agnes. Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. In: Bergmann, Werner; Erb, Rainer, und Lichtblau, Albert, Hg. Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag; 1995; S. 18-45.

Böhm, Anton. Zur Biographie Hermann Kunst. In: Aland, Kurt, Hrsg. Hermann Kunst - Credo Ecclesiam. Vorträge und Aufsätze 1953 bis 1986. Bielefeld: Luther-Verlag; 1987; S. 213-244.

Böhme, Jörn. Die Arbeit der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ in Israel – Geschichte und Entwicklung, In Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V., 20 Jahre Deutsch-Israelische Beziehungen, Schriftenband 10, Berlin: Eigenverlag; 1985; S. 137-150.

Botz, Gerhard. Erstarrter "Antifaschismus" und "paranazistisches Substrat": Zwei Seiten einer Medaille. In: Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Hg. Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag; 1994a; S. 452-463.

---. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung: Probleme des "typischen Österreichers" mit der NS-Vergangenheit. In: Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Hg. Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/Main: Campus Verlag; 1994b; S. 89-104.

Boyens, Armin. „Den Gegner irgendwo festhalten“. „Transfergeschäfte“ der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der DDR-Regierung 1957-1990. Kirchliche Zeitgeschichte Internationale Halbjahresschrift Für Theologie Und Geschichtswissenschaft. 1993a; 6(2): S. 379-426.

---. Staatssekretariat für Kirchenfragen und Militärseelsorgevertrag. Anmerkungen zur Geschichte eines Amtes. Kirchliche Zeitgeschichte Internationale Halbjahresschrift Für Theologie Und Geschichtswissenschaft. 1993b; 6(1): S. 211-235.

---. Geteilter Friede. Anmerkungen zur Friedensbewegung in den 80er Jahren. Kirchliche Zeitgeschichte Internationale Halbjahresschrift Für Theologie Und Geschichtswissenschaft. 1995; 8 (2): S. 440-509.

---. Das Staatssekretariat für Kirchenfragen. In: Vollnhals, Clemens, Hrsg. Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Berlin: Links; 1996; S. 120-138.

Brauckmann, Roland und Bunzel, Christoph, Hrsg. Rückblick. Die ev. Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, die Einflussnahme des MfS und der DDR-Staat 1970-1994. Görlitz: Viadukt-Verlag M. Prochnow; 1995.

Braun, Robert. The Holocaust and Problems of Historical Representation. History and Theory. 1994 May; 33(2): S. 172-197.

Bredekamp, Horst. Bildakte als Zeugnis und Urteil. In: Flacke, Monika und Deutsches Historisches Museum, Hrsg. Mythen der Nationen: 1945 - Arena der Erinnerungen. Berlin: Deutsches Historisches Museum; 2004; S. 29-66.

Brinkel, Wolfgang und ASF, Christen im Streit um den Frieden. Beiträge zu einer neuen Friedensethik. Positionen und Dokumente; Freiburg i.Bremen: Dreisam-Verlag; 1982.

Browder, George C., Perpetretor Character and Motivation: An Emerging Consensus?, Holocaust and

Genocide Studies, V17 N3, Winter 2003: pp. 480-497.

Brunotte, Heinz. Die Evangelische Kirche in Deutschland. Hannover: Verlag des Amtsblattes der Evangelischen Kirche in Deutschland; 1961.

Burgess, John P. The East German Church and the End of Communism. Oxford, New York: Oxford University Press; 1997

Burleigh, Michael. The Third Reich. A new History. New York: Hill and Wang; 2001.

Bütow, Tobias und Bindernagel, Franka. Ein KZ in der Nachbarschaft. Köln: Böhlau; 2004.

Cartarius, Ulrich. Opposition gegen Hitler. Berlin: Wolf Jobst Siedler; 1984. (von Aretin, Otmar Karl Frhr.; van Roon, Ger und Mommsen, Hans. Deutscher Widerstand 1933 bis 1945. Zeitzeugnisse und Analyse.

Claussen, Detlev. Ein kategorischer Imperativ. Die politische Linke und ihr Verhältnis zum Staat Israel. In: Brumlik, Micha; Kiesel, Doron; Kugelmann, Cilly und Schoeps, Julius H., Hrsg. Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945. Frankfurt/Main: Jüdischer Verlag bei Athenäum; 1986; S. 230-242.

Deile, Volkmar; Frey, Ulrich; Hartmann, Thomas; Meyer, Alwin und Zumach, Andreas, Redaktion. Bonn 10.10.1981. Bornheim: Lamuv Verlag; 1981.

Diner, Dan, Hg. Zivilisationsbruch: Denken nach Auschwitz. Frankfurt/Main: Fischer TB; 1988.

---. Über Schulddiskurse und andere Narrative. Epistemologisches zum Holocaust. In: Koch, Gertrud, Hg. Bruchlinien. Tendenzen der Holocaustforschung. Köln, Weimar, Wien: Böhlau; 1999; S. 61-84.

Dohrmann, Rudolf. Versöhnung will praktiziert sein. Die Aktion Sühnezeichen in Skopje und anderswo. Die Botschaft. Hannover, 1965

---. Versöhnung hat politische Gestalt. Stimmen zur Begegnung mit Polen. Hamburg: Herbert Reich Evangelischer Verlag; 1968. (Treblin, Heinrich. evangelische zeitstimmen; 39).

Dohrmann, Rudolf und Würmell, Klaus. Friede mit Polen. Ein Kongress. Paulskirche Frankfurt/Main. Hamburg: Evangelischer Verlag Herbert Reich; 1971.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Hrsg., Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Bailer-Galanda, Brigitte und Neugebauer, Wolfgang. Wien: Deuticke; 1996.

Dudzus, Otto und Henkys, Jürgen. Dietrich Bonhoeffer: Illegale Theologenausbildung: Finkelwalde 1935-1937. Bobert-Stützel, Sabine; Schulz, Dirk und Tödt, Ilse, MitarbeiterInnen. Güthersloh: Chr. Kaiser Verlag/Gütersloher Verlagshaus; 1996. (Bethge, Eberhard; Feil, Ernst; Gremmels, Christian; Huber, Wolfgang; Pfeifer, Hans; Schönherr, Albrecht; Tödt, Heinz Eduard und Tödt, Ilse. Dietrich Bonhoeffer Werke; Bd. 14).

Durth, K. Rüdiger. Ein Diplomat im Lutherrock. Bevollmächtigter der EKD: Prälat Stephan Reimers [Internet Homepage]. Textdatum 14. Januar 2003 Jan 14; www.bundestag.de/cgi-bin/druck.pl?N=parlament. [3. April 2003]

Eckern, Christel. Die Straße nach Jerusalem. Ein Mitglied der „Aktion Sühnezeichen“ berichtet über Leben und Arbeit in Israel. Essen: Ludgerus-Verlag Hubert Wingen; 1962.

Edwards, David L. Signs of Radicalism in the Ecumenical Movement. In: Fey, Harold E., Ed. The Ecumenical Advance. A History of the Ecumenical Movement Vol. 2. London: S.P.C.K. Holy Trinity Church, London; 1970; pp. 373-409.

Eichborn, Wolfgang von. Freiwillige für den Frieden. Aufgaben und Probleme der Friedensdienste. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: W. Kohlhammer; 1970;(Theologie für eine humanere Welt.).

Embacher, Helga und Reiter, Margit. Gratwanderungen: die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit. Wien: Picus; 1998.

Engelhardt, Isabelle. A Topography of Memory: Representations of the Holocaust at Dachau and Buchenwald in Comparison with Auschwitz, Yad Vashem and Washington, D.C. Brussels: P.I.E.-Peter Lang S.A.; 2002. (Series Multiple Europes; No. 16).

Feichtlbauer, Hubert. Der Fall Österreich. Nationalsozialismus, Rassismus: Eine notwendige Bilanz. Wien: Holzhausen; 2000.

Ferguson, Niall. Das verleugnete Imperium. Propyläen; 2004.

Fey, Harold E. Confessional Families and the Ecumenical Movement. In: Fey, Harold E., Ed. The Ecumenical Advance. A History of the Ecumenical Movement Vol. 2. London: S.P.C.K. Holy Trinity Church, London; 1970; pp. 115-142.

Fischer, Fritz. Griff nach der Weltmacht: Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18. Düsseldorf: Droste; 1961.

---. Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im ersten Weltkrieg. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt; 1965 [Hamburger Studien zur neueren Geschichte, Bd. 1, hrsg. von Fritz Fischer].

Fischer, Hans Gerhard. Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945. Ein Beitrag zum Problem der politischen Theologie. Lübeck und Hamburg: Matthiesen; 1970. (Historische Studien; Heft 407).

Flacke, Monika und Schmiegelt, Ulrike. Deutsche Demokratische Republik: Aus dem Dunkel zu den Sternen: Ein Staat im Geiste des Antifaschismus. In: Flacke, Monika und Deutsches Historisches Museum, Hrsg. Mythen der Nationen: 1945 - Arena der Erinnerungen. Berlin: Deutsches Historisches Museum; 2004; S. 173-189.

François, Etienne. Meistererzählungen und Dammbrüche: Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung. In: Flacke, Monika und Deutsches Historisches Museum, Hrsg. Mythen der Nationen: 1945 - Arena der Erinnerungen. Berlin: Deutsches Historisches Museum; 2004; S. 13-28.

Frei, Norbert. Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München: Beck; 1996.

---. Farewell to the Era of Contemporaries. History & Memory. 1997; pp. 59-79.

---. Erbantritt. Nationalsozialismus und Holocaust im Generationenwechsel. In: Horváth, Martin; Legerer, Anton; Pfeifer, Judith und Roth, Stephan, Hg. Jenseits des Schlussstrichs. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit. Wien: Löcker Verlag; 2002; S. 17-21.

Friebel, Thomas. Kirche und politische Verantwortung in der sowjetischen Zone und der DDR 1945-1969: eine Untersuchung zum Öffentlichkeitsauftrag der evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn; 1992.

Fritz, Hartmut. Otto Dibelius. Ein Kirchenmann in der Zeit zwischen Monarchie und Diktatur. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; 1998. (Mehlhausen, Joachim und Siegele-Wenschkewitz, Leonore. Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte; Reihe B: Darstellungen, Band 27).

Frysztacki, Marek. Erfahrungen und Reflexionen über die Arbeit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. In: Neyer, Harry, Red. Versöhnung zwischen Ost und West Eine Handreichung der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1997; S. 84-90.

Fuchs, Ottmar. Kontextuelle Christologie im Horizont unbedingter Solidarität. Für die generative Dimensionierung der jüdisch-christlichen Beziehung. In: Görg, Manfred und Langer, Michael, Hrsg. Als Gott weinte. Theologie nach Auschwitz. Regensburg: Friedrich Pustet; 1997; S. 162-202.

Fulbrook, Mary. Anatomy of a Dictatorship: Inside the GDR 1949-1989. Oxford: Oxford University Press; 1995.

Gailus, Manfred. Von der eigenen Faszination überwältigt. Die Evangelische Kirche und die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter . Der Tagesspiegel online. 27. November 2000 [http://195.170.124.152/archiv/2000/11/26/ak-ws-9149.html, Mai 2002]

---. Protestantismus und Nationalsozialismus: Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin. Köln: Böhlau; 2001. (Schieder, Wolfgang und Gailus, Manfred. Industrielle Arbeitswelt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte; Bd. 61).

Gärtner, Reinhold. Der Umgang mit Gedenkstätten und Gedenktagen in Österreich. In: Bergmann, Werner; Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Hg. Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag; 1995; S. 267-284.

Garton Ash, Timothy. In Europe's Name: Germany and the divided continent. New York: Random House; 1993.

Garstecki Joachim, Wer seine Geschichte vergisst, muss sie noch einmal durchleben, Vortrag auf dem Jahrestag [!] der Aktion Sühnezeichen in Berlin (Ost), In: Ehring, Klaus und Dallwitz, Martin. Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag; 1981; S. 148-155.

Geißel, Ludwig. Unterhändler der Menschlichkeit. Erinnerungen. Stuttgart: Quell Verlag; 1991.

Genin, Salomea. „Wie ich in der DDR aus einer Kommunistin zu einer Jüdin wurde“. In: Benz, Wolfgang, Hrsg. Das Exil der kleinen Leute: Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration. München: Beck; 1991; S. 309-326.

Gerlach, Wolfgang. Als die Zeugen schwiegen: Bekennende Kirche und die Juden. Berlin: Institut Kirche und Judentum; 1987. (Osten-Sacken, Peter von der. Studien zu Kirche und Israel; Bd. 10).

Gerstein, Hartmut, Die Opfer des NS-Staates heute. Eine Zwischenbilanz der Entschädigungspraxis in Bund und Ländern. Dokumentation einer Tagung vom 30. Oktober – 1. November 1987. Bonn: Gustav-Stresemann-Institut; 1988. (Schriftenreihe des Gustav-Stresemann-Instituts; Bd. 6).

Giesen, Heinrich, Hrsg. im Auftrag des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Fröhlich in Hoffnung. Der deutsche evangelische Kirchentag 1954 in Leipzig. Stuttgart: Kreuzverlag; o.A. (vermutlich 1954).

Giordano, Ralph. Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg, Zürich: Rasch und Röhring Verlag; 1987.

Goerner, Martin Georg. Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK-Apparat der SED. In: Vollnhals, Clemens, Hrsg. Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Berlin: Links; 1996a; S. 59-78.

---. Die Behandlung der Kirchenpolitik im Staatsapparat und in den Massenorganisationen. In: Vollnhals, Clemens, Hrsg. Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Berlin: Links; 1996b; S. 139-158.

Gollwitzer, Helmut. Die Christen und die Atomwaffen. München: Chr. Kaiser; 1957. (Steck, D. G. und Eicholz, G. Theologische Existenz heute; Neue Folge Nr. 61).

Goeckel, Robert F. Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker. Leipzig: Evang. Verl-Anst.; 1995. (Engl. Original The Lutheran church and the East German State, Cornell University Press)

---. Autonomiespielraum der Kirchen in der DDR. Ein Essay aus amerikanischer Sicht. In: Kaiser, Gert und Frie, Ewald, Christen, Hg. Staat und Gesellschaft in der DDR. Frankfurt/Main, New York: Campus; 1996; S. 103-120.

Görg, Manfred und Langer, Michael, Hg. Als Gott weinte. Theologie nach Auschwitz. Regensburg: Friedrich Pustet; 1997

Graf, Friedrich Wilhelm. Eine Ordnungsmacht eigener Art. Theologie und Kirchenpolitik im DDR-Protestantismus. In: Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen und Zwahr, Hartmut, Hg. Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta; 1994; S. 295-321.

---, Hrsg. Martin Dibelius. Selbstbestimmung des Deutschen. Tübingen: Mohr Siebeck; 1997.

Grande, Dieter und Schäfer, Bernd. MfS und katholische Kirche: Interne Richtlinien und Bewertungsmaßstäbe zu kirchlichen Kontakten mit dem MfS. In: Vollnhals, Clemens, Hrsg. Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Berlin: Links; 1996; S. 388-404.

Grau, Karin. "Healing Power" Ansätze zu einer Theologie der Heilung im Werk Paul Tillichs. Münster: Lit Verlag; 1999. (Schüßler, Werner und Sturm, Erdmann. Tillich-Studien; Bd. 4).

Greschat, Martin. Die Schuld der Kirche: Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945. Bastert, ChristianeMünchen: Chr. Kaiser Verlag; 1982. (Brakelmann, Günter und Greschat, Martin. Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte; Bd. 4).

---. Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer; 2002.

Grosser, Alfred. Verbrechen und Erinnerung. Der Genozid im Gedaechtnis der Voelker. Uebersetzung: Ulrike BokelmannMuenchen: Deutscher Taschenbuchverlag; 1993. (1990 im Carl Hanser Verlag unter dem Titel: Ermordung der Menschheit).

---. Vergangenheitsbewältigung: Vortrag vom 18. Mai 1994 im Collegium Europaeum Jenense. Jena: Collegium Europaeum Jenense; 1994. (Zwiener, Ulrich; Schmitt, Karl und Fenk, Christel. Collegium Europaeum Jenense Schriftenreihe).

Gruchmann, Lothar. Euthanasie und Justiz im Dritten Reich. Vierteljahreshefte Für Zeitgeschichte. 1972; 20:S. 235-279.

---. Ein unbequemer Amtsrichter im Dritten Reich. Aus den Personalakten des Dr. Lothar Kreyssig. Vierteljahreshefte Für Zeitgeschichte. 1984; 32. Jg.: S. 463-488.

Guardini, Romano (1952). Verantwortung. Gedanken zur jüdischen Frage. Hochland-Bücherei im Kösel Verlag zu München.

Hacker, Jens. Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen. Berlin; Frankfurt/Mail: Ullstein; 1992.

Halbwachs, Maurice. *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp; 2006 (Erste Aufl. 1985, Erstveröff. Deutsch 1966, Erstveröff. franz. Original 1925 Les cadres sociaux de la mémoire).

Hammerstein, Franz von. Gestapohäftling in Berlin - Sippenhäftling im KZ Buchenwald - Sonderhäftling im KZ Dachau - Richtung Prag - Richtung Alpenfestung als Geisel, zur Ermordung oder Befreiung?Gedenkstätte Deutscher Widerstand; Berlin.

---. Botschafter der Versöhnung. Die Aktion Sühnezeichen und ihr Weg. In: Mucha, Eberhard, Hrsg. Im Spannungsfeld. Fünfzehn Jahre Evangelische Akademie Berlin 1952-1967. Berlin: Sonderband Kommunität. Vierteljahreshefte der Evangelischen Akademie Berlin; 1967; S. 68-72.

Hammerstein, Franz von und Törne, Volker von. Jugend zwischen Geschichte und Zukunft. In: Hamm-Brücher, Hildegard, Hrsg. Auftrag und Engagement der Mitte - Eckwerte der Demokratie. München, Zürich: Piper; 1974; S. 23-37.

Hanke, Christian. Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Demokratie-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses. Berlin: Duncker & Humblot; 1999. (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung; Band 68).

Hargassner, Elisabeth. Österreich und seine nationalsozialistische Vergangenheit. Kommunikationserfahrungen mit einem Tabuthema. Die interpersonale Kommunikation von ehemaligen Zivildienern, die Gedenkdienst an Holocaust-Gedenkstätten leisteten. Wien: unveröff. Dipl.-Arbeit, Universität Wien; 2002.

Harpprecht, Klaus. Harald Poelchau: Ein Leben im Widerstand. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt; 2004.

Hartewig, Karin. „Die Proben des Abgrunds, über welchem unsere Zivilisation wie einen Brücke schwebt". Der Holocaust in der Publizistik der SBZ/DDR. Frei, Norbert und Steinbacher, Sybille, Hg. Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust. Göttingen: Wallstein Verlag; 2001; S. 35-50.

Hartweg, Frédéric, SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Band 1: SED 1946-1967. Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlag des Erziehungsvereins; 1995.

Hartmann, Matthias. Forum und Fest des Protestantismus. Rückblick auf 50 Jahre Deutscher Evangelischer Kirchentag. Deutschland Archiv. 1999; 32: S. 625-632.

Haß, Matthias, Gestaltetes Gedenken. Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie des Terrors. Frankfurt/Main; New York: Campus; 2002.

Hauer, Nadine. Die Mitläufer. Oder die Unfähigkeit zu fragen. Auswirkungen des Nationalsozialismus für die Demokratie von heute. Opladen: Leske + Budrich; 1993.

Hauschild, Wolf-Dieter. Konfliktgemeinschaft Kirche. Aufsätze zur Geschichte der Evangelischen Kirche in Deutschland. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; 2004. (Nicolaisen, Carsten und Schultze, Harald. Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte; Reihe B: Darstellungen, Band 40).

Herf, Jeffrey. Zweierlei Erinnerung: die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Schmidt, Klaus-Dieter, Übersetzer. Berlin: Propyläen; 1998.

Hermle, Siegfried. Evangelische Kirche und Judentum - Stationen nach 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; 1990. (Mehlhausen, Joachim und Siegele-Wenschkewitz, Leonore. Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte; Reihe B: Darstellungen, Band 16).

Heubner, Christoph. Nach Hause gehen. Gedichte. Bornheim-Merten: Lamuv Verlag; 1981.

Hofbauer, Ernst. Das Waldheim-Komplott. Eine politische Sittengeschichte. Wien: Ibera; 1998.

Hoffmann, Detlef. Dachau. In: Hoffmann, Detlef, Hg. Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945-1995. Frankfurt/Main: Campus Verlag; 1998; S. 36-91.

Holmes Cooper, Alice. The West German Peace Movement and The Christian Churches: An Institutional Approach. The Review of Politics. 1988; 50: pp. 71-98.

Holzer, Gabriele. Verfreundete Nachbarn. Wien: Kremayr & Scheriau; 1995.

Hönig, Klaus. Kreta - ein Abenteuer für die Freundschaft. Wuppertal-Barmen: Johannes Kiefel-Verlag; 1964.

Horváth, Martin; Legerer, Anton; Pfeifer, Judith und Roth, Stephan. Jenseits des Schlussstrichs. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit. Wien: Löcker Verlag; 2002.

Huener, Jonathan. Antifascist Pilgrimage and Rehabilitation at Auschwitz: The Political Tourism of Aktion Sühnezeichen and Sozialistische Jugend. German Studies Review. 2001; 24:3: pp. 513-523.

Huener, Jonathan. Auschwitz, Poland, and the Politics of Commemoration, 1945-1979. Athens: Ohio University Press; 2003.

Huhn, Martin; Hungar, Kristian und Schwall, Hermann. Abstand vom bürgerlichen Leben. Eine empirische Untersuchung über Freiwillige im Friedensdienst am Beispiel der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Heidelberg; 1977; unveröff. Forschungsbericht [FvH].

Irving, David. The Destruction of Dresden. London: Kimber; 1963.

Jander, Martin. Eine Fahrt nach Auschwitz, Gespräch mit Konrad Weiß, In *Horch und Guck*. [www.buergerkomitee.org/hug/h44-dateien/weiss.html; 19. Januar 2006]

Jaspers, Karl. Die Schuldfrage: Von der politischen Haftung Deutschlands. Heidelberg: Lambert Schneider; 1946.

Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen und Zwahr, Hartmut. Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta; 1994.

Kann, Robert A. und Prinz, Friedrich E. Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch. Wien München; 1980.

Karnapp, Birgit-Verena. Kirchen. München und Umgebung nach 1945. München; Berlin: Koehler & Amelang; 1996.

Kaul, Friedrich Karl. Nazimordaktion T4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes. Berlin (DDR): VEB Verlag Volk und Gesundheit; 1973.

Kempf, Udo und Merz, Hans-Georg, Hrsg. Kanzler und Minister 1949-1998. Opladen: Westdeutscher Verlag; 2001.

Kempner, Robert M. W. Es gab einen Richter in Brandenburg. In: Von Hammerstein, Franz und Von Törne, Volker, Hrsg. 10 Jahre Aktion Sühnezeichen. Berlin: Lettner; 1968; S. 8-11.

Klee, Ernst. „Euthanasie“ im NS-Staat. Frankfurt/Main: Fischer; 1983.

---. Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt/Main: Fischer; 2003.

Klein, Michael. Protestant in engagierter Distanz – Der Widerstandskämpfer und Ministerpräsident Theodor Steltzer (1885-1967), In: MKiZ, 2007/1, S. 9-26.

Klösch, Christian. „1938 Gründe gegen Haider“ – „1998 Gründe für Haider“. Bemerkungen zum wechselseitigen Verhältnis von FPÖ und Gedenkdienst. In: Horváth, Martin; Legerer, Anton; Pfeifer, Judith und Roth, Stephan, Hg. Jenseits des Schlussstrichs. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit. Wien: Löcker Verlag; 2002; S. 131-138.

Klüger, Ruth. weiter leben: eine Jugend. Göttingen: Wallstein-Verlag; 1992.

Knabe, Hubertus. Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen. Berlin: Propyläen/Ullstein; 1999.

Knight, Robert. Der Waldheim-Kontext: Österreich und der Nationalsozialismus. In: Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Hg. Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/Main, New York: Campus; 1994; S. 78-88.

Köbsch, Tabea. Aktion Sühnezeichen in der DDR. Eine inhaltliche Analyse der Sommerlagerarbeit der ASZ im Zeitraum 1981-1989. Unveröff. Vordiplomarbeit im Fach Allgemeine Pädagogik an der Universität Dresden; o.D. [2002].

Koch, Diether. Der Streit über die westdeutsche Rüstung in der evangelischen Kirche. Friedrich Ebert Stiftung. 2001; S. 49-70.

Kohlstruck, Michael. Das zweite Ende der Nachkriegszeit. Zur Veränderung der politischen Kultur um 1960. In: Schaal, Gary S. und Wöll, Andreas, Hg. Vergangenheitsbewältigung: Modelle der politischen und sozialen Integration in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Baden-Baden: Nomos Verlags-Gesellschaft; 1997a; S. 113-127.

---. Zwischen Erinnerung und Geschichte. Der Nationalsozialismus und die jungen Deutschen. Berlin: Metropol; 1997b. (Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Reihe Dokumente, Texte, Materialien; 22).

Kopeinig, Margaretha und Kotanko, Christoph. Eine europäische Affäre: Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich. Wien: Czernin Verlag; 2000.

Kos, Wolfgang. Zur Entnazifizierung der Bürokratie. In: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver, Hrsg. Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945 - 1955. München: Oldenburg; 1986; S. 52-72.

Koschel, Ansgar. Unerbittliche Herausforderung. In: Orth, Susanne. „Wie soll ich singen...“; S. 48-52.

Kosmala, Beate. Polen: Lange Schatten der Erinnerung: Der Zweite Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis. In: Flacke, Monika und Deutsches Historisches Museum, Hrsg. Mythen der Nationen: 1945 - Arena der Erinnerungen. Berlin: Deutsches Historisches Museum; 2004; S. 509-540.

Koselleck, Reinhart. Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden. In: Marquard, Odo; Stierle, Karlheinz, Hrsg. Identität. München: Wilhelm Fink Verlag; 1996 (1979); S. 255-276.

Kramer, Helmut. Lothar Kreyssig. Richter und Christ im Widerstand. In: Kritische Justiz, Hrsg. Streitbare Juristen. Eine andere Tradition. Festschrift für Jürgen Seifert zum 60. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft; 1988; S. 342-353.

Kreyssig, Lothar. Der strafrechtliche Begriff des Unzüchtigen als Maßstab unsittlicher Kunst. Leipzig: Juristische Fakultät Leipzig; 1923.

---. Gerechtigkeit für David. Gottes Gericht und Gnade über dem Ahnen Jesu Christi. Nach dem 2. Buch Samuelis. Berlin: Evangelische Verlagsanstalt; 1949.

---. Aufruf zur Aktion Sühnezeichen. In: Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (im Auftrage des Rates der EKiD), Hrsg. Bericht über die dritte Tagung der zweiten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 26. bis 30. April 1958. Berlin; 1958; S. 278-279.

---. Rechenschaft über die Vergangenheit. QUATEMBER Evangelische Jahresbriefe. 1958; 23. Jahrgang: S. 200-207.

---. Weltfriedensdienst im Sühnezeichen. Rechenschaft für gestern - Verantwortung für morgen. Kommunität. 1960; 4(14): S. 57-63.

---. Aus seinem Lebensbericht. In: Macke, Peter, Hrsg. Brandenburgisches Oberlandesgericht. Festgabe zur Eröffnung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft; 1993; S. 77-83.

Krüger, Hanfried. The Life and Acitivities of the World Council of Churches. In: Fey, Harold E., Ed. The Ecumenical Advance. A History of the Ecumenical Movement Vol. 2. London: S.P.C.K. Holy Trinity Church, London; 1970; pp. 27-62.

Krzemiński, Adam. „Ein Hofnarr war ich bis zum Schluss". Interview mit Günter Särchen, dem Begründer des Anna-Morawska-Seminars. Dialog. 1997; 2: S. 44-51.

Kufeke, Kay. Der Umgang mit dem Holocaust in Deutschland nach 1945. In: Asmuss, Burkhard, Hrsg. Holocaust. Der Nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung. Berlin: Deutsches Historisches Museum; 2002; S. 239-244.

Kuhlemann, Franz-Michael. Nachkriegsprotestantismus in Westdeutschland. Religionssoziologische und mentalitätsgeschichtliche Perspektiven. In: Hey, Bernd, Hrsg. Kirche, Staat und Gesellschaft nach 1945. Konfessionelle Prägungen und sozialer Wandel. Bielefeld: Luther-Verlag; 2001; S. 23-59.

Kunst, Hermann. Hermann Kunst im Gespräch mit Meinold Krauss. Stuttgart; Hamburg: Steinkopf; 1989.

Kwizinskij, Julij A. Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten. Berlin: Siedler; 1993.

Lappin, Eleonore & Schneider Bernhard. Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus. 1 ed. St. Ingbert: Universitätsverlag Röhrig; 2001. (Arlt, Herbert. Österreichische und internationale Literaturprozesse; Band 13).

Legerer, Anton. „Erinnert an Sippenhaftung". Am Beispiel der Zivildienstdebatte: Wie das Gewissen aus der Politik entfernt wird. DER STANDARD. Wien; 21. Januar 1994; S. 35.

---. Atlas des 20. Jahrhunderts (43). Der Politikwissenschafter Lars Rensmann im Gespräch mit Anton Legerer über den Historikerstreit. DER STANDARD. Wien; 22. Dezember 1999; S 73.

---. Roma-Theater Pralipe: Den Holocaust auf die Bühne bringen. Jura Soyfer - Internationale Zeitschrift für Kulturwissenschaften. 2001a; 2.

---. Umgang mit dem österreichischen Anteil am Nationalsozialismus: „Gedenkdienst" als Katalysator der „Dritten Generation" für die Erinnerung an den Völkermord an Juden, Roma und Sinti und an das nationalsozialistische Terrorregime. In: Lappin, Eleonore und Schneider, Bernhard, Hrsg. Die Lebendigkeit der Geschichte: (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus. St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag; 2001b; S. 373-394.

---. Preparing the Ground for Constitutionalisation through Reconciliation Work. German Law Journal. Review of Developments in German, European and International Jurisprudence. [www.germanlawjournal.com] Vol. 6 No. 2, 1 February 2005, pp. 465-471.

Lehmann, Hans Georg. Deutschland-Chronik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung; 2002.

Lehmann, Hartmut. Protestantisches Christentum: im Prozess der Säkularisierung. Göttingen: Vandehoeck und Ruprecht; 2001.

Lehndorff, Hans Graf von. Ein Bericht aus Ost- und Westpreußen 1945-1947. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- Mitteleuropa/3. Beiheft ed. Bonn: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte; 1959.

---. Die Insterburger Jahre: Mein Weg zur Bekennenden Kirche. München: Beck; 1992.

Lemberg, Eugen und Edding, Friedrich. Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Kiel: Ferdinand Hirt; 1959.

Lent, Irmgard. Der Weg des Kirchentages in der DDR durch drei Jahrzehnte. In: Schröder, Otto und Peter, Hans-Detlef, Hrsg. Vertrauen wagen. Evangelischer Kirchentag in der DDR. Berlin: verbum Druck- und Verlagsgesellschaft für Kirche und Öffentlichkeit; 1993; S. 157-197.

Lepsius, M. Rainer. Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In: Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen und Zwahr, Hartmut, Hg. Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta; 1994; S. 17-30.

Lepsius, Rainer M. Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches". In: Haller, Max; Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, und Zapf, Wolfgang, Hrsg. Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, des 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt (Main), New York: Campus; 1989; S. 247-264.

Lesser, Gabriele. Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen im Jahre 1965. Heller, EdithKöln: Treff-Punkt; 1992.

Liedtke, Werner. Die Aktion „Sühnezeichen" in der DDR. Betrachtungen eines Hauptbeteiligten. In: Dähn, Horst und Gotschlich, Helga, Hrsg. „Und führe uns nicht in Versuchung ...". Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989. Berlin: Metropol Verlag; 1998; S. 283-308.

Lifton, Robert Jay. Ärzte im Dritten Reich. Lösch, Annegret, Übersetzerin. Stuttgart: Klett-Cotta; 1993.

Lilje, Hanns. Hermann Kunst - Leben und Werk. In: Collmer, Paul und Kunst, Hermann, Hrsg. Kirche im Spannungsfeld der Politik: Festschr. für Bischof D. Hermann Kunst D.D. zum 70. Geb. am 21. Jan. 1977. Göttingen: Schwartz; 1977; S. 1-5.

Limbach, Jutta. Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz. In: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik [Marianne Birthler], Hrsg. Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz. Zehn Jahre Aufarbeitung. 2. Auflage ed. Berlin: Eigenverlag; 2002; S. 25-33.

Littell, Franklin Hamlin. From Barmen (1934) to Stuttgart (1945): the Path of the Confessing Church in Germany. Church and State. 1961; 3: pp. 41-52.

Loerbroks, Matthias. Lernversuche. Das christlich-jüdische Gespräch nach 1945 in der BRD. In: Staffa, Christian, Hg. im Auftrag der Ev. Akademie Sachsen-Anhalt. Vom Protestantischen Antijudaismus und seinen Lügen. Versuche einer Standort- und Gehwegbestimmung des christlich-jüdischen Gesprächs. Magdeburg: Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt; 1993; S. 109-140.

Ludwig, Hartmut. Die Opfer unter dem Rad verbinden. Vor- und Entstehungsgeschichte, Arbeit und Mitarbeiter des "Büro Pfarrer Grüber". unveröff. Dissertation: Humboldt Universität zu Berlin; 1988.

Lüth, Erich. Die Friedensbitte an Israel 1951. Eine Hamburger Initiative. Hamburg: Verlag Hans Christians; 1976.

Magirius, Friedrich. Runder Tisch Leipzig. Aufbruch zur Demokratie. In: Winter, Friedrich, Hrsg. Die Moderatoren der Runden Tische: Evangelische Kirche und Politik 1989/90. Berlin: Evang. Verl.-Anst.; 1999; S. 144-147.

Maislinger, Andreas. Probleme der österreichischen Verteidigungspolitik. unveröff.: Philosophische Fakultät der Universität Salzburg; 1980.

---. „Zurück zur Normalität". Zur Entnazifizierung in Tirol. In: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter

und Rathkolb, Oliver, Hrsg. Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945 - 1955. München: Oldenburg; 1986; S. 337-348.

---. „Vergangenheitsbewältigung“ in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreich. Psychologisch-pädagogische Maßnahmen im Vergleich. In: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard und Zittelmann, Rainer, Hg. Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Frankfurt/Main, Berlin: Ullstein; 1990; S. 479-496.

Margull, Hans Jochen. The Ecumenical Movement in the Churches and at the Parish Level. In: Fey, Harold E., Ed. The Ecumenical Advance. A History of the Ecumenical Movement Vol. 2. London: S.P.C.K. Holy Trinity Church, London; 1970; pp. 353-372.

Maser, Peter. Glauben im Sozialismus. Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR. Berlin: Gebr. Holzapfel; 1989.

Maser, Peter. Juden und Jüdische Gemeinden in der Innenpolitik der DDR, In Bergmann, Werner; Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Hg. Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag; 1995; S. 339-368.

---. Die Kirchen in der DDR. Zeitbild ed. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung; 2000.

Mazowiecki, Tadeusz. Von der Gegenwart zur Neuen Nachbarschaft. In: Pflüger, Friedbert und Lipscher, Winfried, Hrsg. Feinde werden Freunde: von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft. Bonn: Bovier; 1993; S. 433-451.

Mechtenberg, Theo. Christliches Engagement. Opposition und Poleninitiativen im Raum der Magdeburger katholischen Kirche. In: Kerski, Basil; Kotula, Andrzej und Wóycicki, Kazimierz, Hrsg. Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990. Osnabrück: fibre; 2003; S. 235-242.

Mensing, Björn. Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; 1998. (Mehlhausen, Joachim und Siegele-Wenschkewitz, Leonore. Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte; Reihe B: Darstellungen Band 26).

Mertens, Lothar. Die SED und die NS-Vergangenheit. In: Bergmann, Werner; Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Hg. Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag; 1995; S. 194-211.

Metzger, Jan; Orth, Martin und Sterzing, Christian. Das ist unser Land - Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung. Bornheim-Merten: Lamuv; 1980.

Meyer, Olaf. „Politische“ und „Gesellschaftliche Diakonie“ in der neueren theologischen Diskussion. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; 1974 (Band 12 der Arbeiten zur Pastoraltheologie, hrsg. von Martin Fischer und Robert Frick).

Mitscherlich, Alexander und Mitscherlich, Margarete. Die Unfähigkeit zu trauern. München: R. Piper & Co.; 1994 [23. Aufl. der Neuausgabe von 1977; Erstauflage 1967].

Mitscherlich, Margarete. Erinnerungsarbeit. Zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern. Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag; 1987.

Mitten, Richard. „Die Sühne ... möglichst milde zu gestalten“ Die sozialdemokratische „Bearbeitung“ des Nationalsozialismus und des Antisemitismus in Österreich. In: Bergmann, Werner; Erb, Rainer und Lichtblau, Albert, Hg. Schwieriges Erbe: der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main;

New York: Campus Verlag; 1995; S. 102-119.

Möckel, Gerhard. Fatum oder Datum? Aufsätze und Briefe. München: Südostdeutsches Kulturwerk; 1997.

Möller, Ulrich. Im Prozess des Bekennens. Brennpunkte der kirchlichen Atomwaffendiskussion im deutschen Protestantismus 1957-1962. Neukirchen-Vluyn: Neukirchener; 1999. (Huber, Wolfgang; Klappert, Bertold; Kraus, Hans-Joachim; Moltmann, Jürgen und Welker, Michael. Neukirchener Beiträge zur Systematischen Theologie; Band 24).

Moltmann, Jürgen. „Die Grube“: - „Wo war Gott?“. Jüdische und christliche Theologie nach Auschwitz In: Görg, Manfred und Langer, Michael, Hg. Als Gott weinte. Theologie nach Auschwitz. Regensburg: Friedrich Pustet; 1997; S. 45-60.

Morlok, Helmut. Eine Vision wurde Wirklichkeit. In: Orth, Susanne. „Wie soll ich singen...“; 1996; S. 57-65.

Müller-Gangloff, Erich. Christen in Kriegsgefangenenschaft. Berlin: Verlag Die Schöpfung; 1948a.

---. Vorläufer des Antichrist. Berlin: Wedding; 1948b. (Buchreihe der Berliner Hefte).

---. Rapallo und Locarno. Deutschland zwischen gestern und morgen. In Quatember, 23. Jg. 1958/1959, S. 193-200.

---. Gottes Drittes Volk. Revolution aus dem Evangelium. Stuttgart: Calwer; 1961. (Schlatter, Theodor. Calwer Hefte zur Förderung biblischen Glaubens und christlichen Lebens; 41).

---. Horizonte der Nachmoderne. Mächte und Ideen im 20. Jahrhundert. Geinhausen/Stuttgart: Verlagsgemeinschaft Burckhardthaus- und Kreuz-Verlag; 1964. (Thadden-Trieglaff, Reinold von; Lange, Ernst; Schultz, Hans Jürgen; Walz, Hans Hermann und Zink, Jörg. Handbücherei des Christen in der Welt; VI).

---. Mit der Teilung leben. Eine gemeindeutsche Aufgabe. München: List; 1965.

---. Vom gespaltenen zum doppelten Europa. Acht Thesen zur deutschen Ostpolitik, zugleich eine Antwort auf die "deutsche Frage". Stuttgart: Radius; 1970.

---. alias Christoph Obermüller. Die deutschen Stämme. Stammesgeschichte als Namensgeschichte und Reichsgeschichte. Bielefeld und Leipzig: Velhaben und Klasing; 1941.

---. alias Müller Erich. Nationalbolschewismus. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt; 1933.

Müller, Ingo. Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. München: Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf.; 1989.

Neubert, Ehrhart. Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung; 2000. (Schriftenreihe; 346).

Nevermann, Hans-Richard. Ein langer Weg. In: Orth, Susanne. „Wie soll ich singen...“; 1996; S. 35-37.

Nora, Pierre. Between Memory and History. Representations. 1989 Spring; Special Issue: Memory and Counter-Memory(26): pp. 7-24.

Ohse, Bernhard. „Einmal kein Mahl“ Die interkonfessionelle Aktionsgemeinschaft für die Hungernden. In: Berg, Christian und Noske, Gerhard, Hrsg. Ökumenische Diakonie. Berlin: Lettner; 1959; S. 185-194.

Ohse, Marc-Dietrich. Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974).

Berlin: Christoph Links Verlag; 2003.

Orth, Susanne. „Wie soll ich singen...“ 10 Jahre Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. Berlin (West): Aktion Sühnezeichen Friedensdienste; 1996.

Ostmeyer, Irena. Zwischen Schuld und Sühne. Evangelische Kirche und Juden in SBZ und DDR 1945-1990. Berlin: Institut Kirche und Judentum; 2002. (Von der Osten-Sacken, Peter. Studien zu Kirche und Israel; 21).

Palm, Dirk. „Wir sind doch Brüder!“ Der evangelische Kirchentag und die deutsche Frage 1949-1961. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; 2002. (Nicolaisen, Carsten und Schultze, Harald. Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte; Reihe B: Darstellungen, Band 36).

Pape, Matthias. Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945-1965. Köln Weimar Wien: Böhlau; 2000.

Pauley, Bruce F. Austria. In: Wyman, David S., Ed. The World Reacts to the Holocaust. Baltimore and London: The John Hopkins University Press; 1996; pp. 473-513.

Pelinka, Anton. Austria. Out of the Shadow of the Past. Boulder, Colorado: Westview Press; 1998.

Peter, Ulrich. Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin von 1919 bis 1933. Geschichte - Struktur - Theologie und Politik. Frankfurt/Main et al.: Peter Lang; 1995. (Europäische Hochschulschriften; Reihe XXIII Theologie Bd. 532).

---. Harald Poelchau. In: Asendorf, Manfred und Bockel, Rolf von, Hrsg. Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus Fünf Jahrhunderten. Stuttgart/Weimar: Metzler; 1997a; S. 747.

---. „Oberstes Ziel der Erziehung ... ist der fromme und sittliche Mensch im Geist des Evangeliums“. 1997b. unveröff. Manuskript, zur Verfügung gestellt vom Autor

---. Zwischen allen Stühlen: Der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands. Beiträge Zur Geschichte Der Arbeiterbewegung. 2001; 43(2): S. 53-71.

Petry, Ulrike. Evaluierung der Langzeit-Friedensdienste im Ausland. Kurzfassung [Broschüre]. Tübingen; 1996; ASF.

Pfeifer, Judith; Roth, Stephan und Högl, Johannes. „... ich glaub’ ich hätt’ schon eine Schlagseite für Zivildienst“ Bundeskanzler a.D. Dr. Franz Vranitzky im Gespräch. In: Horváth, Martin; Legerer, Anton; Pfeifer, Judith und Roth, Stephan, Hg. Jenseits des Schlussstrichs. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit. Wien: Löcker Verlag; 2002; S. 34-43.

Pinnock, Sarah K. Die Theologie der zweiten Generation nach Auschwitz. Eine kritische Analyse. In Kellenbach, Katharina von; Krondorfer, Björn und Reck, Norbert, Hrsg. Von Gott reden im Land der Täter. Theologische Stimmen der dritten Generation seit der Shoah. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft; 2001; S. 95-109.

Poscharsky, Peter. Kirchen von Olaf Andreas Gulbransson. München: Callwey; 1966.

Pütz, Johanna. In Beziehung zur Geschichte sein: Frauen und Männer der dritten Generation in ihrer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Frankfurt/Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Wien: Lang; 1999. (Keim, Wolfgang. Studien zur Bildungsreform; Bd. 38).

Pyper, Jens Fabian. „Uns hat keiner gefragt“ Positionen der dritten Generation zur Bedeutung des Holocaust. Berlin, Wien: Philo Verlag; 2002.

Rabe, Karl-Klaus. Umkehr in die Zukunft. Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Bornheim-Merten: Lamuv Verlag; 1983.

Radzyner, Joana. Wehrdienstverweigerer Andreas Maislinger lebt alternativen Friedensdienst vor. Einsam unter Friedensengeln. profil, Wien: Dezember 1982.

Rahn, Stefan. Die Städtepartnerschaft zwischen Dresden und Coventry: Versöhnungswille und politisches Kalkül; Magisterarbeit an der TU Dresden Fakultät Sprach- und Literaturwissenschaften Institut für Anglistik und Amerikanistik; 2002.

Rathkolb, Oliver. NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver, Hrsg. Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945 - 1955. München: Oldenburg; 1986; S. 73-99.

---. Alles Walzer? Spectrum. Wien; 2005 Apr 16: III, IV.

Reichel, Peter. Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München: Beck; 2001.

Reiff, Klaus. 10 Jahre Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. In: Orth, Susanne. „Wie soll ich singen...“; 1996; S. 53-55.

Reiter, Margit. Unter Antisemitismusverdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah. Innsbruck Wien München: Studienverlag; 2001.

Rensmann, Lars. Politisch-psychologische Nachwirkungen des Nationalsozialismus in der Gegenwart. Zum Verhältnis von neueren Vergangenheitsdiskursen und gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber dem Holocaust in Deutschland. In: Lappin, Eleonore und Schneider, Bernhard, Hrsg. Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus. St. Ingbert: Universitätsverlag Röhrig; 2001; S. 336-369.

Roon, Ger Van. Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München: Oldenbourg Verlag; 1967.

Rosenstock-Huessy, Eugen. Der unbezahlbare Mensch. Berlin: Käte Vogt; 1955 [Hrsg. Harald Poelchau]

---. Dienst auf dem Planeten: Kurzweil und Langeweile im Dritten Jahrtausend. Stuttgart: 1965

Rosenthal, Gabriele. „Als der Krieg kam, hatte ich mit Hitler nichts mehr zu tun“. Zur Gegenwärtigkeit des „Dritten Reiches“ in Biographien. Opladen: Leske + Budrich; 1990.

---. Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoa und von Nazi-Tätern. Gießen: Psychosozial Verlag; 1999.

Ruchniewicz, Krzysztof. Die Haltung Polens zum deutschen Widerstand nach 1945 - insbesondere zum Kreisauer Kreis. In: Ueberschär, Gerd R., Hrsg. Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime. Köln: Bund-Verlag; 1994; S. 65-75.

---. Die historische Erinnerung in Polen. Aus Politik Und Zeitgeschichte. 2005a; 5-6 (www.bpb.de/publikationen/KIL2JJ,0,0,Die_historische_Erinnerung_in_Polen.html, erhoben am 31. Januar 2005).

---. Günter Särchen (1927-2004) - Unser Golgatha liegt im Osten. In: Ruchniewicz, Krzysztof und Zybura, Marek, Hrsg. „Mein Polen ...“ Deutsche Polenfreunde in Porträts. Dresden: Thelem; 2005b; S. 259-289.

---. Deutschland und das Problem der Nachkriegsentschädigungen für Polen. In: Hockerts, Hans Günter; Moisel, Claudia und Winstel, Tobias, Hrsg. Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945-2000. Göttingen: Wallstein 2006; 667-739

Safrian, Hans. Die Eichmann-Männer. Wien: Europa Verlag; 1993.

---. Tabuisierte Täter. Staatliche Legitimationsdefizite und blinde Flecken der Zeitgeschichte in Österreich. In: Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Hg. Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/Main, New York: Campus; 1994; S. 527-535.

Sandig, Armin. Als Verständigung noch Mut erforderte. In: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hamburg, Hrsg. Annäherungen. 50 Jahre christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hamburg. Hamburg: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hamburg; 2002; S. 45-48.

Särchen, Günter. Für uns liegt Golgotha im Osten I/II. Reden: gehalten anlässlich des 25. Jubiläums der Aktion Sühnezeichen (DDR) am 30. April 1983 in Magdeburg sowie des 25. Jubiläums des Polenseminars Magdeburg in Roßbach 14./16. Oktober 1983.

---. Schritte zur Versöhnung zwischen Deutschen aus der DDR und Polen. Rückblicke auf Magdeburger, christlich geprägte Bemühungen und InitiativenAnna-Morawska-Gesellschaft. 1995; Manuskript des Vortrags vom 17. Juni 1995 im Magdeburger Roncalli-Haus.

---. Magdeburger Deutsch-Polnische Aktivitäten. 1996.

Sauter, Gerhard. „Vergib uns unsere Schuld ...“. Eine theologische Besinnung auf das Stuttgarter Schuldbekenntnis. In: Besier, Gerhard und Sauter, Gerhard. Wie Christen ihre Schuld bekennen: Die Stuttgarter Erklärung 1945. Göttingen: Vanderhoeck & Ruprecht; 1985; S. 63-128.

---. Verhängnis der Theologie? Schuldwahrnehmung und Geschichtsanschauung im deutschen Protestantismus unseres Jahrhunderts. Kirchliche Zeitgeschichte Internationale Halbjahresschrift Für Theologie Und Geschichtswissenschaft. 1991; 4(2): S. 475-492.

Schäfer, Bernd. Staat und katholische Kirche in der DDR. Köln: Böhlau; 1998. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung; Bd. 8).

Scharf, Kurt. Hermann Kunst und Berlin. In: Collmer, Paul; Kalinna, Hermann und Wiedemann, Lothar, Hrsg. Kirche im Spannungsfeld der Politik. Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst D.D. zum 70. Geburtstag am 21. Januar 1977. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co; 1977; S. 15-17.

---. Lothar Kreyssig gestorben. Berliner Sonntagsblatt. Berlin; 1986, S. 20.

Schenk, Rosemarie; Schenk, Otto; Nessler, Eva und Nessler Udo. ... Und gruben Brunnen in der Wüste. Darmstadt: Eduard Roether Verlag; 1975.

Schmidt, Helmut. Erwartungen des freiheitlich-demokratischen Staates an den Protestantismus. In: Collmer, Paul; Kalinna, Hermann und Wiedemann, Lothar, Hrsg. Kirche im Spannungsfeld der Politik. Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst D.D. zum 70. Geburtstag am 21. Januar 1977. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co; 1977; S. 31-38.

Schoppmeyer, Heinrich. Lorenz Jaeger. In: Hohmann, Friedrich Gerhard, Hrsg. Westfälische Lebensbilder. Münster: Aschendorff; 2005; S. 185-202.

Schrafstetter, Susanna. The Diplomacy of *Wiedergutmachung*: Memory, the Cold War, and the Western European Victims of Nazism, 1956-1964. Holocaust and Genocide Studies. V17N3, Winter 2003: pp. 459-479.

Schröder, Otto. Werden und Wachsen des Evangelischen Kirchentages in der DDR. In: Schröder, Otto und Peter, Hans-Detlef, Hrsg. Vertrauen wagen. Evangelischer Kirchentag in der DDR. Berlin: verbum Druck- und Verlagsgesellschaft für Kirche und Öffentlichkeit; 1993; S. 9-156.

Schulz, Dirk. Dietrich Bonhoeffer: Illegale Theologenausbildung: Sammelvikariate 1937-1940. Güthersloh: Chr. Kaiser Verlag/Gütersloher Verlagshaus; 1998. (Bethge, Eberhard; Feil, Ernst;

Gremmels, Christian; Huber, Wolfgang; Pfeifer, Hans; Schönherr, Albrecht; Tödt, Heinz Eduard und Tödt, Ilse. Dietrich Bonhoeffer Werke; Bd. 15).

Schwan, Gesine. Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens. Frankfurt/Main: Fischer TB; 1997.

---. The "Healing" Value of Truth-telling: Chances and Social Conditions in a Secularized World. Social Research. 1998; 65(4): pp. 725-740.

Schwöbel, Gerlind. Nur die Hoffnung hielt mich. Frauen berichten aus dem KZ Ravensbrück. Frankfurt/Main: Otto Lembeck; 2003.

Seixas, Peter. Historisches Bewusstsein: Wissensfortschritt in einem post-progressiven Zeitalter. In: Straub, Jürgen, Hg. Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte. Erinnerung, Geschichte, Identität ed. Frankfurt/Main: Suhrkamp; 1998; S. 234-265.

Siebert, Renate. Don't Forget. Fragments of a Negative Tradition. Passerini, Luisa, Ed. Memory and Totalitarism. International Yearbook of Oral History and Life Stories. 1992; pp. 165-177.

Silomon, Anke. „Schwerter zu Pflugscharen" und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982; Göttingen: Vandenboeck & Ruprecht; 1999. (Mehlhausen, Joachim und Siegele-Wenschkewitz, Leonore. Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte; Reihe B: Darstellungen, Band 33).

Simonides, Dorota. Der steinige Weg zu den historischen deutsch-polnischen Verträgen. In: Orth, Susanne. „Wie soll ich singen..."; 1996; S. 26-34.

Skriver, Ansgar. Aktion Sühnezeichen. Brücken über Blut und Asche. Stuttgart: Kreuz-Verlag; 1962.

Spotts, Frederic. Kirchen und Politik in Deutschland. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt; 1976.

Staffa, Christian. Die „Aktion Sühnezeichen". Eine protestantische Initiative zu einer besonderen Art der Wiedergutmachung. In: Hockerts, Günter et al., Hrsg., Nach der Verfolgung: Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland? Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte; 3; Göttingen: Wallstein; 2003; S. 139-156.

Standera, Michael. War die Stasi auch bei uns? Monatsbrief der Aktion Sühnezeichen: Aktion Sühnezeichen; 1992: S. 16-18.

Steinbach, Peter. Österreichs Zeitgeschichte: Ein Blick von außen. In: Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald, Hg. Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag; 1994a; S. 120-129.

---. Widerstand im Dritten Reich - die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der historischen politischen Bildungsarbeit, in den Medien und in der öffentlichen Meinung nach 1945. In: Ueberschär, Gerd R., Hrsg. Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime. Köln: Bund-Verlag; 1994b; S. 79-100.

Steinbacher, Sybille. "... daß ich mit der Totenklage auch die Klage um unsere Stadt verbinde". Die Verbrechen von Dachau in der Wahrnehmung der frühen Nachkriegszeit. Frei, Norbert und Steinbacher, Sybille, Hg. Beschweigen und Bekennen. Göttingen: Wallstein Verlag; 2001; S. 11-33.

Steinhoff, Theodor und Lorek, Daniel. „Aus lebendigen Steinen": Kathedral- und Propsteikirche St. Sebastian zu Magdeburg. Leipzig: St. Benno; 2000.

Stern, Frank. Evangelische Kirche zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Geschichte Und Gesellschaft. 1992; (18): S. 22-50.

Stiefel, Dieter. Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich. In: Meissl, Sebastian; Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver, Hrsg. Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945 - 1955. München: Oldenburg; 1986; S. 28-36.

Stöhr, Martin. Gespräche nach Abels Ermordung - Die Anfänge des jüdisch-christlichen Dialogs. In: Brumlik, Micha; Kiesel, Doron; Kugelmann, Cilly und Schoeps, Julius H., Hrsg. Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945. Frankfurt/Main: Jüdischer Verlag bei Athenäum; 1986; S. 197-229.

---. (Hrsg.) Das Erbe der Bekennenden Kirche: der prophetische Auftrag der Kirche. Frankfurt/Main: Haag und Herchen; 1983 [Arnoldshainer Texte, Bd. 16]

Strauss, Anselm and Corbin, Juliet. Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz Psychologie Verlagsunion; 1996.

Suckut, Siegfried. Das Wörterbuch der Staatssicherheit: Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit". Berlin: Christoph Links; 1996. (Abteilung Bildung und Forschung. Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; 5).

Thierse, Wolfgang. Als Wanderer zwischen den Welten. Lothar Kreyssig. Der einstige NS-Sympathisant gründete die 'Aktion Sühnezeichen'. Die Neue Gesellschaft (Frankfurter Hefte). 1998; (12):1095-1100.

Thomas, Merrilyn. Anglo/GDR Relations and the Role of Christian Idealism in Cold War politics 1961-1965: A Case Study of the Coventry/Dresden Project. PhD-Dissertation. London: University College London, University of London; 2002a.

---. Idealism as a Political Tool. The Coventry-Dresden Relationship 1963-1965. In: Bauerkämper, Arnd, Hg. Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World. Berlin, Wien: Philo; 2002b; pp. 305-324.

---. Communing with the Enemy. Covert Operations, Christianity and Cold War Politics in Britain and the GDR. Bern: Peter Lang; 2005.

Törne, Volker von. Zwischen Geschichte und Zukunft. Aufsätze - Reden - Gedichte. Berlin: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.; 1981.

Uhl, Heidemarie. Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität, fünfzig Jahre nach dem „Anschluss". Wien, Köln, Weimar: Böhlau; 1992. (Konrad, Helmut. Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek; Bd. 17).

---. Das „erste Opfer" - das österreichische Gedächtnis und seine Transformationen in der Zweiten Republik. In: Lappin, Eleonore und Schneider, Bernhard, Hrsg. Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitaeten in Diskursen ueber den Nationalsozialismus. St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag; 2001a; S. 30-46.

---. Das „erste Opfer". Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik. ÖZP Österreichische Zeitschrift Für Politikwissenschaft. 2001b; (1): S. 19-34.

---. Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: Die Transformation des österreichischen Gedächtnisses. In: Flacke, Monika und Deutsches Historisches Museum, Hrsg. Mythen der Nationen: 1945 - Arena der Erinnerungen. Berlin: Deutsches Historisches Museum; 2004; S. 481-508.

---. Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im

„österreichischen Gedächtnis“, In: Christian Gerbel , Manfred Lechner, Oliver Marchart, Vrääth Öhner, Ines Steiner, Andrea Strutz, Heidemarie Uhl, Tranformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur österreichischen Gedächtnisgeschichte (2005). Wien: Turia & Kant, S. 86-130.

Vad, Petra. Theologie nach Auschwitz? Gedanken und Beobachtungen bei der Annäherung an das Thema. In: Görg, Manfred und Langer, Michael, Hg. Als Gott weinte. Theologie nach Auschwitz. Regensburg: Friedrich Pustet; 1997; S. 61-79.

Vollnhals, Clemens. Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung. In: Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen und Zwahr, Hartmut, Hg. Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta; 1994; S. 498-518.

---. Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Vollnhals, Clemens, Hrsg. Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Berlin: Links; 1996; S. 79-119.

Volze, Armin. Kirchliche Transferleistungen in die DDR. Deutschland Archiv. 1991; (1): S. 59-66.

Von Moltke, Freya. Erinnerungen an Kreisau 1930-1945. München: C.H. Beck; 2003.

Von Törne, Volker. Im Lande Vogelfrei. Gesammelte Gedichte. Quarthefte ed. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach; 1981.

Wagner, Rudi. Schrift und Bild 1914-1984. Eigenverlag; 1984.

Walser, Martin, Unser Auschwitz, In Kursbuch I. Frankfurt; 1965; S. 197ff.

Weber, Hermann. „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen. Aus Politik Und Zeitgeschichte. 1997; (B 26): S. 3-14.

Weckerling, Rudolf, Hg. Le Chaim - Zum Leben. Eine Reise nach Israel - Junge Deutsche berichten. Berlin: Käthe Vogt Verlag; 1962.

Wehner, Herbert. Gesprächspartner aus Politik und Kirche. In: Collmer, Paul; Kalinna, Hermann und Wiedemann, Lothar, Hrsg. Kirche im Spannungsfeld der Politik. Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst D.D. zum 70. Geburtstag am 21. Januar 1977. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co; 1977; S. 7-10.

Weiß, Konrad. Lothar Kreyssig, Prophet der Versöhnung. Gerlingen: Bleicher; 1998.

---. Aktion Sühnezeichen in Polen. Erste Schritte zur Aussöhnung und Verständigung. In: Kerski, Basil; Kotula, Andrzej und Wóycicki, Kazimierz, Hrsg. Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990. Osnabrück: fibre; 2003; S. 243-249.

Welzer, Harald; Moller, Sabine und Tschuggnall, Karoline. „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch; 2002.

Whitney, Craig R. Spy Trader. Germany's Devil's Advocate and the Darkest Secrets of the Cold War. 1st Ed. ed. New York: Times Books/Random House; 1993.

Widhalm, Barbara. Vergangenheitsbewältigung in Österreich nach 1945. Rahmenbedingungen und Entwicklungsfaktoren für die Überwindung des Faschismus in Österreich und ihre Relevanz als gesellschaftliches Problem heute. 1986.

Wieland, Lothar. Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Frankfurt/Main, Bonn: Athenäum Verlag; 1968. (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland; 21).

Willems, Susanne. Lothar Kreyssig. Vom eigenen verantwortlichen Handeln. Eine biographische Studie zum Protest gegen die Euthanasieverbrechen in Nazi-Deutschland. Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste; 1995.

Winter, Friedrich. Der Weg der EKU zwischen 1953 und 1989. Kapitel VIII.4 In: Goeters, J. F. Gerhard und Rogge Joachim, Hrsg. im Auftrag der EKU. Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union. Trennung von Staat und Kirche; kirchlich-politische Krisen; Erneuerung kirchlicher Gemeinschaft (1918-1992). Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt; 1999; S. 671-733.

---. Die Evangelische Kirche der Union und die Deutsche Demokratische Republik: Beziehungen und Wirkungen. Bielefeld: Luther-Verlag; 2001.

Wistrich, Robert S. Österreich und das Vermächtnis des Holocausts. New York: The American Jewish Committee; 1999. [Broschüre]

Wodak, Ruth; Menz, Florian; Mitten, Richard und Stern, Frank. Die Sprachen der Vergangenheiten. Öffentliches Gedenken in österreichischen und deutschen Medien. Frankfurt/Main: Suhrkamp; 1994;

Wolffsohn, Michael. Die deutsch-israelischen Beziehungen. In: Brumlik, Micha; Kiesel, Doron; Kugelmann, Cilly und Schoeps, Julius H., Hrsg. Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945. Frankfurt/Main: Jüdischer Verlag bei Athenäum; 1986; S. 88-107.

Young, James E. Formen des Erinnerns. Gedenkstätten des Holocaust. Ozvalda, Margit und Rupprecht, Susanna, Übersetzer. Wien: Passagen Verlag; 1997.

Zariczny, Piotr. Dialog zwischen regimekritischen christlichen Gruppen und Oppositionellen aus der DDR und Polen. In: Kerski, Basil; Kotula, Andrzej und Wóycicki, Kazimierz, Hrsg. Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990. Osnabrück: fibre; 2003; S. 177-189.

Ziegler, Meinrad und Kannonier-Finster, Waltraud. Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit. Wien, Köln, Weimar: Böhlau; 1993. (Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek; Bd. 25).

Zifonun, Dariuš. Gedenken und Identität. Der deutsche Erinnerungsdiskurs. Frankfurt/New York: Campus; 2004.

Żurek, Robert. Zwischen Nationalismus und Versöhnung. Die Kirchen und die deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1956. Köln: Böhlau; 2005.

Exkurs I: Die MfS-Unterlagen

Forschungen über die ehemalige Deutsche Demokratische Republik unterliegen anderen Gesetzmäßigkeiten als Forschungen über die Bundesrepublik Deutschland – darauf hinzuweisen ist bei einer komparativen Arbeit unumgänglich. Der wesentliche Unterschied betrifft die Zugänglichkeit zu den Aktenüberlieferungen. Die Recherchen für die gegenständliche Arbeit ergaben, dass sowohl die Überlieferung aus staatlichen Beständen wie auch aus kirchlichen Archivsammlungen im Wesentlichen und mit zwei Ausnahmen für den gesamten Zeitraum der Existenz der ehemaligen DDR aufgearbeitet und zugänglich sind, während die Bestände über die Bundesrepublik Deutschland im Allgemeinen erst nach Ablauf einer Archivfrist von 30 Jahren zugänglich sind. So erwies sich, dass etwa das Bundesarchiv in Berlin überlieferte DDR-Bestände mit wenigen, auf Personenschutz begründeten Ausnahmen zur Einsichtnahme bereitstellte, Aktenüberlieferungen aus der BRD allerdings nur unter Einhaltung der Schutzfrist von 30 Jahren. Die „Schieflagen" und „Asymmetrie" der zeithistorischen Forschung in West- und Ostdeutschland ist ein diskutiertes, nichtsdestotrotz ungelöstes Problem, das auch die gegenständliche Arbeit betrifft.[2915]

Die Forschungslage zu den Archivdokumenten aus dem früheren MfS, die von der (bzw. von dem) Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) verwaltet werden, unterscheidet sich von anderen (zeit-)historischen Forschungsstellen durch besondere archivgesetzliche Bestimmungen und Archivusancen. Grundlage ist das „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik", das mit 29. Dezember 1991 in Kraft getreten ist. Unter den Zielen des Gesetzes ist wissenschaftliche Forschung von sekundärer Bedeutung, primär geht es den Ausführung der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach anlässlich des 10. Jahrestages der Verabschiedung des Gesetzes zufolge um „Interessen und Rehabilitierungsbedürfnissen der Opfer der Staatssicherheit", Aufklärung der Öffentlichkeit über „Kontrollmechanismen einer Diktatur" sowie um eine Auskunftsstelle für die Ämter und Behörden bei der Durchführung des „Elitenwechsels" im vereinigten Deutschland.[2916] Die Bestimmungen ebenso wie die Anwendung des „Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik" haben seit Einrichtung der Bundesbehörde BStU bis zur Gegenwart bereits gravierend unterschiedlichen Informationszugang bewirkt. Dieses Phänomen ebenso wie die nach wie vor im Prozess befindliche Aufarbeitung bisher nicht erschlossener Akten (Unterlagen der Zentralstellen sind zu 56,1 %, jene der Außenstellen zu knapp 77 % erschlossen)[2917] machen es wahrscheinlich, dass ein und dieselbe Forschungsfrage, mehrmals mit mehrjährigem zeitlichen Abstand erteilt, zu unterschiedlichen Rechercheergebnissen und damit zu unterschiedlichen Vorlagen an den jeweiligen Antragsteller und unterschiedlichen Zensurierungen – Anonymisierungen (oder Pseudonomisierungen) nach § 12 (5), § 32 bzw. § 32a Stasi-Unterlagen-Gesetz führen. Besonders die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 8. März 2002 wirkte sich auf Forschungsvorhaben negativ aus: nach dieser Entscheidung durften „Informationen zu Personen der Zeitgeschichte, Amtsträgern und Inhabern politischer Funktionen, soweit sie nicht Mitarbeiter oder Begünstigte des MfS waren, nur noch mit ausdrücklicher Einwilligung genutzt werden", weswegen „dem Anliegen des Gesetzgebers nach einer historisch-kritischen und zeitnahen Geschichtsaufarbeitung nur noch eingeschränkt entsprochen werden" konnte.[2918]

[2915] vgl. Artikel von Weber, Hermann. "Asymmetrie" bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen, In 1997). Aus Politik und Zeitgeschichte. 3-14

[2916] Limbach, Jutta. Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz, In Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik [Marianne Birthler], Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz. Zehn Jahre Aufarbeitung (2002). Berlin: Eigenverlag. 25-33, 26f.

[2917] Vgl. Sechster Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 2003., S. 13.

[2918] Vgl. ebd., S. 26

In der praktischen Umsetzung unterscheidet sich die Dienststelle des/r BStU von anderen Archiven insofern, als im Wesentlichen keine Findbücher zur Einsichtnahme vorgelegt oder elektronische Findmittel zur Verfügung gestellt werden, sondern vom/von der jeweiligen AntragstellerIn eine Forschungsfrage zu formulieren ist, die dann von Mitarbeitern der Dienststelle – kostenpflichtig[2919] – bearbeitet wird. In dieser internen Recherche wird einerseits auf Vorrecherchen (von früheren Rechercheanfragen) zurückgegriffen, andererseits auf die Eigenrecherchen in den – dezentral lokalisierten – (Bezirks-)Stellen. Nach Abschluss werden die aufgefundenen Unterlagen – hinsichtlich des Personenschutzes weitgehend anonymisiert – im Lesesaal vorgelegt. Die Anonymisierung in Form von Schwärzungen betrifft nicht nur lebende Privatpersonen sondern auch personenbezogene Aussagen und Stellungnahmen in allen Unterlagen, die vom/von der zuständigen SachreferentIn nicht verifiziert werden konnten. Bei der Ausfolgung von Kopien wird sogar eine verschärfte Zensur angewandt. Diese Regelungen werden nicht nur auf von Mitarbeitern des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) erstellte Unterlagen, wie Berichte, Analysen, strategische Überlegungen etc. angewandt, sondern auch auf Unterlagen, die den Akten beigelegt wurden, die vom MfS gesammelt und oft als Grundlage für die Berichte verwendet wurden. So werden zum Zeitpunkt der Einsichtnahme im Zeitraum Juli 2004 – August 2005 etwa auch Rundschreiben, Monatsbriefe der *Aktion Sühnezeichen*, aber auch Pressemeldungen der *Deutschen Presse Agentur*[2920] sowie die Autoren von von der *Aktion Sühnezeichen* empfohlener Literatur[2921] u. dgl. hinsichtlich Personenschutzes und Wahrheitsgehalts geschwärzt, was eine Rekonstruktion über die dem MfS zur Verfügung gestandenen Informationen und ihre daraus abgeleiteten Analysen und Arbeitsaufträge wesentlich erschwert. Ein Experiment über die Vorgangsweise des BStU zeitigte das absurde Resultat, dass bei angeforderten Kopien eines Berichts von MfS-Minister Mielke aus 1960 zahlreiche Schwärzungen durchgeführt wurden, obwohl dieser Bericht bereits 1992 [!] unter Beibelassung sämtlicher Namen veröffentlicht wurde.[2922] In den ausgefolgten Unterlagen waren selbst die Namen hauptamtlicher Mitarbeiter der DSKF geschwärzt.[2923] Eine wissenschaftlichen Kriterien genügende Bearbeitung der Unterlagen – etwa hinsichtlich der Nachvollziehbarkeit des Forschungsprozedere – ist deshalb aus gegenwärtiger Perspektive nur mit Vorbehalt möglich.

Als weitere Einschränkung muss zudem angeführt werden, dass Unterlagen noch vor der Sicherstellung durch oppositionelle Kräfte und Bürgerrechtler 1989 in unbekanntem Ausmaß vernichtet worden waren. Im Hinblick auf die Unterlagen zur *Aktion Sühnezeichen* betrifft dieser Kassationsvorgang bekanntermaßen den letzten Leiter der *Aktion Sühnezeichen* (DDR), Pfarrer Werner Liedtke, dessen Unterlagen als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS noch am 18. Dezember 1989 vernichtet wurden.[2924] Nicht zugänglich sind sämtliche Aktenbestände der Auslandsaktivitäten des MfS, in der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) – das betrifft in gegenständlicher Arbeit die gesamte Überwachung und versuchte Einflussnahme auf die Westberliner *Aktion Sühnezeichen*.

Für die Analyse des Bewegungsspielraums der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR spielen die Unterlagen aus dem ehemaligen MfS allerdings insofern eine Rolle, als einerseits das Interesse des MfS an der *Aktion Sühnezeichen* sowohl in der BRD als auch in der DDR darstellbar wird, andererseits auch Interaktionen und Interdependenzen zwischen verschiedenen Regierungs- und Behördenstellen der DDR unter Einbeziehung des MfS manifest werden. In personeller Hinsicht ist festzuhalten, dass Mitarbeiter aus dem

---

[2919] Die Grundgebühr für die gegenständliche Rechercheanfrage betrug Euro 43,46, Kopien wurden mit 10 Eurocent/A4-Seite separat verrechnet.
[2920] Vgl. dpa-Meldung: Bundesregierung warnt vor Beteiligung an Ostermärschen, 31. März 1983 [BStU MsF ZMA XX/1693]
[2921] Vgl. Operative Dokumentation der Hauptabteilung XX/4, dat. 30. September 1969, HA XX/4 Nr. 1477, das verwendete Material ist registriert unter MfS - HA XX/4 Nr. 2278] S. 104 [BStU 111]
[2922] Bericht über „Rolle und Aufbau oppositioneller Gruppierungen in den evangelischen Kirchen Westdeutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik“, dat. 12. August 1960 gez. Mielke [BStU MfS-BdL/Dok. Nr. 3940], eine unter anderer Signatur geführten Kopie [BStU MfS-BdL 1230/60] gleichlautend vgl. Besier & Wolf (1992), S. 228-250.
[2923] Vgl. Bericht des „IM Hermann Schneider“, dat. 13. September 1982 [BStU MfS BV Berlin AIM 64/91, Bd. 7]
[2924] Einzelbericht zum Schreiben des BstU an den Überprüfungsausschuss der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg in 14129 Berlin Tgb.-Nr. 4406/93 Z AU II.3-Tch. Der zweiseitige Bericht ist mit Namensstempel und handschriftlichen Namenszug „Teich“ gezeichnet.

Staatssekretariat auch für das MfS arbeiteten; zudem ist von einer strukturellen Verbindung des MfS mit anderen DDR-Instanzen auszugehen. Berichte und Analysen von Mitarbeitern des MfS wurden den Entscheidungsgremien der SED zugleitet und verstärkten über die Abteilung für Kirchenfragen im Zentralkomitee der SED und über die DSKF die insgesamt repressive Haltung des Staatssekretariats gegenüber der *Aktion Sühnezeichen* und ihren Protagonisten.

Nach einem Vorgespräch mit dem zunächst zugeteilten BStU-Referenten Stang 2002[2925] und einer ersten Einsichtnahme[2926] wurde im Jahr darauf der Forschungsantrag zum Einfluss des MfS auf die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* präzisiert und eine interne Recherche eingeleitet.[2927] Neben der Abfrage der Personenakten Lothar Kreyssig und Erich Müller-Gangloff wurden vor allem strukturelle Forschungsfragen formuliert, die unter anderem Beginn und Ende der Observierungen, Auftraggeber und Adressaten der Berichte, strategische Ziele des MfS, Mitarbeiter und Begünstigte der MfS-Aktivitäten zum Inhalt hatten. Zusätzlich wurden noch potentielle Bestände angeführt, die bei der Recherche berücksichtigt werden sollten. Fast auf den Tag acht Monate danach waren die Recherchen abgeschlossen[2928], allerdings waren selbst zweieinhalb (!) Monate nach der entsprechenden schriftlichen Verständigung durch die BstU-Referentin noch nicht alle recherchierten Akten aus den BStUBezirksstellen in der Berliner Zentrale eingelangt, weshalb ein Teil des Aktenmaterials trotz einer späteren Einsichtnahme im Jahr darauf vorenthalten blieb.[2929]

Exkurs II: Das DDR-Ministerium für Staatssicherheit

Das 1950 gegründete MfS vereinte verschiedene Funktionen: es fungierte als politische Geheimpolizei, als Untersuchungsorgan bei Straftaten, zur Sicherung der Staatsgrenzen und als geheimer Nachrichtendienst. Das MfS war eng verflochten mit der dominierenden Staatspartei Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED).[2930] Die Beobachtung von und Einflussnahme auf *Aktion Sühnezeichen* wurde vor allem von der Abteilung 4 der Hauptabteilung (HA) V, ab 1964 der Hauptabteilung XX vorgenommen (HA XX/4)[2931], die für die Kontrolle von Staatsapparat, Kirche, Kunst, Kultur und des „politischen Untergrunds“ zuständig war und „zweifellos das Kernstück des nach innen gerichteten Repressionsapparates“ darstellte.[2932] Neben hauptamtlichen Mitarbeitern verfügte das Ministerium über bis zu 173.000 inoffizielle Mitarbeiter und Zuträger.[2933] Mitte der 1980er Jahre betrug das Verhältnis zwischen Gesamtbevölkerung und Inoffiziellen Mitarbeitern rund 120:1. IM informierten ihre Ansprechpartner im MfS sowohl aus eigenem wie auch nach gezielten Aufträgen. Die „aberwitzig erscheinende Infiltration und Durchsetzung von Staat und Gesellschaft mit einem Heer Inoffizieller Mitarbeiter diente nicht nur der Überwachung und Informationsgewinnung, sondern stellte zugleich den Versuch umfassender Sozialsteuerung und gezielter Manipulation gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse dar“.[2934] Die Kirchenabteilung des MfS, die Hauptabteilung XX/4, war, wie Gerhard Besier und Stephan Wolf in einer frühen Dokumentensammlung mit MfS-Unterlagen formulierten, „im Vergleich zu den anderen mit Kirchenangelegenheiten befassten Partei- und Staatsstellen die qualitativ wie quantitativ am besten besetzte Behörde, was dazu führte, dass die HA

[2925] Legerer an BStU, dat. 24. Juli 2002, Antwort, dat. 12. August 2002, gez. Stang, Geschäftszahl: AU II.7-027603/02Z.
[2926] Persönliches Gespräch und Einsichtnahme in einen MfS-Bericht über die Aktion Sühnezeichen [MfS – HA XX/4 Nr. 1477] 29. August 2002
[2927] Legerer an BStU, Hrn. Stang, dat. 3. Oktober 2003; Eingangsbestätigung 16. Oktober 2003, gez. Brigitte Freudenberg.
[2928] BStU/Freudenberg, dat. 18. Juni 2004.
[2929] vorl. Abschlussbesprechung mit Freudenberg, 31. August 2004; bei einer weiteren Einsichtnahme am 29. und 30. August 2005 waren Akten nicht bzw. nicht vollständig zugänglich, weil sie bereits wieder an die Bezirksstellen retourniert worden waren [29./30. August 2005]
[2930] Vollnhals, Clemens. Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, In Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen und Zwahr, Hartmut, Sozialgeschichte der DDR (1994). Stuttgart: Klett-Cotta. 498-518, S. 498ff.
[2931] Knabe, Hubertus, Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen (1999). Berlin: Propyläen/Ullstein. , S. 263
[2932] Vollnhals (1994), S. 500.
[2933] Zahl aus 1988, zit. nach Ebd., S. 508.
[2934] Ebd., S. 513f.

XX/4 der SED in ständig steigendem Umfang mit kirchenpolitischen Konzeptionen und Redeentwürfen unter die Arme griff".[2935] 1989 verfügte die MfS-Hauptabteilung XX/4 über 41 hauptamtliche und 110 inoffizielle Mitarbeiter.[2936]

In Bezug auf die *Aktion Sühnezeichen* ist von Bedeutung, dass das MfS über zahlreiche Inoffizielle Mitarbeiter in der DSKF verfügte. In engerer Beziehung zur *Aktion Sühnezeichen* und ihren Repräsentanten standen der Pressereferent und spätere persönliche Referent des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Dr. Hans-Joachim Seidowsky („IM Jochen", „IM Gerhard")[2937], der Referent für Jugend und theologische Fakultäten, Dr. Hans Wilke („GHI Horst")[2938], Hauptabteilungsleiter Hans Weise (1957-1982), sein Nachfolger Peter Heinrich[2939] und der Referent für Ökumene Dr. Helmut Dressler („IM Harry")[2940]. In Kontakt mit der *Aktion Sühnezeichen* waren weiters die inoffiziellen Mitarbeiter des MfS Max Hartwig (Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen bis 1960) sowie Horst Dohle („IM Horst").[2941] Wie Clemens Vollnhals festhielt, blieb das Staatssekretariat „in der Kirchenpolitik stets ein drittrangiges Organ, dessen fürsorgliche Betreuung die Staatssicherheit übernahm".[2942] Die aufgrund der Ressortzuständigkeit geradezu zwangsläufigen Kontakte zwischen der *Aktion Sühnezeichen* und der DSKF waren so stets mit dem MfS verbunden. Darin und in der Strategie der DDR-Machthaber, über inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter gesammelte Informationen letztlich an die SED weiterzuleiten und von dort Weisungen an nationalstaatliche oder regionale Behörden zu geben, lässt sich die Beobachtung erklären, dass sich die Archivbestände von den einzelnen Regierungsdienststellen, den ZK-Sekretariaten und der Stasi, soweit jeweils vorhanden, überschneiden.[2943]

Eine systematische Darstellung über die Arbeitsweise des MfS ist nach wie vor Desiderat der Zeitgeschichteforschung.[2944] Wie sich aus den fragmentarisch vorhandenen bzw. zur Verfügung gestellten Unterlagen erschließt, hatte das MfS nahezu unbeschränkten Zugang zu Informationen aus beiden Organisationen der *Aktion Sühnezeichen*. Geplante ebenso wie durchgeführte Aktivitäten sowie die Namen der daran Beteiligten, sowohl aus dem unmittelbaren Sühnezeichen-Umfeld wie auch seitens der Sühnezeichen-Partner aus beiden deutschen Staaten und dem Ausland waren dem MfS zum überwiegenden Teil bekannt. In den überlieferten Unterlagen des MfS finden sich zahlreiche Abschriften und Originaldokumente aus den Sühnezeichen-Büros, die einen kontinuierlichen, weitreichenden Zugriff auf diese Materialien vermuten lassen. Weitere Quellen waren abgefangene Postsendungen und Raum- und Telefonüberwachungen. Anfang bis Mitte der 1970er Jahre wurde ein „OV Elster" gegen die *Aktion Sühnezeichen* und ihre Proponenten durchgeführt, der auf die Abkoppelung der *Aktion Sühnezeichen* in der DDR vom kirchlichen Dachverband *Innere Mission und Hilfswerk des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR* und folgender (Zwangs-)Auflösung der Organisation abzielte.[2945] Eine „Aufklärung der Räume der ‚*Aktion Sühnezeichen*' in der DDR zum Zwecke der Durchführung operativ-technischer

---

[2935] Besier & Wolf (1992), S. V [Vorwort zur ersten Auflage, Oktober 1991]
[2936] Ebd., S. 46
[2937] Akten IM Gerhard, BStU MfS AIM 3654/71 Teil I 1-4 „Gerhard". Seidowsky, geb. 1932 in Leipzig, wurde 1957 vom MfS angeworben.
[2938] Akten IM Horst, BStU MfS ZA, AIM 2968/70; Werbung 1954, 1970 Umregistrierung zu GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit); vgl. Vollnhals (1996), S. 86, Fn 22; GHI: Geheimer Hauptinformator; vgl. Personenregister in Silomon (1999), S. 390.
[2939] Zu Weise und Heinrich (BStU, ZA, KS 5562/90) vgl. Boyens, 1996, S. 127.; Boyens zufolge waren beide IM auch als „Offizier im besonderen Einsatz" (OibE) des MfS tätig.
[2940] Aktion IM Harry, BStU MfS ZA Teilablage A 186/85. (Neu)Werbung 1958; vgl. ebd. Fn 23
[2941] BStU MfS XII/745/73, Ast Dresden, Teilablage A35/89, zit. nach Boyens, 1996, S. 127, Fn. 28
[2942] Besier & Wolf (1992), S. 86
[2943] vgl. Fulbrook (1995), S. 99, 116f.
[2944] Eine einführende Übersicht mit Schwerpunkt auf die Hauptabteilung XX/4 des MfS siehe Besier & Wolf (1992), S. 75-84
[2945] Eröffnungsbericht für die vorgangsmäßige Bearbeitung feindlicher Aktivitäten der sogenannten „Aktion Sühnezeichen", dat. 6. Mai 1971, gez. Kullik, Hptm.; Abschlussbericht über die operative Bearbeitung des OV „Elster", Reg. Nr.: XV/1399/71, dat. 8. Oktober 1974, gez. Kullik, Hptm. [BStU MfS AOP 5854/8 Reg. Nr. XV/1399/71]. Für die Ermöglichung einer Einsichtnahme in Auszüge aus diesem Akt danke ich Christian Schmidt.

Maßnahmen“ sowie eine „konspirative Durchsuchung der Räume“ findet sich 1977 als Vorhaben im „OV Mühle“ gegen Ludwig Mehlhorn.[2946]

[2946] Der „OV Mühle“ wurde von der BV Dresden unter Reg.Nr. XV 2033/77 „bearbeitet“ und in der BV Berlin analysiert [BStU MfS BV Berlin 12223/78]

Kurzbiographien

Fritz Bauer[2947]
1903 (Stuttgart) – 1968 (Frankfurt/Main), Jurist
1930 Amtsrichter am Amtsgericht Stuttgart
1933 Verhaftung durch GESTAPO und Internierung im KZ Heuberg sowie Strafanstalt Ulm
1936 Flucht nach Dänemark, 1943 nach Schweden; mit Willy Brandt Gründung der Zeitschr. *Sozialistische Tribüne*
1945-1949 in Dänemark Redaktion der Flüchtlingszeitung *Deutsche Nachrichten*
1949 Berufung zum Landgerichtsdirektor in Braunschweig
1950 Generalstaatsanwalt in Braunschweig
1956 Generalstaatsanwalt in Frankfurt/Main, Ankläger im „Auschwitz-Prozess" 1963-1965
1965 Voruntersuchung für „Euthanasie-Prozess", der nach Bauers plötzlichem Tod am 1. Juli 1968 allerdings nicht zur Durchführung gelangte (Einstellung 1970)

→ Bauer hinterließ die Hälfte seines Vermögens der Aktion Sühnezeichen in Westberlin[2948]

Joachim Wilhelm Beckmann[2949]
1901 (Wanne-Eickel) – 1987 (Haan)[2950], ev. Pfarrer
1926 Landespfarrer für Innere Mission und Wohlfahrtspflege in der Evangelischen Kirche von Nassau (Wiesbaden)
1928-1933 in Soest bei der Westfälischen Frauenhilfe
1933-1948 Pfarrer in der Düsseldorfer Luthergemeinde, Mitgründer der rheinischen Bekennenden Kirche
1933 Gründung „Rheinischer Bund um Wort und Kirche" (Rheinische Pfarrerbruderschaft)
1934 Mitglied im Bruderrat der Bekennenden Kirche
1935 Verbannung aus Düsseldorf, weil er das Wort der Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union in Berlin-Dahlem (4.-5. März 1935) verlesen und dazu eine Predigt zum ersten Gebot gehalten hatte
1939 Reichs-Redeverbot
1948-Stellvertretender Präses und Theologischer Dirigent des Landeskirchenamtes der Ev. Kirche der Rheinprovinz
1958-1971 Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland
Mitglied des Rheinischen, des ApU/EKU- und des Reichsbruderrates[2951]

→ Erstunterzeichner, von Kreyssig schon vor der Verlesung kontaktiert. Trat vor allem bei der Finanzierung des Projekts Rotterdam als Sanierer der Finanzmisere [Leiter der EKD-Kommission für die Lösung der Finanzierung des Ökumenischen Instituts Rotterdam], aber auch als Vertreter der Linie auf dem Plan, die Aktion Sühnezeichen über institutionalisierten kirchlichen Einfluss zu disziplinieren.

Irmgard Block
1917 - 1999
Witwe nach Klaus Block (1910-1953), 1936 im 3. Finkenwalder Kurs (bei Dietrich Bonhoeffer); anschließend Pfarrdienst in Brandenburg-Görden; Wehrdienst; nach 1945 Konsistorialrat in Berlin[2952]
Irmgard Block war u.a. tätig bei der Vermittlung von Fraternal Workers in Westberlin

→ Langjähriges Leitungskreismitglied der Aktion Sühnezeichen, Arbeitsschwerpunkt: Sozialdienste in Finnland

Paul Cates[2953]
Geb. 1925 in Maine, Quäker, Fraternal Worker, Lehrer
1948 Verurteilung zu einer Haftstrafe wegen Verweigerung des Militärdienstes in der U.S. Army

---

[2947] Vgl. Internet-Informationen des Fritz Bauer-Institutes in Frankfurt/Main: Kurzbiographie Fritz Bauers sowie Essay der Instituts-Mitarbeiterin Irmtrud Wojak, Fritz Bauer: Stationen eines Lebens (1998) [www.fritz-bauer-institut.de/bauer.htm; www.fritz-bauer-institut.de/texte/essay/07-98_wojak.htm; erhoben 14.9.2003]
[2948] die Höhe der Hinterlassenschaft ist in den eingesehenen Akten nicht dokumentiert.
[2949] Thomas K. Kuhn. Joachim Wilhelm Beckmann. In: Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Verlag Traugott Bautz. Band XVI (1999) Spalten 92-97. www.bautz.de/bbkl, 22. Mai 2003
[2950] andere Quellen nennen 1986 als Todesjahr. Vgl. Schulz, Dirk, Dietrich Bonhoeffer: Illegale Theologenausbildung: Sammelvikariate 1937-1940 (1998). Güthersloh: Chr. Kaiser Verlag/Gütersloher Verlagshaus. , S. 696
[2951] Ebd.
[2952] Ebd., S. 697
[2953] Aus einer Zusammenstellung von Verena von Hammerstein (2001) sowie „Erinnerungen von Paul Cates aus dem Berlin der fünfziger und sechziger Jahre", die dieser unter dem Titl „Kleiner Mann in Berlin", datiert Meißen, 14. Februar 2000, verfasst hat. [FvH]; Lebenslauf, dat. Berlin 37, 18. November 1965, gez. Cates [LABB 1/1, 13 Bd. 1].

1951-1953 freiwilliger Mitarbeiter der amerikanischen Quäkerhilfe in der BRD
1954-1958 Deutschlehrer an der Quäkerschule in Iowa
1958/59 Studium der Germanistik an der Philips Universität Marburg
1959 Aufnahme des Studiums der Literaturwissenschaft/Germanistik an der Freien Universität Berlin
1960 über Joop Siezen Kontakt zu Franz von Hammerstein
1960-1966 Fraternal Worker in der Funktion eines Jugendleiters bei der Evangelischen Industriejugend (EIJ).
1961 Reise mit acht Jugendlichen der EIJ in die USA
nach dem 13.8.1961 Beteiligung am kirchlichen Ost-West-Kurierdienst (Briefe, Medizin, Geschenkpakete mit Nahrungsmittel) für die Amtskirche und für die Aktion Sühnezeichen
ab 1962 Kontakte mit Sowjetischen Einrichtungen (Entlehnung sowjetischer Spielfilme)
1963 Studienfahrt mit Jugendlichen in die UdSSR.
1966 von EKD mit *Martin Luther-Medaille* ausgezeichnet
1967 Geburt des Sohnes Martin, Auslöse aus der DDR und Heirat der Sekretärin von ASF Ost, Elisabeth Gürtler („Austausch von 100 Bräuten für einen Spion“)
Ende der 1960er Jahre gemeinsam mit seiner Familie Rückkehr in die USA

→ Mitglied des Leitungskreises ab 1963, Verbindung zu Osteuropa (v.a. UdSSR), Kurierverbindung zwischen Ost- und Westberliner Büros

Wolfgang von Eichborn[2954]
1909 (Breslau) – 1998 ehem. Banker aus Schlesien, Flüchtling
1932 Promotion nach Studium der Volkswirtschaft und Soziologie in Heidelberg
1970 Gründer und Vorsitzender der *Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden* (AGDF)

→ Buch über Freiwilligendienste, für ASF ehrenamtlich tätig, kaufte Schloss Friesenhausen, das er für Vorbereitungsseminare und für große Pfingstlager zur Verfügung stellte. Vorstandsfunktion bei Verein Versöhnungsdienste, brachte den Friedensdiskurs in die ASF und umgekehrt die ASF in die Friedensbewegung ein, ASF-Mitglied von 1970-1980

Adolf Freudenberg[2955]
1894 (Weinheim) – 1977 Dr. Jur.; Theologe, Diplomat und Pfarrer
1922-1935 (zuletzt Legationsrat) im Auswärtigen Amt
1935-1938 Theologisches Studium und 1939 Ordination durch die Bekennende Kirche in Berlin-Dahlem
1939 Emigration mit seiner von nationalsozialistischer Verfolgung bedrohten Frau Lisa und Sekretär für Flüchtlingshilfe beim vorl. Ausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in London, ab September 1939 in Genf; Leiter des ÖRK-Sekretariats für nichtarische Flüchtlinge
1947 Pfarrer in der Flüchtlingssiedlung Heilsberg bei Frankfurt/Main.
Tochter Brigitte Gollwitzer (1922-1986) 1984-86 stellv. Vors. von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
1947-1959 Pfarrer der Flüchtlingsgemeinde Heilsberg bei Bad Vilbel in der BRD
1952 Gründer des ev. Arbeitskreises Kirche und Israel in Hessen und Nassau
- 1964 Vorsitzender des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, bis zu seinem Tod Ehrenpräsident

→ Anfang der 1960er Jahre Berater Kreyssigs in Sachen Israel-Einsatz, 1968/69 Mitglied des Leitungskreises

Helmut Hans **Gollwitzer**[2956]
1908 (Pappenheim im Altmühltal/Bayern) – 1993 (Berlin) ev. Theologe und Schriftsteller
1933 Mitglied der Bekennende Kirche
1936-1938 Tätigkeit beim ApU-Bruderrat; Referent für theologische Ausbildung
1937 Promotion bei Karl Barth „Coena Domini. Die altlutherische Abendmahlslehre in ihrer Auseinandersetzung mit dem Calvinismus“.
1938 Pfarrer in Berlin Dahlem an der Sankt-Annen-Kirche, Vertretung und Nachfolge Martin Niemöllers

---

[2954] Eichborn (1970)
[2955] Schulz (1998), S. 703; Besier (1985) S. 9-61; Hermle, Siegfried, Evangelische Kirche und Judentum - Stationen nach 1945 (1990). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. , S. 398; zu Adolf Freudenbergs Hilfeleistung für vom Nationalsozialismus verfolgte europäische Juden s. Sammelband anlässlich des 100. Geburtstages von Adolf Freudenberg: Stöhr, Martin und Würmell, Klaus, Juden, Christen und die Ökumene. Adolf Freudenberg 1894-1994. Ein bemerkenswertes Leben (1994). Frankfurt am Main: Spener Verlagsbuchhandlung.
[2956] Schulz (1998), S. 704; Möller, Ulrich, Im Prozess des Bekennens. Brennpunkte der kirchlichen Atomwaffendiskussion im deutschen Protestantismus 1957-1962 (1999). Neukirchen-Vluyn: Neukirchener. , S. 466; Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Verlag Traugott Bautz. Band XIV. (1998) Spalten 1035-1057 Autor: Werner Raupp. www.bautz.de/bbkl, Eintrag Gollwitzer, Helmut; 20. Juni 2003.

1940 Redeverbot
1940-1949 Militärdienst als Sanitäter und nachfolgend sowjetische Kriegsgefangenschaft
1950-1957 Professor für Systematische Theologie in Bonn
1957 Professor für Systematische Theologie an der FU (-1975) und der Kirchlichen Hochschule Berlin (bis 1971)
1961 Die Übernahme von Karl Barths Lehrstuhl in Basel scheitert am Veto der Basler Behörden wegen Gollwitzers „unklarer" Einstellung zum Kommunismus.

> In Kirche und Öffentlichkeit stark umstritten, avancierte G.[ollwitzer] zu einem der bekanntesten Theologen der kirchlichen Zeitgeschichte, der sich vornehmlich um die Ausformung der neueren politischen Theologie und ihrer konkreten Anwendung verdient gemacht hat. So wurde er auch der »Ahnvater der Protestbewegung« in der BRD [bezeichnet] und galt zusammen mit Heinrich Böll (1917-1985) als das »Gewissen der Nation«. Zu seinen Mitstreitern zählten bes. der Berliner Bischof Kurt Scharf (1902-1990) und der Regierende Bürgermeister von Berlin Heinrich Albertz (1915-1993). Für seinen unerschrockenen Einsatz für Frieden und Humanität wurde er mehrfach geehrt, u.a. mit der Buber-Rosenzweig-Medaille (1973), der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte (1983) und der Ernst-Reuter-Plakette (1989).[2957]

→ eingebunden in die Konzeption, Unterzeichner des Aufrufs, zählte zum Umfeld der Aktion Sühnezeichen, wiederholte Kurztexte in Sühnezeichen-Veröffentlichungen. Posthume Würdigung durch die ASF.[2958]

Franz Erdmann **von Hammerstein**-Equord[2959]
Geb. 1921 (Kassel), (kath. getauft), ev. Theologe, Pfarrer
Vater Kurt Gerhard Philipp Freiherr von Hammerstein-Equord war ab 1930 Chef der Heeresleitung, mit Jahresbeginn 1934 auf eigenen Wunsch in den Ruhestand versetzt. Im Haus der Familie verkehrten Oppositionelle aus Kirche (Martin Niemöller, Helmut Gollwitzer, Carl Friedrich Goerdeler, Ludwig Beck, Jacob Kaiser und Ulrich von Hassel) und aus der Sozialdemokratie (Menzel, Lynar, Erwin von Witzleben, Carl-Hans Graf von Hardenberg).
1937 Konfirmation durch Martin Niemöller
1941 Ausbildung zum Industriekaufmann
1944 August: Verhaftung und Verbringung in das Gefängnis Berlin-Moabit, in die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau (Sippenhaftung als Folge des Attentats vom 20. Juli, an dem die beiden älteren Brüder Kunrat und Ludwig beteiligt waren). Befreiung am 1. Mai 1945.
1945/46 Studium der Theologie an der Kirchlichen Hochschule Bethel bei Bielefeld
1948/49 Theological Seminary in Chicago mit Stipendium des Ökumenischen Rates der Kirchen
1949 Beteiligung an der Gründung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Berlin (GCJZ) 1950 Gründungsmitglied der Jugendgruppe der GCJZ
1949/50 Bachelor of Divinity an der Howard University in Washington, D.C.
1950/51 Studienassistent in Bethel
1951-53 Vikar in Ostberlin (u.a. persönlicher Referent bei Otto Dibelius)
1954/55 gemeinsam mit Ehefrau Verena Fraternal Worker der Presbyterianischen Kirche der USA, Hilfspfarrer in einer Arbeitergemeinde in New Jersey
1956/57 Hilfspfarrer in einer Mittelstandsgemeinde in Evanston, Illinois
1957 (Berlin) Buchpublikation mit Verena von Hammerstein „Verantwortliche Gemeinde in Amerika. Beobachtungen und Erlebnisse eines Austauschpfarrers"
1957 Promotion über „Das Messiasproblem bei Martin Buber" am Institutum Judaicum der Universität Münster
1957-1965 Unter Sozialpfarrer Harald Poelchau Aufbau und Leitung der Evangelischen Industriejugend in Berlin-Charlottenburg und Berlin-Kladow, Austauschprogramme mit Großbritannien, Frankreich, Niederlande und USA, Besuchsprogramme v.a. mit der UdSSR
1962 (Stuttgart) Buchpublikation „Lebendige Gemeinde – aber wie?"
1963 (Stuttgart) Buchpublikation mit Verena von Hammerstein und Christian Berg, Leibhaftige Ökumene. Berichte von Fraternal Workers in Deutschland
1966-1975 Generalsekretär von *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*
1967 Ehrendoktorwürde der Howard University in Washington, D.C.
1973 Companion des Nagelkreuzordens, Coventry
1973 Copernicus-Münze an Franz von Hammerstein
1975 Medaille anl. des 30. Jahrestages der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Majdanek
1975-1978 Mitarbeiter des ÖRK, Abteilung Dialog mit den lebenden Religionen; Dialog mit Juden.

[2957] Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Verlag Traugott Bautz. Band XIV. (1998) Spalten 1035-1057 Autor: Werner Raupp. [www.bautz.de/bbkl, Eintrag Gollwitzer, Helmut; 20. Juni 2003]
[2958] Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrsg.), 1994: Helmut Gollwitzer: Es geht nichts verloren. 1908 bis 1993.
[2959] Aus einer Zusammenstellung von Verena von Hammerstein (2001) sowie dem Vortrag auf der Veranstaltung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Staatsbibliothek zu Berlin am 19. Juli 1999. [FvH]

1975 Buchpublikation "Jewish-Christian Dialogue. Six years of Christian-Jewish consultations the quest for world community. Jewish and Christian perspectives."
1976 Buchpublikation „Von Vorurteilen zum Verständnis. Dokumente zum jüdisch-christlichen Dialog"
1978-1986 Direktor der Evangelischen Akademie, Berlin; Schwerpunkte Osteuropa und Judentum
1990 Red. „Das Nationalkomittee Freies Deutschland. Ein verdrängtes Kapitel deutschen Widerstands."
Vorsitzender des Vorstands der *Stiftung West-Östliche Begegnung*
Mitglied des internationalen Beirats der *Stiftung Topographie des Terrors*
2001 Bundesverdienstkreuz, Laudatio durch Klaus Wowereit[2960]
2003 Lothar-Kreyssig-Friedenspreis
nach Emeritierung freier Mitarbeiter der Ev. Akademie Berlin (West) und Vorsitzender der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft Berlin (West)

→ an Operationalisierung von Beginn an maßgeblich beteiligt, Mitglied des Führungskreises ab 1960, 1960 Gründungsmitglied Verein Versöhnungsdienste (1962-1966 Vorstandsmitglied, 1968-1976 Vorsitzender)
1961 von Kreyssig nach der Errichtung der *Berliner Mauer* als sein Nachfolger eingesetzt, ab diesem Zeitpunkt bis zu seiner Übersiedelung nach Genf 1975 und erneut nach seiner Rückkehr nach Berlin 1978 maßgeblich an strategischen und operativen Entscheidungen beteiligt
1969-1975 Generalsekretär der ASF (als Provinzialpfarrer der Ev. Landeskirche von Berlin)
1968 Gründungsmitglied Verein Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
seit 1976 Mitglied des ASF Kuratoriums

Gustav Heinemann[2961]
1899 (Schwelm, Westfalen) – 1976 (Essen), Jurist, Politikwissenschafter, Rechtsanwalt, ev. Kirchenführer, Politiker
1917-1918 Soldat im Ersten Weltkrieg
1926-Rechtsanwalt in Essen, Heirat mit Hilda Ordemann (Bremen)
1928-1936 Justitiar und Prokurist der Rheinischen Stahlwerke in Essen
1933-1945 Mitglied der Bekennenden Kirche (1938 Rücktritt von allen Ämtern)
1936-1949 Vorstandsmitglied der Rheinischen Stahlwerke in Essen
1937-1950 Ortsvorsitzender des Christlichen Vereins Junger Männer in Essen
1945 Mitbegründer der Christlich-Demokratischen Union in Essen und im Rheinland
1945-1962 Mitglied der Leitung der Rheinischen Kirche
1945-1967 Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
1946-1949 Oberbürgermeister von Essen
1947-1950 Abgeordneter des Landtages von Nordrhein-Westfalen
1947-1948 Justizminister von Nordrhein-Westfalen
1948 Präsident der verfassungsgebenden Kirchenversammlung in Eisenach, Weltkirchenkonferenz in Amsterdam
1948-1961 Mitglied der Kommission für internationale Angelegenheiten des Weltkirchenrates
1949-1950 Bundesminister des Innern im ersten Kabinett Adenauer, Rücktritt wegen Rüstungsbeschluss
1949-1955 Präses der Synode der EKD
1951 Gründung der überparteilichen Notgemeinschaft für den Frieden Europas
1952 Austritt aus der CDU; Mitgründer der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP)
1957 Auflösung der GVP; Eintritt in die SPD
1957-1969 Mitglied des Bundestages
1958-1969 Mitglied des Parteivorstandes der SPD
1966-1969 Bundesjustizminister
1969-1974 Bundespräsident

→ Mitunterzeichner des Aufrufs, seit der gemeinsamen Mitgliedsschaft im Rat der EKD mit Kreyssig gut bekannt; Heinemann war im kirchlichen Sühnezeichennetzwerk verankert (Freund von Helmut Gollwitzer, Studienfreund von Ernst Lemmer, freundschaftlich verbunden mit Ernst Wilm)[2962]

Emmanuel Maria (Taufname Joseph), **Heufelder** OSB[2963]
1898 Bad Tölz – 8. September 1982 Niederaltaich, kath. Ökumeniker, Benediktiner
1949-1968 Abt

[2960] Zeichen Dezember 2001, S. 29
[2961] Lindemann, Helmut, Gustav Heinemann: Ein Leben für die Demokratie (1978). München: Kösel-Verlag, v.a. „Zeittafel" 287f.
[2962] seine Rolle für bzw. rund um die Aktion Sühnezeichen ist nur in Ansätzen rekonstruiert (mehrmalige öffentliche Empfänge und Auftritte als Bundespräsident, u.a. beim Projekt Ökumenisches Zentrum Rotterdam); in den eingesehenen Unterlagen findet sich gegen alle Erwartung keine Korrespondenz; zur Evaluierung Heinemanns Rolle müsste sein Nachlass eingesehen werden.
[2963] Kasper, Walter, Hrsg., Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 5, 1996, 3., völlig neu bearb. Aufl. 3-451-22005-9, S. 78; Freiburg: Herder

Von joh. Spir. und geistl. Offenheit geprägt, machte H.[eufelder] Niederaltaich z. ökum. Begegnungsstätte, griff den Impuls Papst Pius' XI. auf (Equidem verba, 1924), dass sich in den OSB-Klöstern eine Gruppe von Mönchen zur Vorbereitung einer Wiedervereinigung mit den Ostkirchen in deren Trad. Einleben sollte; aktiv auch in der Una-Sancta-Bewegung.
Heufelder leitete die Ökumenische Sektion beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken[2964]

→ Gemeinsam mit dem ebenfalls der Abtei Niederaltaich angehörenden Thomas Sartory die wichtigste konkrete Verbindung zur katholischen Kirche in der BRD. Partner der Konzeption einer von den drei Religionsgemeinschaften Judentum, Evangelische und Römisch-Katholische Kirche getragenen *Aktion Sühnezeichen Jerusalem* mit Billigung und Unterstützung durch den Paderborner Ordinarius Erzbischof Kardinal Lorenz Jaeger.

Lothar Ernst Paul **Kreyssig**[2965]
1898 (Flöha) – 1986 (Bergisch-Gladbach), Jurist, ev. Kirchenführer in der DDR
1917-1919 als Freiwilliger im Ersten Weltkrieg an der Westfront (Frankreich), Ostfront (Baltikum) und am Balkan eingesetzt, EK II, Frontkämpferkreuz, Unteroffizier
1919 bis zu dessen Auflösung 1924 Angehöriger des Zeitfreiwilligenregiments Leipzig I (Freicorps), Studium der Rechtswissenschaft in Leipzig
1922 erstes Staatsexamen, Heirat mit Johanna Lederer
1928 Ernennung zum Landesgerichtsrat in Chemnitz
1931 Gründung einer Notgemeinschaft für die Arbeitslosen in Flöha
1933 Beitritt zur Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt N.S.V.
1934 Beitritte zu: Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, Reichsbund der Deutschen Beamten
1934-1936 Mitglied im sächsischen Landesbruderrat der Bekennenden Kirche in Dresden, Beitritt zur Bekennenden Kirche am 21. September 1934
1935 28. September bis Frühjahr 1936 Präses der sächsischen BK-Synode
1936 Teilnehmer der Bekenntnissynode der DEK
1936 Mitglied im Verband für das Deutschtum im Ausland, und im Reichsluftschutzbund
1937 1.2.-31.7. Beurlaubung ohne Bezüge, Arbeit am landwirtschaftlichen Gut in Hohenferchesar
1937-1945 Provinzialbruderrat Berlin Brandenburg und ab 1938 Mitglied der BK-Synode der APU
1937 August: Richter für Vormundschafts-, Nachlass- und Registersachen am Amtsgericht Brandenburg
1939 27. August – 22. November Wehrmachtsdienst Kfz.Ersatz Abt. III Rathenow
1940 8. Juli Protestschreiben gegen Anstaltsmorde im Rahmen des NS-Vernichtungsprogramms
1940 27. November Antrag auf Versetzung in den Ruhestand
1940 10. Dezember Beurlaubung
1942 1. Juli Versetzung in den Ruhestand gem. § 71 DBG (Zwangspensionierung)
1945 1. November Landgerichtsdirektor in Potsdam
1946 1. Februar - 30. November 1947 Konsistorialpräsident der Kirchenprovinz Sachsen (gew. 1945 auf Lebenszeit)
1946 Mitgründung und Leitung der evangelischen Akademie der Kirchenprovinz Sachsen
1946-1948 Mitglied der Magdeburger Abendsprache (1831 – 1967)[2966]
1.Dezember 1947-29.2.1964 hauptamtlicher Präses der Provinzialsynode Sachsen
Mitglied des Rates der ev. Kirchenleitung der KP Sachsen
Leiter des Laienbesuchsdienstes in KP Sachsen
Vors. des dt. ev. Kirchentages Landesausschuss KP Sachsen
Vors. des Kuratoriums für das Seelsorgeheim Schönebeck-Salzelmen
Leiter des Laienhilfsdienstes der KP Sachsen
1947 Gründung des Laienbesuchsdienstes zur seelsorgerischen Betreuung von Gemeindemitgliedern
1948 Akkreditierter Besucher der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam, Niederlande
Mitglied des Leiterkreises der Evangelischen Akademie, Gründer und Leiter der Ev. Akademie Sachsen-Anhalt
1949-1961 Mitglied des Rates der EKD, dort Beauftragter für die evangelischen Akademien in Deutschland und Beauftragter für die vertriebenen Heimatkirchen.
1950 Gründung des Hilfsrings zur Betreuung psychiatrisch Erkrankter und Mitte der 1950er Jahre gemeinsam mit dem Lukasorden den „Dienst an Lebensmüden" (Telefonseelsorge)
1950-1951 Präses der außerordentlichen Generalsynode der APU
1951 Februar (erfolgloser) Emissär der sowjetischen Militärbehörde bei Bundeskanzler Konrad Adenauer

---

[2964] Ebd.
[2965] Weiß (1998), Seiten 225, 229, 246f., 255-259, 267, 269, 270, 276, 403., Hartweg (1995), Personenregister mit ausgewählten Biogrammen, Eintrag Kreyssig, S. 577; Gruchmann (1984); Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Verlag Traugott Bautz. Band XXIII (2004, in Druck). www.bautz.de/bbkl, 20. Dezember 2003; Willems (1995), S. 188-191.
[2966] Großbölting, Thomas, SED-Diktatur und Gesellschaft: Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle (2001). Halle (Salle): mdv Mitteldeutscher Verlag, S. 443. Die Magdeburger „Abendsprache", auch „Vespertina", war eine Gesellschaft von Bildungsbürgern, die sich regelmäßig zu Vorträgen und Diskussionen trafen.

1952 1. Januar – 30. September kommissarischer Leiter der Kirchenkanzlei der APU
1952 – 1970 Präses der Generalsynode der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (APU), ab 1953 unter der Bezeichnung Evangelische Kirche der Union (EKU), Synodaler bis 1974
Mitglied im ökumenischen Ausschuss der EKU[2967]
Mitglied im Synodalausschuss für Frauenarbeit[2968]
Mitglied im Kuratorium der kirchlichen Hochschule Berlin[2969]
1952 bis 1958 Vizepräsident Ost des Deutschen evangelischen Kirchentages
1954 Delegierter zur Weltkirchenkonferenz in Evanston, Vereinigte Staaten von Amerika
1957 Mitglied im Executiv-Komitee im Leiterkreis der Ev. Akademien und Laieninstitute in Europa als zweiter Vertreter Deutschlands
1958 Gründung der Aktion Sühnezeichen
1961 Rücktritt von der Leitung der Aktion Sühnezeichen (BRD)
1961-1962 nach dem Mauerbau bis zur Wahl von Bischof Johannes Jänicke Wahrnehmung der Funktion des aus der DDR ausgewiesenen Kurt Scharf als stellvertretender Vorsitzender des EKU-Rates
1969 Rücktritt von der Leitung der Aktion Sühnezeichen (DDR)
1971 Dezember Übersiedlung aus der DDR nach West-Berlin
1972 Aufnahme in die Evang. Michaelsbruderschaft Konvent West-Berlin[2970]
1972 erstmaliger Besuch in Israel
1974 Beendigung seiner Delegation als Synodaler der EKU
1977 März Übersiedlung in ein Altersheim in Bergisch-Gladbach

Rudolf **Hermann** Adolf **Kunst**[2971]
1907 (Ottersberg) – 1999 (Bonn), ev. Theologe, Pfarer, Kirchenpolitiker
1940 Superintendent der Bekennenden Kirche in Herford
1939/40 Wehrmachtseinsatz (Polen und Frankreich)
1942 (April) Stellvertreter des Präses der westfälischen Kirche D. Karl Koch im Konsistorium Münster
1942 (Mai) Vorsitzender des „Minden-Ravensberger Kreises“ (aus der in Umsetzung der Beschlüsse der altpreußischen Bekenntnissynode von Halle (Saale) 1937 gebildeten Lutherischen Konferenz von Minden-Ravensberg hervorgegangenes Arbeitsgremium; u.a. mit Ernst Wilm)
1943-45 Wehrmachtseinsatz (Sowjetunion) Militärpfarrer, Kriegsgefangenschaft bis September 1945
1945-47 Mitglied der Leitung der Ev. Kirche von Westfalen, zuständig für Kirchliche Verwaltung und Anliegen der lutherischen Gemeinden, ab 1946 leitender Theologe im Landeskirchenamt
1949-1982 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Aufbaugemeinschaft der Flüchtlingsstadt Espelkamp
1949-1988 (?) Vorsitzender des Kuratoriums der Sozialakademie Friedewald
1950-1977 Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der BRD, seit 1953 als Prälat
1957-1972 Ev. Militärbischof für die Bundeswehr
1962-1978 Vorsitzender der von ihm mitbegründeten Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe [EZE], ab 1978 Ehrenvorsitzender
1964 Gründung der Stiftung zur Förderung der neutestamentlichen Textforschung in Münster (seit 1977 Hermann-Kunst-Stiftung zur Förderung der neutestamentlichen Textforschung)
1971 Ehrenbürger der von ihm mitgegründeten Flüchtlingsstadt Espelkamp in Ostwestfalen
1982-1986 gemeinsam mit den Kardinälen Lorenz Jaeger und Volk Vorsitzender des Ökumenischen Arbeitskreises katholischer und evangelischer Theologen.

Auszeichnungen:
Dr. theol. h.c. Universität Münster/W. (1952), Gettysburg, USA, der Orthodoxen Fakultät Paris und des Theologischen Institutes der Universität Bukarest (1982), Ehrenstiftsherr von Loccum, Stiftsherr von Altenburg, Kommandeur der franz. Ehrenlegion (1970), Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband (1972), Ehrenbürger der Universität Münster (1977), Großkreuz des Verdienstordens der BRD (1977), Komturkreuz des

---

[2967] [LABB 1/1 Karton 143]
[2968] [EZA 614/223 Brief Kreyssig an OKR von Harling, Hannover, dat. 10. Juni 1952]
[2969] Kreyssig an Vorsitzenden des Kuratoriums der kirchlichen Hochschule Berlin, Propst Dr. Böhm, dat. 23.10.1953: Rücktritt [EZA 614/205]
[2970] Rundschreiben der Evang. Michaelsbruderschaft Konvent West-Berlin, der Konventälteste, dat. 4. September 1972, gez. Joachim Stoelzel [EZA 670/384]
[2971] Möller, Ulrich, Im Prozess des Bekennens. Brennpunkte der kirchlichen Atomwaffendiskussion im deutschen Protestantismus 1957-1962 (1999). Neukirchen-Vluyn: Neukirchener, S. 468; Lohse, Eduard. Hermann Kunst zum 75. Geburtstag, In Hermann Kunst-Stiftung, Bericht der Hermann Kunst-Stiftung zur Förderung der neutestamtentlichen Textforschung für die Jahre 1979 bis 1981 (1982). Münster: 1-6; Kunst, Hermann, Hermann Kunst im Gespräch mit Meinold Krauss (1989). Stuttgart; Hamburg: Steinkopf; Kampmann, Jürgen, Von der altpreußischen Provinzial- zur westfälischen Landeskirche (1945-1953). Die Verselbständigung und Neuordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen (1998). Bielefeld: Luther-Verlag; Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv 3/00; K 005364-8 Ku-ME, 2 Seiten; www.hermann-ehlers.de/hermann-ehlers-preis.php; www.bibelundkultur.de/bisher.html; www.uni-muenster.de/NTTextforschung/Kunst_Stiftung.html; Internetinformationen jeweils 3. April 2003.

Phönixordens von Griechenland (1978), der Freiherr-vom-Stein-Medaille in Gold (1980), des Augsburger Friedensfest-Preises (1985), des Hermann Ehlers Preises (1975) und des Preises der Stiftung Bibel und Kultur (1991 für Verdienste um Bibel und Politische Kultur).

→ Freundschaft mit Lothar Kreyssig, Schnittstelle sowohl zur Bundesregierung in Bonn wie zu Finanzierungsquellen (verm. aus der industriellen Wirtschaft), vermittelte jeweils finanzielle Starthilfe für die organisatorische Umsetzung der Aktion Sühnezeichen und für einzelne Projekte.

Gotthard **Gustav Adolf** Kutzner[2972]
1904 (Kunersdorf, Kreis Oels, Schlesien) – 1980 (Berlin), Jurist, Regierungsrat, Oberregierungsrat und Regierungsdirektor im Bundesvertriebenenministerium, ab 1957 mit Sitz im Bundeshaus Berlin
1934-36 Regierungsrat in den Finanzämtern Elbing, Königsberg und Oberfinanzpräsidium Königsberg (v.a. Devisenabteilung Ostpreußen), Finanzamtsvorsteher in Rastenburg und Flensburg
1939 Lehrer an Reichsfinanzschulen
Mitglied der NSDAP
Nov. 1939 bis Mai 1945 Wehrmacht. Als Reserveoffizier und Verwaltungsjurist eingesetzt zum Aufbau der Fliegerwaffenschulen (Adjutant des Kommandeurs, Bereich Organisation und Personalfragen). 1943 Fronteinsatz Kommandeur einer Flakabteilung, Flakschutz an der Atlantikküste und im belgischen Industriegebiet (Lüttich)
1945 franz. Kriegsgefangenenschaft
1948 Mitgründer und Kreisvorsitzender von Vertriebenenverbänden (Flüchtlingsgenossenschaft, Aufbauwerk zur Kreditgewährung, Verbandspresse usw.), Mitgründer und späterer Vorsitzender der Vertriebenenverbände in Südhessen, speziell der Jugendverbände.
Mitglied des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)
1949 Bundesvertriebenenministerium: Beauftragter der Bundesregierung für das Notaufnahmeverfahren in Uelzen und für das Heimkehrerland Friedland (Organisation, Personal- und Haushaltsfragen).
Aug. 1950 und 1951 DEKT in Essen und Berlin, Mitarbeit jeweils in der Arbeitsgruppe „Vertriebene".
1952 Übersiedlung nach Bonn, Oberregierungsrat ab 1.3.1952: verantwortlich Notaufnahmeverfahren und speziell Personalfragen für das Verfahren in Berlin, Gießen, Uelzen und den Jugendlagern; ab Herbst Ehlerskreis.
1953 Aufbau der „Zentralstelle zur Unterbringung der Flüchtlinge aus der Sowjetzone"
1956 Mitglied der SPD
1957 Übersiedlung nach Westberlin, Dienstsitz Bundeshaus Berlin; Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Christentum und Sozialismus"
1960/61 Beförderung zum Regierungsdirektor

→ Leitungskreismitglied ab 1960, spielte eine zentrale Rolle bei der Operationalisierung, Finanzierung und Medienarbeit während der ersten Dekade, Vorstandsmitglied im *Verein Versöhnungdienste* 1962-1966, stellvertretender Vorstandsvorsitzender *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* 1968-1972; zahlreiche Kontakte in Westberlin und in der BRD zu Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft; Anknüpfung an das Netzwerk religiöser Sozialisten, auch auf internationaler Ebene

Margarethe Lachmund[2973]
1896 (Wanzka) – 1985 (Köln) Sozialarbeiterin, Quäkerin
Mit ihrem Ehemann, dem Juristen und Freimaurer Dr. Hans Lachmund (geb. 1892), einen überzeugten Pazifisten, engagierte sich Margarethe Lachmund im Widerstand gegen das NS-Regime
1933 Mitglied der „*Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker)*" in Deutschland
1938 Beauftragte des Berliner „Büro Grüber" für die Unterstützung der Auswanderung nichtarischer Christen in Pommern.
Ende 1947 Übersiedlung von Greifswald (SBZ) nach Westberlin
1948 – 1954 geschäftsführende Schreiberin der Quäker.
1954 – 1962 Schreiberin des Friedensausschusses der deutschen Quäker.
Ehrendoktorwürde vom Quäker-College Haverford (USA)

[2972] Informationen und nachfolgende Zitate entnommen aus mehreren undatieren Lebensläufe mit Bezeichnung Lebenslauf, Beruflicher Werdegang, Meine Tätigkeit seit 1948, Aus meiner außerdienstlichen Tätigkeit f. Heimatvertriebene, Flüchtlinge und die Kirche (handschriftl mit 29.11.1959) [NL Kutzner]
[2973] http://www.bautz.de/bbkl/l/lachmund_m.shtml Band XXVI (2006) Spalten 829-840 Autor: Claus Bernet [20. September 2006]

Hans Friedrich Carl Meinhard **Graf von Lehndorff**[2974]
1910 (Graditz an der Elbe) – 1987 (Bad Godesberg), Arzt, Publizist (Vertriebenenliteratur)
war über seinen Cousin Heinrich Graf Lehndorff-Steinort (1909-1944), aber auch während eines Besuchs im Amt Graf Stauffenbergs in der Brendlerstraße Juni/Juli 1944 in die Attentatspläne eingeweiht worden. Gegenüber Heinrich Graf Lehndorff-Steinort verpflichtete sich Lehndorff auch zur Beteiligung auf Abruf.
Bekanntschaft mit Lothar Kreyssig im Rahmen der Bekennenden Kirche

> Auch Dr. Kreyssig besuchte ich auf seinem Hof bei Brandenburg und bat ihn, mit [Nikolaus Graf von] Halem [1905-1944] Fühlung aufzunehmen, falls dieser eines Tages doch in das Brandenburger Gefängnis gebracht werden sollte. Er versprach es mir und so ist es auch geschehen, als Halem nach dem Scheitern des Attentats vom 20. Juli zur Hinrichtung nach Brandenburg überführt wurde“).[2975]

1937 Arzt im Martin-Luther-Krankenhaus, Berlin, danach Assistenzarzt der Chirurgischen Abteilung des Kreiskrankenhauses in Insterburg (Ostpreußen)
1941 erster Kontakt mit Ortspfarrer, Bibelstunden, schließlich mit oppositionellem Männerkreis, aus dieser Gruppe entstand 1942 eine zum Netzwerk der Bekennenden Kirche gehörige christlichen Bruderschaft, in der sich Lehndorff engagierte[2976]
1943 Oktober Teilnahme an der Synode der Bekennenden Kirche (Motto „Du sollst nicht töten“) in Breslau, traf dort Graf Yorck von Wartenburg und Lothar Kreyssig[2977]
1947 Kommentator der preußischen Genossenschaft des Johanniterordens
1950 Assistenzarzt in Göttingen, danach am Johanniterkrankenhaus in Bonn
1954-1970 Chefarzt des Evangelischen Krankenhauses in Bad Godesberg
1977 Agnes-Miegel-Plakette
1981 Verleihung des „Preußenschild“, der höchsten Auszeichnung der Landsmannschaft Ostpreußen

Lehndorffs Veröffentlichungen über seine Erfahrungen als Vertriebener sind überaus populärär, werden bis in die Gegenwart aufgelegt und sind auch im Sekundärmarkt präsent.[2978]

→ spendete die Tantiemen für sein Ostpreußisches Tagebuch in Höhe von 100.000 DM für den Bau der Kirche in Taizé, vertrat Kreyssig ebendort bei der Einweihung des Gebäudes

Christa Lewek[2979]
Geb. 1927 (Leipzig); Oberkirchenrätin der Evangischen Kirche in der DDR
1946-51 Studium der Philologie an der Univ. Leipzig
1952 Hauptreferentin in der HA des Min.-Rats „Verbindung zu den Kirchen“ (Leiter Otto Nuschke), nach Auflösung dieser Abteilung bis 1957 pers. Referentin des stellv. Min.-Präs. Otto Nusche
1958 stellv. Cheflektorin in der Ev. Verlagsanstalt
1958-69 Kirchenrätin bzw. Kirchenoberrätin in der Kirchenkanzlei der EKD für das Gebiet der DDR
1969-88 Oberkirchenrätin und stellv. Leiterin des Sekretärs des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK), Referentin des Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“ und Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ des BEK
1979-87 Präsidentin des Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlussakte von Helsinki
1988 Ruhestand
1989 Dr. h.c. der WPU Rostock.

→ Christa Lewek verstand sich ihrem Selbstverständnis nach als Wegbegleiterin der Ostberliner Aktion Sühnezeichen. Dank der personellen Kontinuität in der evangelischen Kirchenleitung der DDR war Lewek ab der Institutionalisierung der Aktion Sühnezeichen als kirchliches Werk Ende 1966 bis zu ihrem Ruhestand 1988 über mehr als zwei Jahrzehnte Vertreterin der Evangelischen Kirche im Leitungskreis.

[2974] Lehndorff, Hans Graf von, Die Insterburger Jahre: Mein Weg zur Bekennenden Kirche (1992). München: Beck. , S. 2 Autorenangaben. [darin fehlerhaft das Geburtsjahr, das mit 1920 angegeben ist]; Das Ostpreußenblatt/Landsmannschaft Ostpreußen e.V. / 08. April 2000 über Homepage http://www.webarchiv-server.de/pin/archiv00/1400ob19.htm, 30. Mai 2003;
[2975] Lehndorff (1992), S. 85, Zu dieser Zeit war auch Lehndorffs Mutter von der Gestapo verhaftet worden.
[2976] Ebd., S. 14ff.
[2977] Ebd. S. 65
[2978] Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945 - 1947 (Erstauflage 1960 als Beiheft der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa“, als eigenständige Publikation 1961) Broschiert Preis: EUR 10,00 oder gebraucht: EUR 4,00 oder Sammlerstück: EUR 5,00; Menschen, Pferde, weites Land. Kindheits- und Jugenderinnerungen. C.H.Beck (1980, 2002) Broschiert Preis: EUR 10,00 oder gebraucht: EUR 8,47; Dtv (1983) Broschiert Preis: EUR 10,00 oder gebraucht: EUR 4,75; Die Insterburger Jahre. Mein Weg zur Bekennenden Kirche C.H.Beck (Mai 2001, EA 1969) Broschiert Preis: EUR 8,50 oder gebraucht: EUR 3,90. http://www.amazon.de/exec/obidos/search-handle-form/ref=sr_sp_go_qs/028-6039090-8030918 30. Mai 2003
[2979] Barth, Bernd-Rainer, Links, Christoph, Müller-Enbergs, Helmut und Wielgohs, Jan, Wer war Wer in der DDR (1996). Frankfurt/Main: Fischer TB., S. 452f.

Friedrich Magirius[2980]
Geb. 1930 (Dresden), ev. Pfarrer, Superintendent
1955 Hilfsgeistlicher und Pfarrer am Diakonissenhaus in Moritzburg
1958 Pfarrer in Einsiedel bei Karl-Marx-Stadt
1974 Pfarrer an der Kreuzkirche in Dresden
1975-1982 Leiter der Aktion Sühnezeichen
1982 Superintendent von Leipzig-Ost und Pfarrer an der St. Nikolaikirche.
1989/90 Moderator des Runden Tischs Leipzig
1990 Stadtpräsident von Leipzig
1990 Gustav-Heinemann-Preis
1994 von Bündnis 90/Die Grünen nominierter Kandidat für das Amt des Leipziger Oberbürgermeisters

Gerhard Möckel[2981]
Geb. 1924 in Hermannstadt, Siebenbürgen – 2004 Heidelberg
1953-1962 Pfarrer der Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in Griechenland (Athen), ebnete für Sühnezeichen den Weg nach Griechenland, nach Mazedonien – Servia – und später auch nach Kreta
1962-1966 Studienleiter Ev. Akademie in Berlin, „mit besonderer Verantwortung für das Adam von Trott Haus“
1966-1979 Pfarrer in Berlin-Dahlem
1972-1976 Vorstandsvorsitzender der ASF
1979-1989 Studentenpfarrer an der Universität in Heidelberg
1991 Leiter der von ihm gegründeten Evangelischen Akademie Siebenbürgen in Hermannstadt

→ Leitungskreismitglied ab 1963, Vorstandsvorsitzender 23.4.1972-21.3.1976; Möckel zählte zu den wenigen aus der Sühnezeichen-Leitung, von denen inhaltliche Impulse über das Selbstverständnis der Aktion Sühnezeichen dokumentiert sind. Während seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender versuchte er die zum Teil israelkritischen Positionen von Freiwilligen in das Sühneverständnis zu integrieren

Erich Müller-Gangloff[2982]
1907 Roth/Rossberg – 1980 (Berlin), Historiker, Germanist, Gründer u. Leiter der Evangelischen Akademie Berlin
1931-1933 Bibliothekar
1940-1945 Wehrmachtssoldat (Luftabwehr in Frankreich)
1945 Kriegsgefangener der U.S.-Armee
1946-1950 Journalist in der SBZ/DDR; Gründung der Zeitschrift *Neue Werkhefte*
1950 USA-Reise (Bildungsreise über konfessionelle Rundfunkarbeit), Begegnung mit Eugen Rosenstock-Hussey
1951 Übersiedlung nach Westberlin
1951/52 Gründung der Evangelischen Akademie Berlin und Berlin-Brandenburg
1952-1961 Leiter der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg
1952-1970 Leiter der Evangelischen Akademie zu Berlin (30.9.)
1954 Besuch des ökumenischen Ordens von Taíze
1954 Kuratoriumsmitglied und evangelischer Vorsitzender des Interkonfessionellen Ausschusses der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e.V.
1958 Mitgründer der Aktion Sühnezeichen, zentrale Leitungsfunktionen
1958-1960 Gründer und Leiter des Berliner Zweiges der Bewegung „Kampf dem Atomtod“
1959 Mitgründung des Weltfriedensdienstes

Harald Poelchau[2983]
1903 (Potsdam) – 1972 (Berlin), Gefängnisseelsorger, Sozialpfarrer in Berlin
1927 Aufnahme in das Berliner Domkandidatenstift
Geschäftsführer der *Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe*, Reichsinnenministerium.
1931 Promotion bei Paul Tillich über „Die sozialphilosophischen Grundlagen der deutschen Wohlfahrtsgesetzgebung“. (veröffentlicht 1932), wissenschaftlicher Assistent am philosophischen Seminar bei Til-
1933-1945 Gefängnispfarrer in der Haftanstalt Berlin-Tegel[2984]

[2980] Ebd., S. 474f.
[2981] Möckel, Gerhard, Fatum oder Datum? Aufsätze und Briefe (1997). München: Südostdeutsches Kulturwerk., Informationen durch Frau Dorothea Koch-Möckel (Telefonate am 19. Februar 2004; 16. März 2004) sowie aus einer Zusammenstellung von Verena von Hammerstein (2001) und aus einer Glückwunschadresse Franz von Hammersteins zu Möckels 70. Geburtstag, undatiert [1994]. [FvH]
[2982] Biographischer Abriss in Müller-Gangloff (1970), S. 125
[2983] Peter Noss. Harald Poelchau. In: Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Verlag Traugott Bautz. Band VII (1994) Spalten 769-775. www.bautz.de/bbklsowie Ulrich Peter: Pfarrer - Sozialist – Humanist Harald Poelchau (1903 - 1972) CuS Heft 3/1998; http://www.brsd.de/archiv/CuS_Archiv/CuS_3_1998/Harald_Poelchau/harald_poelchau.html, beide 22. Mai 2003.

1934 Mitglied der Bekennenden Kirche
1941 Mitglied im „Kreisauer Kreis“ um Helmuth James Graf von Moltke
1945 Generalsekretär des kirchlichen Hilfswerks, Stuttgart.
1946 Leitung des Strafvollzugwesens mit dem Titel „Vortragender Rat“ in der sowjet. Besatzungszone; Lehrauftrag für das Fach Kriminologie und Gefängniskunde an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität
1949-1951 Gefängnispfarrer in der Tegeler Haftanstalt, nach Ablehnung einer Professur[2985]
1.11.1951 Sozialpfarrer mit Büro in Bischofstraße 6-8, zum Leiter des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit berufen. Büros im Ost- und Westteil Berlins, ab 1956 eigenes Gemeindezentrum.
Mitglied der Sozialkammer der EKD.
Poelchau und seine Frau Dorothee zählten sich zum Kreis der Freunde der Freunde.[2986]
1972 Anerkennung als Gerechter unter den Völkern durch Yad Vashem

→ Unterstützung über Sozialpfarramt. Wenngleich sich eine unmittelbare Verbindung zwischen Kreyssig und Poelchau aus den eingesehenen Aktenbeständen nicht rekonstruieren lässt, war er für das Engagement Hammersteins und zahlreicher anderer Angestellter des Sozialpfarramtes bzw. der nachgeordneten Evangelischen Industriejugend verantwortlich. Über zahlreiche schriftliche, aber auch über persönliche Berichte musste er über Ausrichtung und Ausmaß der Aktion Sühnezeichen gewusst haben. Im geringsten Fall trug Poelchau zur operativen Umsetzung der Aktion Sühnezeichen über die Bereitstellung von personellen wie materiellen Ressourcen bei.

Heinrich Riedel[2987]
1903 (Nürnberg) – 1989 (München)
1930-1933 Pfarrer in Thuisbrunn und Leiter eines Arbeiter-Volkshochschulheimes
1934-1943 erster Landesjugendpfarrer Bayerns.
1935 stellvertretender Leiter der Reichsjugendkammer der Bekennenden Kirche
1943-47 Dekan in Kulmbach
1947 als Oberkirchenrat in die Kirchenleitung der Evang.-luth. Kirche in Bayern nach München berufen, Referate Diakonie, Mission und Liturgie;
1948-57 Bevollmächtigter für das Hilfswerk
1951-57 Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates des Hilfswerkes der EKD
1952-56 Mitglied des Diakonischen Beirates der EKD
1958-70/1 Vorsitzender des Diakonischen Rates
1955-67 Mitglied des Rates der EKD
1959 Mitbegründer der Aktion *Brot für die Welt*, Leiter des Verteilungsausschusses (bis 1964).
1959 Verleihung des Bayerischen Verdienstordens
1962-72 Leiter geistliche Abteilung Landeskirchenrat, ständiger Vertreter des Landesbischofs und Personalreferent.
1963-71 Mitglied der Kommission für Weltdienst des luth. Weltbundes
1969 Mitglied im Ausschuss für den kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD
1972 Nach Ruhestandsversetzung Berufung in den Bayerischen Senat, dort Mitglied bis 1978.
1977 Verleihung des Großes Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

→ Massivster und mächtiger kirchlicher Gegenspieler Kreyssigs und der Aktion Sühnezeichen in den frühen 1960er Jahren. Mit seinen im Rat der EKD und im Rat des Diakonischen Werkes angezettelten Querschüssen trug er zum nachfolgenden Bekenntnis und zur Unterstützung der Aktion Sühnezeichen durch die EKD-Ratsmehrheit bei.

[2984] Nachfolger des „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ entlassenen religiösen Sozialisten Erich Kürschner; Poelchau wurde zum Seelsorger Tausender inhaftierter Regimegegnern, darunter auch Pfarrer der Bekennenden Kirche (u.a. Günther Dehn, Martin Albertz), Mitglieder von SPD und KPD, die Verschwörer des 20. Juli 1944 (u.a. Dietrich Bonhoeffer, Eugen Gerstenmaier, James Graf von Moltke, Adolf Reichwein). Bis zum Ende des NS-Regimes betreut er als Seelsorger etwa 1000 zum Tode verurteilte Menschen, begleitet über 200 von ihnen zur Hinrichtung. Poelchaus Arbeitsbereich wurde in der Folge auf die Gefängnisse in Plötzensee und Brandenburg ausgeweitet. Harald Poelchau schmuggelte Gedichte und Schriften Bonhoeffers und Helmuth von Moltkes aus dem Gefängnis Plötzensee. Während dieser Zeit hatte Poelchau freundschaftlichen Kontakt zu Quäkern..zit auis: Ger Van Roon (1967), S. 164

[2985] Als Mitglied des „Demokratischen Kulturbundes“ in Ost-Berlin seit Ende der 1940er Jahre weitreichende Kontakte zu Vertretern aus Kultur, Politik und Gesellschaft der entstehenden DDR. Mit Emil Fuchs und Gerhard Scholz war er freundschaftlich verbunden. Auf Einladungen von Organisationen in Holland, Frankreich und Norwegen unternimmt er Vortragsreisen mit dem Ziel, **Versöhnungsarbeit** zu leisten. Mitglied des **„unterwegs“-Kreises**, einer Gruppe von jungen Theologinnen und Theologen, die sich in der Tradition der Bekennenden Kirche als Aufbruchbewegung verstehen. Er ist Mitherausgeber der Schriftenreihe „unterwegs“. Zit. aus: Ulrich PETER, 1998

[2986] Margarethe Lachmund, Zum Tode von Harald Poelchau, in *Quäker* Nr. 6/7, 46. Jg. 1977, S. 158f.

[2987] Ulrich Schwab. Heinrich Riedel. In: Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Verlag Traugott Bautz. Band VIII (1994) Spalten 301-302. www.bautz.de/bbkl, 22. Mai 2003; vgl. auch Jahrbuch 1988/89 Diakonisches Werk der EKD, S. 254f. und Johannes Degen, Diakonie und Restauration. Kritik am sozialen Protestantismus in der BRD, Luchterhand, 1975

Günter Särchen[2988]
1927 – 2004 Wittichenau (Kreis Kamenz), Diplomsozialpädagoge, katholisch
1945 US- Kriegsgefangenschaft, nach Entlassung Studium der Sozialpädagogik in Westberlin
1950-1953 Jugendseelsorger im erzbischöflichen Amt Görlitz
1953-Mitarbeiter im Erzbischöflichen Kommissariat Magdeburg
1956-1984 Gründer und Leiter der katholischen Bildstelle für innerkirchliche Arbeit, Magdeburg
1968 Gründung der „Polen-Seminare" und Studienfahrten nach Polen, Seelsorgeamt Magdeburg als Veranstalter
1985 Transferierung der Polen-Seminare zur Aktion Sühnezeichen unter der Bezeichnung *Anna-Morawska-Seminar*
1992 Gründung der Anna-Morawska-Gesellschaft
1990 Kommandeurskreuz von Polen
1992 deutsches Bundesverdienstkreuz
2003 Lothar-Kreyssig-Friedenspreis

→Vermittelte seine Kontakte zum polnischen Klerus. Sämtliche Projekte der Ostberliner Aktion Sühnezeichen in Polen bis in die 1970er Jahre gehen auf Särchens Kontakte zurück und wurden von ihm organisiert; 1965 formelle Beauftragung zur Mitarbeit im Leitungskreis, 1966-1975 stellvertretender Leiter

Thomas Matthias **Sartory**, OSB (1947-67)[2989]
1925 Aachen – 1982 Landshut, kath. Theologe, Ökumeniker
1947-1963 Angehöriger des Benediktinerklosters Niederaltaich
1953-1963 Schriftleiter der ökumenischen Zeitschrift *Una Sancta*
1960-1963 Dozent für ökumenische Theologie an der Benediktinerhochschule Sant' Anselmo in Rom
1967 Laisierung und Verehelichung mit Gertrude Reidick

→ gemeinsam mit seiner späteren Ehefrau, der Kirchenrechtlerin Gertrude Reidick und dem Abt des Benediktinerklosters Niederaltaich, Heufelder, katholischer Hauptansprechpartner Kreyssigs. In zahlreichen Diskussionen und Korrespondenzen war Sartory an der Konzeption der *Aktion Sühnezeichen Jerusalem* beteiligt. Mit Aufnahme seiner Lehrtätigkeit in Rom liefen die Kontakte aus.

Kurt Scharf[2990]
1902 (Landsberg, Warthe) – 1990 (Berlin), Pfarrer, Bischof
1928 Ordination, Pfarrer in Friesack
1933-46 Pfarrer in Sachsenhausen bei Oranienburg
1933 Mitbegründer und Vizepräsident des Pfarrernotbundes, ab August 1934 mehrmals inhaftiert
1935 Präses des Bruderrates und der Synode der Bekennenden Kirche in der Mark Brandenburg
1936 Begegnung mit Kreyssig im Februar auf der Synode der Bekennenden Kirche in Oeynhausen, an der Kreyssig als Delegierter der Lutherisch-Sächsischen Kirche teilnahm.[2991]
1938 Vorsitzender der Konferenz der Landesbruderräte der Bekennenden Kirche in Deutschland; Publikations- und Auftritts- sowie Aufenthaltsverbot für Berlin
1941-1945 Militärdienst, amerikanische Gefangenschaft
1945-1966 Präses der Synode Berlin-Brandenburg und Probst für den Bereich Brandenburg
1955-1957 sowie von 1960 – 1966 stellvertretender Vorsitzender des Rates der EKU
1957-1960 Vorsitzender des Rates der EKU
1961-1967 Vorsitzender des Rates der EKD, zu Beginn seiner Amtszeit Einreiseverbot der DDR
1963 Vizepräsident der Vereinigten Bibelgesellschaft
1966-1976 Bischof der Evangelischen Kirche für Berlin-Brandenburg, ab November 1972 nur für Westberlin.
1968-75 Mitglied des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen
1952 Dr. h.c. der HU Berlin
1966 Dr. h.c. der University of St. Louis

→ langjähriger Vertrauter Kreyssigs und Unterzeichner des Aufrufs, unterstützte zahlreiche Projekte und die Infrastruktur der Aktion Sühnezeichen. Die Berliner Landeskirche unter Scharf war die langjährigste und größte Förderin. Scharf stellte seine zahlreichen internationalen und innerdeutschen Kontakte zur Verfügung und

---

[2988] Särchen, Günter. Für uns liegt Golgotha im Osten I/II, Reden gehalten anlässlich des 25. Jubiläums der Aktion Sühnezeichen (DDR) am 30. April 1983 in Magdeburg sowie des 25. Jubiläums des Polenseminars Magdeburg in Roßbach 14./16. Oktober 1983 (1983). ; Christian Schmidt, Ein Geist des Friedens und der Versöhnung. In *Zeichen* 3/2004, S. 20.
[2989] Kasper, Walter, Hrsg., Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 9, 2000, 3., völlig neu bearb. Aufl. 3-451-22009-1, S. 78; Freiburg: Herder
[2990] Hartweg, Frédéric (1995), Personenregister mit ausgewählten Biogrammen, Eintrag Scharf, S. 585.; Barth et. al (1996), S. 630.
[2991] Scharf, Kurt. Zum 70. Geburtstag von Lothar Kreyssig, In Von Hammerstein, Franz und Von Törne, Volker, 10 Jahre Aktion Sühnezeichen (1968). Berlin: Lettner-Verlag. 5-7, S. 5; Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv 21/90 K008695-10 Scha-ME

unterstützte die Projekte der Aktion Sühnezeichen gegenüber anderen Landeskirchen; Mitglied des Aktionsausschusses, Führungs- und Gründerkreises, Vorsitzender 20. April 1980 – 13. Mai 1984, Ehrenvorsitzender 1988 – 1990

Volker von Törne
1934 Quedlinburg – 1980 (Münster), Lyriker, langjähriger Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen
Vater SS-Standartenführer
Schüler einer Nationalsozialistische Erziehungsanstalt (NAPOLA)
Studium der Sozialwissenschaften, Steinhauer, Hoch- und Tiefbauarbeiter
Mitglied der kommunistischen Partei Westberlin
1962-1980 Angestellter der Aktion Sühnezeichen

→ enger Vertrauter Kreyssigs. Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen ab 1962 bis zu seinem plötzlichen Tod 1980. Törne vertrat eine ‚orthodoxe Sühne-Dogmatik', die die Teilnahme nicht-deutscher Freiwilligen ausschloss; nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen Affinität zum Kommunismus vertrat er die Position, kommunistische Regierungsvertreter als exklusive Verhandlungspartner der Aktion Sühnezeichen anzuerkennen – zulasten des Kontakts mit oppositionellen Gruppen und Institutionen. Törne war maßgeblicher Betreiber der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz. Törne war der ranghöchste Laie der Aktion Sühnezeichen.

Willem Adolph Visser't Hooft[2992]
1900 – 1985 niederländischer, reformierter Theologe
1924 Sekretär des CVCM
1931 Sekretär im Christlichen Studentenweltbund
1938 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK bzw. Weltkirchenrat)
1948-1966 Generalsekretär des ÖRK, Genf
1968 Ehrenpräsident des ÖRK
Bekannter von Adam Trott zu Solz[2993]

→ Visser't Hooft war mit Kreyssig gut bekannt und versuchte, ihn in die internationalen Gremien des ÖRK einzubinden; unterstützte Kreyssigs Antrag an die EKD-Synode zu einer Entschließung anlässlich des Prozesses gegen Adolf Eichmann in Israel 1961. Zur Aktion Sühnezeichen liegt eine Stellungnahme Visser't Hoofts nicht vor, das größte Sühnezeichen-Bauprojekt, das Ökumenische Zentrum in Rotterdam 1967, wurde nach ihm benannt.

Julius Ewald **Ernst Wilm**[2994]
1901 (Reinswalde) – 1989 (Lübbecke); Pfarrer
1925 nichtordinierter Hilfsprediger in Mennighüffen bei Löhne
1927 Ordination in Freistatt, dort Seelsorge in Arbeiterkolonien., Anstaltsgeistlicher der Inneren Mission
1929 Pfarrstelle in Lüdenscheid
1931 Pfarrer in Mennighüffen
1934 Mitglied der Bekennenden Kirche
1937 vorübergehende Inhaftierung
1942 Verhaftung durch die Gestapo wegen wiederholter Stellungnahmen gegen die sogenannte Euthanasie; Verbringung in das Konzentrationslager Dachau
1945 Entlassung aus dem KZ Dachau Anfang Januar, Einberufung zur Wehrmacht (Ostfront), bis September sowjetischer Kriegsgefangener
1946 Synodalassessor von Herford
1948-1969 Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen
1951 Ehrendoktor der Universität Münster
1957-1973 Mitglied des Rates der EKD
1970-1977 Beauftragter des Rates der EKD für die Seelsorge an deutschen Kriegsverurteilten in ausländischem Gewahrsam (Vorgänger: Hans Stempel, Ev. Kirche der Pfalz)
1971 Ablehnung des großen Bundesverdienstkreuzes (Korrespondenz mit Heinemann)
1971 Vorsitzender der Konferenz Europäischer Kirchen, 1974 deren Ehrenpräsident
1974 Übersiedelung in Flüchtlingsstadt Espelkamp

[2992] Schulz, Dirk, Dietrich Bonhoeffer: Illegale Theologenausbildung: Sammelvikariate 1937-1940 (1998). Güthersloh: Chr. Kaiser Verlag/Gütersloher Verlagshaus, S. 724.
[2993] Ger Van Roon (1967), S. 609.
[2994] Biographie entnommen aus dem Ausstellungskatalog Hey, Bernd und Rickling, Matthias, Das Kreuz ging mit: Ernst Wilm (1901-1989) - Pastor und Kirchenführer, Botschafter und Zeuge (2001). Bielefeld; Gütersloh: Verlag für Regionalgeschichte.

1981 Ehrenbürger von Espelkamp

→ Ernst Wilms Rolle für die Aktion Sühnezeichen ist vergleichbar mit jener Kurt Scharfs. Wilm stellte über seine Landeskirche beträchtliche Finanzmittel zur Verfügung und engagierte sich bei einzelnen Projekten auch persönlich (v.a. Coventry). In der Auseinandersetzung Aktion Sühnezeichen – Diakonisches Werk ergriff Wilm unter Androhung des Entzugs von Finanzmittel aus seiner Landeskirche massiv zugunsten der Aktion Sühnezeichen Position. Eine Trübung des Verhältnisses zur Aktion Sühnezeichen erfolgte im Zuge der Auseinandersetzung um seinen Sohn Klaus, der ab 1963 als Geschäftsführer fungierte und dem in seiner Funktion Versäumnisse vorgeworfen wurden.

Klaus Wilm[2995]
1928 (Bethel) – 1981, Pfarrer, Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen; Sohn von Ernst Wilm.
Theologische Studien in Deutschland und in den USA
Ordination zum Pfarramt in der Vertriebenenstadt Espelkamp
1958-1963 Pfarrer der Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in Edinburgh
1963-1966 Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen
1967-Pfarrer in Herford/Westfalen

→ Geschäftsführers der Aktion Sühnezeichen; nutzte wiederholt die Einflussmöglichkeiten seines Vaters Ernst Wilm, um Sühnezeichen-Vorhaben gegen innerkirchlichen Widerstand durchzusetzen.

Paul Graf Yorck von Wartenburg[2996]
1902 (Klein Oels, Schlesien) – 2002 (Neureichenau), Gutsherr, Diplomat
Älterer Bruder von Peter Graf Yorck von Wartenburg (Mitglied des Kreisauer Kreises, 1944 hingerichtet)
Letzter Eigentümer des Yorck'schen Familiengutes Klein Oels in Schlesien, Patronatsherr von 15 (mehrheitlich) katholischen Kirchen
Studierte Landwirtschaft, Rechtswissenschaft in Bonn, Göttingen, Genf und Berlin
1933-1934 Mitglied der SA, nach Röhm-Putsch Austritt unter Protest, beginnende Ablehnung des Nationalsozialismus, Zuwendung zur Bekennenden Kirche, Theologie-Studium, Verweigerung des Fahneneids.
1939-1942 Kriegseinsatz in Polen und Russland, Verwundung in Russland (1942), Oberleutnant
1940 Eheschließung mit Else Eckersberg, Schauspielerin bei Max Reinhardt, Berlin
Nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 Inhaftierung in Berlin-Moabit, 1945 Überstellung und bis zur Befreiung im Mai 1945 Inhaftierung im Konzentrationslager Sachsenhausen.
Laienmitglied des Preußischen Bruderrates, 1945 als Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrates vorgesehen.[2997]
1945 – 1951 Leiter des Evangelischen Hilfswerks in Baden-Baden (franz. Besatzungszone)
1951/52 Weltkirchenrat in Genf. Ansiedlung von osteuropäischen jüdischen DPs in der Landwirtschaft in Frankreich (Dépertement Drôme)
1953 Eintritt in das Auswärtige Amt,
1954 – 1963 Konsul I. Klasse in Lyon
1964 – 1966 Aufbau und Leitung der Handelsvertretung der BRD in Bukarest
Verfasser religiöser und geschichtlicher Abhandlungen.
Publ. 1971 Besinnung und Entscheidung – Fragen an die Gegenwart, Vorwerk Verlag, Stuttgart

→ Lernte Kreyssig im Preußischen Bruderrat kennen, mit dem er eine lebenslange enge persönliche Beziehung pflegte; erster dokumentierter Korrespondenzpartner Kreyssigs mit einer ersten Sühnezeichen-Konzeption (bereits 1952!); initiierte unter anderem ein Projekt in Lyon (Bau eines jüdischen Gemeindezentrums mit Synagoge), unternahm Vermittlungsversuche in Osteuropa (u.a. in Rumänien, allerdings ohne Erfolg), machte im Bonner Außenamt Stimmung für die Aktion Sühnezeichen

---

[2995] Handakt Oberkonsistorialrat Hammer; Ev. Pressedienst vom 23. Februar 1963 [EZA 7/622]; Protokolle des Exekutiv- und Leitungskreises sowie Freistellungsschreiben vom 30. März 1966 [EZA 97/950]
[2996] Biographische Informationen aus Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv Eintrag YORCK Y-ME, dat. 2. Dezember 1972, Lieferung 48/72 – P – 10789 sowie übermittelt durch Yorcks Neffe Wulf von Moltke, London, Briefe an Autor, dat. 25. Feb. 2004 und 15. April 2004.
[2997] Kampmann, Jürgen, Von der altpreußischen Provinzial- zur westfälischen Landeskirche (1945-1953). Die Verselbständigung und Neuordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen (1998). Bielefeld: Luther-Verlag. , S. 257, Fn 85: Brief Albertz an Martin Niemöller, Berlin-Spandau, 10. Aug. 1945; abgedruckt bei Besier, Kirche 2, Nr. 231 S. 3.06-309.

Anhang

A.1 Aufrufe zur Gründung der Aktion Versöhnungszeichen

A.1.1 Konzeption für den Evangelischen Kirchentag 1954 in Leipzig[2998]

Wir bitten um Frieden
Vor Gott sind wir schuldig, den zweiten Weltkrieg begonnen und damit das Leiden, das er über die Menschheit gebracht hat, zuerst verursacht zu haben. Wer unter den Lebenden es nicht gewollt hat, der hat nicht genug getan, es zu verhindern.

Wir haben noch keinen Frieden, weil zu wenig Vergebung geschieht. Aber wir können dem Hass und der Bitterkeit eine Kraft entgegensetzen, indem wir wirklich vergeben, Vergebung erbitten und Taten des Friedens tun.

Wir bitten die Völker, die Gewalt von uns erlitten haben, dass sie uns erlauben, mit unseren Händen in ihrem Lande etwas Gutes zu tun, ein Dorf oder eine Siedlung oder ein großes Krankenhaus oder eine Kirche oder was sie sonst Gemeinnütziges wollen, als ein Zeichen der Sühne zu errichten.

Lasst uns mit Israel und Russland beginnen, denen wir wohl am meisten wehgetan haben.

Ich bitte heute die Deutschen, dass sich um Gottes willen 10.000 arbeitsfähige Männer aus West- und Ostdeutschland bereit finden möchten, auf drei Jahre zur unentgeltlichen Arbeit nach Russland, 3.000 zu unentgeltlicher Arbeit auf dieselbe Zeit nach Israel zu gehen.

Ich melde mich nach Russland. Wer um der Liebe und des Friedens willen ebenfalls bereit, gesund und arbeitsfähig ist, schreibe an den Deutschen Evangelischen Kirchentag in Fulda. Bei dem Präsidium des Kirchentages und der Regierung des mit dem Dienst bedachten Landes steht die Entscheidung über die Annahme des Angebotes. Mindestalter 17 Jahre. Minderjährige bedürfen der schriftlichen Zustimmung des gesetzlichen Vertreters, die notariell beglaubigt sein muss. Jeder Meldung ist ein ärztliches Zeugnis über die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit beizufügen.

Wer will seine Hand dem Herrn füllen?

A.1.2 Aufruf vor dem Plenum der gesamtdeutschen Synode in Berlin, am 30. April 1958[2999]

Herr Präses, Hohe Synode!
Das Präsidium hat mir - unterstützt von einer Anzahl von Synodalen, mit denen ich einig bin - erlaubt, vor dem Plenum der Synode einen Aufruf vorzutragen. Ich bedanke mich für diese Erlaubnis. Ich möchte, nachdem die Aussprache zu dem eben erledigten Punkt geschlossen ist, von dieser Erlaubnis einen bescheidenen Gebrauch machen. Ich muss es mir deshalb versagen, die Einbettung des jetzt bekannt zu gebenden Aufrufes in der Frage, die uns heute bewegt, darzutun, obwohl sie mir ungemein wichtig und entscheidend erscheint. Aber eine Vorbemerkung ist zur Vermeidung eines Missverständnisses unerlässlich. Dass sich evangelische Kirche als der Ort, an dem Vergebung geschieht, dem Staatsmann wie dem Staatsbürger in ihren eigenen Reihen zur gemeinsamen Unterrichtung und Reinigung der Gewissen vor dem Worte Gottes darbietet, dass sie von Herzen Kirche in der Welt und für die Welt ist, das ist die eigentliche Würde dieses Dienstes, an dem wir hier beteiligt sind, auch wenn wir keine überwältigende Lösung am Ende anzubieten haben. Ich wollte das so eindringlich sagen, damit nicht die Sache, die ich jetzt noch vorzutragen habe, als eine billige Flucht nach vorn missverstanden wird.
Es bleibt der Gemeinde Gottes aber neben diesem Aufruf zur Unterrichtung der Gewissen vom Worte Gottes her der Raum der dienenden Liebe, in dem sie vorleben kann, was Gott mit „Frieden“ meint. Das löst die politischen Fragen nicht. Das kann ein vergängliches und vielleicht einsames Zeichen bleiben. Aber weil es Sinnesänderung bewirken kann, so hilft es, dass die Voraussetzungen für die politischen Entscheidungen im leidlichen Stande bleiben. Dass unbewältigte Gegenwart an unbewältigter Vergangenheit krankt, dass am Ende Friede nicht ohne Versöhnung werden kann, das ist weder rechtlich noch programmatisch darzustellen. Aber man kann es einfach tun. Quäker, Mennoniten und andere machen es uns schon lange vor. So ist eine große Zahl von Synodalen, Ratsmitgliedern und

---

[2998] Aus dem Archiv des Weltrates der Kirchen, o.Sgn.
[2999] Kreyssig, Lothar. Aufruf zur Aktion Sühnezeichen, In Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (im Auftrage des Rates der EKiD), Bericht über die dritte Tagung der zweiten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 26. bis 30. April 1958 (1958). Berlin: S. 278-279.

Mitgliedern der Kirchenkonferenz aus Anlass der gegenwärtigen Synode und der überaus bedränglichen Einsichten, vor denen sie steht, willig geworden, folgenden Aufruf zu erlassen:

Wir bitten um Frieden.
Wir Deutschen haben den zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere unmessbares Leiden der Menschheit verschuldet. Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht. Wer von uns Überlebenden das nicht gewollt hat, der hat nicht genug getan, es zu verhindern.

Wir haben vornehmlich darum noch immer keinen Frieden, weil zu wenig Versöhnung geschieht.[3000]
Dreizehn Jahre sind erst in dumpfer Betäubung, dann in neuer angstvoller Selbstbehauptung vergangen. Es droht, zu spät zu werden. Aber noch können wir, unbeschadet der Pflicht zu gewissenhafter politischer Entscheidung, der Selbstrechtfertigung, der Bitterkeit und dem Hass eine Kraft entgegensetzen, wenn wir selbst wirklich vergeben, Vergebung erbitten und diese Gesinnung praktizieren.

Des zum Zeichen bitten wir die Völker, die Gewalt von uns erlitten haben, dass sie uns erlauben, mit un-seren Händen und mit unseren Mitteln in ihrem Land etwas Gutes zu tun, ein Dorf, eine Siedlung, eine Kirche, ein Krankenhaus oder was sie sonst Gemeinnütziges wollen, als Sühnezeichen zu errichten.

Lasst uns mit Polen, Russland und Israel beginnen, denen wir wohl am meisten wehgetan haben.

Wir bitten heute, Deutsche die Deutschen, dass sich um Gottes Willen arbeitsfähige Männer aller Stände und Konfessionen bereit finden möchten, je auf ein Jahr nach Polen, Russland oder Israel zu gehen, um dort gemeinsam ein Friedenszeichen zu errichten. Auch Frauen werden zur Mitarbeit gebraucht. Wer es für seine Person nicht vermag, bekenne sich zur Versöhnungstat durch ein Geldopfer, welches zur Be-schaffung des Materials, des Unterhalts für die Arbeitenden und zur Bestreitung der Unkosten dienen wird. Eine Zahlstelle wird nach Erlangung der Sammlungsgenehmigung durch Presse und Rundfunk bekannt gegeben. – Als Entgelt soll jeder Teilnehmer nur erhalten, was er für seinen Unterhalt und die Reise benötigt. Wird das Werk in einem Jahr nicht fertig, so werden andere für ein weiteres Jahr aufgerufen. Mindestalter 17 Jahre. Der Meldung ist ein ärztliches Zeugnis über Gesundheit und Arbeitsfähigkeit beizufügen. Minderjährige bedürfen zur Meldung der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. Der Dienst soll Deutsche aus der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik vereinen.
Wir bitten die Regierungen Polens, der UdSSR und Israels, den Dienst, wie viele sich immer dazu bereit finden möchten, nicht als eine irgendwie beträchtliche Hilfe oder Wiedergutmachung, aber als Bitte um Vergebung und Frieden anzunehmen und zu helfen, dass der Dienst zustande kommt.

Wir bitten die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik, die Aktion zu gestatten und zu fördern.

Meldungen und Anschreiben an „Aktion Versöhnungszeichen“ für DDR und Ostberlin: Berlin C 2, Friedrichsgracht 53; für Bundesrepublik und Westberlin: Berlin-Charlottenburg, Jebensstraße 3.

Um die Sache nicht anonym zu lassen, nenne ich aus der großen Zahl der Unterzeichner einige Namen: Scharf, von Thadden, Hildebrandt, Wilm, Jacobi, Cieslak, Jänicke, Grüber, Heinemann, Gollwitzer, Mager, von Bismarck, Beckmann, Burkhardt, von Rohden, Führ, Schäfer, Dr. Hachtmann, Dr. Johannes, Autenrieth. In der Bedrängnis der Tage habe ich nur eine kleine Zahl der Teilnehmer um ihre Beteili-gung fragen können. Glauben Sie mir, dass Sie alle gemeint und eingeladen sind. Der Aufruf erwartet keinerlei Entschließung der Synode. Er hat erst heute, wo wir das erstemal eine Plenaraussprache haben, dargeboten werden können. Auf meinem Platz liegt eine Anzahl der Aufrufe. Wer sich beteiligen will, hole ihn ab und reiche ihn mit seiner Unterschrift zurück.

Bitte gestatten Sie, dass ich mit dem Dank, dass Sie mich angehört haben, eine kurze Schlussbemerkung verbinde. In der Speisung der 5000 nach Matthäus ist mir immer besonders tröstlich gewesen, wie der Herr, der aus dem Nichts zu schaffen vermag, die Jünger beteiligt. Was sie selber haben, ist die völlige, ärgerliche Armut: Matthäus Kapitel 14, Vers 17: Wir haben hier nichts denn fünf Brote und zwei Fische. Aber aus der Hand der Jünger nimmt der Herr das schlechthin inadäquate Mittel, und durch die Jünger lässt er an jene, die es bedürfen, den aus verschwenderischer Vatergüte quellenden Reichtum verteilen. Wer will seine Hand dem Herrn füllen?

Präses D. Dr. [Constantin] von Dietze: Die Synode ist, wie wir gehört, zu keiner Stellung-nahme aufgefordert. Wir danken für das, was er uns vorgetragen hat; er kann sicher sein, dass er ankommt. Ich gebe nunmehr die Pause zum Abendessen. Wir haben nach dem Abendessen die Militärseelsorge zu erledigen.

[3000] Der – redigierte – Aufruf im Synodbericht weicht vom Rundschreiben der „Aktion Versöhnungszeichen“ vom 5. Mai 1958 an die Mitglieder der EKD-Synode, des Rates und der Kirchenkonferenz ab. Dort heißt es „...Versöhnung ist.“ [EZA 4/501].

A.2 Unterzeichner des Sühnezeichen-Aufrufs

Liste der 79 Synodalen, die den Aufruf unterzeichnet haben:[3001]

Name, akademischer Titel	Beruf bzw. Berufstitel	Ort
Ernst Achenbach	Superintendent	Niederschelden Krs. Siegen in Westfalen
Erich Andler	Oberkonsistorialrat	Berlin/DDR
Dr. Autenrieth*	Ministerialrat	Stuttgart
D.Dr. Joachim Beckmann*+	Präses	Düsseldorf
Klaus von Bismarck*+		Villigst üb. Schwerte/Ruhr
Edgar Boué	Oberkirchenrat	Düsseldorf
Dr. Christine Bourbeck	Studiendirektorin	Berlin-Spandau, Ev. Johannesstift
D. Walter Braun	Generalsuperintendent der Kurmark	Potsdam/DDR
Alice Brückner		Weimar/DDR, Hedwig-Pfeiffer-Haus
Gerhard Burkhardt*	Maschinenschlosser	Berlin/DDR
Rudolf Busch	Superintendent	Bautzen/DDR
Johannes Cieslak*+	Ofensetzmeister	Seifhennersdorf/DDR
Martha Coerper*	Diakonissen-Oberin	Detmold
Werner Danielsmeyer	Ephorus lic.	Soest/Westfalen
Dr. Klaus von Eickstedt	Arzt, ev. Krankenhaus, Laienvorsitzender der Männerarbeit der EKD	Göttingen-Weende
Hildegard Ellenbeck	Vorsitzende der Ev. Frauenarbeit in Deutschland	Berlin-Spandau, Ev. Johannesstift
Wilhelm Engel	Superintendent	Dirmingen/Saar
Martha Erbkamm*	Studienassessorin a.D.	Magdeburg/DDR
Fritz Figur	Superintendent	Berlin-Köpenick/DDR
D. Martin Fischer[3002]	Professor	Berlin-Zehlendorf
Frau Dr. Marianne Flügge-Oeri*		Clausthal/Hartz
Wolfgang Fournes	Lehrer	Ebersbach/Sa. /DDR
Hans Joachim Fränkel*	Oberkonsistorialrat	Görlitz/DDR
Fritz Führ*[3003]	Generalsuperintendent	Berlin/DDR
Dr. Otto Heinrich von der Gablentz*	Professor	Berlin-Dahlem
Hans Detlef Galley*	Pastor	Rostock/DDR
Gerhardt Giese	Professor	Berlin-Friedenau
Dr. Helmut Gollwitzer*+	Professor	Berlin-Nikolassee
Lic. Dr. Otto Güldenberg*	Professor	Naumburg/Saale/DDR
Helmut Haase*	Kreiskatechet	Neustrelitz/DDR
Dr. Albrecht Hachtmann*	Landessynodalpräsident	Schwerin/DDR

[3001] Die mit Stern Plus [*+] gekennzeichneten Personen haben den Aufruf noch vor der Verlesung – nach persönlichen Gesprächen mit Kreyssig unterschrieben, die mit Stern [*] Markierten im Anschluss an die Verlesung, noch während der Synode, alle anderen in den darauffolgenden Wochen. Quelle: EZA 4/501 „Anlage II“ eines Rundschreibens der „Aktion Versöhnungszeichen“, Lothar Kreyssig, vom 5. Mai 1958 an die Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, des Rates und der Kirchenkonferenz. „In der Anlage II“, so die Erklärung gemäß Rundschreiben, „sind die Synodalen verzeichnet, die sich dem Aufruf auf der Tagung angeschlossen haben. [...] Ich lasse andere namhafte Teilnehmer, die sich noch angeschlossen haben, zunächst außer Betracht.“ und ASF-Büroarchiv

[3002] zugleich Unterzeichner von „Für die Hungernden“, 1957. Vgl. Weiß (1998), S. 452-454.

[3003] zugleich Unterzeichner von „Für die Hungernden“, 1957. Vgl. Weiß (1998), S. 452-454.

Name, akademischer Titel	Beruf bzw. Berufstitel	Ort
Dr. Oskar Hammelsbeck*	Professor	Wuppertal/DDR
Dr. Dr. Gustav Heinemann*+[3004]	Rechtsanwalt und Notar	Essen
Marie Luise Helmbold*	Studienrätin a.D.	Hildburghausen
Fritz Heuner[3005]	Superintendent	Dortmund
Franz-Reinhold Hildebrandt*	Präsident Kirchenkanzlei EKU	Berlin/DDR
Johannes Hoffmann	Propst	Nordhausen/DDR
D. Gerhard Jacobi*+	Bischof	Oldenburg/O.
D. Johannes Jänicke*+	Bischof	Magdeburg/DDR
Dr. Kurt Johannes*	Oberkirchenrat	Dresden/DDR
Dr. Ernst Kinder	Professor	Münster
Dr. Lothar Kreyssig*[3006]	Präses	Magdeburg/Berlin/DDR
D. Friedrich-Wilhelm Krummacher	Bischof	Greifswald/DDR
Kunze	Pfarrer	Görlitz-Biesnitz/DDR
Benjamin Gottfried Locher	Pfarrer	Düsseldorf
Johannes Löwe	Oberstudienrat, Kreiskatechet	Ballenstedt/Harz/DDR
Reimer Mager*+	Synodalpräsident	Dresden/DDR
Lotte Maetzke		Görlitz/DDR
Ludwig Metzger	Rechtsanwalt, MdB, Min. a.D.	Darmstadt
D. Friedrich Justus Heinrich Middendorf*	Kirchenpräsident i.R.	Schüttorf
Walther Mücksch	Superintendent	Stendal/DDR
D.Dr. Eberhard Müller	Akademiedirektor	Bad Boll ü. Göppingen/Württ.
Arthur Mütze	Landesinspektor	Karl-Marx-Stadt/DDR
D. Martin Niemöller[3007]	Kirchenpräsident	Wiesbaden
D. Wilhelm Niesel[3008]	Pastor	Schöller
Walter Pagels	Landessuperintendent	Bad Doberan/DDR
Dr. Otto Pfleiderer	Präsident der Landeszentralbank in Baden Württemberg	Stuttgart
Dr. Hans Puttfarcken	Ministerialrat	Wiesbaden
Dr. Gustav Ranft*	Kinderarzt	Leipzig/DDR
D. Dr. Karl Bernhard Ritter	Kirchenrat und Dekan	Marburg/Lahn
Wilhelm von Rohden*+	Rektor	Ilsenburg/Harz/DDR
Wilhelm (? Gerlach) Rott	Pfarrer	Koblenz
Paul Schäfer*	Arbeiter	Medingen bei Dresden/DDR
D. Kurt Scharf*+[3009]	Präses	Berlin/DDR
Dr. med. Heinrich Schiele	Arzt	Naumburg/DDR
D. Waldemar Schröter	Kirchenpräsident	Dessau/DDR
Hans (?) Schulz	Propst	Ziethen/DDR
Udo Smidt	Landessuperintendent	Detmold
Erich Steinhauer	Industrieangestellter	Jeßnitz/Anh. /DDR
Konrad (?) Stolte	Superintendent	Potsdam/DDR

[3004] zugleich Unterzeichner des sog. Stuttgarter Schuldbekenntnisses. Vgl. Besier (1985)
[3005] zugleich Unterzeichner von „Für die Hungernden“, 1957. Vgl. Weiß (1998), S. 452-454.
[3006] zugleich Unterzeichner von „Für die Hungernden“, 1957. Vgl. Weiß (1998), S. 452-454.
[3007] zugleich Unterzeichner des sog. Stuttgarter Schuldbekenntnisses. Vgl. Besier (1985)
[3008] zugleich Unterzeichner des sog. Stuttgarter Schuldbekenntnisses. Vgl. Ebd.
[3009] zugleich Unterzeichner von „Für die Hungernden“, 1957. Vgl. Weiß (1998), S. 452-454.

Name, akademischer Titel	Beruf bzw. Berufstitel	Ort
D.Dr. Reinold von Thadden-Trieglaff*+	Kirchentagspräsident	Fulda
Dr. Walter Verwiebe	Propst	Erfurt/DDR
D. Heinrich Vogel*	Professor	Berlin-Schlachtensee
D. Vogt	Bischof	Herrenhut/O.L. /DDR
Ephorus Lic. Paul Wätzel	Ephorus d. Predigerseminars	Wittenberg/DDR
Dr. Gerhart Wendelin	Landespfarrer	Dresden/DDR
Emmi Welter	MdB (CDU)	Aachen
Wilhelm Wibbeling*	Probst	Langendiebach bei Hanau
D. Ernst Wilm*+	Präses	Bielefeld

Tabelle Konfession*Wohnsitz*Unterzeichner

	Evangelisch-Lutherisch		Uniert-Reformiert	
	Nicht-Unterzeichner	Unterzeichner	Nicht-Unterzeichner	Unterzeichner
BRD	26	2	27	17
DDR	13	16	8	14
Gesamt	39	18	35	31

Tabelle Unterzeichner nach Berufen[3010]

	Unterzeichner			
	kein Unterzeichner		Unterzeichner ASF	
	Berufskennziffer		Berufskennziffer	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Superintendent	10	9,3%	5	9,6%
Konsistorialbeamter	17	15,9%	4	7,7%
Staatsbeamter	8	7,5%	2	3,8%
Kirchenpräsidenten und Bischöfe	29	27,1%	15	28,8%
Pfarrer, Pastoren, Pröpste	19	17,8%	9	17,3%
TheologIn/LehrstuhlinhaberIn	11	10,3%	10	19,2%
Mitglied des Bundestags	1	,9%	1	1,9%
Privatwirtschaft	9	8,4%	6	11,5%
keine Berufsangabe	3	2,8%		

Tabelle Berufe aller Unterzeichner[3011]

	Anzahl	Tabellen%
Superintendent	13	16,5%
Konsistorialbeamter	5	6,3%
Staatsbeamter	2	2,5%
Kirchenpräsidenten und Bischöfe	15	19,0%
Pfarrer, Pastoren, Pröpste	12	15,2%
TheologIn/LehrstuhlinhaberIn	19	24,1%
Mitglied des Bundestags	2	2,5%
Privatwirtschaft	9	11,4%
keine Berufsangabe	2	2,5%

[3010] In der abgedruckten Tabelle wurden nur die Daten der tatsächlichen Synoden-Teilnehmer 1958 herangezogen, in Klammer wird bei der Interpretation auch die Gesamtzahl der Unterzeichner berücksichtigt, also auch jener Personen, die an der Synode nicht teilgenommen haben.
[3011] Beinhaltet auch die nachträglichen Unterzeichner

A.3 Mitglieder des Aktionsausschusses bzw. Führungs- bzw. Gründerkreises

NAME*	Aktionsausschuss [3012]	Führungskreis	Gründerkreis [3013]
	1958	1960[3014]/1961 [3015]	1966
Joachim Beckmann[3016]		X/X	
Fritz Führ	X	X/X	
Gerhardt Giese			X
Helmut Gollwitzer	X		
Heinrich Grüber	X		
Franz von Hammerstein		X/X	
Franz-Reinhold Hildebrandt	X	X/X	
Gerhard Jacobi			X
Lothar Kreyssig	X	X/-	
Margarethe Lachmund	X		
Reimer Mager	X	X/X	
Erich Müller-Gangloff	X	X/X	
Kurt Scharf	X	X/X	X
Udo Smidt			X
Hans Stempel		-/X	
Ernst Wilm	X	X/X	X

* Fett gedruckte Namen bezeichnen die Unterzeichner des Aufrufs; zu Ämtern und Funktionen der angeführten Personen innerhalb und außerhalb der *Aktion Sühnezeichen* siehe auch jeweils Kurzbiographien im Anhang.

Tabelle Versöhnungsdienste Ausgewählte Mitgliederversammlungen 1960 – 1972
Gründungsmitglieder in den Nachfolgevereinen 1968/69[3017]

NAME*	Mitgliederversammlung vom**						1968/69 Teilung***
	1960 22.1.	1960 13.6.	1962 15.1.	1964 16.1.	1970 25.5.	1972 2.2.	
Irmgard Block	**Anw.**	**Anw.**	**Anw.**	**E**			**ASF**
Wolfgang von Eichborn					**Anw.**	**Anw.**	**ASF/AGH**
Sigrid Fischer	**Anw.**		**Anw.**	**Abw.**			
Franz Von Hammerstein	**Anw.**	**Anw.**	**Anw.**	**Anw.**	**Anw.**	**Anw.**	**ASF/WFD/AGH**
Kleimenhagen					Anw.		
Lothar Kreyssig	**Anw.**	**Anw.**				**Anw.**	
Gottfried Kutzner		**Anw.**	**Anw.**	**Anw.**			**ASF**
Freya Von Moltke	Anw.						
Erich Müller-Gangloff	**Anw.**	**Anw.**	**Anw.**	**Anw.**			**ASF**
Johannes Müller					Anw.	Anw.	ASF/AGH
Richard Nevermann							**ASF**
Reinhold Sachs			**Anw.**	**Anw.**			
Berthild Scheiff				E			
Peter (?) Schwarz						Anw.	

[3012] Skriver (1962), Faksimile der rückseitigen Umschlagseite. Protokoll der am 13. Juni 1958 stattgefundenen Sitzung, von der anzunehmen ist, dass sie die erste, damit konstituierende Sitzung nach Kreyssigs Aufruf am 30. April 1958 war.
[3013] Protokoll vom 22. August 1966 der gemeinsamen Sitzung von Leitungs- und Gründerkreis am 17. August 1966. Ebd.; Protokoll vom 30. November 1966 der gemeinsamen Sitzung von Leitungs- und Gründerkreis am 29. November 1966 [EZA 97/950].
[3014] Niederschrift über die Besprechung des Führungskreises der Aktion „Sühnezeichen" am 30. März 1960. Protokoll über die Sitzung des Führungskreises der Aktion Sühnezeichen am 15. Dezember 1960. Als „Gäste" dieser Besprechung werden Gotthard Kutzner (Bundesvertriebenenministerium), der Leiter des Außenamtes der EKD, Adolf Wischmann (zeitweise anwesend) und der (allerdings nicht anwesende) Bevollmächtigte der EKD bei der Bundesregierung in Bonn und zugleich Militärbischof, Hermann Kunst angeführt. [EZA 97/947]
[3015] undatierte Aufstellung „Mitglieder des Führungskreises der Aktion Sühnezeichen Stand vom 1. Februar 1961" [EZA 97/692]
[3016] Niederschrift über die Besprechung des Führungskreises der Aktion "Sühnezeichen" am 30. März 1960. [EZA 97/947] Präses Joachim Beckmann wird bei dieser Sitzung erstmals erwähnt und als entschuldigt geführt. Beckmanns Name scheint aber in einem offenen Brief des „gesamtdeutschen Gründungsausschusses der Aktion Sühnezeichen" vom 8. Januar 1964 auf [EZA 107/421(B6251/64)].
[3017] Als Grundlage für die Tabelle dienten die in den Akten eingeordneten Protokolle der Mitgliederversammlungen [Ebd.]
Legende: Anw.: als anwesend protokolliert; Abw. bzw. E: als abwesend bzw. entschuldigt protokolliert.

Elsa Sieglerschmidt[3018]					**Anw.**		**AGH**
Joop Siezen		Anw.		E			AFS
Dr. Ellen Simon				Abw.			AGH
Hans-Ulrich Smoltczyk	**Anw.**	**Anw.**		**E**			
Peter Sohr					Anw.	Anw.	WFD
Helga Spiess	Anw.			Abw.			
Joh. Theile		Anw.	Anw.	Abw.			
Philip Valiaparampil[3019]				Anw.			
Wilfried Warneck					**Anw.**		**WFD**

* fett gedruckte Namen bezeichnen Vorstandsmitglieder (siehe folgende Tabelle)
** Anwesenheit laut Protokollen der Mitgliederversammlungen; Anw.: als anwesend geführt; Abw.: als abwesend geführt; E: als entschuldigt geführt
*** AFS: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, AGH: Aktionsgemeinschaft für die Hungernden, WFD: Weltfriedensdienst

Tabelle: Vorstandsmitglieder Versöhnungsdienste 1960-1981[3020]

Name	Funktion	Funktionsperiode
Irmgard Block	Vorstandsmitglied	? – 23. März 1981
Wolfgang von Eichborn	Vorstandsmitglied	22. Mai 1968 – 25. Mai 1970
	Stellv. Vorsitzender	25. Mai 1970 – 2. Feber 1972
Sigrid Fischer, Dolmetscherin	Stellv. Vorsitzende	22. Januar 1960 – 13. Juni 1960
	Vorstandsmitglied	13. Juni 1960 – 20. März 1976
Franz von Hammerstein	Vorstandsmitglied	15. Januar 1962 – 24. Mai 1966
	Vorsitzender	22. Mai 1968 – 20. März 1976
Lothar Kreyssig	Vorstandsmitglied	13. Juni 1960 – 16. Januar 1964
Gotthard Kutzner	Vorstandsmitglied	15. Januar 1962 – 24. Mai 1966
Erich Müller-Gangloff	Vorsitzender	22. Januar 1960 – 16. Januar 1964
	Stellv. Vorsitzender	16. Januar 1964 – 24. Mai 1966
	Vorsitzender	24. Mai 1966 – 22. Mai 1968
	Vorstandsmitglied	22. Mai 1968 – 20. März.1976
Hans-Richard Nevermann	Vorstandsmitglied	24. Mai 1966 – 20. März 1976
Reinhold Sachs	Vorstandsmitglied	15. Januar 1962 – 16. Januar 1964
	Vorsitzender	16. Januar 1964 – 24. Mai 1966
	Vorstandsmitglied	24. Mai 1966 – 2. Februar 1972 (?)
Elsa Sieglerschmidt	Vorstandsmitglied	2.Februar 1972 – 20.März 1976
Hans-Ulrich Smoltczyk	Stellv. Vorsitzender	22. Januar 1960 – 15. Januar 1962
Wilfried Warneck	Vorstandsmitglied	24. Mai 1966 – 25. Mai1970
	Stellv. Vorsitzender	25. Mai 1970 – 20. März 1976
	Vorsitzender	20. März 1976 – 23. März 1981

[3018] Aus dem Protokoll der Vorstandssitzung des Vereins Versöhnungsdienste e.V. am 18. Februar 1964: Angestellte des Vereins, zunächst für Aktion Sühnezeichen, ab 1.März 1964 für die Aktionsgemeinschaft für die Hungernden der Erde. [EZA 97/948]
[3019] Philip Valiaparampil, stammte aus Indien, studierte Ende der 1950er Jahre in Deutschland und der Schweiz; begegnete Erich Müller-Gangloff und wurde von diesem zum Verbleib in Berlin, im Haus der Evangelischen Akademie in Berlin, aufgefordert. [Gedenken und Gegenwart. Typoskript über die Tagung vom 4. bis 6. Juli 1997, gez. Renate Trautmann, unveröff. Manuskript, S. 5 [WH]]
[3020] Als Grundlage für die Tabelle dienten Protokolle der Mitgliederversammlungen sowie Eintragungen im Bogen des Vereinsregisters. Bei fehlender Übereinstimmung zwischen Protokoll und Registereintrag, der oft verspätet, manchmal gar nicht erfolgt ist, wurde dem Protokoll als Willensdeklaration der Sühnezeichenmitglieder Vorrang eingeräumt. Die jeweilige Funktionsperiode orientiert sich konsequenterweise an den Daten der Mitgliederversammlungen, nicht an den Registereinträgen. [(95 VR) 3024 Nz Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg]

A.4 Bauprojekte der *Aktion Sühnezeichen* im Ausland

Ort	Jahr	Projekt	Budget/DM	Zahl/TN	Dauer
NIEDERLANDE Ouddorp	1959	Ferienbungalow	20.000	12	3 Monate
Joure	1961	Jugendzentrum	90.000	17	5 Monate
Rotterdam	1965/67	Ökumenisches Zentrum	2.000.000		2 Jahre
NORWEGEN Borkenes	1959/60	Wirtschaftsgebäudes für ein Heim für geistig Behinderte	230.000	30	7 Monate
Kokelv	1960	Bau einer Kirche	150.000	26	7 Monate
GRIECHENLAND Servia	1960/61	Zisterne, Siedlungshäuser, Sozialarbeit	260.000	31	12 Monate
Kreta	1962/63	Bau einer Bewässerungsanlage und einer Arztstation in Kandanos und Leivadas	250.000	20	9 Monate
Kreta	1966	Feldbewässerung in Kandanos			
FRANKREICH Taizé	1961/62	Bau der Versöhnungskirche	675.000	52	16 Monate
St. Cyr au Mont d'Or	1961/62	Umbau: Chateáu in Schulgebäude	330.000	33	13 Monate
Salernes	1962	Ausbau der Plantage eines jüdischen Emigranten	10.000	6	1,5 Mon.
Villeurbanne/Lyon	1962/64	Bau einer Synagoge und eines jüdischen Gemeindehauses	250.000	16	13 Monate
Le Chambon	1964	Bau einer Schule für Entwicklungshelfer			
Solrinnes/[T1] Maubeuge	1965	Jugendheim und Unterkunft für algerische Flüchtlinge		6	
La Boisse/Lyon	1967	Jüdischer Gedenkfriedhof			
Sanary/Cote d'Azur	1969	Ausbau einer CVJM-Jugendakademie			
GROSSBRITANNIEN Coventry	1961/62	Internationales Begegnungszentrum	100.000	16	7 Monate
Clydebank/Glasgow	1966/67	Jugendheim			
BELGIEN Quaregnon b. Mous	1962/63	Bau eines Jugendheimes für sozial gefährdete Jugendliche	325.000	21	14 Monate
Wasmuel	1963/64	Bau eines Heimes für sozial gefährdete Jugendliche		?	
ISRAEL Jerusalem	1963/64 1964/65	Bau eines Blindenheimes Umbau des alten Gebäudes	250.000	18	12 Monate
Ahava	1962/63	Finanzierung eines Kinderheims	100.000	3	12 Monate
Kibbuz Bahan	1966/67	Bau eines Schwimmbads			
Jerusalem	1966/68	Jugendbegegnungsstätte Haus Pax			
Jerusalem	1967/69	Mitarbeit am Erweiterungsbau Alyn Heim für behinderte Kinder			
Jerusalem	2003/04	Errichtung eines Gästehauses für Haus Pax			
JUGOSLAWIEN Skopje	1963	Errichtung von Fertighäusern nach Erdbeben		25	
Skopje	1964/66	Kindertagesstätte/Kindergarten			
POLEN Oświęcim	1981/85	Internationale Jugendbegegnungsstätte	6.000.000		

[T1] Träger dieser Gruppe, bei der vier Obdachlose aus Berlin als Freiwillige teilnahmen, war das Sozialpfarramt [Protokoll der Exekutivsitzung vom 18. Oktober 1965, dat. 9. November 1965, gez. Klaus Wilm; EZA 97/949]

A.5 Sozialdienste der Aktion Sühnezeichen in Norwegen

Tabelle Sozialdienste in Norwegen[3021]

Name, Ort und Beschreibung der Empfängerorganisation	Aufgabenbereiche für Sühnezeichen-Freiwillige	Entsendejahre
Fosen Folkehøgskole, Risa Volkshochschule für sozial und psychisch Benachteiligte	Gartenarbeit, handwerkliche Aufgaben	1989-1992
Hjemmet for Døve, Andebu Behinderteneinrichtung	Betreuung und Freizeitgestaltung	1966-1984
Riskatun, Hommersåk Geschütztes Wohnprojekt für Behinderte	Pflege und Freizeitgestaltung	1983-1991
Lundheim Folkehøgskole, Moi Integrierte Internatsschule	Pflege, Freizeitgestaltung, schulische Aufgaben	1981-
Kongsgaardheim, Kristiansand Behindertenheim	Pflege, Deutschunterricht, Freizeitgestaltung	1983-2005
Peder Morset, Folkehøgskole, Selbustrand Integrationsschule	Freizeitgestaltung, Betreuung eines Schülerhauses, Kursbegleitung	1985-2004
Tonstad Bolig, Trondheim Behindertengerechte Wohnanlage	Unterstützung für behinderte Bewohner	1987-1992
Aasgaard Sykehus, Tromsø Psychiatrisches Krankenhaus	Freizeitgestaltung	1972-1997
Hjemmehjelp/Hjemmesykepleie, Tromsø Hauskrankenpflege/Betreuung für alte Menschen	Hauskrankenpflege und Heimhilfe	1981-1994
Soltun Folkehøgskole, Evenskjer Integrierte Schule mit psychisch und körperlich Behinderten	Unterstützung für einzelne Schüler, Mitarbeit im Unterricht und bei der Freizeitgestaltung	1985-
Trastad Gård, Borkenes Heim für behinderte Kinder und Jugendliche	Pflege, Freizeitgestaltung	1963-1981
Landeskogen, Grendi Byglandsfjord Heim für geistig und körperlich Behinderte	Pflege, Freizeitgestaltung	1963-1975
Toftes Gave, Nes/Hedmark Heim für erwachsene geistig Behinderte	Pflege, Freizeitgestaltung	1972-1978
Hjemmet for Døve, Solveien, Oslo/Nordstrand Heim für behinderte Taubstumme	Pflege, Freizeitgestaltung	1965-1974 1984-1994
Kure Gard, Rygge Heim für erwachsene Epileptiker	Pflege, Freizeitgestaltung	1965
Statenes Epileptikerhjemmet, Sandvika	Pflege, Freizeitgestaltung	?
Naerlandsheimen, Naerbø Heim für geistig Behinderte	Pflegearbeit	1963-1971
Rønningen Handelsschule, Oslo	Küchenarbeit	1963-1965
Diakonhjem, Oslo Krankenhaus	Pflegearbeit	1963-1970
Nærlandheim, Nærbø-Byrne Heim für geistig Behinderte	Pflegearbeit	1963-1961
Larkollen, Moss Mädchenheim	Küchenhilfe	1964-1965
PRIO, Oslo International Peace Research Institute	Büroarbeit, Erstellen des Newsletters; Mitarbeit bei Asbjørn Eide	1973-1975
Østerbo, Halden Heim für geistig Behinderte	Betreuungsaufgaben, Freizeitarbeit	1974-1981
St. Joseph-Sykehus, Halden Krankenhaus (Altenpflege)	Pflegearbeit	1974
Norges Handikapforbund (NFH), Oslo Norwegischer Behindertenverband	Hilfe für Odd Walter Syltevik, Büroarbeit, Druckerei	1979-1987

[3021] ASF-Projekte in Zeichen Nr. 2/Juni 1990 18. Jg., S. 13; Projektgliederung, Stand September 1972 [670/366]; Broschüre: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. 30 Jahre in Norwegen. Hrsg. von Veline Backofen; Eigenvervielfältigung o.D. [1989, ASF-Büro Oslo; für die Ergänzungen für spätere Jahre danke ich Frau Veline Backofen; Backofen, 10. Mai 2005]

Name, Ort und Beschreibung der Empfängerorganisation	Aufgabenbereiche für Sühnezeichen-Freiwillige	Entsendejahre
Vanførehjem, Tromsø Heim für körperlich Behinderte	Freizeitarbeit	1979-1983
Framtiden i våre hender [Die Zukunft unserer Hände] **Internasjonal Dugnad, Service Civil International** (SCI)	Büroarbeit	Okt. 1980- Feb.1981[3022]
Vanførehjem Munkvoll Gaard, Trondheim Heim für körperlich Behinderte	Pflegearbeit, Freizeitarbeit	1980-1987
Vernehjem, Hammerfest Heim für Alkoholabhängige	Freizeitarbeit	1981-1983
Eldrehjem, Hammerfest Altersheim	Freizeitarbeit	1981-1986
Pleiehjem, Kvalsund Pflegeheim	Freizeitarbeit	1981-1986
Sandfalletskole, Alta Schule für milieugeschädigte Kinder	Betreuungsaufgaben	1986-1989
Syke- und Daghjem, Alta Krankenheim und Tagesheim	Pflegearbeit und Freizeitgestaltung	1986-1986
Norges Handikapforbund, Trondheim	Hilfe für Odd Walter Syltevik, Büroarbeit, „Stützkontakte“ (Heimhilfetätigkeit)	1987-
Betania, Alta Wohn- und Tageszentrum für psychiatrische Patienten	Freizeitarbeit	1990-
Granly Stiftelse, Kapp Heim für geistig Behinderte	Freizeitarbeit	1999-
Jodisk Bo-og Seniors, Oslo Jüdisches Altersheim	Altenarbeit	1994
KFUK-KFUM, Tromsø	Jugendarbeit	2001-2004
Kirkens Bymisjon, Tromsø	Sozialarbeit	1996
Kristoffertunet, Trondheim		1996-1999 2002-2003
Norges KFUK-KFUM, Tromsø	Offene Jugendarbeit	2000-2004
Stiftelsen SIGNO, AKÈ& ..., Andebu Heim für Gehörlose		1988-
Jüdischer Kindergarten, Oslo	Kinderarbeit	2004-
Talvik, Alta Wohn- und Tageszentrum für psychiatrische Patienten	Freizeitarbeit	1993-2000

[3022] diese Stelle musste nach kurzem Einsatz aufgegeben werden weil die Arbeitsaufgaben in der Rahmenvereinbarung mit den norwegischen Behörden nicht gedeckt waren; vgl. Ausführungen in Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. 30 Jahre in Norwegen. Hrsg. von Veline Backofen; Eigenvervielfältigung o.D., S. 97 [1989, ASF-Büro Oslo]

A.6 Übersicht über die Israel-Projekte 1961-1968

Tabelle Projekte der *Aktion Sühnezeichen* in Israel 1961 – 1968[3023]

Gruppe	Jahr	Organisation, Einsatzort	Art der Tätigkeit
I	1961/62	Kibbuz Urim (Negev)	Mitarbeit im Kibbuz
II	1962/63	Kibbuz Bahan/Nir Eliahu/Israel	Mitarbeit im Kibbuz
III	1963/94	Jerusalem/Israel	Bau eines Blindenheimes
IV	1964	Kibbuz Dorot	Mitarbeit im Kibbuz
V	1964/65	Hassolelim Kibbuz Magal	„
VI	1965	Bahan, Kibbuz Gevim	„
VII	1966	Kibbuz Magal, Nir Eliahu und Beror Chail (Negev), Alyn	„„ Mitarbeit im Kinderheim
VIII	1966	Kibbuz Ashdot Jaakov, Ahava, Alyn	Jeweils Mitarbeit im Kibbuz bzw. im Kinderheim bzw. im Kinderspital
IX	1966/67	Bahan Alyn Ahava Givat Chaim Ramat Rachel Scopusberg und im Stadtgarten Ein Kerem	Bau eines Schwimmbeckens Mitarbeit im Kinderheim Mitarbeit in Kibbuz Intern. Jugendherberge Sonderdienste mit IJGD und MdJ
X	1967/68	Ashdot Jaakov, Ahava, Alyn Kibbuzim En Gedi und Einat Ein Kerem	Mitarbeit im Kibbuz im Kinderheim bzw. im Kinderspital, Pflege, Hausarbeiten, Mitarbeit in den Kibbuzim
XI	1967/68	Kibbuzim Degania Alef, Nir Eliahu Kinderheim Newe Taw in Tel Aviv Kibbuz Ginegar Ein Kerem Alyn	Jeweils Mitarbeit im Kibbuz bzw. im Kinderheim Ab April 1968: Bauprojekt
XII	1967/68	Kibbuz Givat Chaim (Kinderfarm) Alyn	Mitarbeit im Kibbuz, dessen Konservenfabrik durch eine arabische Terrororganisation zerstört worden war Neubau des Kinderspitals, Mitarbeit in der Pflege

[3023] die Tabelle wurde im Zuge der Recherche mit Informationen aus verschiedenen Berichten, Protokollen und Veröffentlichungen erstellt.

A.7 DDR-Sommerlager

Tabelle Sommerlager der Aktion Sühnezeichen in der DDR 1962-1990

Einsatzort	Anzahl	Jahr
Altenheim Orenburg (UdSSR)	2	1984, 1985
Alters- und Pflegeheim Annaberg-Buchholz	1	1977
Alters- und Pflegeheim Maxen	4	1974, 1982, 1983, 1986
Alters- und Pflegeheim Sandau	2	1984, 1985
Altersheim Albertus Magnus Berlin-Friedrichshagen	3	1972, 1979
Altersheim Bismark/Altmark	1	1978
Altersheim Camin/Mecklenburg	2	1968, 1969
Altersheim Dallgow	2	1970, 1974
Altersheim Fehrbellin	4	1969, 1970, 1971
Altersheim Garz bei Neuruppin	1	1967
Altersheim Grüneheide	1	1965
Altersheim Leipzig Täubchenweg 15	4	1963, 1964, 1967
Altersheim Plauen/Vogtland	3	1965, 1966
Altersheim Schweinerden bei Kamenz	1	1975
Altersheim Seelingstädt bei Grimma	4	1976, 1980, 1982, 1983
Altersheim St. Georg Pasewalk	1	1978
Annagarten Oranienburg	2	1974, 1979
Anna-Luisen-Stift Bad Blankenburg	7	1968, 1969, 1971, 1972, 1973, 1977
Augustinerkloster Erfurt	3	1982, 1986, 1987
Behindertenheim Almasneszmely (Ungarn)	1	1990
Behindertenheim Dabrowice (Polen)	1	1978
Behindertenheim Laski (Polen)	9	1967, 1970, 1973, 1976, 1978, 1980, 1988, 1989, 1990
Behindertenheim Podkowa Leśna (Polen)	2	1974, 1976
Behindertenheim Schneidlingen	2	1988, 1989
Behindertenheim Serrahn	1	1974
Behindertenwohngemeinschaft Hartrode	1	1984
Benediktiner Abtei Tyneic bei Kraków (Polen)	1	1990
Bethanien Matthias Claudius-Heim Oschersleben	6	1985, 1986, 1988, 1990
Bethlehemstift Bad Lausick	3	1969, 1982, 1989
Bethlehemstift Hüttengrund Hohenstein-Ernstthal	7	1973, 1974, 1975, 1977, 1978, 1980
Carolus Krankenhaus Görlitz-Rauschwalde	1	1967
Cecilienstift Halberstadt	2	1966, 1981
Christian Schreiber-Haus Berlin-Alt Buchhorst	4	1966, 1967, 1968
Diakoniezentrum Martinshof Rothenburg an der Neiße	18	1965, 1966, 1967, 1968, 1972, 1973, 1975, 1976, 1977, 1980, 1981, 1983, 1985, 1987, 1988, 1989
Diakonische Anstalten Lobetal	3	1965, 1966, 1985
Diakonische Anstalten Teltow	2	1965, 1973
Züssower Diakonie-Anstalten	12	1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1979
Diakonissenanstalt "Bethanien" Ducherow	1	1982
Diakonissenanstalt der Brüder Unität Niesky	3	1988, 1989, 1990
Diakonissenhaus Moritzburg	1	1977
Diakonissenkrankenhaus Dessau	9	1975, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1984, 1985
Diakonissenkrankenhaus Dresden	16	1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1971, 1972, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1980, 1981, 1982
Domgemeinde zum Heiligen Kreuz Nordhausen	1	1977

Einsatzort	Anzahl	Jahr
Domgut Dehmen bei Düstrow	2	1967
Domstift Seelensdorf	3	1985, 1986, 1987
Dreikönigskirche Dresden	2	1963, 1966
Erholungsheim Bad Saarow	2	1966, 1986
Ev. Altersheim Cottbus	1	1974
Evangelische Akademie Darlingerode	1	1970
Evangelische Gemeinde Mühlanger/Wittenberg	4	1972, 1973, 1974, 1975
Evangelischer Dom Wurzen	3	1984, 1985, 1986
Evangelisch-Reformierter Konvikt Halle	1	1979
Fahrradpilgerfahrt Ravensbrück	1	1967
Feierabendheim Havelberg	1	1965
Frauenbergkirche Nordhausen	3	1963, 1964, 1965
Friedrich-Weißler-Haus Oranienburg	2	1988, 1989
Geburtshilfeklinik „Maria Heimsuchung“ Berlin-Pankow	3	1981, 1983, 1984
Gedenkstätte Belźec (Polen)	1	1990
Gedenkstätte Groß Rosen (Rogoźnica, Polen)	3	1965, 1966, 1967
Gedenkstätte Lidice (ČSSR)	2	1967, 1982
Gedenkstätte Majdanek (Polen)	12	1965, 1967, 1976, 1978, 1979, 1980, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990
Gedenkstätte Museum Auschwitz (Oświęcim, Polen)	5	1965, 1966, 1967, 1989, 1990
Gedenkstätte Museum Theresienstadt Terezín (ČSSR)	2	1966, 1967
Gemeindezentrum Zalesi bei Javornik-Travna (ČSSR)	1	? (oftmalige Einsätze)
Geschützte Werkstatt Sundhausen	2	1988, 1989
Grabow/Mark	1	1972
Haus Carolinenfeld Obergrochlitz bei Greiz	3	1976, 1977, 1978
Haus Gottesgabe Buckow, mark. Schweiz	1	1973
Haus Rungholt - Pflegeheim Johannashall bei Beesenstedt	3	1973, 1974, 1975
Haus Salem - Außenstelle Diakonissenkrankenhaus Dresden	3	1975, 1976, 1979
Hedwig-Fröhlich-Haus Radebeul	5	1972, 1973, 1978, 1979
Heil- und Pflegeanstalt für Epileptiker Kleinwachau/Radeberg	1	1976
Heim für geistig Behinderte Brunn bei Kyritz	3	1979, 1980
Heim Neustadt/Drosse	2	1972
Behindertenheim Pruszków bei Warschau (Polen)	4	1976, 1978, 1989, 1990
Huysburg bei Halberstadt	9	1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1972
Johanna Odebrecht-Stiftung Greifswald	4	1970, 1973, 1980, 1981
Johannes-Falk-Haus Eisenach	4	1972, 1973, 1974
Johannisfriedhof Jena	6	1970, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976
Jüdischer Friedhof Berlin-Weißensee	15	1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989
Jüdischer Friedhof Bleicherode	1	1990
Jüdischer Friedhof Budapest (Ungarn)	1	1982
Jüdischer Friedhof Dessau	1	1986
Jüdischer Friedhof Gotha	2	1981, 1982
Jüdischer Friedhof Lublin (Polen)	1	1979
Jüdischer Friedhof Marisfeld	2	1989, 1990
Jüdischer Friedhof Nordhausen	1	1984
Jüdischer Friedhof Oranienburg	2	1985, 1986
Jüdischer Friedhof Prag (ČSSR)	3	1974, 1975, 1982
Jüdischer Friedhof Schwarza	3	1987, 1988, 1989
Jüdischer Friedhof Walldorf	4	1985, 1987, 1990
Jüdischer Friedhof Warschau (Warszawa, Polen)	1	1973
Jüdischer Friedhof Wilhelm-Pieck-Stadt Guben	1	1980

Einsatzort	Anzahl	Jahr
Karl-Marien-Haus Ebeleben	3	1977, 1978, 1979
Kath. Gymnasium Györ (Ungarn)	2	1982, 1985
Kath. Kloster Tyniec bei Kraków (Polen)	3	1974, 1977, 1990
Katharinen/Wallonerkirche Magdeburg	9	1962, 1966, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974
Katholischer Friedhof Berlin-Hohenschönau	1	1984
Kinder- und Altersheim der Nazarethschwestern Goppeln/Dresde	19	1967, 1968, 1969, 1971, 1973, 1974, 1976, 1977, 1978, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1988, 1989
Kindergesundheitszentrum Warschau (Polen)	18	1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990
Kinderheim Johannesberg, Oranienburg	5	1975, 1976, 1977
Kinderheim Katharinenstift Berlin	5	1969, 1970, 1972, 1973, 1974
Kinderheim Neustadt/Dosse	2	1973, 1985
Kinderheim Samariterherberge Horburg/Merseburg	5	1978, 1980, 1981, 1982, 1984
Kinderheim St. Josef Birkenwerder	2	1980, 1981
Kinderheim St. Norbert Michendorf bei Potsdam	6	1975, 1976, 1977, 1979, 1980, 1982
Kirchengemeinde Adorf	1	1986
Kirchengemeinde Altbukow	1	1982
Kirchengemeinde Altlandsberg	3	1986, 1987, 1988
Kirchengemeinde Altruppin	2	1983, 1984
Kirchengemeinde Andreaskirche Rathenow	1	1965
Kirchengemeinde Barneberg	3	1986, 1987, 1988
Kirchengemeinde Bauda bei Großenhain	1	1978
Kirchengemeinde Behrenshagen/Mecklenburg	1	1974
Kirchengemeinde Berlin-Friedrichsfelde/Marzahn	3	1983, 1985, 1987
Kirchengemeinde Berlin-Hohenschönhausen	1	1988
Kirchengemeinde Berlin-Malchow	2	1966, 1971
Kirchengemeinde Bernburg	1	1967
Kirchengemeinde Blankenfelde bei Zossen	1	1981
Kirchengemeinde Böhlen	1	1983
Kirchengemeinde Bomsdorf bei Eisenhütten	1	1976
Kirchengemeinde Bornstedt	1	1982
Kirchengemeinde Branszczky (Polen)	1	1973
Kirchengemeinde Bukowina (Polen)	1	1976
Kirchengemeinde Claußnitz	2	1986, 1987
Kirchengemeinde Cobbel bei Tangerhütte	1	1976
Kirchengemeinde Crivitz	1	1987
Kirchengemeinde Dahlenwarsleben	1	1978
Kirchengemeinde Deutzen bei Borna	1	1965
Kirchengemeinde Dierhagen bei Rostock	2	1971
Kirchengemeinde Diesdorf bei Salzwedel, Kosterkirche	1	1966
Kirchengemeinde Dittersdorf-Döbra	1	1988
Kirchengemeinde Dorfchemnitz	1	1984
Kirchengemeinde Dresden-Prohlis	3	1985, 1987, 1988
Kirchengemeinde Drosa	1	1983
Kirchengemeinde Elbingerode	4	1983, 1984
Kirchengemeinde Falkenthal	1	1971
Kirchengemeinde Fischbach bei Kamenz	1	1979
Kirchengemeinde Friesau	4	1986, 1987, 1988, 1989
Kirchengemeinde Gardelegen/Altmark	1	1972
Kirchengemeinde Gardelegen/Altmark	1	1973

Einsatzort	Anzahl	Jahr
Kirchengemeinde St. Brigittenkirche und Maria Rosenkranz (Gdańsk, Polen)	1	1973
Kirchengemeinde Geierswalde	1	1975
Kirchengemeinde Gressow/Wismar	1	1973
Kirchengemeinde Gröbzig bei Köthen	1	1968
Kirchengemeinde Großpösna	1	1983
Kirchengemeinde Haynrode	1	1968
Kirchengemeinde Heilig-Kreuz Potsdam	1	1973
Kirchengemeinde Hetzdorf bei Strasburg	1	1979
Kirchengemeinde Heubach	1	1970
Kirchengemeinde Himmelpfort	1	1988
Kirchengemeinde Jakobikirche Karl-Marx-Stadt	2	1964, 1966
Kirchengemeinde Jüterbog	1	1985
Kirchengemeinde Karsdorf	1	1986
Kirchengemeinde Kipsdorf	1	1990
Kirchengemeinde Kraków (Polen)	6	1967, 1969, 1973, 1974, 1978, 1989
Kirchengemeinde Lambrechtshagen	3	1982, 1983, 1985
Kirchengemeinde Landsberg	3	1985, 1986, 1987
Kirchengemeinde Lassan bei Wolgast	2	1971, 1976
Kirchengemeinde Leipzig-Gohlis	1	1989
Kirchengemeinde Lukasgemeinde Leipzig	1	1986
Kirchengemeinde Lutherstadt Wittenberg	2	1974, 1981
Kirchengemeinde Marlow bei Ribnitz-Damg	1	1975
Kirchengemeinde Meisdorf/Harz	2	1980, 1981
Kirchengemeinde Mszawna Gura (Polen)	1	1977
Kirchengemeinde Müsselmow bei Holzendorf über Schwerin (Friedhof)	2	1963, 1964
Kirchengemeinde Neuhausen	1	1984
Kirchengemeinde Nowa Cerkíew (Polen)	2	1973, 1979
Kirchengemeinde Nowa Huta	3	1967, 1969, 1973
Kirchengemeinde Oppin	2	1984, 1985
Kirchengemeinde Parkentin bei Bad Doberan	1	1980
Kirchengemeinde Pasewalk	1	1980
Kirchengemeinde Pauli-Kirche Brandenburg	1	1965
Kirchengemeinde Petersberg bei Halle	1	1963
Kirchengemeinde Ponickau bei Ortrand	2	1974, 1975
Kirchengemeinde Poznań (Polen)	2	1976, 1978
Kirchengemeinde Püchau	3	1974, 1984, 1985
Kirchengemeinde Radis	5	1982, 1983, 1985
Kirchengemeinde Ravensbrück	1	1967
Kirchengemeinde Recknitz/Dickhof	3	1986, 1987, 1989
Kirchengemeinde Reichenhain Karl-Marx-Stadt	2	1964, 1965
Kirchengemeinde Röbel	1	1985
Kirchengemeinde Rochlitz	1	1982
Kirchengemeinde Rödlin Klosterkirche in Wanzka	1	1989
Kirchengemeinde Rostock-Biestow	1	1976
Kirchengemeinde Rostock-Toitenwinkel	3	1976, 1978, 1979
Kirchengemeinde Russ.-Orth. Kapellenberg	1	1989
Kirchengemeinde Satow	2	1983, 1984
Kirchengemeinde Schmetzdorf bei Rathenau	2	1967
Kirchengemeinde Schönburg bei Naumburg	1	1978
Kirchengemeinde Schwarzkollm	2	1984, 1986
Kirchengemeinde Schwinkendorf/Rambow	1	1986

Einsatzort	Anzahl	Jahr
Kirchengemeinde Spremberg	1	1984
Kirchengemeinde St. Andreas Rostock-Reutershagen	2	1970, 1975
Kirchengemeinde St. Nikolai Görlitz	1	1985
Kirchengemeinde St. Pauli Dresden	1	1971
Kirchengemeinde St. Peter und Paul Potsdam	2	1986, 1987
Kirchengemeinde St. Petri Magdeburg	4	1962, 1968, 1980, 1981
Kirchengemeinde Staaken	3	1982, 1983
Kirchengemeinde Staupitz	1	1982
Kirchengemeinde Stern Potsdam	1	1989
Kirchengemeinde Stralsund	2	1976, 1980
Kirchengemeinde Strasen	1	1982
Kirchengemeinde Strasen bei Neustrelitz	2	1980, 1981
Kirchengemeinde Toruń (Polen)	1	1979
Kirchengemeinde Trebenow	2	1975, 1976
Kirchengemeinde Ullersdorf	1	1990
Kirchengemeinde Volkmaritz/Neehausen	5	1980, 1981, 1983, 1984, 1985
Kirchengemeinde Wang/Karpacz (Polen)	1	1977
Kirchengemeinde Wegeleben/Ostharz	1	1978
Kirchengemeinde Weißbach	3	1989, 1990
Kirchengemeinde Wriezen/Mark	1	1972
Kirchengemeinde Wrocław (Polen)	4	1967, 1974, 1976, 1977
Kirchenmusikschule Dresden	2	1983, 1984
Kloster Alexanderhof	1	1984
Kloster auf Hiddensee	1	1979
Kloster Chorin	1	1972
Kloster Stift zum Heiligengrabe	2	1986, 1987
Körperbehindertenfürsorge Hirschluch/Storkow	2	1978, 1980
Körperbehindertenfürsorge Mötzow/Brandenburg	2	1966, 1978
Krankenhaus Hedwigshöhe Berlin-Treptow	7	1970, 1971, 1981, 1982, 1983, 1984
Krankenhaus Lehnin	2	1970, 1971
Kurheim Kloster Drübeck	4	1966, 1972, 1974
Levice (ČSSR)	1	1984
Lichterhagen-Rostock	2	1972
Lindenhof Lünow	4	1978, 1979, 1980, 1981
Lückendorf bei Zittau	2	1967, 1970
Lutherpark Erfurt	2	1979, 1980
Mädchenheim Gronenfelde Frankfurt/Oder	5	1970, 1971, 1972, 1973, 1975
Mädchenheim Schloss Detzel bei Haldensleben	2	1965, 1975
Magdalenenstift Karl-Marx-Stadt	1	1982
Maria Frieden Berlin-Niederschönhausen	4	1979, 1980, 1981, 1985
Mariawiten-Płock (Polen)	1	1973
Marienkirche Dessau	2	1965
Marienstift Oelsnitz im Vogtland	2	1979, 1981
Martin-Ulbrich-Krankenhaus Rothenburg a.d. Neiße	2	1968, 1979
Methodistengemeinde Neuruppin	2	1968, 1969
Michaelshaus Rossbach bei Naumburg	5	1964, 1964, 1967, 1971, 1977
Michaelshof Rostock-Gehlsdorf	6	1965, 1966, 1967, 1968, 1977
Michaelsstift Gefell/Schleiz	8	1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1984, 1985, 1987
Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald Weimar Pilgerweg Buchenwald	9 4	1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1986, 1987, 1988, 1990 1979, 1984, 1985, 1988

Einsatzort	Anzahl	Jahr
Nationale Mahn- und Gedenkstätte Mittelbau-Dora Nordhausen	3	1964, 1987, 1989
Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen Pilgerweg Sachsenhausen-Schwerin	6 1	1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990 1978
Nationalfriedhof Palmiry	1	1967
Neinstedter Anstalten	8	1974, 1975, 1976, 1978, 1980, 1981, 1982, 1983
Oberlinhaus Potsdam-Babelsberg	2	1977, 1978
Ökumenische Kirche Arzberg bei Torgau	1	1981
Orthopädisches Kinderkrankenhaus "Heimdall" Bad Elster	11	1971, 1972, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1986, 1988, 1989, 1990
Pater-Kolbe-Hof Schlegel bei Zittau	2	1979, 1980
Pfarrhaus Alt-Karin bei Bad Doberan Freizeit mit geistig behinderten Kindern und Jugendlichen	48	1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990
Pfeiffersche Stiftungen Magdeburg	1	1965
Pflegeheim Bethesda Eisenberg in Thüringen	1	1976
Pflegeheim Quittelsdorf/Thüringen	1	1967
Pflegeheim Sachsenhausen	2	1965, 1966
Pflegeheim Schleusingen	2	1986, 1987
Pflegeheim Sonnenberg-Tessin	2	1965
Pflegeheim Weitin	1	1988
Pilgerfahrt Stutthof (SztutowoPolen)	3	1967, 1970, 1982
Radziwiłłów (Polen)	1	1977
Rathewald, sächs. Schweiz	4	1969, 1970, 1971, 1972
Russischer Soldatenfriedhof 1+2 WK Ebersdorf Karl-Marx-Stadt	1	1964
Rüstzeit Dahme	3	1972, 1977, 1978
Rüstzeit Grünheide bei Erkner	1	1975
Rüstzeit- und Erholungsheim Zarrendorf bei Grimmen	1	1979
Rüstzeitenheim Altefähr/Rügen	2	1978, 1986
Rüstzeitenheim Hetzdorf bei Prenzlau	1	1981
Rüstzeitenheim Kollm über Niesky	6	1976, 1977, 1978, 1979, 1982, 1985
Rüstzeitenheim Oranienburg-Eden	2	1982, 1983
Rüstzeitenheim Röhrsdorfer Park	1	1976
Rüstzeitenheim Sehlis	1	1990
Rüstzeitenheim Seifersdorf bei Dippoldiswalde	1	1975
Rüstzeitenheim Serrahn/Krakow am See	2	1979
Rüstzeitenheim Uchtenhagen bei Bad Freienwalde	1	1976
Rüstzeitenheim Wustrow	3	1975, 1985, 1990
Rüstzeitheim „Röhrsdorfer Park“ Karl-Marx-Stadt	1	1979
Rüstzeitheim in Kohren-Sohlis/Falkenstein	7	1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1987, 1989
Rüstzeitheim Lostau	1	1970
Samariteranstalten Fürstenwalde	19	1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1987, 1988, 1989
Seminar für kirchlichen Dienst Dahme (Mark)	3	1971, 1973, 1977
Sommerlager ASF-ASZ Wettin	1	1990
Sophienhaus/Weimarer Anstalt	1	1967
Sophienheim Emersleben	3	1988, 1989, 1990
Sprachlager Beskiden (Polen)	1	1973
St. Antonius Krankenhaus Berlin-Friedrichshagen	3	1970, 1971, 1981
St. Antoniusstift Ostritz an der Neiße	1	1975
St. Gertrud Engelsdorf bei Leipzig	5	1976, 1985, 1986, 1987
St. Hedwigskrankenhaus Berlin-Mitte	1	1982

Einsatzort	**Anzahl**	**Jahr**
St. Josefskrankenhaus Berlin-Weißensee	1	1977
St. Josephskrankenhaus Potsdam	7	1968, 1969, 1971, 1977, 1978, 1979
St. Konradhaus Schöneiche	2	1983, 1984
St. Marien Krankenhaus Brandenburg	3	1964, 1977, 1978
St. Otto-Heim Zinnowitz	3	1966, 1967
Stadtmission Dresden	1	1968
Stadtmission Magdeburg	1	1967
Stara Tura (ČSSR)	1	1982
Stephanusstiftung Berlin-Weißensee	5	1967, 1968, 1969, 1974, 1986
Stift Marienfließ Stepenitz	6	1982, 1983, 1985, 1986, 1987, 1988
Susice (ČSSR)	1	1982
Theodor Fliedner-Heim Brandenburg/Havel	2	1964, 1965
Ulmenhof Berlin-Wilhelmshagen	6	1965, 1966, 1967, 1968, 1973
Wichernhof Behmen bei Güstrow	1	1976
Zentralwaldfriedhof Halbe	1	1982
Insgesamt	**860**	**1962-1990**

Tabelle: Verteilung der Arbeitsfelder 1962-1990

Arbeitsfelder	**Anteil an Sommerlagern**
Bau-/Bauhilfs-/Garten-/Forstarbeiten	84,5 %
Feriengestaltung mit behinderten Kinder/Jugendlichen	10 %
Gedenkstättenarbeit/Friedhofsarbeiten	5,5 %

A.8 Tabelle: Zahl der Teilnehmer an Sommerlagern 1962-1990[3024]

Jahr	Teilnehmer aus der DDR	Ausländische Teilnehmer (nicht-DDR-Bürger)	Gesamt
1962	72	0	72
1963	142	1	143
1964	270	26	296
1965	345	75	420
1966	385	128	513
1967	351	48	399
1968	284	0	284
1969	285	194	479
1970	413	101	514
1971	294	128	422
1972	261	116	377
1973	216	245	461
1974	238	104	342
1975	225	131	356
1976	243	147	390
1977	315	160	475
1978	366	147	513
1979	330	144	474
1980	326	159	485
1981	517	134	651
1982	479	128	607
1983	416	142	558
1984	403	115	518
1985	425	118	543
1986	287	128	415
1987	238	86	324
1988	371	96	467
1989	333	70	403
1990	225	85	310
Gesamt	**9055**	**3156**	**12211**

[3024] Aufstellung zur Verfügung gestellt von Romi Romberg, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, am 31. August 2004; ergänzt um Informationen aus Wochen- und Monatsbriefe.

A.9 Mitglieder der Leitungskreise (BRD)

Liste Mitglieder der Leitungskreise der Aktion Sühnezeichen

Name	Funktion im Verein Versöhnungsdienste 1960-1968	Funktion für Aktion Sühnezeichen (BRD) 1960 –
Else (Elsa-Ulrike) Bergmann (Regionalgruppe)	-	Regionalgruppe
Eugen Bärhausen ASF 1968/9 (Bauorden)		Leitungskreis ab 1965
Irmgard Block ASF Gründungsmitglied	Mitglied + Vorstand	Leitungskreis ab 1963
Edgar Boué		Förderer-/Interessentenkreis
Ernst Buczys	-	Leitungskreis ab 1963
Paul Cates (Quäker)	-	Leitungskreis ab 1963, Kurier i.d. DDR
Gerhard Dachrodt (DGB/Berlin-Spandau)	-	Leitungskreis ab 1.1963
Paul Deuble		Regionalkreis
Pfarrer Rudolf Dohrmann ASF 1968/9	-	Leitungskreis Gast ab 1963
Adolf Freudenberg ASF 1968/9	-	Leitungskreis
Otto Gärtner	-	Buchhalter, Protokollführer
Helmut Gollwitzer		Förderer-/Interessentenkreis
Walter Hammer		Förderer-/Interessentenkreis
Franz von Hammerstein ASF Gründungsm.	Mitglied + Vorstand	Leitungskreis und Exekutive ab 1960
Oberkirchenrat Erich Heß	-	Leitungskreis
Fritzhermann Keienburg	-	Leitungskreis
Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg[3025]	-	Leitungskreis
Karl Georg Knies		Regionalkreis
Lothar Kreyssig	Mitglied + Vorstand	Leitungskreisab 1960
Gotthard Kutzner ASF Gründungsmitglied	Mitglied + Vorstand	Leitungskreis und Exekutive ab 1960
Franz-Joseph Loesche (kathol. Bauorden) ASF Gründungsmitglied	-	Leitungskreis
Konrad Lübbert		Förderer-/Interessentenkreis
Rudolf Mittermeier (Regionalgrupppe)	-	Regionalgruppe
Pfarrer Gerhard Möckel ASF 1968/9	-	Leitungskreis ab 1963
G. Möricke		Förderer-/Interessentenkreis
Pfarrer Johannes Müller ASF Gründungsmitglied	Mitglied	Leitungskreis und Exekutive ab 1963
Erich Müller-Gangloff ASF Gründungsmitglied	Mitglied + Vorstand	Leitungskreis ab 1960
Hans-Richard Nevermann ASF Gründungsmitglied	Mitglied + Vorstand	Leitungskreis und Exekutive ab 1960
Jürgen Pieplow		Regionalkreis
Erich Ponte		Förderer-/Interessentenkreis
Pfarrer Erwin te Reh	-	Leitungskreis ab 1960
Rainer Röhrborn		Regionalkreis
Horst Salzmann		Förderer-/Interessentenkreis
Thomas Sartory (Ökumenisches Institut)	-	Leitungskreis
Kurt Scharf		Förderer-/Interessentenkreis
Sepp Schelz		Förderer-/Interessentenkreis
Diakon Otto Schenk	-	Leitungskreis
Günter Schnöring	-	Regionalgruppe
Bernd Schuppener		Regionalkreis
Rainer Schwob		Regionalkreis
Pfarrer Joop Siezen	Mitglied	Leitungskreis ab 1960
Ansgar Skriver	-	Förderer-/Interessentenkreis
O. Steinheil (Brot für die Welt)	-	Leitungskreis
Volker von Törne ASF Gründungsmitglied	-	Leitungskreis und Exekutive
Eberhard Tschepe	-	?
Wallmann		Förderer-/Interessentenkreis
Ruth Wendland (Gemeindepfarrerin Mühlheim)	-	Leitungskreis ab 1963
Klaus Wilm	-	Leitungskreis, Exekutive und Geschäftsführer 1963-65
Jürgen Winkel		Förderer-/Interessentenkreis
Adolf Wischmann (EKD-Außenamt)		Förderer-/Interessentenkreis
Rudolf Wolckenhaar (Diakonisches Werk)	-	Leitungskreis 1963-1964
Helmut Ziegler		Regionalkreis

[3025] Kloppenburg, Heinz 1903-1986, 1953 Religionslehrer in Dortmund, 1961 – 1973 Mitglied der Kommission für Internationale Angelegenheiten des ÖRK [{Hermle 1990 #2795}, S. 405]

A.10 Liste der Vorstandsmitglieder (BRD)

Tabelle Vorstandsmitglieder Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. ab 1968[3026]

Name	ASF-Kontakt seit	Funktion	Zeitraum
Ursel Agt	ASZ kooptiert	Koopt. Beisitzerin Koopt. Beisitzerin Beisitzerin Stellv. Vorsitzende Kassenprüferin	1991 – 1992 4.1993 – 6.1993 6.1993 – 1995 1995 – 2000 2004 –
Martin Baumgärtel		Stellv. Vorsitzender	1995 – 1997
Ulrike Berger		Kassenprüferin	1986 - 1988
Günter Berndt	Theologe, ev. Akademie Berlin	Stellv. Vorsitzender Beisitzer Stellv. Vorsitzender	1978 – 1984 1984 – 1986 1987 – 1991
Arnt von Bodelschwingh		Beisitzer	1998 – 2002
Axel Böing		Beisitzer	1974 – 1978
Ludger Bült		Stellv. Vorsitzender	1985 – 1986
Erich Busse		Koopt. Beisitzer	1991 – 1992
Gunter Cimanowski		Kassenprüfer	1992 - 2004
Horst Czock	Ev. Industriejugend	Stellv. Vorsitzender	1974 – 1976
Tom Day		Beisitzer	1984 – 1986
Volkmar Deile		Beisitzer	2002 – 2004
Annegret Ehmann		Stell. Vorsitzende	1988 – 1992
Kirchenrat Fritz Eitel	1976, Theologe	EKD-Vertreter	1976 – 1988
Werner Falk	1963	Kassenprüfer	1974 – 1978
Dörte Foertsch		Beisitzerin	1980 – 1982
Reinhard Freese	1968	EKD-Vertreter	1968 – 1976
Anneli Freund		Beisitzerin	1979 – 1982
Hennie Freyse		Kassenprüferin	1972 – 1974
Thomas Fues		Beisitzer	1982 – 1984
Uta Gerlant	ASZ	Beisitzerin	2004 –
Klaus Geyer		Vorsitzender	1990 – 1.1993
Dietrich Goldschmidt (gest. 1998)		Vorsitzender	1986 – 1990
Brigitte Gollwitzer (gest. 1986)		Stellv. Vorsitzende	1984 – 1986
Elke Gryglewski, geb. Dümchen		Koop. Beisitzerin Beisitzerin	4.1993 – 6.1993 2000 – 2004
Gertrud Gumlich		Vorsitzende Stellv. Vorsitzende Ex Kuratorium	1984 – 1986 1986 – 1988 2004 –
Ulla Gorges		Beisitzerin	1978 – 1980
Waltraud Grafenburg		Kassenprüferin	1972 – 1974
Ulrich Hafa		Koopt. Beisitzer	1991 – 12.1991
Franz von Hammerstein	1958	Ex Kuratorium	1994 –
Martin Hennig	1988	EKD-Vertreter	1988 – 2000
Berndt Hinzmann		Koopt. Beisitzer	4.1993 – 6.1993
Heiner Holland-Busse		Stellv. Vorsitzender	1984 – 1985 1991 – 1.1993
Anne Huhn		Stellv. Vorsitzende	1982 – 1984
Broder Jürgensen		Freiwilligenbeauftr. Stellv. Vorsitzender	1994 – 2000 2000 –
Wolf Jung	Theologe	Beisitzer Vorsitzender Beisitzer	1974 – 1978 1978 – 1980 1993 – 1994
Manfred Karnetzki, Jg. 1928		Beisitzer Vorsitzender	1992 – 1993 1993 - 2001
Ulrich Kreßin		Stellv. Vorsitzender Beisitzer Beisitzer	1970 – 1972 1972 – 1974 1978 – 1980 2000 – 2004
Gotthard Kutzner	1959	Stellv. Vorsitzender	1968 – 1972
Reinhard Lange		Kassenprüfer	1978 – 1986

[3026] ASF-Büro. Interne Aufstellung von Petra Giese und Heinz Hafermeister im Rahmen deren Recherche für eine – nicht zustande gekommene – Publikation anlässlich des 40. Jahrestages des Aufrufs zur Aktion Sühnezeichen, dat. 27. Juni 1997. Ergänzungen zur Verfügung gestellt von Frau Ursula Müller, dat. 5. Dezember 2004

Name	ASF-Kontakt seit	Funktion	Zeitraum
Erwin Leute		Kassenprüfer	1978 – 1980
Werner Liedtke	ASZ	Beisitzer	1992 - 1998
Franz Joseph Loesche	1967 (Bauorden, FW)	Beisitzer	1968 – 1972
Jörg Lüer		Beisitzer Stellv. Vorsitzender	1997 – 2000 2000 –
Eva Michels		Beisitzerin	1986 – 1988
Ruth Misselwitz		Beisitzerin Vorsitzende	2000 – 2001 2001 –
Anja Mittermaier		Beisitzerin	2004 –
Gerhard Möckel	1963	Vorsitzender	1972 – 1976
Christiane Müller		Beisitzende	1991 – 1992
Johannes Müller	1961	Beisitzer Stellv. Vorsitzender	1968 – 1970 1976 – 1986 1986 (koopt.)
Hans-Richard Nevermann	1959	Vorsitzender	1968 – 1972 1976 – 1978
Eberhard Pausch	2000	EKD-Vertreter	2000 –
Axel Preuschoff		Beisitzer	1990 – 5.1991
Johanna Pütz		Beisitzerin Stellv. Vorsitzende	4.1993 – 6.1993 6.1993 – 1995
Karl-Klaus Rabe		Stellv. Vorsitzender	1978 – 3.1979
Marianne Regensburger		Beisitzerin	1988 – 1992
Armin Reichert		Kassenprüfer Beisitzer	1980 – 1984 1986 – 1988
Bernt Roder		Beisitzer	1997 – 2000
Kurt Scharf	1958	Vorsitzender Ehrenvorsitzender	1980 – 1984 1988 – 1990
Gabriele Scherle-Reike		Stellv. Vorsitzende Beisitzende	1980 – 1982 1982 – 1984
Herbert Schiel		Beisitzer	1970 – 1972
Joachim Schlör		Beisitzer	1995 – 1997
Bärbel Schmidthals		Beisitzerin	1990 – 1991
Friedhelm Schmuck		Beisitzer Stellv. Vorsitzender	1972 – 1974 1974 – 1978
Joop Siezen		Beisitzer	1970 – 1970
Maja Smoltczyk		Beisitzerin	1998 – 2000
Stefan Stadler		Beisitzer	1992 – 4.1993
Christian Sterzing		Kassenprüfer	1976 – 1978
Jürgen Strache		Beisitzer	1986 – 1990
Ulrich Tempel	ASZ	Beisitzer	2004 –
Albrecht Thiemann		Beisitzer	1988 – 1990
Uwe Töpfen		Koopt. Beisitzer	1991 – 1992
Margarethe von Trotha		Beisitzerin Stellv. Vorsitzende	1972 – 1976 1976 – 1978
Ulrich von Trotha Geschäftsführer ab 3.1993		Stellv. Vorsitzender	1.1993 - 6.1993
Bernd-Karl Vogel		Beisitzer Stellv. Vorsitzender Kassenprüfer	1970 – 1972 1972 – 1974 1984 –
Ellen Wagner		Beisitzerin Stellv. Vorsitzende	1995 – 1997 1997 – 1998
Günther Wahrheit		Kassenprüfer	1974 – 1976
Sebastian Weber		Beisitzer	2001 –
Susanne Willems		Stellv. Vorsitzende	1992 – 1995
Christian Wossidlo		Stellv. Vorsitzender	1972 – 1974

A.11 Mitglieder der Leitung (DDR)

Leiter- bzw. (ab 1966:) Leitungskreismitglieder Aktion Sühnezeichen (DDR) 1963 - 1991[3027]

Name	Ort	Leitungskreis
Sieglinde Ablaß	Briesen	1979E
Ursel Agt	Berlin	1991g
Aktionsgemeinschaft für die Hungernden	Berlin	Gast: 1981, 1982, 1983, 1987
Gregor Antkowiak	Merseburg	1989g
Wolfgang Apfeld	Berlin	1969, 1970g, 1971g
Beyer Bärthe	Berlin	1979MA
Martin Baumart	Leipzig	1981g, 1982g
Max Benke	Zinnowith, Grünheide Bauabteilung Caritasverband Berlin	1967, 1969, 1970b, 1971b, 1973b, 1975b, 1976b, 1977b, 1979b, 1981b, 1982b, 1983b, 1987b, 1989b
Stephan Bickhardt	Berlin	1987g
Elisabeth Binder	Berlin	1966
Bozena Bochenek	Poznan	1975b, 1976b, 1977b, 1979R
Pfarrer Branig	Zichow	1963
Beate Brandtner	Quedlinburg	1983g
Thomas Brendel	Schwarzkollm	1987b, 1989b
Eva Brix	Berlin	Stv. 1969, Stv. 1970
Michael Bugow	Grünheide	1966
Erich Busse	Berlin	1981b, 1982b, 1983b, 1987b, 1989b
Gunter Cimanowski	Berlin	1975E, 1976E, 1977E
Matthias Corbach	Berlin	1963
Christian Döpmann	Berlin	1983Gast
Folkmar Drechsel	Moritzburg	1976E, 1979E
Pastorin Dudey	Magdeburg	1967
Irmgard Eberhardt	Dessau	1987g
Christiane Eller	Rostock	1983g
Christiane Elsässer	Jena	1975g, 1976g
Katharina Elsässer	Rostock	1975E, 1976E, 1977E, 1979R
Dietrich Erdmann	Berlin	1967, 1969, 1970L, 1971L, 1973L, 1975L, 1976b, 1977b, 1979b, 1981R, 1983R, 1987R
Sabine Erdmann	Halle	1983g
Annegret Fahlberg	Merseburg	Stv. 1969, Stv. 1970
Cornelia Falk	Dresden	1983g
Michael Falk	Dresden (1981: Leipzig, 1983: Holzhausen)	1976g, 1981g, 1982g, 1983g
Sebastian Feydt	Leipzig	1991L
Pfarrer Fresdorf	Michendorf	1963
Vikar Gernot Friedrich	Oberrossla über Apolda 1967 hauptamtlicher Mitarbeiter, freigestellt von der Thüringischen Landeskirche[3028]	1966
Michael Gärtner	Leipzig	1991g
Uta Gerlant	Berlin	1991g
Marianne Göritz	Berlin	Stv. 1969, Stv. 1970
Klaus-Joachim Goßlau	Stralsund	Stv. 1969, Stv. 1970, Stv. 1971, Stv. 1973
Pfarrer Gottschalk	Pretsch	1963
Wolf-Dietrich Gutsch	Berlin	1963 (Gast), 1966, 1967, 1969; als Gast: 1970, 1971, 1973, 1975, 1976, 1977, 1979R
Gesine Hachtmann	Schwerin	1966
Ernst-Ulrich Hafa	Berlin	1975g, 1976L, 1977L, 1979L, 1981L, 1982L, 1987b, 1989b, 1991g
Pfarrer Rudolf Heimann	Jänkendorf	1971b
Pfarrer Helwig	Rostock	1963
Martin Herrbruck	Ökumenischer Jugenddienst	1981Gast, 1982Gast, 1983Gast, 1987Gast

[3027] Erstellt aus den nach den Wahlen im Rahmen der Jahrestreffen erstellten Listen; ASF-Büro.
1963: Protokoll der Leiterkreistagung am 30. März 1963, o.A., o.D. [EZA 97/936]
[3028] Wochenbrief auf den Sonntag Sexagesimae 1967, dat. 24. Januar 1967 [ASF]

Name	Ort	Leitungskreis
Winfried Hesse	Erfurt	1973g, 1976g, 1979g
Pfarrer Christoph Hinz	Gnadau (Rektor Pastoralkolleg; christl.-jüd. Verständigung)	1969
Berndt Hinzmann	Berlin	1991L
Dorothea Ilse (ab 1982: Demmig)	Leipzig	1979E, 1981g, 1982g
Hans-Martin Ilse	Leipzig	1975E, 1976g, 1977E, 1979g
Sieglinde Jaikow	Fürstenwalde	1977E
Christa Jeitner	Blumberg	1973g, 1975E, 1976E
Klaus-Gottfried John	Dessau	Stv. 1969, Stv. 1970
Sigrid Katte	Berlin	MA: 1981, 1982, 1983
Ingeborg Kiesling	Radebeul	1966
Christine Kölbel	Meißen	1981g, 1982MA, 1983MA
Christina Krahl	Cottbus	1983b
Ingolf Kschenka	Forst	1987g, 1989L, 1991L
Ulrich Kurschat	Berlin	1966
Lange	Magdeburg	1963
Susanne Langner	Bad Frankenhausen	1971g
Vikar Winfried Lawetzky	Magdeburg	1963, 1966
Vikar Christoph Lehmann	Leipzig	1967, Stv. 1969, Stv. 1970
Elisabeth Lemsch	Rostock	1973g, 1976MA, 1977M, 1981MA, 1982g
Irmgard Lent	Berlin	1963
Pfarrer Reinhard Leue	Görlitz	1967, 1969, 1970b
Ina Liebau (1989: Ebisch)	Cottbus (1991 Weißenfels)	1983g, 1987g, 1989g, 1991g
Pfarrer Werner Liedtke	Bredereichs/1971: Kollm	1970L, 1971L, 1973L, 1975L, 1976L, 1977L, 1979b, 1981b, 1982b, 1983L, 1987L, 1989L
Maria Lorenz	Geyer	1973E, 1975g, 1976g, 1977g, 1979L, 1981L, 1982L, 1983L, 1987L, 1989L, 1991L
Pfarrer Günter Loske	Petersberg	1970b, 1971b
Dr. Lötzke	Berlin	1963
Stephan Magirius	Berlin (1991: Breddin)	1983g, 1991g
Pfarrer Friedrich Magirius	Einsiedel (1975 Germendorf, 1982 Leipzig)	1967, 1969, 1970b, 1971b, 1973b, 1975L, 1976L, 1977L, 1979L, 1981L, 1982L, 1983L
Christa Marker	Berlin	1979g
Christoph Märker	Dresden	Stv. 1967
Pfarrer Paul-Friedrich Martins	Sülsdorf (ab 1969 Neubrandenburg)	1966, 1967, 1969, 1970b, 1971b, 1973b, 1975b, 1976b, 1977b, 1979b, 1981b, 1982b, 1983b, 1987b, 1989b, 1991g
Birgit Matz	Berlin	1982MA, 1983MA
Ludwig Mehlhorn	Berlin	1973E, 1975g, 1976g, 1977g, 1979b, 1981b, 1982b, 1983b, 1987b, 1989b
Eckhard Meier	Niederstrigis	1991g
Johanna Melchior	Berlin	1987MA
Pastor Heinz Mendt	Radebeul; leitender Pfarrer im landeskirchlichen Amt für Innere Mission in Dresden	1963, 1966, 1967, 1969, 1970b, 1971b, 1973b
Bärbel Menthel	Eichwalde	1969, 1970g, 1971g
Frithjof Meußling	Magdeburg	1963
Christian Meyer	Neukirchen/Zwickau	1983g, 1987g
Werner Meyer	Erfurt	1967, 1969, 1970b, 1971b, 1973b
Christiane Müller	Halle	1989g, 1991g
Christoph Münchow Oberlandeskirchenrat der sächsischen Landeskirche, Jg. 1946	Dresden	1979L, 1981L, 1982L, 1983L, 1987L, 1989L, 1991L
Gerhard Nachtwei	Zeitz	Stv.1971, 1973g, 1975b, 1976b, 1977b, 1979R, 1981R, 1983R
Gabriele Noack	Berlin	Stv.1971
Ernst Opitz	Berlin, Weißwasser	1987g, 1989g, 1991g
Pfarrer Rudolf Otto	Prenzlau	1966, 1967, 1969, 1970b, 1971b, 1973b, 1975b, 1976b
Gerhard Packenius	Salzwedel	1983b, 1987b, 1989L
Hans-Detlef Peter	Berlin	1976MA, 1977MA, 1979MA, 1981Gast, 1982Gast, 1983 Gast, 1987Gast
Genoveva Petruschke	Leipzig	1981g, 1982g, 1983b, 1987b
Reinhard Piechocki	Halle	1971g
Joachim Rasch	Leipzig	1989g, 1991g
Constanze Richter	Halle	1979e

Name	Ort	Leitungskreis
Gert Richter	Leipzig	1983g
Walter Ritter	Guben	1975g, 1976g
Martin Röder	Berlin	1967
Romi (Edeltraud) Romberg	Berlin	MA: 1976, 1977, 1979, 1981, 1982, 1983, 1987
Gertrud Röske	Engelsdorf	1963, 1966
Werner Ross	Berlin	1963, 1966, 1967
Ingrid Rügen	Dresden (ab 1971 Potsdam)	1969, 1970g, 1971g, 1973g, 1975g, 1976g
Hermann Ludwig Ruthenberg	Frankfurt	1969, 1970g
Dorothee Sachse	Magdeburg	1967
Günter Särchen	Magdeburg	1966, 1967, 1969, 1970L, 1971L, 1973L, 1975L, 1976b, 1977b, 1979R, 1981R, 1983R, 1987Gast
Hermann Schaffer	Magdeburg	1963, 1966
Hartmut Schenke	Alt-Karin	1979E, 1981g, 1982g, 1983Gast, 1987Gast
Irene Scherz	Magdeburg	1971E, 1973E
Christian Schmidt	Müncheberg	1970L, 1971L, 1973L, 1975b, 1976b, 1977b, 1979b, 1981b, 1982b
Christian Schobert	Leipzig	1983g
Gunhild Schreiner	Leipzig	1975E, 1976E, 1977g, 1979g, 1981g, 1982g
Lorenz Schreiner	Cobbel	1973g
Stefan Schreiner	Halle (ab 1975 Naumburg, 1987 Berlin)	1967E, 1969, 1970g, 1971E, 1973b, 1975b, 1976L, 1977L, 1979L, 1981L, 1982L, 1983b, 1987b, 1989b
Gottfried Schubert	Berlin	1979b, 1981b, 1983b
Susanne Seils	Magdeburg	1989g
Ludwig Seyfarth	Rostock	1971g, 1973E, 1975E, 1976E, 1977b, 1979b, 1981b, 1982b
Joop Siezen	Berlin	1963 Gast
Michael Standera	Spremberg	1976b, 1977b, 1979b, 1981b, 1982MA, 1983MA, 1987MA
Almut Staude	Potsdam	1966
Joachim Stellmacher	Dresden	1979E, 1981g, 1982g, 1983L, 1987L
Frank Stolt	Berlin	1981MA
Vikar Dieter Tautz	Aschersleben	1970b, 1971b, 1973b, 1975b, 1979L, 1981L, 1982L, 1983L, 1987L
Petra Thomalsky	Magdeburg	1967
Dörte Thoms	Kröpelin	1971E
Uwe Toeppen	Berlin	1987g, 1989g, 1991g
Pastor Joachim Ulrich	Greiz-Caselwitz	1963, 1966
Magdalena Urmoneit	Haldensleben	1989g, 1991g
Christian-Matthias Waldmann	Zscheplin (1987: Potsdam)	1983L, 1987L, 1989b
Pastor Paul Weberstätt	Dessau	1963, 1966, 1967, 1969
Cornelia Weiß	Berlin	1991g
Konrad Weiß	Berlin	1989L
Uta Weiß	Radebeul	1987g
Renate Welk	Leipzig	1967
Pastor Siegfried Wend	Leipzig	1963, 1966, 1967, 1969, 1970b, 1971b
Pfarrer Heinz Wenzel	Elster	1973b, 1975b, 1976b, 1977b, 1979b
Justus Werdin	Berlin	1979g
Elfi Wiedemann	Potsdam	1973E
Helga Wiggert	Berlin	1989g, 1991g
Christine Wildfeuer	Einsiedel	1977E, 1979g, 1981g, 1982g
Lisa Winkler	Süptitz	1969, 1970g
Käthe Zeller	Schönebeck	1966
Petra Ziep	Berlin	1976g, 1979MA
Ulrike Zoels	Berlin	1987g
Pfarrer Gottfried Zollmann	Jena	1967, 1969, 1970L, 1971L, 1973L, 1975L, 1976L, 1977L, 1979b, 1981b, 1982b, 1983b, 1987b

b: berufene Vertreter
g: [vom Jahreskreis] gewählte Vertreter
E: Ersatzmitglied (Stellvertreter für gewählte Mitglieder)
L: Leitung
MA: Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen
R: Berater

A.12 Mitglieder des Kuratoriums (BRD) 1972-2001

Name	Institutionelle Anbindung
Manon Althaus	Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise Juden und Christen
Klaus Bednarz	Westdeutscher Rundfunk, Köln
Deidre Berger	American Jewish Committee
R. Bernstein	Deutsch-Israelische Gesellschaft
Dr. Christian Bernzen	Zentralkomitee der Deutschen Katholiken
Stadtdekan Borger	
Christian Buchholz	Evangelische Landeskirche Württemberg
Volkmar Deile	
Paul Dieterich	
Barbara Diestel	Gedenkstätte Dachau
Dr. Herbert Ehnes	Datenschutzbeauftragter Ev. Kirche im Rheinland, Ev. Kirche v. Westfalen, Lipp. Landeskirche
Wolfgang von Eichborn	Verein Versöhnungsdienste
Fritz Eitel	Referent für Friedensdienst der EKD
Rufus Flügge	Vorm. Stadtsuperintendent, Vorsitzender der AGDF 1977-1992
Joachim Foertsch	
Joachim Garstecki	Adam von Trott-Stiftung, Imshausen
Dr. Helmut Gollwitzer	Freie Universität Berlin
Dr. Dietrich Goldschmidt	
Dr. Gertrud Gumlich	Synode der EKD
Jörn-Erik Gutheil	Landeskirchenrat in der Ev. Kirche im Rheinland
H.-O. Hahn	Diakonisches Werk, Stuttgart
Dr. Franz von Hammerstein	Weltrat der Kirchen Evangelische Akademie, Sprecher des Kuratoriums
Fritzhermann Keienburg	Evangelische Akademie Haus Ortlohn
Christoph Koch	
Dr. Salomon Korn	Jüdische Gemeinde Frankfurt/Main, Zentralrat der Juden in Deutschland
Ansgar Koschel	Theologe, 1982-1990 Generalsekretär der deutschen Sektion von *Pax Christi*, seit 1990 des *Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit* F/M, seit 1984 Mitglied des Kuratoriums/Stiftungsrates der IJBS
Hans Koschnick	Lenkungsausschuss Regionale Rückkehrinitiative für den Stabilitätspakt Südosteuropa,
Lothar Kreyssig	
Martin Kruse	Bischof
Reinhold Lehmann	Generalsekretär Pax Christi
Heimo Liebl	
Thomas Lutz	Stiftung Topographie des Terrors
Dr. Gisela Meister-Scheufelen	Senatsverw. für Wirtschaft und Technologie, Berlin
Gerhard Möckel	St. Annen-Kirche
Helmut Morlok	Architekt für IJBS, Auschwitz
Johannes Müller	
Erich Müller-Gangloff	
Dr. Christoph Münchow	OLKR, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens
Andrea Nahles	MdB
Hans-Richard Nevermann	Pastor i.R., Gründungsmitglied von ASF, Mit-Initiator der IJBS, Direktor Paul-Gerhardt-Stift
Axel Preuschoff	
Wolfgang Raupach-Rudnick, Jg. 1947	Beauftragter für Christentum und Judentum im Amt für Gemeindedienst der ev.-luth. Landeskirche Hannovers
Rolf (oder Wolf) Rendtorff	Universität Heidelberg
Petra Rosenberg	Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg
Sener Sargut	Türkische Gemeinde in Deutschland
Hermann Schaefer	
Hermann Schäufele	Beauftragter der Württ. Landeskirche für Fragen der Kriegsdienstverweigerung und Ersatzdienstleistende
Kurt Scharf	Bischof Berlin
Wolfgang Scheffler	
Jürgen Schroer	Oberkirchenrat, Ev. Kirche Rheinland
Ulrich Schwemer	Pfarrer, Koordinator der Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreis Christen und Juden
Christian Simmert	MdB
Rudolf W. Sirsch	Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische

Name	Institutionelle Anbindung
	Zusammenarbeit
Ansgar Skriver	Westdeutscher Rundfunk
Stefan Stadler	
Martin Stöhr	Pfarrer, Studienleiter Ev. Akademie Arnoldshain
Marina Stütz	Nachfolgerin von Paul Wolf von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft
Raymar von Wedel	Rechtsanwalt GAST
Konrad Weiß	DDR-Bürgerrechtler, Publizist
Susanne Willems	
Lothar Wittkopf	Superintendent Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg
Paul Wolf	Deutsch-Polnische Gesellschaft
Hildegard Zumach	Vors. der Ev. Frauenhilfe Deutschlands
Andreas Zumach	Journalist